



STADT HAGEN

**ENTWURF
HAUSHALTSPLAN
2020/2021**



Haushalt 2020/2021 - Inhaltsverzeichnis

Band I

	Seite
Einwohnerzahl	2
Haushaltssatzung	3
Bestätigungsvermerk	10
Vorbericht	11
Haushaltsquerschnitt	85
Haushaltssanierungsplan	93

Anlagen:

Verwendung der Bildungspauschale	141
Maßnahmenpakete Gute Schule 2020	143
Verwendung der Sportpauschale	151
Verwendung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz	153
Bilanz des Vorvorjahres	155
Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals	159
Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten	161
Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen	163
Gebührenbedarfsberechnungen	165
Stellenplan	184

Stadt Hagen

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020/2021

Einwohnerzahl:

Nach der Volkszählung am 17.05.1939	= 151.481
Nach der Volkszählung am 28.10.1946	= 126.913
Nach der Volkszählung am 13.09.1950	= 145.099
Nach der Volkszählung am 25.05.1987	= 209.363
Einwohnerzahl laut Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen am 31.12.2018	= 194.879
Stadtgebiet – Flächengröße in ha	= 16.030
Bevölkerungsdichte – Einwohner je km²	= 1.216

Haushaltssatzung

der Stadt Hagen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – GO NRW – in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 201), hat der Rat der Stadt Hagen mit Beschluss vom XX.XX.XXXX folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Ergebnisplan und Finanzplan

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und die zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

	2020	2021
	Euro	Euro
im Ergebnisplan mit		
dem Gesamtbetrag der Erträge von	743.076.122	743.126.037
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von	744.739.968	744.897.223
im Finanzplan mit		
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	689.457.411	702.596.699
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	674.397.221	674.177.467
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von	61.630.971	46.733.598
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	72.270.648	56.495.393
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit von	25.813.671	16.840.419
und dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit von	30.234.184	35.497.856

festgesetzt.

§ 2

Kreditermächtigung für Investitionen

	2020 Euro	2021 Euro
Der Höchstbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen (ohne Ausleihungen) erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	15.900.000	10.700.000
Die Kreditsumme setzt sich wie folgt zusammen:		
Allgemeiner Haushalt	10.661.500	9.458.000
Rentierliche Einrichtungen	1.527.000	1.242.000
Förderprogramm Gute Schule 2020	3.711.500	

§ 2a

Kreditermächtigung zur Finanzierung der Ausleihungen an städtischen Beteiligungen

	2020 Euro	2021 Euro
Der Höchstbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung der Ausleihungen an städtische Beteiligungen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	20.000.000	20.000.000

Bis zu dieser Höhe können die Ausleihungen erhöht werden. Alle hieraus resultierenden Ansatzanpassungen gelten nicht als über- und außerplanmäßige Auszahlungen oder Aufwendungen und führen nicht zu einer Nachtragspflicht nach § 81 Abs. 2 Nr. 2 und 3 GO NRW.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen

	2020 Euro	2021 Euro
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	14.758.500	5.487.000

§ 4

Ausgleichsrücklage und Allgemeine Rücklage

Die Allgemeine Rücklage ist mit dem Defizit des Haushalts 2013 aufgebraucht. Somit liegt eine Überschuldung vor.

§ 5

Kredite zur Liquiditätssicherung

	2020 Euro	2021 Euro
Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf festgesetzt.	1.200.000.000	1.200.000.000

§ 6

Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern sind für die Haushaltsjahre **2020** und **2021** wie folgt festgesetzt:

	2020	2021
1. Grundsteuer		
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	375 v.H.	375 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	750 v.H.	750 v.H.
2. Gewerbesteuer		
nach dem Gewerbeertrag auf	520 v.H.	520 v.H.

§ 7

Haushaltssanierungsplan

Nach dem Haushaltssanierungsplan ist der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe nach dem Stärkungspaktgesetz im Jahre 2016 und ohne die Konsolidierungshilfe im Jahre 2021 wieder zu erreichen (§ 6 Stärkungspaktgesetz). Mit der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans wurde erstmalig der Haushaltsausgleich im Haushaltsjahr 2017 erreicht. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Sanierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 8

Bewirtschaftungsregelungen

- a) Bei jeder freiwerdenden Stelle ist zu prüfen, ob die Wiederbesetzung der Stelle unabweisbar erfolgen muss. Dabei sind alle Möglichkeiten von Umstrukturierungen, Leistungsverdichtung, Reduzierung von Standards und letztlich auch des kompletten Aufgabenverzichtes zu prüfen. Externe Einstellungen sind restriktiv zu handhaben und nur in unabweisbaren Fällen vorzunehmen, in denen dringende Bedarfe nicht durch vorhandenes internes Personal abgedeckt werden können. Für die Beförderung von Beamtinnen und Beamten gelten Wartezeiten von 12 Monaten im mittleren, 15 Monaten im gehobenen sowie 18 Monaten im höheren Dienst. Die Einweisung in eine höhere Planstelle ist dabei gem. § 20 LBesG NRW mit einer Rückwirkung von höchstens 3 Monaten zulässig.
- b) Die Erträge und Aufwendungen in den einzelnen Teilergebnisplänen werden gem. § 21 Abs. 1 KomHVO zu Budgets verbunden. Sind mehrere Teilpläne einem Teilplanverantwortlichen zugeordnet, so bilden die Budgets ein Gesamtbudget. Die Erträge und Aufwendungen in den Budgets bzw. in den Gesamtbudgets sind für die Haushaltsführung verbindlich. Dies gilt gleichermaßen für die konsumtiven Einzahlungen und Auszahlungen.

- c) Die Aufwendungen und die konsumtiven Auszahlungen in den einzelnen Teilplänen sind gegenseitig deckungsfähig. Von der Deckungsfähigkeit sind ausdrücklich ausgenommen:
- die Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin
 - die Personalaufwendungen
 - Abschreibungen des Anlagevermögens
- d) Gemäß § 21 Abs. 2 KomHVO erhöhen Mehrerträge die Ermächtigungen für Aufwendungen, wenn sich dies aus ihrer rechtlichen Verpflichtung ergibt. Dies gilt auch für Mehreinzahlungen und die Ermächtigungen für Auszahlungen.
- e) Folgende Aufwendungen (Sachkonten) und die dazu gehörenden konsumtiven Auszahlungen sind teilplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig:
- Personalaufwendungen (Sachkonto 500001 bis 506100)
 - Mittel der Bildungspauschale und der Sportpauschale (Sachkonto 521530)
 - Mittel des Förderprogramms Gute Schule 2020 (Sachkonto 521503)
 - Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57) und Wertberichtigung auf Forderungen (Sachkonten 458300 und 547300)
- f) Die Bewirtschaftung der Budgets und die Inanspruchnahme der teilplanübergreifenden Deckungsfähigkeit darf nicht zu einer Minderung des Zahlungsmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 KomHVO führen.
- g) Weitere Bewirtschaftungsregelungen sind in den einzelnen Teilplänen getroffen worden.
- h) Bei der Bewirtschaftung von Investitionen wird unterschieden zwischen Einzelmaßnahmen (Maßnahmen oberhalb vom Rat festgelegten Wertgrenze – Baumaßnahmen 50.000 €) und Pauschalmaßnahmen.

Alle als Pauschalmaßnahmen geplanten investiven Ein- und Auszahlungen innerhalb eines Teilplans werden zu einem Budget zusammengefasst. Damit besteht innerhalb der Teilpläne eine gegenseitige Deckungsfähigkeit für die investiven Auszahlungen. Eine teilfinanzplanübergreifende gegenseitige Deckungsfähigkeit ist nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen und Controlling zulässig.

Einzelmaßnahmen werden grundsätzlich als Einzelbudgets bewirtschaftet mit folgender Ausnahme:

Alle innerhalb eines Förderprogramms geplanten investiven Ein- und Auszahlungen werden zu einem Budget zusammengefasst. Dies gilt für diese Förderprogramme:

Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020), Kommunalinvestitionsförderungsgesetz in Nordrhein-Westfalen (KInvFÖG NRW, K III) und das 2. Kapitel Kommunalinvestitionsförderungsgesetz in Nordrhein-Westfalen (K III Teil 2).

Damit besteht innerhalb des jeweiligen Förderprogramms eine teilplanübergreifende gegenseitige Deckungsfähigkeit für die investiven Auszahlungen. Nach § 21 Abs. 2 KomHVO können investive Mehreinzahlungen für entsprechende investive Mehrauszahlungen verwendet

werden, wenn sich dies aus ihrer rechtlichen Verpflichtung ergibt. Die Bewirtschaftung der Budgets und die teilplanübergreifende gegenseitige Deckungsfähigkeit dürfen nicht zu einer Minderung des Saldos aus Investitionstätigkeit nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 KomHVO führen.

§ 9

Gebühren- und Entgeltkalkulation

Grundlage der Gebühren- und Entgeltkalkulation sind die Gebühren- und Entgeltbedarfsberechnungen in den Erläuterungen zum Haushaltsplan bzw. in den Anlagen zu den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes und sonstigen Beteiligungen. Die kalkulatorischen Abschreibungen werden vom Wiederbeschaffungszeitwert bzw. von den Anschaffungs- und Herstellungskosten, die kalkulatorischen Zinsen vom Anschaffungswert/Herstellungswert ermittelt.

§ 10

Einzeldarstellung von Investitionsmaßnahmen

Investitionen werden im Finanzplan als Einzelmaßnahmen ausgewiesen, wenn die Investitionssumme einen Betrag von 50.000 € übersteigt. Diese Wertgrenze gilt nur für Baumaßnahmen.

§ 11

Aufstellung einer Nachtragssatzung

Die Haushaltssatzung kann nur durch Nachtragssatzung geändert werden. Dafür werden folgende Wertgrenzen bestimmt:

1. Als erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW, der zur Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung führt, gilt ein zusätzlicher Fehlbetrag in Höhe von mehr als 3 % des Volumens der ordentlichen Aufwendungen.
2. Als erheblich sind Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW anzusehen, wenn sie im Einzelfall das Volumen von 3 % der ordentlichen Aufwendungen bzw. der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit überschreiten.
3. Als geringfügig im Sinne des § 81 Abs. 3 GO NRW gelten Auszahlungen für nicht veranschlagte und zusätzliche Investitionen bis zur Höhe von 5.000.000 Euro.
4. Der Rat kann bei einem Beschluss über erhebliche Abweichungen die Aufstellung einer Nachtragssatzung zurückstellen.

§ 12

Überplanmäßige/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Bei der Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Sinne der §§ 83 Abs. 2 bzw. 85 Abs. 1 GO NRW gelten als nicht erheblich:

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung.
2. Kalkulatorische Kosten und Abschlussbuchungen.
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis einschließlich 100.000 Euro, darüber hinaus bis einschließlich 500.000 Euro für Investitionen soweit sie nicht unter 1. und 2. fallen.
4. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis einschließlich 1.000.000 Euro, soweit sie nicht unter 1. fallen.

Bestätigungsvermerk zum Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021

Der Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 wurde nach den Vorschriften der §§ 75 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NRW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 201) aufgestellt.

Hagen, 26. September 2019

Gerbersmann
Stadtkämmerer

Der Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 wird hiermit gemäß § 80 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - GO NRW - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 201) bestätigt.

Hagen, 26. September 2019

Stadt Hagen
Der Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

Stadt Hagen

Haushaltsvorbericht 2020/2021



Inhaltsverzeichnis

1 Gesetzliche Grundlagen.....	14
1.1 Gemeindeordnung – 2. NKFWG NRW.....	14
1.2 Stärkungspaktgesetz.....	14
1.3 KomHVO NRW.....	15
2 Übersicht über die Haushaltslage.....	16
2.1 Ergebnisübersicht.....	18
2.2 Datengrundlagen für die Finanzplanung.....	19
Gewerbesteuerumlage und Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit.....	21
3 Erträge.....	24
3.1 Steuern.....	29
3.2 Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen.....	38
3.3 Sonstige Ertragsarten.....	42
4 Aufwendungen.....	43
4.1 Personalaufwand.....	48
4.2 Sach- und Dienstleistungsaufwand.....	50
4.3 Transferaufwendungen.....	52
4.4 Abschreibungen.....	59
4.5 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.....	60
4.6 Zuschüsse an Beteiligungen.....	62
5 Ergebnis.....	63
6 Finanzplan.....	66

6.1 Investitionstätigkeit	67
6.2 Finanzierungstätigkeit.....	69
7 Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden	70
8 Weitere Angaben gemäß § 7 KomHVO NRW	73
8.1 Mögliche Belastungen aus Verlustabdeckung	73
8.2 Interkommunale Zusammenarbeit.....	73
8.3 Auswirkung der Salden im Ergebnis- und Finanzplan auf die Bilanz.....	74
9. Sonstige allgemeine Entwicklungen	78
9.1 Bevölkerung.....	79
9.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt	82

1. Gesetzliche Grundlagen

1.1. Gemeindeordnung – 2. NKFVG NRW

Am 18. Dezember 2018 ist das „Zweite Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften (2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – 2. **NKFVG NRW**) mit Wirkung zum 01.01.2019 in Kraft getreten wodurch die haushaltsrechtlichen Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 modifiziert wurden.

Nach § 75 GO NRW hat die Kommune ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. **Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.** Kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden, hat die Gemeinde nach § 76 GO NRW zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein **Haushaltssicherungskonzept** aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist. Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige, dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Es bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Absatz 2 GO NRW wieder erreicht wird.

1.2. Stärkungspaktgesetz

Nach § 1 des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) **vom 9. Dezember 2011** stellt das Land in den Jahren 2011 bis 2022 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Die Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen. Ziel ist es, den Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation den nachhaltigen Haushaltsausgleich zu ermöglichen. Das Gesetz unterscheidet zwischen einer pflichtigen und einer freiwilligen Teilnahme. Als pflichtig teilnehmende Gemeinden werden die Gemeinden angesehen, aus deren Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Jahr 2010 sich im Jahr 2010 oder in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2013 eine Überschuldungssituation ergibt. **Dementsprechend gehört die Stadt Hagen zu den pflichtig teilnehmenden Gemeinden nach § 3 Stärkungspaktgesetz.**

Seit dem Jahr 2012 ist die Zahlungsvoraussetzung für die pflichtig teilnehmenden Gemeinden die Einhaltung eines Haushaltsanierungsplanes. Diesen, vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplan müssen die Gemeinden der Bezirksregierung einen Monat vor Beginn des neuen Haushaltsjahres vorlegen. Der Haushaltsanierungsplan kann nur unter folgenden Voraussetzungen genehmigt werden:

1. Im Haushaltssanierungsplan wird der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe zum nächst möglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch ab dem Jahr 2016 erreicht.
2. Der Haushaltssanierungsplan muss das Erreichen des Haushaltsausgleichs in gleichmäßigen Schritten darstellen.
3. Der Haushaltsausgleich wird spätestens im Jahr 2021 ohne die Konsolidierungshilfe erreicht. Dabei ist nach erstmaligem Erreichen des Haushaltsausgleichs ein degressiver Abbau der Konsolidierungshilfe vorzusehen.
4. Sämtliche möglichen Konsolidierungsbeiträge der verselbständigten Aufgabenbereiche der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form werden geprüft und in den Haushaltssanierungsplan mit einbezogen.
5. Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans wird von der Bezirksregierung überwacht. Der Bezirksregierung ist dazu zum 30.6. und 01.12. des laufenden Jahres und 15.4. des Folgejahres mit dem bestätigten Jahresabschluss zum Stand der Umsetzung zu berichten.
6. Kommt die Gemeinde ihrer Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssanierungsplans nicht nach, weicht sie davon ab oder werden dessen Ziele aus anderen Gründen nicht erreicht, ist durch das für Kommunales zuständige Ministerium nach einer angemessenen Frist, in der die Gemeinde Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltssanierungsplans ergreifen kann, ein Beauftragter nach § 124 der Gemeindeordnung NRW zu bestellen.

1.3. KomHVO NRW

Durch die Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen – **KomHVO NRW**) vom 12 Dezember 2018 wurden die bestehenden Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung ersetzt.

Um die Investitionstätigkeit zu fördern, wurde für die Bewertung von Vermögen und Schulden das Vorsichtsprinzip durch das **Wirklichkeitsprinzip** ersetzt. Gemäß § 33 KomHVO NRW sind dabei alle vorhersehbaren Risiken und Verluste zu berücksichtigen. Zur Bewertung von Teilen des Anlagevermögens nimmt § 36 Abs. 2 der KomHVO den **Komponentenansatz**, den man aus den internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IPSAS) kennt, mit auf. Durch die Anwendung desselben können einzelne Komponenten des Anlagevermögens separat abgeschrieben werden. Hierdurch werden Erneuerungsinvestitionen gefördert. Des Weiteren wird an verschiedenen Stellen die Formulierung von

Zielen und Kennzahlen in den Teilplänen und -rechnungen, im Vorbericht und im Nachtragshaushalt sowie im Lagebericht, empfohlen. Dieser Empfehlung wird in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf beginnend mit einigen **Pilotteilplänen** gefolgt.

Gemäß § 7 der KomHVO NRW soll der Vorbericht einen Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplans geben. Die Entwicklung und die aktuelle Lage der Kommune sind anhand der im Haushaltsplan enthaltenen Informationen und der Ergebnis- und Finanzdaten darzustellen. Außerdem sind die wesentlichen Zielsetzungen der Planung für das Haushaltsjahr und die folgenden drei Jahre sowie die Rahmenbedingungen der Planung zu erläutern.

2. Übersicht über die Haushaltslage

Aufgrund der intensiven Konsolidierungsbemühungen konnte unter Berücksichtigung der Konsolidierungshilfen des Landes erstmalig in 2017 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 3,8 Mio. erreicht werden. Diese positive Entwicklung setzte sich mit dem Jahresergebnis 2018 fort, welches auch aufgrund der Konsolidierungshilfe einen Überschuss von 11,6 Mio. ausweist. Auch die Prognose für das laufende Haushaltsjahr erwartet einen Überschuss, der nach der Vorgabe des Stärkungspaktgesetzes zur Tilgung der Kredite eingesetzt werden muss. Dieser voraussichtliche Überschuss basiert im Wesentlichen auf Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer, die aus der im Moment noch guten Konjunkturlage und Einmaleffekten resultieren, sowie auf Minderzinsaufwendungen, die auf die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank zurückzuführen sind.

Für die Stadt Hagen als pflichtig teilnehmende Gemeinde nach dem Stärkungspaktgesetz besteht nach wie vor die Verpflichtung, einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan aufzustellen, der den strukturellen Ausgleich ohne die in 2021 auslaufende Konsolidierungshilfe bis zum Jahr 2021 ausweist.

In dem nachfolgenden, dem bisherigen politischen Willen folgenden, Haushaltsplanentwurf kann allerdings für die Jahre 2020 und 2021 bisher kein Haushaltsausgleich darstellt werden. Zur Erreichung der zwingenden gesetzlichen Vorgaben bedarf es im Rahmen der politischen Beratung daher einer Anpassung. Die Verwaltung wird hierzu im Rahmen der politischen Beratung einen Vorschlag unterbreiten, so dass die Beschlussfassung eines genehmigungsfähigen Haushalts in der Ratssitzung vom 12.12.2019 möglich ist.

Trotz dieser nach wie vor angespannten Haushaltslage beinhaltet dieser Haushaltsplanentwurf eine Fülle von konsumtiven und investiven **Maßnahmen, die die Zukunftsfähigkeit der Stadt Hagen stärken und die Lebensqualität aller Bürger und Bürgerinnen sichern und verbessern.** Hierzu gehören insbesondere

- Maßnahmen aus dem Masterplan „**Nachhaltige Mobilität**“, insbesondere
 - Leistungsverbesserungen im öffentlichen Nahverkehr (**ÖPNV**) in einem Volumen von 2,9 Mio.Euro,
 - Ausbau des **Radwegenetzes** (z.B. Ruhrtalacht, Lenneradweg, Enneperadweg sowie weitere Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept) in 2020 in Höhe von 4,9 Mio.Euro und bis 2024 insgesamt 9 Mio.Euro,
 - **E- Fahrzeuge** im städtischen Fuhrpark,
- Investitionen in die **Digitalisierung** und den **Breitbandausbau** (17,8 Mio.Euro in 2020, 17,2 Mio.Euro in 2021 und insgesamt 46,5 Mio.Euro bis 2024),
- Bau, Ausstattung und Unterhaltung neuer **Kindertagesstätten** und Ausbau der **Großtagespflege** (7 Mio.Euro in 2020, 7,8 Mio.Euro in 2021 und insgesamt 24 Mio.Euro bis 2024),
- Ausstattung und Baumaßnahmen für **Schulen** (6,7 Mio.Euro in 2020; 2,1 Mio.Euro in 2021 sowie insgesamt 15 Mio.Euro bis 2024),
- Konsumtive Aufwendungen für den Ausbau von 35 zusätzlichen **OGS- Plätzen** (250 Tsd.Euro in 2020, 380 Tsd.Euro in 2021, Investive Mittel werden bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt),
- Umbau und Einrichtung von **Kinderspielplätzen** (je 400 Tsd.Euro in 2020 und 2021,
- Planungsmittel für Maßnahmen aus dem „**Integrierten Stadtentwicklungskonzept**“ (**ISEK**) und die daraus resultierenden Stadteilkonzepte (INSEK) (270 Tsd.Euro in 2020 sowie 250 Tsd.Euro in 2021)
- Planungsmittel für den **Seepark Hengstey** (305 Tsd.Euro in 2020 und 250 Tsd.Euro in 2021)
- Investitionen für die **Feuerwehr** und den **Rettungsdienst** (3 Mio.Euro in 2020; 6,3 Mio.Euro in 2021 sowie insgesamt 18 Mio.Euro bis 2024
- Investitionen in die **öffentliche Infrastruktur** (9,3 Mio.Euro in 2020, 7,5 Mio.Euro in 2021 sowie insgesamt 22,7 Mio.Euro bis 2024)

Eine Übersicht der Investitionen aus den Förderprogrammen befindet sich im Band I.

Voraussetzung für diese nachhaltigen Projekte, die geeignet sind Hagen voran zu bringen, ist eine geordnete Haushaltswirtschaft, die die kommunale Handlungsfähigkeit erhält.

2.1. Ergebnisübersicht

Nachstehend eine verdichtete Übersicht des Ergebnisplans.

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Ordentliche Erträge	725.466.148	717.394.057	732.346.783	732.397.698	740.161.236	750.359.527	762.445.218
Ordentliche Aufwendungen	697.461.176	702.328.201	727.609.968	728.957.223	733.782.275	740.583.114	748.298.175
Ordentliches Ergebnis	28.004.972	15.065.855	4.736.815	3.440.475	6.378.961	9.776.413	14.147.043
Finanzerträge	3.712.554	9.210.400	10.729.339	10.728.339	10.727.339	8.025.500	5.614.400
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.139.609	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
Finanzergebnis	-16.427.055	-14.289.600	-6.400.661	-5.211.661	-4.482.661	-6.875.500	-10.686.100
Ergebnis laufender Verwaltungstätigkeit	11.577.917	776.255	-1.663.846	-1.771.186	1.896.300	2.900.913	3.460.943
Jahresergebnis	11.577.917	776.255	-1.663.846	-1.771.186	1.896.300	2.900.913	3.460.943

2.2. Datengrundlagen für die Finanzplanung

Die Orientierungsdaten 2020 – 2023 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen wurden mit Runderlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 2. August 2019 bekannt gegeben. Sie stützen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2019. Zudem berücksichtigen sie die Entwicklungen des Landeshaushaltes und des kommunalen Finanzausgleichs.

Der Stärkungspakt endet mit dem Jahr 2021. Die damit einhergehende Regelung zur Ermittlung und Anwendung von Wachstumsraten (Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 07.03.2013 zu § 76 GO NRW) findet für die mittelfristige Finanzplanung keine Anwendung mehr.

Die Orientierungsdaten für die Jahre 2020 bis 2023 stellen Durchschnittswerte für den Bereich des Landes dar und geben daher nur Anhaltspunkte für die individuelle Finanzplanung der Gemeinde. Es bleibt Aufgabe jeder Gemeinde, anhand dieser Durchschnittswerte unter Berücksichtigung der örtlichen und strukturellen Gegebenheiten die für ihre Finanzplanung zutreffenden bzw. erforderlichen Einzelwerte zu ermitteln und zu bestimmen. So wird empfohlen, bei der Ertrags- und Einzahlungsprognose die weitere Entwicklung genau zu beobachten und grundsätzlich nach dem Vorsichtsprinzip eher von niedrigeren Veränderungsraten auszugehen. Besonders kritisch ist die Lage der überschuldeten Kommunen zu betrachten. Hier kann es erforderlich sein, die für die Aufwendungen genannten Steigerungsraten noch zu unterschreiten.

Für das Jahr 2024 werden die Steigerungsraten des letzten Jahres des Orientierungsdatenzeitraums angewendet.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Orientierungsdaten 2019 bis 2022 vom 02.08.2018 (O-Daten 2019) und der Orientierungsdaten 2020 bis 2023 aus dem Erlass vom 02.08.2019 (O-Daten 2020) einander gegenüber. Die erwarteten Steigerungen in den Orientierungsdaten 2020 unterschreiten fast durchgängig die der Vorjahresdaten.

Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen		2020	2021	2022	2023
Steuern (Einzahlungen)	O-Daten 2019	3,9	3,6	3,6	-
	O-Daten 2020	0,7	3,0	3,4	3,3
davon Gemeindeanteil Einkommensteuer	O-Daten 2019	5,7	4,5	5,4	-
	O-Daten 2020	3,6	3,8	5,4	5,4
davon Gemeindeanteil Umsatzsteuer	O-Daten 2019	2,8	2,2	2,3	-
	O-Daten 2020	-9,3	2,2	2,1	2,1
Gewerbsteuer (brutto)	O-Daten 2019	3,3	3,9	3,1	-
	O-Daten 2020	0,2	3,8	2,8	2,7
Grundsteuer A und B	O-Daten 2019	1,4	1,5	1,5	-
	O-Daten 2020	0,9	1,1	1,1	1,0
Kompensation Familienleistungsausgleich (Erträge)	O-Daten 2019	3,6	3,5	3,4	-
	O-Daten 2020	2,4	4,1	2,8	3,3
Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbunds (Erträge)	O-Daten 2019	5,6	7,7	4,0	-
	O-Daten 2020	2,6	6,9	3,5	4,1
davon Schlüsselzuweisungen	O-Daten 2019	5,6	7,7	4,0	-
	O-Daten 2020	2,6	6,9	3,5	4,1
davon Personalaufwendungen (Zielgrößen)	O-Daten 2019	1,0	1,0	1,0	-
	O-Daten 2020	1,0	1,0	1,0	1,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zielgrößen)	O-Daten 2019	1,0	1,0	1,0	-
	O-Daten 2020	1,0	1,0	1,0	1,0
Sozialtransferaufwendungen (Zielgrößen)	O-Daten 2019	2,0	2,0	2,0	-
	O-Daten 2020	2,0	2,0	2,0	2,0

Gewerbsteuerumlage und Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit

Die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit ist mit Ablauf des Jahres 2019 beendet. Der Vervielfältiger der Gewerbsteuerumlage reduziert sich ab dem Jahr 2020 auf 35 Prozentpunkte (2019: 64 Prozentpunkte).

Die Gewerbsteuerumlage berechnet sich durch folgende Formel:

Gewerbsteuer x Umlagesatz

Hebesatz

Die Entwicklung der Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung

Basis für die Ermittlung der Haushaltsansätze in den Planjahren 2020 und 2021 sind die Budgetvorträge aus der Haushaltsplanung 2018/2019 bzw. der Fortschreibung 2019. Die örtlichen Verhältnisse und Besonderheiten wie z. B. Veränderungen bei den Aufgaben oder tatsächliche Ergebnisse (soweit vorhanden) des Jahres 2018 sowie Wirkungen der sich abschwächenden Konjunktur und der verminderten Erwartungen in den Orientierungsdaten 2020 wurden in den Ansätzen der Jahre 2020 und 2021 berücksichtigt.

Grundsätzlich wurden das zweite Haushaltsplanjahr 2021 und die Finanzplanung ab dem Jahr 2022 unter Berücksichtigung konkreter Erkenntnisse und ansonsten durch Hochrechnung anhand der nachfolgend dargestellten Steigerungsraten geplant.

Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen	Steigerungsfaktor	2021	2022	2023	2024
Gemeindeanteil Einkommensteuer	Orientierungsdaten 2020	3,8%	5,4%	5,4%	5,4%
Gemeindeanteil Umsatzsteuer 1)	Orientierungsdaten 2020	2,2%	2,1%	2,1%	2,1%
Gewerbesteuer	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	0,0%	-2,0%	-1,0%	-3,1%
Grundsteuer A	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Grundsteuer B 2)	Wachstumsrate 2020	0,0%	0,3%	0,3%	0,3%
übrige Steuern	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Kompensation Familienleistungsausgleich	Orientierungsdaten 2020	4,1%	2,8%	3,3%	3,3%
Schlüsselzuweisungen	Orientierungsdaten 2020	6,9%	3,5%	4,1%	4,1%
Zuwendungen und allg. Umlagen gesamt	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	1,0%	1,0%	1,0%
Sonstige Transfererträge	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	2,0%	2,0%	2,0%
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	2,0%	2,0%	2,0%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	2,0%	2,0%	2,0%
Erträge aus Kostenerstattung und Kostenumlagen	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	2,0%	2,0%	2,0%
Sonstige ordentliche Erträge	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	0,0%	0,0%	0,0%
Personalaufwendungen	Orientierungsdaten 2020	konkrete Planung	1,0%	1,0%	1,0%
Versorgungsaufwendungen	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	1,0%	1,0%	1,0%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Orientierungsdaten 2020	konkrete Planung	1,0%	1,0%	1,0%
Transferaufwendungen	Orientierungsdaten 2020	konkrete Planung	2,0%	2,0%	2,0%

davon Umlage Landschaftsverband	Orientierungsdaten 2020 (analoge Anwendung)	2,0%	2,0%	2,0%	2,0%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	Veränderungsrate aufgrund örtlicher Verhältnisse	konkrete Planung	1,0%	1,0%	1,0%

- Die Orientierungsdaten 2020 - 2023 berücksichtigen nicht die möglichen Auswirkungen der im Juni 2019 zwischen dem Bund und den
- 1) Ländern
getroffenen Vereinbarung zur Flüchtlingskostenfinanzierung in den Jahren 2020 und 2021.
Aufgrund der örtlichen Verhältnisse ist hier weiterhin die Ermittlung und Nutzung der Wachstumsrate nach Erlass angemessen.
 - 2) sen.

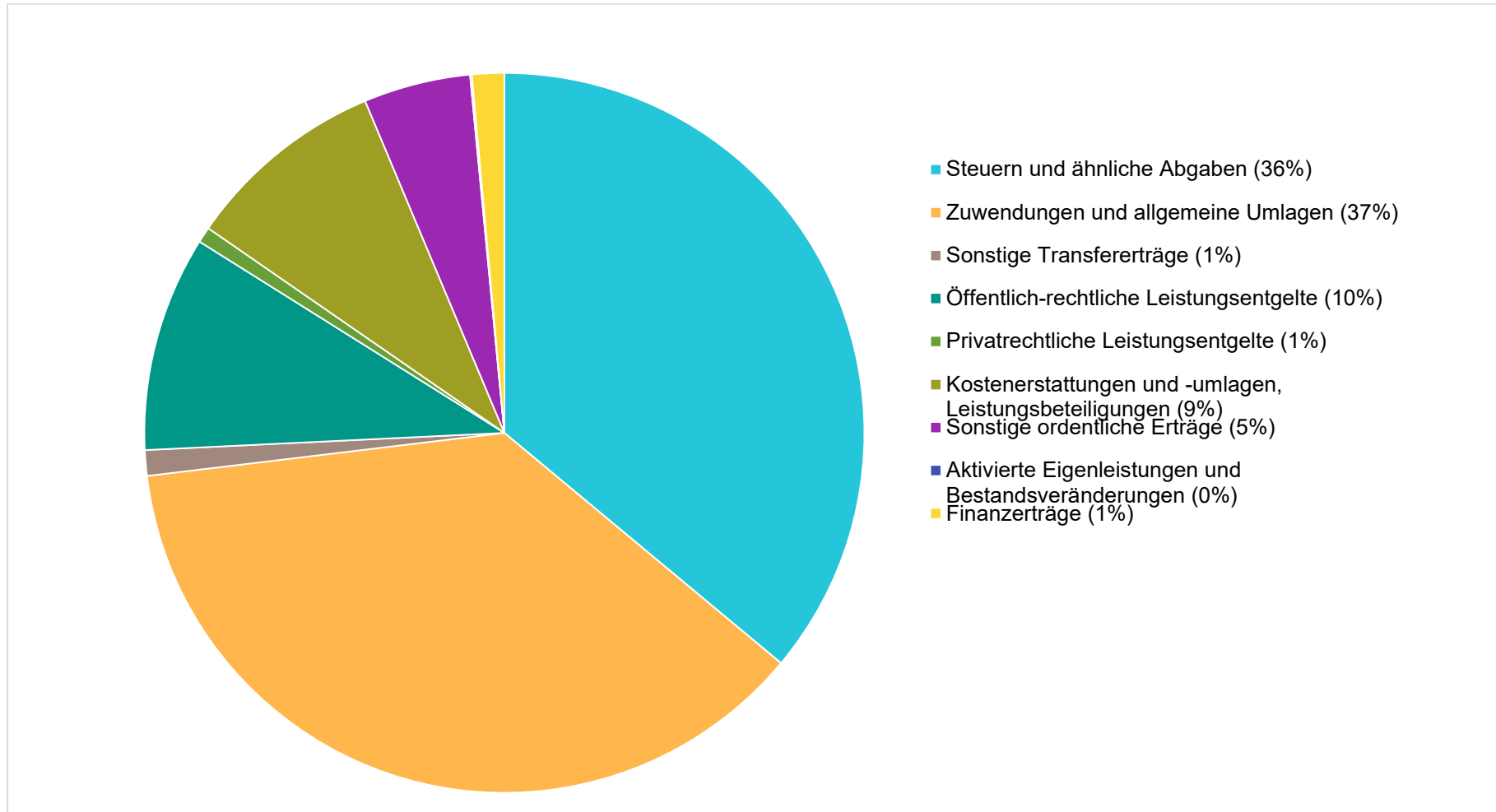
3. Erträge

Die Gesamtsumme aller Erträge im Jahr 2020 liegt bei 743.076.122 Euro, im Jahr 2021 werden 743.126.037 erwartet. Die Beträge teilen sich auf die einzelnen Ertragsarten wie folgt auf:

Ertragsübersicht

	Plan 2020	in %	Plan 2021	in %
Steuern und ähnliche Abgaben	267.880.778	36	271.822.528	37
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	275.244.598	37	276.452.393	37
Sonstige Transfererträge	8.527.214	1	5.560.014	1
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	71.922.464	10	71.919.981	10
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.269.384	1	5.266.261	1
Kostenerstattungen und -umlagen, Leistungsbeiträge	67.255.450	9	68.090.341	9
Sonstige ordentliche Erträge	35.666.991	5	32.820.119	4
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	579.905	0	466.061	0
Ordentliche Erträge	732.346.783	99	732.397.698	99
Finanzerträge	10.729.339	1	10.728.339	1
Summe	743.076.122	100	743.126.037	100

Die Zusammensetzung nach den einzelnen Ertragsarten ergibt folgendes Bild:



Der Ertragsentwicklung im Vergleich zum Ansatz des Vorjahres:

Im Vorjahr belief sich der Gesamtbetrag der im Haushaltsansatz geplanten Erträge auf 726.604.457 Euro. Die Fortschreibung 2019 lag bei 725.836.442 Euro. Im aktuellen Planjahr verändern sich die Gesamterträge im Verhältnis zum Haushaltsansatz 2019 um 16.471.665,22 Euro auf 743.076.122 Euro.

Die Veränderungen bei den einzelnen Ertragsarten stellen sich im Detail wie folgt dar:

Vorjahresvergleich Ertragsarten

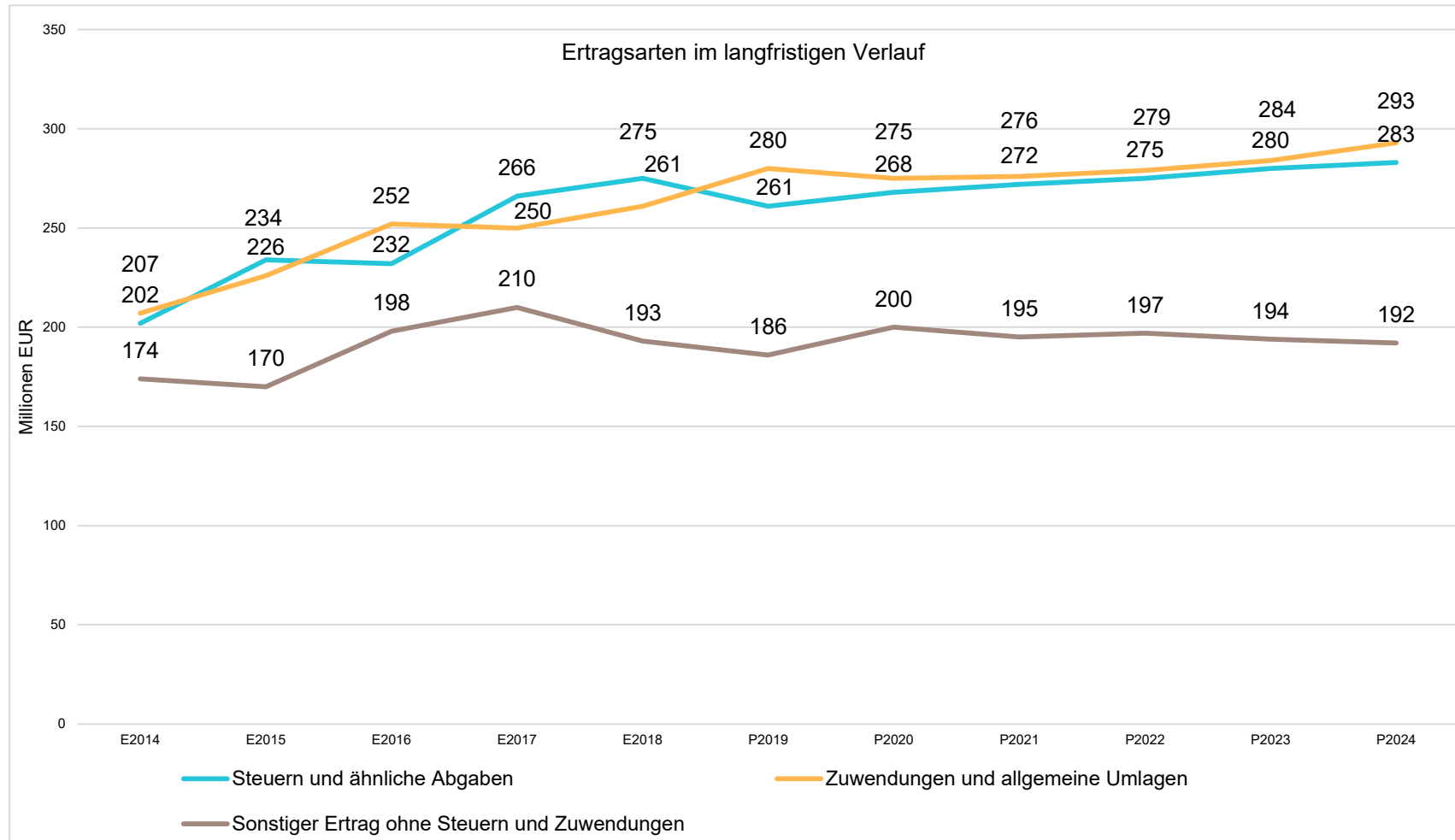
	Ergebnis 2018 in €	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	abs. Abw. in €
Steuern und ähnliche Abgaben	274.815.590	260.617.392	267.880.778	7.263.386 ↗
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	261.117.735	280.263.967	275.244.598	-5.019.370 ↘
Sonstige Transfererträge	8.384.650	10.652.072	8.527.214	-2.124.858 ↘
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	66.649.716	67.619.214	71.922.464	4.303.250 ↗
Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.997.512	5.130.650	5.269.384	138.734 ↗
Kostenerstattungen und -umlagen, Leistungsbeiträge	70.364.044	65.086.010	67.255.450	2.169.440 ↗
Sonstige ordentliche Erträge	38.806.334	27.895.875	35.666.991	7.771.116 ↗
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	330.568	128.876	579.905	451.028 ↗
Ordentliche Erträge	725.466.148	717.394.057	732.346.783	14.952.726 ↗
Finanzerträge	3.712.554	9.210.400	10.729.339	1.518.939 ↗
Summe	729.178.702	726.604.457	743.076.122	16.471.665 ↗

Die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten in der mittelfristigen Finanzplanung wird nach aktueller Planung wie folgt eingeschätzt:

Ertragsarten im mittelfristigen Planungszeitraum

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Steuern und ähnliche Abgaben	274.815.590	260.617.392	267.880.778	271.822.528	275.329.147	280.147.334	283.252.640
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	261.117.735	280.263.967	275.244.598	276.452.393	278.998.765	283.884.853	292.697.503
Sonstige Transfererträge	8.384.650	10.652.072	8.527.214	5.560.014	5.658.954	5.759.873	5.862.810
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	66.649.716	67.619.214	71.922.464	71.919.981	72.286.680	72.703.505	73.134.296
Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.997.512	5.130.650	5.269.384	5.266.261	5.295.103	5.324.532	4.184.133
Kostenerstattungen und -umlagen, Leistungsbeteiligungen	70.364.044	65.086.010	67.255.450	68.090.341	69.438.715	69.493.772	70.273.367
Sonstige ordentliche Erträge	38.806.334	27.895.875	35.666.991	32.820.119	32.687.811	32.579.598	32.574.408
Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	330.568	128.876	579.905	466.061	466.061	466.061	466.061
Ordentliche Erträge	725.466.148	717.394.057	732.346.783	732.397.698	740.161.236	750.359.527	762.445.218
Finanzerträge	3.712.554	9.210.400	10.729.339	10.728.339	10.727.339	8.025.500	5.614.400
Summe	729.178.702	726.604.457	743.076.122	743.126.037	750.888.575	758.385.027	768.059.618

Die wichtigsten Ertragsarten in der langfristigen Entwicklung stellen sich wie folgt dar:



3.1. Steuern

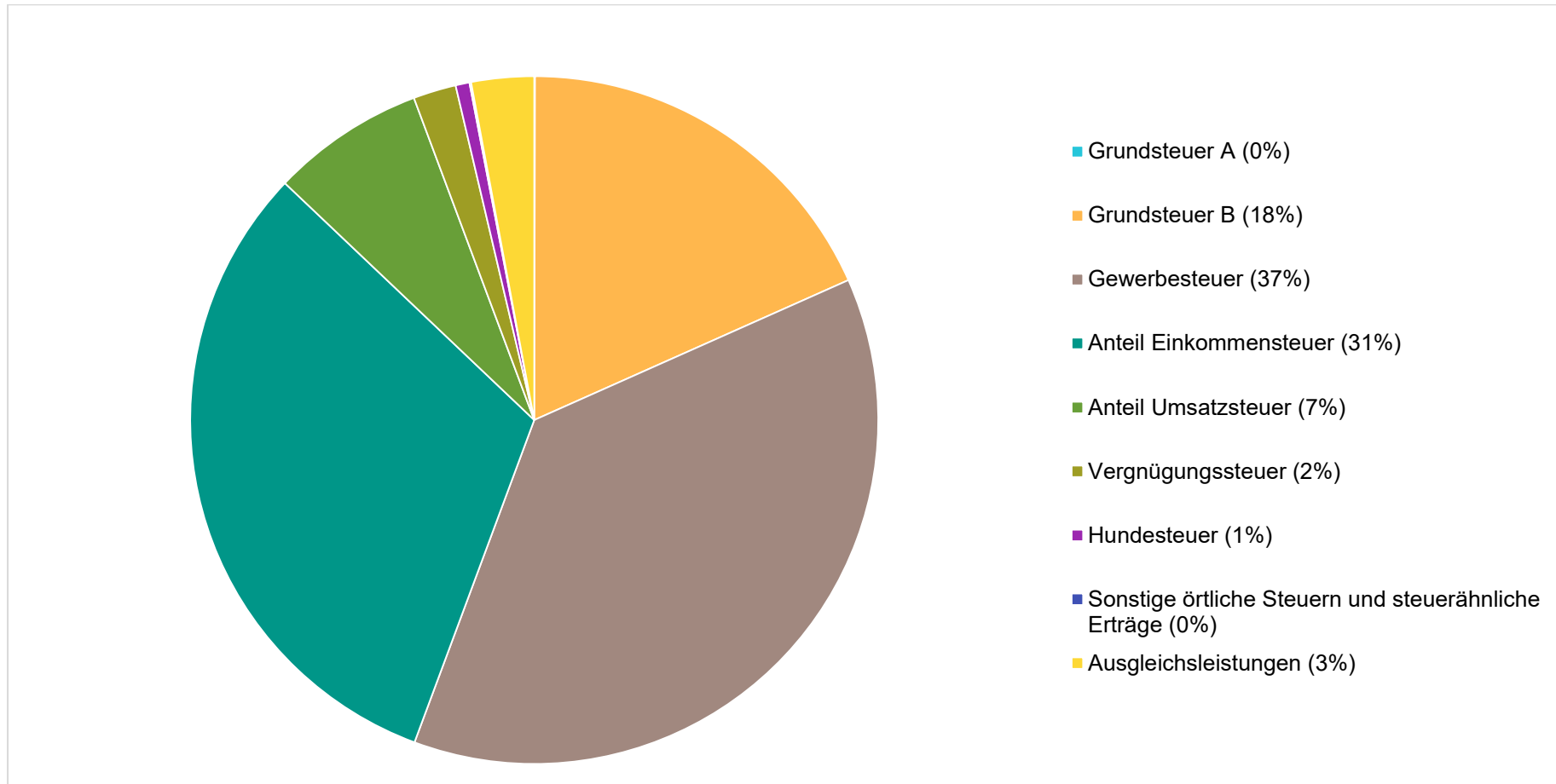
3.1.1. Zusammensetzung und Entwicklung der Steuerarten, Hebesätze

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Steuerarten:

Steuerarten

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Grundsteuer A	97.563	98.500	98.000	98.000	98.000	98.000	98.000
Grundsteuer B	48.800.547	48.580.000	49.000.000	49.000.000	49.146.400	49.293.239	49.440.519
Gewerbsteuer	111.309.449	95.000.000	100.000.000	100.000.000	98.000.000	97.000.000	94.000.000
Anteil Einkommenssteuer	78.373.826	82.177.904	84.217.158	87.417.410	92.137.950	97.113.339	102.357.523
Anteil Umsatzsteuer	19.243.119	19.083.715	19.329.515	19.754.765	20.169.615	20.593.177	21.025.633
Vergnügungssteuer	5.443.719	4.900.000	5.400.000	5.400.000	5.400.000	5.400.000	5.400.000
Hundesteuer	1.749.170	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000	1.750.000
Steuer auf sexuelle Vergnügungen	26.025	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Wettbürosteuer	192.128	130.000	190.000	190.000	190.000	190.000	190.000
Ausgleichsleistungen	9.580.045	8.877.273	7.876.105	8.192.353	8.417.182	8.689.579	8.970.965
Steuern und ähnliche Abgaben	274.815.590	260.617.392	267.880.778	271.822.528	275.329.147	280.147.334	283.252.640

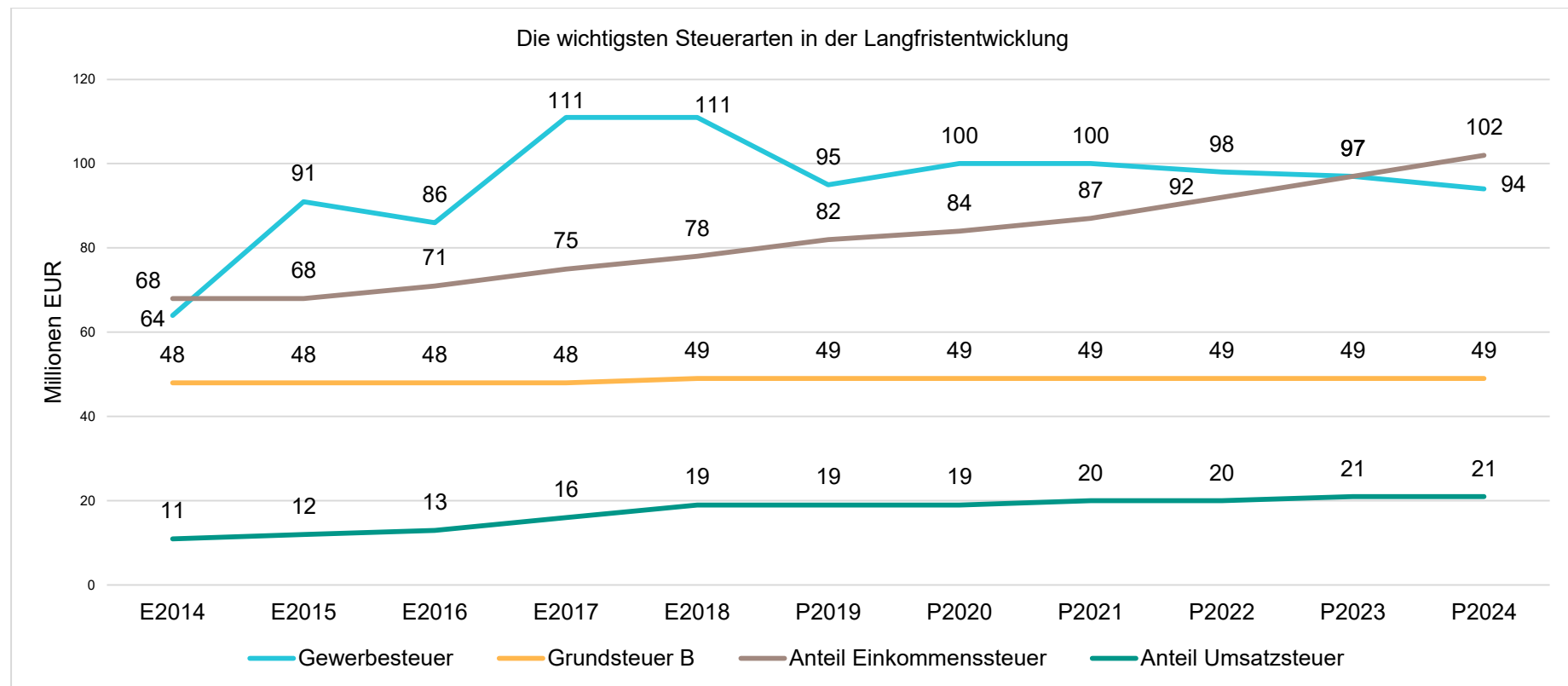
Zusammensetzung des Steueraufkommens



Die wichtigsten Steuerarten im langfristigen Verlauf

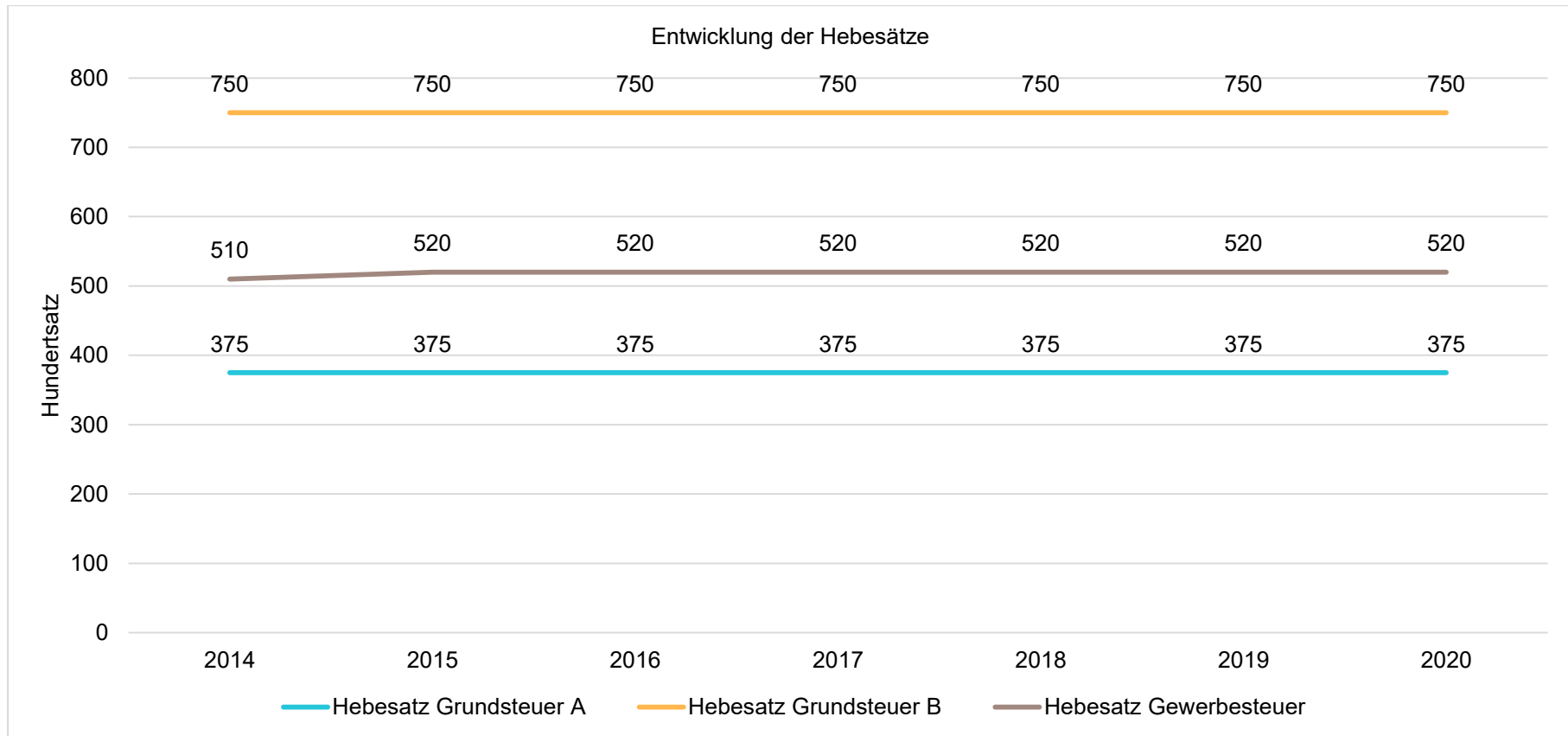
Die nachfolgende Grafik zeigt die ertragsstärksten Steuerarten in der langfristigen Entwicklung:

Der Planwert 2019 der Gewerbesteuer wurde durch die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes um 10 Mio. Euro oben angepasst auf rd. 105 Mio. Euro. Im Ergebnis 2018 lag um ca. 15 Mio. Euro höher als der ursprüngliche Planansatz 2018. Besonders in der Entwicklung des Jahres 2019 zeichnet sich ab, dass sich dieser Trend voraussichtlich nicht fortsetzen wird. Die positiven Abweichungen vom Planansatz beruhen in den meisten Fällen auf Einmaleffekten, die keine strukturelle Verbesserung darstellen. Dementsprechend sind die Ansätze für die Zukunft vorsichtiger geplant.



Entwicklung der Hebesätze

Seit der Erhöhung 2013 sind die Hebesätze konstant. Die Entwicklung der Hebesätze nahm folgenden Verlauf:

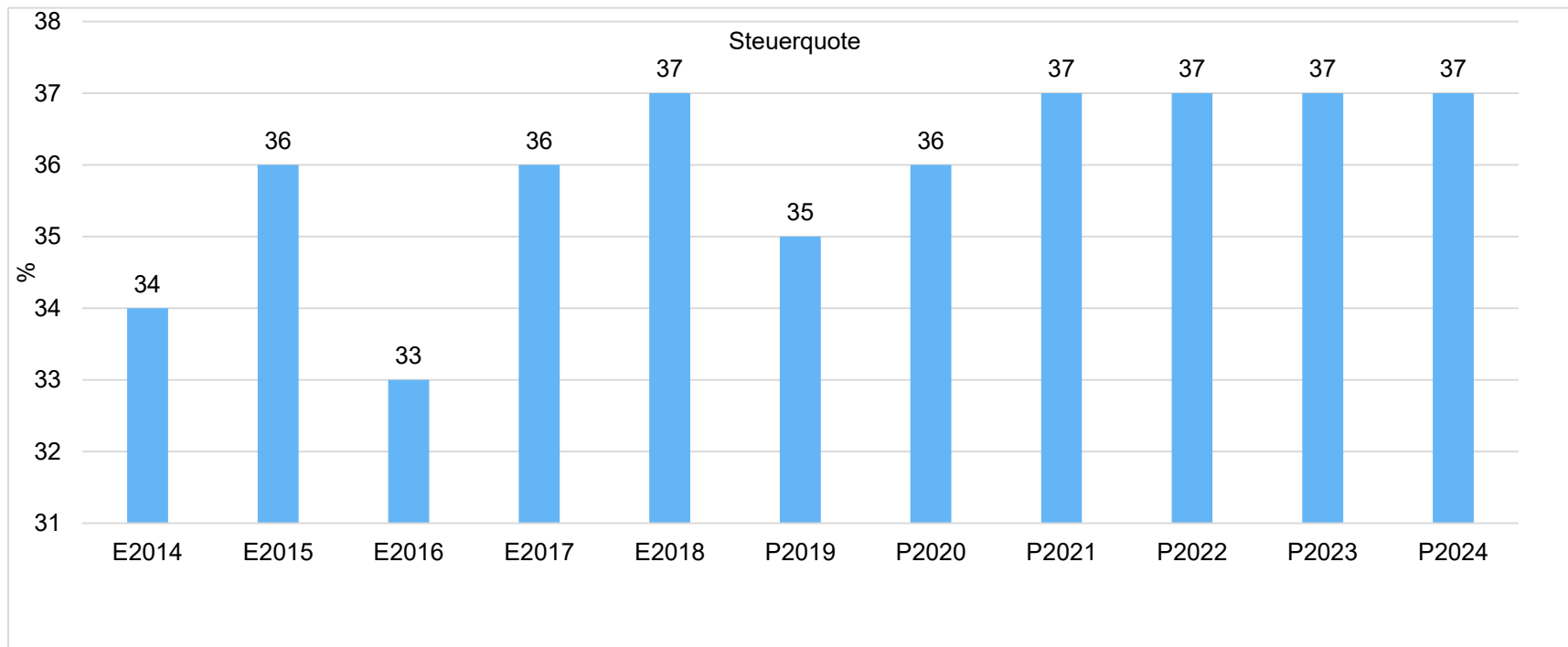


3.1.2. Kennzahlen zum kommunalen Steueraufkommen

Steuerquote

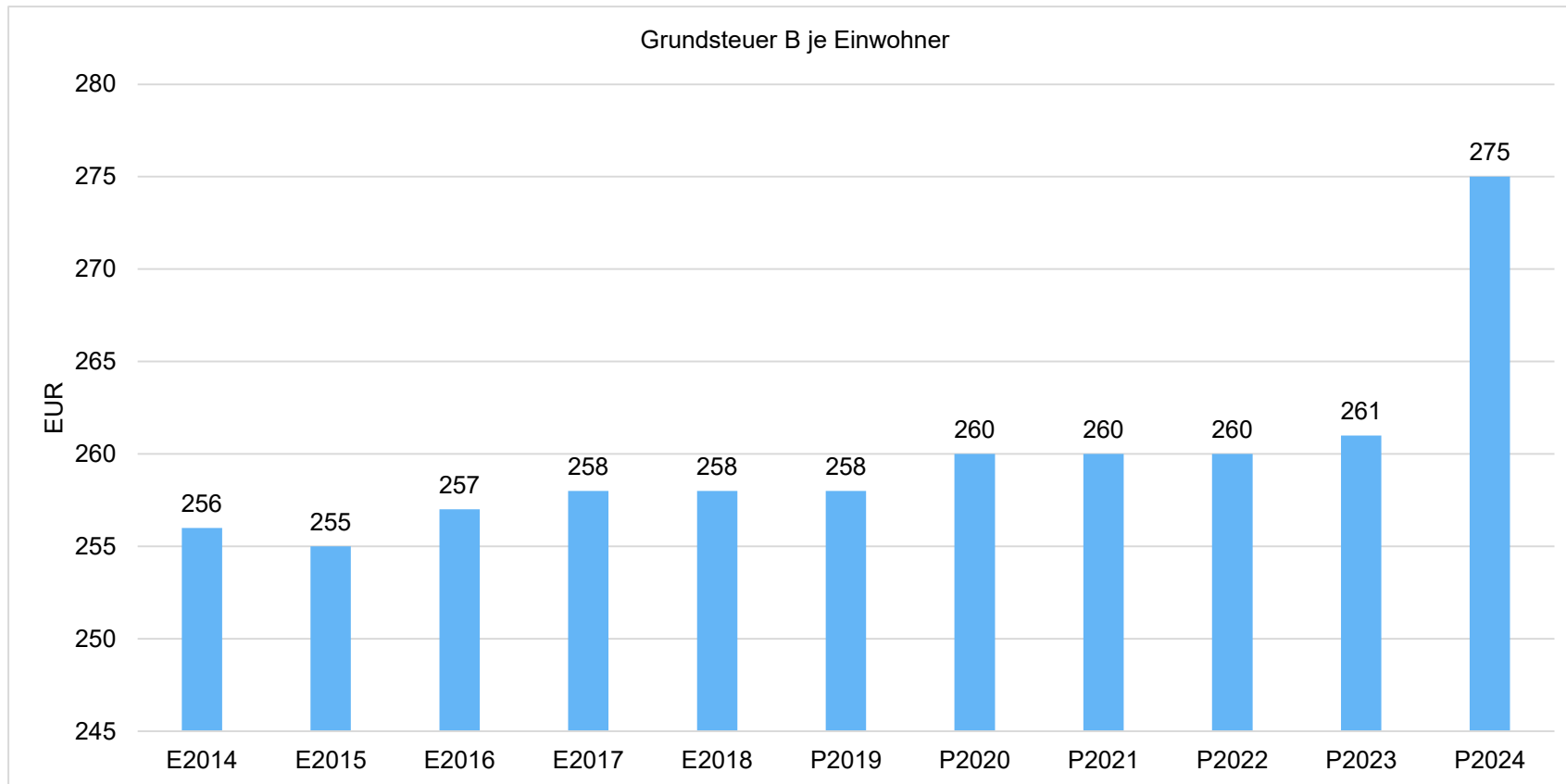
Um die örtliche Steuerertragskraft einordnen zu können, bietet sich die Betrachtung der Steuerquote an, die den prozentualen Anteil der Steuererträge an den ordentlichen Erträgen insgesamt abbildet, wobei die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit abgezogen werden.

Eine hohe Steuerquote spricht für eine größere Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen im Wege des Finanzausgleichs und ist insofern positiv zu werten.



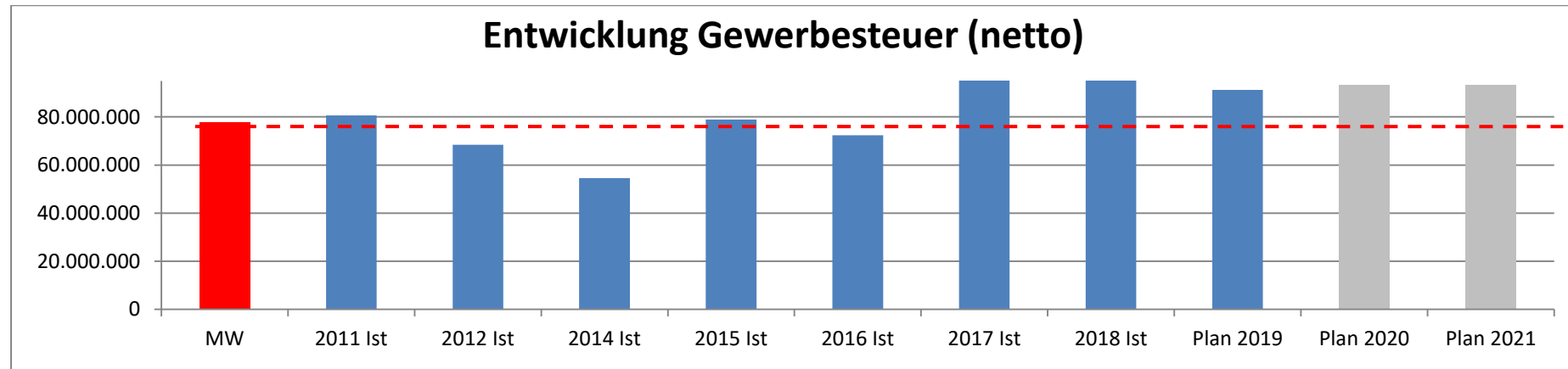
Grundsteuer B je Einwohner

Die Grundsteuer B ist eine konstante Steuerart. Nachfolgend wird das Steueraufkommen in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet:



Gewerbsteuer

Die Gewerbsteuer ist die aufkommensstärkste kommunale Steuer. Sie ist jedoch starken Schwankungen unterlegen, weshalb die Entwicklung in der Zeitreihe betrachtet werden muss. In der nachfolgenden Darstellung wurden die Gewerbsteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fond Deutscher Einheit als Gegenpositionen gegenübergestellt, um die Entwicklung des tatsächlichen Nettobetrags aufzuzeigen.

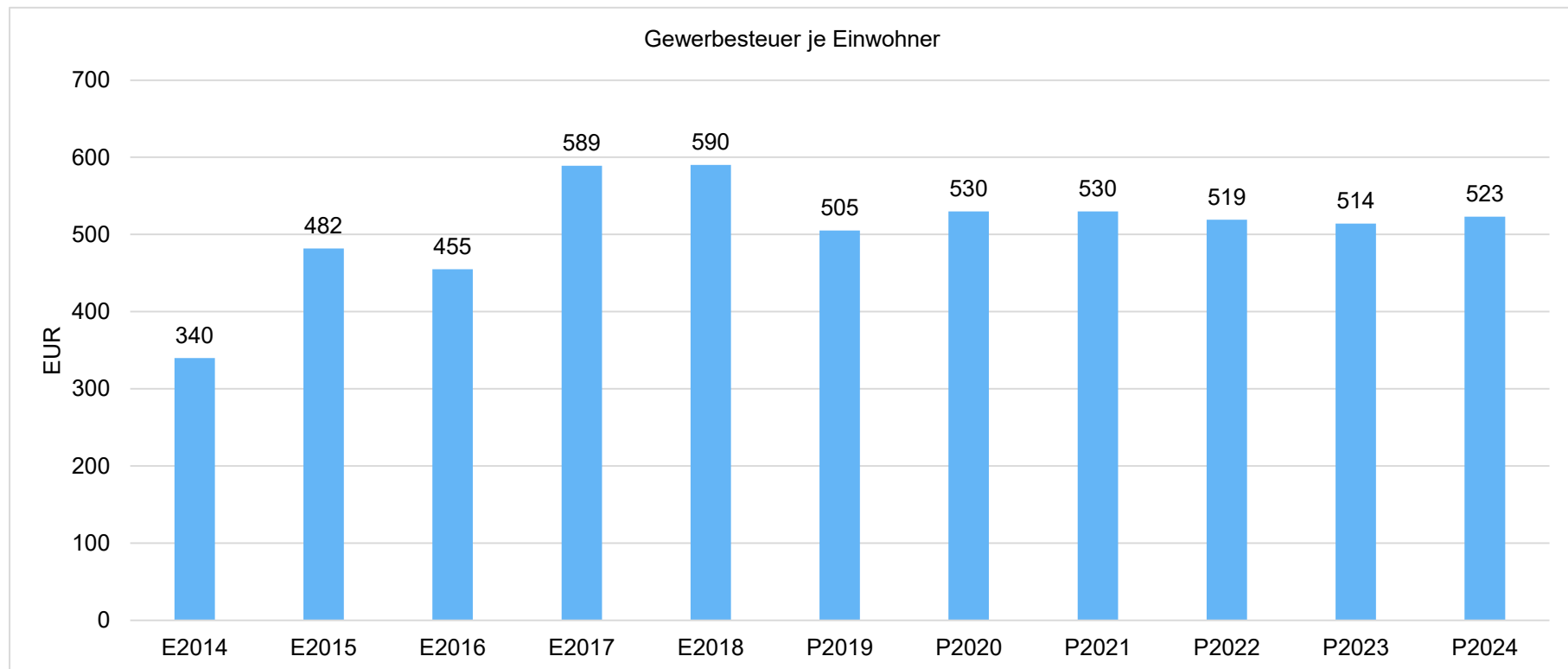


Gewerbsteuer	Einheit	Veränderung 2011 - 2018		MW	2011 Ist	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Ist	2016 Ist	2017 Ist	2018 Ist	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021
		%	EUR												
Gewerbsteuer	EUR	16%	15.612.439	90.353.690	95.697.010	79.233.433	85.320.981	63.547.792	91.212.671	85.610.051	110.898.133	111.309.449	105.000.000	100.000.000	100.000.000
Gewerbsteuerumlage	EUR	-5%	-362.686	6.218.338	7.546.396	5.364.367	5.822.938	4.382.521	6.234.840	5.837.596	7.374.339	7.183.710	7.067.308	6.730.769	6.730.769
Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit	EUR	-5%	-346.609	6.378.700	7.546.398	5.473.386	5.656.569	4.634.555	6.056.701	7.403.903	7.058.296	7.199.789	6.724.038	0	0
Gewerbsteuer (netto)	EUR	20%	16.321.734	77.756.652	80.604.216	68.395.680	73.841.474	54.530.717	78.921.130	72.368.552	96.465.498	96.925.950	91.208.654	93.269.231	93.269.231

Aufgrund der ersten Anzeichen einer abschwächenden Konjunktur und der Einmaleffekte im laufenden Jahr wird der Planansatz von 105 Mio. in 2019 auf 100 Mio. in 2020 ff. leicht nach unten korrigiert.

Gewerbesteuer je Einwohner

Die Gewerbesteuer wird nachfolgend ebenfalls in Relation zur Einwohnerzahl abgebildet. Im Vergleich zur Grundsteuer B ist die Gewerbesteuer stärkeren Schwankungen aufgrund der konjunkturellen Einflüsse ausgesetzt:

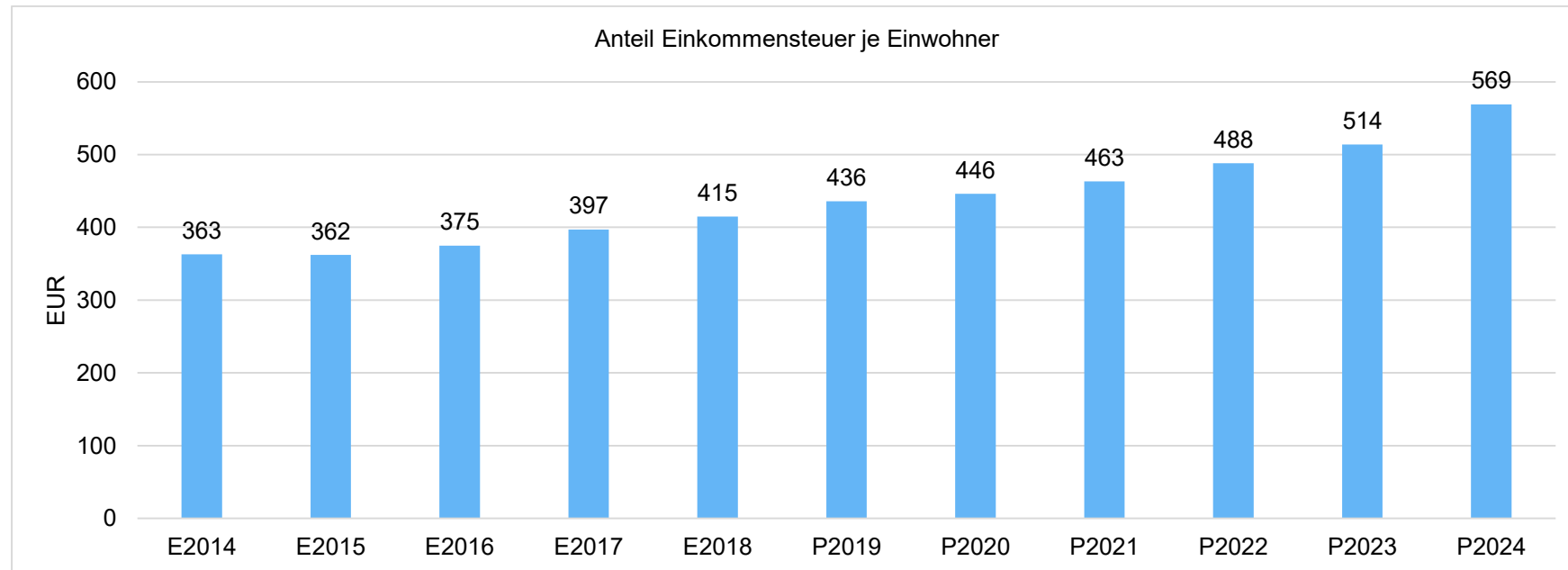


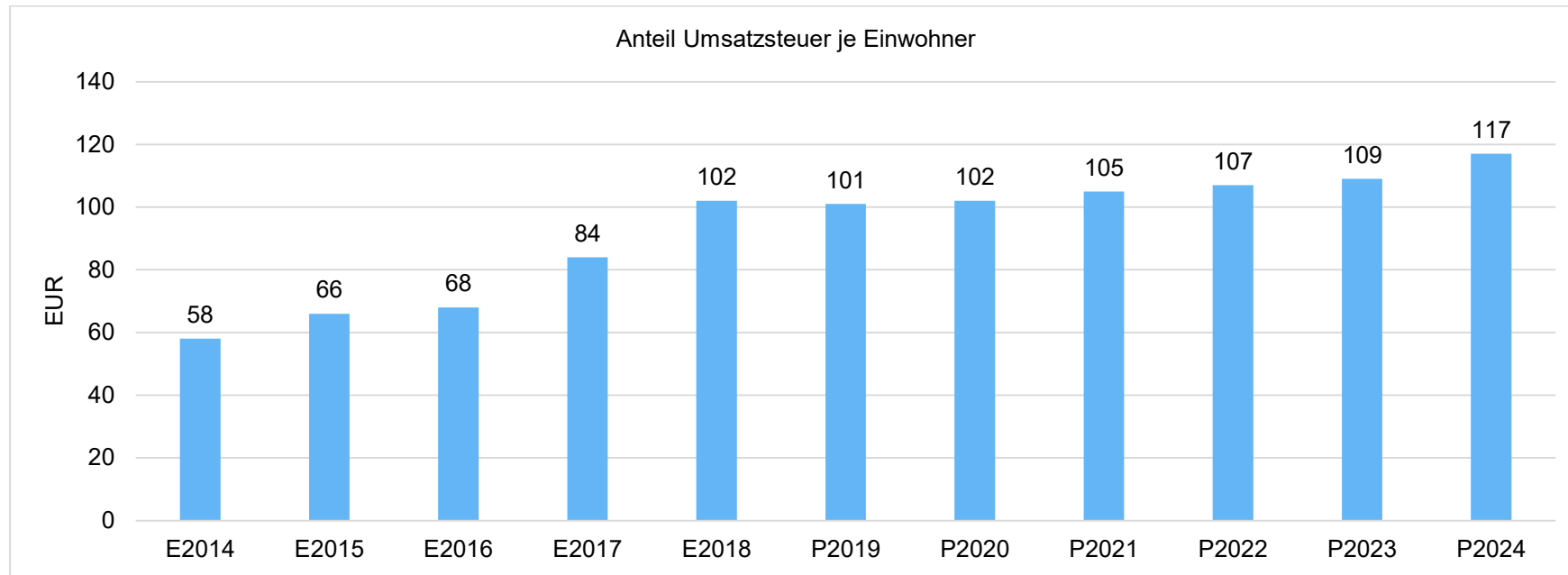
Gemeinschaftssteuern

Die Gemeinschaftssteuern, bestehend aus der Beteiligung am Aufkommen der Umsatz- und Einkommensteuer, bilden eine weitere wichtige Ertragssäule des kommunalen Haushaltes. Nachfolgend wird auch hier das Aufkommen jeweils einwohnerbezogen dargestellt:

Gemeinschaftssteuern

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Anteil Einkommensteuer	78.373.826	82.177.904	84.217.158	87.417.410	92.137.950	97.113.339	102.357.523
Anteil Umsatzsteuer	19.243.119	19.083.715	19.329.515	19.754.765	20.169.615	20.593.177	21.025.633





3.2. Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen

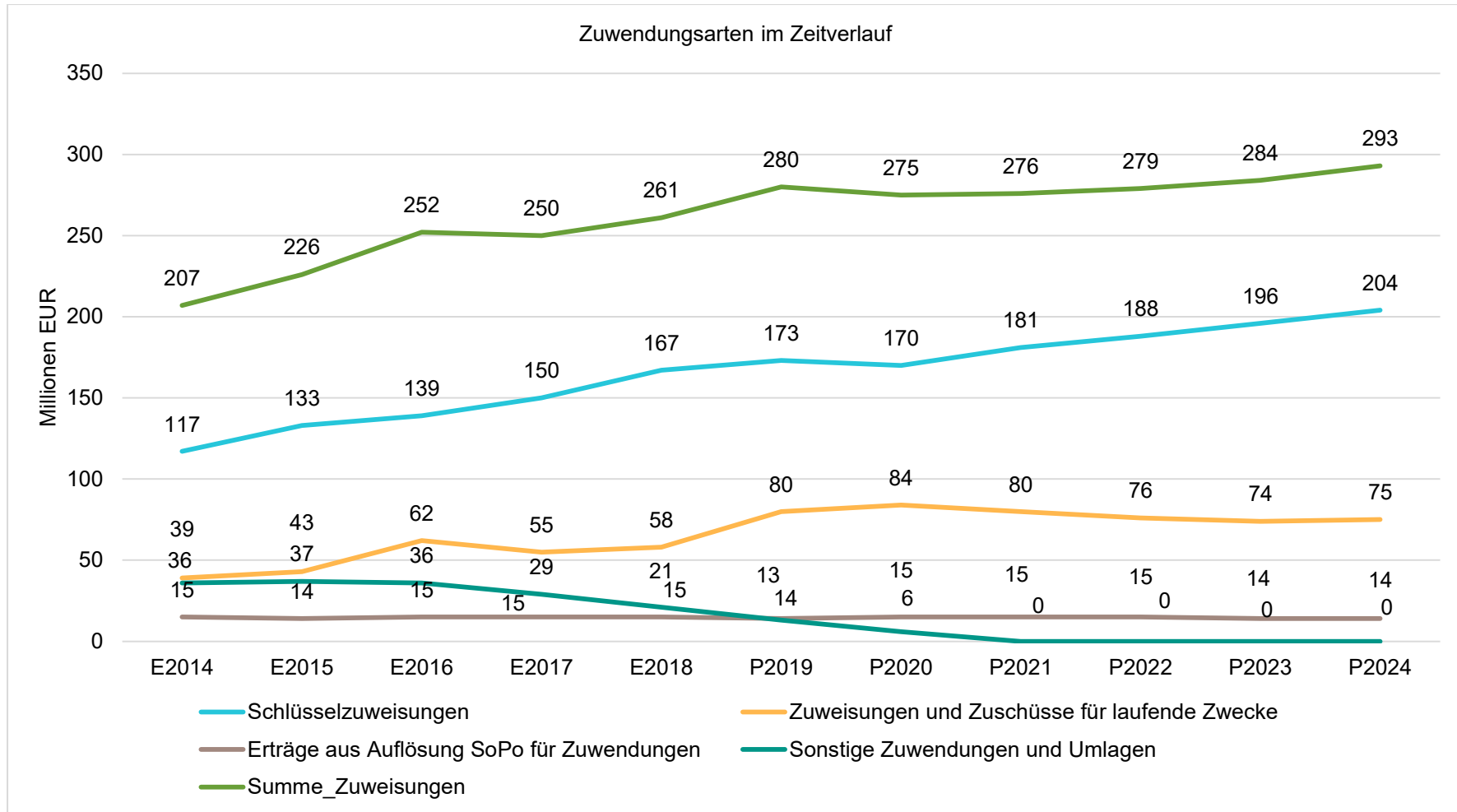
Entwicklung der Zuwendungen im Zeitverlauf

Nachfolgend wird die Entwicklung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen nach den einzelnen Zuwendungsarten abgebildet.

Zuwendungsarten

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	261.117.735	280.263.967	275.244.598	276.452.393	278.998.765	283.884.853	292.697.503
davon Schlüsselzuweisungen	167.259.437	173.113.517	169.763.576	181.477.263	187.828.967	195.529.955	203.546.683
davon Bedarfszuweisungen und sonstige allgemeine Zuweisungen	20.512.998	13.315.455	6.477.789	--	--	--	--
davon Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	58.235.018	79.722.412	83.694.710	80.076.452	76.370.905	74.127.286	74.892.621
davon Erträge aus Auflösung SoPo für Zuwendungen	15.110.282	14.112.583	15.308.523	14.898.678	14.798.893	14.227.612	14.258.199

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen beinhalten auch die Stärkungspaktmittel. Diese werden seit 2017 degressiv abgebaut. Ab 2021 werden keine Stärkungspaktmittel mehr gezahlt.

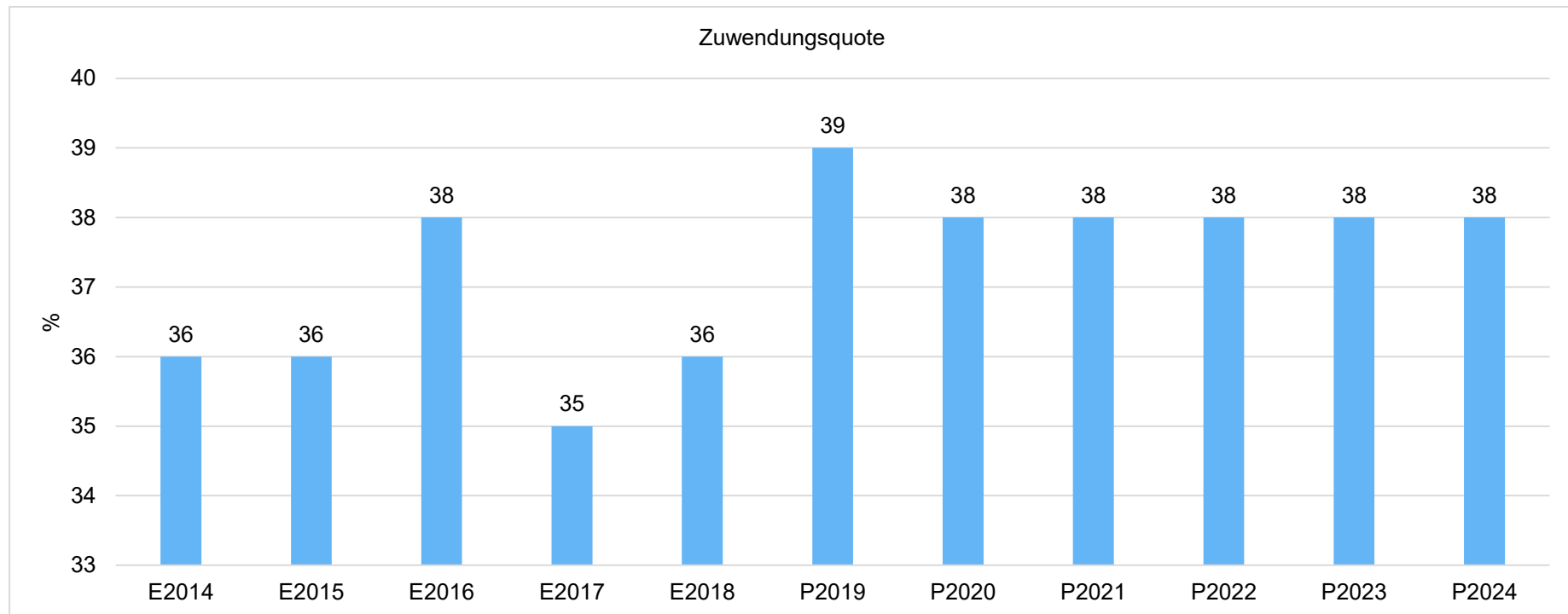


Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote zeigt auf, wie hoch die Abhängigkeit von Zuweisungen und Zuschüssen ist.

Sie errechnet sich als prozentualer Anteil der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen (ohne allgemeine Umlagen und Erträge aus der Leistungsbeteiligung des Bundes) von den ordentlichen Erträgen insgesamt.

Die Zuwendungsquote korrespondiert mit der oben bereits dargestellten Steuerquote.



3.3. Sonstige Ertragsarten

Die Entwicklung bei den übrigen Ertragsarten stellt sich wie folgt dar:

Sonstige Ertragsarten

	Erg. 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
Sonstige Transfererträge	8.384.650	10.652.072	8.527.214	5.560.014	5.658.954	5.759.873
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	66.649.716	67.619.214	71.922.464	71.919.981	72.286.680	72.703.505
Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.997.512	5.130.650	5.269.384	5.266.261	5.295.103	5.324.532
Kostenerstattungen und -umlagen	70.364.044	65.086.010	67.255.450	68.090.341	69.438.715	69.493.772
Sonstige ordentliche Erträge	38.806.334	27.895.875	35.666.991	32.820.119	32.687.811	32.579.598
Aktivierete Eigenleistungen	330.568	128.876	579.905	466.061	466.061	466.061
Finanzerträge	3.712.554	9.210.400	10.729.339	10.728.339	10.727.339	8.025.500

Hierzu gehören alle Erträge, die nicht einer der vorgenannten Ertragspositionen zugeordnet werden können, insbesondere Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, Konzessionsabgaben, Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, Erstattung von Steuern vom Einkommen und Ertrag für Vorjahre, Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten und nicht zahlungswirksame Erträge.

4. Aufwendungen

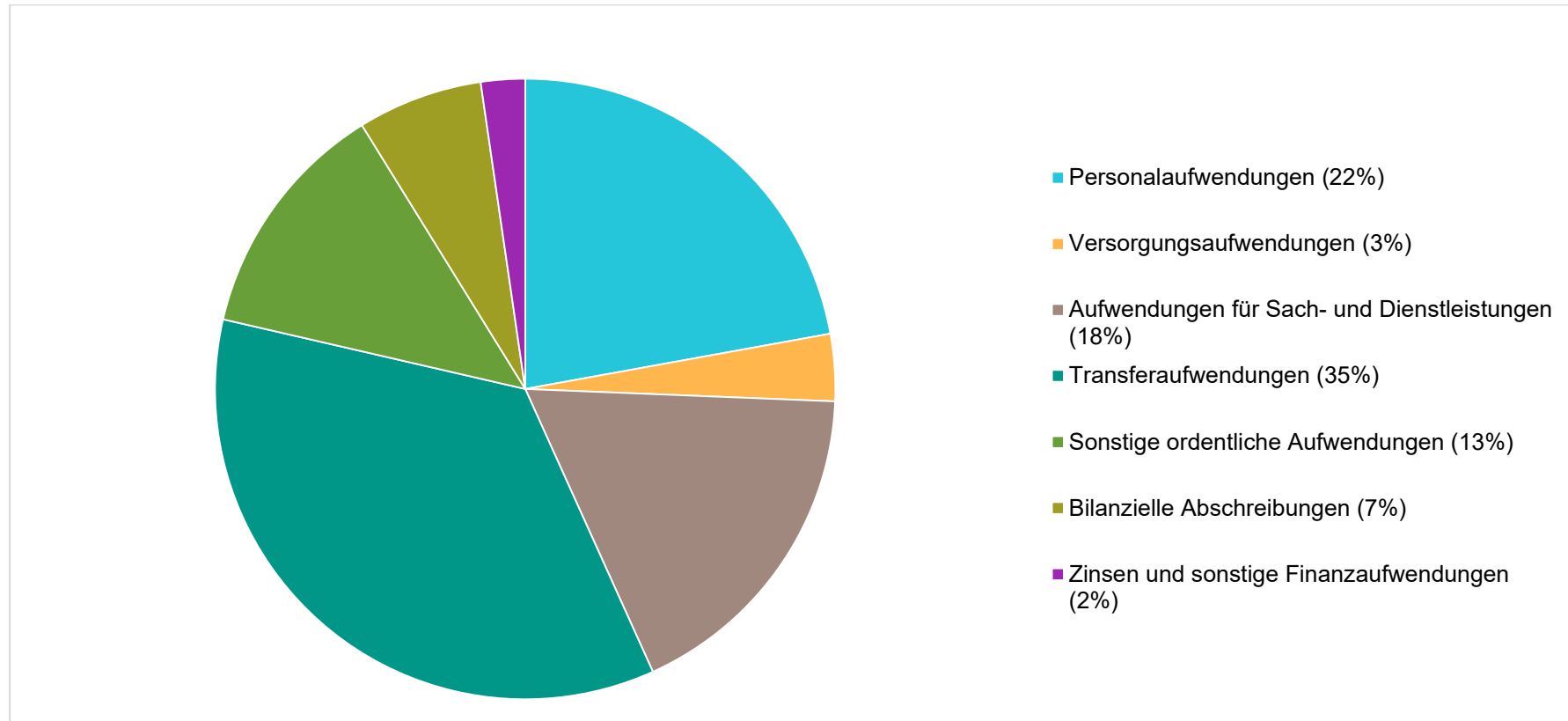
Die Gesamtsumme aller Aufwendungen im Jahr 2020 liegt bei 744.739.968 Euro, im Jahr 2021 werden 744.897.223 erwartet.

Die Beträge teilen sich auf die einzelnen Aufwandsarten wie folgt auf:

Aufwandsarten

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Personalaufwendungen	150.542.103	150.307.053	164.933.242	167.863.611	169.324.184	170.890.278	172.472.033
Versorgungsaufwendungen	26.876.099	19.039.119	25.982.000	27.011.000	27.242.125	27.475.561	27.711.332
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	118.623.073	107.325.236	131.164.702	122.171.033	121.246.396	121.964.914	122.765.463
Transferaufwendungen	253.288.052	273.343.285	263.344.902	269.755.393	272.465.119	277.303.314	282.181.330
Sonstige ordentliche Aufwendungen	102.570.620	108.493.023	93.589.858	93.283.966	94.421.437	94.397.099	94.903.469
Bilanzielle Abschreibungen	45.561.229	43.820.485	48.595.264	48.872.221	49.083.016	48.551.947	48.264.549
Ordentliche Aufwendungen	697.461.176	702.328.201	727.609.968	728.957.223	733.782.275	740.583.114	748.298.175
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.139.609	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
Summe	717.600.785	725.828.201	744.739.968	744.897.223	748.992.275	755.484.114	764.598.675

Aufwand in der Zusammensetzung nach Aufwandsarten:



Im Vorjahr belief sich der Gesamtbetrag der geplanten Aufwendungen auf 725.828.201 Euro. Im aktuellen Planjahr verändern sich die Aufwendungen um 18.911.767 Euro auf 744.739.968 Euro.

Die Veränderungen bei den einzelnen Aufwandsarten stellen sich im Detail wie folgt dar:

Vorjahresvergleich Aufwandsarten

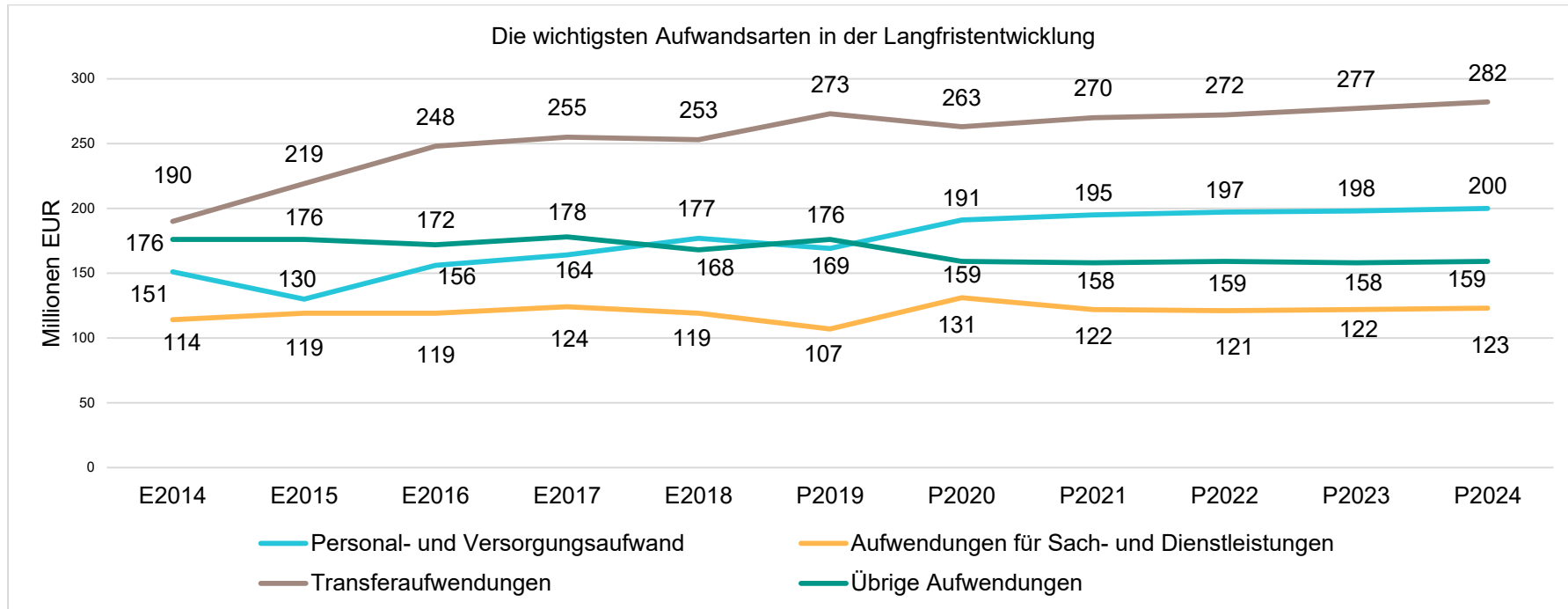
	Plan 2019	Plan 2020	Abw. abs.
Personalaufwendungen	150.307.053	164.933.242	14.626.189
Versorgungsaufwendungen	19.039.119	25.982.000	6.942.881
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	107.325.236	131.164.702	23.839.466
Transferaufwendungen	273.343.285	263.344.902	-9.998.383
Sonstige ordentliche Aufwendungen	108.493.023	93.589.858	-14.903.165
Bilanzielle Abschreibungen	43.820.485	48.595.264	4.774.779
Ordentliche Aufwendungen	702.328.201	727.609.968	25.281.767
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	23.500.000	17.130.000	-6.370.000
Summe	725.828.201	744.739.968	18.911.767

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung ergibt sich folgende Entwicklung der Aufwandsarten:

Aufwandsarten im mittelfristigen Planungszeitraum

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Personalaufwendungen	150.542.103	150.307.053	164.933.242	167.863.611	169.324.184	170.890.278	172.472.033
Versorgungsaufwendungen	26.876.099	19.039.119	25.982.000	27.011.000	27.242.125	27.475.561	27.711.332
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	118.623.073	107.325.236	131.164.702	122.171.033	121.246.396	121.964.914	122.765.463
Transferaufwendungen	253.288.052	273.343.285	263.344.902	269.755.393	272.465.119	277.303.314	282.181.330
Sonstige ordentliche Aufwendungen	102.570.620	108.493.023	93.589.858	93.283.966	94.421.437	94.397.099	94.903.469
Bilanzielle Abschreibungen	45.561.229	43.820.485	48.595.264	48.872.221	49.083.016	48.551.947	48.264.549
Ordentliche Aufwendungen	697.461.176	702.328.201	727.609.968	728.957.223	733.782.275	740.583.114	748.298.175
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.139.609	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
Summe	717.600.785	725.828.201	744.739.968	744.897.223	748.992.275	755.484.114	764.598.675

Die wichtigsten Aufwandsarten in der langfristigen Entwicklung:



4.1. Personalaufwand

Die Personalaufwendungen entwickeln sich im Betrachtungszeitraum wie folgt:

Personalaufwand

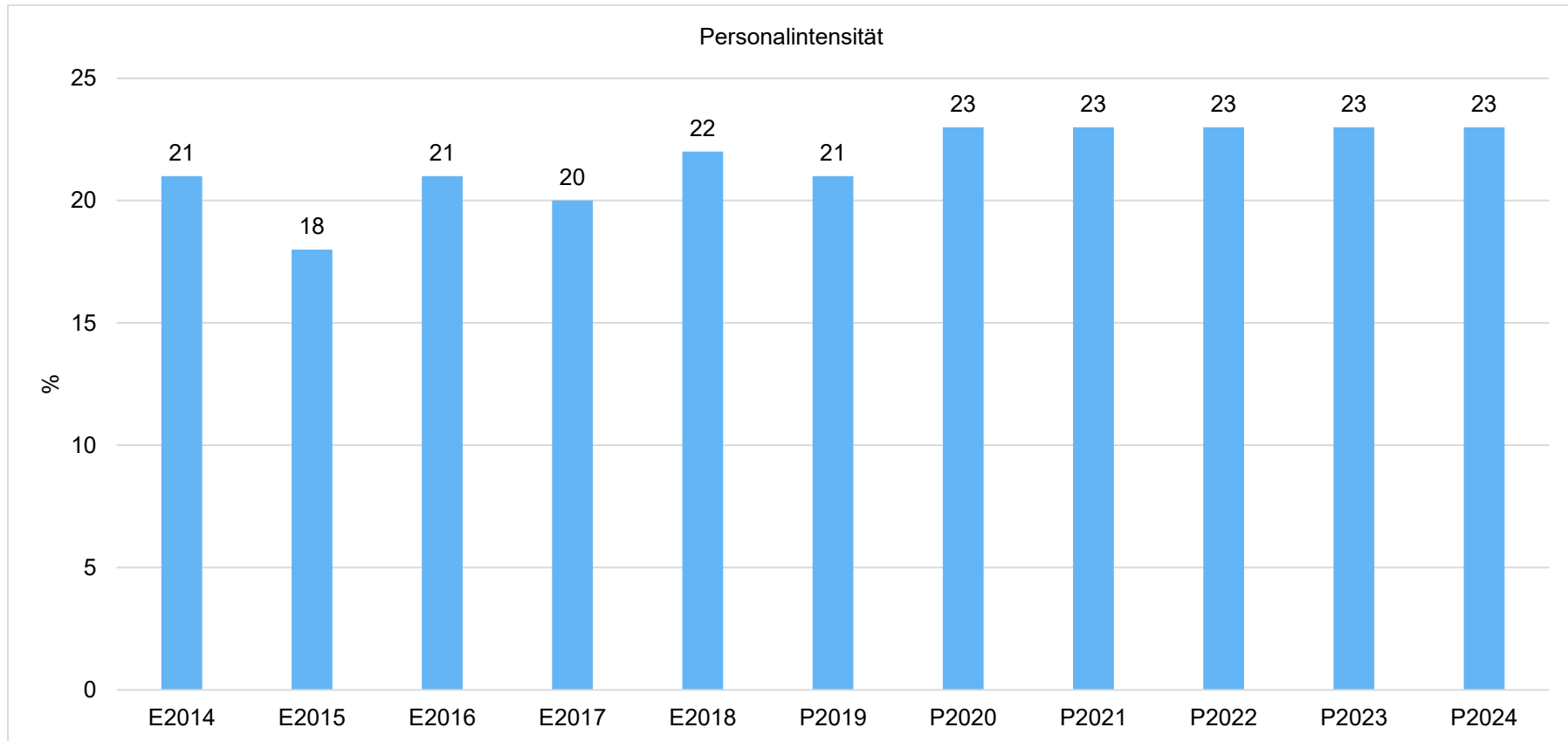
	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Personalaufwendungen gesamt	150.542.103	150.307.053	164.933.242	167.863.611	169.324.184	170.890.278	172.472.033
davon Dienstaufwendungen	111.683.432	111.331.268	125.301.080	127.982.269	129.186.576	130.473.698	131.773.689
davon sonstige Personalaufwendungen	38.858.671	38.975.786	39.632.162	39.881.342	40.137.607	40.416.580	40.698.344

Bei der Entwicklung der Personalaufwendungen ist neben den Tariferhöhungen zu berücksichtigen, dass es durch die Restrukturierung des Habits ab 2020 zum Teil zu einer Verlagerung von Sachkosten zu Personalkosten gekommen ist.

Höhere Personalaufwendungen sind außerdem durch zusätzliche Stellen (Kitas, Jobcenter, Waste Watcher) entstanden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass diese Stellen überwiegend refinanziert sind. Die entsprechenden Erstattungen sind geplant und führen daher zu Mehrträgen im Haushalt.

Personalintensität

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ab. Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personalaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.



4.2. Sach- und Dienstleistungsaufwand

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entwickeln sich im Betrachtungszeitraum wie folgt:

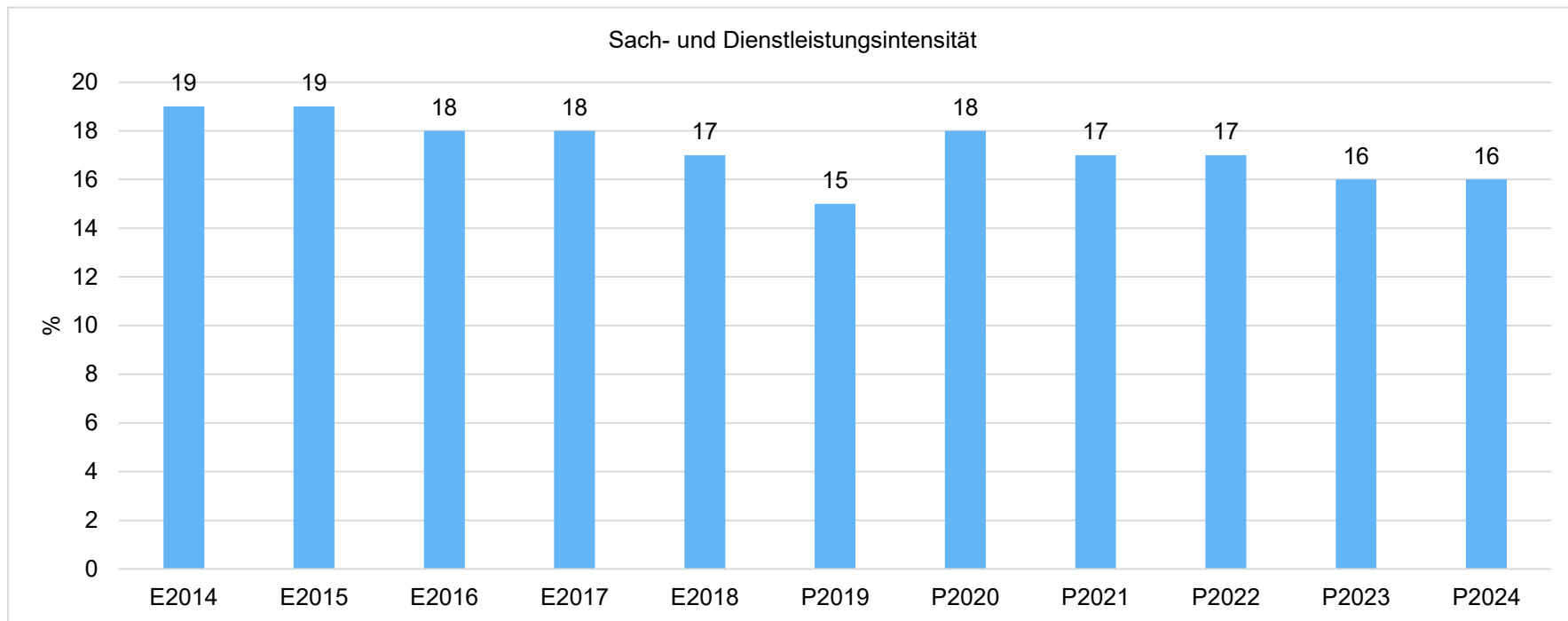
Sach- und Dienstleistungsaufwand

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Bewirtschaftung, Unter- u. Instandhaltung unbewegliches Vermögen	54.844.313	48.141.610	59.567.822	51.267.388	49.635.736	50.108.764	50.586.523
Unterhaltung bewegliches Vermögen	1.544.176	1.445.732	1.526.890	1.565.990	1.568.263	1.582.679	1.597.239
sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	15.549.773	14.049.935	23.851.594	21.988.938	22.605.542	22.697.096	22.864.411
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	118.623.073	107.325.236	131.164.702	122.171.033	121.246.396	121.964.914	122.765.463

Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität bildet den prozentualen Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab.

Sie zeigt an, welches Gewicht der Sach- und Dienstleistungsaufwand innerhalb des ordentlichen Aufwandes hat.



4.3. Transferaufwendungen

Innerhalb des Transferaufwandes stellen die Umlagezahlungen an Gemeindeverbände sowie die Sozialtransfers die bedeutendsten Aufwandsarten dar.

Transferaufwendungen

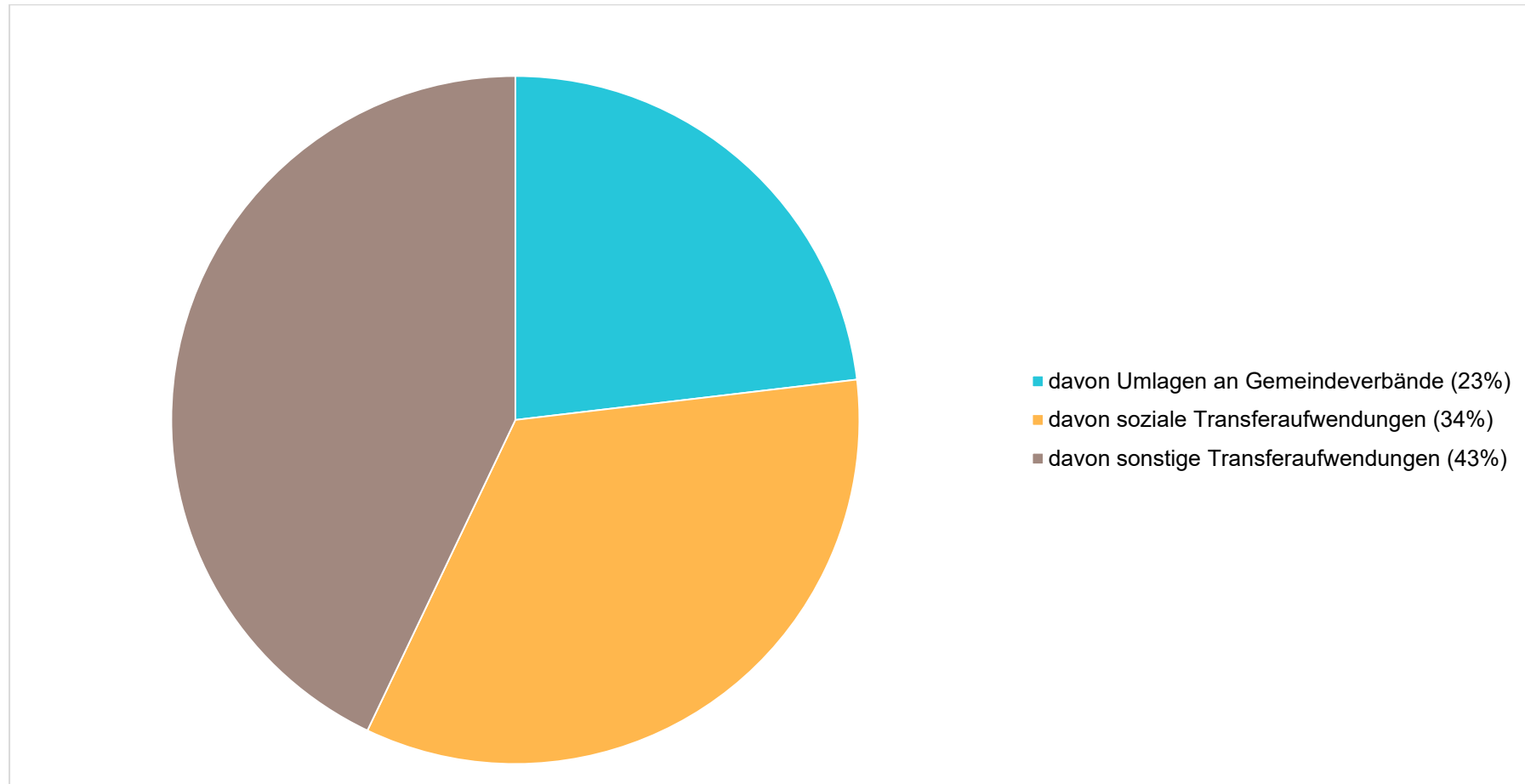
	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Transferaufwendungen	253.288.052	273.343.285	263.344.902	269.755.393	272.465.119	277.303.314	282.181.330
davon Umlagen an Gemeindeverbände	59.163.889	60.631.068	60.903.317	62.120.746	63.362.524	64.629.137	65.921.082
davon soziale Transferaufwendungen	82.845.759	94.779.300	89.399.550	91.594.952	93.426.851	95.295.388	97.201.296
davon sonstige Transferaufwendungen	111.278.404	117.932.917	113.042.035	116.039.695	115.675.744	117.378.789	119.058.952

Die sozialen Transferaufwendungen beinhalten auch die Leistungen an Asylbewerber. Die Kosten der Unterkunft (KdU) werden unter der Haushaltsposition „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ abgebildet.

Wesentliche Aufwendungen der sonstigen Transferaufwendungen sind die Zuschüsse an die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) und an die Träger von Kindertageseinrichtungen bzw. des Offenen Ganztags.

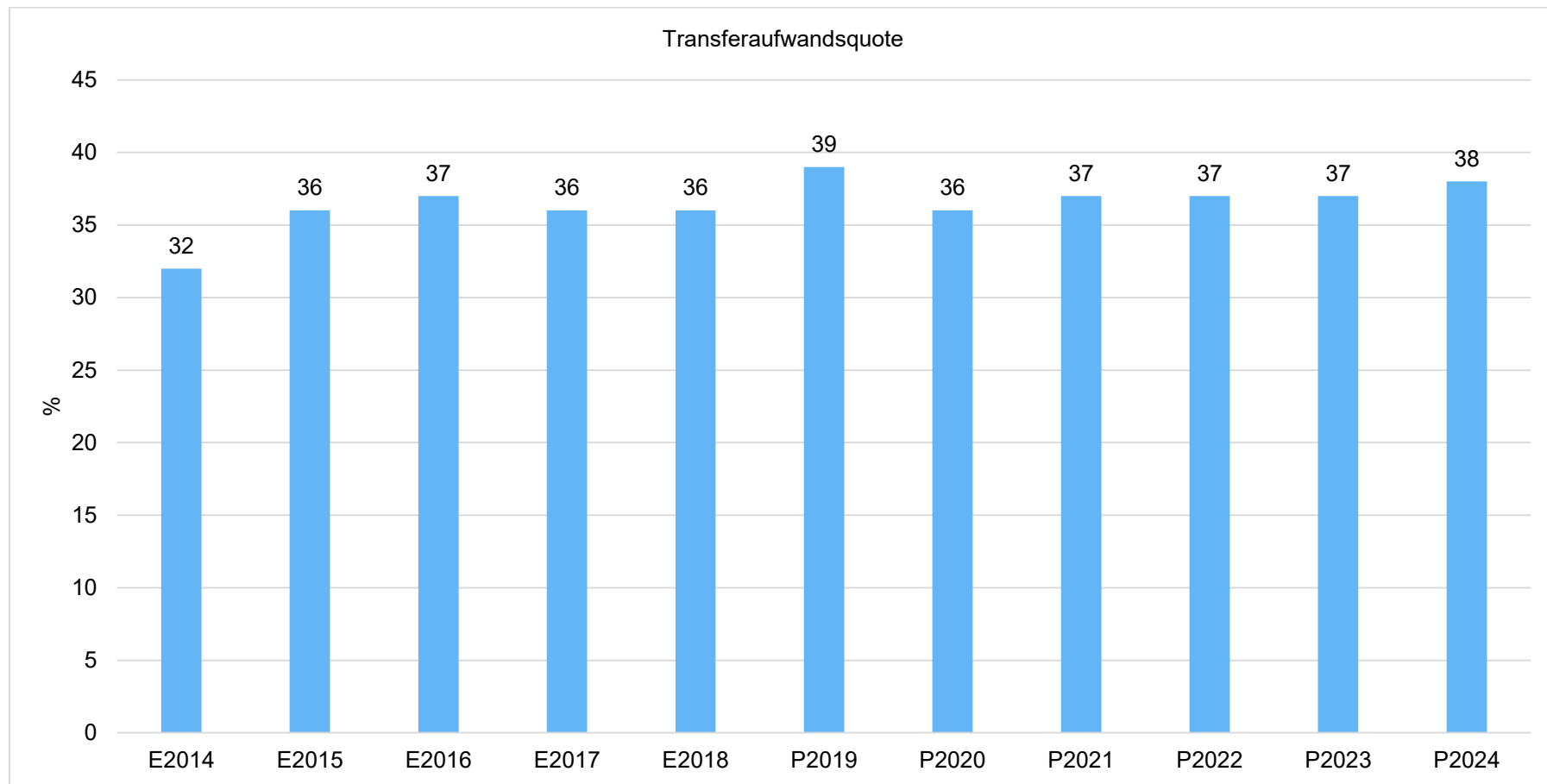
Die starke Absenkung in 2020 resultiert aus dem Wegfall des „Fonds Deutscher Einheit“.

Die Zusammensetzung des Transferaufwandes:



Transferaufwandsquote

Die Transferaufwandsquote stellt die Transferaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen und bringt den prozentualen Anteil an den ordentlichen Aufwendungen zum Ausdruck. Sie ist damit ein Indikator dafür, wie hoch der kommunale Haushalt durch Transferaufwendungen belastet wird.



4.3.1. Umlagezahlung an Gemeindeverbände

Die Umlagen an Gemeindeverbände enthalten u.a. den Regionalverband Ruhr (RVR) und den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Die LWL-Umlage berechnet sich aus der Umlagegrundlage (Summe der eigenen Steuerkraft und der Schlüsselzuweisung) multipliziert mit dem Hebesatz des LWL. Die Umlagegrundlagen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen, die Hebesätze des LWL wurden seit 2008 ebenfalls fast durchgängig jedes Jahr erhöht, bis im Jahr 2017 der bisherige Höchststand von 17,4% erreicht war. Auch aufgrund der günstigen Entwicklung der Schlüsselzuweisungen an den LWL konnte der Hebesatz dann in den Jahren 2018 auf 16,0% und in 2019 auf 15,15% gesenkt werden.

In der Benehmensherstellung zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs des LWL für die Jahre 2020 und 2021 vom 29.07.2019 rechnete der LWL u. a. aufgrund weiterer Aufgabenzuwächse durch die Änderungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) mit einer erforderlichen Anhebung des Hebesatzes auf 15,5% für 2020 und sogar 15,9% für 2021. In Verbindung mit der voraussichtlichen Umlagegrundlage lt. Arbeitskreisrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2020 vom 29.07.2019 würde dies für die Stadt Hagen in 2020 zu einer Erhöhung der LWL-Umlage gegenüber 2019 i. H. v. 3,4 Mio. Euro führen und für eine Stärkungspaktkommune nicht leistbar sein. In der Stellungnahme zur Benehmensherstellung äußerte sich die Stadt Hagen entsprechend. Mit der Veröffentlichung der Eckdaten zum Haushaltsentwurf des LWL vom 10.09.2019 senkte der LWL die beabsichtigten Hebesätze auf 15,45% (2020) und 15,6% (2021).

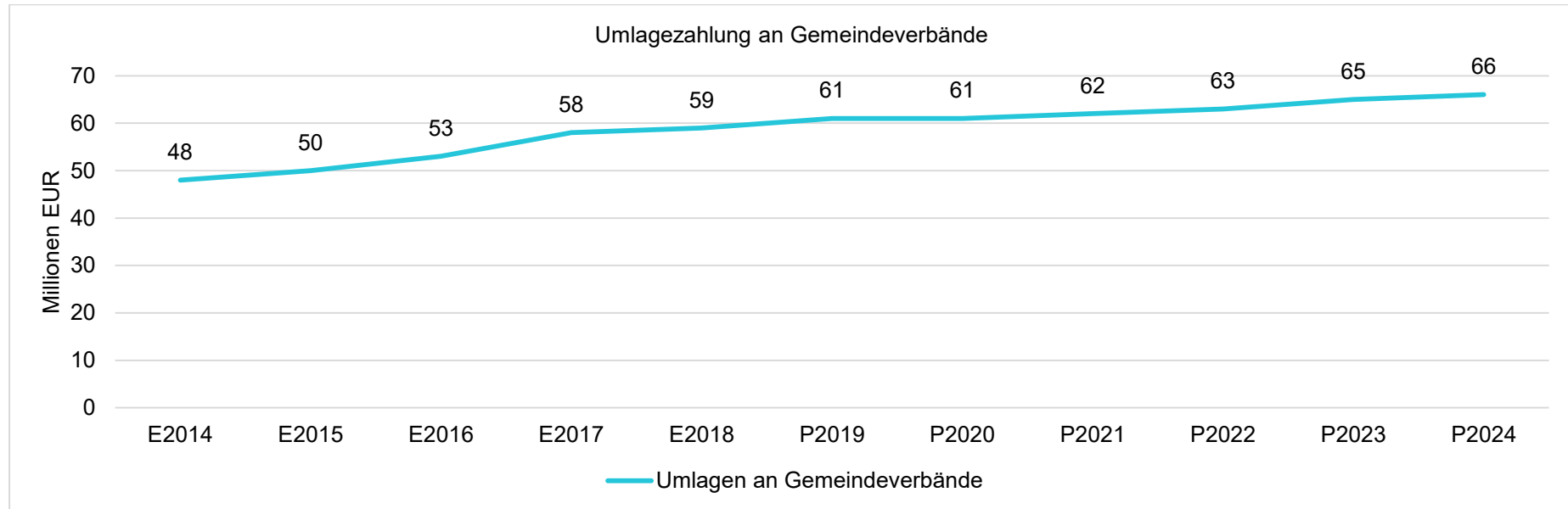
Es wird jedoch erwartet, dass aufgrund der Jahresabschlüsse 2017 und 2018 und des Rücklagenstandes des LWL gar keine Erhöhung des Hebesatzes erforderlich ist. Gleichwohl kalkuliert die Stadt Hagen aus Vorsichtsgründen für 2020 mit einem Hebesatz von 15,3%. Ab 2021 wird von einer jährlichen Steigerung der Umlagezahlung von 2% ausgegangen.

Sobald die Haushaltsberatungen des LWL abgeschlossen sind, kann unter Umständen vor der abschließenden Beratung im Rat eine Anpassung der LWL- Umlage erforderlich werden.

Gegenüber dem Vorjahresplan und in der langfristigen Entwicklung ergibt sich folgendes Bild:

Umlage an Gemeindeverbände

	Plan 2019	Plan 2020	Abw. abs.
Umlagen an Gemeindeverbände	60.631.068	60.903.317	272.249 →

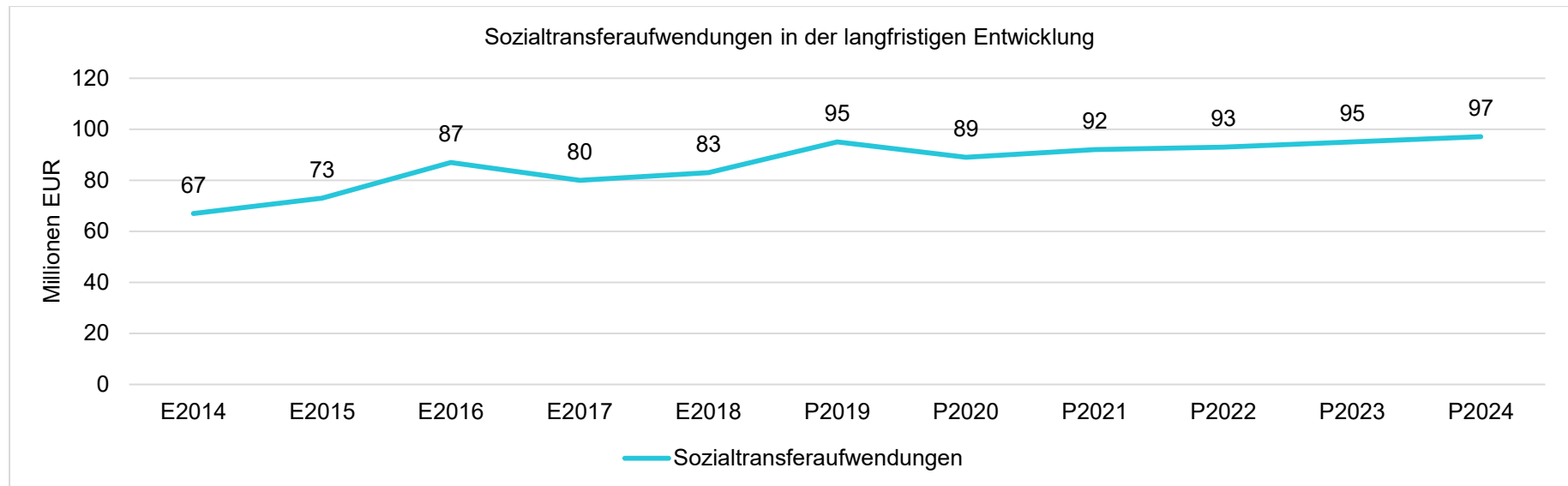


4.3.2. Sozialtransferaufwendungen

Gegenüber dem Vorjahresplan und in der langfristigen Entwicklung zeigt sich folgendes Bild:

Sozialtransferaufwand

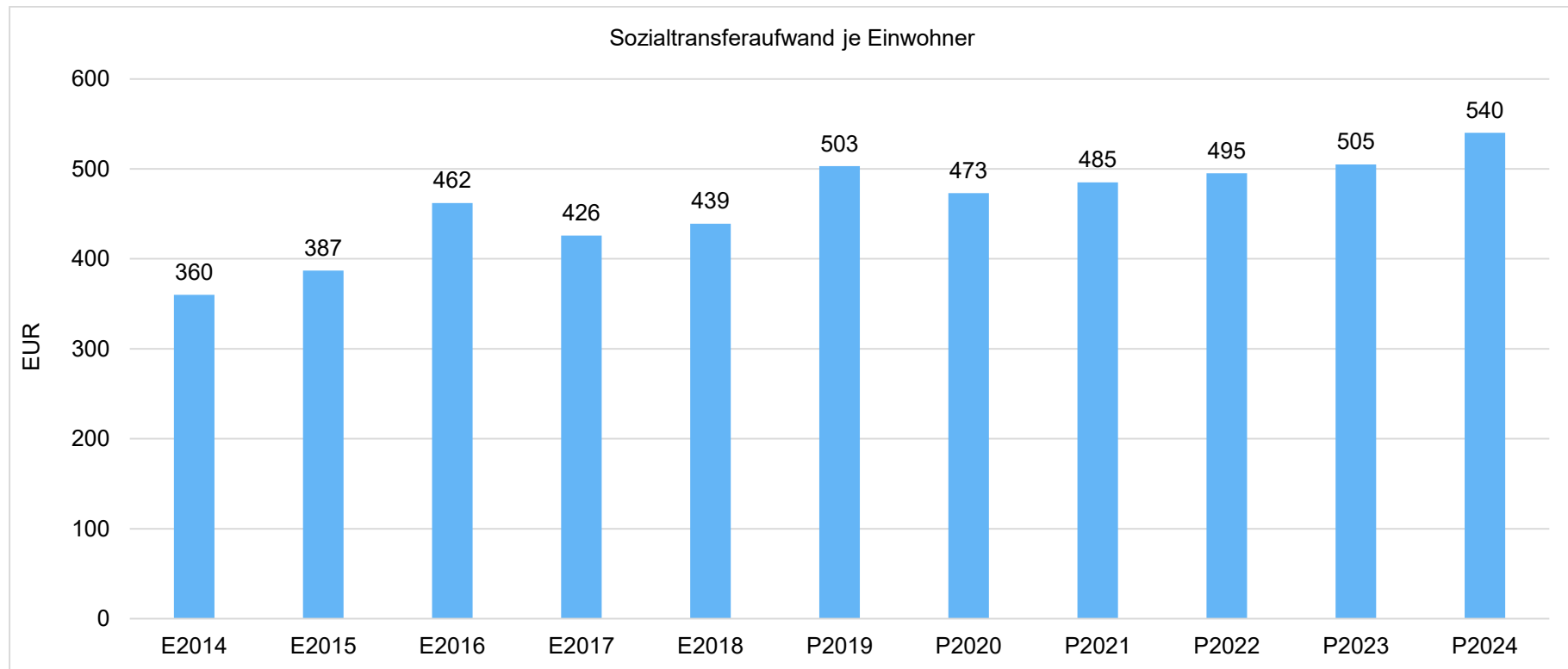
	Plan 2019	Plan 2020	Abw. abs.
Sozialtransferaufwendungen	94.779.300	89.399.550	-5.379.750 ↘



Die Verringerung der Sozialtransferaufwendungen ist durch eine Fallzahlensenkung im Bereich der „UMA“ (Unbegleitete minderjährige Ausländer) begründet.

Sozialtransferaufwendungen je Einwohner

Um die Höhe der Belastung des Haushaltes durch Sozialtransferaufwendungen und die langfristige Entwicklung zu verdeutlichen, bietet sich die Betrachtung der einwohnerbezogenen Kennzahl an.



4.4. Abschreibungen

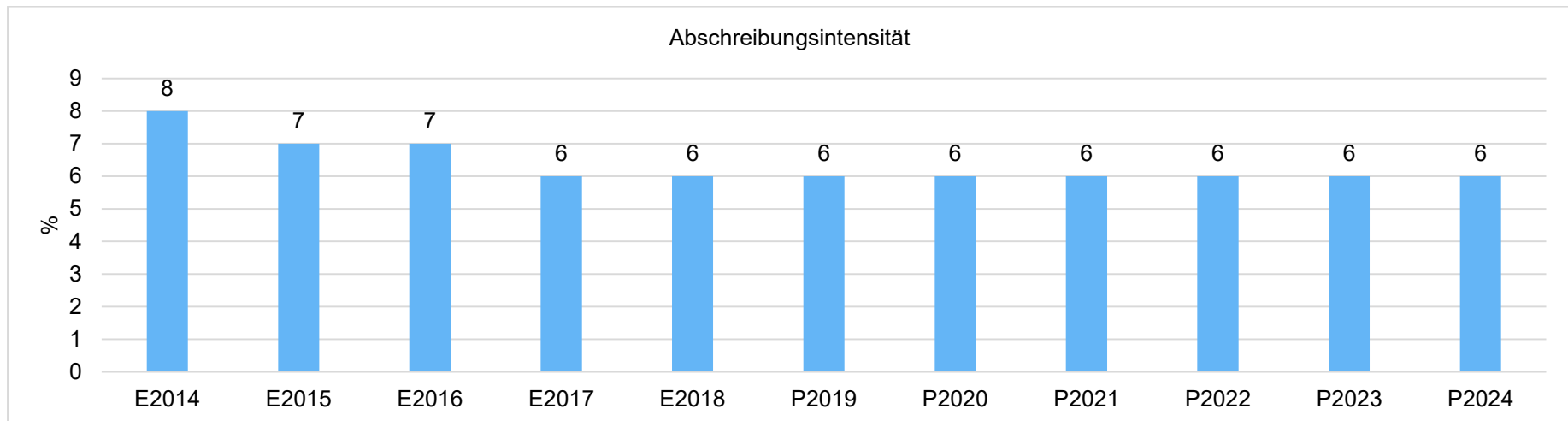
Die Abschreibungen sind in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

Abschreibungen

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Abschreibungen auf immaterielles Vermögen und Sachanlagen	43.336.518	42.086.016	42.922.840	43.659.907	43.872.269	43.341.201	43.053.914
Abschreibungen auf Umlaufvermögen	2.205.885	1.728.436	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000
Abschreibungen gesamt	45.561.229	43.820.485	48.595.264	48.872.221	49.083.016	48.551.947	48.264.549

Abschreibungsintensität

Die Kennzahl verdeutlicht, welchen prozentualen Anteil die Abschreibungen am ordentlichen Aufwand betragen.

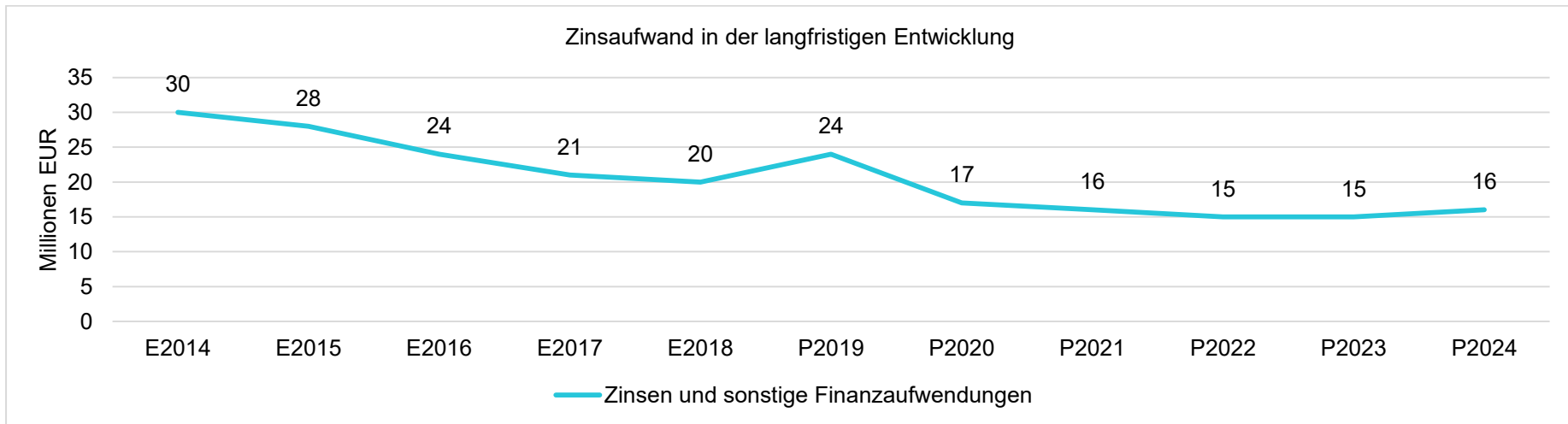


4.5. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Entwicklung bei den Zinsen und den sonstigen Finanzaufwendungen stellt sich wie folgt dar:

Zinsaufwand

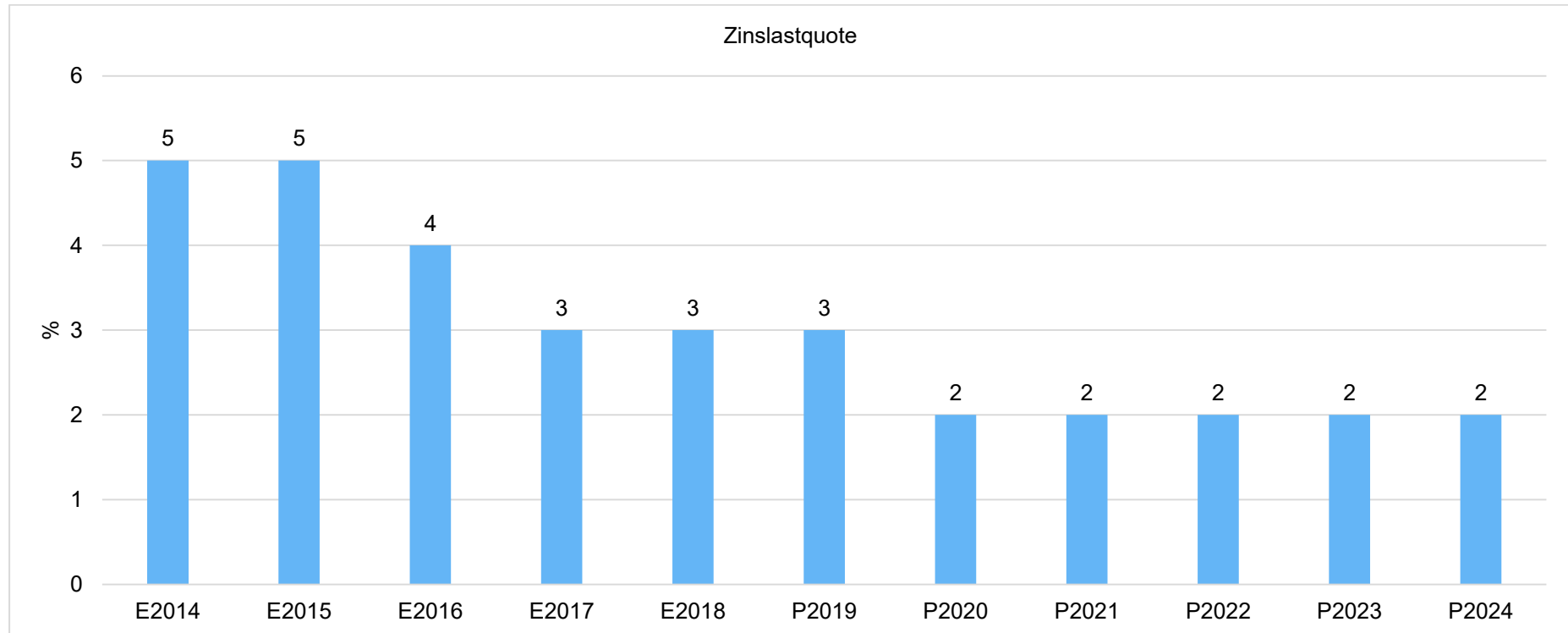
	Plan 2019	Plan 2020	Abw. abs.
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	23.500.000	17.130.000	-6.370.000 ↘



Die Niedrigzinsphase wurde in den vergangenen Jahren zur Erhöhung der Duration genutzt. Dadurch konnte das Zinsänderungsrisiko im Portfolio reduziert werden. Gekoppelt mit der anhaltenden Situation am Zins- und Kapitalmarkt lässt sich eine weitere Reduzierung des Zinsaufwands erwarten.

Zinslastquote

Die Zinslastquote bildet das Verhältnis der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen zum ordentlichen Aufwand ab. Sie zeigt auf, wie hoch die Belastung des Haushaltes durch Zinsaufwendungen ist.



4.6. Zuschüsse an Beteiligungen

Die Stadt Hagen gewährt ihren dauerdefizitären Gesellschaften der Daseinsfürsorge jährliche Zuschüsse zur Abdeckung der Verluste sowie zur Stärkung des Eigenkapitals der jeweiligen Gesellschaften. Basierend auf der mittelfristigen Planung der genehmigten Wirtschaftspläne 2019 der jeweiligen Gesellschaften und dem unterjährigen politischen Beschluss der ÖPNV-Ausweitung wird für das **Jahr 2020** mit Zuschüssen in Höhe von voraussichtlich **32.794.006 Euro** sowie für das **Jahr 2021** mit Zuschüssen in Höhe von **32.987.935 Euro** geplant.

Diese verteilen sich auf folgende Gesellschaften:

Gesellschaften	Zuschuss 2020	Zuschuss 2021
Theater Hagen gGmbH	14.761.006 €	15.064.435 €
Hagener Versorgungs- und Verkehrs GmbH (HVG) (inklusive der Tochtergesellschaften Hagener Straßenbahn AG und Hagenbad GmbH, HAGENagentur GmbH)	17.233.000 €	17.115.000 €
agentur mark GmbH	260.000 €	260.000 €
Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH	540.000 €	548.500 €
Summe	32.794.006 €	32.987.935 €

Nach derzeitigem Kenntnisstand sollten bei jeweils planmäßig verlaufendem Geschäftsbetrieb die gewährten Zuschüsse ausreichen um den Fortbestand der jeweiligen Gesellschaft nicht zu gefährden.

5. Ergebnis

Aus den oben dargestellten Erträgen und Aufwendungen ergibt sich folgendes Ergebnis, was nachfolgend im Vergleich zur Planung des Vorjahres abgebildet wird:

Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr

	Plan 2019	Plan 2020	Abw. abs.
Ordentliches Ergebnis	15.065.855	4.736.815	-10.329.041
Finanzergebnis	-14.289.600	-6.400.661	7.888.939
Ergebnis laufende Verwaltungstätigkeit	776.255	-1.663.846	-2.440.102
Jahresergebnis	776.255	-1.663.846	-2.440.102

Die voraussichtliche Ausschüttung der Sparkasse erhöht sich im Vergleich zur Fortschreibung 2019 um 0,9 Mio. Euro, die Gewinnausschüttung des WBH um 0,6 Mio. Euro. Im Jahr 2018 wurde keine Sparkassenausschüttung vorgenommen.

Das Ergebnis wird sich nach dem derzeitigen Stand der mittelfristigen Planung wie folgt entwickeln:

Ergebnis in der mittelfristigen Finanzplanung

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Ordentliches Ergebnis	28.004.972	15.065.855	4.736.815	3.440.475	6.378.961	9.776.413	14.147.043
Finanzergebnis	-16.427.055	-14.289.600	-6.400.661	-5.211.661	-4.482.661	-6.875.500	-10.686.100
Ergebnis laufende Verwaltungstätigkeit	11.577.917	776.255	-1.663.846	-1.771.186	1.896.300	2.900.913	3.460.943
Jahresergebnis	11.577.917	776.255	-1.663.846	-1.771.186	1.896.300	2.900.913	3.460.943

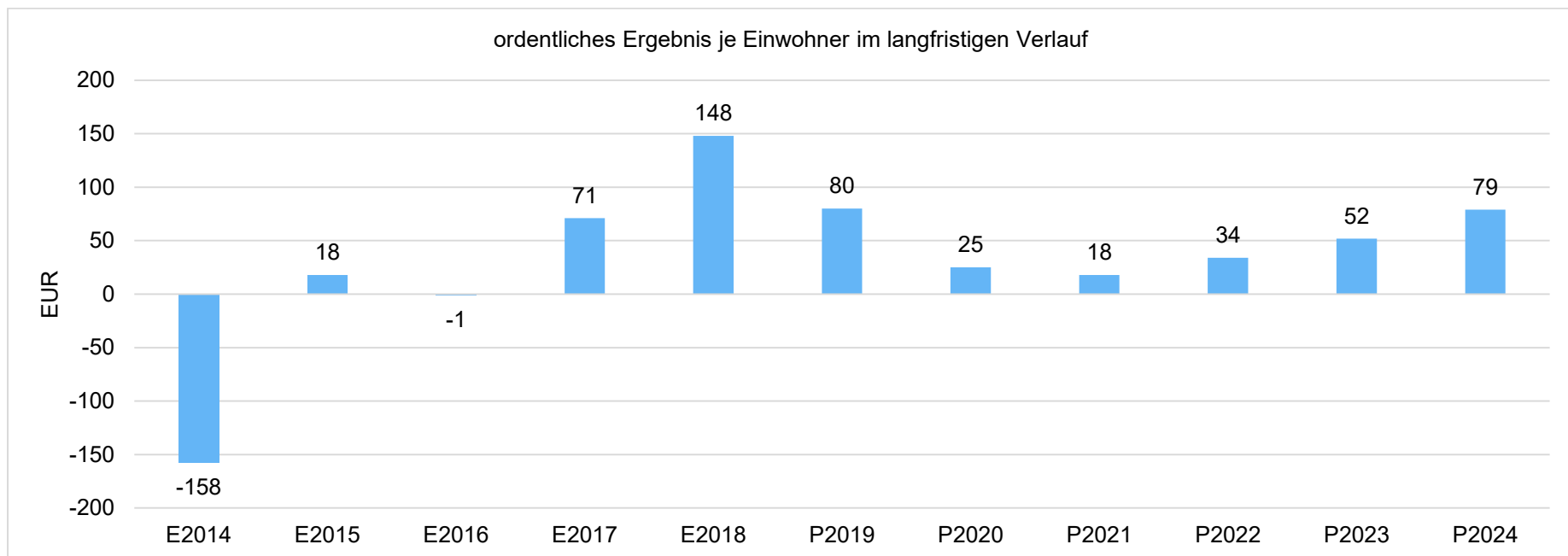
Maßgeblich im Rahmen des Jahresergebnisses sind das ordentliche Ergebnis sowie das Finanzergebnis.

Nachfolgend werden hierzu die Entwicklungen anhand von Kennzahlen verdeutlicht:

Ordentliches Ergebnis je Einwohner

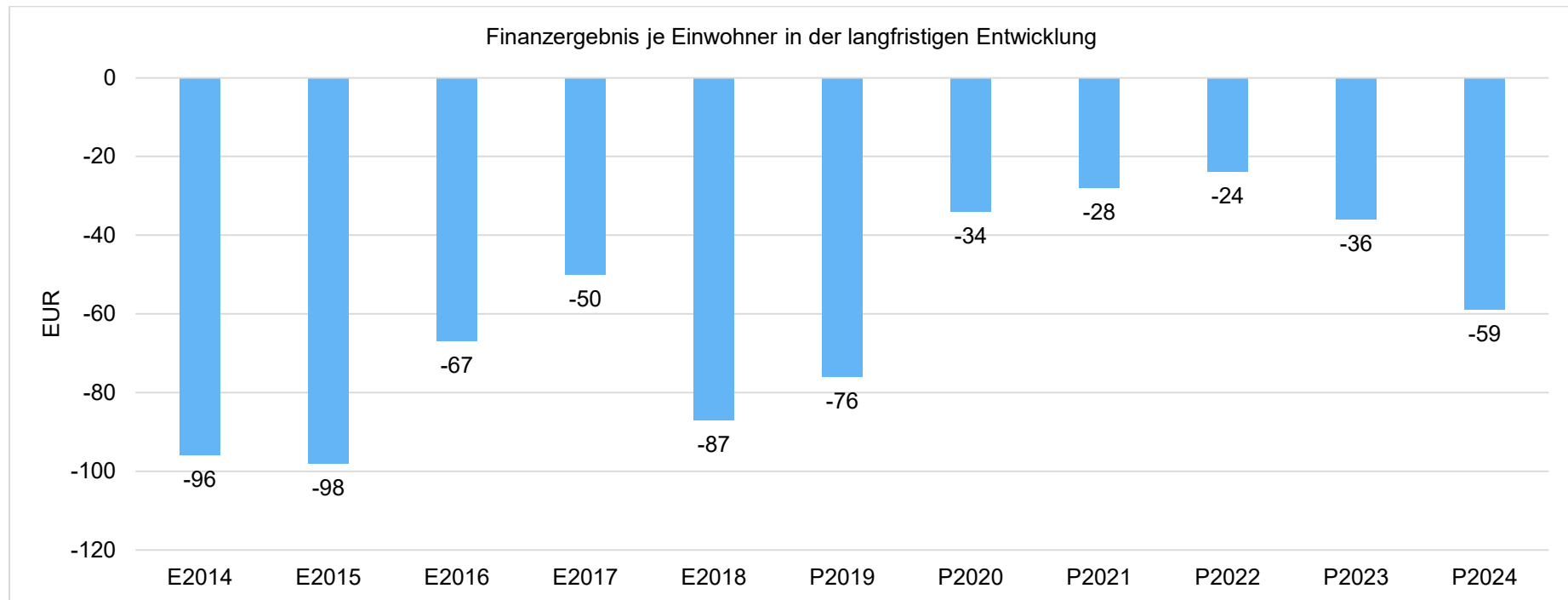
Die Kennzahl stellt das ordentliche Ergebnis ins Verhältnis zur Einwohnerzahl. Hierbei fließen das Finanzergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis nicht ein.

Die Kennzahl bringt zum Ausdruck, welches Ergebnis aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb heraus erwirtschaftet wird.



Finanzergebnis je Einwohner

Die Kennzahl stellt ausschließlich das Finanzergebnis, d.h. Aufwendungen und Erträge aus Finanzierungstätigkeit (z.B. Zinsaufwand und Zinserträge) ins Verhältnis zur Einwohnerzahl.



6. Finanzplan

Die Eckdaten des Finanzplans stellen sich wie folgt dar:

Finanzplan 3 - Jahresdarstellung

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	690.410.314	690.091.476	689.457.411	702.596.699	714.474.384	725.506.135	735.108.598
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	639.906.353	665.749.124	674.397.221	674.177.467	677.612.074	684.735.336	694.137.652
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.503.961	24.342.351	15.060.190	28.419.232	36.862.310	40.770.799	40.970.946
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	35.632.327	48.516.070	61.630.971	46.733.598	28.431.810	27.473.688	21.154.665
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.885.224	56.368.447	72.270.648	56.495.393	21.291.082	14.337.032	11.104.879
Saldo aus Investitionstätigkeit	9.747.103	-7.852.377	-10.639.677	-9.761.795	7.140.728	13.136.656	-10.049.786
Finanzmittelüberschuss /-fehlbetrag	60.251.064	16.489.974	4.420.513	18.657.437	44.003.038	53.907.455	51.020.732
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.062.468.047	13.860.000	25.813.671	16.840.419	--	--	--
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.119.591.954	9.248.757	30.234.184	35.497.856	44.003.038	53.907.455	51.020.732
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-57.123.907	4.611.243	-4.420.513	-18.657.437	- 44.003.038	- 53.907.455	- 51.020.732
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	3.127.156	21.101.217	0	0	0	0	0

6.1. Investitionstätigkeit

Nachfolgend wird die Zusammensetzung der investiven Ein- und Auszahlungen im mittelfristigen Betrachtungszeitraum abgebildet:

Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	32.211.570	46.645.930	59.626.515	43.829.027	24.615.668	24.815.515	19.222.065
Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	1.835.846	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000	1.250.000
Einzahlungen aus der Veräußerung beweglichen Vermögens	45.422	12.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	3.492	--	--	--	--	--	--
Rückflüsse von Ausleihungen	211.982	195.900	129.906	402.429	679.185	679.175	675.600
Beiträge und ähnliche Entgelte	1.305.063	412.240	617.550	1.245.142	1.879.957	721.998	--
Sonstige investive Einzahlungen	18.951	--	--	--	--	--	--
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gesamt	35.632.327	48.516.070	61.630.971	46.733.598	28.431.810	27.473.688	21.154.665
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	779.719	75.000	12.625.000	13.375.000	525.000	75.000	75.000
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	997.410	2.366.036	2.973.177	1.656.543	899.607	673.157	675.004
Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen	2.133.973	5.252.400	12.027.801	9.437.650	8.060.975	6.913.975	8.160.975
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	75.000	--	--	--	--	--	--

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Auszahlungen für Baumaßnahmen	21.053.215	48.675.011	34.644.670	22.026.200	11.805.500	6.674.900	2.193.900
Gewährung von Ausleihungen	--	--	10.000.000	10.000.000	--	--	--
Sonstige investive Auszahlungen	845.907	--	--	--	--	--	--
Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit gesamt	25.885.224	56.368.447	72.270.648	56.495.393	21.291.082	14.337.032	11.104.879

Im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz wird die Maßnahme „Lärminderung Saarlandstraße“ in Höhe von 2,1 Mio. Euro zu 90 % durch den Bund finanziert. Dadurch erhöht sich das Investitionsvolumen in Einzahlung und Auszahlung entsprechend.

Inzwischen ist der Zeitraum für die Durchführung der Maßnahmen verlängert worden, so dass aller Voraussicht nach die Abwicklung bis 2020 erfolgen wird.

Außerdem wird das Förderprogramm Gute Schule 2020 teilweise für Investitionen verwendet. Hier sind Auszahlungen in Höhe von insgesamt 3.615.000 Euro eingeplant, die zu 100 % refinanziert sind.

6.2. Finanzierungstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit im Betrachtungszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung:

Finanzierungstätigkeit

	E'2018	P'2019	P'2020	P'2021	P'2022	P'2023	P'2024
Kreditaufnahmen für Investitionen	5.647.551	13.860.000	25.813.671	16.840.419	--	--	--
Aufnahme von Liquiditätskrediten	1.056.820.496	--	--	--	--	--	--
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit gesamt	1.062.468.047	13.860.000	25.813.671	16.840.419	--	--	--
Tilgung von Investitionskrediten	8.515.114	9.248.757	8.880.603	9.521.663	8.052.714	7.649.876	7.129.021
Tilgung von Liquiditätskrediten	1.111.076.840	--	21.353.581	25.976.139	35.950.324	46.257.579	43.891.711
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit gesamt	1.119.591.954	9.248.757	30.234.184	35.497.856	44.003.038	53.907.455	51.020.732
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-57.123.907	4.611.243	-4.420.513	-18.657.437	- 44.003.038	-53.907.455	-51.020.732

Gemäß § 7 Abs. 1 Ziffer 27 und 29 KomHVO werden erstmalig ab dem Jahr 2020 die Aufnahme und Tilgung bzw. Nettoveränderung der Liquiditätskredite geplant. Aus diesem Grund ergibt sich erst ab diesem Jahr ein aussagekräftigeres Bild über die gesamtstädtische Finanzierungssituation.

Im Rahmen des Förderprogramms Gute Schule 2020 sind Kreditaufnahmen von rd. 3,7 Mio. € geplant. Zusätzlich ist die Aufnahme von Krediten für rentierliche Einrichtungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. € in 2020 und rd. 1,2 Mio. € in 2021 geplant. Außerdem ist eine Kreditaufnahme zur Weiterleitung an verbundene Unternehmen von ca. 10 Mio. € geplant.

7. Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden

Die Ergebnisse von Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt Einfluss auf die kommunale Bilanz. Da eine Plan-Bilanz haushaltsrechtlich nicht vorgesehen ist, werden nachfolgend die wesentlichen Bilanzpositionen der zurückliegenden Haushaltsergebnisse dargestellt.

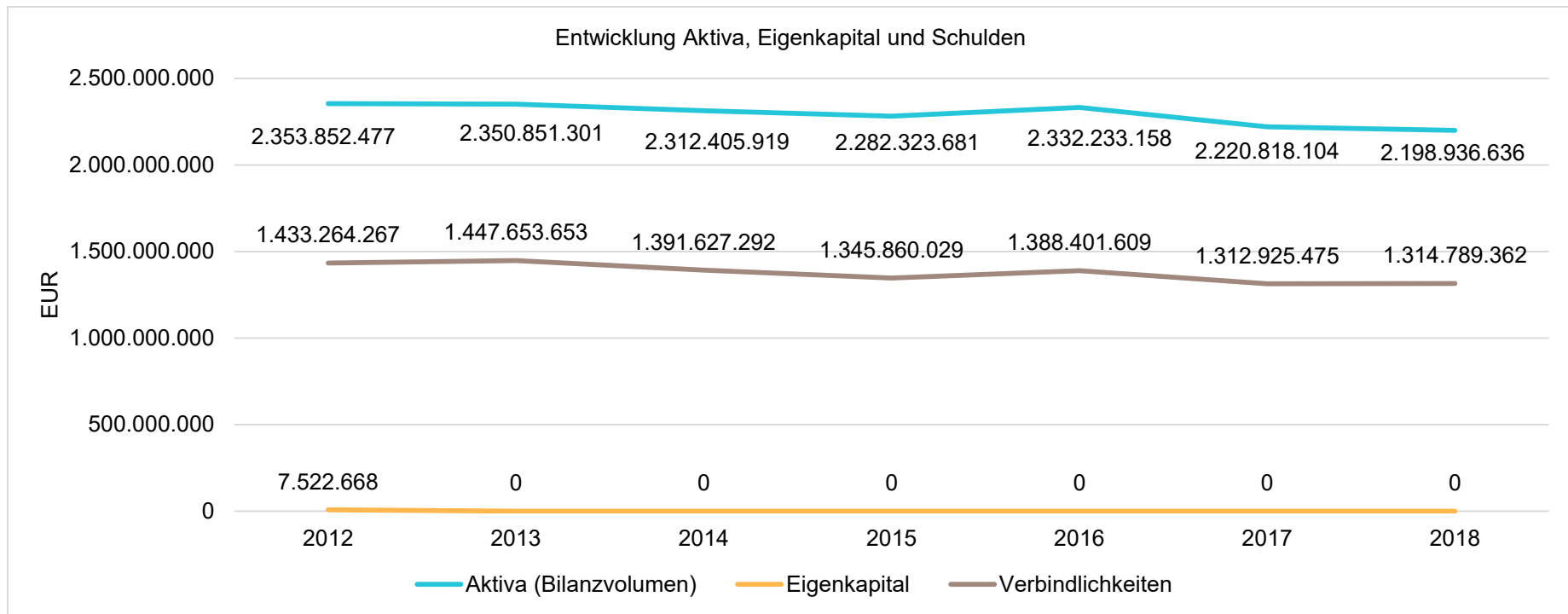
Die Tabelle zeigt das Bilanzvolumen (Aktiva), also das kommunale Vermögen, sowie dessen Finanzierung auf der Passivseite. Das Eigenkapital wird zudem in seiner Zusammensetzung dargestellt, weil die Entwicklung der Rücklagen für die Frage der Haushaltssicherung relevant ist.

Bilanzpositionen

Bilanzpositionen / Euro	2015	2016	2017	2018
Bilanzvolumen / Aktiva	2.282.323.681	2.332.233.158	2.220.818.104	2.198.936.636
Eigenkapital	0	0	0	0
davon Allgemeine Rücklage	15.201.129	12.705.387	-3.827.228	-11.577.917
davon Sonderrücklagen	0	0	0	0
davon Ausgleichsrücklage	0	0	0	0
davon Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-15.201.129	-12.705.387	3.827.228	11.577.917
Sonderposten	521.736.823	519.168.674	511.332.880	473.267.366
Rückstellungen	388.911.544	399.168.233	368.957.428	380.474.668
Verbindlichkeiten	1.345.860.029	1.388.401.609	1.312.925.475	1.314.789.362
Passive Rechnungsabgrenzung	25.815.286	25.494.643	27.602.321	30.405.241

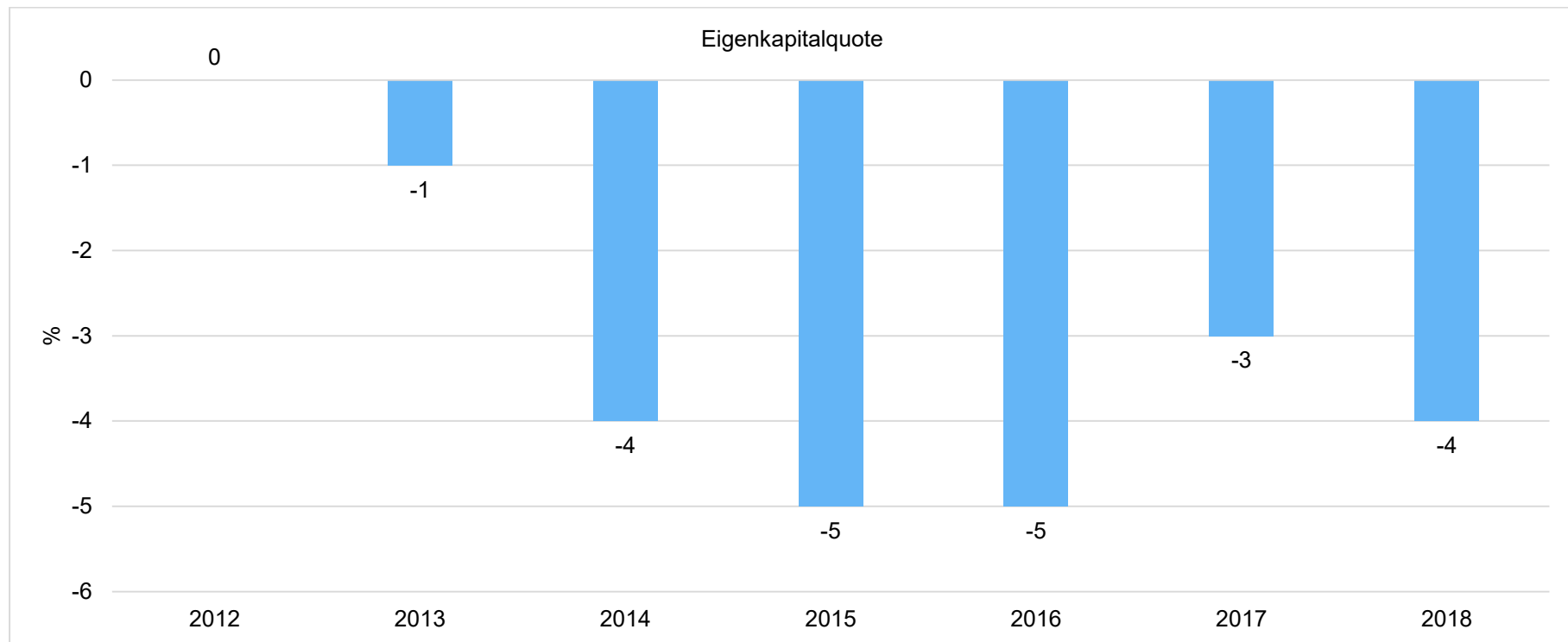
Bilanz - Entwicklung von Aktiva, Eigenkapital und Verbindlichkeiten

Die Grafik zeigt die langfristige Entwicklung des kommunalen Vermögens (Aktiva) sowie dessen Finanzierung über die wesentlichen Positionen Eigenkapital und Verbindlichkeiten.



Eigenkapitalquote

Um die Eigenkapitalausstattung beurteilen zu können, bietet sich die Betrachtung der Eigenkapitalquote an. Sie zeigt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals am Bilanzvolumen. Da es keine Plan-Bilanzen gibt, können hier nur Jahre abgebildet werden, für die bereits Schlussbilanzen erstellt wurden.



8. Weitere Angaben gemäß § 7 KomHVO NRW

8.1. Mögliche Belastungen aus Verlustabdeckung

Bei den weiteren Angaben zum Vorbericht nach § 7 Abs. 2 Nr. 7 KomHVO NRW sind die wesentlichen haushaltswirtschaftlichen Belastungen insbesondere aus der Eigenkapitalausstattung und der Verlustabdeckung für andere Organisationseinheiten und Vermögensmassen, aus Umlagen, aus Straßenentwässerungskostenanteilen, der Übernahme von Bürgschaften und anderen Sicherheiten sowie Gewährverträgen ergeben werden oder zu erwarten, aufzuführen.

Nach der Integration des HABIT verfügt die Stadt Hagen über keine Sondervermögen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden. Deshalb ergeben sich keine wesentlichen haushaltswirtschaftlichen Belastungen nach § 7 Abs. II Nr. 7 a KomHVO NRW.

8.2. Interkommunale Zusammenarbeit

Die Stadt Hagen prüft sowohl bei bestehenden, als auch bei zukünftigen Themenfeldern die Möglichkeit der Interkommunalen Zusammenarbeit sowohl aus finanzieller Sicht, als auch aus verfahrenstechnischer Sicht. Dort wo es möglich, sinnvoll und finanziell angebracht ist, sollen Kooperationen voran getrieben werden, sofern sich geeignete Kooperationspartner finden.

Derzeit gibt es bereits verschiedene Handlungsfelder, in denen Interkommunale Zusammenarbeit erfolgreich praktiziert wird. Exemplarisch sind nachfolgende Themengebiete aufgeführt:

Mit der Stadt Herne gibt es eine Kooperation bezüglich des Einsatzleitrechners der Feuerwehr. In Herne wird eine redundante Leitstelle vorgehalten, damit im Zweifelsfall bei einem Ausfall der hiesigen Leitstelle unmittelbar dort eine Bearbeitung der Hagener Notfälle erfolgen kann (und andersherum).

Die Bearbeitung der Beihilfeangelegenheiten für die Hagener Beamten und Versorgungsempfänger erfolgt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch die Stadt Dortmund.

Gemeinsam mit den Städten Dortmund und Bochum sind öffentliche-rechtliche Vereinbarungen zur Kooperation im Bereich der ehemaligen Landesversorgungsämter (Schwerbehindertenrecht und Elterngeld; in diesem Themenfeld ist die Federführung bei der Stadt Dortmund) und ehemalige Landesumweltämter (in diesem Themenfeld ist die Federführung bei der Stadt Hagen).

Außerdem werden von der Stadt Hagen für verbundene Unternehmen und stellenweise auch andere externe Kunden aus dem öffentlichen Bereich Dienstleistungen der Arbeitssicherheit, des Datenschutzes und der Personalsachbearbeitung erbracht.

Auch im Bereich IT erbringt der Fachbereich 15 (vormals Eigenbetrieb HABIT) Leistungen für Kommunen in der Umgebung und städtische Töchter. Außerdem bezieht sowohl der HABIT u.a. beim SAP-Finanzwesen, als auch der Fachbereich Personal und Organisation beim SAP-Personalwesen Leistungen aus anderen Kommunen, die im Anwenderverbund des KDN (Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister) Kompetenzzentren bilden.

Durch Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) wird ab dem 01.01.2021 die Besteuerung der Leistungsbeziehungen der Stadt Hagen grundsätzlich neu geregelt. Sowohl die oben beschriebenen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit als auch die Aufgabenübertragung an den Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) sind vor diesem Hintergrund steuerlich neu zu bewerten.

8.3. Auswirkung der Salden im Ergebnis- und Finanzplan auf die Bilanz

In der Haushaltsplanung stehen der Ergebnisplan und der Finanzplan im Vordergrund. Eine Plan-Bilanz ist nicht vorgesehen. Dennoch haben die Salden von Ergebnis- und Finanzrechnung Auswirkungen auf die Bilanz.

Die Stadt Hagen hat in den letzten beiden dem Planungszeitraum vorangegangenen Jahren Investitionen für Grundstücke und Gebäude, Baumaßnahmen sowie bewegliches Anlagevermögen in Höhe von insgesamt knapp 81 Mio. Euro geplant bzw. getätigt. Für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 ist eine Investitionssumme von ca. 83 Mio. Euro in diesen Bereichen vorgesehen, sowie 46 Mio. Euro im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung.

Die Investitionen erhöhen entsprechend den Bestand des Anlagevermögens und belasten im weiteren Verlauf über die Abschreibungen die Ergebnisrechnung. Diese Belastung wird allerdings in großen Teilen durch die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen kompensiert.

Einzahlungen entsprechender Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen werden voraussichtlich in Höhe von rund 79 Mio. Euro in den Jahren 2018 und 2019 erfolgt sein und somit eine entsprechende Erhöhung auf der Passivseite verursacht haben. Für den Doppelhaushalt ist ein Betrag von 104 Mio. Euro geplant. Dieser steht unter anderem zur Finanzierung des in den Jahren 2020 und 2021 geplanten Breitbandausbaus in Höhe von 26 Mio. Euro zur Verfügung, welcher als Rechnungsabgrenzungskosten in der Bilanz zu aktivieren ist.

In den Jahren 2022 bis 2024 sind Zuwendungen für Investitionen in Höhe von 69 Mio. Euro veranschlagt.

Zur Finanzierung der Investitionen werden zudem entsprechende Kredite herangezogen. In der Aufnahme von Krediten für Investitionen in den beiden der Haushaltsplanung vorangegangenen Jahre (ca. 19 Mio. Euro) sowie dem ersten Jahr des Doppelhaushaltes (ca. 26 Mio. Euro) sind Mittel für das Förderprogramm Gute Schule 2020 in Höhe von 14,8 Euro enthalten. Außerdem ist eine Kreditweitergabe an Beteiligungen in Höhe von 10 Mio. Euro je Planungsjahr im Doppelhaushalt vorgesehen, die sich somit sowohl in einer Verbindlichkeit auf der Passivseite als auch in einer Forderung auf der Aktivseite widerspiegelt. In der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Aufnahme von Investitionskrediten nicht veranschlagt.

Höchste Priorität hat weiterhin der Abbau der Liquiditätskredite. So wird der Bestand zu Beginn des Jahres 2020 voraussichtlich um 76 Mio. Euro geringer sein als zum Jahresabschluss 2017. In den Jahren 2020 und 2021 ist ein weiterer Abbau der Kredite zur Liquiditätssicherung in Höhe von 47 Mio. Euro sowie in den Folgejahren bis einschließlich 2024 in Höhe von ca. 126 Mio. geplant.

Die nach dem Entwurf des Haushaltsplanes voraussichtlichen Jahresergebnisse für den Planungszeitraum 2020 und 2021 verschärfen die angespannte Überschuldungssituation. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag erhöht sich demnach um ca. 3,4 Mio. Euro. In der mittelfristigen Finanzplanung wird dann wieder in jedem Jahr ein Überschuss erzielt. Somit verringert sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum Ende des Jahres 2024 wieder um knapp 8,3 Mio. Euro. Die Gesamtentwicklung von 2020 bis 2024 stellt saldiert ebenfalls eine Reduzierung der Überschuldung dar (ca. 4,8 Mio. Euro).

Unberührt davon bleibt der fortschreitende Abbau der Liquiditätskredite, da im Ergebnisplan deutlich mehr Erträge zahlungswirksam sind als Aufwendungen. Demnach ergibt sich in jedem Jahr ein positiver Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan, der die Tilgung der Kredite zur Liquiditätssicherung weiterhin ermöglicht.

Die Entwicklung der Salden aus laufender Verwaltungs- und Finanzierungstätigkeit sowie der Abbaupfad der Liquiditätskredite ist nachfolgend dargestellt.

Abbaupfad der Liquiditätskredite bis 2024 in Mio. €

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Stand der Liquiditätskredite am 01.01.	1.080,3	1.025,0	1.003,9	982,5	956,5	920,5	874,2
Veränderung	- 55,3	- 21,1	- 21,4	- 26,0	- 36,0	- 46,3	- 43,9
Stand der Liquiditätskredite am 31.12.	1.025,0	1.003,9	982,5	956,5	920,5	874,2	830,3
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	50,5	24,3	15,1	28,4	36,9	40,8	41,0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 57,1	- 16,5	- 4,4	- 18,7	- 44,0	- 53,9	- 51,0
Zinsen für Liquiditätskredite	20,0	23,5	17,1	15,9	15,2	14,9	16,3

Deutlich erkennbar ist, dass eine Entschuldung der Stadt Hagen aus eigener Anstrengung sogar bei Kalkulation der jährlich durchschnittlichen Tilgung an Liquiditätskrediten von 35,7 Mio. Euro weder im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung dieses geplanten Doppelhaushaltes, noch dem darauffolgenden möglich ist. Es ist also dringend erforderlich eine praktikable Lösung für die Altschuldenfrage aufzuzeigen.

Zum Bilanzstichtag des Jahres 2018 bestanden Bürgschaften i. H. v. ca. 124 Mio. €. Aus den bestehenden Bürgschaften, Gewährverträgen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften ergeben sich nach aktueller Einschätzung keine Zahlungsverpflichtungen für die Stadt Hagen.

Als wesentliche Instandhaltungsmaßnahmen für den Planungszeitraum bleiben folgenden Positionen zu nennen:

Instandhaltungsmaßnahmen von wesentlicher Bedeutung im Hochbau

Gebäude	Maßnahmenbeschreibung	Plan 2020	Plan 2021
Verwaltungsgebäude Böhmerstraße	Brandschutz	150.000	150.000
Feuerwache Mitte	Brandschutz	100.000	400.000
Kirchenberg Stadion	Sanierung Tribünenanlage	50.000	200.000
Verwaltungsgebäude Rathaus 1	Brandschutz	325.000	325.000
Schulzentrum Eugen-Richter Str.	Parkettböden	50.000	
Wasserschloss Werdringen	Brandschutz	50.000	
Sporthalle Volmetal	Brennwertheizung	35.000	35.000
11030 Theater Elberfelder 65	Sanierung Grundleitungen	150.000	150.000

Instandhaltungsmaßnahmen von wesentlicher Bedeutung im Tiefbau

Maßnahme	Plan 2020	Plan 2021
Instandhaltung von Straßen	4.468.300	4.513.000
Instandhaltung von Brücken	3.983.600	4.023.400
Verkehrstechnik	2.634.500	2.660.900
öffentliche Beleuchtung	3.047.800	2.410.000
Instandhaltung von Parkplätzen	400.000	404.000

Zum Jahresabschluss 2018 wurde ein Festwert für die öffentliche Straßenbeleuchtung gebildet. Somit sind in den aufgeführten Aufwendungen auch die Mittel für Neuanschaffungen von Beleuchtungsanlagen enthalten.

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sind die Haushaltsansätze unter Berücksichtigung von Kostensteigerungen entsprechend fortgeführt, sodass auch in den Folgejahren die Darstellung von Unterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen gewährleistet ist.

9. Sonstige allgemeine Entwicklungen

Die Einschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung sowie der sonstigen Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt ist Grundlage für jede Art von strategischer Planung in Kommunalverwaltungen. Bedingt durch den allgemeinen demografischen Trend haben die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen. Dies erfordert für die Zukunft eine Anpassung der kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Senioren.

Die Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl und Altersaufbau ist nur bedingt kommunal beeinflussbar. Der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer schrumpfenden und immer älter werdenden Gesamtbevölkerung ist heute unumkehrbar, wobei die örtlichen Ausprägungen durchaus stark variieren können.

Die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, wird langfristig schrumpfen; der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, wird steigen. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der staatlichen und kommunalen Finanzsysteme führen.

Die zentrale Frage der örtlichen Politik ist daher nicht, ob der Prozess aufgehalten werden kann. Vielmehr geht es um den hierdurch entstehenden Anpassungs- und Gestaltungsbedarf, d.h. wann und in welchem Maße eine quantitative und inhaltliche Neuausrichtung der kommunalen Dienstleistungspalette erfolgen muss.

Der Bericht soll eine Orientierung darüber ermöglichen, wie die örtliche Situation mit Blick auf folgende Kriterien einzuschätzen ist:

- Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf
- Veränderungen bei einzelnen Altersgruppen (Zielgruppen)
- örtliche Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Der Bericht gibt allerdings keine Anhaltspunkte zur aktuellen Entwicklung im Bereich der Aufnahme von Asylbewerbern und der EU-Zuwanderer aus dem südosteuropäischen Raum.

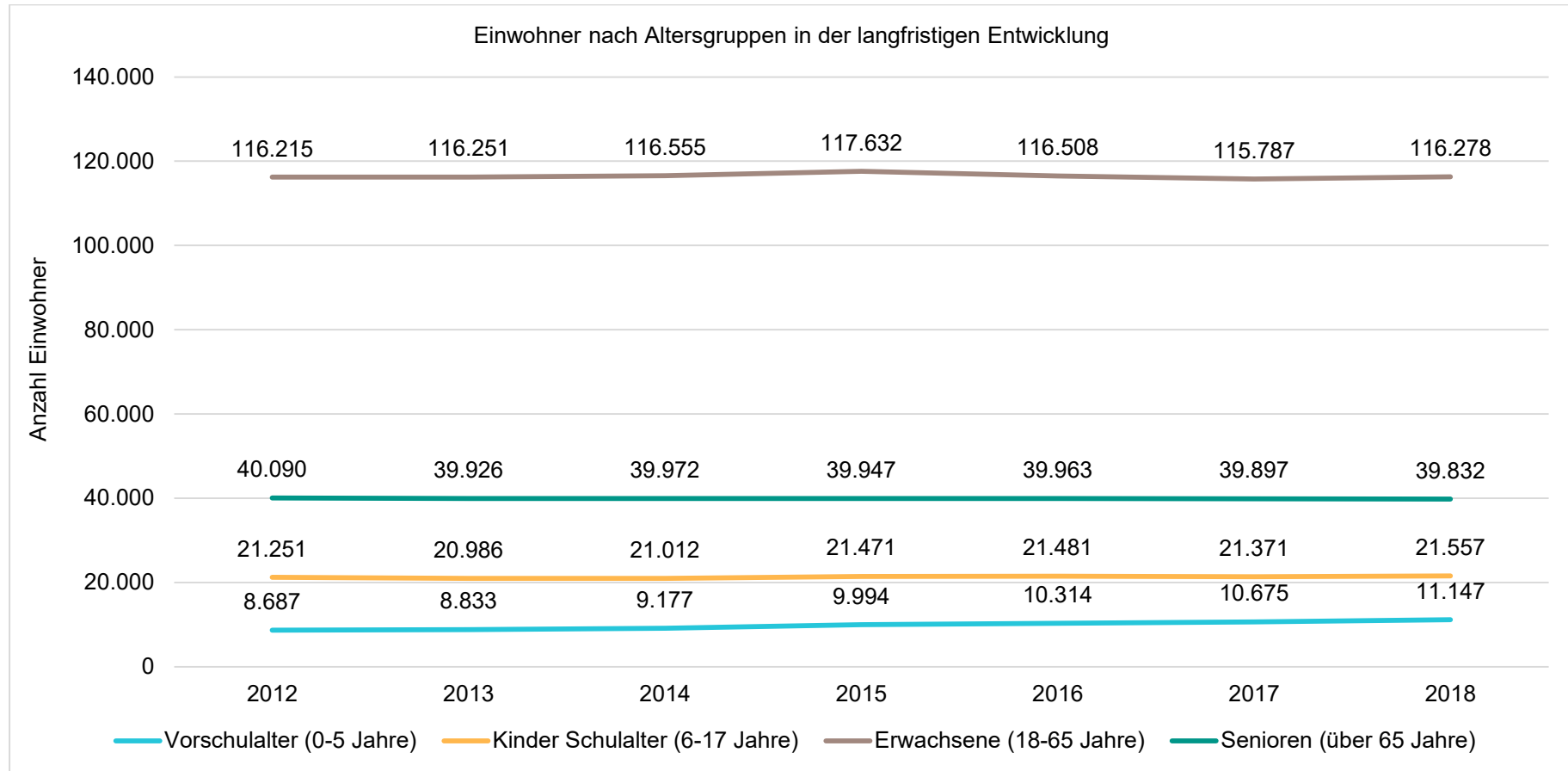
9.1. Bevölkerung

Im Folgenden wird die Entwicklung der Einwohnerzahl insgesamt sowie bestimmter Altersgruppen abgebildet, deren Entwicklung besonderen Einfluss auf die kommunale Infrastruktur in den Bereichen Kindertagesstätten und Schulen haben. Die Detaildaten 2019 liegen noch nicht vor.

Einwohner gesamt und nach Altersgruppen

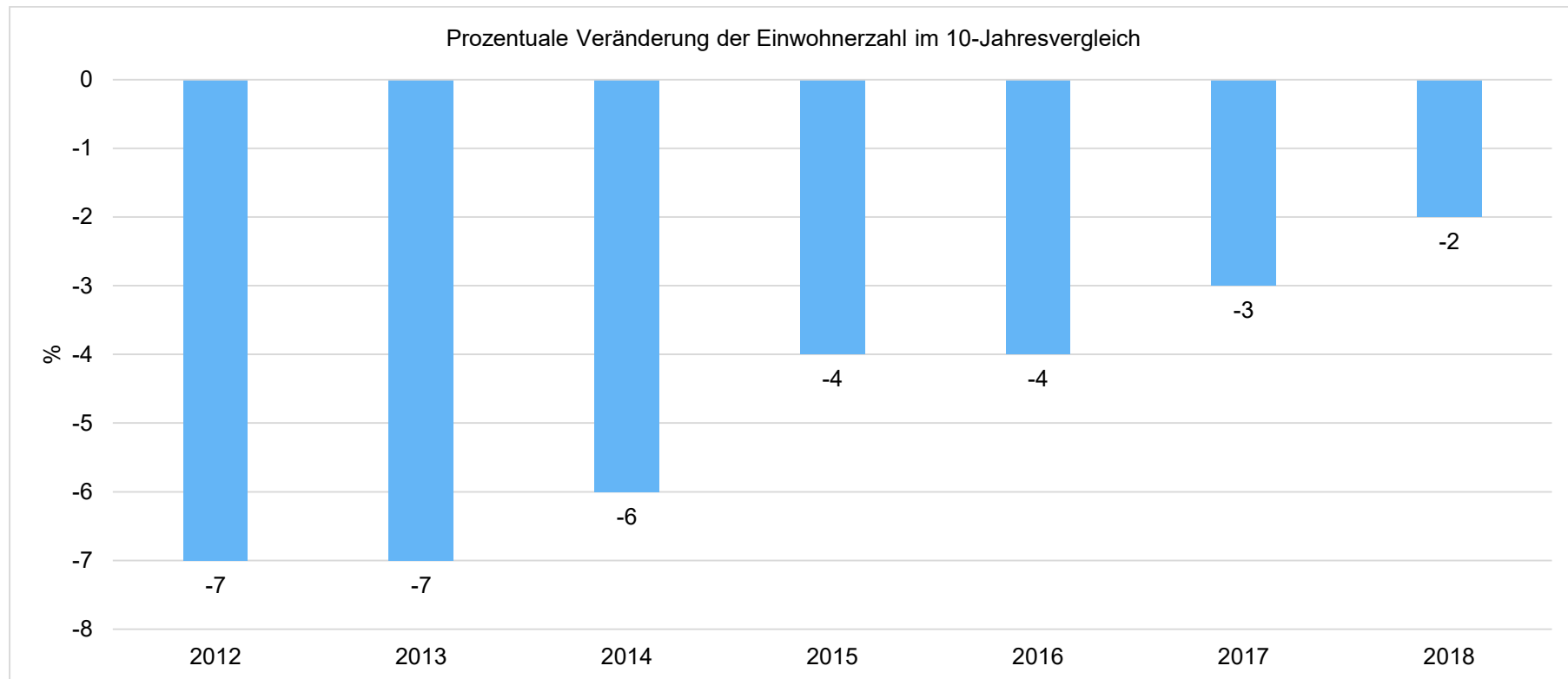
	E' 2014	E' 2015	E' 2016	E' 2017	E' 2018
Einwohner	186.716	189.044	188.266	188.266	188.814
davon Kinder Krippenalter (0-2 Jahre)	4.676	5.130	5.375	5.539	5.718
davon Kinder Kindergartenalter (3-5 Jahre)	4.501	4.864	4.939	5.136	5.429
Kinder Schulalter (6-17 Jahre)	21.012	21.471	21.481	21.371	21.557
Jugendliche 18-20 Jahre	5.969	6.305	6.253	6.180	6.209
Einwohner 21-45 Jahre	55.017	55.337	54.409	53.955	54.701
Einwohner 46-65 Jahre	55.569	55.990	55.846	55.652	55.368
Senioren (über 65 Jahre)	39.972	39.947	39.963	39.897	39.832

Die langfristige Entwicklung einzelner Altersgruppen



Prozentuale Veränderung der Bevölkerung im 10-Jahresvergleich

Die nachfolgende Grafik zeigt die prozentuale Veränderung der Bevölkerung im 10-Jahresvergleich, also in welchem Maße sich die Einwohnerzahl innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren verändert hat (z.B. 2012 zu 2002).



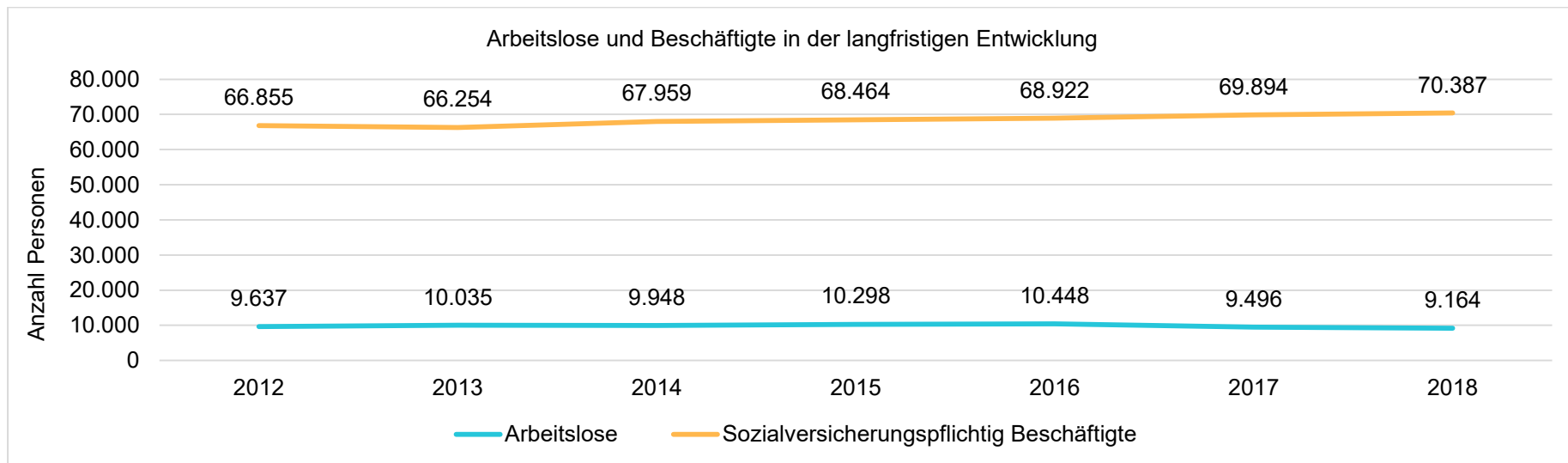
9.2. Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Nachfolgend wird tabellarisch die Entwicklung der wichtigsten Indikatoren wie die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor Ort angezeigt. Die Daten entstammen aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslose und Beschäftigte

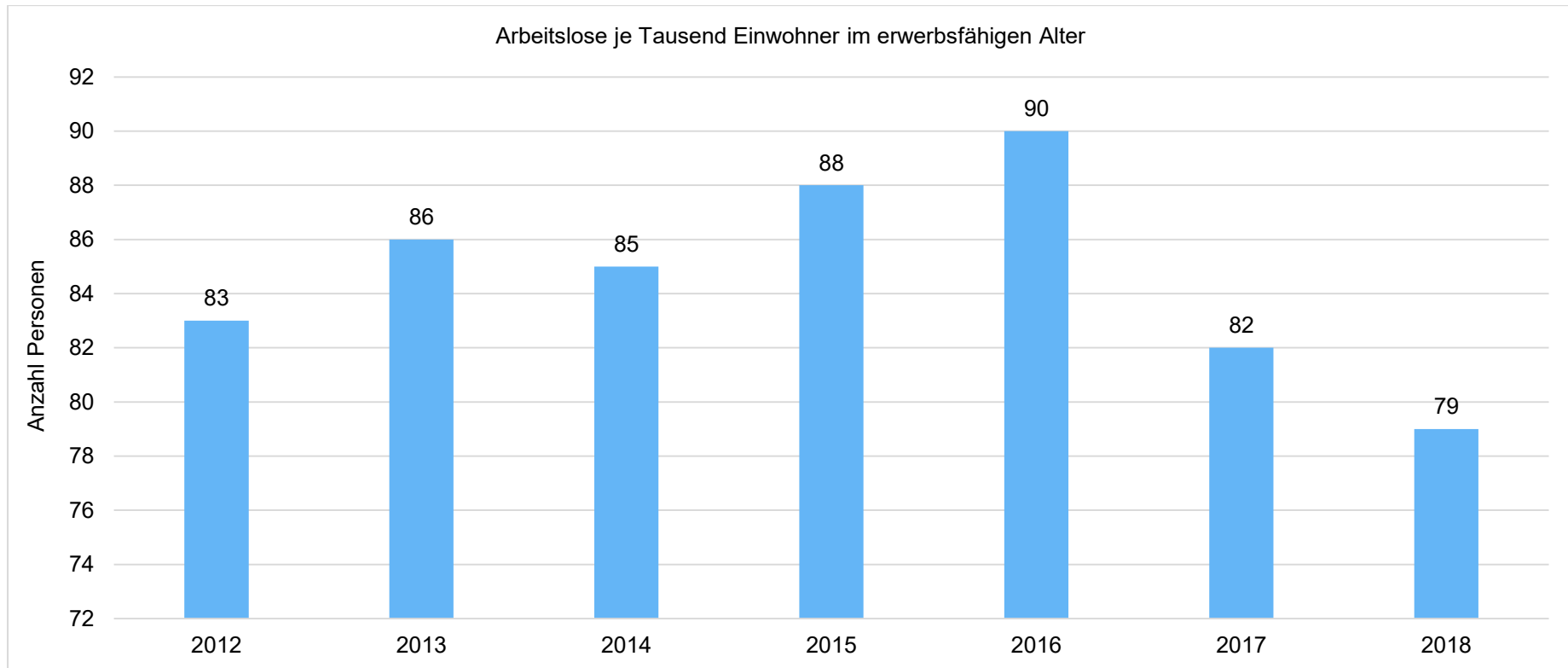
	E' 2014	E' 2015	E' 2016	E' 2017	E' 2018
Arbeitslose zum 30.6.	9.948	10.298	10.448	9.496	9.164
davon unter 25 Jahre (Jugendarbeitslosigkeit)	989	1.047	1.189	932	839
davon über 55 Jahre (Arbeitslosigkeit Älterer)	1.454	1.579	1.695	1.721	1.772
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	67.959	68.464	68.922	69.894	70.387

Arbeitslose und Beschäftigtenzahl in der langfristigen Entwicklung



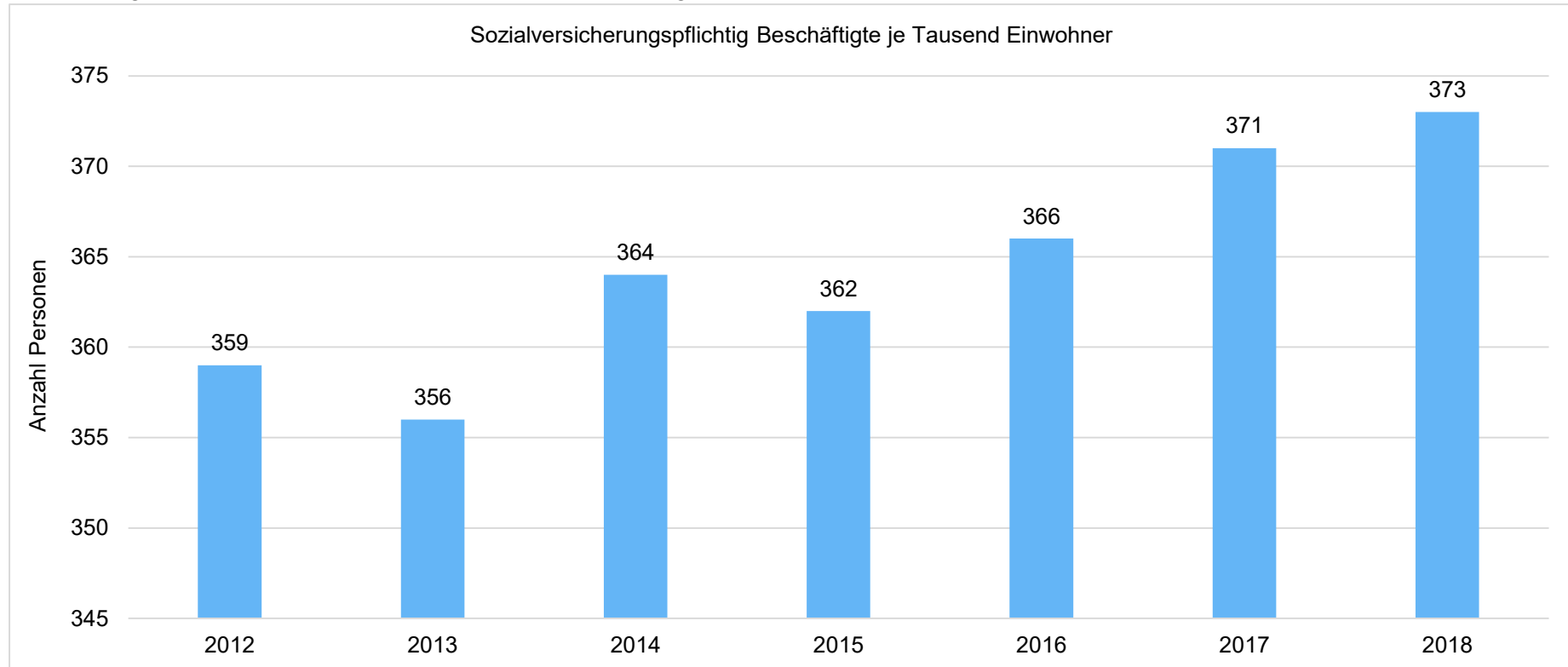
Arbeitslose je Tausend Einwohner im erwerbsfähigen Alter

2010 lag die Zahl bei 96,39 Personen, 2015 bei 87,54 Personen je Tausend Einwohner . Aufgrund der fehlenden Statistikdaten können Werte für 2016 noch nicht angegeben werden.



Im Ort arbeitende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Tausend Einwohner

Jede Kommune hat ein grundsätzliches Interesse daran, dass sich der örtliche Arbeitsmarkt und die vor Ort ansässigen Betriebe positiv entwickeln. Ein Indikator hierfür ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Die Entwicklung im Zeitverlauf ist hier von besonderer Bedeutung.



Haushaltsquerschnitt Ergebnisplan 2020

Produktbereich/Produktgruppe - HHPL 2020	Erträge 2020	Aufw. 2020	ord. Erg. 2020	Fin.erg. 2020	Erg lfd Vw 2020	A.o. Erg. 2020	J.Erg. v. LV 2020	Jahreserg.2020
1110 Politische Gremien	-47.720	3.528.420	3.480.700		3.480.700		3.480.700	3.849.246
1111 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit	-87.838	3.214.408	3.126.569		3.126.569		3.126.569	3.406.442
1112 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung	-143.518	1.542.420	1.398.903		1.398.903		1.398.903	1.608.191
1113 Prüfungen	-46.898	1.369.611	1.322.713		1.322.713		1.322.713	1.504.675
1114 Personal- und Organisationsmanagement	-7.483.426	37.457.823	29.974.398		29.974.398		29.974.398	31.166.634
1116 IT und Zentrale Dienste	-3.438.754	23.781.076	20.342.322		20.342.322		20.342.322	3.353.029
1118 Rechtsangelegenheiten	-584.906	4.997.404	4.412.498		4.412.498		4.412.498	1.085.569
1120 Finanzmanagement	-4.437.724	12.743.227	8.305.503		8.305.503		8.305.503	10.566.002
1123 Verwaltung der Liegenschaften	-3.715.978	9.090.862	5.374.884		5.374.884		5.374.884	2.673.898
1127 Fahrzeuge	-729.131	2.898.772	2.169.641		2.169.641		2.169.641	344.863
1130 Gebäudewirtschaft	-23.392.125	65.611.325	42.219.200		42.219.200		42.219.200	-505.383
* Innere Verwaltung	-44.108.019	166.235.349	122.127.330		122.127.330		122.127.330	59.053.167
1210 Statistik und Wahlen	-11.049	506.988	495.939		495.939		495.939	657.209
1220 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste	-13.330.653	13.776.818	446.165		446.165		446.165	4.318.649
1223 Tierschutz und Verbraucherbereich	-103.633	504.068	400.435		400.435		400.435	873.943
1260 Brand- und Katastrophenschutz	-1.678.353	21.538.633	19.860.280		19.860.280		19.860.280	15.673.507
1270 Rettungsdienst	-15.453.372	3.503.683	-11.949.689		-11.949.689		-11.949.689	-1.673.505
* Sicherheit und Ordnung	-30.577.059	39.830.189	9.253.131		9.253.131		9.253.131	19.849.802
2111 Grundschulen	-5.278.212	8.332.266	3.054.054		3.054.054		3.054.054	11.824.690
2112 Hauptschulen	-147.057	500.994	353.937		353.937		353.937	1.937.198
2115 Realschulen	-110.391	567.862	457.471		457.471		457.471	2.540.899
2116 Sekundarschulen	-80.000	251.950	171.950		171.950		171.950	1.375.738
2117 Gymnasien, Kollegs	-166.481	965.705	799.224		799.224		799.224	5.331.496
2118 Gesamtschulen	-50.175	1.151.569	1.101.394		1.101.394		1.101.394	5.183.394
2121 Förderschulen	-698.736	1.609.426	910.690		910.690		910.690	3.651.887
2131 Berufskollegs	-1.815	1.154.862	1.153.047		1.153.047		1.153.047	5.767.428
2143 Serviceleistungen f. Schulen	-890.993	4.184.278	3.293.285		3.293.285		3.293.285	525.075
* Schulträgeraufgaben	-7.423.860	18.718.912	11.295.052		11.295.052		11.295.052	38.137.805
2520 Kultur - Kunst - Geschichte	-431.051	2.513.978	2.082.927		2.082.927		2.082.927	4.228.662
2561 Theater und Orchester	-120.000	14.761.006	14.641.006		14.641.006		14.641.006	14.641.006
2563 Max-Reger-Musikschule	-752.186	1.884.143	1.131.957		1.131.957		1.131.957	1.626.712
2571 Volkshochschule	-1.669.263	2.091.846	422.584		422.584		422.584	815.502
2572 Bücherei	-175.145	2.158.367	1.983.222		1.983.222		1.983.222	3.106.194
* Kultur und Wissenschaft	-3.147.644	23.409.340	20.261.696		20.261.696		20.261.696	24.418.075
3110 Interne Dienste 55	-26.220	1.838.520	1.812.299		1.812.299		1.812.299	75.206
3111 Soziale Leistungen nach SGB XII	-27.238.537	47.389.353	20.150.816		20.150.816		20.150.816	19.777.684
3112 Soziale Leistungen nach SGB II	-37.011.809	75.335.947	38.324.138		38.324.138		38.324.138	39.780.467
3113 Leistungen für Asylbewerber	-16.693.505	14.202.708	-2.490.797		-2.490.797		-2.490.797	-1.013.750
3131 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege	-20.000	11.475.922	11.455.922		11.455.922		11.455.922	12.373.481
3151 Sonst. soziale Leistungen	-6.695.003	11.228.898	4.533.894		4.533.894		4.533.894	6.585.079
* Soziale Leistungen	-87.685.075	161.471.347	73.786.273		73.786.273		73.786.273	77.578.166
3630 Leistungen für junge Menschen/Familien	-6.381.458	41.221.846	34.840.388		34.840.388		34.840.388	38.416.624
3650 Tageseinrichtungen für Kinder	-39.898.262	65.228.892	25.330.630		25.330.630		25.330.630	29.906.621
3660 Jugendarbeit	-2.918.396	8.844.644	5.926.249		5.926.249		5.926.249	5.641.092
* Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-49.198.115	115.295.382	66.097.267		66.097.267		66.097.267	73.964.337
4110 Krankenhäuser		2.800.731	2.800.731		2.800.731		2.800.731	2.800.731
4140 Gesundheit und Verbraucherschutz	-595.172	4.932.815	4.337.643		4.337.643		4.337.643	5.001.130
* Gesundheitsdienste	-595.172	7.733.546	7.138.374		7.138.374		7.138.374	7.801.861

Haushaltsquerschnitt Ergebnisplan 2020

Produktbereich/Produktgruppe - HHPL 2020	Erträge 2020	Aufw. 2020	ord. Erg. 2020	Fin.erg. 2020	Erg lfd Vw 2020	A.o. Erg. 2020	J.Erg. v. LV 2020	Jahreserg.2020
4210 Sportstätten und -förderung	-376.244	1.785.182	1.408.938		1.408.938		1.408.938	6.750.939
* Sportförderung	-376.244	1.785.182	1.408.938		1.408.938		1.408.938	6.750.939
5110 Raumplanungen	-404.287	4.450.111	4.045.823		4.045.823		4.045.823	4.594.453
5111 Geoinformationen	-296.244	4.237.607	3.941.363		3.941.363		3.941.363	5.573.297
* Räuml. Planung / Entwickl. / Geo-Info.	-700.532	8.687.717	7.987.186		7.987.186		7.987.186	10.167.749
5210 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz	-1.272.952	2.708.528	1.435.576		1.435.576		1.435.576	1.882.795
5220 Wohnungswesen	-41.446	812.182	770.736	-800	769.936		769.936	978.080
* Bauen und Wohnen	-1.314.398	3.520.710	2.206.312	-800	2.205.512		2.205.512	2.860.875
5370 Abfallsammlung	-25.898.339	25.002.351	-895.988		-895.988		-895.988	-31.771
5372 Abfallwirtschaft und Bodenschutz	-247.223	1.034.723	787.500		787.500		787.500	572.744
* Ver-und Entsorgung	-26.145.562	26.037.074	-108.488		-108.488		-108.488	540.973
5410 Öffentliche Infrastruktur	-12.151.687	46.085.542	33.933.854		33.933.854		33.933.854	33.829.599
5450 Straßenreinigung	-6.081.611	7.307.568	1.225.957		1.225.957		1.225.957	1.549.955
5470 Öffentlicher Personennahverkehr	-638.000	830.500	192.500		192.500		192.500	282.697
* Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-18.871.298	54.223.610	35.352.311		35.352.311		35.352.311	35.662.251
5510 Öffentliches Grün	-103.218	7.375.709	7.272.491		7.272.491		7.272.491	7.476.205
5520 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft	-77.373	1.689.899	1.612.526		1.612.526		1.612.526	916.702
* Natur- und Landschaftspflege	-180.591	9.065.608	8.885.017		8.885.017		8.885.017	8.392.907
5610 Umwelt- und Immissionsschutz	-548.431	1.637.991	1.089.561		1.089.561		1.089.561	1.650.312
* Umweltschutz	-548.431	1.637.991	1.089.561		1.089.561		1.089.561	1.650.312
5731 Wirtschaftliche Betätigungen	-12.061.000	19.806.135	7.745.135	-10.718.239	-2.973.104		-2.973.104	-3.211.004
5732 Märkte	-172.544	235.431	62.887		62.887		62.887	112.164
* Wirtschaft und Tourismus	-12.233.544	20.041.566	7.808.022	-10.718.239	-2.910.217		-2.910.217	-3.098.841
6110 Allgemeine Finanzwirtschaft	-449.241.241	69.916.445	-379.324.796	17.119.700	-362.205.096		-362.205.096	-362.066.534
* Allgemeine Finanzwirtschaft	-449.241.241	69.916.445	-379.324.796	17.119.700	-362.205.096		-362.205.096	-362.066.534
** NKF-Produktbereiche	-732.346.783	727.609.968	-4.736.815	6.400.661	1.663.846		1.663.846	1.663.846

Haushaltsquerschnitt Ergebnisplan 2021

Produktbereich/Produktgruppe - HHPL 2021	Erträge 2021	Aufwand 2021	Ergebnis 2021	Fin.erg. 2021	Erg lfd Vw 2021	A.o. Erg. 2021	J.Erg. v. LV 2021	Jahreserg.2021
1110 Politische Gremien	-43.696	3.338.116	3.294.420		3.294.420		3.294.420	3.695.042
1111 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit	-88.139	3.317.232	3.229.094		3.229.094		3.229.094	3.497.877
1112 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung	-145.098	1.574.718	1.429.620		1.429.620		1.429.620	1.638.985
1113 Prüfungen	-46.898	1.432.118	1.385.220		1.385.220		1.385.220	1.565.532
1114 Personal- und Organisationsmanagement	-7.511.055	38.703.354	31.192.300		31.192.300		31.192.300	32.372.768
1116 IT und Zentrale Dienste	-1.355.126	21.466.214	20.111.088		20.111.088		20.111.088	3.417.798
1118 Rechtsangelegenheiten	-594.906	5.026.264	4.431.358		4.431.358		4.431.358	1.084.934
1120 Finanzmanagement	-4.413.271	12.944.054	8.530.784		8.530.784		8.530.784	10.738.524
1123 Verwaltung der Liegenschaften	-3.715.978	8.898.178	5.182.200		5.182.200		5.182.200	2.745.753
1127 Fahrzeuge	-712.047	3.034.771	2.322.724		2.322.724		2.322.724	347.167
1130 Gebäudewirtschaft	-14.292.634	57.245.987	42.953.353		42.953.353		42.953.353	-513.167
* Innere Verwaltung	-32.918.848	156.981.008	124.062.160		124.062.160		124.062.160	60.591.214
1210 Statistik und Wahlen	-300.669	883.336	582.667		582.667		582.667	744.052
1220 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste	-11.727.654	13.670.123	1.942.469		1.942.469		1.942.469	5.776.123
1223 Tierschutz und Verbraucherbereich	-89.131	490.949	401.818		401.818		401.818	853.282
1260 Brand- und Katastrophenschutz	-1.603.481	21.776.186	20.172.705		20.172.705		20.172.705	16.272.587
1270 Rettungsdienst	-15.454.676	3.507.073	-11.947.603		-11.947.603		-11.947.603	-1.519.971
* Sicherheit und Ordnung	-29.175.611	40.327.667	11.152.057		11.152.057		11.152.057	22.126.074
2111 Grundschulen	-5.812.138	9.123.399	3.311.261		3.311.261		3.311.261	12.158.513
2112 Hauptschulen	-147.058	485.120	338.062		338.062		338.062	1.938.602
2115 Realschulen	-110.392	570.867	460.475		460.475		460.475	2.562.516
2116 Sekundarschulen	-80.000	254.950	174.950		174.950		174.950	1.390.261
2117 Gymnasien, Kollegs	-125.474	968.425	842.951		842.951		842.951	5.415.782
2118 Gesamtschulen	-50.174	1.150.838	1.100.664		1.100.664		1.100.664	5.217.469
2121 Förderschulen	-704.818	1.620.212	915.394		915.394		915.394	3.680.772
2131 Berufskollegs	-1.654	1.155.942	1.154.288		1.154.288		1.154.288	5.809.678
2143 Serviceleistungen f. Schulen	-895.891	4.294.358	3.398.467		3.398.467		3.398.467	465.846
* Schulträgeraufgaben	-7.927.599	19.624.111	11.696.512		11.696.512		11.696.512	38.639.438
2520 Kultur - Kunst - Geschichte	-461.432	2.643.830	2.182.398		2.182.398		2.182.398	4.288.856
2561 Theater und Orchester	-120.000	15.064.435	14.944.435		14.944.435		14.944.435	14.944.435
2563 Max-Reger-Musikschule	-777.213	1.922.512	1.145.299		1.145.299		1.145.299	1.647.348
2571 Volkshochschule	-1.669.181	2.096.031	426.851		426.851		426.851	805.206
2572 Bücherei	-175.046	2.162.437	1.987.391		1.987.391		1.987.391	2.766.856
* Kultur und Wissenschaft	-3.202.872	23.889.245	20.686.373		20.686.373		20.686.373	24.452.700
3110 Interne Dienste 55	-26.220	1.866.075	1.839.855		1.839.855		1.839.855	75.650
3111 Soziale Leistungen nach SGB XII	-27.099.038	47.584.954	20.485.915		20.485.915		20.485.915	20.087.909
3112 Soziale Leistungen nach SGB II	-37.509.309	77.081.506	39.572.197		39.572.197		39.572.197	41.017.993
3113 Leistungen für Asylbewerber	-17.452.495	14.840.563	-2.611.932		-2.611.932		-2.611.932	-1.035.173
3131 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege	-20.000	11.835.922	11.815.922		11.815.922		11.815.922	12.761.236
3151 Sonst. soziale Leistungen	-6.793.002	11.478.620	4.685.618		4.685.618		4.685.618	6.762.667
* Soziale Leistungen	-88.900.065	164.687.640	75.787.575		75.787.575		75.787.575	79.670.281
3630 Leistungen für junge Menschen/Familien	-5.987.314	42.340.421	36.353.107		36.353.107		36.353.107	39.958.336
3650 Tageseinrichtungen für Kinder	-42.936.169	68.007.792	25.071.623		25.071.623		25.071.623	29.637.137
3660 Jugendarbeit	-2.912.077	9.131.131	6.219.054		6.219.054		6.219.054	5.907.520
* Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-51.835.559	119.479.343	67.643.784		67.643.784		67.643.784	75.502.994
4110 Krankenhäuser		2.800.731	2.800.731		2.800.731		2.800.731	2.800.731
4140 Gesundheit und Verbraucherschutz	-541.871	4.986.631	4.444.761		4.444.761		4.444.761	5.102.747
* Gesundheitsdienste	-541.871	7.787.362	7.245.492		7.245.492		7.245.492	7.903.478

Haushaltsquerschnitt Ergebnisplan 2021

Produktbereich/Produktgruppe - HHPL 2021	Erträge 2021	Aufwand 2021	Ergebnis 2021	Fin.erg. 2021	Erg lfd Vw 2021	A.o. Erg. 2021	J.Erg. v. LV 2021	Jahreserg.2021
4210 Sportstätten und -förderung	-375.947	1.694.842	1.318.895		1.318.895		1.318.895	6.841.799
* Sportförderung	-375.947	1.694.842	1.318.895		1.318.895		1.318.895	6.841.799
5110 Raumplanungen	-266.855	3.999.591	3.732.736		3.732.736		3.732.736	4.275.182
5111 Geoinformationen	-308.243	4.266.459	3.958.216		3.958.216		3.958.216	5.581.057
* Räuml. Planung / Entwickl. / Geo-Info.	-575.098	8.266.050	7.690.952		7.690.952		7.690.952	9.856.239
5210 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz	-1.272.952	2.785.635	1.512.683		1.512.683		1.512.683	1.957.510
5220 Wohnungswesen	-41.446	825.736	784.290	-800	783.490		783.490	981.875
* Bauen und Wohnen	-1.314.398	3.611.370	2.296.972	-800	2.296.172		2.296.172	2.939.385
5370 Abfallsammlung	-26.539.550	25.619.349	-920.201		-920.201		-920.201	-318.162
5372 Abfallwirtschaft und Bodenschutz	-260.223	713.266	453.043		453.043		453.043	487.342
* Ver-und Entsorgung	-26.799.773	26.332.615	-467.158		-467.158		-467.158	169.180
5410 Öffentliche Infrastruktur	-12.003.974	46.282.993	34.279.019		34.279.019		34.279.019	34.203.096
5450 Straßenreinigung	-6.250.840	7.510.165	1.259.325		1.259.325		1.259.325	1.587.877
5470 Öffentlicher Personennahverkehr	-638.000	830.500	192.500		192.500		192.500	283.856
* Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-18.892.814	54.623.658	35.730.844		35.730.844		35.730.844	36.074.829
5510 Öffentliches Grün	-91.948	7.430.607	7.338.659		7.338.659		7.338.659	7.543.453
5520 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft	-78.373	1.709.436	1.631.064		1.631.064		1.631.064	905.784
* Natur- und Landschaftspflege	-170.321	9.140.043	8.969.723		8.969.723		8.969.723	8.449.236
5610 Umwelt- und Immissionsschutz	-530.832	1.468.880	938.048		938.048		938.048	1.576.333
* Umweltschutz	-530.832	1.468.880	938.048		938.048		938.048	1.576.333
5731 Wirtschaftliche Betätigungen	-12.061.000	19.690.361	7.629.361	-10.718.239	-3.088.878		-3.088.878	-3.323.889
5732 Märkte	-172.546	219.152	46.606		46.606		46.606	101.537
* Wirtschaft und Tourismus	-12.233.546	19.909.513	7.675.967	-10.718.239	-3.042.272		-3.042.272	-3.222.352
6110 Allgemeine Finanzwirtschaft	-457.002.545	71.133.874	-385.868.671	15.930.700	-369.937.971		-369.937.971	-369.799.641
* Allgemeine Finanzwirtschaft	-457.002.545	71.133.874	-385.868.671	15.930.700	-369.937.971		-369.937.971	-369.799.641
** NKF-Produktbereiche	-732.397.698	728.957.223	-3.440.475	5.211.661	1.771.186		1.771.186	1.771.186

Haushaltsquerschnitt Finanzplan 2020

Produktbereich/Produktgruppe 2020	Einz. lfd.VW 2020	Ausz. lfd.VW 2020	Sa.lfd.VW.2020	Einz. Inv. 2020	Ausz. Inv. 2020	Saldo Inv. 2020	Fin.m.ü./-fehlb 2020	Fin.einz. 2020	Fin.ausz. 2020	Saldo Fin. 2020	Verpfl.erm. 2020
*** Politische Gremien	-11.000	3.374.212	3.363.212		4.000	4.000	3.367.212				
*** Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arb	-33.050	2.965.540	2.932.490				2.932.490				
*** Besondere Dienste für Gesamtverwaltung	-124.180	1.455.554	1.331.374				1.331.374				
*** Prüfungen	-5.000	1.177.933	1.172.933				1.172.933				
*** Personal- und Organisationsmanagement	-2.541.948	32.904.239	30.362.291	-305.820	500.000	194.180	30.556.471				300.000
*** Zentrale Dienste	-1.246.000	20.222.549	18.976.549		5.194.801	5.194.801	24.171.350				
*** Rechtsangelegenheiten	-555.900	4.865.012	4.309.113				4.309.113				
*** Finanzmanagement	-2.952.111	6.843.767	3.891.656				3.891.656				
*** Verwaltung der Liegenschaften	-3.265.250	8.878.140	5.612.890	-2.259.130	3.201.600	942.470	6.555.360	-1.000.000			
*** Zentraler Technischer Service				-2.000	198.000	196.000	196.000				
*** Kfz-Werkstatt	-406.500	1.739.316	1.332.816		30.000	30.000	1.362.816				
*** Gebäudewirtschaft	-567.548	48.333.205	47.765.657		77.000	77.000	47.842.657				
**** Innere Verwaltung	-11.708.487	132.759.468	121.050.982	-2.566.950	9.205.401	6.638.451	127.689.433	-1.000.000			300.000
*** Statistik und Wahlen	-1.380	463.152	461.772				461.772				
*** Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste	-13.175.703	13.074.328	-101.376		1.500	1.500	-99.876				
*** Tier- und Verbraucherschutz	-99.000	480.234	381.234	-10.000	69.000	59.000	440.234				
*** Brand- und Katastrophenschutz	-616.396	17.059.339	16.442.943	-290.000	1.935.000	1.645.000	18.087.943	-5.000			3.700.000
*** Rettungsdienst	-15.436.500	3.370.349	-12.066.151	-2.000	1.424.500	1.422.500	-10.643.651	-2.000			
**** Sicherheit und Ordnung	-29.328.979	34.447.402	5.118.423	-302.000	3.430.000	3.128.000	8.246.423	-7.000			3.700.000
**** Zentrale Verwaltung	-41.037.466	167.206.871	126.169.405	-2.868.950	12.635.401	9.766.451	135.935.856	-1.007.000			4.000.000
*** Grundschulen	-5.277.355	8.175.127	2.897.772		1.103.000	1.103.000	4.000.772				
*** Hauptschulen	-146.800	463.075	316.275		330.000	330.000	646.275				
*** Realschulen	-110.200	534.600	424.400		47.000	47.000	471.400				
*** Sekundarschulen	-80.000	251.950	171.950		255.000	255.000	426.950				50.000
*** Gymnasien/Kollegs	-164.575	888.600	724.025		759.000	759.000	1.483.025				50.000
*** Gesamtschulen	-50.000	1.078.750	1.028.750		2.857.000	2.857.000	3.885.750				
*** Förderschulen	-344.323	1.575.150	1.230.827		55.000	55.000	1.285.827				
*** Berufskollegs		997.600	997.600		600.000	600.000	1.597.600				
*** Serviceleistungen f. Schulen	-842.100	3.851.898	3.009.798		401.000	401.000	3.410.798				
**** Schulträgeraufgaben	-7.015.353	17.816.750	10.801.397		6.407.000	6.407.000	17.208.397				100.000
*** Kultur - Kunst - Geschichte	-389.450	2.427.468	2.038.018	-1.080.000	1.237.000	157.000	2.195.018				600.000
*** Theater und Orchester		14.761.006	14.761.006				14.761.006				
*** Max-Reger-Musikschule	-745.330	1.863.120	1.117.790		15.000	15.000	1.132.790				
*** Volkshochschule	-1.652.980	2.017.055	364.075		7.000	7.000	371.075				
*** Bücherei	-167.000	1.923.594	1.756.594		206.000	206.000	1.962.594				
**** Kultur und Wissenschaft	-2.954.760	22.992.244	20.037.484	-1.080.000	1.465.000	385.000	20.422.484				600.000
**** Schule und Kultur	-9.970.113	40.808.995	30.838.882	-1.080.000	7.872.000	6.792.000	37.630.882				700.000
*** Interne Dienste FB 55	-437	1.722.654	1.722.217				1.722.217				
*** Soziale Leistungen nach SGB XII	-27.128.534	46.890.519	19.761.986				19.761.986				
*** Soziale Leistungen nach SGB II	-36.870.000	74.698.965	37.828.965				37.828.965				
*** Leistungen für Asylbewerber	-16.688.617	14.159.852	-2.528.765		40.000	40.000	-2.488.765				
*** Förderung Träger der Wohlfahrtspflege	-20.000	11.475.922	11.455.922				11.455.922				
*** Sonst. soziale Leistungen	-6.636.920	10.965.368	4.328.448				4.328.448				
**** Soziale Leistungen	-87.344.507	159.913.280	72.568.773		40.000	40.000	72.608.773				
*** Leistungen für junge Menschen/Familien	-6.310.476	40.903.716	34.593.240		8.000	8.000	34.601.240				
*** Tageseinrichtungen	-36.285.631	64.080.126	27.794.495	-4.140.000	4.895.077	755.077	28.549.572				4.400.000
*** Jugendarbeit	-2.644.620	8.193.894	5.549.274	-1.150.000	1.909.500	759.500	6.308.774				
**** Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	-45.240.727	113.177.736	67.937.009	-5.290.000	6.812.577	1.522.577	69.459.586				4.400.000
**** Soziales und Jugend	-132.585.234	273.091.016	140.505.782	-5.290.000	6.852.577	1.562.577	142.068.359				4.400.000
*** Krankenhäuser		2.800.731	2.800.731				2.800.731				
*** Gesundheit und Verbraucherschutz	-562.351	4.788.564	4.226.213		9.000	9.000	4.235.213				
**** Gesundheitsdienste	-562.351	7.589.295	7.026.944		9.000	9.000	7.035.944				
*** Sportstätten und -förderung	-259.100	1.577.938	1.318.838		1.095.000	1.095.000	2.413.838				50.000
**** Räuml. Planung / Entwickl.Sportförderung	-259.100	1.577.938	1.318.838		1.095.000	1.095.000	2.413.838				50.000
**** Gesundheit und Sport	-821.451	9.167.233	8.345.782		1.104.000	1.104.000	9.449.782				50.000
*** Raumplanungen	-249.000	4.306.336	4.057.336		500.000	500.000	4.557.336				
*** Geoinformationen	-245.000	4.023.487	3.778.487	-250.000	323.000	73.000	3.851.487	-250.000			
**** Räuml. Planung / Entwickl. / Geo-Info.	-494.000	8.329.823	7.835.823	-250.000	823.000	573.000	8.408.823	-250.000			
*** Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalerschutz	-1.237.500	2.549.268	1.311.768				1.311.768				
*** Wohnungswesen	-35.800	784.136	748.336	-68.006		-68.006	680.330				
**** Bauen und Wohnen	-1.273.300	3.333.404	2.060.104	-68.006		-68.006	1.992.098				
*** Abfallsammlung	-25.898.339	25.002.351	-895.988				-895.988				
*** Abfallwirtschaft und Bodenschutz	-244.000	1.055.258	811.258				811.258				
**** Abwasserbeseitigung											
**** Ver- und Entsorgung	-26.142.339	26.057.609	-84.730				-84.730				
*** öffentliche Infrastruktur	-2.093.760	22.802.378	20.708.618	-17.267.950	28.426.670	11.158.720	31.867.338				5.463.500
*** Straßenreinigung	-5.346.013	7.307.568	1.961.555				1.961.555				
*** ÖPNV	-613.000	830.500	217.500	-125.000	100.000	-25.000	192.500				

Haushaltsquerschnitt Finanzplan 2020

Produktbereich/Produktgruppe 2020	Einz. lfd.VW 2020	Ausz. lfd.VW 2020	Sa.lfd.VW.2020	Einz. Inv. 2020	Ausz. Inv. 2020	Saldo Inv. 2020	Fin.m.ü./-fehlb 2020	Fin.einz. 2020	Fin.ausz. 2020	Saldo Fin. 2020	Verpfl.erm. 2020
**** Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-8.052.773	30.940.446	22.887.673	-17.392.950	28.526.670	11.133.720	34.021.393				5.463.500
*** Öffentliches Grün	-55.900	7.297.735	7.241.835		39.500	39.500	7.281.335				
*** Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft	-61.000	1.456.905	1.395.905	-4.700.000	4.350.000	-350.000	1.045.905				145.000
**** Natur- und Landschaftspflege	-116.900	8.754.640	8.637.740	-4.700.000	4.389.500	-310.500	8.327.240				145.000
*** Umwelt- und Immissionsschutz	-528.000	1.549.226	1.021.226				1.021.226				
**** Umweltschutz	-528.000	1.549.226	1.021.226				1.021.226				
*** Wirtschaftliche Betätigungen	-22.779.239	19.806.135	-2.973.104		60.000	60.000	-2.913.104				
*** Märkte	-169.039	219.611	50.572		7.500	7.500	58.072				
**** Wirtschaft und Tourismus	-22.948.278	20.025.746	-2.922.532		67.500	67.500	-2.855.032				
**** Gestaltung der Umwelt	-59.555.590	98.990.894	39.435.304	-22.410.956	33.806.670	11.395.714	50.831.018	-250.000			5.608.500
*** Allgemeine Finanzwirtschaft	-445.487.557	85.132.213	-360.355.344	-29.981.065	10.000.000	-19.981.065	-380.336.409			-16.933.068	
**** Allgemeine Finanzwirtschaft	-445.487.557	85.132.213	-360.355.344	-29.981.065	10.000.000	-19.981.065	-380.336.409			-16.933.068	
**** Zentrale Finanzleistungen	-445.487.557	85.132.213	-360.355.344	-29.981.065	10.000.000	-19.981.065	-380.336.409			-16.933.068	
***** Produktrahmen Stadt Hagen	-689.457.411	674.397.221	-15.060.190	-61.630.971	72.270.648	10.639.677	-4.420.513	-1.257.000		-16.933.068	14.758.500
***** Stadt Hagen	-689.457.411	674.397.221	-15.060.190	-61.630.971	72.270.648	10.639.677	-4.420.513	-1.257.000		-16.933.068	14.758.500

Haushaltsquerschnitt Finanzplan 2021

Produktbereich/Produktgruppe 2021	Einz. lfd.VW 2021	Ausz. lfd.VW 2021	Sa.lfd.VW.2021	Einz. Inv. 2021	Ausz. Inv. 2021	Saldo Inv. 2021	Fin.m.ü./-fehlb 2021	Fin.einz. 2021	Fin.ausz. 2021	Saldo Fin. 2021	Verpfl.erm. 2021
*** Politische Gremien	-11.000	3.181.137	3.170.137		4.000	4.000	3.174.137				
*** Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arb	-33.350	3.055.897	3.022.547				3.022.547				
*** Besondere Dienste für Gesamtverwaltung	-125.760	1.482.449	1.356.689				1.356.689				
*** Prüfungen	-5.000	1.232.269	1.227.269				1.227.269				
*** Personal- und Organisationsmanagement	-2.569.577	34.108.162	31.538.585	-396.970	591.000	194.030	31.732.615				
*** Zentrale Dienste	-1.251.000	18.321.259	17.070.259		3.006.350	3.006.350	20.076.609				1.000.000
*** Rechtsangelegenheiten	-565.900	4.887.979	4.322.079				4.322.079				
*** Finanzmanagement	-2.927.659	7.007.008	4.079.349				4.079.349				
*** Verwaltung der Liegenschaften	-3.265.250	8.678.666	5.413.416	-1.937.492	1.640.500	-296.992	5.116.424	-1.000.000			
*** Zentraler Technischer Service				-2.000			188.000				
*** Kfz-Werkstatt	-406.500	1.757.587	1.351.087				27.000				
*** Gebäudewirtschaft	-578.152	39.890.752	39.312.600				55.000				
**** Innere Verwaltung	-11.739.147	123.603.165	111.864.017	-2.336.462	5.511.850	3.175.388	115.039.405	-1.000.000			1.000.000
*** Statistik und Wahlen	-291.000	837.241	546.241				546.241				
*** Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste	-11.572.703	12.924.797	1.352.094			1.500	1.353.594				
*** Tier- und Verbraucherschutz	-84.500	469.606	385.106	-10.000		14.000	389.106				
*** Brand- und Katastrophenschutz	-646.494	17.262.698	16.616.204	-290.000	5.715.000	5.425.000	22.041.204	-5.000			1.550.000
*** Rettungsdienst	-15.438.100	3.375.408	-12.062.692	-2.000			812.500	-11.250.192	-2.000		160.000
**** Sicherheit und Ordnung	-28.032.797	34.869.750	6.836.953	-302.000	6.545.000	6.243.000	13.079.953	-7.000			1.710.000
**** Zentrale Verwaltung	-39.771.944	158.472.914	118.700.970	-2.638.462	12.056.850	9.418.388	128.119.358	-1.007.000			2.710.000
*** Grundschulen	-5.811.492	8.993.024	3.181.532		192.000	192.000	3.373.532				
*** Hauptschulen	-146.800	466.075	319.275		28.000	28.000	347.275				
*** Realschulen	-110.200	537.600	427.400		47.000	47.000	474.400				
*** Sekundarschulen	-80.000	254.950	174.950		80.000	80.000	254.950				
*** Gymnasien/Kollegs	-123.700	891.600	767.900		207.000	207.000	974.900				
*** Gesamtschulen	-50.000	1.081.750	1.031.750		98.000	98.000	1.129.750				
*** Förderschulen	-350.518	1.586.345	1.235.827		55.000	55.000	1.290.827				
*** Berufskollegs		1.002.600	1.002.600		250.000	250.000	1.252.600				
*** Serviceleistungen f. Schulen	-847.100	3.991.207	3.144.107		271.000	271.000	3.415.107				
**** Schulträgeraufgaben	-7.519.810	18.805.151	11.285.341		1.228.000	1.228.000	12.513.341				
*** Kultur - Kunst - Geschichte	-419.825	2.555.360	2.135.534	-540.000		629.000	89.000	2.224.534			
*** Theater und Orchester		15.064.435	15.064.435				15.064.435				
*** Max-Reger-Musikschule	-771.330	1.896.859	1.125.529		15.000	15.000	1.140.529				
*** Volkshochschule	-1.652.980	2.016.532	363.552		7.000	7.000	370.552				
*** Bücherei	-167.000	1.922.697	1.755.697		206.000	206.000	1.961.697				
**** Kultur und Wissenschaft	-3.011.135	23.455.882	20.444.747	-540.000	857.000	317.000	20.761.747				
**** Schule und Kultur	-10.530.945	42.261.033	31.730.087	-540.000	2.085.000	1.545.000	33.275.087				
*** Interne Dienste FB 55	-437	1.743.154	1.742.717				1.742.717				
*** Soziale Leistungen nach SGB XII	-26.989.034	47.061.105	20.072.071				20.072.071				
*** Soziale Leistungen nach SGB II	-37.367.500	76.405.351	39.037.851				39.037.851				
*** Leistungen für Asylbewerber	-17.447.599	14.792.894	-2.654.705		40.000	40.000	-2.614.705				
*** Förderung Träger der Wohlfahrtspflege	-20.000	11.835.922	11.815.922				11.815.922				
*** Sonst. soziale Leistungen	-6.734.920	11.201.978	4.467.058				4.467.058				
**** Soziale Leistungen	-88.559.489	163.040.404	74.480.915		40.000	40.000	74.520.915				
*** Leistungen für junge Menschen/Familien	-5.916.332	41.998.656	36.082.324		8.000	8.000	36.090.324				
*** Tageseinrichtungen	-37.523.865	66.945.538	29.421.673	-4.610.000	5.426.843	816.843	30.238.516				
*** Jugendarbeit	-2.644.620	8.376.992	5.732.372	-1.018.000	1.766.000	748.000	6.480.372				
**** Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	-46.084.817	117.321.186	71.236.368	-5.628.000	7.200.843	1.572.843	72.809.211				
**** Soziales und Jugend	-134.644.307	280.361.590	145.717.283	-5.628.000	7.240.843	1.612.843	147.330.126				
*** Krankenhäuser		2.800.731	2.800.731				2.800.731				
*** Gesundheit und Verbraucherschutz	-509.051	4.830.245	4.321.193		3.000	3.000	4.324.193				
**** Gesundheitsdienste	-509.051	7.630.976	7.121.924		3.000	3.000	7.124.924				
*** Sportstätten und -förderung	-259.900	1.488.035	1.228.135		435.000	435.000	1.663.135				
**** Räuml. Planung / Entwickl.Sportförderung	-259.900	1.488.035	1.228.135		435.000	435.000	1.663.135				
**** Gesundheit und Sport	-768.951	9.119.011	8.350.059		438.000	438.000	8.788.059				
*** Raumplanungen	-233.000	3.844.310	3.611.310				3.611.310				
*** Geoinformationen	-257.000	4.039.071	3.782.071	-250.000	303.000	53.000	3.835.071	-250.000			
**** Räuml. Planung / Entwickl. / Geo-Info.	-490.000	7.883.381	7.393.381	-250.000	303.000	53.000	7.446.381	-250.000			
*** Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz	-1.237.500	2.616.619	1.379.119				1.379.119				
*** Wohnungswesen	-35.800	759.005	759.205	-40.529			718.676				
**** Bauen und Wohnen	-1.273.300	3.411.624	2.138.324	-40.529			2.097.795				
*** Abfallsammlung	-26.539.550	25.619.349	-920.201				-920.201				
*** Abfallwirtschaft und Bodenschutz	-257.000	732.901	475.901				475.901				
*** Abwasserbeseitigung											
**** Ver- und Entsorgung	-26.796.550	26.352.250	-444.300				-444.300				
*** öffentliche Infrastruktur	-2.073.760	22.699.878	20.626.118	-17.054.942	23.964.700	6.909.758	27.535.876				2.777.000
*** Straßenreinigung	-6.250.840	7.510.165	1.259.325				1.259.325				
*** ÖPNV	-613.000	830.500	217.500	-125.000	100.000	-25.000	192.500				
**** Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-8.937.600	31.040.543	22.102.943	-17.179.942	24.064.700	6.884.758	28.987.701				2.777.000
*** Öffentliches Grün	-55.900	7.370.092	7.314.192		39.500	39.500	7.353.692				

Haushaltsquerschnitt Finanzplan 2021

Produktbereich/Produktgruppe 2021	Einz. lfd.VW 2021	Ausz. lfd.VW 2021	Sa.lfd.VW.2021	Einz. Inv. 2021	Ausz. Inv. 2021	Saldo Inv. 2021	Fin.m.ü./-fehlb 2021	Fin.einz. 2021	Fin.ausz. 2021	Saldo Fin. 2021	Verpfl.erm. 2021
*** Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft	-62.000	1.476.853	1.414.853		200.000	200.000	1.614.853				
**** Natur- und Landschaftspflege	-117.900	8.846.945	8.729.045		239.500	239.500	8.968.545				
*** Umwelt- und Immissionsschutz	-510.400	1.375.595	865.195				865.195				
**** Umweltschutz	-510.400	1.375.595	865.195				865.195				
*** Wirtschaftliche Betätigungen	-22.779.239	19.690.361	-3.088.878		60.000	60.000	-3.028.878				
*** Märkte	-169.039	202.578	33.539		7.500	7.500	41.039				
**** Wirtschaft und Tourismus	-22.948.278	19.892.939	-3.055.339		67.500	67.500	-2.987.839				
**** Gestaltung der Umwelt	-61.074.028	98.803.277	37.729.249	-17.470.471	24.674.700	7.204.229	44.933.478	-250.000			2.777.000
*** Allgemeine Finanzwirtschaft	-455.806.523	85.159.642	-370.646.881	-20.456.665	10.000.000	-10.456.665	-381.103.546			-7.318.756	
**** Allgemeine Finanzwirtschaft	-455.806.523	85.159.642	-370.646.881	-20.456.665	10.000.000	-10.456.665	-381.103.546			-7.318.756	
**** Zentrale Finanzleistungen	-455.806.523	85.159.642	-370.646.881	-20.456.665	10.000.000	-10.456.665	-381.103.546			-7.318.756	
***** Produktrahmen Stadt Hagen	-702.596.699	674.177.467	-28.419.232	-46.733.598	56.495.393	9.761.795	-18.657.437	-1.257.000		-7.318.756	2.777.000
***** Stadt Hagen	-702.596.699	674.177.467	-28.419.232	-46.733.598	56.495.393	9.761.795	-18.657.437	-1.257.000		-7.318.756	2.777.000

Stadt Hagen

Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans

2020

Stadt Hagen - Haushaltssanierungsplan 2020

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Analyse der Haushaltssituation bis zur Genehmigung des HSP 2019.....	95
2. Weitere Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele nach dem Stärkungspaktgesetz.....	97
3. Erläuterungen zur Verfahrensweise bei den HSP-Maßnahmen zur Personalkostenkonsolidierung.....	97
4. Schaubild: Übersicht der Maßnahmenanzahl.....	98
5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020.....	101
6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation.....	125
7. Stellungnahmen zu geänderten Maßnahmen	
7.1 Stellungnahmen bei betraglichen Änderungen.....	132
7.2 Stellungnahmen bei Änderungen der Maßnahmenbezeichnung/ -beschreibung.....	135
8. Neue Maßnahmenvorschläge des HSP 2020.....	136
9. Gesamtergebnisplan vor Konsolidierung.....	137
10. Gesamt-Konsolidierungsbeiträge.....	138
11. Gesamtergebnisplan nach Konsolidierung.....	139

1. Analyse der Haushaltssituation bis zur Genehmigung des HSP 2019

Im Jahr 2011 hat sich die Rechtsgrundlage zu Haushaltssicherungskonzepten (§ 76 Gemeindeordnung NRW) geändert. Die Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten ist nunmehr zulässig, wenn spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird.

Neben der Änderung des § 76 GO NRW hat der Landtag NRW am 09.12.2011 das Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz) beschlossen. Danach stellt das Land in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung.

Mit Bescheid vom 21.12.2011 wurde die pflichtige Teilnahme der Stadt Hagen festgestellt und die Konsolidierungshilfe für das Jahr 2011 auf **40.491.844,46 €** festgelegt. Durch Gesetzesänderung wurde diese Hilfe für die Stadt Hagen ab 2013 auf **35.987.716,02 €** reduziert. Zahlungsvoraussetzung für pflichtig teilnehmende Gemeinden ist die Einhaltung des Haushaltssanierungsplans. Trotz der Kürzung ist es im Jahresabschluss 2013 gelungen, den Plan einzuhalten und die Verschlechterung aufzufangen.

Der erste vom Rat beschlossene Haushaltssanierungsplan musste der Bezirksregierung bis zum 30.06.2012 vorgelegt werden. Nach § 6 Abs. 3 des Stärkungspaktgesetzes besteht eine jährliche Fortschreibungspflicht des Haushaltssanierungsplans. Die Fortschreibung der Haushaltssanierungspläne ist bis spätestens zum 01.12. des Vorjahres der Bezirksregierung Arnberg vorzulegen.

Am 29.11.2012 beschloss der Rat in seiner Sitzung ein Konsolidierungsvolumen von insgesamt **72.726.053 €** im Haushaltsplan 2012/2013 bis zum Jahr 2016.

Der Haushaltssanierungsplan 2012 wurde von der Bezirksregierung Arnberg am 20.12.2012 genehmigt. Dabei wurden die Maßnahmen 11_55.100 (Elternbeiträge - 800.000 €) und 12_55.004 (Budgetvorgabe Jobcenter – 3.500.000 €) nicht anerkannt. Gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Haushaltsplanung eine Berücksichtigung der Beträge zulässig ist, so dass sich keine Auswirkungen in der Gesamtbetrachtung auf die Haushaltsplanung ergeben.

Das Gesamtkonsolidierungsvolumen verringert sich von **72.726.053 €** um **4.300.000 €** auf **68.426.053 €**.

Am 25.03.2013 wurde die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2013 von der Bezirksregierung Arnberg genehmigt.

In seiner Sitzung am 28.11.2013 beschloss der Rat über den Doppelhaushalt 2014/2015 einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2014/2015. mit einem Gesamtvolumen von **76.476.440 €**.

Vom Gesamtvolumen, das im Jahr 2018 vollständig erreicht wird, wurden **62.651.762 €** ab dem Jahr 2014 eingeplant. Im Jahr 2015 erhöht sich das Einsparvolumen um **2.861.529 €** auf **65.513.291 €**.

Die Genehmigung für die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2014 erfolgte am 24.04.2014 von der Bezirksregierung Arnberg.

Durch den Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2014 und dem damit verbundenen strukturellen Fehlbetrag der zugehörigen Konsolidierungsmaßnahme wurden weitere Konsolidierungsmaßnahmen zur Kompensation gebildet. Somit konnte der Rat in seiner Sitzung am 13.11.2014 die Fortschreibung des HSP 2015 mit einem Gesamtvolumen von **76.181.275 €** im Jahr 2021 beschließen. Das Einsparvolumen im Jahr 2015 erhöhte sich auf **65.528.197 €**

Am 02.02.2015 erfolgte die Genehmigung für die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2015 von der Bezirksregierung Arnsberg.

Der Rat der Stadt Hagen beschloss am 07.04.2016 die Haushaltssatzung des Doppelhaushaltes 2016/2017 und den Haushaltssanierungsplan 2016/2017.

Der Haushaltssanierungsplan weist durch neue vom Rat der Stadt beschlossene Maßnahmen erneut ein Konsolidierungsvolumen von nunmehr **76.413.575 €** in 2021 aus.

Für das Jahr 2016 ist es nicht gelungen, einen Haushaltsausgleich darzustellen. Dem Antrag auf Ausgleichsverschiebung auf das Jahr 2017 wurde nicht entsprochen. Daraufhin beschloss der Rat in seiner Sitzung am 24.11.2016 einen angepassten Haushaltssanierungsplan 2017. Dieser beinhaltet den degressiven Abbau der Konsolidierungshilfe ab dem Jahr 2017, der den Haushaltsausgleich mit reduzierter Konsolidierungshilfe ab dem Jahr 2017 und ohne Konsolidierungshilfe im Jahr 2021 (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 Stärkungspaktgesetz) darstellt.

Diese beschlossene Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für das Jahr 2017 mit einem Konsolidierungsvolumen von **76.251.943 €** wurde am 22.12.2016 von der Bezirksregierung Arnsberg genehmigt.

Die Haushaltssatzung des Doppelhaushaltes 2018/2019 und der Haushaltssanierungsplan 2018/2019 wurden am 22.02.2018 und 12.04.2018 (Korrekturbeschluss Haushaltssatzung) vom Rat der Stadt Hagen beschlossen.

Der Haushaltssanierungsplan für das Jahr 2018 weist ein Konsolidierungsvolumen von **77.524.775 €** aus.

Die Genehmigung der Fortschreibung 2018 durch die Bezirksregierung Arnsberg erfolgte am 21.06.2018.

Am 15.11.2018 hat der Rat der Stadt Hagen die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2019 und die Fortschreibung des Haushaltes 2019 beschlossen. Wie von der Bezirksregierung empfohlen, wurde die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für das Haushaltsjahr 2022, mit 73.926.358 € Konsolidierungsvolumen, in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen.

Die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für das Jahr 2019, mit einem Konsolidierungsvolumen von **77.256.320 €**, wurde am 18.12.2018 von der Bezirksregierung Arnsberg genehmigt.

2. Weitere Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele nach dem Stärkungspaktgesetz

Im Haushaltssanierungsplan 2020 ist der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der reduzierten Konsolidierungshilfe des Landes darzustellen. Darüber hinaus ist der Haushaltsausgleich spätestens im Jahr 2021 ohne die Konsolidierungshilfe des Landes zu erreichen.

Die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2020 weist zwar Veränderungen der einzelnen Maßnahmen aus, der Gesamtkonsolidierungsbetrag der einzelnen Jahre überschreitet aber die Planwerte der Fortschreibung 2019. Somit müssen keine weiteren Maßnahmen eingebracht werden. Der Gesamtkonsolidierungsbetrag im Jahr 2020 beträgt rund 82,5 Mio. € und in **2021** rund **82,3 Mio. €**.

Die Einbringung der Fortschreibung des Doppelhaushalts 2020/2021 und der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans 2020 erfolgt am 26.09.2019 im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat der Stadt Hagen. Die politische Beratung in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen ist vom 01.10.2019 bis 12.11.2019 vorgesehen. Die Abschlussberatung im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat erfolgt am 28.11.2019.

Nach Beschluss der Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans durch den Rat, wird dieser bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereicht.

3. Erläuterungen zur Verfahrensweise bei den HSP-Maßnahmen zur Personalkostenkonsolidierung

In Abstimmung mit der Bezirksregierung sind ab dem Haushaltssanierungsplan 2014 die ursprünglich auf Ebene der Teilpläne bezogenen Maßnahmen zur Personalkostenkonsolidierung zur besseren Übersichtlichkeit in eine Gesamtmaßnahme (PK_Gesamt) zusammengefasst worden. Das Volumen dieser Maßnahme beläuft sich insgesamt auf 11.914.667 €.

Zusätzlich hat der Rat der Stadt Hagen in seiner Sitzung am 17.03.2016 mit dem Haushaltssanierungsplan 2016 weitere 11 Maßnahmen mit Auswirkungen in Höhe von 576.300 € auf den Personalaufwand beschlossen.

Des Weiteren wurde am 15.11.2018 durch den Rat der Stadt Hagen eine neue Maßnahme (18_PK.001) mit einem Volumen von 43.500 €, die ebenfalls Auswirkung auf die Höhe des Personalaufwandes hat, beschlossen.

Die Personalkostenmaßnahmen 16_PK.007 und 16_PK.008 in Höhe von insgesamt 150.000 € wurden für das Haushaltsjahr 2020 fortfolgende als wegbrechend gemeldet.

Insgesamt umfassen die Maßnahmen zur Personalkostenkonsolidierung im Jahr 2021 rund **12,47 Mio. €**.

4. Schaubild: Übersicht der Maßnahmenanzahl



Veränderung der Anzahl im HSP 2016



- + 50 neue Maßnahmenvorschläge
- 10 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial
- 3 Maßnahmen (Zusammenlegung der Maßnahmen 16_25.001 und 12_48.002, 16_11.002 und 13_11.001 sowie 16_32.002 und 14_32.002)
- + 2 gesplittete Maßnahmen
- 20 Zusammenfassung der GWH-Maßnahmen zu 16_GWH-Gesamt (11_23.013, 11_43.002S, 11_45.004S, 11_52.005, 11_52.006, 11_GWH.002, 11_GWH.110, 11_GWH.120, 11_GWH.130, 11_GWH.150, 11_GWH.160, 11_GWH.170, 12_47.002, 12_GWH.001, 12_GWH.003, 13_GWH.002, 14_GWH.003, 14_GWH.004, 15_48.001, 16_48.003, 16_GWH.001)
- 1 Zusammenlegung der Maßnahmen 15_GWH.001 und 16_GWH.003

139 offene Maßnahmen

Veränderung der Anzahl im HSP 2017



- 1 Zusammenlegung der Maßnahmen 11_20.006 und 12_20.003
nachträglich zur Fortschreibung HSP 2018 eingefügt:
- 5 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial (12_VB5.004, 14_61.001, 16_11.003, 16_32.003, 16_37.002)

133 offene Maßnahmen

(nachträglich zur Fortschreibung HSP 2018 von 138 auf 133 geändert)

Veränderung der Anzahl im HSP 2018



- + 6 Aufteilung der Maßnahme 14_VB4.001 (18_46.001, 18_46.002, 18_48.001, 18_48.002, 18_48.003, 18_49.001)
- 1 Wegfall der Maßnahme 14_VB4.001
- 1 Rücknahme der Maßnahme 16_25.002
- + 2 neue Maßnahmen (18_37.001, 18_PK.001)
- 1 Maßnahme 12_37.001 geht über in 18_37.001
- + 1 Splittung der Maßnahme 11_OBBC.006S in 18_01.001
- + 1 Splittung der Maßnahme 12_25.001 in 18_32.001
- 6 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial (12_GWH.005, 13_11.001, 16_69.002, 16_GWH.004, 16_PK.006, 16_PK.011)

134 offene Maßnahmen

Veränderung der Anzahl im HSP 2019



- 1 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial (12_14.001)
nachträglich zur Fortschreibung HSP 2019 eingefügt:
- + 1 neue Maßnahmen (19_32.001)

134 offene Maßnahmen

(nachträglich zur Fortschreibung HSP 2019 von 133 auf 134 geändert)

Veränderung der Anzahl im HSP 2020



- 3 Maßnahmen ohne Konsolidierungspotenzial (16_PK.007, 16_PK.008 und 14_HABIT.001)
- + 1 Splittung der Maßnahme 12_25.001 in 20_11.001

132 offene Maßnahmen

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
11_11.002	TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung	1114	145.090	ift. 2011	Der Ansatz im TP 1114 auf den diversen Kostenarten wurde von 2008 bis zum Jahr 2014 um ca. 33% reduziert. Dies setzt sich wie folgt zusammen: Reduzierungen: ca. 35% bei der zentralen Aus- und Fortbildung und Personalentwicklung; ca. 37% bei der dezentralen Aus- und Fortbildung; 20% bei Beratungsleistungen für Datenschutz; ca. 59% bei Mieten (teils in Maßnahme 11.003S; Streichung Jahresveranstaltung Jubilare u Pensionäre); 20% Prüfung und Beratung (Steuerprüfung zur Reduzierung der Steuerlast beim Finanzamt); Erhöhung: ca. 35% Kennzahlenvergleiche
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	div. 11	1.034.480	2015	Im Rahmen der kommunalen Aufgabenerledigung wird kontinuierlich betrachtet, inwieweit sich eine Aufgabe für eine interkommunale Zusammenarbeit eignet. Vielfach sprechen unterschiedliche IT-Systeme oder örtliche Gegebenheiten dagegen. In vielen Fällen konnten durch interkommunale Zusammenarbeit bereits Konsolidierungspotentiale gehoben werden. Es wird laufend untersucht, welche Felder noch erschlossen werden können.
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	1120	30.000	2013	Verringerung der Abschreibungen auf Forderungen. Im Bereich des Forderungseinzugs erhöhte Einnahmemöglichkeiten durch die Optimierung "Vollstreckungsvorankündigungen".
11_20.006	Optimierungen bei der Straßenreinigung	5450	552.000	2014	Absenkung des Allgemeininteressenanteil der Stadt Hagen an der Straßenreinigung von 25% auf durchschnittlich rd. 19% durch eine Neuklassifizierung sämtlicher Hagener Straßen nach ihrer Verkehrsbedeutung in Wohnstraßen, innerörtliche und überörtliche Straßen. Dies führt zu Mehreinnahmen bei der Straßenreinigungsgebühr (SK 432102). Betriebliche Optimierungen beim HEB führen zu einer Verringerung der Erstattung an den HEB (SK 523500). Mit der Fortschreibung des HSP 2017 wurde die Maßnahme 12_20.003 - "Optimierung der Straßenreinigung lt. Infa-Gutachten" mit der Maßnahme 11_20.006 - "Absenkung des Allgemeininteressenanteils an der Straßenreinigung" zusammengelegt und unter dieser Maßnahmen-Nr. fortgeführt.
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	1120	52.000	ift. 2011	Es ist vorgesehen, den Ansatz für Beratungsleistungen ab 2013 um 52.000,- € zu reduzieren.
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	1120	30.000	2013	Es ist vorgesehen, den Ansatz um 30.000,- € zu reduzieren.
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	6110	228.000	2014	Durch eine Teilnahme städtischer Mitarbeiter an Betriebsprüfungen, und zwar vorzugsweise beim Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfungen, kann das Augenmerk verstärkt auf die für die Stadt steuerrechtlich relevanten Umstände gerichtet werden.
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	6110	520.000	2012	Nachdem bereits durch eine Erhöhung der Steuersätze zum 01.01.2012 Mehrerträge erwirtschaftet werden konnten, fand zum 01.01.2014 eine weitere Anhebung der Steuersätze statt. Die neuen Steuersätze lauten: Wenn 1 Hund gehalten wird - 180,- €, wenn zwei Hunde gehalten werden - 210,- € je Hund, wenn drei oder mehr Hunde gehalten werden - 240,- € je Hund. Diese 2. Erhöhung führte zu einer Verdoppelung des Konsolidierungserfolges aus dem Jahr 2012.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	1220	570.000	2012	Befürwortet wurde die Messung mit stationären Anlagen in der Becheltestr., der Heinrichstr. (Wendeanlage) und der Saarlandstraße. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen mit der Zielsetzung der Entschärfung von Gefahrenstellen bzw. der Sicherung schutzwürdiger Zonen sowie der Gewährleistung des Lärmschutzes.
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2143	5.000	2014	Reduzierung des Etats für Lehrmittel und Medien in der Stadtbildstelle auf 0,-€ ab 2014.
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	2571	26.086	lft. 2011	Sachkostenreduzierung Basis HH-Ansatz 2008
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2571	20.000	2012	Zusätzliche Angebote im Premiumbereich (TOP-Kurse, Kleingruppenkurse), Erstellen von Zeitschriften von Zeugnissen. Erhöhung der Teilnehmerentgelte im Studienbereich Hagen und Region.
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	2563	50.600	lft. 2011	Teilnahme an dem landesweiten Projekt "Jedem Kind ein Instrument". Um die personellen Kapazitäten der Musikschule besser zu nutzen und um mehr Gebühreneinnahmen zu erzielen, bietet die Musikschule verstärkt Unterricht im Gruppenverband an. Ein Angebot ist die Teilnahme an dem Projekt „Jedem Kind ein Instrument“. Dadurch werden mehr Gebühreneinnahmen in Höhe von 16.000,-€ erzielt. Darüber hinaus wird das Projekt von der Stiftung „Jedem Kind ein Instrument“ unterstützt. Hier sind Mehreinnahmen durch die gezahlten Zuschüsse in Höhe von 54.600,-€ zu erzielen. Eine bedarfsgerechte Erhöhung der Aufwendungen für Honorarkräfte in Höhe von 20.000,-€ ist dem gegenzurechnen.
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	2561	339.334	lft. 2011	Die Maßnahme 46.016 wurde eingefügt, um die aus den bisherigen Teil- und Altmaßnahmen noch ausstehenden Beträge zusammenzufassen. Sie umfasst u.a. die Alt-Maßnahmen 46.001S - Zuschussreduzierung Theater (im Wesentlichen: Personalabbau Technik, Chor, Preiserhöhungen, Gewinnung zusätzlicher Besucher, Schaffung zusätzlicher Angebote) Diese Maßnahmen wurden weit überwiegend umgesetzt. 46.003S - Garderobenprivatisierung 46.004S - Garderobengebührerhebung 46.010 - Kostenreduzierung im Bereich des Theatertaxis 46.012 - Kürzung der Mietzahlungen für Orchesterproben um den Umsatzsteueranteil
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	3111	20.000	2012	Durch Abschluss neuer vertraglicher Vereinbarungen mit reduzierten Stundensätzen und aufgrund eines geänderten Eingangs- und Bedarfsfeststellungsverfahrens konnte eine Aufwandsverringerung erzielt werden.
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	3630	150.000	lft. 2011	Es ist eine Reduzierung des Angebotes im Bereich der Tagesgruppenplätze um 8 bis 10 Plätze erfolgt.
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	3113	165.000	2012	Seit über einem Jahr steigt die Zahl derjenigen, die Asylanträge stellen und von der Stadt Hagen betreut werden, stark an. Demzufolge erhöhen sich auch die Landeszuweisungen. Außerdem ergibt sich durch höhere Auslastung der Heime ein Anstieg der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Benutzungsgebühren), sodass der erforderliche Konsolidierungsbetrag aus diesen beiden Ertragspositionen generiert wird.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	1223	45.000	ift. 2010	<p>Der Ansatz wurde im Jahr 2009 um 8.000 € und ab dem Jahr 2010 um weitere 37.000,- € auf einen neuen Ansatz in Höhe von 35.000,- € abgesenkt.</p> <p>Da die Beratungsstelle Landesmittel erhält, die sich an der Höhe des städtischen Zuschusses bemessen, wurden der Verbraucherberatung darüber hinaus stadteigene Räumlichkeiten in der Hohenzollernstraße sowie eine Bürokraft mit 50 % tariflicher Arbeitszeit zur Verfügung gestellt, die einen Geldwert darstellen.</p> <p>Der Zuschuss sowie die Räumlichkeiten und der Personaleinsatz wurden vertraglich festgelegt. Der Vertrag ist jeweils bis zum 31.12. in Kraft, er verlängert sich jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht gekündigt wird.</p> <p>Der Gesamteffekt beträgt 45.000,- € Einsparung im Haushaltsansatz.</p>
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	5410	5.464.842	2012	<p>In die bestehende AÖR sollen Aufgaben aus den Fachbereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für Planen und Bauen für Grün, Straßen und Brücken (66) und - für Grünanlagen und Straßenbetrieb (67) <p>sowie dem Forstamt verlagert werden.</p> <p>Dort können die Aufgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erneuerung, Betrieb und Unterhalt öffentlicher Flächen im Auftrag der Stadt und - Forst, Kompostierung, Ruheforst, Friedhöfe und Krematorium in eigener Verantwortung der AÖR <p>übernommen werden.</p> <p>Die Aufgaben des Straßenbaulastträgers und die Aufgaben städtebaulicher Planungen müssen auf Grund rechtlicher Bestimmungen im Vorstandsbereich für Stadtentwicklung und Bauen verbleiben. Dort werden auch die Aufgaben des Bauinvestitionscontrollings wahrgenommen.</p>
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	5731	1.600.000	2014	<p>Im Rahmen des HSK 2011 wurde die Übernahme des operativen Beteiligungscontrollings durch die HVG sowie die Bündelung des städtischen Beteiligungsportfolios in der HVG als kommunaler Beteiligungsholding beschlossen.</p> <p>Durch Umsetzung dieser Maßnahmen können lt. Gutachten von Rödl & Partner Steuervorteile (HEB/HUI) in Höhe von 400.000,- € als auch Synergien (z. B. Overhead, Materialaufwand etc.) mit einem Volumen von 1,4 Mio. € gehoben werden. Hiervon abzuziehen sind die Kosten in Höhe von 200.000,-€ für das operative Beteiligungscontrolling bei der HVG. Der Gesamtbetrag der Maßnahme beläuft sich damit auf 1,6 Mio. €.</p> <p>Anmerkung: Mit Verfügung der Bezirksregierung vom 14.11.2012 wurde vom ursprünglichen Konsolidierungseffekt in Höhe von 3,1 Mio. € ein Betrag von 1,5 Mio. € (Enervie) nicht anerkannt.</p>

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	1114	1.500.000	lft. 2011	Die Erreichung der vorgegebenen Maßnahmen werden nach dem derzeitigen Planungsstand durch folgende Einzelmaßnahmen erreicht: - Absenkung des städtischen IT-Anteils in 2010 und 2011 (Gesamteffekt: 660.000,- €); - Maßnahme HABIT.001 (Green-IT bei Endgeräten, d.h. Stromersparnis, Gesamteffekt 85.000,- €) ; - Maßnahme HABIT.002 (Einsparung durch konsequente Nutzung Terminalserver, Gesamteffekt 50.000,- €); - Maßnahme 11.004 (Druckkostenmanagement Gesamtverwaltung, Gesamteffekt 100.000,- €) ; - Anpassung der Leitungsverbindungen, insbesondere der Back-Up-Richtfunkleitungen; - Verlagerung von Verfahren in KDN-Rechenzentren (wo möglich), um einen kostengünstigeren Betrieb durch die Mengenbündelung zu ermöglichen (z. B. Personalwesen, Personenstandswesen etc.); - Einführung des digitalen Rechnungsworkflows.
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	1114	300.000	lft. 2011	Die Personalsituation des HABIT's stellt sich überaus angespannt dar. Der erhebliche Aufgabenzuwachs der letzten Jahre, der den Fachämtern zur Bewältigung ihrer eigenen Konsolidierungsmaßnahmen genehmigt wurde (z.B. Verscannung der KFZ-Archivakten, Neustrukturierung von Workflows etc.), sowie eine Fülle neuer gesetzlicher Aufgaben (neues Personenstandsregister, neuer Personalausweis, EU-DLR, Bilanzerstellungen usw.) haben zu einer deutlichen Mehrbelastung der Beschäftigten geführt. Trotzdem konnte der Bereich der überplanmäßigen Kräfte fast vollständig abgebaut werden. Verstärkt wurden auch die Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit ausgelotet und bei wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit umgesetzt. Beispielhaft hierfür sind die bestehenden Kooperationen im Bereich Finanzwesen (KDN, Siegburg), Veranlagungswesen und Steuern (KDN, Siegburg), Organisationsmanagement (KDN, Köln) und zuletzt ab 2012 Personalwesen (KDN, Münster). Parallel wurde im Rahmen der natürlichen Fluktuation die Anstrengung unternommen, durch Leistungsverdichtung, neue Strukturierung von IT- und Verwaltungsprozessen sowie Ausbau der Kooperationen (extern und intern) das vorgegebene Ziel bis 2014 zu erreichen.
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	5731	547.314	lft. 2011	Bereits mit Beschluss zum ersten Sparpaket (Vorlage 0450/ 2008) hat der Rat die Hebung von Einsparpotentialen im Rahmen der Bündelung der zuvor genannten Organisationseinheiten von mindestens 500.000,-€ beschlossen. Dies wurde im Rat am 08.07.2010 bekräftigt (Vorlage 0517/2010). Genauere Informationen sind dem Schriftverkehr mit der Bezirksregierung Arnsberg (Schreiben vom 07.11.2012) zu entnehmen. Hinweis: Die Maßnahmen OB.005S1 und OB.005S2 müssen zusammen betrachtet werden.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	5731	- 95.122	ift. 2011	<p>Bereits mit Beschluss zum ersten Sparpaket (Vorlage 0450/ 2008) hat der Rat die Hebung von Einsparpotentialen im Rahmen der Bündelung der zuvor genannten Organisationseinheiten von mindestens 500.000,-€ beschlossen. Dies wurde im Rat am 08.07.2010 bekräftigt (Vorlage 0517/2010).</p> <p>Genauere Informationen sind dem Schriftverkehr mit der Bezirksregierung Arnsberg (Schreiben vom 07.11.2012) zu entnehmen.</p> <p>Hinweis: Die Maßnahmen OB.005S1 und OB.005S2 müssen zusammen betrachtet werden.</p>
11_OBA.005	Öffentlichkeitsarbeit	1111	12.000	ift. 2011	Im Rahmen des HSK 2011 wurde beschlossen, dass durch die wirtschaftliche Vermarktung der Hagener Internetseite Erträge mit einem Volumen von 12.000,- € generiert werden. Nach Umsetzung der Maßnahme wurde festgestellt, dass die erwarteten Ertragspotentiale nicht gehoben werden konnten. Das beschlossene Konsolidierungspotential konnte jedoch durch Kürzung von Haushaltsmitteln im Bereich Öffentlichkeitsarbeit realisiert werden.
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	5731	6.000	ift. 2011	Der städtische Zuschuss an die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen wird auf max. 500.000,-€ festgesetzt. Nach erfolgreicher Übertragung der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen zur HVG wird der städtische Zuschuss nun an die HVG geleistet.
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	5731	1.500.000	ift. 2011	Die Sparkasse schüttet ihren Jahresgewinn an die Stadt Hagen aus. Die Gewinnausschüttungen der Sparkasse lagen in den letzten Jahren stabil bei rd. 5 Mio. € netto. Bindende Absichtserklärungen bezüglich zukünftiger Ausschüttungen können jedoch nicht abgegeben werden. Gem. § 20 (6) SparkG hat der Vorstand dem Verwaltungsrat vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres ein Budget vorzulegen und den Verwaltungsrat zumindest in den ordentlichen Sitzungen über die Einhaltung des Budgets zu unterrichten (Soll-Ist-Vergleich). Derzeitige Prognosen deuten darauf hin, dass für 2018 keine Ausschüttung durch die Sparkasse erbracht werden kann. Obwohl für 2019 wieder eine Ausschüttung in voller Höhe vorgesehen ist, kann ab 2020 voraussichtlich nur noch ein Teilbetrag ausgeschüttet werden. Der wegfallende Konsolidierungsbetrag wird durch die Maßnahme 18_01.001 - Anpassung Zuschuss HVG - kompensiert.
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	5520	200.000	2014	Einsparung im Bereich Gewässerunterhaltung.
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	6110	130.000	2014	Bei einer Besteuerung der Wettbüros wird ab 2014 mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 120 Tsd.€ pro Jahr gerechnet. Für die rechtliche Vorbereitung und Einführung dieser Steuer (und der Übernachtungssteuer) ist zunächst ein zeitlich befristeter zusätzlicher Personaleinsatz (für 2013 und 2014) in Höhe von insgesamt 0,5 Stellen erforderlich. Mit der Fortschreibung 2016 wurde der Maßnahmebetrag auf 130.000 € festgesetzt.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	6110	20.000	2015	In mehreren Städten in der Nachbarschaft Hagens (Köln, Dortmund, Oberhausen, Gelsenkirchen, Iserlohn, Menden) gibt es eine Steuer für sexuelle Dienste. Ein Vergleich der örtlichen Gegebenheiten lässt erwarten, dass die Einführung dieser Steuer in Hagen den Betrag von 30.000,- € im Jahr an Einnahmen (Unterart der Vergnügungssteuer) ergeben wird. Mit der Fortschreibung 2016 wurde der Maßnahmebetrag auf 20.000 € festgesetzt.
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	6110	13.713.128	2013	Anhebung der Grundsteuer A von 265 um 110 auf 375 Punkte Anhebung der Grundsteuer B von 530 um 220 auf 750 Punkte ab 2013. Hierin sind die Maßnahmen 12_20.006 und 12_HEB.001 enthalten (bisher 45 Punkte ab 2014). Bei einer Anhebung der Grundsteuer fallen gleichzeitig höhere Kosten der Unterkunft an. Die Auswirkungen werden in den Zeilen 6 und 16 ausgewiesen.
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	1120	10.000	2013	Der Umfang der externen Gutachten und Beratungsaufträge ist zu hoch und muss gesenkt werden. Ab dem 01.01.2013 wird das gesamtstädtische Budget für externe Beratungsleistungen und Gutachten um 150.000,- € p. a. reduziert. Ab 2014 wird der Effekt auf mehrere Maßnahmen verteilt.
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	1120	16.000	2013	Bei Versand von ca. 28.000 Vollstreckungsvorankündigungen werden ab 2013 die Portokosten von 58 Cent als Kostenerstattung angefordert.
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	6110	4.350.513	2013	Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer um 30 Punkte in drei Stufen. 10 Punkte ab 2013, weitere 10 Punkte ab 2014 und weitere 10 Punkte ab 2015. Die Anhebung der Gewerbesteuer führt zwangsläufig zu einer höheren Gewerbesteuerumlage und einer höheren Abgabe an den Fonds Deutsche Einheit. Die Zahlung an den Fonds Deutsche Einheit entfällt ab 2020.
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	6110	1.302.209	2013	Die Vergnügungssteuer für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten in Spielhallen wird von 15 % auf 18 % (ab 01.08.2013) und auf 21 % (ab 01.01.2015) erhöht. Die Vergnügungssteuer für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten in Gaststätten wird von 11 % auf 13 % (ab 1.8.2013) erhöht.
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	1116	88.300	2016	Im Bereich der Geschäftsaufwendungen für die Verwaltung sollen durch sparsame Bewirtschaftung, Erarbeitung von Budgetvorgaben und Umorganisation Einsparungen erzielt werden. Ursprünglich umfasste die Maßnahme 320.000,- €, im weiteren Verlauf 316.000,- € (Verlagerung von 4.000,- € Mehrerträgen durch Verkäufe über ZOLL-Auktion zu 37; s. 13_37.001 und 13_37.002) und 284.000,- € (Verlagerung der Beihilfe - Rückerstattung durch AMNOG - zu 11; s. 15_11.002). Bei weiterer Betrachtung ist aufgefallen, dass ab 2016 ein strukturelles Volumen in Höhe von 137.900,- € erzielt werden kann. Dementsprechend wurde der Konsolidierungsbetrag in der Fortschreibung 2016 angepasst. In der Fortschreibung 2018 wurde der Konsolidierungsbetrag auf 97.900 € angepasst. Fortschreibung HSP 2020: Durch die Verlagerung der Reisekosten zu dem FB 11 und die geänderte Abbildung der Forderungen für die Nutzung der Wissensdatenbank bei 25, beläuft sich der Konsolidierungsbetrag auf 89.300 € in 2020 und 88.300 € ab 2021.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	1116	30.000	2016	<p>Die Unterlagen werden elektronisch an die Mitglieder verschickt. Von dem ursprünglichen Konsolidierungsziel i.H.v. 50.000,- € sind 10.000,- € als realisierbar anzusehen, die durch die Einsparung von Druckkosten und Porto erbracht werden können. Die Anpassung von 50.000,- € auf 10.000,- € ist in der Fortschreibung 2016 erfolgt.</p> <p>Die Konsolidierungsmaßnahme (ab 2016 10.000,- €) wurde gemäß Ratsbeschluss HSP vom 17.03.2016 erhöht (ab 2016 um 20.000,- €) und über die Veränderungsliste eingeplant (neuer Maßnahmenbetrag ab 2016 30.000,- €).</p>
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	1118	20.000	2013	<p>Alternativ zur Kündigung der Sturmversicherung wird in den Vertrag ein schadenverlaufsabhängiger Rabatt von 15 % eingearbeitet. Solange die Schadenquote (Verhältnis Schadenaufwand zu Prämien) der jeweils letzten drei Jahre bei max. 50 % liegt, wird die Prämie für das folgende Jahr um 15 % reduziert. Die für das Jahr 2011 gezahlte Prämie betrug rd. 142.700,- €, der Rabatt beträgt somit rd. 21.400,- €, die Schadenquote für die Jahre 2009 - 2011 liegt knapp über 1 %.</p> <p>Bei Vereinbarung des schadenverlaufsabhängigen Rabatts können ab HHJahr 2013 jährlich rd. 20.000,-€ eingespart werden, sofern auch künftig ein geringer Schadenverlauf gegeben ist.</p>
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister	1220	1.700	2013	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Auskunftsgebühr von 20,- € auf 40,- €, ergibt bei gleicher Anzahl an Anträgen eine Mehreinnahme von 9.000,- €. - Einführung einer Gebühr von 10,- € für die Abmeldebestätigung, aufgrund des betriebenen Verwaltungsaufwands. Mehreinnahmen in Höhe von 14.500,- €. - Für Darlehens- und Investmentvermittler bzw. -makler und die Anlageberater darf weiterhin nach § 34c GewO der wirtschaftliche Vorteil berücksichtigt werden, sodass diese Gebühren entsprechend angeglichen werden sollten. Dies würde zu einer Mehreinnahme von 15.000,- € führen.
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	1220	23.500	2013	<ul style="list-style-type: none"> - Ausnahmegenehmigung im Straßenverkehr (z.B. Halten im Halteverbot) - Eine telefonische Ausnahmegenehmigung erfolgt nur noch gegen Gebühr. Die zu erwartenden Mehreinnahmen von 15.000,-€ wurden anhand der bisher erteilten telefonischen Ausnahmen errechnet. - Schwertransporte – Der entstehende Arbeitsaufwand bei Änderungsanträgen rechtfertigt die Erhebung einer speziellen Gebühr - Mehreinnahmen von 30.000,- €. - Gebühren der Zulassungsbehörde - In der Vergangenheit wurde bei Verlust des Fahrzeugscheines eine sog. Verlufterklärung gegen eine Gebühr von 10,-€ aufgenommen. Durch die Anforderung einer Eidesstattlichen Erklärung besteht die Möglichkeit, Gebühren in Höhe von 30,70€ zu erheben – Mehreinnahmen von 19.000,- €.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2561	850.000	2014	Die GPA hat in ihrem interkommunalen Vergleich der Haushaltsdaten festgestellt, dass die Stadt Hagen in der Gruppe der vergleichbaren 8 Städte mit Abstand die höchsten Aufwendungen für das Theater zu verzeichnen hat. Lediglich die Stadt Krefeld, die ihr Theater in Kooperation mit Mönchengladbach betreibt, erreicht eine ähnliche Größenordnung. Allerdings ist auch in Krefeld der Zuschuss je Einwohner um 18,54€ oder 1,1 Mio. Euro niedriger. Die GPA sieht daher einen "erheblichen und offenkundigen Handlungsbedarf" beim Theater. Die Verwaltung schlägt daher vor, Synergien durch den Betriebsformwechsel in einer Größenordnung von 500.000,- Euro zu nutzen. In dieser Höhe würde das Theater eine Budgetvorgabe bekommen. Dabei wurde berücksichtigt, dass nicht jede eigenständige Erledigung von Aufgaben im Theater selbst zu Ersparnissen im Verhältnis zur Gesamtstadt führt. Weiterhin soll das Theater die Budgetvorgabe bekommen, die bisher für die Jahre 2014, 2015 und 2016 eingeplante Tarifsteigerung mit einem Volumen von rd. 350.000,- Euro gesamt durch eigene Anstrengungen zu kompensieren.
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2520	10.000	2012	Auf Vorschlag des Fachamtes können Sachkosten im Bereich der Museumsveranstaltungen konsolidiert werden.
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	1116	80.000	2014	Bewirtschaftung der Parkplätze im Innenstadtbereich. Das Konzept der Vermietung der Lehrerparkplätze beinhaltet eine Ausdehnung der bereits praktizierten Bewirtschaftung der Schulparkplätze im Innenstadtbereich auf alle weiteren Schulen im Stadtgebiet. Im Ratsbeschluss vom 25.05.2005 wurde festgelegt, dass das Anwohnerparkraumkonzept nicht über den Innenstadtbereich hinaus ausgedehnt wird. Dieser Beschluss hat weiterhin Bestand. Der Beschluss zur Erhöhung der Maßnahme wurde im Mai 2016 getroffen. Die Konsolidierungsmaßnahme (ab 2016 70.000,- €) wurde gemäß Ratsbeschluss HSP vom 17.03.2016 erhöht (2016 um 3.500,- €, ab 2017 um 10.000,- €) und über die Veränderungsliste eingeplant (neuer Maßnahmenbetrag in 2016 73.500,- €, ab 2017 80.000,- €). In der Fortschreibung 2018 wurde das Konsolidierungsvolumen für 2018 auf 65.000,- € reduziert. In der Fortschreibung 2019 wurde das Konsolidierungsvolumen für 2019 auf 70.000,-€ reduziert.
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	4140	20.000	2013	Durch Erhöhung der Gebühren in den unterschiedlichen Bereichen können Einnahmeerhöhungen in der genannten Größenordnung erzielt werden.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	3151	-	2012	<p>Mehrerträge durch verstärkte Heranziehung von Unterhaltspflichtigen (Nettosumme ohne Personalkosten):</p> <p>Die Stadtverwaltung hat bis 2016 deutlich bessere Beitreibungsleistungen erbracht. Bis zum Jahr 2010 gelang es der Verwaltung, die Einnahmen deutlich zu erhöhen. Im Jahr darauf kam es allerdings zu einer Erosion der Einnahmen, die erst 2014 gebremst werden konnte. In 2017 können nicht mehr Unterhaltsvorschussleistungen aufgrund der Personalsituation eingenommen werden und in 2018 sowie 2019 können ebenso aus diesem Grunde nur reduzierte Unterhaltsvorschussleistungen erbracht werden.</p> <p>Da zum 01.07.2019 die Heranziehungsaufgaben auf das Land übergehen sollen, kann nach hiesigem Verständnis die Maßnahme nur noch bis zum 30.06.2019 als von der Stadt Hagen steuerbare Konsolidierungsmaßnahme angesehen werden.</p>
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	3650	900.000	2012	<p>Für die Kita-Jahre 2011/2012 und 2012/2013 erfolgt der Ausgleich über Einmalzahlungen. Berechnungsgrundlage ist der Anteil der beantragten U3-Kindpauschalen für das jeweilige Kita-Jahr an der Gesamtzahl der in NRW beantragten U3-Kindpauschalen.</p> <p>Ab dem Kita-Jahr 2013/2014 erfolgt der Ausgleich durch eine Anhebung des Landesanteils an den U3-Kindpauschalen um 19,96 %. Ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 wird der Landesanteil an den U3-Pauschalen auf 22,46% erhöht.</p>
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	1110	12.500	2014	<p>1. Reduzierung des Ansatzes für Verdienstausschuss Der Ansatz in Höhe von 130.000,- € jährlich wird an die zwischenzeitlich absehbare Kostenentwicklung angepasst und auf 120.000,- € gesenkt. Hierdurch ergibt sich eine Einsparung in Höhe von 10.000,- €. Das Budget ist entsprechend zu reduzieren.</p> <p>2. Reduzierung des Ansatzes sonst. Leistungen für Mandatsträger Der Ansatz in Höhe von 4.000,- € jährlich wird an die Kostenentwicklung der letzten Jahre angepasst und auf 1.500,- € gesenkt. Hierdurch ergibt sich eine Einsparung in Höhe von 2.500,-€. Das Budget ist entsprechend zu reduzieren.</p>
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	1111	10.372	2013	Konzentration auf Weihnachtsmarktprogramm und gelegentliche Veranstaltungen.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	5731	600.000	2012	<p>Synergien</p> <p>Durch Hebung von internen Vorteilen innerhalb der HVG konnte ein zusätzlicher Effekt von 500.000,-€ durch die Geschäftsführung realisiert werden. Diese Zuschussreduzierung wurde im HSP 2012/2013 (Juni 2012) beschlossen.</p> <p>Schlechtwetterkonzept</p> <p>Aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre wird von 50 Tagen ausgegangen, an denen das Konzept greift, d.h. das wetterbedingt die Freibäder Hestert und Hengstey während der Sommersaison geschlossen bleiben. An diesen Tagen werden in den Freibädern ca. 64 Dienststunden (8 MA * 8 Std.) eingespart. In Summe werden somit rd. 3.200 Stunden eingespart. Die Kalkulation basiert auf einem Stundensatz zu Vollkosten von 25,-€. Demgemäß erwartet Hagenbad eine Einsparung von rd. 80 T € je Jahr an Personalaufwand.</p> <p>Im Freibad Hestert wurde eine neue Heizungsanlage installiert, die zu einer erwarteten Einsparung von rd. 15 T € je Jahr führt. Weitere Kosteneinsparungen werden im Material- und Wasserverbrauch von rd. 5 T € angenommen. Zusammengefasst ergibt sich so ein Einspareffekt von rd. 100 T € je Jahr durch die konsequente Umsetzung des Schlechtwetterkonzeptes bei Hagenbad in den Freibädern.</p> <p>Der Gesamteffekt der Maßnahme beträgt 600.000 €.</p>
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	1111	32.000	2013	Fazit: Das Einsparungspotential wurde zunächst auf mindestens 20.000,-€ beziffert. Nach erfolgreicher Einführung des Amtsblattes betrug die Einsparung sogar 32.000,-€. Daher wurde das beschlossene Konsolidierungspotential auf 32.000,-€ erhöht.
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	1114	100.000	2015	Die GPA empfiehlt eine kritische Überprüfung der eingesetzten Programme und deren Lizenzanzahl im Hinblick auf deren Wirtschaftlichkeit. Vorteilhaft wäre auch zur Vermeidung von Schnittstellenproblematiken und -kosten der Einsatz eines einheitlichen Finanzbuchhaltungsprogramms in der gesamten Verwaltung und deren Töchtern vorzunehmen.
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	5410	300.000	2015	Die GPA hat festgestellt, dass im Bereich der Verkehrsflächen und -anlagen von der Stadt Hagen ein deutlich über dem Mittelwert liegender Betrag aufgewendet wird und empfiehlt dringend eine detaillierte Untersuchung der Ursachen. Dies sollte in der weiteren Umsetzung des HSP gemeinsam mit der GPA geprüft werden. In einem ersten Schritt wurde mit dem WBH eine Reduzierung des Zuschusses in diesem Bereich um 300.000,-€ vereinbart.
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll- Auktion	1260	5.000	2014	Durch den Verkauf von Feuerwehreinsatzfahrzeugen über das Portal Zollauktion.de soll ein Konsolidierungsbeitrag von 5.000,-€ (in der Fortschreibung 2016 von 2.000,-€ auf 5.000,-€ geändert) geschaffen werden. In Verbindung mit der Maßnahme 13_37.002 (Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion) soll ein Gesamtbetrag von 10.000,-€ (in der Fortschreibung 2016 von 4.000,-€ auf 10.000,-€ geändert) erzielt werden.

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	1270	5.000	2014	Durch den Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über das Portal Zollauktion.de soll ein Konsolidierungsbeitrag von 5.000,- € (in der Fortschreibung 2016 von 2.000,- € auf 5.000,- € geändert) geschaffen werden. In Verbindung mit der Maßnahme 13_37.001 (Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion) soll ein Gesamtbetrag von 10.000,-€ (in der Fortschreibung 2016 von 4.000,- € auf 10.000,- € geändert) erzielt werden.
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	1123	30.000	2014	Zusätzliche Erträge in Höhe von insgesamt 1.000.000,- € durch Grundstücksverkäufe in den Jahren 2014 bis 2017. Mit der Fortschreibung HSP 2018 entfällt diese Maßnahme eigentlich. Sie wird aber mit 30.000€ als Kompensation für den Wegbruch der Maßnahme 12_GWH.005 ab 2018 angeboten: Erträge aus Grundstücksverkäufen.
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	1114	4.000	2016	Ratsvorschlag Der Abbau von durch Dienstvereinbarungen verhandelten Vorteilen für Mitarbeiter/innen ist bereits abgeschmolzen, so dass weitere Einsparpotentiale nicht vorhanden sind. Im Rahmen der Fortschreibung 2018 wurde die Konsolidierungssumme von 5.000 € auf 4.000 € gesenkt.
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	6110	144.000	2016	Für das Stadtgebiet der Stadt Hagen soll eine Hundebestandsaufnahme durchgeführt werden, um den tatsächlichen Bestand an gehaltenen Hunden beziffern zu können. Eine derartige Bestandsaufnahme ist bereits im Zeitraum 2002 bis 2004 erfolgt und hat im Ergebnis zu knapp 1.700 zusätzlichen Anmeldungen geführt. Seit dem Jahr 2004 hat sich die Anzahl der Hunde von ca. 8.200 auf ca. 8.800 erhöht, was einer Steigerung von über 7,3 % entspricht.
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	6110	378.600	2015	Aktives Schuldenmanagement
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	1120	15.000	2015	Die Grundbesitzabgaben sollen ab dem 3. Quartal 2014 objektbezogen gemahnt werden. Hierdurch ergibt sich eine höhere Fallzahl an Mahnungen mit entsprechendem Zuwachs an Mahngebühren.
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	1116	120.000	2014	Die Kantine/Cafeteria wurde zum 10.08.2015 geschlossen. Dadurch ergeben sich Sachkosteneinsparungen i.H.v. 120.000,- €.
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	1220	700.000	2014	Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bzw. zur Sicherung des Lärmschutzes sowie schutzwürdiger Zonen sollen neue Blitzanlagen beschafft werden. Es wird außerdem vorgesehen, die mobile Überwachung zu intensivieren und auszubauen. (Die Maßnahme 16_32.002 geht mit 900.000,- € in den Jahren 2016 und 2017 in diese Maßnahme über.)

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	div. 1.21	323.000	2014	Grundlage für den korrigierten Planansatz war die sinkende Tendenz der Schülerzahlen (Betrachtungszeitraum 2003-2013). Aufgrund von Mehraufwendungen für die Zuwanderung im vergangenen Jahr, (Deutsch als Zweitsprache/DAZ-Mittel) wurde das Konsolidierungsziel von bisher 373.000 € auf 323.000 € in der Fortschreibung 2018 herabgesetzt.
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2572	1.000	2014	Die seit dem 01.12.2006 gültige Gebührenordnung sieht vor, dass für die Inanspruchnahme der Stadtbücherei eine jährliche Benutzungsgebühr von 12,- €, ermäßigt 6,- €, erhoben wird. Die neue jährliche Benutzungsgebühr soll 15,- € betragen, ermäßigt 7,- €. Die Kosten des Familienausweises sollen zukünftig 20,- € statt 15,- € betragen.
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2571	38.400	2014	Die Entgelte im Bereich der Volkshochschule Hagen werden erhöht.
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	3131	75.000	2016	Ausgangssituation: Mit den fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden wurden Verträge abgeschlossen, auf deren Grundlage diese auf freiwilliger Basis eine jährliche Pauschalzuweisung in Höhe von je 15.000,-€ erhalten. Beschreibung der Maßnahme: Die Pauschale in Höhe von 15.000,-€ steht den Wohlfahrtsverbänden für nicht über gesonderte Leistungsvereinbarungen finanzierte Maßnahmen zur Verfügung. Die Pauschalzuweisung entfällt.
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	5410	300.000	2014	Die Parkgebühren wurden zum 01.01.2014 um 50% von 1,00 € auf 1,50 € pro Stunde erhöht werden. Bei durchschnittlichen Einnahmen in Höhe von rd.1,3 Mio. € wurde jährlich ist mit Mehreinnahmen in Höhe von 600.000 € gerechnet. Diese Mehrkosten wurden regelmäßig nicht erreicht. Mit Schreiben vom 22.12.2016 der BRA zur Genehmigung der Fortschreibung 2017 des Haushaltssanierungsplans der Stadt Hagen wurde darauf hingewiesen, dass bei einer erneuten Zielverfehlung im Jahr 2017 ist eine Anpassung an die aktuellen Verhältnisse erforderlich ist. Diese Zielverfehlung wird in 2017 erwartet. Eine Anpassung ab 2018 ist vorzunehmen.
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	5520	20.000	2015	Für die Untere Landschaftsbehörde werden Sachkosten gesenkt. Dadurch werden Pflegemaßnahmen in der Natur entfallen und Tiertransporte (Wildtiere zu Auffangstationen) nicht mehr durch Auftragsvergabe möglich sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unteren Landschaftsbehörde werden die Tiertransporte selbst durchführen, was einen Eingriff in die Arbeitsgestaltung und einen Verlust von Schreibtischarbeitszeit (pro Einsatz etwa 2-3 Std.) zur Folge hat.
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	1110	11.000	2014	Die Bezirksvertretungen wählen nur noch einen stellvertretenden Bezirksbürgermeister. Die zweite Stellvertretung für den Bezirksbürgermeister entfällt. Damit können die erforderlichen Mittel für Aufwandsentschädigungen um rd. 11.000, € reduziert werden.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	5731	100.000	2014	<p>Im Rahmen des HSP 2014/2015 wurde vom Rat der Stadt Hagen beschlossen, die Nettogewinnausschüttung des HEB an die Stadt Hagen um 100.000,- € auf 600.000,- € anzupassen. Hierbei handelte es sich um eine Angleichung des Planansatzes an die durchschnittlichen Netto-Ist-Ausschüttungen des HEB in den Jahren 2005-2012.</p> <p>Nach erfolgreicher Übertragung des HEB zur HVG wird der Jahresüberschuss nun an den neuen Anteilseigner HVG ausgeschüttet. Hierdurch kann der städtische Zuschuss an die HVG um 600.000,- € gesenkt werden.</p>
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	5731	2.000.000	2014	Die bisherigen Jahresergebnisse des WBH lassen eine Ergebnisabführung in Höhe von 2,0 Mio.€ zu. Zwar führt eine solche Abführung zur Schwächung des Eigenkapitals beim WBH, jedoch ist dies angesichts der prekären Haushaltslage der Stadt Hagen aus Sicht der Verwaltung vertretbar.
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	5380	10.377	2014	Die öffentliche WC-Anlage Vollbrinkstr. im Stadtbezirk Haspe wird geschlossen.
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	1114	-	2020	<p>Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse, die die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) im Rahmen ihrer Beratung zum Stärkungspakt Organisation und Aufbau im Bereich IT für den engeren Konzern der Stadt Hagen geliefert hat, werden folgende Maßnahmen zur Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT durchgeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Zusammenlegung der beiden Rechenzentren HABIT und IT des Wirtschaftsbetriebes Hagen (WBH) b) konsequentere und optimale Nutzung des Portals "Rathaus 21" sowie der E-Government-Funktionen c) Optimierung des Einsatzes von Personal in den Fachbereichen, welches dort zur Unterstützung des IT-Einsatzes tätig ist. <p>Ein Teil der Maßnahme mit einem Volumen von 300.00,- € wurde ab dem Haushaltsjahr 2015 dem Fachbereich 11 zugeordnet und unter der Konsolidierungsmaßnahmen-Nr. 15_11.001 geführt. Die Maßnahme 15_11.001 wurde im Rahmen der Fortschreibung des HSP 2016 auf 0,- Euro gesetzt, so dass die Gesamtsumme der Maßnahme 14_HABIT.001 wieder auf 800.000,- € angepasst wurde.</p>
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	1114	20.000	2016	Medikamentenrückerstattung (AMNOG)
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	1120	800.000	2016	Die Finanzierung der GVGs erfolgt in Zukunft aus der allgemeinen Investitionspauschale. Dies hat den Effekt, dass in der Ergebnisrechnung den Aufwendungen für Abschreibungen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten entgegenstehen.
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primärbereich	2111	11.460	2016	Die Elternbeitragstabellen wurden angepasst. Somit wurde die Satzung für Elternbeiträge für Offene Ganztagschulen im Primärbereich geändert.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	3650	825.122	2016	Durch die Vergabe der Trägerschaft neuer Kindertageseinrichtungen an freie Träger der Jugendhilfe werden - im Vergleich zu einem Betrieb der Einrichtungen in städtischer Trägerschaft - in den nächsten Jahren im dargestellten Umfang Mehraufwendungen vermieden.
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	3650	20.717	2016	Durch die zum 01.10.2015 beschlossene neue Beitragstabelle werden Beitragssteigerungen im Tagespflegebereich in der dargestellten Höhe erwartet.
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	3650	393.631	2016	Durch die zum 01.10.2015 beschlossene neue Beitragstabelle werden Beitragssteigerungen im Bereich Kindertageseinrichtungen in der dargestellten Höhe erwartet.
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	1123	200.000	2016	Durch die Einstellung von 2 Bauleitplanern bei 61 und der Umplanung von öffentlichen Flächen sollen zusätzliche Erträge bei Grundstücksverkäufen erzielt werden. Die Maßnahme behandelt Grundstücke, die entweder bebaut sind oder deren Nutzung zur Zeit eine Veräußerung nicht oder nicht "gewinnbringend" zulässt.
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	5731	18.000	2015	Ab dem Wirtschaftsplan 2015 der agentur mark wird der Betriebskostenzuschuss der Stadt Hagen auf 260.000,-€ herabgesetzt. Nach erfolgreicher Übertragung der agentur mark zur HVG wird der Zuschuss nun an die HVG geleistet.
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	4210	9.200	2015	Der Nutzungsvertrag mit dem Verein ATS Hohenlimburg - Nahmer über die Anmietung der vereinseigenen Turnhalle für den Schulsport wurde zum 31.03.2014 gekündigt. Dadurch ergibt sich ab 2015 ein Konsolidierungsbetrag von 9.200,-€ jährlich.
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	6110	19.000	2015	Gemäß der Neufassung des Erlasses zur Sportpauschale vom 18.11.2013 ist eine Refinanzierung von Mieten für Sportstätten durch die Sportpauschale möglich. Dadurch könnte ein Teil der Aufwendungen an die GWH refinanziert werden. Die Maßnahme dient unter anderem als Kompensation für die Maßnahmen 14_SZS.001 (Einführung einer Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene) und 14_SZS.002 (Einführung Beteiligung der Schwimmvereine).
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	1114	7.250	2016	Über die Gesamtmaßnahme "Einsparung Repräsentationsaufwand" sollen 23.620,-€ ab 2016 eingespart werden. Hierbei entfallen 11.000,-€ auf den FB OB - siehe 16_FBOB.007 -, 5.370,-€ auf den GPR - siehe 16_GPR.001 - und 7.250,-€ auf den FB 11. Die Einsparungen des FB 11 sollen im Bereich Ehrungen für Jubilare und Pensionäre erfolgen.
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & HomeOffice (Einsparung von Räumen)	1114	-		Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, durch das Desksharing & Home Office verwaltungsweit eingeführt werden. Ziel dabei ist, die Anmietung von neuen Räumlichkeiten künftig zu vermeiden bzw. den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_20.001	Energie-Darlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen	1120	-	2016	Die Stadt Hagen hat der ENERVIE gegenüber eine Patronatserklärung über 29,82 Mio. € abgegeben (Ratsbeschluss vom 18.06.2015). Das Patronat war im Oktober 2015 fällig. Ausgezahlt wurde das Gesellschafterdarlehen allerdings durch die HVG (Ratsbeschluss vom 18.06.2015 i. V. m. dem Ratsbeschluss vom 20.08.2015), da die HVG die Anteile an der ENERVIE hält. Die Rückzahlung des Darlehens durch die ENERVIE ist nach aktuellem Stand zum 30.12.2019 vorgesehen. Zur Absicherung des Darlehens hat die Stadt eine Bürgschaft gegenüber der HVG abgegeben und erhält hierfür jährlich eine Bürgschaftsprovision in Höhe von rd. 351.900,-€. Siehe auch Maßnahme 16_FBOB.013 Energie-Darlehen (Abschöpfung Zinsvorteil).
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	1118	2.500	2017	Reduzierung der Schiedsgerichtsbezirke von neun auf sechs - siehe Vorlage 0353/2016 -.
16_37.001	Brandsicherheitswachen Theater (Teil aus 14_VB4.001)	1260	120.000	2016	Die Dienstleistungen (hier: Brandsicherheitswachen), die gegenüber dem Theater erbracht werden, werden erst seit Gründung der gGmbH satzungskonform abgerechnet. Bei der Ermittlung der Zuschusshöhe an die Theater gGmbH zur Gründung wurde diese Position nicht berücksichtigt und ist demnach bei den Zuschusszahlungen nicht enthalten. Da der Betrag durch das Theater erbracht wird, jedoch bei der Zuschusszahlung unberücksichtigt bleibt, wird dieser als Beitrag zur Erreichung des Konsolidierungsziels des Theaters anerkannt. Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016). Die Maßnahme 16_37.001 umfasst ein Konsolidierungsvolumen von 120.000 €.
16_55.002	Änderung der Elternbeitragsatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	26.550	2016	Eine jährliche Anhebung der Elternbeiträge um jeweils 2 % im Wege einer entsprechenden Änderung der Elternbeitragsatzung würde im Bereich Tagespflege zu einer Ertragssteigerung bis 2021 i.H.v. 26.550,-€ führen.
16_55.003	Änderung der Elternbeitragsatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	3650	130.000	2016	Eine jährliche Anhebung der Elternbeiträge um jeweils 2 % im Wege einer entsprechenden Änderung der Elternbeitragsatzung um 2% würde im Bereich Tageseinrichtung für Kinder zu einer Ertragssteigerung bis 2021 i.H.v. 130.000,- € führen.
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	3112	500.000	2016	Durch geeignete Maßnahmen soll der Missbrauch von SGB II-Leistungen an EU-Migranten verhindert und dadurch Mehraufwendungen vermieden werden.
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	3112	260.000	2016	Durch Prüfung von Betriebs-, Nebenkosten und Mietobergrenzen soll es zu Einsparungen im Bereich der KdU kommen. Diese Prüfungen können nur durch das Jobcenter durchgeführt werden. Eine Einflussnahme auf die Maßnahme ist durch die Einrichtung eines Jobcenter-Controllings gegeben.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung	3112	300.000	2016	Durch die zum 01.01.2016 mit der Wohngeldnovelle 2016 in Kraft getretene Wohngelderhöhung wird es voraussichtlich zu einer Einsparung im Bereich der KdU kommen. Haushalte mit geringem SGB II-Anspruch könnten aufgrund der Wohngelderhöhung aus dem Bezug fallen. Die Prüfung der in Frage kommenden Fälle und die Weiterleitung zur Wohngeld-Stelle obliegt dem Jobcenter. Eine Einflussnahme auf die Maßnahme ist nur durch Einrichtung eines Jobcenter-Controllings möglich, das derzeit installiert wird. Aufgrund steigender KdU-Leistungen wird eine Aufwandsminderung im Haushalt nicht erkennbar sein.
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	3630	120.000	2016	Durch den Einsatz eigener Fachkräfte für die Unterstützung von Familien, Jugendlichen und Kindern im Bereich der ambulanten Erzieherischen Hilfen gem. der §§ 27, 30, 35 SGB VIII werden die Aufwendungen im Bereich der PSP Elemente deutlich reduziert. Pro Sachgruppe ist ein Mitarbeiter zusätzlich erforderlich, der die ambulanten Hilfen bearbeitet. Es ist davon auszugehen, dass trotz der Mehraufwendungen im Bereich der Personalkosten mit einer Aufwandsminderung von jährlich 120.000,- € gerechnet werden kann. Zusätzlich entfällt die Schnittstelle zwischen ASD und Träger (Zeitaufwand).
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	3112	200.000	2017	Der Rat der Stadt Hagen als Träger des Jobcenters Hagen beschließt, zwei der derzeit als Bedarfsprüfer tätigen Mitarbeiter mit Kontrollaufgaben zu betrauen.
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	5510	10.000	2016	Sofern die Brunnen nicht abgebaut werden, besteht für die Stadt weiterhin die Verpflichtung, sie verkehrssicher zu unterhalten. Für die gesamte Brunnenunterhaltung (Wasser, Strom, Verkehrssicherung) entstehen regelmäßig Aufwendungen in Höhe von ca. 100.000,- €. Zum Brunnenbetrieb zählen alle Brunnen, Fontänen und Spielplatzpumpen. Im Fall des Sponsorings müssen alle Kosten – Unterhaltungs- und Betriebskosten – von einem Sponsor übernommen werden. Nach Ratsbeschluss vom 17.03.2016 wird eine Einsparung in 2016 in Höhe von 5.000,- €, ab 2017 in Höhe von 10.000,- € beschlossen.
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	1110	4.275	2016	Allgemein Die Stadt Hagen gewährt den Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern gemäß § 56 Absatz 3 GO Zuwendungen zu den sächlichen Aufwendungen. Die Auszahlung erfolgt in Form einer Pauschale, die sich aus einem Sockelbetrag sowie einem variablen Anteil pro Ratsmitglied zusammensetzt. Besteht darüber hinaus auch in Bezirksvertretungen Fraktionsstatus, so erhöht sich der Zuschuss um einen festgelegten Anteil pro BV-Mitglied. Vorgehensweise Zurzeit belaufen sich die Ausgaben für die pauschalen Sachkostenzuweisungen auf 42.750,- €. Mit Ratsbeschluss vom 17.03.2016 werden die Sachkostenzuweisungen ab 2016 um 10% gekürzt. Der Konsolidierungseffekt ab 2016 ff beträgt damit 4.275,- €.

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen	1111	11.500	2016	<p>Kürzungen im Bereich der Repräsentationen des Oberbürgermeisters:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verzicht auf Geldgeschenke bei Ehe- und Altersjubiläen Konsolidierungspotential: 4.800,- € ab 2016 2. Senkung der Kosten bei repräsentativen Veranstaltungen des Oberbürgermeisters Konsolidierungspotential: 4.000,- € ab 2016 3. Verzicht auf die Bestellung von Kränzen am Volkstrauertag für die städtischen Ehrengräber Konsolidierungspotential: 1.700,- € ab 2016 4. Streichung von städtischen Zuschüssen bei Vereinsjubiläen und Verzicht auf Geschenke bei Ehrungen und Empfängen Konsolidierungspotential: 1.000,- € ab 2016 <p>Im Rahmen der Fortschreibung 2018 wurde die Konsolidierungssumme von 11.000 € auf 11.500 € erhöht.</p>
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	1110	36.409	2020	<p>Die Zahl der Ratsmitglieder wird um 6 auf 52 Mitglieder plus OB gesenkt. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist erst zur nächsten Legislaturperiode möglich. Hierzu muss eine Satzungsänderung durch den Rat der Stadt Hagen nach jetzigem Stand bis voraussichtlich zum 31.08.2018 (45 Monate nach Beginn der Wahlperiode) vorgenommen werden.</p> <p>Konsequenzen und Auswirkungen: In 2020 sind allerdings nur geringe Effekte realisierbar. Der Gesamteffekt in Höhe von 36.409,- € wird erst im Jahr 2021 erzielt. Durch die Reduzierung der Ratsmitglieder verringert sich die Anzahl der Wahlbezirke um drei. Diese müssten dann neu eingeteilt werden.</p>
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	1110	25.319	2020	<p>Die Zahl der BV- Mitglieder wird pro Bezirksvertretung um zwei reduziert. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist erst zur nächsten Legislaturperiode möglich. Hierzu muss eine Satzungsänderung durch den Rat der Stadt Hagen nach jetzigem Stand bis voraussichtlich zum 31.08.2018 (45 Monate nach Beginn der Wahlperiode) vorgenommen werden.</p>
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	1110	231.700	2020	<p>Der Rat hat mit Beschluss vom 17.03.2016 der Reduzierung des Rates zur nächsten Legislaturperiode um sechs Ratsmitglieder auf dann 52 Ratsmitglieder plus OB zugestimmt. Hierdurch sinken auf Basis des Ratsbeschlusses vom 17.12.2009 (DS 1059/2009) als Sekundäreffekt auch die Zuwendungen an Fraktionen und Gruppen.</p> <p>Auf Grundlage des Wahlergebnisses 2014 ist ein verkleinerter Rat mit 52 Ratsmitgliedern sowie einer Sperrklausel von 2,5% simuliert worden. Mögliche Direktmandate sind nicht berücksichtigt worden. Daraus ergibt sich ein voraussichtlicher Konsolidierungsbetrag von 231.700,- €. In 2020 sind allerdings aufgrund des Wahltermins nur geringe Effekte realisierbar. Der Gesamteffekt in Höhe von 231.700,- € wird erst im Jahr 2021 erzielt.</p>

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_FBOB.013	Enervie-Darlehen - hier: Weitere Kürzung HVG-Zuschuss	5731	-	2016	<p>Die Stadt Hagen hat der ENERVIE gegenüber eine Patronatserklärung über 29,82 Mio. € abgegeben (Ratsbeschluss vom 18.06.2015). Das Patronat war im Oktober 2015 fällig. Ausgezahlt wurde das Gesellschafterdarlehen allerdings durch die HVG (Ratsbeschluss vom 18.06.2015 i. V. m. dem Ratsbeschluss vom 20.08.2015), da die HVG die Anteile an der ENERVIE hält. Die Rückzahlung des Darlehens durch die ENERVIE ist nach aktuellem Stand zum 30.12.2019 vorgesehen.</p> <p>Für die Bereitstellung des Darlehens erhält die HVG eine jährliche Zinszahlung von der ENERVIE. Darin enthalten ist auch eine Avalprovision. Da die HVG aufgrund der städtischen Bürgschaft zu einem geringeren Zins das Darlehen aufnehmen kann, ist aus beihilferechtlicher Sicht der Zinsvorteil abzuschöpfen. Insofern wird der städt. Zuschuss an die HVG pauschal um 150.000,- € gekürzt.</p> <p>Siehe auch Maßnahme 16_20.001 Enervie-Darlehen (Bürgschaftsprovision).</p>
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	1130	7.000	2017	<p>Dem externen Tontechniker, der die Ratssitzungen begleitet, wird mit dem Jahr 2017 gekündigt. Der Vertrag mit der Firma Marten wird nicht mehr verlängert. Die Aufgabe wird durch entsprechend geschulte und ohnehin anwesende Mitarbeiter des HABIT übernommen.</p> <p>Konsolidierungspotential: Hierdurch kann ein voraussichtliches Einsparpotential von 7.000,-€ gehoben werden.</p>
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	5731	-	2020	Die HEB GmbH wird aufgefordert, im Jahr 2020 200.000,- € zusätzlich aus dem Eigenkapital auszuschütten. Da die HVG GmbH mittlerweile Anteilseignerin der HEB GmbH ist, wird der Zuschuss an die HVG GmbH entsprechend gekürzt.
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	5731	500.000	2017	Der Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) wird aufgefordert, seine Ausschüttung an die Stadt Hagen p. a. zu erhöhen.
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	1110	15.000	2016	Der Rat der Stadt Hagen beschließt, die bezirksbezogenen Zuwendungen an die Bezirksvertretungen (frei verfügbare Mittel) um 10% zu kürzen.
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	1112	5.370	2016	Nach den Vorschriften des Landespersonalvertretungsgesetzes hat die Dienststelle die Pflicht zur Kostentragung für Schulungsmaßnahmen und Geschäftsbedarf. Angesichts der Haushaltslage werden hier seitens der Personalvertretung weitere Einschränkungen vorgenommen.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	1130	8.426.325	2016	<p>Im Rahmen der Restrukturierung der GWH zum 01.01.2016 und der Abkehr vom Mieter-Vermieter-Modell musste das Budget der GWH an den Haushalt angepasst werden. Dabei wurden sämtliche Maßnahmen, die die GWH oder das GWH Budget betreffen, in die Betrachtung einbezogen. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit werden diese Maßnahmen zu einer Maßnahme zusammengeführt.</p> <p>Das Budget der GWH setzt sich zusammen aus den Mitteln für die zentrale Bewirtschaftung der Immobilien der Stadt Hagen, aus dem dezentralen Budget des FB GWH und den Personalkosten für die Mitarbeiter der GWH. Aufgrund der Einbeziehung der Maßnahmen in das Budget der GWH ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen erbracht sind, wenn das Budget eingehalten wird. Sollte es zu Überschreitungen des Budgets kommen, muss durch die GWH klar begründet werden, durch welche Sachverhalte diese Überschreitungen zustande gekommen sind. Sind Sachverhalte auf die Nichterbringung obengenannter Maßnahmen zurückzuführen, muss von zentraler Stelle entschieden werden, von wo die entsprechende Kompensation zu erfolgen hat. Da es sich bei den Einsparungen der GWH im Mieter-Vermieter-Modell um Sachkosteneinsparungen handelt und eine Aufschlüsselung in Personal- und Sachkosten nicht zielführend ist, werden auch die Einsparungen dieser Maßnahme als Sachkosten dargestellt.</p>
16_HABIT.001	Zusammenlegung von HABIT und Technischen Diensten 25	1114	390.000	2020	<p>Der unechte Eigenbetrieb HABIT wird zum 31.12.2019 aufgelöst und zum 01.01.2020 als "Fachbereich 15 - Fachbereich für Informationstechnologie" in die Verwaltung überführt. Durch die Rückführung des HABIT und die organisatorische Verschmelzung mit den technischen Dienstleistungen des FB 25 sollen insbesondere die folgenden Effekte erreicht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hebung von Synergieeffekten in den Führungs- und Servicestrukturen sowie durch die perspektivische Zusammenführung des Telefonservices und ggfs. bei den Vergabestellen - Beseitigung von Doppelstrukturen/Schnittstellen im Rahmen der Auftraggeber-/Auftragnehmerfunktion zwischen HABIT und 11 <p>Mit der Fortschreibung 2020 wurde die Bezeichnung geändert von "Zusammenlegung der Vergabestellen bei HABIT und 25" in "Zusammenlegung von HABIT und Technischen Diensten 25".</p> <p>Die Umsetzung der Maßnahme ist für 2020 geplant.</p>
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	PK	120.937	2016	<p>Diese Leistung macht auf Seiten der GWH nur ein geringes Volumen aus, verursacht aber auf der anderen Seite hohe Fixkosten. Dadurch kann die Leistung durch eigenes Personal nur verhältnismäßig unwirtschaftlich erbracht werden. Der Vorschlag ist daher, dass diese Aufgabe stufenweise auf die Lieferanten des Essens übertragen wird, um das städtische Personal an dieser Stelle einsparen zu können.</p>
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	PK	83.400	2016	<p>Aktuell halten sowohl 25 als auch 32 im Haupteingang Rathaus I einen Bürgerinformationsschalter bereit. Diese sollen zusammengefasst werden. Ziel ist die Einsparung von 2 Stellen (50001306 und 50001377) und die dazugehörigen Sachkosten für 2 Arbeitsplätze. Die Stellenfortfälle werden zum 01.01.2018 realisiert.</p>
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	PK	90.400	2016	<p>Einsparung der Stelle 50000599 zum 01.09.2016 verbunden mit dem Wechsel der Stelleninhaberin auf die Stelle 50000598 sowie Einsparung der Stelle 50001279 zum 01.01.2016.</p>

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	PK	-	2019	1. Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Verwaltungsakte (mit Ausnahme Planungsverwaltung) so zu organisieren, dass der Großteil der Verwaltungstätigkeiten im Zentralen Bürgeramt (Frontoffice) abgewickelt werden kann. 2. Als Folge der Reorganisation sollten innerhalb der Verwaltung mindestens zweieinhalb Stellen eingespart werden können.
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	PK	-	2019	1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Jahr 2019 zwei Kundenterminals im Zentralen Bürgeramt aufzustellen, an denen Bürger ihre Anliegen selbstständig erledigen können. 2. In der Zwischenzeit sind die softwaretechnischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	PK	75.000	2019	1. Die Verwaltung wird beauftragt, die seit Jahren ausstehende Entscheidung für eine Betriebsführungssoftware des Fachbereichs 65 nun gemäß den beim HABIT implementierten ITIL-Regularien abzuschließen und die Beschaffung einzuleiten. 2. Nach erfolgreicher Einführung des Systems wird je 1 Stelle beim Fachbereich 65 in den Bereichen 65/12 und 65/13 eingespart.
16_PK.010	Abbau von drei Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	PK	16.890	2017	1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Mehrfachbeschäftigungen von Mitgliedern des Orchesters bei der Musikschule zu kündigen, soweit diese über das Maß einer Vollzeitbeschäftigung hinausgehen. 2. Sind zu dieser eng begrenzten personalwirtschaftlichen Korrektur Änderungs- oder Beendigungskündigungen notwendig, sind diese ausnahmsweise auszusprechen. Die Maßnahme wurde vom Rat in seiner Sitzung am 17.03.2016 beschlossen.
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	PK	95.000	2017	Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, im Bereich Personenstandswesen (Standesamt) 2 Stellen abzubauen.
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	PK	39.000	2017	Die Verwaltung wird beauftragt, das Pfortenpersonal im Technischen Rathaus um eine Stelle zu reduzieren.
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	4210	140.000	2017	Diese Konsolidierungsbeiträge waren bereits für den Doppelhaushalt 2014/2015 unter der Nr. 14_SZS.001 und 14_SZS.002 eingeplant. Die Einführung der Umlagen sollte zum 01.01.2015 erfolgen. Mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014, Drucksachen-Nr. 1013/2014, wurden die Maßnahmen abgelehnt. SZS hält es für sinnvoll, mit dem bereits vorhandenen Kompromissvorschlag in Höhe von 140.000,-€ in die Diskussion zu gehen.
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	4210	40.000	2017	Diese Konsolidierungsbeiträge waren bereits für den Doppelhaushalt 2014/2015 unter der Nr. 14_SZS.001 und 14_SZS.002 eingeplant. Die Einführung der Umlagen sollte zum 01.01.2015 erfolgen. Mit Ratsbeschluss vom 11.12.2014, Drucksachen-Nr. 1013/2014, wurde die Maßnahmen abgelehnt. SZS hält es für sinnvoll, mit dem bereits vorhandenen Kompromissvorschlag in Höhe von 40.000,-€ in die Diskussion zu gehen.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	4210	116.727	2017	Die Bildung eines BgA ist nur dann möglich, wenn die Sportstättenumlage beschlossen wird. Erst danach kann eine detaillierte Planung erfolgen.
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung der Namensrechte an Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	4210	30.000	2018	"1. Die Verwaltung / das Servicezentrum Sport (SZS) wird beauftragt, in Abstimmung mit den Vereinen ein Konzept und Rahmenbedingungen zur Vermarktung von stadt eigenen Sportanlagen zu entwickeln. Ziel des Konzeptes soll ein, Unternehmen Namensrechte an Sportanlagen im Rahmen eines längerfristigen Sponsorings anzubieten. 2. Generierte Einnahmen kommen zu 50 Prozent den dort spielenden Vereinen zu Gute. Die andere Hälfte fließt als Konsolidierungsbetrag des Bereichs Sport der Stadtkasse zu. 3. Das Konzept wird dem Sport- und Freizeitausschuss spätestens in seiner Sitzung am 6. April 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt. 4. In der Sitzung am 22.09.2016 hat der Rat der Stadt Hagen dem Konzept zur Vermarktung der Namensrechte von städtischen Sportanlagen zugestimmt. 5. In der Sitzung am 21.06.2018 hat der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, die Namensrechte für die Ischelandhalle an die Fa. Krollmann GmbH für 5 Jahre plus 5 Jahre Option zu geben. Der Erlös aus der Vermarktung wird für die Refinanzierung der laufenden Bauunterhaltung von Sportstätten verwendet. "
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	div. VB 5	1.160.000	2016	Die Maßnahmen 15_GWH.001 (Rabatt Energiebezug) und 16_GWH.003 (Energiebezug Strom für Gebäude, Straßenbeleuchtung, Lichtsignalanlagen, WBH-Technik) werden sowohl durch 60 (WBH) und GWH beeinflusst, da sich das Konsolidierungsvolumen in den Budgets des WBH und der GWH widerspiegelt. Durch Vertragsumstellungen und diverse andere Maßnahmen soll das Konsolidierungsziel erreicht werden. Um ein Gesamtcontrolling dieser Maßnahmen zu gewährleisten, werden sie zu der Maßnahme 16_VB5.Energie zusammengefasst. Die Zuständigkeit liegt beim VB 5.
18_01.001	Anpassung Zuschuss HVG	5731	6.020.000	2018	Aufgrund guter Ergebnisse der Beteiligungen der Stadt Hagen in den Vorjahren und insbesondere durch die wieder einsetzende Ausschüttung der Enervie, kann der Zuschuss an die HVG ab 2018 gesenkt werden. Die Maßnahme dient als Kompensation für die teilweise wegbrechende Sparkassenausschüttung aus der Maßnahme 11_OBBC.006S.
18_32.001	Dienstleistungen Info-Bereich Bürgeramt	1220	-	2018	Erträge für Dienstleistungen des Info-Bereiches im Zuge der Verlagerung des Info-Bereiches im Rathaus vom Fachbereich 25 zu 32. Es handelt sich um die Übernahme aus der Konsolidierungsmaßnahme 12_25.001 - Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung (Konsolidierungssumme 40.000€). Die Einnahmen kommen zustande durch eine Pauschale des HEB für die Ausgabe der Gelben Säcke und Müllabfuhrkalender sowie Auskünfte rund um den HEB. Des Weiteren werden Dienstleistungen wie Auskünfte für die anderen Verwaltungsbereiche und verbundene Unternehmen punktgenau abgerechnet.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
18_37.001	Strukturelle Änderung Rettungsdienstgebühren	1270	1.619.000	2018	<p>Mit der Gebührenkalkulation des Rettungsdienstes für das Jahr 2018 werden zum einen die Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Hagen (Ratsbeschluss vom 05.10.2017) umgesetzt und zum anderen die Spartenrechnung (Rettungstransporte ohne Notarzt, Notarzteinätze, Krankentransporte) systemgestützt eingeführt. Dadurch können Effekte durch erstmalige Anerkennung von Positionen (z.B. Verwaltungsoverhead) in der Gebührenkalkulation gehoben werden.</p> <p>Die Maßnahme 12_37.001 "Kostendeckende Kalkulation der Rettungsdienstgebühren" geht in voller Höhe in dieser Maßnahme auf.</p>
18_46.001	Zuschussreduzierung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2561	1.380.000	2018	<p>Ertragssteigerungen und Aufwandsreduzierungen bei der Theater Hagen gGmbH, die zu einer Zuschusskürzung und damit auf Seiten der Stadt zu einer Verbesserung der Ergebnisrechnung führen.</p> <p>Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016). Die Maßnahme 18_46.001 umfasst ein Konsolidierungsvolumen von 1.260.000 €.</p>
18_46.002	Abbau Forderung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2561	-	2018	<p>Lineare Auflösung der in der Bilanz des Theaters ausgewiesenen Forderung über rd. 600.000€ gegen die Stadt über fünf Jahre. Auf Seiten der Stadt wirkt sich dies ergebnisverbessernd aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach 2022 eine durch das Theater zu benennende Ersatzmaßnahme erforderlich wird.</p> <p>Die Theater gGmbH schreibt die bestehende Forderung jährlich mit 120.000€ ohne Zuschusserhöhung durch die Stadt ab. Gleichzeitig reduziert die Stadt die bestehende Verbindlichkeit. Dadurch wird über 5 Jahre insgesamt ein Ertrag von rd. 600.000 € erzielt. Danach ist die Forderung/Verbindlichkeit vollständig abgebaut.</p> <p>Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016). Die Maßnahme 18_46.002 umfasst ein Konsolidierungsvolumen von 120.000 €.</p>
18_48.001	Zuschussreduzierung FB 48/VHS (Teil aus 14_VB4.001)	2571	230.000	2018	<p>Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016).</p> <p>Die Maßnahme 18_48.001 war mit einem Konsolidierungsvolumen von 310.000€ vorgesehen. Die Abmietung DBB-Haus kann nicht umgesetzt werden. Deshalb reduziert sich die Einsparsumme um 80.000€ und die sogenannte Sternchenvariante aus dem Beschluss greift: „Schließung des Osthaus Museums Hagen bzw. des Kunstquartiers an einem weiteren Wochentag" (strukturelle Einsparsumme 43.200 € bzw. 73.200 €). Demnach erfolgt die Kompensation über die Maßnahme 18_49.001.</p>
18_48.002	Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule (Teil aus 14_VB4.001)	2563	222.000	2018	<p>Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016).</p> <p>Die Maßnahme 18_48.002 umfasst ein Konsolidierungsvolumen von 222.000€.</p>

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
18_48.003	Zuschussreduzierung FB 48/Bücherei (Teil aus 14_VB4.001)	2572	40.300	2018	Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016). Die Maßnahme 18_48.003 war mit einem Konsolidierungsvolumen von 38.000€ vorgesehen. Die Einsparung bei der Bücherei im Bereich Personalkosten bringt ein höheres Konsolidierungsvolumen (40.300€).
18_49.001	Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)	2520	231.739	2018	Mit der Fortschreibung des HSP 2018 geht die Maßnahme 14_VB4.001 in Einzelmaßnahmen auf (vgl. Beschlussvorlage 0390-1/2015; Ratsbeschluss 07.04.2016). Für die Maßnahme 18_49.001 war ein Konsolidierungsvolumen von 180.000€ vorgesehen. Durch die Restrukturierung der GWH und andere haushaltstechnische Veränderungen bringt die Umsetzung der geplanten Einzelmaßnahmen eine Einsparung i.H.v. 176.739 €. Die Maßnahme wird nach Umsetzung der Einzelmaßnahmen als erbracht angesehen. Eine Kompensation erfolgt über den Gesamt-HSP. Der FB 48/VHS sollte 80.000 € durch die Abmietung DBB-Haus erbringen (14_48.001). Dies kann nicht umgesetzt werden. Deshalb greift die sogenannte Sternchenvariante. Lt. Beschluss war vorgesehen, dass die Sternchenvariante die „Schließung des Osthaus Museums Hagen bzw. des Kunstquartiers an einem weiteren Wochentag“ (strukturelle Einsparsumme 43.200 € bzw. 73.200 €) umfasst. Sie wird in abgeänderter Form durch die "Reduzierung Öffnungszeit Kunstquartier um 1 Std. täglich" mit einem Konsolidierungsvolumen von 55.000€ greifen. Das Delta wird im Gesamt-HSP kompensiert. Die als Teilmaßnahme beschlossene „Reduzierung der Öffnungszeiten des Museums für Ur- und Frühgeschichte um 1 weiteren Tag“ ändert sich in "Reduzierung der Öffnungszeiten des Museums für Ur- und Frühgeschichte in den Herbst- und Wintermonaten" (s. 0175/2018). Unter Betrachtung des Besucheraufkommens, insbesondere in den Sommermonaten und aus wissenschaftlicher-konzeptioneller Sicht, wird nicht die Schließung an einem weiteren Wochentag umgesetzt, sondern das Museum für Ur- und Frühgeschichte wird in den weniger besuchten Herbst- und Wintermonaten an 49 Tagen am Stück geschlossen.
18_PK.001	Stelleneinsparung durch die Beschaffung neuer Digitaldruckmaschinen	PK	43.500	2020	Die Vorlage 1085/2017 wurde am 14.12.2017 vom Rat beschlossen. Dadurch wird die Maßnahme 16_25.002 „Auslaufen Farbdrucker / Reduzierung SW-Drucker“ (Konsolidierungsbeträge: 2018 1.500€, ab 2019 15.000 €) zurückgenommen und die Maßnahme 18_PK.001 neu aufgelegt: Durch die Beschaffung neuer Digitaldruckmaschinen zum 01.12.2018 wird ab Ende 2020 eine Stelle in der Hausdruckerei durch Verzicht auf eine Wiederbesetzung wegfallen.
19_32.001	Gebührenerhöhung Personenstandswesen	1220	50.000	2019	In seiner Sitzung am 04.04.2019 hat der Rat der Stadt Hagen die Satzung über die abweichende Erhebung von Gebühren nach der Allgemeinen Gebührenordnung NRW für Amtshandlungen nach dem Personenstandsgesetz beschlossen (Vorlage 0219/2019).
20_11.001	Pauschale Sachkosteneinsparung Reisekosten	1114	31.600	2006	Verlagerung der Reisekostenabwicklung vom FB 25 (12_25.001) zum FB 11 zum 01.03.2019. Die Umsetzung der Sachkosteneinsparung wurde bereits 2016 vorgenommen.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

5. Grunddaten der Maßnahmen des HSP 2020

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Teil-plan	Gesamt-betrag	Start-jahr	Beschreibung
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	PK	11.914.667	lfd. 2011	
Gesamtsumme			79.354.711		

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020						Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung		
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
11_11.002	TP11114 pauschale Sachkosteneinsparung	lft. 2011	145.090	145.090	145.090	145.090	145.090	145.090	0	0	0
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	2015	1.034.480	1.034.480	1.034.480	1.034.480	1.034.480	1.034.480	28.426	28.426	28.426
11_20.001	Neuausrichtung des Forderungsmanagements	2013	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	0	0
11_20.006	Optimierungen bei der Straßenreinigung	2014	552.000	541.000	552.000	552.000	552.000	552.000	0	0	0
11_20.007	Sachkostenreduzierung im TP 1120	lft. 2011	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	0	0	0
11_20.008	Sachkostenreduzierung im TP 1121	2013	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	0	0
11_20.012	Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes	2014	228.000	228.000	228.000	228.000	228.000	228.000	0	0	0
11_20.014	Anhebung der Hundesteuer	2012	520.000	520.000	520.000	520.000	520.000	520.000	0	0	0
11_32.007	Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten	2012	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	570.000	0	0	0
11_40.014	Einstellung Edmond-Lizenzen	2014	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	0	0
11_43.007	Sachkosteneinsparung TP 2571	lft. 2011	26.086	26.086	26.086	26.086	26.086	26.086	0	0	0
11_43.009	Entgelte für Sonderleistungen	2012	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
11_44.006	Veränderung der Angebotsstruktur	lft. 2011	50.600	50.600	50.600	50.600	50.600	50.600	0	0	0
11_46.016	Zuschussreduzierung Theater	lft. 2011	339.334	339.334	339.334	339.334	339.334	339.334	0	0	0
11_55.114b	Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114	2012	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
11_55.161	Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)	lft. 2011	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	0	0	0
11_55.167b	Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167	2012	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000	0	0	0
11_69.001S	Streichung Verbraucherberatungszuschuss	lft. 2010	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	0	0	0
11_AÖR.001	Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)	2012	5.464.842	5.464.842	5.464.842	5.464.842	5.464.842	5.464.842	0	0	0
11_FBOB.001	Optimierung der Beteiligungsstruktur	2014	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000	0	0	0
11_HABIT.003	Reduzierung des IT-Sachkostenzuschusses der Stadt Hagen	lft. 2011	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	0	0

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020					Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
11_HABIT.777P	Personaleinsparung im Wirtschaftsplan HABIT	1ft. 2011	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	0	0
11_OB.005S1	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Stadtwerbung, Hagen-Touristik, Stadtmarketingverein	1ft. 2011	547.314	547.314	547.314	547.314	547.314	547.314	0	0	0
11_OB.005S2	Neuordnung der Wirtschaftsförderung - hier: Wifo, OB/SZW, Europe Direct Büro u. Wirtschaft u. Marketing	1ft. 2011	- 95.122	- 95.122	- 95.122	- 95.122	- 95.122	- 95.122	0	0	0
11_OBA.005	Öffentlichkeitsarbeit	1ft. 2011	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	0	0	0
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	1ft. 2011	6.000	40.000	31.500	23.000	14.500	6.000	-74.000	-40.000	-48.500
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	1ft. 2011	1.500.000	5.500.000	5.500.000	5.500.000	3.500.000	1.500.000	-183.500	3.816.500	3.816.500
12_20.001	Einsparung Gewässerunterhaltung	2014	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	0	0
12_20.002	Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros	2014	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	0	0	0
12_20.005	Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste	2015	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	2013	13.713.128	13.814.561	13.819.679	13.713.128	13.713.128	13.713.128	0	101.433	106.551
12_20.007	Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)	2013	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	0	0	0
12_20.008	Portoersatz Vollsteckungsvorankündigung	2013	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000	0	0	0
12_20.009	Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013	2013	4.350.513	4.350.513	4.350.513	4.350.513	4.350.513	4.350.513	0	0	0
12_20.010	Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten	2013	1.302.209	1.302.209	1.302.209	1.302.209	1.302.209	1.302.209	0	0	0
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	2016	88.300	89.300	88.300	88.300	88.300	88.300	-9.600	-8.600	-9.600
12_25.002	Papierloser Sitzungsdienst	2016	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	0	0
12_30.001	Rabatte Versicherungsprämien	2013	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
12_32.002	Gebührenerhöhung Städtisches Gewereregister	2013	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	1.700	0	0	0
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	2013	23.500	23.500	23.500	23.500	23.500	23.500	-2.500	-2.500	-2.500
12_46.001	Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater	2014	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000	0	0	0
12_47.001	Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen	2012	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	0	0	0

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020					Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
12_48.002	Altmaßnahme: Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen	2014	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	0	0	0
12_53.001	Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz	2013	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
12_55.001	Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen	2012	-	-	-	-	-	-	0	0	0
12_55.006	Umsetzung des Urteils des VerfGH zu den finanziellen Folgen der Umsetzung des KiföG ; Belastungsausgleich U3	2012	900.000	900.000	900.000	900.000	900.000	900.000	0	0	0
12_FBOB.002	Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien	2014	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	0	0	0
12_FBOB.003	Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen	2013	10.372	10.372	10.372	10.372	10.372	10.372	0	0	0
12_FBOB.004	Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG	2012	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	0	0	0
12_FBOB.006	Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7	2013	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	0	0	0
12_HABIT.001	Vorschlag GPA: HABIT	2015	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	0	0
12_WBH.001	Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)	2015	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	0	0
13_37.001	Verkauf von Feuerwehrfahrzeugen über Zoll-Auktion	2014	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	0	0
13_37.002	Verkauf von Rettungsdienstfahrzeugen über Zoll-Auktion	2014	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	0	0
13_GWH.001	Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken	2014	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	0	0
14_11.001	Neuverhandlung von Dienstvereinbarungen bei Stadt und Unternehmen	2016	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	0	0	0
14_20.001	Hundebestandsaufnahme	2016	144.000	144.000	144.000	144.000	144.000	144.000	0	0	0
14_20.002	Aktives Schuldenmanagement	2015	378.600	423.700	378.600	378.600	378.600	378.600	0	0	0
14_20.003	Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben	2015	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0
14_25.001	Schließung der Kantine/Cafeteria zum 10.08.2015	2014	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	0	0	0
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	2014	700.000	1.500.000	1.000.000	700.000	700.000	700.000	0	800.000	300.000
14_48.001	Sachkostenreduzierung Lernmittel	2014	323.000	323.000	323.000	323.000	323.000	323.000	0	0	0
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	2014	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	-8.000	-8.000	-8.000

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020					Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
14_48.004	Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen	2014	38.400	38.400	38.400	38.400	38.400	38.400	0	0	0
14_55.157	Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung	2016	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	0	0	0
14_60.001	Anpassung der Parkgebühren	2014	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	0	0
14_69.004	Kürzung Sachmittel Umweltamt	2015	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
14_FBOB.001	Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher	2014	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	0	0	0
14_FBOB.004	Erhöhung Ausschüttung HEB	2014	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	0	0
14_FBOB.008	Gewinnausschüttung WBH	2014	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	0	0
14_GWH.002	Schließung der öffentl. WC-Anlage Vollbrinkstr.	2014	10.377	10.377	10.377	10.377	10.377	10.377	0	0	0
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	2020	-	-	-	-	-	-	-800.000	-500.000	-800.000
15_11.002	Erträge im Bereich Beihilfe - Arzneimittelrabatte	2016	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	0	0
15_20.001	Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale	2016	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	0	0	0
15_48.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Offene Ganztagschulen (OGS) im Primärbereich	2016	11.460	11.460	11.460	11.460	11.460	11.460	0	0	0
15_55.001	Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft	2016	825.122	812.928	825.122	825.122	825.122	825.122	0	0	0
15_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege	2016	20.717	20.717	20.717	20.717	20.717	20.717	0	0	0
15_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder	2016	393.631	393.631	393.631	393.631	393.631	393.631	0	0	0
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	2016	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	200.000
15_FBOB.001	Zuschusskürzung agentur mark GmbH	2015	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000	0	0	0
15_SZS.003	Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg - Nahmer	2015	9.200	9.200	9.200	9.200	9.200	9.200	0	0	0
15_SZS.004	Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale	2015	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	0	0	0
16_11.001	Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung	2016	7.250	7.250	7.250	7.250	7.250	7.250	0	0	0
16_11.004	Verwaltungsweite Durchsetzung von Desksharing & HomeOffice (Einsparung von Räumen)	0	-	-	-	-	-	-	0	0	0

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020					Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
16_20.001	Energie-Darlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen	2016	-	-	-	-	-	-	0	0	0
16_30.001	Reduzierung Schiedsgerichtsbezirke	2017	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	0	0	0
16_37.001	Brandsicherheitswachen Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2016	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	0	0	0
16_55.002	Anderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	2016	26.550	-	-	11.063	26.550	26.550	0	-21.433	-26.550
16_55.003	Anderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	2016	130.000	-	-	54.167	130.000	130.000	0	-130.000	-130.000
16_55.004	Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration	2016	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	0	0
16_55.005	KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter	2016	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000	260.000	0	0	0
16_55.006	KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung	2016	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	0	0
16_55.009	Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten	2016	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	0	0	0
16_55.010	Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU	2017	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0	0	0
16_60.001	Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring	2016	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	0	0	0
16_FBOB.005	Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%	2016	4.275	4.275	4.275	4.275	4.275	4.275	0	0	0
16_FBOB.007	Kürzungen im Bereich Repräsentationen	2016	11.500	11.500	11.500	11.500	11.500	11.500	0	0	0
16_FBOB.009	Reduzierung Ratsmitglieder	2020	36.409	6.068	36.409	36.409	36.409	36.409	0	0	0
16_FBOB.011	Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)	2020	25.319	4.221	25.319	25.319	25.319	25.319	0	0	0
16_FBOB.012	Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)	2020	231.700	38.617	231.700	231.700	231.700	231.700	0	0	0
16_FBOB.013	Energie-Darlehen - hier: Weitere Kürzung HVG-Zuschuss	2016	-	-	-	-	-	-	0	0	0
16_FBOB.015	Einsparung der Begleitung von Ratssitzungen durch Tontechniker	2017	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	0	0	0
16_FBOB.016	Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital	2020	-	200.000	-	-	-	-	0	0	0
16_FBOB.017	Erhöhung Ausschüttung WBH	2017	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	0	0
16_FBOB.018	Reduzierung der BV-Mittel um 10%	2016	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020					Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
16_GPR.001	Reduzierung Fortbildungskosten und Geschäftsaufwand	2016	5.370	5.370	5.370	5.370	5.370	5.370	0	0	0
16_GWH.Gesamt	Einsparungen FB Gebäudewirtschaft gesamt	2016	8.426.325	8.426.325	8.426.325	8.426.325	8.426.325	8.426.325	0	0	0
16_HABIT.001	Zusammenlegung von HABIT und Technischen Diensten 25	2020	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	290.000	340.000	290.000
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	2016	120.937	120.937	120.937	120.937	120.937	120.937	70.482	70.482	70.482
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	2016	83.400	83.400	83.400	83.400	83.400	83.400	0	0	0
16_PK.005	Einsparung Personal 25 2 Stellen PK, SK	2016	90.400	90.400	90.400	90.400	90.400	90.400	0	0	0
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	2019	-	-	-	-	-	-	-75.000	-75.000	-75.000
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	2019	-	-	-	-	-	-	-75.000	-75.000	-75.000
16_PK.009	Einsparung zweier Stellen durch die Einführung einer Betriebsführungssoftware	2019	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000	0	0	0
16_PK.010	Abbau von drei Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	2017	16.890	11.445	11.445	11.445	14.168	16.890	5.445	0	0
16_PK.012	Verringerung Mehraufwand beim Personenstandswesen	2017	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	0	0	0
16_PK.013	Reduzierung Pfortenpersonal Technisches Rathaus um eine Stelle	2017	39.000	39.000	39.000	39.000	39.000	39.000	0	0	0
16_SZS.001	Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene	2017	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	0	0	0
16_SZS.002	Einführung Beteiligung der Schwimmvereine	2017	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	0	0	0
16_SZS.004	Sportstättenumlage, langfristig: Bildung von BgA	2017	116.727	116.727	116.727	116.727	116.727	116.727	0	0	0
16_SZS.005	Erlöse durch Vermarktung der Namensrechte an Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena	2018	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	0	0
16_VB5.Energie	Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung	2016	1.160.000	1.160.000	1.160.000	1.160.000	1.160.000	1.160.000	0	0	0
18_01.001	Anpassung Zuschuss HVG	2018	6.020.000	4.412.000	4.730.000	6.020.000	6.020.000	6.020.000	2.020.000	412.000	730.000
18_32.001	Dienstleistungen Info-Bereich Bürgeramt	2018	-	-	-	-	-	-	-40.000	-40.000	-40.000
18_37.001	Strukturelle Änderung Rettungsdienstgebühren	2018	1.619.000	1.619.000	1.619.000	1.619.000	1.619.000	1.619.000	0	0	0
18_46.001	Zuschussreduzierung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2018	1.380.000	1.260.000	1.260.000	1.266.000	1.380.000	1.380.000	120.000	0	0

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

6. Fortschreibung aller Maßnahmen einschließlich Ersatzmaßnahmen zur Kompensation

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Start-jahr	Fortschreibung HSP 2020						Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung		
			neuer Gesamtbetrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024	Differenz Gesamtbetrag	Differenz 2020	Differenz 2021
18_46.002	Abbau Forderung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	2018	-	120.000	120.000	114.000	-	-	-120.000	0	0
18_48.001	Zuschussreduzierung FB 48/VHS (Teil aus 14_VB4.001)	2018	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	0	0	0
18_48.002	Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule (Teil aus 14_VB4.001)	2018	222.000	222.000	222.000	222.000	222.000	222.000	0	0	0
18_48.003	Zuschussreduzierung FB 48/Bücherei (Teil aus 14_VB4.001)	2018	40.300	40.300	40.300	40.300	40.300	40.300	0	0	0
18_49.001	Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)	2018	231.739	231.739	231.739	231.739	231.739	231.739	0	0	0
18_PK.001	Stelleneinsparung durch die Beschaffung neuer Digitaldruckmaschinen	2020	43.500	3.625	43.500	43.500	43.500	43.500	0	0	0
19_32.001	Gebührenerhöhung Personenstandswesen	2019	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	50.000	50.000
20_11.001	Pauschale Sachkosteneinsparung Reisekosten	2016									
			31.600	31.600	31.600	31.600	31.600	31.600	31.600	31.600	31.600
PK_Gesamt	Gesamtsumme der Personalkosteneinsparung aller PK-Maßnahmen	lfd. 2011	11.914.667	11.914.667	11.914.667	11.914.667	11.914.667	11.914.667	0	0	0
	Gesamtsumme Sachkosteneinsparung		66.875.917	70.025.184	69.861.418	70.801.597	68.884.417	66.875.917	1.452.426	4.829.426	4.487.927
	Gesamtsumme Personalkosteneinsparung		12.478.794	12.433.474	12.473.349	12.473.349	12.476.072	12.478.794	-74.073	-79.518	-79.518
	Gesamtsumme		79.354.711	82.458.658	82.334.767	83.274.946	81.360.489	79.354.711	1.378.353	4.749.908	4.408.409

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

7.1 Stellungnahmen bei betraglichen Änderungen

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			Stellungnahme
		Differenz Gesamt- betrag	Differenz 2020	Differenz 2021	
11_11.111	Interkommunale Zusammenarbeit	28.426	28.426	28.426	Durch neue Themenfelder im Bereich Interkommunale Zusammenarbeit werden höhere Erstattungen prognostiziert. 1. Ausgabe der gelben Säcke, Vereinnahmung ursprünglich 18_32.001 2. vertragliche Umgestaltungen im Personalmanagement
11_OBBC.005S	Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme	-74.000	-40.000	-48.500	Beschluss zu 0768/2018 führt zu einem erhöhten Zuschuss an die Stadthalle p.a.
11_OBBC.006S	Sparkassenausschüttung	-183.500	3.816.500	3.816.500	Die Sparkassenausschüttung fällt höher aus.
12_20.006	Anhebung der Grundsteuer A und B	0	101.433	106.551	Der Maßnahmebetrag aus der Fortschreibung 2019 (13.713.128 €, basierend auf GrundSt B von 48,3 Mio. €) wurde aufgrund des Kompensationsbedarfs (Aussetzung der jährlichen 2%-igen Erhöhung der Elternbeiträge bei den Kita-Einrichtungen) bei den Maßnahmen 16_55.002 und 16_55.003 für die Jahre 2020 und 2021 erhöht. Es ergeben sich nun folgende Maßnahmebeträge: 2020: 13.814.561 € (basierend auf GrundSt B von 48,67 Mio. €) 2021: 13.819.679 € (basierend auf GrundSt B von 48,69 Mio. €) 2022: 13.713.128 € (basierend auf GrundSt B von 48,3 Mio. €) 2023: 13.713.128 € (basierend auf GrundSt B von 48,3 Mio. €) 2024: 13.713.128 € (basierend auf GrundSt B von 48,3 Mio. €)
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	-9.600	-8.600	-9.600	1. In der Fortschreibung 2020 ist durch die verwaltungsinterne Verlagerung der Reisekostenabwicklung zum 01.03.2019, zum Fachbereich 11, die Konsolidierungssumme i. H. v. 31.600 € auf den Fachbereich 11 verlagert worden (KM 20_11.001). 2. Des Weiteren können die Fallzahlen mit der vorhandenen Software "Wissensdatenbank" nicht getrennt nach Infoschalter (FB 32) und Callcenter (FB 25) ausgewertet werden. In gegenseitiger Absprache werden die Forderungen i. H. v. 23.000 € daher beim FB 25 gebucht (ursprünglich 18_32.001) 3. Darüber hinaus kommt es ab 2021 durch die Rückführung des HABIT zu einem Ertragsverlust i. H. v. 1.000 € (Erstattung Call-Center-Leistungen).
12_32.003	Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde	-2.500	-2.500	-2.500	Die Änderungsgebühren für Schwertransporte sind weiterhin rückläufig.
14_32.002	Geschwindigkeitsüberwachung	0	800.000	300.000	Die Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der BAB A45 Baustelle Lennetalbrücke fällt erst im Laufe des Jahres 2021 weg und nicht wie ursprünglich geplant in 2020. Somit ist mit einer höheren Konsolidierung zu rechnen.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

7.1 Stellungnahmen bei betraglichen Änderungen

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			Stellungnahme
		Differenz Gesamt- betrag	Differenz 2020	Differenz 2021	
14_48.003	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen	-8.000	-8.000	-8.000	Die Konsolidierung wird voraussichtlich um 8.000 Euro verfehlt. Die Kompensation ist im Rahmen der HH-Planung 2020/21 durch Reduzierung des Aufwands für Festwert Medien erfolgt.
14_HABIT.001	Stadtweite Geschäftsprozessoptimierung im Bereich IT	-800.000	-500.000	-800.000	Aufgrund der Digitalisierungsoffensive und des Mehrbedarfs an Schulen (u. a. Breitbandausbau, WLAN-Ausbau, Mehrbeschaffung an Endgeräten) kann die Maßnahme nicht gehoben werden.
15_61.001	Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern	200.000	0	200.000	Die Erträge aus Grundstücksverkäufen können auch strukturell über 2020 hinaus erzielt werden.
16_55.002	Änderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)	0	-21.433	-26.550	Rat der Stadt Hagen-Beschluss vom 23.05.2019, befristete Rücknahme der 2%-igen Steigerung für die Kindergartenjahre 2019/2020 bis 2021/2022 (Vorlage 0494/2019). Die Kompensation erfolgt zum Teil durch die neue Maßnahme 19_32.011.
16_55.003	Änderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)	0	-130.000	-130.000	Rat der Stadt Hagen-Beschluss vom 04.04.2019, befristete Rücknahme der 2%-igen Steigerung für die Kindergartenjahre 2019/2020 bis 2021/2022 (Vorlage 0130/2019). Die Kompensation erfolgt zum Teil durch die neue Maßnahme 19_32.011.
16_HABIT.001	Zusammenlegung von HABIT und Technischen Diensten 25	290.000	340.000	290.000	Erhöhung des Potenzials durch Rückführung des HABIT (Vorlage 0058/2019).
16_PK.001	Einsparungen von Personal in den Schulmensen - Essensausgabe durch Caterer selbst	70.482	70.482	70.482	Durch eine komplette Neubetrachtung der Maßnahme ist aufgefallen, dass den eingesparten Personalkosten deutlich zu hohe Sachkosten gegenüber gestellt wurden. Zum Einen sind Sachkosten der Caterer für Schulen, die weder bei Beschluss der Maßnahme, noch in den vergangenen Jahren, durch städtisches Personal betreut wurden, berücksichtigt worden. Zum Anderen sind in den Sachkosten auch kostenneutrale Positionen (Essenskosten) enthalten gewesen.
16_PK.004	Zusammenlegung Info-Bereiche 32 und 25 im Rathaus I, Einsparung PK 2 Stellen	0	0	0	Gesamt-Maßnahmenbetrag wurde angepasst.
16_PK.007	Reorganisation Bürgeramt in Front- & Backoffice	-75.000	-75.000	-75.000	Die Maßnahme wurde als wegbrechend gemeldet, da es keine weiteren Tätigkeiten gibt die das Bürgeramt für andere Ämter und Fachbereiche übernehmen kannn, um somit Vorteile für Bürger zu generieren und die zusätzlich Möglichkeiten der Personalreduzierung bilden.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

7.1 Stellungnahmen bei betraglichen Änderungen

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Differenz HSP 2019 zur Fortschreibung HSP 2020 (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung			Stellungnahme
		Differenz Gesamt- betrag	Differenz 2020	Differenz 2021	
16_PK.008	Stelleneinsparung Bürgeramt durch Aufstellen zweier Kundenterminals mit E-Bürgerdiensten	-75.000	-75.000	-75.000	Die Maßnahme wurde als wegbrechend gemeldet, da es keine geeigneten Kundenterminals auf dem Markt gibt, um die Angebote der Stadt Hagen auf diese Art anzubieten.
16_PK.010	Abbau von drei Mehrfachbeschäftigungen Theater & Musikschule bei der Musikschule	5.445	0	0	Durch das altersbedingte Ausscheiden eines Mitarbeiters zum 01.07.2023 erhöht sich die Konsolidierung in 2023 und 2024 weiter.
18_01.001	Anpassung Zuschuss HVG	2.020.000	412.000	730.000	Die Planwerte im HSP wurden entsprechend den Daten des Haushalts angepasst.
18_32.001	Dienstleistungen Info-Bereich Bürgeramt	-40.000	-40.000	-40.000	Die Maßnahme bricht aus folgenden Gründen weg: 1. Die Fallzahlen können mit der vorhandenen Software "Wissensdatenbank" nicht getrennt nach Infoschalter (FB 32) und Callcenter (FB 25) ausgewertet werden. In gegenseitiger Absprache werden die Forderungen daher beim FB 25 gebucht (Konsolidierungsmaßnahme 12_25.001). 2. Die festgeschriebene Pauschale i.H.v. 18.000 € für die Ausgabe von Gelben Säcken für die AHE wird vom FB 32 vereinnahmt (11_11.111).
18_46.001	Zuschussreduzierung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	120.000	0	0	Zusammenhängend mit 18_46.002, s. Vorlage 0341/2017, kommt es zu einer weiteren Zuschussreduzierung ab 2022.
18_46.002	Abbau Forderung Theater (Teil aus 14_VB4.001)	-120.000	0	0	DS 0341/2017: Ergebniswirksame lineare Auflösung der in der Bilanz des Theaters ausgewiesenen Forderung über 594.000 € gegen die Stadt über fünf Jahre.
19_32.001	Gebührenerhöhung Personenstandswesen	0	50.000	50.000	Ratsbeschluss vom 04.04.2019 (0130/2019) und 23.05.2019 (0494/2019), Kompensation für Maßnahme 16_55.002 und 16_55.003 bis zum 31.07.2022 (Ende Kita-Jahr 2021/2022)
20_11.001	Pauschale Sachkosteneinsparung Reisekosten	31.600	31.600	31.600	Verlagerung der Reisekostenabwicklung vom FB 25 (12_25.001) zum FB 11.
Gesamtsumme		1.378.353	4.749.908	4.408.409	

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

7.2 Stellungnahmen bei Änderungen der Maßnahmenbezeichnung/-beschreibung

Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Stellungnahme
12_25.001	Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung	Die Maßnahmenbeschreibung wurde ergänzt.
16_HABIT.001	Zusammenlegung von HABIT und Technischen Diensten 25	Bezeichnung wurde geändert von "Zusammenlegung der Vergabestellen bei HABIT und 25" in "Zusammenlegung von HABIT und Technischen Diensten 25". Die Maßnahmenbeschreibung wurde ergänzt.

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

8. Neue Maßnahmenvorschläge des HSP 2020

Neue Maßnahmenvorschläge werden nicht benötigt.

	Gesamt- betrag	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Gesamtkonsolidierung HSP 2019	77.907.958	77.708.750	77.926.358	73.926.358	keine Angabe	keine Angabe
Gesamtkonsolidierung HSP 2020	79.354.711	82.458.658	82.334.767	83.274.946	81.360.489	79.354.711

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

9. Gesamtergebnisplan vor Konsolidierung

Ertrags- und Aufwandsarten	vorl. Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Planung 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-251.397.332	-237.442.396	-246.187.201	-250.123.833	-253.737.003	-258.555.190	-261.660.496
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-259.170.072	-278.306.304	-273.296.935	-274.504.730	-277.051.102	-281.937.190	-290.749.840
3 Sonstige Transfererträge	-8.193.936	-10.602.072	-8.506.497	-5.539.297	-5.627.174	-5.712.606	-5.815.543
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-63.517.449	-64.422.396	-68.799.773	-68.790.290	-69.102.822	-69.443.814	-69.874.605
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.874.012	-5.028.850	-5.160.884	-5.157.761	-5.186.603	-5.216.032	-4.075.633
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-68.542.559	-62.093.610	-65.629.218	-66.465.109	-67.819.483	-67.988.540	-68.768.135
7 Sonstige ordentliche Erträge	-34.108.641	-26.228.670	-33.183.491	-30.836.619	-31.004.311	-30.896.098	-30.890.908
8 Aktivierte Eigenleistung	-330.568	-128.876	-579.905	-466.061	-466.061	-466.061	-466.061
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
10 Ordentliche Erträge	-690.134.568	-684.253.175	-701.343.903	-701.883.700	-709.994.559	-720.215.530	-732.301.221
11 Personalaufwendungen	162.750.670	162.663.523	177.363.699	180.331.261	181.791.834	183.360.651	184.945.128
12 Versorgungsaufwendungen	26.918.019	19.081.039	26.023.920	27.052.920	27.284.045	27.517.481	27.753.252
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	135.303.478	124.142.372	148.140.838	139.151.169	138.226.532	138.945.050	139.745.599
14 Bilanzielle Abschreibungen	45.561.660	43.820.916	48.595.695	48.872.652	49.083.447	48.552.378	48.264.980
15 Transferaufwendungen	262.780.554	282.111.197	273.498.432	280.033.299	284.030.525	288.974.220	293.843.736
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	105.351.318	110.932.239	95.601.223	95.539.853	96.677.324	97.353.725	98.270.095
17 Ordentliche Aufwendungen	738.665.699	742.751.286	769.223.807	770.981.153	777.093.705	784.703.506	792.822.789
18 Ordentliches Ergebnis	48.531.131	58.498.112	67.879.904	69.097.453	67.099.146	64.487.976	60.521.568
19 Finanzerträge	-1.357.554	-4.207.200	-1.311.100	-1.310.100	-1.309.100	-1.308.000	-1.306.900
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.633.809	23.958.950	17.553.700	16.318.600	15.588.600	15.279.600	16.679.100
21 Finanzergebnis	19.276.255	19.751.750	16.242.600	15.008.500	14.279.500	13.971.600	15.372.200
22 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	67.807.386	78.249.862	84.122.504	84.105.953	81.378.646	78.459.576	75.893.768

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

10. Gesamt-Konsolidierungsbeiträge

Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis 2018	Hochrechnung 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
1 Steuern und ähnliche Abgaben	23.418.258	23.174.996	21.693.577	21.698.695	21.592.144	21.592.144	21.592.144
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.947.663	1.957.663	1.947.663	1.947.663	1.947.663	1.947.663	1.947.663
3 Sonstige Transfererträge	190.714	50.000	20.717	20.717	31.780	47.267	47.267
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.132.267	3.196.818	3.122.691	3.129.691	3.183.858	3.259.691	3.259.691
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	123.500	101.800	108.500	108.500	108.500	108.500	108.500
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.821.485	1.667.205	1.626.232	1.625.232	1.619.232	1.505.232	1.505.232
7 Sonstige ordentliche Erträge	4.697.693	2.992.400	2.483.500	1.983.500	1.683.500	1.683.500	1.683.500
8 Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0	0	0	0
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
10 Ordentliche Erträge	35.331.580	33.140.882	31.002.880	30.513.998	30.166.677	30.143.997	30.143.997
11 Personalaufwendungen	12.208.567	12.356.470	12.430.457	12.467.650	12.467.650	12.470.373	12.473.095
12 Versorgungsaufwendungen	41.920	41.920	41.920	41.920	41.920	41.920	41.920
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	16.680.405	16.817.136	16.976.136	16.980.136	16.980.136	16.980.136	16.980.136
14 Bilanzielle Abschreibungen	431	431	431	431	431	431	431
15 Transferaufwendungen	9.492.502	8.767.912	10.153.530	10.277.906	11.565.406	11.670.906	11.662.406
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	2.780.698	2.439.216	2.011.365	2.255.887	2.255.887	2.956.626	3.366.626
17 Ordentliche Aufwendungen	41.204.523	40.423.085	41.613.839	42.023.930	43.311.430	44.120.392	44.524.614
18 Summe Zeile 10 + 17	76.536.103	73.563.967	72.616.719	72.537.928	73.478.107	74.264.389	74.668.611
19 Finanzerträge	2.355.000	5.003.200	9.418.239	9.418.239	9.418.239	6.717.500	4.307.500
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	494.200	458.950	423.700	378.600	378.600	378.600	378.600
21 Finanzergebnis	2.849.200	5.462.150	9.841.939	9.796.839	9.796.839	7.096.100	4.686.100
22 Gesamtbetrag (Zeile 18 + 21)	79.385.303	79.026.117	82.458.658	82.334.767	83.274.946	81.360.489	79.354.711

(positiver Wert: Ergebnisverbesserung; negativer Wert: Ergebnisverschlechterung)

Haushaltssanierungsplan 2020 - Stadt Hagen

11. Gesamtergebnisplan nach Konsolidierung

Ertrags- und Aufwandsarten	vorl. Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Planung 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-274.815.590	-260.617.392	-267.880.778	-271.822.528	-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-261.117.735	-280.263.967	-275.244.598	-276.452.393	-278.998.765	-283.884.853	-292.697.503
darin enthalten Stärkungspaktmittel	-20.512.998	-13.315.455	-6.477.789	0	0	0	0
3 Sonstige Transfererträge	-8.384.650	-10.652.072	-8.527.214	-5.560.014	-5.658.954	-5.759.873	-5.862.810
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-66.649.716	-67.619.214	-71.922.464	-71.919.981	-72.286.680	-72.703.505	-73.134.296
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.997.512	-5.130.650	-5.269.384	-5.266.261	-5.295.103	-5.324.532	-4.184.133
6 Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	-70.364.044	-65.086.010	-67.255.450	-68.090.341	-69.438.715	-69.493.772	-70.273.367
7 Sonstige ordentliche Erträge	-38.806.334	-27.895.875	-35.666.991	-32.820.119	-32.687.811	-32.579.598	-32.574.408
8 Aktivierte Eigenleistung	-330.568	-128.876	-579.905	-466.061	-466.061	-466.061	-466.061
9 Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
10 Ordentliche Erträge	-725.466.148	-717.394.057	-732.346.783	-732.397.698	-740.161.236	-750.359.527	-762.445.218
11 Personalaufwendungen	150.542.103	150.307.053	164.933.242	167.863.611	169.324.184	170.890.278	172.472.033
12 Versorgungsaufwendungen	26.876.099	19.039.119	25.982.000	27.011.000	27.242.125	27.475.561	27.711.332
13 Aufwendungen für Sach- Dienstleistungen	118.623.073	107.325.236	131.164.702	122.171.033	121.246.396	121.964.914	122.765.463
14 Bilanzielle Abschreibungen	45.561.229	43.820.485	48.595.264	48.872.221	49.083.016	48.551.947	48.264.549
15 Transferaufwendungen	253.288.052	273.343.285	263.344.902	269.755.393	272.465.119	277.303.314	282.181.330
16 Sonstige Ordentliche Aufwendungen	102.570.620	108.493.023	93.589.858	93.283.966	94.421.437	94.397.099	94.903.469
17 Ordentliche Aufwendungen	697.461.176	702.328.201	727.609.968	728.957.223	733.782.275	740.583.114	748.298.175
18 Ordentliches Ergebnis	-28.004.972	-15.065.855	-4.736.815	-3.440.475	-6.378.961	-9.776.413	-14.147.043
19 Finanzerträge	-3.712.554	-9.210.400	-10.729.339	-10.728.339	-10.727.339	-8.025.500	-5.614.400
20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.139.609	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
21 Finanzergebnis	16.427.055	14.289.600	6.400.661	5.211.661	4.482.661	6.875.500	10.686.100
22 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-11.577.917	-776.255	1.663.846	1.771.186	-1.896.300	-2.900.913	-3.460.943
23 Jahresergebnis	-11.577.917	-776.255	1.663.846	1.771.186	-1.896.300	-2.900.913	-3.460.943

Anlagen zum Haushaltsplan

Verwendung der Bildungspauschale

Stand: 02.08.2019		2020	2021	2022	2023	2024
Einzahlung Schul- und Bildungspauschale		8.621.351	8.621.351	8.621.351	8.621.351	8.621.351
Verwendung						
Gebäude	Maßnahme					
investive Bewirtschaftung						
Kita Jungfernbruch	Neubau	1.860.000				
Kita Markanaplatz	Neubau	300.000	1.560.000			
Kita Franzstraße	An- und Umbau	10.000	730.000			
verschiedene Kitas	Neu- und Umbaumaßnahmen (Investive Kleinmaßnahmen)	350.000	550.000			
verschiedene Kitas	Ausstattungsmaßnahmen	520.000	350.000	250.000	250.000	250.000
Gesamtschule Eilpe	Anpassungsmaßnahmen	319.000				
GS Meinolf	Umbaumaßnahmen	100.000				
Gymnasium Hohenlimburg	3 NW-Räume	100.000	100.000			
Sekundarschule Altenhagen	Maßnahmen Talentschule	100.000	50.000			
versch. Schulen	Ausstattung Schulen	692.000	692.000	692.000	692.000	692.000
versch. Schulen	Nutzerspezifische Maßnahmen	373.000	243.000	223.000	223.000	223.000
verschiedene Berufskollegs	Ausstattungskonzept	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000
versch. Schulen	Bildungsnetzwerk	388.000	233.000	310.500	310.500	310.500
versch. Schulen	SchildZentral	175.000				
versch. Schulen	WLAN an Hagener Schulen	257.000	65.000	65.000	65.000	65.000
versch. Schulen	Hardware Arbeitsplatzausstattung Schulen, IPM	177.100	177.100	177.100	177.100	177.100
versch. Schulen	Hardware Arbeitsplatzausstattung Schulen, GVG	265.700	265.700	265.700	265.700	265.700
Summe investive Bewirtschaftung		6.151.800	5.180.800	2.148.300	2.148.300	2.148.300
Summe Schul- und Bildungspauschale		2.469.551	3.440.551	6.473.051	6.473.051	6.473.051
Vorauss. Bestand Verbindlichkeiten 31.12.2019		11.830.792				
Übertragene Mittel aus Vorjahren			8.490.899	6.936.826	8.584.344	10.190.543
Summe		14.300.343	11.931.450	13.409.877	15.057.395	16.663.594
konsumtive Bewirtschaftung						
versch. Schulgebäude	Refinanzierung Bauunterhaltung	4.021.917	4.091.047	4.131.956	4.173.275	4.215.006
Förderschule für Erziehungshilfe - Wilhelm Busch	Mietkosten Obernehmer	353.577	353.577	353.577	353.577	353.577
versch. Schulgebäude	Nutzerspezifische Maßnahmen	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000
versch. Schulgebäude	Einzelmaßnahmen > 20.000 €	75.000				
versch. Schulgebäude	Eigenanteil Maßnahmen KlInvG 2. Abschnitt	1.018.950	210.000			
Summe konsumtive Bewirtschaftung		5.809.444	4.994.624	4.825.533	4.866.852	4.908.583
Ergebnis Bildungspauschale		8.490.899	6.936.826	8.584.344	10.190.543	11.755.011

Maßnahmenpakete für „Gute Schule 2020“

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
1	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Del	Delsterner Str. 59	Anstrich im Treppenhaus und Lehrerzimmer	Fertig	Kon.	5.553,02	5.553,02			
4	GS	Berchum / Garenfeld Turnhalle	A.d.Blumenkampe 3	Sanitärsanierung		Kon.	0,00	0,00		0,00	Verlagerung Ins KlnvFG 2tes Kap.
5	GS	Heideschule Hohenlimburg	Heideschulweg 12	Außentreppeanierung		kon.	50.000,00	0,00	50.000,00		Neue Kostenschätzung
6	GS	Heideschule Turnhalle	Heideschulweg 12	Wandsanierung		kon.	6.000,00	0,00	6.000,00		
7	GS	Heideschule Turnhalle	Heideschulweg 12	Sanierung Duschräume		kon.	0,00	0,00		0,00	Verlagerung Ins KlnvFG 2tes Kap.
8	GS	Karl-Ernst-Osthaus Filialklassen	Berchumer Str. 63	Durchbruch zwischen 2 OGS-Räume	Fertig	kon.	4.969,10	4.969,10			
10	GS	Wesselbach	Neuer Schloßweg 15	Verlegung Sprechanlage wg. Sekretariat neu	Fertig	kon.	1.150,39	1.150,39			
13	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Schaffung OGS-Raum Zwischengeschoss		Inv.	0,00	0,00			keine Umsetzung, lt. Fr. Sieg ist 2. baul. Rettungsweg nicht möglich
14	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Dachsanieung		Kon.	26.000,00	0,00	26.000,00		Erst nach Fassade in 2019
15	GS	Ernst	K.E. Osthausstr. 62	EDV-Anbindung zwischen beiden Gebäuden	Fertig	Kon.	7.823,82	7.823,82			
16	GS	Erwin-Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Sanierung Sitzelemente Schulhof	Fertig	Kon.	6.684,27	6.794,78			
17	GS	Funckepark	Funckestr. 33	Grünes Klassenzimmer, Entsorgung alter Sitze	Fertig	Kon.	16.610,51	16.500,00			
18	GS	Funckepark	Funckestr. 33	Schaffung zus. Schulräume in Ex-HM-Whg.		Inv.	0,00	0,00			Wird nicht umgesetzt
19	GS	Goldberg	Schulstr. 9-11	EDV-Anbindungen		Inv.	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00	
20	GS	Janusz-Korczak	Grünstr. 4	Fußboden-Sanierung Klassenräume	Fertig	kon.	44.246,40	44.246,40			
23	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz OGS-Räume		Inv.	12.900,00	0,00	12.900,00		
24	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Erneuerung Fenster/Fassade		kon.	40.000,00	4.401,32	35.598,68		
25	GS	Meinolf/FÖS Erich-Kästner	Stadionstr. 22	Brandschutz Verwaltungsbereich	Fertig	kon.	8.124,73	8.124,73			
26	GS	Meinolf/FÖS Erich-Kästner	Stadionstr. 22	Einzäunung des Schulgeländes		Inv.	40.950,00	0,00	40.950,00		zzgl. 4.550 € WBH Kosten
27	GS	Freiherr-vom-Stein	Lindenstr. 16a	EDV-Anbindung zwischen beiden Gebäuden		Inv.	81.000,00	0,00	81.000,00		evtl. teurer
28	GS	Freiherr-vom-Stein	Lindenstr. 16a	Schließanlage mit Transponder		Kon.	6.000,00	0,00	6.000,00		
29	GS	Gebrüder-Grimm	Schillerstr. 23	Sanierung Toiletten		Kon.	150.000,00	8.364,86	141.635,14		Auftrag Fachplaner erteilt
30.0	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Ersatz - Pavillon (Planungskosten)		Inv.	100.000,00	44.173,58	55.826,42		
30.1	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Ersatz - Pavillon (Baukosten)		Inv.	1.900.000,00	31.200,65	901.799,35	0,00	
30.2	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Rückbau des abgängigen Pavillon	Fertig	Inv.	183.335,89	165.503,07	17.832,82		zu erwartende Kostenerhöhung
31	GS	Goethe	Kirchstr. 9	EDV Anbindungen	Fertig	kon.	17.174,49	15.000,00	2.174,49		Erhöhung des Leistungsumfangs
32	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Fußboden-Sanierung Klassenräume	Fertig	kon.	5.375,95	5.375,95			
33	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Umgestaltung Außengelände/Hangsicberung		Inv.	30.000,00	0,00	0,00	30.000,00	Neubau Pav.abwarten/für 2019
34	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Zaubau als Absicherung		Inv.	3.500,00	0,00	3.500,00		
35.0	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Ersatz - Pavillon (Planungskosten)	Fertig	Inv.	113.553,74	113.553,74	0,00		incl. WBH-Pers.Kosten 2.296,38 €
35.1	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Ersatz - Pavillon (Baukosten)		Inv.	1.586.446,26	0,00	800.000,00		Neue Gesamtkosten 1.680 TEUR / Vergabe Tiefbauarb. Läuft / zu erwartende Kostenerhöhung
35.2	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Rückbau des abgängigen Pavillon		Inv.	65.000,00	0,00		436.446,26	65.000,00
35.3	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Herrichtung des Außengeländes		Inv.	40.000,00	0,00		40.000,00	
35.4	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Kücheneinrichtung		Inv.	55.000,00	0,00	55.000,00		
36	GS	Helfe	Helfer Str. 76	EDV Komplettnetzung		Inv.	98.000,00	0,00	98.000,00		demnächst Freigabeantrag stellen
37	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	EDV-Anbindungen	Fertig	Kon.	26.295,78	26.295,78			

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
38	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	Multifunktionsraum wg. Raumnot		Inv.	20.000,00	0,00		20.000,00	von 2018 nach 2020
39	GS	Vincke	Schwerter Str. 170	Sonnen- u. Blendschutzvorhänge		kon.	25.000,00	0,00	25.000,00		
40	GS	Vincke Turnhalle	Schwerter Str. 170	Fenster-/Dachsanierung		kon.	200.000,00	163.156,01	36.843,99		
42	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Fußboden-Sanierung		kon.	20.000,00	0,00	0,00	20.000,00	
43	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Schulhofsanierung (Asphalt)		kon.	0,00	0,00			Verlagerung ins KInvFG 2tes Kap.
44	HS	Geschwister-Scholl	Kapellenstr. 38	Fenstererneuerung einschl. Türen		kon.	155.000,00	16.264,12			Dringlich, vorziehen 2017
								79.113,92	59.621,96		
46	HS	Geschwister-Scholl	Kapellenstr. 38	Neue Läute/Lautsprecheranlage		Inv.	35.000,00	0,00	35.000,00		Sommerferien 2019
47	HS	Geschwister-Scholl	Kapellenstr. 38	Schließanlage mit Transponder		kon.	10.000,00	0,00	10.000,00		2 Angebote fehlen noch / kurzfristig nach Türeineinbau
49	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz		kon.	23.000,00	0,00	23.000,00		Angebotsbeziehung läuft
50	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Sanierung der Grundleitungen		kon.	33.000,00	5.652,50	27.347,50		Auftragserhöhung per 1.10.2018 erfolgt
51	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Erneuerung Lehrküche		Inv.	40.000,00	0,00	6.000,00	34.000,00	von 2018 nach 2020
52	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Konvektormat für Versorgungsküche	Fertig	Inv.	13.596,82	13.596,82			
53	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Sanierung Waschküche/ "Bügefirma"	Fertig	kon.	15.119,34	14.462,63	656,71		
54	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Hängeschaukelkonstruktion	Fertig	kon.	2.974,93	2.974,93			
55	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Ausstattung TIME-OUT Raum		Inv.	11.000,00	8.278,11	2.721,89		Auftragserhöhung um 9.500 €
56	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Ballanzierbalken (ursprüngl. Ballwandtrichter)		Inv.	600,00	0,00	600,00		Balansierbalken
57	Fös	Wilhelm-Busch Hauptstandort (Sek I)	Obernahmer Str. 9-12	Herrichtung Schulhof		Inv.	0,00	0,00	0,00		Maßnahme entfällt lt. 48
59	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Brandschutz (Sozialraum)		Inv.	25.000,00	7.038,86	17.961,14		
60	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Sanierung Physikraum BEG09		kon.	32.000,00	19.391,30	12.608,70		Rückbau Physikraum
61	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Brandschutz (Umsetzung d. Konzeptes)		kon.	410.000,00	353.565,62	56.434,38		
62	RS	Hohenlimburg Turnhalle	Im Kley 32	Sanierung Duschräume		kon.	0,00	0,00	0,00	0,00	Verlagerung ins KInvFG 2tes Kap.
63	RS	Halden	Lütowstr. 115-117	EDV-Netzwerkerweiterung	Fertig	Kon.	5.986,50	5.986,50			
64	Gym.	Christian-Rohlfs	Ennepeufer 3	1x NW-Raum (Ausstattung)		Inv.	0,00	0,00			Nicht förderfähig
65	Gym.	Christian-Rohlfs	Ennepeufer 3	EDV-Anbindungen		kon.	100.000,00	1.725,50	98.274,50		
66	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Ersatz Teppichböden / neu Kautschuk	Fertig	kon.	149.558,67	149.558,67			
67	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Pavillon - Klimaanlage PC-Raum im OG	Fertig	Inv.	19.146,04	19.146,04			
68	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Schulhofsanierung (Pflaster)		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
69	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	1x NW-Raum (Sanierung)	Fertig	kon.	13.265,32	5.671,80	7.593,52		Umb. Möbel noch erforderlich
71	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Smartboards für 27 Unterrichtsräume		Inv.	110.000,00	0,00		110.000,00	
72	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Installation v. 16-20 Steckdosen f.alle Räume		kon.	50.000,00	0,00		50.000,00	
73	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Schaffung Klassenraum 2. OG, Lager DG		Inv.	20.000,00	0,00		20.000,00	
74	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Renovierungen WC Keller, Anstrich Flure		kon.	40.000,00	0,00		40.000,00	
77	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Neue Ausstattung		Inv.	100.000,00	0,00		100.000,00	
78	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Flachbildschirme für Stundenpläne etc.		Inv.	Lt. 48 nicht durchführen	0,00			
79	Gym.	Albrecht-Dürer Turnhalle	Heinitzstr. 73	Sanierung Boden, Aus-/Neubau		kon.	60.000,00	0,00		60.000,00	
80	Gym.	Rahel-Varnhagen-Kolleg	Schwelmstück 1	EDV Anbindungen (PC-Raum/Selbstlernzentrum)		Inv.	100.000,00	0,00		100.000,00	
81	Gym.	Ricarda-Huch	Voswinkelstr. 1	EDV-Anbindungen	Fertig	Kon.	35.296,13	35.296,13			
82	Gym.	Ricarda-Huch	Voswinkelstr. 1	Anstrich Treppenhaus		kon.	30.000,00	0,00		30.000,00	

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
83.0	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Abriss Pavillon "Krabbelkiste"		Inv.	162.000,00	6.514,69	155.485,31		
83.1	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Ersatzunterbringung / Container für Schulunterricht		Inv.	709.000,00	3.503,87	705.496,13		Grobschätzung
84.0	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Anbau (Planungskosten)		Inv.	100.000,00	69.568,60	30.431,40		ca. 1000 m²
84.1	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Anbau (Baukosten)		Inv.	3.150.000,00	0,00	500.000,00	2.650.000,00	ca. 1000 m² zu erwartende Kostenerhöhung
86	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Sanitärsanierung		kon.	630.000,00	293.618,20	336.381,80		zzgl 6 T-€ Mehrkosten für Kaltlufttrockner+ 45 Mehrkosten
88	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	1x NW-Raum (Grundausstattung)		Inv.	60.000,00	0,00	60.000,00		Konzept NRW Räume d. 48
89	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	2x NW-Räume (Ausstattungsergänzung)		Inv.	40.000,00	0,00	40.000,00		Konzept NRW Räume d. 48
90	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	2x NW-Räume, 2x VorbR. (Sanierung Install.)		kon.	40.000,00	0,00	40.000,00		Konzept NRW Räume d. 48
91	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Fenstersanierung (teilw. alte Alu-Fenster)		kon.		0,00			Verlagerung ins KlInvFG 2tes Kap.
92	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Sanierung Schulhof Sitzgruppen, Außensport		kon.	45.000,00	0,00		45.000,00	
94	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Sonnenschutz	Fertig	Inv.	10.502,56	10.502,56			
96	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Brandschutz		kon.	200.000,00	0,00	200.000,00		
97	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	15 interaktive Smartboards		Inv.	75.000,00	0,00	75.000,00		
98	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Schaffung von Sitzgelegenheit im Gebäude		Inv.	5.000,00	0,00		5.000,00	
99	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Schaffung von Sitzgelegenheit auf Schulhof		Inv.	9.000,00	0,00		9.000,00	
100	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Schallschutzschluckende Verkleidung		kon.	40.000,00	0,00	40.000,00		im Dachgeschoss
101	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Beseitigung bautechn. Provisorium im 2. OG		kon.	5.000,00	0,00	5.000,00		Trockenbau
102	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Lösung Konflikt BS-Amok 1.+2.OG		kon.	10.000,00	0,00	10.000,00		
103	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz Südseite		kon.	30.000,00	0,00	30.000,00		
104	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Schaffung 2. Technikhalle		Inv.	Lt. 48 nicht durchführen	0,00			wird nicht durchgeführt
105	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Erweiterung -Planungskosten		Inv.	240.000,00	49.776,92	190.223,08		Fristen! Aufteilung klären
105.1	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Erweiterung - Baukosten		Inv.	3.260.000,00	18.815,05	361.184,95	1.280.000,00	
									1.000.000,00		
									600.000,00		
109	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Bunker - Schaffung Schulraum		Inv.	55.000,00	1.071,00	0,00	53.929,00	Untersuchung erforderlich
110	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Sanierung NW-Räume		kon.	90.000,00	0,00	90.000,00		San. Mediensäulen (4 Stück)in 3 Räumen in Sommerferien 2019
111	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Dachsanierung		kon.	49.000,00	33.966,80	15.033,20		
112	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Sanierung WC-Anlagen 1. OG (Achsen 4-5)	Fertig	kon.	61.594,01	61.594,01			Achsen 4-5 und I - H
113	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	EDV-Anbindungen ans Bildungsnetzwerk	Fertig	kon.	24.091,61	24.091,61			
114	Ges.	Fritz-Steinhoff Sporthallen	Am Bügel 20	Fassaden- u. Dachrandsanierung		kon.	1.590.000,00	22.447,39	1.257.552,61		Erhöhung lt. Ausschreibung
								0,00	310.000,00		
115	Ges.	Fritz-Steinhoff Sportanlage	Am Bügel 20	Kunstrasen Sportplatz, Laufbahn		Inv.	130.000,00	117.747,14	12.252,86		130.000 Planungskosten
							1.340.000,00	734.337,88	605.662,12		
118	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Sanierung Schulhof		kon.	46.400,00	0,00	46.400,00		siehe Vorlage 0869/2017 zzgl. 8.600 € WBH-Leistungen
119	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Dachsanierung Trakt 4 + 5		kon.	0,00	0,00	0,00	0,00	Verlagerung Ins KlInvFG 2tes Kap.
120	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Sanierung Jungen WC		kon.	10.000,00	3.516,96	6.483,04		
121	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Schaffung zusätzl. Schulräume		Inv.	40.000,00	0,00	40.000,00		"alte HW-Wohnung"/ Baugehmigung erteilt
123	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Feuchtigkeitssanierung Räume EG		kon.	41.710,00	36.038,35	5.671,65		
124	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Internetanschlüsse alle Räume der Geb. A-D		Inv.	150.000,00	0,00	150.000,00		
125	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Breitbandanbindung an Glasfaserknotenpunkt		Inv.	50.000,00	0,00	50.000,00		

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
126	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	WLAN-Abdeckung alle Räume der Geb. A-D		Inv.	15.000,00	0,00	15.000,00		
127	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitale Fertigungstechniken in der Zahntechnik	Fertig	Inv.	122.052,63	0,00	122.052,63		
128	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Elektromobilität in der Fahrzeugtechnik		Inv.	35.000,00	0,00	35.000,00		
129	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitale Gestaltung im Medienbereich	Fertig	kon.	31.701,60	31.701,60			
130	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Einbindung 3D-Drucker in digitale Fertigung		Inv.	59.700,00	0,00	59.700,00		
131	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitalisierung CNC-Fertigungsmaschine		Inv.	23.700,00	0,00	23.700,00		
132	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Automatisierung im Rahmen von "Industrie 4.0"		Inv.	25.500,00	0,00	25.500,00		
133	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitaler Prüfstand für Elektromotoren		Inv.	20.000,00	0,00	20.000,00		
134	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Laboraausstattung f. IS-System-/Netzwerktechnik		Inv.	17.500,00	0,00	17.500,00		
135	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitale Werkstoffprüfmaschinen		Inv.	34.000,00	0,00	34.000,00		
136	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Mechatronische Steuerungssoftware		Inv.	48.000,00	0,00	48.000,00		
137	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Pneumatische u hydraulische Steuerungssysteme		Inv.	30.000,00	0,00	30.000,00		
138	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Sanierung Fußboden Raum A2 25, Schallschutz		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
139	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Schallschutzdecken Räume A2 03 und A2 09		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
140	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Sanierung alle Fenster Gebäude B		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
141	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Einbau Schiebetür zw. Räume C0 05 u C0 06		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
142	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Zusammenlegung der Räume C0 09 u C0 09a		kon.	0,00	0,00			bereits erledigt
143	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Anbau Fahrstuhl an Gebäude C		Inv.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
144	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Sanierung Fenster und Dach Gebäude C		kon.	0,00	0,00			Siehe KInvFG 2tes Kapitel
145	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Dämmung Fassade Gebäude C		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
146	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Austausch Bodenbeläge alle Räume Geb. C		kon.	5.700,00	0,00	5.700,00		
147	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Austausch Beleuchtung alle Räume Geb. C	Fertig	kon.	29.803,66	29.803,66			
148	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	EDV-Vernetzung - Interaktives, kooperatives Lernen in Geb. C		Inv.	130.000,00	0,00	130.000,00		
149	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Modernisierung Laborräume Gebäude C		Inv.	28.600,00	0,00	28.600,00		
150/151	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Fenster- und Fassadensanierung	Fertig	Inv.	849.067,78	849.067,78			
152	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Erneuerung Heizungsanlage 1.+2. BA		Inv.	861.000,00	721.928,53	139.071,47		
152.1	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Erneuerung Heizungsanlage 3. BA		Inv.	755.000,00	0,00	755.000,00		Achtung Kostenerhöhung !
152.2	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Erneuerung Heizungsanlage 4. BA		Inv.	370.400,00	0,00	370.400,00		
153	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Sanierung Trinkwasser- u. Abwassersystem		Inv.	150.000,00	12.383,04	137.616,96		
154.1	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Inklusion (behindertengerechtes WC)		Inv.	33.500,00	0,00	33.500,00		
154.2	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Inklusion (Rampe zur Aula)		Inv.	20.000,00	0,00	20.000,00		
155	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Smartboards u. Beamer neu		Inv.	12.000,00	0,00	12.000,00		noch zu klären
156	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Errichtung Kraftraum		Inv.	Lt. 48 nicht durchführen	0,00		X	Wunsch Schule
157	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Elektro / Blitzschutz erneuen		Inv.	40.000,00	0,00	40.000,00		Elektro Gebäude Nr. 4/ Ostern 2019
158	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Austausch Öfen und Herde in Lehrküchen		Inv.	15.000,00	0,00	15.000,00		
159	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Einbruchschutz (Außenür + Alarmanlage)		Inv.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
160	BK	Käthe Kollwitz, Filiale	Eickertstr. 10	Schimmelsanierung (Außenwand Kunstraum)		kon.	20.000,00	0,00	20.000,00		
161	BK	Käthe Kollwitz, Filiale	Eickertstr. 10	Schaffung Lagerraum im DG		Inv.	50.000,00	0,00	50.000,00		Honoraangebot unzureichend
162	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz		Inv.	144.860,07	67.560,70	77.299,37		Elektro ca. 15 TUR fehlt noch !
163	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz	Fertig	kon.	25.028,50	25.028,50			
164	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Umbau WC in Büroraum		Inv.	36.000,00	797,05	35.202,95		Alternativvorschlag !
165	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Dachsanierung Bauteil 3	Fertig	kon.	190.110,20	182.381,63	7.728,57		Blitzschutz fehlt !
168	Div.	Diverse Schulen	N.N.	WC-Sanierungen		kon.	0,00	0,00		0,00	ausgeschöpft mit 168.3 und 168.4
168.1	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Sanierung Lehrer-Duschen	Fertig	kon.	6.527,90	6.527,90			
168.2	Ges.	Fritz-Steinhoff Sporthallen	Am Bügel 20	Sanierung Duschanlagen		kon.	33.500,00	0,00	33.500,00		
168.3	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Austausch Duscharmaturen		kon.	11.500,00	0,00	11.500,00		
168.4	GS	Boloh Turnhalle	Weizenkamp 3	Sanierung Duischräume		kon.	28.200,00	0,00	28.200,00		

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
169.0	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickert	Eickertstr. 12	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	43.000,00	0,00	43.000,00		
169.1	BK	Käthe Kollwitz, Filiale	Eickertstr. 10	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	7.500,00	0,00	7.500,00		
169.2	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	23.850,00	11.647,07	12.202,93		
169.3	GS	Janusz-Korczak	Grünstr. 4	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	9.000,00	0,00	9.000,00		
169.4	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	24.000,00	0,00		24.000,00	von 2018 nach 2020
170	Div.	Diverse Schulen	N.N.	AMOK-technische Ausstattung		Inv.	48.000,00	0,00		48.000,00	
170.1	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Schließanlage	Fertig	Inv.	75.006,53	70.449,19	4.557,34		im Zuge des Brandschutzes
170.2	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	AMOK-Alarmtonsignal		Inv.	9.000,00	0,00	9.000,00		
171	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Reparatur und Entsorgung von Brennöfen	Fertig	kon.	11.801,77	11.801,77			
172	Div.	Diverse Schulen	N.N.	WLAN - Installationen		Inv.	165.000,00	0,00		165.000,00	
172.1	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Strukturierte EDV-Verkabelung in 2 PC-Räumen		Inv.	13.500,00	0,00	13.500,00		
172.2	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Del	Delsterner Str. 59	EDV-Anbindung zwischen beiden Gebäuden		Inv.	27.000,00	0,00	27.000,00		
173	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Austausch Fallschutz Rutsche	Fertig	kon.	9.434,80	9.434,80			ohne WBH-Leistungen
174	Gym.	Christian-Rohlf	Ennepeufer 3	Stabilere Internetverbindung		Inv.	0,00	0,00			Siehe Nr. 65 / damit erledigt
177	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Garderobenhaken	Fertig	Inv.	2.216,71	2.216,71			
178	GS	Meinolf/FÖS Erich-Kästner	Stadionstr. 22	Neubau - Schaffung neuer Räume		Inv.	0,00	0,00			ca. 150 m² = 400 TEUR
179	Div.	Diverse Schulen		Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	80.000,00	0,00	80.000,00		lt. Rücksprache Fr. Hristova nicht investiv
179.1	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren	Fertig	kon.	3.285,66	3.285,66			
179.2	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren	Fertig	kon.	3.490,26	3.490,26			
179.3	Gym.	Fichte	Goldbergstr. 20	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	9.500,00	0,00	9.500,00		
179.4	Gym.	Christian-Rohlf	Ennepeufer 3	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	9.000,00	0,00	9.000,00		
179.5	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	4.500,00	0,00	4.500,00		
180	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umnutzung Lehrerzimmer	Fertig	kon.	12.677,36	12.677,36			
181	RS	Heinrich-Heine	Kapellenstr. 38	Sanierung Teppichböden (2 Klassen+Musikraum)		kon.	24.000,00	0,00	24.000,00		nur 1 Raum möglich
182	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Einbau Fettabscheider	Fertig	Inv.	16.561,73	16.561,73			
183	GS	Volmetal	Ribbertstr. 60	Sanierung Hubboden Lehrschwimmbecken	Fertig	kon.	19.904,97	19.904,97			
184	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Garderobenhaken	Fertig	Inv.	1.420,15	1.420,15			
185	Gym.	Theodor-Heuss - Aula	Stadionstr. 21	Renovierung Beleuchtung Aula		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
187	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Anstricharbeiten/Fußbodensanierung		kon.	173.500,00	0,00		173.500,00	
188	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Oberbodensanierung Eingang Springmannstr.	Fertig	kon.	19.878,13	19.878,13			Umb. Aus Bauunterhaltung
189	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Oberbodensanierung Klassenräume		kon.	0,00	0,00			Verlagerung Ins KInvFG 2tes Kap.
190	Gym.	Rahel-Varnhagen-Kolleg	Schwelmstück 1	Sanierung Grundleitungen Toiletten		kon.	0,00	0,00			Maßnahme nicht notwendig
191	GS	Geweke Standort Spielbrink	Büddingstr. 49	OGS Küche und Mensa	Fertig	Inv.	41.395,40	41.395,40			
192	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Sanierung Trinkwasserinstallation		kon.	178.000,00	98.879,77	79.120,23		urspr. Bauunterhaltung
193	GS	Overberg	Overbergstr.37	Austausch defekter Heizungskessel	Fertig	kon.	14.910,95	14.910,95			
194	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Netzwerkerweiterung		Inv.	13.000,00	0,00	13.000,00		
195	GS	Gebrüder-Grimm	Schillerstr. 23	Nutzung ehe. HM-Wohnung für Schule		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung dringend erforderlich /Siehe Mail Hr. Bock
196	GS	Halden - Turnhalle	Lützowstr. 119	Brennwertkessel	Fertig	kon.	16.842,21	16.842,21			
197	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Umstellung auf Brennwert	Fertig	Kon.	29.188,12	29.188,12			Erhöhung wg. Kaminsanierung/ Ostern 2018
198	GS	Volmetal	Ribbertstr. 60	Austausch Brandmeldeanlage	Fertig	kon.	31.399,09	31.399,09			
199	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Installation v. Beamern in drei Räumen	Fertig	kon.	2.964,89	2.964,89			
200	GS	Erwin-Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Ersatz von defekten Wand-Langtafeln	Fertig	kon.	4.676,97	570,22	4.106,75		
204	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Installation von Notfalltelefonen	Fertig	kon.	5.009,06	5.009,06			

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
205	GS	Goldberg Teilstandort Franzstraße	Franzstr. 77	Umbaumaßnahme weiterer Klassenraum	Fertig	kon.	3.890,34	3.890,34			
206	GS	Vincke	Schwerter Str. 170	Strom und EDV-Anschlüsse für dig. Info	Fertig	kon.	1.409,36	1.409,36			
207	GS	Goldberg Teilstandort Franzstraße	Franzstr. 77	Besch. u. Anbr. schwerentfl. Vorhänge	Fertig	kon.	4.364,99	4.364,99			
208	GS	Astrid-Lindgren	Selbecker Str. 55	Einbau von Akten/Reinigungsmittel Br.schutzkon	Fertig	kon.	12.307,44	12.307,44			
209	GS	Boloh	Weizenkamp 3	Anbr. Licht- und Blendschutz Medienraum	Fertig	kon.	2.074,28	2.074,28			
210	GS	Im Kley	Kiebitzweg 6	Einbau T30-RS-Tür/Brandschutz	Fertig	kon.	3.317,72	3.317,72			
211	Gym.	Ricarda-Huch	Voswinkelstr. 1	Einb. Sprech- und Türöffn.anlage Sekret.	Fertig	kon.	6.362,85	6.362,85			
212	GS	Geweke Standort Spielbrink	Büddingstr. 49	Anschaff. Und Installation Waschm. U. Trockner	Fertig	inv.	5.737,21	5.737,21			
213	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Beschaffung u. Anschluß Herd für Mensa	Fertig	inv.	1.648,99	1.648,99			
214	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Regieraum brandschutztechn. Fensterlösung	Fertig	kon.	1.725,50	1.725,50			
215	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Ersatz defekter Schaukästen/Brandschutz	Fertig	kon.	2.099,16	2.099,16			
216	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Fluchtwächter für drei Eingangstüren	Fertig	kon.	1.699,62	1.699,62			
217	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Fachger. Abklemmen der Küchengeräte/Lehrk.	Fertig	kon.	278,86	278,86			nur Wasser
218	HS	Ernst-Eversbusch	Berliner Str. 109	digitale Schließ-Zylinder / Einbau + Transponder	Fertig	kon.	2.973,93	2.973,93			
219	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Verlegen von EDV/Stromnetz für Monitor	Fertig	kon.	1.416,25	1.416,25			
220	GS	Boloh	Weizenkamp 3	Anbringung von 12 Fernsehbildschirmen	Fertig	kon.	3.469,67	3.469,67			
221	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Anbr. Von Schlössern an Gefrierschränke	Fertig	kon.	1.102,29	55,57	1.046,72		
222	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Demontage Kartenhängesystem u. Streichen		kon.	0,00	0,00			über Bauhof GWH erledigt
223	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Befestigung einer Leinwand an der Decke	Fertig	kon.	746,31	746,31			
224	GS	Astrid-Lindgren	Selbecker Str. 55	Installation vorhandener Türklingel im HM-Büro	Fertig	kon.	535,26	535,26			
225	RS	Halden	Lütowstr. 115-117	Vernetzung der Schule	Fertig	kon.	1.912,29	1.912,29			in ehem. Fös W. Busch
226	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Delstern	Delsterner Str. 59	Wand- und Deckenanstrich	Fertig	kon.	13.868,93	13.868,93			
227	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Reinigungsmaschine	Fertig	inv.	4.601,83	4.601,83			
228	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Einb. Sprech- und Türöffn.anlage Sekret.	Fertig	kon.	2.563,34	2.563,34			
229	GS	Ernst	Karl-Ernt-Osthaus-Str. 62	Schließanlage		kon.	20.000,00	0,00	20.000,00		
230	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Bodenbelagserneuerung Verwaltung		kon.	8.000,00	0,00	8.000,00		
231	GS	Heideschule Turnhalle	Heideschulweg 12	Heizungsumstellung Gssbrennwerttechnik	Fertig	kon.	41.883,22	40.646,40	1.236,82		zzgl. Isolierarbeiten
232	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umsetzung Medienkonzept	Fertig	kon.	32.813,92	0,00	32.813,92		
233	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Strukturierte EDV-Verkabelung Verwaltung	Fertig	kon.	7.712,05	7.712,05			
234	GS	Goldberg Teilstandort Franzstraße	Franzstr. 77	Umbaumaßnahme weiterer Klassenraum		kon.	6.000,00	3.878,04	2.121,96		
235	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Umbaumaßnahme weiterer Klassenraum		inv.	22.000,00	0,00	22.000,00		
236	GS	Boloh	Weizenkamp 3	Austausch Heizkessel	Fertig	kon.	16.660,11	16.660,11			
237	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Herrichtung Oberstufenräume	Fertig	kon.	12.585,96	12.585,96	0,00		Herbstferien 2018
237.1	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Herrichtung Oberstufenräume Räume 101-105			13.000,00		13.000,00		
238	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Sanierung ehem. Lehrküche	Fertig	inv.	18.442,60	16.852,99	1.589,61		
239	GS	Astrid-Lindgren	Selbecker Str. 55	Außenliegender Sonnenschutz	Fertig	inv.	8.623,26	0,00	8.623,26		
240	Fös	Fritz-Reuter	Kapellenstr. 75	Deckenhalterung Beamer	Fertig	kon.	4.691,37	4.691,37			Neu 4 Statt 3 Anschlüsse
241	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Vorberitung Mensaterminals	Entfällt	kon.	0,00	0,00	0,00		Entfällt, da keine neuen elektr. Anschlüsse notwendig
242	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Terminals	Fertig	kon.	982,98	982,98			
243	GS	Erwin-Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Erneuerung Beleuchtung im Treppenhaus	Fertig	kon.	4.737,65	0,00	4.737,65		Maler fehlt noch
244	GS	Kuhlerkamp Turnhalle	Heinrichstr. 31	Austausch Heizungskessel	Fertig	kon.	24.424,52	21.358,70	3.065,82		
245	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Defibrillatoren		inv.	302.000,00	0,00		302.000,00	gem. HFA-Beschluss 21.06.2018
246	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Sanierung Trinkwasserinstallation		kon.	47.000,00	0,00	0,00	47.000,00	
247	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Sanierung Rettungsweg zum Gebäudeteil 4		kon.	10.000,00	0,00	10.000,00		über 60 H. Rosen durch WBH / Achtung WBH-Kosten
248	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Scheuersaugmaschine		Inv.	4.260,00	0,00	4.260,00		

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
249	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Mop-Waschmaschine		Inv.	8.920,00	0,00	8.920,00		
250	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Scheuersaugmaschine	Fertig	Inv.	4.260,13	0,00	4.260,13		
251	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Scheuersaugmaschine	Fertig	Inv.	3.070,60	0,00	3.070,60		
252	HS	Altenhagen (Gebäude Vorhalle)	Voßacker 23	Scheuersaugmaschine		Inv.	4.260,00	0,00	4.260,00		
253	RS	Halden	Lützwstr. 115-117	Installation von 10 Videobeamern		Inv.	12.000,00	0,00	12.000,00		
254	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Einbau Klimagerät im Serverraum		Inv.	4.800,00	0,00	4.800,00		
255	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umbaumaßnahme im Bestand		kon.	319.000,00	0,00	43.000,00	276.000,00	nach Neubau
256	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Installation Steckdosenwürfel		kon.	18.000,00	0,00	18.000,00		
257	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Whiteboardtafeln und Beamer		Inv.	KoSchä erforderlich	0,00			
258	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Delstern	Delsterner Str. 59	Fassadensanierung		kon.	48.000,00	0,00	48.000,00		
259	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Eigenanteil 10 %		kon.	1.110.380,00	0,00	0,00	1.110.380,00	
260	Fös	Wilhelm-Busch Filiale	Oeger Str. 64	Erneuerung Heizungskessel		kon.	25.000,00	0,00	25.000,00		
261	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Brandschutzmaßnahmen		kon.	150.000,00	0,00	150.000,00		
262	GS	K.E. Osthaus Filiale Halden	Berchumer Str. 63	Erneuerung Heizungskessel/Wärmeverteilung		kon.	32.000,00	0,00	32.000,00		
263	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Schließanlage		Inv.	118.000,00	0,00		118.000,00	
264	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Spielgeräte		Inv.	35.000,00	0,00	35.000,00		
265	Div.	RS Halden, Gym. Fichte	N.N.	Fahrradständer		Inv.	10.000,00	0,00	10.000,00		
266	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	Erneuerung Bodenbeläge (Aula u. Lehrerz.)		kon.	50.000,00	0,00	50.000,00		
267	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	Teeküche		kon.	KoSchä erforderlich	0,00			
268	GS	Boloh	Weizenkamp 3	EDV-Vernetzung		Inv.	26.000,00	0,00	26.000,00		
269	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umst. Müllentsorgung auf Unterflursystem		Inv.	15.000,00	0,00	15.000,00		
270	GS	Janusz-Korczak	Grünstr. 4	Beamerinstallation		Inv.	10.500,00	0,00	10.500,00		
271	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Errichtung einer schalldichten Falte		kon.	22.000,00	0,00	22.000,00		incl. BS-Konzept
272	GS	Helfe	Heifer Str. 76	Rampe für Rollstuhlfahrer		Inv.	9.500,00	0,00	9.500,00		
273	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Reinigungsmaschinen		Inv.	91.500,00	0,00	91.500,00		
274	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Schulhofgestaltung mit Spielgeräten		Inv.	25.000,00	0,00	25.000,00		
275	GS	Emst	Karl-Ernt-Osthaus-Str. 62	Tischtennisplatte		Inv.	3.000,00	0,00	3.000,00		
276	GS	Freiherr-vom-Stein	Lindenstr. 16a	Wippe		Inv.	2.000,00	0,00	2.000,00		
277	GS	Hestert	Schlesierstr. 36	Wippe		Inv.	2.000,00	0,00	2.000,00		
278	GS	Goldberg	Schulstr. 9-11	Teeküche		Inv.	5.000,00	0,00	5.000,00		
279	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Schulhofgestaltung mit Sitzgelegenheiten		Inv.	6.000,00	0,00	6.000,00		
280	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Einzäunung des Schulgeländes		Inv.	29.500,00	0,00	29.500,00		
281	Fös	Wilh. Busch	Obernahmer Str. 9-12	Telefonanlage		Inv.	100.000,00	0,00	100.000,00		
						Summe	27.711.518,17	5.452.557,88	13.729.705,03	8.529.255,26	

Verwendung der Sportpauschale

in EURO	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Verwendungstabelle Sportpauschale	513.548	513.438	510.866	545.750	565.745	565.745	565.745	565.745	565.745
Stand: 29.07.2019			90.000						
Vereinsanteil Kunstrasen Dahl		0							
	513.548	513.438	600.866	545.750	565.745	565.745	565.745	565.745	565.745
Investive Verwendung									
Sportentwicklungsmaßnahmen									
Umkleidegebäude Sportplatz Freiheitsplatz	46.398								
Kunstrasen Stadion Bezirkssportanlage Haspe	422.261	1.632							
Modernisierung Kanu-Slalomstrecke	39.865	0	59.517						
Ausstattung/Einrichtung Sporthallen	1.963	23.633	0	17.024	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Investive Massnahmen für vereinseigene Anlagen	60.000	107.514	71.399	114.119	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000
Anschaffung Ersatzfahrzeug SZS	48.707								
Modernisierung Sportplatz Dahl/Kunstrasen		41.187	710.278	35.060					
Basketballfeld Spiel- und Bolzplatz Bohne		51.300							
Neubau Umkleidegebäude Höing Eigenanteil									
Sanierung Sporthalle Nöhstr. Eigenanteil K III									
Sporthalle Mittelstadt Erneuerung Lüftungsanlage Eigenanteil K III				47.500					
Beregnungslage Ischelandstadion				95.000					
Austausch Basketballkörbe				45.000					
Kunstrasen Alexanderstr.				140.000	960.000				
Anbau Umkleidegebäude Alexanderstr.						300.000			
Umbau Kunstrasen Kirchenbegrstadion									
Umbau Tennenplatz Haspe									
Umbau Kleinfeld BSA Haspe									
Zwischenergebnis investive Verwendung	619.194	225.266	841.194	493.703	1.065.000	405.000	105.000	105.000	105.000
Davon Finanzierung aus investiven Krediten / Einzahlungsüberschuss	-105.646	288.172	-240.328	52.047	-499.255	160.745	460.745	460.745	460.745
Übertragene Mittel aus Vorjahren	1.409.075	1.197.204	1.457.054	1.188.459	1.057.506	379.251	360.996	642.741	924.486
Summe	1.303.429	1.485.376	1.216.726	1.240.506	558.251	539.996	821.741	1.103.486	1.385.231
Konsumtive Verwendung									
Otto - Densch-Halle Dacherneuerung Eigenanteil K III		0							
Reparatur Laufbahn Bez.- Sportanlage Haspe	64.725								
Sporthalle Mittelstadt Dachsanierung Eigenanteil K III	1.500	119							
Sporthalle Dahmsheide Fenstererneuerung/Dachsanierung Eigenanteil K III	6.000	8.685	9.267						
Sportplatz Klutert Grundinstandsetzung Heizung, Lüftung, Fenster Eigenanteil K III									
Stadion Kirchenberg Fenster- u. Fassadensanierung Eigenanteil K III	15.000	518							
Enerviearena Austausch Beleuchtung Eigenanteil K3				4.000					
Anteil Sportpauschale Kompensation HSP Maßnahme Sportstättennutzungsgebühr	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000
Zwischenergebnis konsumtive Verwendung		28.322	28.267	23.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000
Ansparung Erneuerung Kunstrasen				160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000
Ergebnis Sportpauschale	1.197.204	1.457.054	1.188.459	1.057.506	379.251	360.996	642.741	924.486	1.206.231

Verwendung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz

M A ß N A H M E N P L A N U N G für K I n v F G - Kapitel 2

Stadtbezirk	ID-Nr.	Objekt	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Hochrechnung in €	IST 2018 in €	PLAN 2019 in €	PLAN 2020 in €	PLAN 2021 in €	PLAN 2022 in €	Bemerkungen
-------------	--------	--------	------------------	--------	----------	-------------------	---------------	----------------	----------------	----------------	----------------	-------------

Maßnahmen der Stadt Hagen

Mitte												
Mitte	914000601	GS	Kuhlerkamp	Heinrichstr. 31	Fassadensanierung einschl. Vordächer	520.000		520.000				
Mitte	914000602	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Fassadensanierung	1.300.000	379.893	920.107				
Mitte		GS	Boloh	Weizenkamp 3	Fassadensanierung	4.000.000		100.000	2.000.000	1.900.000		
Mitte	914000616	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Fenstersanierung	400.000		400.000				
Mitte	914000613	Sph.	Mittelstadt	Bergischer Ring 50	Sanitäranlagenerneuerung	737.000		737.000				Gemeinsam mit der Sanierung der Lüftungsanlage. Diese wird über Kapitel 1 abgerechnet.
Mitte	914000612				Austausch der Beleuchtung	150.000		150.000				
Mitte			Schulkomplex Remberg	Eickerstr. 12	Sanierung v. Stützmauern und Treppen	70.000		70.000				
Mitte	914000620	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Schadstoffsanierung Decke Pausenhalle	216.000		216.000				
Mitte	914000619				Rückbau Lichtdecke	381.000		381.000				
Mitte		BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Oberbodensanierung Klassenräume	350.800		150.800	200.000			
Mitte	914000623	GS	E. Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Fassadensanierung	95.000		95.000				
Mitte	914000617	GS	Kuhlerkamp	Heinichstr. 31	Erneuerung Heizungskessel einschl. Wärmeverteilung	56.500		56.500				
Mitte	914000621	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Brandschutzmaßnahmen	570.000		500.000	70.000			
Mitte		BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Sanierung. Fenster- Fassade- u. Dach	800.000		110.000	690.000			Gebäude Teil C
Gesamt						9.646.300	379.893	4.406.407	2.960.000	1.900.000		

Haspe												
Haspe	914000608	GS	Friedrich-Harkort	Twittingstr. 23a	Fenster-/Fassaden-/Dachsanierung	3.600.000		100.000	3.300.000	200.000		
Haspe	914000614	Gym.	Christian-Rohlf's (ehem. HS Heubing)	Ennepeufer 1	WC Sanierung (Villa-Gebäude)	220.000		220.000				
Haspe	914000615				Brandschutzmaßnahmen	180.000	67.576	112.424				
Haspe	914000618				Erneuerung Entwässerung (Villa-Gebäude)	55.000		55.000				
Haspe	914000622	Gym.	Christian-Rohlf's	Ennepeufer 3	Dachsanierung Bauteil B	115.000		115.000				
Gesamt						4.170.000	67.576	602.424	3.300.000	200.000		

Hohenlimburg												
Hohenlimburg	914000607	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Dachsanierung	300.000	49.601	250.399				notwendige Ergänzung zum Brandschutzkonzept
Hohenlimburg	914000605	BK	Kaufmannsschule II Teilstandort Gasstraße	Gasstr. 15	Fassade, Fenster einschl. Sonnen-/ Hitze- u. Blendschutz	660.000		60.000	600.000			
Hohenlimburg	914000611	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Dachsanierung Bauteil 4	136.000		136.000				Erhöhung um 74.000 € gegenüber dem in der Vorlage 0214/2019 genannten Betrag in Höhe von 62.000 €
Gesamt						1.096.000	49.601	446.399	600.000			

Nord												
Nord	914000603	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Sanierung Parkdeck 2./3. BA	650.000	6.708	643.292				
Nord	914000604				Brandschutzmaßnahmen (3./4. BA Obergeschosse)	184.000	93.463	90.537				
Gesamt						834.000	100.171	733.829				
Summe beschlossener Maßnahmen						15.746.300	597.241	6.189.059	6.860.000	2.100.000		

Neue Maßnahme

Haspe												
Haspe		Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Schließanlage	155.000			155.000			
Summe neue Maßnahmen						155.000			155.000			
Zwischensumme						15.901.300	597.241	6.189.059	7.015.000	2.100.000		

Maßnahme anderer Schulträger

Haspe												
Haspe	914000609		Rudolf-Steiner-Schule	Enneper Str. 30	Fassadensanierung	63.637		63.637				Maßnahme abgeschlossen Angegeben ist der Förderbetrag für die Schule
Summe Maßnahme anderer Schulträger						63.637		63.637				
Gesamtsumme						15.964.937	597.241	6.252.696	7.015.000	2.100.000		

Bilanz des Vorvorjahres

Stadt Hagen
Bilanz zum 31.12.2018

				31.12.2018	31.12.2017
Aktiva				2.198.936.636,47 EUR	2.220.818.104,32 EUR
1. Anlagevermögen				1.900.579.263,09 EUR	1.995.220.765,72 EUR
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			83.378,00 EUR		25.396,00 EUR
1.2 Sachanlagen			1.442.022.056,98 EUR		1.538.562.019,51 EUR
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		95.331.119,10 EUR			95.800.080,33 EUR
1.2.1.1 Grünflächen	53.628.170,92 EUR				54.070.711,59 EUR
1.2.1.2 Ackerland	2.258.200,00 EUR				2.258.200,00 EUR
1.2.1.3 Wald, Forsten	99.566,00 EUR				99.566,00 EUR
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	39.345.182,18 EUR				39.371.602,74 EUR
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		512.852.665,29 EUR			522.599.183,88 EUR
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	29.452.431,57 EUR				29.972.876,57 EUR
1.2.2.2 Schulen	280.254.185,00 EUR				289.138.880,00 EUR
1.2.2.3 Wohnbauten	3.499.008,23 EUR				2.812.431,38 EUR
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	199.647.040,49 EUR				200.674.995,93 EUR
1.2.3 Infrastrukturvermögen		690.876.321,30 EUR			787.190.153,53 EUR
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	100.417.773,19 EUR				100.412.810,82 EUR
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	93.612.841,00 EUR				94.973.087,00 EUR
1.2.3.3 Gleisanl. mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanl.	0,00 EUR				0,00 EUR
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	3.886.644,00 EUR				3.593.652,00 EUR
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen,Plätzen u.Verkehrsenkungsanl.	470.447.441,11 EUR				564.945.370,71 EUR
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	22.511.622,00 EUR				23.265.233,00 EUR
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		0,00 EUR			0,00 EUR
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		77.206.795,25 EUR			77.206.795,25 EUR
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		8.701.561,00 EUR			9.456.096,00 EUR
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		5.687.923,00 EUR			5.922.109,00 EUR
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		51.365.672,04 EUR			40.387.601,52 EUR
1.3 Finanzanlagen			458.473.828,11 EUR		456.633.350,21 EUR
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		449.092.691,61 EUR			447.052.691,61 EUR
1.3.2 Beteiligungen		153.111,00 EUR			153.111,00 EUR
1.3.3 Sondervermögen		3.288.716,48 EUR			3.288.716,48 EUR
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		3.450.104,00 EUR			3.450.104,00 EUR
1.3.5 Ausleihungen		2.489.205,02 EUR			2.688.727,12 EUR

Stadt Hagen
Bilanz zum 31.12.2018

				31.12.2018	31.12.2017
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	1.308.884,41 EUR				1.381.528,62 EUR
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00 EUR				0,00 EUR
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00 EUR				0,00 EUR
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	1.180.320,61 EUR				1.307.198,50 EUR
2. Umlaufvermögen				180.144.754,95 EUR	138.017.776,03 EUR
2.1 Vorräte			257.666,33 EUR		260.942,83 EUR
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		257.666,33 EUR			260.942,83 EUR
2.1.2 Geleistete Anzahlungen		0,00 EUR			0,00 EUR
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			175.315.725,94 EUR		133.927.308,06 EUR
2.2.1 Öffentl.rechtl. Ford. u.Ford. aus Transferleistungen		166.069.440,54 EUR			115.659.660,58 EUR
2.2.1.1 Gebühren	4.288.908,35 EUR				3.485.000,26 EUR
2.2.1.2 Beiträge	766.428,86 EUR				666.215,49 EUR
2.2.1.3 Steuern	6.253.478,48 EUR				5.493.634,00 EUR
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	127.547.823,33 EUR				79.715.228,76 EUR
2.2.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	27.212.801,52 EUR				26.299.582,07 EUR
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen		2.788.798,07 EUR			1.639.439,51 EUR
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	536.717,00 EUR				701.675,08 EUR
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	1.057.541,66 EUR				484.663,13 EUR
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen	297.720,68 EUR				377.285,70 EUR
2.2.2.4 gegen Beteiligungen	0,00 EUR				0,00 EUR
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	896.818,73 EUR				75.815,60 EUR
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände		6.457.487,33 EUR			16.628.207,97 EUR
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens			0,00 EUR		0,00 EUR
2.4 Liquide Mittel			4.571.362,68 EUR		3.829.525,14 EUR
3. Aktive Rechnungsabgrenzung				20.009.950,97 EUR	18.311.926,35 EUR
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				98.202.667,46 EUR	69.267.636,22 EUR
Passiva				-2.198.936.636,47 EUR	-2.220.818.104,32 EUR
1.Eigenkapital				0,00 EUR	0,00 EUR
1.1 Allgemeine Rücklage			11.577.917,04 EUR		3.827.227,62 EUR
1.2 Sonderrücklagen			0,00 EUR		0,00 EUR
1.3 Ausgleichsrücklage			0,00 EUR		0,00 EUR
1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			-11.577.917,04 EUR		-3.827.227,62 EUR

Stadt Hagen
Bilanz zum 31.12.2018

				31.12.2018	31.12.2017
2. Sonderposten				-473.267.365,86 EUR	-511.332.879,80 EUR
2.1 für Zuwendungen			-352.588.146,36 EUR		-375.736.402,30 EUR
2.2 für Beiträge			-84.887.060,00 EUR		-103.141.402,80 EUR
2.3 für den Gebührenaussgleich			-3.114.461,99 EUR		-2.664.542,19 EUR
2.4 Sonstige Sonderposten			-32.677.697,51 EUR		-29.790.532,51 EUR
3. Rückstellungen				-380.474.667,98 EUR	-368.957.428,20 EUR
3.1 Pensionsrückstellungen			-346.186.852,00 EUR		-334.646.402,00 EUR
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten			-431.000,00 EUR		-431.000,00 EUR
3.3 Instandhaltungsrückstellungen			-8.066.945,69 EUR		-8.722.987,56 EUR
3.4 Sonstige Rückstellungen			-25.789.870,29 EUR		-25.157.038,64 EUR
4. Verbindlichkeiten				-1.314.789.362,10 EUR	-1.312.925.474,91 EUR
4.1 Anleihen			0,00 EUR		0,00 EUR
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen			-85.065.159,08 EUR		-88.477.494,88 EUR
4.2.1 von verbundenen Unternehmen		0,00 EUR			0,00 EUR
4.2.2 von Beteiligungen		0,00 EUR			0,00 EUR
4.2.3 von Sondervermögen		0,00 EUR			0,00 EUR
4.2.4 vom öffentlichen Bereich		-1.069.550,90 EUR			-1.338.246,83 EUR
4.2.5 vom privaten Kreditmarkt		-83.995.608,18 EUR			-87.139.248,05 EUR
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung			-1.024.980.201,57 EUR		-1.080.263.147,88 EUR
4.4 Verbindlk. aus Vorg. die Kreditaufn. wirtsch. gleichkom.			-3.664.333,74 EUR		-4.051.197,59 EUR
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			-16.769.445,59 EUR		-15.011.354,18 EUR
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen			-4.444.411,78 EUR		-4.366.208,82 EUR
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten			-179.865.810,34 EUR		-120.756.071,56 EUR
5. Passive Rechnungsabgrenzung				-30.405.240,53 EUR	-27.602.321,41 EUR

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals

Anlage gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 5 der KomHVO NRW

Nach § 1 Abs. 2 Ziff. 5 der KomHVO ist dem Haushaltsplan eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals beizufügen.

Die Ergebnisplanung weist für 2020 eine Unterdeckung von rd. 1,7 Mio. € und für 2021 eine Unterdeckung in Höhe von rd. 1,8 Mio. € aus. Die Ausgleichsrücklage, die in der Eröffnungsbilanz mit rd. 90 Mio. € ausgewiesen ist, wurde bereits im Jahr 2008 in voller Höhe verbraucht, so dass die Allgemeine Rücklage bereits seit dem ersten Jahr nach Einführung von NKF vermindert wird. Aufgrund des strukturellen Defizits ist die Überschuldung im Laufe des Jahres 2013 eingetreten.

Haushaltsjahr	Eigenkapital zum Jahresbeginn	Veränderungen	Nachrichtliche Verrechnung	Eigenkapital zum Jahresende
2017	-117.180.847 €	3.827.228 €	44.085.983 €	-69.267.636 €
2018	-69.267.636 €	11.577.917 €	-40.512.948 €	-98.202.667 €

Die Daten für 2018 beruhen auf dem vorläufigen Ergebnis 2018.

Haushaltsjahr	Voraussichtliches Eigenkapital zum Jahresbeginn	Voraussichtliche Veränderungen	Voraussichtliches Eigenkapital zum Jahresende
2019	-98.202.667 €	213.735 €	-97.988.932 €
2020	-97.988.932 €	-1.663.846 €	-99.652.779 €
2021	-99.652.779 €	-1.771.186 €	-101.423.965 €
2022	-101.423.965 €	1.896.300 €	-99.527.665 €
2023	-99.527.665 €	2.900.913 €	-96.626.751 €
2024	-96.626.751 €	3.460.943 €	-93.165.809 €

Die Daten für 2019 basieren auf dem Stand der Fortschreibung 2019.

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Art	Stand am Ende des Vorvorjahres 2018 TEUR	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2020 TEUR	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2020 / Stand zu Beginn 2021 TEUR	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 2021 TEUR
	1	2	3	3
1. Anleihen	117.500.000	117.500.000	117.500.000	117.500.000
1.1 für Investitionen	0	0	0	0
1.2 zur Liquiditätssicherung	117.500.000	117.500.000	117.500.000	117.500.000
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	85.065.159	80.098.928	106.812.849	88.975.713
2.1 von verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
2.2 von Beteiligungen	0	0	0	0
2.3 von Sondervermögen	0	0	0	0
2.4 vom öffentlichen Bereich	1.069.551	859.252	642.771	417.230
2.5 von Kreditinstituten	83.995.608	79.239.676	106.170.078	88.558.483
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	907.480.202	886.378.984	865.025.403	839.049.210
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.664.334	3.276.476	2.888.618	2.500.760
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.769.446	Stichtagsbezogene Daten, es liegen keine Ist-Zahlen vor	Stichtagsbezogene Daten, es liegen keine Ist-Zahlen vor	Stichtagsbezogene Daten, es liegen keine Ist-Zahlen vor
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.444.412	Stichtagsbezogene Daten, es liegen keine Ist-Zahlen vor	Stichtagsbezogene Daten, es liegen keine Ist-Zahlen vor	Stichtagsbezogene Daten, es liegen keine Ist-Zahlen vor
7. Sonstige Verbindlichkeiten	179.865.810	180.765.139	184.018.912	186.227.139
8. Erhaltene Anzahlungen	0	-	-	-
9. Summe aller Verbindlichkeiten	1.314.789.362	1.268.019.527	1.276.245.782	1.234.252.822
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.				

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Übersicht

über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres:	Voraussichtlich fällige Auszahlungen in Euro				
	2020	2021	2022	2023	2024
1	2	3	4	5	6
2020		13.333.000	1.425.500		
2021			4.087.000	1.400.000	0
Summe		13.333.000	5.512.500	1.400.000	0
<u>Nachrichtlich:</u>					
In der Finanzplanung vorge- sehene Kreditaufnahmen	35.813.671	26.840.419	0	0	0

Gebührenbedarfsberechnungen

Abfall

Kalkulation der Abfallgebühren 2019 (Behälter)

Anlage 1

		Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Veränderung Ist 2017 zu Plan 2019	Veränderung in %	Veränderung Plan 2018 zu Plan 2019	Veränderung in %
1	Auflösung Sonderposten für Gebührenaussgleich (+)/ Zuführung Sonderposten (-)	- 232.735 €	1.150.000 €	1.300.000 €	1.532.735 €	-658,6%	150.000 €	13,0%
2	Ertrag Vollservice (ab 2019 vgl. eigene Gebührenkalkulation)	130.853 €	200.000 €	- €	- 130.853 €	-100,0%	- 200.000 €	-100,0%
3	Gebührenbedarf/ Gebührenistaufkommen	21.521.825 €	21.998.063 €	23.832.089 €	2.310.264 €	10,7%	1.834.026 €	8,3%
4	Summe Ertrag (Zeilen 1-3)	21.419.942 €	23.348.063 €	25.132.089 €	3.712.147 €	17,3%	1.784.026 €	7,6%
5	Sperrgut	246.472 €	252.101 €	252.101 €	5.629 €	2,3%	- €	0,0%
6	Vollservice	- €	168.067 €	- €	- €	0,0%	- 168.067 €	-100,0%
7	Abfallsäcke	115.974 €	109.244 €	109.244 €	- 6.730 €	-5,8%	- €	0,0%
8	Erlöse Bringhof	478.149 €	462.185 €	462.185 €	- 15.964 €	-3,3%	- €	0,0%
9	Weißer Ware u.a.	167.293 €	176.471 €	176.471 €	9.177 €	5,5%	- €	0,0%
10	Papiervermarktung + DSD Zahlungen	1.025.840 €	924.370 €	600.000 €	- 425.840 €	-41,5%	- 324.370 €	-35,1%
11	Altkleidersammlung	42.262 €	42.017 €	42.017 €	- 245 €	-0,6%	- €	0,0%
12	Erträge HEB GmbH (Zeilen 5 - 11)	2.075.990 €	2.134.454 €	1.642.017 €	- 433.973 €	-20,9%	- 492.437 €	-23,1%
13	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- €	300 €	1.000 €	1.000 €	1000,0%	700 €	233,3%
14	Material	247.287 €	190.000 €	209.000 €	- 38.287 €	-15,5%	19.000 €	10,0%
15	Bezogene Leistungen	10.821.680 €	11.272.000 €	11.621.000 €	799.320 €	7,4%	349.000 €	3,1%
16	Personalaufwand	3.668.420 €	3.761.900 €	3.969.500 €	301.080 €	8,2%	207.600 €	5,5%
17	sonstiger betrieblicher Aufwand	201.171 €	227.400 €	227.400 €	26.229 €	13,0%	- €	0,0%
18	Abschreibungen	90.355 €	199.090 €	186.672 €	96.317 €	106,6%	- 12.418 €	-6,2%
19	Zinsen	34.045 €	85.016 €	67.070 €	33.025 €	97,0%	- 17.946 €	-21,1%
20	Interne Leistungsverrechnung (ILV) Fuhrpark	1.106.100 €	1.081.594 €	1.081.811 €	- 24.289 €	-2,2%	217 €	0,0%
21	ILV Straßenreinigung	852.577 €	750.000 €	775.000 €	- 77.577 €	-9,1%	25.000 €	3,3%
22	ILV Sondermüllsammelstelle, Papiersammlung, Wertstoffhof	404.066 €	800.000 €	700.000 €	295.934 €	73,2%	- 100.000 €	-12,5%
23	kalkulatorische Gewerbesteuer/LSP-Kürzung*	86.347 €	50.104 €	51.426 €	- 34.921 €	-40,4%	1.322 €	2,6%
24	Umlage gemeinsamer Bereich **	1.847.731 €	2.540.190 €	2.739.204 €	891.473 €	48,2%	199.014 €	7,8%
25	Unternehmerwagnis (1%)	201.307 €	209.576 €	216.291 €	14.984 €	7,4%	6.715 €	3,2%
26	Aufwand HEB GmbH (Zeilen 13 - 25)	19.561.086 €	21.167.169 €	21.845.373 €	2.284.287 €	11,7%	678.204 €	3,2%
27	Nettoergebnis der HEB GmbH	17.485.096 €	19.032.715 €	20.203.356 €	2.718.261 €	15,5%	1.170.641 €	6,2%
28	19% MWST	3.322.168 €	3.616.216 €	3.838.638 €	516.469 €	15,5%	222.422 €	6,2%
29	Bruttoaufwand für Leistungen der HEB GmbH (Zeilen 27 + 28)	20.807.264 €	22.648.931 €	24.041.994 €	3.234.730 €	15,5%	1.393.063 €	6,2%
30	Personal- und Sachkosten der Fachbereiche	612.678 €	499.132 €	1.090.095 €	477.417 €	77,9%	590.963 €	118,4%
31	Aufwand Vollservice (ab 2019 vgl. eigene Gebührenkalkulation)	- €	200.000 €	- €	- €	100,0%	- 200.000 €	-100,0%
32	Summe Aufwand (Zeilen 29 - 31)	21.419.942 €	23.348.063 €	25.132.089 €	3.712.147 €	17,3%	1.784.026 €	7,6%

* LSP = Leitlinie für Selbstkostenpreise und Preisprüfungen

** Umlage für Gebäude, Werkstatt und Verwaltung bei der HEB- GmbH

	Plan 2018	Plan 2019
Gebührenbedarf (aus Zeile 3 der Kalkulation)	21.998.063 €	23.832.089 €
Veranlagungsliter	5.820.000	5.870.000
Gebührensatz	3,779736 €	4,059981 €
gerundete Gebühr pro Liter	3,78 €	4,06 €

**Gebührenkalkulation standplatzbezogene Abfallentsorgung (Vollservice)
und Beseitigung illegaler Müllablagerungen**

		Standplatzbezogene Abfallentsorgung (Restabfall und Altpapier)		Beseitigung illegaler Müllablagerungen	
		Plan 2019		Plan 2019	
1	Auflösung Sonderposten für Gebührenaussgleich (+)/ Zuführung Sonderposten (-)		- €		- €
2	Gebührenbedarf/ Gebührenistaufkommen		238.062 €		11.951 €
3	Summe Ertrag (Zeilen 1 +2)		238.062 €		11.951 €
4	Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	- €		- €	
5	Material	- €		1.000 €	
6	Bezogene Leistungen	- €		1.000 €	
7	Personalaufwand	170.000 €		6.000 €	
8	sonstiger betrieblicher Aufwand	- €		- €	
9	Abschreibungen	- €		- €	
10	Zinsen	- €		- €	
11	Interne Leistungsverrechnung (ILV) Fuhrpark	3.300 €		700 €	
12	ILV Straßenreinigung	- €		- €	
13	ILV Sondermüllsammelstelle, Papiersammlung, Wertstoffhof	- €		- €	
14	kalkulatorische Gewerbesteuer/LSP-Kürzung*	539 €		27 €	
15	Umlage gemeinsamer Bereich **	24.232 €		1.216 €	
16	Unternehmerwagnis (1%)	1.981 €		99 €	
17	Nettoaufwand HEB GmbH (Zeilen 4 - 16)		200.052 €		10.043 €
18	19% MWST		38.010 €		1.908 €
19	Summe Aufwand (Zeilen 17 + 18)		238.062 €		11.951 €

* LSP = Leitlinie für Selbstkostenpreise und Preisprüfungen

** Umlage für Gebäude, Werkstatt und Verwaltung bei der HEB- GmbH

Berechnung der Gebührensätze**Anlage 4**

Zeile					
1	Standplatzbezogene Abfallentsorgung - Berechnung für 2019 (Restabfall)				
2	Kategorien	Summe	1	2	3
3	Fälle je Kategorie	3.550	1.000	1.250	1.300
4	Gebührenbedarf	224.103 €	34.020 €	67.025 €	123.058 €
5	Gebührensatz pro Kategorie (Zeile 4 : 3)		34,02 €	53,62 €	94,66 €

6	Standplatzbezogene Abfallentsorgung - Berechnung für 2019 (Altpapier)				
7	Kategorien	Summe	1	2	3
8	Fälle je Kategorie	1.070	470	300	300
9	Gebührenbedarf	13.905 €	3.675 €	3.699 €	6.531 €
10	Gebührensatz pro Kategorie (Zeile 9 : 8)		7,82 €	12,33 €	21,77 €

11	Entsorgung illegaler Müllablagerungen - Berechnung für 2019				
12	Abfallmenge	Summe	bis 50 l	bis 500 l	bis 1000 l
13	Fälle je Abfallmenge	138	70	38	30
14	Gebührenbedarf	11.900 €	2.100 €	3.800 €	6.000 €
15	Gebührensatz pro Abfallmenge (Zeile 14: 13)		30,00 €	100,00 €	200,00 €

Gebührenbedarf (Zusammenfassung)

Anlage 5

	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Äquivalenzziffer	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l	€/l
Rollbehälter	1,0	4,0600	3,7797	3,6899	3,5569	3,3822	3,3811	3,3046	3,2042	3,2041	3,2041	3,1244	3,0537
Großbehälter	0,7	2,8420	2,6458	2,5829	2,4898	2,3676	2,3667	2,3132	2,2429	2,2429	2,2429	2,1871	2,1376

Gebührenbedarf nach Gefäßen

Behälter	Liter	€/Gefäß													Veränderung 2018/2019	
		2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	in €	in %
Rollbehälter	60	243,60	226,78	221,39	213,41	202,80	202,86	198,28	192,25	192,25	192,25	187,46	183,23	183,22	16,81	7,41%
	80	324,80	302,38	295,19	284,55	270,48	270,49	264,37	256,34	256,33	256,33	249,95	244,30	244,30	22,42	7,41%
	120	487,20	453,57	442,79	426,83	405,60	405,73	396,55	384,50	384,49	384,49	374,93	366,45	366,44	33,63	7,41%
	240	974,40	907,14	885,58	853,66	811,44	811,46	793,10	769,01	768,99	768,99	749,85	732,90	732,89	67,26	7,41%
Großbehälter	770	2.188,33	2.037,28	1.988,83	1.917,18	1.822,32	1.822,39	1.781,18	1.727,07	1.727,02	1.727,00	1.684,05	1.645,97	1.645,94	151,05	7,41%
	1.100	3.126,19	2.910,40	2.841,19	2.738,82	2.603,28	2.603,42	2.544,54	2.467,24	2.467,15	2.467,15	2.405,78	2.351,39	2.351,34	215,79	7,41%
	2.000	5.683,97	5.291,63	5.165,80	4.979,68	4.733,28	4.733,49	4.626,44							392,34	7,41%
	2.700	7.673,36	7.143,70	6.973,83	6.722,57	6.390,00	6.390,21	6.245,69	6.055,95	6.055,79					529,66	7,41%
	3.000	8.525,96	7.937,45	7.748,70	7.469,52	7.100,16	7.100,23	6.939,66	6.728,83	6.728,65					588,51	7,41%
	4.000	11.367,95	10.583,26	10.331,60	9.959,36	9.466,80	9.466,98	9.252,88	8.971,78	8.971,53					784,69	7,41%
	5.000	14.209,93	13.229,08	12.914,50	12.449,20	11.833,68	11.833,72	11.566,10	11.214,72	11.214,42					980,86	7,41%
Gebühr Volservice Restabfallbehälter																
Kategorie 1		34,02	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	36,00	-1,98	-5,50%
Kategorie 2		53,62													17,62	48,94%
Kategorie 3		94,66													58,66	162,94%
Gebühr Volservice Altpapierbehälter			30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00						
Kategorie 1		7,82													-22,18	-73,93%
Kategorie 2		12,33													-17,67	-58,90%
Kategorie 3		21,77													-8,23	-27,43%
Entgelt Restmüllsäcke		3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	3,30	0,00	0,00%

Gebührenbedarf nach Gefäßen

Gebührenbedarf standplatzbezogene Abfallentsorgung (Volservice)

Gebührenbedarf Entsorgung illegaler Müllablagerungen

Rollbehälter 60 L	243,60 €
Rollbehälter 80 L	324,72 €
Rollbehälter 120 L	487,20 €
Rollbehälter 240 L	974,40 €

Gebühr Volservice Restabfallbehälter	
Kategorie 1	34,08 €
Kategorie 2	53,76 €
Kategorie 3	94,56 €

Kleine Kippstellen bis 50 l Abfallmenge:	30,00 €
Mittlere Kippstellen bis 500 l Abfallmenge:	100,00 €
Große Kippstellen bis 1000 l Abfallmenge:	200,00 €

Großbehälter 770 L	2.188,32 €
Großbehälter 1100 L	3.126,24 €
Großbehälter 2000 L	5.683,92 €
Großbehälter 2700 L	7.673,28 €
Großbehälter 3000 L	8.525,76 €
Großbehälter 4000 L	11.367,84 €
Großbehälter 5000 L	14.209,92 €

Gebühr Volservice Altpapierbehälter	
Kategorie 1	7,92 €
Kategorie 2	12,24 €
Kategorie 3	21,84 €

Rettungsdienst

**Entwurf der Gebührenkalkulation des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Hagen für die
Rettungsdienstgebührensatzung 2019 - Stand: 05.09.2018**

Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst				
	KTW	RTW	NEF	Gesamtkosten
1. PERSONALKOSTEN	1.12.70.42	1.12.70.40	1.12.70.41	
1.1 Einsatz/Organisation 37/1	0 €	6.002.398 €	592.642 €	6.595.040 €
1.2 Leitstellentechnik und Funk	26.295 €	72.010 €	20.223 €	118.528 €
1.3 Leitstelle	259.283 €	710.061 €	199.407 €	1.168.750 €
1.4 Rettungsdienst 37/2	73.080 €	92.891 €	102.576 €	268.546 €
1.5 Verwaltung 37/0	46.389 €	127.155 €	35.744 €	209.288 €
1.6 Technik 37/4	11.327 €	11.327 €	6.041 €	28.696 €
1.7 Atemschutzwerkstatt	4.988 €	12.469 €	4.988 €	22.445 €
Summe Personalkosten	421.362 €	7.028.312 €	961.620 €	8.411.294 €
2. SACHKOSTEN				
2.1 Betriebsanlagen				
2.1.1 Am Obergraben 20	0 €	8.250 €	0 €	8.250 €
2.1.2 Bergischer Ring 87	21.047 €	63.140 €	2.339 €	86.526 €
2.1.3 Florianstr. 2	30.138 €	44.320 €	8.864 €	83.322 €
2.1.4 Tückingstr. 2z	0 €	12.658 €	0 €	12.658 €
2.1.5 Revelstr. 1	0 €	17.994 €	0 €	17.994 €
2.1.6 Haßleyer Straße	0 €	8.631 €	0 €	8.631 €
<i>Gesamt Betriebsanlagen</i>	51.184 €	154.993 €	11.202 €	217.380 €
2.2 Fahrzeuge				
2.2.1 Fahrzeuge Notfallrettung	0 €	231.129 €	0 €	231.129 €
2.2.2 Fahrzeuge NEF	0 €	0 €	72.029 €	72.029 €
2.2.3 Fahrzeuge Krankentransport	105.794 €	0 €	0 €	105.794 €
2.2.4 Fahrzeuge Rettungsdienst	0 €	8.996 €	0 €	8.996 €
2.2.5 FZ Bauhof GWH	48 €	139 €	0 €	188 €
2.2.6 FZ Int. Dienste GWH	16 €	47 €	0 €	63 €
2.2.7 FZ Objektbetr. GWH	45 €	129 €	0 €	173 €
2.2.8 Abrollbehälter 37	0 €	2.094 €	0 €	2.094 €
2.2.9 Anhänger 37	0 €	622 €	0 €	622 €
2.2.10 Fz Großschaden	0 €	2.288 €	0 €	2.288 €
<i>Gesamt Fahrzeuge</i>	105.903 €	245.445 €	72.029 €	423.376 €
2.3 Ver- und Gebrauchsgüter				
2.3.1 Med. Sachbedarf	2.000 €	30.000 €	9.500 €	41.500 €
2.3.2 Sonstige Verbrauchsmittel	20.200 €	120.000 €	45.500 €	185.700 €
<i>Gesamt Ver- und Gebrauchsgüter</i>	22.200 €	150.000 €	55.000 €	227.200 €
2.4 Allgemeinkosten				
2.4.1 Verwaltung	2.039 €	5.589 €	1.571 €	9.199 €
2.4.2 Einsatz/Organisation 37/1	0 €	228.950 €	22.605 €	251.556 €
2.4.3 Leitstellentechnik und Funk	7.945 €	21.757 €	6.110 €	35.812 €
2.4.4 Leitstelle	75.581 €	206.983 €	58.127 €	340.692 €
2.4.5 Rettungsdienst 37/2	5.476 €	6.961 €	7.687 €	20.124 €
2.4.6 Rettungsdienst	15.506 €	42.993 €	11.982 €	70.480 €
2.4.7 Technik 37/4	895 €	895 €	478 €	2.268 €
2.4.8 Vorbeugende Gefahrenabwehr	3.474 €	9.554 €	2.606 €	15.634 €
2.4.9 Atemschutzwerkstatt	1.849 €	4.624 €	1.849 €	8.323 €
2.4.10 Verwaltungsgemeinkosten	8.674 €	144.686 €	19.796 €	173.157 €
2.4.11 EDV-Kosten inkl. Betreuung	29.058 €	83.127 €	22.348 €	134.533 €
2.4.12 Versicherungen	4 €	69 €	9 €	82 €
2.4.13 Finanzw./Schuldenm. - Beratung Steuern und Gebühren	1.286 €	21.449 €	2.935 €	25.669 €
2.4.14 Freiwillige Feuerwehr	9 €	152 €	21 €	182 €
2.4.15 Fortbildungen	597 €	9.966 €	1.364 €	11.927 €
2.4.16 30-Stunden-Fortbildung	2.292 €	38.228 €	5.230 €	45.750 €
2.4.17 Ausbildung Notfallsanitäter	0 €	798.552 €	0 €	798.552 €
2.4.18 Unterhaltung sonst.bew.Vermögen durch Fachämter	3.500 €	20.000 €	4.000 €	27.500 €
2.4.19 Erstattungen an priv. Unternehmen und Gemeinden	0 €	1.500 €	125.000 €	126.500 €
2.4.20 Gestellungsverträge LNA	0 €	0 €	33.500 €	33.500 €
<i>Gesamt Allgemeinkosten</i>	158.187 €	1.646.035 €	327.217 €	2.131.439 €
2.5 Bekleidung				
2.5.1 Beschaffung, Reinigung	64.784 €	87.844 €	84.549 €	237.177 €
<i>Gesamt Bekleidung</i>	64.784 €	87.844 €	84.549 €	237.177 €
Summe Sachkosten	402.258 €	2.284.317 €	549.998 €	3.236.573 €
3 INVESTIVE KOSTEN				
3.1 Abschreibungen				
3.1.1 Gebäude und Außenanlagen				

**Entwurf der Gebührenkalkulation des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Hagen für die
Rettungsdienstgebührensatzung 2019 - Stand: 05.09.2018**

3.1.1.1	Am Obergraben 20 - 10603	0 €	9.059 €	0 €	9.059 €
3.1.1.2	Bergischer Ring 87 - 10604	9.328 €	27.983 €	1.036 €	38.348 €
3.1.1.3	Florianstraße 2 - 10622	17.974 €	26.960 €	4.493 €	49.428 €
3.1.1.4	Tückingstraße 2 z - 10624	0 €	10.229 €	0 €	10.229 €
3.1.1.5	Revelstraße 1 - 10625	0 €	14.341 €	0 €	14.341 €
3.1.1.6	Haßleyer Straße - 10627	0 €	6.645 €	0 €	6.645 €
3.1.2	Inventar, Maschinen u. Geräte	12.114 €	33.588 €	9.361 €	55.063 €
	<i>Gesamt Abschreibungen, Teil 1</i>	39.415 €	128.806 €	14.891 €	183.112 €
3.1.3	Fahrzeuge	89.971 €	386.718 €	60.595 €	537.284 €
3.1.4	Funk	37.536 €	102.794 €	28.868 €	169.198 €
3.1.5	EDV-Anlagen	1.833 €	5.020 €	1.410 €	8.262 €
3.1.6	Med. Gerät	5.622 €	15.589 €	4.344 €	25.555 €
3.1.7	GWG Med. Gerät	3.399 €	9.425 €	2.627 €	15.450 €
	<i>Gesamt Abschreibungen, Teil 2</i>	138.361 €	519.545 €	97.843 €	755.749 €
	<i>AfA-Gesamtkosten</i>	177.776 €	648.351 €	112.734 €	938.861 €
3.2	Kalkulatorische Zinsen				
3.2.1	Am Obergraben 20 - 10603	0 €	25.572 €	0 €	25.572 €
3.2.2	Bergischer Ring 87 - 10604	6.375 €	19.125 €	708 €	26.208 €
3.2.3	Florianstraße 2 - 10622	46.074 €	69.111 €	11.518 €	126.703 €
3.2.4	Tückingstraße 2 z - 10624	0 €	30.047 €	0 €	30.047 €
3.2.5	Revelstraße 1 - 10625	0 €	41.053 €	0 €	41.053 €
3.2.6	Haßleyer Straße - 10627	0 €	20.737 €	0 €	20.737 €
3.2.7	Inventar, Maschinen u. Geräte	324 €	899 €	251 €	1.474 €
	<i>kalkulatorische Zinsen Gesamtkosten</i>	52.773 €	206.545 €	12.477 €	271.795 €
	Summe Investive Kosten	230.549 €	854.896 €	125.211 €	1.210.656 €
4	KOSTEN DER HILFSORGANISATIONEN	678.000 €	780.300 €	238.900 €	1.458.300 €
5	KOSTEN NOTARZTDIENST				
5.1	Kosten Notarztdienst			458.000 €	458.000 €
5.2	Rufbereitschaft organisatorische Leiter Rettungsdienst			6.867 €	6.867 €
	Summe Kosten der Notärzte			464.867 €	464.867 €
	BRUTTOGESAMTKOSTEN	1.732.169 €	10.947.825 €	2.340.596 €	15.020.591 €
6	KOSTENABZÜGE				
6.1	Erstattung Ausbildung	0 €	0 €	0 €	0 €
6.2	Zuschüsse / Zuweisungen	0 €	0 €	0 €	0 €
6.3	Finanzerträge	0 €	0 €	0 €	0 €
6.4	Versicherungsleistungen	1.987 €	25.448 €	1.086 €	28.521 €
6.5	Verkaufserlöse	0 €	5.000 €	0 €	5.000 €
	Summe Abzüge	1.987 €	30.448 €	1.086 €	33.521 €
	ZWISCHENSUMME	1.730.182 €	10.917.378 €	2.339.510 €	14.987.070 €
7	Überdeckung (+) / Unterdeckung (-)	-250.535 €	-1.580.866 €	-338.768 €	-2.170.169 €
	GESAMTKOSTEN	1.980.717 €	12.498.244 €	2.678.278 €	17.157.239 €
	Einsätze (Dreijahresdurchschnitt 2015-2017 als Referenz)	7.032	20.410	5.656	33.098
	Kosten je Einsatz	282 €	612 €	474 €	
		KTW	RTW	NEF	

Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren

		Ist 2017		Plan 2018		Plan 2019		Veränderung Ist 2017 zu Plan 2019	Veränderung in %	Veränderung Plan 2018 zu Plan 2019	Veränderung in %
1	Auflösung Sonderposten für Gebührenaussgleich (+)/ Zuführung Sonderposten (-)	-	132.567 €	-	1.000.000 €	-	580.000 €	- 447.433 €	337,5%	420.000 €	-42,0%
2	Gebührenbedarf		4.401.880 €		5.183.277 €		5.200.986 €	799.106 €	18,2%	17.709 €	0,3%
3	Summe Ertrag (Zeilen 1 + 2)		4.269.313 €		4.183.277 €		4.620.986 €	351.673 €	8,2%	437.709 €	10,5%
4	Sonderleistungen Verkäufe	4.501 €		500 €		500 €		- 4.001 €	-88,9%	- €	0,0%
5	Sommerreinigung aussern. geschlossener Ortschaften	42.080 €		20.000 €		20.000 €		- 22.080 €	-52,5%	- €	0,0%
6	Marktreinigung	71.997 €		95.000 €		95.000 €		23.003 €	31,9%	- €	0,0%
7	Reinigung städtischer Grundstücke	114.631 €		120.000 €		120.000 €		5.369 €	4,7%	- €	0,0%
8	Erstattung Stadtsauberkeit	195.123 €		156.000 €		156.000 €		- 39.123 €	-20,1%	- €	0,0%
9	Erträge HEB GmbH (Zeilen 4 bis 8)		428.332 €		391.500 €		391.500 €	- 36.832 €	-8,6%	- €	0,0%
10	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	15.057 €		17.900 €		16.400 €		1.343 €	8,9%	- 1.500 €	-8,4%
11	Material	72.137 €		76.000 €		83.000 €		10.863 €	15,1%	7.000 €	9,2%
12	Bezogene Leistungen	357.630 €		354.700 €		378.000 €		20.370 €	5,7%	23.300 €	6,6%
13	Personalaufwand	3.444.282 €		3.394.650 €		3.577.000 €		132.718 €	3,9%	182.350 €	5,4%
14	sonstiger betrieblicher Aufwand	66.484 €		107.000 €		123.000 €		56.516 €	85,0%	16.000 €	15,0%
15	Abschreibungen	41.619 €		19.969 €		31.874 €		- 9.746 €	-23,4%	11.905 €	59,6%
16	Zinsen	20.769 €		6.371 €		9.658 €		- 11.112 €	-53,5%	3.286 €	51,6%
17	Interne Leistungsverrechnung (ILV) Fuhrpark	879.347 €		708.820 €		829.265 €		- 50.082 €	-5,7%	120.445 €	17,0%
18	ILV Straßenreinigung	- 1.078.738 €		- 975.000 €		- 1.000.000 €		78.738 €	7,3%	- 25.000 €	-2,6%
19	kalkulatorische Gewerbesteuer/LSP-Kürzung*	22.748 €		13.439 €		13.534 €		- 9.214 €	-40,5%	95 €	0,7%
20	Umlage gemeinsamer Bereich **	799.064 €		786.008 €		887.557 €		88.493 €	11,1%	101.549 €	12,9%
21	Unternehmerwagnis (1%)	43.429 €		45.099 €		49.553 €		6.124 €	14,1%	4.454 €	9,9%
22	Aufwand HEB GmbH (Zeilen 10 bis 21)		4.683.827 €		4.554.957 €		5.004.841 €	321.014 €	6,9%	449.884 €	9,9%
23	Nettoergebnis der HEB GmbH (Zeilen 22 - 9)		4.255.495 €		4.163.457 €		4.613.341 €	357.846 €	8,4%	449.884 €	10,8%
24	19% MWST		808.544 €		791.057 €		876.535 €	67.991 €	8,4%	85.478 €	10,8%
25	Bruttoaufwand für Leistungen der HEB GmbH (Zeilen 23 +24)		5.064.039 €		4.954.513 €		5.489.875 €	425.837 €	8,4%	535.362 €	10,8%
26	Personal- und Sachkosten der Fachbereiche		198.273 €		201.648 €		205.691 €	7.418 €	3,7%	4.043 €	2,0%
27	Summe Aufwand (Zeilen 25 + 26)		5.262.311 €		5.156.162 €		5.695.566 €	433.255 €	8,2%	539.405 €	10,5%
28	davon Allgemeininteressenanteil zu Lasten der Stadt Hagen		992.999 €		972.884 €		1.074.580 €	81.581 €	8,2%	101.696 €	10,5%
29	davon Anteil Gebührenhaushalt		4.269.313 €		4.183.277 €		4.620.986 €	351.673 €	8,2%	437.709 €	10,5%

*LSP = Leitlinie für Selbstkostenpreise und Preisprüfungen

** Umlage für Gebäude, Werkstatt und Verwaltung bei der HEB- GmbH

Zeile					
1	Berechnung für 2018 nach Straßenklassen				
2	Straßenklassen	Summe	W	I	U
3	Veranlagungsmeter je Straßenklasse	1.124.500	781.000	252.000	91.500
4	Prozentualer Allgemeininteressenanteil		15%	25%	35%
5	Gesamtaufwand HEB und Stadt (aus Zeile 27 der Kalkulation) aufgeteilt nach anteiligen Veranlagungsmeter je Straßenklasse (vgl. Zeile 3)	5.156.162 €	3.581.114 €	1.155.494 €	419.554 €
6	abzgl. Allgemeininteressenanteil (vgl. Zeile 28 der Kalkulation) prozentual (vgl. Zeile 4) bezogen auf den Aufwand je Straßenklasse (vgl. Zeile 5)	972.884 €	537.167 €	288.873 €	146.844 €
7	Zwischenergebnis Anteil Gebührenhaushalt je Straßenklasse (Zeile 5 - 6)	4.183.277 €	3.043.947 €	866.620 €	272.710 €
8	abzgl. Auflösung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich (vgl. Zeile 1 der Kalkulation) nach anteiligen Veranlagungsmetern je Straßenklasse (vgl. Zeile 3)	- 1.000.000 €	- 694.531 €	- 224.100 €	- 81.369 €
9	Gebührenaufkommen je Straßenklasse (Zeile 7 - 8)	5.183.277 €	3.738.477 €	1.090.720 €	354.080 €
10	Gebührensatz pro Veranlagungsmeter je Straßenklasse (Zeile 9 : 3)		4,79 €	4,33 €	3,87 €

11	Berechnung für 2019 nach Straßenklassen				
12	Straßenklassen	Summe	W	I	U
13	Veranlagungsmeter je Straßenklasse	1.127.500	783.500	252.000	92.000
14	Prozentualer Allgemeininteressenanteil		15%	25%	35%
15	Gesamtaufwand HEB und Stadt (aus Zeile 27 der Kalkulation) aufgeteilt nach anteiligen Veranlagungsmeter je Straßenklasse (vgl. Zeile 13)	5.695.566 €	3.957.850 €	1.272.978 €	464.738 €
16	abzgl. Allgemeininteressenanteil (vgl. Zeile 28 der Kalkulation) prozentual (vgl. Zeile 14) bezogen auf den Aufwand je Straßenklasse (vgl. Zeile 15)	1.074.580 €	593.678 €	318.245 €	162.658 €
17	Zwischenergebnis Anteil Gebührenhaushalt je Straßenklasse (Zeile 15 - 16)	4.620.986 €	3.364.173 €	954.734 €	302.080 €
18	abzgl. Auflösung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich (vgl. Zeile 1 der Kalkulation) nach anteiligen Veranlagungsmetern je Straßenklasse (vgl. Zeile 13)	- 580.000 €	- 403.042 €	- 129.632 €	- 47.326 €
19	Gebührenaufkommen je Straßenklasse (Zeile 17 - 18)	5.200.986 €	3.767.215 €	1.084.365 €	349.406 €
20	Gebührensatz pro Veranlagungsmeter je Straßenklasse (Zeile 19 : 13)		4,81 €	4,30 €	3,80 €

		Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Veränderung Ist 2017 zu Plan 2019	Veränderung in %	Veränderung Plan 2018 zu Plan 2019	Veränderung in %
1	Auflösung Sonderposten für Gebührenaussgleich (+)/ Zuführung Sonderposten (-)	- 362.388 €	1.500.000 €	1.195.000 €	1.557.388 €	-429,8%	- 305.000 €	-20,3%
2	Gebührenbedarf	1.132.329 €	105.875 €	101.075 €	- 1.031.254 €	-91,1%	- 4.800 €	-4,5%
3	Summe Ertrag (Zeilen 1 + 2)	769.941 €	1.605.875 €	1.296.075 €	526.133 €	68,3%	- 309.800 €	-19,3%
4	Winterdienst außerhalb geschlossener Ortschaften	209.327 €	180.000 €	180.000 €	- 29.327 €	-14,0%	- €	0,0%
5	Reinigung städtischer Grundstücke	27.045 €	30.000 €	30.000 €	2.955 €	10,9%	- €	0,0%
6	Erträge HEB GmbH (Zeilen 4 + 5)	236.372 €	210.000 €	210.000 €	- 26.372 €	-11,2%	- €	0,0%
7	Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	18 €	100 €	100 €	82 €	464,3%	- €	0,0%
8	Material	17.916 €	25.000 €	15.000 €	- 2.916 €	-16,3%	- 10.000 €	-40,0%
9	Bezogene Leistungen	208.250 €	596.000 €	596.000 €	387.750 €	186,2%	- €	0,0%
10	Personalaufwand	201.444 €	241.250 €	175.000 €	- 26.444 €	-13,1%	- 66.250 €	-27,5%
11	sonstiger betrieblicher Aufwand	21.587 €	28.000 €	23.500 €	1.913 €	8,9%	- 4.500 €	-16,1%
12	Abschreibungen	7.447 €	25.000 €	10.000 €	2.553 €	34,3%	- 15.000 €	-60,0%
13	Zinsen	1.319 €	7.500 €	2.500 €	1.181 €	89,5%	- 5.000 €	-66,7%
14	Interne Leistungsverrechnung (ILV) Fuhrpark	409.334 €	595.000 €	430.000 €	20.666 €	5,0%	- 165.000 €	-27,7%
15	kalkulatorische Gewerbesteuer/LSP-Kürzung*	- 5.808 €	2.165 €	- 3.805 €	2.003 €	-34,5%	- 5.971 €	-275,8%
16	Umlage gemeinsamer Bereich **	131.744 €	374.982 €	303.900 €	172.156 €	130,7%	- 71.081 €	-19,0%
17	Unternehmerwagnis (1%)	18.761 €	18.950 €	15.522 €	- 3.239 €	-17,3%	- 3.428 €	-18,1%
18	Aufwand HEB GmbH (Zeilen 7 bis 17)	1.012.011 €	1.913.947 €	1.567.716 €	555.705 €	54,9%	- 346.231 €	-18,1%
19	Nettoergebnis der HEB GmbH (Zeilen 18 - 6)	775.640 €	1.703.947 €	1.357.716 €	582.076 €	75,0%	- 346.231 €	-20,3%
20	19% MWST	147.372 €	323.750 €	257.966 €	110.594 €	75,0%	- 65.784 €	-20,3%
21	Bruttoaufwand für Leistungen der HEB GmbH (Zeilen 19 + 20)	923.011 €	2.027.696 €	1.615.682 €	692.671 €	75,0%	- 412.014 €	-20,3%
22	Personal- und Sachkosten der Fachbereiche	103.577 €	113.471 €	112.418 €	8.841 €	8,5%	- 1.053 €	-0,9%
24	Summe Aufwand (Zeilen 21 + 22)	1.026.588 €	2.141.166 €	1.728.100 €	701.511 €	68,3%	- 413.066 €	-19,3%
25	davon Allgemeininteressenanteil zu Lasten der Stadt Hagen	256.647 €	535.292 €	432.025 €	175.378 €	68,3%	- 103.267 €	-19,3%
26	davon Anteil Gebührenzahler	769.941 €	1.605.875 €	1.296.075 €	526.133 €	68,3%	- 309.800 €	-19,3%

*LSP = Leitlinie für Selbstkostenpreise und Preisprüfungen

** Umlage für Gebäude, Werkstatt und Verwaltung bei der HEB- GmbH

1. Frontmeter

WDS	Meter/Plan 2019	Meter/Plan 2018
A	367.000	367.000
B	136.000	136.500
C	282.000	281.000
Gesamt	785.000	784.500

2. Ermittlung der geleisteten Stunden im Winterdienst in der jeweiligen Stufe (Durchschnitt der letzten 3 Jahre)

WDS	Stunden	KM	Std./Km	%	
A	1.055,35	367,12	2,87	100%	
B	220,88	136,20	1,62	56%	von A
C	35,39	281,69	0,13	4%	von A
Gesamt	1.311,62	785,01			

3. Berechnung des Gebührensatzes

A) Ermittlung des Gebührenaufwandes

Gesamtaufwand	1.728.099,64
Anteil Allgemeininteresse	-432.024,91
Entnahme Sonderposten für Gebühren	-1.195.000,00

B) Ermittlung der gewichteten Frontmeter und des jeweiligen Gebührenaufkommens nach gewichteten Frontmeter

WDS	Meter	%	gewichtete Frontmeter		Gebührensatz(C)		Gebührenaufkommen
A	367.000	100%	367.000	X	3,7892881644 €	=	1.390.668,76 €
B	136.000	56%	76.723	X	3,7892881644 €	=	290.724,92 €
C	282.000	4%	12.326	X	3,7892881644 €	=	46.705,96 €
Summe			456.049				1.728.099,64 €

C) Ermittlung des Gebührensatzes je lfd. Meter

Formel	$\frac{\text{Aufwand für Gebühr (A)} \quad 1.728.099,64 \text{ Euro}}{\text{Gewichtete Frontmeter (B)} \quad 456.049 \text{ Meter}} = 3.7892881644 \text{ €/m}$
--------	---

4. Verteilung des Anteils Allgemeininteresse (3.A)

WDS	Gebührenaufkommen nach 3.B		Anteil in %	in €	Gebührenbedarf nach Abzug des Anteils Allgemeininteresse
A	1.390.668,76 €	abzüglich	83,33%	- 360.006,36 €	1.030.662,40 €
B	290.724,92 €		16,67%	- 72.018,55 €	218.706,37 €
C	46.705,96 €		0,00%	- €	46.705,96 €
Summe	1.728.099,64 €		100,00%	- 432.024,91 €	1.296.074,73 €

5. Verteilung der Auflösung/ Zuführung des Sonderpostens (Sopo) für den Gebührenausgleich

WDS	Gebührenaufkommen nach 4.		Auflösung/ Zuführung Sopo	Gebührenaufkommen nach Entnahme/ Zuführung
A	1.030.662,40 €	abzüglich/ zuzüglich	- 961.662,82 €	68.999,58 €
B	218.706,37 €		- 201.039,50 €	17.666,87 €
C	46.705,96 €		- 32.297,69 €	14.408,27 €
Summe	1.296.074,73 €		- 1.195.000,00 €	101.074,73 €

6. Ermittlung des Gebührensatzes je lfd. Meter in den drei Winterdienstklassen

WDS	Gebührenbedarf	Frontmeter	Gebührensatz /lfd. Meter
A	68.999,58 €	367.000	0,1880098 €
B	17.666,87 €	136.000	0,1299035 €
C	14.408,27 €	282.000	0,0510932 €

Der Gebührensatz für die Winterdienstgebühr beträgt somit in der

	2019	2018	Veränderung in Euro und Prozent	
WDS A	0,19 €	0,22 €	-0,03 €	-11,91%
WDS B	0,13 €	0,07 €	0,06 €	79,34%
WDS C	0,05 €	0,06 €	-0,01 €	-16,46%

WDS = Winterdienststufe

Anlage 5: Erläuterung zu der Berechnung der Winterdienstgebühr

1. Ermittlung der Frontmeter in den einzelnen Winterdienststufen (WDS). Es gibt die Stufen A (höchste Winterwartungspriorität), B (nachrangige Winterwartungspriorität) und C (ausschließlich im Interesse der Anlieger).
2. Die in den einzelnen Stufen geleisteten Stunden werden durch die Kilometer im Durchschnitt der letzten drei Jahre geteilt. So erhält man Stunden pro Kilometer. Stufe A wird als Maßstab zu 100 % festgestellt und dient als Basis für das Verhältnis zu B und C.
3. Berechnung des Gebührensatzes
 - A) Von dem Gesamtaufwand (1.728.099,64 €) wird der Allgemeininteressenanteil (-432.024,91 €) errechnet und zur Kenntnis neben der vorgesehenen Auflösung/Zuführung des Sonderpostens für Gebühren (-1.195.000,00 €) ausgewiesen.
 - B) Danach werden die Frontmeter im Verhältnis zueinander gewichtet und mit dem Gebührensatz, der aus der Division Aufwand (A) durch gewichtete Frontmeter
 - C) entsteht, multipliziert. So entsteht das Gebührenaufkommen in den einzelnen WDS, das in Summe den Gesamtaufwand decken würde.

4. Verteilung des Allgemeininteressenanteils

Der Gesamtaufwand der Winterwartung muss in dem Umfang von der Stadt aus allgemeinen Haushaltsmitteln getragen werden, wie ein öffentliches Interesse an der Winterwartung besteht. Der Restaufwand ist durch die Gebührenzahler zu tragen. Der Allgemeininteressenanteil reduziert den Gebührenbedarf der Stufen A und B. Da in Stufe C keine Reinigung im öffentlichen Interesse stattfindet, erhält diese Stufe auch keine Entlastung.

Der so ermittelte Gebührenbedarf nach Abzug des Allgemeininteressenanteils in den einzelnen Stufen ergibt das Gebührenaufkommen (1.296.074,73 €).

5. Verteilung der Auflösung/ Zuführung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich

Die Entnahme/ Zuführung von Gebührenüberschüssen bzw. -unterdeckungen aus Vorjahren erfolgt unter Berücksichtigung der Aufteilung nach gewichteten Frontmetern.

6. Zur Ermittlung des Gebührensatzes pro laufenden Frontmeter wird der Gebührenbedarf nach Abzug des Allgemeininteressenanteils und nach Auflösung des Sonderpostens durch die jeweiligen Frontmeter in den einzelnen Stufen dividiert.

Märkte

Kalkulation der Marktstandsgebühr ab 2015

Aufwand

Personal- und Versorgungsaufwand		109.900,00 €
davon Personalaufwand	103.850,00 €	
davon Versorgungsaufwand	6.050,00 €	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		91.000,00 €
davon Unterhaltung / Bewirtschaftung Infrastrukturverm.	91.000,00 €	
davon Sonstige Energiekosten	0,00 €	
Bilanzielle Abschreibungen		961,00 €
Sonstige Aufwendungen		11.085,00 €
davon Sonstige Miet- und Pacht aufwendungen	2.500,00 €	
davon Sonst. Aufw. Inanspruchnahme v. Diensten	7.500,00 €	
davon Versicherungen, Reisekosten etc.	1.085,00 €	
Interne Leistungsverrechnung		32.625,00 €
davon Personal- und Sachkosten (Amtsoverhead)	15.350,00 €	
davon Verwaltungsweite Verrechnungen	17.275,00 €	
Summe Aufwand		245.571,00 €

Ertrag

Zuwendungen u. allgem. Umlagen	142,00 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000,00 €
Kostenerstattungen (Erstattung sonst. Energiekosten)	0,00 €
Sonstige ordentliche Erträge (Buß-, Verwarngelder etc.)	807,00 €
Summe Ertrag	1.949,00 €

	Netto	MWST	Brutto
Gebührenbedarf	243.622,00 €	46.288,18 €	289.910,18 €
abzüglich Überdeckung 2010	- 3.643,07 €		
zuzüglich Unterdeckung 2011	4.750,96 €		
zuzüglich Unterdeckung 2012	4.935,08 €		
zuzüglich Unterdeckung 2013	14.101,33 €		
Gesamtgebührenbedarf inkl. Ausgleich Vorjahre	263.766,30 €		
davon Benutzungsgebühr Fahrzeuganteil	18.500,00 €	3.515,00 €	22.015,00 €
davon Gebührenbedarf zur Umlage auf Marktmet	245.266,30 €	46.600,60 €	291.866,90 €

Marktmet

67.500

	Netto	MWST	Brutto
Gebühr pro lfd. Meter	3,6336 €	0,6904 €	4,3240 €
gerundete Gebühr pro lfd. Meter	3,60 €	0,70 €	4,30 €

Stellenplan

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020

Teil A: Beamte

Teil A I. Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Ist-Besetzung am 30.06.2019
Wahlbeamte	B9	1,00	1,00	1,00
	B6	1,00	1,00	1,00
	B5	1,00	1,00	1,00
	B4	2,00	2,00	2,00
	Summe	5,00	5,00	5,00
L2 E2	A16	10,00	10,00	9,79
	A15	11,50	10,50	8,59
	A14	26,00	21,00	21,48
	A13L2E2	22,50	24,50	22,25
	Summe	70,00	66,00	62,11
L2 E1	A13L2E1	8,50	21,00	19,13
	A12	27,50	75,00	62,57
	A11	78,00	106,00	94,04
	A10L2E1	120,50	125,00	116,65
	A9L2E1	124,00	9,50	7,38
	Summe	358,50	336,50	299,77
L1 E2	A9L1E2Z	25,00	26,00	25,10
	A9L1E2	118,50	113,00	110,95
	A8	119,00	112,50	98,15
	A7	53,50	53,50	33,24
	A6	1,00	1,00	0,77
	Summe	317,00	306,00	268,22
Insgesamt		750,50	713,50	635,11

Teil A: Beamte

Teil A II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Ist-Besetzung am 30.06.2019
L2 E2	A16	0,00	1,00	1,00
	A14	1,00	5,00	4,00
	Summe	1,00	6,00	5,00
L2 E1	A13L2E1	0,00	4,00	3,00
	A12	1,00	4,00	4,00
	A11	9,00	17,00	11,65
	A10L2E1	32,50	32,50	26,98
	Summe	42,50	57,50	45,63
L1 E2	A7	1,00	1,00	1,00
	Summe	1,00	1,00	1,00
Insgesamt		44,50	64,50	51,63
Insgesamt AI + AII		795,00	778,00	686,74

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Teil B I. Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Ist-Besetzung am 30.06.2019
TVÖD VKA	E15UE	3,00	3,00	3,00
	E15	8,00	8,00	8,14
	E14	18,50	14,50	12,67
	E13	15,00	14,00	12,66
	E12	40,50	27,50	25,70
	E11	115,50	90,50	82,88
	E10	81,50	54,50	51,66
	E09C	66,00	55,50	55,18
	E09B	63,88	57,38	57,25
	E09A	82,50	71,00	67,04
	E08NFS	10,00	10,00	9,50
	E08	163,50	156,00	140,40
	E07	123,00	92,00	87,48
	E06	143,16	158,65	146,23
	E05	59,46	60,46	56,03
	E04	16,00	12,00	10,07
	E03	19,00	21,00	14,44
	E02-E08	0,00	4,00	4,00
	E02-E06	6,00	21,00	18,96
	E02-E05	4,00	6,50	6,26
	E02	22,74	25,24	19,39
	E01	160,00	160,00	143,53
	Summe		1.221,24	1.122,73

Prakt.Soz/Erz BT-V	SOZARB	28,00	28,00	11,00
	Summe	28,00	28,00	11,00

BT-V Soz.&Erz.Dienst	S18	2,00	2,00	2,00
	S17	10,50	8,50	8,00
	S16	6,00	2,00	2,00
	S15	34,50	24,50	23,36
	S14	40,00	33,50	30,88
	S13	18,00	20,00	20,51
	S12	33,00	30,50	25,86
	S11B	49,50	54,00	43,53
	S10	1,00	13,00	14,27
	S09	8,00	0,00	0,00
	S08B	2,00	2,00	2,00
	S08A	149,50	118,50	108,68
	S07	0,00	4,00	4,00
	S04	63,00	57,50	55,26
	Summe	417,00	370,00	340,36

Insgesamt		1.666,24	1.520,73	1.383,82
------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Teil B II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2020	Zahl der Stellen 2019	Ist-Besetzung am 30.06.2019
TVÖD VKA	E13	0,00	3,00	3,00
	E12	1,00	9,00	7,00
	E11	0,00	20,50	19,90
	E10	3,00	27,50	23,01
	E09C	77,37	61,00	56,38
	E09B	1,00	8,00	7,64
	E08	16,00	15,00	13,52
	E07	4,00	4,00	3,74
	E06	2,00	1,50	1,50
	E05	3,00	3,00	1,77
	Summe		107,37	152,50

Azubi TVöD	AZUBI	0,00	10,00	8,00
	Summe	0,00	10,00	8,00

Insgesamt		107,37	162,50	145,47
------------------	--	---------------	---------------	---------------

Insgesamt BI + BII		1.773,61	1.683,23	1.529,29
---------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Insgesamt AI + BI		2.416,74	2.234,23	2.018,93
--------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Insgesamt AII + BII		151,87	227,00	197,10
----------------------------	--	---------------	---------------	---------------

Insgesamt AI + AII + BI + BII		2.568,61	2.461,23	2.216,03
--------------------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung

I. Beamte
Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte				L2 E2				L2 E1				L1 E2				Summe		
		B9	B6	B5	B4	A16	A15	A14	A13L2E2	A13L2E1	A12	A11	A10L2E1	A9L2E1	A9L1E2Z	A9L1E2	A8		A7	A6
1110	1.11.10 - Politische Gremien	1,00					1,00		1,00		1,00	2,00								6,00
1111	1.11.11 - Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit					1,00			1,00						1,00	0,50				3,50
1112	1.11.12 - Besondere Dienste für Gesamtverwaltung											1,00								1,00
1113	1.11.13 - Prüfungen						1,00				0,50	4,00	6,50							12,90
1114	1.11.14 - Personal- und Organisationsmanagement					1,00		1,00	3,50	1,00	9,50	10,00		1,00	1,00	1,00	1,00	2,00	39,50	
1115	1.11.15 - PLAUNG UND EINSATZ DER DATENVERARBEITUNG					1,00		4,00	4,00	4,00	9,00								22,00	
1116	1.11.16 - Zentrale Dienste						1,00				1,00				1,00				3,00	
1117	1.11.17 - BESCHÄFTIGTENVERTRETUNG							1,00							1,00				2,00	
1118	1.11.18 - Rechtsangelegenheiten						2,00	2,00	0,50			3,00	0,50						8,00	
1119	1.11.19 - BÜRGERÄMTER									1,00	2,00		2,00			3,00	3,50	1,00	12,50	
1120	1.11.20 - Finanzmanagement					1,00		1,00		2,00	5,00	10,00							19,00	
1121	1.11.21 - FINANZBUCHHALTUNG								1,00	1,00	3,00	2,00	1,50		1,00	1,00	2,00	1,00	12,50	
1122	1.11.22 - STEUERVERWALTUNG								1,00	1,00	2,00	5,50			1,00	1,50			12,90	
1123	1.11.23 - Verwaltung der Liegenschaften									1,00	2,00	2,00	2,00						7,00	
1124	1.11.24 - ZENTRALE BESCHAFFUNGSSTELLE/POSTSTELLE									1,00	0,50	3,00		1,00	2,00	1,00			8,50	
1125	1.11.25 - DRUCKEREI									1,00									1,00	
1130	1.11.30 - Gebäudewirtschaft					1,00		2,00	1,00	1,00	5,00	8,00			0,50	1,00			19,50	
1142	1.11.42 - VORSTANDSBEREICH 2		1,00						1,00										2,00	
1143	1.11.43 - VORSTANDSBEREICH 3				1,00														1,00	
1144	1.11.44 - VORSTANDSBEREICH 4				1,00														3,00	
1145	1.11.45 - VORSTANDSBEREICH 5			1,00							1,50	1,00							3,50	
1150	1.11.50 - BETEILIGUNGSCONTROLLING									1,00	1,00								2,90	
9996	1.99.96 - HABEQ (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)												1,00						1,00	
9997	1.99.97 - HAGENER ENTSORGUNGSBETRIEB (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)									1,00	1,00								2,00	
9998	1.99.98 - WERKHOF HOHENLIMBURG (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)														1,00				1,00	
9999	1.99.99 - BETEILIGUNGEN (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)										1,00								1,00	
	Summen: Produktbereich 1.11 Innere Verwaltung	1,00	1,00	1,00	2,00	5,00	5,00	11,00	10,00	13,50	42,00	59,50	25,50	0,00	4,00	12,00	10,00	2,00	1,00	205,50
1210	1.12.10 - Statistik und Wahlen										1,00	1,00	1,00						3,00	
1220	1.12.20 - Off. Sich., Verkehr, Bürgerdienste						1,00				1,00	1,00	1,50		1,00	1,00			6,50	
1221	1.12.21 - MELDE- UND PERSONENSTANDSWESSEN									1,00	1,00	3,00	16,50		1,00				22,50	
1222	1.12.22 - VERKEHRSRECHT								1,00	1,00	2,00	1,50			1,00	2,50	0,50		9,50	
1223	1.12.23 - Tiers- und Verbraucherbereich						1,00	1,50											2,50	
1260	1.12.60 - Brand- und Katastrophenschutz					1,00		3,00		3,00	8,00	13,00	14,00		16,00	18,00	61,00	46,00	183,00	
1270	1.12.70 - Rettungsdienst										1,00					77,00	22,00		100,00	
1280	1.12.80 - GROßSCHADENSEREIGNISSE, KATASTROPHENSCHUTZ											3,00				1,00	12,00	3,00	19,00	
1290	1.12.90 - KFZ-WERKSTATT												1,00						1,00	
	Summen: Produktbereich 1.12 Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	2,00	4,50	1,00	4,00	13,00	23,00	35,50	0,00	18,00	97,00	98,50	49,50	0,00	347,00
2143	1.21.43 - Serviceleistungen für Schulen							2,00	1,00	1,00		2,00	4,00	1,00		1,00	1,00		13,00	
	Summen: Produktbereich 1.21 Schulträgeraufgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	1,00	1,00	0,00	2,00	4,00	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	13,00
2520	1.25.20 - Kultur - Kunst - Geschichte													1,00					1,00	
2521	1.25.21 - HISTORISCHES CENTRUM											2,00							2,00	
2561	1.25.61 - THEATER UND ORCHESTER						2,00												2,00	
2563	1.25.63 - Max-Regger-Musikschule																2,00		2,00	
2571	1.25.71 - Volkshochschule					2,00			6,00			2,00					2,00		12,00	
2572	1.25.72 - Bücherei											2,00				2,00			4,00	
2581	1.25.81 - KULTURBÜRO										2,00	2,00							4,00	
	Summen: Produktbereich 1.25 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00	6,00	0,00	2,00	8,00	0,00	1,00	0,00	2,00	2,00	2,00	0,00	27,00
3110	1.31.10 - Interne Dienste FB 55							1,00			1,00	5,00							7,00	
3111	1.31.11 - Soziale Leistungen nach SGB XII									2,00	2,00	4,00	19,50		1,00	2,00			30,50	
3113	1.31.13 - Leistungen für Asylbewerber											1,00							1,00	
3115	1.31.15 - SOZIALE EINRICHTUNGEN													1,00					1,00	
3122	1.11.22 - LEISTUNGEN FÜR SCHWERBEHINDERTE						1,00				1,00	1,00			2,00	2,00			7,00	
3151	1.31.51 - Sonstige soziale Leistungen										1,00	2,00	10,50		2,00	0,50	4,00	1,00	21,00	
3620	1.36.20 - JUGENDARBEIT										1,00				1,00				3,00	
3630	1.36.30 - Leistungen für junge Menschen/Familien											3,00	13,50	1,00					17,50	
3650	1.36.50 - Tageseinrichtungen für Kinder												0,50				1,50		2,00	
3660	1.36.60 - Jugendarbeit												1,50	3,00					4,50	
3670	1.36.70 - SONSTIGE EINRICHTUNGEN FÜR JUNGE MENSCHEN/FAMILIEN								2,50		0,50								4,00	
3680	1.36.80 - LEISTUNGEN NACH DEM BUNDESELTERNGELD UND -ZEITGESETZ															1,00			1,00	
	Summen: Produktbereich 1.31 Soziale Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00	2,50	2,00	6,50	16,00	47,50	6,00	3,00	5,50	7,50	1,00	0,00	99,50
4140	1.41.40 - Gesundheit und Verbraucherschutz					1,00	1,50	1,50	1,00		1,00	1,00							7,00	
	Summen: Produktbereich 1.41 Gesundheitsdienste	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,50	1,50	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,00
4210	1.42.10 - Sportstätten und -förderung													1,00					1,00	
	Summen: Produktbereich 1.42 Sportförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
5110	1.51.10 - Raumplanungen					1,00	1,00	1,00	1,00		4,00	4,50	2,00						14,50	
5111	1.51.11 - Geoinformationen					1,00		3,00	1,00	2,00	6,00	2,00							15,00	
	Summen: Produktbereich 1.51 Räumliche Planung und Entwicklung	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	1,00	4,00	2,00	2,00	10,00	6,50	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29,50
5210	1.52.10 - Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalerschutz							1,00	1,00		2,00	4,00	1,50						9,50	
5220	1.52.20 - Wohnungswesen										1,00	2,00							4,00	
	Summen: Produktbereich 1.52 Bauen und Wohnen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	1,00	2,00	5,00	3,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,50
5372	1.53.72 - Abfallwirtschaft und Bodenschutz												1,00						1,00	
	Summen: Produktbereich 1.53 Ver- und Entsorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
5410	1.54.10 - öffentliche Infrastruktur										3,00	1,00	1,50	3,00					8,50	
	Summen: Produktbereich 1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	1,00	1,50	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,50
5520	1.55.20 - Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft							1,00	1,00			1,00							3,00	
5540	1.55.40 - NATUR UND LANDSCHAFT											1,00							1,00	
	Summen: Produktbereich 1.55 Natur- und Landschaftspflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00
5610	1.56.10 - Umwelt- und Immissionschutz										1,00	1,00				2,00			6,00	

Stellenübersicht 2020

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit

I. Beamte in Probezeit

Amtsbezeichnung	BesGr	Zahl der Beamten a.P. 2020	Zahl der Beamten a.P. 2019	Zahl der Beamten a.P. am 30.06. 2019
Summe		0,00	0,00	0,00

II. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Vorgesehen für Jahr 2020	Ist-Besetzung 01.10. 2019
Praktikant	Praktikant	14,00	0,00
Anwä./Dienstanfänger	ANW.9-11	27,00	14,00
Anwä./Dienstanfänger	ANW.A5-8	20,00	16,00
Azubi TVöD	AZUBI	67,00	52,75
Prakt.Soz/Erz BT-V	SOZARB	1,00	1,00
Summe		129,00	83,75

Anlage der KU- und KW-Stellen für das Haushaltsjahr 2020

Beamte	Anz. nach VKW	Stellenvermerk	Besoldungsgruppe KW	Besoldungsgruppe KU von	Besoldungsgruppe KU nach
3	3,00	KU		A16	A15
8	7,50	KU		A11	A10
1	1,00	KU		A10L2E1	E08
1	1,00	KU		A9L1E2Z	A10
1	1,00	KU		A8	A7
1	1,00	KU		A13L2E1	A12
1	1,00	KU		A10L2E1	A9/G
1	1,00	KU		A12	A12
1	1,00	KU		A13L2E2	A13/G
1	0,50	KU		A12	A11

Beschäftigte	Anz. nach VKW	Stellenvermerk	Entgeltgruppe KW	Entgeltgruppe KU von	Entgeltgruppe KU nach
1	1,00	KU		E08	E06
1	0,50	KU		E09B	A9/G
1	1,00	KU		E06	E02-E05
1	1,00	KU		E12	E12
1	1,00	KU		S13	S10
4	4,00	KU		S09	S07
1	1,00	KU		S16	S15
1	1,00	KU		S15	S10
1	1,00	KW	E05		
1	0,50	KW	E07		
1	1,00	KW	E09C		

Anlage der Amtsbezeichnungen für das Haushaltsjahr 2020

	Anzahl	VKW	Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe
	1,00	1,00	Oberbürgermeister	B9
Summe	1,00	1,00		*****
	1,00	1,00	Keine Amtsbezeichnung	B6
Summe	1,00	1,00		*****
	1,00	1,00	Keine Amtsbezeichnung	B5
Summe	1,00	1,00		*****
	2,00	2,00	Keine Amtsbezeichnung	B4
Summe	2,00	2,00		*****
	10,00	10,00	Leitender Stadtverwaltungsdirektor	A16
Summe	10,00	10,00		*****
	12,00	11,50	Stadtverwaltungsdirektor	A15
Summe	12,00	11,50		*****
	2,00	2,00	Stadtoberbrandrat	A14
	26,00	25,00	Stadtoberverwaltungsrat	A14
Summe	28,00	27,00		*****
	24,00	22,50	Stadtverwaltungsrat	A13L2E2
Summe	24,00	22,50		*****
	3,00	3,00	Stadtbrandrat	A13L2E1
	25,00	24,50	Stadtverwaltungsrat	A13L2E1
Summe	28,00	27,50		*****
	5,00	5,00	Stadtbrandamtsrat	A12
	77,00	75,00	Stadtverwaltungsamtsrat	A12
Summe	82,00	80,00		*****
	14,00	14,00	Stadtbrandamtmann	A11
	120,00	114,50	Stadtverwaltungsamtmann	A11
Summe	134,00	128,50		*****
	11,00	11,00	Stadtbrandoberinspektor	A10L2E1
	159,00	144,50	Stadtverwaltungsoberinspektor	A10L2E1
Summe	170,00	155,50		*****
	9,00	8,50	Stadtverwaltungsinspektor	A9L2E1
Summe	9,00	8,50		*****
	16,00	16,00	Stadhauptbrandmeister	A9L1E2Z
	9,00	9,00	Stadtverwaltungsamtsinspektor	A9L1E2Z
Summe	25,00	25,00		*****

	27,00	27,00	Stadthauptbrandmeister	A9L1E2
	93,00	91,50	Stadtverwaltungsamtsinspektor	A9L1E2
Summe	120,00	118,50		*****

	73,00	73,00	Stadtoberbrandmeister	A8
	48,00	46,00	Stadtverwaltungshauptsekretär	A8
Summe	121,00	119,00		*****

	49,00	49,00	Stadtbrandmeister	A7
	6,00	5,50	Stadtverwaltungsoberssekretär	A7
Summe	55,00	54,00		*****

	1,00	1,00	Stadtverwaltungssekretär	A6
Summe	1,00	1,00		*****

Gesamtsumme	824,00	794,00		
--------------------	---------------	---------------	--	--

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021

Teil A: Beamte

Teil A I. Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Ist-Besetzung am 30.06.2020
Wahlbeamte	B9	1,00	1,00	0,00
	B6	1,00	1,00	1,00
	B5	1,00	1,00	1,00
	B4	2,00	2,00	2,00
	Summe	5,00	5,00	4,00
L2 E2	A16	10,00	10,00	9,90
	A15	11,50	11,50	9,49
	A14	26,00	26,00	26,48
	A13L2E2	22,50	22,50	20,25
	Summe	70,00	70,00	66,11
L2 E1	A13L2E1	8,50	8,50	6,38
	A12	26,50	27,50	26,11
	A11	78,00	78,00	67,06
	A10L2E1	120,50	120,50	96,86
	A9L2E1	124,00	124,00	114,25
	Summe	357,50	358,50	310,66
L1 E2	A9L1E2Z	25,00	25,00	22,10
	A9L1E2	118,50	118,50	111,95
	A8	119,00	119,00	102,55
	A7	53,50	53,50	33,24
	A6	1,00	1,00	0,77
	Summe	317,00	317,00	270,61
Insgesamt		749,50	750,50	651,39

Teil A: Beamte

Teil A II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Ist-Besetzung am 30.06.2020
L2 E2	A14	1,00	1,00	0,00
	Summe	1,00	1,00	0,00
L2 E1	A11	1,00	1,00	1,00
	A11	9,00	9,00	4,75
	A10L2E1	32,50	32,50	27,98
	Summe	42,50	42,50	33,73
L1 E2	A7	1,00	1,00	1,00
	Summe	1,00	1,00	1,00
Insgesamt		44,50	44,50	34,73
Insgesamt AI + AII		794,00	795,00	686,12

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Teil B I. Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Ist-Besetzung am 30.06.2020
TVÖD VKA	E15UE	3,00	3,00	3,00
	E15	8,00	8,00	7,50
	E14	18,50	18,50	13,44
	E13	15,00	15,00	14,12
	E12	39,50	40,50	33,55
	E11	114,50	115,50	98,96
	E10	81,00	81,50	71,53
	E09C	66,00	66,00	63,77
	E09B	63,88	63,88	61,39
	E09A	82,50	82,50	76,54
	E08NFS	10,00	10,00	5,50
	E08	163,50	163,50	147,66
	E07	122,00	123,00	114,91
	E06	143,16	143,16	132,93
	E05	59,46	59,46	55,31
	E04	16,00	16,00	12,35
	E03	19,00	19,00	13,59
	E02-E06	6,00	6,00	3,32
	E02-E05	4,00	4,00	3,49
	E02	22,74	22,74	19,53
E01	160,00	160,00	135,76	
Summe		1.217,74	1.221,24	1.088,13

Prakt.Soz./Erz BT-V	SOZARB	28,00	28,00	7,00
	Summe	28,00	28,00	7,00

BT-V Soz.&Erz.Dienst	S18	2,00	2,00	2,00
	S17	10,50	10,50	10,00
	S16	6,00	6,00	4,62
	S15	34,50	34,50	29,90
	S14	40,00	40,00	34,29
	S13	18,00	18,00	17,37
	S12	33,00	33,00	27,94
	S11B	49,50	49,50	34,48
	S10	1,00	1,00	1,00
	S09	8,00	8,00	7,77
	S08B	2,00	2,00	2,00
	S08A	149,50	149,50	117,55
	S04	63,00	63,00	52,82
	Summe	417,00	417,00	341,73

Insgesamt		1.662,74	1.666,24	1.436,86
------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Teil B II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2021	Zahl der Stellen 2020	Ist-Besetzung am 30.06.2020
TVÖD VKA	E12	1,00	1,00	1,00
	E10	3,00	3,00	3,00
	E09C	77,37	77,37	74,79
	E09B	1,00	1,00	1,00
	E08	16,00	16,00	13,44
	E07	4,00	4,00	3,74
	E06	2,00	2,00	2,00
	E05	3,00	3,00	1,77
	Summe		107,37	107,37

Insgesamt		107,37	107,37	100,74
------------------	--	---------------	---------------	---------------

Insgesamt BI + BII		1.770,11	1.773,61	1.537,60
---------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Insgesamt AI + BI		2.412,24	2.416,74	2.088,25
--------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Insgesamt All + BII		151,87	151,87	135,47
----------------------------	--	---------------	---------------	---------------

Insgesamt AI + All + BI + BII		2.564,11	2.568,61	2.223,72
--------------------------------------	--	-----------------	-----------------	-----------------

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021
Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung

I. Beamte
Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte				L2 E2				L2 E1				L1 E2				Summe			
		B9	B6	B5	B4	A16	A15	A14	A13L2E2	A13L2E1	A12	A11	A10L2E1	A9L2E1	A9L1E2Z	A9L1E2	A8		A7	A6	
1110	1.11.10 - Politische Gremien	1,00									1,00									6,00	
1111	1.11.11 - Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit					1,00			1,00											3,50	
1112	1.11.12 - Besondere Dienste für Gesamtverwaltung														1,00	0,50				1,00	
1113	1.11.13 - Prüfungen									1,00			0,50	4,00	6,50					12,00	
1114	1.11.14 - Personal- und Organisationsmanagement					1,00		1,00	3,50	1,00	9,50	9,50	10,00		1,00	1,00	1,00		39,50		
1115	1.11.15 - PLÄNG UND EINSATZ DER DATENVERARBEITUNG					1,00		4,00		4,00	4,00	9,00							22,00		
1116	1.11.16 - Zentrale Dienste							1,00								1,00				3,00	
1117	1.11.17 - BESCHÄFTIGTENVERTRETUNG									1,00						1,00				2,00	
1118	1.11.18 - Rechtsangelegenheiten							2,00	2,00	0,50				3,00	0,50					8,00	
1119	1.11.19 - BÜRGERÄMTER										1,00	2,00				3,00	3,50	1,00		12,50	
1120	1.11.20 - Finanzmanagement					1,00		1,00			2,00	5,00	10,00							19,00	
1121	1.11.21 - FINANZBUCHHALTUNG								1,00			3,00	2,00	1,50		1,00	1,00	2,00	1,00	12,50	
1122	1.11.22 - STEUERVERWALTUNG								1,00	1,00		2,00	5,50			1,00	1,50			12,00	
1123	1.11.23 - Verwaltung der Liegenschaften										1,00	2,00	2,00	2,00						7,00	
1124	1.11.24 - ZENTRALE BESCHAFFUNGSSTELLE/POSTSTELLE										1,00	0,50	3,00		1,00	2,00	1,00			8,50	
1125	1.11.25 - DRUCKEREI											1,00								1,00	
1130	1.11.30 - Gebäudewirtschaft					1,00		2,00	1,00	1,00	5,00	8,00				0,50	1,00			19,50	
1142	1.11.42 - VORSTANDSBEREICH 2		1,00																	2,00	
1143	1.11.43 - VORSTANDSBEREICH 3																			1,00	
1144	1.11.44 - VORSTANDSBEREICH 4																			3,00	
1145	1.11.45 - VORSTANDSBEREICH 5																			3,50	
1150	1.11.50 - BETEILIGUNGSCONTROLLING										1,00	1,00								2,00	
9996	1.99.96 - HABEQ (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)													1,00						1,00	
9997	1.99.97 - HAGERER ENTSORGUNGSBETRIEB (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)										1,00	1,00								2,00	
9998	1.99.98 - WERKHOF HOHENLIMBURG (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)																1,00			1,00	
9999	1.99.99 - BETEILIGUNGEN (BEAMTE IN GESELLSCHAFTEN)																			1,00	
	Summen: Produktbereich 1.11 Innere Verwaltung	1,00	1,00	1,00	2,00	5,00	5,00	11,00	10,00	13,50	42,00	59,50	25,50	0,00	4,00	12,00	10,00	2,00	1,00	205,50	
1210	1.12.10 - Statistik und Wahlen											1,00	1,00							3,00	
1220	1.12.20 - Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste											1,00	1,00	1,50			1,00	1,00		6,50	
1221	1.12.21 - MELDE- UND PERSONENSTANDSWESSEN										1,00	1,00	3,00	16,50		1,00				22,50	
1222	1.12.22 - VERKEHRSRECHT										1,00	2,00	1,50		1,00			2,50	0,50	9,50	
1223	1.12.23 - Tiers- und Verbraucherbereich							1,00	1,50											2,50	
1260	1.12.60 - Brand- und Katastrophenschutz					1,00			3,00			3,00	8,00	13,00	14,00		16,00	18,00	61,00	46,00	183,00
1270	1.12.70 - Rettungsdienst												1,00								100,00
1280	1.12.80 - GROBSCHADENSEREIGNISSE, KATASTROPHENSCHUTZ												3,00					1,00	12,00	3,00	19,00
1290	1.12.90 - KFZ-WERKSTATT																				1,00
	Summen: Produktbereich 1.12 Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	2,00	4,50	1,00	4,00	13,00	23,00	35,50	0,00	18,00	97,00	98,50	49,50	0,00	347,00	
2143	1.21.43 - Serviceleistungen für Schulen											2,00	1,00	1,00						13,00	
	Summen: Produktbereich 1.21 Schulträgeraufgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	1,00	1,00	0,00	2,00	4,00	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	13,00	
2520	1.25.20 - Kultur - Kunst - Geschichte																				0,50
2521	1.25.21 - HISTORISCHES CENTRUM														1,00						1,00
2561	1.25.61 - THEATER UND ORCHESTER																				1,00
2563	1.25.63 - Max-Reger-Musikschule																				1,00
2571	1.25.71 - Volkshochschule																				6,00
2572	1.25.72 - Bücherei																				2,00
2581	1.25.81 - KULTURBÜRO																				2,00
	Summen: Produktbereich 1.25 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	3,00	0,00	1,00	4,00	0,00	0,50	0,00	1,00	1,00	1,00	0,00	13,50	
3110	1.31.10 - Interne Dienste FB 55																				7,00
3111	1.31.11 - Soziale Leistungen nach SGB XII																				30,50
3113	1.31.13 - Leistungen für Asylbewerber																				1,00
3115	1.31.15 - SOZIALE EINRICHTUNGEN																				1,00
3122	1.11.22 - LEISTUNGEN FÜR SCHWERBEHINDERTE																				7,00
3151	1.31.51 - Sonstige soziale Leistungen																				21,00
3620	1.36.20 - JUGENDARBEIT																				3,00
3630	1.36.30 - Leistungen für junge Menschen/Familien																				17,50
3650	1.36.50 - Tageseinrichtungen für Kinder																				2,00
3660	1.36.60 - Jugendarbeit																				4,50
3670	1.36.70 - SONSTIGE EINRICHTUNGEN FÜR JUNGE MENSCHEN/FAMILIEN																				4,00
3680	1.36.80 - LEISTUNGEN NACH DEM BUNDESELTERNGESETZ UND -ZEITGESETZ																				1,00
	Summen: Produktbereich 1.31 Soziale Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	2,50	2,00	6,50	16,00	47,50	6,00	3,00	5,50	7,50	1,00	0,00	99,50	
4140	1.41.40 - Gesundheit und Verbraucherschutz																				7,00
	Summen: Produktbereich 1.41 Gesundheitsdienste	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,50	1,50	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,00
4210	1.42.10 - Sportstätten und -förderung																				1,00
	Summen: Produktbereich 1.42 Sportförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
5110	1.51.10 - Raumplanungen																				14,50
5111	1.51.11 - Geoinformationen																				15,00
	Summen: Produktbereich 1.51 Räumliche Planung und Entwicklung	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	1,00	4,00	2,00	2,00	10,00	6,50	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29,50
5210	1.52.10 - Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalerschutz																				9,50
5220	1.52.20 - Wohnungswesen																				4,00
	Summen: Produktbereich 1.52 Bauen und Wohnen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	1,00	2,00	5,00	3,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,50
5372	1.53.72 - Abfallwirtschaft und Bodenschutz																				1,00
	Summen: Produktbereich 1.53 Ver- und Entsorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
5410	1.54.10 - öffentliche Infrastruktur																				7,50
	Summen: Produktbereich 1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	1,00	1,50	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,50
5520	1.55.20 - Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft																				3,00
5540	1.55.40 - NATUR UND LANDSCHAFT																				1,00
	Summen: Produktbereich 1.55 Natur- und Landschaftspflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00
5610	1.56.10 - Umwelt- und Immissionschutz																				6,00
	Summen: Produktbereich 1.56 Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,															

Stellenübersicht 2021

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- oder Ausbildungszeit

I. Beamte in Probezeit

Amtsbezeichnung	BesGr	Zahl der Beamten a.P. 2021	Zahl der Beamten a.P. 2020	Zahl der Beamten a.P. am 30.06. 2020
Summe		0,00	0,00	0,00

II. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Vorgesehen für Jahr 2021	Ist-Besetzung 01.10. 2020
Praktikanten	Praktikant	14,00	0,00
Anwä./Dienstanfänger	ANW.9-11	37,00	10,00
Anwä./Dienstanfänger	ANW.A5-8	20,00	0,00
Azubi TVöD	AZUBI	67,00	44,75
Prakt.Soz/Erz BT-V	SOZARB	1,00	1,00
Summe		139,00	55,75

Anlage der KU- und KW-Stellen für das Haushaltsjahr 2021

Beamte	Anz. nach VKW	Stellenvermerk	Besoldungsgruppe KW	Besoldungsgruppe KU von	Besoldungsgruppe KU nach
3	3,00	KU		A16	A15
8	7,50	KU		A11	A10
1	1,00	KU		A10L2E1	E08
1	1,00	KU		A9L1E2Z	A10
1	1,00	KU		A8	A7
1	1,00	KU		A13L2E1	A12
1	1,00	KU		A10L2E1	A9/G
1	1,00	KU		A12	A12
1	1,00	KU		A13L2E2	A13/G
1	0,50	KU		A12	A11

Beschäftigte	Anz. nach VKW	Stellenvermerk	Entgeltgruppe KW	Entgeltgruppe KU von	Entgeltgruppe KU nach
1	1,00	KU		E08	E06
1	0,50	KU		E09B	A9/G
1	1,00	KU		E06	E02-E05
1	1,00	KU		E12	E12
1	1,00	KU		S13	S10
4	4,00	KU		S09	S07
1	1,00	KU		S16	S15
1	1,00	KU		S15	S10
1	1,00	KW	E05		
1	0,50	KW	E07		
1	1,00	KW	E09C		

Anlage der Amtsbezeichnungen für das Haushaltsjahr 2021

	Anzahl	VKW	Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe
	1,00	1,00	Oberbürgermeister	B9
Summe	1,00	1,00		*****
	1,00	1,00	Keine Amtsbezeichnung	B6
Summe	1,00	1,00		*****
	1,00	1,00	Keine Amtsbezeichnung	B5
Summe	1,00	1,00		*****
	2,00	2,00	Keine Amtsbezeichnung	B4
Summe	2,00	2,00		*****
	10,00	10,00	Leitender Stadtverwaltungsdirektor	A16
Summe	10,00	10,00		*****
	12,00	11,50	Stadtverwaltungsdirektor	A15
Summe	12,00	11,50		*****
	2,00	2,00	Stadtoberbrandrat	A14
	26,00	25,00	Stadtoberverwaltungsrat	A14
Summe	28,00	27,00		*****
	24,00	22,50	Stadtverwaltungsrat	A13L2E2
Summe	24,00	22,50		*****
	3,00	3,00	Stadtbrandrat	A13L2E1
	24,00	23,50	Stadtverwaltungsrat	A13L2E1
Summe	27,00	26,50		*****
	5,00	5,00	Stadtbrandamtsrat	A12
	76,00	74,00	Stadtverwaltungsamtsrat	A12
Summe	81,00	79,00		*****
	14,00	14,00	Stadtbrandamtman	A11
	121,00	115,50	Stadtverwaltungsamtman	A11
Summe	135,00	129,50		*****
	11,00	11,00	Stadtbrandoberinspektor	A10L2E1
	160,00	145,50	Stadtverwaltungsoberspektor	A10L2E1
Summe	171,00	156,50		*****
	9,00	8,50	Stadtverwaltungsinspektor	A9L2E1
Summe	9,00	8,50		*****
	16,00	16,00	Stadthauptbrandmeister	A9L1E2Z
	9,00	9,00	Stadtverwaltungsamtsinspektor	A9L1E2Z
Summe	25,00	25,00		*****

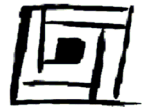
	27,00	27,00	Stadthauptbrandmeister	A9L1E2
	93,00	91,50	Stadtverwaltungsamtsinspektor	A9L1E2
Summe	120,00	118,50		*****

	73,00	73,00	Stadtoberbrandmeister	A8
	48,00	46,00	Stadtverwaltungshauptsekretär	A8
Summe	121,00	119,00		*****

	49,00	49,00	Stadtbrandmeister	A7
	6,00	5,50	Stadtverwaltungsoberssekretär	A7
Summe	55,00	54,50		*****

	1,00	1,00	Stadtverwaltungssekretär	A6
Summe	1,00	1,00		*****

Gesamtsumme	824,00	794,00		
--------------------	---------------	---------------	--	--



1	Produktrahmen Stadt Hagen	2
1.11	Innere Verwaltung	7
1.12	Sicherheit und Ordnung	134
1.21	Schulträgeraufgaben	195
1.25	Kultur	316
1.31	Soziale Leistungen	373
1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	439
1.41	Gesundheitsdienste	493
1.42	Sportförderung	515
1.51	Räumliche Planung und Entwicklung	536
1.52	Bauen und Wohnen	562
1.53	Ver- und Entsorgung	586
1.54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	614
1.55	Natur- und Landschaftspflege	689
1.56	Umweltschutz	719
1.57	Wirtschaft und Tourismus	737
1.61	Allgemeine Finanzwirtschaft	761

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann



Ergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-274.815.590	-260.617.392	-267.880.778	-271.822.528	-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-261.117.735	-280.263.967	-275.244.598	-276.452.393	-278.998.765	-283.884.853	-292.697.503
3	+ Sonstige Transfererträge	-8.384.650	-10.652.072	-8.527.214	-5.560.014	-5.658.954	-5.759.873	-5.862.810
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-66.649.716	-67.619.214	-71.922.464	-71.919.981	-72.286.680	-72.703.505	-73.134.296
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.997.512	-5.130.650	-5.269.384	-5.266.261	-5.295.103	-5.324.532	-4.184.133
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-70.364.044	-65.086.010	-67.255.450	-68.090.341	-69.438.715	-69.493.772	-70.273.367
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-38.806.334	-27.895.875	-35.666.991	-32.820.119	-32.687.811	-32.579.598	-32.574.408
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-330.568	-128.876	-579.905	-466.061	-466.061	-466.061	-466.061
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-725.466.148	-717.394.057	-732.346.783	-732.397.698	-740.161.236	-750.359.527	-762.445.218
11	- Personalaufwendungen	150.542.103	150.307.053	164.933.242	167.863.611	169.324.184	170.890.278	172.472.033
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	136.853.629	137.101.360	153.654.954	155.802.001	157.262.574	158.828.668	160.410.423
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	13.688.474	13.205.693	11.278.288	12.061.610	12.061.610	12.061.610	12.061.610
14	- Versorgungsaufwendungen	26.876.099	19.039.119	25.982.000	27.011.000	27.242.125	27.475.561	27.711.332
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	118.623.073	107.325.236	131.164.702	122.171.033	121.246.396	121.964.914	122.765.463
16	- Bilanzielle Abschreibungen	45.561.229	43.820.485	48.595.264	48.872.221	49.083.016	48.551.947	48.264.549
17	- Transferaufwendungen	253.288.052	273.343.285	263.344.902	269.755.393	272.465.119	277.303.314	282.181.330
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	102.570.620	108.493.023	93.589.858	93.283.966	94.421.437	94.397.099	94.903.469

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Ergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	697.461.176	702.328.201	727.609.968	728.957.223	733.782.275	740.583.114	748.298.175
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-28.004.972	-15.065.855	-4.736.815	-3.440.475	-6.378.961	-9.776.413	-14.147.043
21	+ Finanzerträge	-3.712.554	-9.210.400	-10.729.339	-10.728.339	-10.727.339	-8.025.500	-5.614.400
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.139.609	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 und 22)	16.427.055	14.289.600	6.400.661	5.211.661	4.482.661	6.875.500	10.686.100
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-11.577.917	-776.255	1.663.846	1.771.186	-1.896.300	-2.900.913	-3.460.943
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Jahresergebnis (= Zeilen 24 und 27)	-11.577.917	-776.255	1.663.846	1.771.186	-1.896.300	-2.900.913	-3.460.943
29	- Globaler Minderaufwand							
30	= Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 28 und 29)	-11.577.917	-776.255	1.663.846	1.771.186	-1.896.300	-2.900.913	-3.460.943

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann



Finanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-270.078.086	-260.617.392	-266.306.778	-271.822.528	-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-236.113.630	-255.275.129	-241.091.433	-249.252.891	-255.958.139	-264.374.188	-273.114.521
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-10.306.433	-9.236.154	-5.780.514	-5.560.014	-5.658.954	-5.759.873	-5.862.810
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-65.429.805	-61.739.129	-68.106.068	-68.819.588	-69.139.573	-69.548.522	-69.979.313
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.949.651	-5.130.650	-5.269.384	-5.266.261	-5.295.103	-5.324.532	-4.184.133
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-70.324.050	-65.086.010	-67.255.450	-68.090.341	-69.438.715	-69.493.772	-70.273.367
7	+ Sonstige Einzahlungen	-29.417.478	-23.796.611	-24.918.446	-23.056.737	-22.927.414	-22.832.414	-22.827.414
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-3.722.240	-9.210.400	-10.729.339	-10.728.339	-10.727.339	-8.025.500	-5.614.400
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-690.341.373	-690.091.476	-689.457.411	-702.596.699	-714.474.384	-725.506.135	-735.108.598
10	- Personalauszahlungen	138.363.745	137.101.360	153.654.954	155.802.001	157.262.574	158.828.668	160.410.423
11	- Versorgungsauszahlungen	21.193.382	20.089.119	22.110.000	23.138.000	23.369.125	23.602.561	23.838.332
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	110.275.247	107.160.636	130.280.232	121.970.833	120.596.546	121.315.418	122.116.324
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	20.506.100	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
14	- Transferauszahlungen	251.127.071	273.343.285	263.344.902	269.755.393	272.465.119	277.303.314	282.181.330
15	- sonstige Auszahlungen	98.432.438	104.554.724	87.877.133	87.571.241	88.708.712	88.784.374	89.290.744
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	639.897.984	665.749.124	674.397.221	674.177.467	677.612.074	684.735.336	694.137.652
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16)	-50.443.390	-24.342.351	-15.060.190	-28.419.232	-36.862.310	-40.770.799	-40.970.946

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Finanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-32.211.570	-46.645.930	-59.626.515	-43.829.027	-24.615.668	-24.815.515	-19.222.065
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.881.268	-1.262.000	-1.257.000	-1.257.000	-1.257.000	-1.257.000	-1.257.000
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-1.305.063	-412.240	-617.550	-1.245.142	-1.879.957	-721.998	
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-234.426	-195.900	-129.906	-402.429	-679.185	-679.175	-675.600
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-35.632.327	-48.516.070	-61.630.971	-46.733.598	-28.431.810	-27.473.688	-21.154.665
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	997.410	2.366.036	2.973.177	1.656.543	899.607	673.157	675.004
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	21.053.215	48.675.011	34.644.670	22.026.200	11.805.500	6.674.900	2.193.900
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.133.973	5.252.400	12.027.801	9.437.650	8.060.975	6.913.975	8.160.975
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	75.000						
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen	779.719	75.000	12.625.000	13.375.000	525.000	75.000	75.000
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	845.907		10.000.000	10.000.000			
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	25.885.224	56.368.447	72.270.648	56.495.393	21.291.082	14.337.032	11.104.879
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	-9.747.103	7.852.377	10.639.677	9.761.795	-7.140.728	-13.136.656	-10.049.786
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	-60.190.493	-16.489.974	-4.420.513	-18.657.437	-44.003.038	-53.907.455	-51.020.732

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Finanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen für Investitionen	-5.647.551	-13.860.000	-25.813.671	-16.840.419			
34	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen für Liquiditätssicherung	-1.056.820.496						
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen für Investitionen	8.515.114	9.248.757	8.880.603	9.521.663	8.052.714	7.649.876	7.129.021
36	- Tilgung und Gewährung von Darlehen für Liquiditätssicherung	1.111.076.840		21.353.581	25.976.193	35.950.324	46.257.579	43.891.711
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	57.123.907	-4.611.243	4.420.513	18.657.437	44.003.038	53.907.455	51.020.732
38	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)	-3.066.585	-21.101.217					
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln		1.108.902.199	-4.175.344	-4.175.344	-4.175.344	-4.175.344	-4.175.344
40	= Liquide Mittel (= Zeilen 38 und 39)	-3.066.585	1.087.800.982	-4.175.344	-4.175.344	-4.175.344	-4.175.344	-4.175.344

Gemäß § 7 Abs. 1 Ziffer 27 und 29 KomHVO wird erstmalig ab dem Jahr 2020 die Aufnahme und Tilgung bzw. Nettoveränderung der Liquiditätskredite im Finanzplan dargestellt. Daher ergibt sich ab diesem Jahr ein aussagekräftigeres Bild über die Finanzierungstätigkeit.

verantwortlich:
OB Erik O. Schulz

1.11	Innere Verwaltung		8
1.11.10	Politische Gremien		13
1.11.11	Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit		22
1.11.12	Besondere Dienste für Gesamtverwaltung		30
1.11.13	Prüfungen		39
1.11.14	Personal- und Organisationsmanagement		47
1.11.16	IT und Zentrale Dienste		58
1.11.18	Rechtsangelegenheiten		80
1.11.20	Finanzmanagement		88
1.11.23	Verwaltung der Liegenschaften		98
1.11.27	Fahrzeuge		114
1.11.30	Gebäudewirtschaft		123

Haushaltsplan 2020/2021

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

OB Erik O. Schulz

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.790.495	-11.305.064	-22.738.193	-14.257.819	-12.112.455	-11.942.875	-11.985.371
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.296.526	-1.415.918	-2.746.700				
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-184	-700	-500	-500	-510	-520	-531
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.949.345	-3.955.578	-3.915.498	-3.926.102	-3.937.779	-3.949.633	-2.791.245
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.852.467	-5.660.103	-4.908.449	-4.955.215	-5.008.681	-5.063.215	-5.118.841
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-10.820.484	-4.342.807	-9.340.208	-9.313.152	-9.184.182	-9.089.366	-9.084.365
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-330.568	-128.876	-458.471	-466.061	-466.061	-466.061	-466.061
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-37.040.069	-26.809.046	-44.108.019	-32.918.848	-30.709.667	-30.511.670	-29.446.413
11	- Personalaufwendungen	46.935.896	46.167.513	53.612.466	54.574.143	55.086.404	55.603.787	56.126.345
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	44.531.379	43.125.081	50.597.844	51.286.008	51.798.269	52.315.653	52.838.210
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	2.404.517	3.042.433	3.014.623	3.288.134	3.288.134	3.288.134	3.288.134
14	- Versorgungsaufwendungen	26.876.099	19.039.119	25.982.000	27.011.000	27.242.125	27.475.561	27.711.332
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.369.950	22.360.265	40.808.168	31.165.026	29.857.236	30.130.199	30.379.736
16	- Bilanzielle Abschreibungen	19.475.580	20.384.774	24.373.589	24.001.040	24.048.244	23.702.036	23.664.016
17	- Transferaufwendungen	257.765	276.247	330.087	331.037	333.751	336.519	339.343
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.690.653	30.480.974	21.129.038	19.898.763	20.294.396	20.219.165	20.377.167

Haushaltsplan 2020/2021

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

OB Erik O. Schulz

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	149.605.944	138.708.893	166.235.349	156.981.008	156.862.155	157.467.269	158.597.938
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	112.565.874	111.899.847	122.127.330	124.062.160	126.152.488	126.955.599	129.151.526
21	+ Finanzerträge	-171.147						
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	16.954						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-154.193						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	112.411.681	111.899.847	122.127.330	124.062.160	126.152.488	126.955.599	129.151.526
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	112.411.681	111.899.847	122.127.330	124.062.160	126.152.488	126.955.599	129.151.526
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-59.792.183	-59.726.221	-63.426.172	-63.801.798	-65.229.453	-65.358.119	-65.803.395
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	450.766	432.345	352.009	330.852	334.149	337.517	340.764
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	53.070.265	52.605.972	59.053.167	60.591.214	61.257.184	61.934.996	63.688.894

Haushaltsplan 2020/2021

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:

OB Erik O. Schulz

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-96.762	-85.000	-75.000	-75.000		-75.750	-76.508	-77.273
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-310	-700	-500	-500		-510	-520	-531
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.892.369	-3.955.578	-3.915.498	-3.926.102		-3.937.779	-3.949.633	-2.791.245
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-6.891.230	-5.660.103	-4.908.449	-4.955.215		-5.008.681	-5.063.215	-5.118.841
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.653.158	-2.611.660	-2.809.040	-2.782.331		-2.653.008	-2.558.008	-2.553.008
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-171.147							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.704.976	-12.313.041	-11.708.487	-11.739.147		-11.675.727	-11.647.884	-10.540.897
10	- Personalauszahlungen	44.756.422	43.125.081	50.597.844	51.286.008		51.798.269	52.315.653	52.838.210
11	- Versorgungsauszahlungen	21.193.382	20.089.119	22.110.000	23.138.000		23.369.125	23.602.561	23.838.332
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.200.157	22.360.265	41.258.168	31.615.026		29.857.236	30.130.199	30.379.736
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	16.952							
14	- Transferauszahlungen	253.218	276.247	330.087	331.037		333.751	336.519	339.343
15	- sonstige Auszahlungen	26.947.313	29.790.448	18.463.369	17.233.094		17.628.727	17.653.496	17.811.498
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	119.367.443	115.641.160	132.759.468	123.603.165		122.987.108	124.038.429	125.207.119
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	102.662.467	103.328.119	121.050.982	111.864.017		111.311.380	112.390.545	114.666.222

Haushaltsplan 2020/2021

1.11 Innere Verwaltung

verantwortlich:
OB Erik O. Schulz

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-637.277	-1.140.000	-1.566.950	-1.336.462		-218.853	-2.000	-2.000
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.835.846	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-2.473.123	-2.140.000	-2.566.950	-2.336.462		-1.218.853	-1.002.000	-1.002.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	878.886	2.000.000	2.605.400	1.287.000		528.270	300.000	300.000
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	618.936	3.179.000	177.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	302.277	169.000	6.423.001	4.224.850	1.300.000	3.317.975	3.317.975	2.827.975
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	75.000							
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.875.099	5.348.000	9.205.401	5.511.850	1.300.000	3.846.245	3.617.975	3.127.975
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-598.024	3.208.000	6.638.451	3.175.388	1.300.000	2.627.392	2.615.975	2.125.975

1.11.10 Politische Gremien

13

Teilplanbeschreibung: 1.11.10

Organisation und Koordination der kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse

Zielgruppe:

Einwohner/Bürger, politische Gremien, Fraktionen, Gruppen, Mandatsträger

Auftragsgrundlage:

Gemeindeordnung NRW, Hauptsatzung, Geschäftsordnung, Zuständigkeitsordnung, Beschlüsse der politischen Gremien

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Politische Gremien

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-25.541	-24.605	-4.491	-467	-468	-466	-466
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.907	-20.800	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.440						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-48.620	-34.974	-32.229	-32.229	-32.229	-32.229	-32.229
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-86.508	-80.379	-47.720	-43.696	-43.697	-43.695	-43.695
11	- Personalaufwendungen	1.077.517	1.128.820	1.036.171	1.057.366	1.066.403	1.075.531	1.084.750
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	863.903	921.875	889.314	903.715	912.753	921.880	931.099
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	213.614	206.945	146.857	153.651	153.651	153.651	153.651
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	80.051	172.988	173.088	173.188	173.356	173.526	173.697
16	- Bilanzielle Abschreibungen	35.563	27.466	7.352	3.328	3.579	3.827	3.829
17	- Transferaufwendungen	136.630	155.247	155.247	155.247	155.247	155.247	155.247
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.149.094	2.181.962	2.156.563	1.948.987	1.968.056	1.987.316	2.006.768

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Politische Gremien



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	3.478.855	3.666.483	3.528.420	3.338.116	3.366.641	3.395.446	3.424.291
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.392.347	3.586.104	3.480.700	3.294.420	3.322.944	3.351.751	3.380.596
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	3.392.347	3.586.104	3.480.700	3.294.420	3.322.944	3.351.751	3.380.596
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	3.392.347	3.586.104	3.480.700	3.294.420	3.322.944	3.351.751	3.380.596
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-24.958	-23.132	-25.441	-26.025	-26.308	-26.605	-26.899
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	423.644	476.540	393.987	426.648	429.975	433.959	437.614
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	3.791.034	4.039.513	3.849.246	3.695.042	3.726.610	3.759.104	3.791.311

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus dem Verkauf im Servicebereich.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Servicebereich (Einkauf von Lebensmitteln, Getränken und sonstiger Waren etc.), BV-Mittel mit und ohne Beschluss.

Transferaufwendungen:

Haushaltsmittel der Bezirksvertretungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Leistungen für Fraktionen und Gruppen, Fraktionssachkosten (Pflichtzahlung) und Kopierkosten, Fraktionszuwendungen, Abrechnung Angestellte, Leistungen an Mandatsträger, Sitzungsgelder, Fahrtkosten, Verdienstauffälle, BV-Mittel mit und ohne Beschluss, Aufwendungen ehrenamtliche Tätigkeiten, Aufwandsentschädigung.

HSP-Maßnahmen:

12_25.002 Papierloser Sitzungsdienst

12_FBOB.002 Reduzierung der Aufwendungen für politische Gremien

14_FBOB.001 Reduzierung stellvertretende Bezirksvorsteher

16_FBOB.005 Kürzung pauschale Sachkostenzuweisung Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder um 10%

16_FBOB.009 Reduzierung Ratsmitglieder

16_FBOB.011 Reduzierung BV-Mitglieder (gestaffeltes Konzept/ zwei BV-Mitglieder weniger als bisher)

16_FBOB.012 Reduzierung Fraktions- und Gruppenkosten durch 52er Rat (Sekundärfolge Ratsverkleinerung)

16_FBOB.018 Reduzierung der BV-Mittel um 10%

Produktergebnisse des Teilplans 1110 Politische Gremien

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.10.40	Sitzungsarb. eig.Gremien/Unterst.Politik	458.278	473.240	439.847	480.176	484.714	489.424	493.745
1.11.10.41	Leistungen f. Fraktionen/Gruppen/EM	1.102.764	1.098.061	1.067.318	920.594	929.806	939.112	948.510
1.11.10.42	Leistungen an Mandatsträger	1.089.204	1.152.664	1.108.757	1.046.608	1.057.074	1.067.645	1.078.321
1.11.10.43	Bezirksvertretungen	1.140.787	1.315.547	1.233.324	1.247.665	1.255.016	1.262.923	1.270.735
Summe		3.791.034	4.039.513	3.849.246	3.695.042	3.726.610	3.759.104	3.791.311

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Politische Gremien

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-144							
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.928	-20.800	-11.000	-11.000		-11.000	-11.000	-11.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.440							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.252							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-14.764	-20.800	-11.000	-11.000		-11.000	-11.000	-11.000
10	- Personalauszahlungen	864.618	921.875	889.314	903.715		912.753	921.880	931.099
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	83.828	172.988	173.088	173.188		173.356	173.526	173.697
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	137.083	155.247	155.247	155.247		155.247	155.247	155.247
15	- sonstige Auszahlungen	2.132.994	2.181.962	2.156.563	1.948.987		1.968.056	1.987.316	2.006.768
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.218.523	3.432.071	3.374.212	3.181.137		3.209.412	3.237.968	3.266.811
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.203.759	3.411.271	3.363.212	3.170.137		3.198.412	3.226.968	3.255.811

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.10 Politische Gremien

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	793	4.000	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	793	4.000	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	793	4.000	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung
1.11.10 Politische Gremien


Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	793	4.000	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	793	4.000	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

 5.800001 Pol. Gremien/VwSteuerung IPM
 5.800002 Pol. Gremien/VwSteuerung GVG

Für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen sind für den Planungszeitraum 2020 – 2024 Mittel in Höhe von jährlich 4.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800001	IPM	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800002	GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Summe:		4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €

1.11.11 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit

22

Teilplanbeschreibung: 1.11.11

Unterrichtung der Öffentlichkeit über alle relevanten kommunal- und verwaltungspolitischen Entwicklungen und Entscheidungen, Informationen über städtische Einrichtungen, Angebote und Aktivitäten sowie Organisation und Durchführung von Werbemaßnahmen, Repräsentationen und Veranstaltungen für und in Hagen. Förderung der Partizipation und Bürgerbeteiligung einschließlich Organisation und Durchführung, Ausrichtung des Verwaltungshandelns auf die Vorgaben des Gesetzgebers und der Gemeindeorgane.

Zielgruppe:

Allgemeine Öffentlichkeit, Medienvertreter, Verwaltungsmitarbeiter, spezielle Interessengruppen, z.B. als potentielle Auftragnehmer bei städtischen Ausschreibungen.

Auftragsgrundlage:

Grundsätze über die Unterrichtung der Öffentlichkeit (Hagener Stadtrecht, Ordnungsziffer 1, Allgemeine Verwaltung, 10.18.05) sowie Beschlüsse des Rates zur Hauptsatzung der Stadt Hagen, Komplex Öffentliche Bekanntmachungen, Ausschreibungen etc.
Gemeindeordnung NRW, Hauptsatzung, Beschlüsse der politischen Gremien sowie alle Gesetze, Verordnungen und Erlasse zur Übertragung von staatlichen Auftragsangelegenheiten (Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung).

Bewirtschaftungsregelungen:

Der Teilplan beinhaltet Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters in Höhe von 8.730 €. Gem. § 14 KomHVO NRW dürfen die verfügbaren Mittel nicht überschritten und nicht mit anderen Haushaltspositionen verbunden werden. Sie sind nicht übertragbar.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.11 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-15.000	-15.000	-15.150	-15.302	-15.455
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.827	-7.000	-7.050	-7.050	-7.191	-7.335	-7.482
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.152	-10.900	-11.000	-11.300	-11.526	-11.756	-11.992
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-60.076	-44.512	-54.788	-54.789	-54.789	-54.789	-54.789
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-95.054	-62.412	-87.838	-88.139	-88.655	-89.181	-89.716
11	- Personalaufwendungen	2.748.822	2.711.382	2.785.515	2.881.739	2.907.946	2.934.416	2.961.148
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	2.473.870	2.457.122	2.537.405	2.620.529	2.646.737	2.673.206	2.699.938
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	274.952	254.260	248.110	261.209	261.209	261.209	261.209
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	56.617	39.500	44.200	44.650	45.097	45.548	46.003
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.051	1.048	757	126	126	126	126
17	- Transferaufwendungen	24.130	27.000	27.500	28.000	28.560	29.131	29.714
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	48.595	154.301	356.436	362.718	366.257	369.833	373.444

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.11 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.879.215	2.933.231	3.214.408	3.317.232	3.347.986	3.379.053	3.410.434
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	2.784.161	2.870.818	3.126.569	3.229.094	3.259.331	3.289.872	3.320.718
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	2.784.161	2.870.818	3.126.569	3.229.094	3.259.331	3.289.872	3.320.718
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	2.784.161	2.870.818	3.126.569	3.229.094	3.259.331	3.289.872	3.320.718
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-319.348	-400.919	-330.730	-337.370	-340.667	-344.037	-347.414
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.182.750	912.302	610.603	606.154	609.125	614.352	619.049
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	3.647.563	3.382.202	3.406.442	3.497.877	3.527.789	3.560.187	3.592.353

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus der Vermarktung der Hagener Internetseiten und Erträge aus Verkauf für das Abonnement Amtsblatt.

HSP-Maßnahme:

11_OBA.005 Öffentlichkeitsarbeit

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattung verbundener Unternehmen, Erstattungen durch WBH, Theater, Heb, etc. für Leistungen des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwand für Sonderreinigung Karneval und Kirmes (rd. 39.000 €) und Energiekosten.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Werbung, Repräsentationen/Veranstaltungen, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften, öffentliche Bekanntmachungen, IT-/TK-Kosten sowie sonstige Geschäftsaufwendungen. Der Ansatz enthält auch die Verfügungsmittel des Oberbürgermeisters (8.730 €). Die Bekanntmachungskosten für den WBH werden erstattet (siehe Kostenerstattungen und Kostenumlagen). Sonstige Miet- und Pacht aufwendungen und Raummiete.

HSP-Maßnahmen:

11_OBA.005 Öffentlichkeitsarbeit

12_FBOB.003 Reduzierung des Ansatzes für Veranstaltungen

12_FBOB.006 Einsparungen durch Amtsblatt, Punkt 7

16_FBOB.007 Kürzungen im Bereich Repräsentationen

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.11 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit

**Produktergebnisse des Teilplans 1111 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.11.40	Pressearbeit	288.033	315.519	292.447	294.899	297.532	300.284	303.025
1.11.11.41	allg. Öffentlichkeitsarbeit	772.496	846.282	794.627	803.973	811.662	819.656	827.594
1.11.11.42	Amtsblatt/Anzeigen	59.171	81.407	53.784	52.992	53.406	53.822	54.239
1.11.11.43	Verwaltungssteuerung	2.527.863	2.138.994	2.265.585	2.346.014	2.365.189	2.386.425	2.407.495
Summe		3.647.563	3.382.202	3.406.442	3.497.877	3.527.789	3.560.187	3.592.353

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.11 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-15.000	-15.000		-15.150	-15.302	-15.455
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.529	-7.000	-7.050	-7.050		-7.191	-7.335	-7.482
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-30.060	-10.900	-11.000	-11.300		-11.526	-11.756	-11.992
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-34.590	-17.900	-33.050	-33.350		-33.867	-34.393	-34.928
10	- Personalauszahlungen	2.488.610	2.457.122	2.537.405	2.620.529		2.646.737	2.673.206	2.699.938
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	42.317	39.500	44.200	44.650		45.097	45.548	46.003
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	19.130	27.000	27.500	28.000		28.560	29.131	29.714
15	- sonstige Auszahlungen	51.050	154.301	356.436	362.718		366.257	369.833	373.444
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.601.107	2.677.923	2.965.540	3.055.897		3.086.651	3.117.718	3.149.099
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.566.517	2.660.023	2.932.490	3.022.547		3.052.784	3.083.325	3.114.171

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 01 Funk, Markus

1.11 Innere Verwaltung

1.11.11 Verwaltungssteuerung/Presse/Öff.arbeit



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.11.12 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung

30

Teilplanbeschreibung: 1.11.12

Dieser Teilplan umfasst folgende Aufgabenbereiche:

Gleichstellung

Die Gleichstellungsstelle (OB/GB) hat die Aufgabe, den im Grundgesetz verankerten Auftrag der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Beruf, Familie und Gesellschaft auf kommunaler Ebene zu verwirklichen.

Intern wird das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe und Chancengleichheit in der Verwaltung verfolgt. OB/GB führt die Geschäfte des Frauenbeirates der Stadt Hagen. Überregional ist OB/GB mit den Gleichstellungsstellen des Bundes, der Länder und anderer Kommunen vernetzt und ist Mitglied in den entsprechenden Gremien.

Extern leistet OB/GB Lobbyarbeit für Frauen in der Stadt Hagen und ist bestrebt, das kommunale Umfeld aus weiblicher Sicht zu verbessern und neue ganzheitliche und zukunftsweisende Ideen zu verwirklichen.

OB/GB berät Bürger/-innen in persönlichen Fragen und Krisensituationen, hält Kontakt zu Frauenorganisationen und anderen gesellschaftlich relevanten Organisationen und bildet ein Netzwerk für frauenpolitische Fragestellungen. OB/GB erstellt Infomaterial zu aktuellen Themen.

Die Gleichstellungsstelle initiiert und organisiert Veranstaltungen zu gleichstellungsrelevanten Themen.

Beschäftigtenvertretung

Zu den Aufgaben des Gesamtpersonalrates gehören die Wahrnehmung der Interessen der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Hagen. In diesem Zusammenhang werden die Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen, Tarifverträgen, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen überwacht, die die Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen betreffen. Ferner kommen Aufgaben im Rahmen der Unfallverhütung, Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit, Eingliederung und Förderung von Schwerbehinderten, Gleichstellung, Eingliederung von ausländischen Beschäftigten sowie die Förderung der Jugend- und Auszubildendenvertretung hinzu.

Schwerbehindertenvertretung

Schwerbehindertenvertretung/Vertrauensperson (gewählte Interessenvertretung der Schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten)

Arbeitssicherheit

Unterstützung und Beratung des Arbeitgebers beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen der Arbeitssicherheit einschließlich der ergonomischen Gestaltung der Arbeitsplätze.

Datenschutz und IT-Sicherheit

Beratung und Überwachung der Einhaltung sowie Sicherstellung des Datenschutzes bei der datenverarbeitenden Stelle einschließlich Erarbeitung und Kontrolle von technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Realisierung des Datenschutzes und damit (auch) der IT-Sicherheit nach dem DSGVO NRW. Führung des Verzeichnisses und Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Vorabkontrolle bei der Einführung neuer Verfahren bzw. bei wesentlichen Änderungen. Beratung der Bediensteten in Fragen des Datenschutzes.

EUROPE DIRECT

Das EUROPE DIRECT ist ein europaweites Informationsnetzwerk für Bürger und EU- Akteure. Hiermit verbunden ist die Vermittlung von Informationen, Rat, Hilfe und Antworten auf Fragen über die Organe, über Rechtsetzung, über politische Maßnahmen, Programme und Finanzierungsmöglichkeiten der Europäischen Union.

Zielgruppe:

Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung Hagen, Multiplikator/-innen, Verwaltungsführung, Schwerbehinderte und gleichgestellte behinderte Menschen, Versicherte beim Unfallversicherungsträger (Praktikanten, Ehrenamtliche, Ratsmitglieder), Mitarbeiter/-innen städt. Beteiligungen, politische Gremien, Einwohner/-innen Hagens und der Märkischen Region.

Auftragsgrundlage:

Landespersonalvertretungsgesetz, Altersteilzeitgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz, Allgemeines Gleichstellungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Mutterschutzgesetz, Sozialgesetzbuch IX, Tarifverträge, Arbeitsschutzgesetz, Unfallverhütungsvorschriften, Dienstanweisungen, Datenschutzgesetz, Ratsbeschluss (DS 0613/2011) vom 14.07.2011, Ratsbeschluss vom 08.07.2010 (Europe Direct), etc.

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
OB Erik O. Schulz

1.11 Innere Verwaltung

1.11.12 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.548	-25.000					
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.488		-2.500	-2.500	-2.550	-2.601	-2.653
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-173.748	-162.400	-121.680	-123.260	-125.555	-127.896	-130.284
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-21.914	-15.897	-19.338	-19.338	-19.338	-19.338	-19.338
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-207.698	-203.297	-143.518	-145.098	-147.443	-149.834	-152.274
11	- Personalaufwendungen	1.228.934	1.202.304	1.308.482	1.340.767	1.353.253	1.365.863	1.378.600
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.129.408	1.115.434	1.221.693	1.248.576	1.261.062	1.273.672	1.286.409
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	99.526	86.870	86.789	92.190	92.190	92.190	92.190
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.737	42.850	34.300	34.300	34.643	34.989	35.339
16	- Bilanzielle Abschreibungen	78	79	78	79	78	72	72
17	- Transferaufwendungen	150						
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	93.179	120.367	199.560	199.572	201.568	203.583	205.618

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
OB Erik O. Schulz

1.11 Innere Verwaltung

1.11.12 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.332.078	1.365.600	1.542.420	1.574.718	1.589.541	1.604.507	1.619.629
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.124.380	1.162.303	1.398.903	1.429.620	1.442.099	1.454.673	1.467.355
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.124.380	1.162.303	1.398.903	1.429.620	1.442.099	1.454.673	1.467.355
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.124.380	1.162.303	1.398.903	1.429.620	1.442.099	1.454.673	1.467.355
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	405.480	228.852	209.288	209.365	210.527	212.190	213.574
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.529.860	1.391.155	1.608.191	1.638.985	1.652.626	1.666.863	1.680.929

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erträge durch Theater, Gleichstellung, Arbeitssicherheit, Sparkasse.
Wegbrechende Erträge durch WBH und Rückholung HABIT.

HSP-Maßnahme:
11_11.111 Interkommunale Zusammenarbeit

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für Datenschutz und IT-Sicherheit, durch Datenschutzgrundverordnung entstehen Mehraufwendungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Der Ansatz beinhaltet die arbeitsmedizinische Betreuung der Gesamtverwaltung (inkl. Feuerwehr). Abweichung resultiert aus der Verlagerung des entsprechenden Budgets (vgl. TP 1127).
Koordination und Durchführung mehrerer Aktionen durch die Gleichstellungsstelle (siehe Kostenerstattungen und Kostenumlagen).

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
OB Erik O. Schulz**1.11 Innere Verwaltung****1.11.12 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung****Produktergebnisse des Teilplans 1112 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.12.40	Gleichstellung	105.415	120.424	132.431	148.329	149.451	150.627	151.786
1.11.12.41	Beschäftigtenvertretung	820.588	649.678	832.986	841.525	849.234	857.271	865.236
1.11.12.42	Schwerbehindertenvertretung	44.331	82.953	43.728	44.177	44.581	45.003	45.421
1.11.12.43	Arbeitssicherheit	229.869	260.310	349.303	351.151	353.650	356.251	358.808
1.11.12.44	Datenschutz	191.955	149.006	157.187	159.929	161.093	162.316	163.518
1.11.12.45	Antikorruption	57.563	55.768	0	0	0	0	0
1.11.12.46	Europabüro	80.139	73.016	92.556	93.875	94.617	95.394	96.161
Summe		1.529.860	1.391.155	1.608.191	1.638.985	1.652.626	1.666.863	1.680.929

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
OB Erik O. Schulz
1.11 Innere Verwaltung
1.11.12 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.548	-25.000						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.488		-2.500	-2.500		-2.550	-2.601	-2.653
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-147.911	-162.400	-121.680	-123.260		-125.555	-127.896	-130.284
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.052							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-164.999	-187.400	-124.180	-125.760		-128.105	-130.497	-132.937
10	- Personalauszahlungen	1.131.617	1.115.434	1.221.693	1.248.576		1.261.062	1.273.672	1.286.409
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.528	42.850	34.300	34.300		34.643	34.989	35.339
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	150							
15	- sonstige Auszahlungen	85.610	120.367	199.560	199.572		201.568	203.583	205.618
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.224.905	1.278.651	1.455.554	1.482.449		1.497.273	1.512.245	1.527.367
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.059.906	1.091.251	1.331.374	1.356.689		1.369.168	1.381.748	1.394.430

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
OB Erik O. Schulz

1.11 Innere Verwaltung

1.11.12 Besondere Dienste für Gesamtverwaltung



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.11.13 Prüfungen

39

Teilplanbeschreibung: 1.11.13

Der Teilplan umfasst folgende Aufgaben:

- Örtliche Prüfung des Verwaltungshandelns auf Recht- und Zweckmäßigkeit sowie auf wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Finanzmitteln durch das Rechnungsprüfungsamt.
- Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt. Für die Prüfungen erhebt die GPA Gebühren.
- Antikorruption: Die Antikorruptionsstelle fungiert als zentrale Ansprechpartnerin für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Externe bei Korruptionsverdacht in der Stadtverwaltung, entwickelt ein Antikorruptionskonzept für die Stadtverwaltung, berät und unterstützt Amts- und Fachbereichsleitungen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Fragen der Korruptionsprävention und berichtet der Politik und Verwaltungsführung regelmäßig über den Stand der Korruptionsprävention in der Stadtverwaltung Hagen. Außerdem werden Prüfungen mit dem Ziel der Korruptionsprävention und -aufdeckung durchgeführt.

Zielgruppe:

Der Rat der Stadt, der Rechnungsprüfungsausschuss, der Oberbürgermeister und die Beigeordneten, sämtliche Dienststellen der Stadt Hagen, städtische Beteiligungen, Öffentlichkeit in Hagen

Auftragsgrundlage:

Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW), Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz (GPAG), Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Hagen, KorruptionsbG NRW, Ratsbeschluss (DS 0613/2011) vom 14.07.2011

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 14 Kotysch, Christian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Prüfungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.710	-15.000	-5.000	-5.000	-5.100	-5.202	-5.306
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-60.636	-38.153	-41.898	-41.898	-41.898	-41.898	-41.898
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-62.346	-53.153	-46.898	-46.898	-46.998	-47.100	-47.204
11	- Personalaufwendungen	1.245.486	1.258.707	1.297.658	1.360.446	1.372.053	1.383.776	1.395.616
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.012.301	1.033.398	1.106.376	1.160.700	1.172.307	1.184.030	1.195.870
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	233.185	225.309	191.282	199.746	199.746	199.746	199.746
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen	396	391	396	102	102	102	102
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	95.308	64.949	71.557	71.570	71.635	71.701	71.769

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 14 Kotysch, Christian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Prüfungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.341.190	1.324.047	1.369.611	1.432.118	1.443.790	1.455.580	1.467.487
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.278.844	1.270.894	1.322.713	1.385.220	1.396.792	1.408.479	1.420.283
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.278.844	1.270.894	1.322.713	1.385.220	1.396.792	1.408.479	1.420.283
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.278.844	1.270.894	1.322.713	1.385.220	1.396.792	1.408.479	1.420.283
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-57.563	-55.017					
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	243.077	153.023	181.962	180.312	181.278	182.688	183.834
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.464.358	1.368.900	1.504.675	1.565.532	1.578.071	1.591.168	1.604.117

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen (z.B. WBH) für Prüfungen. Erstattungen durch den HABIT entfallen auf Grund der Rückführung des Eigenbetriebes in die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Externe Prüfung des Gesamtabschlusses; Überörtliche Prüfung der Haushaltswirtschaft gem. § 105 GO NRW durch die GPA

HSP-Maßnahme:

12_14.001 Reduzierung Beratungsleistung durch Wirtschaftsprüfer bei Prüfung des Gesamtabschlusses besteht nicht mehr.

Produktergebnisse des Teilplans 1113 Prüfungen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.13.40	Örtliche Prüfungen	1.404.358	1.314.900	1.386.347	1.444.772	1.456.800	1.469.363	1.481.785
1.11.13.41	Überörtliche Prüfungen	60.000	54.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
1.11.13.42	Antikorruption	0	0	58.328	60.760	61.271	61.804	62.332
Summe		1.464.358	1.368.900	1.504.675	1.565.532	1.578.071	1.591.168	1.604.117

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 14 Kotysch, Christian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Prüfungen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.598	-15.000	-5.000	-5.000		-5.100	-5.202	-5.306
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.598	-15.000	-5.000	-5.000		-5.100	-5.202	-5.306
10	- Personalauszahlungen	1.012.301	1.033.398	1.106.376	1.160.700		1.172.307	1.184.030	1.195.870
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	5.308	69.949	71.557	71.570		71.635	171.701	171.769
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.017.609	1.103.347	1.177.933	1.232.269		1.243.942	1.355.731	1.367.639
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.015.011	1.088.347	1.172.933	1.227.269		1.238.842	1.350.529	1.362.333

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 14 Kotysch, Christian

1.11 Innere Verwaltung

1.11.13 Prüfungen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement

47

Teilplanbeschreibung: 1.11.14

Erarbeitung/Weiterentwicklung von Grundsätzen, Rahmenregelungen und Standards (Handlungsrahmen) sowie deren Umsetzung und Abwicklung in den Aufgabenfeldern:

- Organisationsentwicklung und -beratung:
Aufstellen, Führen und Fortschreiben von Organisationsplänen, Organisationsentwicklung, Aufbau- und Ablauforganisation, Ideenmarkt
- Personalcontrolling:
IT-gestütztes Personalcontrolling und Berichtswesen einschließlich haushaltswirtschaftlicher Abwicklung, Auszahlungen an die Beschäftigten (Entgelt, Besoldung, Beihilfen) und Statistik
- Personalmanagement:
Personalbedarfsplanung, Personalwirtschaft, Gesundheitsmanagement, Personalentwicklung
- Ausbildung:
Personalbedarfsdeckung und Personalbetreuung, Praktikantenangelegenheiten
- Fortbildung/Qualifizierung:
Beschäftigtenförderung, Externe Fortbildung
- Information der Verwaltungsführung:
Vorbereitungen der Entscheidung der Verwaltungsführung
- Personalservice:
Personalsachbearbeitung, Zahlbarmachung der Bezüge und des Entgeltes, internes Mobilitätsmanagement

Zielgruppe:

Verwaltungsführung (Oberbürgermeister, Verwaltungsvorstand), Ämter und Fachbereiche, Mitarbeiter der Stadtverwaltung Hagen, Nachwuchskräfte inkl. Bewerber/innen.

Auftragsgrundlage:

Gemeindeordnung NRW, Beschlüsse von Rat und Ausschüssen, Hagener Stadtrecht, Entscheidungen der Verwaltungsführung, gesetzliche und tarifvertragliche Grundlagen.

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 11 Keßen, Stefan

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.338	-60.000	-60.000	-60.000	-60.600	-61.206	-61.818
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-90.000	-90.000	-91.800	-93.636	-95.509
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.607.224	-3.055.947	-2.386.948	-2.414.577	-2.425.629	-2.436.902	-2.448.401
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.180.417	-435.356	-4.946.478	-4.946.478	-4.946.478	-4.946.478	-4.946.478
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-8.874.979	-3.551.303	-7.483.426	-7.511.055	-7.524.507	-7.538.222	-7.552.205
11	- Personalaufwendungen	9.823.028	8.930.841	9.019.113	9.177.336	9.261.288	9.346.079	9.431.718
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	10.402.348	8.194.901	8.337.648	8.455.176	8.539.128	8.623.919	8.709.558
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	-579.320	735.940	681.465	722.160	722.160	722.160	722.160
14	- Versorgungsaufwendungen	26.876.099	19.039.119	25.982.000	27.011.000	27.242.125	27.475.561	27.711.332
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	460.399	542.400	1.394.220	1.456.600	1.471.166	1.485.878	1.500.736
16	- Bilanzielle Abschreibungen	15.235	117	119	33	6	6	6
17	- Transferaufwendungen	85.671	90.000	107.500	107.700	109.854	112.051	114.292
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.508.934	15.422.677	954.871	950.685	959.642	968.688	977.826

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 11 Keßen, Stefan
1.11 Innere Verwaltung
1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement


Teilergebnisplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	=	Ordentliche Aufwendungen	50.769.366	44.025.154	37.457.823	38.703.354	39.044.081	39.388.263	39.735.910
20	=	Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	41.894.387	40.473.851	29.974.398	31.192.300	31.519.574	31.850.041	32.183.704
21	+	Finanzerträge	-167.712						
22	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	=	Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-167.712						
24	=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	41.726.675	40.473.851	29.974.398	31.192.300	31.519.574	31.850.041	32.183.704
25	+	Außerordentliche Erträge							
26	-	Außerordentliche Aufwendungen							
27	=	Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	=	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	41.726.675	40.473.851	29.974.398	31.192.300	31.519.574	31.850.041	32.183.704
29	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-12.251.759	-13.829.755	-466.130	-463.980	-467.922	-471.942	-475.989
30	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	647.342	632.711	1.658.367	1.644.449	1.653.291	1.666.650	1.678.007
31	=	Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	30.122.257	27.276.806	31.166.634	32.372.768	32.704.944	33.044.749	33.385.722

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen Kreishandwerkerschaft, Verdi und Komba.
Wegbrechende Erträge durch Rückholung HABIT.

HSP-Maßnahmen:

15_11.002 Erträge im Bereich Beihilfe – Arzneimittelrabatte
11_11.111 Interkommunale Zusammenarbeit

Sonstige ordentliche Erträge:

Auflösung von Versorgungsrückstellungen.

Versorgungsaufwendungen:

Zuführung zu Versorgungsrückstellungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Durch Fallzahlsteigerung Erstattung Personalkosten an Kooperationspartner,
Zusätzliches Themengebiet Supervision,
Dienstleistungen von citeq,
Bearbeitungsgebühren kvw,
Beihilfebearbeitung durch die Stadt Dortmund,
Stellenausschreibungen über Interamt seit 2018 kostenpflichtig, war zur HHP 2018/2019 noch nicht bekannt.

HSP-Maßnahmen:

16_11.001 Kürzungen im Bereich Repräsentationen innere Verwaltung
11_11.002 TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung

Transferaufwendungen:

Umlage für Südwestfälisches Studieninstitut gestiegen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Zulassung von mehr Beschäftigten zu Verwaltungslehrgängen,
Ausweitung der Personalentwicklungsprogramme,
Kennzahlenvergleiche IKVS,
Beschäftigungsprämie Ideenmarkt,
Erhöhung der Ausbildungszahlen u.a. durch Verlagerung der Zuständigkeit für Nachwuchskräfte der Feuerwehr zu 11.

HSP-Maßnahme:

11_11.002 TP1114 pauschale Sachkosteneinsparung

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
FBL 11 Keßen, Stefan**1.11 Innere Verwaltung****1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement****Produktergebnisse des Teilplans 1114 Personal- und Organisationsmanagement**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.14.40	Internes Personalmanagement	8.327.477	7.650.989	7.758.189	7.998.380	8.070.923	8.147.190	8.222.799
1.11.14.41	Internes Organisationsmanagement	1.112.456	1.197.682	1.487.134	1.450.044	1.462.112	1.474.935	1.487.628
1.11.14.42	Ausbildung	317.875	355.336	336.438	340.093	343.131	346.353	349.545
1.11.14.43	Personal- u. Org. management f. Dritte	-1.159.343	-1.048.348	217.521	176.596	185.186	194.390	203.263
1.11.14.44	Versorgung	21.523.792	19.121.148	21.297.153	22.327.455	22.558.489	22.791.850	23.027.499
1.11.14.45	Int. Mobilität/Zentrale	0	0	74.700	84.700	89.847	95.027	100.241
1.11.14.46	Mobilitäts-man. für Dritte	0	0	-4.500	-4.500	-4.745	-4.996	-5.254
Summe		30.122.257	27.276.806	31.166.634	32.372.768	32.704.944	33.044.749	33.385.722

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 11 Keßen, Stefan

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.070	-60.000	-60.000	-60.000		-60.600	-61.206	-61.818
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-90.000	-90.000		-91.800	-93.636	-95.509
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-3.496.051	-3.055.947	-2.386.948	-2.414.577		-2.425.629	-2.436.902	-2.448.401
7	+ Sonstige Einzahlungen	-12.127	-5.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-167.712							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.762.961	-3.120.947	-2.541.948	-2.569.577		-2.583.029	-2.596.744	-2.610.728
10	- Personalauszahlungen	10.609.727	8.194.901	8.337.648	8.455.176		8.539.128	8.623.919	8.709.558
11	- Versorgungsauszahlungen	21.193.382	20.089.119	22.110.000	23.138.000		23.369.125	23.602.561	23.838.332
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	419.112	542.400	1.394.220	1.456.600		1.471.166	1.485.878	1.500.736
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	85.671	90.000	107.500	107.700		109.854	112.051	114.292
15	- sonstige Auszahlungen	13.009.959	15.118.441	954.871	950.685		959.642	968.688	977.826
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	45.317.850	44.034.861	32.904.239	34.108.162		34.448.915	34.793.098	35.140.744
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	41.554.889	40.913.914	30.362.291	31.538.585		31.865.886	32.196.353	32.530.016

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 11 Keßen, Stefan

1.11 Innere Verwaltung
1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement


Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-305.820	-396.970				
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)			-305.820	-396.970				
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			500.000	591.000	300.000			20.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)			500.000	591.000	300.000			20.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			194.180	194.030	300.000			20.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 11 Keßen, Stefan

1.11 Innere Verwaltung

1.11.14 Personal- und Organisationsmanagement



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen			-305.820	-396.970				
2	- Summe der investiven Auszahlungen			500.000	591.000	300.000			20.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			194.180	194.030	300.000			20.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800333 Ankauf von Fahrzeugen und Zubehör

Im Rahmen des Masterplans Mobilität ist vorgesehen, die Anschaffung und den Einsatz von E-Fahrzeugen verstärkt voranzutreiben. Im Planungszeitraum 2020 – 2021 sind hierfür insgesamt 1.091.000 € eingeplant.

Die zu erwartenden Bundes- und Landeszuwendungen betragen insgesamt 702.790 €.

Die Aufteilung der Gesamtbeträge stellt sich wie folgt dar:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021
5800333	Auszahlungen	500.000 €	591.000 €
5800334	Einzahlungen Bund	-156.970 €	-199.760 €
5800335	Einzahlungen Land	-148.850 €	-197.210 €
Summe:	Eigenanteil	194.180 €	194.030 €

Es ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 300.000 € für die Bestellung von Fahrzeugen vorgesehen.

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

58

Teilplanbeschreibung: 1.11.16

Der neue Fachbereich 15 „IT und Zentrale Dienste“ erbringt folgende Dienstleistungen:

Bereich IT:

- Die Planung, die Beschaffung und den Betrieb der informationstechnologischen Infrastruktur,
- die Rechenzentrumsleistungen,
- Consulting und Einführung von IT-Systemen und die damit zusammenhängende Organisationsberatung in Bezug auf Geschäftsprozesse,
- die Bereitstellung von Anwendungssoftware,
- den IT-Benutzerservice,
- IT-Schulungen sowie
- die mit diesen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Tätigkeiten.

Bereich Zentrale Dienste:

- Die zentrale Vergabe und zentrale Beschaffung von Wirtschaftsgütern und Dienstleistungen (außer Bau-Leistungen),
- Postdienste,
- Druckerei und Buchbinderei,
- Büromaterialverwaltung,
- Post- und Materiallogistik sowie
- Telefonservice

Zielgruppe:

Alle Ämter, Fachbereiche, Tochtergesellschaften, Institute, Einrichtungen mit städtischer Beteiligung sowie gemeinnützige externe Einrichtungen, kommunale Partner (insbesondere aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis und innerhalb des Zweckverbandes KDN), Bieter, Vertragspartner, sonstige Auftraggeber und Kooperationspartner, Bürgerinnen und Bürger

Auftragsgrundlage:

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die gemeinsame Inanspruchnahme des Eigenbetriebes HABIT (als Nachfolgeeinrichtung des HABIT), KDN-Verbandssatzung, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB), Vergabeverordnung (VgV), Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), Geschäftsordnung der Stadt Hagen für die Vergabe von Lieferung und Leistung (VOL Bereich), Rechtsvorschriften zur Korruptionsvorbeugung, Tariftreue- und Vergabegesetz NRW, Verwaltungsvereinbarungen mit dem Hauptzollamt Gießen (Zollauktionen), Organisationsverfügungen

Bewirtschaftungsregelungen:

Es besteht eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der investiven PSP-Elemente

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-154.975	-8.192	-339.035	-13.607	-13.347	-13.012	-13.012
3	+ Sonstige Transfererträge			-1.763.200				
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-176.465	-171.050	-1.000	-1.000	-1.020	-1.040	-1.061
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.084.263	-1.224.350	-1.245.000	-1.250.000	-1.271.360	-1.293.147	-1.315.370
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-66.939	-51.191	-90.519	-90.519	-90.519	-90.519	-90.519
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-1.482.643	-1.454.783	-3.438.754	-1.355.126	-1.376.246	-1.397.719	-1.419.963
11	- Personalaufwendungen	2.644.495	2.828.828	9.857.279	10.063.242	10.159.726	10.257.174	10.355.598
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	2.345.678	2.568.924	9.473.209	9.648.385	9.744.868	9.842.317	9.940.740
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	298.817	259.904	384.070	414.857	414.857	414.857	414.857
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	770.530	820.420	5.994.488	4.650.528	5.219.752	5.267.503	5.289.575
16	- Bilanzielle Abschreibungen	164.407	77.751	3.174.457	2.730.098	2.743.443	2.756.942	2.755.798
17	- Transferaufwendungen			35.840	36.090	36.090	36.090	36.090
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.260.549	2.905.761	4.719.013	3.986.256	4.271.794	4.065.853	4.091.836

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thureau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	5.839.981	6.632.760	23.781.076	21.466.214	22.430.805	22.383.562	22.528.897
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	4.357.338	5.177.977	20.342.322	20.111.088	21.054.558	20.985.843	21.108.934
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	4.357.338	5.177.977	20.342.322	20.111.088	21.054.558	20.985.843	21.108.934
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	4.357.338	5.177.977	20.342.322	20.111.088	21.054.558	20.985.843	21.108.934
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.958.745	-2.307.814	-17.257.318	-16.964.208	-17.897.699	-17.810.225	-17.916.917
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	620.608	581.681	268.026	270.918	273.191	275.509	277.827
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	3.019.201	3.451.844	3.353.029	3.417.798	3.430.050	3.451.127	3.469.844

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thureau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Sonstige Transfererträge:

Schuldendiensthilfen vom Land Gute Schule 2020 für die IT-Ausstattung und die Vernetzung der Hagener Schulen

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Leistungen für Dritte u.a für IT, Büromaterial, Postdienste (auch Postcon, Stadtbote), Druckerei, Fachliteratur, Erstattungen für Leistungen des Informationsbereiches im Rathaus I

HSP-Maßnahme:

12_25.001 Weitere Sachkostenreduzierung Innere Verwaltung

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Laufende Kosten für die Wartung von Hardware, die Pflege von Software und Betriebsleistungen sowie IT-Kosten für neue Projekte der Verwaltung und der Schulen (Hardware, Software Beratungsleistungen, etc.). Energiekosten Rechenzentrum; Reparatur / Wartung v. Maschinen der Druckerei und Poststelle, Büroinventar < 60 €, Zollauktion, Stadtbote

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Fortbildungskosten, Dienst- u. Schutzkleidung, Miete für techn. Geräte, Büromaterial, Verbrauchsmaterial f. Drucksachen, Hygieneartikel, Porto, Fachliteratur, Miete von Datenleitungen und Telefongebühren

HSP-Maßnahme:

12_25.002 Papierloser Sitzungsdienst

Detailinformationen aufgrund der Änderung der Teilplanstruktur des Haushalts:**Sonstige ordentliche Aufwendungen:**

Eine Vergleichbarkeit des Teilplans 1116 mit den Vorjahren ist nicht gegeben, da der Fachbereich 25 aufgelöst wurde. Hierbei wurde ein Teil der Aufgaben in andere Fachbereiche verlagert. Die verbleibenden Aufgaben wurden, unter gleichzeitiger Zusammenlegung mit dem bisherigen HABIT, im neuen Fachbereich 15 zusammengefasst. Im Teilplan 1116 wird das Budget für den Geschäftsaufwand (Budget-KST 1116) in Höhe von rd. 2,0 Mio. € in 2020 und 2021 geplant und gebucht.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

**Produktergebnisse des Teilplans 1116 Zentrale Dienste**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.16.40	Allg. Verwaltungsangelegenheiten	442.774	442.549	23.297	25.499	25.697	25.944	26.173
1.11.16.41	Bürgerservice & Informationen	527.593	696.273	517.707	532.910	536.887	541.160	545.280
1.11.16.42	Vergabe/Beschaffung/Lagerverwaltung	757.805	795.710	697.451	706.919	711.490	716.316	721.011
1.11.16.43	Postdienst und Logistik	578.181	685.231	848.101	882.764	883.641	891.367	898.928
1.11.16.44	Druckmedienbearbeitung	712.848	832.081	625.933	632.459	638.471	644.555	650.687
1.11.16.45	IT-Leistungen für externe Kunden	0	0	-33.118	-45.263	-55.471	-64.442	-75.425
1.11.16.46	IT-Leistungen Bildungspauschale	0	0	0	0	0	0	0
1.11.16.47	Task Force Digitalisierung	0	0	673.658	682.509	689.335	696.228	703.190
Summe		3.019.201	3.451.844	3.353.029	3.417.798	3.430.050	3.451.127	3.469.844

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-171.182	-171.050	-1.000	-1.000		-1.020	-1.040	-1.061
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.128.603	-1.224.350	-1.245.000	-1.250.000		-1.271.360	-1.293.147	-1.315.370
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.414							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.316.199	-1.395.400	-1.246.000	-1.251.000		-1.272.380	-1.294.188	-1.316.431
10	- Personalauszahlungen	2.345.678	2.568.924	9.473.209	9.648.385		9.744.868	9.842.317	9.940.740
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	780.653	820.420	5.994.488	4.650.528		5.219.752	5.267.503	5.289.575
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen			35.840	36.090		36.090	36.090	36.090
15	- sonstige Auszahlungen	2.263.497	2.905.761	4.719.013	3.986.256		4.271.794	4.065.853	4.091.836
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.389.828	6.295.105	20.222.549	18.321.259		19.272.504	19.211.762	19.358.241
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	4.073.629	4.899.705	18.976.549	17.070.259		18.000.124	17.917.575	18.041.810

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thureau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	873	5.000	5.194.801	3.006.350	1.000.000	3.027.475	3.027.475	2.527.475
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	873	5.000	5.194.801	3.006.350	1.000.000	3.027.475	3.027.475	2.527.475
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	873	5.000	5.194.801	3.006.350	1.000.000	3.027.475	3.027.475	2.527.475

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Haupt-Rechenzentrum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			150.000	110.000		130.000	130.000	130.000		
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			150.000	110.000		130.000	130.000	130.000		
Backup-Rechenzentrum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			1.265.000	150.000		150.000	150.000	150.000		
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			1.265.000	150.000		150.000	150.000	150.000		

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
IT-Netz										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			402.000	410.000		456.000	456.000	456.000		
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			402.000	410.000		456.000	456.000	456.000		
Mobile Device Management										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			67.500	32.500		50.000	50.000	50.000		
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			67.500	32.500		50.000	50.000	50.000		

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
SAP HANA										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			155.000	230.000	1.000.000	500.000	500.000			
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			155.000	230.000	1.000.000	500.000	500.000			
DMS Gewerbestelle										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			30.000							
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			30.000							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Bibdia-Erweiterung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			66.340							
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			66.340							
Bildungsnetzwerk										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			388.000	233.000		310.500	310.500	310.500		
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			388.000	233.000		310.500	310.500	310.500		

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
SchildZentral										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			175.000							
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			175.000							
Kita-Verfahren										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			200.000	20.000						
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			200.000	20.000						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Cohesity Erweiterung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			160.000							
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			160.000							
ESXi-Ersatzbeschaffung Citrix										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen				355.000						
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				355.000						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Hardware Datensicherung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			130.000							
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			130.000							
DMS Stadt Hagen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			60.000	60.000						
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			60.000	60.000						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thurau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Dokumentenmanagementsystem										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			80.000	38.500		59.250	59.250	59.250		
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			80.000	38.500		59.250	59.250	59.250		
WLAN an Hagener Schulen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen			257.000	65.000		65.000	65.000	65.000		
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			257.000	65.000		65.000	65.000	65.000		
= Summe			3.585.840	1.704.000	1.000.000	1.720.750	1.720.750	1.220.750		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

Im Zuge der Integration des HABITs ab 2020 wurden folgende Maßnahmen geplant:

5.000451 Haupt-Rechenzentrum

Das Hauptrechenzentrum wurde im Jahr 2018 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Es sind noch Investitionen im Rahmen der Gebäudesicherung, Gebäudetechnik und der technischen Infrastruktur in den nächsten Jahren erforderlich. Dafür sind für 2020 150.000 €, für 2021 110.000 € und ab 2022 130.000 € eingeplant.

5.000452 Backup-Rechenzentrum

Mittelinplanung von 1.265.000 € in 2020 und von 150.000 € von 2021 bis 2024: Im Jahr 2018 wurde mit dem Bau des Backup-Rechenzentrums begonnen. Der Innenausbau und die Infrastrukturmaßnahmen werden in den Folgejahren vorgenommen. Der Bezug soll 2020/2021 erfolgen. Anschließend sind noch Maßnahmen zur Gebäudesicherung und Abschluss der Wartungsverträge für die gesamte Gebäudetechnik und technische Infrastruktur erforderlich.

5.000453 IT-Netz

Mittelinplanung von 402.000 € in 2020, 410.000 € in 2021 und 456.000 € ab 2022: Zur Aufrechterhaltung der Netzwerkinfrastruktur im LAN und in der Sicherheitszone, die die Anbindung und Verfügbarkeit der Stadt Hagen an das Internet sicherstellt, sind fortlaufend Investitionen erforderlich, um die Verfügbarkeit, Aktualität und die Sicherheit des städtischen Netzwerkes zu gewährleisten.

5.000454 Mobile Device Management

Mittelanmeldung in Höhe von 67.500 € in 2020, in Höhe von 32.500 € in 2021 und in Höhe von 50.000 € von 2022 bis 2024: Mobile Device Management (MDM) ist eine Sicherheitssoftware, die zum Verwalten und Sichern der mobilen Geräte verwendet wird. Die Software ist unverzichtbar für den Betrieb mobiler Endgeräte im professionellen Umfeld.

5.000455 SAP HANA

Die SAP-Systeme können zukünftig nur noch mit der In-Memory Datenbank HANA betrieben werden. Für die Einführung des neuen SAP-Systems sind in 2020 155.000 € und 2021 230.000 € geplant.

Für die Vergabe von Aufträgen wurde in 2021 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.000.000 € geplant. Diese wird jeweils zu 500.000 € in 2022 und 2023 kassenwirksam.

5.000456 DMS Gewerbestelle

Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems in der Gewerbestelle erfordert Investitionen von 30.000 € in 2020.

5.000457 Bibdia-Erweiterung

Mitteleinplanung von 66.340 € in 2020: Die Maßnahme wurde im Rahmen der fortlaufenden und zeitgerechten Digitalisierung der Medien geplant.

5.000458 Bildungsnetzwerk

Mitteleinplanung von 388.000 € in 2020, 233.000 € in 2021 und 310.500 € von 2022 bis 2024: Die fortlaufenden Investitionen in das Bildungsnetzwerk sind notwendig, um sukzessive alle Hagerer Schulen an das Netz der Stadt Hagen anzubinden und dort die Digitalisierung zu unterstützen.

Die Auszahlungen werden zu 100% aus der Bildungspauschale finanziert.

5.000459 SchildZentral

Mitteleinplanung in Höhe von 175.000 € in 2020: Die Schulverwaltungssoftware SchildZentral bietet Module sowohl für die Verwaltungsverfahren der Schulen als auch für die Aufgaben der inneren Schulverwaltung. Als mandantenfähige Version unterstützt sie so die Ziele des Bildungsnetzwerkes der Stadt Hagen.

Die Auszahlungen werden zu 100% aus der Bildungspauschale finanziert.

5.000460 Kita-Verfahren

Für die Softwarebeschaffung zur Kita-Online-Anmeldung wurden in 2020 200.000 € und in 2021 20.000 € veranschlagt.

5.000461 Cohesity Erweiterung

Mitteleinplanung in 2020 in Höhe von 160.000 € für die Cohesity-Erweiterung: Die bisherige Disaster-Recovery-Lösung für virtuelle Server soll zukünftig auch Teilbereiche des SAN sichern. Aus diesem Grund ist eine Erweiterung notwendig.

5.000462 ESXi-Ersatzbeschaffung Citrix

Mitteleinplanung in 2021 in Höhe von 355.000 €: Die Wartungsverträge der aktuell eingesetzten ESXi-Server für die Bereitstellung der Terminal-Services enden Ende 2021, sodass eine entsprechende Ersatzbeschaffung und ggfls. Erweiterung erforderlich ist.

5.000463 Hardware Datensicherung

Mitteleinplanung in 2020 in Höhe von 130.000 €: Es handelt sich um die notwendige Ergänzung der in 2019 beschafften Datensicherung zur Absicherung gegen Verschlüsselungstrojaner.

5.000464 DMS Stadt Hagen

Mitteleinplanung in 2020 und 2021: Für die Ausweitung des Dokumentenmanagementsystems "enaio" werden jeweils 60.000 € eingeplant.

5.000465 Dokumentenmanagementsystem

Mitteleinplanung in 2020 von 80.000 €, in 2021 von 38.500 € und ab 2022 von jährlich 59.250 €: Die Einzelmaßnahme ist im Rahmen der eGovernment-Prozesse in Verbindung mit der Digitalisierungsoffensive erforderlich.

5.000466 WLAN an Hagener Schulen

Für die Einführung von WLAN an Hagener Schulen sowie Ersatzbeschaffungen wurden in 2020 257.000 € und ab 2021 65.000 € veranschlagt.

Die Auszahlungen werden zu 100% aus der Bildungspauschale finanziert.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thureau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	873	5.000	1.608.961	1.302.350		1.306.725	1.306.725	1.306.725
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	873	5.000	1.608.961	1.302.350		1.306.725	1.306.725	1.306.725

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800015 Büromöbel; Büromaschinen GVG
- 5.800016 Büromöbel; Büromaschinen IPM
- 5.800238 Büroeinrichtung Schwerbehinderte GVG
- 5.800239 Büroeinrichtung Schwerbehinderte IPM

Im Rahmen der Ersatzschaffung von Büromöbeln und -maschinen sind in 2020 Mittel in Höhe von insgesamt 198.000 € vorgesehen.

Für das Jahr 2021 ist ein Ansatz in Höhe von 188.000 €, für 2021-2024 jeweils ein Ansatz in Höhe von 193.000 € für Auszahlungen eingeplant. Die Einplanung der Zuwendungen für die Ausstattung Schwerbehinderter beträgt jährlich 2.000 €.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Thureau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800015	Büromöbel, Büromaschinen, GVG	95.000 €	85.000 €	90.000 €	90.000 €	90.000 €
5.800016	Büromöbel, Büromaschinen, IPM	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
5.800238	Büroeinrichtung Schwerbehinderte, IPM	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
	- Zuwendungen	-2.000 €	-2.000 €	-2.000 €	-2.000 €	-2.000 €
5.800239	Büroeinrichtung, GVG	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
Summe		196.000 €	186.000 €	191.000 €	191.000 €	191.000 €

5.800282 Fachliteratur

Für die Beschaffung von Fachliteratur ist für den Planungszeitraum 2020 – 2024 ein jährlicher Ansatz in Höhe von 5.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 15 Tharau, Gerhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.16 IT und Zentrale Dienste

**Reintegration des HABIT:**

Im Zuge der Integration des HABIT ab 2020 wurden folgende Ansätze für die Arbeitsplatzausstattung (z.B. PCs, Monitore, Telefone) sowie kleinere Software- und Hardwarebeschaffungen (z.B. Softwarelizenzen und die Beschaffung von Servern) sowie Werkzeuge/ Messgeräte (z.B. für das Haupt-Rechenzentrum und das Backup-Rechenzentrum) geplant:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800334	PC-Administration, GVG		6.500 €			
5.800337	Technischer Service SAP, GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800338	Bürger-/ Politik-Software, GVG	1.200 €	3.400 €	2.300 €	2.300 €	2.300 €
5.800339	Bausoftware, GVG		1.000 €	500 €	500 €	500 €
5.800343	Service-Line, GVG		750 €	375 €	375 €	375 €
5.800348	Windows-Server, GVG	3.000 €	3.500 €	3.250 €	3.250 €	3.250 €
5.800353	IT, GVG	8.000 €	5.000 €	6.500 €	6.500 €	6.500 €
5.800358	Hardware Arbeitsplatzausstattung Stadt Hagen, GVG	7.000 €	7.650 €	7.250 €	7.250 €	7.250 €
5.800359	Hardware Arbeitsplatzausstattung Schulen, GVG	265.700 €	265.700 €	265.700 €	265.700 €	265.700 €
5.800360	PC-Administration, IPM	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800361	Schuladministration, IPM	10.000 €	5.000 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €
5.800362	Internet und Multimedia, IPM	10.000 €	6.500 €	8.250 €	8.250 €	8.250 €
5.800364	Bürger-/ Politik-Software, IPM	27.600 €	8.350 €	5.975 €	5.975 €	5.975 €
5.800365	Bausoftware, IPM	2.400 €	2.650 €	2.525 €	2.525 €	2.525 €
5.800367	Betriebswirtschaft, IPM	3.750 €	1.250 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800368	Einkauf, IPM	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800370	Netzwerk, IPM	62.500 €	62.500 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €
5.800372	Telekommunikation, IPM	75.000 €	20.000 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800373	Netzwerkmanagement, IPM		75.000 €	37.500 €	37.500 €	37.500 €
5.800374	Windows-Server, IPM	131.000 €	38.000 €	107.000 €	107.000 €	107.000 €
5.800375	Linux-Server, IPM	16.000 €	70.000 €	43.000 €	43.000 €	43.000 €
5.800376	Datensicherung, IPM		10.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
5.800379	IT, IPM	426.500 €	125.500 €	246.000 €	246.000 €	246.000 €
5.800382	Haupt-Rechenzentrum, IPM	2.000 €		1.000 €	1.000 €	1.000 €
5.800383	Backup-Rechenzentrum, IPM		2.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
5.800384	Hardware Arbeitsplatzausstattung Stadt Hagen, IPM	358.711 €	383.500 €	335.000 €	335.000 €	335.000 €
5.800385	Hardware Arbeitsplatzausstattung Schulen, IPM	177.100 €	177.100 €	177.100 €	177.100 €	177.100 €
Summe		1.603.961 €	1.297.350 €	1.301.725 €	1.301.725 €	1.301.725 €

Die Arbeitsplatzausstattung für Schulen (siehe 5.800359 und 5.800385) wird zu 100% aus der Bildungspauschale finanziert.

1.11.18 **Rechtsangelegenheiten**

80

Teilplanbeschreibung: 1.11.18

Das Rechtsamt berät die Dienststellen der Stadtverwaltung, die städtischen Beteiligungsgesellschaften sowie die politischen Gremien in rechtlichen Fragestellungen und übernimmt die Vertretung in gerichtlichen Verfahren. Des Weiteren verwaltet das Rechtsamt die von der Stadt unterhaltenen Versicherungen und Mitgliedschaften in kommunalen Gefahrengemeinschaften und ist zuständig für die Regulierung von Schadenfällen, betreut die Schiedspersonen und nimmt die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde für Personenstandsangelegenheiten wahr.

Zielgruppe:

Organisationseinheiten der Verwaltung, städtische Beteiligungsgesellschaften, Verwaltungsführung, politische Gremien sowie Bürgerinnen und Bürger.

Auftragsgrundlage:

Gesetzliche Bestimmungen, vertragliche Vereinbarungen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 30 Winkler, Judith

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Rechtsangelegenheiten

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-400	-400	-400	-408	-416	-424
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-419.591	-532.500	-485.500	-495.500	-505.300	-515.296	-525.492
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-153.402	-51.794	-99.006	-99.006	-99.006	-99.006	-99.006
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-572.993	-584.694	-584.906	-594.906	-604.714	-614.718	-624.923
11	- Personalaufwendungen	881.914	815.791	762.425	775.276	781.646	788.079	794.577
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	687.633	627.916	630.033	636.990	643.360	649.794	656.291
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	194.281	187.875	132.392	138.286	138.286	138.286	138.286
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.484						
16	- Bilanzielle Abschreibungen	2.415						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.646.388	3.992.478	4.234.979	4.250.989	4.293.499	4.336.434	4.379.798

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 30 Winkler, Judith

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Rechtsangelegenheiten

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	4.541.202	4.808.269	4.997.404	5.026.264	5.075.144	5.124.513	5.174.375
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.968.209	4.223.576	4.412.498	4.431.358	4.470.430	4.509.795	4.549.453
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	68						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	68						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	3.968.277	4.223.576	4.412.498	4.431.358	4.470.430	4.509.795	4.549.453
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	3.968.277	4.223.576	4.412.498	4.431.358	4.470.430	4.509.795	4.549.453
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-3.202.205	-3.304.002	-3.492.631	-3.501.073	-3.536.711	-3.572.722	-3.609.083
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	224.287	277.423	165.702	154.649	155.542	156.833	157.908
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	990.359	1.196.997	1.085.569	1.084.934	1.089.261	1.093.906	1.098.278

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen (z.B. WBH) für Versicherungsdienstleistungen. Erstattungen durch den HABIT entfallen auf Grund der Rückführung des Eigenbetriebes in die Kernverwaltung.

Sonstige ordentliche Erträge:

Schadenersatz für Sturm- und Hagelschäden. Einplanung auf Grund des Ist-Wertes von 2018.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Personen-, Sach- und Gebäudeversicherungen; Schiedsamsangelegenheiten; vermehrte Aufwendungen an den KSA aufgrund von Beitragserhöhungen bei der gesetzlichen Unfallversicherung.

HSP-Maßnahmen:

12_30.001 Rabatte Versicherungsprämien

16_30.001 Reduzierung Schiedsamsbezirke

Produktergebnisse des Teilplans 1118 Rechtsangelegenheiten

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.18.40	Rechtsangelegenheiten	863.454	966.362	884.379	886.279	893.907	901.894	909.794
1.11.18.41	Versicherungsangelegenheiten	126.905	230.635	201.191	198.655	195.354	192.012	188.484
Summe		990.359	1.196.997	1.085.569	1.084.934	1.089.261	1.093.906	1.098.278

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 30 Winkler, Judith

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Rechtsangelegenheiten

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-400	-400	-400		-408	-416	-424
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-394.430	-532.500	-485.500	-495.500		-505.300	-515.296	-525.492
7	+ Sonstige Einzahlungen	-112.739	-20.000	-70.000	-70.000		-70.000	-70.000	-70.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-507.168	-552.900	-555.900	-565.900		-575.708	-585.712	-595.916
10	- Personalauszahlungen	687.633	627.916	630.033	636.990		643.360	649.794	656.291
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.655							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	66							
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	3.644.368	3.992.478	4.234.979	4.250.989		4.293.499	4.336.434	4.379.798
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.344.722	4.620.394	4.865.012	4.887.979		4.936.859	4.986.227	5.036.090
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.837.554	4.067.495	4.309.113	4.322.079		4.361.151	4.400.515	4.440.174

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 30 Winkler, Judith

1.11 Innere Verwaltung

1.11.18 Rechtsangelegenheiten



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.11.20 Finanzmanagement

88

Teilplanbeschreibung: 1.11.20

- Planung, Aufstellung und Bewirtschaftung des Haushalts
- Zentrale Steuerung des Haushalts über das Berichtswesen, Ziele und Kennzahlen
- Aufstellung und Steuerung des Haushaltssanierungsplans
- Abschluss aller Kreditgeschäfte im Rahmen der Steuerung des städtischen Schuldenportfolios
- Sicherstellung der Liquidität und der Zins- und Tilgungszahlungen
- Verwaltung des Stiftungsvermögens
- Begebung von Bürgschaften der Stadt Hagen sowie die Vereinnahmung von Bürgschaftsprovisionen
- Interne Steuerberatung sowie Erstellen der Umsatzsteuererklärungen für die Stadt Hagen
- Erstellung der Körperschaft- und Gewerbesteuererklärungen für die gemeindlichen Betriebe gewerblicher Art
- Gebührenrechtliche Beratung und Rechtmäßigkeitskontrolle aller Fachbereiche mit Gebührenhaushalten
- Erledigung der Buchführung und der Zahlungsabwicklung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
- Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde durch den Jahresabschluss und den Gesamtabchluss
- Heranziehung zu kommunalen Steuern
- Einziehung der Niederschlagswasser-/Schmutzwassergebühren im Auftrag des WBH, Weiterleitung der Gebühren an den WBH und Abrechnung der städtischen Aufwendungen

Zielgruppe:

- Bürger
- Rat und Gremien
- Verwaltungsvorstand
- Fachämter und Fachbereiche der Verwaltung
- Aufsichtsbehörde
- Banken, Finanzamt
- Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR (WBH)

Auftragsgrundlage:

- Gemeindeordnung NRW (GO NRW), Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW), Erlasse des Innenministeriums
- Umsatzsteuergesetz (UStG), Umsatzsteuerdurchführungsverordnung (UStDV)
- Körperschaftsteuergesetz (KStG), Solidarbeitragszuschlagsgesetz (SolZG), Einkommensteuergesetz (EStG)
- Stärkungspaktgesetz (StPG), Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW (ELAG)
- Gewerbesteuergesetz (GewStG), Grundsteuergesetz (GrStG)
- Abgabenordnung (AO), Kommunales Abgabengesetz (KAG), örtliche Gebühren- und Satzungen
- Leistungsabnahmevertrag zur Abwasserbeseitigung mit dem WBH

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.11 Innere Verwaltung

1.11.20 Finanzmanagement

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-157	-800.156	-800.157	-800.156	-800.157	-800.156	-800.156
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-184	-300	-100	-100	-102	-104	-106
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-223.875	-214.700	-227.479	-229.736	-229.982	-230.233	-230.489
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.630.720	-3.336.757	-3.409.988	-3.383.279	-3.253.956	-3.158.956	-3.153.956
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-3.854.936	-4.351.913	-4.437.724	-4.413.271	-4.284.197	-4.189.449	-4.184.707
11	- Personalaufwendungen	7.215.590	7.048.375	7.202.341	7.403.056	7.470.018	7.537.650	7.605.958
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	6.273.785	6.173.997	6.533.132	6.696.260	6.763.223	6.830.855	6.899.163
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	941.805	874.378	669.209	706.795	706.795	706.795	706.795
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen	595.618	1.728.691	2.600.195	2.600.196	2.600.195	2.600.196	2.600.195
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	401.688	639.342	2.940.690	2.940.803	2.924.395	2.927.339	2.930.312

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.11 Innere Verwaltung

1.11.20 Finanzmanagement



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	8.212.896	9.416.408	12.743.227	12.944.054	12.994.608	13.065.185	13.136.465
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	4.357.960	5.064.495	8.305.503	8.530.784	8.710.411	8.875.736	8.951.758
21	+ Finanzerträge	-2.111						
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-2.111						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	4.355.849	5.064.495	8.305.503	8.530.784	8.710.411	8.875.736	8.951.758
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	4.355.849	5.064.495	8.305.503	8.530.784	8.710.411	8.875.736	8.951.758
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-433.222	-709.660	-489.831	-520.929	-524.465	-528.975	-533.431
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.988.962	3.606.587	2.750.330	2.728.670	2.740.910	2.766.044	2.788.216
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.911.589	7.961.422	10.566.002	10.738.524	10.926.857	11.112.806	11.206.543

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Planung der Auflösung Sonderposten Investitionspauschale für geringwertige Wirtschaftsgüter i. H. v. 800.000 € jährlich (das Ergebnis wird im gesamten Haushalt verteilt gebucht).

HSP-Maßnahme:

15_20.001 Finanzierung GVG aus der allgemeinen Investitionspauschale

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattung von Vollstreckungskosten und Erstattungen im Rahmen des Leistungsabnahmevertrags zur Abwasserbeseitigung mit dem WBH.

HSP-Maßnahme:

11_11.111 Interkommunale Zusammenarbeit

Sonstige ordentliche Erträge:

Säumniszuschläge und Nebenforderungen, Rücklastschriftgebühren und sonstige ordentliche Erträge, Planung der Erträge aus Einzelwertberichtigungen von Forderungen für die Gesamtverwaltung (das Ergebnis wird im gesamten Haushalt verteilt gebucht), Bürgschaftsprovisionen, vermischte Einnahmen. Die Einzelwertberichtigungen von Forderungen werden anhand von Durchschnittswerten aus den jeweiligen Vorjahren geplant.

HSP-Maßnahmen:

11_20.001 Neuausrichtung des Forderungsmanagements

12_20.008 Portoersatz Vollstreckungsvorankündigung

14_20.003 Änderung der Mahnsystematik im Bereich der Grundbesitzabgaben

16_20.001 Enervie-Darlehen - hier: Bürgschaftsprovisionen

Bilanzielle Abschreibungen:

Bilanzielle Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung und technische Anlagen des Fachbereichs 20 sowie Planung der Abschreibungen auf Forderungen für die Gesamtverwaltung (das Ergebnis wird im gesamten Haushalt verteilt gebucht).

Die Abschreibungen auf Forderungen werden anhand von Durchschnittswerten aus den jeweiligen Vorjahren geplant.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Bankgebühren, Aufwendungen für Prüfung und Beratung sowie die Inanspruchnahme von Diensten, Gerichtsverfahren, Aufwendungen aus Beratungen zum Schuldenmanagement, Rücklastschriftgebühren, Planung der Aufwendungen aus Einzelwertberichtigungen von Forderungen für die Gesamtverwaltung (das Ergebnis wird im gesamten Haushalt verteilt gebucht).

Die Einzelwertberichtigungen von Forderungen werden anhand von Durchschnittswerten aus den jeweiligen Vorjahren geplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.11 Innere Verwaltung

1.11.20 Finanzmanagement

HSP-Maßnahmen:

11_20.007 Sachkostenreduzierung im TP 1120

11_20.008 Sachkostenreduzierung im TP 1121

12_20.007 Beratungsleistung- und Gutachterkosten (Verteilung 2013 10.000 € TP 1120)

Produktergebnisse des Teilplans 1120 Finanzmanagement

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.20.40	Haushaltssteuerung/Controlling	1.403.533	1.469.755	675.092	707.514	717.607	730.865	743.977
1.11.20.41	Finanzbuchhaltung	3.106.978	5.479.609	7.743.473	7.812.450	7.888.467	7.941.127	7.993.017
1.11.20.42	Erhebung Gemeindesteuern	898.234	1.310.105	863.297	877.901	884.036	891.723	899.322
1.11.20.43	Schuldenman., Steuer-, Gebührenrecht	-351.275	-341.373	56.956	121.713	204.653	303.251	311.816
1.11.20.44	Leistungen für WBH	-9.020	43.326	-9.463	-9.758	-9.181	-8.400	-7.635
1.11.20.45	Kosten Rechnungswesen	1.863.139		1.236.647	1.228.704	1.241.275	1.254.240	1.266.046
Summe		6.911.589	7.961.422	10.566.002	10.738.524	10.926.857	11.112.806	11.206.543

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.11 Innere Verwaltung

1.11.20 Finanzmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-310	-300	-100	-100		-102	-104	-106
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	425							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-241.418	-214.700	-227.479	-229.736		-229.982	-230.233	-230.489
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.457.930	-2.578.500	-2.724.532	-2.697.823		-2.568.500	-2.473.500	-2.468.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-2.111							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.701.343	-2.793.500	-2.952.111	-2.927.659		-2.798.584	-2.703.837	-2.699.095
10	- Personalauszahlungen	6.273.785	6.173.997	6.533.132	6.696.260		6.763.223	6.830.855	6.899.163
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	449.266	283.666	310.635	310.748		294.340	297.284	300.257
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.723.051	6.457.663	6.843.767	7.007.008		7.057.563	7.128.139	7.199.420
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.021.707	3.664.163	3.891.656	4.079.349		4.258.979	4.424.302	4.500.325

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.11 Innere Verwaltung

1.11.20 Finanzmanagement

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	75.000							
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	75.000							
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	75.000							

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

98

Teilplanbeschreibung: 1.11.23

Die Stadt Hagen als Eigentümerin von Grundstücken und Gebäuden übernimmt folgende Aufgaben (FB 60):

- Vermarktung der Immobilien
- Vertragsmanagement für die Vorbereitung, den Abschluss und die Abwicklung von grundstücksbezogenen Verträgen
- Verwaltung, Verpachtung und Überlassung des unbebauten städtischen Grundbesitzes
- Abrechnung der mit städtischen Grundstücken verbundenen Kosten

Zielgruppe:

Politik, Verwaltung sowie Mieter, Vermieter, Pächter, etc.

Auftragsgrundlage:

Politische Beschlüsse

Bewirtschaftungsregelungen:

Bisher wurden hier folgende Sachverhalte abgebildet:

- Erträge aus dem Verkauf von Grundstücken
- Miet- und Pachterträge Werbeverträge
- Abschreibungen

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.259.057	-3.196.200	-3.251.250	-3.251.250	-3.260.210	-3.269.293	-2.108.077
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-19.453	-14.000	-14.000	-14.000	-14.280	-14.566	-14.857
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-926.219	-248.706	-438.228	-438.228	-438.228	-438.228	-438.228
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-4.217.228	-3.471.406	-3.715.978	-3.715.978	-3.725.218	-3.734.586	-2.573.662
11	- Personalaufwendungen	1.037.566	1.008.486	1.064.236	1.083.473	1.092.464	1.101.544	1.110.716
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	804.859	781.764	887.566	899.092	908.082	917.163	926.335
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	232.708	226.722	176.670	184.381	184.381	184.381	184.381
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.300.310	2.718.511	2.735.500	2.835.500	2.863.285	2.891.348	2.919.691
16	- Bilanzielle Abschreibungen	564	21.835	21.688	20.767	27.139	32.357	31.791
17	- Transferaufwendungen	3.515	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.279.829	4.776.959	5.265.438	4.954.438	5.002.688	5.051.420	5.100.640

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	8.621.785	8.529.791	9.090.862	8.898.178	8.989.576	9.080.670	9.166.839
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	4.404.557	5.058.385	5.374.884	5.182.200	5.264.358	5.346.084	6.593.176
21	+ Finanzerträge	-1.324						
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	16.886						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	15.562						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	4.420.119	5.058.385	5.374.884	5.182.200	5.264.358	5.346.084	6.593.176
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	4.420.119	5.058.385	5.374.884	5.182.200	5.264.358	5.346.084	6.593.176
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.261.403	-5.146.149	-5.628.604	-5.408.386	-5.476.408	-5.545.107	-5.614.113
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.875.098	2.496.594	2.927.618	2.971.940	2.999.660	3.021.883	3.050.215
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	2.033.815	2.408.830	2.673.898	2.745.753	2.787.610	2.822.860	4.029.278

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Miet- und Pachterträge sowie Erträge für die Erstattung von Betriebskosten.

Sonstige ordentliche Erträge:

Mehrerlöse aus der Veräußerung von Grundstücken.

HSP-Maßnahme:

13_GWH.001 Verstärkte Verkaufsaktivitäten bei Grundstücken

15_61.001 Zusätzliche Verkaufserlöse bei Grundstücken durch die Einstellung von Bauleitplanern

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Grundbesitzabgaben Erstattungen an verbundene Unternehmen für Sommer-/Winterreinigung, Unterhaltung/Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Mieten und Pachten, Betriebs- und Nebenkosten.

HSP-Maßnahme:

18_49.001 Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)

Produktergebnisse des Teilplans 1123 Verwaltung der Liegenschaften

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.23.40	Verwaltung der Liegenschaften	1.701.110	2.074.409	2.363.965	2.435.148	2.474.587	2.507.292	3.711.248
1.11.23.41	Sanierungs-/Entw.Maßnahmen	1.990	1.500	0	0	0	0	0
1.11.23.42	Vergaben	330.716	332.921	309.933	310.605	313.022	315.568	318.030
Summe		2.033.815	2.408.830	2.673.898	2.745.753	2.787.610	2.822.860	4.029.278

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.248.450	-3.196.200	-3.251.250	-3.251.250		-3.260.210	-3.269.293	-2.108.077
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-19.453	-14.000	-14.000	-14.000		-14.280	-14.566	-14.857
7	+ Sonstige Einzahlungen	-30.446							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.324							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.299.673	-3.210.200	-3.265.250	-3.265.250		-3.274.490	-3.283.858	-2.122.934
10	- Personalauszahlungen	804.859	781.764	887.566	899.092		908.082	917.163	926.335
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.281.065	2.718.511	2.735.500	2.835.500		2.863.285	2.891.348	2.919.691
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	16.886							
14	- Transferauszahlungen	3.515	4.000	4.000	4.000		4.000	4.000	4.000
15	- sonstige Auszahlungen	5.093.046	4.762.595	5.251.074	4.940.074		4.988.324	5.037.056	5.086.276
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.199.372	8.266.870	8.878.140	8.678.666		8.763.691	8.849.568	8.936.302
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	4.899.698	5.056.670	5.612.890	5.413.416		5.489.202	5.565.710	6.813.368

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-634.600	-1.140.000	-1.259.130	-937.492		-216.853		
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-1.835.846	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-2.470.446	-2.140.000	-2.259.130	-1.937.492		-1.216.853	-1.000.000	-1.000.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	878.886	2.000.000	2.605.400	1.287.000		528.270	300.000	300.000
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	15.881	155.000	155.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	88.452	14.000	441.200	353.500		28.500	28.500	28.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	983.220	2.169.000	3.201.600	1.640.500		556.770	328.500	328.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)	-1.487.226	29.000	942.470	-296.992		-660.083	-671.500	-671.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
An- und Verkauf von Grundstücken und Imm										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-1.835.846	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-29.136.993	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	265.887	300.000	300.000	300.000		300.000	300.000	300.000	1.653.992	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.569.959	-700.000	-700.000	-700.000		-700.000	-700.000	-700.000	-27.483.001	
Problemimmobilien										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-634.600	-1.140.000	-1.259.130	-937.492		-216.853			-822.509	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	590.729	1.200.000	1.325.400	987.000		228.270			806.078	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-43.871	60.000	66.270	49.508		11.417			-16.431	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Sonstige Problemimmobilien										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	22.270	500.000	0	0					22.270	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	22.270	500.000	0	0					22.270	
Abriss städtischer Gebäude										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	15.881	155.000	155.000						15.881	290.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	15.881	155.000	155.000						15.881	290.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Umbau Polizeiwache Hohenlimburg										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-253.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										1.450.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										1.197.000
Feuertreppe Kita Voerder Str. 74										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										40.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										40.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Stadthalle - Umbau Gastronomie										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										158.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										158.000
Sanierung Lüftungsanlage Novys										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										460.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										460.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Ankauf Medienzentrum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude			980.000							980.000
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			980.000							980.000
= Summe	-1.575.679	15.000	501.270	-650.492		-688.583	-700.000	-700.000		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000079 An- und Verkauf von Grundstücken

Auszahlungsansatz in den Jahren 2020- 2024 jeweils 300.000 €
Einzahlungsansatz in den Jahren 2020 - 2024 jeweils 1.000.000 €

Im Jahr 2020 ergibt sich ein erhöhter Einnahmeansatz aufgrund der HSP-Maßnahme 15_61.001.

5.000366 Abriss städtischer Gebäude

Es sind die Abrisse der Gebäude ehem. Schulpavillon Franzstr. 75 und Kita Quambusch, Jungfernbruch 96 in 2020 geplant.

5.000412 Ankauf Medienzentrum

Zum Jahresende läuft der Leasingvertrag bzgl. Stadtbücherei aus und die Stadt Hagen wird wahrscheinlich von ihrem Vorkaufsrecht zum Restbuchwert Gebrauch machen. Zurzeit läuft eine Bewertung über den FB 62. Die Beschlussfassung ist für Ende 2019 geplant.

5.000415 Theater – Erwerb von Anlagevermögen

Für die Aufrechterhaltung der Vermietung ist die Stadt verpflichtet, das Gebäude des Theaters in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Hierunter fällt auch unter anderem die Instandhaltung der Beleuchtungsanlage und die bauliche Instandhaltung der Bühnentechnik.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	88.452	14.000	441.200	353.500		28.500	28.500	28.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	88.452	14.000	441.200	353.500		28.500	28.500	28.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800155 **Stadthalle Einrichtungsgegenstände, IPM**
 5.800159 **Stadthalle, GVG**

Für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Stadthalle sind jährlich Mittel in Höhe von 60.000 € eingeplant.

5.800219 **Unbebaute Grundstücke, IPM**

Zur Absicherung von unbebauten Grundstücken (z. B. Errichtung von Zäunen) werden Mittel in Höhe von 3.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800155	Stadthalle Einrichtungsgegenstände, IPM	48.000 €	48.000 €	48.000 €	48.000 €	48.000 €
5.800159	Stadthalle, GVG	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €
5.800219	Unbebaute Grundstücke, IPM	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €
Summe:	Auszahlungen	63.000 €	63.000 €	63.000 €	63.000 €	63.000 €

1.11.27 Fahrzeuge

114

Teilplanbeschreibung: 1.11.27

Zur Betreuung des städtischen Fuhrparks wird an der Feuer- und Rettungswache Ost der Berufsfeuerwehr Hagen eine eigene Kfz-Werkstatt unterhalten. Das Aufgabenspektrum umfasst insbesondere die Wartung und Reparatur der Einsatzfahrzeuge/städtischen Fahrzeuge. An den beiden Tankanlagen der Feuer- und Rettungswachen Ost und Mitte wird die Kraftstoffversorgung des Fuhrparks gewährleistet. Neben der Fahrzeugbetreuung wird durch die Kfz-Werkstatt auch die Instandhaltung der Spezialgeräte wie z. B. Aufsitzmäher sichergestellt.

Zielgruppe:

Feuerwehr Hagen (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr), Bund und Land im Rahmen des Katastrophenschutzes, Stadtverwaltung Hagen für den städtischen Fuhrpark, Theater gGmbH und Wirtschaftsbetrieb Hagen AÖR

Auftragsgrundlage:

Ratsbeschluss zum Bau der Feuer- und Rettungswache Ost (insbesondere Rückführung des städtischen Fuhrparks vom HEB zum Amt 37)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 37 Lenke, Veit

1.11 Innere Verwaltung

1.11.27 Fahrzeuge

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-350.137	-319.168	-319.852	-301.843	-305.468	-308.997	-308.997
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-384.192	-414.700	-406.500	-406.500	-414.500	-422.660	-430.983
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.246	-4.789	-2.779	-3.704	-4.526	-5.509	-5.508
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-756.576	-738.657	-729.131	-712.047	-724.494	-737.166	-745.488
11	- Personalaufwendungen	621.183	623.980	661.795	660.487	667.092	673.762	680.500
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	618.321	632.461	663.414	660.487	667.092	673.762	680.500
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	2.863	-8.481	-1.620				
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.190.405	1.049.289	1.049.000	1.069.100	1.079.791	1.090.589	1.101.495
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.106.688	1.394.959	1.161.076	1.277.184	1.383.533	1.410.273	1.391.533
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.591	20.711	26.901	28.001	28.281	28.564	28.849

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit
1.11 Innere Verwaltung
1.11.27 Fahrzeuge


Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.941.868	3.088.939	2.898.772	3.034.771	3.158.697	3.203.188	3.202.377
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	2.185.292	2.350.282	2.169.641	2.322.724	2.434.202	2.466.022	2.456.889
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	2.185.292	2.350.282	2.169.641	2.322.724	2.434.202	2.466.022	2.456.889
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	2.185.292	2.350.282	2.169.641	2.322.724	2.434.202	2.466.022	2.456.889
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.158.657	-2.346.503	-2.163.590	-2.313.684	-2.427.860	-2.462.911	-2.457.581
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	454.855	327.260	338.812	338.126	340.988	343.890	346.812
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	481.490	331.039	344.863	347.167	347.331	347.001	346.121

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen verbundener Unternehmen zur Reparatur von Kfz verbundener Unternehmen (korrespondiert z.T. mit Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwand für externe Wartung, Reparatur und Treibstoff der Dienst- und Einsatzfahrzeuge.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Kfz-Steuern für alle städtischen Fahrzeuge; Abfallentsorgung

Produktergebnisse des Teilplans 1127 Fahrzeuge

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.27.40	Werkstattleistungen extern	481.490	331.039	344.863	347.167	347.331	347.001	346.121
Summe		481.490	331.039	344.863	347.167	347.331	347.001	346.121

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.11 Innere Verwaltung

1.11.27 Fahrzeuge

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-361.847	-414.700	-406.500	-406.500		-414.500	-422.660	-430.983
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-361.847	-414.700	-406.500	-406.500		-414.500	-422.660	-430.983
10	- Personalauszahlungen	618.321	632.461	663.414	660.487		667.092	673.762	680.500
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.166.747	1.049.289	1.049.000	1.069.100		1.079.791	1.090.589	1.101.495
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	30.313	20.711	26.901	28.001		28.281	28.564	28.849
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.815.380	1.702.461	1.739.316	1.757.587		1.775.164	1.792.915	1.810.844
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.453.533	1.287.761	1.332.816	1.351.087		1.360.663	1.370.255	1.379.861

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.11 Innere Verwaltung

1.11.27 Fahrzeuge

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.761	30.000	30.000	27.000		10.000	10.000	10.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.761	30.000	30.000	27.000		10.000	10.000	10.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.761	30.000	30.000	27.000		10.000	10.000	10.000

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.11 Innere Verwaltung

1.11.27 Fahrzeuge



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.761	30.000	30.000	27.000		10.000	10.000	10.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.761	30.000	30.000	27.000		10.000	10.000	10.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

 5.800050 **Anschaffung von Werkstattausrüstung IPM**
 5.800051 **Anschaffung von Werkstattausrüstung GVG**

Für die Anschaffung von Geräten, Werkzeugen und Einrichtungsgegenständen für die KFZ-Werkstatt erfolgt eine Mitteleinplanung in Höhe von insgesamt 30.000 € in 2020 und 27.000 € in 2021. Die KFZ-Werkstatt wurde 2004 in Betrieb gestellt (Neubau Rettungswache Ost). Zum Teil wurde das Inventar aus der alten Werkstatt im ehemaligen Feuerwehrgerätehaus Haspe integriert. In 2020 und 2021 ist ein erhöhter Investitionsbedarf für erforderliche Anschaffungen gegeben. Für die Jahre 2022 bis 2024 ist ein Ansatz in Höhe von jeweils 10.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800050	Werkstattausrüstung, IPM	25.000 €	22.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
5.800051	Werkstattausrüstung, GVG	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Summe:		30.000 €	27.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €

1.11.30 Gebäudewirtschaft

123

Teilplanbeschreibung: 1.11.30

Der Fachbereich ist für die Bewirtschaftung der Gebäude der Stadt Hagen zuständig.

Darunter fallen folgende Leistungen für den Betrieb der städtischen Gebäude:

- Projektsteuerung bei Neubau- und Umbaumaßnahmen
- Instandhaltungsmaßnahmen
- Energiemanagement und –controlling
- Unterhaltsreinigung und Fensterreinigung
- Objektbetreuung
- Wach- und Aufsichtsdienste
- Vermietung der Dienstwohnungen
- Abwicklung außerschulischer Nutzungen
- Abwicklung Schülerschäden
- Sonstige Bewirtschaftungsleistungen, u.a. Winterdienst, Schädlingsbekämpfung,
- Abwicklung Hochbaumaßnahmen Förderprogramme (z. B. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Gute Schule 2020)

Zielgruppe:

Politik, Verwaltung sowie Nutzer städt. Immobilien

Auftragsgrundlage:

Politische Beschlüsse, gesetzliche Vorgaben zur Verkehrssicherung, Dienstvereinbarungen, Aufträge der Nutzer/Hausherrn

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 65 Bald, Volker

1.11 Innere Verwaltung

1.11.30 Gebäudewirtschaft

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.150.299	-10.055.443	-21.187.158	-13.054.246	-10.904.765	-10.731.236	-10.772.967
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.296.526	-1.415.918	-983.500				
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-495.601	-560.528	-552.698	-563.302	-564.008	-564.728	-565.463
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.906.820	-15.606	-5.342	-5.342	-5.449	-5.558	-5.669
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-649.295	-80.677	-204.956	-203.683	-203.214	-202.415	-202.415
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	-330.568	-128.876	-458.471	-466.061	-466.061	-466.061	-466.061
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-16.829.109	-12.257.048	-23.392.125	-14.292.634	-12.143.497	-11.969.999	-12.012.575
11	- Personalaufwendungen	18.411.361	18.610.000	18.617.452	18.770.955	18.954.516	19.139.912	19.327.163
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	17.919.273	18.617.290	18.318.053	18.356.097	18.539.658	18.725.054	18.912.305
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	492.088	-7.290	299.399	414.858	414.858	414.858	414.858
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.491.416	16.974.307	29.383.372	20.901.160	18.970.146	19.140.819	19.313.199
16	- Bilanzielle Abschreibungen	17.553.564	17.132.437	17.407.471	17.369.127	17.290.043	16.898.135	16.880.564
17	- Transferaufwendungen	7.669						
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	183.497	201.467	203.030	204.745	206.580	208.435	210.308

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker
1.11 Innere Verwaltung
1.11.30 Gebäudewirtschaft


Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	59.647.508	52.918.211	65.611.325	57.245.987	55.421.286	55.387.302	55.731.234
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	42.818.399	40.661.163	42.219.200	42.953.353	43.277.788	43.417.303	43.718.659
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	42.818.399	40.661.163	42.219.200	42.953.353	43.277.788	43.417.303	43.718.659
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	42.818.399	40.661.163	42.219.200	42.953.353	43.277.788	43.417.303	43.718.659
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-49.925.617	-46.983.986	-49.094.855	-49.614.287	-50.013.005	-50.227.928	-50.605.453
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.185.958	6.120.087	6.370.271	6.147.768	6.221.254	6.295.850	6.371.190
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	-921.260	-202.736	-505.383	-513.167	-513.962	-514.775	-515.603

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus dem KInvFG aufgrund der aktuellen Maßnahmenplanung; Erträge Bildungspauschale zur Refinanzierung Bauunterhaltung, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Sonstige Transfererträge:

Erträge Gute Schule 2020.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Erträge für Serviceleistungen an Externe.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erträge aus der Leistungserbringung für den WBH.

Sonstige ordentliche Erträge:

Erstattungen für Schülerschäden, Auflösungen Sonderposten und Personalrückstellungen für Aktive.

Aktiviere Eigenleistungen:

Aktiviere Eigenleistungen für investive Hochbaumaßnahmen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet Maßnahmen der laufenden Instandhaltung und Einzelmaßnahmen < 50.000 €, Bauunterhaltung aus den Fördermaßnahmen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz und Gute Schule 2020, Energiekosten, Aufwendungen für externe Serviceleistungen (Wach- und Winterdienst, Glasreinigung, externe Reinigung), Aufwendungen für Aushilfen, Verwaltungsumzüge sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe.

HSP-Maßnahmen:

16_GWH.Gesamt Einsparung FB Gebäudewirtschaft gesamt

16_VB5.Energie Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung

Bilanzielle Abschreibungen:

Abschreibungen auf Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Maschinen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Schädlingsbekämpfung, Dienst- und Schutzkleidung, Beratungskosten, Aufwendungen aus der Auflösung geleisteter Investitionskostenzuschüsse.

HSP-Maßnahme:

16_GWH.Gesamt Einsparung FB Gebäudewirtschaft gesamt

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker**1.11 Innere Verwaltung**

1.11.30 Gebäudewirtschaft

Produktergebnisse des Teilplans 1130 Gebäudewirtschaft

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.11.30.40	Leistungen an Externe	-570.490	-61.620	-34.428	-34.371	-34.912	-35.464	-36.028
1.11.30.41	Außerschulische Nutzung	-20.202	-12.240	-12.485	-12.735	-12.989	-13.249	-13.514
1.11.30.42	Aktivierete Eigenleistungen	-330.568	-128.876	-458.471	-466.061	-466.061	-466.061	-466.061
Summe		-921.260	-202.736	-505.383	-513.167	-513.962	-514.775	-515.603

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker

1.11 Innere Verwaltung

1.11.30 Gebäudewirtschaft

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-455.216	-560.528	-552.698	-563.302		-564.008	-564.728	-565.463
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.067.418	-15.606	-5.342	-5.342		-5.449	-5.558	-5.669
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.199	-8.160	-9.508	-9.508		-9.508	-9.508	-9.508
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.538.834	-584.294	-567.548	-578.152		-578.965	-579.794	-580.640
10	- Personalauszahlungen	17.919.273	18.617.290	18.318.053	18.356.097		18.539.658	18.725.054	18.912.305
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	21.406.253	16.974.307	29.833.372	21.351.160		18.970.146	19.140.819	19.313.199
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	7.669							
15	- sonstige Auszahlungen	181.902	180.217	181.780	183.495		185.330	187.185	189.058
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	39.515.097	35.771.814	48.333.205	39.890.752		37.695.135	38.053.059	38.414.562
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	37.976.263	35.187.520	47.765.657	39.312.600		37.116.170	37.473.265	37.833.922

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker

1.11 Innere Verwaltung

1.11.30 Gebäudewirtschaft

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.677							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-2.677							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	603.054	3.024.000	22.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	43.930	38.000	55.000	55.000		55.000	55.000	45.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	646.984	3.062.000	77.000	55.000		55.000	55.000	45.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	644.308	3.062.000	77.000	55.000		55.000	55.000	45.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker

1.11 Innere Verwaltung
1.11.30 Gebäudewirtschaft



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Rathaus Zusammenlegung Eingangsbereich										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										248.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										248.000
Aufzug Rathaus Hohenlimburg										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	64.211								64.211	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	64.211								64.211	

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker
1.11 Innere Verwaltung
1.11.30 Gebäudewirtschaft


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Umbau Lehrküche zu Klassenraum RS Haspe										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	16.853								16.853	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	16.853								16.853	
Fassade Verwaltungshochhaus										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	521.990	3.024.000							521.990	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	521.990	3.024.000							521.990	
= Summe	603.054	3.024.000								

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-2.677							
2	- Summe der investiven Auszahlungen	43.930	38.000	77.000	55.000		55.000	55.000	45.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	41.253	38.000	77.000	55.000		55.000	55.000	45.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000471 Rathaus 1 – Sonnenschutz Bauteil A

Nach Begehung durch die Arbeitssicherheit wurde festgestellt, dass der vorhandene Sonnenschutz nicht ausreichend ist. Für 2020 ist ein Einbau für einen Sonnenschutz mit 22.000 € eingeplant.

5.800303 Kleingeräte Objektbetreuung und Reinigung GVG
5.800304 Investive Pauschalmaßnahmen IPM
5.800386 E-Geräte Verwaltungsgebäude

Für die Beschaffung von Kleingeräten, Ausstattungsgegenständen, Kücheneinrichtungen etc. ist für den Planungszeitraum 2020-2024 im Bereich der Immobilienbetreuung jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 38.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker**1.11 Innere Verwaltung**

1.11.30 Gebäudewirtschaft

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000471	Rathaus 1 – Sonnenschutz Bauteil A	22.000 €				
5.800303	GVG	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800304	IPM	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
5.800386	E-Geräte Verwaltungsgebäude	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Summe:		77.000 €	55.000 €	55.000 €	55.000 €	55.000 €

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

1.12	Sicherheit und Ordnung	134
1.12.10	Statistik und Wahlen	140
1.12.20	Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste	148
1.12.23	Tierschutz und Verbraucherbereich	159
1.12.60	Brand- und Katastrophenschutz	168
1.12.70	Rettungsdienst	182

Haushaltsplan 2020/2021

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-324.088	-272.523	-207.559	-87.293	-73.146	-69.777	-70.093
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.343.268	-19.834.440	-21.911.680	-21.705.900	-21.836.556	-21.969.825	-22.105.760
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-88.734	-80.900	-62.396	-62.494	-63.544	-64.615	-65.707
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-232.251	-404.323	-366.303	-685.803	-795.123	-604.119	-613.296
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-8.625.367	-8.058.367	-8.029.121	-6.634.121	-6.634.121	-6.634.105	-6.634.105
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-27.613.708	-28.650.553	-30.577.059	-29.175.611	-29.402.490	-29.342.441	-29.488.961
11	- Personalaufwendungen	31.337.799	32.304.157	33.106.399	33.521.468	33.800.172	34.081.663	34.365.969
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	25.276.186	26.442.600	28.201.089	28.389.522	28.668.226	28.949.717	29.234.023
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	6.061.613	5.861.557	4.905.309	5.131.946	5.131.946	5.131.946	5.131.946
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.529.567	3.605.100	4.918.300	4.964.800	4.839.301	4.758.998	4.778.891
16	- Bilanzielle Abschreibungen	926.912	564.537	472.228	320.722	311.429	314.768	284.914
17	- Transferaufwendungen	56.675	60.000	60.000	60.000	60.700	61.414	62.142
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.213.232	1.053.770	1.273.263	1.460.678	1.475.166	1.489.799	1.504.579

Haushaltsplan 2020/2021

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	38.064.185	37.587.564	39.830.189	40.327.667	40.486.768	40.706.642	40.996.495
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	10.450.477	8.937.011	9.253.131	11.152.057	11.084.278	11.364.201	11.507.534
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	33						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	33						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	10.450.510	8.937.011	9.253.131	11.152.057	11.084.278	11.364.201	11.507.534
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	10.450.510	8.937.011	9.253.131	11.152.057	11.084.278	11.364.201	11.507.534
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-490.591	-548.857	-466.679	-467.085	-469.710	-474.153	-478.461
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.626.765	10.138.038	11.063.351	11.441.102	11.580.720	11.754.458	11.819.827
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	20.586.684	18.526.191	19.849.802	22.126.074	22.195.288	22.644.505	22.848.900

Haushaltsplan 2020/2021

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-42.472	-31.020	-46.000	-31.000		-31.310	-31.623	-31.939
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-24.553.728	-19.834.440	-21.911.680	-21.705.900		-21.836.556	-21.969.825	-22.105.760
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-86.643	-80.900	-62.396	-62.494		-63.544	-64.615	-65.707
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-263.050	-404.323	-366.303	-685.803		-795.123	-604.119	-613.296
7	+ Sonstige Einzahlungen	-7.101.235	-7.056.326	-6.942.600	-5.547.600		-5.547.600	-5.547.600	-5.547.600
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-32.047.128	-27.407.009	-29.328.979	-28.032.797		-28.274.133	-28.217.782	-28.364.302
10	- Personalauszahlungen	25.138.835	26.442.600	28.201.089	28.389.522		28.668.226	28.949.717	29.234.023
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.490.803	3.605.100	4.918.300	4.964.800		4.839.301	4.758.998	4.778.891
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	33							
14	- Transferauszahlungen	56.657	60.000	60.000	60.000		60.700	61.414	62.142
15	- sonstige Auszahlungen	908.195	1.048.520	1.268.013	1.455.428		1.469.916	1.484.549	1.499.329
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.594.523	31.156.220	34.447.402	34.869.750		35.038.143	35.254.678	35.574.385
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.452.604	3.749.210	5.118.423	6.836.953		6.764.010	7.036.896	7.210.083

Haushaltsplan 2020/2021

1.12 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-414.179	-285.000	-295.000	-295.000		-295.000	-295.000	-285.000
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-30.222	-12.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-444.401	-297.000	-302.000	-302.000		-302.000	-302.000	-292.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	660.176	2.820.000	1.300.000	3.750.000	2.160.000	1.225.000		
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.022.223	3.171.000	2.130.000	2.795.000	3.250.000	2.960.000	1.818.000	3.468.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.682.399	5.991.000	3.430.000	6.545.000	5.410.000	4.185.000	1.818.000	3.468.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.237.998	5.694.000	3.128.000	6.243.000	5.410.000	3.883.000	1.516.000	3.176.000

1.12.10 Statistik und Wahlen

140

Teilplanbeschreibung: 1.12.10

Vorhaltung, Bereitstellung und Ermittlung von Einwohner-, Bestands- und Bewegungsdaten sowie Vorhaltung und Verarbeitung weiterer Einzeldaten in der gem. § 32 Datenschutzgesetz NRW „Abgeschotteten Statistikstelle der Stadt Hagen“, Interpretation und weitergehende Auswertung von Statistiken, Erstellung und Interpretation von Modellrechnungen und Bevölkerungsprognosen; Organisation, Durchführung, Auswertung und Analyse von Umfragen; Mithilfe bei der Durchführung bei Erhebungen (Volks-, Vieh- und Landwirtschaftszählungen), Veröffentlichung der Ergebnisse, Pflege kleinräumiger Bezugssysteme für Daten unterhalb der gesamtstädtischen Ebene

Durchführung aller Wahlen und sonstiger Abstimmungen sowie die Erledigung aller damit zusammenhängenden Tätigkeiten, Unterstützung anderer Prozesse demokratischer Willensbildung

Zielgruppe:

Externe und interne Nachfrager, Landesbehörden, alle Einwohner

Auftragsgrundlage:

Bundesstatistikgesetze, interne und externe Anfragen, Beschlüsse politischer Gremien, Wahlgesetze und Wahlordnungen aller Wahlen, Gesetze für sonstige Abstimmungen (z.B. Bürgerentscheide, Volksinitiativen)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.10 Statistik und Wahlen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-543	-1.050	-880	-1.000	-1.020	-1.040	-1.061
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-37.553	-140.520	-500	-290.000	-394.300	-198.176	-202.130
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.885	-9.538	-9.669	-9.669	-9.669	-9.669	-9.669
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-50.981	-151.108	-11.049	-300.669	-404.989	-208.885	-212.860
11	- Personalaufwendungen	380.009	510.931	374.838	385.686	389.082	392.512	395.976
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	321.056	456.547	331.002	339.591	342.986	346.416	349.880
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	58.952	54.384	43.836	46.095	46.095	46.095	46.095
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.313	18.050	77.650	263.150	118.327	18.505	18.685
16	- Bilanzielle Abschreibungen	120						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen		54.000	54.500	234.500	236.845	239.213	241.606

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.10 Statistik und Wahlen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	433.442	582.981	506.988	883.336	744.253	650.230	656.266
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	382.461	431.873	495.939	582.667	339.264	441.345	443.407
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	382.461	431.873	495.939	582.667	339.264	441.345	443.407
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	382.461	431.873	495.939	582.667	339.264	441.345	443.407
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	137.062	155.175	161.270	161.385	162.649	164.158	165.499
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	519.523	587.047	657.209	744.052	501.913	605.503	608.906

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Keine Kommunalwählerstattung für 2020,
Erstattung Bundestagswahl 2021,
Abschlag Zensus 2021, weitere Zahlung in 2022.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Kreiswahlleitung Hagen aufgrund Bundestagswahl für Ennepe-Ruhrkreis etc.,
Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung,
Beauftragung von Instituten für Markt- und Meinungsforschung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Fachliteratur, Lagerkosten und ehrenamtliche Tätigkeiten.

Produktergebnisse des Teilplans 1210 Statistik und Wahlen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.12.10.40	Wahlen	15.379	-70.500	100.073	-39.783	-92.570	-95.407	-98.361
1.12.10.41	Statistik/Stadtforschung	504.144	657.547	557.136	783.836	594.483	700.910	707.267
Summe		519.523	587.047	657.209	744.052	501.913	605.503	608.906

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.10 Statistik und Wahlen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-525	-1.050	-880	-1.000		-1.020	-1.040	-1.061
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-153.590	-140.520	-500	-290.000		-394.300	-198.176	-202.130
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-154.115	-141.570	-1.380	-291.000		-395.320	-199.216	-203.191
10	- Personalauszahlungen	321.056	456.547	331.002	339.591		342.986	346.416	349.880
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	84.409	18.050	77.650	263.150		118.327	18.505	18.685
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen		54.000	54.500	234.500		236.845	239.213	241.606
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	405.465	528.597	463.152	837.241		698.158	604.135	610.171
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	251.350	387.027	461.772	546.241		302.838	404.918	406.980

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 01 Funk, Markus

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.10 Statistik und Wahlen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste

148

Teilplanbeschreibung: 1.12.20

Der Teilplan umfasst folgende Aufgabenbereiche:

- Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, Gewerbe- und Gaststättenrecht, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Ordnungswidrigkeiten, Fundbüro
- Melde- und Personenstandswesen
Meldewesen/Bürgerämter (Die Stadt Hagen hat mit dem Konzept Bürgerämter die Aufgaben des Einwohnermeldewesens mit publikumsintensiven Aufgaben aus anderen Fachgebieten zusammengezogen, um häufig nachgefragte Dienstleistungen gebündelt und schnell aus einer Hand anzubieten.), Ausländerwesen, Staatsangehörigkeitswesen, Personenstandswesen.
- Verkehrsrecht
Fahrerlaubnisrecht, Zulassungsrecht, Verkehrsrecht, Überwachung fließender und ruhender Verkehr, Sondernutzungen

Zielgruppe:

Hagener Einwohnerinnen und Einwohner, Ihre Angehörigen, Besucherinnen und Besucher, Behörden, Körperschaften, Verbände, Verbraucher und Institutionen, Gewerbetreibende, Ahnen- und Familienforschende sowie Personen, die motorisiert bzw. nicht motorisiert am Straßenverkehr in Hagen teilnehmen.

Auftragsgrundlage:

Ordnungsrechtliche Vorschriften der Stadt Hagen, des Landes Nordrhein-Westfalen, des Bundes und der Europäischen Union.

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.344	-92	-249	-250	-249	-252	-252
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.248.441	-5.594.100	-6.173.000	-5.965.000	-6.084.300	-6.205.986	-6.330.106
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-40.813	-45.500	-23.500	-23.500	-23.970	-24.449	-24.938
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-52.049	-20.603	-39.103	-39.103	-39.523	-39.951	-40.388
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.560.061	-7.244.591	-7.094.801	-5.699.801	-5.699.801	-5.699.801	-5.699.801
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-13.905.708	-12.904.886	-13.330.653	-11.727.654	-11.847.843	-11.970.440	-12.095.485
11	- Personalaufwendungen	11.878.982	11.926.443	12.230.581	12.259.182	12.374.399	12.490.767	12.608.300
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	10.692.542	10.860.680	11.542.456	11.521.657	11.636.874	11.753.242	11.870.775
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	1.186.441	1.065.764	688.125	737.525	737.525	737.525	737.525
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.390.636	1.366.000	1.449.150	1.319.150	1.332.341	1.345.665	1.359.122
16	- Bilanzielle Abschreibungen	280.297	8.966	9.115	2.551	2.256	2.448	1.789
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.873	75.385	87.972	89.240	90.080	90.928	91.785

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	13.603.788	13.376.794	13.776.818	13.670.123	13.799.076	13.929.809	14.060.996
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-301.920	471.908	446.165	1.942.469	1.951.233	1.959.369	1.965.510
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	33						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	33						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-301.887	471.908	446.165	1.942.469	1.951.233	1.959.369	1.965.510
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	-301.887	471.908	446.165	1.942.469	1.951.233	1.959.369	1.965.510
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-384.338	-457.415	-351.126	-354.821	-356.455	-359.853	-363.132
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.610.467	4.478.336	4.223.610	4.188.474	4.176.094	4.213.004	4.245.670
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	2.924.242	4.492.829	4.318.649	5.776.123	5.770.872	5.812.519	5.848.049

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus Verwaltungsgebühren (Gewerbeangelegenheiten, Melde- und Personenstandswesen, Verkehrs- und Zulassungsrecht). Gebührenanpassung im Bereich Personenstandswesen

HSP-Maßnahmen:

12_32.002 Gebührenerhöhung Städtisches Gewerberegister

12_32.003 Gebührenerhöhung Straßenverkehrsbehörde

19_32.001 Gebührenerhöhung Personenstandswesen

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus Buß-, Verwarn- und Zwangsgeldern sowie Nebenforderungen aus der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs und dem Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung. Erstattungen zur Bestattung Alleinverstorbener. Minderertrag auf Grund des Wegfalls der Geschwindigkeitsmessanlage an der A45 ab 2021.

HSP-Maßnahmen:

11_32.007 Geschwindigkeitsüberwachung an zusätzlichen Standorten

14_32.002 Geschwindigkeitsüberwachung

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für die Beschaffung von Blanko-Dokumenten und Plaketten der Zulassungsbehörde sowie Ausweisen, Pässen und Aufenthaltsdokumenten bei der Bundesdruckerei (Refinanzierung durch Erträge aus Gebühren).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Fortbildungen, Dienst- und Schutzkleidung für SOD, Erstattungen

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste

Produktergebnisse des Teilplans 1220 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.12.20.40	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2.528.238	2.644.256	2.347.274	2.338.964	2.352.786	2.374.982	2.396.274
1.12.20.41	Melde- und Personenstandswesen	5.163.892	5.612.509	5.836.397	5.953.368	5.973.261	6.007.983	6.040.677
1.12.20.42	Verkehrsrecht	-4.767.889	-3.763.937	-3.865.022	-2.516.209	-2.555.175	-2.570.446	-2.588.903
Summe		2.924.242	4.492.829	4.318.649	5.776.123	5.770.872	5.812.519	5.848.049

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld:	Attraktiver Wohnort, Ausgeglichener Haushalt							
Produkt:	1.12.20.42 Verkehrsrecht							
Produktbereich:	12 Sicherheit und Ordnung							
Teilplan:	1220 Öffentliche Sicherheit/ Verkehr/ Bürger							
Produktverantwortlicher:	Herr Lichtenberg							
Fachbereich:	32 - Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und Personenstandswesen							
Ziel operativ	Ziel ist es die Verkehrsunfälle zu senken und die Sicherheit des Verkehrs zu erhöhen.							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Anzahl der Straßenverkehrsunfälle im Stadtgebiet pro 1000 Einwohner	Anz.	Straßenverkehrsunfälle *1000 / Einwohner	40,7	42,3	46,3	-/-	-/-	-/-
Anzahl der Straßenverkehrsunfälle mit Kindern im Stadtgebiet pro 1000 Einwohner	Anz.	Straßenverkehrsunfälle (Kinder)*1000/Einwohner	0,33	0,34	0,37	-/-	-/-	-/-
Anzahl der erteilten Verwarn- und Bußgelder (ruhender Verkehr) pro 1000 Einwohner	Anz.	Verwarn- u. Bußgelder (ruhender Verkehr)*1000/Einwohner	518	537	528	513	539	539
Anzahl der erteilten Verwarngelder (fließender Verkehr) pro 1000 Einwohner	Anz.	Verwarn- u. Bußgelder (fließender Verkehr)*1000/Einwohner	1.083	861	749	744	718	539
Anzahl der erteilten Bußgelder (fließender Verkehr) pro 1000 Einwohner	Anz.	Verwarn- u. Bußgelder (fließender Verkehr)*1000/Einwohner	242	202	190	185	174	128
Verhältnis Personalaufwand zu Buß- und Verwarngeldern (ruhender und fließender Verkehr)	%	Personalaufwand/ Erträge Buß- und Verwarngelder	22,73%	26,52%	31,80%	32,75%	36,52%	43,24%

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste



Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Straßenverkehrsunfälle*	Anz.		7.918	8.264	9.019	-/-	-/-	-/-
Straßenverkehrsunfälle mit Kindern *	Anz.		65	67	72	-/-	-/-	-/-
Verwarn- und Bußgelder (ruhender Verkehr)	Anz.		100.915	104.908	102.898	100.000	105.000	105.000
Verwarn- und Bußgelder (ruhender Verkehr)	€		-1.250.818	-1.312.759	-1.263.815	-1.180.000	-1.245.000	-1.245.000
Verwangelder (fließender Verkehr)	Anz.		210.902	168.148	145.966	145.000	140.000	105.000
Verwangelder (fließender Verkehr)	€		-3.579.326	-3.092.617	-2.543.725	-2.500.000	-2.450.400	-1.870.400
Bußgelder (fließender Verkehr)	Anz.		47.115	39.514	37.109	36.000	34.000	25.000
Bußgelder (fließender Verkehr)	€		-3.889.024	-3.256.462	-3.082.280	-3.010.000	-2.834.500	-2.064.500
Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	Anz.		33	35	35	35	35	34
Personalaufwand Bußgeldstelle	€		1.981.797	2.031.817	2.190.929	2.190.711	2.384.533	2.239.930
Einwohnerzahl	Pers.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

* Die Unfallzahlen stammen aus dem Jahresbericht Verkehrsunfallentwicklung der Polizei Hagen. Für die Zukunft werden lediglich Maßnahmen geplant, um weiterhin möglichst für einen Rückgang der Unfallzahlen zu sorgen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.914							
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.110.786	-5.594.100	-6.173.000	-5.965.000		-6.084.300	-6.205.986	-6.330.106
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-39.624	-45.500	-23.500	-23.500		-23.970	-24.449	-24.938
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-41.780	-20.603	-39.103	-39.103		-39.523	-39.951	-40.388
7	+ Sonstige Einzahlungen	-7.098.193	-7.053.826	-6.940.100	-5.545.100		-5.545.100	-5.545.100	-5.545.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-13.294.298	-12.714.029	-13.175.703	-11.572.703		-11.692.893	-11.815.487	-11.940.533
10	- Personalauszahlungen	10.692.542	10.860.680	11.542.456	11.521.657		11.636.874	11.753.242	11.870.775
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.409.797	1.366.000	1.449.150	1.319.150		1.332.341	1.345.665	1.359.122
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	33							
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	44.476	70.135	82.722	83.990		84.830	85.678	86.535
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	12.146.847	12.296.814	13.074.328	12.924.797		13.054.045	13.184.586	13.316.432
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.147.451	-417.215	-101.376	1.352.094		1.361.152	1.369.099	1.375.899

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.116	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	3.116	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.116	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.20 Öff. Sich., Verkehr, Bürgerdienste



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.116	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.116	1.500	1.500	1.500		1.500	1.500	1.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800020 Jugendverkehrsschule Ausstattung IPM

Für die Anschaffung von Vermögensgegenständen (Fahrräder, Mofas etc.) für die Jugendverkehrsschule sind für den Planungszeitraum 2020 – 2024 jährlich Mittel in Höhe von 1.500 € eingeplant.

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich

159

Teilplanbeschreibung: 1.12.23

In diesem Teilplan werden folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Tierheim
- Tierschutz
- Artenschutz
- Verbraucherberatung
- Jagd- und Fischereiwesen

Zielgruppe:

Tierhalterinnen und Tierhalter, Tierhandlungen im Stadtgebiet Hagen, durchreisende Zirkus- und Schaustellerunternehmen, Tiertransporte; Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherinnen und Verbraucher, Lebensmittelunternehmen, Landwirte; Gesamtbevölkerung der Stadt Hagen; private und öffentliche Eigentümerinnen und Eigentümer von bejagbaren Grundstücken und beangelbaren Gewässern; interne und externe Behörden

Auftragsgrundlage:

- Allgemeines Ordnungsrecht, Tierschutzgesetz, Fundrecht
- Bundesnaturschutzgesetz, Washingtoner Artenschutzabkommen sowie diverse EU-Verordnungen
- EG-Verordnungen, z.B VO EG 178/2002
- Lebensmittel- und Futtermittel-Gesetzbuch sowie eine Vielzahl von Gesetzen in den einzelnen Aufgabenschwerpunkten / Produkten sowie die dazu ergangenen Rechts-Verordnungen
- Verbraucherberatung: Ratsbeschluss vom 15.05.2014
- Bundesjagdgesetz, Landesjagdgesetz, Waffengesetz, Landesfischereigesetz, Bundesartenschutzgesetz, Tierschutzgesetz

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.849	-1.803	-17.410	-2.408	-3.669	-4.927	-4.937
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-59.646	-50.790	-51.300	-51.800	-52.836	-53.893	-54.971
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-23.599	-28.100	-29.000	-29.000	-29.580	-30.172	-30.775
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-200	-200	-200	-200	-200	-200
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.574	-5.679	-5.723	-5.723	-5.723	-5.723	-5.723
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-92.667	-86.572	-103.633	-89.131	-92.008	-94.914	-96.606
11	- Personalaufwendungen	292.334	285.625	340.652	346.071	349.378	352.718	356.092
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	272.285	268.675	326.334	330.706	334.013	337.353	340.727
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	20.048	16.950	14.318	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.189	26.920	27.000	27.000	27.270	27.543	27.818
16	- Bilanzielle Abschreibungen	6.423	4.908	9.516	5.978	7.204	8.434	8.221
17	- Transferaufwendungen	35.000	35.000	35.000	35.000	35.700	36.414	37.142
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	76.571	74.162	91.900	76.900	77.669	78.446	79.230

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	426.516	426.615	504.068	490.949	497.221	503.555	508.504
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	333.850	340.043	400.435	401.818	405.214	408.641	411.898
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	333.850	340.043	400.435	401.818	405.214	408.641	411.898
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	333.850	340.043	400.435	401.818	405.214	408.641	411.898
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-75.553	-73.983	-83.476	-83.359	-84.108	-84.896	-85.671
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	489.281	472.740	556.984	534.823	539.642	544.763	549.723
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	747.577	738.800	873.943	853.282	860.747	868.508	875.950

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus Auflösung von Sonderposten und ertragswirksame Auflösung aus Tierheimspenden für Katzenkastrationen (korrespondiert mit sonstigen ordentlichen Aufwendungen).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren für Tierheim sowie Jagd- und Fischereischeine.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus dem Verkauf nicht abgeholter Tiere aus dem Tierheim

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus Buß- und Zwangsgeldern im Bereich Tierschutz des Umweltamtes.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für Gerätereparaturen Tierheim sowie Futtermittel und Einstreu Tierheim und Futterkosten Taubenhäuser; Blanko-Dokumente für Jagd- und Fischereischeine.

Transferaufwendungen:

Zuschuss an Verbraucherberatung.

HSP-Maßnahme:

11_69.001S Streichung Verbraucherberatungszuschuss

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Jagd- u. Fischereiprüfungen; Tierarztkosten, Laboruntersuchungen, Klinikaufenthalte von Tierheimtieren; Katzenkastration (Vereinbarung mit Tierschutzverein, Refinanzierung über Spenden).

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich

**Produktergebnisse des Teilplans 1223 Tierschutz und Verbraucherbereich**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.12.23.40	Tierheimbetrieb	307.160	273.864	306.993	302.097	304.461	306.889	309.121
1.12.23.41	Tier- u. Artenschutz	371.585	387.183	427.538	425.356	429.199	433.236	437.220
1.12.23.42	Verbraucherberatung	57.198	57.284	62.016	59.024	59.927	60.854	61.793
1.12.23.43	Jagd und Fischerei	11.634	20.468	77.396	66.805	67.160	67.528	67.815
Summe		747.577	738.800	873.943	853.282	860.747	868.508	875.950

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.054	-1.020	-16.000	-1.000		-1.010	-1.020	-1.030
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-62.860	-50.790	-51.300	-51.800		-52.836	-53.893	-54.971
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-23.599	-28.100	-29.000	-29.000		-29.580	-30.172	-30.775
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-200	-200	-200		-200	-200	-200
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.042	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-90.555	-82.610	-99.000	-84.500		-86.126	-87.784	-89.476
10	- Personalauszahlungen	272.285	268.675	326.334	330.706		334.013	337.353	340.727
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	19.627	26.920	27.000	27.000		27.270	27.543	27.818
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	35.000	35.000	35.000	35.000		35.700	36.414	37.142
15	- sonstige Auszahlungen	71.020	74.162	91.900	76.900		77.669	78.446	79.230
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	397.933	404.757	480.234	469.606		474.652	479.756	484.918
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	307.378	322.147	381.234	385.106		388.526	391.972	395.442

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-111.119		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-111.119		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	811	18.000	69.000	14.000		14.000	14.000	14.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	811	18.000	69.000	14.000		14.000	14.000	14.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-110.309	18.000	59.000	4.000		4.000	4.000	14.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.23 Tierschutz und Verbraucherbereich



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-111.119		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	
2	- Summe der investiven Auszahlungen	811	18.000	69.000	14.000		14.000	14.000	14.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-110.309	18.000	59.000	4.000		4.000	4.000	14.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800114 Tierschutz u. Verbraucherbereich GVG
5.800210 Tierschutz u. Verbraucherbereich IPM

Für die Beschaffung von lfd. Ausstattung sowie der Anschaffung eines Elektrofahrzeuges mit Ladestation ist für 2020 ein Ansatz in Höhe von 67.000 € eingeplant. Für die Jahre 2021 -2024 ist jährlich ein Ansatz in Höhe von 12.000 € eingeplant.

An Einzahlungen aus Spendenzahlungen sind jährlich 10.000 € eingeplant.

5.800273 Lebensmittelkontrolle GVG

Für die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen ist für den Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Ansatz in Höhe von 2.000 € eingeplant.

1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz

168

Teilplanbeschreibung: 1.12.60

Die Stadt Hagen unterhält eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr als gemeindliche Einrichtung. Diese bekämpft Schadenfeuer und leistet technische Hilfe bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Die Maßnahmen zur Verhütung von Bränden umfassen alle Tätigkeiten, die das Ausbrechen eines Schadenfeuers verhindern und schnelle Hilfe gewährleisten können. Hierzu zählen insbesondere Stellungnahmen in bauaufsichtlichen Verfahren, die Durchführung der Brandschau, die Gestellung von Brandsicherheitswachen, die Brandschutzerziehung und -aufklärung und die Möglichkeit zur Anbringung von Feuermelde- und Alarminrichtungen.

In der Feuerweherschule werden neben den eigenen Mitarbeitern auch Beamte anderer Dienstherren ausgebildet.

Zum Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes gehören alle Maßnahmen, die dem Schutz der zivilen Bevölkerung dienen (Bevölkerungsschutz). Der Katastrophenschutz soll die Maßnahmen treffen, um das Leben, die Gesundheit oder die Umwelt in bzw. vor der Entstehung einer Katastrophe zu schützen.

An der Feuer- und Rettungswache Ost werden dem Krisenstab der Stadt Hagen unter der Leitung des Oberbürgermeisters entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Zielgruppe:

Gesamtbevölkerung der Stadt Hagen, Pendler und Durchreisende, Verantwortliche und Mitarbeitende besonderer Objekte und die unmittelbaren Anwohner, Erzieher in Kindergärten, Kindergartenkinder, Lehrer sowie Schüler der Grundschulen, Bundeswehr

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17.12.2015 in der zur Zeit gültigen Fassung, im Bereich des Katastrophenschutzes handeln die Gemeinden in Bundesauftragsverwaltung (ZSG)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-314.545	-268.279	-187.759	-82.790	-67.534	-62.905	-63.211
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-412.758	-283.500	-515.000	-515.000	-525.300	-535.806	-546.522
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.267	-7.300	-9.896	-9.994	-9.994	-9.994	-9.994
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-98.545	-62.700	-61.500	-91.500	-91.500	-91.500	-91.500
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.027.367	-783.958	-904.198	-904.198	-904.198	-904.198	-904.198
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-1.870.481	-1.405.737	-1.678.353	-1.603.481	-1.598.525	-1.604.402	-1.615.425
11	- Personalaufwendungen	18.381.388	19.105.560	19.588.719	19.957.394	20.114.100	20.272.372	20.432.227
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	13.643.452	14.437.604	15.473.819	15.670.529	15.827.235	15.985.507	16.145.362
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	4.737.936	4.667.956	4.114.900	4.286.865	4.286.865	4.286.865	4.286.865
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	303.800	327.500	532.250	518.250	523.432	528.667	533.954
16	- Bilanzielle Abschreibungen	518.909	474.555	364.394	226.623	211.980	215.716	195.568
17	- Transferaufwendungen	21.675	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	770.050	836.277	1.028.270	1.048.919	1.059.409	1.070.003	1.080.703

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit
1.12 Sicherheit und Ordnung
1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz


Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	19.995.822	20.768.892	21.538.633	21.776.186	21.933.921	22.111.758	22.267.452
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	18.125.340	19.363.155	19.860.280	20.172.705	20.335.395	20.507.356	20.652.028
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	18.125.340	19.363.155	19.860.280	20.172.705	20.335.395	20.507.356	20.652.028
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	18.125.340	19.363.155	19.860.280	20.172.705	20.335.395	20.507.356	20.652.028
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.357.976	-8.860.731	-9.222.873	-9.306.382	-9.383.355	-9.458.983	-9.531.372
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.847.160	4.142.321	5.036.100	5.406.265	5.562.444	5.755.587	5.775.202
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	14.614.524	14.644.745	15.673.507	16.272.587	16.514.484	16.803.960	16.895.858

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten; Landespauschale für Brandbekämpfung (sog. Kreispauschale).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Benutzungsgebühren für Brandmeldealarm, Bluttransporte (korrespondiert mit Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), Brandschauen und Brandsicherheitswachen.

HSP-Maßnahme:

16_37.001 Brandsicherheitswachen Theater (Teil aus 14_VB4.001)

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen für Fortbildungskosten der Freiwilligen Feuerwehr und der Feuerweherschule sowie für Ausbildung der Feuerwehr-Taucher

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für Bluttransporte (refinanziert über Benutzungsgebühren), Erstattungen an private Unternehmen und übrige Bereiche sowie Unterhaltung sonstigen beweglichen Vermögens.

Bilanzielle Abschreibungen:

Bilanzielle Abschreibungen für sonstige Bauten, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fahrzeuge und Maschinen und technische Anlagen.

Transferaufwendungen:

Auslagenerstattung an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr (Fahrtkosten, Führerscheine, Verpflegung)

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwand für Komplettierung der Schutzausrüstung und Mehrbedarf durch die Umsetzung des Bekleidungskonzeptes sowie Entgelt für Leitstelle.

Produktergebnisse des Teilplans 1260 Brand- und Katastrophenschutz

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.12.60.40	Brandschutz, Brandsicherh.wachdienst	3.785.272	3.664.414	4.062.958	4.329.743	4.381.442	4.455.843	4.471.985
1.12.60.41	Technische Hilfeleistung	9.579.956	9.882.537	10.445.686	10.748.914	10.927.485	11.097.148	11.163.780
1.12.60.42	Vorbeugende Gefahrenabwehr	773.669	671.191	677.882	706.002	709.316	713.079	716.478
1.12.60.43	Katastrophenschutz	382.876	335.550	387.728	388.062	395.616	436.383	441.941
1.12.60.44	Aus- und Fortbildung extern	92.751	91.052	99.253	99.867	100.626	101.507	101.674
Summe		14.614.524	14.644.745	15.673.507	16.272.587	16.514.484	16.803.960	16.895.858

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-36.969	-30.000	-30.000	-30.000		-30.300	-30.603	-30.909
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-338.593	-283.500	-515.000	-515.000		-525.300	-535.806	-546.522
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-16.365	-7.300	-9.896	-9.994		-9.994	-9.994	-9.994
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-66.685	-62.700	-61.500	-91.500		-91.500	-91.500	-91.500
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-458.612	-383.500	-616.396	-646.494		-657.094	-667.903	-678.925
10	- Personalauszahlungen	13.455.812	14.437.604	15.473.819	15.670.529		15.827.235	15.985.507	16.145.362
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	361.386	327.500	532.250	518.250		523.432	528.667	533.954
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	21.657	25.000	25.000	25.000		25.000	25.000	25.000
15	- sonstige Auszahlungen	787.522	836.277	1.028.270	1.048.919		1.059.409	1.070.003	1.080.703
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.626.377	15.626.381	17.059.339	17.262.698		17.435.076	17.609.177	17.785.019
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	14.167.766	15.242.881	16.442.943	16.616.204		16.777.982	16.941.274	17.106.094

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung
1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz


Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-303.060	-285.000	-285.000	-285.000		-285.000	-285.000	-285.000
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-11.272	-10.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-314.332	-295.000	-290.000	-290.000		-290.000	-290.000	-290.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	660.176	2.820.000	500.000	3.750.000	2.000.000	850.000		
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	576.759	1.618.000	1.435.000	1.965.000	3.250.000	2.380.000	1.720.000	2.740.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.236.935	4.438.000	1.935.000	5.715.000	5.250.000	3.230.000	1.720.000	2.740.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	922.603	4.143.000	1.645.000	5.425.000	5.250.000	2.940.000	1.430.000	2.450.000

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung
1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Erw. Fahrzeuge u. Zubehör Feuerwehr										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-11.272	-10.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000	-262.722	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	291.787	1.212.500	1.186.000	1.829.000	3.250.000	2.241.000	1.565.000	2.585.000	12.948.735	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	280.515	1.202.500	1.181.000	1.824.000	3.250.000	2.236.000	1.560.000	2.580.000	12.686.013	
Baukosten Feuerwehrgerätehäuser										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	660.176	2.820.000	500.000	3.750.000	2.000.000	850.000			18.830.294	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	660.176	2.820.000	500.000	3.750.000	2.000.000	850.000			18.830.294	

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung
1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Brandschutzpauschale										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-303.060	-285.000	-285.000	-285.000		-285.000	-285.000	-285.000	-3.364.859	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-303.060	-285.000	-285.000	-285.000		-285.000	-285.000	-285.000	-3.364.859	
= Summe	637.631	3.737.500	1.396.000	5.289.000	5.250.000	2.801.000	1.275.000	2.295.000		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze
5.000002 Erwerb von Fahrzeugen und Zubehör sowie Ausrüstungsgegenständen (Feuerwehr)

Mit den veranschlagten Mitteln werden Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen gemäß dem Fahrzeugerneuerungskonzept getätigt. Die jährlich vom Land zur Verfügung gestellte Brandschutzpauschale in Höhe von 285.000 € ist als Einzahlung berücksichtigt (siehe 5.000061).

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz****Fahrzeuge**

Die Finanzierungsraten für die Fahrzeuge wurden wie folgt geplant:

	2020	2021	2022	2023	2024
Fahrzeuge	835.000 €	1.415.000 €	1.880.000 €	1.400.000 €	2.410.000 €

Im Planansatz 2020 ist die Anschaffung von fünf Mannschaftstransportwagen (MTFs, insgesamt 235.000 €) und drei Wechselladerfahrzeugen (WLFs, 600.000 €) enthalten. In 2021 ist vorgesehen, ein Fahrgestell von einem Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF, 100.000 €), ein Fahrgestell für ein Löschfahrzeug (LF 10, 100.000 €), eine Drehleiter (750.000 €), vier Mannschaftstransportfahrzeuge (MTFs, 180.000 €) sowie einen Kommandowagen (35.000 €) und ein Wechselladerfahrzeug (250.000 €) zu kaufen.

Die Mittel werden nach Bedarf verwendet (z. B. für Fahrzeuge, die ausgesondert werden müssen).

Für die Auftragsvergabe zur Anschaffung der Fahrzeuge ist in 2020 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.700.000 € geplant. Davon werden 950.000 € in 2021 und 750.000 € in 2022 kassenwirksam. In 2022 ist zur Vergabe der Aufträge eine Verpflichtungsermächtigung von 1.550.000 € geplant. 950.000 € werden davon in 2022 und 600.000 € werden davon in 2023 kassenwirksam.

Zubehör

Die Beschaffung von Zubehör und Ausrüstungsgegenständen erfolgt für die Bereiche Wasserrettung, Atem/Chemieschutz, Fernmeldeanlagen und feuerwehrtechnische Ausstattung.

Es wurden folgende Finanzierungsraten geplant:

	2020	2021	2022	2023	2024
Zubehör	351.000 €	414.000 €	361.000 €	165.000 €	175.000 €

Für den Verkauf von Ausstattungsgegenständen sind in den Jahren 2020 bis 2024 Einzahlungen in Höhe von jeweils 5.000 € eingeplant.

5.000003 Baukosten Feuerwehrgerätehäuser

Im Rahmen der vom Rat beschlossenen Neukonzeption für Brandschutz, Rettungsdienst und Großschadenabwehr sind folgende Finanzierungsraten für den Neubau des Gerätehauses Halden-Fley-Herbeck vorgesehen:

Neubau Gerätehaus	2020	2021	2022	2023	2024
Halden-Fley-Herbeck		500.000 €	3.750.000 €	850.000 €	

Es liegt ein Ratsbeschluss vom 16.12.2010 (siehe Vorlage 0983/2010) vor.

In 2019 sind Vorplanungskosten von rd. 400.000 € vorgesehen, sodass Gesamtkosten von 5,5 Mio. € entsprechend der aktuellen Kostenschätzung entstehen. Für die Vergabe von weiteren Planungsleistungen wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 € in 2020 eingeplant. Diese wird in 2021 kassenwirksam. Für die Vergabe von Bauleistungen wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.000.000 € in 2021 eingeplant. Diese wird in 2022 kassenwirksam.

5.000061 Brandschutzpauschale

Für die Jahre 2020-2024 wird jeweils ein Ansatz in Höhe von 285.000 € eingeplant. Mit den veranschlagten Mitteln werden Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen gemäß Fahrzeugerneuerungskonzept getätigt.

Die vom Land zur Verfügung gestellte Brandschutzpauschale ist als Einzahlung berücksichtigt.

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	284.972	405.500	249.000	136.000		139.000	155.000	155.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	284.972	405.500	249.000	136.000		139.000	155.000	155.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800017 **Großschadenereignisse/Katastrophenschutz Ausrüstungsgegenstände IPM**
 5.800018 **Großschadenereignisse/Katastrophenschutz Ausrüstungsgegenstände GVG**

Für die Beschaffung von Einsatzmitteln und Erneuerungen im Sirenen- und Richtfunkssystem werden Mittel in Höhe von insgesamt 50.000 € für die Jahre 2020 bis 2024 eingeplant.

5.800023 **Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen GVG**

Für die Anschaffung von Kleinlöschgeräten, Rettungswesten und anderen diversen Ausrüstungsgegenständen ist für 2020 ein Ansatz in Höhe von 99.000 € eingeplant. Die Beschaffung von Zubehör und Ausrüstungsgegenständen erfolgt für die Bereiche Wasserrettung, Atem/Chemieschutz, Fernmeldeanlagen und feuerwehrtechnische Ausstattung.

In den Jahren 2021 und 2022 sind Mittel in Höhe von 86.000 € und 89.000 € eingeplant. In 2023 und 2024 sind jeweils 105.000 € vorgesehen.

5.800264 Ausrüstung Digitaler Bündelfunk IPM

Für die bundesweite Umrüstung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben von analogen auf digitalen Bündelfunk wird in 2020 eine abschließende Finanzierungsrate in Höhe von 100.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800017	Großschadensereignisse, IPM, Fahrzeuge	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
5.800018	Großschadensereignisse, GVG	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800023	Ausrüstung, Ausstattung, GVG	99.000 €	86.000 €	86.000 €	105.000 €	105.000 €
5.8000264	Ausrüstung Digitaler Bündelfunk IPM	100.000 €				
Summe:		249.000	136.000 €	139.000 €	155.000 €	155.000 €

1.12.70 Rettungsdienst

182

Teilplanbeschreibung: 1.12.70

Die Stadt Hagen ist als kreisfreie Stadt Träger des Rettungsdienstes. Sie stellt die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst und des Krankentransportes sicher. Zu diesem Zweck betreibt die Stadt Rettungswachen und hält die notwendigen Rettungsmittel sowie das erforderliche Personal bereit. Die Stadt betreibt eine Leitstelle, welche mit der Leitstelle nach dem Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) zusammengefasst ist. Im Rahmen einer Trägergemeinschaft ist die Stadt Hagen auch an der Luftrettung beteiligt.

Für die Inanspruchnahme von rettungsdienstlichen Leistungen werden Gebühren erhoben. Maßgeblich hierfür ist die Satzung über die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes der Stadt Hagen mit dem jeweils gültigen Gebührentarif.

Gemeinsam mit der Stadt Iserlohn ist die Stadt Hagen Träger der „Lehranstalt für Rettungsassistentinnen und –assistenten der Berufsfeuerwehren Hagen und Iserlohn“. In der Lehranstalt werden die Mitarbeiter des Rettungsdienstes entsprechend den Anforderungen des Rettungsassistentengesetzes (RetAssG) und des Notfallsanitätäergesetzes aus- und fortgebildet.

Zielgruppe:

Gesamtbevölkerung der Stadt Hagen, Pendlerinnen und Pendler, Durchreisende sowie für den Bereich der Lehranstalt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche im Rettungsdienst eingesetzt werden sollen bzw. eingesetzt werden.

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (Rettungsgesetz NRW) vom 16.07.2015 in der zur Zeit gültigen Fassung; Rettungsassistentengesetz (RetAssG) vom 10.07.1989; Notfallsanitätäergesetz vom 01.01.2014

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.70 Rettungsdienst

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.351	-2.349	-2.141	-1.845	-1.694	-1.693	-1.693
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.621.880	-13.905.000	-15.171.500	-15.173.100	-15.173.100	-15.173.100	-15.173.100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.055						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-44.105	-180.300	-265.000	-265.000	-269.600	-274.292	-279.078
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-18.480	-14.600	-14.731	-14.731	-14.731	-14.715	-14.715
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-11.693.871	-14.102.249	-15.453.372	-15.454.676	-15.459.125	-15.463.800	-15.468.586
11	- Personalaufwendungen	405.087	475.597	571.609	573.134	573.213	573.293	573.374
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	346.850	419.094	527.479	527.039	527.118	527.198	527.279
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	58.237	56.504	44.131	46.095	46.095	46.095	46.095
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.765.629	1.866.630	2.832.250	2.837.250	2.837.931	2.838.618	2.839.312
16	- Bilanzielle Abschreibungen	121.163	76.108	89.203	85.570	89.989	88.170	79.336
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	312.737	13.946	10.621	11.118	11.164	11.209	11.255

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.70 Rettungsdienst

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	3.604.616	2.432.282	3.503.683	3.507.073	3.512.297	3.511.290	3.503.277
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-8.089.254	-11.669.968	-11.949.689	-11.947.603	-11.946.828	-11.952.510	-11.965.309
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-8.089.254	-11.669.968	-11.949.689	-11.947.603	-11.946.828	-11.952.510	-11.965.309
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	-8.089.254	-11.669.968	-11.949.689	-11.947.603	-11.946.828	-11.952.510	-11.965.309
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-86.156	-91.533	-121.013	-120.951	-120.997	-121.068	-121.126
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.956.228	9.824.271	10.397.196	10.548.583	10.615.096	10.627.593	10.706.572
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.780.818	-1.937.230	-1.673.505	-1.519.971	-1.452.729	-1.445.985	-1.379.863

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus der Durchführung von Rettungsdienst-Einsätzen, Krankentransporten und rettungsdienstlichen Wachdiensten. Geltendmachung der Forderung gegenüber dem Gebührenschuldner von der Abrechnungsstelle der Berufsfeuerwehr Hagen. Grundsätzliche Entsprechung der erzielten Erträge den notwendigen gebührenrelevanten Aufwendungen. Ausgleich der Abweichungen (Über-/Unterdeckungen) in den Folgejahren.

HSP-Maßnahme:

18_37.001 Strukturelle Änderung Rettungsdienstgebühren

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Kostenerstattung von Gemeinden und privaten Unternehmen für die Rettungsdienstschule

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Erhöhter Aufwand durch die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes, Abdeckung des Bedarfs durch Hilfsorganisationen

Bilanzielle Abschreibungen:

Bilanzielle Abschreibungen für sonstige Bauten, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fahrzeuge und Maschinen und technische Anlagen

Produktergebnisse des Teilplans 1270 Rettungsdienst

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.12.70.40	Rettungsdienst	1.727.992	-1.444.848	-1.687.636	-1.578.649	-1.528.896	-1.507.411	-1.448.552
1.12.70.41	Notarzteinsatz	127.542	-230.958	-170.550	-164.321	-157.424	-148.452	-140.725
1.12.70.42	Krankentransport	-535.304	-256.547	-213.003	-220.250	-215.006	-237.547	-234.333
1.12.70.43	Lehranstalt RettD extern	348.865	-4.877	170.484	173.427	177.218	174.295	168.958
1.12.70.44	Brandmeisteranwärter	111.723		227.199	269.822	271.379	273.130	274.788
Summe		1.780.818	-1.937.230	-1.673.505	-1.519.971	-1.452.729	-1.445.985	-1.379.863

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.70 Rettungsdienst

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-535							
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.040.963	-13.905.000	-15.171.500	-15.173.100		-15.173.100	-15.173.100	-15.173.100
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-7.055							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-995	-180.300	-265.000	-265.000		-269.600	-274.292	-279.078
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.049.548	-14.085.300	-15.436.500	-15.438.100		-15.442.700	-15.447.392	-15.452.178
10	- Personalauszahlungen	397.140	419.094	527.479	527.039		527.118	527.198	527.279
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.615.584	1.866.630	2.832.250	2.837.250		2.837.931	2.838.618	2.839.312
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	5.177	13.946	10.621	11.118		11.164	11.209	11.255
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.017.901	2.299.670	3.370.349	3.375.408		3.376.212	3.377.025	3.377.846
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-15.031.647	-11.785.630	-12.066.151	-12.062.692		-12.066.488	-12.070.367	-12.074.332

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.70 Rettungsdienst

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-18.950	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-18.950	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			800.000		160.000	375.000		
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	441.537	1.533.500	624.500	814.500		564.500	82.500	712.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	441.537	1.533.500	1.424.500	814.500	160.000	939.500	82.500	712.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	422.587	1.531.500	1.422.500	812.500	160.000	937.500	80.500	710.500

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.70 Rettungsdienst



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Erwerb v. Krankenkraftwagen und Zubehör										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-18.950	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000	-62.463	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	388.425	1.450.000	520.000	710.000		460.000		620.000	3.495.734	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	369.475	1.448.000	518.000	708.000		458.000	-2.000	618.000	3.433.271	
Rettungswache Dahl										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			800.000							800.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			800.000							800.000

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung
1.12.70 Rettungsdienst


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Rettungswache Gasstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen					80.000	150.000				150.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					80.000	150.000				150.000
Rettungsw. Haßley										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen					80.000	225.000				225.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)					80.000	225.000				225.000
= Summe	369.475	1.448.000	1.318.000	708.000	160.000	833.000	-2.000	618.000		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze**5.000005 Erwerb von Krankenkraftwagen und Zubehör**

Auf Basis der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes wurde in 2020 die Anschaffung von Rettungs- und Krankentransportfahrzeugen sowie Ausrüstungsgegenständen und Zubehör in Höhe von 520.000 € geplant. In 2021 sind dafür 710.000 € vorgesehen.

Mit den Kostenträgern (Krankenkassen) wurden schon Gespräche hinsichtlich der Refinanzierung der verschiedenen Maßnahmen geführt.

Geplant sind Neubeschaffungen bzw. Ersatzbeschaffungen von Rettungs- und Krankentransportwagen sowie die Beschaffung von medizinischen Geräten wie Defibrillatoren, EKG- und Diagnostikgeräte etc.

In den Jahren 2022 bis 2024 wurden Ansätze in Höhe von 460.000 €, 0 € und 620.000 € berücksichtigt.

Für den Verkauf von Ausstattungsgegenständen sind Einzahlungen in Höhe von jeweils 2.000 € für 2020 bis 2024 eingeplant.

5.000386 Rettungswache Dahl

Für den Umbau/ die Erweiterung des Gerätehauses Dahl zur Rettungswache wurden in 2020 Mittel in Höhe der Gesamtkosten von 800.000 € geplant. Der Umbau ist Bestandteil der Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Hagen (Ratsbeschluss vom 05.10.2017, siehe Vorlage 0661/2017).

5.000387 Rettungswache Gasstr.

Ein Umbau ist Bestandteil der Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Hagen (Ratsbeschluss vom 05.10.2017, siehe Vorlage 0661/2017). Ein Anbau für die Erweiterung als Rettungswache entfällt aufgrund der Erkenntnisse aus den Arbeiten zum neuen Brandschutzbedarfsplan. Es sind jedoch Umbaumaßnahmen notwendig, um die vorhandene Gebäudestruktur zur Rettungswache zu ertüchtigen.

Für die Anpassungen des Gerätehauses Gasstr. zur Rettungswache Hohenlimburg wurden in 2022 Mittel in Höhe von 150.000 € geplant.

Für die Vergabe von Planungsleistungen und ersten Aufträgen ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 € in 2021 vorgesehen. Diese Verpflichtungsermächtigung wird in 2022 kassenwirksam.

5.000388 Rettungswache HaBley

Ein Umbau ist Bestandteil der Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Hagen (Ratsbeschluss vom 05.10.2017, siehe Vorlage 0661/2017). Ein Anbau für die Erweiterung als Rettungswache entfällt aufgrund der Erkenntnisse aus den Arbeiten am neuen Brandschutzbedarfsplan. Es sind jedoch Umbaumaßnahmen notwendig, um die vorhandene Gebäudestruktur zur Rettungswache zu ertüchtigen.

Für die Anpassungen des Gerätehauses Gasstr. zur Rettungswache wurden in 2022 Mittel in Höhe von 225.000 € geplant.

Für die Vergabe von Planungsleistungen und ersten Aufträgen ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 € in 2021 vorgesehen. Diese Verpflichtungsermächtigung wird in 2022 kassenwirksam.

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	53.112	83.500	104.500	104.500		104.500	82.500	92.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	53.112	83.500	104.500	104.500		104.500	82.500	92.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.800116 Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen GVG

In 2020 ist eine Anschaffung von Geräten für den Rettungsdienst in Höhe von 50.000 € vorgesehen.

Für die Jahre 2021 bis 2024 wird auch jeweils ein Ansatz in Höhe von 50.000 € eingeplant.

Mit den Kostenträgern (Krankenkassen) wurden schon Gespräche hinsichtlich der Refinanzierung der diversen Maßnahmen geführt.

5.800117 Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen GVG
5.800168 Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen IPM

Die Anforderungen des RettG NRW führen zu folgendem Investitionsbedarf, um eine qualifizierte Ausbildung gewährleisten zu können: Für die Lehranstalt für Rettungsassistenten ist die Anschaffung von hochwertigen Geräten und Ausstattungsgegenständen (Simulatoren, Ausstattung für Simulationsstationen etc.) in Höhe von insgesamt 54.500 € in 2020 bis 2022 eingeplant.

Für das Jahr 2023 wird ein Ansatz in Höhe von 32.500 € und für das Jahr 2024 in Höhe von 42.500 € eingeplant.

Für die externen Lehrgangsteilnehmer erfolgt eine Refinanzierung über die entsprechenden Leistungsentgelte.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800116	GVG	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
5.800117	GVG	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800168	IPM	52.000 €	52.000 €	52.000 €	30.000 €	40.000 €
Summe:		104.500 €	104.500 €	104.500 €	82.500 €	92.500 €

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

1.21	Schulträgeraufgaben	194
1.21.11	Grundschulen	201
1.21.12	Hauptschulen	220
1.21.15	Realschule	231
1.21.16	Sekundarschulen	241
1.21.17	Gymnasien, Kollegs	254
1.21.18	Gesamtschulen	267
1.21.21	Förderschulen	280
1.21.31	Berufskollegs	290
1.21.42	Fördermaßnahmen f. Schüler	303
1.21.43	Serviceleistungen für Schulen	306

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.408.689	-5.452.989	-5.746.319	-6.180.483	-5.942.282	-5.997.629	-6.054.008
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.139.475	-1.067.218	-1.328.445	-1.433.895	-1.366.346	-1.380.010	-1.407.610
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33		-80.000	-85.000	-85.000	-85.000	-85.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-228.396	-175.233	-190.875	-150.000	-150.000	-150.000	-150.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-118.437	-65.332	-78.221	-78.221	-78.221	-78.221	-78.221
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-6.895.029	-6.760.772	-7.423.860	-7.927.599	-7.621.849	-7.690.860	-7.774.839
11	- Personalaufwendungen	3.680.868	3.620.157	3.830.610	3.988.092	4.025.822	4.063.929	4.102.417
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.413.083	3.421.009	3.633.845	3.772.981	3.810.710	3.848.817	3.887.306
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	267.785	199.148	196.764	215.112	215.112	215.112	215.112
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.818.555	6.222.819	6.121.938	6.149.938	6.211.327	6.273.331	6.335.954
16	- Bilanzielle Abschreibungen	235.442	508.727	705.397	603.849	630.088	675.543	673.035
17	- Transferaufwendungen	5.932.612	6.407.205	7.984.214	8.805.306	8.216.270	8.304.100	8.470.182
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	954.725	724.562	76.753	76.926	77.695	78.472	79.257

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	16.622.202	17.483.470	18.718.912	19.624.111	19.161.203	19.395.376	19.660.846
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	9.727.172	10.722.698	11.295.052	11.696.512	11.539.354	11.704.516	11.886.007
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	9.727.172	10.722.698	11.295.052	11.696.512	11.539.354	11.704.516	11.886.007
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	9.727.172	10.722.698	11.295.052	11.696.512	11.539.354	11.704.516	11.886.007
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-177.339	-171.719	-139.827	-171.404	-172.615	-174.787	-176.399
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.849.765	26.605.748	26.982.581	27.114.330	28.239.141	28.083.614	28.272.212
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	35.399.598	37.156.727	38.137.805	38.639.438	39.605.880	39.613.343	39.981.819

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.254.642	-4.764.915	-5.382.933	-5.817.815		-5.582.070	-5.637.890	-5.694.269
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-973.639	-1.067.218	-1.328.445	-1.433.895		-1.366.346	-1.380.010	-1.407.610
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.812		-80.000	-85.000		-85.000	-85.000	-85.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-191.701	-175.233	-190.875	-150.000		-150.000	-150.000	-150.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-20.064	-24.000	-33.100	-33.100		-33.100	-33.100	-33.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.441.858	-6.031.366	-7.015.353	-7.519.810		-7.216.516	-7.286.000	-7.369.979
10	- Personalauszahlungen	3.427.421	3.421.009	3.633.845	3.772.981		3.810.710	3.848.817	3.887.306
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.131.519	6.222.819	6.121.938	6.149.938		6.211.327	6.273.331	6.335.954
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	5.792.759	6.407.205	7.984.214	8.805.306		8.216.270	8.304.100	8.470.182
15	- sonstige Auszahlungen	928.052	724.562	76.753	76.926		77.695	78.472	79.257
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.279.751	16.775.595	17.816.750	18.805.151		18.316.003	18.504.721	18.772.699
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	10.837.893	10.744.229	10.801.397	11.285.341		11.099.487	11.218.721	11.402.720

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-15.200							
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-15.200							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.570.923	5.656.000	4.619.000	293.000	100.000	143.000	143.000	143.000
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	267.258	847.000	1.788.000	935.000		915.000	915.000	915.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.838.181	6.503.000	6.407.000	1.228.000	100.000	1.058.000	1.058.000	1.058.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.822.981	6.503.000	6.407.000	1.228.000	100.000	1.058.000	1.058.000	1.058.000

1.21.11 Grundschulen

201

Teilplanbeschreibung: 1.21.11

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Grundschulen

Zielgruppe:

Kinder im Alter von 5 - 10 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.767.781	-3.250.052	-3.965.380	-4.393.856	-4.141.524	-4.182.702	-4.224.525
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.125.340	-1.065.438	-1.312.832	-1.418.282	-1.350.262	-1.363.764	-1.391.040
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-805						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-3.893.926	-4.315.490	-5.278.212	-5.812.138	-5.491.786	-5.546.467	-5.615.565
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.060.674	1.083.075	1.121.463	1.124.463	1.135.708	1.147.065	1.158.535
16	- Bilanzielle Abschreibungen	50.960	87.243	157.139	130.375	134.988	141.398	140.844
17	- Transferaufwendungen	5.066.961	5.515.506	7.051.164	7.866.061	7.254.328	7.326.871	7.473.409
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	104.519	127.005	2.500	2.500	2.525	2.550	2.576

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	6.283.114	6.812.829	8.332.266	9.123.399	8.527.548	8.617.884	8.775.364
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	2.389.189	2.497.339	3.054.054	3.311.261	3.035.763	3.071.417	3.159.798
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	2.389.189	2.497.339	3.054.054	3.311.261	3.035.763	3.071.417	3.159.798
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	2.389.189	2.497.339	3.054.054	3.311.261	3.035.763	3.071.417	3.159.798
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.374.926	8.680.281	8.770.636	8.847.252	8.914.510	8.848.570	8.916.665
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	10.764.115	11.177.620	11.824.690	12.158.513	11.950.273	11.919.987	12.076.464

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuschüsse für Offene Ganztagschulen (OGS), Im Schuljahr 2020/2021 sind Mittel für weitere 350 Plätze eingeplant, sowie „Schule von Acht bis Eins“ (endet im Sommer 2020).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Elternbeiträge für OGS.

HSP-Maßnahme:

15_48.002 Änderung der Elternbeitragsatzungen für OGS im Primärbereich

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14_48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Transferaufwendungen:

Weiterleitung Betriebsmittel für OGS und „Schule von Acht bis Eins“ (endet im Sommer 2020), teilweise durch Zuwendungen und allgemeine Umlagen und Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte gedeckt.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagener Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

**Produktergebnisse des Teilplans 2111 Grundschulen**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.11.40	Schulträgeraufgaben GS	9.245.392	9.659.537	9.829.564	9.874.701	9.956.024	9.905.938	9.982.971
1.21.11.41	Ganztag GS	1.518.723	1.518.083	1.995.126	2.283.812	1.994.249	2.014.049	2.093.493
Summe		10.764.115	11.177.620	11.824.690	12.158.513	11.950.273	11.919.987	12.076.464

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Ausgeglichener Haushalt							
Produkt	1.21.11.41 Ganzttag Grundschulen							
Produktbereich	21 Schulträgeraufgaben							
Teilplan	2111 Grundschulen							
Produktverantwortlicher	Herr Becker							
Fachbereich	48 - Bildung							
Ziel operativ	(a) Ziel ist es den Bedarf an OGS-Plätzen sicherstellen zu können. (b) Die Betreuungskosten je Ganzttagsschüler sind konstant zu halten und sollten nicht erhöht werden.							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
(a) OGS-Schüleranteil	%	Ganzttagsschüler/ Gesamtzahl Grundschüler	32%	32%	32%	36%	41%	39%
(a) Erfüllungsquote	%	OGS-Plätze/ OGS Anträge	95%	96%	95%	100%	-/-	-/-
(b) Betreuungskosten je Ganzttagsschüler im Jahr	€	Betreuungskosten/ Ganzttagsschüler	2.189	2.240	2.365	2.297	2.484	2.774
(b) Landeszuweisungsquote	%	Landeszuweisungen/ Betreuungskosten	54%	55%	52%	57%	56%	56%
(b) Elternbeitragsquote	%	Elternbeiträge/ Betreuungskosten	21%	20%	22%	19%	19%	18%
(b) Zuschussbedarf je Ganzttagsschüler im Jahr	€	Zuschussbedarf/ Ganzttagsschüler	623	615	711	634	704	805

Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
(a) OGS Anträge*	Anz.		2.175	2.203	2.257	2.396	-/-	-/-
(a) Ganztagschüler (OGS-Plätze)	Pers.		2.067	2.119	2.137	2.396	2.836	2.836
(a) Gesamtzahl Grundschüler	Pers.		6.518	6.679	6.735	6.735	6.985	7.262
(b) Höhe der Betreuungskosten	€		4.525.066	4.747.152	5.054.961	5.503.266	7.044.164	7.866.061
(b) Höhe der Landeszuweisung	€		-2.436.296	-2.624.120	-2.624.041	-3.112.104	-3.957.523	-4.393.210
(b) Höhe der Elternbeiträge	€		-947.035	-962.169	-1.125.340	-1.065.438	-1.312.832	-1.418.282
(b) Zuschussbedarf im Jahr (Ergebnis nach interner LV)	€		1.287.660	1.302.983	1.518.723	1.518.083	1.995.126	2.283.812

* Für die Zukunft kann die Anzahl der gestellten OGS-Anträge nicht dargestellt werden.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.865.162	-3.248.849	-3.964.523	-4.393.210		-4.140.910	-4.182.319	-4.224.142
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-963.239	-1.065.438	-1.312.832	-1.418.282		-1.350.262	-1.363.764	-1.391.040
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-600							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-208							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.829.208	-4.314.287	-5.277.355	-5.811.492		-5.491.172	-5.546.084	-5.615.182
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.207.731	1.083.075	1.121.463	1.124.463		1.135.708	1.147.065	1.158.535
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	4.932.027	5.515.506	7.051.164	7.866.061		7.254.328	7.326.871	7.473.409
15	- sonstige Auszahlungen	87.411	127.005	2.500	2.500		2.525	2.550	2.576
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.227.169	6.725.586	8.175.127	8.993.024		8.392.560	8.476.486	8.634.520
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.397.962	2.411.299	2.897.772	3.181.532		2.901.389	2.930.402	3.019.337

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	351.804	1.250.000	490.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	37.326	124.000	613.000	192.000		192.000	192.000	192.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	389.130	1.374.000	1.103.000	192.000		192.000	192.000	192.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	389.130	1.374.000	1.103.000	192.000		192.000	192.000	192.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Grundschule Hilfe, Anbau Pavillon										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										450.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										450.000
GS Emil-Schumacher (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										7.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										7.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
GS Freiherr-vom-Stein (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										81.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										81.000
GS Goethe (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	234.474	500.000	245.000						240.877	1.715.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	234.474	500.000	245.000						240.877	1.715.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
GS Hilfe (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	108.110	650.000	145.000						115.770	1.795.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	108.110	650.000	145.000						115.770	1.795.000
GS Funckepark (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			0							
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			0							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
GS Meinolf/FS Erich-K.(Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										16.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										16.000
GS Gewecke (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	9.220								47.133	49.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.220								47.133	49.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Grundschule Kipper (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									16.562	19.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)									16.562	19.000
GS Goldberg (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000								100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		100.000								100.000

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben
1.21.11 Grundschulen


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
GS Meinolf - Umbaumaßnahmen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000							100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000							100.000
= Summe	351.804	1.250.000	490.000							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

Im Rahmen des Investitionsprogramms Gute Schule 2020 sind im Teilplan 2111 Grundschulen für das Haushaltsjahr 2020 die folgenden Einplanungen vorgenommen worden:

PSP-I	Bezeichnung	2020
5.000316	GS Goethe (Gute Schule 2020)	
	Ersatz - Pavillon (2.gesch. /4 Klassen)	245.000 €
5.000317	GS Hilfe (Gute Schule 2020)	
	Ersatz - Pavillon	145.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Für die Grundschule Meinolf ist im Haushaltsjahr 2020 für bauliche Anpassungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Auszug der Erich-Kästner-Schule ein Ansatz in Höhe von 100.000 € eingeplant.

Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Bildungspauschale.

PSP-I	Bezeichnung	2020
5.000420	GS Meinolf Anpassungsmaßnahmen	100.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	37.326	124.000	613.000	192.000		192.000	192.000	192.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	37.326	124.000	613.000	192.000		192.000	192.000	192.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.000114 Sondermaßnahmen Schulverwaltung IPM
- 5.800052 Selbstverwaltung Grundschulen IPM
- 5.800053 Selbstverwaltung Grundschulen GVG
- 5.800054 Offene Ganztagsgrundschulen IPM
- 5.800055 Offene Ganztagsgrundschulen GVG
- 5.800288 Sondermaßnahmen Schulverwaltung GVG
- 5.800318 Ausstattung Maßnahmen Gute Schule 2020

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Grundschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung.

Bei der Position Sondermaßnahmen Schulverwaltung sind für die Beschaffung von „weißer Ware“ im Zeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 30.000 € eingeplant.

Im Rahmen des Gute Schule 2020 Programmes ist die Beschaffung von Defibrillatoren in Höhe von 421.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000114	IPM	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800052	IPM	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.800053	GVG	64.000 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €
5.800054	GVG	24.000 €	24.000 €	24.000 €	24.000 €	24.000 €
5.800055	GVG	44.000 €	44.000 €	44.000 €	44.000 €	44.000 €
5.800288	GVG	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800318	Gute Schule 2020	421.000 €				
Summe:		613.000 €	192.000 €	192.000 €	192.000 €	192.000 €

1.21.12 Hauptschulen

220

Teilplanbeschreibung: 1.21.12

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Hauptschulen

Zielgruppe:

Kinder im Alter ab 10 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-206.751	-229.092	-147.057	-147.058	-148.527	-149.989	-151.486
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-119						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-206.870	-229.092	-147.057	-147.058	-148.527	-149.989	-151.486
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	284.468	280.645	292.875	295.875	298.834	301.822	304.840
16	- Bilanzielle Abschreibungen	15.209	18.960	37.919	19.045	20.296	21.518	21.288
17	- Transferaufwendungen	199.585	203.650	170.000	170.000	173.400	176.868	180.405
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.050	25.519	200	200	202	204	206

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	506.312	528.774	500.994	485.120	492.732	500.412	506.740
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	299.443	299.682	353.937	338.062	344.205	350.423	355.254
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	299.443	299.682	353.937	338.062	344.205	350.423	355.254
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	299.443	299.682	353.937	338.062	344.205	350.423	355.254
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.539.295	1.623.374	1.583.261	1.600.540	1.612.966	1.625.727	1.638.182
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.838.738	1.923.056	1.937.198	1.938.602	1.957.171	1.976.151	1.993.436

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuwendungen für das Programm „Geld oder Stelle“ Die Zuwendung wird an die Träger der freien Jugendhilfe weitergeleitet.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14 48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Transferaufwendungen:

Weiterleitung Landeszuweisung (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen) und Eigenmittel an die jeweiligen Träger.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagener Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Produktergebnisse des Teilplans 2112 Hauptschulen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.12.40	Schulträgeraufgaben HS	1.838.738	1.923.056	1.937.198	1.938.602	1.957.171	1.976.151	1.993.436
Summe		1.838.738	1.923.056	1.937.198	1.938.602	1.957.171	1.976.151	1.993.436

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-176.385	-228.919	-146.800	-146.800		-148.268	-149.751	-151.248
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-62							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-119							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-176.566	-228.919	-146.800	-146.800		-148.268	-149.751	-151.248
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	333.245	280.645	292.875	295.875		298.834	301.822	304.840
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	199.585	203.650	170.000	170.000		173.400	176.868	180.405
15	- sonstige Auszahlungen	9.818	25.519	200	200		202	204	206
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	542.648	509.814	463.075	466.075		472.436	478.894	485.452
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	366.082	280.895	316.275	319.275		324.168	329.143	334.204

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
HS Geschw. Scholl (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										60.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										60.000
= Summe										

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

 5.800056 Selbstverwaltung Hauptschulen IPM
 5.800057 Selbstverwaltung Hauptschulen GVG
 5.800319 Ausstattung Gute Schule 2020

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Hauptschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Jahre 2020 - 2024 ist ein Ansatz in Höhe von jeweils 28.000 € eingeplant.

Im Rahmen des Gute Schule 2020 Programmes ist die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen in Höhe von 302.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800056	IPM	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
5.800057	GVG	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €
5.800319	Gute Schule 2020	302.000 €				
Summe:		330.000 €	28.000 €	28.000 €	28.000 €	28.000 €

1.21.15 Realschule

231

Teilplanbeschreibung: 1.21.15

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Realschulen

Zielgruppe:

Kinder im Alter ab 10 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.15 Realschule

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-154.929	-154.420	-110.391	-110.392	-111.492	-112.607	-113.731
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-198						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-155.127	-154.420	-110.391	-110.392	-111.492	-112.607	-113.731
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	418.046	432.016	414.000	417.000	421.170	425.382	429.635
16	- Bilanzielle Abschreibungen	12.142	33.156	33.262	33.267	35.003	36.880	36.878
17	- Transferaufwendungen	114.219	121.150	120.200	120.200	122.604	125.056	127.557
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.177	33.770	400	400	404	408	412

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.15 Realschule

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	584.584	620.092	567.862	570.867	579.181	587.726	594.483
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	429.457	465.672	457.471	460.475	467.689	475.119	480.752
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	429.457	465.672	457.471	460.475	467.689	475.119	480.752
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	429.457	465.672	457.471	460.475	467.689	475.119	480.752
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.859.763	2.009.258	2.083.428	2.102.041	2.117.366	2.133.202	2.148.319
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	2.289.220	2.474.930	2.540.899	2.562.516	2.585.055	2.608.321	2.629.071

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuwendungen für das Programm „Geld oder Stelle“ Die Zuwendung wird an die Träger der freien Jugendhilfe weitergeleitet

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14 48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Transferaufwendungen:

Weiterleitung Landeszuweisung (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen) und Eigenmittel an Träger des Ganztagsbetriebs.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Produktergebnisse des Teilplans 2115 Realschulen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.15.40	Schulträgeraufgaben RS	2.289.220	2.474.930	2.540.899	2.562.516	2.585.055	2.608.321	2.629.071
Summe		2.289.220	2.474.930	2.540.899	2.562.516	2.585.055	2.608.321	2.629.071

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.15 Realschule

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-102.719	-154.420	-110.200	-110.200		-111.302	-112.415	-113.539
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-198							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-102.916	-154.420	-110.200	-110.200		-111.302	-112.415	-113.539
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	511.288	432.016	414.000	417.000		421.170	425.382	429.635
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	114.219	121.150	120.200	120.200		122.604	125.056	127.557
15	- sonstige Auszahlungen	39.210	33.770	400	400		404	408	412
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	664.716	586.936	534.600	537.600		544.178	550.846	557.605
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	561.800	432.516	424.400	427.400		432.876	438.431	444.066

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.15 Realschule



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	77.488							
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	13.876	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	91.364	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	91.364	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.15 Realschule



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
RS Hohenlimburg (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	77.488								79.137	102.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	77.488								79.137	102.000
= Summe	77.488									

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.15 Realschule



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	13.876	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	13.876	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800062 Selbstverwaltung Realschulen IPM
- 5.800063 Selbstverwaltung Realschulen GVG

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Realschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Realschulen ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Ansatz in Höhe von 47.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800062	IPM	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800063	GVG	32.000 €	32.000 €	32.000 €	32.000 €	32.000 €
Summe:		47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €

1.21.16 Sekundarschulen

241

Teilplanbeschreibung: 1.21.16

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Sekundarschulen (Altenhagen und Liselotte-Funcke)

Zielgruppe:

Kinder im Alter ab 10 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.764	-10.854					
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-41.956	-45.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-20						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-49.739	-55.854	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	232.078	166.468	251.700	254.700	257.247	259.820	262.418
16	- Bilanzielle Abschreibungen	455						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.811	36.954	250	250	253	255	258

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.16 Sekundarschulen

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	266.344	203.422	251.950	254.950	257.500	260.075	262.675
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	216.604	147.568	171.950	174.950	177.500	180.075	182.675
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	216.604	147.568	171.950	174.950	177.500	180.075	182.675
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	216.604	147.568	171.950	174.950	177.500	180.075	182.675
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.153.589	1.183.977	1.203.788	1.215.311	1.224.298	1.233.601	1.241.510
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.370.193	1.331.545	1.375.738	1.390.261	1.401.797	1.413.675	1.424.185

Kostenerstattung und Umlagen

Elternbeiträge für Schulessen

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel. Schulverpflegung durch Essenslieferant.

HSP-Maßnahme:

14_48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Produktergebnisse des Teilplans 2116 Sekundarschulen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.16.40	Schulträgeraufgaben SekS	1.370.193	1.331.545	1.375.738	1.390.261	1.401.797	1.413.675	1.424.185
Summe		1.370.193	1.331.545	1.375.738	1.390.261	1.401.797	1.413.675	1.424.185

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-10.854						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-34.171	-45.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-20							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-34.191	-55.854	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	224.889	166.468	251.700	254.700		257.247	259.820	262.418
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	36.367	36.954	250	250		253	255	258
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	261.257	203.422	251.950	254.950		257.500	260.075	262.675
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	227.066	147.568	171.950	174.950		177.500	180.075	182.675

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	9.808	125.000	225.000	50.000	50.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	9.703	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	19.511	155.000	255.000	80.000	50.000	30.000	30.000	30.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	19.511	155.000	255.000	80.000	50.000	30.000	30.000	30.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Herrichtung Mensa Sekundarsch. Altenhage										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	5.876								837.279	983.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.876								837.279	983.000
Altenh. Sek. Schule (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	3.933								10.503	114.100
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	3.933								10.503	114.100

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Liselotte-Funcke (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		125.000	0							125.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		125.000	0							125.000
SekSch . L-Funcke/Erneuerung NW-Raum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			125.000							
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			125.000							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Sek.S. Altenhagen - Talentschulen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	50.000	50.000					150.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			100.000	50.000	50.000					150.000
= Summe	9.808	125.000	225.000	50.000	50.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

Die Maßnahmen ist aus dem Gute Schule 2020 Programm in das KIII Programm verlagert worden. Der Eigenanteil in Höhe von 10% wird jedoch weiterhin aus Mitteln des Programms Gute Schule 2020 finanziert.

5.000326	Liselotte-Funcke (Gute Schule 2020)	2020
	Erneuerung NW-Räume	125.000 €

Im Rahmen des Talentschul-Projektes des Landes NRW sind für bauliche investive Maßnahmen (Ausbau von 4 Räumen) in 2020 ein Ansatz in Höhe von 100.000 € und in 2021 von 50.000 € eingeplant.

Es ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 50.000 € für die Vergabe von Bauleistungen eingeplant.

5.000422	Sekundarschule Altenhagen	2020	2021
	Bauliche Maßnahmen Talentschule	100.000 €	50.000 €

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	9.703	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.703	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800298 Selbstverwaltung Sekundarschulen IPM
 5.800299 Selbstverwaltung Sekundarschulen GVG

Für die Ausstattung der Sekundarschulen ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 30.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2018	2019	2020	2021	2022
5.800298	IPM	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
5.800299	GVG	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
Summe:		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

254

Teilplanbeschreibung: 1.21.17

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Gymnasien

Zielgruppe:

Kinder im Alter ab 10 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-213.662	-249.645	-125.606	-125.474	-125.203	-126.453	-127.715
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-87.590	-60.233	-40.875				
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.395						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-304.681	-309.878	-166.481	-125.474	-125.203	-126.453	-127.715
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	721.281	850.819	732.000	735.000	742.350	749.774	757.271
16	- Bilanzielle Abschreibungen	27.518	75.724	77.105	76.825	79.445	83.828	83.531
17	- Transferaufwendungen	177.930	175.500	156.000	156.000	159.120	162.302	165.548
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	36.642	74.645	600	600	606	612	618

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	963.371	1.176.688	965.705	968.425	981.521	996.516	1.006.969
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	658.690	866.810	799.224	842.951	856.318	870.063	879.254
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	658.690	866.810	799.224	842.951	856.318	870.063	879.254
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	658.690	866.810	799.224	842.951	856.318	870.063	879.254
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.328.640	4.445.207	4.532.272	4.572.831	4.607.413	4.616.663	4.648.611
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	4.987.330	5.312.017	5.331.496	5.415.782	5.463.731	5.486.726	5.527.865

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuwendungen für das Programm „Geld oder Stelle“ Die Zuwendung wird an die Träger der freien Jugendhilfe weitergeleitet

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14 48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Transferaufwendungen:

Weiterleitung Landeszuweisung (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen) und Eigenmittel an die jeweiligen Träger

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagener Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

**Produktergebnisse des Teilplans 2117 Gymnasien, Kollegs**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.17.40	Schulträgeraufgaben GYM	4.987.330	5.312.017	5.331.496	5.415.782	5.463.731	5.486.726	5.527.865
Summe		4.987.330	5.312.017	5.331.496	5.415.782	5.463.731	5.486.726	5.527.865

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-148.130	-249.645	-123.700	-123.700		-124.937	-126.186	-127.448
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-64.233	-60.233	-40.875					
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.395							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-215.791	-309.878	-164.575	-123.700		-124.937	-126.186	-127.448
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	732.493	850.819	732.000	735.000		742.350	749.774	757.271
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	177.930	175.500	156.000	156.000		159.120	162.302	165.548
15	- sonstige Auszahlungen	40.110	74.645	600	600		606	612	618
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	950.533	1.100.964	888.600	891.600		902.076	912.688	923.438
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	734.741	791.086	724.025	767.900		777.139	786.502	795.990

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	66.210	1.970.000	652.000	100.000	50.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	40.818	107.000	107.000	107.000		107.000	107.000	107.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	107.029	2.077.000	759.000	207.000	50.000	107.000	107.000	107.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	107.029	2.077.000	759.000	207.000	50.000	107.000	107.000	107.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Theodor - Heuss - Gymn./Anbau Pavillon										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										1.651.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										1.651.000
Gym. Hohenlimburg (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									23.748	27.300
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)									23.748	27.300

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Theodor-Heuss-Gym. (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	66.210	1.850.000	342.000						79.587	4.321.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	66.210	1.850.000	342.000						79.587	4.321.500
A.-Dürer-Gymn. (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		20.000	210.000							230.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		20.000	210.000							230.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Rahel-Varnhagen-Kolleg(Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000								100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		100.000								100.000
GYM Hohenlimburg - 3 NW Räume										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	100.000	50.000					200.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000	100.000	50.000					200.000
= Summe	66.210	1.970.000	652.000	100.000	50.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

Im Rahmen des Investitionsprogramms Gute Schule 2020 sind im Teilplan 2117 Gymnasien für das Haushaltsjahr 2020 die folgenden Einplanungen vorgenommen worden:

PSP-I	Bezeichnung/Maßnahmen	2020
5.000324	Theodor-Heuss-Gymn. (Gute Schule 2020)	
	Ersatzunterbringung/Container für Schulunterricht	342.000 €
	Anbau	
5.000329	A.-Dürer-Gymn. (Gute Schule 2020)	
	Whiteboards für 27 Unterrichtsräume	210.000 €
	Schaffung Klassenraum 2. OG, Lager DG	
	Neue Ausstattung	

Die Maßnahme Einrichtung von drei Naturwissenschaftlichen Räumen im Gymnasium Hohenlimburg wird in 2020 und 2021 jeweils mit einem Ansatz in Höhe von 100.000 € eingeplant. Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Bildungspauschale.

Es ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 50.000 € für die Vergabe von Bauleistungen eingeplant

PSP-I	Bezeichnung/Maßnahmen	2020	2021
5.000421	Gymnasium Hohenlimburg Ausstattung von 3 NW-Räumen	100.000 €	100.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	40.818	107.000	107.000	107.000		107.000	107.000	107.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	40.818	107.000	107.000	107.000		107.000	107.000	107.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800067 Selbstverwaltung Gymnasien GVG

5.800068 Selbstverwaltung Gymnasien IPM

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Gymnasien beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Gymnasien ist im Planungszeitraum 2020 – 2024 jeweils ein Gesamtansatz von 107.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800067	GVG	72.000 €	72.000 €	72.000 €	72.000 €	72.000 €
5.800068	IPM	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
Summe:		107.000 €	107.000 €	107.000 €	107.000 €	107.000 €

1.21.18

Gesamtschulen

267

Teilplanbeschreibung: 1.21.18

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Gesamtschulen

Zielgruppe:

Kinder im Alter ab 10 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-58.921	-303.665	-175	-174	-175	-87	-87
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-41.931	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-612						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-101.464	-353.665	-50.175	-50.174	-50.175	-50.087	-50.087
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.067.978	1.123.178	1.075.200	1.078.200	1.088.982	1.099.872	1.110.871
16	- Bilanzielle Abschreibungen	32.380	73.018	72.819	69.088	70.146	74.428	74.319
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.612	42.022	3.550	3.550	3.586	3.621	3.658

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.147.971	1.238.218	1.151.569	1.150.838	1.162.714	1.177.921	1.188.847
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.046.507	884.553	1.101.394	1.100.664	1.112.539	1.127.834	1.138.760
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.046.507	884.553	1.101.394	1.100.664	1.112.539	1.127.834	1.138.760
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.046.507	884.553	1.101.394	1.100.664	1.112.539	1.127.834	1.138.760
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.977.110	4.104.913	4.082.000	4.116.805	4.147.064	4.178.540	4.208.978
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	5.023.616	4.989.466	5.183.394	5.217.469	5.259.602	5.306.374	5.347.738

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Wegfall der Landeszuwendungen für das Programm „Geld oder Stelle“

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Elternbeiträge zu den Schulverpflegungskosten.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14_48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Produktergebnisse des Teilplans 2118 Gesamtschulen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.18.40	Schulträgeraufgaben GES	5.023.616	4.989.466	5.183.394	5.217.469	5.259.602	5.306.374	5.347.738
Summe		5.023.616	4.989.466	5.183.394	5.217.469	5.259.602	5.306.374	5.347.738

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen
1.21 Schulträgeraufgaben
1.21.18 Gesamtschulen


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-303.490						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-42.550	-50.000	-50.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-612							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-43.162	-353.490	-50.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.189.288	1.123.178	1.075.200	1.078.200		1.088.982	1.099.872	1.110.871
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	49.081	42.022	3.550	3.550		3.586	3.621	3.658
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.238.369	1.165.200	1.078.750	1.081.750		1.092.568	1.103.493	1.114.528
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.195.207	811.710	1.028.750	1.031.750		1.042.568	1.053.493	1.064.528

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	68.592	1.600.000	2.759.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	33.479	98.000	98.000	98.000		98.000	98.000	98.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	102.071	1.698.000	2.857.000	98.000		98.000	98.000	98.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	102.071	1.698.000	2.857.000	98.000		98.000	98.000	98.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Gesamtschule Eilpe (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	68.592	1.600.000	1.600.000						69.663	3.719.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	68.592	1.600.000	1.600.000						69.663	3.719.000
Gesamtschule Eilpe/Erweiterung Ausstattu										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			500.000							500.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			500.000							500.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Gesamtschule Eilpe/Ausst. Technikräume W										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			160.000							160.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			160.000							160.000
Gesamtschule Haspe/Sanierung NW-Räume										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			180.000							180.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			180.000							180.000

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
GES Eilpe - Anpassungsmaßnahmen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			319.000							638.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			319.000							638.000
= Summe	68.592	1.600.000	2.759.000							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

Im Rahmen des Investitionsprogramms Gute Schule 2020 sind im Teilplan 2118 Gesamtschulen für den Planungszeitraum 2018 – 2020 die folgenden Einplanungen vorgenommen worden:

PSP-I	Bezeichnung/Maßnahmen	2020
5.000327	Gesamtschule Eilpe (Gute Schule 2020)	
	Erweiterung - Baukosten	1.600.000 €
	Technik-, Elektro-, Lüftungs- und Baumaßn.	

Die folgend aufgeführten Maßnahmen sind aus dem Programm Gute Schule 2020 in das KIII Programm verlagert worden. Der Eigenanteil in Höhe von 10% wird aus Mitteln des Programms Gute Schule 2020 finanziert.

PSP-I	Bezeichnung/Maßnahmen	2020
5.000409	Gesamtschule Eilpe/Ausstattung Erweiterung	500.000 €
5.000410	Gesamtschule Eilpe/Ausstattung Werkraum	160.000 €
5.000411	Gesamtschule Haspe/Sanierung NW-Räume	180.000 €

Für bauliche Anpassungsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Erweiterung ist für 202 ein Ansatz in Höhe von 319.000 € eingeplant. Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Bildungspauschale.

PSP-I	Bezeichnung/Maßnahmen	2020
5.000418	Gesamtschule Eilpe Anpassungsmaßnahmen	319.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.18 Gesamtschulen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	33.479	98.000	98.000	98.000		98.000	98.000	98.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	33.479	98.000	98.000	98.000		98.000	98.000	98.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

 5.800069 Selbstverwaltung Gesamtschulen IPM
 5.800076 Selbstverwaltung Gesamtschulen GVG

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Gesamtschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Gesamtschulen ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 98.000 € geplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800069	IPM	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
5.800076	GVG	63.000 €	63.000 €	63.000 €	63.000 €	63.000 €
Summe:		98.000 €	98.000 €	98.000 €	98.000 €	98.000 €

1.21.21 Förderschulen

280

Teilplanbeschreibung: 1.21.21

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Förderschulen

Zielgruppe:

Kinder im Alter ab 6 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.21 Förderschulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-600.168	-596.740	-663.123	-669.205	-674.285	-677.393	-680.628
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-12.880	-1.780	-15.613	-15.613	-16.084	-16.246	-16.571
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-43.392	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-59						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-656.499	-618.520	-698.736	-704.818	-710.369	-713.638	-717.199
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	970.141	1.014.249	1.057.900	1.062.900	1.073.529	1.084.264	1.095.107
16	- Bilanzielle Abschreibungen	13.045	34.526	34.276	33.867	35.694	38.525	38.155
17	- Transferaufwendungen	340.924	372.472	486.850	493.045	506.819	513.003	523.263
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.222	21.873	30.400	30.400	30.704	31.011	31.321

Haushaltsplan 2020/2021

1.21 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.21.21 Förderschulen

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.373.332	1.443.120	1.609.426	1.620.212	1.646.746	1.666.803	1.687.846
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	716.833	824.600	910.690	915.394	936.376	953.165	970.647
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	716.833	824.600	910.690	915.394	936.376	953.165	970.647
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	716.833	824.600	910.690	915.394	936.376	953.165	970.647
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.728.725	2.805.808	2.741.197	2.765.378	2.788.502	2.841.485	2.860.645
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	3.445.558	3.630.408	3.651.887	3.680.772	3.724.878	3.794.650	3.831.292

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuwendungen für Offene Ganztagschulen (OGS), Ertrag aus der Schulpauschale/Bildungspauschale Mietzahlung Wilhelm Busch Schule.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Elternbeiträge für OGS.

HSP-Maßnahme:

15_48.002 Änderung der Elternbeitragsatzungen für OGS im Primärbereich

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Elternbeiträge zu den Schulverpflegungskosten.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14_48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Transferaufwendungen:

Weiterleitung Betriebsmittel für OGS, teilweise durch Zuwendungen und allgemeine Umlagen und Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte gedeckt.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Produktergebnisse des Teilplans 2121 Förderschulen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.21.40	Schulträgeraufgaben FÖS	3.320.236	3.505.205	3.492.340	3.520.505	3.557.923	3.626.038	3.657.195
1.21.21.41	Ganzttag FÖS	125.321	125.203	159.547	160.267	166.955	168.612	174.098
Summe		3.445.558	3.630.408	3.651.887	3.680.772	3.724.878	3.794.650	3.831.292

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.21 Förderschulen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-231.421	-242.976	-308.710	-314.905		-320.363	-323.566	-326.801
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.145	-1.780	-15.613	-15.613		-16.084	-16.246	-16.571
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-362							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-38.589	-20.000	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-59							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-279.576	-264.756	-344.323	-350.518		-356.447	-359.811	-363.372
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	882.317	1.014.249	1.057.900	1.062.900		1.073.529	1.084.264	1.095.107
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	343.349	372.472	486.850	493.045		506.819	513.003	523.263
15	- sonstige Auszahlungen	52.372	21.873	30.400	30.400		30.704	31.011	31.321
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.278.038	1.408.594	1.575.150	1.586.345		1.611.052	1.628.278	1.649.691
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	998.462	1.143.838	1.230.827	1.235.827		1.254.604	1.268.467	1.286.319

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.21 Förderschulen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	21.875	13.000						
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	20.419	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	42.294	68.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	42.294	68.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.21 Förderschulen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
FÖS Gustav-Heinemann (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	21.875	13.000							23.295	85.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	21.875	13.000							23.295	85.500
= Summe	21.875	13.000								

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.21 Förderschulen



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	20.419	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	20.419	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800077 Selbstverwaltung Förderschulen GVG
- 5.800078 Selbstverwaltung Förderschulen IPM

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Förderschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Förderschulen ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 55.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800077	GVG	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.800078	IPM	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
Summe:		55.000 €	55.000 €	55.000 €	55.000 €	55.000 €

1.21.31 Berufskollegs

290

Teilplanbeschreibung: 1.21.31

Bereitstellung schulischer Einrichtungen im Bereich Berufskollegs

Zielgruppe:

Jugendliche im Alter ab 16 Jahren

Auftragsgrundlage:

SchulG NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-331.787	-177.009	-1.815	-1.654	-1.646	-1.656	-1.656
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-15.615						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-347.402	-177.009	-1.815	-1.654	-1.646	-1.656	-1.656
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	989.852	1.128.929	997.000	1.002.000	1.012.020	1.022.140	1.032.362
16	- Bilanzielle Abschreibungen	44.287	158.425	157.262	153.342	165.319	178.712	177.775
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	302.112	176.518	600	600	606	612	618

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.336.251	1.463.872	1.154.862	1.155.942	1.177.945	1.201.464	1.210.755
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	988.849	1.286.863	1.153.047	1.154.288	1.176.299	1.199.808	1.209.099
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	988.849	1.286.863	1.153.047	1.154.288	1.176.299	1.199.808	1.209.099
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	988.849	1.286.863	1.153.047	1.154.288	1.176.299	1.199.808	1.209.099
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.942.798	4.841.120	4.614.381	4.655.390	4.687.544	4.719.974	4.746.159
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	5.931.647	6.127.983	5.767.428	5.809.678	5.863.843	5.919.782	5.955.258

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuschüsse, kein Ertrag aus der Schulpauschale/Bildungspauschale durch die Reintegration des Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14 48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagerer Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116..

Produktergebnisse des Teilplans 2131 Berufskollegs

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.31.40	Schulträgeraufgaben BK	5.931.647	6.127.983	5.767.428	5.809.678	5.863.843	5.919.782	5.955.258
Summe		5.931.647	6.127.983	5.767.428	5.809.678	5.863.843	5.919.782	5.955.258

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-818							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-415							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.232							
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	995.311	1.128.929	997.000	1.002.000		1.012.020	1.022.140	1.032.362
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	283.676	176.518	600	600		606	612	618
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.278.987	1.305.447	997.600	1.002.600		1.012.626	1.022.752	1.032.980
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.277.755	1.305.447	997.600	1.002.600		1.012.626	1.022.752	1.032.980

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-15.200							
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-15.200							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	970.492	555.000	350.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	55.364	250.000	250.000	250.000		250.000	250.000	250.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.025.856	805.000	600.000	250.000		250.000	250.000	250.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.010.656	805.000	600.000	250.000		250.000	250.000	250.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Ausstattungskonzept Berufskolleg KFM II										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen		12.500	0	0					33.923	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		12.500	0	0					33.923	
BK Kaufmannschule II (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	797								797	10.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	797								797	10.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
BK Käthe-Kollwitz (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	902.134	340.000	350.000						1.583.379	2.560.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	902.134	340.000	350.000						1.583.379	2.560.000
BK Cuno I + II (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		215.000								764.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		215.000								764.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Kaufmannsschule I (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	67.561								67.561	293.200
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	67.561								67.561	293.200
= Summe	970.492	567.500	350.000	0						

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

Im Rahmen des Investitionsprogramms Gute Schule 2020 sind im Teilplan 2131 Berufskollegs für das Haushaltsjahr 2020 folgende Einplanungen vorgenommen worden:

PSP-I	Bezeichnung/Maßnahmen	2020
5.000308	BK Käthe-Kollwitz (Gute Schule 2020)	
	Erneuerung Heizungsanlage	350.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-15.200							
2	- Summe der investiven Auszahlungen	55.364	237.500	250.000	250.000		250.000	250.000	250.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	40.164	237.500	250.000	250.000		250.000	250.000	250.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800079 Selbstverwaltung Berufskollegs IPM

5.800169 Selbstverwaltung Berufskollegs GVG

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Berufskollegs beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Berufskollegs ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 85.000 € eingeplant.

5.800221 Ausstattungskonzept Berufskolleg Kfm. I, GVG

5.800222 Ausstattungskonzept Berufskolleg Kfm. II, GVG

5.800223 Ausstattungskonzept Berufskolleg Käthe-Kollwitz, GVG

5.800224 Ausstattungskonzept Berufskolleg Cuno I, GVG

5.800225 Ausstattungskonzept Berufskolleg Cuno II; GVG

5.800328 Ausstattungskonzept Berufskolleg Kfm. I, IPM

5.800329 Ausstattungskonzept Berufskolleg Kfm. II, IPM

5.800330 Ausstattungskonzept Berufskolleg Käthe-Kollwitz, IPM

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.31 Berufskollegs

- 5.800331 Ausstattungskonzept Berufskolleg Cuno I, IPM
5.800332 Ausstattungskonzept Berufskolleg Cuno II, IPM

Im Rahmen des Ausstattungskonzeptes für Berufskollegs ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 165.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800079	IPM Selbstverw.	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800169	GVG Selbstverw.	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €
5.800221	GVG Kfm I	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800222	GVG Kfm II	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800223	GVG K.-Kollwitz	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800224	GVG Cuno I	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €
5.800225	GVG Cuno II	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €
5.800328	IPM Kfm I	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800329	IPM Kfm II	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800330	IPM K.-Kollwitz	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €	12.500 €
5.800331	IPM Cuno I	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €
5.800332	IPM Cuno II	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €	22.500 €
Summe:		250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €

1.21.42 Fördermaßnahmen f. Schüler

303

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.42 Fördermaßnahmen f. Schüler



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-68.440							
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-500							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-68.940							
10	- Personalauszahlungen	7.535							
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	834							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.369							
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-60.571							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.42 Fördermaßnahmen f. Schüler

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen								
23	= Summe: (investive Einzahlungen)								
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	507	1.500	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	- sonstige Investitionsauszahlungen								
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	507	1.500	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	507	1.500	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000

*Ausweisung von Zahlungen aus Vorjahren auf Teilplänen, die im Rahmen der Stammdatenrestrukturierung ab 01.01.2018 zusammengefasst wurden.

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen

306

Teilplanbeschreibung: 1.21.43

Gestaltung eines bedarfsorientierten Bildungs- und Erziehungsangebotes im Rahmen eines Joint Ventures von kommunalem Schulverwaltungsamt und staatlichem Schulamt.

- Effiziente und effektive Steuerung der strategischen Prozesse innerhalb der Schulverwaltung unter Steigerung der vorhandenen Fachkompetenz
- Übergeordnete Planung und Koordination von Schulprojekten unter Inklusion partieller Budgetverantwortung
- Schaffung der personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der Aufgaben und Maßnahmen der Schulaufsicht

Zielgruppe:

Alle Schüler der Stadt Hagen

Schwerpunkt Kinder im Alter ab 5 Jahren - 16 Jahren

Auftragsgrundlage:

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.066.926	-481.512	-732.772	-732.670	-739.430	-746.742	-754.179
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.255						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-80.000	-85.000	-85.000	-85.000	-85.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-13.527						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-97.615	-65.332	-78.221	-78.221	-78.221	-78.221	-78.221
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-1.179.322	-546.844	-890.993	-895.891	-902.651	-909.963	-917.400
11	- Personalaufwendungen	3.680.868	3.620.157	3.830.610	3.988.092	4.025.822	4.063.929	4.102.417
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.413.083	3.421.009	3.633.845	3.772.981	3.810.710	3.848.817	3.887.306
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	267.785	199.148	196.764	215.112	215.112	215.112	215.112
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	74.037	143.440	179.800	179.800	181.488	183.193	184.915
16	- Bilanzielle Abschreibungen	39.445	27.675	135.615	88.040	89.197	100.254	100.245
17	- Transferaufwendungen	32.994	18.927					
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	333.579	186.256	38.253	38.426	38.810	39.198	39.591

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	4.160.922	3.996.455	4.184.278	4.294.358	4.335.317	4.386.574	4.427.168
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	2.981.600	3.449.611	3.293.285	3.398.467	3.432.666	3.476.611	3.509.768
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	2.981.600	3.449.611	3.293.285	3.398.467	3.432.666	3.476.611	3.509.768
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	2.981.600	3.449.611	3.293.285	3.398.467	3.432.666	3.476.611	3.509.768
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-4.017.220	-3.980.936	-4.271.301	-4.408.271	-4.446.303	-4.489.355	-4.529.971
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	784.801	721.027	1.503.091	1.475.649	2.413.166	2.200.420	2.216.713
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	-250.818	189.702	525.075	465.846	1.399.529	1.187.676	1.196.511

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus der Inklusionspauschale und dem Belastungsausgleich Inklusion.

Privatrechtliche Leistungsentgelte::

Lehrerparkplätze

HSP-Maßnahme:.

12_48.002 Parkgebühren für Kfz von Lehrkräften auf Schulhöfen einführen.

Sonstige ordentliche Erträge:

Buß- und Zwangsgelder bei Schulversäumnissen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz z.B. Schulbuch, Atlanten, Tafelwerke, Lektüren, Formelsammlungen, Wörterbücher, Liederbücher, Kochbücher u.a. Taschenrechner), Schülerbeförderungskosten sowie Lehr- und Unterrichtsmittel.

HSP-Maßnahme:

14_48.001 Sachkostenreduzierung Lernmittel

11_40.014 Einstellung Edmond-Lizenzen

Transferaufwendungen:

Zuschuss für Landschulheim Meinerzhagen entfällt.

HSP-Maßnahme:

18_48.002 Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule (Teil aus 14_VB4.001)

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Durch die Reintegration des Hagener Betrieb für Informationstechnologie (HABIT), ergibt sich eine Verlagerung der Computerausstattung/IT-Mittel in den TP 1116.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen

**Produktergebnisse des Teilplans 2143 Serviceleistungen für Schulen**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.21.43.40	Allgem. Servicel. f. Schulen	-250.818	189.702	525.075	465.846	1.399.529	1.187.676	1.196.511
Summe		-250.818	189.702	525.075	465.846	1.399.529	1.187.676	1.196.511

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben
1.21.43 Serviceleistungen für Schulen


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-730.826	-325.762	-729.000	-729.000		-736.290	-743.653	-751.090
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.255							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte			-80.000	-85.000		-85.000	-85.000	-85.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-12.096							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-15.038	-24.000	-33.100	-33.100		-33.100	-33.100	-33.100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-759.216	-349.762	-842.100	-847.100		-854.390	-861.753	-869.190
10	- Personalauszahlungen	3.427.421	3.421.009	3.633.845	3.772.981		3.810.710	3.848.817	3.887.306
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	54.958	143.440	179.800	179.800		181.488	183.193	184.915
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	25.649	18.927						
15	- sonstige Auszahlungen	330.005	186.256	38.253	38.426		38.810	39.198	39.591
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.838.034	3.769.632	3.851.898	3.991.207		4.031.009	4.071.209	4.111.811
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.078.818	3.419.870	3.009.798	3.144.107		3.176.619	3.209.456	3.242.621

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.653	143.000	143.000	143.000		143.000	143.000	143.000
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	49.751	108.000	258.000	128.000		108.000	108.000	108.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	54.404	251.000	401.000	271.000		251.000	251.000	251.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	54.404	251.000	401.000	271.000		251.000	251.000	251.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	54.404	251.000	401.000	271.000		251.000	251.000	251.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	54.404	251.000	401.000	271.000		251.000	251.000	251.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000243 - 5.000249 **Nutzerspezifische Maßnahmen in Schulgebäuden**
 5.000289 – 5.800290 **Nutzerspezifische Maßnahmen Ausstattung**
 5.800291, 5.800296 **Küchengeräte**

Für bauliche Veränderungen und Beschaffung von Ausstattungsgegenständen im Rahmen von nutzerspezifischen Maßnahmen in Schulgebäuden sind für die Jahre 2020-2024 folgende Ansätze eingeplant:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben**1.21.43 Serviceleistungen für Schulen**

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000243	Gesamtschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000244	Gymnasien	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000245	Förderschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000246	Grundschulen	17.000 €	17.000 €	17.000 €	17.000 €	17.000 €
5.000247	Hauptschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000248	Berufskollegs	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000249	Realschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.800289	Ausstattung IPM	120.000 €	35.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800290	Ausstattung GVG	80.000 €	35.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800291	Küchengeräte IPM	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
5.800296	Küchengeräte GVG	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Summe:		393.000 €	263.000 €	243.000 €	243.000 €	243.000 €

Im Rahmen der Ansätze sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

GS Geweke (Spielbrink)	Ausstattung zusätzlicher Klassen
Div. GS und FÖ	OGS-Ersatzbeschaffungen
Grundschule Hilfe	Neubau - Ausstattung
Grundschule Goethe	Neubau- ergänzende Ausstattung
Realschule Hohenlimburg	Küche
Gymnasium Chr.-Rohlf's	Ausstattung Biologieraum
Hauptschule Ernst-Eversbusch	Neuausstattung NW-Raum
Gesamtschule Eilpe	Ausstattung 5. Zug
HS Geschwister-Scholl	Neuausstattung Chemie + Technik
THG	Neubau-Ergänzende Ausstattung

5.800292 **Ausstattung Projekt Inklusion IPM**

Haushaltsplan 2020/2021**1.21 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen

FBL 48 Becker, Jochen

5.800293 Ausstattung Projekt Inklusion GVG

Für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen im Rahmen der Projektarbeit Inklusion ist in den Jahren von 2020 – 2024 jeweils ein Mittelansatz in Höhe von 8.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800292	IPM	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €
5.800293	GVG	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €
Summe:		8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €

5.800313 Verwaltungsservice IPM**5.800314 Verwaltungsservice GVG**

Für die Beschaffung und Errichtung von Schranken, Hinweisschildern und weiteren Ausstattungsgegenständen im Rahmen der Maßnahme Vermietung von Parkplätzen an Lehrer erfolgt für den Planungszeitraum 2020 - 2024 ein jährlicher Ansatz in Höhe von 25.500

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800313	IPM	23.000 €	23.000 €	23.000 €	23.000 €	23.000 €
5.800314	GVG	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
Summe:		25.500 €	25.500 €	25.500 €	25.500 €	25.500 €

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

1.25	Kultur		316
	1.25.20	Kultur - Kunst - Geschichte	322
	1.25.61	Theater und Orchester	336
	1.25.63	Max-Reger-Musikschule	345
	1.25.71	Volkshochschule	355
	1.25.72	Bücherei	364

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.434.667	-1.007.431	-1.301.739	-1.326.737	-1.337.765	-1.350.090	-1.363.264
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.194.991	-1.340.000	-1.283.000	-1.283.000	-1.308.660	-1.334.833	-1.361.530
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-253.105	-402.631	-395.280	-375.655	-379.600	-383.690	-387.925
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-18.436	-126.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-223.477	-47.427	-161.625	-211.479	-211.085	-210.904	-210.904
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-3.124.675	-2.923.490	-3.147.644	-3.202.872	-3.243.110	-3.285.518	-3.329.624
11	- Personalaufwendungen	6.253.758	7.008.565	6.530.313	6.544.104	6.607.855	6.672.243	6.737.275
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	5.979.054	6.829.913	6.382.981	6.375.088	6.438.839	6.503.227	6.568.259
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	274.704	178.652	147.332	169.016	169.016	169.016	169.016
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.460.440	525.414	1.506.615	1.667.591	1.673.857	1.688.266	1.702.819
16	- Bilanzielle Abschreibungen	90.285	66.344	68.764	63.347	63.691	65.952	63.310
17	- Transferaufwendungen	14.693.588	14.420.076	15.108.034	15.417.463	15.725.812	16.040.329	16.361.135
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	147.489	241.992	195.614	196.740	198.708	200.695	202.702

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	22.645.560	22.262.391	23.409.340	23.889.245	24.269.923	24.667.484	25.067.241
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	19.520.885	19.338.901	20.261.696	20.686.373	21.026.812	21.381.966	21.737.617
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	19.520.885	19.338.901	20.261.696	20.686.373	21.026.812	21.381.966	21.737.617
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	19.520.885	19.338.901	20.261.696	20.686.373	21.026.812	21.381.966	21.737.617
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.377.271	4.012.519	4.156.379	3.766.327	3.794.827	3.830.077	3.862.176
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	23.898.156	23.351.420	24.418.075	24.452.700	24.821.640	25.212.043	25.599.793

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.262.103	-974.200	-1.265.480	-1.291.480		-1.304.395	-1.317.439	-1.330.613
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.193.154	-1.340.000	-1.283.000	-1.283.000		-1.308.660	-1.334.833	-1.361.530
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-306.730	-402.631	-395.280	-375.655		-379.600	-383.690	-387.925
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-16.456	-126.000	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-41.472	-5.000	-5.000	-55.000		-55.000	-55.000	-55.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.819.915	-2.847.831	-2.954.760	-3.011.135		-3.053.655	-3.096.962	-3.141.069
10	- Personalauszahlungen	6.900.725	6.829.913	6.382.981	6.375.088		6.438.839	6.503.227	6.568.259
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	582.613	324.414	1.305.615	1.466.591		1.472.857	1.487.266	1.501.819
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	14.741.899	14.420.076	15.108.034	15.417.463		15.725.812	16.040.329	16.361.135
15	- sonstige Auszahlungen	265.197	241.992	195.614	196.740		198.708	200.695	202.702
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.490.434	21.816.395	22.992.244	23.455.882		23.836.216	24.231.516	24.633.915
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	19.670.520	18.968.563	20.037.484	20.444.747		20.782.561	21.134.554	21.492.846

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-12.890	-7.680	-1.080.000	-540.000				
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-12.890	-7.680	-1.080.000	-540.000				
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	166.235	30.000	1.200.000	600.000	600.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	251.046	243.700	265.000	257.000		248.000	248.000	320.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	417.281	273.700	1.465.000	857.000	600.000	248.000	248.000	320.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	404.391	266.020	385.000	317.000	600.000	248.000	248.000	320.000

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

322

Teilplanbeschreibung: 1.25.20

- Hier wird das städtische Kunst- und Kulturgut mit den städtischen Museen, das geschichtliche Gedächtnis der Stadt Hagen in den Archiven und die kulturelle Leistung des Kulturbüros abgebildet. Die klassischen Aufgaben der Museen sind zu sammeln, zu bewahren, zu erforschen und zu präsentieren. Einen besonderen Schwerpunkt bildet im Osthaus Museum das Präsentieren des städtischen Kunstbesitzes und von Wechsausstellungen. Das Stadtmuseum wird nach Wiedereröffnung in einer neuen Dauerausstellung am Museumsplatz 3 das geschichtliche Gedächtnis der Stadt Hagen präsentieren. Wechsausstellungen mit historischen Themen im Museumsplatz 1 werden das Angebot ergänzen. Das Museum Wasserschloss Werdringen verwahrt die geologischen und archäologischen Sammlungen der Stadt. Das Stadtarchiv Hagen ist das historische Gedächtnis der Stadt mit einer bis in das Mittelalter zurückreichenden Überlieferung.
- Der Hohenhof ist Ankerpunkt der Route Industriekultur und stellt neben der Inneneinrichtung auch Werke von Künstlern des Hagener Impulses aus. Das Riemerschmid-Haus wird im Rahmen von Sonderführungen und gebuchten Führungen zum Hagener Impuls geöffnet.
- Das Stadtmuseum und das Museum Wasserschloss Werdringen betreuen gemeinsam mit den Projektpartnern die Blätterhöhle mit ihren weit über die Region hinaus bedeutsamen steinzeitlichen Funden sowie das internationale wichtige Nationale Geotop in Vorhalle. Zugleich besteht eine enge institutionelle Zusammenarbeit mit der Stadtarchäologie und Bodendenkmalpflege.
- Wichtiger Bestandteil der musealen Arbeit ist die anschauliche Vermittlung kunst- und kulturgeschichtlicher Themen durch ein breites Bildungsangebot für z. B. Schulklassen und weiterer zielgruppenorientierter Veranstaltungen.
- Das Kulturbüro berät, fördert und qualifiziert die freie Kulturarbeit und vernetzt Kulturschaffende untereinander. Mit eigenen Konzepten werden Ausstellungen und Bildungs- und Veranstaltungsangebote der städtischen Museen ergänzt und unterstützt. Das Kulturbüro organisiert eigene Events zur Imagebildung der Stadt Hagen an bekannten und noch unbekannt Standorten im Stadtgebiet und vernetzt die städtische Kulturlandschaft mit den regionalen und überregionalen Netzwerken.
- Interkulturelle Projekte in Kooperation mit Kulturpartnern und Schulen gehören zum festen Bestandteil, um die Integration von Zugewanderten zu fördern.
- Die Archive erfüllen die Pflichtaufgabe nach dem Landesarchivgesetz.
- Alle Produkte des Teilplans unterstützen die Stadt Hagen bei der Imagepflege, bei der regionalen und überregionalen Vernetzung in Kulturaufgaben und fördern die Identitätsbildung der Bevölkerung in Hagen.
- Durch die Leihgaben des Kulturgutes der Stadt Hagen über Landesgrenzen hinaus erlangt die Stadt Hagen internationale Bedeutung.

Zielgruppe:

Bürger jeden Alters, auswärtige Gäste, Künstler, Gruppen, Schulklassen, Studenten, Forschende, Wissenschaftler, freie Kulturschaffende

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

Auftragsgrundlage:

Ratsbeschlüsse, Gebührensatzung für die Stadt Hagen, Entgeltordnung des Kunstquartiers (Osthaus Museum Hagen und Emil Schumacher Museum) und des Hohenhofs, Entgeltordnung für das Christian Rohlf's Archiv, Entgeltordnung für das Museum für Ur- und Frühgeschichte Wasserschloss Werdringen, Code of Ethics ICOM/for Museums, Vertrag der Stadt Hagen mit der Schumacher Stiftung, Konzept zur Förderung der freien Kulturarbeit, Kommunales Handlungskonzept Interkultur, Satzung zur Verleihung des Ernst Meister Preises für Lyrik –Kulturpreis der Stadt Hagen–, Satzung zur Verleihung des Karl Ernst Osthaus-Preises –Kulturpreis der Stadt Hagen–, Budgetverträge mit den 4 Kulturzentren, Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16.05.1989, Gebührensatzung für die Stadt Hagen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-151.584	-60.154	-67.432	-67.438	-66.225	-66.057	-66.419
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.065	-6.000	-9.000	-9.000	-9.180	-9.364	-9.551
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-179.867	-350.980	-337.950	-318.325	-321.123	-324.044	-327.087
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.706	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.856	-16.897	-10.669	-60.669	-60.669	-60.669	-60.669
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-365.078	-440.031	-431.051	-461.432	-463.197	-466.133	-469.725
11	- Personalaufwendungen	1.615.543	1.746.478	1.725.067	1.727.761	1.744.578	1.761.563	1.778.717
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.513.870	1.665.969	1.684.175	1.681.666	1.698.483	1.715.468	1.732.622
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	101.673	80.509	40.891	46.095	46.095	46.095	46.095
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	372.245	255.650	357.965	481.241	485.653	490.110	494.611
16	- Bilanzielle Abschreibungen	61.730	41.437	45.619	42.375	42.523	43.784	42.575
17	- Transferaufwendungen	253.034	275.213	318.913	324.913	331.411	338.040	344.800
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.891	66.528	66.415	67.540	68.215	68.897	69.586

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.337.444	2.385.306	2.513.978	2.643.830	2.672.381	2.702.393	2.730.291
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.972.366	1.945.274	2.082.927	2.182.398	2.209.184	2.236.260	2.260.566
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.972.366	1.945.274	2.082.927	2.182.398	2.209.184	2.236.260	2.260.566
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.972.366	1.945.274	2.082.927	2.182.398	2.209.184	2.236.260	2.260.566
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.525.112	2.264.136	2.145.734	2.106.458	2.124.226	2.143.692	2.162.787
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	4.497.478	4.209.410	4.228.662	4.288.856	4.333.410	4.379.953	4.423.352

Haushaltsplan 2020/2021**1.25 Kultur**

verantwortlich:

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuschüsse Kulturstrolche vom NRW Kultursekretariat, Zuschüsse Muschelsalat von Sponsoren und Muschelsalatreter e.V.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Anzeigenerträge Muschelsalat, Erträge aus Eintrittsgeldern und Verkauf, Provisionen aus Kommissionen, Leistungsentgelte für Expertisen.

HSP-Maßnahme:

18_49.001 Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen für Aufsichtspersonal bei Sonderöffnungszeiten.

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge für Stadtjubiläum 2020.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Ausstellungs-, Projekt- und Marketingkosten des Fachbereichs Kultur (Kulturstrolche, Muschelsalat etc.),
Museumstechniker,
Restaurierungskosten des städtischen Kunstbesitzes und Archivguts,
Neuaufgabe Blätterhöhle,
Beschaffungen im Archiv,
Anteilige Finanzierung der Stadt Hagen am Servicebüro der Kulturregion Südwestfalen,
Abrechnung/Auszahlung an den Kommittenten,
Aufwendungen Stadtjubiläum 2020.

HSP-Maßnahmen:

12_47.001 Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen

18_49.001 Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)

Transferaufwendungen:

Zuschuss MusicOffice,
Zuschüsse Projektfonds und Galerien,
Zuschüsse Kulturzentren,
Anteilige Umlage der Stadt Hagen am NRW Kultursekretariat.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Arbeitskleidung Kassenkräfte, GEMA, Werbung/Anzeigenschaltung, Bewirtungskosten Künstler.

HSP-Maßnahmen:

12_47.001 Sachkostenreduzierung Historisches Centrum Hagen

18_49.001 Zuschussreduzierung FB 49 (Teil aus 14_VB4.001)

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

**Produktergebnisse des Teilplans 2520 Kultur - Kunst - Geschichte**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.25.20.40	Kultur	459.837	490.972	494.288	496.031	500.671	505.526	509.983
1.25.20.41	Kunst/Museen	2.841.389	2.550.314	2.506.025	2.496.056	2.521.430	2.547.669	2.572.065
1.25.20.42	Geschichte/Museen	612.981	577.683	583.047	647.030	652.661	658.850	664.566
1.25.20.43	Archive	320.596	318.247	330.364	328.523	331.636	334.958	337.823
1.25.20.44	freie Kultur/Mitgliedschaften	242.380	252.814	296.825	303.055	308.731	314.535	320.403
1.25.20.45	Kommerzielle Leistungen	20.296	19.379	18.113	18.160	18.281	18.416	18.512
Summe		4.497.478	4.209.410	4.228.662	4.288.856	4.333.410	4.379.953	4.423.352

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte


Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Lebenslanges Lernen; Attraktives Wohnumfeld; Ausgeglichener Haushalt
Produkt	1.25.20.41 Kunst, Museen
Produktbereich	25 Kultur
Teilplan	2520 Kultur-Kunst-Geschichte
Produktverantwortlicher	Herr Dr. Belgin
Fachbereich	49 - Kultur
Ziel operativ	Kommunale Museen und Ausstellungsräume mit unterschiedlicher Ausrichtung gehören zu den klassischen kommunalen Kulturleistungen. Ziel ist es mindestens 28.500 Besucherzahlen zu erreichen und den Zuschussbedarf pro Besucher zu senken. Der Zuschussbedarf je Einwohner wird nicht erhöht.

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf je Besucher	€	Zuschussbedarf/ Besucher	118	107	147	102	88	88
durchschnittlicher Zuschussbedarf je Einwohner	€	Zuschussbedarf/ Einwohner	14	17	15	13	13	13

Grundzahlen:	Einheit	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Besucherzahlen Kunstquartier (zahlende Besucher)	Pers.	19.238	27.274	16.834	21.000	24.000	24.000
Besucherzahlen Hohenhof (zahlende Besucher)	Pers.	4.056	3.616	2.432	4.000	4.500	4.500
Gesamtbesucherzahl (zahlende Besucher)	Pers.	23.294	30.890	19.266	25.000	28.500	28.500
Zuschussbedarf im Jahr (Ergebnis nach interner LV)	€	2.755.429	3.299.868	2.841.389	2.550.314	2.506.025	2.496.056
Einwohnerzahl	Pers.	194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-86.012	-30.000	-35.500	-35.500		-35.855	-36.214	-36.576
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-8.009	-6.000	-9.000	-9.000		-9.180	-9.364	-9.551
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-142.959	-350.980	-337.950	-318.325		-321.123	-324.044	-327.087
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-3.516	-6.000	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.538	-1.000	-1.000	-51.000		-51.000	-51.000	-51.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-243.033	-393.980	-389.450	-419.825		-423.158	-426.621	-430.213
10	- Personalauszahlungen	1.585.823	1.665.969	1.684.175	1.681.666		1.698.483	1.715.468	1.732.622
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	483.867	255.650	357.965	481.241		485.653	490.110	494.611
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	260.877	275.213	318.913	324.913		331.411	338.040	344.800
15	- sonstige Auszahlungen	50.505	66.528	66.415	67.540		68.215	68.897	69.586
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.381.071	2.263.359	2.427.468	2.555.360		2.583.763	2.612.514	2.641.620
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.138.038	1.869.379	2.038.018	2.135.534		2.160.604	2.185.893	2.211.407

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-1.080.000	-540.000				
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)			-1.080.000	-540.000				
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		30.000	1.200.000	600.000	600.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	51.183	10.600	37.000	29.000		20.000	20.000	92.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	51.183	40.600	1.237.000	629.000	600.000	20.000	20.000	92.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	51.183	40.600	157.000	89.000	600.000	20.000	20.000	92.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Umbau/Neueinrichtung Stadtmuseum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			-1.080.000	-540.000						-1.620.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		30.000	1.200.000	600.000	600.000					1.800.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		30.000	120.000	60.000	600.000					180.000
= Summe		30.000	120.000	60.000	600.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000350 Umbau Stadtmuseum

Im Rahmen der NRW-Förderprogrammes „ **Heimat.Zukunft.Nordrhein-Westfalen Wir fördern, was Menschen verbindet** ist die Maßnahme Umbau Stadtmuseum mit Gesamtprojektkosten in Höhe von 1.800.000 € angemeldet worden. Das Förderprogramm sieht für Kommunen im Nothaushalt eine Förderquote von bis zu 90% vor. Die Einplanungen für den Zeitraum 2020 – 2021 stellen sich wie folgt dar.

	Gesamtsumme	2020	2021
Auszahlungen	1.800.000 €	1.200.000 €	600.000 €
Einzahlungen	- 1.620.000 €	-1.080.000 €	-540.000 €

Es ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 600.000 € für die Vergabe von Bauleistungen eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

1.25 Kultur

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	51.183	10.600	37.000	29.000		20.000	20.000	92.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	51.183	10.600	37.000	29.000		20.000	20.000	92.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800120 Kulturamt Ausstattung

5.800301 Karl - Ernst - Osthaus -Museum, IPM

5.800302 Karl - Ernst - Osthaus -Museum, GVG

Für den Erwerb von Ausstattungsgegenständen, Maschinen etc. ist für 2020 und 2021 ein Mittelansatz in Höhe von 18.000 € eingeplant. Es soll neben der lfd. Ausstattung insbesondere ein neues Ergänzungssystem für den Erhalt und die Sicherung der Werke Rohlf's sowie ein neues Stellwandssystem und Stellwände-erweiterungen beschafft werden. Für den Zeitraum 2022– 2024 ist jeweils ein Ansatz in Höhe von 11.000 € vorgesehen.

5.800305 Einrichtung Stadtmuseum/Wasserschloss Werdringen IPM

5.800306 Einrichtung Stadtmuseum/Wasserschloss Werdringen GVG

Für die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen für das Stadtmuseum/Wasserschloss Werdringen ist im Planungszeitraum 2020 -2024 jeweils ein Ansatz in Höhe von 3.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021**1.25 Kultur**

verantwortlich:

1.25.20 Kultur - Kunst - Geschichte

FBL 49 Belgin Dr., Tayfun

5.800326 Einrichtung Stadtarchiv GVG**5.800327 Einrichtung Stadtarchiv IPM**

Für den Erwerb von Ausstattungsgegenständen, Maschinen etc. ist für 2020 und 2021 ein Mittelansatz in Höhe von 16.000 € und 8.000 € eingeplant. In diesem Zeitraum sind technische Erweiterungen (Beschaffung Archivscanner) und die Beschaffung von Metall-Planschränken beabsichtigt.

Für den Zeitraum 2022– 2024 ist jeweils ein Ansatz in Höhe von 6.000 € vorgesehen.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800120	GVG	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
5.800301	IPM	15.000 €	15.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €
5.800302	GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800305	IPM	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800306	GVG	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €
5.800326	Einrichtung GVG	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
5.800327	Einrichtung IPM	15.000 €	7.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Summe:		37.000 €	29.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €

1.25.61 Theater und Orchester

336

Teilplanbeschreibung: 1.25.61

Die Stadt Hagen hat das Theater sowie das Philharmonische Orchester zum 01.01.2015 ausgegliedert. Die Aufgaben werden nun von der gemeinnützigen Theater Hagen GmbH wahrgenommen.

Zielgruppe:

Alle Bürger der Stadt Hagen sowie Auswärtige

Auftragsgrundlage:

Ratsbeschluss vom 15.05.2014 (Vorlage 0294/2014 sowie Ergänzungsvorlage 0294-1/2014), Ratsbeschluss vom 03.07.2014 (Ergänzungsvorlage 0294-2/2014 - u.a. Verschiebung Gründungsdatum auf 01.01.2015)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.25 Kultur

1.25.61 Theater und Orchester



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-12.471	-120.000					
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-153.910		-120.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-166.381	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen	979						
17	- Transferaufwendungen	14.405.094	14.124.863	14.761.006	15.064.435	15.365.724	15.673.038	15.986.499
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen							

Haushaltsplan 2020/2021
1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.61 Theater und Orchester

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	14.406.074	14.124.863	14.761.006	15.064.435	15.365.724	15.673.038	15.986.499
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	14.239.692	14.004.863	14.641.006	14.944.435	15.245.724	15.553.038	15.866.499
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	14.239.692	14.004.863	14.641.006	14.944.435	15.245.724	15.553.038	15.866.499
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	14.239.692	14.004.863	14.641.006	14.944.435	15.245.724	15.553.038	15.866.499
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen							
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	14.239.692	14.004.863	14.641.006	14.944.435	15.245.724	15.553.038	15.866.499

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Falsche Kostenart geplant (siehe Sonstige ordentliche Erträge).

Sonstige ordentliche Erträge:

Auflösung Rückstellungen.

HSP-Maßnahme:

18_46.002 Abbau Forderung Theater (Teil aus 14_VB4.001)

Transferaufwendungen:

Tarifsteigerungen ab 2017, über 1%.

Zuschuss an die Theater Hagen gGmbH.

Zuschussreduzierung aufgrund von erhöhter Landeszuwendung berücksichtigt.

HSP-Maßnahmen:

11_46.016 Zuschussreduzierung Theater

12_46.001 Vorschlag GPA: Zuschussreduzierung Theater

18_46.001 Zuschussreduzierung Theater (Teil aus 14_VB4.001)

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.25 Kultur

1.25.61 Theater und Orchester

Produktergebnisse des Teilplans 2561 Theater und Orchester

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.25.61.40	Abwicklung Theater	14.239.692	14.004.863	14.641.006	14.944.435	15.245.724	15.553.038	15.866.499
Summe		14.239.692	14.004.863	14.641.006	14.944.435	15.245.724	15.553.038	15.866.499

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.25 Kultur

1.25.61 Theater und Orchester



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-88.111							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-12.471	-120.000						
7	+ Sonstige Einzahlungen	-33.910							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-134.493	-120.000						
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	19.462							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	14.445.692	14.124.863	14.761.006	15.064.435		15.365.724	15.673.038	15.986.499
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.465.154	14.124.863	14.761.006	15.064.435		15.365.724	15.673.038	15.986.499
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	14.330.661	14.004.863	14.761.006	15.064.435		15.365.724	15.673.038	15.986.499

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.25 Kultur

1.25.61 Theater und Orchester



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	166.235							
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	166.235							
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	166.235							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.25 Kultur

1.25.61 Theater und Orchester



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Erneuerung Brandmeldeanlage Theater										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	166.235								238.760	243.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	166.235								238.760	243.500
= Summe	166.235									

1.25.63 Max-Reger-Musikschule

345

Teilplanbeschreibung: 1.25.63

Zur Aufgabe der Max-Reger-Musikschule gehört die Gewährleistung eines umfangreichen Musikunterrichts für Menschen im Kindes- und Erwachsenenalter nach den Vorgaben des Verbands deutscher Musikschulen (VDM). Dadurch soll gerade im Kindes- bzw. Jugendlichenalter die Schlüsselqualifikation und soziale Kompetenz gefördert werden.

Das beinhaltet die umfassende Beratung der Interessenten über die einzelnen Fächer (wie Grundfächer, Ensemblefächer, Instrumental- und Vokalfächer), sowie Ergänzungsfächer und die unterschiedlichen Unterrichtsangebote. Darüber hinaus beinhaltet es die Information über die vertraglichen Grundlagen des Unterrichtsverhältnisses und den Ablauf des Unterrichts. Die Förderung von Personen mit Handicaps, sowie Begabtenförderung und Gewinnung neuer Bevölkerungsgruppen, z. B. Personen mit Migrationshintergrund, sind weitere Aufgaben.

Zur Öffentlichkeitsarbeit der Musikschule gehört die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, die Mitwirkung bei der Darstellung der Stadt Hagen als eine Stadt der Weiterbildung, sowie die Organisation und Durchführung eigener Veranstaltungen, wie z.B. der Tag der offenen Tür, Dozentenkonzerte und Schülerkonzerte.

Zielgruppe:

Alle Einwohner jeden Alters

Auftragsgrundlage:

Satzung für die Max-Reger-Musikschule der Stadt Hagen, Gebührensatzung für die Max-Reger-Musikschule

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.63 Max-Reger-Musikschule

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-121.942	-94.382	-104.460	-129.633	-130.871	-132.031	-133.337
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-587.863	-650.000	-640.000	-640.000	-652.800	-665.856	-679.173
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.671	-3.100	-3.330	-3.330	-3.397	-3.465	-3.534
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-23.169	-13.813	-4.396	-4.250	-3.856	-3.675	-3.675
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-739.646	-761.295	-752.186	-777.213	-790.924	-805.026	-819.718
11	- Personalaufwendungen	1.645.379	1.793.549	1.584.076	1.584.574	1.600.266	1.616.115	1.632.122
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.558.268	1.746.244	1.574.470	1.569.209	1.584.900	1.600.749	1.616.757
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	87.112	47.305	9.605	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	202.362	9.350	284.050	323.050	318.281	321.543	324.839
16	- Bilanzielle Abschreibungen	9.617	10.387	11.417	10.288	10.857	11.616	10.907
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.620	1.300	4.600	4.600	4.646	4.692	4.739

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.63 Max-Reger-Musikschule

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.859.978	1.814.586	1.884.143	1.922.512	1.934.049	1.953.966	1.972.607
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.120.333	1.053.291	1.131.957	1.145.299	1.143.125	1.148.940	1.152.889
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.120.333	1.053.291	1.131.957	1.145.299	1.143.125	1.148.940	1.152.889
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.120.333	1.053.291	1.131.957	1.145.299	1.143.125	1.148.940	1.152.889
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	456.378	449.021	494.755	502.049	505.049	509.712	513.616
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.576.711	1.502.312	1.626.712	1.647.348	1.648.175	1.658.652	1.666.505

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuweisungen vom Land, Zuschüsse von privaten Unternehmen (Stiftung Jeki „Jedem Kind ein Instrument“) und Erträge aus Auflösung von Sonderposten.

HSP-Maßnahme:

11_44.006 Veränderung der Angebotsstruktur

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Musikschulgebühren für Kurse und Kooperationen.

HSP-Maßnahmen:

18_48.002 Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule (Teil aus 14_VB4.001)

11_44.006 Veränderung der Angebotsstruktur

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u.a. Aufwendungen für Unterhaltung sonstiges bewegliches Vermögen, Anschaffung Unterrichtsmaterial.

Einmalige Reparatur Flügel in 2021.

Beschäftigte wurden durch Honorarkräfte ersetzt.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Enthält u.a. Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten, Mietaufwand sowie Aufwand für Nebenkosten.

HSP-Maßnahme:

18_48.002 Zuschussreduzierung FB 48/Musikschule (Teil aus 14_VB4.001)

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen**1.25 Kultur**

1.25.63 Max-Reger-Musikschule

**Produktergebnisse des Teilplans 2563 Max-Reger-Musikschule**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.25.63.40	Musikalische Bildung	1.576.711	1.502.312	1.626.712	1.647.348	1.648.175	1.658.652	1.666.505
Summe		1.576.711	1.502.312	1.626.712	1.647.348	1.648.175	1.658.652	1.666.505

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Lebenslanges Lernen, Ausgeglicherer Haushalt							
Produkt	1.25.63.40 Musikschule							
Produktbereich	25 Kultur							
Teilplan	2563 Max-Reger-Musiksch.							
Produktverantwortlicher	Herr Rösner							
Fachbereich	48 - Bildung							
Ziel operativ	Die Max-Reger-Musikschule gewährt ein umfangreiches Musikunterrichtsangebot für Bürger und Bürgerinnen im Kindes- und Erwachsenenalter. Ziel ist es die Schülerzahlen konstant zu halten. Der Zuschussbedarf je Schüler ist konstant zu halten.							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf je Schüler	€	Zuschussbedarf/ Schüler	515	513	483	460	499	505
durchschnittlicher Zuschussbedarf je Einwohner	€	Zuschussbedarf/ Einwohner	8,29	8,03	8,09	7,71	8,35	8,45
Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Schüler	Pers.		3.139	3.057	3.263	3.263	3.263	3.263
Zuschussbedarf im Jahr (Ergebnis nach interner LV)	€		1.615.284	1.567.277	1.576.711	1.502.312	1.626.712	1.647.348
Einwohnerzahl	Pers.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.25 Kultur

1.25.63 Max-Reger-Musikschule

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-60.514	-93.000	-102.000	-128.000		-129.280	-130.573	-131.879
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-587.389	-650.000	-640.000	-640.000		-652.800	-665.856	-679.173
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-6.671	-3.100	-3.330	-3.330		-3.397	-3.465	-3.534
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.587							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-656.160	-746.100	-745.330	-771.330		-785.477	-799.893	-814.585
10	- Personalauszahlungen	1.765.752	1.746.244	1.574.470	1.569.209		1.584.900	1.600.749	1.616.757
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.478	9.350	284.050	323.050		318.281	321.543	324.839
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	2.390	1.300	4.600	4.600		4.646	4.692	4.739
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.773.619	1.756.894	1.863.120	1.896.859		1.907.827	1.926.985	1.946.335
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.117.459	1.010.794	1.117.790	1.125.529		1.122.350	1.127.092	1.131.750

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 48 Becker, Jochen

1.25 Kultur

1.25.63 Max-Reger-Musikschule

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.200							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-1.200							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	9.015	15.000	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	9.015	15.000	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	7.815	15.000	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.25.63 Max-Reger-Musikschule



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-1.200							
2	- Summe der investiven Auszahlungen	9.015	15.000	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	7.815	15.000	15.000	15.000		15.000	15.000	15.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800025 Beschaffung v. Vermögensgegenständen GVG

5.800026 Beschaffung v. Vermögensgegenständen IPM

Für die Anschaffung von Musikinstrumenten, Unterrichtsmaterial und Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen ist für den Planungszeitraum 2020 – 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 15.000 eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800025	GVG	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
5.800026	IPM	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Summe:		15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €

1.25.71 Volkshochschule

355

Teilplanbeschreibung: 1.25.71

Gemäß Weiterbildungsgesetz (WbG NRW) wird die Grundversorgung mit Weiterbildungsangeboten durch das Pflichtangebot der Volkshochschule sichergestellt. Daher versteht sich die VHS als kommunale Weiterbildungsagentur der Stadt Hagen zur Erfüllung dieser gesetzlichen Pflichtaufgaben und dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie orientiert sich an gesellschaftlichen Bedarfen ebenso wie an individuellen Bedürfnissen und ermöglicht ein lebensbegleitendes Lernen für alle Bevölkerungsgruppen unabhängig vom Bildungs- oder Sozialstatus. Sie unterstützt nachhaltig benachteiligte Zielgruppen. Es werden individuelle fachliche und allgemeinbildende Kenntnisse und Fähigkeiten sowie soziale Kompetenzen vermittelt. Sie versteht sich als kommunaler Treff- und Kommunikationsort. Sie steht für weltanschauliche und politische Neutralität, soziale Gerechtigkeit, Toleranz und Pluralität sowie für Innovation, Modernität, Zuverlässigkeit und besitzt große Erfahrung im Weiterbildungssektor. Ihr Ziel ist es den individuellen Lernerfolg zu fördern, Motivation zum Weiterlernen zu geben und – je nach Bedarf- zu Abschlusszertifikaten zu verhelfen. Die VHS bietet der Hagerer Bevölkerung ein umfassendes Weiterbildungs- und Beratungsangebot zu Themen der allgemeinen, politischen, beruflichen, gesundheitlichen, kulturellen und sprachlichen Weiterbildung. Informationen werden u.a. über das jährlich erscheinende Programmheft, über Tageszeitungen und Internet publiziert.

Zielgruppe:

Als potenzielle Kunden gelten alle Personen ab 15 Jahren. Die VHS legt Wert darauf Zielgruppen zu erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen Weiterbildungsdienstleistungen nur unzureichend in Anspruch nehmen können.

Auftragsgrundlage:

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse der politischen Gremien der Stadt Hagen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.71 Volkshochschule

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.157.320	-850.124	-1.128.148	-1.128.066	-1.139.346	-1.150.738	-1.162.245
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-455.229	-534.000	-484.000	-484.000	-493.680	-503.554	-513.625
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-48.995	-35.500	-41.000	-41.000	-41.820	-42.656	-43.509
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-3.259						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-9.146	-6.359	-16.115	-16.115	-16.115	-16.115	-16.115
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-1.673.949	-1.425.983	-1.669.263	-1.669.181	-1.690.960	-1.713.063	-1.735.494
11	- Personalaufwendungen	1.239.982	1.689.503	1.350.870	1.355.142	1.367.925	1.380.836	1.393.876
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.200.124	1.654.896	1.278.841	1.278.316	1.291.100	1.304.010	1.317.051
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	39.858	34.607	72.029	76.825	76.825	76.825	76.825
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	660.265	25.900	624.800	624.800	631.048	637.358	643.732
16	- Bilanzielle Abschreibungen	3.596	5.308	2.762	2.674	3.305	3.924	3.929
17	- Transferaufwendungen	35.460	20.000	28.115	28.115	28.677	29.251	29.836
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	78.095	143.805	85.299	85.301	86.154	87.015	87.885

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.71 Volkshochschule

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.017.398	1.884.515	2.091.846	2.096.031	2.117.109	2.138.384	2.159.258
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	343.449	458.533	422.584	426.851	426.149	425.321	423.764
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	343.449	458.533	422.584	426.851	426.149	425.321	423.764
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	343.449	458.533	422.584	426.851	426.149	425.321	423.764
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	293.319	351.223	392.918	378.355	380.656	384.301	387.468
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	636.768	809.755	815.502	805.206	806.805	809.622	811.232

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Förderung für Integrationskurse nach Weiterbildungsgesetz (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).
Förderbetrag gem. WbG sowie Einnahmen für Beratungen zur beruflichen Entwicklung und Bildungsscheck.

HSP-Maßnahme:

18_48.001 Zuschussreduzierung FB 48/VHS (Teil aus 14_VB4.001)

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Benutzungs-, Verwaltungs-, Prüfungsgebühren – rückläufige Teilnehmerzahlen.

HSP-Maßnahmen:

14_48.004 Entgelterhöhung Volkshochschule Hagen

11_43.009 Entgelte für Sonderleistungen

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Enthält z. B. Werbeeinnahmen, Erträge aus Verkauf und Miet- und Pachterträge.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Beinhaltet u. a. Lehr- und Unterrichtsmaterial und Aufwendungen für externe Serviceleistungen (Wach- und Winterdienst, Glasreinigung) sowie sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwand.

Höhere Honoraraufwendungen aufgrund von vermehrten Integrationskursen (Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

HSP-Maßnahme:

11_43.007 Sachkosteneinsparung TP 2571

Transferaufwendungen:

Zuschüsse an übrige Bereiche (Fahrtkostenzuschüsse an Teilnehmer in Migrantenkursen).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Räume der Integrationskurse und Prüfungsgebühren,
GEMA und Lizenzen,

Druckkosten Programmhefte.

HSP-Maßnahme:

11_43.007 Sachkosteneinsparung TP 2571

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen**1.25 Kultur**

1.25.71 Volkshochschule

**Produktergebnisse des Teilplans 2571 Volkshochschule**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.25.71.40	Studienbereiche	422.642	608.305	599.812	588.653	588.360	589.102	588.765
1.25.71.41	Arbeit und Leben	77.600	76.979	85.493	86.165	87.084	88.079	89.033
1.25.71.42	Cafeteria/ Serviceleistungen	136.526	124.472	130.197	130.389	131.361	132.442	133.435
Summe		636.768	809.755	815.502	805.206	806.805	809.622	811.232

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.25 Kultur

1.25.71 Volkshochschule

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.113.412	-850.000	-1.127.980	-1.127.980		-1.139.260	-1.150.652	-1.162.159
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-453.076	-534.000	-484.000	-484.000		-493.680	-503.554	-513.625
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-51.416	-35.500	-41.000	-41.000		-41.820	-42.656	-43.509
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-469							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-364							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.618.737	-1.419.500	-1.652.980	-1.652.980		-1.674.760	-1.696.862	-1.719.293
10	- Personalauszahlungen	1.831.170	1.654.896	1.278.841	1.278.316		1.291.100	1.304.010	1.317.051
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	33.003	25.900	624.800	624.800		631.048	637.358	643.732
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	35.331	20.000	28.115	28.115		28.677	29.251	29.836
15	- sonstige Auszahlungen	78.007	143.805	85.299	85.301		86.154	87.015	87.885
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.977.511	1.844.601	2.017.055	2.016.532		2.036.979	2.057.635	2.078.504
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	358.773	425.101	364.075	363.552		362.219	360.773	359.211

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 48 Becker, Jochen

1.25 Kultur

1.25.71 Volkshochschule

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.197	7.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.197	7.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.197	7.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.25 Kultur

1.25.71 Volkshochschule



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.197	7.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.197	7.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800027 Beschaffung v. Vermögensgegenständen GVG
- 5.800028 Beschaffung v. Vermögensgegenständen IPM

Für die Anschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen ist für den Planungszeitraum 2020 – 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 15.000 eingeplant..

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800027	GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800028	IPM	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Summe:		7.000 €	7.000 €	7.000 €	7.000 €	7.000 €

1.25.72 Bücherei

364

Teilplanbeschreibung: 1.25.72

Die Stadtbücherei Hagen, bestehend aus der Zentralbücherei auf der Springe sowie den beiden Stadtteilbüchereien in Haspe und Hohenlimburg, ist seit mehr als hundert Jahren ein fester Bestandteil der Hagener Kultur- und Bildungslandschaft. Als niederschwellige kommunale Einrichtung sichert die Stadtbücherei allen Bürgern, unabhängig von Status, Alter, Geschlecht, Herkunft, Nationalität oder Einkommen, den freien Zugang zu Medien und Informationen und ermöglicht die Teilhabe an digitalen Angeboten. Hierzu dienen u.a. kompetente Beratung, die Unterstützung selbstgesteuerten, lebensbegleitenden Lernens und nachfragegerechte Öffnungszeiten.

Zielgruppen der Büchereiarbeit sind Kinder und Jugendliche, Eltern, ratsuchende Laien, Selbstlerner sowie die ständig wachsende Kundengruppe der Generation 50plus. Die Stadtbücherei unterstützt Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu einer erfolgreichen Bildungsbiographie und begleitet Erwachsene im Berufs- und Alltagsleben. Lese- und Sprachförderung ist ein grundlegendes Tätigkeitsfeld der Büchereiarbeit. Mit wachsenden digitalen Angeboten sowie der Förderung von Recherche- und Medienkompetenz leistet die Stadtbücherei einen Beitrag dazu, der „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Neben der Bereitstellung von Medien und Informationen ermöglicht die Stadtbücherei mit ihren vielfältigen Veranstaltungen Kulturerfahrungen auf unterschiedlichen Niveaustufen (auch niederschwellig) und bereichert das städtische Kulturangebot. Sie führt insbesondere für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche Projekte im Bereich der inter-kulturellen Bildung durch.

Die Stadtbücherei fungiert als nichtkommerzieller „Dritter Ort“ neben Zuhause und Arbeitsstätte, wirkt integrativ und stellt einen Gegenpart zur virtuellen Welt dar, der über eine angenehme Aufenthaltsqualität verfügt. Ferner ist sie ein Lernort mit guter technischer Infrastruktur und ein generationenübergreifender Treffpunkt für Einheimische und Neubürger aus aller Welt.

Die Stadtbücherei und ihre Fördervereine sind durch ihre aktive Netzwerkarbeit mit unterschiedlichen Partnern ein wichtiger Teil der Hagener Kultur- und Bildungs-Landschaft. Die Stadtbücherei wirkt in regionalen und bundesweiten Kooperationen mit.

Ehrenamtliche Arbeit erstreckt sich über alle oben aufgeführten Handlungsfelder und ist darüber hinaus ein Grundpfeiler für den Bestand der Stadtteilbüchereien.

Die Stadtbücherei leistet jetzt und zukünftig einen positiven Beitrag zur Stadtentwicklung und bildet einen wichtigen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge in Hagen.

Zielgruppe:

Alle Einwohner der Stadt Hagen sowie die Bevölkerung des näheren Umkreises; Schwerpunkt Schüler, Auszubildende, Kinder, Eltern, Ratsuchende, Laien

Auftragsgrundlage:

Satzung und Gebührenordnung

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.72 Bücherei

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.821	-2.771	-1.699	-1.600	-1.323	-1.264	-1.264
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-143.833	-150.000	-150.000	-150.000	-153.000	-156.060	-159.181
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.572	-13.051	-13.000	-13.000	-13.260	-13.525	-13.796
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-14.395	-10.359	-10.446	-10.446	-10.446	-10.446	-10.446
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-179.621	-176.181	-175.145	-175.046	-178.029	-181.295	-184.687
11	- Personalaufwendungen	1.752.853	1.779.035	1.870.301	1.876.627	1.895.086	1.913.730	1.932.560
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.706.792	1.762.804	1.845.494	1.845.897	1.864.356	1.882.999	1.901.830
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	46.061	16.232	24.806	30.730	30.730	30.730	30.730
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	225.568	234.514	239.800	238.500	238.875	239.254	239.636
16	- Bilanzielle Abschreibungen	14.363	9.212	8.966	8.010	7.006	6.628	5.899
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.882	30.360	39.300	39.300	39.693	40.090	40.491

Haushaltsplan 2020/2021

1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.72 Bücherei

FBL 48 Becker, Jochen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.024.666	2.053.121	2.158.367	2.162.437	2.180.660	2.199.701	2.218.586
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.845.045	1.876.940	1.983.222	1.987.391	2.002.631	2.018.406	2.033.899
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.845.045	1.876.940	1.983.222	1.987.391	2.002.631	2.018.406	2.033.899
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.845.045	1.876.940	1.983.222	1.987.391	2.002.631	2.018.406	2.033.899
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.102.461	948.140	1.122.972	779.465	784.896	792.371	798.306
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	2.947.506	2.825.080	3.106.194	2.766.856	2.787.527	2.810.778	2.832.205

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus Jahres- und Mahngebühren.

HSP-Maßnahme:

14 48.003 Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbücherei Hagen

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Entgelte, Erträge aus Verkauf von Stofftaschen etc. (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Sonstige ordentliche Erträge:

Schadensersatz für Medien.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Festwert für den Erhalt des Medienbestandes,
Zeitungen und Zeitschriften,
Aufwendungen für den Erwerb von Stofftaschen etc. (Privatrechtliche Leistungsentgelte),
Honorarkräfte.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Beinhaltet Mittel für die Onleihe und MusikOnleihe,
Betriebskosten Onleihe und EC-Cash,
GEMA,
Rechte für die Veranstaltungsreihe „Kultur und Kino“.

Haushaltsplan 2020/2021verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen**1.25 Kultur**
1.25.72 Bücherei**Produktergebnisse des Teilplans 2572 Bücherei**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.25.72.40	Medien,Info, Kultur,Kommunikation	2.947.506	2.825.080	3.106.194	2.766.856	2.787.527	2.810.778	2.832.205
Summe		2.947.506	2.825.080	3.106.194	2.766.856	2.787.527	2.810.778	2.832.205

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Lebenslanges Lernen, Ausgeglichener Haushalt							
Produkt	1.25.72.40 Medien, Info, Kultur, Kommunikation							
Produktbereich	25 Kultur							
Teilplan	2572 Bücherei							
Produktverantwortlicher	Frau Steffes							
Fachbereich	48 - Bildung							
Ziel operativ	Die Stadtbücherei hat das Ziel, die Anzahl der Büchereibesuche auf dem erreichten hohen Niveau zu halten. Dabei stehen bei jedem Besuch der Stadtbücherei umfangreiche Angebote und Leistungen zur Verfügung (Medienbestand, Ausleihe, Beratung, Lernen vor Ort, Besuch von Veranstaltungen, Führungen u.a.)							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf je Besuch	€	Zuschussbedarf/ Besuch	15,39	14,82	15,19	14,55	16,00	14,25
Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Ausleihen	Anz.		719.134	723.513	690.205	690.000	690.000	690.000
Neuanmeldungen	Anz.		2.039	2.337	2.209	2.200	2.200	2.200
Führungen	Anz.		143	171	168	170	170	170
Veranstaltungen	Anz.		465	631	665	665	665	665
Besuche	Anz.		182.314	191.687	194.099	194.100	194.100	194.100
Zuschussbedarf im Jahr (Ergebnis nach interner LV)	€		2.805.588	2.840.076	2.947.506	2.825.080	3.106.194	2.766.856
Einwohnerzahlen	Pers.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen
1.25 Kultur
1.25.72 Bücherei

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.165	-1.200						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-144.681	-150.000	-150.000	-150.000		-153.000	-156.060	-159.181
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-17.572	-13.051	-13.000	-13.000		-13.260	-13.525	-13.796
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.073	-4.000	-4.000	-4.000		-4.000	-4.000	-4.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-167.491	-168.251	-167.000	-167.000		-170.260	-173.585	-176.977
10	- Personalauszahlungen	1.717.980	1.762.804	1.845.494	1.845.897		1.864.356	1.882.999	1.901.830
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	40.803	33.514	38.800	37.500		37.875	38.254	38.636
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	134.296	30.360	39.300	39.300		39.693	40.090	40.491
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.893.079	1.826.678	1.923.594	1.922.697		1.941.924	1.961.343	1.980.957
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.725.588	1.658.426	1.756.594	1.755.697		1.771.664	1.787.758	1.803.980

Haushaltsplan 2020/2021
1.25 Kultur

verantwortlich:

1.25.72 Bücherei

FBL 48 Becker, Jochen

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-11.690	-7.680						
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-11.690	-7.680						
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	189.651	211.100	206.000	206.000		206.000	206.000	206.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	189.651	211.100	206.000	206.000		206.000	206.000	206.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	177.961	203.420	206.000	206.000		206.000	206.000	206.000

Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Für die Anschaffung von Büchern ist ein Festwert eingeplant worden. Er beträgt für die Jahre 2020 bis 2024 jeweils 201.000 Euro.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.25 Kultur
1.25.72 Bücherei



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-11.690	-7.680						
2	- Summe der investiven Auszahlungen	413	10.100	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-11.277	2.420	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800029 Vermögensgegenstände GVG
- 5.800030 Vermögensgegenstände IPM

Für die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen für die Bücherei ist für den Planungszeitraum 2020 – 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 5.000 eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800029	GVG	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €
5.800030	IPM	4.500 €	4.500 €	4.500 €	4.500 €	4.500 €
Summe:		5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

1.31	Soziale Leistungen		373
1.31.10	Interne Dienste 55		379
1.31.11	Soziale Leistungen nach SGB XII		387
1.31.12	Soziale Leistungen nach SGB II		398
1.31.13	Leistungen für Asylbewerber		408
1.31.31	Förderung Träger der Wohlfahrtspflege		420
1.31.33	Grundsicherung im Alter u. b. Erwerbsm.		428
1.31.51	Sonstige soziale Leistungen		431

Haushaltsplan 2020/2021

1.31 Soziale Leistungen

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-14.297.331	-26.570.877	-23.718.068	-24.220.246	-24.462.669	-24.707.530	-24.954.578
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.670.284	-1.488.154	-1.111.014	-1.059.514	-1.080.704	-1.102.318	-1.124.364
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.452.864	-3.504.900	-2.536.966	-2.793.778	-2.849.654	-2.906.647	-2.964.780
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.081					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-55.904.632	-56.402.668	-59.149.378	-59.646.878	-60.790.938	-60.940.104	-61.611.691
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.146.309	-494.269	-1.169.649	-1.179.649	-1.179.649	-1.179.649	-1.179.649
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-76.471.421	-88.462.949	-87.685.075	-88.900.065	-90.363.613	-90.836.247	-91.835.062
11	- Personalaufwendungen	18.752.564	17.543.141	19.995.893	20.645.165	20.835.483	21.027.705	21.221.848
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	16.343.632	15.289.383	18.471.789	19.031.829	19.222.147	19.414.368	19.608.512
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	2.408.931	2.253.757	1.524.104	1.613.337	1.613.337	1.613.337	1.613.337
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.861.288	9.935.250	9.701.263	9.816.384	9.914.547	10.013.693	10.113.831
16	- Bilanzielle Abschreibungen	318.734	45.194	33.963	33.899	35.353	36.859	36.855
17	- Transferaufwendungen	62.875.949	69.179.164	67.914.934	69.116.569	70.498.900	71.908.878	73.347.055
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	61.668.650	68.820.531	63.825.295	65.075.623	65.833.880	66.551.593	67.275.703

Haushaltsplan 2020/2021

1.31 Soziale Leistungen

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	153.477.185	165.523.280	161.471.347	164.687.640	167.118.163	169.538.728	171.995.292
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	77.005.764	77.060.331	73.786.273	75.787.575	76.754.550	78.702.481	80.160.231
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	77.005.764	77.060.331	73.786.273	75.787.575	76.754.550	78.702.481	80.160.231
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	77.005.764	77.060.331	73.786.273	75.787.575	76.754.550	78.702.481	80.160.231
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.254.214	-1.397.003	-1.361.770	-1.373.484	-1.382.843	-1.395.933	-1.408.756
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.180.093	4.527.323	5.153.663	5.256.191	5.287.148	5.331.408	5.371.112
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	79.931.642	80.190.651	77.578.166	79.670.281	80.658.855	82.637.956	84.122.587

Haushaltsplan 2020/2021

1.31 Soziale Leistungen

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-13.541.945	-26.568.257	-23.715.908	-24.218.078		-24.460.259	-24.704.862	-24.951.910
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-1.267.399	-1.488.154	-1.111.014	-1.059.514		-1.080.704	-1.102.318	-1.124.364
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.342.665	-3.504.900	-2.536.966	-2.793.778		-2.849.654	-2.906.647	-2.964.780
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.081						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-57.938.987	-56.402.668	-59.149.378	-59.646.878		-60.790.938	-60.940.104	-61.611.691
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.421.922	-103.200	-831.241	-841.241		-841.241	-841.241	-841.241
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-76.512.917	-88.069.260	-87.344.507	-88.559.489		-90.022.796	-90.495.172	-91.493.986
10	- Personalauszahlungen	16.345.132	15.289.383	18.471.789	19.031.829		19.222.147	19.414.368	19.608.512
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.564.280	9.935.250	9.701.263	9.816.384		9.914.547	10.013.693	10.113.831
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	63.381.945	69.179.164	67.914.934	69.116.569		70.498.900	71.908.878	73.347.055
15	- sonstige Auszahlungen	65.815.848	68.820.531	63.825.295	65.075.623		65.833.880	66.551.593	67.275.703
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	155.107.206	163.224.328	159.913.280	163.040.404		165.469.474	167.888.533	170.345.101
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	78.594.289	75.155.068	72.568.773	74.480.915		75.446.678	77.393.361	78.851.115

Haushaltsplan 2020/2021

1.31 Soziale Leistungen

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen								
23	= Summe: (investive Einzahlungen)								
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	139							
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	15.841	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	- sonstige Investitionsauszahlungen								
30	= Summe: (investive Auszahlungen)	15.980	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	15.980	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000

1.31.10 Interne Dienste 55

379

Teilplanbeschreibung: 1.31.10

Die gesetzlichen oder durch die Politik vorgegebenen Leistungsangebote werden unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte sichergestellt. Darüber hinaus werden Dienstleistungen (u.a. Zuteilung von Ressourcen, rechtliche Beratung, IT-Unterstützung, Dialog mit zentralen Ämtern in abteilungsübergreifenden Zusammenhängen) für die Fachabteilungen erbracht. Für die Fachbereichsleitung und für politische Gremien werden steuerungsrelevante Sachverhalte erhoben und entscheidungsreif vorbereitet.

Zielgruppe:

Fachbereichsleitung, Abteilungen des Fachbereichs 55, VB3, VB3/S, zentrale Ämter, VV, Rat, politische Gremien, freie Träger der Jugendhilfe und der Wohlfahrtspflege, Hagener Bevölkerung

Auftragsgrundlage:

Vorschriften des Sozialgesetzbuches (SGB) einschl. der dazu ergangenen Ausführungsgesetze, Verordnungen und Erlasse, politische Beschlüsse, Einrichtungsverfügung des Fachbereichs vom 23.4.1999

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.10 Interne Dienste 55

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		-437	-437	-437	-437	-437	-437
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-30.449	-22.256	-25.783	-25.783	-25.783	-25.783	-25.783
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-30.449	-22.693	-26.220	-26.220	-26.220	-26.220	-26.220
11	- Personalaufwendungen	1.533.978	1.477.110	1.743.092	1.770.041	1.786.512	1.803.148	1.819.951
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.395.310	1.353.513	1.627.227	1.647.120	1.663.591	1.680.227	1.697.030
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	138.669	123.597	115.866	122.921	122.921	122.921	122.921
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.802	1.500	38.000	38.000	38.380	38.764	39.152
16	- Bilanzielle Abschreibungen							
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.069	56.128	57.427	58.034	58.614	59.200	59.792

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.10 Interne Dienste 55



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.578.850	1.534.738	1.838.520	1.866.075	1.883.507	1.901.112	1.918.895
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.548.401	1.512.046	1.812.299	1.839.855	1.857.286	1.874.892	1.892.675
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.548.401	1.512.046	1.812.299	1.839.855	1.857.286	1.874.892	1.892.675
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.548.401	1.512.046	1.812.299	1.839.855	1.857.286	1.874.892	1.892.675
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.194.875	-2.444.756	-2.383.097	-2.403.599	-2.419.976	-2.442.884	-2.465.323
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	680.397	967.988	646.003	639.394	639.043	645.080	650.471
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	33.922	35.278	75.206	75.650	76.353	77.088	77.823

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (vor allem Personalrückstellungen).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für die Supervision.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.10 Interne Dienste 55

Produktergebnisse des Teilplans 3110 Interne Dienste 55

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.31.10.40	Service und Verwaltung	33.922	35.278	75.206	75.650	76.353	77.088	77.823
Summe		33.922	35.278	75.206	75.650	76.353	77.088	77.823

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.10 Interne Dienste 55

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-437	-437	-437		-437	-437	-437
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-437	-437	-437		-437	-437	-437
10	- Personalauszahlungen	1.395.310	1.353.513	1.627.227	1.647.120		1.663.591	1.680.227	1.697.030
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.622	1.500	38.000	38.000		38.380	38.764	39.152
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	41.979	56.128	57.427	58.034		58.614	59.200	59.792
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.438.911	1.411.141	1.722.654	1.743.154		1.760.586	1.778.192	1.795.974
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.438.911	1.410.705	1.722.217	1.742.717		1.760.149	1.777.755	1.795.537

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.10 Interne Dienste 55



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII

387

Teilplanbeschreibung: 1.31.11

Der Teilplan umfasst Hilfen zur stationären und ambulanten Pflege sowie Hilfe zur hauswirtschaftlichen Versorgung im häuslichen Bereich. Weiterhin werden Hilfen der Eingliederung für Menschen mit Behinderung und Grundsicherung für Personen ohne Erwerbsfähigkeit oder für Personen, die die Rentenaltersgrenze erreicht haben, gewährt. Für diese Personenkreise werden Leistungen zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe (analog den Leistungen der Krankenversicherungen), Bestattungskosten und besondere Leistungen in Einzelfällen gewährt, soweit sie über kein eigenes ausreichendes Einkommen und/oder Vermögen verfügen.

Befinden sich Personen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und können diese nicht aus eigener Kraft bewältigen, sind Leistungen zur Überwindung zu bewilligen.

Die Leistungsgewährung erfolgt im Rahmen des Sozialgesetzbuches, Zwölftes Buch (SGB XII).

In Zusammenarbeit mit der Diakonie Mark-Ruhr betreibt die Stadt Hagen für den Personenkreis der obdachlosen Männer in der Tuchmacherstr. ein Männerasyl, in Form von „betreutem Wohnen“ mit einem angeschlossenen Wohntraining.

Die Stadt Hagen betreut und berät Straffällige, Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige. Darüber hinaus erfolgt eine Schuldner- und Insolvenzberatung.

Zielgruppe:

- Pflegebedürftige Menschen, deren notwendige Betreuung und Versorgung nur durch eine stationäre Einrichtung sicherzustellen ist, bei denen Leistungen der ambulanten Pflege nicht ausreichen
- Menschen, die auf Hilfe bei der Grundpflege sowie der hauswirtschaftlichen Versorgung im häuslichen Bereich angewiesen sind
- Menschen, die im Sinne des § 53 SGB XII behindert oder von einer Behinderung bedroht sind
- Menschen ohne Erwerbsfähigkeit oder Personen, die das Rentenalter erreicht haben und deren Einkommen und Vermögen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes nicht ausreicht
- Personen, die von Wohnungslosigkeit bzw. Liefersperren bei der Energieversorgung bedroht sind
- Akut von Obdachlosigkeit bedrohte und in Obdachlosenunterkünften untergebrachte bzw. ehemals dort untergebrachte Personen
- Straffällige, Inhaftierte, Haftentlassene und deren Angehörige

Auftragsgrundlage:

- 12. Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)
- § 36 SGB XII, Ratsbeschluss zu den Leitlinien der Obdachlosenarbeit vom 28.09.2000
- Hilfeangebote zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gemäß §§ 67 ff. SGB XII, Ratsbeschluss aus 1981 zur Einrichtung eines speziellen Hilfeangebotes für Haftentlassene und ggf. Resozialisierungsmaßnahmen nach dem Strafvollzugsgesetz

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-221.404	-214.355	-605.720	-605.721	-612.023	-618.388	-624.562
3	+ Sonstige Transfererträge	-747.202	-795.654	-624.014	-624.514	-637.004	-649.744	-662.739
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-189.841	-112.500	-185.000	-185.000	-188.700	-192.474	-196.323
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-23.595.321	-22.956.474	-25.658.224	-25.518.224	-26.028.534	-26.549.050	-27.079.977
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-326.277	-202.918	-165.580	-165.580	-165.580	-165.580	-165.580
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-25.080.045	-24.281.901	-27.238.537	-27.099.038	-27.631.841	-28.175.235	-28.729.180
11	- Personalaufwendungen	4.174.685	4.002.212	4.078.564	4.166.165	4.202.602	4.239.404	4.276.574
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.433.841	3.295.920	3.581.165	3.643.751	3.680.189	3.716.990	3.754.160
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	740.844	706.292	497.399	522.414	522.414	522.414	522.414
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.600.022	2.282.050	2.206.800	2.206.800	2.228.868	2.251.157	2.273.669
16	- Bilanzielle Abschreibungen	252.588	1.244	1.435	1.435	1.685	1.935	1.936
17	- Transferaufwendungen	37.269.109	39.299.609	40.719.229	40.827.229	41.643.773	42.476.649	43.326.182
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	166.671	181.300	383.325	383.325	387.158	391.030	394.940

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	44.463.076	45.766.415	47.389.353	47.584.954	48.464.087	49.360.174	50.273.300
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	19.383.031	21.484.514	20.150.816	20.485.915	20.832.246	21.184.939	21.544.119
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	19.383.031	21.484.514	20.150.816	20.485.915	20.832.246	21.184.939	21.544.119
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	19.383.031	21.484.514	20.150.816	20.485.915	20.832.246	21.184.939	21.544.119
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.983.734	-2.046.715	-2.001.626	-2.032.442	-2.048.864	-2.066.786	-2.084.403
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.467.066	1.740.996	1.628.494	1.634.436	1.645.077	1.659.387	1.672.476
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	18.866.363	21.178.796	19.777.684	20.087.909	20.428.459	20.777.540	21.132.192

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuweisungen vom Land für Leistungen für Obdachlose.
Förderung Verbraucherinsolvenzberatung.

Sonstige Transfererträge:

Leistungen für Pflegebedürftige (siehe Transferaufwendungen).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Benutzungsgebühren für Obdachloseneinrichtungen (Übergangsheime des Asylbewerber, der Aussiedler und für eigene und angemietete Obdachlosenunterkünfte) (siehe sonstige ordentliche Aufwendungen).

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen von Gemeinden bei den Sozialen Leistungen nach dem SGB XII in Einrichtungen. Der höchste Anteil basiert aus der Übernahme der Fälle Grundsicherung SGB XII des Landschaftsverbandes (siehe Transferaufwendungen).

Sonstige ordentliche Erträge:

Leistungen für Pflegebedürftige in Einrichtungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Hilfe zur Gesundheit für Hilfe zum Lebensunterhalt SGB XII, III in Einrichtungen sowie Hilfe zur Gesundheit – Pflegebedürftige außerhalb von Einrichtungen.

Transferaufwendungen:

Soziale Leistungen SGB XII: Eingliederungshilfe, Frühförderung, integrative Beschulung, Hilfe zum Lebensunterhalt, einmalige Leistungen, Grundsicherung und Hilfe zur Pflege (siehe sonstige Transfererträge und Kostenerstattungen und Kostenumlagen).
Einmalige Beihilfen.
Bestattungskosten.

HSP-Maßnahme:

11_55.114b Eingliederungshilfe / Ersatzmaßnahme für 55.114

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Mietaufwendungen aufgrund steigender Obdachlosenzahlen (siehe öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte).

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen**1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII****Produktergebnisse des Teilplans 3111 Soziale Leistungen nach SGB XII**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.31.11.40	Soziale Leistungen SGB XII i. E.	9.733.124	11.541.228	10.261.799	10.472.226	10.669.260	10.870.686	11.075.829
1.31.11.41	Soziale Leistungen SGB XII a. E.	7.389.317	7.801.754	7.672.261	7.736.746	7.862.097	7.990.521	8.121.023
1.31.11.42	Grundsicherung SGB XII, Kap. IV i. u. a.	588.126	454.684	469.558	476.415	480.379	484.764	489.090
1.31.11.43	Leistungen f. Obdachlose/ Schuldner	1.155.796	1.381.129	1.374.065	1.402.523	1.416.723	1.431.569	1.446.251
Summe		18.866.363	21.178.796	19.777.684	20.087.909	20.428.459	20.777.540	21.132.192

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Ausgeglichener Haushalt							
Produkt	1.31.11.40 Soziale Leistungen SGB XII in Einrichtungen							
Produktbereich	31 Soziales							
Teilplan	3111 Soziale Leistungen SGB XII							
Produktverantwortlicher	Frau Korflür							
Fachbereich	55 - Jugend und Soziales							
Ziel operativ	(a) Steuerung der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche nach SGB XII (ab 2020 SGB IX). (b) Umsetzung des Grundsatzes ambulant vor stationär (Hilfe zur Pflege). Der Anteil der Leistungsbezieher in Einrichtungen soll nicht höher als 86 % sein.							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
(a) Transferaufwendungen für die Leistungserbringung für Integrationshilfen und heilpädagogische Leistungen für Schüler pro Schulpflichtigen	€	Transferaufwendungen/ Schülerzahlen	60	65	68	93	79	83
(a) Dichte der Leistungsbezieher*innen (Kinder und Jugendliche) mit Integrationshilfen und heilpädagogischen Leistungen in Schulen pro Schulpflichtigen zum Stichtag 31.12.	%	Anzahl LB/ Schülerzahlen	0,56%	0,63%	0,68%	0,68%	0,72%	0,75%
(b) Anteil Leistungsbezieher - Hilfe zur Pflege in Einrichtungen	%	LB HzP i. E./ LB HzP gesamt	82,08%	82,43%	83,61%	84,99%	85,17%	85,71%
(b) Transferaufwendungen für Hilfe zur Pflege in Einrichtungen pro Leistungsbezieher Hilfe zur Pflege in Einrichtungen in Trägerschaft der Stadt	€	Transferaufwendungen/ Leistungsbezieher in Einrichtungen)	9.134	7.055	7.665	8.506	8.521	8.596

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII



Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
(a) Transferaufwendungen für I-Hilfe in Schulen, heilpäd. Leistungen in Schulen nach SGB XII	€		1.771.694	1.921.108	2.005.583	2.730.000	2.320.000	2.430.000
(a) Anzahl der Leistungsberechtigten (Kinder und Jugendliche) für I-Hilfe in Schulen, heilpäd. Leistungen für Schüler nach SGB XII	Pers.		166	188	200	200	210	220
(a) Anzahl aller Schüler*innen*/**	Pers.		29.528	29.635	29.476	29.345	29.345	29.345
(b) Leistungsbezieher Hilfe zur Pflege in Einrichtungen (örtlich und überörtlich)	Pers.		907	849	857	900	890	900
(b) Leistungsbezieher Hilfe zur Pflege in Einrichtungen (örtlicher Träger)	Pers.		764	720	731	770	770	780
(b) Leistungsbezieher Hilfe zur Pflege in Einrichtungen (überörtlicher Träger)	Pers.		143	129	126	130	120	120
(b) Leistungsbezieher Hilfe zur Pflege gesamt	Pers.		1.105	1.030	1.025	1.059	1.045	1.050
(b) Transferaufwendungen für HzP i.E. des örtl. Trägers	€		6.978.455	5.079.703	5.603.250	6.550.000	6.561.000	6.705.000

*Schülerzahlen zum Stand 15.10. des Vorjahres für das laufende Schuljahr.

**Die Schülerzahlen, die im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ab 2020 ermittelt werden sollen, liegen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Es wurden für 2020/2021 die Schülerzahlen zum Stand 15.10.2018 übernommen.

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Ausgeglichener Haushalt							
Produkt	1.31.11.41 Soziale Leistungen SGB XII außerhalb von Einrichtung							
Produktbereich	31 Soziales							
Teilplan	3111 Soz.Leist. SGB XII							
Produktverantwortlicher	Frau Küper							
Fachbereich	55 - Jugend und Soziales							
Ziel operativ	Umsetzung des Grundsatzes ambulant vor stationär							
Kennzahlen:		Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Transferaufwendungen außerhalb von Einrichtungen pro Leistungsbezieher außerhalb von Einrichtungen	€	Transferaufwendungen/LB a.E.	25.072	25.220	25.939	31.260	32.594	34.013
Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Transferaufwendungen gesamt*	€		4.964.294	4.564.892	4.357.829	4.970.400	5.052.000	5.102.000
Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen (ambulant)	Pers.		198	181	168	159	155	150
Leistungsberechtigte Hilfe zur Pflege gesamt (ambulant + stationär)	Pers.		1.105	1.030	1.025	1.059	1.045	1.050
*unter Transferaufwendungen sind sowohl Hilfe zum Lebensunterhalt, als auch Hilfe zur Pflege zusammengefasst.								

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-220.996	-214.247	-605.296	-605.296		-611.349	-617.463	-623.637
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-802.330	-795.654	-624.014	-624.514		-637.004	-649.744	-662.739
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-120.035	-112.500	-185.000	-185.000		-188.700	-192.474	-196.323
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-22.889.573	-22.956.474	-25.658.224	-25.518.224		-26.028.534	-26.549.050	-27.079.977
7	+ Sonstige Einzahlungen	-146.279	-82.100	-56.000	-56.000		-56.000	-56.000	-56.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-24.179.213	-24.160.975	-27.128.534	-26.989.034		-27.521.587	-28.064.731	-28.618.676
10	- Personalauszahlungen	3.433.841	3.295.920	3.581.165	3.643.751		3.680.189	3.716.990	3.754.160
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.308.738	2.282.050	2.206.800	2.206.800		2.228.868	2.251.157	2.273.669
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	37.112.049	39.299.609	40.719.229	40.827.229		41.643.773	42.476.649	43.326.182
15	- sonstige Auszahlungen	166.258	181.300	383.325	383.325		387.158	391.030	394.940
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	43.020.885	45.058.879	46.890.519	47.061.105		47.939.988	48.835.826	49.748.950
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	18.841.673	20.897.904	19.761.986	20.072.071		20.418.401	20.771.095	21.130.274

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.11 Soziale Leistungen nach SGB XII



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II

398

Teilplanbeschreibung: 1.31.12

Jobcenter Hagen:

Im Jobcenter Hagen werden u.a. kommunal zu tragende Transferleistungen (insbesondere für Unterkunft, Heizung, spezielle Beihilfen, Leistungen zur Bildung und Teilhabe) erbracht. Hierbei beteiligt sich der Bund gem. § 46 SGB II mit 37,8 % (Stand 2019) an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie mit 84,8 % an den Gesamtverwaltungskosten, die restlichen Leistungen erfolgen ohne Bundesbeteiligung.

Versorgungsamt:

Schwerbehindertenrecht und Elterngeld:

Die Aufgaben des Versorgungsamtes mit Sitz in Dortmund werden seit dem 01.01.2008 gemeinsam von den Städten Dortmund, Bochum und Hagen wahrgenommen. Die Organisationshoheit der übernommenen Aufgaben liegt bei der Stadt Dortmund. Im Zuge der von dort erstellten Abrechnungen wird Hagen durch vierteljährliche Abschlagszahlungen (einschl. einer abschließenden Spitzabrechnung) sowohl an den Sach- als auch den vom Land pauschal erstatteten Personalkosten beteiligt.

Zielgruppe:

Jobcenter Hagen

Versorgungsamt:

- Schwerbehinderte Bürger, die einen Antrag auf Feststellung stellen
- Eltern, die einen Antrag auf Feststellung stellen

Auftragsgrundlage:

Jobcenter Hagen:

Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Gründungsbegleitende Vereinbarung zum Jobcenter Hagen

Versorgungsamt:

2. Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen, Artikel 1: Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 19.12.2007, zuletzt geändert am 23.11.2013

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 11 Keßen, Stefan

1.31 Soziale Leistungen

1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.236.959	-6.760.000	-9.190.000	-9.190.000	-9.281.900	-9.374.719	-9.468.466
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.081					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-27.095.689	-28.830.000	-27.680.000	-28.177.500	-28.692.250	-28.199.520	-28.216.372
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-238.577	-178.047	-141.809	-141.809	-141.809	-141.809	-141.809
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-35.571.225	-35.770.128	-37.011.809	-37.509.309	-38.115.959	-37.716.048	-37.826.648
11	- Personalaufwendungen	8.827.391	8.103.596	9.980.857	10.368.416	10.465.340	10.563.232	10.662.104
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	7.732.595	7.071.709	9.343.965	9.692.351	9.789.275	9.887.167	9.986.039
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	1.094.796	1.031.887	636.893	676.065	676.065	676.065	676.065
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.343.494	4.070.000	4.408.000	4.416.000	4.460.160	4.504.762	4.549.809
16	- Bilanzielle Abschreibungen	3.622	90	90	90	57	56	57
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.496.553	65.879.000	60.947.000	62.297.000	63.027.470	63.717.120	64.412.885

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 11 Keßen, Stefan

1.31 Soziale Leistungen

1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	71.671.060	78.052.686	75.335.947	77.081.506	77.953.027	78.785.170	79.624.855
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	36.099.835	42.282.558	38.324.138	39.572.197	39.837.068	41.069.122	41.798.208
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	36.099.835	42.282.558	38.324.138	39.572.197	39.837.068	41.069.122	41.798.208
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	36.099.835	42.282.558	38.324.138	39.572.197	39.837.068	41.069.122	41.798.208
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	693.792	672.584	1.456.329	1.445.795	1.453.788	1.465.186	1.474.582
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	36.793.627	42.955.142	39.780.467	41.017.993	41.290.856	42.534.308	43.272.790

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erstattungen für den kommunalen Anteil der Mitarbeiter im Jobcenter.
Erstattung von Pauschalen für Personalkosten für die übergeleiteten Beamten der ehemaligen Landesversorgungsämter.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Bundeserstattung der Aufwendungen für die Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU, siehe sonstige ordentliche Aufwendungen) nach § 22 Absatz 1 SGB II (2019: 37,8 %-Erstattung in NRW).
Refinanzierungsanteil des Bundes für Bildung und Teilhabeleistungen (BuT) (siehe sonstige ordentliche Aufwendungen).
Erstattungen vom Zweckverband, für die durch die Kommune entrichteten BuT-Dienstleistungen.

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Zu erstattenden Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) von der Stadt Hagen an die Bundesagentur für Arbeit (15,2 % des gesamten Verwaltungsbudgets des Jobcenters, 84,8% werden durch die Bundesagentur für Arbeit gezahlt).
Erstattung für die Bereiche Schwerbehindertenrecht sowie Elterngeld der Kooperation gemeinsames Versorgungsamt an die Stadt Dortmund.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) gem. § 6 Abs. 2 SGB II, Mietkautionen, einmalige Leistungen für Erstausrüstungen von Wohnungen, für Bekleidungen etc. gem. § 23 Absatz 3 SGB II und Leistungen im Rahmen Bildung und Teilhabe (z.B. für Schul-/Kita-Ausflüge, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Schulbedarf und mehrtägige Klassenfahrten). Die BuT-Transferleistungen werden zu 100% vom Bund erstattet (siehe Kostenerstattungen und Kostenumlagen).

HSP-Maßnahmen:

- 16_55.004 Vermeidung des Missbrauchs bei EU-Binnenmigration
- 16_55.005 KdU-Ersparnis durch Prüfung der Betriebs-/ Nebenkostenabrechnungen beim Jobcenter
- 16_55.006 KdU-Ersparnis durch Wohngelderhöhung
- 16_55.010 Ausweitung von Bedarfskontrollen SGB II / KdU

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 11 Keßen, Stefan

1.31 Soziale Leistungen**1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II****Produktergebnisse des Teilplans 3112 Soziale Leistungen nach SGB II**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.31.12.40	Unterkunft, Heizung, Mietkaution	30.671.148	35.830.000	32.300.000	33.152.500	33.381.150	34.577.053	35.270.097
1.31.12.41	Einmalige Leistungen	1.020.363	1.600.000	1.200.000	1.200.000	1.212.000	1.224.120	1.236.361
1.31.12.42	Bildung und Teilhabe	-157.173	-321.000	-153.000	-153.000	-177.530	-202.765	-228.722
1.31.12.43	Jobcenter Abwicklung	4.484.685	5.195.843	5.587.144	5.961.499	6.010.871	6.063.911	6.115.477
1.31.12.44	Schwerbehindertenrecht	660.956	539.805	722.511	731.635	737.927	744.435	750.912
1.31.12.45	Elterngeld	113.649	110.494	123.812	125.358	126.438	127.554	128.665
Summe		36.793.627	42.955.142	39.780.467	41.017.993	41.290.856	42.534.308	43.272.790

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Arbeitsplätze, Ausgeglicherer Haushalt
Produkt	1.31.12.40 Unterkunft, Heizung, Mietkaution
Produktbereich	31 Soziales
Teilplan	3112 Soziale Leistungen SGB II
Produktverantwortlicher	Herr Keßen
Fachbereich	11 - Personal und Organisation
Ziel operativ	Die Zielsetzung der Leistungsgewährung besteht darin, den gesetzlichen Auftrag wahrzunehmen. Die Kennzahlen zeigen die Entwicklung und den allgemeinen Trend.

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Anteil Bundesbeteiligung	%	Bundesbeteiligung/ KdU Aufwand	32,02%	40,09%	44,61%	42,67%	43,92%	43,76%
Aufwand Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft	€	KdU Aufwand/ Bedarfsgemeinschaften	4.354	4.518	4.439	4.865	4.608	4.716

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 11 Keßen, Stefan

1.31 Soziale Leistungen**1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II**

Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Bedarfsgemeinschaften*	Anz.		12.779	13.003	12.473	12.847	12.500	12.500
Leistungsberechtigte**	Pers.		26.053	27.046	26.247	26.779	-/-	-/-
erwerbsfähige Leistungsberechtigte***	Pers.		18.026	18.670	18.000	17.443	-/-	-/-
Bundesbeteiligung	€		-17.813.395	-23.550.255	-24.703.498	-26.670.000	-25.300.000	-25.797.500
Aufwand Kosten der Unterkunft	€		55.639.293	58.745.011	55.371.114	62.500.000	57.600.000	58.950.000
Zuschussbedarf (Ergebnis nach Interner LV)	€		37.838.812	35.188.124	30.671.148	35.830.000	32.300.000	33.152.500

*Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft (gem. § 7 SGB II) hat mindestens einen Leistungsberechtigten.

**Als Leistungsberechtigte werden Personen in Bedarfsgemeinschaften verstanden, die einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II haben. Die Fallzahlen für das Jahr 2019 beruhen auf aktuellen Prognosen, die nicht Basis der Ansätze im Rahmen der Haushaltplanung 2018/2019 waren.

***Als erwerbsfähig gilt gem. § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Die Fallzahlen für das Jahr 2019 beruhen auf aktuellen Prognosen, die nicht Basis der Ansätze im Rahmen der Haushaltplanung 2018/2019 waren.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 11 Keßen, Stefan

1.31 Soziale Leistungen
1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.302.032	-6.760.000	-9.190.000	-9.190.000		-9.281.900	-9.374.719	-9.468.466
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-25.805							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.081						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-29.835.792	-28.830.000	-27.680.000	-28.177.500		-28.692.250	-28.199.520	-28.216.372
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.709							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-35.166.339	-35.592.081	-36.870.000	-37.367.500		-37.974.150	-37.574.239	-37.684.839
10	- Personalauszahlungen	7.732.595	7.071.709	9.343.965	9.692.351		9.789.275	9.887.167	9.986.039
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.564.256	4.070.000	4.408.000	4.416.000		4.460.160	4.504.762	4.549.809
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	62.733.747	65.879.000	60.947.000	62.297.000		63.027.470	63.717.120	64.412.885
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	75.030.599	77.020.709	74.698.965	76.405.351		77.276.905	78.109.049	78.948.733
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	39.864.260	41.428.629	37.828.965	39.037.851		39.302.755	40.534.810	41.263.895

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 11 Keßen, Stefan

1.31 Soziale Leistungen

1.31.12 Soziale Leistungen nach SGB II



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.31.13 Leistungen für Asylbewerber

408

Teilplanbeschreibung: 1.31.13

Die Stadt Hagen ist nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständig für die Unterbringung und Versorgung der zugewiesenen Asylbewerber. Die Unterbringung erfolgt in städtischen Einrichtungen sowie angemieteten Wohnungen und Häusern im Stadtgebiet. Die Versorgung der Asylbewerber umfasst neben der Hilfe zum Lebensunterhalt auch die Übernahme der Krankenkosten (analog den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen) und Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Zielgruppe:

Asylbewerber und sonstige Personen nach § 1 AsylbLG

Auftragsgrundlage:

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Landesaufnahmegesetz (LAufG)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.13 Leistungen für Asylbewerber

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-5.398.705	-18.985.842	-13.684.167	-14.186.345	-14.328.184	-14.471.457	-14.616.155
3	+ Sonstige Transfererträge	-101.137	-85.000	-85.000	-85.000	-86.700	-88.434	-90.203
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.220.218	-3.365.400	-2.320.966	-2.577.778	-2.629.334	-2.681.920	-2.735.559
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.399	-149	-149	-149	-149	-149	-149
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.146.137	-6.359	-603.223	-603.223	-603.223	-603.223	-603.223
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-8.871.597	-22.442.750	-16.693.505	-17.452.495	-17.647.589	-17.845.183	-18.045.288
11	- Personalaufwendungen	1.808.247	1.613.003	1.698.043	1.802.983	1.820.859	1.838.914	1.857.150
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.763.379	1.593.238	1.687.554	1.787.618	1.805.494	1.823.549	1.841.785
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	44.868	19.765	10.489	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.585.063	3.225.800	2.798.963	2.899.084	2.928.075	2.957.355	2.986.929
16	- Bilanzielle Abschreibungen	20.829	43.790	32.367	32.304	33.540	34.798	34.791
17	- Transferaufwendungen	6.606.047	12.436.200	7.242.783	7.776.418	7.931.946	8.090.585	8.252.397
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.956.697	2.700.000	2.430.552	2.329.775	2.353.072	2.376.603	2.400.369

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.13 Leistungen für Asylbewerber

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	13.976.883	20.018.793	14.202.708	14.840.563	15.067.492	15.298.255	15.531.635
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	5.105.286	-2.423.957	-2.490.797	-2.611.932	-2.580.097	-2.546.928	-2.513.653
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	5.105.286	-2.423.957	-2.490.797	-2.611.932	-2.580.097	-2.546.928	-2.513.653
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	5.105.286	-2.423.957	-2.490.797	-2.611.932	-2.580.097	-2.546.928	-2.513.653
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-708.875	-679.934	-718.808	-750.268	-757.247	-764.796	-771.863
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.080.937	2.000.242	2.195.854	2.327.026	2.345.844	2.366.530	2.386.761
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.477.348	-1.103.649	-1.013.750	-1.035.173	-991.500	-945.193	-898.755

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuweisungen vom Land nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (siehe Transferaufwendungen).
Integrationspauschale des Bundes (siehe Transferaufwendungen).

HSP-Maßnahme:

11_55.167b Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167 (siehe auch öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Sonstige Transferaufwendungen:

Kostenbeiträge, Aufwendungs- und Kostenersätze von Asylbewerbern und Leistungen der Sozialleistungsträger.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Benutzungsgebühren für die in den Übergangsheimen lebenden Asylbewerber/Aussiedler (siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstige ordentliche Aufwendungen).

HSP-Maßnahme:

11_55.167b Leistungsgewährung Asylbewerber / Ersatzmaßnahme für 55.167 (siehe auch Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Sonstige ordentliche Erträge:

Erstattungen der Krankenkassen aus Vorjahren.
Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Erstattungen nach § 264 SGB V für Hilfeempfänger gem. § 2 AsylbLG an die Krankenkassen.
Aufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern/sonstigen Ausländern (siehe öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte).

Transferaufwendungen:

Hilfen zum Lebensunterhalt gem. §§ 2 und 3 AsylbLG, Krankenhilfen gem. § 2 AsylbLG i.V.m. § 264 SGB V und § 3 i.V.m. § 4 AsylbLG, Bestattungskosten sowie Bildungs- und Teilhabeleistungen (z.B. für Ausflüge, Lernförderung, Schulbedarf und mehrtägige Fahrten) (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Mietaufwendungen und Pachten für Wohnungen sowie Aufwendungen der Gemeinschaftsunterkünfte (siehe öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte).

Produktergebnisse des Teilplans 3113 Leistungen für Asylbewerber

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.31.13.40	Leistungen Asylbewerber	6.477.348	-1.103.649	-1.013.750	-1.035.173	-991.500	-945.193	-898.755
Summe		6.477.348	-1.103.649	-1.013.750	-1.035.173	-991.500	-945.193	-898.755

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Integration, Ausgeglichener Haushalt							
Produkt	1.31.13.40 Leistungen für Asylbewerber							
Produktbereich	31 Soziales							
Teilplan	3113 Leistungen Asylbewerber							
Produktverantwortlicher	Herr Gierke							
Fachbereich	55 - Jugend und Soziales							
Ziel operativ	<p>(1) Ziel ist es eine ordnungsgemäße und gesetzeskonforme Bearbeitung der Bedarfe sicherzustellen. Alle Flüchtlinge erhalten die gesetzlichen materiellen Leistungen, medizinische Versorgung, angemessenen Wohnraum und soziale Betreuung zur Integration in das neue Lebensumfeld.</p> <p>(2) Dabei wird ein effizientes und wirtschaftliches Handeln unter Beachtung der fachlichen und gesetzlichen Erfordernisse verfolgt.</p>							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Transferaufwendungen für Leistungen nach AsylbLG pro Leistungsbezieher nach AsylbLG	€	Transferaufw./ LB nach AsylbLG	9.538	6.602	6.780	7.075	6.726	6.607
Mietaufwendungen insgesamt pro Platz im städtischem Wohnraum	€	Mietaufwendungen/ Gesamtanzahl Plätze	944	1.293	1.850	1.965	1.966	2.093
Dichte der Leistungsbezieher mit Leistungen nach AsylbLG pro 1000 Einwohner	%	Leistungsbezieher/Einwohner	6,08%	5,50%	4,95%	8,98%	5,46%	5,98%

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Leistungsbezieher mit Leistungen nach AsylbLG	Pers.		1.185	1.074	965	1.750	1.065	1.165
Transferaufwendungen nach AsylbLG*/**	€		11.302.828	7.090.666	6.542.756	12.380.700	7.163.283	7.696.918
Mietaufwendungen für Leistungsberechtigte nach AsylbLG., Geflüchtete usw.****	€		2.031.640	2.588.882	2.666.267	2.700.000	2.430.552	2.329.775
Anzahl der Plätze in städtischem Wohnraum	Anz.		2.152	2.002	1.441	1.374	1.237	1.113
Einwohner	Pers.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

*Die Transferaufwendungen sind im Jahr 2016 deutlich höher, da es in 2016 noch zwei Gemeinschaftsunterkünfte gab, die daraufhin geschlossen wurden (Berghofstr. Ende 2016; Neustr. bis April 2017). Für die Neustr. erfolgte zudem ein Cateringservice durch das Deutsche Rote Kreuz. Außerdem waren die Krankenhilfekosten erhöht (teilweise Verschiebung der Abrechnung durch Krankenkassen).

**Transferaufwendungen ohne BuT-Leistungen

***Transferaufwendungen für das Jahr 2019 wurden auf Basis der steigenden Leistungsbezieher geplant. Die Panung bezieht sich auf die Annahmen, die in 2016 getroffen wurden.

****für die Haushaltsplanungen wurde zugrunde gelegt, dass es durch die Verringerung des Bestandes zu einer Abmietung von 10% im gesamten Jahr kommt. Da die Verringerung und die daraus resultierenden Effekte über das Jahr verteilt sind, wird durchschnittlich mit einem Abschlag von 5 % gerechnet. Daher lässt sich hier nur eine kleine aber doch vorhandene Reduzierung der Mietaufwendungen sehen. Zusätzlich kommen Reparaturzahlungen und erhöhte Nebenkostenabrechnungen hinzu, die die Mietaufwendungen belasten.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen
1.31.13 Leistungen für Asylbewerber


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.416.119	-18.983.400	-13.682.502	-14.184.672		-14.326.519	-14.469.784	-14.614.482
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-95.045	-85.000	-85.000	-85.000		-86.700	-88.434	-90.203
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.187.065	-3.365.400	-2.320.966	-2.577.778		-2.629.334	-2.681.920	-2.735.559
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-5.399	-149	-149	-149		-149	-149	-149
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.045.280		-600.000	-600.000		-600.000	-600.000	-600.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.748.908	-22.433.949	-16.688.617	-17.447.599		-17.642.702	-17.840.287	-18.040.392
10	- Personalauszahlungen	1.763.379	1.593.238	1.687.554	1.787.618		1.805.494	1.823.549	1.841.785
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.379.382	3.225.800	2.798.963	2.899.084		2.928.075	2.957.355	2.986.929
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	6.557.940	12.436.200	7.242.783	7.776.418		7.931.946	8.090.585	8.252.397
15	- sonstige Auszahlungen	2.868.468	2.700.000	2.430.552	2.329.775		2.353.072	2.376.603	2.400.369
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	13.569.168	19.955.238	14.159.852	14.792.894		15.018.587	15.248.092	15.481.479
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.820.260	-2.478.711	-2.528.765	-2.654.705		-2.624.114	-2.592.195	-2.558.913

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen
1.31.13 Leistungen für Asylbewerber

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	139							
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	15.841	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	15.980	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	15.980	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.13 Leistungen für Asylbewerber



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Herrichtung/Umbau Flüchtlingsunterkünfte										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	139								533.662	533.662
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	139								533.662	533.662
= Summe	139									

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.13 Leistungen für Asylbewerber



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	15.841	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	15.841	60.000	40.000	40.000		40.000	40.000	40.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800124 Soziale Einrichtungen GVG

5.800186 Soziale Einrichtungen IPM

Für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Haushaltsgeräten ist für den Planungszeitraum 2020 bis 2024 jährlich ein Ansatz in Höhe von 40.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800124	GVG	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.800186	IPM	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Summe:		40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €

1.31.31 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege

420

Teilplanbeschreibung: 1.31.31

Freie Träger der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe erhalten für die Realisierung ihrer Aufgaben Zuschüsse. Zu den Aufgaben gehört auch die soziale Betreuung der Asylbewerber. Überwiegend ist die Aufgabenwahrnehmung vertraglich geregelt. Über die Umsetzung der Aufgaben berichten die Träger dem Sozialausschuss und dem Jugendhilfeausschuss.

Darüber hinaus erfolgt hier die Zahlung des Pflegewohngeldes an die Träger der stationären Einrichtungen zur Finanzierung der Investitionsaufwendungen.

Zielgruppe:

Zielgruppe der Förderleistungen sind die stationären Einrichtungen sowie freie Träger der Jugendhilfe und Wohlfahrtsverbände

Auftragsgrundlage:

Landespflegegesetz (PfG NRW)
Pflegeeinrichtungsförderverordnung (PfFEinrVO)
Ratsbeschluss vom 02.11.2000
SGB VIII, SGB XII, Ratsbeschlüsse
Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.31 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-217.375	-372.500					
3	+ Sonstige Transfererträge	-23.837						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-46.403	-17.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-287.615	-389.500	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.112						
16	- Bilanzielle Abschreibungen							
17	- Transferaufwendungen	10.851.418	10.678.955	11.475.922	11.835.922	12.072.640	12.314.093	12.560.375
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.114						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.31 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	10.855.644	10.678.955	11.475.922	11.835.922	12.072.640	12.314.093	12.560.375
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	10.568.030	10.289.455	11.455.922	11.815.922	12.052.640	12.294.093	12.540.375
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	10.568.030	10.289.455	11.455.922	11.815.922	12.052.640	12.294.093	12.540.375
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	10.568.030	10.289.455	11.455.922	11.815.922	12.052.640	12.294.093	12.540.375
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	908.304	903.431	917.559	945.314	953.562	962.515	971.078
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	11.476.334	11.192.886	12.373.481	12.761.236	13.006.203	13.256.608	13.511.453

Sonstige ordentliche Erträge:

Erstattung Sozialleistungen aus Vorjahren in Einrichtungen örtlicher Träger.

Transferaufwendungen:

Aufwendungen für Pflegewohngeld.

Aufwendungszuschüsse für Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen.

Zuschüsse an übrige Bereiche der Aufwendungen für u.a. Beratungsbesuche, Ausbildungsumlage.

Zuschüsse an die freien Träger der Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz und Diakonisches Werk) + DPWV + Freiwilligenzentrale Hagen.

HSP-Maßnahme:

14_55.157 Verträge mit fünf Hagener Wohlfahrtsverbänden, hier Wegfall der Pauschalzuweisung

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.31 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege

**Produktergebnisse des Teilplans 3131 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.31.31.40	Förderung Träger der Wohlfahrtspflege	11.476.334	11.192.886	12.373.481	12.761.236	13.006.203	13.256.608	13.511.453
Summe		11.476.334	11.192.886	12.373.481	12.761.236	13.006.203	13.256.608	13.511.453

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.31 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.370.919	-372.500						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-23.837							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-29.465	-17.000	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.424.220	-389.500	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.100							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	11.076.528	10.678.955	11.475.922	11.835.922		12.072.640	12.314.093	12.560.375
15	- sonstige Auszahlungen	2.488							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.080.115	10.678.955	11.475.922	11.835.922		12.072.640	12.314.093	12.560.375
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	9.655.895	10.289.455	11.455.922	11.815.922		12.052.640	12.294.093	12.540.375

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.31 Förderung Träger der Wohlfahrtspflege



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.31.33 Grundsicherung im Alter u. b. Erwerbsm.

428

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.31 Soziale Leistungen

1.31.33 Grundsicherung im Alter u. b. Erwerbsm.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-66.296							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-4.276							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-70.573							
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	3.083							
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.083							
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-67.489							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.31 Soziale Leistungen

1.31.33 Grundsicherung im Alter u. b. Erwerbsm.



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

*Ausweisung von Zahlungen aus Vorjahren auf Teilplänen, die im Rahmen der Stammdatenrestrukturierung ab 01.01.2018 zusammengefasst wurden.

1.31.51 Sonstige soziale Leistungen

431

Teilplanbeschreibung: 1.31.51

In diesem Teilplan werden sowohl Beratungsleistungen, finanzielle Hilfen (Ausbildungsförderung bei schulischer Ausbildung, Wohngeld als Zuschuss zu den Unterkunftsaufwendungen, Unterstützung von Frauen in Frauenhäusern, finanzielle Hilfen für Arbeitgeber zur behindertengerechten Ausstattung eines Arbeitsplatzes, Leistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) als auch unterstützende und gewährleistende Funktionen bei Amtsvormundschaften und Beistandschaften gebündelt. Durch die Amtsvormundschaft wird die volle und anteilige gesetzliche Vertretung von minderjährigen Kindern und Jugendlichen gewährleistet, da Eltern hierfür ausgefallen sind. Im Wege der Beistandschaft wird die Realisierung von Unterhaltsansprüchen von minderjährigen Kindern gegenüber ihren unterhaltspflichtigen Eltern(-teilen) geltend gemacht und verfolgt, da der Beistand - wenn es über die Beratung und Unterstützung hinausgeht - gesetzlich legitimer Vertreter des Kindes ist.

Die Stadt Hagen zahlt Unterhaltsvorschüsse, wenn der Unterhaltspflichtige keinen oder nicht ausreichend Unterhalt leisten kann. Das Land beteiligt sich anteilig an den Unterhaltsvorschussleistungen. Die UVG-Heranziehung wurde zum 01.07.2019 vom Land übernommen.

Die Betreuungsstelle informiert bei allgemeinen betreuungsrechtlichen Fragen, erstellt Sozialgutachten für das Gericht, Vorsorgevollmachten, Patienten- und Betreuungsverfügungen. Sie betreut volljährige Menschen, die aufgrund einer geistigen, psychischen oder seelischen Krankheit oder Behinderung ihre rechtlichen Angelegenheiten nicht alleine regeln können.

Darüber hinaus gewährt die Kommune Leistungen für Bildung und Teilhabe für Empfänger von SGB XII – Leistungen und Leistungsberechtigte nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG). Der Bund erstattet die gesamten Leistungen für Empfänger nach dem BKGG.

Zielgruppe:

Schüler, die eine förderungsfähige schulische Ausbildung absolvieren
Mieter von Wohnraum und Eigentümer des selbst genutzten Wohnraums

Im Bereich der Vormundschaft: Minderjährige

Im Bereich der Beistandschaft: ein Elternteil

Alle Personen, die in sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten betroffen sind

AOK Sachsen-Anhalt, LAG-Anspruchsberechtigte

Unterhaltsberechtigter Kinder

Schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben und Arbeitnehmer, die schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind.

Volljährige Menschen, die aufgrund einer geistigen, psychischen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage sind, ihre rechtlichen Angelegenheiten zu vertreten, ehrenamtliche Betreuer, Berufsbetreuer, Betreuungsvereine

Anspruchsberechtigte von BuT-Leistungen

Auftragsgrundlage:

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Wohngeldgesetz (WoGG)

Sozialgesetzbuch Zweites, Viertes, Achtes und Neuntes Buch (SGB II, IV, IIX, IX)

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

§ 276 Lastenausgleichsgesetz (LAG)

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Betreuungsbehördengesetz (BtBG)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.51 Sonstige soziale Leistungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-222.889	-238.180	-238.181	-238.180	-240.562	-242.966	-245.395
3	+ Sonstige Transfererträge	-798.108	-607.500	-402.000	-350.000	-357.000	-364.140	-371.423
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-42.805	-27.000	-31.000	-31.000	-31.620	-32.252	-32.897
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.208.222	-4.615.609	-5.810.569	-5.950.569	-6.069.569	-6.190.949	-6.314.756
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-358.466	-67.688	-213.254	-223.254	-223.254	-223.254	-223.254
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-6.630.490	-5.555.977	-6.695.003	-6.793.002	-6.922.004	-7.053.561	-7.187.725
11	- Personalaufwendungen	2.408.263	2.347.219	2.495.337	2.537.560	2.560.170	2.583.006	2.606.070
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	2.018.508	1.975.002	2.231.878	2.260.988	2.283.598	2.306.434	2.329.498
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	389.755	372.216	263.459	276.572	276.572	276.572	276.572
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	329.794	355.900	249.500	256.500	259.065	261.656	264.272
16	- Bilanzielle Abschreibungen	41.694	70	71	70	71	70	71
17	- Transferaufwendungen	8.149.375	6.764.400	8.477.000	8.677.000	8.850.540	9.027.551	9.208.102
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.545	4.103	6.990	7.490	7.565	7.640	7.717

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.51 Sonstige soziale Leistungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	10.931.672	9.471.691	11.228.898	11.478.620	11.677.411	11.879.923	12.086.232
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	4.301.182	3.915.714	4.533.894	4.685.618	4.755.406	4.826.362	4.898.507
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	4.301.182	3.915.714	4.533.894	4.685.618	4.755.406	4.826.362	4.898.507
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	4.301.182	3.915.714	4.533.894	4.685.618	4.755.406	4.826.362	4.898.507
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							-1
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.982.866	2.016.484	2.051.184	2.077.050	2.093.078	2.111.242	2.128.578
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.284.048	5.932.199	6.585.079	6.762.667	6.848.484	6.937.605	7.027.085

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Mittel der Ausgleichsabgabe (siehe Transferaufwendungen).

Sonstige Transfererträge:

Ansprüche gegen Unterhaltspflichtige (Rückstände), Abgabe der Heranziehung an das Land.

HSP-Maßnahme:

12_55.001 Mehreinnahmen Unterhaltsvorschussleistungen

Nachrichtlich: Ab 01.07.2019 wird die Heranziehungsaufgabe auf das Land übergehen und somit könne die Maßnahme nur noch bis zum 30.06.2019 als von der Stadt Hagen steuerbare HSP-Maßnahme angesehen werden.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen an das Land der nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) zu erbringenden Leistungen (siehe Transferaufwendungen).

Erstattung Bildung und Teilhabe vom Bund (siehe Transferaufwendungen).

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Erstattungen an das Land, da die UVG-Heranziehung vom Land übernommen wird.

Aufwendungen für höhere Inanspruchnahme von Hagenerinnen in auswärtigen Frauenhäusern.

Transferaufwendungen:

Leistungen UVG (siehe Kostenerstattungen und Kostenumlagen).

Transferaufwendungen im Rahmen von Bildung und Teilhabe (z.B. mehrtägige Klassenfahrten, Lernförderung, Schulbedarf, Mittagsverpflegung) (siehe Transferaufwendungen).

Aufwendungen für Mittel aus der Ausgleichsabgabe (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Gerichtsverfahren.

Produktergebnisse des Teilplans 3151 Sonstige soziale Leistungen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.31.51.40	Sonstige soziale Leistungen a. E.	2.335.422	2.158.427	2.284.503	2.337.819	2.359.800	2.382.675	2.405.418
1.31.51.41	Leistungen nach dem UVG	2.065.812	2.123.396	2.673.718	2.808.093	2.857.317	2.907.678	2.958.832
1.31.51.42	Sonstige soziale Leistungen i. E.	1.287.012	1.353.342	1.312.532	1.334.571	1.346.325	1.359.158	1.371.794
1.31.51.43	BuT-Leistungen	595.801	297.034	314.327	282.185	285.042	288.094	291.040
Summe		6.284.048	5.932.199	6.585.079	6.762.667	6.848.484	6.937.605	7.027.085

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen
1.31.51 Sonstige soziale Leistungen


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-231.880	-238.110	-238.110	-238.110		-240.491	-242.896	-245.325
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-254.086	-607.500	-402.000	-350.000		-357.000	-364.140	-371.423
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35.565	-27.000	-31.000	-31.000		-31.620	-32.252	-32.897
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-5.208.222	-4.615.609	-5.810.569	-5.950.569		-6.069.569	-6.190.949	-6.314.756
7	+ Sonstige Einzahlungen	-193.911	-4.100	-155.241	-165.241		-165.241	-165.241	-165.241
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.923.664	-5.492.319	-6.636.920	-6.734.920		-6.863.921	-6.995.478	-7.129.642
10	- Personalauszahlungen	2.020.008	1.975.002	2.231.878	2.260.988		2.283.598	2.306.434	2.329.498
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	309.182	355.900	249.500	256.500		259.065	261.656	264.272
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	8.632.346	6.764.400	8.477.000	8.677.000		8.850.540	9.027.551	9.208.102
15	- sonstige Auszahlungen	2.909	4.103	6.990	7.490		7.565	7.640	7.717
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.964.444	9.099.405	10.965.368	11.201.978		11.400.768	11.603.281	11.809.589
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.040.780	3.607.086	4.328.448	4.467.058		4.536.847	4.607.803	4.679.947

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.31 Soziale Leistungen

1.31.51 Sonstige soziale Leistungen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

1.36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	439
1.36.30	Leistungen für junge Menschen/Familien	445
1.36.50	Tageseinrichtungen für Kinder	459
1.36.60	Jugendarbeit	481

Haushaltsplan 2020/2021

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-31.586.869	-42.965.273	-36.608.989	-40.405.432	-38.749.971	-36.095.300	-36.450.033
3	+ Sonstige Transfererträge	-4.784.840	-7.135.000	-4.056.500	-3.887.500	-3.965.250	-4.044.555	-4.125.446
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.341.960	-5.273.650	-6.339.125	-5.349.125	-5.456.108	-5.565.230	-5.676.534
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-337.770	-364.500	-492.650	-492.650	-502.503	-512.553	-522.804
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.205.888	-1.466.253	-1.579.253	-1.579.253	-1.610.793	-1.642.964	-1.675.778
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-800.296	-193.916	-121.599	-121.600	-118.144	-118.145	-118.145
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-46.057.623	-57.398.592	-49.198.115	-51.835.559	-50.402.768	-47.978.746	-48.568.740
11	- Personalaufwendungen	25.084.574	24.958.923	27.356.296	28.394.356	28.673.075	28.954.581	29.238.903
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	24.363.586	24.651.867	26.915.149	27.871.942	28.150.661	28.432.168	28.716.489
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	720.988	307.056	441.147	522.414	522.414	522.414	522.414
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.056.756	3.301.705	4.372.081	4.493.692	4.538.629	4.584.016	4.629.856
16	- Bilanzielle Abschreibungen	402.668	275.265	600.436	559.681	555.102	553.637	536.738
17	- Transferaufwendungen	74.461.798	85.192.558	81.844.396	84.909.381	86.607.569	88.339.720	90.106.515
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.740.161	1.126.133	1.122.173	1.122.233	1.122.695	1.123.161	1.123.632

Haushaltsplan 2020/2021

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	107.745.957	114.854.584	115.295.382	119.479.343	121.497.070	123.555.115	125.635.644
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	61.688.334	57.455.992	66.097.267	67.643.784	71.094.303	75.576.369	77.066.904
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	26						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	26						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	61.688.361	57.455.992	66.097.267	67.643.784	71.094.303	75.576.369	77.066.904
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	61.688.361	57.455.992	66.097.267	67.643.784	71.094.303	75.576.369	77.066.904
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen			-10.931	-10.977	-11.038	-11.125	-11.197
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.471.234	6.263.777	7.878.001	7.870.187	7.921.490	7.908.023	7.964.770
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	68.159.595	63.719.768	73.964.337	75.502.994	79.004.754	83.473.267	85.020.477

Haushaltsplan 2020/2021

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-28.027.484	-35.497.246	-32.771.200	-34.774.290		-35.122.033	-35.473.253	-35.827.986
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-8.406.034	-7.135.000	-4.056.500	-3.887.500		-3.965.250	-4.044.555	-4.125.446
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.407.898	-5.273.650	-6.339.125	-5.349.125		-5.456.108	-5.565.230	-5.676.534
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-351.596	-364.500	-492.650	-492.650		-502.503	-512.553	-522.804
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.049.312	-1.466.253	-1.579.253	-1.579.253		-1.610.793	-1.642.964	-1.675.778
7	+ Sonstige Einzahlungen	-889.790	-79.800	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-45.132.114	-49.816.449	-45.240.727	-46.084.817		-46.658.686	-47.240.554	-47.830.548
10	- Personalauszahlungen	24.810.421	24.651.867	26.915.149	27.871.942		28.150.661	28.432.168	28.716.489
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.138.657	3.301.705	4.372.081	4.493.692		4.538.629	4.584.016	4.629.856
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	26							
14	- Transferauszahlungen	73.705.374	85.192.558	81.844.396	84.909.381		86.607.569	88.339.720	90.106.515
15	- sonstige Auszahlungen	1.252.055	50.070	46.110	46.170		46.632	47.098	47.569
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	103.906.534	113.196.200	113.177.736	117.321.186		119.343.492	121.403.002	123.500.429
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	58.774.419	63.379.751	67.937.009	71.236.368		72.684.806	74.162.447	75.669.881

Haushaltsplan 2020/2021

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-7.065.583	-1.721.300	-5.290.000	-5.628.000		-376.000	-536.000	
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-18.951							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-7.084.534	-1.721.300	-5.290.000	-5.628.000		-376.000	-536.000	
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	118.242	116.036	117.777	119.543		121.337	123.157	125.004
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.533.862	2.546.000	5.335.500	6.092.000	4.400.000	495.000	725.000	
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	152.928	192.700	859.300	689.300		318.500	318.500	318.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	708.300		500.000	300.000				
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	8.513.332	2.854.736	6.812.577	7.200.843	4.400.000	934.837	1.166.657	443.504
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.428.798	1.133.436	1.522.577	1.572.843	4.400.000	558.837	630.657	443.504

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

445

Teilplanbeschreibung: 1.36.30

Der Teilplan beinhaltet Leistungen für die stationären und ambulanten Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII in vielfältiger Form. Dazu gehören auch Eingliederungshilfen bei seelischer Behinderung, Hilfen für junge Volljährige, Betreuung in Notsituationen und bei Kindeswohlgefährdungen sowie die Adoptionen. Das Jugendamt ist in Fällen von Kindeswohlgefährdungen in der Garantenpflicht. Ansprüche auf Erziehungshilfe bestehen, wenn bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Entscheidungen werden im Einzelfall vom Allgemeinen Sozialen Dienst getroffen. Die Arbeit ist in einem Qualitätshandbuch beschrieben. Im Zuge der Flüchtlingswelle wird auch die Betreuung und Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gewährleistet. Diese Leistung wird zu 100% vom Land finanziert.

Darüber hinaus werden Beratungsangebote der Drogenhilfe Hagen und Erziehungsberatung erbracht. Die Drogenhilfe Hagen arbeitet in den Arbeitsfeldern Suchtberatung und Vermittlung, Suchtberatung Gevelsberg, Prävention, psychosoziale Betreuung Substituierter. Sie unterhält eine drogentherapeutische Ambulanz mit Café und niederschweligen Hilfeangeboten. Die Erziehung- und Familienberatungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern bietet Beratung und Therapie in Erziehungsfragen, bei Entwicklungsproblemen, Konflikten im Zusammenleben sowie bei Belastungen in besonderen Lebenslagen.

Im Zuge der demografischen Veränderungen ist die Integration von Migranten als wichtiges Aufgabenfeld identifiziert worden. In diesem Zusammenhang bietet das Kommunale Integrationszentrum Leistungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich, z.B. durch Initiierung und Durchführung von Sprachförderangeboten, Hilfen bei den Übergängen vom Elementarbereich zur Schule und von der Schule in den Beruf sowie Beratung und Projektarbeit. Das Kommunale Integrationszentrum nimmt die Aufgabe Integration als Querschnittsaufgabe wahr und setzt mit Partnern das Kommunale Integrationskonzept um (z.B. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung). Im Kommunalen Integrationszentrum arbeiten kommunale und Landes-Bedienstete (Beratungslehrer).

Zielgruppe:

Eltern, Personensorgeberechtigte, Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Schwangere, abgebende Eltern, Adoptivbewerber, Adoptiveltern, Adoptivkinder, Stiefeltern, Benutzer von illegalen Drogen und deren Angehörige, Schulen, Vereine und gesellschaftliche Gruppen, Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Organisationen

Auftragsgrundlage:

Sozialgesetzbuch Achstes Buch (SGB VIII), insbes. §§ 16 - 42, 44, 50 - 52, 85 - 97 SGB VIII
Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG)
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
Adoptionsvermittlungsgesetz, Adoptionswirkungsgesetz
Gesetz z. Haager Übereinkommen über den Schutz v. Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet d. internationalen Adoption, JHA-Beschluss vom 24.10.2001
Jugendgerichtsgesetz (JGG)
Strafprozessordnung (StPO)
SGB XII; SGB V; SGB VI; Betäubungsmittelgesetz (BtmG); Betäubungsmittelverschreibungsverordnung (BtmVV)
Förderrichtlinien Kommunale Integrationszentren, Integrations- und Teilhabegesetz

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.688.806	-1.294.042	-1.229.820	-1.055.676	-1.066.232	-1.076.893	-1.087.662
3	+ Sonstige Transfererträge	-4.201.983	-7.135.000	-3.486.500	-3.266.500	-3.331.830	-3.398.467	-3.466.436
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.500	-2.750	-2.500	-2.500	-2.550	-2.601	-2.653
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-19.508	-8.000	-14.000	-14.000	-14.280	-14.566	-14.857
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.030.428	-1.465.734	-1.577.734	-1.577.734	-1.609.274	-1.641.444	-1.674.259
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-128.214	-63.588	-70.904	-70.904	-70.904	-70.904	-70.904
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-8.071.439	-9.969.114	-6.381.458	-5.987.314	-6.095.070	-6.204.875	-6.316.771
11	- Personalaufwendungen	6.315.940	6.133.983	6.114.298	6.209.875	6.268.594	6.327.899	6.387.798
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	5.911.156	5.806.291	5.799.901	5.871.843	5.930.562	5.989.867	6.049.766
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	404.784	327.692	314.397	338.032	338.032	338.032	338.032
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.278.958	2.661.640	3.364.759	3.515.370	3.550.524	3.586.029	3.621.890
16	- Bilanzielle Abschreibungen	6.505	77	3.733	3.733	3.546	3.858	3.858
17	- Transferaufwendungen	30.322.411	35.283.210	31.735.806	32.608.132	33.260.295	33.925.501	34.604.011
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.035	18.020	3.250	3.310	3.343	3.377	3.410

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	41.976.849	44.096.930	41.221.846	42.340.421	43.086.302	43.846.664	44.620.967
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	33.905.410	34.127.816	34.840.388	36.353.107	36.991.232	37.641.789	38.304.196
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	26						
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	26						
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	33.905.436	34.127.816	34.840.388	36.353.107	36.991.232	37.641.789	38.304.196
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	33.905.436	34.127.816	34.840.388	36.353.107	36.991.232	37.641.789	38.304.196
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		-77	-14.587	-14.633	-14.507	-14.906	-14.978
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.117.203	2.976.578	3.590.823	3.619.862	3.657.135	3.690.541	3.720.447
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	37.022.640	37.104.317	38.416.624	39.958.336	40.633.860	41.317.423	42.009.665

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuweisungen vom Bund für das Projekt „Kita-Einstieg“ (2020).

Zuweisungen vom Land für „Frühe Hilfen“ für Netzwerkarbeit und spezielle Angebote.

Refinanzierung der Personalkosten vom Land für die Suchtberatungen Hagen und Gevelsberg,

Refinanzierung für die Bereiche Prävention, psychologische Betreuung Substituierter, Drogenhilfe Hagen.

Refinanzierung der Personalkosten der Stadt Gevelsberg für die Suchtberatung Gevelsberg.

Refinanzierung der Personalkosten für den Bildungskordinator.

Zuwendungen für die Maßnahmen „KOMM AN“ und „Integrationschancen für Kinder und Familien“ (IfKuF) sowie Sprachmittler- Einsatz beim Kommunalen Integrationszentrum.

Refinanzierung der Projekte zur Integration von EU-Binnenmigranten.

Refinanzierung der Personalkosten für die Erziehungsberatung.

(Siehe Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Transferaufwendungen).

Sonstige Transfererträge:

Erträge Kostenpflichtiger und Unterhaltsverpflichteter sowie Kostenersätze durch Dritte (Kindergeld, Renten, etc.).

Kostenerstattungen von Sozialleistungsträger (z.B. LWL) örtlicher Träger (siehe Transferaufwendungen).

Ertrag für die Sachleistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA). Der Aufwand ist in gleicher Höhe bei den Transferaufwendungen geplant.

Erstattungen Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII, § 19 SGB VIII (siehe Transferaufwendungen).

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erträge für Hilfen zur Erziehung, für die auswärtige örtl. Organe der Jugendhilfe kostenpflichtig sind und Hilfen, für die Hagen örtl. zuständig ist, während der Erstattungspflichtige finanziell zuständig bleibt (junge Erwachsene).

Erstattungen von Gemeinden für die von der Stadt Hagen übernommenen Fälle Hilfe zur Erziehung.

(Siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonstige ordentliche Aufwendungen).

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (vor allem Personalrückstellungen).

Personalaufwendungen:

HSP-Maßnahme:

16 55.009 Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten (siehe auch Transferaufwendungen)

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für die gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern mit Kind (§ 19 SGB VIII), Betreuung (Kinder in Notsituationen, § 20 SGB VIII), Erstattungen an Gemeinden für die Inobhutnahme (§ 42 SGB VIII) bei Jugendämtern außerhalb von Hagen und sonstige Maßnahmen (Adoptionspflege, Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht, Kosten für Werbung und Schulung, Beihilfen, Zuschüsse etc.).

Transferaufwendungen Kinderschutz.

Erstattungen an Gemeinden für die Fälle nach §§ 30, 31, 33, 34, 35 a, 41 SGB VIII, für die die Stadt Hagen zuständig ist. Honorarverträge insbesondere für die Projekte IfKuF, Sprachmittler, Kommunale Integrationszentrum.

(Siehe Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge sowie Kostenerstattungen und Kostenumlagen).

Transferaufwendungen:

Transferaufwendungen Kinderschutz, Zuschüsse der Projekt zur Integration der Binnenmigranten.

Hilfe zur Erziehung nach § 20, § 42 SGB VII.

Krankenhilfen für UMAs.

Kosten der Erziehung (Pflegesatz) in Familien, Erziehungshilfe in Einrichtungen (Heimen, sonstige betreute Wohnformen), soziale Gruppenarbeit nach § 29, Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer nach § 30, sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31, Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32, Vollzeitpflege nach § 33, Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform nach § 34, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung nach § 35 sowie , Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35 a SGB VIII. (Siehe sonstige Transfererträge).

HSP-Maßnahmen:

11_55.161 Hilfen zur Erziehung (nur Tagesgruppen)

16_55.009 Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten (siehe auch Personalaufwendungen)

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

**Produktergebnisse des Teilplans 3630 Leistungen für junge Menschen/Familien**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.36.30.40	Förd.v. Kindern/Jugendl. m. Migrationsh.	438.271	232.276	580.138	619.849	628.375	634.976	641.028
1.36.30.41	Hilfe zur Erziehung SGB VIII	31.315.412	31.923.696	31.923.312	33.278.643	33.851.206	34.436.939	35.032.364
1.36.30.42	And. Aufg. Jugendhilfe SGB VIII	3.991.189	3.570.707	4.174.085	4.281.778	4.341.089	4.402.997	4.465.423
1.36.30.43	Kinderschutz	705.362	734.708	971.808	990.237	1.011.382	1.032.964	1.054.991
1.36.30.44	Suchtberatung und Therapievermittlung	572.406	642.929	767.281	787.829	801.808	809.547	815.860
Summe		37.022.640	37.104.317	38.416.624	39.958.336	40.633.860	41.317.423	42.009.665

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien


Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Ausgeglichener Haushalt
Produkt	1.36.30.41 Hilfe zur Erziehung SGB VIII
Produktbereich	36 Jugend
Teilplan	3630 Leistungen für junge Menschen und Familien
Produktverantwortlicher	Frau Lossau
Fachbereich	55 Jugend und Soziales
Ziel operativ	(1) Der gesetzliche Auftrag "Schutz des Kindeswohls" ist sichergestellt (2) - Stärkung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zum Erhalt und/oder Verbesserung ihrer Lebensbedingungen - Stärkung und Unterstützung der Erziehungsfähigkeit von Eltern in Hagen (3) Hilfen zur Erziehung werden zuvorderst als ambulante Leistungen gewährt

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Transferaufwendungen für Hilfe zur Erziehung pro Einwohner U21	€	Transferaufwendungen HzE/ Einwohner U21	790	723	680	819	714	737
Erträge für Hilfe zur Erziehung pro Einwohner U21	€	Erträge HzE/ Einwohner U21	-232	-175	-152	-214	-126	-120
Quote ambulante Hilfen (§§ 27, 29 - 31, 35 a, 41/27, 41/30, 41/31, 41/35 a)	%	Anzahl ambulante Hilfe / Anzahl Hilfen gesamt	61%	62%	63%	62%	63%	63%
Quote stationäre Hilfen (§§ 32 - 35 a, 41/33, 41/34, 41/35, 41/35 a)	%	Anzahl stationäre Hilfen / Anzahl Hilfen gesamt	39%	38%	37%	38%	37%	37%
Transferaufwendungen für stationäre Hilfe zur Erziehung pro Einwohner U21 (Leistungen nach §§ 33 und 34 SGB VIII)	€	Transferaufwendungen HzE SGB VIII/ Einwohner U18	416	386	386	437	409	432
Transferaufwendungen für stationäre Hilfe zur Erziehung pro Empfänger von Erziehungshilfeleistungen (Leistungen nach §§ 33&34 SGB VIII)	€	Transferaufwendungen HzE SGB VIII/ Hilfeempfänger	20.488	20.300	21.630	24.857	23.286	24.571

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz2019	Ansatz2020	Ansatz2021
Transferaufwendungen für Hilfe zur Erziehung gesamt*	€		31.163.905	28.688.751	27.095.079	32.646.000	28.475.547	29.386.314
Ordentliche Erträge für Hilfe zur Erziehung gesamt	€		-9.138.835	-6.938.624	-6.055.108	-8.542.000	-5.008.500	-4.788.500
Transferaufwendungen nach §§ 33, 34 SGB VIII	€		16.390.384	15.306.386	15.379.097	17.400.000	16.300.000	17.200.000
Anzahl Hilfen gesamt	Anz.		2.032	1.960	1.897	1.850	1.870	1.900
Anzahl Hilfen nach §§ 33, 34 SGB VIII	Anz.		800	754	711	700	700	700
Einwohner U21**	Pers.		39.442	39.672	39.860	39.860	39.860	39.860

*Die Planung für den Haushaltsansatz 2019 erfolgte auf Basis des Ergebnisses aus 2016.

** Die Einwohner U21 wurden für die Jahre 2019-2021 aus dem Jahr 2018 übernommen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.788.932	-1.294.042	-1.229.743	-1.055.599		-1.066.155	-1.076.816	-1.087.585
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-7.856.363	-7.135.000	-3.486.500	-3.266.500		-3.331.830	-3.398.467	-3.466.436
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.500	-2.750	-2.500	-2.500		-2.550	-2.601	-2.653
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-19.508	-8.000	-14.000	-14.000		-14.280	-14.566	-14.857
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.875.410	-1.465.734	-1.577.734	-1.577.734		-1.609.274	-1.641.444	-1.674.259
7	+ Sonstige Einzahlungen	-30.278							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-11.572.990	-9.905.526	-6.310.476	-5.916.332		-6.024.088	-6.133.894	-6.245.789
10	- Personalauszahlungen	6.078.586	5.806.291	5.799.901	5.871.843		5.930.562	5.989.867	6.049.766
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.590.625	2.661.640	3.364.759	3.515.370		3.550.524	3.586.029	3.621.890
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	26							
14	- Transferauszahlungen	29.659.477	35.283.210	31.735.806	32.608.132		33.260.295	33.925.501	34.604.011
15	- sonstige Auszahlungen	55.968	18.020	3.250	3.310		3.343	3.377	3.410
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	39.384.683	43.769.161	40.903.716	41.998.656		42.744.724	43.504.774	44.279.077
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	27.811.693	33.863.636	34.593.240	36.082.324		36.720.635	37.370.880	38.033.288

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-3.082.675							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-3.082.675							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.938	8.400	8.000	8.000		7.500	7.500	7.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	3.938	8.400	8.000	8.000		7.500	7.500	7.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-3.078.737	8.400	8.000	8.000		7.500	7.500	7.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Projekte Landesprog. Hilfen im Städtebau										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-3.082.675								-3.082.675	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	0								0	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.082.675								-3.082.675	
= Summe	-3.082.675									

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.938	8.400	8.000	8.000		7.500	7.500	7.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.938	8.400	8.000	8.000		7.500	7.500	7.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800131 Sonst. Einrichtungen f. Jugendliche u. Familie GVG
- 5.800162 Sonst. Einrichtungen f. Jugendliche u. Familie IPM
- 5.800185 Förderung junger Menschen GVG
- 5.800236 Reg. Arbeitsstelle f. ausl. Jugendl.,GVG
- 5.800284 Familienzentrum Ausstattung

Für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen sind im Planungszeitraum 2020 - 2021 jeweils Mittel in Höhe von insgesamt 8.000 sowie in 2022 -2024 von 7.500 € vorgesehen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800131	GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800162	IPM	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800185	GVG	500 €	500 €			
5.800236	GVG	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
5.800284	IPM	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Summe :		8.000 €	8.000 €	7.500 €	7.500 €	7.500 €

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

459

Teilplanbeschreibung: 1.36.50

Die Tagespflege stellt einen wichtigen Beitrag der Kinderbetreuung dar. Aufgabe der Tagespflege ist es, die Eigenständigkeit der Kinder zu fördern, damit sie sich zu gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln. Frühkindliche Bildungsprozesse sollen von Geburt an unterstützt werden. Die Tagespflegeeltern sollen die Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich das Kind aktiv mit seiner Umwelt auseinandersetzt und sich entwickeln kann. In diesem Zusammenhang zählt die Vermittlung von Tagespflegepersonen, die sich konkret an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern orientieren, zu den Kernaufgaben der Tagespflege.

Des Weiteren wird im Rahmen der Tagespflege eine kontinuierliche Begleitung der Pflegeverhältnisse durch Beratung der Eltern und der Tagespflegepersonen gewährleistet. Die Beratung erfolgt zum Teil vor Ort bei der Tagespflegeperson oder alternativ im Jugendamt. Die Akquise von Tagespflegepersonen und deren Qualifizierung in Zusammenarbeit mit dem Tagesmütterwerk ergänzt das Aufgabenspektrum.

Dem besonderen Bedarf an einer Individualförderung der Kinder wird durch eine gezielte Sprachförderung Rechnung getragen. Diese Sprachförderung wird im Rahmen des Rucksackprojektes zusätzlich auch auf die Mütter ausgedehnt, bei denen ein Sprachförderbedarf besteht.

Darüber hinaus werden die finanziellen Aufwendungen und Erträge für die eigenen 24 Kindertageseinrichtungen (Kita) der Stadt und für die Kitas von freien Trägern und Elterninitiativen abgebildet. Der Ausbau weiterer Kindertageseinrichtungen wird in 2020 und 2021 erfolgen. Die Kindertageseinrichtungen haben einen eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Die einzelnen Einrichtungen unterscheiden sich hinsichtlich ihres Betreuungsangebotes.

Das Land beteiligt sich im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) an den Kosten.

Zielgruppe:

Kinder von Alleinerziehenden oder Elternpaaren, die für einen Teil des Tages die Betreuung ihrer Kinder nicht selbst wahrnehmen können, weil sie berufstätig sind, sich in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, an einer Fortbildung oder einem Sprachkurs teilnehmen, ein Studium absolvieren oder sich in einer besonderen Krisensituation befinden

Kinder von 4 Monaten bis 14 Jahren und ihre Erziehungsberechtigten

Auftragsgrundlage:

Sozialgesetzbuch Achstes Buch (SGB VIII)

Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Kinderförderungsgesetz (KiföG)

Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)

Ratsbeschlüsse vom 13.12.2018 (aktuelle Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung).

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-27.586.004	-39.468.945	-32.584.931	-36.561.838	-34.873.203	-32.186.832	-32.504.720
3	+ Sonstige Transfererträge	-582.856		-570.000	-621.000	-633.420	-646.088	-659.010
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.333.511	-5.263.600	-6.330.000	-5.340.000	-5.446.800	-5.555.736	-5.666.851
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-237.144	-270.000	-400.000	-400.000	-408.000	-416.160	-424.483
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-174.219	-439	-439	-439	-439	-439	-439
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-595.261	-12.718	-12.892	-12.892	-12.892	-12.892	-12.892
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-35.508.996	-45.015.702	-39.898.262	-42.936.169	-41.374.754	-38.818.147	-39.268.394
11	- Personalaufwendungen	15.536.931	15.654.313	17.728.619	18.527.027	18.711.682	18.898.184	19.086.551
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	15.383.499	15.803.482	17.713.611	18.465.566	18.650.222	18.836.724	19.025.091
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	153.432	-149.168	15.008	61.461	61.461	61.461	61.461
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	417.240	417.400	574.382	574.382	580.126	585.927	591.786
16	- Bilanzielle Abschreibungen	202.780	80.470	397.497	264.532	230.120	241.981	238.816
17	- Transferaufwendungen	40.688.322	46.734.700	45.776.633	47.890.090	48.847.892	49.824.850	50.821.347
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.419.031	736.261	751.761	751.761	751.916	752.073	752.231

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	58.264.304	63.623.144	65.228.892	68.007.792	69.121.736	70.303.015	71.490.731
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	22.755.307	18.607.443	25.330.630	25.071.623	27.746.982	31.484.868	32.222.337
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	22.755.307	18.607.443	25.330.630	25.071.623	27.746.982	31.484.868	32.222.337
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	22.755.307	18.607.443	25.330.630	25.071.623	27.746.982	31.484.868	32.222.337
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.546.837	3.283.907	4.575.991	4.565.514	4.595.132	4.553.192	4.583.983
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	26.302.145	21.891.349	29.906.621	29.637.137	32.342.114	36.038.060	36.806.319

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

**Zuwendungen und allgemeine Umlagen:**

Bundesprogramm Sprach-Kitas, Zuschuss für Sprachförderkräfte.

Zuweisungen vom Landesjugendamt für Kindertageseinrichtungen (Kindpauschalen gem. 21 Absatz 1 KiBiz, Mieten gem. § 21 Absatz 7 KiBiz und Ausgleich für die Elternbeitragsbefreiung gem. § 21 Absatz 10 und § 22 Absatz 4 KiBiz).

Zuweisungen des Landesjugendamtes für Kinder in Kindertagespflege gem. § 22 Absatz 1 KiBiz.

(Siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen).

Sonstige Transfererträge:

Elternbeiträge bei der Kindertagespflege unter Berücksichtigung des zweiten beitragsfreien Jahres (siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen).

HSP-Maßnahmen:

15_55.002 Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege

16_55.002 Änderung der Elternbeitragssatzung für die Tagespflege (2%-ige jährliche Anpassung)

Nachrichtlich: Mit Beschluss des Rates vom 23.05.2019 wird die Dynamisierung der Kindertagespflege-Beiträge befristet für die Kindergartenjahre 2019/2020 bis 2021/2022 ausgesetzt, Vorlage 0494/2019.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen unter Berücksichtigung des zweiten beitragsfreien Jahres (siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen).

HSP-Maßnahmen:

15_55.003 Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder

16_55.003 Änderung der Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder (2%-ige jährliche Anpassung)

Nachrichtlich: Mit Beschluss des Rates vom 04.04.2019 wird die Dynamisierung der Elternbeiträge befristet für die Kindergartenjahre 2019/2020 bis 2021/2022 ausgesetzt, Vorlage 0130/2019.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus dem Verkauf der Mittagsverpflegung für die Kinder in den Kindertageseinrichtungen (siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Instandhaltungsaufwendungen, Bauunterhaltung nach dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz, Energiekosten, Grundbesitzabgaben, Kosten für die Mittagsverpflegung in den städt. Kindertageseinrichtungen (siehe privatrechtliche Leistungsentgelte), Ersatz von Einrichtungsgegenständen und lfd. Betriebskosten (Spiel und Beschäftigung).

Sachaufwendungen für die Sprachförderung, die Integrative Erziehung und die Familienzentren werden refinanziert (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Transferaufwendungen:

Weiterleitung an freie Träger.

Zuschüsse an die Träger für die Fallpauschalen und Ausbildung der Tagesmütter sowie Aufwendungen für Tagesmütter gem. § 23 SGB VIII.

Zuschüsse (Betriebskostenvorauszahlungen) an alle Kindertageseinrichtungen in Hagen, für die Familienzentren und Sprachförderung, Weiterleitung des Zuschusses für die plusKitas (Einrichtungen mit besonderem Förderbedarf), Weiterleitung des Zuschusses an Freie Träger in besonderen Fällen (Asylgruppen, Eltern-Kind-Gruppen).
(Siehe sonstige Transfererträge, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte und privatrechtliche Leistungsentgelte).

HSP-Maßnahme:

15_55.001 Vermeidung von Mehrbelastungen durch den Betrieb von Kitas in freier Trägerschaft

Produktergebnisse des Teilplans 3650 Tageseinrichtungen für Kinder

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.36.50.40	Kindertagespflege § 22(1), §22	2.357.277	3.636.821	5.455.574	5.721.098	5.837.072	5.955.627	6.076.506
1.36.50.41	Tagesbetreuung für Kinder	23.944.868	18.254.528	24.451.046	23.916.040	26.505.042	30.082.432	30.729.814
Summe		26.302.145	21.891.349	29.906.621	29.637.137	32.342.114	36.038.060	36.806.319

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Ausgeglichener Haushalt
Produkt	1.36.50.40 Kindertagespflege § 22(1), § 22
Produktbereich	36 Jugend
Teilplan	3650 Tageseinrichtungen für Kinder
Produktverantwortlicher	Herr Hannusch
Fachbereich	55 Jugend und Soziales
Ziel operativ	Ziel ist es ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot zu ermöglichen und die frühkindliche Bildung zu sichern. Dabei ist ein effizientes und wirtschaftliches Handeln unter Beachtung der fachlichen und gesetzlichen Erfordernisse zu berücksichtigen.

Kennzahlen:		Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf für Kindertagespflege pro Platz	€	Zuschussbedarf Kindertagespflege/ Anzahl betreute Kinder	7.032	5.052	4.640	6.061	8.958	9.394

Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf Kindertagespflege (Ergebnis nach interner LV)*	€		1.547.030	1.848.873	2.357.277	3.636.821	5.455.574	5.721.098
Anzahl der betreuten Kinder in Kindertagespflege	Pers.		220	366	508	600	609	609

*Der erhöhte Zuschussbedarf pro Platz resultiert aus dem Ausbau der Großtagespflege (10 neue Großtagespflegestandorte) und aus der Änderung der Abrechnung an die Tagesmütter

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Familiengerechte Stadt, Ausgeglichener Haushalt
Produkt	1.36.50.41 Tagesbetreuung für Kinder
Produktbereich	36 Jugend
Teilplan	3650 Tageseinrichtungen für Kinder
Produktverantwortlicher	Herr Hannusch
Fachbereich	55 Jugend und Soziales
Ziel operativ	Ziel ist es ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot zu ermöglichen und die frühkindliche Bildung zu sichern. Dabei ist ein effizientes und wirtschaftliches Handeln unter Beachtung der fachlichen und gesetzlichen Erfordernisse zu berücksichtigen.

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf für Kindertageseinrichtungen pro Platz	€	Zuschussbedarf/ Anzahl der betreuten Kinder in Kitas	3.329	3.761	3.694	2.762	3.659	3.442
Elternbeitragsquote für Kindertagesbetreuung	%	Elternbeiträge/ Gesamtaufwendungen Kitas	9,86%	9,37%	10,99%	7,70%	10,07%	8,19%
Anteil der betreuten Kinder unterhalb der Beitragspflicht in Kindertagesbetreuung	%	Kinder unterhalb der Beitragspflicht/ Anzahl der Kinder in Kitas	52,22%	51,22%	48,07%	47,15%	46,63%	44,85%
Anteil der betreuten Kinder (Betreuungszeit 45h) an allen betreuten Kindern	%	Kinder (45 h)/ Betreute Kinder Gesamt	36,72%	37,69%	38,43%	39,60%	39,16%	37,67%

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf für Kindertageseinrichtungen (Ergebnis nach interner LV)	€		20.162.255	23.211.902	23.944.868	18.254.528	24.451.046	23.916.040
Elternbeiträge für die Kinderbetreuung*	€		-5.047.652	-5.444.800	-6.333.511	-4.750.000	-6.330.000	-5.340.000
Gesamtaufwendungen für die Kindertagesbetreuung	€		51.215.733	58.128.197	57.632.420	61.667.028	62.846.238	65.230.466
Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen gesamt	Pers.		6.057	6.171	6.482	6.608	6.683	6.948
Anzahl der betreuten Kinder in Kindertageseinrichtungen freier Träger	Pers.		4.217	4.292	4.466	4.489	4.489	4.489
Anzahl der betreuten Kinder unterhalb der Beitragspflicht in Kindertagesbetreuung	Pers.		3.163	3.161	3.116	3.116	3.116	3.116
Anzahl der betreuten Kinder mit einer Betreuungszeit (45 h)	Pers.		2.224	2.326	2.491	2.617	2.617	2.617

*Die Absenkung des Ansatzes um ca. 1 Mio. in 2021 liegt an dem zweiten beitragsfreien KiTa Jahr.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-24.739.636	-32.391.300	-28.985.192	-31.162.426		-31.474.050	-31.788.791	-32.106.679
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-549.672		-570.000	-621.000		-633.420	-646.088	-659.010
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.400.721	-5.263.600	-6.330.000	-5.340.000		-5.446.800	-5.555.736	-5.666.851
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-230.373	-270.000	-400.000	-400.000		-408.000	-416.160	-424.483
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-172.661	-439	-439	-439		-439	-439	-439
7	+ Sonstige Einzahlungen	-826.913							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-31.919.976	-37.925.339	-36.285.631	-37.523.865		-37.962.709	-38.407.214	-38.857.462
10	- Personalauszahlungen	15.389.741	15.803.482	17.713.611	18.465.566		18.650.222	18.836.724	19.025.091
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	451.394	417.400	574.382	574.382		580.126	585.927	591.786
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	40.776.116	46.734.700	45.776.633	47.890.090		48.847.892	49.824.850	50.821.347
15	- sonstige Auszahlungen	1.142.587		15.500	15.500		15.655	15.812	15.970
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	57.759.838	62.955.582	64.080.126	66.945.538		68.093.894	69.263.312	70.454.194
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	25.839.863	25.030.243	27.794.495	29.421.673		30.131.185	30.856.098	31.596.732

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-2.962.957	-580.500	-4.140.000	-4.610.000				
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-18.951							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-2.981.908	-580.500	-4.140.000	-4.610.000				
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	118.242	116.036	117.777	119.543		121.337	123.157	125.004
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.790.683	1.020.000	3.750.000	4.650.000	4.400.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	106.018	122.300	527.300	357.300		257.000	257.000	257.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	708.300		500.000	300.000				
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	6.723.244	1.258.336	4.895.077	5.426.843	4.400.000	378.337	380.157	382.004
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.741.336	677.836	755.077	816.843	4.400.000	378.337	380.157	382.004

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Inv.-Zuschüsse KITAS/Einz. Konnexmittel										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-2.858.037		-3.000.000	-2.900.000					-14.812.897	
+ Weitere investive Einzahlungen	-18.951								-18.951	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	708.300		500.000	300.000					8.338.165	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-2.168.688		-2.500.000	-2.600.000					-6.493.683	
Baukosten Neu- und Anbau Kitas										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-53.436	-540.000							-3.948.347	-8.500.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	3.921								3.921	
- Auszahlung Baumaßnahmen	395.662	1.020.000	0						11.692.869	14.580.000
- Weitere investive Auszahlungen	40.294								832.408	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	386.442	480.000	0						12.529.198	6.080.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Baukosten Neubau Kita Volmeaue										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	3.488.566								3.563.753	4.231.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	3.488.566								3.563.753	4.231.500
Umbau Lutherkirche										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-26.417								-26.417	-3.375.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	1.438.373								1.655.802	5.644.000
- Weitere investive Auszahlungen	23.839								23.839	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.435.795								1.629.385	2.269.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Kita Cunostr. 106,Fassade/Dach										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	417.248								582.719	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	417.248								582.719	
Kita Cunostr. 106,Ern. Heizung KInvFG										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	31.984								47.559	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	31.984								47.559	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Kita Cunostr. 106, Sanierung WC-Anlagen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	18.850								18.850	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	18.850								18.850	
Aussenspielfläche KITA Cunostr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										380.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										380.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Aussenspielfläche KITA Gutenbergstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										190.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										190.000
Neubau KITA Jungfernbruch										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			-1.140.000							-1.140.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			3.000.000							3.000.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			1.860.000							1.860.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
An- und Umbau Kita Franzstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-570.000						-570.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	1.400.000	1.400.000					1.500.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000	830.000	1.400.000					930.000
Neubau Kita Markanaplatz										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-1.140.000						-1.140.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			300.000	2.700.000	2.700.000					3.000.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			300.000	1.560.000	2.700.000					1.860.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Bauliche Maßnahmen Kitas										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			350.000	550.000	300.000					
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			350.000	550.000	300.000					
= Summe	3.610.197	480.000	110.000	340.000	4.400.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

Die für den Planungszeitraum 2020/2021 eingeplanten Neubaumaßnahmen im Kita-Bereich stellen sich wie folgt dar:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021
	Auszahlungen		
5.000385	Neubau Kita Jungfernbruch	3.000.000 €	
5.000400	An- und Umbau Kita Franzstr.	100.000 €	1.400.000 €
5.000401	Markanaplatz	300.000 €	2.700.000 €
5.000403	Bauliche Maßnahmen Kitas einschl . Aussenanlagen	350.000 €	550.000 €
5.000166	Investitionskostenzuschüsse KITAS an Dritte	500.000 €	300.000 €
	Summe Auszahlungen:	4.250.000 €	4.950.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

	Einzahlungen		
5.000385	Zuwendungen	-1.140.000 €	
5.000400	Zuwendungen		-570.000 €
5.000401	Zuwendungen	0 €	-1.140.000 €
5.000166	Zweckgebundene Zuwendungen/Konnexmittel	-3.000.000 €	-2.900.000 €
	Summe Einzahlungen:	-4.140.000 €	-4.610.000 €
	Saldo:	110.000 €	240.000 €

Es sind folgende Veranschlagungen von Verpflichtungsermächtigungen für die Vergabe von Planungs- und Bauleistungen eingeplant:

An- und Umbau Franzstraße VE in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 1.400.000 €
Kita Markanaplatz VE in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 2.700.000 €
Bauliche Maßnahmen versch. Kitas VE in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 300.000 €

Die Finanzierung erfolgt aus zweckgebundenen Zuwendungen und aus Mitteln der Bildungspauschale.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-25.067	-40.500						
2	- Summe der investiven Auszahlungen	41.885	122.300	527.300	357.300		257.000	257.000	257.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	16.819	81.800	527.300	357.300		257.000	257.000	257.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800093	Einrichtung Tageseinrichtungen für Kinder GVG
5.800094	Einrichtung Tageseinrichtungen für Kinder IPM
5.800130	Förderung von Kondedrn, Kita GVG
5.800211	Tageseinrichtung für Kinder Außenanlagen IPM
5.800212	Tageseinrichtung für Kinder Außenanlagen GVG

Viele Kindertageseinrichtungen haben mittlerweile eine Dienstzeit > 30 Jahre absolviert. Häufig handelt es sich bei dem Inventar der Kitas noch um die Ersteinrichtung, vor allem bezogen auf das Mobiliar. Dieses ist in vielen Fällen verschlissen oder abgenutzt. Ein Austausch und Erneuerung des Inventars ist dringend angezeigt.

Ergänzend hierzu erfolgt die Erstausrüstung der neu erstellen Kitas Jungfernbruch, Markanaplatz und Franzstr.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Bildungspauschale.

Für die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen in Kindertageseinrichtungen sind für den Planungszeitraum 2020 – 2021 Ansätze in Höhe von 527.300 und 357.300 € eingeplant. Für den Zeitraum 2022 – 2024 ist ein Ansatz in Höhe von jeweils 257.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800093	GVG	330.000 €	200.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €
5.800094	IPM	190.000 €	150.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
5.800130	GVG	300 €	300 €			
5.800211	IPM Außenanl.	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
5.800212	GVG Außenanl.	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Summe:		527.300 €	357.300 €	257.000 €	257.000 €	257.000 €

1.36.60 Jugendarbeit

481

Teilplanbeschreibung: 1.36.60

Es werden Leistungen und Maßnahmen (Projekte) der Stadt Hagen in Zusammenarbeit mit den anerkannten Jugendverbänden der freien Träger und den kommunalen Einrichtungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendberufshilfe und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes erbracht.

Das Jugendkulturhaus Kultopia, die in den Stadtteilen vorgehaltenen Jugendzentren sowie das Spielmobil sind gesamtstädtisch ausgerichtet und bilden einen festen Bestandteil der Jugendarbeit.

Darüber hinaus stellt die Schulsozialarbeit, als Teil der Kinder- und Jugendhilfe, durch pädagogische Methoden für Eltern, Kinder und Jugendliche eine wichtige Unterstützung im System Schule dar.

Die Stadt Hagen ist mit dem Stadtteil Wehringhausen Programmgebiet des Bund-Länderprogramms „Soziale Stadt“. In diesem Programmgebiet werden die vielfältigen Maßnahmen und Projekte des Integrierten Handlungskonzeptes (Quartiersmanagement, Aktivierung, sozial flankierende Maßnahmen, Beteiligungsprojekte u.a.) abgebildet.

Zielgruppe:

Kinder, Jugendliche und junge Menschen in Hagen bzw. im Einzugsbereich der jeweiligen Kinder- und Jugendeinrichtung

Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte, Lehrer, Mitarbeiter von Jugendhilfeeinrichtungen sowie des Gesundheitswesens

Menschen und Organisationen aus dem Programmgebiet, Maßnahmenträger und Multiplikatoren

Auftragsgrundlage:

Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) sowie das 3. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz NW (AG KJHG NW)

Jugendförderungsgesetz

Das vom Rat der Stadt Hagen beschlossene Integrierte Handlungskonzept und die Landesförderung für das Programmgebiet Stadtteil Wehringhausen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.312.059	-2.202.286	-2.794.238	-2.787.918	-2.810.536	-2.831.575	-2.857.652
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.949	-7.300	-6.625	-6.625	-6.757	-6.893	-7.030
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-81.118	-86.500	-78.650	-78.650	-80.223	-81.827	-83.464
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.241	-80	-1.080	-1.080	-1.080	-1.080	-1.080
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-76.821	-117.610	-37.802	-37.803	-34.347	-34.348	-34.348
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-2.477.188	-2.413.777	-2.918.396	-2.912.077	-2.932.944	-2.955.724	-2.983.575
11	- Personalaufwendungen	3.231.704	3.170.626	3.513.379	3.657.454	3.692.799	3.728.498	3.764.554
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.068.932	3.042.094	3.401.637	3.534.533	3.569.878	3.605.577	3.641.633
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	162.772	128.532	111.742	122.921	122.921	122.921	122.921
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	360.558	222.665	432.940	403.940	407.980	412.059	416.180
16	- Bilanzielle Abschreibungen	193.382	194.718	199.206	291.416	321.436	307.798	294.064
17	- Transferaufwendungen	3.451.065	3.174.648	4.331.957	4.411.159	4.499.382	4.589.370	4.681.158
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	268.095	371.852	367.162	367.162	367.436	367.712	367.991

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	7.504.805	7.134.510	8.844.644	9.131.131	9.289.033	9.405.437	9.523.946
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	5.027.617	4.720.733	5.926.249	6.219.054	6.356.089	6.449.713	6.540.371
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	5.027.617	4.720.733	5.926.249	6.219.054	6.356.089	6.449.713	6.540.371
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	5.027.617	4.720.733	5.926.249	6.219.054	6.356.089	6.449.713	6.540.371
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.494.695	-1.293.658	-1.795.107	-1.826.664	-1.852.765	-1.870.724	-1.886.735
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.301.889	1.297.028	1.509.950	1.515.130	1.525.457	1.538.796	1.550.857
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	4.834.811	4.724.102	5.641.092	5.907.520	6.028.781	6.117.784	6.204.493

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuweisungen vom Land zur Durchführung der Schulsozialarbeit sowie für den Kinder- und Jugendförderplan (Grundlage für die Vergabe von Mitteln für besondere Schwerpunkte im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes) (siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferaufwendungen).

Zuweisungen des Bundes und Landes für die Projekte „Demokratie leben“, „Jugend stärken im Quartier“, „Übergang Schule-Beruf“ (NÜS), „Kulturrucksack“, Projekt von der Bundesagentur für Arbeit „Startbahn Zukunft“ sowie „Soziale Stadt Wehringhausen“ (siehe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie Transferaufwendungen).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Benutzungsgebühren für Veranstaltungen Dritter u.a. Jugendkulturhaus Kultopia.

Teilnehmerbeiträge für Jugendaustausch und Jugendbegegnung.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Eintrittsgelder bei Ferienangeboten und Eintrittsgelder bei den Veranstaltungen im Jugendkulturhaus Kultopia.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen z.B. für den Erwerb von Kleingeräten, Anschaffungen von Verbrauchsmaterialien und sonst. Materialien für Kinder – und Jugendbeteiligungsprojekte, Aufwendungen für die Schulsozialarbeit, sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen für Ferienangebote, für die geförderten Projekte. Die Projekte werden durch Zuweisungen vom Land (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen) gefördert.

Digitalisierungskosten (WLAN-Einrichtung in den Jugendzentren).

Transferaufwendungen:

Zuschüsse an die freien Träger gem. Kinder- und Jugendförderplan (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Zuschüsse an übrige Bereiche (z.B. Kirchen, Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften, politische Vereine, Jugendverbände, Beratungsstellen) für die Förderung von Jugendhilfemaßnahmen, für Jugendaustausch und –begegnung, für die Projekte „NÜS“, „Startbahn Zukunft“, „Kulturrucksack“, „Aufsuchende Arbeit in Wehringhausen“, „Jugend stärken im Quartier“ und „Demokratie leben“. Die Projekte werden durch Zuweisungen vom Land und Bund (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen) gefördert.

Transferaufwendungen für die Schulsozialarbeit (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Weiterleitung an die privaten Unternehmen bzw. Personen (wie Vermieter, Eigentümer) im Rahmen des Fassaden- und Hofgestaltungsprogramms („Soziale Stadt Wehringhausen“) (siehe Zuwendungen und allgemeine Umlagen).

Produktergebnisse des Teilplans 3660 Jugendarbeit

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.36.60.40	Angebote Jugendarbeit / Jugendbildung	1.830.010	1.908.618	1.977.910	2.039.894	2.082.298	2.123.977	2.165.687
1.36.60.41	Schulsozialarbeit	779.200	510.074	1.084.400	1.184.283	1.206.348	1.224.910	1.242.686
1.36.60.42	Projekte	253.603	247.060	449.009	421.237	439.348	457.115	475.142
1.36.60.43	Offene Kinderarbeit und Jugendarbeit	1.451.253	1.516.802	1.644.162	1.770.179	1.799.455	1.802.311	1.803.610
1.36.60.44	Kultopia	361.895	379.984	367.851	373.627	377.691	380.549	383.073
1.36.60.45	Soziale Stadt Wehringhausen	158.851	161.565	117.760	118.300	123.640	128.923	134.294
Summe		4.834.811	4.724.102	5.641.092	5.907.520	6.028.781	6.117.784	6.204.493

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.498.916	-1.811.904	-2.556.265	-2.556.265		-2.581.828	-2.607.646	-2.633.723
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.677	-7.300	-6.625	-6.625		-6.757	-6.893	-7.030
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-101.715	-86.500	-78.650	-78.650		-80.223	-81.827	-83.464
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.241	-80	-1.080	-1.080		-1.080	-1.080	-1.080
7	+ Sonstige Einzahlungen	-32.599	-79.800	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.639.149	-1.985.584	-2.644.620	-2.644.620		-2.671.888	-2.699.446	-2.727.297
10	- Personalauszahlungen	3.342.094	3.042.094	3.401.637	3.534.533		3.569.878	3.605.577	3.641.633
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	96.638	222.665	432.940	403.940		407.980	412.059	416.180
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	3.269.781	3.174.648	4.331.957	4.411.159		4.499.382	4.589.370	4.681.158
15	- sonstige Auszahlungen	53.500	32.050	27.360	27.360		27.634	27.910	28.189
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.762.013	6.471.457	8.193.894	8.376.992		8.504.874	8.634.916	8.767.159
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.122.864	4.485.873	5.549.274	5.732.372		5.832.985	5.935.469	6.039.862

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.019.951	-1.140.800	-1.150.000	-1.018.000		-376.000	-536.000	
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-1.019.951	-1.140.800	-1.150.000	-1.018.000		-376.000	-536.000	
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.743.178	1.526.000	1.585.500	1.442.000		495.000	725.000	
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	42.972	62.000	324.000	324.000		54.000	54.000	54.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.786.150	1.588.000	1.909.500	1.766.000		549.000	779.000	54.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	766.199	447.200	759.500	748.000		173.000	243.000	54.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Umbau von Kinderspielplätzen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-17.018	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000	100.000	100.000					175.876	
- Weitere investive Auszahlungen		25.000	25.000	25.000					12.251	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		125.000	125.000	125.000					171.109	
Stadtteil Wehringhsn. Projekt Soz. Stadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-917.096	-1.140.800	-1.150.000	-1.018.000		-376.000	-536.000		-1.409.245	-7.520.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	1.163.587	1.426.000	1.485.500	1.342.000		495.000	725.000		2.868.252	9.400.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	246.491	285.200	335.500	324.000		119.000	189.000		1.459.007	1.880.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Kinder- und Jugendpark Haspe										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-72.000								-76.074	-1.125.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	555.786								556.313	1.100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	483.786								480.239	-25.000
Bolzplatz Dortmunder Str./Posener Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										87.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										87.000
= Summe	730.278	410.200	460.500	449.000		119.000	189.000			

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000064 Umbau von Kinderspielplätzen

Für den Umbau von Kinderspielplätzen ist in den Jahren 2020 und 2021 jeweils ein Ansatz von 125.000 € geplant.

5.000231 Stadtteil Wehringhausen, Projekt Soziale Stadt

Für das Projekt Soziale Stadt Wehringhausen sind mehrere Maßnahmen innerhalb des Gesamtpakets geplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-30.855							
2	- Summe der investiven Auszahlungen	66.776	37.000	299.000	299.000		54.000	54.000	54.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	35.921	37.000	299.000	299.000		54.000	54.000	54.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800033 Einrichtungen d. Jugendarbeit GVG

5.800034 Einrichtungen d. Jugendarbeit IPM

Für die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen ist im Planungszeitraum 2020 – 2024 ein Ansatz von jeweils 27.000 € eingeplant.

5.800213 Einrichtung Kinderspielplätze IPM

5.800214 Einrichtung Kinderspielplätze GVG

Für den Planungszeitraum 2020– 2021 ist unter Berücksichtigung des erhöhten Bedarfes für die Ausstattung von Kinderspielplätzen mit Spielgeräten und anderen Aufbauten jeweils ein Ansatz in Höhe von 272.00 € vorgesehen. Für die Jahre 2022,2023 und 2024 ist jeweils ein Ansatz von 17.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800033	GVG	11.000 €	11.000 €	11.000 €	11.000 €	11.000 €
5.800034	IPM	16.000 €	16.000 €	16.000 €	16.000 €	16.000 €
5.800213	IPM	270.000 €	270.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800214	GVG	2.000 €	2.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €
Summe:		299.000 €	299.000 €	54.000€	54.000 €	54.000 €

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

1.41	Gesundheitsdienste		493
	1.41.10	Krankenhäuser	499
	1.41.40	Gesundheit und Verbraucherschutz	507

Haushaltsplan 2020/2021

1.41 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-188.217	-103.274	-157.124	-103.823	-104.856	-105.898	-106.951
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-252.225	-209.540	-251.000	-251.000	-256.020	-261.140	-266.363
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-165.259	-201.356	-142.418	-142.418	-145.267	-148.172	-151.135
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-72.940	-53.732	-44.629	-44.629	-44.629	-44.629	-44.629
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-678.640	-567.902	-595.172	-541.871	-550.772	-559.840	-569.079
11	- Personalaufwendungen	3.554.111	3.665.144	3.837.346	3.901.812	3.939.294	3.977.150	4.015.385
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.292.767	3.446.915	3.696.233	3.748.161	3.785.643	3.823.499	3.861.734
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	261.344	218.230	141.114	153.651	153.651	153.651	153.651
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	483.369	632.018	704.226	693.926	700.865	707.873	714.952
16	- Bilanzielle Abschreibungen	7.108	1.648	3.137	2.736	2.779	2.903	2.905
17	- Transferaufwendungen	2.848.493	3.435.385	3.180.099	3.180.099	3.243.701	3.308.575	3.374.747
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.781	7.789	8.738	8.790	8.877	8.966	9.056

Haushaltsplan 2020/2021

1.41 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	6.898.862	7.741.984	7.733.546	7.787.362	7.895.516	8.005.468	8.117.045
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	6.220.222	7.174.081	7.138.374	7.245.492	7.344.744	7.445.628	7.547.966
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	6.220.222	7.174.081	7.138.374	7.245.492	7.344.744	7.445.628	7.547.966
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	6.220.222	7.174.081	7.138.374	7.245.492	7.344.744	7.445.628	7.547.966
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	729.904	605.669	663.488	657.986	660.797	666.133	670.605
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.950.126	7.779.750	7.801.861	7.903.478	8.005.541	8.111.762	8.218.571

Haushaltsplan 2020/2021

1.41 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-210.159	-103.233	-156.533	-103.233		-104.265	-105.308	-106.361
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-241.827	-209.540	-251.000	-251.000		-256.020	-261.140	-266.363
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-155.563	-201.356	-142.418	-142.418		-145.267	-148.172	-151.135
7	+ Sonstige Einzahlungen	-13.916	-12.400	-12.400	-12.400		-12.400	-12.400	-12.400
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-621.466	-526.529	-562.351	-509.051		-517.952	-527.020	-536.260
10	- Personalauszahlungen	3.321.206	3.446.915	3.696.233	3.748.161		3.785.643	3.823.499	3.861.734
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	464.262	632.018	704.226	693.926		700.865	707.873	714.952
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	3.885.710	3.435.385	3.180.099	3.180.099		3.243.701	3.308.575	3.374.747
15	- sonstige Auszahlungen	4.661	7.789	8.738	8.790		8.877	8.966	9.056
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.675.839	7.522.106	7.589.295	7.630.976		7.739.086	7.848.914	7.960.489
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	7.054.373	6.995.577	7.026.944	7.121.924		7.221.134	7.321.894	7.424.230

Haushaltsplan 2020/2021

1.41 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000

1.41.10 Krankenhäuser

499

Teilplanbeschreibung: 1.41.10

Abwicklung der an das Land jährlich zu entrichtenden Krankenhausinvestitionspauschale

Zielgruppe:

Land Nordrhein-Westfalen

Auftragsgrundlage:

§ 9 Absatz 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)

§ 17 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHGG-NRW)

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.10 Krankenhäuser



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge							
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge							
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen							
17	- Transferaufwendungen	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.10 Krankenhäuser



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen							
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158

Transferaufwendungen:

Krankenhauspauschale.

Die Ansätze basieren auf der mittelfristigen Finanzplanung des Landes für die Jahre 2020 – 2022. Der Ansatz 2019 wurde im Rahmen der Fortschreibung des Haushaltsanierungsplans 2019 auf 2.615.000 € gesenkt.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.10 Krankenhäuser

Produktergebnisse des Teilplans 4110 Krankenhäuser

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.41.10.40	Abwicklung Krankenhauspauschale	2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158
Summe		2.448.192	3.056.017	2.800.731	2.800.731	2.856.746	2.913.881	2.972.158

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.10 Krankenhäuser

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	3.506.342	3.056.017	2.800.731	2.800.731		2.856.746	2.913.881	2.972.158
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.506.342	3.056.017	2.800.731	2.800.731		2.856.746	2.913.881	2.972.158
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.506.342	3.056.017	2.800.731	2.800.731		2.856.746	2.913.881	2.972.158

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.10 Krankenhäuser



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.41.40 Gesundheit und Verbraucherschutz

507

Teilplanbeschreibung: 1.41.40

Aufgabe ist die Verbesserung der gesundheitlichen Lage und Versorgung der Bevölkerung und bestimmter Zielgruppen sowie die Koordinierung der gesundheitlichen Angebote auf gemeindlicher Ebene.

Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz ist medizinische Gutachterstelle in Fällen, in denen amtsärztliche Gutachten gesetzlich gefordert werden, z.B. dienstrechtliche Gutachten über Beamte, gerichtsmedizinische Gutachten und schulärztliche Gutachten und intern für andere Ämter der Verwaltung oder auf Grund besonderer Vereinbarung, z.B. Gutachten in Sozialhilfverfahren und Gutachten für das Jobcenter Hagen.

Der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz überwacht die Einhaltung von Hygienevorschriften in Einrichtungen, Betrieben und beim Betrieb von Anlagen sowie die Berufsausübung in Gesundheitsberufen. In Einzelfällen sind Maßnahmen zur Verhütung oder zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten zu treffen.

Er koordiniert örtliche Gesundheitsangebote und unterstützt die gesundheitsfördernden Aktivitäten von Einrichtungen, Verbänden und Gruppen. Auf ausgewählten Feldern werden eigene Angebote zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung gemacht.

Ferner berät, unterstützt und betreut er Personen, die einer besonderen gesundheitlichen Fürsorge bedürfen, insbesondere psychisch Kranke/Suchtkranke und deren persönliches Umfeld, Kinder mit besonderen gesundheitlichen Defiziten und deren Eltern sowie Personen mit besonderen Krankheiten.

Zur Aufgabe des Bereichs Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt gehört die regelmäßige Überwachung von Betrieben der Lebensmittelproduktion und des Lebensmittelhandels, die Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen und der Tierschutz (soweit nicht im Teilplan 1223).

Zielgruppe:

Bevölkerung, politische Gremien, Verbände/Gruppen, Behörden, Gerichte und Stadtämter, Schulen und Kindertageseinrichtungen, Einzelpersonen, Unternehmen und Einrichtungen, (insbesondere landwirtschaftliche) Tierhalterinnen und Tierhalter

Auftragsgrundlage:

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG), Infektionsschutzgesetz (IFSG), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG), arzneimittel- und apothekenrechtliche Gesetze, Gesetze zur Regelung von Gesundheitsberufen, Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Tiergesundheits- und Tierschutzrecht, spezialgesetzliche Regelungen in verschiedenen Vorschriften – auch EG-Verordnungen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 53 Sommer Dr., Claudia

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.40 Gesundheit und Verbraucherschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-188.217	-103.274	-157.124	-103.823	-104.856	-105.898	-106.951
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-252.225	-209.540	-251.000	-251.000	-256.020	-261.140	-266.363
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-165.259	-201.356	-142.418	-142.418	-145.267	-148.172	-151.135
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-72.940	-53.732	-44.629	-44.629	-44.629	-44.629	-44.629
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-678.640	-567.902	-595.172	-541.871	-550.772	-559.840	-569.079
11	- Personalaufwendungen	3.554.111	3.665.144	3.837.346	3.901.812	3.939.294	3.977.150	4.015.385
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.292.767	3.446.915	3.696.233	3.748.161	3.785.643	3.823.499	3.861.734
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	261.344	218.230	141.114	153.651	153.651	153.651	153.651
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	483.369	632.018	704.226	693.926	700.865	707.873	714.952
16	- Bilanzielle Abschreibungen	7.108	1.648	3.137	2.736	2.779	2.903	2.905
17	- Transferaufwendungen	400.301	379.368	379.368	379.368	386.955	394.695	402.588
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.781	7.789	8.738	8.790	8.877	8.966	9.056

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 53 Sommer Dr., Claudia

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.40 Gesundheit und Verbraucherschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	4.450.670	4.685.967	4.932.815	4.986.631	5.038.770	5.091.587	5.144.887
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.772.030	4.118.064	4.337.643	4.444.761	4.487.998	4.531.748	4.575.808
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	3.772.030	4.118.064	4.337.643	4.444.761	4.487.998	4.531.748	4.575.808
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	3.772.030	4.118.064	4.337.643	4.444.761	4.487.998	4.531.748	4.575.808
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	729.904	605.669	663.488	657.986	660.797	666.133	670.605
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	4.501.934	4.723.733	5.001.130	5.102.747	5.148.795	5.197.881	5.246.413

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuweisungen vom Land zu den Kosten der Durchführung von Prüfungen bei Berufen des Gesundheitswesens, für Aufgaben der AIDS-Prävention und -bekämpfung und Suchtbekämpfung (korrespondiert mit Transferaufwendungen)

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren u.a. für Apotheken- und Arzneimittelüberwachung und Berufserlaubnisverfahren Medizinalberufe, Leichenschauen, ärztliche Gutachten, Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz und Hygienekontrollen sowie für den Bereich Veterinär- und Lebensmittelrecht

HSP-Maßnahme:

12 53.001 Gebührenerhöhung Medizinalaufsicht, amtsärztliche Gutachten und Infektionsschutz

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erträge aus Erstattungen des Jobcenters für Gutachten und von Sozialversicherungsträgern für medizinische Versorgung Obdachloser (korrespondiert mit Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), Erträge aus Landesmitteln für Impfstoffe (korrespondiert mit Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Trägerentgelt an das CVUA Westfalen AöR; Erstattung an Diakonie für die medizinische Versorgung Obdachloser (Refinanzierung durch Kostenerstattungen der Sozialversicherungsträger); Reparatur, Ersatzteile, Wartung und messtechnische Kontrolle von und für medizinische Geräte; Umsetzung des neuen Hygieneplans, Aufwand für Verbrauchsmaterial Ambulanz; Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen; Aufwendungen für Impfstoffe (refinanziert durch Landesmittel); Labor-, Untersuchungsleistungen, Leichenschauen; Dienst- und Schutzkleidung

Transferaufwendungen:

Zuschüsse an AIDS-Hilfe und andere Beratungsstellen (teilweise Refinanzierung durch Landeszuweisungen.); medizinische Versorgung Obdachloser (Refinanzierung durch Kostenerstattungen der Sozialversicherungsträger).

Produktergebnisse des Teilplans 4140 Gesundheit und Verbraucherschutz

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.41.40.40	Medizinalaufsicht und Hygiene	558.285	558.885	629.614	633.470	637.887	642.788	647.527
1.41.40.41	Beratung und Prävention	1.823.532	1.991.560	1.976.940	2.044.680	2.066.934	2.090.426	2.113.827
1.41.40.42	Gutachten und Behandlung	959.131	977.462	973.820	988.671	995.350	1.002.743	1.009.900
1.41.40.43	Lebensmittel- /Veterinärüberwachung	1.160.986	1.195.826	1.420.757	1.435.926	1.448.624	1.461.924	1.475.159
Summe		4.501.934	4.723.733	5.001.130	5.102.747	5.148.795	5.197.881	5.246.413

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 53 Sommer Dr., Claudia

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.40 Gesundheit und Verbraucherschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-210.159	-103.233	-156.533	-103.233		-104.265	-105.308	-106.361
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-241.827	-209.540	-251.000	-251.000		-256.020	-261.140	-266.363
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-155.563	-201.356	-142.418	-142.418		-145.267	-148.172	-151.135
7	+ Sonstige Einzahlungen	-13.916	-12.400	-12.400	-12.400		-12.400	-12.400	-12.400
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-621.466	-526.529	-562.351	-509.051		-517.952	-527.020	-536.260
10	- Personalauszahlungen	3.321.206	3.446.915	3.696.233	3.748.161		3.785.643	3.823.499	3.861.734
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	464.262	632.018	704.226	693.926		700.865	707.873	714.952
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	379.368	379.368	379.368	379.368		386.955	394.695	402.588
15	- sonstige Auszahlungen	4.661	7.789	8.738	8.790		8.877	8.966	9.056
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.169.497	4.466.089	4.788.564	4.830.245		4.882.341	4.935.034	4.988.331
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.548.031	3.939.560	4.226.213	4.321.193		4.364.389	4.408.013	4.452.072

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 53 Sommer Dr., Claudia

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.40 Gesundheit und Verbraucherschutz



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 53 Sommer Dr., Claudia

1.41 Gesundheitsdienste

1.41.40 Gesundheit und Verbraucherschutz



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.430	1.500	9.000	3.000		3.000	3.000	3.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800072 Medizinische Geräte IPM
- 5.800073 Medizinische Geräte GVG

Für die Beschaffung von diversen Kleingeräten ist im Haushaltsjahr 2020 aufgrund eines höheren Bedarfes – Anschaffung von 7 medizinischen Standwaagen – ein Ansatz in Höhe von 9.000 € eingeplant. Für den Zeitraum 2021 – 2024 ist jährlich ein Ansatz für die lfd. Ausstattung in Höhe von 3.000 € vorgesehen.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800072	IPM	7.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
5.800073	GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Summe:		9.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €	3.000 €

1.42	Sportförderung		515
	1.42.10	Sportstätten und -förderung	521

Haushaltsplan 2020/2021

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.632	-200.227	-110.533	-109.449	-104.383	-100.564	-100.631
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-75	-4.000					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-69.336	-46.700	-67.800	-68.600	-68.922	-69.250	-69.585
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-170.007	-187.000	-184.700	-184.700	-184.700	-184.700	-184.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-35.795	-6.755	-13.211	-13.198	-13.204	-13.198	-13.198
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-384.845	-444.682	-376.244	-375.947	-371.209	-367.712	-368.114
11	- Personalaufwendungen	472.001	518.364	645.820	652.541	658.452	664.421	670.451
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	431.666	485.171	588.844	591.080	596.991	602.961	608.990
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	40.335	33.193	56.976	61.461	61.461	61.461	61.461
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	322.799	425.460	413.250	417.550	420.734	423.950	427.197
16	- Bilanzielle Abschreibungen	107.625	147.822	128.997	124.075	122.951	123.231	116.429
17	- Transferaufwendungen	281.823	344.900	299.000	202.550	206.601	210.733	214.948
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	291.280	369.154	298.115	298.126	300.889	303.679	306.497

Haushaltsplan 2020/2021

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.475.528	1.805.700	1.785.182	1.694.842	1.709.626	1.726.014	1.735.522
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.090.683	1.361.018	1.408.938	1.318.895	1.338.417	1.358.302	1.367.408
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.090.683	1.361.018	1.408.938	1.318.895	1.338.417	1.358.302	1.367.408
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.090.683	1.361.018	1.408.938	1.318.895	1.338.417	1.358.302	1.367.408
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.396.189	4.505.743	5.342.000	5.522.904	5.565.870	5.586.380	5.629.934
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.486.873	5.866.761	6.750.939	6.841.799	6.904.287	6.944.682	6.997.342

Haushaltsplan 2020/2021

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.699	-106.500	-6.600	-6.600		-6.666	-6.733	-6.800
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-75	-4.000						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-58.017	-46.700	-67.800	-68.600		-68.922	-69.250	-69.585
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-83.443	-187.000	-184.700	-184.700		-184.700	-184.700	-184.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-39.371							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-185.605	-344.200	-259.100	-259.900		-260.288	-260.683	-261.085
10	- Personalauszahlungen	441.307	485.171	588.844	591.080		596.991	602.961	608.990
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	418.414	425.460	413.250	417.550		420.734	423.950	427.197
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	198.498	344.900	299.000	202.550		206.601	210.733	214.948
15	- sonstige Auszahlungen	265.889	347.883	276.844	276.855		279.618	282.408	285.226
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.324.108	1.603.414	1.577.938	1.488.035		1.503.943	1.520.051	1.536.361
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.138.504	1.259.214	1.318.838	1.228.135		1.243.655	1.259.368	1.275.276

Haushaltsplan 2020/2021

1.42 Sportförderung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	50.000							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	50.000							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.633.498		960.000	300.000	50.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		77.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.704.897	152.000	1.095.000	435.000	50.000	135.000	135.000	135.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.754.897	152.000	1.095.000	435.000	50.000	135.000	135.000	135.000

1.42.10 Sportstätten und -förderung

521

Teilplanbeschreibung: 1.42.10

Förderung der Ausübung und Entwicklung des Sports für die gesamte Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt einer bedarfsgerechten und flexiblen Orientierung. Dazu gehören die Grundlagen für eine zukunftsorientierte Sport- und Bewegungsentwicklung unter Beachtung der demografischen Entwicklung sowie entwicklungspolitischer Grundsätze. Insbesondere Sportvereine müssen auf den Gebieten des Breiten- und Leistungssport gefördert werden. Neben der breit aufgestellten Vereinsförderung werden in den kommenden Jahren der sog. Freizeitsport und der Schulsport außerhalb von Lehrplänen eine größere Bedeutung gewinnen. Förderung der Ausübung und Entwicklung des Sports für die gesamte Bevölkerung. Hierzu ist eine bedarfsorientierte und flexible Orientierung notwendig. Die Sportentwicklung der Vereine wird durch umfangreiche Beratung, Vernetzung und finanzielle Zuschüsse gefördert und trägt so zur Verbesserung der Imageförderung bei.

Bereitstellung, Neubau, Sanierungen, Modernisierungen und Betrieb von Sportanlagen für die unten aufgeführten Zielgruppen. Hierzu gehören Sportfreianlagen, Turn- und Sporthallen und Sondersportanlagen wie die Kanu-Slalom-Strecke und das dazugehörige Leistungszentrum.

Zielgruppe:

Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Sportvereine und Betriebsgruppen

Auftragsgrundlage:

Art. 18 der Landesverfassung NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-109.632	-200.227	-110.533	-109.449	-104.383	-100.564	-100.631
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-75	-4.000					
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-69.336	-46.700	-67.800	-68.600	-68.922	-69.250	-69.585
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-170.007	-187.000	-184.700	-184.700	-184.700	-184.700	-184.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-35.795	-6.755	-13.211	-13.198	-13.204	-13.198	-13.198
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-384.845	-444.682	-376.244	-375.947	-371.209	-367.712	-368.114
11	- Personalaufwendungen	472.001	518.364	645.820	652.541	658.452	664.421	670.451
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	431.666	485.171	588.844	591.080	596.991	602.961	608.990
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	40.335	33.193	56.976	61.461	61.461	61.461	61.461
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	322.799	425.460	413.250	417.550	420.734	423.950	427.197
16	- Bilanzielle Abschreibungen	107.625	147.822	128.997	124.075	122.951	123.231	116.429
17	- Transferaufwendungen	281.823	344.900	299.000	202.550	206.601	210.733	214.948
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	291.280	369.154	298.115	298.126	300.889	303.679	306.497

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.475.528	1.805.700	1.785.182	1.694.842	1.709.626	1.726.014	1.735.522
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.090.683	1.361.018	1.408.938	1.318.895	1.338.417	1.358.302	1.367.408
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.090.683	1.361.018	1.408.938	1.318.895	1.338.417	1.358.302	1.367.408
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.090.683	1.361.018	1.408.938	1.318.895	1.338.417	1.358.302	1.367.408
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.396.189	4.505.743	5.342.000	5.522.904	5.565.870	5.586.380	5.629.934
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.486.873	5.866.761	6.750.939	6.841.799	6.904.287	6.944.682	6.997.342

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus Auflösung von Sonderposten. Die Pauschalmittel für die Integration von Geflüchteten in Sportvereinen (100.000 Euro) werden nicht im Teilplan 4210 eingeplant, sondern sind im Teilplan 3113 in den Landeszuweisungen enthalten.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus Verkauf bei Veranstaltungen; Erlöse aus Eintrittsgeldern; Teilnehmergebühren der Sportkurse für Jedermann; Erträge aus Veräußerung der Namensrechte für Sportanlagen.

HSP-Maßnahme:

16_SZS.005 Erlöse durch Vermarktung der Namensrechte an Sportanlagen ähnlich ENERVIE-Arena

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erträge aus der Energie- und Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen; Beteiligung Schwimmvereine; Beendigung der Kooperation mit dem SSB zum 31.12.2018.

HSP-Maßnahmen:

16_SZS.001 Einführung einer Energie- & Bewirtschaftungsumlage für Sportflächen/Erwachsene

16_SZS.002 Einführung Beteiligung der Schwimmvereine

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Unterhaltung der städtischen Sportplätze einschl. Außenanlagen; Unterhaltung der Kanu-Slalom-Strecke und der Mountain-Bike-Strecke; Unterhaltung und Reparatur von Sportgeräten.

Transferaufwendungen:

Zuschüsse an den Stadtsportbund, Kanu-Club Hagen, Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen, Förderung des Breiten- und Leistungssports, Turniere und internationale Jugendbegegnungen; Zuschüsse für die Integrationsarbeit der Sportvereine mit jugendlichen Flüchtlingen (Beendigung in 2020).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für das Vereinsschwimmen, Mietaufwendungen für die schulische Nutzung vereinseigener Turnhallen, Aufwendungen für den Sportehrentag, Geschäftsaufwand, Aufwendungen für überregionale Sportveranstaltungen mit Partnerstädten.

HSP-Maßnahmen:

15_SZS.003 Aufgabe der Turnhalle ATS Hohenlimburg – Nahmer

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Produktergebnisse des Teilplans 4210 Sportstätten und -förderung

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.42.10.40	Betrieb eigener Sportstätten	5.602.094	4.933.433	5.684.773	5.869.954	5.919.054	5.946.202	5.988.915
1.42.10.41	Förd.Vereine, Verbände, sonst. Sportang	884.778	933.329	1.066.165	971.845	985.234	998.480	1.008.427
Summe		6.486.873	5.866.761	6.750.939	6.841.799	6.904.287	6.944.682	6.997.342

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Attraktives Wohnangebot und -umfeld, Ausgeglichener Haushalt,
Produkt	1.42.10.40 Betrieb eigener Sportstätten
Produktbereich	42 Sportförderung
Teilplan	4210 Sportförderung
Produktverantwortlicher	Herr Raab
Fachbereich	SZS - Servicezentrum Sport
Ziel operativ	Die Förderung von Sport in Schulen, Vereinen und im Allgemeinen ist aufgrund der wichtigen Funktion im gesellschaftlichen Zusammenleben erstrebenswert. Die Anzahl der Sportstätten beträgt 87. In allen Anlagen ist eine Grundausstattung, insbesondere für den Schulsport, sicherzustellen.

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zuschussbedarf je Schüler	€	Zuschussbedarf/ Schüler	158	166	190	168	194	200
Zuschussbedarf je Einwohner	€	Zuschussbedarf/ Einwohner	24	25	29	25	29	30

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung



Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Sportanlagen gesamt	Anz.		89	89	87	87	87	87
vereinseigene Sportanlagen	Anz.		67	67	67	67	67	67
Anzahl Sportvereine	Anz.		211	206	203	196	-/-	-/-
In Sportvereinen organisierte Mitglieder	Anz.		39.440	38.240	37.216	36.075	-/-	-/-
Schüleranzahl gesamt**/**	Anz.		29.528	29.635	29.476	29.345	29.345	29.345
Einwohner	Anz.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879
Zuschussbedarf	€		4.666.354	4.929.103	5.602.094	4.933.433	5.684.773	5.869.954

*Schülerzahlen zum Stand 15.10. des Vorjahres für das laufende Schuljahr.

**Die Schülerzahlen, die im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ab 2020 ermittelt werden sollen, liegen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Es wurde für 2020/2021 die Schülerzahlen zum Stand 15.10.2018 übernommen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.699	-106.500	-6.600	-6.600		-6.666	-6.733	-6.800
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-75	-4.000						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-58.017	-46.700	-67.800	-68.600		-68.922	-69.250	-69.585
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-83.443	-187.000	-184.700	-184.700		-184.700	-184.700	-184.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-39.371							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-185.605	-344.200	-259.100	-259.900		-260.288	-260.683	-261.085
10	- Personalauszahlungen	441.307	485.171	588.844	591.080		596.991	602.961	608.990
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	418.414	425.460	413.250	417.550		420.734	423.950	427.197
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	198.498	344.900	299.000	202.550		206.601	210.733	214.948
15	- sonstige Auszahlungen	265.889	347.883	276.844	276.855		279.618	282.408	285.226
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.324.108	1.603.414	1.577.938	1.488.035		1.503.943	1.520.051	1.536.361
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.138.504	1.259.214	1.318.838	1.228.135		1.243.655	1.259.368	1.275.276

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	50.000							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	50.000							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.633.498		960.000	300.000	50.000			
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		77.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.704.897	152.000	1.095.000	435.000	50.000	135.000	135.000	135.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.754.897	152.000	1.095.000	435.000	50.000	135.000	135.000	135.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Modernisierung Kanu-Slalom-Strecke										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-908.734	-908.734
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	59.516								1.289.526	1.220.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	59.516								380.792	311.266
Kunstrasenplatz Sportplatz Dahl										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	50.000								50.000	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	710.278								751.464	787.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	760.278								701.464	787.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Investitionszuschüsse an Vereine										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000	505.369	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000	505.369	
Ern. Lüftungsanlage Sporth. Mittelstadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-1.755.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										1.950.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										195.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Sportanlage Boele/Kabel/Hilfe(Gute Sch.)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	852.085								852.085	1.660.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	852.085								852.085	1.660.000
Sporthalle Mittelstadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	11.619								570.765	570.765
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	11.619								570.765	570.765

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/Auszahlungen
Umkleidegebäude Spl. Alexanderstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen				300.000	50.000					300.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				300.000	50.000					300.000
Kunstrasen Spl. Alexanderstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			960.000							1.100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			960.000							1.100.000
= Summe	1.754.897	75.000	1.035.000	375.000	50.000	75.000	75.000	75.000		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze**5.000240 Investitionszuschüsse an Vereine**

Mitteleinplanung in 2020 in Höhe von 75.000 € für Investitionsmaßnahmen an vereinseigenen Anlagen: Für den Planungszeitraum 2021 - 2024 ist ebenfalls ein Ansatz von jeweils 75.000 € vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Sportpauschale.

5.000469 Umkleide Alexanderstr.

Mitteleinplanung in Höhe von 300.000 € für den Anbau zur Vergrößerung der Nutzfläche des Umkleidegebäudes Alexanderstr : Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Sportpauschale.

In 2020 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000 €, die in 2021 kassenwirksam wird, für die Vergabe von Planungsleistungen geplant.

5.000470 Kunstrasen Sportplatz Alexanderstr.

Mitteleinplanung in Höhe von 960.000 €: Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Sportpauschale.

In 2019 erfolgt die Anfinanzierung der Maßnahme in Höhe von ca. 140.000 € für Planung und Voruntersuchungen.

- Beschluss Sport- und Freizeitausschuss vom 04.07.2019 (siehe Vorlage 0655/2019) -

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen		77.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		77.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.800134 Sport- u. Spielgeräte GVG
5.800193 Sport- u. Spielgeräte IPM

Für die Beschaffung von Sport- und Spielgeräten und sonstigen Ausstattungsgegenständen für die Sporthallen und Sportplätze sind in 2020 Mittel in Höhe von insgesamt 60.000 € eingeplant. Die Ersatzbeschaffungen erfolgen hauptsächlich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zur Vermeidung von Schadensfällen.

Für die Jahre 2021–2024 ist ebenfalls ein Ansatz in Höhe von jeweils 60.000 € eingeplant.

Die Finanzierung erfolgt zu 50% aus Mitteln der Sportpauschale.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800134	Sport- u. Spielgeräte GVG	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.800193	Sport- u. Spielgeräte IPM	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
Summe:		60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €

1.51	Räumliche Planung und Entwicklung		536
	1.51.10	Raumplanungen	542
	1.51.11	Geoinformationen	553

Haushaltsplan 2020/2021

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.747	-1.626	-79.747	-63.748	-7.747	-7.748	-7.748
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-188.586	-191.000	-342.000	-342.000	-347.940	-353.999	-360.179
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-18.500	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-81.657	-113.500	-75.000	-87.000	-88.740	-90.515	-92.325
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-98.693	-69.947	-77.350	-77.350	-77.350	-77.350	-77.350
8	+ Aktivierte Eigenleistungen			-121.434				
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-376.683	-394.573	-700.532	-575.098	-526.777	-534.612	-542.602
11	- Personalaufwendungen	6.908.135	7.202.495	7.588.530	7.578.979	7.651.081	7.723.903	7.797.454
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	6.465.640	6.833.836	7.245.793	7.210.216	7.282.318	7.355.141	7.428.692
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	442.495	368.659	342.737	368.762	368.762	368.762	368.762
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40.921	98.275	68.070	90.070	90.971	91.880	92.799
16	- Bilanzielle Abschreibungen	7.988	7.804	15.157	13.907	17.971	19.528	19.533
17	- Transferaufwendungen			31.873	31.873	31.873	31.873	31.873
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	208.451	343.244	984.087	551.221	506.030	510.886	515.790

Haushaltsplan 2020/2021

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	7.165.495	7.651.819	8.687.717	8.266.050	8.297.925	8.378.071	8.457.450
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	6.788.812	7.257.245	7.987.186	7.690.952	7.771.147	7.843.459	7.914.848
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	6.788.812	7.257.245	7.987.186	7.690.952	7.771.147	7.843.459	7.914.848
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	6.788.812	7.257.245	7.987.186	7.690.952	7.771.147	7.843.459	7.914.848
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-83.868	-94.274	-90.197	-91.356	-91.117	-91.925	-92.718
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.272.402	3.211.643	2.270.760	2.256.643	2.261.229	2.280.781	2.297.587
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	8.977.346	10.374.614	10.167.749	9.856.239	9.941.259	10.032.315	10.119.717

Haushaltsplan 2020/2021

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-72.000	-56.000				
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-202.037	-191.000	-342.000	-342.000		-347.940	-353.999	-360.179
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-18.500	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-80.117	-113.500	-75.000	-87.000		-88.740	-90.515	-92.325
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.343							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-287.497	-323.000	-494.000	-490.000		-441.680	-449.514	-457.504
10	- Personalauszahlungen	6.465.640	6.833.836	7.245.793	7.210.216		7.282.318	7.355.141	7.428.692
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	38.717	98.275	68.070	90.070		90.971	91.880	92.799
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen			31.873	31.873		31.873	31.873	31.873
15	- sonstige Auszahlungen	183.555	343.244	984.087	551.221		506.030	510.886	515.790
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.687.913	7.275.355	8.329.823	7.883.381		7.911.192	7.989.780	8.069.155
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	6.400.416	6.952.355	7.835.823	7.393.381		7.469.512	7.540.267	7.611.651

Haushaltsplan 2020/2021

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		-250.000	-250.000	-250.000		-250.000	-250.000	-250.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)		-250.000	-250.000	-250.000		-250.000	-250.000	-250.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	10	250.000	250.000	250.000		250.000	250.000	250.000
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	170.424	1.232.411	500.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	74.631	53.000	73.000	53.000		18.000	13.000	18.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	845.907							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.090.972	1.535.411	823.000	303.000		268.000	263.000	268.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.090.972	1.285.411	573.000	53.000		18.000	13.000	18.000

1.51.10 Raumplanungen

542

Teilplanbeschreibung: 1.51.10

Zum Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung (61) gehört die räumliche Konkretisierung der strategischen Zielvorstellungen der Stadt sowie die Erstellung von Gutachten, Maßnahmenkatalogen, Konzepten und Planungen für die räumliche Ordnung und Entwicklung von Nutzungen im gesamten Stadtgebiet, in den Stadtbezirken und in den Stadtteilen.

Weitere Aufgaben:

- Schaffung von qualifiziertem Planungsrecht zur städtebaulichen Entwicklung
- Sicherung und Regelung der baulichen und sonstigen Bodennutzung, inkl. der Freiraumplanung
- Integriertes und umfassendes Entwicklungskonzepte (integrierte Handlungskonzepte, MIV, ÖPNV, Rad-, Fußgänger- und Güterverkehr, ruhender Verkehr)
- Erarbeitung von Verkehrsnetzen und Verkehrsentwürfen
- Sicherung der Bauleitplanung und Überwachung der Grundstücksverkäufe
- das Projektmanagement für Sonderprojekte

Weiterhin steht die Stadtgestaltung im Fokus von FB 61:

- Städtebauliche Einfügung von Maßnahmen in das Stadtbild
- Möglichkeiten, durch Satzungen den Zulässigkeitstatbestand zur Genehmigung von Vorhaben nach BauGB zu präzisieren
- Erhaltung und Entwicklung der baulichen Gestalt und Baustruktur der Stadt

Zielgruppe:

Bürgerschaft, Landesbehörden, Architekten-/Ingenieurbüros, Projektträger, Grundstückseigentümer, Politik, Bauherren, Investoren, Unternehmer, Verkehrsteilnehmer, Notare

Auftragsgrundlage:

Politische Beschlüsse, Baugesetzbuch, Bauordnung NRW, Baunutzungsverordnung, Immissionsschutzgesetze, Landesplanungsgesetz, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Verdingungsordnung für Leistungen (VOL), Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF), Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, Korruptionsbekämpfungsgesetz, Förderrichtlinien, Sanierungsatzung

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.624	-1.626	-73.624	-57.626	-1.624	-1.626	-1.626
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.460	-26.000	-177.000	-177.000	-180.540	-184.151	-187.834
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-3.500					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.040						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-40.300	-28.615	-32.229	-32.229	-32.229	-32.229	-32.229
8	+ Aktivierte Eigenleistungen			-121.434				
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-77.424	-59.741	-404.287	-266.855	-214.393	-218.006	-221.689
11	- Personalaufwendungen	3.093.316	3.317.810	3.461.827	3.444.223	3.477.129	3.510.363	3.543.930
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	2.911.688	3.168.793	3.319.682	3.290.572	3.323.478	3.356.712	3.390.279
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	181.628	149.016	142.145	153.651	153.651	153.651	153.651
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.436						
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.738	1.630	1.630	1.630	1.630	1.626	1.630
17	- Transferaufwendungen			31.873	31.873	31.873	31.873	31.873
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	181.317	315.225	954.781	521.865	476.583	481.349	486.163

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	3.282.806	3.634.664	4.450.111	3.999.591	3.987.215	4.025.212	4.063.596
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.205.382	3.574.924	4.045.823	3.732.736	3.772.822	3.807.206	3.841.907
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	3.205.382	3.574.924	4.045.823	3.732.736	3.772.822	3.807.206	3.841.907
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	3.205.382	3.574.924	4.045.823	3.732.736	3.772.822	3.807.206	3.841.907
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-83.868	-94.274	-90.197	-91.356	-91.117	-91.925	-92.718
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	636.413	906.907	638.826	633.802	632.323	637.329	641.534
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	3.757.927	4.387.557	4.594.453	4.275.182	4.314.027	4.352.610	4.390.722

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Zuwendungen für INSEK Zentrum und Hohenlimburg

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren für Testate.

Transferaufwendungen:

Verbandsumlage für Mitgliedsbeitrag Durchführungsgesellschaft IGA 2027.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Prüfung und Beratung im Bereich Bebauungspläne, Flächennutzungspläne, INSEK, Handlungskonzept Wohnen, Integriertes Handlungskonzept, Masterplan Mobilität, Überprüfung Lichtsignalanlagen.

Produktergebnisse des Teilplans 5110 Raumplanungen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.51.10.40	Stadtentwicklung	1.946.300	2.322.851	2.450.173	2.382.473	2.351.219	2.373.079	2.394.698
1.51.10.41	Bauleitplanung	1.650.330	1.880.838	1.968.270	1.716.808	1.785.539	1.800.610	1.815.469
1.51.10.42	BgA Planungsleistungen	161.297	183.868	176.010	175.902	177.269	178.921	180.555
Summe		3.757.927	4.387.557	4.594.453	4.275.182	4.314.027	4.352.610	4.390.722

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-72.000	-56.000				
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-36.772	-26.000	-177.000	-177.000		-180.540	-184.151	-187.834
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-3.500						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.040							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-6.243							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-52.055	-29.500	-249.000	-233.000		-180.540	-184.151	-187.834
10	- Personalauszahlungen	2.911.688	3.168.793	3.319.682	3.290.572		3.323.478	3.356.712	3.390.279
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	27.779							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen			31.873	31.873		31.873	31.873	31.873
15	- sonstige Auszahlungen	154.787	315.225	954.781	521.865		476.583	481.349	486.163
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.094.255	3.484.018	4.306.336	3.844.310		3.831.934	3.869.935	3.908.315
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.042.200	3.454.518	4.057.336	3.611.310		3.651.394	3.685.784	3.720.481

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	170.424	1.232.411	500.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.158							
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	845.907							
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	1.017.489	1.232.411	500.000					
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.017.489	1.232.411	500.000					

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Entwicklungsgebiet Lennetal										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-99.040.000	-99.040.000
+ Weitere investive Einzahlungen									-2.099.317	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude									79.723	
- Auszahlung Baumaßnahmen	170.424	500.000	500.000						103.910.277	109.720.000
- Weitere investive Auszahlungen	845.907								845.907	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.016.331	500.000	500.000						3.696.591	10.680.000
Stadtumbau West/Südstadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-789.862	-2.975.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude									59.095	
- Auszahlung Baumaßnahmen									113.372	3.530.000
- Weitere investive Auszahlungen	1.158								11.349	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.158								-606.046	555.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Reaktivierung von Brachflächen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		692.411								
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		692.411								
IHK Harkort/Hengsteysee										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		692.411								
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		692.411								
= Summe	1.017.489	1.232.411	500.000	0						

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000094 Entwicklungsgebiet Lennetal

Im Rahmen des gesamten Projekts „Entwicklungsgebiet Lennetal“ wird noch eine Straße erschlossen.

1.51.11 Geoinformationen

553

Teilplanbeschreibung: 1.51.11

Geobasisdaten der Landes- und Kommunalvermessung und des Liegenschaftskatasters stellen für alle Verwaltungs- und Rechtsbereiche eine unverzichtbare Grundlage dar. Sie sind zugleich ein Wirtschaftsgut, auf dessen Grundlage die Wirtschaft weitere Dienste und Dienstleistungen aufbaut und neue Produkte schaffen kann. Die Geobasisdaten des Liegenschaftskatasters sind flächendeckend und aktuell gemäß den gesetzlichen Vorgaben vorzuhalten.

Für die Grundstücksbewertung nehmen die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Hagen und für die Bodenordnung die Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses als Sonderbehörden Aufgaben nach dem BauGB wahr.

Zielgruppe:

Auftragsgrundlage:

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster VermKatG NRW
Bereitstellung und Nutzung von Geobasisdaten – GeoBasisBNErl-NRW
Geodatenzugangsgesetz – GeoDZG NRW
Baugesetzbuch BauGB

Bewirtschaftungsregelungen:

Wirtschaftliche Bearbeitung der Geschäftsvorgänge, zeitnahe Bearbeitung

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 62 Dietrich, Thekla

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.11 Geoinformationen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.123		-6.123	-6.122	-6.123	-6.122	-6.122
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-162.126	-165.000	-165.000	-165.000	-167.400	-169.848	-172.345
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-15.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-72.617	-113.500	-75.000	-87.000	-88.740	-90.515	-92.325
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-58.393	-41.332	-45.121	-45.121	-45.121	-45.121	-45.121
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-299.259	-334.832	-296.244	-308.243	-312.384	-316.606	-320.913
11	- Personalaufwendungen	3.814.819	3.884.686	4.126.704	4.134.756	4.173.952	4.213.540	4.253.524
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	3.553.952	3.665.042	3.926.111	3.919.644	3.958.841	3.998.429	4.038.413
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	260.867	219.643	200.593	215.111	215.111	215.111	215.111
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.485	98.275	68.070	90.070	90.971	91.880	92.799
16	- Bilanzielle Abschreibungen	6.250	6.174	13.527	12.277	16.341	17.902	17.903
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.134	28.019	29.306	29.356	29.446	29.536	29.628

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 62 Dietrich, Thekla

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.11 Geoinformationen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	3.882.688	4.017.154	4.237.607	4.266.459	4.310.710	4.352.859	4.393.854
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.583.429	3.682.322	3.941.363	3.958.216	3.998.326	4.036.253	4.072.941
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	3.583.429	3.682.322	3.941.363	3.958.216	3.998.326	4.036.253	4.072.941
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	3.583.429	3.682.322	3.941.363	3.958.216	3.998.326	4.036.253	4.072.941
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.635.990	2.304.736	1.631.934	1.622.841	1.628.906	1.643.452	1.656.054
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	5.219.419	5.987.057	5.573.297	5.581.057	5.627.232	5.679.705	5.728.995

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren für Einsicht in Bauakten, Vermessungsleistungen, Übernahme ins Kataster, Karten, Wertgutachten für Externe.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Entgelte für externe Vermessungsaufträge.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen Ingenieurleistungen, sowie Beteiligung des WBH an der Finanzierung von Überfliegungskosten zur Aufnahme von Orthophotos.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Spezialpapier, Grenzsteine) sowie Aufwendungen für Vergabe von Vermessungsaufträgen, Kosten für die Überfliegung des Stadtgebiets zur Aufnahme von Orthophotos als Grundlage zur Fortführung der Geodatenbestände.

Bilanzielle Abschreibungen:

Bilanzielle Abschreibungen auf Fahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Gutachterkosten.

Produktergebnisse des Teilplans 5111 Geoinformationen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.51.11.40	Geoinformation und Liegenschaftskataster	4.019.432	4.721.889	4.329.805	4.389.070	4.424.912	4.465.653	4.503.901
1.51.11.41	Grundstücksbewertung	801.573	800.247	834.262	778.454	785.402	793.245	800.651
1.51.11.42	Bodenordnung	398.415	464.921	409.229	413.532	416.918	420.807	424.442
Summe		5.219.419	5.987.057	5.573.297	5.581.057	5.627.232	5.679.705	5.728.995

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 62 Dietrich, Thekla

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.11 Geoinformationen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-165.265	-165.000	-165.000	-165.000		-167.400	-169.848	-172.345
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-15.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-71.077	-113.500	-75.000	-87.000		-88.740	-90.515	-92.325
7	+ Sonstige Einzahlungen	900							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-235.442	-293.500	-245.000	-257.000		-261.140	-265.363	-269.670
10	- Personalauszahlungen	3.553.952	3.665.042	3.926.111	3.919.644		3.958.841	3.998.429	4.038.413
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.937	98.275	68.070	90.070		90.971	91.880	92.799
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	28.768	28.019	29.306	29.356		29.446	29.536	29.628
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.593.658	3.791.337	4.023.487	4.039.071		4.079.257	4.119.846	4.160.840
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.358.216	3.497.837	3.778.487	3.782.071		3.818.117	3.854.483	3.891.170

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 62 Dietrich, Thekla

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.11 Geoinformationen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		-250.000	-250.000	-250.000		-250.000	-250.000	-250.000
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)		-250.000	-250.000	-250.000		-250.000	-250.000	-250.000
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	10	250.000	250.000	250.000		250.000	250.000	250.000
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	73.473	53.000	73.000	53.000		18.000	13.000	18.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	73.483	303.000	323.000	303.000		268.000	263.000	268.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	73.483	53.000	73.000	53.000		18.000	13.000	18.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 62 Dietrich, Thekla

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.11 Geoinformationen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Bodenordnungsmaßnahmen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen		-250.000	-250.000	-250.000		-250.000	-250.000	-250.000	-3.330.829	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	10	250.000	250.000	250.000		250.000	250.000	250.000	1.419.474	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	10	0	0	0		0	0	0	-1.911.355.	
= Summe	10	0	0	0		0	0	0		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000081 Bodenordnungsmaßnahmen

Zur Entwicklung von baureifen Grundstücken werden in Umlegungsmaßnahmen und sonstigen bodenordnerischen Maßnahmen Mittel benötigt (z. B. Grundstücksankäufe, Erschließungen von Bauflächen). Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (Auszahlung 250.000 € / Einzahlung 250.000 €) werden die Beschlüsse des Umlegungsausschusses umgesetzt.

In den Jahren 2020 - 2024 sind jeweils folgende Mittel eingeplant: Auszahlung 250.000 € / Einzahlung 250.000 €.

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	73.473	53.000	73.000	53.000		18.000	13.000	18.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	73.473	53.000	73.000	53.000		18.000	13.000	18.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgelegten Wertgrenze
5.800061 Maschinen und Geräte Katasterverwaltung / IPM

In den Jahren 2020 - 2024 wird für Ersatzbeschaffungen jeweils ein allgemeiner Ansatz in Höhe von 10.000 € eingeplant. Darüber hinaus werden in 2020 für die Ersatzbeschaffung eines Vermessungsinstrumentes weitere 60.000 € eingeplant und für die Beschaffung eines MessKW in 2021 weitere 40.000 €.

5.800137 Geoinformationen, GVG

Für die Ersatzbeschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen werden jährlich Mittel in Höhe von 3.000 € eingeplant.

1.52	Bauen und Wohnen		562
	1.52.10	Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz	568
	1.52.20	Wohnungswesen	578

Haushaltsplan 2020/2021

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.150	-12.500	-12.500	-12.500	-12.625	-12.751	-12.879
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.318.808	-873.500	-1.120.000	-1.120.000	-1.142.400	-1.165.248	-1.188.553
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-36.202	-96.000	-95.000	-95.000	-95.300	-95.606	-95.918
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-107.269	-95.871	-86.898	-86.898	-86.898	-86.898	-86.898
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-1.473.429	-1.077.871	-1.314.398	-1.314.398	-1.337.223	-1.360.503	-1.384.248
11	- Personalaufwendungen	3.243.093	3.138.391	3.381.210	3.471.870	3.504.592	3.537.640	3.571.019
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	2.927.329	2.852.350	3.193.904	3.272.124	3.304.845	3.337.893	3.371.272
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	315.764	286.041	187.306	199.746	199.746	199.746	199.746
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.813	100.000	95.500	95.500	92.415	93.339	94.272
16	- Bilanzielle Abschreibungen	15.563	47					
17	- Transferaufwendungen	49.228	25.000	25.000	25.000	25.500	26.010	26.530
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.780	37.500	19.000	19.000	19.190	19.382	19.576

Haushaltsplan 2020/2021

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	3.368.478	3.300.938	3.520.710	3.611.370	3.641.696	3.676.371	3.711.397
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.895.049	2.223.067	2.206.312	2.296.972	2.304.473	2.315.867	2.327.149
21	+ Finanzerträge	-1.244	-400	-800	-800	-800	-800	-800
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-1.244	-400	-800	-800	-800	-800	-800
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.893.806	2.222.667	2.205.512	2.296.172	2.303.673	2.315.067	2.326.349
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.893.806	2.222.667	2.205.512	2.296.172	2.303.673	2.315.067	2.326.349
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.830	-8.047	-4.000	-4.000			
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	514.702	496.986	659.363	647.213	650.713	656.199	660.837
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	2.405.677	2.711.607	2.860.875	2.939.385	2.954.386	2.971.267	2.987.186

Haushaltsplan 2020/2021

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.000	-12.500	-12.500	-12.500		-12.625	-12.751	-12.879
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.268.524	-873.500	-1.120.000	-1.120.000		-1.142.400	-1.165.248	-1.188.553
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-25.173	-96.000	-95.000	-95.000		-95.300	-95.606	-95.918
7	+ Sonstige Einzahlungen	-36.545	-45.000	-45.000	-45.000		-45.000	-45.000	-45.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.240	-400	-800	-800		-800	-800	-800
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.341.482	-1.027.400	-1.273.300	-1.273.300		-1.296.125	-1.319.405	-1.343.150
10	- Personalauszahlungen	2.927.329	2.852.350	3.193.904	3.272.124		3.304.845	3.337.893	3.371.272
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	36.817	100.000	95.500	95.500		92.415	93.339	94.272
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	45.000	25.000	25.000	25.000		25.500	26.010	26.530
15	- sonstige Auszahlungen	14.663	37.500	19.000	19.000		19.190	19.382	19.576
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.023.809	3.014.850	3.333.404	3.411.624		3.441.950	3.476.624	3.511.651
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.682.327	1.987.450	2.060.104	2.138.324		2.145.825	2.157.219	2.168.501

Haushaltsplan 2020/2021

1.52 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+ sonstige Investitionseinzahlungen	-125.775	-134.000	-68.006	-40.529		-17.285	-17.275	-13.700
23	= Summe: (investive Einzahlungen)	-125.775	-134.000	-68.006	-40.529		-17.285	-17.275	-13.700
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	- sonstige Investitionsauszahlungen								
30	= Summe: (investive Auszahlungen)								
31	= Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-125.775	-134.000	-68.006	-40.529		-17.285	-17.275	-13.700

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz

568

Teilplanbeschreibung: 1.52.10**Bau-und Grundstücksordnung**

Hier sind alle Verfahren zusammengefasst, die bei der Abarbeitung von genehmigungspflichtigen Bauvorhaben (u. a. Baugenehmigungen, Befreiungen, Baulasten, Teilungsgenehmigungen), bauaufsichtliche Verfahren (z. B. Bauzustandsbesichtigungen, Bauüberwachungen, wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten), baurechtliche Stellungnahmen, ordnungsbehördliches Verfahren (einschließlich Zwangsmaßnahmen), Verwaltungsverfahren (Widersprüche, Klagen, Petitionen und Beschwerden, Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister usw.) anfallen. Des weiteren finden Informationen/Beratungen für externe Behörden oder Bürger und Architekten statt.

Denkmalschutz

Hierzu gehören die Durchführung von Eintragungsverfahren und Erlaubnisverfahren nach dem Denkmalschutzgesetz (DSchG) sowie die ausführliche Information und Beratung der Eigentümer, Architekten und Kaufinteressenten etc. verbunden mit regelmäßigen Baustellenterminen. Stellungnahmen sind erforderlich im Rahmen von Genehmigungs- und B-Planverfahren. Die Beantwortung von Anfragen politischer Gremien gehört ebenfalls zum Leistungsumfang.

Im Rahmen der Zuschussverfahren für Maßnahmen an privaten und öffentlichen Denkmälern sowie für Bescheinigungen für die Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen für Baudenkmäler werden Beratungsgespräche und Abnahmen durchgeführt.

Bei allen Verfahren ist die Beteiligung (Benehmensherstellung) des LWL - Amt für Denkmalpflege in Westfalen bzw. des LWL - Archäologie für Westfalen erforderlich. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehören alle Arbeiten zum jährlichen Tag des offenen Denkmals sowie die Unterstützung studentischer und schulischer Arbeiten, die Mitarbeit in überörtlichen Verbänden, Gremien und bei Wettbewerben und die Kontaktpflege zu den verschiedenen Medien.

Ständige, vertiefende wissenschaftliche Erforschung des bau- und bodenkulturellen Erbes der Stadt.

Die Verwaltungsverfahren umfassen auch Widersprüche, Klagen und Beschwerden einschließlich ordnungsbehördlicher Maßnahmen.

Zielgruppe:

Bauherren, Architekten, Betreiber von Sonderbauten, interne und externe Behörden, Schornsteinfeger, private und öffentliche Eigentümer von Denkmälern, Ordnungspflichtige und die Öffentlichkeit

Auftragsgrundlage:

Bauordnung für das Land Nordrhein – Westfalen (BauO NRW) einschließlich der erlassenen Rechtsverordnungen, Baugesetzbuch (BauGB), Baunutzungsverordnung (Bau NVO), gemeindliche Satzungen, Rechtsverordnungen für Sonderbauten, Baustatistikgesetz, Hochbaustatistikgesetz, Denkmalschutzgesetz NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Die Verwendung des städtischen Eigenanteils zur Förderung kleinerer privater Denkmalschutzmaßnahmen darf nur verwendet werden, wenn ein Landeszuschuss in gleicher Höhe bewilligt wird.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-11.150	-12.500	-12.500	-12.500	-12.625	-12.751	-12.879
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.296.022	-844.500	-1.100.000	-1.100.000	-1.122.000	-1.144.440	-1.167.329
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-20.030	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-82.490	-86.332	-80.452	-80.452	-80.452	-80.452	-80.452
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-1.409.692	-1.023.332	-1.272.952	-1.272.952	-1.295.077	-1.317.643	-1.340.660
11	- Personalaufwendungen	2.481.802	2.361.524	2.585.828	2.662.935	2.687.874	2.713.062	2.738.503
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	2.226.421	2.125.626	2.426.568	2.493.919	2.518.858	2.544.046	2.569.487
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	255.380	235.898	159.260	169.016	169.016	169.016	169.016
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.123	88.000	84.000	84.000	80.800	81.608	82.424
16	- Bilanzielle Abschreibungen	15.436	47					
17	- Transferaufwendungen	49.228	25.000	25.000	25.000	25.500	26.010	26.530
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.934	17.500	13.700	13.700	13.837	13.975	14.115

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	2.588.522	2.492.071	2.708.528	2.785.635	2.808.011	2.834.656	2.861.572
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.178.830	1.468.738	1.435.576	1.512.683	1.512.934	1.517.012	1.520.912
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.178.830	1.468.738	1.435.576	1.512.683	1.512.934	1.517.012	1.520.912
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.178.830	1.468.738	1.435.576	1.512.683	1.512.934	1.517.012	1.520.912
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-2.830	-8.047	-4.000	-4.000			
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	297.281	295.997	451.219	448.827	450.905	454.633	457.788
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.473.281	1.756.688	1.882.795	1.957.510	1.963.838	1.971.645	1.978.700

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus Verwaltungsgebühren (z.B. Baugenehmigungsverfahren, Bauüberwachung, Bauzustandsbesichtigungen, bauordnungsbehördliches Einschreiten, Gebühren nach dem SchfHwG, etc.).

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erträge aus Erstattungen für Ersatzvornahmen. Die entsprechende Gegenposition ist in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen enthalten (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Sonstige ordentliche Erträge:

Erträge aus Buß- und Zwangsgeldern, Auflösung Personalrückstellungen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen des Fachamtes für Ersatzvornahmen (Beauftragung von Schornsteinfegern etc.).

Bilanzielle Abschreibungen:

Abschreibung auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalerschutz

Produktergebnisse des Teilplans 5210 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalerschutz

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.52.10.40	Baurechtliche Verfahren	1.434.928	1.750.145	1.870.045	1.943.740	1.949.481	1.956.693	1.963.148
1.52.10.41	Denkmalerschutz und-pflege	38.353	6.543	12.751	13.770	14.357	14.952	15.553
Summe		1.473.281	1.756.688	1.882.795	1.957.510	1.963.838	1.971.645	1.978.700

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Attraktives Wohnangebot und - umfeld, Ausgeglichener Haushalt
Produkt	1.52.10.40 Baurechtliche Verfahren
Produktbereich	52 Bauen und Wohnen
Teilplan	5210 Bauordnung
Produktverantwortlicher	Frau Hammerschmidt
Fachbereich	61 Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung
Ziel operativ	Die baurechtlichen Verfahren pro 1000 Einwohner liegen bei 5,79. In der vergleichenden Betrachtung lassen sich daraus Rückschlüsse auf die Stärke der baulichen Entwicklung vor Ort ziehen.

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Gesamt Verfahren pro 1000 Einwohner	Anz.	Gesamt Verfahren/ (Einwohner/1000)	7,45	7,15	7,46	5,79	5,80	5,80
Einnahmen pro 1000 Einwohner	€	Ordentliche Erträge gesamt/ (Einwohner/1000)	-5.541	-4.974	-6.845	-4.693	-6.029	-6.029

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalerschutz



Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Baugenehmigungsverfahren	Anz.		1.085	995	1.025	720	720	720
Ordentliche Erträge Baugenehmigungsverfahren	€		-927.911	-803.330	-1.301.181	-892.003	-1.146.095	-1.146.095
Ordnungsbehördliche Verfahren	Anz.		366	401	428	408	410	410
Ordentliche Erträge ordnungsbehördliche Verfahren	€		-151.406	-167.571	-32.838	-22.497	-28.905	-28.905
Gesamtanzahl Verfahren	Anz.		1.451	1.396	1.453	1.128	1.130	1.130
Ordentliche Erträge Baurechtliche Verfahren gesamt	€		-1.079.317	-970.900	-1.334.018	-914.500	-1.175.000	-1.175.000
Einwohner	Anz.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-10.000	-12.500	-12.500	-12.500		-12.625	-12.751	-12.879
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.246.965	-844.500	-1.100.000	-1.100.000		-1.122.000	-1.144.440	-1.167.329
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.001	-80.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-25.145	-45.000	-45.000	-45.000		-45.000	-45.000	-45.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.291.111	-982.000	-1.237.500	-1.237.500		-1.259.625	-1.282.191	-1.305.208
10	- Personalauszahlungen	2.226.421	2.125.626	2.426.568	2.493.919		2.518.858	2.544.046	2.569.487
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.127	88.000	84.000	84.000		80.800	81.608	82.424
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	45.000	25.000	25.000	25.000		25.500	26.010	26.530
15	- sonstige Auszahlungen	1.142	17.500	13.700	13.700		13.837	13.975	14.115
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.304.691	2.256.126	2.549.268	2.616.619		2.638.995	2.665.639	2.692.556
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.013.580	1.274.126	1.311.768	1.379.119		1.379.370	1.383.448	1.387.348

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.10 Bau-/Grundstücksordnung/Denkmalschutz



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.52.20 Wohnungswesen

578

Teilplanbeschreibung: 1.52.20

Wohnungsbauförderung – Förderung des sozialen Wohnungsbaus (Mietwohnungsbau, Eigentumsmaßnahmen, Wohnheime, neue Wohnformen) sowie von investiven Maßnahmen im Wohnungsbestand, der Fassadengestaltung, des passiven Lärmschutzes und anderer Maßnahmen im Rahmen bestehender Förderprogramme einschließlich der notwendigen Beratungsleistungen (z.B. Finanzierung, techn. Durchführung etc.), Wohnungsaufsicht, wohnungswirtschaftliche Berechnungen, Mietpreisüberwachungsverfahren, Darlehensverwaltung

Wohnungsmarktbeobachtung – Sammlung und Auswertung von Daten zum Hagener Wohnungsmarkt, Erstellung von periodischen Wohnungsmarktberichten, Leerstandserhebung, Mitwirkung bei der Wohnungsmarktbeobachtung NRW und der Region, Prozesssteuerung für den Kommunikations- und Arbeitskreis Demographie

Wohnraumbefugung – Wohnungsversorgung verschiedener Zielgruppen, Wohnungsvermittlung, Ausübung von Besetzungsrechten, Beratung und Registrierung von Wohnungssuchenden, wohnungswirtschaftliche Bescheinigungen, Rechtsberatung zum Wohnungsbindungsrecht, Bestands- und Besetzungskontrolle öffentlich geförderter Wohnungen, Mietenkontrollverfahren, Sanktionsverfahren, Untersuchungen zur Belegungs- und Sozialstruktur in Wohngebieten, Aufgaben nach dem neuen WoFG (z.B. Belegungsvereinbarungen, Kooperationsverträge etc.), Ermittlung und Bereitstellung von Wohnungsangeboten für andere Dienste (z.B. Wohnberatung, Zentrale Fachstelle für die Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung in Notfällen, private Vermieter) einschl. der jeweils in Frage kommenden Informations- und Beratungsleistungen, Antragsbearbeitungen und vorgesehenen Verfahren, Beteiligung und Mitarbeit in verschiedenen Arbeits- und Planungsgruppen insb. im Zusammenhang mit stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Zielen, Umsetzung von Maßnahmen aus dem „Masterplan Wohnen“, dem „Bündnis für Familien“ und dem Konzept „Lebendiges Hagen“

Zielgruppe:

Bauherren, Investoren, Wohnungsunternehmen, private Haus- bzw. Wohnungseigentümer und sonstige Wohnungsmarktakteure, Mieter, Wohnungssuchende, wohnungs- und sozialpolitische Gremien, soziale Einrichtungen und Verbände sowie andere Dienste

Auftragsgrundlage:

Wohnungsgesetze, -verordnungen, und -erlasse, Förderbestimmungen und Wohnungsbauprogramme, Darlehensverträge und andere allgemein- und spezialgesetzliche Vorschriften

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.20 Wohnungswesen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22.786	-29.000	-20.000	-20.000	-20.400	-20.808	-21.224
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-16.172	-16.000	-15.000	-15.000	-15.300	-15.606	-15.918
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-24.778	-9.538	-6.446	-6.446	-6.446	-6.446	-6.446
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-63.736	-54.538	-41.446	-41.446	-42.146	-42.860	-43.588
11	- Personalaufwendungen	761.292	776.867	795.382	808.936	816.718	824.577	832.516
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	700.908	726.724	767.336	778.205	785.988	793.847	801.786
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	60.384	50.143	28.046	30.730	30.730	30.730	30.730
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.690	12.000	11.500	11.500	11.615	11.731	11.848
16	- Bilanzielle Abschreibungen	127						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.847	20.000	5.300	5.300	5.353	5.407	5.461

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.20 Wohnungswesen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	779.956	808.867	812.182	825.736	833.686	841.715	849.825
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	716.219	754.329	770.736	784.290	791.540	798.855	806.237
21	+ Finanzerträge	-1.244	-400	-800	-800	-800	-800	-800
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-1.244	-400	-800	-800	-800	-800	-800
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	714.976	753.929	769.936	783.490	790.740	798.055	805.437
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	714.976	753.929	769.936	783.490	790.740	798.055	805.437
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	217.421	200.989	208.144	198.385	199.808	201.567	203.049
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	932.397	954.918	978.080	981.875	990.548	999.622	1.008.486

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren für zustimmungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen und Unterschriftsbeglaubigungen in der Wohnbauförderung sowie Wohnberechtigungsscheine.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Verwaltungskostenbeiträge des Landes zur Überwachung des sozialen Wohnungsbaues.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Finanzierung von Aktivitäten in den verschiedenen Handlungsfeldern des demographischen Wandels.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Prüfung und Beratung.

Produktergebnisse des Teilplans 5220 Wohnungswesen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.52.20.40	Wohnungswesen	932.397	954.918	978.080	981.875	990.548	999.622	1.008.486
Summe		932.397	954.918	978.080	981.875	990.548	999.622	1.008.486

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.20 Wohnungswesen

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-21.559	-29.000	-20.000	-20.000		-20.400	-20.808	-21.224
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-16.172	-16.000	-15.000	-15.000		-15.300	-15.606	-15.918
7	+ Sonstige Einzahlungen	-11.400							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.240	-400	-800	-800		-800	-800	-800
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-50.371	-45.400	-35.800	-35.800		-36.500	-37.214	-37.942
10	- Personalauszahlungen	700.908	726.724	767.336	778.205		785.988	793.847	801.786
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.690	12.000	11.500	11.500		11.615	11.731	11.848
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	13.521	20.000	5.300	5.300		5.353	5.407	5.461
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	719.119	758.724	784.136	795.005		802.956	810.985	819.095
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	668.748	713.324	748.336	759.205		766.456	773.771	781.153

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.52 Bauen und Wohnen

1.52.20 Wohnungswesen

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-125.775	-134.000	-68.006	-40.529		-17.285	-17.275	-13.700
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-125.775	-134.000	-68.006	-40.529		-17.285	-17.275	-13.700
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-125.775	-134.000	-68.006	-40.529		-17.285	-17.275	-13.700

Sonstige Investitionseinzahlungen

Es sind Rückzahlungen von gewährten Wohnungsbaudarlehen in folgender Höhe eingeplant:

2020	68.006 €
2021	40.526 €
2022	17.285 €
2023	17.275 €
2024	13.700 €

1.53	Ver- und Entsorgung		586
	1.53.70	Abfallsammlung	592
	1.53.72	Abfallwirtschaft und Bodenschutz	600
	1.53.80	Abwasserbeseitigung	608

Haushaltsplan 2020/2021

1.53 Ver- und Entsorgung

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.357	-80.000	-163.000	-176.000	-177.760	-179.538	-181.333
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-23.454.599	-23.945.164	-25.916.839	-26.558.050	-26.558.420	-26.558.797	-26.559.182
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.113.007	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-16.906	-38.679	-56.723	-56.723	-56.723	-56.723	-56.723
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-24.593.870	-24.072.843	-26.145.562	-26.799.773	-26.801.903	-26.804.058	-26.806.238
11	- Personalaufwendungen	190.489	206.045	643.423	321.966	234.115	236.302	238.512
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	170.679	188.388	628.958	306.601	218.750	220.937	223.147
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	19.810	17.657	14.465	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.856.177	23.418.154	24.895.952	25.512.029	25.512.059	25.512.089	25.512.120
16	- Bilanzielle Abschreibungen	25.022						
17	- Transferaufwendungen	92.910	97.551	106.399	107.320	107.320	107.320	107.320
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.094.627	141.536	391.300	391.300	395.213	399.165	403.157

Haushaltsplan 2020/2021

1.53 Ver- und Entsorgung

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	24.259.225	23.863.286	26.037.074	26.332.615	26.248.707	26.254.877	26.261.108
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-334.645	-209.558	-108.488	-467.158	-553.196	-549.181	-545.130
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-334.645	-209.558	-108.488	-467.158	-553.196	-549.181	-545.130
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	-334.645	-209.558	-108.488	-467.158	-553.196	-549.181	-545.130
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	622.984	694.119	649.461	636.338	640.781	646.640	652.305
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	288.339	484.561	540.973	169.180	87.584	97.459	107.175

Haushaltsplan 2020/2021

1.53 Ver- und Entsorgung

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-80.000	-163.000	-176.000		-177.760	-179.538	-181.333
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22.268.506	-22.795.164	-25.916.839	-26.558.050		-26.558.420	-26.558.797	-26.559.182
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.233.712	-9.000	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.102	-35.500	-53.500	-53.500		-53.500	-53.500	-53.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-23.518.321	-22.919.664	-26.142.339	-26.796.550		-26.798.680	-26.800.835	-26.803.015
10	- Personalauszahlungen	170.679	188.388	628.958	306.601		218.750	220.937	223.147
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	23.184.499	23.454.554	24.930.952	25.547.029		25.547.409	25.547.793	25.548.181
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	92.910	97.551	106.399	107.320		107.320	107.320	107.320
15	- sonstige Auszahlungen	40.173	141.536	391.300	391.300		395.213	399.165	403.157
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.488.262	23.882.029	26.057.609	26.352.250		26.268.692	26.275.215	26.281.804
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-30.058	962.365	-84.730	-444.300		-529.988	-525.620	-521.212

Haushaltsplan 2020/2021

1.53 Ver- und Entsorgung

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.53.70 Abfallsammlung

592

Teilplanbeschreibung: 1.53.70

Durch den Entsorgungsvertrag vom 19.12.1997 hat die Stadt Hagen in ihrer Funktion als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die HEB GmbH mit der Durchführung der Abfallentsorgung in der Stadt Hagen beauftragt.

Die Stadt Hagen hat zur Erhöhung der Stadtsauberkeit zunächst befristet (01.04.2019 bis 31.03.2021) das Pilot-Projekt „Waste-Watcher“ ins Leben gerufen. Die daraus resultierenden Erträge und Aufwendungen, die im Rahmen der Abfallgebührenkalkulation zu berücksichtigen sind, sind hier veranschlagt.

Zielgruppe:

Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte und Nießbrauchberechtigte von Grundstücken

Auftragsgrundlage:

- Kommunalabgabengesetz (KAG NRW)
- Abfallbeseitigungsvertrag
- Gebührensatzung für die Abfallentsorgung in der Stadt Hagen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.70 Abfallsammlung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-23.438.383	-23.926.764	-25.898.339	-26.539.550	-26.539.550	-26.539.550	-26.539.550
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.112.812						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.629						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-24.553.824	-23.926.764	-25.898.339	-26.539.550	-26.539.550	-26.539.550	-26.539.550
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.851.826	23.418.154	24.895.952	25.512.029	25.512.059	25.512.089	25.512.120
16	- Bilanzielle Abschreibungen	4.223						
17	- Transferaufwendungen	92.910	97.551	106.399	107.320	107.320	107.320	107.320
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	995.150						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.70 Abfallsammlung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	23.944.110	23.515.705	25.002.351	25.619.349	25.619.379	25.619.409	25.619.440
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-609.714	-411.059	-895.988	-920.201	-920.171	-920.141	-920.110
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-609.714	-411.059	-895.988	-920.201	-920.171	-920.141	-920.110
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	-609.714	-411.059	-895.988	-920.201	-920.171	-920.141	-920.110
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	510.283	589.594	864.217	602.039	524.720	529.580	534.306
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	-99.431	178.535	-31.771	-318.162	-395.451	-390.560	-385.804

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Erträge aus den Abfallbeseitigungsgebühren, dem Vollservice (brutto), der Auflösung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich und der Gebühr für die Entsorgung illegaler Müllablagerungen (Einführung im Rahmen des Waste-Watcher-Projekts).
Die Gebührenbedarfsberechnung befindet sich als Anlage in Band 1.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Erstattung an die HEB GmbH für die Abfallbeseitigung und die Beteiligung an dem Regionalen Informationsdienst „Betrieb & Umwelt“ durch die Stadt Hagen. Hierin sind die Aufwendungen der bei der HEB GmbH angesiedelten Mitarbeiter*innen im Rahmen des Waste-Watcher-Projekts enthalten.
Dieser Betrag wird aus den Abfallgebühren refinanziert.

Transferaufwendungen:

Zahlung an die Verbraucherberatung für die Aufgabe der Abfallberatung (neuer Finanzierungsvertrag mit der Verbraucherzentrale NRW ab 01.01.2020) und Mitgliedsbeitrag an den Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV).
Dieser Betrag wird aus den Abfallgebühren refinanziert.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Ergebnis 2018: Zuschreibung zum Sonderposten für den Gebührenaussgleich.

Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen:

Hierin sind die für die Gebührenkalkulation zu berücksichtigenden Aufwendungen für die im Fachbereich 69 angesiedelten Mitarbeiter*innen im Rahmen des Waste-Watcher-Projekts enthalten.

Produktergebnisse des Teilplans 5370 Abfallsammlung

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.53.70.40	Abfallsammlung u. -transport	-99.431	178.535	-31.771	-318.162	-395.451	-390.560	-385.804
Summe		-99.431	178.535	-31.771	-318.162	-395.451	-390.560	-385.804

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.70 Abfallsammlung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22.251.500	-22.776.764	-25.898.339	-26.539.550		-26.539.550	-26.539.550	-26.539.550
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.112.812							
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-23.364.311	-22.776.764	-25.898.339	-26.539.550		-26.539.550	-26.539.550	-26.539.550
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	22.850.861	23.418.154	24.895.952	25.512.029		25.512.059	25.512.089	25.512.120
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	92.910	97.551	106.399	107.320		107.320	107.320	107.320
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.943.771	23.515.705	25.002.351	25.619.349		25.619.379	25.619.409	25.619.440
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-420.540	738.941	-895.988	-920.201		-920.171	-920.141	-920.110

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.70 Abfallsammlung

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.53.72 Abfallwirtschaft und Bodenschutz

600

Teilplanbeschreibung: 1.53.72

Die Untere Bodenschutzbehörde (1) nimmt in der Stadt Hagen die Aufgaben als untere Landesbehörde gem. Bundesbodenschutzgesetz und Landesbodenschutzgesetz NRW wahr und die Untere Abfallwirtschaftsbehörde(2) nimmt in der Stadt Hagen die Aufgaben als untere Landesbehörde gem. KrWG und Landesabfallgesetz

Es handelt sich um Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung:

Zu (2)

- Abfallwirtschaft
- Aufgaben nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) und Landesabfallgesetz sowie weiterer abfallrechtliche Regelungen

Zu (1)

- Aufgaben nach dem Bundesbodenschutzgesetz und dem Landesbodenschutzgesetz sowie nachfolgender Verordnungen etc.
- Datenrecherchen und Archivauswertung für die Erfassung von Altlastenverdachtsflächen und Erstellen von Untersuchungsprogrammen und eigenständiges untersuchen
- Vorsorge und Abwehr von Gefahren für die Wirkungskreise Boden-Mensch, Boden-Wasser, Boden-Nutzpflanze
- Vorsorgender Bodenschutz
- Flächenrecycling

Gemeindliche Aufgabe:

- Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers
- Schädlingsbekämpfung

Zielgruppe:

Bevölkerung der Stadt Hagen, Eigentümer von Grundstücken, Firmen, Vereine, Verbände, andere Ämter, städtische Ämter, Vorhabenträger, Investoren

Auftragsgrundlage:

- Kreislaufwirtschafts-/Abfallgesetz, Landesabfallgesetz, Abfallsatzung, Elektrogesetz,
- Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) Bodenschutzverordnung (BBodschV), Landes-Bodenschutzgesetz (LBodSchG) sowie weitere Rechtsverordnungen,
- Erlasse des Bundes und des Landes, Richtlinien,
- EU –WRRL, Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz sowie weitere Rechtsverordnungen,
- Bundesimmissionsschutzgesetz,
- Allgemeines Ordnungs- und Verwaltungsrecht

Bewirtschaftungsregelungen:

Die Altlasten-Zuweisungen vom Land sind zweckgebunden mit den Aufwendungen für Altlastuntersuchungen etc. Der städtische Eigenanteil darf nicht überschritten werden.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.72 Abfallwirtschaft und Bodenschutz

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.357	-80.000	-163.000	-176.000	-177.760	-179.538	-181.333
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.216	-18.400	-18.500	-18.500	-18.870	-19.247	-19.632
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-195	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-13.639	-38.679	-56.723	-56.723	-56.723	-56.723	-56.723
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-39.408	-146.079	-247.223	-260.223	-262.353	-264.508	-266.688
11	- Personalaufwendungen	190.489	206.045	643.423	321.966	234.115	236.302	238.512
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	170.679	188.388	628.958	306.601	218.750	220.937	223.147
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	19.810	17.657	14.465	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.351						
16	- Bilanzielle Abschreibungen	15.059						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.905	141.536	391.300	391.300	395.213	399.165	403.157

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.72 Abfallwirtschaft und Bodenschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	267.804	347.581	1.034.723	713.266	629.328	635.467	641.668
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	228.396	201.501	787.500	453.043	366.975	370.959	374.980
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	228.396	201.501	787.500	453.043	366.975	370.959	374.980
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	228.396	201.501	787.500	453.043	366.975	370.959	374.980
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-44.840	-46.638	-391.894	-129.449	-48.866	-49.321	-49.771
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	157.542	151.162	177.138	163.749	164.927	166.381	167.771
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	341.097	306.026	572.744	487.342	483.036	488.019	492.979

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuweisung für Altlastenuntersuchungen (korrespondiert mit sonstigen ordentlichen Aufwendungen).

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Gebühren der Waste-Watcher (11.900 Euro, Verrechnung auf Teilplan 5370) und Auskünfte wegen Altlasten; Verbindlichkeitserklärungen, Verwaltungsgebühren für wasserrechtliche Erlaubnisse

Sonstige ordentliche Erträge:

Buß- und Zwangsgelder bei abfallrechtlichen Verfahren, u.a. durch Waste-Watcher (rund 20.000 Euro).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für die Untersuchung alter Bebauungspläne, gesetzliche Verpflichtung aus BBodSchG. Teilweise Refinanzierung durch Landeszuweisungen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.72 Abfallwirtschaft und Bodenschutz

Produktergebnisse des Teilplans 5372 Abfallwirtschaft und Bodenschutz

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.53.72.40	Abfallwirtschaft	184.871	97.970	161.899	115.536	108.002	109.533	111.054
1.53.72.41	Bodenschutz	156.227	208.056	410.845	371.806	375.034	378.486	381.925
Summe		341.097	306.026	572.744	487.342	483.036	488.019	492.979

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.72 Abfallwirtschaft und Bodenschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-80.000	-163.000	-176.000		-177.760	-179.538	-181.333
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.007	-18.400	-18.500	-18.500		-18.870	-19.247	-19.632
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-791	-9.000	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.102	-35.500	-53.500	-53.500		-53.500	-53.500	-53.500
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-33.900	-142.900	-244.000	-257.000		-259.130	-261.285	-263.465
10	- Personalauszahlungen	170.679	188.388	628.958	306.601		218.750	220.937	223.147
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.351	36.400	35.000	35.000		35.350	35.704	36.061
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	40.173	141.536	391.300	391.300		395.213	399.165	403.157
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	215.203	366.324	1.055.258	732.901		649.313	655.806	662.364
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	181.304	223.424	811.258	475.901		390.183	394.521	398.899

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.72 Abfallwirtschaft und Bodenschutz



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.53.80 Abwasserbeseitigung

608

Teilplanbeschreibung: 1.53.80

Das Satzungsrecht für die Abwasserbeseitigung liegt beim Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR (WBH). Im Rahmen eines Leistungsabnahmevertrags wickelt die Stadt Hagen im Auftrag des WBH den Einzug der Niederschlagswassergebühren und Teile der Schmutzwassergebühren ab.

Änderung des Planungs- und Buchungsprozesses ab 2018:

Im Teilplan 5380 erfolgen keine Planungen und Buchungen. Die beim Ergebnis des Vorjahres dargestellten Buchungen betreffen Zahlungen aus Jahren vor 2018. Die im Rahmen der Abwicklung des Gebühreneinzugs für den WBH anfallenden Personal- und Sachkosten sowie die Erstattung dieser Aufwendungen durch den WBH werden im Teilplan 1120 abgebildet.

Zielgruppe:

Auftragsgrundlage:

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.80 Abwasserbeseitigung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-639						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-639						
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen	5.739						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.572						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.80 Abwasserbeseitigung



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	47.311						
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	46.673						
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	46.673						
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	46.673						
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen							
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	46.673						

Produktergebnisse des Teilplans 5380 Abwasserbeseitigung

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.53.80.40	Entwässerungsgebühren	46.673	0	0	0	0	0	0
Summe		46.673	0	0	0	0	0	0

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.80 Abwasserbeseitigung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-120.110							
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-120.110							
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	329.288							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	329.288							
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	209.178							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.53 Ver- und Entsorgung

1.53.80 Abwasserbeseitigung



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	614
	1.54.10 Öffentliche Infrastruktur	620
	1.54.50 Straßenreinigung	673
	1.54.70 ÖPNV	681

Haushaltsplan 2020/2021

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.676.154	-5.595.932	-6.944.515	-6.777.203	-6.791.346	-6.446.103	-6.476.690
3	+ Sonstige Transfererträge	-633.000	-613.000	-613.000	-613.000	-613.000	-613.000	-613.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.761.262	-11.187.352	-10.701.409	-10.890.233	-10.967.727	-11.006.999	-11.039.022
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-74.485	-69.760	-99.760	-99.760	-101.755	-103.790	-105.866
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.044.890		-240.000	-240.000	-240.000	-240.000	-240.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.581.501	-255.024	-272.614	-272.618	-272.606	-272.618	-272.618
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-22.771.292	-17.721.068	-18.871.298	-18.892.814	-18.986.435	-18.682.510	-18.747.197
11	- Personalaufwendungen	1.366.145	1.335.749	1.300.600	1.250.644	1.261.614	1.272.693	1.283.883
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.171.148	1.149.994	1.154.038	1.096.993	1.107.963	1.119.042	1.130.232
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	194.997	185.755	146.562	153.651	153.651	153.651	153.651
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.156.636	29.156.497	30.120.704	29.593.536	29.809.528	30.027.680	30.248.013
16	- Bilanzielle Abschreibungen	22.932.650	21.551.481	21.937.892	22.915.024	23.058.210	22.820.706	22.655.132
17	- Transferaufwendungen	856.364	1.030.500	805.500	805.500	817.760	830.265	843.021
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.650.078	581.433	58.913	58.955	59.242	59.532	59.825

Haushaltsplan 2020/2021

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	59.961.873	53.655.659	54.223.610	54.623.658	55.006.353	55.010.876	55.089.873
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	37.190.581	35.934.591	35.352.311	35.730.844	36.019.919	36.328.365	36.342.677
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	37.190.581	35.934.591	35.352.311	35.730.844	36.019.919	36.328.365	36.342.677
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	37.190.581	35.934.591	35.352.311	35.730.844	36.019.919	36.328.365	36.342.677
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-460.431	-418.231	-367.332	-339.395	-343.973	-348.757	-351.873
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	703.388	755.997	677.271	683.380	687.520	693.956	699.691
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	37.433.538	36.272.358	35.662.251	36.074.829	36.363.466	36.673.565	36.690.495

Haushaltsplan 2020/2021

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-578.366	-407.125	-20.000					
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-633.000	-613.000	-613.000	-613.000		-613.000	-613.000	-613.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.769.677	-6.457.267	-6.885.013	-7.789.840		-7.820.620	-7.852.016	-7.884.039
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33.456	-69.760	-99.760	-99.760		-101.755	-103.790	-105.866
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.081.958		-240.000	-240.000		-240.000	-240.000	-240.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-196.813	-195.000	-195.000	-195.000		-195.000	-195.000	-195.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-9.293.271	-7.742.152	-8.052.773	-8.937.600		-8.970.375	-9.003.806	-9.037.905
10	- Personalauszahlungen	1.171.148	1.149.994	1.154.038	1.096.993		1.107.963	1.119.042	1.130.232
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.075.585	29.156.497	28.952.234	29.109.336		29.325.328	29.543.480	29.763.813
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	856.364	1.030.500	805.500	805.500		817.760	830.265	843.021
15	- sonstige Auszahlungen	102.259	51.193	28.673	28.715		29.002	29.292	29.585
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	31.205.357	31.388.183	30.940.446	31.040.543		31.280.052	31.522.079	31.766.650
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	21.912.086	23.646.031	22.887.673	22.102.943		22.309.677	22.518.273	22.728.745

Haushaltsplan 2020/2021

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-4.401.315	-20.113.880	-16.775.400	-15.934.800		-5.521.050	-5.777.750	-730.300
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-1.305.063	-412.240	-617.550	-1.245.142		-1.879.957	-721.998	
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-5.706.377	-20.526.120	-17.392.950	-17.179.942		-7.401.007	-6.499.748	-730.300
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	271							
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.699.023	31.111.600	16.403.170	10.991.200	8.240.500	9.942.500	5.806.900	2.050.900
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	24.746	70.500	73.500	73.500		73.500	73.500	73.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	20		12.050.000	13.000.000				
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	8.724.060	31.182.100	28.526.670	24.064.700	8.240.500	10.016.000	5.880.400	2.124.400
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	3.017.682	10.655.980	11.133.720	6.884.758	8.240.500	2.614.993	-619.348	1.394.100

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

620

Teilplanbeschreibung: 1.54.10

Auftraggeberfunktion des Fachbereichs Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen (FB 60) gegenüber dem Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR zur

- Erhaltung eines verkehrssicheren öffentlichen Straßen- und Wegenetzes (Gemeinde-, Landes- und Bundesstraßen), sowie die Koordinierung von Baumaßnahmen aller Versorgungsträger in öffentlichen Verkehrsflächen
- Unterhaltung der Parkplätze und Parkscheinautomaten
- Unterhaltung aller Straßenmarkierungen einschließlich aller der Verkehrssicherheit dienenden Einbauten
- Einstellung von Verkehrsmessdaten über Verkehrsströme, Verkehrsdichte, Verkehrsgeschwindigkeit und Fahrzeugarten
- Unterhaltung der öffentlichen Straßenbeleuchtung
- Unterhaltung der Brücken und Ingenieurbauwerke

Zielgruppe:

Nutzer der Verkehrsinfrastruktur der Stadt Hagen, Bürger, Verkehrsteilnehmer, politische Gremien

Auftragsgrundlage:

Straßen- und Wegegesetz NRW, Straßenverkehrsordnung, Kommunalabgabengesetz NRW, Baugesetzbuch NRW, Ortssatzungen, Hagener Stadtrecht, Gemeindeordnung NRW, Bundesfernstraßengesetz

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-6.548.577	-5.238.807	-6.919.515	-6.752.203	-6.766.346	-6.421.103	-6.451.690
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-4.569.334	-4.740.585	-4.619.798	-4.639.393	-4.716.887	-4.756.159	-4.788.182
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-74.485	-69.760	-99.760	-99.760	-101.755	-103.790	-105.866
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen			-240.000	-240.000	-240.000	-240.000	-240.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.580.586	-255.024	-272.614	-272.618	-272.606	-272.618	-272.618
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-12.772.982	-10.304.176	-12.151.687	-12.003.974	-12.097.595	-11.793.670	-11.858.357
11	- Personalaufwendungen	1.366.145	1.335.749	1.300.600	1.250.644	1.261.614	1.272.693	1.283.883
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.171.148	1.149.994	1.154.038	1.096.993	1.107.963	1.119.042	1.130.232
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	194.997	185.755	146.562	153.651	153.651	153.651	153.651
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.364.222	21.890.099	22.813.136	22.083.371	22.299.363	22.517.515	22.737.848
16	- Bilanzielle Abschreibungen	22.930.611	21.551.481	21.937.892	22.915.024	23.058.210	22.820.706	22.655.132
17	- Transferaufwendungen	13.731						
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	61.086	34.308	33.913	33.955	33.992	34.029	34.067

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	48.735.795	44.811.636	46.085.542	46.282.993	46.653.178	46.644.943	46.710.930
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	35.962.813	34.507.460	33.933.854	34.279.019	34.555.584	34.851.273	34.852.574
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	35.962.813	34.507.460	33.933.854	34.279.019	34.555.584	34.851.273	34.852.574
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	35.962.813	34.507.460	33.933.854	34.279.019	34.555.584	34.851.273	34.852.574
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-460.431	-418.231	-367.332	-339.395	-343.973	-348.757	-351.873
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	311.400	243.755	263.076	263.472	265.360	268.027	270.048
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	35.813.783	34.332.985	33.829.599	34.203.096	34.476.971	34.770.543	34.770.748

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus zweckgebundenen Zuwendungen des Landes, sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen und privaten Unternehmen für Straßen und Brücken.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Erschließungsbeiträgen nach BBauG und KAG, Erträge aus Benutzungsgebühren u. ä.

HSP-Maßnahme:

14_60.001 Anpassung der Parkgebühren

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Mieterträge für Leerrohrtrassen und Erträge der Parkhausbetreiber für den Anschluss an das Parkleitsystem.

Sonstige ordentliche Erträge:

Schadensersatzansprüche und Erträge aus dem Anschluss privater Beleuchtungsanlagen an das öffentliche Stromnetz.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens – hier: Unterhaltung Gemeindestraßen, Verkehrstechnische Einrichtungen, Öffentliche Beleuchtung sowie konstruktiver Ingenieurbau.

HSP-Maßnahmen:

11_AÖR.001 Erweiterung SEH/AÖR (früher Maßnahmennummer VB5.001)

16_VB5.Energie Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung

12_WBH.001 Budgetvorgabe WBH (insgesamt 300.000 €, u.a. TP 5410, 5430, 5440)

Produktergebnisse des Teilplans 5410 Öffentliche Infrastruktur

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.54.10.40	Straßen	21.090.878	22.112.544	21.866.336	22.581.176	22.736.203	22.993.091	23.085.019
1.54.10.41	Brücken	8.495.624	6.143.261	6.208.698	6.230.564	6.354.565	6.352.972	6.388.215
1.54.10.42	Verkehrstechnik	3.092.541	3.042.627	2.999.081	3.020.823	3.014.637	3.058.120	3.073.572
1.54.10.43	öffentliche Beleuchtung	3.916.048	3.884.651	3.608.623	3.216.241	3.240.836	3.259.733	3.143.419
1.54.10.44	Parkplätze	-781.309	-850.098	-853.140	-845.708	-869.270	-893.374	-919.475
Summe		35.813.783	34.332.985	33.829.599	34.203.096	34.476.971	34.770.543	34.770.748

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-428.100	-50.000	-20.000					
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.460.205	-1.510.500	-1.539.000	-1.539.000		-1.569.780	-1.601.176	-1.633.199
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33.456	-69.760	-99.760	-99.760		-101.755	-103.790	-105.866
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-240.000	-240.000		-240.000	-240.000	-240.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-196.813	-195.000	-195.000	-195.000		-195.000	-195.000	-195.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.118.575	-1.825.260	-2.093.760	-2.073.760		-2.106.535	-2.139.966	-2.174.065
10	- Personalauszahlungen	1.171.148	1.149.994	1.154.038	1.096.993		1.107.963	1.119.042	1.130.232
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	21.724.490	21.890.099	21.644.666	21.599.171		21.815.163	22.033.315	22.253.648
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	13.731							
15	- sonstige Auszahlungen	4.497	4.068	3.673	3.715		3.752	3.789	3.827
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.913.866	23.044.160	22.802.378	22.699.878		22.926.877	23.156.146	23.387.707
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	20.795.291	21.218.900	20.708.618	20.626.118		20.820.342	21.016.180	21.213.642

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-4.401.315	-20.113.880	-16.650.400	-15.809.800		-5.521.050	-5.777.750	-730.300
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	-1.305.063	-412.240	-617.550	-1.245.142		-1.879.957	-721.998	
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-5.706.377	-20.526.120	-17.267.950	-17.054.942		-7.401.007	-6.499.748	-730.300
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	271							
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.699.023	31.111.600	16.303.170	10.891.200	8.240.500	9.942.500	5.806.900	2.050.900
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	24.746	70.500	73.500	73.500		73.500	73.500	73.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	20		12.050.000	13.000.000				
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	8.724.060	31.182.100	28.426.670	23.964.700	8.240.500	10.016.000	5.880.400	2.124.400
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)	3.017.682	10.655.980	11.158.720	6.909.758	8.240.500	2.614.993	-619.348	1.394.100

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Beseitigung Bahnübergang Herrenstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-8.562.900	-14.996.900
+ Weitere investive Einzahlungen									0	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	288.154								10.041.771	18.260.900
- Weitere investive Auszahlungen									40	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	288.154								1.478.912	3.264.000
Neuanlage von Radwegen / Förderung ÖPNV										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-128.150	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	24.336	50.000	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000	55.111	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	24.336	50.000	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000	-73.039	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
SU Haspe, 2. BA Voerder- bis Hördenstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-80.700								-14.345.240	-16.492.340
+ Weitere investive Einzahlungen									-41.528	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									17.440.412	19.486.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-80.700								3.053.644	2.993.660
Verbreiterung Marktbrücke MärkischerRing										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-2.093.500			-5.093.500
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	237.371	100.000	1.361.000	3.000.000	3.675.500	2.600.000	226.000		432.716	7.790.800
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	237.371	100.000	361.000	2.000.000	3.675.500	1.600.000	-1.867.500		432.716	2.697.300

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Bahnhofshinterfahrung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-3.993.100	-4.984.000	-2.640.000						-24.627.498	-38.990.700
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	271								2.983.755	2.983.755
- Auszahlung Baumaßnahmen	5.631.111	8.000.000	4.236.000						36.583.102	53.375.459
- Weitere investive Auszahlungen									3.405.786	3.405.786
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.638.282	3.016.000	1.596.000						18.345.145	20.774.300
Erschließung v.Grundstücken Bodenordnung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen									-148.930	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	62.692	880.000		0					330.010	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	62.692	880.000		0					181.080	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Beiträge Altforderungen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-10.891								-173.655	-193.929
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-10.891								-173.655	-193.929
Erschließung Bredelle / Feithstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen									-422.940	-422.940
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	2.852								533.995	600.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.852								111.055	177.060

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Buschmühlenstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-644.351			0		-117.467			-644.351	-761.818
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	13.885	914.000	430.000						13.885	1.740.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-630.467	914.000	430.000	0		-117.467			-630.467	978.182
Straßenerneuerung Kamannstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-193.300							-260.470
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									264.275	447.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			-193.300						264.275	186.530

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Ruhrstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-224.500							-224.500
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	37.616								347.244	554.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	37.616		-224.500						347.244	329.500
Straßenerneuerung Schlössersbusch										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-436.000						-436.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	291.270								438.653	556.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	291.270			-436.000					438.653	120.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Rönsselstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-2.400								-90.107	-90.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									157.570	157.600
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.400								67.463	67.600
Straßenerneuerung Christian-Rohlf's-Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-262.645								-503.415	-503.415
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									831.720	831.720
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-262.645								328.305	328.305

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Kaiserstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										-520.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	4.383								604.969	605.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.383								604.969	85.000
Straßenerneuerung Holthäuser Straße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-354.937								-354.937	-465.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	-29.348								1.166.713	1.167.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-384.285								811.776	702.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Weserstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-115.150							-115.200
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	4.027								17.903	257.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.027		-115.150						17.903	141.800
Straßenerneuerung Am Ischeland										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-314.660						-314.660
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	30.758								57.776	710.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	30.758			-314.660					57.776	395.340

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Rheinstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0		-240.000				-240.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		502.000	100.000							602.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		502.000	100.000	0		-240.000				362.000
Straßenerneuerung Randweg										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0		-556.000				-556.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	5.203	148.000	892.000						5.203	1.105.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.203	148.000	892.000	0		-556.000			5.203	549.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Am Rastebaum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen		-372.240								-411.500
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										522.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-372.240								110.500
Straßenerneuerung Brusebrink/Lerch.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-23.089								-23.089	-300.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										448.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-23.089								-23.089	148.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Detmolder Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-383.300						-383.300
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	346.802								383.865	679.200
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	346.802			-383.300					383.865	295.900
Inst. Straßen GVFG Rummenohler Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-16.100	-102.680							-164.100	-417.600
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	56.404	136.600							564.191	1.482.400
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	40.304	33.920							400.091	1.064.800

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Inst. Straßen GVFG Hohenlimburger Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-7.300	-325.000	-373.800	-35.000		-1.000.000	-590.200		-7.300	-2.000.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		500.000	117.000	200.000	1.832.000	1.532.000	300.000			2.649.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-7.300	175.000	-256.800	165.000	1.832.000	532.000	-290.200		-7.300	649.000
Reaktivierung von Gewerbebrachen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-368.000							-635.930	-2.375.680
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	140.391	460.000							1.558.386	3.239.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	140.391	92.000							922.456	863.320

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Verwendung Stellplatzablösebeträge										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		125.000	125.000	125.000		125.000	125.000	125.000	409.379	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		125.000	125.000	125.000		125.000	125.000	125.000	409.379	
Ern. BÜ Heedfelder Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-87.503								-87.503	-283.300
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	61.217		400.000						195.755	934.600
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-26.286		400.000						108.252	651.300

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Fußweg Haus Harkorten										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		150.000								150.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		150.000								150.000
Ern. Straßenüberführung Romachstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	325.000	325.000					425.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			100.000	325.000	325.000					425.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Ern. Straßenüberführung Lückoge										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	10.871								26.564	357.100
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	10.871								25.564	357.100
Inst. Straßen GVFG Enneper Str. II										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-102.500	-778.000	-200.000						-102.500	-1.976.100
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	497.226	2.036.000	400.000						659.628	3.988.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	394.726	1.258.000	200.000						557.128	2.011.900

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Lärminderung Saarlandstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-2.340.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		1.200.000	2.100.000							2.600.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		1.200.000	2.100.000							260.000
Parkleitsyst.Lückenschluss Theatervorpl.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										46.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										46.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Lückenschluss Ruhrtalradweg Volmequerung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-50.859	-2.200.000							-171.152	-2.971.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	6.674	2.200.000	295.000						180.144	2.971.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-44.185	0	295.000						8.992	0
Fuß- und Radwegbrücke im Lennetal										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	128.757								366.242	483.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	128.757								366.242	483.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Überschreithilfe Sauerlandstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										115.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										115.000
Breitbandausbau										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-50.000	-10.750.000	-12.050.000	-13.000.000					-50.000	-25.924.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	22.176	10.850.000	0	0					22.176	
- Weitere investive Auszahlungen	20		12.050.000	13.000.000					20	25.924.000
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-27.804	100.000	0	0					-27.804	0

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Hönnestr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-84.600							-84.600
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	16.723								179.892	235.449
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	16.723		-84.600						179.892	150.849
Energetische San. der öfftl. Straßenbel.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-2.865.600
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	455.920								3.183.428	3.184.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	455.920								3.183.428	318.400

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Lenne-Radweg, Grenze Iserlohn - Isernb.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-100.000	0	0		-75.000	-712.500	-592.500		-787.500
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		150.000	0	0		100.000	950.000	790.000		1.200.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		50.000	0	0		25.000	237.500	197.500		412.500
Ennepe Radweg, Kuhlestr.-Tückingstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-160.000	0	-375.000		-848.500				-1.223.500
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		250.000	300.000	500.000	900.000	1.131.300				2.181.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		90.000	300.000	125.000	900.000	282.800				957.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Bushaltestellen (ÖPNVG)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-186.200	-131.600	-158.300		-648.800	-737.800	-137.800		
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		250.000	231.500	332.000		1.045.000	1.384.700	384.700		
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		63.800	99.900	173.700		396.200	646.900	246.900		
Hagener Str., Mittelinseln										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										57.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										57.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
KAG Maßnahme Stadtgartenallee										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen						-207.000				-207.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		230.000	34.000							264.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		230.000	34.000			-207.000				57.000
KAG Maßnahme Richard-Wagner-Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen							-266.500			-266.500
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000	461.000							561.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		100.000	461.000				-266.500			294.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
KAG Maßnahme Lievinstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen						-300.490				-300.490
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		300.000	170.700							470.700
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		300.000	170.700			-300.490				170.210
KAG Maßnahme Hüttenbergstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen						-459.000				-459.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		410.000	160.000							570.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		410.000	160.000			-459.000				111.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
KAG Maßnahme Bungstockstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000	0							
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		100.000	0							
KAG Maßnahme Büddingstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0						
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		200.000								
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		200.000		0						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Errichtung von 34 Fahrradboxen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-18.052								-18.052	-195.750
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	133.440								133.440	217.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	115.388								115.388	21.750
Kreisverkehr Eilper Str./Volmetalstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-160.000								-165.800
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		250.000								250.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		90.000								84.200

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Tunnelverlängerung Hbf/"Westside"										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		200.000	200.000	200.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		200.000	200.000	200.000						
Absenkung Im Hamperbach										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			41.000	120.000						161.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			41.000	120.000						161.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Breitband LSA/Schulen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-1.000.000		-1.600.000	-1.400.000			-4.000.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			500.000	1.230.000		1.907.000	1.000.000			4.637.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			500.000	230.000		307.000	-400.000			637.000
Brücke Eckeseyer Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			150.000	500.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			150.000	500.000						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Einleitung von Straßenabwässern										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			200.000	240.000		173.000	170.000	167.000		950.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			200.000	240.000		173.000	170.000	167.000		950.000
Kreisverkehr Sporbecker Weg/Wolfskuhler										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			23.000	150.000						173.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			23.000	150.000						173.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Brücke Badstr										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			120.000	200.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			120.000	200.000						
Fuhrparkbrücke										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			390.000	650.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			390.000	650.000						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Lärmschutzschleuse Kurt-Schumacher-Ring										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			50.000							50.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			50.000							50.000
Endausbau Dr.-Lammert-Weg										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-111.182			-455.498			566.680
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	623.000	623.000					723.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			100.000	511.818	623.000		-455.498			156.320

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Erschließung Sportplatz Quambusch										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			200.000	840.000	840.000		415.000			1.455.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			200.000	840.000	840.000		415.000			1.455.000
Umgestaltung Bahnhofstr. (Fahrrad)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung						-243.750	-243.750			-487.500
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen						325.000	325.000			650.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						81.250	81.250			162.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Graf-von-Galen-Ring Fahrbahnquerung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen						50.000				50.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						50.000				50.000
Umgestaltung Augustastr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-20.250		-105.000				-125.250
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen				27.000	45.000	140.000				167.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				6.750	45.000	35.000				41.750

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Deckensanierung Hammerstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen							327.000			327.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)							327.000			327.000
Radstreifen zw. Boeler Ring/Lützwstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen						125.000				125.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						125.000				125.000
= Summe	2.776.774	10.205.480	8.974.250	5.478.308	8.240.500	1.902.293	-1.227.048	786.400		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze**5.000022 Neuanlage von Radwegen / Förderung ÖPNV**

Maßnahmen zur Verbesserung des Radwegenetzes (z. B. Bordsteinabsenkungen, Markierungen usw.)

5.000065 Verbreiterung Marktbrücke Märkischer Ring

Der Zuwendungsbescheid von der Bezirksregierung Arnsberg wurde erteilt. Derzeit befindet sich das Umleitungskonzept in der Planung, welches auch den Bau des Kreisverkehrs Eilper Straße / Volmetalstraße beinhaltet, der direkt vor dem Bau der Marktbrücke erfolgen soll. Der WBH bereitet derzeit die Ausschreibung beider Maßnahmen vor. Die Vergabe soll noch in 2019 erfolgen.

Der Bau der Marktbrücke soll unter Vollsperrung erfolgen, da sich somit die Bauzeit der Gesamtmaßnahme um ca. 1 Jahr verkürzt und die Gesamtkosten der Maßnahme reduziert werden könnten. Insgesamt geht der WBH von 2 Jahren Bauzeit aus.

5.000066 Bahnhofshinterfahung

Der erste Bauabschnitt ist komplett fertiggestellt, der Straßenbau ist bereits durch den WBH abgerechnet. Der zweite Bauabschnitt ist auch abgeschlossen, die beiden Brückenbauwerke (Ennepe Brücke Nord und Volmebrücke) und die Stützwände entlang der Bahntrasse sind fertiggestellt. Es sind allerdings von der Baufirma noch Mängel zu beseitigen. Der dritte Bauabschnitt umfasst den Neubau der Eckeseyer Brücke mit den dazugehörigen Stützwänden, dieser Bereich befindet ebenfalls kurz vor der Fertigstellung. Der vierte und letzte Bauabschnitt der Maßnahme (Ennepe Brücke süd, mit Lärmschutzwand) befindet sich derzeit noch im Bau. Laut Aussage des WBH ist mit der Fertigstellung und Verkehrsfreigabe der Gesamtmaßnahme Ende 2019 zu rechnen.

5.000197 Straßenerneuerung Buschmühlenstr.

Die Maßnahme befindet sich im Bau. Mit dem Abschluss der Arbeiten wird voraussichtlich Ende Oktober gerechnet.

5.000200 Straßenerneuerung Kamannstr.**5.000201 Straßenerneuerung Ruhrstr.****5.000202 Straßenerneuerung Schlössersbusch****5.000207 Straßenerneuerung Weserstr.****5.000208 Straßenerneuerung Am Ischeland****5.000214 Straßenerneuerung Am Rastebaum****5.000218 Straßenerneuerung Detmolder Str.**

Die oben genannten KAG- bzw. BauGB-Maßnahmen sind baulich fertig gestellt. In den Jahren 2020 bis 2021 sind die Beitragseinnahmen geplant.

5.000209 Straßenerneuerung Rheinstr.
5.000210 Straßenerneuerung Randweg

Für die Fertigstellung der Straßenerneuerung Rheinstr. und Randweg sind Schlussfinanzierungsraten in 2020 eingeplant.

5.000225 Inst. Straßen GVFG Rummenohler Str.

Im Rahmen der Maßnahme wird zum einen das bestehende unterirdische Brückenbauwerk über den Sterbeckebachlauf erneuert (Anteile dieser Erneuerung sind auch Bestandteil der EKrG-Maßnahme Heedfelder Straße) und zum anderen ist die Sanierung der Fahrbahndecke im Bereich zwischen dem Bahnübergang und der Stadtteilgrenze Rummenohl in Fahrtrichtung Hagen und der barrierefreie Ausbau der beiden Bushaltestellen geplant. Der Neubau des Brückenbauwerks ist bereits abgeschlossen. Mit der Deckensanierung wird voraussichtlich im Herbst 2019 begonnen.

5.000229 Inst. Straßen GVFG Hohenlimburger Str.

Im Rahmen der Maßnahme soll im ersten Bauabschnitt die Fahrbahndecke abgefräst und anschließend Asphaltbinder und Splittmastixasphalt wieder eingebaut werden. Der bestehende vierstreifige Straßenquerschnitt bleibt erhalten. Die Radwegeführung ist beidseitig, straßenbegleitend geplant. Die bestehenden Stellplätze sind in Längsaufstellung geplant.
Die Maßnahme wurde im Sommer 2018 mit begleitendem Radweg bewilligt. Die Maßnahme wird voraussichtlich im Herbst 2019 ausgeschrieben. Der Baubeginn ist im März 2020 geplant.
Der Zuschussantrag für den zweite Bauabschnitt wird in 2020 eingereicht, sodass mit der Bewilligung in 2021 gerechnet wird.

5.000241 Verwendung Stellplatzablösebeträge

Für die Ablösung der Herstellungspflicht von Stellplätzen erhält die Stadt einen Geldbetrag. Für die zweckentsprechende Verwendung des Ablösebetrags werden jährlich 125.000 € eingeplant. Hieraus wird die Herstellung zusätzlicher oder die modernisierung bestehender Parkeinrichtungen sowie investive Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs finanziert.

5.000255 Ern. BÜ Heedfelder Str.

Veranlasser der Maßnahme ist die DB AG mit der Umgestaltung des Bahnübergangs. In dem Zuge dieser Maßnahme wurde ein Teil des Brückenbauwerks über den Sterbeckebachlauf erneuert. Die Maßnahme ist, mit Ausnahme einer Zeitenänderung an der Lichtsignalanlage, baulich abgeschlossen. Da es auf Seiten der DB AG zu einer erheblichen Kostensteigerung gekommen ist, die die Stadt Hagen in der Form nicht akzeptieren wird, wird sich die Abrechnung der Maßnahme noch hinziehen.

5.000258 Ern. Straßenüberführung Romachstr.

Die Brücke stellt die befahrbare Erschließung eines städtischen Grundstücks zwischen dem Hasper Bach und der Romachstraße dar. Die städt. Fläche ist mit einem Bolzplatz, einer Kleingartenanlage und mehreren Schuppen bebaut. Innerhalb der städtischen Fläche befindet sich ein Privatgrundstück Romachstr. 3, das aufgrund der Topographie nur fußläufig über die Romachstraße zu erreichen ist. Folglich ist die verkehrliche Erschließung, somit auch der Rettungsweg für beide Grundstücke über die Brücke sicherzustellen.

5.000271 Niederschlagswasserbehandlung

Für Einbau von Innolet-Filtersystemen in Sinkkästen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sind für die Jahre 2020 - 2024 jeweils 40.000 € eingeplant.

5.000272 Ausbau Enneper Straße II

Der Ausbau beginnt an der Stadtgrenze zu Gevelsberg, hier werden die von der Stadt Gevelsberg auf ihrem Stadtgebiet nicht ausgebauten Teile von Seiten der Stadt Hagen mitausgebaut, da aus Planungsgründen sonst ein Anschluss problematisch geworden wäre. Der Ausbau endet in Höhe der Straße „An der Wacht“, somit ist die Baustrecke knapp 800 m lang.

Im Rahmen dieser Baumaßnahme ist ein Vollausbau mit kompletter Neugliederung des bestehenden Verkehrsraumes geplant. Die Maßnahme umfasst den Bau von beidseitigen nicht benutzungspflichtigen Radwegen mit den jeweiligen Sicherheitsstreifen, den Bau von Mittelinseln, den Bau einer Mittenflexibilität sowie die Integrierung des ÖPNV und eine ortsgerechte Gestaltung mit Begrünung.

Im Rahmen der Maßnahme werden zudem 4 Bushaltestellen barrierefrei umgestaltet. Die überbreite Fahrbahn der L 700 wird auf die notwendige Breite reduziert, die Gehwege werden ausgebaut und teilweise Parkstreifen vorgesehen. Insgesamt wird die angemessene Verteilung der Verkehrsflächen für alle Verkehrsarten angestrebt.

Der Zuwendungsbescheid für diese Maßnahme wurde von der Bezirksregierung Arnsberg erteilt. Mit den Bauarbeiten wurde am 10.09.2018 begonnen. Diese sind bereits weit fortgeschritten, sodass mit der Fertigstellung im Frühjahr 2020 zu rechnen ist.

5.000275 Lärminderung Saarlandstraße

Im Rahmen dieser Baumaßnahme soll die Saarlandstraße mit einer Gesamtlänge von ca. 2.160 m erneuert werden. Geplant ist der Ausbau von der Kreuzung Eduard Müller Straße /Saarlandstraße bis zur Brücke über die Flensburgstraße/Berchumer Straße. Zusätzlich müssen auch die Auf- und Abfahrten zur Feithstraße erneuert werden. Im kompletten Abschnitt sollen lärmindernder Asphalt und lärmgeminderte Fahrbahnübergänge eingebaut werden. Auf der Brücke über die Flensburgstr./ Berchumer Str. wird eine Lärmschutzwand entstehen.

Die Maßnahme wird im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) durchgeführt, wodurch eine Bezuschussung von 90 % zu erwarten ist.

5.000278 Lückenschluss Ruhrtalradweg Volmequerung

Für die Maßnahme ist eine Zuschussfinanzierung des Landes aus Mitteln des Regionalen Wirtschaftsprogramms für das Ruhrgebiet (RWP-Mittel) zugesagt, die Mittel werden vom RVR zugeordnet und von der BR Arnsberg bewilligt.

Die Refinanzierung der Maßnahme beträgt 100%, da der RVR den städtischen Eigenmittelanteil in Höhe von voraussichtlich 20% trägt.

5.000284 Breitbandausbau

Der Bund bezuschusst die Versorgung mit schnellem Internet in den sog. ländlichen Bereichen ("weiße Flecken"). Die Versorgung erfolgt über ein Telekommunikationsunternehmen nach entsprechender Ausschreibung. Da das Unternehmen kein Zuwendungsempfänger sein kann, werden die entsprechenden Zuschüsse über die Stadt Hagen ausgezahlt. Das Auswahlverfahren in Hagen ist soweit abgeschlossen, der erforderliche Zuschussantrag wird gestellt und der entsprechende Auftrag an das Unternehmen erteilt.

5.000286 Straßenerneuerung Hönnestr.

Die KAG-Maßnahme ist baulich fertig gestellt. In 2020 sind die Beitragseinnahmen geplant.

5.000334 Lenne-Radweg, Grenze Iserlohn – Isernb.

Im Rahmen der Maßnahme ist es beabsichtigt für den Lenneradweg den Bauabschnitt zwischen Stennertstr. und Stadteingang aus Richtung Iserlohn zu realisieren. Der Zuschussantrag für den Bau des Lenneradwegs soll in 2021 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2022 gerechnet.

5.000335 Ennepe Radweg, Kuhlestr.-Tückingstr.

Es ist beabsichtigt für den Ennepe-Radweg den Bauabschnitt von der Oberen Spiekerstr. bis zum Kreisverkehr Kuhlestr. zu realisieren. Der Streckenabschnitt führt über das ehemalige zweigleisige Bahnhofsgleis, welches im Zuge des Neubaus der Bahnhofshinterfahung aufgegeben wurde. Mit diesem Abschnitt wird ein wichtiger Netzschluss einer durchgängigen komfortablen Hauptradroute in Nord-Südrichtung zwischen Haspe und Eckesey realisiert.

Der Zuschussantrag für den Radweg soll in 2020 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird in 2021 gerechnet.

5.000336 Bushaltestellen (ÖPNVG)

Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Forderung, alle Bushaltestellen bis zum 31.12.2021 barrierefrei umzubauen, wurde im Juli 2017 ein erster Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 8 Haltestellen (Änderung: aus technischen Gründen nur noch 6 Haltestellen) beim VRR eingereicht. Die Bewilligung des VRR liegt vor. Die Maßnahme ist bereits ausgeschrieben und vergeben. Der Baubeginn ist für August 2019 vorgesehen.

In 2018 wurde ein zweiter Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 6 Haltestellen beim VRR eingereicht. Es wurde im Juni 2019 ein Antrag auf vorzeitigen zuschussunschädlichen Maßnahmenbeginn gestellt und vom VRR bewilligt, so dass die Beauftragung des WBH erfolgte. Mit der Bewilligung ist noch in 2019 zu rechnen. Die Ausschreibung durch den WBH erfolgt voraussichtlich im Herbst 2019, der Baubeginn ist für Anfang 2020 vorgesehen.

In 2019 wurde ein dritter Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 7 Haltestellen beim VRR eingereicht. Mit der Bewilligung ist voraussichtlich in 2020 zu rechnen.

In 2020 soll der 4. Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 30 Haltestellen beim VRR eingereicht. Mit der Bewilligung ist voraussichtlich in 2021 zu rechnen.

5.000338 KAG Maßnahme Stadtgartenallee**5.000339 KAG Maßnahme Richard-Wagner-Str.****5.000340 KAG Maßnahme Lievinstraße****5.000341 BauGB Maßnahme Hüttenbergstr.**

Die angemeldeten BauGB/KAG-Maßnahmen sind im Rahmen der regelmäßigen Koordinierungsgespräche zwischen WBH, Mark E und Stadt Hagen abgestimmt. Zusätzlich zu den Beitragseinnahmen erfolgt zum Teil eine Kostenbeteiligung der Ver- und Entsorgungsträger an den Herstellungskosten der Straße, sodass für die Stadt Hagen diese Maßnahmen möglichst günstig realisiert werden können.

5.000361 Kreisverkehr Eilper Str./Volmeta

Die Einmündung der Eilper Straße in die Volmetalstraße ist ein lichtsignalgesteuerter, hochbelasteter innerstädtischer Knotenpunkt im Zuge der B54. Seine Lage unmittelbar an der Volme und in topografisch bewegtem Gelände bietet nur wenig Flächenverfügbarkeit für die straßenbauliche Anlage.

Unmittelbar südöstlich des Knotens beginnt das langgezogene Brückenbauwerk der Volmetalstraße. Eine Aufweitung für eine Linksabbiegespur in Richtung Eilper Straße aus Richtung Südosten ist infolge der räumlichen Enge zwischen aufgehendem Fels und Volme nicht möglich. Die Planung sieht vor, eine Vollenbindung in diesem Einmündungsbereich durch Umbau zu einem Kreisverkehr zu erreichen.

Der Zuwendungsbescheid wurde von der Bezirksregierung Arnsberg erteilt. Die Maßnahme wird zusammen mit dem Neubau der Marktbrücke ausgeschrieben. Die gemeinsame Vergabe soll noch in 2019 erfolgen. Der Baubeginn ist für März 2020 geplant, die Bauzeit beträgt ca. 3 Monate. Erst nach Verkehrsfreigabe des Kreisverkehrs kann mit dem Neubau der Marktbrücke begonnen werden. Zeitliche Verluste zwischen den beiden Maßnahmen können durch die Vergabe an einen Unternehmer ausgeschlossen werden.

5.000362 Tunnelverlängerung Hbf/"Westside"

Im Rahmen der Entwicklung der sanierten Gewerbebrache "Westside" soll die Personenunterführung im Hbf Hagen, die heute nur bis zu den Personengleisen führt, verlängert und durch einen Ausgang mit der "Westside" verbunden werden. Hierfür sind entsprechende Planungskosten vorgesehen.

5.000390 Absenkung Im Hamperbach

Um eine Durchfahrt für den Lieferverkehr der ansässigen Betriebe zu ermöglichen, muss die aktuelle Durchfahrtshöhe der Brücke erhöht werden. Hierfür wird die Straße um rund 0,2 Meter abgesenkt.

5.000391 Breitband LSA/Schulen

Im Rahmen des Breitbandausbaus werden die Steuerkabel vorhandener Lichtsignalanlagen durch Lichtwellenleiter ersetzt. Darüber erfolgt dann die Anbindung von Schulen an das Glasfasernetz. Für die Einzahlungen wurde eine gemischte Refinanzierungsquote in Höhe von 90 % zugrunde gelegt, da es für die Anbindung der Schulen einen Fördersatz von 100 % und für die Modernisierung der LSA einen Fördersatz von 75 % gibt.

Verlagerung und Erweiterung des Verkehrsrechners, Modernisierung der Lichtsignalanlagentechnik:

Der zentrale Verkehrsrechner muss von seinem bisherigen Standort im Volkspark in das Hauptrechenzentrum (HABIT) verlagert und modernisiert werden. Insgesamt sollen 177 Lichtsignalanlagen, die derzeit über Kupferkabel mit dem Verkehrsrechner verbunden sind, nun über Glasfaserkabel angeschlossen werden.

Ziel ist in enger Verbindung mit der Maßnahme Breitbandanbindung von Hagener Schulen durch eine Förderung nach dem Landesprogramm, die auf dem Gigabit NRW-Masterplan beruht, ein flächendeckendes Glasfasernetz im Stadtgebiet zu erstellen.

Diese Zuschussmaßnahme wurde bereits in 2019 angemeldet, der Antrag folgt in 2020. Mit der Bewilligung wird in 2021 gerechnet.

5.000392 Brücke Eckeseyer Str.

Bei der Brücke Eckeseyer Str. handelt es sich um ein systemrelevantes Bauwerk. Vor diesem Hintergrund sollte überprüft werden, ob diese Brücke unter Verkehr erneuert werden kann. Bei dieser Überprüfung durch stellte sich heraus, dass auch die Eckeseyer Brücke spannungsrissskorrosionsgefährdet ist. Ein Ersatzneubau ist daher erforderlich. Für diese Maßnahme wird ein Zuschussantrag für Infrastrukturzuschüsse des Landes gestellt. Gleichzeitig erfolgt der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, die auch eine Kostenbeteiligung der Deutschen Bahn zur Folge haben kann.

5.000393 Einleitung von Straßenabwässern

Z.Zt. werden alle Einleitungsstellen der Straßenoberflächenentwässerung überprüft und entsprechende wasserrechtliche Genehmigungen beantragt. Hieraus entstehen teilweise Verpflichtungen zu baulichen Maßnahmen (z.B. Regenklärbecken), die aus diesem HH-Ansatz finanziert werden.

5.000394 Kreisverkehr Sporbecker Weg/Wolfskuhler

Aufgrund immer wiederkehrender Diskussionen zur Verbesserung der Verkehrsführung im Bereich des Kreuzungspunktes Sporbecker Weg / Wolfskuhler Weg bezüglich besserer Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger, Rangierschwierigkeiten der verkehrenden Buslinie sowie Geschwindigkeitsreduzierung soll der Kreuzungsbereich Sporbecker Weg / Ecke Wolfskuhler Weg neu gestaltet werden. Zur Verbesserung der Situation unter den Stichworten „Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs“ ist die bauliche Umgestaltung der Kreuzung durch Anlage eines Minikreisverkehrs in Höhe des Sporbecker Wegs vorgesehen.

5.000396 Brücke Badstr

Im Rahmen der regelmäßigen Brückenprüfungen wurden Schäden festgestellt, die mittelfristig die Standfestigkeit beeinträchtigen. Ein Ersatzneubau ist daher erforderlich. Zunächst werden Planungsmittel im Haushalt veranschlagt.

5.000397 Fuhrparkbrücke

Im Rahmen der regelmäßigen Brückenprüfungen wurden Schäden festgestellt, die mittelfristig die Standfestigkeit beeinträchtigen. Ein Ersatzneubau ist daher erforderlich. Als Sofortmaßnahme wird eine Notunterstützung derzeit geplant und aus Unterhaltungsmitteln hergestellt. Hier sind zunächst Planungsmittel für einen Ersatzneubau eingestellt. Für diese Maßnahme wird ein Zuschussantrag für Infrastrukturzuschüsse des Landes gestellt. Gleichzeitig erfolgt der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, die auch eine Kostenbeteiligung der Deutschen Bahn zur Folge haben kann.

5.000398 Lärmschutzschleuse Kurt-Schumacher-Ring

Die vorhandenen Plexiglasscheiben sind durch Kratzer und Graffiti nicht mehr durchsichtig. Durch die Maßnahme wird die Verkehrssicherheit für Fußgänger im Bereich des Überwegs Kurt-Schumacher-Ring erheblich erhöht.

5.000431 Endausbau Dr.-Lammert-Weg

Die für das Baugebiet am Dr.-Lammert-Weg hergestellte Straße wird nach Abschluss der Bauarbeiten in der Siedlung endausgebaut.

5.000432 Erschließung Sportplatz Quambusch

Die Erschließung des ehem. Sportplatzes Quambusch wird von der Stadt Hagen als Bauherrin durchgeführt. Aus dem Verkauf der Baugrundstücke können Einnahmen realisiert werden. Zudem sind für die Maßnahme Erschließungsbeiträge nach BauGB zu erwarten.

5.000434 Umgestaltung Bahnhofstr. (Fahrrad)

Der Zuschussantrag für den Umbau der Bahnhofstraße soll in 2021 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2022 gerechnet.

5.000435 Graf-von-Galen-Ring Fahrbahnquerung

Aufnahme der Achse der Bahnhofstraße, Querungsstelle für den Fuß- und Radverkehr.

5.000438 Umgestaltung Augustastr.

Der Zuschussantrag für den Umbau der Augustastr. zur Fahrradstraße soll in 2020 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2021 gerechnet.

5.000439 Deckensanierung Hammerstr.

Der Zuschussantrag für den Umbau der Hammerstr. zur Fahrradstraße soll in 2021 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2022 gerechnet.

5.000442 Radstreifen zw. Boeler Ring/Lützowstr.

Auf der Feithstr./ Hagener Str., zwischen Boeler-Ring und Lützowstr., soll ein Radfahrstreifen angelegt werden. Es soll allerdings auch die Alternative über die Beethovenstr. in diesem Zusammenhang geprüft werden.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-1.950	-40.000	-255.000	-221.250				
2	- Summe der investiven Auszahlungen	242.859	490.500	1.271.000	1.168.500		228.500	123.500	123.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	240.909	450.500	1.016.000	947.250		228.500	123.500	123.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

4.000001 Vorplanung

Bezeichnung	Auszahlungen 2020	Einzahlungen 2020	Auszahlungen 2021	Einzahlungen 2021
Seepark Hengstey	260.000 €	195.000 €	250.000 €	187.500 €
Freibad Hengstey, begleitende Maßnahmen im öffentlichen Raum ('BeachClub')	45.000 €			
RuhrtalRadweg, Dortmunder Str. bis Laufwasserkraftwerk	80.000 €	60.000 €	50.000 €	33.750 €
Ruhrtal_8-Radweg Volme-Mündung über Baukey bis Wetter	130.000 €		130.000 €	
Planung Radwegfortsetzung Sedan-Grünstraße (C03, D03, D04)	30.000 €		30.000 €	
Radwegunterführung Bechelte/Sporbecker Weg (D14)	10.000 €		10.000 €	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Radweg Innenstadt-Delstern-Rampenbauwerk Hasselstraße/Am Stockey	20.000 €		30.000 €	
Breitenanpassung Geh-Radweg Heinitzstr./Badstr.			50.000 €	
Ozean-Projekt, hier: Themen-Radweg			50.000 €	
Planung Werdetunnel -(Ausstattung-Licht)			100.000 €	
Villa Hohenhof, Rekonstruktion der historischen Gartenanlage	85.000 €		10.000 €	
Parkanlagen, Öffentlichen Grünflächen, IPM; hier Ennepepark, Hasper Stadtgarten (Beschluss BV Haspe (DS 0294/2018) 03.05.2018, Fritz-Steinhoff-Park, Beschluss SFA, Grünanlage Dr. Lammert-Weg, Grünanlage Buschey, Friedhof Buschey	15.000 €			
Überprüfung LSA Wehringhauser Str. /Graf-v- Galen-Ring nach Fertigstellung Bahnhofshinterfahung	40.000 €		30.000 €	
Straßenplanung "In der Geweke"	70.000 €			
Planung Bushaltestellen gem. GVFG je 30 Stück	60.000 €		60.000 €	
Modellprojekt Delstern	50.000 €		50.000 €	
Gesamtsumme	895.000 €	255.000 €	850.000 €	221.250 €

5.000073 Bauliche Folgemaßnahmen in Erschließungsvertragsgebieten

Im Rahmen von Erschließungsverträgen werden lediglich die reinen Straßenbaukosten finanziert. Grundstückseinfahrtsangleichungen, Markierungen und Beschilderungen sind mit städtischen Mitteln jährlich 10.000 € zu finanzieren.

5.000084 Verkehrszeichen und –Einrichtungen

Errichtung von Verkehrszeichen, Signalanlagen usw. (z.B. Großwegweiser) nach entsprechender Beschlussfassung durch die entscheidungsberechtigten Gremien. Die Finanzierungsrate beträgt für die Jahre 2020 – 2024 jeweils 42.000 €.

5.000271 Niederschlagswasserbehandlung

Für Einbau von Innolet-Filterssystemen in Sinkkästen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sind für die Jahre 2020 – 2024 jeweils 40.000 € eingeplant.

5.800194 Verkehrstechnik, GVG

Für die Anschaffung von z. B. Straßenschildern, Leitern erfolgt eine Einplanung von jährlich 1.500 €.

5.800227 Parkscheinautomaten IPM

Für die Ersatzbeschaffung von Parkscheinautomaten ist in den Jahren 2020 - 2024 jährlich ein Ansatz in Höhe von 22.000 € vorgesehen.

5.800229 Verkehrstechnik IPM

Durch die Umstrukturierung im VB 5 und die Auslagerungen in den Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH AÖR wurden auch die Aufgaben im Bereich der Verkehrstechnik neu zugeordnet. So ist hier weiterhin die Stadt Hagen, hier der Fachbereich 61, für die Planung der verkehrstechnischen Anlagen zuständig. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ist es erforderlich einen weiteren Arbeitsplatz mit Zugriff auf den Verkehrsrechner der Stadt Hagen einzurichten. Für die Jahre 2020 - 2024 werden hierfür im Haushalt 5.000 € eingeplant.

5.000413 Parkplatz Otto-Densch-Halle

Die wassergebundene Decke des Parkplatzes an der Otto-Densch-Halle soll durch eine Pflasterdecke ersetzt werden.

5.000414 FGÜ Boeler Str.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Sankt Barbara Heim, Boeler Str., ist die Einrichtung eines Fußgängerüberweges vorgesehen.

5.000416 Zaunanlage Europaplatz

Bei einer Kontrolle der öffentlichen Grünfläche im Bereich des Europaplatzes in Vorhalle ist durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen festgestellt worden, dass sich die in Holzbauweise errichtete Sichtschutzwand in einem nicht mehr verkehrssicheren Zustand befindet. Aus diesem Grund ist die vorhandene Sichtschutzwand schnellst möglich zurück zu bauen. Als Nachfolgelösung ist die Errichtung eines Drahtmattenzaunes vorgesehen.

5.000436 Querungshilfe An der Kohlenbahn

Es entsteht ein Radweg durch den Ennepepark; Neubau einer Querungshilfe mit Bevorrechtigung des Radverkehrs nach der Musterlösung in Abschnitt 5.2.3. Radverkehrskonzeptes.

5.000437 Querungsstelle Martinstraße

Hier soll eine Querungsstelle für den Radverkehr eingerichtet werden.

5.000440 Zufahrt Enneperadweg (2. Abschnitt)

Zur Stärkung des Zubringerverkehrs für den Ennepe-Radweg sollen Zufahrten geschaffen werden.

5.000441 Radstreifen Altenhagener Str.

Zwischen der Altenhagener Brücke und Boeler Str. soll ein Radfahrstreifen oder Schutzstreifen angelegt werden. Bei nicht ausreichenden Fahrbahnbreiten kann Tempo 30 angeordnet werden.

5.000443 Kreisverkehr Herdecker Str./Weststr.

Der Kreisverkehr Herdecker Str./ Weststr. gehört zu einem Unfallschwerpunkt für Radfahrende in Hagen. Dennoch wird der Kreisverkehr von Radfahrenden durchfahren. Um sicher auf den angrenzenden Geh- und Radweg zu gelangen, wird eine Zufahrt auf den Geh- und Radweg angestrebt.

5.000444 Beschilderung Remberg/Eppenhauser Str.

Auf der Rembergstr. treten vermehrt Unfälle im Längsverkehr auf. Diese sind vermutlich auf Radfahrende im Gegenverkehr und das geringe Platzangebot zurückzuführen. Aufgrund des geringen Platzangebotes und der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h ist die Situation für den Radverkehr insgesamt als schwierig zu bewerten. Hier könnte von der neuen Regelung der StVO Gebrauch gemacht und eine Senkung der Fahrgeschwindigkeit auf 30 km/h geprüft werden.

5.000445 Nebenfahrbahn Weststr.

Umschilderung und Ummarkierung der Nebenfahrbahn der Weststr. (zwischen Volmarsteiner Str. und Untere Lindenstr.). Ausbau der Knotenpunkte entlang der Nebenfahrbahn durch Aufpflasterung zur Einrichtung der Bevorrechtigung des Radverkehrs.

5.000446 Radweg Remberg/Rathausstr.

Markierung mit rotem Asphalt der Radverkehrsfurten zwischen Rembergstr. und Rathausstr.

5.000447 Fahrradbügel

Anschaffung und Installation von 80 Anlehnbügeln an ausgewählten Stellen im Stadtgebiet zur Schaffung von neuen Abstellmöglichkeiten.

5.000448 Radweg Brücke Badstr.

Umnutzung der seitlichen Sperrfläche für den Radverkehr und Absenkung der Bordsteine.

1.54.50 Straßenreinigung

673

Teilplanbeschreibung: 1.54.50

- Durchführung der Reinigung und Winterwartung der öffentlichen Straßen
- Winterdienst im öffentlichen Interesse

Zielgruppe:

- Eigentümer bzw. Erbbauberechtigte und Nießbrauchberechtigte von Grundstücken
- Öffentlichkeit im Allgemeinen

Auftragsgrundlage:

- Straßenreinigungsgesetz NRW
- Kommunalabgabengesetz (KAG NRW)
- Straßenreinigungsvertrag
- Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Hagen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.50 Straßenreinigung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.191.929	-6.446.767	-6.081.611	-6.250.840	-6.250.840	-6.250.840	-6.250.840
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.044.890						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-915						
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-9.237.734	-6.446.767	-6.081.611	-6.250.840	-6.250.840	-6.250.840	-6.250.840
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.779.774	7.176.398	7.307.568	7.510.165	7.510.165	7.510.165	7.510.165
16	- Bilanzielle Abschreibungen	2.039						
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.491.389	500.000					

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.50 Straßenreinigung

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	10.273.202	7.676.398	7.307.568	7.510.165	7.510.165	7.510.165	7.510.165
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.035.468	1.229.631	1.225.957	1.259.325	1.259.325	1.259.325	1.259.325
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.035.468	1.229.631	1.225.957	1.259.325	1.259.325	1.259.325	1.259.325
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.035.468	1.229.631	1.225.957	1.259.325	1.259.325	1.259.325	1.259.325
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	308.120	415.956	323.998	328.552	331.043	334.005	336.925
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.343.588	1.645.587	1.549.955	1.587.877	1.590.368	1.593.330	1.596.250

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Straßenreinigungs- und der Winterdienstgebühr sowie Auflösung des Sonderpostens für den Gebührenausgleich.
Die Gebührenbedarfsberechnungen befinden sich als Anlage in Band 1.

HSP-Maßnahme:

11_20.006 Optimierungen bei der Straßenreinigung

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Ergebnis 2018: Erträge aus der LSP-Abrechnung (LSP: Leitsätze für Selbstkostenpreise und Preisprüfungen) der HEB GmbH.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Erstattung an die HEB GmbH für die Sommer-/Winterreinigung fiskalischer Flächen. Der Allgemeininteressenanteil an der Straßenreinigung richtet sich nach der Klassifizierung der städtischen Straßen entsprechend ihrer Verkehrsbedeutung. Für Wohnstraßen wurde der Anteil auf 15 %, für innerörtliche Straßen auf 25 % und für überörtliche Straßen auf 35 % festgesetzt.

HSP-Maßnahme:

11_20.006 Optimierungen bei der Straßenreinigung

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Ergebnis 2018 und Ansatz 2019: Zuschreibung zum Sonderposten für den Gebührenausgleich.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.50 Straßenreinigung

**Produktergebnisse des Teilplans 5450 Straßenreinigung**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.54.50.40	Straßenreinigung	1.314.645	1.049.672	1.112.107	1.141.514	1.143.250	1.145.252	1.147.226
1.54.50.41	Winterdienst	28.943	595.916	437.849	446.363	447.118	448.078	449.024
Summe		1.343.588	1.645.587	1.549.955	1.587.877	1.590.368	1.593.330	1.596.250

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.50 Straßenreinigung

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.309.472	-4.946.767	-5.346.013	-6.250.840		-6.250.840	-6.250.840	-6.250.840
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.081.958							
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-6.391.430	-4.946.767	-5.346.013	-6.250.840		-6.250.840	-6.250.840	-6.250.840
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.337.467	7.176.398	7.307.568	7.510.165		7.510.165	7.510.165	7.510.165
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.337.467	7.176.398	7.307.568	7.510.165		7.510.165	7.510.165	7.510.165
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	946.037	2.229.631	1.961.555	1.259.325		1.259.325	1.259.325	1.259.325

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.50 Straßenreinigung



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

1.54.70

ÖPNV

681

Teilplanbeschreibung: 1.54.70

Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs entsprechend des Regionalisierungsgesetzes NRW bzw. ÖPNV-Gesetz NRW (2008)

Zielgruppe:

Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs

Auftragsgrundlage:

Regionalisierungsgesetz bzw. ÖPNV-Gesetz NRW, Übertragung der Aufgabenträgerschaft für den örtlichen ÖPNV auf die Kommune

Bewirtschaftungsregelungen:

Die Zuweisungen vom Land sowie die Erträge aus der Kostenbeteiligung der Gemeinden sind zweckgebunden mit den Aufwendungen für die ÖPNV-Regionalisierung

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.70 ÖPNV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-127.577	-357.125	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-633.000	-613.000	-613.000	-613.000	-613.000	-613.000	-613.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge							
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-760.577	-970.125	-638.000	-638.000	-638.000	-638.000	-638.000
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.640	90.000					
16	- Bilanzielle Abschreibungen							
17	- Transferaufwendungen	842.633	1.030.500	805.500	805.500	817.760	830.265	843.021
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	97.603	47.125	25.000	25.000	25.250	25.502	25.758

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.70 ÖPNV

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	952.877	1.167.625	830.500	830.500	843.010	855.768	868.778
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	192.300	197.500	192.500	192.500	205.010	217.768	230.778
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	192.300	197.500	192.500	192.500	205.010	217.768	230.778
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	192.300	197.500	192.500	192.500	205.010	217.768	230.778
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	83.868	96.286	90.197	91.356	91.117	91.925	92.718
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	276.168	293.786	282.697	283.856	296.127	309.692	323.496

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Landeszuweisung Regionalisierung ÖPNV (Verwendung siehe Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Sonstige Transfererträge:

Transfererträge vom VRR, Weiterleitung an die Hagener Straßenbahn (siehe Transferaufwendungen).

Transferaufwendungen:

Aufwendungen Umlagezahlung an den VRR sowie Weiterleitung Transferertrag VRR (siehe Sonstige Transfererträge).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Sachkosten Regionalisierung ÖPNV

Produktergebnisse des Teilplans 5470 ÖPNV

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.54.70.40	ÖPNV	276.168	293.786	282.697	283.856	296.127	309.692	323.496
Summe		276.168	293.786	282.697	283.856	296.127	309.692	323.496

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.70 ÖPNV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-150.266	-357.125						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-633.000	-613.000	-613.000	-613.000		-613.000	-613.000	-613.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-783.266	-970.125	-613.000	-613.000		-613.000	-613.000	-613.000
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.628	90.000						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	842.633	1.030.500	805.500	805.500		817.760	830.265	843.021
15	- sonstige Auszahlungen	97.762	47.125	25.000	25.000		25.250	25.502	25.758
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	954.024	1.167.625	830.500	830.500		843.010	855.768	868.778
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	170.757	197.500	217.500	217.500		230.010	242.768	255.778

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.70 ÖPNV

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			-125.000	-125.000				
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)			-125.000	-125.000				
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen			100.000	100.000				
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)			100.000	100.000				
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)			-25.000	-25.000				

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.70 ÖPNV

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Verwendung ÖPNV Pauschale										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			-125.000	-125.000						
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	100.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			-25.000	-25.000						
= Summe			-25.000	-25.000					-199.164	0

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000406 Verwendung ÖPNV Pauschale

Die Stadt erhält einen jährlichen Betrag zur Finanzierung verschiedener Maßnahmen im ÖPNV. Hiervon werden unter anderem der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen oder andere infrastrukturelle Maßnahmen finanziert.

1.55	Natur- und Landschaftspflege		689
	1.55.10	Öffentliches Grün	695
	1.55.20	Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft	705
	1.55.30	Friedhofs- und Bestattungswesen	717

Haushaltsplan 2020/2021

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-108.743	-100.782	-101.699	-90.429	-90.929	-91.453	-91.972
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.223	-27.700	-28.000	-29.000	-29.580	-30.172	-30.775
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-40.247	-8.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-348.613	-20.718	-20.892	-20.892	-20.892	-20.892	-20.892
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-523.826	-157.200	-180.591	-170.321	-171.401	-172.517	-173.639
11	- Personalaufwendungen	1.093.888	1.076.170	1.193.417	1.217.260	1.228.819	1.240.492	1.252.283
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.014.410	1.006.250	1.135.852	1.155.800	1.167.358	1.179.032	1.190.822
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	79.478	69.920	57.564	61.460	61.460	61.460	61.460
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.505.509	7.409.279	7.321.135	7.393.492	7.467.427	7.542.101	7.617.522
16	- Bilanzielle Abschreibungen	285.312	264.539	253.403	231.638	233.960	232.606	207.506
17	- Transferaufwendungen	20.153	20.154	20.153	20.153	20.556	20.967	21.387
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	491.373	302.606	277.500	277.500	280.275	283.078	285.909

Haushaltsplan 2020/2021

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	8.396.234	9.072.748	9.065.608	9.140.043	9.231.037	9.319.244	9.384.606
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	7.872.408	8.915.548	8.885.017	8.969.723	9.059.636	9.146.728	9.210.967
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	7.872.408	8.915.548	8.885.017	8.969.723	9.059.636	9.146.728	9.210.967
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	7.872.408	8.915.548	8.885.017	8.969.723	9.059.636	9.146.728	9.210.967
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.041.094	-972.755	-1.081.865	-1.107.258	-1.117.020	-1.127.316	-1.137.598
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	510.650	520.112	589.755	586.772	593.204	600.854	606.863
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	7.341.964	8.462.905	8.392.907	8.449.236	8.535.820	8.620.266	8.680.233

Haushaltsplan 2020/2021

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-51.330	-50.900	-50.900	-50.900		-51.409	-51.923	-52.442
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.860	-27.700	-28.000	-29.000		-29.580	-30.172	-30.775
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-998							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-40.632	-8.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-11.674	-8.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-131.493	-94.600	-116.900	-117.900		-118.989	-120.095	-121.217
10	- Personalauszahlungen	1.014.410	1.006.250	1.135.852	1.155.800		1.167.358	1.179.032	1.190.822
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.821.376	7.409.279	7.321.135	7.393.492		7.467.427	7.542.101	7.617.522
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	20.153	20.154	20.153	20.153		20.556	20.967	21.387
15	- sonstige Auszahlungen	448.705	302.606	277.500	277.500		280.275	283.078	285.909
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.304.643	8.738.289	8.754.640	8.846.945		8.935.616	9.025.178	9.115.640
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	7.173.150	8.643.689	8.637.740	8.729.045		8.816.627	8.905.083	8.994.422

Haushaltsplan 2020/2021

1.55 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

VB 5 Henning Keune

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-90.000	-1.890.000	-4.700.000					
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-3.492							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-93.492	-1.890.000	-4.700.000					
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		2.100.000	4.150.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	19.084	299.500	239.500	239.500	145.000	39.500	39.500	39.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	19.084	2.399.500	4.389.500	239.500	145.000	39.500	39.500	39.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-74.408	509.500	-310.500	239.500	145.000	39.500	39.500	39.500

1.55.10 Öffentliches Grün

695

Teilplanbeschreibung: 1.55.10

Auftraggeberfunktion des Fachbereichs Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen (FB 60) gegenüber dem Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR zur

- Pflege und Unterhaltung von Grünanlagen, Straßenbegleitgrün, Bäumen, Kinderspielplätzen sowie Außenanlagen an öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindertagesstätten
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherung und Sauberkeit für alle zuvor genannten Bereiche sowie Pflege und Unterhaltung unbebauter fiskalischer Grundstücke
- Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Flächen in Kleingartenanlagen
- Friedhofsangelegenheiten in Bezug auf jüdische Friedhöfe, Ehrengräber und Kriegsgräber

Zielgruppe:

Bürger

Auftragsgrundlage:

Nachbarrecht NRW, BGB, Bundes- und Landesabfallrecht, Zuständigkeitsordnung, Dienstanweisung über die Kontrolle und Unterhaltung von Kinderspielplätzen und Bäumen, Gebietsordnung der Stadt Hagen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-100.643	-97.350	-98.218	-86.948	-87.455	-87.973	-88.492
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-58.130	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-158.773	-102.350	-103.218	-91.948	-92.455	-92.973	-93.492
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.500.517	7.385.779	7.297.735	7.370.092	7.443.793	7.518.231	7.593.413
16	- Bilanzielle Abschreibungen	92.948	82.619	77.974	60.515	62.989	65.384	50.938
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.492						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	6.605.958	7.468.398	7.375.709	7.430.607	7.506.782	7.583.615	7.644.351
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	6.447.185	7.366.048	7.272.491	7.338.659	7.414.327	7.490.642	7.550.859
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	6.447.185	7.366.048	7.272.491	7.338.659	7.414.327	7.490.642	7.550.859
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	6.447.185	7.366.048	7.272.491	7.338.659	7.414.327	7.490.642	7.550.859
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	187.583	214.330	203.714	204.794	209.138	213.646	216.719
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	6.634.769	7.580.378	7.476.205	7.543.453	7.623.465	7.704.288	7.767.578

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens – hier Unterhaltung/Instandhaltung Grün, Unterhaltung Kinderspielplätze, Aufwendungen für Grün- und Außenpflege sowie Betriebskosten für Brunnenanlagen.

HSP-Maßnahme: 16_60.001 Einstellung Brunnenbetrieb/Sponsoring

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Produktergebnisse des Teilplans 5510 Öffentliches Grün

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.55.10.40	öffentliches Grün	6.415.699	7.350.250	7.252.741	7.317.495	7.394.155	7.471.590	7.531.462
1.55.10.41	Kleingärten	196.326	219.288	212.313	214.807	218.047	221.323	224.626
1.55.10.42	Friedhöfe	22.744	10.841	11.151	11.151	11.262	11.375	11.489
Summe		6.634.769	7.580.378	7.476.205	7.543.453	7.623.465	7.704.288	7.767.578

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-51.330	-50.900	-50.900	-50.900		-51.409	-51.923	-52.442
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-998							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-9.467	-5.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-61.808	-55.900	-55.900	-55.900		-56.409	-56.923	-57.442
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.820.942	7.385.779	7.297.735	7.370.092		7.443.793	7.518.231	7.593.413
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	12.492							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.833.434	7.385.779	7.297.735	7.370.092		7.443.793	7.518.231	7.593.413
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.771.626	7.329.879	7.241.835	7.314.192		7.387.384	7.461.308	7.535.971

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-3.492							
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-3.492							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	19.084	99.500	39.500	39.500		39.500	39.500	39.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	19.084	99.500	39.500	39.500		39.500	39.500	39.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	15.592	99.500	39.500	39.500		39.500	39.500	39.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-3.492							
2	- Summe der investiven Auszahlungen	19.084	99.500	39.500	39.500		39.500	39.500	39.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	15.592	99.500	39.500	39.500		39.500	39.500	39.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.800145 Parkanlagen, Öffentl. Grünflächen GVG

Für Ersatzbeschaffungen von Arbeitsgeräten, z. B. Laubblasgeräte, Absperrpfosten etc, werden Mittel in Höhe von 2.500 € eingeplant.

5.800151 Kleingärten, Naherholungsgebiete, GVG

Für Ersatzbeschaffungen von Bänken, Papierkörben und sonstigen geringwertigen Vermögensgegenständen werden in den Jahren 2020 bis 2024 jährlich 2.500 € eingeplant.

5.800181 Parkanlagen, Öffentl. Grünflächen IPM

Im Rahmen einer erforderlichen Winterfällung von Gefahrenbäumen im öffentlichen Bereich werden Ersatzbepflanzungen erforderlich. Darüber hinaus ist über die bekannten stadtklimatologischen, Immissions- und Lärmschutzgründe hinaus eine (zusätzliche) Pflanzung von Straßen- und Stadtbäumen als eine von über 20 Maßnahmen des Luftreinhalteplans Hagen ausdrücklich vorgesehen.

5.800200 Kleingärten, Naherholungsgebiete, IPM

Für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten, die aus Verkehrssicherungsgründen entfernt werden müssen oder mussten, werden Mittel in Höhe von jährlich 15.000 € eingeplant. In den vergangenen Jahren wurde dieser Ersatz zugunsten der Unterhaltung von Platz- und Wegeflächen zurückgestellt.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800145	Parkanlagen, Öffentl. Grünflächen, GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800151	Kleingärten, Naherholungsgebiete, GVG	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800181	Parkanlagen, Öffentl. Grünflächen, IPM	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
5.800200	Kleingärten, Naherholungsgebiete, IPM	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Summe:	Auszahlungen	39.500 €	39.500 €	39.500 €	39.500 €	39.500 €

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

705

Teilplanbeschreibung: 1.55.20

Der Teilplan umfasst folgende Aufgaben:

Wasserwirtschaft:

Die Untere Wasserbehörde nimmt in der Stadt Hagen die Aufgaben als untere Landesbehörde gem. Wasserhaushaltsgesetz und Landeswassergesetz NRW wahr. Es handelt sich um Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Im Gewässerausbau und in der Gewässerunterhaltung hat der Oberbürgermeister auch die Pflichten der Gemeinde auf die Untere Wasserbehörde übertragen. In diesen Punkten nimmt die UWB also auch gemeindliche Aufgaben wahr.

- Gewässeraufsicht einschließlich der Vorhaltung einer Rufbereitschaft für die Gefahrenabwehr
- Genehmigung und Überwachung nach den Aufgaben des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes
- Erstellung von Alarm- und Einsatzplänen für Hochwasser und Umweltschutz
- Gemeindliche Aufgaben im Rahmen der Gewässerausbau- und Unterhaltungsverpflichtung

Natur und Landschaft:

Die Untere Naturschutzbehörde nimmt in der Stadt Hagen die Aufgaben als untere Landesbehörde gem. Bundes- und Landesnaturschutzgesetz NRW wahr. Es handelt sich um Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung.

- Aufstellung, Änderung und Durchführung des Landschaftsplanes
- Ausweisung von Schutzgebieten im Innenbereich
- Anwendung der Eingriffsregelung nach Bundes- und Landesrecht sowie nach Baugesetzbuch
- Ahndung von Verstößen nach Bundes- und Landesrecht
- Erhaltung und Verbesserung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes,
- Durchführung von Maßnahmen zur Erhaltung und Stützung der Biodiversität nach Landesverordnung NRW
- Überprüfung des Handels mit geschützten Tier- und Pflanzenarten
- Festsetzung der örtlichen Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- Festsetzung von Maßnahmen für die ruhige Erholung
- Geschäftsführung des Naturschutzbeirats
- Bestellung und Betreuung der in den Bezirken eingesetzten ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten, Genehmigung des AMP der Biologischen Station
- Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes NRW, Umsetzung der Artenschutzregelungen des Bundesnaturschutzgesetzes und der EU
- Führung von Verzeichnissen nach dem Landesnaturschutzgesetz
- Genehmigung und Überwachung von Abgrabungen nach Abgrabungsgesetz NRW
- Umsetzung der Baumpflegesatzung Hagen

Zielgruppe:

Gesamtbevölkerung, Gewerbe- und Industriebetriebe, Fachbereich Entwässerungsplanung des WBH, Ruhrverband sowie externe Erholungsnutzerinnen und -nutzer, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer, Naturschutzverbände, Firmen, Institutionen, Behörden, Verbände, Land- und Forstwirtschaft, Mitglieder des Naturschutzbeirates

Auftragsgrundlage:

Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserschutzgesetz incl. Europäische Richtlinien, Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NRW, Abwasserabgabengesetz, Fischereigesetz, div. Verordnungen, Bundesnaturschutzgesetz, Landesnaturschutzgesetz NRW, Baugesetzbuch, weltweite Artenschutzabkommen, EU-Verordnungen, Abgrabungsgesetz NRW, Buampfleugesatzung

Bewirtschaftungsregelungen:

Die Gewässerausbau-Zuweisungen vom Land sind zweckgebunden mit den Aufwendungen für die entsprechenden Maßnahmen. Der städtische Eigenanteil darf nicht überschritten werden.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-8.100	-3.432	-3.481	-3.481	-3.474	-3.480	-3.480
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-26.223	-27.700	-28.000	-29.000	-29.580	-30.172	-30.775
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-40.247	-8.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-290.483	-15.718	-15.892	-15.892	-15.892	-15.892	-15.892
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-365.053	-54.850	-77.373	-78.373	-78.946	-79.543	-80.147
11	- Personalaufwendungen	1.093.888	1.076.170	1.193.417	1.217.260	1.228.819	1.240.492	1.252.283
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.014.410	1.006.250	1.135.852	1.155.800	1.167.358	1.179.032	1.190.822
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	79.478	69.920	57.564	61.460	61.460	61.460	61.460
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.992	23.500	23.400	23.400	23.634	23.870	24.109
16	- Bilanzielle Abschreibungen	192.363	181.920	175.429	171.123	170.971	167.222	156.568
17	- Transferaufwendungen	20.153	20.154	20.153	20.153	20.556	20.967	21.387
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	478.880	302.606	277.500	277.500	280.275	283.078	285.909

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.790.276	1.604.350	1.689.899	1.709.436	1.724.255	1.735.630	1.740.255
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	1.425.223	1.549.500	1.612.526	1.631.064	1.645.309	1.656.086	1.660.108
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	1.425.223	1.549.500	1.612.526	1.631.064	1.645.309	1.656.086	1.660.108
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	1.425.223	1.549.500	1.612.526	1.631.064	1.645.309	1.656.086	1.660.108
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.041.094	-972.755	-1.081.865	-1.107.258	-1.117.020	-1.127.316	-1.137.598
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	323.066	305.781	386.041	381.978	384.066	387.207	390.144
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	707.195	882.526	916.702	905.784	912.355	915.978	912.655

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Verwaltungsgebühren für natur- und wasserrechtliche Erlaubnisse

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen von Kosten der Gewässeraufsicht bei Ersatzvornahmen und Beseitigung von Ölschäden

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Material für Prüfungen und Krötenwanderungen; Reitplaketten; Ausgleichsmaßnahmen des WBH

HSP-Maßnahme:

14_69.004 Kürzung Sachmittel Umweltamt

Bilanzielle Abschreibungen:

Bilanzielle Abschreibung auf Straßennetze, Wege, Bauten, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Transferaufwendungen:

Zuschuss für die Biologische Station

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für Gewässerausbaumaßnahmen und Gewässerunterhaltung durch den WBH; Umsetzung des Landschaftsplanes durch die Untere Naturschutzbehörde

HSP-Maßnahmen:

12_20.001 Einsparung Gewässerunterhaltung

14_69.004 Kürzung Sachmittel Umweltamt

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

**Produktergebnisse des Teilplans 5520 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.55.20.40	Naturschutz	62.666	401.519	460.885	459.815	463.779	468.238	472.639
1.55.20.41	Wasserwirtschaft	644.529	481.007	455.817	445.969	448.576	447.740	440.016
Summe		707.195	882.526	916.702	905.784	912.355	915.978	912.655

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-25.579	-27.700	-28.000	-29.000		-29.580	-30.172	-30.775
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-40.632	-8.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.207	-3.000	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-68.418	-38.700	-61.000	-62.000		-62.580	-63.172	-63.775
10	- Personalauszahlungen	1.014.410	1.006.250	1.135.852	1.155.800		1.167.358	1.179.032	1.190.822
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	434	23.500	23.400	23.400		23.634	23.870	24.109
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	20.153	20.154	20.153	20.153		20.556	20.967	21.387
15	- sonstige Auszahlungen	436.212	302.606	277.500	277.500		280.275	283.078	285.909
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.471.209	1.352.510	1.456.905	1.476.853		1.491.823	1.506.947	1.522.227
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.402.790	1.313.810	1.395.905	1.414.853		1.429.243	1.443.776	1.458.452

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-90.000	-1.890.000	-4.700.000					
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-90.000	-1.890.000	-4.700.000					
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen		2.100.000	4.150.000					
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		200.000	200.000	200.000	145.000			
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)		2.300.000	4.350.000	200.000	145.000			
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-90.000	410.000	-350.000	200.000	145.000			

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Umgestaltung Lenne/Verlegung Radwege										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-90.000	-1.890.000	-4.700.000						-90.000	-6.480.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		2.100.000	4.150.000							7.600.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-90.000	210.000	-550.000						-90.000	1.120.000
= Summe	-90.000	210.000	-550.000						-90.000	1.120.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000301 Umgestaltung Lenne/Umlegung Radweg

Einplanung der 3. Finanzierungsrate in 2020 in Höhe von 4.150.000 €. Zuwendungen sind in Höhe von 4.700.000 € zu berücksichtigen.

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen		200.000	200.000	200.000	145.000			
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		200.000	200.000	200.000	145.000			

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000348 Wasserwirtschaft Spezialfahrzeuge

Die Stadt Hagen ist im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge zur Aufstellung eines konkreten „Hochwasseralarm- und Einsatzplans“ und zur Umsetzung dieser Maßnahmen im Sinne des Hochwasserschutzgesetzes auch im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz verpflichtet. Dieser „Alarmplan Hochwasser“ soll Bestandteil des Katastrophenschutzplanes der Stadt Hagen werden. Im Rahmen des Hochwassermanagementplanes NRW gibt es eine gesetzlich definierte Meldepflicht der Unteren Wasserbehörde an die Bezirksregierung Arnsberg mit Fortschreibungspflicht alle 6 Jahre.

Auszahlungen für die Anschaffung von mehreren Mehrzweckfahrzeugen sind in einer Gesamthöhe von 290.000 € vorgesehen.

5.800316 Wasserwirtschaft IPM

Die Stadt Hagen ist im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge zur Aufstellung eines konkreten „Hochwasseralarm- und Einsatzplans“ und zur Umsetzung dieser Maßnahmen im Sinne des Hochwasserschutzgesetzes auch im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz verpflichtet. Dieser „Alarmplan Hochwasser“ soll Bestandteil des Katastrophenschutzplanes der Stadt Hagen werden. Im Rahmen des Hochwassermanagementplanes NRW gibt es eine gesetzlich definierte Meldepflicht der Unteren Wasserbehörde an die Bezirksregierung Arnsberg mit Fortschreibungspflicht alle 6 Jahre.

Die Auszahlungen für die Anschaffung von Hochleistungs- und Schmutzwasserpumpen, Stromerzeugern und weiteren mobilen Hochwasserrückhaltesystemen betragen insgesamt 110.000 €.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

Die Mittel sind wie folgt eingeplant:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021
5.000348	Wasserwirtschaft Spezialfahrzeuge	145.000 €	145.000 €
5.800316	Wasserwirtschaft IPM	55.000 €	55.000 €

Es ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 145.000 € für die Bestellung von Vermögensgegenständen vorgesehen.

1.55.30 Friedhofs- und Bestattungswesen

717

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.30 Friedhofs- und Bestattungswesen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.267							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.267							
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.267							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.30 Friedhofs- und Bestattungswesen



Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

*Ausweisung von Zahlungen aus Vorjahren auf Teilplänen, die im Rahmen der Stammdatenrestrukturierung ab 01.01.2018 zusammengefasst wurden.

verantwortlich:

VB 3 Margarita Kaufmann

1.56	Umweltschutz		719
	1.56.10	Umwelt- und Immissionsschutz	725
	1.56.20	Immissionsschutz	735

Haushaltsplan 2020/2021

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-373.020	-147.355	-103.993	-86.394	-87.246	-88.109	-88.979
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-174.051	-160.000	-163.000	-163.000	-166.260	-169.585	-172.977
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-259.373	-216.500	-262.000	-262.000	-267.100	-272.302	-277.608
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.002	-15.997	-19.438	-19.438	-19.438	-19.438	-19.438
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-828.446	-539.852	-548.431	-530.832	-540.044	-549.433	-559.001
11	- Personalaufwendungen	1.161.104	1.030.110	1.477.750	1.390.596	1.403.581	1.416.694	1.429.939
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.062.533	940.413	1.390.078	1.298.406	1.311.390	1.324.504	1.337.749
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	98.572	89.697	87.672	92.191	92.191	92.191	92.191
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.249						
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.603	1.094	1.093	1.094	1.093	1.094	1.093
17	- Transferaufwendungen	32.020						
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	543.608	173.760	159.148	77.189	77.961	78.741	79.528

Haushaltsplan 2020/2021

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.751.584	1.204.964	1.637.991	1.468.880	1.482.635	1.496.529	1.510.561
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	923.139	665.112	1.089.561	938.048	942.591	947.096	951.559
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	923.139	665.112	1.089.561	938.048	942.591	947.096	951.559
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	923.139	665.112	1.089.561	938.048	942.591	947.096	951.559
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-553.158	-531.110	-535.564	-478.840	-482.872	-487.205	-491.510
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.275.456	1.133.490	1.096.316	1.117.125	1.125.592	1.135.774	1.145.778
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.645.436	1.267.492	1.650.312	1.576.333	1.585.311	1.595.665	1.605.827

Haushaltsplan 2020/2021

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-242.232	-146.261	-102.900	-85.300		-86.153	-87.015	-87.885
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-179.624	-160.000	-163.000	-163.000		-166.260	-169.585	-172.977
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-260.868	-216.500	-262.000	-262.000		-267.100	-272.302	-277.608
7	+ Sonstige Einzahlungen	-449	-100	-100	-100		-100	-100	-100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-683.173	-522.861	-528.000	-510.400		-519.613	-529.002	-538.570
10	- Personalauszahlungen	1.062.533	940.413	1.390.078	1.298.406		1.311.390	1.324.504	1.337.749
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.030							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	32.020							
15	- sonstige Auszahlungen	457.012	173.760	159.148	77.189		77.961	78.741	79.528
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.568.595	1.114.173	1.549.226	1.375.595		1.389.351	1.403.244	1.417.277
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	885.422	591.312	1.021.226	865.195		869.738	874.243	878.707

Haushaltsplan 2020/2021

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

VB 4 Thomas Huyeng

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-78.538							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-78.538							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	509							10.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	509							10.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-78.029							10.000

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz

725

Teilplanbeschreibung: 1.56.10

Der Teilplan umfasst folgende Aufgaben:

Anlagenbezogener Immissionsschutz:

- Anlagengenehmigungen und -überwachungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, Anordnung und Überprüfung von Altanlagensanierungen, Ausstellen von Nacharbeiten-genehmigungen
- Überprüfung und Verfolgung von Beschwerden durch Gerüche, Lärm, Staub und Erschütterungen
- Immissionsschutz in der Bauleitplanung
- Ahndung von Verstößen

Die Untere Umweltschutzbehörde wird in einer Kooperation der Städte Hagen, Bochum und Dortmund wahrgenommen.

Umweltplanung:

Planerisch-konzeptioneller Umweltschutz; Entwicklung und Betreuung von Mobilitäts-, Klimaschutz- Klimaanpassungskonzepten und Luftreinhalteplanung, Mitwirkung bei Stadtentwicklungs-, Bauleit- und Verkehrsplanung, Auswertung von Umweltgutachten, fachspezifische Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Beratungen zur Gebäudeenergiesanierung, Verwaltung von Umweltinformationen, wie Geoinformationssystemen (GIS) und Koordination von GIS-Projekten, Fördermittelmanagement (EU, Bund, Land NRW)

Zielgruppe:

Gesamtbevölkerung der Stadt Hagen, private Haushalte, Gewerbe- und Industrieunternehmen, politische Gremien, Ämter der Stadt, Amtshilfe für externe Dienststellen und Institutionen, sonstige Behörden, Gremien und Institutionen sowie themenspezifische Zielgruppen, webbasierte GIS-Dienste

Auftragsgrundlage:

EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie, Bundes-Immissionsschutzgesetz, Verordnungen nach dem Bundes-Immissionsschutz, Landes-Immissionsschutzgesetz NRW, UVPG, Baugesetzbuch, Klimaschutzgesetz NRW, Erneuerbare Energie-Wärme-Gesetz, Energiewirtschaftsgesetz, Energieeinsparungsgesetz, Umweltinformationsgesetz Bund und NRW, Ratsbeschlüsse, Zuwendungsrecht Bund und NRW

Bewirtschaftungsregelungen:

Die Zuwendungen für Projekte sind zweckgebunden mit den entsprechenden Aufwendungen. Städtische Eigenanteile dürfen nicht überschritten werden.

Haushaltsplan 2020/2021

1.56 Umweltschutz

verantwortlich:

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-373.020	-147.355	-103.993	-86.394	-87.246	-88.109	-88.979
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-174.051	-160.000	-163.000	-163.000	-166.260	-169.585	-172.977
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-259.373	-216.500	-262.000	-262.000	-267.100	-272.302	-277.608
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.002	-15.997	-19.438	-19.438	-19.438	-19.438	-19.438
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-828.446	-539.852	-548.431	-530.832	-540.044	-549.433	-559.001
11	- Personalaufwendungen	1.161.104	1.030.110	1.477.750	1.390.596	1.403.581	1.416.694	1.429.939
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	1.062.533	940.413	1.390.078	1.298.406	1.311.390	1.324.504	1.337.749
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	98.572	89.697	87.672	92.191	92.191	92.191	92.191
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.249						
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.603	1.094	1.093	1.094	1.093	1.094	1.093
17	- Transferaufwendungen	32.020						
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	543.608	173.760	159.148	77.189	77.961	78.741	79.528

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.56 Umweltschutz

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	1.751.584	1.204.964	1.637.991	1.468.880	1.482.635	1.496.529	1.510.561
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	923.139	665.112	1.089.561	938.048	942.591	947.096	951.559
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	923.139	665.112	1.089.561	938.048	942.591	947.096	951.559
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	923.139	665.112	1.089.561	938.048	942.591	947.096	951.559
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-553.158	-531.110	-535.564	-478.840	-482.872	-487.205	-491.510
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.275.456	1.133.490	1.096.316	1.117.125	1.125.592	1.135.774	1.145.778
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	1.645.436	1.267.492	1.650.312	1.576.333	1.585.311	1.595.665	1.605.827

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Erträge aus Zuweisungen für Klimaprojekte (korrespondiert mit sonstigen ordentlichen Aufwendungen) sowie Belastungsausgleich für Aufgaben der Unteren Umweltschutzbehörde.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Erträge der Unteren Umweltschutzbehörde. Verteilung nach einem Schlüssel auf die Kooperationsgemeinden Bochum und Dortmund.

Erträge aus Kostenerstattungen und –umlagen:

Pauschalzahlungen der Kooperationsgemeinden der Unteren Umweltschutzbehörde Bochum und Dortmund.

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwendungen für den Ausbau der Radstation in 2020, Förderung diverser Projekte beim Klimaschutz (z.B. Runder Tisch Nachhaltige Mobilität, Klimamanager-Anschlussvorhaben, teilweise Refinanzierung durch Zuwendungen).

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.56 Umweltschutz

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz

**Produktergebnisse des Teilplans 5610 Umwelt- und Immissionsschutz**

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.56.10.40	Umweltplanung	607.416	469.031	669.570	575.424	580.788	586.446	592.091
1.56.10.41	Anlagenbezogener Immissionsschutz	1.038.020	798.462	980.742	1.000.909	1.004.523	1.009.219	1.013.735
Summe		1.645.436	1.267.492	1.650.312	1.576.333	1.585.311	1.595.665	1.605.827

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.56 Umweltschutz

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-242.232	-146.261	-102.900	-85.300		-86.153	-87.015	-87.885
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-171.757	-160.000	-163.000	-163.000		-166.260	-169.585	-172.977
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-260.273	-216.500	-262.000	-262.000		-267.100	-272.302	-277.608
7	+ Sonstige Einzahlungen	-449	-100	-100	-100		-100	-100	-100
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-674.710	-522.861	-528.000	-510.400		-519.613	-529.002	-538.570
10	- Personalauszahlungen	1.062.533	940.413	1.390.078	1.298.406		1.311.390	1.324.504	1.337.749
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.030							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	32.020							
15	- sonstige Auszahlungen	457.012	173.760	159.148	77.189		77.961	78.741	79.528
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.568.595	1.114.173	1.549.226	1.375.595		1.389.351	1.403.244	1.417.277
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	893.884	591.312	1.021.226	865.195		869.738	874.243	878.707

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.56 Umweltschutz

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-78.538							
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-78.538							
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	509							10.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)	509							10.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-78.029							10.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.56 Umweltschutz

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Ausgleichszahlungen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-78.538								-461.245	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-78.538								-461.245	
Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen LG										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-20.067	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude									13.629	
- Auszahlung Baumaßnahmen									23.995	
- Weitere investive Auszahlungen								10.000		
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)								10.000	17.557	
= Summe	-78.538							10.000	-443.688	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.56 Umweltschutz

1.56.10 Umwelt- und Immissionsschutz



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	509							
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	509							

1.56.20

Immissionsschutz

735

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.56 Umweltschutz

1.56.20 Immissionsschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.868							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-595							
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.463							
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-8.463							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.56 Umweltschutz

1.56.20 Immissionsschutz

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

*Ausweisung von Zahlungen aus Vorjahren auf Teilplänen, die im Rahmen der Stammdatenrestrukturierung ab 01.01.2018 zusammengefasst wurden.

1.57	Wirtschaft und Tourismus		737
	1.57.31	Wirtschaftliche Betätigungen	743
	1.57.32	Märkte	753

Haushaltsplan 2020/2021

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-141	-142	-141	-142	-141	-142	-142
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.145	-50	-500	-500	-500	-500	-500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-224.703	-190.000	-151.000	-151.000	-151.000	-151.000	-151.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.332	-20.074	-17.074	-17.074	-17.074	-17.074	-17.074
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.354.040	-12.216.664	-12.064.829	-12.064.830	-12.064.829	-12.064.830	-12.064.830
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-12.591.361	-12.426.930	-12.233.544	-12.233.546	-12.233.544	-12.233.546	-12.233.546
11	- Personalaufwendungen	507.677	532.131	433.169	410.615	413.828	417.072	420.350
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	410.537	438.193	418.557	395.250	398.463	401.707	404.985
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	97.140	93.937	14.612	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	111.043	135.000	117.500	117.500	117.500	117.500	117.500
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.394	1.209	1.208	1.209	2.145	3.084	3.083
17	- Transferaufwendungen	15.707.285	19.800.400	18.033.000	17.923.500	16.642.000	16.650.500	16.659.000
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.918	992.950	1.456.689	1.456.689	1.456.989	756.553	346.859

Haushaltsplan 2020/2021

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	16.334.317	21.461.690	20.041.566	19.909.513	18.632.462	17.944.709	17.546.792
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.742.956	9.034.760	7.808.022	7.675.967	6.398.918	5.711.163	5.313.246
21	+ Finanzerträge	-3.264.920	-9.210.000	-10.718.239	-10.718.239	-10.718.239	-8.017.500	-5.607.500
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-3.264.920	-9.210.000	-10.718.239	-10.718.239	-10.718.239	-8.017.500	-5.607.500
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	478.036	-175.240	-2.910.217	-3.042.272	-4.319.321	-2.306.337	-294.254
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	478.036	-175.240	-2.910.217	-3.042.272	-4.319.321	-2.306.337	-294.254
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-295.896	-321.440	-243.665	-236.715	-238.653	-240.814	-242.988
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	170.034	286.147	55.042	56.634	56.504	57.319	58.096
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	352.174	-210.534	-3.098.841	-3.222.352	-4.501.471	-2.489.832	-479.147

Haushaltsplan 2020/2021

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.280	-50	-500	-500		-500	-500	-500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-218.028	-190.000	-151.000	-151.000		-151.000	-151.000	-151.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-11.849	-20.074	-17.074	-17.074		-17.074	-17.074	-17.074
7	+ Sonstige Einzahlungen	-13.068.666	-12.200.625	-12.061.465	-12.061.465		-12.061.465	-12.061.465	-12.061.465
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-3.264.920	-9.210.000	-10.718.239	-10.718.239		-10.718.239	-8.017.500	-5.607.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.564.744	-21.620.749	-22.948.278	-22.948.278		-22.948.278	-20.247.539	-17.837.539
10	- Personalauszahlungen	410.537	438.193	418.557	395.250		398.463	401.707	404.985
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	110.518	135.000	117.500	117.500		117.500	117.500	117.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	15.382.285	19.800.400	18.033.000	17.923.500		16.642.000	16.650.500	16.659.000
15	- sonstige Auszahlungen	29.139	992.950	1.456.689	1.456.689		1.456.989	756.553	346.859
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.932.478	21.366.543	20.025.746	19.892.939		18.614.952	17.926.260	17.528.344
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-632.265	-254.206	-2.922.532	-3.055.339		-4.333.326	-2.321.279	-309.196

Haushaltsplan 2020/2021

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		67.500	67.500	67.500		67.500	67.500	67.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen						450.000		
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)		67.500	67.500	67.500		517.500	67.500	67.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		67.500	67.500	67.500		517.500	67.500	67.500

1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen

743

Teilplanbeschreibung: 1.57.31

Das strategische Beteiligungscontrolling bildet die Schnittstelle hinsichtlich der Kommunikation zwischen dem operativen Beteiligungscontrolling bei der HVG, der Verwaltung und der Politik. Ausgehend von der Konzernspitze werden Strategien geplant und festgelegt. Diese werden dann auf der Ebene der Beteiligungen durch entsprechende Zielsetzungen heruntergebrochen und für die jeweiligen Aufgabenbereiche umgesetzt. Hier unterstützt das strategische Beteiligungscontrolling die Konzernspitze bei der Strategieplanung und überwacht deren Umsetzung. Ferner übt das strategische Beteiligungscontrolling die Kontrollfunktion gegenüber der HVG und dem Beteiligungscontrolling der HVG aus. In beratender Funktion werden durch das strategische Beteiligungscontrolling Entscheidungsalternativen für Verwaltung und Politik vorbereitet.

Darüber hinaus wird in diesem Teilplan die finanzielle Abwicklung der Beteiligungen HVG, Mark-E, ENERVIE Vernetzt, Sparkasse, und dem WBH abgebildet.

Zielgruppe:

Verwaltungsvorstand, Ratsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Beteiligungsgesellschaften, Öffentlichkeit, operatives Beteiligungscontrolling

Auftragsgrundlage:

Beschlüsse der politischen Gremien sowie vertragliche Vereinbarungen

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-45.000						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.344.427	-12.209.538	-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-12.389.427	-12.209.538	-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000
11	- Personalaufwendungen	374.890	396.956	324.896	318.622	321.808	325.026	328.277
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	316.414	341.159	324.896	318.622	321.808	325.026	328.277
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	58.475	55.797					
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen							
17	- Transferaufwendungen	15.707.285	19.800.400	18.033.000	17.923.500	16.642.000	16.650.500	16.659.000
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.739	962.700	1.448.239	1.448.239	1.448.539	748.103	338.409

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	16.087.913	21.160.056	19.806.135	19.690.361	18.412.347	17.723.629	17.325.686
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	3.698.487	8.950.518	7.745.135	7.629.361	6.351.347	5.662.629	5.264.686
21	+ Finanzerträge	-3.264.920	-9.210.000	-10.718.239	-10.718.239	-10.718.239	-8.017.500	-5.607.500
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	-3.264.920	-9.210.000	-10.718.239	-10.718.239	-10.718.239	-8.017.500	-5.607.500
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	433.567	-259.482	-2.973.104	-3.088.878	-4.366.892	-2.354.871	-342.814
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	433.567	-259.482	-2.973.104	-3.088.878	-4.366.892	-2.354.871	-342.814
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-248.278	-269.370	-204.900	-202.011	-204.031	-206.071	-208.132
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.480	138.184	-33.000	-33.000	-33.000	-33.000	-33.000
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	256.769	-390.668	-3.211.004	-3.323.889	-4.603.923	-2.593.942	-583.947

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen

Sonstige ordentliche Erträge:

Konzessionsabgaben für Wasser, Fernwärme, Strom und Gas.

HSP-Maßnahme:

16_VB5.Energie Energiekosteneinsparung durch Vertragsumstellung

Transferaufwendungen:

Einplanung Zuschuss an die HVG beinhaltet:

1. Die Berücksichtigung der Enervieausschüttung an die HVG gem. des Wirtschaftsplans 2020/2021 Enervie
2. Die ÖPNV Ausweitung
3. Die Zuschusskürzung Ruhrtalbahn
4. Die Zuschusserhöhung Stadthalle

HSP-Maßnahmen:

11_FBOB.001 Optimierung der Beteiligungsstruktur
11_OBBC.005S Zuschussminim. Stadthalle, Alt-Maßnahme
12_FBOB.004 Optimierung bei den Freibädern, Schlechtwetterkonzept; Synergien HVG
14_FBOB.004 Erhöhung Ausschüttung HEB
15_FBOB.001 Zuschusskürzung agentur mark GmbH
16_FBOB.016 Zusätzliche Ausschüttung HEB aus Eigenkapital
18_01.001 Anpassung Zuschuss HVG

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft aufgrund Verschmelzung G.I.V. auf die HVG,
Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag Sparkassenausschüttung gem. § 11 Abs. 2 KomHVO (Finanzerträge).

HSP-Maßnahme:

11_OBBC.006S Sparkassenausschüttung

Finanzerträge:

Sparkassenausschüttung (siehe auch Sonstige ordentliche Aufwendungen).

HSP-Maßnahmen:

14_FBOB.008 Gewinnausschüttung WBH
11_OBBC.006S Sparkassenausschüttung
16_FBOB.017 Erhöhung Ausschüttung WBH

Produktergebnisse des Teilplans 5731 Wirtschaftliche Betätigungen

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.57.31.40	strategisches Beteiligungscontrolling	216.541	241.910	144.889	141.649	143.065	144.496	145.941
1.57.31.41	Abwicklung HVG-Konzern	15.585.962	19.812.439	18.002.553	17.892.981	16.611.506	16.620.031	16.628.556
1.57.31.42	Abwicklung Sparkasse	469	-5.049.992	-5.499.745	-5.499.752	-5.499.749	-3.499.747	-1.499.744
1.57.31.43	Abwicklung WBH	-3.263.046	-3.207.967	-3.798.979	-3.799.008	-3.798.998	-3.798.988	-3.798.977
1.57.31.44	Abwicklung sonstige Beteiligungen	-12.283.156	-12.187.059	-12.059.723	-12.059.759	-12.059.747	-12.059.735	-12.059.722
Summe		256.769	-390.668	-3.211.004	-3.323.889	-4.603.923	-2.593.942	-583.947

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.57 Wirtschaft und Tourismus
1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen


Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-39.151							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-13.032.110	-12.200.000	-12.061.000	-12.061.000		-12.061.000	-12.061.000	-12.061.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-3.264.920	-9.210.000	-10.718.239	-10.718.239		-10.718.239	-8.017.500	-5.607.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-16.336.181	-21.410.000	-22.779.239	-22.779.239		-22.779.239	-20.078.500	-17.668.500
10	- Personalauszahlungen	316.414	341.159	324.896	318.622		321.808	325.026	328.277
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	61.149							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen	15.382.285	19.800.400	18.033.000	17.923.500		16.642.000	16.650.500	16.659.000
15	- sonstige Auszahlungen	17.484	962.700	1.448.239	1.448.239		1.448.539	748.103	338.409
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.777.332	21.104.259	19.806.135	19.690.361		18.412.347	17.723.629	17.325.686
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-558.848	-305.741	-2.973.104	-3.088.878		-4.366.892	-2.354.871	-342.814

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		60.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen						450.000		
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)		60.000	60.000	60.000		510.000	60.000	60.000
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		60.000	60.000	60.000		510.000	60.000	60.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

VB 2/BC Uhlenbrock, Kai

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.31 Wirtschaftliche Betätigungen



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Investitionszuschüsse HVG										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen						450.000				450.000
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						450.000				450.000
= Summe						450.000				

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

5.000433 Investitionszuwendungen an Dritte

Mitteleinplanung in 2022 in Höhe von 450.000 €: Die Planung beinhaltet einen Investitionszuschuss an die HVG für einen Aussichtsturm im Rahmen der Standortentwicklung Familienbad Hengstey (Ratsbeschluss vom 23.05.2019, siehe Vorlage 0393-1/2019).

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen		60.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		60.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000

1.57.32

Märkte

753

Teilplanbeschreibung: 1.57.32

Durchführung der städtischen Wochenmärkte

Zielgruppe:

Marktbeschickerinnen und -beschicker, Marktbesucherinnen und -besucher

Auftragsgrundlage:

Gewerbeordnung

Bewirtschaftungsregelungen:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.32 Märkte

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-141	-142	-141	-142	-141	-142	-142
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.145	-50	-500	-500	-500	-500	-500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-179.703	-190.000	-151.000	-151.000	-151.000	-151.000	-151.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.332	-20.074	-17.074	-17.074	-17.074	-17.074	-17.074
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-9.613	-7.126	-3.829	-3.830	-3.829	-3.830	-3.830
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-201.934	-217.392	-172.544	-172.546	-172.544	-172.546	-172.546
11	- Personalaufwendungen	132.788	135.175	108.273	91.993	92.019	92.046	92.073
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>	94.122	97.034	93.661	76.628	76.654	76.681	76.708
13	<i>davon Personalarückstellungen</i>	38.665	38.140	14.612	15.365	15.365	15.365	15.365
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	111.043	135.000	117.500	117.500	117.500	117.500	117.500
16	- Bilanzielle Abschreibungen	1.394	1.209	1.208	1.209	2.145	3.084	3.083
17	- Transferaufwendungen							
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.179	30.250	8.450	8.450	8.450	8.450	8.450

Haushaltsplan 2020/2021

1.57 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.57.32 Märkte

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	246.404	301.634	235.431	219.152	220.114	221.080	221.106
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	44.470	84.242	62.887	46.606	47.570	48.534	48.560
21	+ Finanzerträge							
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen							
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)							
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	44.470	84.242	62.887	46.606	47.570	48.534	48.560
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	44.470	84.242	62.887	46.606	47.570	48.534	48.560
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-47.618	-52.070	-38.765	-34.704	-34.622	-34.743	-34.856
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	98.554	147.963	88.042	89.634	89.504	90.319	91.096
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	95.406	180.135	112.164	101.537	102.452	104.111	104.800

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Marktstandsgebühren.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen:

Erstattungen aus Stromrechnungen (korrespondiert mit Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwendungen für die Marktreinigung durch HEB sowie Energiekosten (Refinanzierung durch Kostenerstattungen).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Reparatur von Stromkästen, Toilettenmiete. Aufwand für Werbung entfällt.

Produktergebnisse des Teilplans 5732 Märkte

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.57.32.40	BgA Märkte	95.406	180.135	112.164	101.537	102.452	104.111	104.800
Summe		95.406	180.135	112.164	101.537	102.452	104.111	104.800

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.32 Märkte

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.280	-50	-500	-500		-500	-500	-500
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-178.877	-190.000	-151.000	-151.000		-151.000	-151.000	-151.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-11.849	-20.074	-17.074	-17.074		-17.074	-17.074	-17.074
7	+ Sonstige Einzahlungen	-36.557	-625	-465	-465		-465	-465	-465
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-228.563	-210.749	-169.039	-169.039		-169.039	-169.039	-169.039
10	- Personalauszahlungen	94.122	97.034	93.661	76.628		76.654	76.681	76.708
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	49.369	135.000	117.500	117.500		117.500	117.500	117.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	11.655	30.250	8.450	8.450		8.450	8.450	8.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	155.146	262.284	219.611	202.578		202.604	202.631	202.658
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-73.417	51.535	50.572	33.539		33.565	33.592	33.619

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.32 Märkte

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		7.500	7.500	7.500		7.500	7.500	7.500
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)		7.500	7.500	7.500		7.500	7.500	7.500
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		7.500	7.500	7.500		7.500	7.500	7.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 32 Lichtenberg, Thomas

1.57 Wirtschaft und Tourismus

1.57.32 Märkte



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen		7.500	7.500	7.500		7.500	7.500	7.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		7.500	7.500	7.500		7.500	7.500	7.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800283 Einrichtungsgegenstände Märkte, IPM

Für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Neuanschaffung von Stromkästen auf den Märkten ist für die Jahre 2020 bis 2024 jeweils ein Ansatz in Höhe von 7.500 € eingeplant.

1.61	Allgemeine Finanzwirtschaft		761
	1.61.10	Allgemeine Finanzwirtschaft	767
	1.61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	783

Haushaltsplan 2020/2021

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-274.815.590	-260.617.392	-267.880.778	-271.822.528	-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-187.791.435	-186.447.972	-177.250.479	-182.554.695	-188.943.444	-196.689.347	-204.752.831
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.434.206	-1.920.369	-4.109.984	-2.625.322	-2.625.841	-2.612.633	-2.612.444
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-464.041.232	-448.985.733	-449.241.241	-457.002.545	-466.898.432	-479.449.314	-490.617.915
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen	727.344						
17	- Transferaufwendungen	75.121.388	73.054.145	67.602.213	68.819.642	69.926.805	71.126.110	72.216.132
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.839.816	3.095.089	2.314.232	2.314.232	2.314.232	2.314.232	2.314.232

Haushaltsplan 2020/2021

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	79.688.548	76.149.234	69.916.445	71.133.874	72.241.037	73.440.342	74.530.364
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-384.352.684	-372.836.499	-379.324.796	-385.868.671	-394.657.395	-406.008.972	-416.087.551
21	+ Finanzerträge	-275.243		-10.300	-9.300	-8.300	-7.200	-6.100
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.122.595	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	19.847.352	23.500.000	17.119.700	15.930.700	15.201.700	14.893.800	16.294.400
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-364.505.332	-349.336.499	-362.205.096	-369.937.971	-379.455.695	-391.115.172	-399.793.151
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	-364.505.332	-349.336.499	-362.205.096	-369.937.971	-379.455.695	-391.115.172	-399.793.151
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			138.562	138.330	139.609	141.002	142.339
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	-364.505.332	-349.336.499	-362.066.534	-369.799.641	-379.316.086	-390.974.170	-399.650.812

Haushaltsplan 2020/2021

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-270.078.086	-260.617.392	-266.306.778	-271.822.528		-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-187.791.435	-186.447.972	-177.250.479	-182.554.695		-188.943.444	-196.689.347	-204.752.831
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-900.960	-1.420.000	-1.920.000	-1.420.000		-1.420.000	-1.420.000	-1.420.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-284.933		-10.300	-9.300		-8.300	-7.200	-6.100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-459.055.413	-448.485.364	-445.487.557	-455.806.523		-465.700.891	-478.263.881	-489.431.571
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	20.489.089	23.500.000	17.130.000	15.940.000		15.210.000	14.901.000	16.300.500
14	- Transferauszahlungen	72.682.277	73.054.145	67.602.213	68.819.642		69.926.805	71.126.110	72.216.132
15	- sonstige Auszahlungen	769.722	1.480.140	400.000	400.000		400.000	400.000	400.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	93.941.087	98.034.285	85.132.213	85.159.642		85.536.805	86.427.110	88.916.632
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-365.114.326	-350.451.079	-360.355.344	-370.646.881		-380.164.086	-391.836.771	-400.514.939

Haushaltsplan 2020/2021

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

VB 2 Chr. Gerbersmann

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-19.561.789	-21.488.070	-29.919.165	-20.094.765		-18.204.765	-18.204.765	-18.204.765
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-86.208	-61.900	-61.900	-361.900		-661.900	-661.900	-661.900
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-19.647.997	-21.549.970	-29.981.065	-20.456.665		-18.866.665	-18.866.665	-18.866.665
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen			10.000.000	10.000.000				
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)			10.000.000	10.000.000				
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-19.647.997	-21.549.970	-19.981.065	-10.456.665		-18.866.665	-18.866.665	-18.866.665

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

767

Teilplanbeschreibung: 1.61.10

- Vereinnahmung der Gemeinschaftssteuern (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und Kompensationsleistungszahlungen zum Familienleistungsausgleich)
- Vereinnahmung der Realsteuern (Grundsteuer A/B, Gewerbesteuer) und kommunalen Aufwandsteuern (Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Steuer auf sexuelle Vergnügungen und Wettbürosteuer)
- Vereinnahmung der allgemeinen Zuweisungen (Schlüssel- und Bedarfszuweisungen, Zuwendungen aus der Sportpauschale) und Auszahlung von Umlagen (Landschaftsverbandsumlage, Umlage an den Regionalverband Ruhr und Gewerbesteuerumlage)
- Zinsaufwand für Investitionskredite und der Kredite zur Liquiditätssicherung
- Finanzanlagen des Anlagevermögens
- Pauschalwertberichtigungen

Zielgruppe:

- Bürgerinnen und Bürger
- Politik
- Verwaltung

Auftragsgrundlage:

- Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), Stärkungspaktgesetz
- Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG), Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW (ELAG)
- Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze
- Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG)
- Runderlass des Innenministeriums vom 16.12.2014 (Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden)

Bewirtschaftungsregelungen:

Mehrerträge bei der Gewerbesteuer dürfen gem. § 8 Bst. d) der Haushaltssatzung zur Deckung von Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage und dem Fonds Dt. Einheit verwendet werden

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-274.815.590	-260.617.392	-267.880.778	-271.822.528	-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-187.791.435	-186.447.972	-177.250.479	-182.554.695	-188.943.444	-196.689.347	-204.752.831
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen							
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.434.206	-1.920.369	-4.109.984	-2.625.322	-2.625.841	-2.612.633	-2.612.444
8	+ Aktivierte Eigenleistungen							
9	+/- Bestandsveränderungen							
10	= Ordentliche Erträge	-464.041.232	-448.985.733	-449.241.241	-457.002.545	-466.898.432	-479.449.314	-490.617.915
11	- Personalaufwendungen							
12	<i>davon Personalaufwand Aktive</i>							
13	<i>davon Personalmrückstellungen</i>							
14	- Versorgungsaufwendungen							
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen							
16	- Bilanzielle Abschreibungen	727.344						
17	- Transferaufwendungen	75.121.388	73.054.145	67.602.213	68.819.642	69.926.805	71.126.110	72.216.132
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.839.816	3.095.089	2.314.232	2.314.232	2.314.232	2.314.232	2.314.232

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft



Teilergebnisplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
19	= Ordentliche Aufwendungen	79.688.548	76.149.234	69.916.445	71.133.874	72.241.037	73.440.342	74.530.364
20	= Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 19)	-384.352.684	-372.836.499	-379.324.796	-385.868.671	-394.657.395	-406.008.972	-416.087.551
21	+ Finanzerträge	-275.243		-10.300	-9.300	-8.300	-7.200	-6.100
22	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.122.595	23.500.000	17.130.000	15.940.000	15.210.000	14.901.000	16.300.500
23	= Finanzergebnis (= Zeilen 21 u. 22)	19.847.352	23.500.000	17.119.700	15.930.700	15.201.700	14.893.800	16.294.400
24	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 20 und 23)	-364.505.332	-349.336.499	-362.205.096	-369.937.971	-379.455.695	-391.115.172	-399.793.151
25	+ Außerordentliche Erträge							
26	- Außerordentliche Aufwendungen							
27	= Außerordentliches Ergebnis (= Zeilen 25 und 26)							
28	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 24 und 27)	-364.505.332	-349.336.499	-362.205.096	-369.937.971	-379.455.695	-391.115.172	-399.793.151
29	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen							
30	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen			138.562	138.330	139.609	141.002	142.339
31	= Ergebnis (Zeilen 28, 29 und 30)	-364.505.332	-349.336.499	-362.066.534	-369.799.641	-379.316.086	-390.974.170	-399.650.812

Steuern und ähnliche Abgaben:

Relevante Erträge:

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Grundsteuer B	-48.624.837,48	-48.380.000,00	-48.800.000,00	-48.800.000,00	-48.946.400,00	-49.093.239,00	-49.240.519,00
Gewerbesteuer	-111.309.448,89	-95.000.000,00	-100.000.000,00	-100.000.000,00	-98.000.000,00	-97.000.000,00	-94.000.000,00
Gemeindeanteil Einkommensteuer	-78.373.825,80	-82.177.904,00	-84.217.158,00	-87.417.410,00	-92.137.950,00	-97.113.339,00	-102.357.523,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	-19.243.119,04	-19.083.715,00	-19.329.515,00	-19.754.765,00	-20.169.615,00	-20.593.177,00	-21.025.633,00
Vergnügungssteuer	-5.443.718,54	-4.900.000,00	-5.400.000,00	-5.400.000,00	-5.400.000,00	-5.400.000,00	-5.400.000,00
Familienleistungsausgleich	-7.421.845,10	-7.677.273,00	-7.876.105,00	-8.192.353,00	-8.417.182,00	-8.689.579,00	-8.970.965,00

Weitere Erträge ergeben sich aus der Hunde- und der Wettbürosteuer, der Grundsteuer A sowie der Steuer auf sexuelle Vergnügungen.

Die für die Verteilung der Gemeindeanteile an der Einkommen-, der Umsatzsteuer und der Kompensation Familienleistungsausgleich geltenden Schlüsselzahlen wurden für die Jahre 2018 bis 2020 ermittelt und per Rechtsverordnungen festgesetzt. Diese liegen der Planung zugrunde. Für die Jahre 2021 bis 2023 sind die Schlüsselzahlen neu zu ermitteln. Die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer und die Kompensationsleistungen zum Familienleistungsausgleich basieren auf der Arbeitskreisrechnung zum GFG 2020 vom 29.07.2019 sowie den Orientierungsdaten des Landes vom 02.08.2019.

HSP-Maßnahmen:

- 11_20.012 Teilnahme an Betriebsprüfungen des Finanzamtes
- 11_20.014 Anhebung der Hundesteuer
- 12_20.002 Vergnügungssteuer - Besteuerung für Wettbüros
- 12_20.005 Vergnügungssteuer - Einführung einer Steuer für sexuelle Dienste
- 12_20.006 Anhebung der Grundsteuer A und B
- 12_20.009 Erhöhung der Gewerbesteuer um je 10 Punkte in drei Stufen ab 2013
- 12_20.010 Erhöhung Vergnügungssteuer in zwei Schritten
- 14_20.001 Hundebestandsaufnahme

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:

Die Ansätze beinhalten die Schlüsselzuweisungen (in 2020 169,8 Mio. €, in 2021 181,5 Mio. €) und die ab 2019 neu im Rahmen des GFG eingeführte Aufwands- und Unterhaltungspauschale (ca. 1 Mio. €) aufgrund der Arbeitskreisrechnung zum GFG 2020 vom 29.07.2019 sowie den Orientierungsdaten des Landes vom 02.08.2019. Außerdem sind die in 2020 letztmalig auszahlenden Stärkungspaktmittel (6,5 Mio. €) enthalten.

HSP-Maßnahme:

- 15_SZS.004 Refinanzierung Mietkosten für Sportstätten aus der Sportpauschale

Sonstige ordentliche Erträge:

Hier sind Säumniszuschläge, Nebenforderungen, Gewerbesteuer-Nachzahlungszinsen und Erträge aus Pauschalwertberichtigungen von Forderungen enthalten. Außerdem in 2020 die Inanspruchnahme der Rückstellung für die LWL-Umlage (985 TSD €), die nach der neuen Regelung der KomHVO aufgrund der ungewöhnlich hohen Steuererträge in 2018/2019 gebildet wurde.

Bilanzielle Abschreibungen:

Zum Ergebnis 2018: Abschreibungen auf Forderungen (werden zentral für die Gesamtverwaltung im Teilplan 1120 geplant)

Transferaufwendungen:

Gewerbesteuerumlage (35 Vervielfältigerpunkte, die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit entfällt ab 2020), LWL- und RVR-Umlagen, basierend auf der Umlagegrundlage der Arbeitskreisrechnung zum GFG 2020 und der Hebesätze 15,3% (LWL) und 0,6717% (RVR).

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Aufwand aus Pauschalwertberichtigungen von Forderungen und Gewerbesteuer-Erstattungszinsen

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen:

Zinsen für Investitions- (2020: 2,6 Mio. €, 2021: 2,3 Mio. €) und Liquiditätskredite (2020: 14,5 Mio. €, 2021: 13,6 Mio. €) sowie Kreditbeschaffungskosten

HSP-Maßnahme:

14_20.002 Aktives Schuldenmanagement

Produktergebnisse des Teilplans 6110 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1.61.10.40	Gemeindesteuern	-151.274.079	-139.075.423	-151.113.291	-150.613.585	-148.893.372	-148.106.179	-145.454.088
1.61.10.41	Finanzausgleich, Umlagen, Stärkungspakt	-235.824.535	-235.955.796	-228.782.295	-235.825.666	-246.332.805	-258.483.391	-271.212.912
1.61.10.42	Zinsen Investitionskredite	2.779.563	3.387.600	2.607.164	2.297.722	2.188.203	1.893.511	1.794.300
1.61.10.43	Zinsen Liquiditätskredite	17.061.827	20.100.000	14.500.000	13.620.000	13.000.000	13.000.000	14.500.000
1.61.10.44	Pauschalwertberichtigung	2.751.892	2.207.120	721.888	721.888	721.888	721.888	721.888
Summe		-364.505.332	-349.336.499	-362.066.534	-369.799.641	-379.316.086	-390.974.170	-399.650.812

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Ausgeglichener Haushalt
Produkt	1.61.10.40 Gemeindesteuern
Produktbereich	61 Allgemeine Finanzwirtschaft
Teilplan	6110 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktverantwortlicher	Herr Meilwes
Fachbereich	20 Fachbereich Finanzen und Controlling
Ziel operativ	Es sollte möglichst ein hoher Anteil an Steuererträgen im Verhältnis zu den Gesamterträgen erzielt werden, um die kommunale finanzielle Unabhängigkeit sicherstellen zu können.

Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Anteil Steuern* (o. Ausgleichsleistungen) v. ordentlichen Erträgen	%	Steuererträge/ Ordentliche Erträge	33,46%	36,02%	36,56%	35,09%	35,50%	36,00%

*Steuerarten: Grundsteuer A+B, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil USt, Gemeindeanteil Est, Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Steuer auf sex. Vergnügungen, Wettbürosteuer

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft



Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Steuererträge	€		224.575.303	257.207.350	265.235.546	251.740.119	260.004.673	263.630.175
Ordentliche Erträge gesamtstädtisch	€		671.130.975	714.157.946	725.466.148	717.394.057	732.346.783	732.397.698
Gewerbsteueraufkommen	€		-85.610.051	110.898.133	111.309.449	-95.000.000	100.000.000	100.000.000
Grundsteuer A	€		-98.863	-97.041	-97.563	-98.500	-98.000	-98.000
Grundsteuer B	€		-48.443.555	-48.495.240	-48.800.547	-48.580.000	-49.000.000	-49.000.000
Gemeindeanteil Einkommenssteuer	€		-70.627.383	-74.709.210	-78.373.826	-82.177.904	-84.217.158	-87.417.410
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	€		-12.775.314	-15.907.510	-19.243.119	-19.083.715	-19.329.515	-19.754.765
Vergnügungssteueraufkommen	€		-5.139.920	-5.256.621	-5.443.719	-4.900.000	-5.400.000	-5.400.000
Hundesteuer	€		-1.747.485	-1.759.435	-1.749.170	-1.750.000	-1.750.000	-1.750.000
Steuer auf sexuelle Vergnügungen	€		-29.733	-23.760	-26.025	-20.000	-20.000	-20.000
Wettbürosteuer	€		-103.000	-60.400	-192.128	-130.000	-190.000	-190.000
Hebesatz Gewerbesteuer	Punkte		520	520	520	520	520	520
Hebesatz Grundsteuer B	Punkte		750	750	750	750	750	750

Ziele und Kennzahlen

Handlungsfeld	Ausgeglichener Haushalt							
Produkt	1.61.10.43 Zinsen Liquiditätskredite							
Produktbereich	61 Allgemeine Finanzwirtschaft							
Teilplan	6110 Allgemeine Finanzwirtschaft							
Produktverantwortlicher	Herr Neuhäuser							
Fachbereich	20 - Finanzen und Controlling							
Ziel operativ	Im Rahmen des Schuldenmanagements erfolgt die Aufnahme von Liquiditätskrediten unter Berücksichtigung von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Der geplante Zinsaufwand soll nicht überschritten werden.							
Kennzahlen:	Einheit	Berechnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zinsaufwandsquote	%	Zinsaufwendungen/ Gesamtaufwendungen	2,88%	2,45%	2,41%	2,77%	1,95%	1,83%
Zinsaufwendungen je Einwohner	€	Zinsaufwendungen/ Einwohner	103	90	89	103	74	70
Grundzahlen:	Einheit		Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Zinsaufwendungen Liquiditätskredite	€		20.014.634	17.647.261	17.321.907	20.100.000	14.500.000	13.620.000
Gesamtaufwand Stadt Hagen	€		694.854.326	721.664.095	717.600.785	725.828.201	744.739.968	744.897.223
Einwohnerzahl	Pers.		194.776	195.182	194.879	194.879	194.879	194.879

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-270.078.086	-260.617.392	-266.306.778	-271.822.528		-275.329.147	-280.147.334	-283.252.640
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-187.791.435	-186.447.972	-177.250.479	-182.554.695		-188.943.444	-196.689.347	-204.752.831
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-897.567	-1.420.000	-1.920.000	-1.420.000		-1.420.000	-1.420.000	-1.420.000
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-284.933		-10.300	-9.300		-8.300	-7.200	-6.100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-459.052.021	-448.485.364	-445.487.557	-455.806.523		-465.700.891	-478.263.881	-489.431.571
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	20.489.089	23.500.000	17.130.000	15.940.000		15.210.000	14.901.000	16.300.500
14	- Transferauszahlungen	72.682.277	73.054.145	67.602.213	68.819.642		69.926.805	71.126.110	72.216.132
15	- sonstige Auszahlungen	769.772	1.480.140	400.000	400.000		400.000	400.000	400.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	93.941.138	98.034.285	85.132.213	85.159.642		85.536.805	86.427.110	88.916.632
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-365.110.883	-350.451.079	-360.355.344	-370.646.881		-380.164.086	-391.836.771	-400.514.939

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-19.561.789	-21.488.070	-29.919.165	-20.094.765		-18.204.765	-18.204.765	-18.204.765
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen	-86.208	-61.900	-61.900	-361.900		-661.900	-661.900	-661.900
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)	-19.647.997	-21.549.970	-29.981.065	-20.456.665		-18.866.665	-18.866.665	-18.866.665
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen			10.000.000	10.000.000				
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)			10.000.000	10.000.000				
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-19.647.997	-21.549.970	-19.981.065	-10.456.665		-18.866.665	-18.866.665	-18.866.665

Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Hier sind auch die Einzahlungen aus den pauschalen Zuwendungen (Sportpauschale, Allgemeine Investitionspauschale, Bildungspauschale) enthalten. Die Verwendung der Sport- und Bildungspauschale erfolgt sowohl im investiven als auch im konsumtiven Haushalt.

Die Ansätze setzen sich folgendermaßen zusammen:

Finanzpositionen	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
Sportpauschale	565.745 €	565.745 €	565.745 €	565.745 €	565.745 €
Investitionspauschale	9.017.669 €	9.017.669 €	9.017.669 €	9.017.669 €	9.017.669 €
Bildungspauschale	8.621.351 €	8.621.351 €	8.621.351 €	8.621.351 €	8.621.351 €
Gesamt	18.204.765 €	18.204.765 €	18.204.765 €	18.204.765 €	18.204.765 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Allgemeine Investitionspauschale										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-8.781.709	-8.781.700	-9.017.669	-9.017.669		-9.017.669	-9.017.669	-9.017.669	-63.672.619	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-8.781.709	-8.781.700	-9.017.669	-9.017.669		-9.017.669	-9.017.669	-9.017.669	-63.672.619	
Schulpauschale										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-7.656.001	-7.757.800	-8.621.351	-8.621.351		-8.621.351	-8.621.351	-8.621.351	-60.298.007	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-7.656.001	-7.757.800	-8.621.351	-8.621.351		-8.621.351	-8.621.351	-8.621.351	-60.298.007	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Sportpauschale										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-591.866	-487.800	-565.745	-565.745		-565.745	-565.745	-565.745	6.510.139	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-591.866	-487.800	-565.745	-565.745		-565.745	-565.745	-565.745	6.510.139	
Kommunalinv.-Gesetz KIII/Einzahlungen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-2.532.213	-4.460.770	11.714.400	-1.890.000					8.337.689	18.841.398
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-2.532.213	-4.460.770	11.714.400	-1.890.000					8.337.689	18.841.398

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 20 Schmitz, Susanne

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.61.10 Allgemeine Finanzwirtschaft



=	Summe	19.561.789	21.488.070	29.919.165	20.094.765	18.204.765	18.204.765	18.204.765		
---	-------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	--	--

1.61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

783

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft
1.61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Teilfinanzplan		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	Steuern und ähnliche Abgaben								
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen								
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen								
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.392							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.392							
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen	-50							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-50							
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-3.443							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

1.61 Allgemeine Finanzwirtschaft
1.61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Teilfinanzplan			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
18	+	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen								
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen								
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen								
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten								
22	+	sonstige Investitionseinzahlungen								
23	=	Summe: (investive Einzahlungen)								
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden								
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	-	Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen								
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen								
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen								
30	=	Summe: (investive Auszahlungen)								
31	=	Saldo: der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)								

*Ausweisung von Zahlungen aus Vorjahren auf Teilplänen, die im Rahmen der Stammdatenrestrukturierung ab 01.01.2018 zusammengefasst wurden.

Haushalt 2020/2021 - Bezirksbezogene Haushaltspläne Inhaltsverzeichnis

Band IV

	Seite
Vorwort	2
Bezirksbezogene Haushaltsmittel gem. § 37 Abs. 3 GO NRW	3
Verwendung der Bildungspauschale	4
Maßnahmenpakete „Gute Schule 2020“	6
Verwendung der Sportpauschale	14
Verwendung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz	16
Investitionsmaßnahmen mit Zuständigkeit einer Bezirksvertretung mit gesamtstädtischen Belangen und mehreren Bezirksvertretungen	18
Investitionsmaßnahmen mit Zuständigkeit einer einzelnen Bezirksvertretung	65
a) Bezirksvertretung Mitte	66
b) Bezirksvertretung Nord	93
c) Bezirksvertretung Hohenlimburg	107
d) Bezirksvertretung Eilpe/Dahl	116
e) Bezirksvertretung Haspe	126
Zusammenstellung der bezirksbezogenen Ansätze für die Gebäudeunterhaltung	139
Gebührenbedarfsberechnung Marktstandsgebühren	150

Vorwort

Nach § 37 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO) sind den Bezirksvertretungen für die Haushaltsplanberatungen geeignete Übersichten zur Verfügung zu stellen, in denen die Haushaltspositionen, für die die Bezirksvertretungen gem. § 37 Abs. 1 GO entscheidungsbefugt sind und die sich gem. § 37 Abs. 4 Satz 2 GO auf ihren Bezirk und ihre Aufgaben auswirken, nach Bezirken getrennt darzustellen sind.

In den nachfolgenden Aufstellungen werden diese Haushaltspositionen aufgeführt. Grundlage sind die in § 10 der Hauptsatzung festgelegten Zuständigkeitsbereiche. Hierbei wird unterschieden nach der Zuständigkeit einer einzelnen Bezirksvertretung oder der Zuständigkeit einer Bezirksvertretung mit gesamtstädtischen Belangen und mehreren Bezirksvertretungen.

Für den investiven Teil des Finanzplans wurde die Höhe der für die Bezirksvertretungen relevanten Einzahlungen und Auszahlungen für die Investitionsmaßnahmen aus dem SAP-System heraus erstellt und erläutert.

Die Verwendung der Bildungs- und Sportpauschale und der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz wird in der Anlage dargestellt.

Bezirksbezogene Haushaltsmittel

Bezirksver- tretung	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024
Mitte	55.855	89.151	89.151	89.151	89.151	89.151	89.151
Nord	49.784	70.591	70.591	70.591	70.591	70.591	70.591
Hohenlimburg	53.908	67.677	67.677	67.677	67.677	67.677	67.677
Eilpe-Dahl	54.092	63.230	63.230	63.230	63.230	63.230	63.230
Haspe	44.965	63.077	63.077	63.077	63.077	63.077	63.077
Summe:	258.604	353.726	353.726	353.726	353.726	353.726	353.726

Erläuterung:

Das Ergebnis 2018 wird exklusive investiver Zuschüsse dargestellt.

Ansätze gem. § 37 Abs. 3 GO NRW.

Verwendung der Bildungspauschale

Stand: 02.08.2019		2020	2021	2022	2023	2024
Einzahlung Schul- und Bildungspauschale		8.621.351	8.621.351	8.621.351	8.621.351	8.621.351
Verwendung						
Gebäude	Maßnahme					
investive Bewirtschaftung						
Kita Jungfernbruch	Neubau	1.860.000				
Kita Markanaplatz	Neubau	300.000	1.560.000			
Kita Franzstraße	An- und Umbau	10.000	730.000			
verschiedene Kitas	Neu- und Umbaumaßnahmen (Investive Kleinmaßnahmen)	350.000	550.000			
verschiedene Kitas	Ausstattungsmaßnahmen	520.000	350.000	250.000	250.000	250.000
Gesamtschule Eilpe	Anpassungsmaßnahmen	319.000				
GS Meinolf	Umbaumaßnahmen	100.000				
Gymnasium Hohenlimburg	3 NW-Räume	100.000	100.000			
Sekundarschule Altenhagen	Maßnahmen Talentschule	100.000	50.000			
versch. Schulen	Ausstattung Schulen	692.000	692.000	692.000	692.000	692.000
versch. Schulen	Nutzerspezifische Maßnahmen	373.000	243.000	223.000	223.000	223.000
verschiedene Berufskollegs	Ausstattungskonzept	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000
versch. Schulen	Bildungsnetzwerk	388.000	233.000	310.500	310.500	310.500
versch. Schulen	SchildZentral	175.000				
versch. Schulen	WLAN an Hagener Schulen	257.000	65.000	65.000	65.000	65.000
versch. Schulen	Hardware Arbeitsplatzausstattung Schulen, IPM	177.100	177.100	177.100	177.100	177.100
versch. Schulen	Hardware Arbeitsplatzausstattung Schulen, GVG	265.700	265.700	265.700	265.700	265.700
Summe investive Bewirtschaftung		6.151.800	5.180.800	2.148.300	2.148.300	2.148.300
Summe Schul- und Bildungspauschale		2.469.551	3.440.551	6.473.051	6.473.051	6.473.051
Vorauss. Bestand Verbindlichkeiten 31.12.2019		11.830.792				
Übertragene Mittel aus Vorjahren			8.490.899	6.936.826	8.584.344	10.190.543
Summe		14.300.343	11.931.450	13.409.877	15.057.395	16.663.594
konsumtive Bewirtschaftung						
versch. Schulgebäude	Refinanzierung Bauunterhaltung	4.021.917	4.091.047	4.131.956	4.173.275	4.215.006
Förderschule für Erziehungshilfe - Wilhelm Busch	Mietkosten Obernehmer	353.577	353.577	353.577	353.577	353.577
versch. Schulgebäude	Nutzerspezifische Maßnahmen	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000
versch. Schulgebäude	Einzelmaßnahmen > 20.000 €	75.000				
versch. Schulgebäude	Eigenanteil Maßnahmen KInvG 2. Abschnitt	1.018.950	210.000			
Summe konsumtive Bewirtschaftung		5.809.444	4.994.624	4.825.533	4.866.852	4.908.583
Ergebnis Bildungspauschale		8.490.899	6.936.826	8.584.344	10.190.543	11.755.011

Maßnahmenpakete für „Gute Schule 2020“

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
1	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Del	Delsterner Str. 59	Anstrich im Treppenhaus und Lehrerzimmer	Fertig	Kon.	5.553,02	5.553,02			
4	GS	Berchum / Garenfeld Turnhalle	A.d.Blumenkampe 3	Sanitärsanierung		Kon.	0,00	0,00		0,00	Verlagerung Ins KlnvFG 2tes Kap.
5	GS	Heideschule Hohenlimburg	Heideschulweg 12	Außentreppeanierung		kon.	50.000,00	0,00	50.000,00		Neue Kostenschätzung
6	GS	Heideschule Turnhalle	Heideschulweg 12	Wandsanierung		kon.	6.000,00	0,00	6.000,00		
7	GS	Heideschule Turnhalle	Heideschulweg 12	Sanierung Duschräume		kon.	0,00	0,00		0,00	Verlagerung Ins KlnvFG 2tes Kap.
8	GS	Karl-Ernst-Osthaus Filialklassen	Berchumer Str. 63	Durchbruch zwischen 2 OGS-Räume	Fertig	kon.	4.969,10	4.969,10			
10	GS	Wesselbach	Neuer Schloßweg 15	Verlegung Sprechanlage wg. Sekretariat neu	Fertig	kon.	1.150,39	1.150,39			
13	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Schaffung OGS-Raum Zwischengeschoss		Inv.	0,00	0,00			keine Umsetzung, lt. Fr. Sieg ist 2. baul. Rettungsweg nicht möglich
14	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Dachsanieung		Kon.	26.000,00	0,00	26.000,00		Erst nach Fassade in 2019
15	GS	Ernst	K.E. Osthausstr. 62	EDV-Anbindung zwischen beiden Gebäuden	Fertig	Kon.	7.823,82	7.823,82			
16	GS	Erwin-Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Sanierung Sitzelemente Schulhof	Fertig	Kon.	6.684,27	6.794,78			
17	GS	Funckepark	Funckestr. 33	Grünes Klassenzimmer, Entsorgung alter Sitze	Fertig	Kon.	16.610,51	16.500,00			
18	GS	Funckepark	Funckestr. 33	Schaffung zus. Schulräume in Ex-HM-Whg.		Inv.	0,00	0,00			Wird nicht umgesetzt
19	GS	Goldberg	Schulstr. 9-11	EDV-Anbindungen		Inv.	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00	
20	GS	Janusz-Korczak	Grünstr. 4	Fußboden-Sanierung Klassenräume	Fertig	kon.	44.246,40	44.246,40			
23	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz OGS-Räume		Inv.	12.900,00	0,00	12.900,00		
24	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Erneuerung Fenster/Fassade		kon.	40.000,00	4.401,32	35.598,68		
25	GS	Meinolf/FÖS Erich-Kästner	Stadionstr. 22	Brandschutz Verwaltungsbereich	Fertig	kon.	8.124,73	8.124,73			
26	GS	Meinolf/FÖS Erich-Kästner	Stadionstr. 22	Einzäunung des Schulgeländes		Inv.	40.950,00	0,00	40.950,00		zzgl. 4.550 € WBH Kosten
27	GS	Freiherr-vom-Stein	Lindenstr. 16a	EDV-Anbindung zwischen beiden Gebäuden		Inv.	81.000,00	0,00	81.000,00		evtl. teurer
28	GS	Freiherr-vom-Stein	Lindenstr. 16a	Schließanlage mit Transponder		Kon.	6.000,00	0,00	6.000,00		
29	GS	Gebrüder-Grimm	Schillerstr. 23	Sanierung Toiletten		Kon.	150.000,00	8.364,86	141.635,14		Auftrag Fachplaner erteilt
30.0	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Ersatz - Pavillon (Planungskosten)		Inv.	100.000,00	44.173,58	55.826,42		
30.1	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Ersatz - Pavillon (Baukosten)		Inv.	1.900.000,00	31.200,65	901.799,35	0,00	
30.2	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Rückbau des abgängigen Pavillon	Fertig	Inv.	183.335,89	165.503,07	17.832,82		zu erwartende Kostenerhöhung
31	GS	Goethe	Kirchstr. 9	EDV Anbindungen	Fertig	kon.	17.174,49	15.000,00	2.174,49		Erhöhung des Leistungsumfangs
32	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Fußboden-Sanierung Klassenräume	Fertig	kon.	5.375,95	5.375,95			
33	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Umgestaltung Außengelände/Hangsicberung		Inv.	30.000,00	0,00	0,00	30.000,00	Neubau Pav.abwarten/für 2019
34	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Zaubau als Absicherung		Inv.	3.500,00	0,00	3.500,00		
35.0	GS	Helpe	Helper Str. 76	Ersatz - Pavillon (Planungskosten)	Fertig	Inv.	113.553,74	113.553,74	0,00		incl. WBH-Pers.Kosten 2.296,38 €
35.1	GS	Helpe	Helper Str. 76	Ersatz - Pavillon (Baukosten)		Inv.	1.586.446,26	0,00	800.000,00		Neue Gesamtkosten 1.680 TEUR / Vergabe Tiefbauarb. Läuft / zu erwartende Kostenerhöhung
35.2	GS	Helpe	Helper Str. 76	Rückbau des abgängigen Pavillon		Inv.	65.000,00	0,00		436.446,26	65.000,00
35.3	GS	Helpe	Helper Str. 76	Herrichtung des Außengeländes		Inv.	40.000,00	0,00		40.000,00	
35.4	GS	Helpe	Helper Str. 76	Kücheneinrichtung		Inv.	55.000,00	0,00	55.000,00		
36	GS	Helpe	Helper Str. 76	EDV Komplettnetzung		Inv.	98.000,00	0,00	98.000,00		demnächst Freigabeantrag stellen
37	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	EDV-Anbindungen	Fertig	Kon.	26.295,78	26.295,78			

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
38	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	Multifunktionsraum wg. Raumnot		Inv.	20.000,00	0,00		20.000,00	von 2018 nach 2020
39	GS	Vincke	Schwerter Str. 170	Sonnen- u. Blendschutzvorhänge		kon.	25.000,00	0,00	25.000,00		
40	GS	Vincke Turnhalle	Schwerter Str. 170	Fenster-/Dachsanierung		kon.	200.000,00	163.156,01	36.843,99		
42	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Fußboden-Sanierung		kon.	20.000,00	0,00	0,00	20.000,00	
43	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Schulhofsanierung (Asphalt)		kon.	0,00	0,00			Verlagerung ins KInvFG 2tes Kap.
44	HS	Geschwister-Scholl	Kapellenstr. 38	Fenstererneuerung einschl. Türen		kon.	155.000,00	16.264,12			Dringlich, vorziehen 2017
								79.113,92	59.621,96		
46	HS	Geschwister-Scholl	Kapellenstr. 38	Neue Läute/Lautsprecheranlage		Inv.	35.000,00	0,00	35.000,00		Sommerferien 2019
47	HS	Geschwister-Scholl	Kapellenstr. 38	Schließanlage mit Transponder		kon.	10.000,00	0,00	10.000,00		2 Angebote fehlen noch / kurzfristig nach Türeineinbau
49	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz		kon.	23.000,00	0,00	23.000,00		Angebotsbeziehung läuft
50	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Sanierung der Grundleitungen		kon.	33.000,00	5.652,50	27.347,50		Auftragserhöhung per 1.10.2018 erfolgt
51	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Erneuerung Lehrküche		Inv.	40.000,00	0,00	6.000,00	34.000,00	von 2018 nach 2020
52	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Konvektormat für Versorgungsküche	Fertig	Inv.	13.596,82	13.596,82			
53	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Sanierung Waschküche/ "Bügefirma"	Fertig	kon.	15.119,34	14.462,63	656,71		
54	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Hängeschaukelkonstruktion	Fertig	kon.	2.974,93	2.974,93			
55	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Ausstattung TIME-OUT Raum		Inv.	11.000,00	8.278,11	2.721,89		Auftragserhöhung um 9.500 €
56	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Ballanzierbalken (ursprüngl. Ballwandtrichter)		Inv.	600,00	0,00	600,00		Balanzierbalken
57	Fös	Wilhelm-Busch Hauptstandort (Sek I)	Obernahmer Str. 9-12	Herrichtung Schulhof		Inv.	0,00	0,00	0,00		Maßnahme entfällt lt. 48
59	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Brandschutz (Sozialraum)		Inv.	25.000,00	7.038,86	17.961,14		
60	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Sanierung Physikraum BEG09		kon.	32.000,00	19.391,30	12.608,70		Rückbau Physikraum
61	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Brandschutz (Umsetzung d. Konzeptes)		kon.	410.000,00	353.565,62	56.434,38		
62	RS	Hohenlimburg Turnhalle	Im Kley 32	Sanierung Duschräume		kon.	0,00	0,00	0,00	0,00	Verlagerung ins KInvFG 2tes Kap.
63	RS	Halden	Lütowstr. 115-117	EDV-Netzwerkerweiterung	Fertig	Kon.	5.986,50	5.986,50			
64	Gym.	Christian-Rohlfs	Ennepeufer 3	1x NW-Raum (Ausstattung)		Inv.	0,00	0,00			Nicht förderfähig
65	Gym.	Christian-Rohlfs	Ennepeufer 3	EDV-Anbindungen		kon.	100.000,00	1.725,50	98.274,50		
66	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Ersatz Teppichböden / neu Kautschuk	Fertig	kon.	149.558,67	149.558,67			
67	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Pavillon - Klimaanlage PC-Raum im OG	Fertig	Inv.	19.146,04	19.146,04			
68	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Schulhofsanierung (Pflaster)		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
69	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	1x NW-Raum (Sanierung)	Fertig	kon.	13.265,32	5.671,80	7.593,52		Umb. Möbel noch erforderlich
71	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Smartboards für 27 Unterrichtsräume		Inv.	110.000,00	0,00		110.000,00	
72	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Installation v. 16-20 Steckdosen f.alle Räume		kon.	50.000,00	0,00		50.000,00	
73	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Schaffung Klassenraum 2. OG, Lager DG		Inv.	20.000,00	0,00		20.000,00	
74	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Renovierungen WC Keller, Anstrich Flure		kon.	40.000,00	0,00		40.000,00	
77	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Neue Ausstattung		Inv.	100.000,00	0,00		100.000,00	
78	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Flachbildschirme für Stundenpläne etc.		Inv.	Lt. 48 nicht durchführen	0,00			
79	Gym.	Albrecht-Dürer Turnhalle	Heinitzstr. 73	Sanierung Boden, Aus-/Neubau		kon.	60.000,00	0,00		60.000,00	
80	Gym.	Rahel-Varnhagen-Kolleg	Schwelmstück 1	EDV Anbindungen (PC-Raum/Selbstlernzentrum)		Inv.	100.000,00	0,00		100.000,00	
81	Gym.	Ricarda-Huch	Voswinkelstr. 1	EDV-Anbindungen	Fertig	Kon.	35.296,13	35.296,13			
82	Gym.	Ricarda-Huch	Voswinkelstr. 1	Anstrich Treppenhaus		kon.	30.000,00	0,00		30.000,00	

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
83.0	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Abriss Pavillon "Krabbelkiste"		Inv.	162.000,00	6.514,69	155.485,31		
83.1	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Ersatzunterbringung / Container für Schulunterricht		Inv.	709.000,00	3.503,87	705.496,13		Grobschätzung
84.0	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Anbau (Planungskosten)		Inv.	100.000,00	69.568,60	30.431,40		ca. 1000 m²
84.1	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Anbau (Baukosten)		Inv.	3.150.000,00	0,00	500.000,00	2.650.000,00	ca. 1000 m² zu erwartende Kostenerhöhung
86	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Sanitärsanierung		kon.	630.000,00	293.618,20	336.381,80		zzgl 6 T-€ Mehrkosten für Kaltlufttrockner+ 45 Mehrkosten
88	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	1x NW-Raum (Grundausstattung)		Inv.	60.000,00	0,00	60.000,00		Konzept NRW Räume d. 48
89	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	2x NW-Räume (Ausstattungsergänzung)		Inv.	40.000,00	0,00	40.000,00		Konzept NRW Räume d. 48
90	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	2x NW-Räume, 2x VorbR. (Sanierung Install.)		kon.	40.000,00	0,00	40.000,00		Konzept NRW Räume d. 48
91	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Fenstersanierung (teilw. alte Alu-Fenster)		kon.		0,00			Verlagerung ins KlInvFG 2tes Kap.
92	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Sanierung Schulhof Sitzgruppen, Außensport		kon.	45.000,00	0,00		45.000,00	
94	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Sonnenschutz	Fertig	Inv.	10.502,56	10.502,56			
96	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Brandschutz		kon.	200.000,00	0,00	200.000,00		
97	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	15 interaktive Smartboards		Inv.	75.000,00	0,00	75.000,00		
98	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Schaffung von Sitzgelegenheit im Gebäude		Inv.	5.000,00	0,00		5.000,00	
99	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Schaffung von Sitzgelegenheit auf Schulhof		Inv.	9.000,00	0,00		9.000,00	
100	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Schallschutzschluckende Verkleidung		kon.	40.000,00	0,00	40.000,00		im Dachgeschoss
101	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Beseitigung bautechn. Provisorium im 2. OG		kon.	5.000,00	0,00	5.000,00		Trockenbau
102	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Lösung Konflikt BS-Amok 1.+2.OG		kon.	10.000,00	0,00	10.000,00		
103	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz Südseite		kon.	30.000,00	0,00	30.000,00		
104	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickerts	Eickertstr. 12	Schaffung 2. Technikhalle		Inv.	Lt. 48 nicht durchführen	0,00			wird nicht durchgeführt
105	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Erweiterung -Planungskosten		Inv.	240.000,00	49.776,92	190.223,08		Fristen! Aufteilung klären
105.1	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Erweiterung - Baukosten		Inv.	3.260.000,00	18.815,05	361.184,95	1.280.000,00	
									1.000.000,00		
									600.000,00		
109	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Bunker - Schaffung Schulraum		Inv.	55.000,00	1.071,00	0,00	53.929,00	Untersuchung erforderlich
110	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Sanierung NW-Räume		kon.	90.000,00	0,00	90.000,00		San. Mediensäulen (4 Stück)in 3 Räumen in Sommerferien 2019
111	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Dachsanierung		kon.	49.000,00	33.966,80	15.033,20		
112	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Sanierung WC-Anlagen 1. OG (Achsen 4-5)	Fertig	kon.	61.594,01	61.594,01			Achsen 4-5 und I - H
113	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	EDV-Anbindungen ans Bildungsnetzwerk	Fertig	kon.	24.091,61	24.091,61			
114	Ges.	Fritz-Steinhoff Sporthallen	Am Bügel 20	Fassaden- u. Dachrandsanierung		kon.	1.590.000,00	22.447,39	1.257.552,61		Erhöhung lt. Ausschreibung
								0,00	310.000,00		
115	Ges.	Fritz-Steinhoff Sportanlage	Am Bügel 20	Kunstrasen Sportplatz, Laufbahn		Inv.	130.000,00	117.747,14	12.252,86		130.000 Planungskosten
							1.340.000,00	734.337,88	605.662,12		
118	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Sanierung Schulhof		kon.	46.400,00	0,00	46.400,00		siehe Vorlage 0869/2017 zzgl. 8.600 € WBH-Leistungen
119	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Dachsanierung Trakt 4 + 5		kon.	0,00	0,00	0,00	0,00	Verlagerung Ins KlInvFG 2tes Kap.
120	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Sanierung Jungen WC		kon.	10.000,00	3.516,96	6.483,04		
121	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Schaffung zusätzl. Schulräume		Inv.	40.000,00	0,00	40.000,00		"alte HW-Wohnung"/ Baugehmigung erteilt
123	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Feuchtigkeitssanierung Räume EG		kon.	41.710,00	36.038,35	5.671,65		
124	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Internetanschlüsse alle Räume der Geb. A-D		Inv.	150.000,00	0,00	150.000,00		
125	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Breitbandanbindung an Glasfaserknotenpunkt		Inv.	50.000,00	0,00	50.000,00		

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
126	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	WLAN-Abdeckung alle Räume der Geb. A-D		Inv.	15.000,00	0,00	15.000,00		
127	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitale Fertigungstechniken in der Zahntechnik	Fertig	Inv.	122.052,63	0,00	122.052,63		
128	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Elektromobilität in der Fahrzeugtechnik		Inv.	35.000,00	0,00	35.000,00		
129	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitale Gestaltung im Medienbereich	Fertig	kon.	31.701,60	31.701,60			
130	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Einbindung 3D-Drucker in digitale Fertigung		Inv.	59.700,00	0,00	59.700,00		
131	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitalisierung CNC-Fertigungsmaschine		Inv.	23.700,00	0,00	23.700,00		
132	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Automatisierung im Rahmen von "Industrie 4.0"		Inv.	25.500,00	0,00	25.500,00		
133	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitaler Prüfstand für Elektromotoren		Inv.	20.000,00	0,00	20.000,00		
134	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Laboraausstattung f. IS-System-/Netzwerktechnik		Inv.	17.500,00	0,00	17.500,00		
135	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Digitale Werkstoffprüfmaschinen		Inv.	34.000,00	0,00	34.000,00		
136	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Mechatronische Steuerungssoftware		Inv.	48.000,00	0,00	48.000,00		
137	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Pneumatische u hydraulische Steuerungssysteme		Inv.	30.000,00	0,00	30.000,00		
138	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Sanierung Fußboden Raum A2 25, Schallschutz		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
139	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Schallschutzdecken Räume A2 03 und A2 09		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
140	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Sanierung alle Fenster Gebäude B		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
141	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Einbau Schiebetür zw. Räume C0 05 u C0 06		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
142	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Zusammenlegung der Räume C0 09 u C0 09a		kon.	0,00	0,00			bereits erledigt
143	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Anbau Fahrstuhl an Gebäude C		Inv.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
144	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Sanierung Fenster und Dach Gebäude C		kon.	0,00	0,00			Siehe KInvFG 2tes Kapitel
145	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Dämmung Fassade Gebäude C		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
146	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Austausch Bodenbeläge alle Räume Geb. C		kon.	5.700,00	0,00	5.700,00		
147	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Austausch Beleuchtung alle Räume Geb. C	Fertig	kon.	29.803,66	29.803,66			
148	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	EDV-Vernetzung - Interaktives, kooperatives Lernen in Geb. C		Inv.	130.000,00	0,00	130.000,00		
149	BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Modernisierung Laborräume Gebäude C		Inv.	28.600,00	0,00	28.600,00		
150/151	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Fenster- und Fassadensanierung	Fertig	Inv.	849.067,78	849.067,78			
152	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Erneuerung Heizungsanlage 1.+2. BA		Inv.	861.000,00	721.928,53	139.071,47		
152.1	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Erneuerung Heizungsanlage 3. BA		Inv.	755.000,00	0,00	755.000,00		Achtung Kostenerhöhung !
152.2	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Erneuerung Heizungsanlage 4. BA		Inv.	370.400,00	0,00	370.400,00		
153	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Sanierung Trinkwasser- u. Abwassersystem		Inv.	150.000,00	12.383,04	137.616,96		
154.1	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Inklusion (behindertengerechtes WC)		Inv.	33.500,00	0,00	33.500,00		
154.2	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Inklusion (Rampe zur Aula)		Inv.	20.000,00	0,00	20.000,00		
155	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Smartboards u. Beamer neu		Inv.	12.000,00	0,00	12.000,00		noch zu klären
156	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Errichtung Kraftraum		Inv.	Lt. 48 nicht durchführen	0,00		X	Wunsch Schule
157	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Elektro / Blitzschutz erneuen		Inv.	40.000,00	0,00	40.000,00		Elektro Gebäude Nr. 4/ Ostern 2019
158	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Austausch Öfen und Herde in Lehrküchen		Inv.	15.000,00	0,00	15.000,00		
159	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Einbruchschutz (Außenür + Alarmanlage)		Inv.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
160	BK	Käthe Kollwitz, Filiale	Eickertstr. 10	Schimmelsanierung (Außenwand Kunstraum)		kon.	20.000,00	0,00	20.000,00		
161	BK	Käthe Kollwitz, Filiale	Eickertstr. 10	Schaffung Lagerraum im DG		Inv.	50.000,00	0,00	50.000,00		Honoraangebot unzureichend
162	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz		Inv.	144.860,07	67.560,70	77.299,37		Elektro ca. 15 TUR fehlt noch !
163	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Sonnen-/Hitze-/Blendschutz	Fertig	kon.	25.028,50	25.028,50			
164	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Umbau WC in Büroraum		Inv.	36.000,00	797,05	35.202,95		Alternativvorschlag !
165	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Dachsanierung Bauteil 3	Fertig	kon.	190.110,20	182.381,63	7.728,57		Blitzschutz fehlt !
168	Div.	Diverse Schulen	N.N.	WC-Sanierungen		kon.	0,00	0,00		0,00	ausgeschöpft mit 168.3 und 168.4
168.1	Gym.	Albrecht-Dürer	Heinitzstr. 73	Sanierung Lehrer-Duschen	Fertig	kon.	6.527,90	6.527,90			
168.2	Ges.	Fritz-Steinhoff Sporthallen	Am Bügel 20	Sanierung Duschanlagen		kon.	33.500,00	0,00	33.500,00		
168.3	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Austausch Duscharmaturen		kon.	11.500,00	0,00	11.500,00		
168.4	GS	Boloh Turnhalle	Weizenkamp 3	Sanierung Duischräume		kon.	28.200,00	0,00	28.200,00		

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
169.0	Sek.	Liselotte-Funcke, Filiale Eickert	Eickertstr. 12	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	43.000,00	0,00	43.000,00		
169.1	BK	Käthe Kollwitz, Filiale	Eickertstr. 10	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	7.500,00	0,00	7.500,00		
169.2	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	23.850,00	11.647,07	12.202,93		
169.3	GS	Janusz-Korczak	Grünstr. 4	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen		kon.	9.000,00	0,00	9.000,00		
169.4	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Stützmauer, Treppenanlagen,Befestigungen			24.000,00	0,00		24.000,00	von 2018 nach 2020
170	Div.	Diverse Schulen	N.N.	AMOK-technische Ausstattung		Inv.	48.000,00	0,00		48.000,00	
170.1	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Schließanlage	Fertig	Inv.	75.006,53	70.449,19	4.557,34		im Zuge des Brandschutzes
170.2	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	AMOK-Alarmtonsignal		Inv.	9.000,00	0,00	9.000,00		
171	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Reparatur und Entsorgung von Brennöfen	Fertig	kon.	11.801,77	11.801,77			
172	Div.	Diverse Schulen	N.N.	WLAN - Installationen		Inv.	165.000,00	0,00		165.000,00	
172.1	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Strukturierte EDV-Verkabelung in 2 PC-Räumen		Inv.	13.500,00	0,00	13.500,00		
172.2	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Del	Delsterner Str. 59	EDV-Anbindung zwischen beiden Gebäuden		Inv.	27.000,00	0,00	27.000,00		
173	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Austausch Fallschutz Rutsche	Fertig	kon.	9.434,80	9.434,80			ohne WBH-Leistungen
174	Gym.	Christian-Rohlf	Ennepeufer 3	Stabilere Internetverbindung		Inv.	0,00	0,00			Siehe Nr. 65 / damit erledigt
177	GS	Helfe	Helfer Str. 76	Garderobenhaken	Fertig	Inv.	2.216,71	2.216,71			
178	GS	Meinolf/FÖS Erich-Kästner	Stadionstr. 22	Neubau - Schaffung neuer Räume		Inv.	0,00	0,00			ca. 150 m² = 400 TEUR
179	Div.	Diverse Schulen		Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	80.000,00	0,00	80.000,00		lt. Rücksprache Fr. Hristova nicht investiv
179.1	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren	Fertig	kon.	3.285,66	3.285,66			
179.2	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren	Fertig	kon.	3.490,26	3.490,26			
179.3	Gym.	Fichte	Goldbergstr. 20	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	9.500,00	0,00	9.500,00		
179.4	Gym.	Christian-Rohlf	Ennepeufer 3	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	9.000,00	0,00	9.000,00		
179.5	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Brandschutztechn. Ummantelung v. Monitoren		kon.	4.500,00	0,00	4.500,00		
180	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umnutzung Lehrerzimmer	Fertig	kon.	12.677,36	12.677,36			
181	RS	Heinrich-Heine	Kapellenstr. 38	Sanierung Teppichböden (2 Klassen+Musikraum)		kon.	24.000,00	0,00	24.000,00		nur 1 Raum möglich
182	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Einbau Fettabscheider	Fertig	Inv.	16.561,73	16.561,73			
183	GS	Volmetal	Ribbertstr. 60	Sanierung Hubboden Lehrschwimmbecken	Fertig	kon.	19.904,97	19.904,97			
184	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Garderobenhaken	Fertig	Inv.	1.420,15	1.420,15			
185	Gym.	Theodor-Heuss - Aula	Stadionstr. 21	Renovierung Beleuchtung Aula		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung erforderlich
187	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Anstricharbeiten/Fußbodensanierung		kon.	173.500,00	0,00		173.500,00	
188	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Oberbodensanierung Eingang Springmannstr.	Fertig	kon.	19.878,13	19.878,13			Umb. Aus Bauunterhaltung
189	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Oberbodensanierung Klassenräume		kon.	0,00	0,00			Verlagerung Ins KInvFG 2tes Kap.
190	Gym.	Rahel-Varnhagen-Kolleg	Schwelmstück 1	Sanierung Grundleitungen Toiletten		kon.	0,00	0,00			Maßnahme nicht notwendig
191	GS	Geweke Standort Spielbrink	Büddingstr. 49	OGS Küche und Mensa	Fertig	Inv.	41.395,40	41.395,40			
192	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Sanierung Trinkwasserinstallation		kon.	178.000,00	98.879,77	79.120,23		urspr. Bauunterhaltung
193	GS	Overberg	Overbergstr.37	Austausch defekter Heizungskessel	Fertig	kon.	14.910,95	14.910,95			
194	Fös	Gustav-Heinemann	Franzstr. 79	Netzwerkerweiterung		Inv.	13.000,00	0,00	13.000,00		
195	GS	Gebrüder-Grimm	Schillerstr. 23	Nutzung ehe. HM-Wohnung für Schule		kon.	KoSchä erforderl	0,00			Kostenschätzung dringend erforderlich /Siehe Mail Hr. Bock
196	GS	Halden - Turnhalle	Lütowstr. 119	Brennwertkessel	Fertig	kon.	16.842,21	16.842,21			
197	GS	Goethe	Kirchstr. 9	Umstellung auf Brennwert	Fertig	Kon.	29.188,12	29.188,12			Erhöhung wg. Kaminsanierung/ Ostern 2018
198	GS	Volmetal	Ribbertstr. 60	Austausch Brandmeldeanlage	Fertig	kon.	31.399,09	31.399,09			
199	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Installation v. Beamern in drei Räumen	Fertig	kon.	2.964,89	2.964,89			
200	GS	Erwin-Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Ersatz von defekten Wand-Langtafeln	Fertig	kon.	4.676,97	570,22	4.106,75		
204	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Installation von Notfalltelefonen	Fertig	kon.	5.009,06	5.009,06			

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
205	GS	Goldberg Teilstandort Franzstraße	Franzstr. 77	Umbaumaßnahme weiterer Klassenraum	Fertig	kon.	3.890,34	3.890,34			
206	GS	Vincke	Schwerter Str. 170	Strom und EDV-Anschlüsse für dig. Info	Fertig	kon.	1.409,36	1.409,36			
207	GS	Goldberg Teilstandort Franzstraße	Franzstr. 77	Besch. u. Anbr. schwerentfl. Vorhänge	Fertig	kon.	4.364,99	4.364,99			
208	GS	Astrid-Lindgren	Selbecker Str. 55	Einbau von Akten/Reinigungsmittel Br.schutzkon	Fertig	kon.	12.307,44	12.307,44			
209	GS	Boloh	Weizenkamp 3	Anbr. Licht- und Blendschutz Medienraum	Fertig	kon.	2.074,28	2.074,28			
210	GS	Im Kley	Kiebitzweg 6	Einbau T30-RS-Tür/Brandschutz	Fertig	kon.	3.317,72	3.317,72			
211	Gym.	Ricarda-Huch	Voswinkelstr. 1	Einb. Sprech- und Türöffn.anlage Sekret.	Fertig	kon.	6.362,85	6.362,85			
212	GS	Geweke Standort Spielbrink	Büddingstr. 49	Anschaff. Und Installation Waschm. U. Trockner	Fertig	inv.	5.737,21	5.737,21			
213	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Beschaffung u. Anschluß Herd für Mensa	Fertig	inv.	1.648,99	1.648,99			
214	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Regieraum brandschutztechn. Fensterlösung	Fertig	kon.	1.725,50	1.725,50			
215	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Ersatz defekter Schaukästen/Brandschutz	Fertig	kon.	2.099,16	2.099,16			
216	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Fluchtwächter für drei Eingangstüren	Fertig	kon.	1.699,62	1.699,62			
217	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Fachger. Abklemmen der Küchengeräte/Lehrk.	Fertig	kon.	278,86	278,86			nur Wasser
218	HS	Ernst-Eversbusch	Berliner Str. 109	digitale Schließ-Zylinder / Einbau + Transponder	Fertig	kon.	2.973,93	2.973,93			
219	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Verlegen von EDV/Stromnetz für Monitor	Fertig	kon.	1.416,25	1.416,25			
220	GS	Boloh	Weizenkamp 3	Anbringung von 12 Fernsehbildschirmen	Fertig	kon.	3.469,67	3.469,67			
221	Fös	Friedrich-von-Bodelschwingh	Eugen-Richter-Str. 77-79	Anbr. Von Schlössern an Gefrierschränke	Fertig	kon.	1.102,29	55,57	1.046,72		
222	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Demontage Kartenhängesystem u. Streichen		kon.	0,00	0,00			über Bauhof GWH erledigt
223	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Befestigung einer Leinwand an der Decke	Fertig	kon.	746,31	746,31			
224	GS	Astrid-Lindgren	Selbecker Str. 55	Installation vorhandener Türklingel im HM-Büro	Fertig	kon.	535,26	535,26			
225	RS	Halden	Lütowstr. 115-117	Vernetzung der Schule	Fertig	kon.	1.912,29	1.912,29			in ehem. Fös W. Busch
226	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Delstern	Delsterner Str. 59	Wand- und Deckenanstrich	Fertig	kon.	13.868,93	13.868,93			
227	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Reinigungsmaschine	Fertig	inv.	4.601,83	4.601,83			
228	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Einb. Sprech- und Türöffn.anlage Sekret.	Fertig	kon.	2.563,34	2.563,34			
229	GS	Ernst	Karl-Ernt-Osthaus-Str. 62	Schließanlage		kon.	20.000,00	0,00	20.000,00		
230	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Bodenbelagserneuerung Verwaltung		kon.	8.000,00	0,00	8.000,00		
231	GS	Heideschule Turnhalle	Heideschulweg 12	Heizungsumstellung Gssbrennwerttechnik	Fertig	kon.	41.883,22	40.646,40	1.236,82		zzgl. Isolierarbeiten
232	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umsetzung Medienkonzept	Fertig	kon.	32.813,92	0,00	32.813,92		
233	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Strukturierte EDV-Verkabelung Verwaltung	Fertig	kon.	7.712,05	7.712,05			
234	GS	Goldberg Teilstandort Franzstraße	Franzstr. 77	Umbaumaßnahme weiterer Klassenraum		kon.	6.000,00	3.878,04	2.121,96		
235	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Umbaumaßnahme weiterer Klassenraum		inv.	22.000,00	0,00	22.000,00		
236	GS	Boloh	Weizenkamp 3	Austausch Heizkessel	Fertig	kon.	16.660,11	16.660,11			
237	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Herrichtung Oberstufenräume	Fertig	kon.	12.585,96	12.585,96	0,00		Herbstferien 2018
237.1	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Herrichtung Oberstufenräume Räume 101-105			13.000,00		13.000,00		
238	RS	Haspe	Kurze Str. 3	Sanierung ehem. Lehrküche	Fertig	inv.	18.442,60	16.852,99	1.589,61		
239	GS	Astrid-Lindgren	Selbecker Str. 55	Außenliegender Sonnenschutz	Fertig	inv.	8.623,26	0,00	8.623,26		
240	Fös	Fritz-Reuter	Kapellenstr. 75	Deckenhalterung Beamer	Fertig	kon.	4.691,37	4.691,37			Neu 4 Statt 3 Anschlüsse
241	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Vorberitung Mensaterminals	Entfällt	kon.	0,00	0,00	0,00		Entfällt, da keine neuen elektr. Anschlüsse notwendig
242	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Terminals	Fertig	kon.	982,98	982,98			
243	GS	Erwin-Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Erneuerung Beleuchtung im Treppenhaus	Fertig	kon.	4.737,65	0,00	4.737,65		Maler fehlt noch
244	GS	Kuhlerkamp Turnhalle	Heinrichstr. 31	Austausch Heizungskessel	Fertig	kon.	24.424,52	21.358,70	3.065,82		
245	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Defibrillatoren		inv.	302.000,00	0,00		302.000,00	gem. HFA-Beschluss 21.06.2018
246	Gym.	Hohenlimburg	Wiesenstr. 27	Sanierung Trinkwasserinstallation		kon.	47.000,00	0,00	0,00	47.000,00	
247	BK	Käthe-Kollwitz	Liebigstr. 20-22	Sanierung Rettungsweg zum Gebäudeteil 4		kon.	10.000,00	0,00	10.000,00		über 60 H. Rosen durch WBH / Achtung WBH-Kosten
248	Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Scheuersaugmaschine		Inv.	4.260,00	0,00	4.260,00		

Gute Schule 2020 Maßnahmenliste

Stand: 07.08.2019

lfd.-Nr.	O-ART	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Stand	Inv./Kons.	Hochrechnung / IST in €	abgerechnet bis 31.12.2018	Plan 2019 in €	Plan 2020 in €	Bemerkungen
249	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Mop-Waschmaschine		Inv.	8.920,00	0,00	8.920,00		
250	HS	Hohenlimburg	Wachtelweg 19-21	Scheuersaugmaschine	Fertig	Inv.	4.260,13	0,00	4.260,13		
251	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Scheuersaugmaschine	Fertig	Inv.	3.070,60	0,00	3.070,60		
252	HS	Altenhagen (Gebäude Vorhalle)	Voßacker 23	Scheuersaugmaschine		Inv.	4.260,00	0,00	4.260,00		
253	RS	Halden	Lützwowstr. 115-117	Installation von 10 Videobeamern		Inv.	12.000,00	0,00	12.000,00		
254	Sek.	Liselotte-Funcke	Elbersstiege 10	Einbau Klimagerät im Serverraum		Inv.	4.800,00	0,00	4.800,00		
255	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umbaumaßnahme im Bestand		kon.	319.000,00	0,00	43.000,00	276.000,00	nach Neubau
256	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Installation Steckdosenwürfel		kon.	18.000,00	0,00	18.000,00		
257	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Whiteboardtafeln und Beamer		Inv.	KoSchä erforderlich	0,00			
258	GS	Astrid-Lindgren Teilstandort Delstern	Delsterner Str. 59	Fassadensanierung		kon.	48.000,00	0,00	48.000,00		
259	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Eigenanteil 10 %		kon.	1.110.380,00	0,00	0,00	1.110.380,00	
260	Fös	Wilhelm-Busch Filiale	Oeger Str. 64	Erneuerung Heizungskessel		kon.	25.000,00	0,00	25.000,00		
261	BK	Cuno I + II	Viktoriastr. 2	Brandschutzmaßnahmen		kon.	150.000,00	0,00	150.000,00		
262	GS	K.E. Osthaus Filiale Halden	Berchumer Str. 63	Erneuerung Heizungskessel/Wärmeverteilung		kon.	32.000,00	0,00	32.000,00		
263	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Schließanlage		Inv.	118.000,00	0,00		118.000,00	
264	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Spielgeräte		Inv.	35.000,00	0,00	35.000,00		
265	Div.	RS Halden, Gym. Fichte	N.N.	Fahrradständer		Inv.	10.000,00	0,00	10.000,00		
266	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	Erneuerung Bodenbeläge (Aula u. Lehrerz.)		kon.	50.000,00	0,00	50.000,00		
267	GS	Hermann Löns	Overbergstr.39	Teeküche		kon.	KoSchä erforderlich	0,00			
268	GS	Boloh	Weizenkamp 3	EDV-Vernetzung		Inv.	26.000,00	0,00	26.000,00		
269	Ges.	Eilpe	Wörthstr. 30	Umst. Müllentsorgung auf Unterflursystem		Inv.	15.000,00	0,00	15.000,00		
270	GS	Janusz-Korczak	Grünstr. 4	Beamerinstallation		Inv.	10.500,00	0,00	10.500,00		
271	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Errichtung einer schalldichten Falte		kon.	22.000,00	0,00	22.000,00		incl. BS-Konzept
272	GS	Helfe	Heifer Str. 76	Rampe für Rollstuhlfahrer		Inv.	9.500,00	0,00	9.500,00		
273	Div.	Diverse Schulen	N.N.	Reinigungsmaschinen		Inv.	91.500,00	0,00	91.500,00		
274	GS	Kipper	Gabelsberger Str. 50	Schulhofgestaltung mit Spielgeräten		Inv.	25.000,00	0,00	25.000,00		
275	GS	Emst	Karl-Ernt-Osthaus-Str. 62	Tischtennisplatte		Inv.	3.000,00	0,00	3.000,00		
276	GS	Freiherr-vom-Stein	Lindenstr. 16a	Wippe		Inv.	2.000,00	0,00	2.000,00		
277	GS	Hestert	Schlesierstr. 36	Wippe		Inv.	2.000,00	0,00	2.000,00		
278	GS	Goldberg	Schulstr. 9-11	Teeküche		Inv.	5.000,00	0,00	5.000,00		
279	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Schulhofgestaltung mit Sitzgelegenheiten		Inv.	6.000,00	0,00	6.000,00		
280	GS	Meinolf	Stadionstr. 22	Einzäunung des Schulgeländes		Inv.	29.500,00	0,00	29.500,00		
281	Fös	Wilh. Busch	Obernahmer Str. 9-12	Telefonanlage		Inv.	100.000,00	0,00	100.000,00		
						Summe	27.711.518,17	5.452.557,88	13.729.705,03	8.529.255,26	

Verwendung der Sportpauschale

in EURO	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Verwendungstabelle Sportpauschale	513.548	513.438	510.866	545.750	565.745	565.745	565.745	565.745	565.745
Stand: 29.07.2019			90.000						
Vereinsanteil Kunstrasen Dahl		0							
	513.548	513.438	600.866	545.750	565.745	565.745	565.745	565.745	565.745
Investive Verwendung									
Sportentwicklungsmaßnahmen									
Umkleidegebäude Sportplatz Freiheitsplatz	46.398								
Kunstrasen Stadion Bezirkssportanlage Haspe	422.261	1.632							
Modernisierung Kanu-Slalomstrecke	39.865	0	59.517						
Ausstattung/Einrichtung Sporthallen	1.963	23.633	0	17.024	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Investive Massnahmen für vereinseigene Anlagen	60.000	107.514	71.399	114.119	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000
Anschaffung Ersatzfahrzeug SZS	48.707								
Modernisierung Sportplatz Dahl/Kunstrasen		41.187	710.278	35.060					
Basketballfeld Spiel- und Bolzplatz Bohne		51.300							
Neubau Umkleidegebäude Höing Eigenanteil									
Sanierung Sporthalle Nöhstr. Eigenanteil K III									
Sporthalle Mittelstadt Erneuerung Lüftungsanlage Eigenanteil K III				47.500					
Beregnungslage Ischelandstadion				95.000					
Austausch Basketballkörbe				45.000					
Kunstrasen Alexanderstr.				140.000	960.000				
Anbau Umkleidegebäude Alexanderstr.						300.000			
Umbau Kunstrasen Kirchenbegrstadion									
Umbau Tennenplatz Haspe									
Umbau Kleinfeld BSA Haspe									
Zwischenergebnis investive Verwendung	619.194	225.266	841.194	493.703	1.065.000	405.000	105.000	105.000	105.000
Davon Finanzierung aus investiven Krediten / Einzahlungsüberschuss	-105.646	288.172	-240.328	52.047	-499.255	160.745	460.745	460.745	460.745
Übertragene Mittel aus Vorjahren	1.409.075	1.197.204	1.457.054	1.188.459	1.057.506	379.251	360.996	642.741	924.486
Summe	1.303.429	1.485.376	1.216.726	1.240.506	558.251	539.996	821.741	1.103.486	1.385.231
Konsumtive Verwendung									
Otto - Densch-Halle Dacherneuerung Eigenanteil K III		0							
Reparatur Laufbahn Bez.- Sportanlage Haspe	64.725								
Sporthalle Mittelstadt Dachsanierung Eigenanteil K III	1.500	119							
Sporthalle Dahmsheide Fenstererneuerung/Dachsanierung Eigenanteil K III	6.000	8.685	9.267						
Sportplatz Klutert Grundinstandsetzung Heizung, Lüftung, Fenster Eigenanteil K III									
Stadion Kirchenberg Fenster- u. Fassadensanierung Eigenanteil K III	15.000	518							
Enerviearena Austausch Beleuchtung Eigenanteil K3				4.000					
Anteil Sportpauschale Kompensation HSP Maßnahme Sportstättennutzungsgebühr	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000
Zwischenergebnis konsumtive Verwendung		28.322	28.267	23.000	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000
Ansparung Erneuerung Kunstrasen				160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000
Ergebnis Sportpauschale	1.197.204	1.457.054	1.188.459	1.057.506	379.251	360.996	642.741	924.486	1.206.231

Verwendung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsförderungsgesetz

M A ß N A H M E N P L A N U N G für K I n v F G - Kapitel 2

Stadtbezirk	ID-Nr.	Objekt	Schule / Gebäude	Straße	Maßnahme	Hochrechnung in €	IST 2018 in €	PLAN 2019 in €	PLAN 2020 in €	PLAN 2021 in €	PLAN 2022 in €	Bemerkungen
Maßnahmen der Stadt Hagen												
Mitte												
Mitte	914000601	GS	Kuhlerkamp	Heinrichstr. 31	Fassadensanierung einschl. Vordächer	520.000		520.000				
Mitte	914000602	GS	Emil-Schumacher	Siemensstr. 10	Fassadensanierung	1.300.000	379.893	920.107				
Mitte		GS	Boloh	Weizenkamp 3	Fassadensanierung	4.000.000		100.000	2.000.000	1.900.000		
Mitte	914000616	BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Fenstersanierung	400.000		400.000				
Mitte	914000613	Sph.	Mittelstadt	Bergischer Ring 50	Sanitäranlagenerneuerung	737.000		737.000				Gemeinsam mit der Sanierung der Lüftungsanlage. Diese wird über Kapitel 1 abgerechnet.
Mitte	914000612				Austausch der Beleuchtung	150.000		150.000				
Mitte			Schulkomplex Remberg	Eickerstr. 12	Sanierung v. Stützmauern und Treppen	70.000		70.000				
Mitte	914000620	Sek.	Altenhagen	Friedensstr. 26	Schadstoffsanierung Decke Pausenhalle	216.000		216.000				
Mitte	914000619				Rückbau Lichtdecke	381.000		381.000				
Mitte		BK	Kaufmannsschule I	Springmannstr. 7	Oberbodensanierung Klassenräume	350.800		150.800	200.000			
Mitte	914000623	GS	E. Hegemann	Fraunhofer Str. 5	Fassadensanierung	95.000		95.000				
Mitte	914000617	GS	Kuhlerkamp	Heinichstr. 31	Erneuerung Heizungskessel einschl. Wärmeverteilung	56.500		56.500				
Mitte	914000621	Gym.	Theodor-Heuss	Humpertstr. 19	Brandschutzmaßnahmen	570.000		500.000	70.000			
Mitte		BK	Cuno I + II	Bergstr. 79	Sanierung. Fenster- Fassade- u. Dach	800.000		110.000	690.000			Gebäude Teil C
Gesamt						9.646.300	379.893	4.406.407	2.960.000	1.900.000		
Haspe												
Haspe	914000608	GS	Friedrich-Harkort	Twittingstr. 23a	Fenster-/Fassaden-/Dachsanierung	3.600.000		100.000	3.300.000	200.000		
Haspe	914000614	Gym.	Christian-Rohlfs (ehem. HS Heubing)	Ennepeufer 1	WC Sanierung (Villa-Gebäude)	220.000		220.000				
Haspe	914000615				Brandschutzmaßnahmen	180.000	67.576	112.424				
Haspe	914000618				Erneuerung Entwässerung (Villa-Gebäude)	55.000		55.000				
Haspe	914000622	Gym.	Christian-Rohlfs	Ennepeufer 3	Dachsanierung Bauteil B	115.000		115.000				
Gesamt						4.170.000	67.576	602.424	3.300.000	200.000		
Hohenlimburg												
Hohenlimburg	914000607	RS	Hohenlimburg	Im Kley 32	Dachsanierung	300.000	49.601	250.399				notwendige Ergänzung zum Brandschutzkonzept
Hohenlimburg	914000605	BK	Kaufmannsschule II Teilstandort Gasstraße	Gasstr. 15	Fassade, Fenster einschl. Sonnen-/ Hitze- u. Blendschutz	660.000		60.000	600.000			
Hohenlimburg	914000611	BK	Kaufmannsschule II	Letmather Str. 21-23	Dachsanierung Bauteil 4	136.000		136.000				Erhöhung um 74.000 € gegenüber dem in der Vorlage 0214/2019 genannten Betrag in Höhe von 62.000 €
Gesamt						1.096.000	49.601	446.399	600.000			
Nord												
Nord	914000603	Ges.	Fritz-Steinhoff	Am Bügel 20	Sanierung Parkdeck 2./3. BA	650.000	6.708	643.292				
Nord	914000604				Brandschutzmaßnahmen (3./4. BA Obergeschosse)	184.000	93.463	90.537				
Gesamt						834.000	100.171	733.829				
Summe beschlossener Maßnahmen						15.746.300	597.241	6.189.059	6.860.000	2.100.000		
Neue Maßnahme												
Haspe												
Haspe		Ges.	Haspe	Kirmesplatz 2	Schließanlage	155.000			155.000			
Summe neue Maßnahmen						155.000			155.000			
Zwischensumme						15.901.300	597.241	6.189.059	7.015.000	2.100.000		
Maßnahme anderer Schulträger												
Haspe												
Haspe	914000609		Rudolf-Steiner-Schule	Enneper Str. 30	Fassadensanierung	63.637		63.637				Maßnahme abgeschlossen Angegeben ist der Förderbetrag für die Schule
Summe Maßnahme anderer Schulträger						63.637		63.637				
Gesamtsumme						15.964.937	597.241	6.252.696	7.015.000	2.100.000		

Teil 1

Investitionsmaßnahmen mit Zuständigkeit einer einzelnen Bezirksvertretung mit gesamtstädtischen Belangen und mehreren Bezirksvertretungen

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard
1.11 Innere Verwaltung
1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften
Bezirk: AL / alle Bezirke


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
An- und Verkauf von Grundstücken und Immobilien										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-1.835.846	-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-1.000.000	-1.000.000	-1.835.846	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	265.887	300.000	300.000	300.000		300.000	300.000	300.000	265.887	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-1.569.959	-700.000	-700.000	-700.000		-700.000	-700.000	-700.000	-1.569.959	
Problemimmobilien										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-634.600	-1.140.000	-1.259.130	-937.492		-216.853			-634.600	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	590.729	1.200.000	1.325.400	987.000		228.270			590.729	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-43.871	60.000	66.270	49.508		11.417			-43.871	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.11 Innere Verwaltung

1.11.23 Verwaltung der Liegenschaften

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Sonstige Problemimmobilien										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	22.270	500.000							22.270	
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	22.270	500.000							22.270	
Abriss städtischer Gebäude										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	15.881	155.000	155.000						15.881	290.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	15.881	155.000	155.000						15.881	290.000
= Summe	-1.575.679	15.000	-478.730	-650.492		-688.583	-700.000	-700.000	-1.575.679	290.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000079 An- und Verkauf von Grundstücken

Auszahlungsansatz in den Jahren 2020- 2024 jeweils 300.000 €

Einzahlungsansatz in den Jahren 2020 - 2024 jeweils 1.000.000 €

Im Jahr 2020 ergibt sich ein erhöhter Einnahmeansatz aufgrund der HSP-Maßnahme 15_61.001.

5.000366 Abriss städtischer Gebäude

Es sind die Abrisse der Gebäude ehem. Schulpavillon Franzstr. 75 und Kita Quambusch, Jungfernbruch 96 in 2020 geplant.

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

 1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz
 Bezirk: AL / alle Bezirke


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Erw. Fahrzeuge u. Zubehör Feuerwehr										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-11.272	-10.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000	-11.272	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	291.787	1.212.500	1.186.000	1.829.000	3.250.000	2.241.000	1.565.000	2.585.000	9.087.787	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	280.515	1.202.500	1.181.000	1.824.000	3.250.000	2.236.000	1.560.000	2.580.000	9.076.515	
Baukosten Feuerwehrgerätehäuser										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	660.176	2.820.000	500.000	3.750.000	2.000.000	850.000			3.149.896	30.150.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	660.176	2.820.000	500.000	3.750.000	2.000.000	850.000			3.149.896	30.150.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Brandschutzpauschale										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-303.060	-285.000	-285.000	-285.000		-285.000	-285.000	-285.000	-303.060	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-303.060	-285.000	-285.000	-285.000		-285.000	-285.000	-285.000	-303.060	
= Summe	637.631	3.737.500	1.396.000	5.289.000	800.000	2.801.000	1.275.000	2.295.000		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

5.000002 Erwerb von Fahrzeugen und Zubehör sowie Ausrüstungsgegenständen (Feuerwehr)

Mit den veranschlagten Mitteln werden Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen gemäß dem Fahrzeugerneuerungskonzept getätigt. Die jährlich vom Land zur Verfügung gestellte Brandschutzpauschale in Höhe von 285.000 € ist als Einzahlung berücksichtigt (siehe 5.000061).

Fahrzeuge

Die Finanzierungsraten für die Fahrzeuge wurden wie folgt geplant:

	2020	2021	2022	2023	2024
Fahrzeuge	835.000 €	1.415.000 €	1.880.000 €	1.400.000 €	2.410.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung**1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz**

Bezirk: AL / alle Bezirke

Im Planansatz 2020 ist die Anschaffung von fünf Mannschaftstransportwagen (MTFs, insgesamt 235.000 €) und drei Wechselladerfahrzeugen (WLFs, 600.000 €) enthalten. In 2021 ist vorgesehen, ein Fahrgestell von einem Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF, 100.000 €), ein Fahrgestell für ein Löschfahrzeug (LF 10, 100.000 €), eine Drehleiter (750.000 €), vier Mannschaftstransportfahrzeuge (MTFs, 180.000 €) sowie einen Kommandowagen (35.000 €) und ein Wechselladerfahrzeug (250.000 €) zu kaufen.

Die Mittel werden nach Bedarf verwendet (z. B. für Fahrzeuge, die ausgesondert werden müssen).

Für die Auftragsvergabe zur Anschaffung der Fahrzeuge ist in 2020 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.700.000 € geplant. Davon werden 950.000 € in 2021 und 750.000 € in 2022 kassenwirksam. In 2022 ist zur Vergabe der Aufträge eine Verpflichtungsermächtigung von 1.550.000 € geplant. 950.000 € werden davon in 2022 und 600.000 € werden davon in 2023 kassenwirksam.

Zubehör

Die Beschaffung von Zubehör und Ausrüstungsgegenständen erfolgt für die Bereiche Wasserrettung, Atem/Chemieschutz, Fernmeldeanlagen und feuerwehrtechnische Ausstattung.

Es wurden folgende Finanzierungsraten geplant:

	2020	2021	2022	2023	2024
Zubehör	351.000 €	414.000 €	361.000 €	165.000 €	175.000 €

Für den Verkauf von Ausstattungsgegenständen sind in den Jahren 2020 bis 2024 Einzahlungen in Höhe von jeweils 5.000 € eingeplant.

5.000003 Baukosten Feuerwehrgerätehäuser

Im Rahmen der vom Rat beschlossenen Neukonzeption für Brandschutz, Rettungsdienst und Großschadenabwehr sind folgende Finanzierungsraten für den Neubau des Gerätehauses Halden-Fley-Herbeck vorgesehen:

Neubau Gerätehaus	2020	2021	2022	2023	2024
Halden-Fley-Herbeck		500.000 €	3.750.000 €	850.000 €	

Es liegt ein Ratsbeschluss vom 16.12.2010 (siehe Vorlage 0983/2010) vor.

In 2019 sind Vorplanungskosten von rd. 400.000 € vorgesehen, sodass Gesamtkosten von 5,5 Mio. € entsprechend der aktuellen Kostenschätzung entstehen. Für die Vergabe von weiteren Planungsleistungen wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 € in 2020 eingeplant. Diese wird in 2021 kassenwirksam. Für die Vergabe von Bauleistungen wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.000.000 € in 2021 eingeplant. Diese wird in 2022 kassenwirksam.

5.000061 Brandschutzpauschale

Für die Jahre 2020-2024 wird jeweils ein Ansatz in Höhe von 285.000 € eingeplant. Mit den veranschlagten Mitteln werden Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen gemäß Fahrzeugerneuerungskonzept getätigt.

Die vom Land zur Verfügung gestellte Brandschutzpauschale ist als Einzahlung berücksichtigt.

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

 1.12.60 Brand- und Katastrophenschutz
 Bezirk: AL / alle Bezirke


Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	284.972	405.500	249.000	136.000		139.000	155.000	155.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	284.972	405.500	249.000	136.000		139.000	155.000	155.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800017 **Großschadenereignisse/Katastrophenschutz Ausrüstungsgegenstände IPM**
5.800018 **Großschadenereignisse/Katastrophenschutz Ausrüstungsgegenstände GVG**

Für die Beschaffung von Einsatzmitteln und Erneuerungen im Sirenen- und Richtfunksystem werden Mittel in Höhe von insgesamt 50.000 € für die Jahre 2020 bis 2024 eingeplant.

5.800023 **Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen GVG**

Für die Anschaffung von Kleinlöschgeräten, Rettungswesten und anderen diversen Ausrüstungsgegenständen ist für 2020 ein Ansatz in Höhe von 99.000 € eingeplant. Die Beschaffung von Zubehör und Ausrüstungsgegenständen erfolgt für die Bereiche Wasserrettung, Atem/Chemieschutz, Fernmeldeanlagen und feuerwehrtechnische Ausstattung.

In den Jahren 2021 und 2022 sind Mittel in Höhe von 86.000 € und 89.000 € eingeplant. In 2023 und 2024 sind jeweils 105.000 € vorgesehen.

5.800264 Ausrüstung Digitaler Bündelfunk IPM

Für die bundesweite Umrüstung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben von analogen auf digitalen Bündelfunk wird in 2020 eine abschließende Finanzierungsrate in Höhe von 100.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800017	Großschadensereignisse, IPM, Fahrzeuge	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
5.800018	Großschadensereignisse, GVG	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800023	Ausrüstung, Ausstattung, GVG	99.000 €	86.000 €	86.000 €	105.000 €	105.000 €
5.8000264	Ausrüstung Digitaler Bündelfunk IPM	100.000 €				
Summe:		249.000	136.000 €	139.000 €	155.000 €	155.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	37.326	124.000	613.000	192.000		192.000	192.000	192.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	37.326	124.000	613.000	192.000		192.000	192.000	192.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.000114 Sondermaßnahmen Schulverwaltung IPM
- 5.800052 Selbstverwaltung Grundschulen IPM
- 5.800053 Selbstverwaltung Grundschulen GVG
- 5.800054 Offene Ganztagsgrundschulen IPM
- 5.800055 Offene Ganztagsgrundschulen GVG
- 5.800288 Sondermaßnahmen Schulverwaltung GVG
- 5.800318 Ausstattung Maßnahmen Gute Schule 2020

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Grundschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung.

Bei der Position Sondermaßnahmen Schulverwaltung sind für die Beschaffung von „weißer Ware“ im Zeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 30.000 € eingeplant.

Im Rahmen des Gute Schule 2020 Programmes ist die Beschaffung von Defibrillatoren in Höhe von 421.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: AL / alle Bezirke

eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000114	IPM	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800052	IPM	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.800053	GVG	64.000 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €	64.000 €
5.800054	GVG	24.000 €	24.000 €	24.000 €	24.000 €	24.000 €
5.800055	GVG	44.000 €	44.000 €	44.000 €	44.000 €	44.000 €
5.800288	GVG	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800318	Gute Schule 2020	421.000 €				
Summe:		613.000 €	192.000 €	192.000 €	192.000 €	192.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	6.522	28.000	330.000	28.000		28.000	28.000	28.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800056 Selbstverwaltung Hauptschulen IPM
- 5.800057 Selbstverwaltung Hauptschulen GVG
- 5.800319 Ausstattung Gute Schule 2020

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Hauptschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Jahre 2020 - 2024 ist ein Ansatz in Höhe von jeweils 28.000 € eingeplant.

Im Rahmen des Gute Schule 2020 Programmes ist die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen in Höhe von 302.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.12 Hauptschulen

Bezirk: AL / alle Bezirke

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800056	IPM	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
5.800057	GVG	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €	18.000 €
5.800319	Gute Schule 2020	302.000 €				
Summe:		330.000 €	28.000 €	28.000 €	28.000 €	28.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen
1.21 Schulträgeraufgaben
1.21.15 Realschule
Bezirk: AL / alle Bezirke


Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	13.876	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	13.876	47.000	47.000	47.000		47.000	47.000	47.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.800062 Selbstverwaltung Realschulen IPM
5.800063 Selbstverwaltung Realschulen GVG

Die Ausgabepositionen Selbstverwaltung Realschulen beinhalten Mittel zur Finanzierung von Ausstattung, Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen, Lern- und Lehrmitteln etc. Über die Verwendung der Mittel entscheidet die jeweilige Schule in eigener Verantwortung. Für die Realschulen ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Ansatz in Höhe von 47.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800062	IPM	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800063	GVG	32.000 €	32.000 €	32.000 €	32.000 €	32.000 €
Summe:		47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €	47.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	9.703	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	9.703	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800298 Selbstverwaltung Sekundarschulen IPM
5.800299 Selbstverwaltung Sekundarschulen GVG

Für die Ausstattung der Sekundarschulen ist im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils ein Gesamtansatz in Höhe von 30.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2018	2019	2020	2021	2022
5.800298	IPM	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
5.800299	GVG	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
Summe:		30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen
Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	54.404	251.000	401.000	271.000		251.000	251.000	251.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	54.404	251.000	401.000	271.000		251.000	251.000	251.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000243 - 5.000249 Nutzerspezifische Maßnahmen in Schulgebäuden
5.000289 – 5.800290 Nutzerspezifische Maßnahmen Ausstattung
5.800291, 5.800296 Küchengeräte

Für bauliche Veränderungen und Beschaffung von Ausstattungsgegenständen im Rahmen von nutzerspezifischen Maßnahmen in Schulgebäuden sind für die Jahre 2020-2024 folgende Ansätze eingeplant:

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen

Bezirk: AL / alle Bezirke

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000243	Gesamtschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000244	Gymnasien	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000245	Förderschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000246	Grundschulen	17.000 €	17.000 €	17.000 €	17.000 €	17.000 €
5.000247	Hauptschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000248	Berufskollegs	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.000249	Realschulen	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €	21.000 €
5.800289	Ausstattung IPM	120.000 €	35.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800290	Ausstattung GVG	80.000 €	35.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800291	Küchengeräte IPM	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €	35.000 €
5.800296	Küchengeräte GVG	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Summe:		393.000 €	263.000 €	243.000 €	243.000 €	243.000 €

Im Rahmen der Ansätze sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

GS Geweke (Spielbrink)	Ausstattung zusätzlicher Klassen
Div. GS und FÖ	OGS-Ersatzbeschaffungen
Grundschule Hilfe	Neubau - Ausstattung
Grundschule Goethe	Neubau- ergänzende Ausstattung
Realschule Hohenlimburg	Küche
Gymnasium Chr.-Rohlf's	Ausstattung Biologieraum
Hauptschule Ernst-Eversbusch	Neuausstattung NW-Raum
Gesamtschule Eilpe	Ausstattung 5. Zug
HS Geschwister-Scholl	Neuausstattung Chemie + Technik
THG	Neubau-Ergänzende Ausstattung

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.43 Serviceleistungen für Schulen

Bezirk: AL / alle Bezirke

5.800292 Ausstattung Projekt Inklusion IPM
5.800293 Ausstattung Projekt Inklusion GVG

Für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen im Rahmen der Projektarbeit Inklusion ist in den Jahren von 2020 – 2024 jeweils ein Mittelansatz in Höhe von 8.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800292	IPM	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €
5.800293	GVG	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €	4.000 €
Summe:		8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €	8.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Projekte Landesprog. Hilfen im Städtebau										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-3.082.675								-3.082.675	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	0								0	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-3.082.675								-3.082.675	
= Summe	-3.082.675									

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.30 Leistungen für junge Menschen/Familien

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	1.881	6.400	6.500	6.500		6.500	6.500	6.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.881	6.400	6.500	6.500		6.500	6.500	6.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800131 Sonst. Einrichtungen f. Jugendliche u. Familie GVG

5.800162 Sonst. Einrichtungen f. Jugendliche u. Familie IPM

5.800284 Familienzentrum Ausstattung

Für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen sind im Planungszeitraum 2020 - 2024 jeweils Mittel in Höhe von insgesamt 6.500 € vorgesehen.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente

AuszahlungenPSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800131	GVG	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
5.800162	IPM	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800284	IPM	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Summe :		6.400 €	6.400 €	6.400 €	6.400 €	6.400 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Inv.-Zuschüsse KITAS/Einz. Konnexmittel										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-2.858.037		-3.000.000	-2.900.000					-2.858.037	
+ Weitere investive Einzahlungen	-18.951								-18.951	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	708.300		500.000	300.000					708.300	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-2.168.688		-2.500.000	-2.600.000					-2.168.688	
Baukosten Neu- und Anbau Kitas										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-53.436	-540.000							-53.436	-8.500.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	3.921								3.921	
- Auszahlung Baumaßnahmen	395.662	1.020.000	0						395.662	14.580.000
- Weitere investive Auszahlungen	40.294								40.294	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	386.442	480.000	0						386.442	6.080.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Baukosten Neubau Kita Volmeaue										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	3.488.566								3.488.566	4.231.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	3.488.566								3.488.566	4.231.500
Umbau Lutherkirche										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-26.417								-26.417	-3.375.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	1.438.373								1.438.373	5.644.000
- Weitere investive Auszahlungen	23.839								23.839	
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.435.795								1.435.795	2.269.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Bauliche Maßnahmen Kitas										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			350.000	550.000	300.000					
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			350.000	550.000	300.000					
= Summe	3.142.114	480.000	-2.150.000	-2.050.000	300.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

Die für den Planungszeitraum 2020/2021 eingeplanten Einzahlungen sind zweckgebundene Zuwendungen.

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021
5.000403	Bauliche Maßnahmen Kitas einschl . Aussenanlagen	350.000 €	550.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-25.067	-40.500						
2	- Summe der investiven Auszahlungen	41.885	122.300	527.300	357.300		257.000	257.000	257.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	16.819	81.800	527.300	357.300		257.000	257.000	257.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

- 5.800093 Einrichtung Tageseinrichtungen für Kinder GVG
- 5.800094 Einrichtung Tageseinrichtungen für Kinder IPM
- 5.800130 Förderung von Kondedrn, Kita GVG
- 5.800211 Tageseinrichtung für Kinder Außenanlagen IPM
- 5.800212 Tageseinrichtung für Kinder Außenanlagen GVG

Viele Kindertageseinrichtungen haben mittlerweile eine Dienstzeit > 30 Jahre absolviert. Häufig handelt es sich bei dem Inventar der Kitas noch um die Ersteinrichtung, vor allem bezogen auf das Mobiliar. Dieses ist in vielen Fällen verschlissen oder abgenutzt. Ein Austausch und Erneuerung des Inventars ist dringend angezeigt.

Ergänzend hierzu erfolgt die Erstausrüstung der neu erstellen Kitas Jungfernbruch, Markanaplatz und Franzstr.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Bildungspauschale.

Für die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen in Kindertageseinrichtungen sind für den Planungszeitraum 2020 – 2021 Ansätze in Höhe von 527.300 und 357.300 € eingeplant. Für den Zeitraum 2022 – 2024 ist ein Ansatz in Höhe von jeweils 257.300 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: AL / alle Bezirke

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800093	GVG	330.000 €	200.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €
5.800094	IPM	190.000 €	150.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
5.800130	GVG	300 €	300 €			
5.800211	IPM Außenanl.	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
5.800212	GVG Außenanl.	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €	2.000 €
Summe:		527.300 €	357.300 €	257.300 €	257.300 €	257.300 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Umbau von Kinderspielplätzen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000	100.000	100.000						
- Weitere investive Auszahlungen		25.000	25.000	25.000						
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		125.000	125.000	125.000						
= Summe		125.000	125.000	125.000						

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000064 Umbau von Kinderspielplätzen

Für den Umbau von Kinderspielplätzen ist in den Jahren 2020 und 2021 jeweils ein Ansatz von 125.000 € geplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-30.855							
2	- Summe der investiven Auszahlungen	66.776	37.000	299.000	299.000		54.000	54.000	54.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	35.921	37.000	299.000	299.000		54.000	54.000	54.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.800033 Einrichtungen d. Jugendarbeit GVG
5.800034 Einrichtungen d. Jugendarbeit IPM

Für die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenständen ist im Planungszeitraum 2020 – 2024 ein Ansatz von jeweils 27.000 € eingeplant.

5.800213 Einrichtung Kinderspielplätze IPM
5.800214 Einrichtung Kinderspielplätze GVG

Für den Planungszeitraum 2020– 2021 ist unter Berücksichtigung des erhöhten Bedarfes für die Ausstattung von Kinderspielplätzen mit Spielgeräten und anderen Aufbauten jeweils ein Ansatz in Höhe von 272.00 € vorgesehen. Für die Jahre 2022,2023 und 2024 ist jeweils ein Ansatz von 17.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Bezirk: AL / alle Bezirke

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800033	GVG	11.000 €	11.000 €	11.000 €	11.000 €	11.000 €
5.800034	IPM	16.000 €	16.000 €	16.000 €	16.000 €	16.000 €
5.800213	IPM	270.000 €	270.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
5.800214	GVG	2.000 €	2.000 €	12.000 €	12.000 €	12.000 €
Summe:		299.000 €	299.000 €	54.000€	54.000 €	54.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Investitionszuschüsse an Vereine										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										
- Weitere investive Auszahlungen	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000	71.399	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000	71.399	
= Summe	71.399	75.000	75.000	75.000		75.000	75.000	75.000		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

5.000240 Investitionszuschüsse an Vereine

Mitteleinplanung in 2020 in Höhe von 75.000 € für Investitionsmaßnahmen an vereinseigenen Anlagen: Für den Planungszeitraum 2021 - 2024 ist ebenfalls ein Ansatz von jeweils 75.000 € vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Sportpauschale.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: AL / alle Bezirke

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen		77.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		77.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.800134 Sport- u. Spielgeräte GVG
5.800193 Sport- u. Spielgeräte IPM

Für die Beschaffung von Sport- und Spielgeräten und sonstigen Ausstattungsgegenständen für die Sporthallen und Sportplätze sind in 2020 Mittel in Höhe von insgesamt 60.000 € eingeplant. Die Ersatzbeschaffungen erfolgen hauptsächlich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zur Vermeidung von Schadensfällen.

Für die Jahre 2021–2024 ist ebenfalls ein Ansatz in Höhe von jeweils 60.000 € eingeplant.

Die Finanzierung erfolgt zu 50% aus Mitteln der Sportpauschale.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: AL / alle Bezirke

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800134	Sport- u. Spielgeräte GVG	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
5.800193	Sport- u. Spielgeräte IPM	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
Summe:		60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Entwicklungsgebiet Lennetal										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-99.040.000	-99.040.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	170.424	500.000	500.000						102.398.655	109.720.000
- Weitere investive Auszahlungen	845.907								845.907	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.016.331	500.000	500.000						4.204.562	10.680.000
Stadtumbau West/Südstadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-2.975.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									8.313	3.530.000
- Weitere investive Auszahlungen	1.158								1.158	
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.158								9.471	555.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Reaktivierung von Brachflächen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		692.411								
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		692.411								
= Summe	1.017.489	1.192.411	500.000							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000094 Entwicklungsgebiet Lennetal

Im Rahmen des gesamten Projekts „Entwicklungsgebiet Lennetal“ wird noch eine Straße erschlossen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Neuanlage von Radwegen / Förderung ÖPNV										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-190.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	24.336	50.000	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000	24.336	135.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	24.336	50.000	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000	24.336	-55.000
Anbindung Rehstraße, SU Haspe										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-298.200	-9.738.800
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									473.721	6.075.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)									175.521	-3.663.800

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Inst. Straßen GVFG Hohenlimburger Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-7.300	-325.000	-373.800	-35.000		-1.000.000	-590.200		-7.300	-2.000.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		500.000	117.000	200.000	1.832.000	1.532.000	300.000			2.649.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-7.300	175.000	-256.800	165.000	1.832.000	532.000	-290.200		-7.300	649.000
Verwendung Stellplatzablösebeträge										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		125.000	125.000	125.000		125.000	125.000	125.000		
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		125.000	125.000	125.000		125.000	125.000	125.000		

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Lückenschluss Ruhrtalradweg Volmequerung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-50.859	-2.200.000							-50.859	-2.971.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	6.674	2.200.000	295.000	0					6.674	2.971.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-44.185	0	295.000	0					-44.185	0
Breitbandausbau										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-50.000	-10.750.000	-12.050.000	-13.000.000					-50.000	-51.844.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	22.176	10.850.000	0	0					22.176	
- Weitere investive Auszahlungen	20		12.050.000	13.000.000					20	25.924.000
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-27.804	100.000	0	0					-27.804	-25.920.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Energetische San. der öfftl. Straßenbel.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-2.865.600
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	455.920								455.920	3.184.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	455.920								455.920	318.400
Ennepe Radweg, Kuhlestr.-Tückingstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-160.000	0	-375.000		-848.500				-1.223.500
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		250.000	300.000	500.000	900.000	1.131.300				2.181.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		90.000	300.000	125.000	900.000	282.800				957.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Bushaltestellen (ÖPNVG)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-186.200	-131.600	-158.300		-648.800	-737.800	-137.800		
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		250.000	231.500	332.000		1.045.000	1.384.700	384.700		
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		63.800	99.900	173.700		396.200	646.900	246.900		
Errichtung von 34 Fahrradboxen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-18.052								-18.052	-195.750
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	133.440								133.440	217.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	115.388								115.388	21.750

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Breitband LSA/Schulen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-1.000.000		-1.600.000	-1.400.000			-4.000.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			500.000	1.230.000		1.907.000	1.000.000			4.637.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			500.000	230.000		307.000	-400.000			637.000
Einleitung von Straßenabwässern										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			200.000	240.000		173.000	170.000	167.000		783.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			200.000	240.000		173.000	170.000	167.000		783.000
= Summe	516.354	603.800	1.313.100	1.108.700	2.732.000	1.866.000	301.700	588.900	691.875	-25.215.644

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze**5.000022 Neuanlage von Radwegen / Förderung ÖPNV**

Maßnahmen zur Verbesserung des Radwegenetzes (z. B. Bordsteinabsenkungen, Markierungen usw.)

5.000197 Straßenerneuerung Buschmühlenstr.

Die Maßnahme befindet sich im Bau. Mit dem Abschluss der Arbeiten wird voraussichtlich Ende Oktober gerechnet.

5.000225 Inst. Straßen GVFG Rummenohler Str.

Im Rahmen der Maßnahme wird zum einen das bestehende unterirdische Brückenbauwerk über den Sterbeckebachlauf erneuert (Anteile dieser Erneuerung sind auch Bestandteil der EKrG-Maßnahme Heedfelder Straße) und zum anderen ist die Sanierung der Fahrbahndecke im Bereich zwischen dem Bahnübergang und der Stadtteilgrenze Rummenohl in Fahrtrichtung Hagen und der barrierefreie Ausbau der beiden Bushaltestellen geplant. Der Neubau des Brückenbauwerks ist bereits abgeschlossen. Mit der Deckensanierung wird voraussichtlich im Herbst 2019 begonnen.

5.000241 Verwendung Stellplatzablösebeträge

Für die Ablösung der Herstellungspflicht von Stellplätzen erhält die Stadt einen Geldbetrag. Für die zweckentsprechende Verwendung des Ablösebetrags werden jährlich 125.000 € eingeplant. Hieraus wird die Herstellung zusätzlicher oder die modernisierung bestehender Parkeinrichtungen sowie investive Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs finanziert.

5.000278 Lückenschluss Ruhrtalradweg Volmequerung

Für die Maßnahme ist eine Zuschussfinanzierung des Landes aus Mitteln des Regionalen Wirtschaftsprogramms für das Ruhrgebiet (RWP-Mittel) zugesagt, die Mittel werden vom RVR zugeordnet und von der BR Arnsberg bewilligt.

Die Refinanzierung der Maßnahme beträgt 100%, da der RVR den städtischen Eigenmittelanteil in Höhe von voraussichtlich 20% trägt.

5.000284 Breitbandausbau

Der Bund bezuschusst die Versorgung mit schnellem Internet in den sog. ländlichen Bereichen ("weiße Flecken"). Die Versorgung erfolgt über ein Telekommunikationsunternehmen nach entsprechender Ausschreibung. Da das Unternehmen kein Zuwendungsempfänger sein kann, werden die entsprechenden Zuschüsse über die Stadt Hagen ausgezahlt. Das Auswahlverfahren in Hagen ist soweit abgeschlossen, der erforderliche Zuschussantrag wird gestellt und der entsprechende Auftrag an das Unternehmen erteilt.

5.000335 Ennepe Radweg, Kuhlestr.-Tückingstr.

Es ist beabsichtigt für den Ennepe-Radweg den Bauabschnitt von der Oberen Spiekerstr. bis zum Kreisverkehr Kuhlestr. zu realisieren. Der Streckenabschnitt führt über das ehemalige zweigleisige Bahnhofgleis, welches im Zuge des Neubaus der Bahnhofshinterfahung aufgegeben wurde. Mit diesem Abschnitt wird ein wichtiger Netzschluss einer durchgängigen komfortablen Hauptradroute in Nord-Südrichtung zwischen Haspe und Eckesey realisiert.

Der Zuschussantrag für den Radweg soll in 2020 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird in 2021 gerechnet.

5.000336 Bushaltestellen (ÖPNVG)

Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Forderung, alle Bushaltestellen bis zum 31.12.2021 barrierefrei umzubauen, wurde im Juli 2017 ein erster Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 8 Haltestellen (Änderung: aus technischen Gründen nur noch 6 Haltestellen) beim VRR eingereicht. Die Bewilligung des VRR liegt vor. Die Maßnahme ist bereits ausgeschrieben und vergeben. Der Baubeginn ist für August 2019 vorgesehen.

In 2018 wurde ein zweiter Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 6 Haltestellen beim VRR eingereicht. Es wurde im Juni 2019 ein Antrag auf vorzeitigen zuschussunschädlichen Maßnahmenbeginn gestellt und vom VRR bewilligt, so dass die Beauftragung des WBH erfolgte. Mit der Bewilligung ist noch in 2019 zu rechnen. Die Ausschreibung durch den WBH erfolgt voraussichtlich im Herbst 2019, der Baubeginn ist für Anfang 2020 vorgesehen.

In 2019 wurde ein dritter Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 7 Haltestellen beim VRR eingereicht. Mit der Bewilligung ist voraussichtlich in 2020 zu rechnen.

In 2020 soll der 4. Zuschussantrag zur barrierefreien Umgestaltung von 30 Haltestellen beim VRR eingereicht. Mit der Bewilligung ist voraussichtlich in 2021 zu rechnen.

5.000391 Breitband LSA/Schulen

Im Rahmen des Breitbandausbaus werden die Steuerkabel vorhandener Lichtsignalanlagen durch Lichtwellenleiter ersetzt. Darüber erfolgt dann die Anbindung von Schulen an das Glasfasernetz. Für die Einzahlungen wurde eine gemischte Refinanzierungsquote in Höhe von 90 % zugrunde gelegt, da es für die Anbindung der Schulen einen Fördersatz von 100 % und für die Modernisierung der LSA einen Fördersatz von 75 % gibt.

Verlagerung und Erweiterung des Verkehrsrechners, Modernisierung der Lichtsignalanlagentechnik:

Der zentrale Verkehrsrechner muss von seinem bisherigen Standort im Volkspark in das Hauptrechenzentrum (HABIT) verlagert und modernisiert werden. Insgesamt sollen 177 Lichtsignalanlagen, die derzeit über Kupferkabel mit dem Verkehrsrechner verbunden sind, nun über Glasfaserkabel angeschlossen werden.

Ziel ist in enger Verbindung mit der Maßnahme Breitbandanbindung von Hagener Schulen durch eine Förderung nach dem Landesprogramm, die auf dem Gigabit NRW-Masterplan beruht, ein flächendeckendes Glasfasernetz im Stadtgebiet zu erstellen.

Diese Zuschussmaßnahme wurde bereits in 2019 angemeldet, der Antrag folgt in 2020. Mit der Bewilligung wird in 2021 gerechnet.

5.000393 Einleitung von Straßenabwässern

Z.Zt. werden alle Einleitungsstellen der Straßenoberflächenentwässerung überprüft und entsprechende wasserrechtliche Genehmigungen beantragt. Hieraus entstehen teilweise Verpflichtungen zu baulichen Maßnahmen (z.B. Regenklärbecken), die aus diesem HH-Ansatz finanziert werden.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+	Summe der investiven Einzahlungen								
2	-	Summe der investiven Auszahlungen	164.842	420.500	143.500	185.500		123.500	123.500	123.500
3	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	164.842	420.500	143.500	185.500		123.500	123.500	123.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000073 Bauliche Folgemaßnahmen in Erschließungsvertragsgebieten

Im Rahmen von Erschließungsverträgen werden lediglich die reinen Straßenbaukosten finanziert. Grundstückseinfahrtsangleichungen, Markierungen und Beschilderungen sind mit städtischen Mitteln jährlich 10.000 € zu finanzieren.

5.000084 Verkehrszeichen und –Einrichtungen

Errichtung von Verkehrszeichen, Signalanlagen usw. (z.B. Großwegweiser) nach entsprechender Beschlussfassung durch die entscheidungsberechtigten Gremien. Die Finanzierungsrate beträgt für die Jahre 2020 – 2024 jeweils 42.000 €.

5.000271 Niederschlagswasserbehandlung

Für Einbau von Innolet-Filtersystemen in Sinkkästen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sind für die Jahre 2020 – 2024 jeweils 40.000 € eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: AL / alle Bezirke

**5.000447 Fahrradbügel**

Anschaffung und Installation von 80 Anlehnbügel an ausgewählten Stellen im Stadtgebiet zur Schaffung von neuen Abstellmöglichkeiten.

5.800194 Verkehrstechnik, GVG

Für die Anschaffung von z. B. Straßenschildern, Leitern erfolgt eine Einplanung von jährlich 1.500 €.

5.800227 Parkscheinautomaten IPM

Für die Ersatzbeschaffung von Parkscheinautomaten ist in den Jahren 2020 - 2024 jährlich ein Ansatz in Höhe von 22.000 € vorgesehen.

5.800229 Verkehrstechnik IPM

Durch die Umstrukturierung im VB 5 und die Auslagerungen in den Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH AÖR wurden auch die Aufgaben im Bereich der Verkehrstechnik neu zugeordnet. So ist hier weiterhin die Stadt Hagen, hier der Fachbereich 61, für die Planung der verkehrstechnischen Anlagen zuständig. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ist es erforderlich einen weiteren Arbeitsplatz mit Zugriff auf den Verkehrsrechner der Stadt Hagen einzurichten. Für die Jahre 2020 - 2024 werden hierfür im Haushalt 5.000 € eingeplant.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000073	Baul. Folgemaßnahmen Erschl. Vertr. Gebiete	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
5.000084	Verkehrszeichen und -Einrichtungen	42.000 €	42.000 €	42.000 €	42.000 €	42.000 €
5.000271	Niederschlagswasserbehandlung	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €	40.000 €
5.000447	Fahrradbügel	20.000 €	62.000 €			
5.800194	Verkehrstechnik, GVG	1.500 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €
5.800227	Parkscheinautomaten IPM	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €	25.000 €
5.800229	Verkehrstechnik IPM	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Summe:	Auszahlungen	143.500 €	185.500 €	123.500 €	123.500 €	123.500 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen		17.500	17.500	17.500		17.500	17.500	17.500
3	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		17.500	17.500	17.500		17.500	17.500	17.500

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.800151 Kleingärten, Naherholungsgebiete, GVG

Für Ersatzbeschaffungen von Bänken, Papierkörben und sonstigen geringwertigen Vermögensgegenständen werden in den Jahren 2020 bis 2024 jährlich 2.500 € eingeplant.

5.800200 Kleingärten, Naherholungsgebiete, IPM

Für die Ersatzbeschaffung von Spielgeräten, die aus Verkehrssicherungsgründen entfernt werden müssen oder mussten, werden Mittel in Höhe von jährlich 15.000 € eingeplant. In den vergangenen Jahren wurde dieser Ersatz zugunsten der Unterhaltung von Platz- und Wegeflächen zurückgestellt.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.10 Öffentliches Grün

Bezirk: AL / alle Bezirke

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.800151	Kleingärten, Naherholungsgebiete, GVG	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €	2.500 €
5.800200	Kleingärten, Naherholungsgebiete, IPM	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €	15.000 €
Summe:	Auszahlungen	17.500 €	17.500 €	17.500 €	17.500 €	17.500 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

Bezirk: AL / alle Bezirke



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen			145.000	145.000	145.000			
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			145.000	145.000	145.000			

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000348 Wasserwirtschaft Spezialfahrzeuge

Die Stadt Hagen ist im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge zur Aufstellung eines konkreten „Hochwasseralarm- und Einsatzplans“ und zur Umsetzung dieser Maßnahmen im Sinne des Hochwasserschutzgesetzes auch im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz verpflichtet. Dieser „Alarmplan Hochwasser“ soll Bestandteil des Katastrophenschutzplanes der Stadt Hagen werden. Im Rahmen des Hochwassermanagementplanes NRW gibt es eine gesetzlich definierte Meldepflicht der Unteren Wasserbehörde an die Bezirksregierung Arnsberg mit Fortschreibungspflicht alle 6 Jahre.

Auszahlungen für die Anschaffung von mehreren Mehrzweckfahrzeugen sind in einer Gesamthöhe von 290.000 € vorgesehen.

Teil 2

Investitionsmaßnahmen mit Zuständigkeit einer einzelnen Bezirksvertretung

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Haushaltsplan 2020/2021

 verantwortlich:
 FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

 1.12.70 Rettungsdienst
 Bezirk: MI / Mitte


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Rettungsw. Haßley										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen					80.000	225.000				225.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)					80.000	225.000				225.000
= Summe					80.000	225.000				

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000388 Rettungswache Haßley

Ein Umbau ist Bestandteil der Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Hagen (Ratsbeschluss vom 05.10.2017, siehe Vorlage 0661/2017). Ein Anbau für die Erweiterung als Rettungswache entfällt aufgrund der Erkenntnisse aus den Arbeiten am neuen Brandschutzbedarfsplan. Es sind jedoch Umbaumaßnahmen notwendig, um die vorhandene Gebäudestruktur zur Rettungswache zu ertüchtigen.

Für die Anpassungen des Gerätehauses Gasstr. zur Rettungswache wurden in 2022 Mittel in Höhe von 225.000 € geplant.

Für die Vergabe von Planungsleistungen und ersten Aufträgen ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 € in 2021 vorgesehen. Diese Verpflichtungsermächtigung wird in 2022 kassenwirksam.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
GS Emil-Schumacher (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										7.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										7.000
GS Meinolf/FS Erich-K.(Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										16.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										16.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
GS Goldberg (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000								
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		100.000								
GS Meinolf - Umbaumaßnahmen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000							100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000							100.000
= Summe		100.000	100.000							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.16 Sekundarschulen

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Altenh. Sek. Schule (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	3.933								3.933	114.100
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.933								3.933	114.100
Liselotte-Funcke (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		125.000	0							125.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		125.000	0							125.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard
1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder
Bezirk: MI / Mitte


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Kita Cunostr. 106,Fassade/Dach										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	417.248								417.248	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	417.248								417.248	
Kita Cunostr. 106,Ern. Heizung KInvFG										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	31.984								31.984	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	31.984								31.984	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Kita Cunostr. 106, Sanierung WC-Anlagen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	18.850								18.850	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	18.850								18.850	
Aussenspielfläche KITA Gutenbergstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										190.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										190.000
= Summe	468.082									

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Stadtteil Wehringhsn. Projekt Soz. Stadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-917.096	-1.140.800	-1.150.000	-1.018.000		-376.000	-536.000		-917.096	-7.520.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	1.163.587	1.426.000	1.485.500	1.342.000		495.000	725.000		1.163.587	9.400.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	246.491	285.200	335.500	324.000		119.000	189.000		246.491	1.880.000
= Summe	246.491	285.200	335.500	324.000		119.000	189.000			

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000231 Stadtteil Wehringhausen, Projekt Soziale Stadt

Für das Projekt Soziale Stadt Wehringhausen sind mehrere Maßnahmen innerhalb des Gesamtpakets geplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Ern. Lüftungsanlage Sporth. Mittelstadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-1.755.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										1.950.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										195.000
Sporthalle Mittelstadt										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	11.619								11.619	570.766
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	11.619								11.619	570.766
= Summe	11.619									

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

5.000289 Erneuerung Lüftungsanlage Sporthalle Mittelstadt

Mitteinplanung für 2018 in Höhe von 900.000 Euro. Die Refinanzierung erfolgt aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW (90%) und Mitteln der Sportpauschale und Bildungspuschale (10%).

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Verbreiterung Marktbrücke MärkischerRing										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-2.093.500			-1.980.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	237.371	100.000	1.361.000	3.000.000	3.675.500	2.600.000	226.000		237.371	7.790.800
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	237.371	100.000	361.000	2.000.000	3.675.500	1.600.000	-1.867.500		237.371	5.810.800
Bahnhofshinterfahung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-3.993.100	-4.984.000	-2.640.000						-3.993.100	-42.490.700
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude	271								271	
- Auszahlung Baumaßnahmen	5.631.111	8.000.000	4.236.000						5.631.111	59.765.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.638.282	3.016.000	1.596.000						1.638.282	17.274.300

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Erschließung Bredelle / Feithstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										-378.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	2.852								2.852	600.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	2.852								2.852	222.000
Straßenerneuerung Kamannstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-193.300							-260.470
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										447.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			-193.300							186.530

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Ruhrstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-224.500							-224.500
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	37.616								37.616	554.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	37.616		-224.500						37.616	329.500
Straßenerneuerung Christian-Rohlf's-Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-262.645								-262.645	-244.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										750.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-262.645								-262.645	506.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Weserstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-115.150							-115.200
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	4.027								4.027	257.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.027		-115.150						4.027	141.800
Straßenerneuerung Am Ischeland										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-314.660						-314.700
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	30.758								30.758	710.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	30.758			-314.660					30.758	395.300

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Straßenerneuerung Rheinstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0		-240.000				-240.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		502.000	100.000							703.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		502.000	100.000	0		-240.000				463.000
Straßenerneuerung Randweg										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0		-556.000				-556.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	5.203	148.000	892.000						5.203	1.105.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	5.203	148.000	892.000	0		-556.000			5.203	549.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Am Rastebaum										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen		-372.240								-411.500
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										522.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		-372.240								110.500
Reaktivierung von Gewerbebrachen										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-368.000								-2.375.680
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	140.391	460.000							140.391	3.239.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	140.391	92.000							140.391	863.320

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Lärminderung Saarlandstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										-2.340.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		1.200.000	2.100.000							2.600.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		1.200.000	2.100.000							260.000
Parkleitsyst.Lückenschluss Theatervorpl.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										46.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										46.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Hönnestr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen			-84.600							-84.600
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	16.723								16.723	235.449
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	16.723		-84.600						16.723	150.849
KAG Maßnahme Stadtgartenallee										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen						-207.000				-207.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		230.000	34.000							264.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		230.000	34.000			-207.000				57.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
KAG Maßnahme Richard-Wagner-Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen							-266.500			-266.500
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000	461.000							561.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		100.000	461.000				-266.500			294.500
Tunnelverlängerung Hbf/"Westside"										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		200.000	200.000	200.000						700.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		200.000	200.000	200.000						700.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Brücke Eckeseyer Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			150.000	500.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			150.000	500.000						
Brücke Badstr										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			120.000	200.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			120.000	200.000						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Fuhrparkbrücke										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			390.000	650.000						
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			390.000	650.000						
Umgestaltung Bahnhofstr. (Fahrrad)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung						-243.750	-243.750			
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen						325.000	325.000			
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						81.250	81.250			

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Graf-von-Galen-Ring Fahrbahnquerung										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen						50.000				
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)						50.000				
Umgestaltung Augustastr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-20.250		-105.000				
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen				27.000	45.000	140.000				
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				6.750	45.000	35.000				

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Radstreifen zw. Boeler Ring/Lützowstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen						125.000				
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)						125.000				
= Summe	1.850.579	5.215.760	5.786.450	3.242.090	3.720.500	888.250	-2.052.750			

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000065 Verbreiterung Marktbrücke Märkischer Ring

Der Zuwendungsbescheid von der Bezirksregierung Arnsberg wurde erteilt. Derzeit befindet sich das Umleitungskonzept in der Planung, welches auch den Bau des Kreisverkehrs Eilper Straße / Volmetalstraße beinhaltet, der direkt vor dem Bau der Marktbrücke erfolgen soll. Der WBH bereitet derzeit die Ausschreibung beider Maßnahmen vor. Die Vergabe soll noch in 2019 erfolgen.

Der Bau der Marktbrücke soll unter Vollsperrung erfolgen, da sich somit die Bauzeit der Gesamtmaßnahme um ca. 1 Jahr verkürzt und die Gesamtkosten der Maßnahme reduziert werden konnten. Insgesamt geht der WBH von 2 Jahren Bauzeit aus.

5.000066 Bahnhofshinterfahung

Der erste Bauabschnitt ist komplett fertiggestellt, der Straßenbau ist bereits durch den WBH abgerechnet. Der zweite Bauabschnitt ist auch abgeschlossen, die beiden Brückenbauwerke (Ennepe Brücke Nord und Volmebrücke) und die Stützwände entlang der Bahntrasse sind fertiggestellt. Es sind allerdings von der Baufirma noch Mängel zu

beseitigen. Der dritte Bauabschnitt umfasst den Neubau der Eckeseyer Brücke mit den dazugehörigen Stützwänden, dieser Bereich befindet ebenfalls kurz vor der Fertigstellung. Der vierte und letzte Bauabschnitt der Maßnahme (Ennepe Brücke süd, mit Lärmschutzwand) befindet sich derzeit noch im Bau. Laut Aussage des WBH ist mit der Fertigstellung und Verkehrsfreigabe der Gesamtmaßnahme Ende 2019 zu rechnen.

- 5.000200** **Straßenerneuerung Kamannstr.**
- 5.000201** **Straßenerneuerung Ruhrstr.**
- 5.000207** **Straßenerneuerung Weserstr.**
- 5.000208** **Straßenerneuerung Am Ischeland**

Die oben genannten KAG/BauGB- Maßnahmen sind baulich fertig gestellt. In den Jahren 2020/2021 sind die Beitragseinnahmen geplant.

- 5.000209** **Straßenerneuerung Rheinstr.**
- 5.000210** **Straßenerneuerung Randweg**

Für die Fertigstellung der Straßenerneuerung Rheinstr. und Randweg sind Schlussfinanzierungsraten in 2020 eingeplant.

- 5.000275** **Lärminderungsmaßnahme Saarlandstr.**

Im Rahmen dieser Baumaßnahme soll die Saarlandstraße mit einer Gesamtlänge von ca. 2.160 m erneuert werden. Geplant ist der Ausbau von der Kreuzung Eduard Müller Straße /Saarlandstraße bis zur Brücke über die Flensburgstraße/Berchumer Straße. Zusätzlich müssen auch die Auf- und Abfahrten zur Feithstraße erneuert werden. Im kompletten Abschnitt sollen lärmindernder Asphalt und lärmgeminderte Fahrbahnübergänge eingebaut werden. Auf der Brücke über die Flensburgstr./ Berchumer Str. wird eine Lärmschutzwand entstehen.

Die Maßnahme wird im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) durchgeführt, wodurch eine Bezuschussung von 90 % zu erwarten ist.

- 5.000286** **Straßenerneuerung Hönnestr.**

Die KAG-Maßnahme ist baulich fertig gestellt. In 2020 sind die Beitragseinnahmen geplant.

- 5.000338** **KAG-Maßnahme Stadtgartenallee**
- 5.000339** **KAG-Maßnahme Richard-Wagner-Str.**

Die angemeldeten KAG-Maßnahmen sind im Rahmen der regelmäßigen Koordinierungsgespräche zwischen WBH, Mark E und Stadt Hagen abgestimmt. Zusätzlich zu den Beitragseinnahmen erfolgt zum Teil eine Kostenbeteiligung der Ver- und Entsorgungsträger an den Herstellungskosten der Straße, sodass für die Stadt Hagen diese Maßnahmen möglichst günstig realisiert werden können.+

- 5.000362** **Tunnelverlängerung Hbf/"Westside"**

Im Rahmen der Entwicklung der sanierten Gewerbebrache "Westside" soll die Personenunterführung im Hbf Hagen, die heute nur bis zu den Personengleisen führt, verlängert und durch einen Ausgang mit der "Westside" verbunden werden. Hierfür sind entsprechende Planungskosten vorgesehen.

5.000392 Brücke Eckeseyer Str.

Bei der Brücke Eckeseyer Str. handelt es sich um ein systemrelevantes Bauwerk. Vor diesem Hintergrund sollte überprüft werden, ob diese Brücke unter Verkehr erneuert werden kann. Bei dieser Überprüfung durch stellte sich heraus, dass auch die Eckeseyer Brücke spannungsrissskorrosionsgefährdet ist. Ein Ersatzneubau ist daher erforderlich. Für diese Maßnahme wird ein Zuschussantrag für Infrastrukturzuschüsse des Landes gestellt. Gleichzeitig erfolgt der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, die auch eine Kostenbeteiligung der Deutschen Bahn zur Folge haben kann.

5.000396 Brücke Badstr

Im Rahmen der regelmäßigen Brückenprüfungen wurden Schäden festgestellt, die mittelfristig die Standfestigkeit beeinträchtigen. Ein Ersatzneubau ist daher erforderlich. Zunächst werden Planungsmittel im Haushalt veranschlagt.

5.000397 Fuhrparkbrücke

Im Rahmen der regelmäßigen Brückenprüfungen wurden Schäden festgestellt, die mittelfristig die Standfestigkeit beeinträchtigen. Ein Ersatzneubau ist daher erforderlich. Als Sofortmaßnahme wird eine Notunterstützung derzeit geplant und aus Unterhaltungsmitteln hergestellt. Hier sind zunächst Planungsmittel für einen Ersatzneubau eingestellt. Für diese Maßnahme wird ein Zuschussantrag für Infrastrukturzuschüsse des Landes gestellt. Gleichzeitig erfolgt der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn, die auch eine Kostenbeteiligung der Deutschen Bahn zur Folge haben kann.

5.000434 Umgestaltung Bahnhofstr. (Fahrrad)

Der Zuschussantrag für den Umbau der Bahnhofstraße soll in 2021 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2022 gerechnet.

5.000438 Umgestaltung Augustastr.

Der Zuschussantrag für den Umbau der Augustastr. zur Fahrradstraße soll in 2020 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2021 gerechnet.

5.000442 Radstreifen zw. Boeler Ring/Lütowstr.

Auf der Feithstr./ Hagener Str., zwischen Boeler-Ring und Lütowstr., soll ein Radfahrstreifen angelegt werden. Es soll allerdings auch die Alternative über die Beethovenstr. in diesem Zusammenhang geprüft werden.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: MI / Mitte



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze			Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+	Summe der investiven Einzahlungen								
2	-	Summe der investiven Auszahlungen			22.000	33.000		20.000		
3	=	Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			22.000	33.000		20.000		

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000414 FGÜ Boeler Str.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Sankt Barbara Heim, Boeler Str., ist die Einrichtung eines Fußgängerüberweges vorgesehen.

5.000441 Radstreifen Altenhagener Str.

Zwischen der Altenhagener Brücke und Boeler Str. soll ein Radfahrstreifen oder Schutzstreifen angelegt werden. Bei nicht ausreichenden Fahrbahnbreiten kann Tempo 30 angeordnet werden.

5.000444 Beschilderung Remberg/Eppenhauser Str.

Auf der Rembergstr. treten vermehrt Unfälle im Längsverkehr auf. Diese sind vermutlich auf Radfahrende im Gegenverkehr und das geringe Platzangebot zurückzuführen. Aufgrund des geringen Platzangebotes und der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h ist die Situation für den Radverkehr insgesamt als schwierig zu bewerten. Hier könnte von der neuen Regelung der StVO Gebrauch gemacht und eine Senkung der Fahrgeschwindigkeit auf 30 km/h geprüft werden.

5.000446 Radweg Remberg/Rathausstr.

Markierung mit rotem Asphalt der Radverkehrsfurten zwischen Rembergstr. und Rathausstr.

5.000448 Radweg Brücke Badstr.

Umnutzung der seitlichen Sperrfläche für den Radverkehr und Absenkung der Bordsteine.

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-I	Bezeichnung	2020	2021	2022
5.000414	FGÜ Boeler Str.	20.000		
5.000441	Radstreifen Altenhagener Str.		25.000	
5.000444	Beschilderung Remberg/Eppenhauser Str.	2.000		
5.000446	Radweg Remberg/Rathausstr.			20.000
5.000448	Radweg Brücke Badstr.		8.000	
Summe		22.000	33.000	20.000

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Grundschule Hilfe, Anbau Pavillon										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										450.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										450.000
GS Freiherr-vom-Stein (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										81.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)										81.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
GS Goethe (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	234.474	500.000	245.000						234.474	1.715.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	234.474	500.000	245.000						234.474	1.715.000
GS Hilfe (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	108.110	650.000	145.000						108.110	1.795.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	108.110	650.000	145.000						108.110	1.795.000
= Summe	342.584	1.150.000	390.000							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze

Im Rahmen des Investitionsprogramms Gute Schule 2020 sind im Teilplan 2111 Grundschulen für das Haushaltsjahr 2020 die folgenden Einplanungen vorgenommen worden:

PSP-I	Bezeichnung	2020
5.000316	GS Goethe (Gute Schule 2020)	248.000 €
	Ersatz - Pavillon (2.gesch. /4 Klassen)	
5.000317	GS Hilfe (Gute Schule 2020)	145.000 €
	Ersatz - Pavillon	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.60 Jugendarbeit

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Bolzplatz Dortmunder Str./Posener Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										87.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										87.000
= Summe										

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Sportanlage Boele/Kabel/Helfe(Gute Sch.)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	852.085								852.085	1.660.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	852.085								852.085	1.660.000
Umkleidegebäude Spl. Alexanderstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen				300.000	50.000					300.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				300.000	50.000					300.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Kunstrasen Spl. Alexanderstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			960.000							1.100.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			960.000							1.100.000
= Summe	852.085		960.000	300.000	50.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze
5.000469 Umkleide Alexanderstr.

Mitteleinplanung in Höhe von 300.000 € für den Anbau zur Vergrößerung der Nutzfläche des Umkleidegebäudes Alexanderstr : Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Sportpauschale.

In 2020 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000 €, die in 2021 kassenwirksam wird, für die Vergabe von Planungsleistungen geplant.

5.000470 Kunstrasen Sportplatz Alexanderstr.

Mitteleinplanung in Höhe von 960.000 €: Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Sportpauschale.

In 2019 erfolgt die Anfinanzierung der Maßnahme in Höhe von ca. 140.000 € für Planung und Voruntersuchungen.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 61 Hammerschmidt, B.

1.51 Räumliche Planung und Entwicklung

1.51.10 Raumplanungen

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
IHK Harkort/Hengsteysee										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			0	0						
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		40.000	0	0						80.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		40.000	0	0						80.000
= Summe		40.000	0	0						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Buschmühlenstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-644.351			0		-117.467			-644.351	
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	13.885	914.000	430.000						13.885	1.740.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-630.467	914.000	430.000	0		-117.467			-630.467	1.740.000
Fuß- und Radwegbrücke im Lennetal										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	128.757								128.757	483.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	128.757								128.757	483.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Hagener Str., Mittelseln										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										57.500
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)										57.500
Kreisverkehr Sporbecker Weg/Wolfskuhler										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			23.000	150.000						173.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			23.000	150.000						173.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Endausbau Dr.-Lammert-Weg										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-111.182			-455.498			
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	623.000	623.000					723.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000	511.818	623.000		-455.498			723.000
= Summe	-501.710	914.000	553.000	661.818	623.000	-117.467	-455.498			

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgelegten Wertgrenze
5.000197 Straßenerneuerung Buschmühlenstr.

Die Maßnahme befindet sich im Bau. Mit dem Abschluss der Arbeiten wird voraussichtlich Ende Oktober gerechnet.

5.000394 Kreisverkehr Sporbecker Weg/Wolfkuhler

Aufgrund immer wiederkehrender Diskussionen zur Verbesserung der Verkehrsführung im Bereich des Kreuzungspunktes Sporbecker Weg / Wolfkuhler Weg bezüglich besserer Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger, Rangierschwierigkeiten der verkehrenden Buslinie sowie Geschwindigkeitsreduzierung soll der Kreuzungsbereich Sporbecker Weg / Ecke Wolfkuhler Weg neu gestaltet werden. Zur Verbesserung der Situation unter den Stichworten „Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs“ ist die bauliche Umgestaltung der Kreuzung durch Anlage eines Minikreisverkehrs in Höhe des Sporbecker Wegs vorgesehen.

5.000431 Endausbau Dr.-Lammert-Weg

Die für das Baugebiet am Dr.-Lammert-Weg hergestellte Straße wird nach Abschluss der Bauarbeiten in der Siedlung endausgebaut.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: NO / Nord



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen			45.500	20.000				
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			45.500	20.000				

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000416 Zaunanlage Europaplatz

Bei einer Kontrolle der öffentlichen Grünfläche im Bereich des Europaplatzes in Vorhalle ist durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen festgestellt worden, dass sich die in Holzbauweise errichtete Sichtschutzwand in einem nicht mehr verkehrssicheren Zustand befindet. Aus diesem Grund ist die vorhandene Sichtschutzwand schnellst möglich zurück zu bauen. Als Nachfolgelösung ist die Errichtung eines Drahtmattenzaunes vorgesehen.

5.000443 Kreisverkehr Herdecker Str./Weststr.

Der Kreisverkehr Herdecker Str./ Weststr. gehört zu einem Unfallschwerpunkt für Radfahrende in Hagen. Dennoch wird der Kreisverkehr von Radfahrenden durchfahren. Um sicher auf den angrenzenden Geh- und Radweg zu gelangen, wird eine Zufahrt auf den Geh- und Radweg angestrebt.

5.000445 Nebenfahrbahn Weststr.

Umschilderung und Ummarkierung der Nebenfahrbahn der Weststr. (zwischen Volmarsteiner Str. und Untere Lindenstr.). Ausbau der Knotenpunkte entlang der Nebenfahrbahn durch Aufpflasterung zur Einrichtung der Bevorrechtigung des Radverkehrs.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: NO / Nord

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000416	Zaunanlage Europaplatz	35.500				
5.000443	Kreisverkehr Herdecker Str./Weststr.	10.000				
5.000445	Nebenfahrbahn Weststr		20.000			
Summe:		10.000	20.000			

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.15 Realschule

Bezirk: HO / Hohenlimburg



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
RS Hohenlimburg (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	77.488								77.488	102.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	77.488								77.488	102.000
= Summe	77.488									

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.17 Gymnasien, Kollegs

Bezirk: HO / Hohenlimburg



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
GYM Hohenlimburg - 3 NW Räume										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	100.000	50.000					200.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000	100.000	50.000					200.000
= Summe			100.000	100.000	50.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000421 GYM Hohenlimburg – 3 NW Räume

Die Maßnahme Einrichtung von drei Naturwissenschaftlichen Räumen im Gymnasium Hohenlimburg wird in 2020 und 2021 jeweils mit einem Ansatz in Höhe von 100.000 € eingeplant. Die Finanzierung erfolgt in voller Höhe aus Mitteln der Bildungspauschale. Es ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in 2020 zu Lasten 2021 in Höhe von 50.000 € für die Vergabe von Bauleistungen eingeplant.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HO / Hohenlimburg



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Beseitigung Bahnübergang Herrenstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung									-1.172.868	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	288.154								2.460.610	18.260.900
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	288.154								1.287.742	18.260.900
Straßenerneuerung Kaiserstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										-520.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	4.383								4.383	605.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	4.383								4.383	85.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HO / Hohenlimburg



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Holthäuser Straße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-354.937								-354.937	-465.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	-29.348								-29.348	1.167.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-384.285								-384.285	702.000
Lenne-Radweg, Grenze Iserlohn - Isernb.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-100.000	0	0		-75.000	-712.500	-592.500		-787.500
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		150.000	0	0	200.000	100.000	950.000	790.000		1.200.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		50.000	0	0	200.000	25.000	237.500	197.500		412.500

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HO / Hohenlimburg



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
KAG Maßnahme Lievinstraße										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0		-300.490				-300.490
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		300.000	170.700							470.700
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		300.000	170.700	0		-300.490				170.210
KAG Maßnahme Bungstockstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		100.000	0							
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		100.000	0							
= Summe	-91.748	450.000	170.700	0	200.000	-275.490	237.500	197.500		

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000334 Lenne-Radweg, Grenze Iserlohn – Isernb.

Im Rahmen der Maßnahme ist es beabsichtigt für den Lenneradweg den Bauabschnitt zwischen Stennertstr. und Stadteingang aus Richtung Iserlohn zu realisieren. Der Zuschussantrag für den Bau des Lenneradwegs soll in 2021 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2022 gerechnet.

5.000340 KAG-Maßnahme Lievinstr.

5.000342 KAG-Maßnahme Bungstockstr.

Die angemeldeten KAG-Maßnahmen sind im Rahmen der regelmäßigen Koordinierungsgespräche zwischen WBH, Mark E und Stadt Hagen abgestimmt. Zusätzlich zu den Beitragseinnahmen erfolgt zum Teil eine Kostenbeteiligung der Ver- und Entsorgungsträger an den Herstellungskosten der Straße, sodass für die Stadt Hagen diese Maßnahmen möglichst günstig realisiert werden können.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HO / Hohenlimburg



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen	21.770							
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	21.770							

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 69 Braun Dr., Ralf-R.

1.55 Natur- und Landschaftspflege

1.55.20 Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft

Bezirk: HO / Hohenlimburg

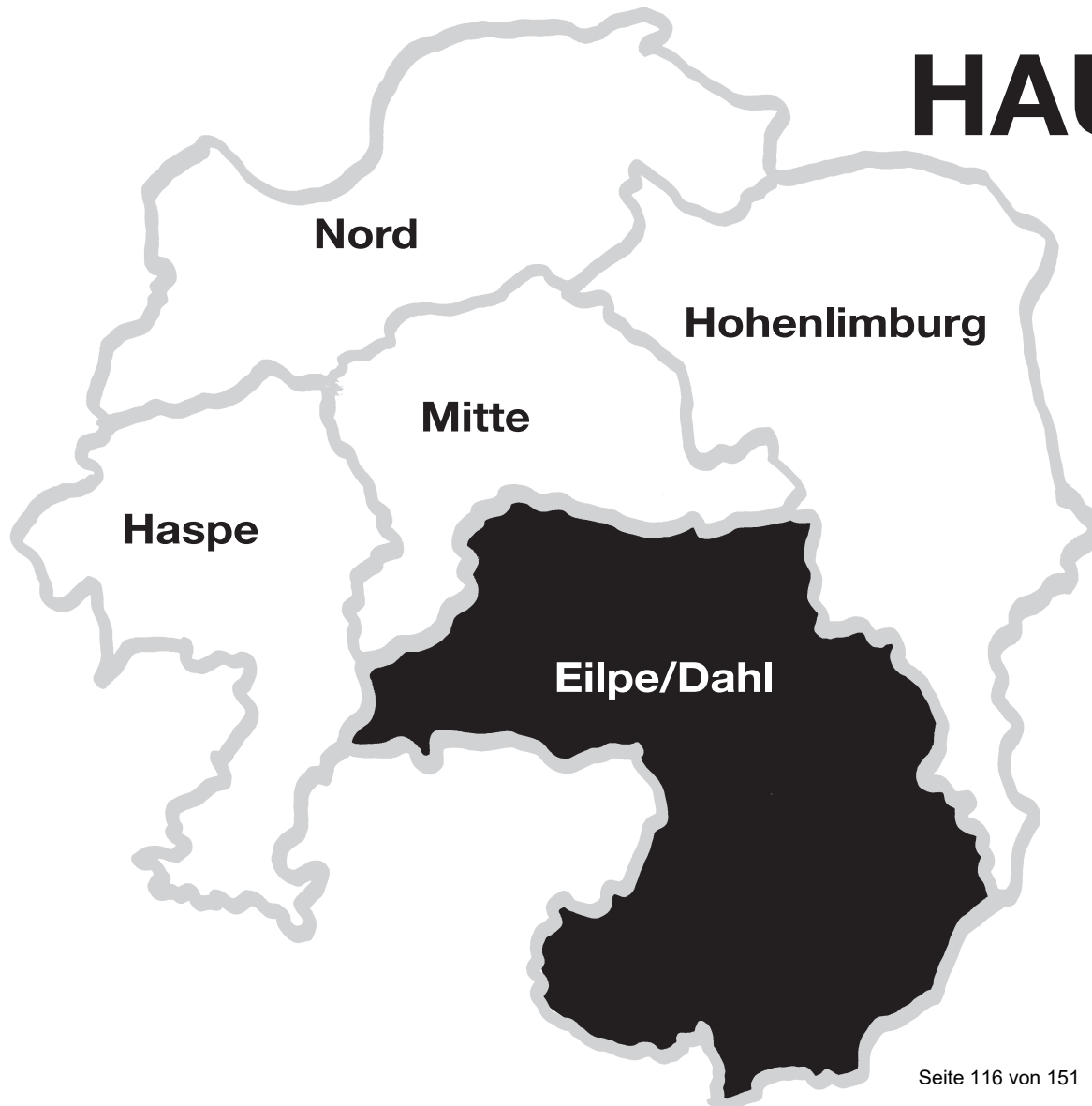


Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Umgestaltung Lenne/Verlegung Radwege										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-90.000	-1.890.000	-4.700.000						-90.000	-6.480.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		2.100.000	4.150.000							7.600.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-90.000	210.000	-550.000						-90.000	1.120.000
= Summe	-90.000	210.000	-550.000							

5.000301 Umgestaltung Lenne/Umlegung Radweg

Einplanung der 3. Finanzierungsrate in 2020 in Höhe von 4.150.000 €.
Zuwendungen sind in Höhe von 4.700.000 € zu berücksichtigen.

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 37 Lenke, Veit

1.12 Sicherheit und Ordnung

1.12.70 Rettungsdienst

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Rettungswache Dahl										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			800.000							
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			800.000							
= Summe			800.000							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000386 Rettungswache Dahl

Für den Umbau/ die Erweiterung des Gerätehauses Dahl zur Rettungswache wurden in 2020 Mittel in Höhe der Gesamtkosten von 800.000 € geplant. Der Umbau ist Bestandteil der Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Hagen (Ratsbeschluss vom 05.10.2017, siehe Vorlage 0661/2017).

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
An- und Umbau Kita Franzstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-570.000						-570.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	1.400.000	1.400.000					1.500.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			100.000	830.000	1.400.000					930.000
= Summe			100.000	830.000	1.400.000					930.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

Die für den Planungszeitraum 2020/2021 eingeplanten Neubaumaßnahmen im Kita-Bereich stellen sich wie folgt dar:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021
5.000400	An- und Umbau Kita Franzstr.	100.000 €	830.000 €
Summe:		100.000 €	830.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL SZS Raab, Karsten-T.

1.42 Sportförderung

1.42.10 Sportstätten und -förderung

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Kunstrasenplatz Sportplatz Dahl										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	50.000								50.000	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	710.278								710.278	787.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	760.278								760.278	787.000
= Summe	760.278								760.278	787.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Schlössersbusch										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-436.000						-436.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	291.270								291.270	556.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	291.270			-436.000					291.270	120.000
Inst. Straßen GVFG Rummenohler Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-16.100	-102.680							-16.100	-417.600
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	56.404	136.600							56.404	1.482.400
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	40.304	33.920							40.304	1.064.800

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Ern. BÜ Heedfelder Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-87.503								-87.503	-283.300
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	61.217		400.000						61.217	934.600
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-26.286		400.000						-26.286	651.300
Ern. Straßenüberführung Lückoge										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	10.871								10.871	357.100
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	10.871								10.871	357.100

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
KAG Maßnahme Hüttenbergstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0		-459.000				-459.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		410.000	160.000							570.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		410.000	160.000	0		-459.000				111.000
Kreisverkehr Eilper Str./Volmetalstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung		-160.000								-165.800
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		250.000								250.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		90.000								84.200

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Absenkung Im Hamperbach										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			41.000	120.000						161.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			41.000	120.000						161.000
= Summe	316.159	533.920	601.000	-316.000		-459.000				

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze
5.000225 Inst. Straßen GVFG Rummenohler Str.

Im Rahmen der Maßnahme wird zum einen das bestehende unterirdische Brückenbauwerk über den Sterbeckebachlauf erneuert (Anteile dieser Erneuerung sind auch Bestandteil der EKrG-Maßnahme Heedfelder Straße) und zum anderen ist die Sanierung der Fahrbahndecke im Bereich zwischen dem Bahnübergang und der Stadtteilgrenze Rummenohl in Fahrtrichtung Hagen und der barrierefreie Ausbau der beiden Bushaltestellen geplant. Der Neubau des Brückenbauwerks ist bereits abgeschlossen. Mit der Deckensanierung wird voraussichtlich im Herbst 2019 begonnen.

5.000255 Ern. BÜ Heedfelder Str.

Veranlasser der Maßnahme ist die DB AG mit der Umgestaltung des Bahnübergangs. In dem Zuge dieser Maßnahme wurde ein Teil des Brückenbauwerks über den Sterbeckebachlauf erneuert. Die Maßnahme ist, mit Ausnahme einer Zeitenänderung an der Lichtsignalanlage, baulich abgeschlossen. Da es auf Seiten der DB AG zu einer erheblichen Kostensteigerung gekommen ist, die die Stadt Hagen in der Form nicht akzeptieren wird, wird sich die Abrechnung der Maßnahme noch hinziehen.

5.000341 KAG-Maßnahme Hüttenbergstr.

Die angemeldete KAG-Maßnahmen ist im Rahmen der regelmäßigen Koordinierungsgespräche zwischen WBH, Mark E und Stadt Hagen abgestimmt. Zusätzlich zu den Beitragseinnahmen erfolgt zum Teil eine Kostenbeteiligung der Ver- und Entsorgungsträger an den Herstellungskosten der Straße, so dass für die Stadt Hagen diese Maßnahme möglichst günstig realisiert werden kann.

5.000361 Kreisverkehr Eilper Str./Volmetalstr.

Die Einmündung der Eilper Straße in die Volmetalstraße ist ein lichtsignalgesteuerter, hochbelasteter innerstädtischer Knotenpunkt im Zuge der B54. Seine Lage unmittelbar an der Volme und in topografisch bewegtem Gelände bietet nur wenig Flächenverfügbarkeit für die straßenbauliche Anlage.

Unmittelbarer südöstlich des Knotens beginnt das langgezogene Brückenbauwerk der Volmetalstraße. Eine Aufweitung für eine Linksabbiegespur in Richtung Eilper Straße aus Richtung Südosten ist infolge der räumlichen Enge zwischen aufgehendem Fels und Volme nicht möglich. Die Planung sieht vor, eine Vollarbindung in diesem Einmündungsbereich durch Umbau zu einem Kreisverkehr zu erreichen.

Der Zuwendungsbescheid wurde von der Bezirksregierung Arnsberg erteilt. Die Maßnahme wird zusammen mit dem Neubau der Marktbrücke ausgeschrieben. Die gemeinsame Vergabe soll noch in 2019 erfolgen. Der Baubeginn ist für März 2020 geplant, die Bauzeit beträgt ca. 3 Monate. Erst nach Verkehrsfreigabe des Kreisverkehrs kann mit dem Neubau der Marktbrücke begonnen werden. Zeitliche Verluste zwischen den beiden Maßnahmen können durch die Vergabe an einen Unternehmer ausgeschlossen werden.

5.000390 Absenkung Im Hamperbach

Um eine Durchfahrt für den Lieferverkehr der ansässigen Betriebe zu ermöglichen, muss die aktuelle Durchfahrtshöhe der Brücke erhöht werden. Hierfür wird die Straße um rund 0,2 Meter abgesenkt.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: EI / Eilpe - Dahl



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen			55.000					
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			55.000					

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:
FBL 65 Bald, Volker

1.11 Innere Verwaltung

1.11.30 Gebäudewirtschaft
Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Auszahlungen
Umbau Lehrküche zu Klassenraum RS Haspe										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	16.853								16.853	
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	16.853								16.853	
= Summe	16.853								16.853	

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 48 Becker, Jochen

1.21 Schulträgeraufgaben

1.21.11 Grundschulen

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
GS Gewecke (Gute Schule 2020)										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	9.220								9.220	49.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.220								9.220	49.000
= Summe	9.220								9.220	49.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Neubau KITA Jungfernbruch										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung			-1.140.000							-1.140.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			3.000.000							3.000.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			1.860.000							1.860.000
Neubau Kita Markanaplatz										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung				-1.140.000						-1.140.000
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			300.000	2.700.000	2.700.000					3.000.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			300.000	1.560.000	2.700.000					1.860.000
= Summe			2.160.000	1.560.000	2.700.000					3.720.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 55 Goldbach, Reinhard

1.36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.36.50 Tageseinrichtungen für Kinder

Bezirk: HA / Haspe

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

Die für den Planungszeitraum 2020/2021 eingeplanten Neubaumaßnahmen im Kita-Bereich stellen sich wie folgt dar:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021
5.000385	Neubau Kita Jungfernbruch	3.000.000 €	
5.000401	Markanaplatz	300.000 €	2.700.000 €
Summe:		110.000 €	240.000 €

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
SU Haspe, 2. BA Voerder- bis Hördenstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-80.700								-14.345.240	
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen									16.531.817	19.486.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-80.700								2.186.577	19.486.000
Straßenerneuerung Rönsselstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-2.400								-2.400	-90.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										139.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-2.400								-2.400	49.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Straßenerneuerung Brusebrink/Lerch.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen	-23.089								-23.089	-300.000
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen										448.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-23.089								-23.089	148.000
Straßenerneuerung Detmolder Str.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				-383.300						-383.300
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	346.802								346.802	679.200
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	346.802			-383.300					346.802	295.900

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Fußweg Haus Harkorten										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		150.000								150.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		150.000								150.000
Ern. Straßenüberführung Romachstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			100.000	325.000	325.000					429.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			100.000	325.000	325.000					429.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Inst. Straßen GVFG Enneper Str. II										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung	-102.500	-778.000	-200.000						-102.500	-1.976.100
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen	497.226	2.036.000	400.000						497.226	3.988.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	394.726	1.258.000	200.000						394.726	2.011.900
KAG Maßnahme Büddingstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen				0						
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen		200.000								
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		200.000		0						

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus- zahlungen
Lärmschutzschleuse Kurt-Schumacher-Ring										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			50.000							50.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			50.000							50.000
Erschließung Sportplatz Quambusch										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen			200.000	840.000	840.000		415.000			1.455.000
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			200.000	840.000	840.000		415.000			1.455.000

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024	bis einschl. 2018 realisiert	Gesamt Ein-/ Aus-zahlungen
Deckensanierung Hammerstr.										
+ Einzahlung aus Investitionszuwendung										
+ Weitere investive Einzahlungen										
- Auszahlung Erwerb Grundstücke / Gebäude										
- Auszahlung Baumaßnahmen							327.000			
- Weitere investive Auszahlungen										
= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)							327.000			
= Summe	635.338	1.608.000	550.000	781.700	1.165.000		742.000			

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze

5.000218 Straßenerneuerung Detmolder Str.

Die BauGB-Maßnahme ist baulich fertig gestellt. In 2021 sind die Beitragseinnahmen geplant.

5.000258 Ern. Straßenüberführung Romachstr.

Die Brücke stellt die befahrbare Erschließung eines städtischen Grundstücks zwischen dem Hasper Bach und der Romachstraße dar. Die städt. Fläche ist mit einem Bolzplatz, einer Kleingartenanlage und mehreren Schuppen bebaut. Innerhalb der städtischen Fläche befindet sich ein Privatgrundstück Romachstr. 3, das aufgrund der Topographie nur fußläufig über die Romachstraße zu erreichen ist. Folglich ist die verkehrliche Erschließung, somit auch der Rettungsweg für beide Grundstücke über die Brücke sicherzustellen.

5.000272 Ausbau Enneper Straße II

Der Ausbau beginnt an der Stadtgrenze zu Gevelsberg, hier werden die von der Stadt Gevelsberg auf ihrem Stadtgebiet nicht ausgebauten Teile von Seiten der Stadt Hagen mitausgebaut, da aus Planungsgründen sonst ein Anschluss problematisch geworden wäre. Der Ausbau endet in Höhe der Straße „An der Wacht“, somit ist die Baustrecke knapp 800 m lang.

Im Rahmen dieser Baumaßnahme ist ein Vollausbau mit kompletter Neugliederung des bestehenden Verkehrsraumes geplant. Die Maßnahme umfasst den Bau von beidseitigen nicht benutzungspflichtigen Radwegen mit den jeweiligen Sicherheitsstreifen, den Bau von Mittelinseln, den Bau einer Mittenflexibilität sowie die Integrierung des ÖPNV und eine ortsgerechte Gestaltung mit Begrünung.

Im Rahmen der Maßnahme werden zudem 4 Bushaltestellen barrierefrei umgestaltet. Die überbreite Fahrbahn der L 700 wird auf die notwendige Breite reduziert, die Gehwege werden ausgebaut und teilweise Parkstreifen vorgesehen. Insgesamt wird die angemessene Verteilung der Verkehrsflächen für alle Verkehrsarten angestrebt.

Der Zuwendungsbescheid für diese Maßnahme wurde von der Bezirksregierung Arnsberg erteilt. Mit den Bauarbeiten wurde am 10.09.2018 begonnen. Diese sind bereits weit fortgeschritten, sodass mit der Fertigstellung im Frühjahr 2020 zu rechnen ist.

5.000398 Lärmschutzschleuse Kurt-Schumacher-Ring

Die vorhandenen Plexiglasscheiben sind durch Kratzer und Graffiti nicht mehr durchsichtig. Durch die Maßnahme wird die Verkehrssicherheit für Fußgänger im Bereich des Überwegs Kurt-Schumacher-Ring erheblich erhöht.

5.000432 Erschließung Sportplatz Quambusch

Die Erschließung des ehem. Sportplatzes Quambusch wird von der Stadt Hagen als Bauherrin durchgeführt. Aus dem Verkauf der Baugrundstücke können Einnahmen realisiert werden. Zudem sind für die Maßnahme Erschließungsbeiträge nach BauGB zu erwarten.

5.000439 Deckensanierung Hammerstr.

Der Zuschussantrag für den Umbau der Hammerstr. zur Fahrradstraße soll in 2021 eingereicht werden. Mit der Bewilligung wird voraussichtlich in 2022 gerechnet.

Haushaltsplan 2020/2021

verantwortlich:

FBL 60 Schwemin, Burkhard

1.54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.54.10 Öffentliche Infrastruktur

Bezirk: HA / Haspe



Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze		Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2022	Planung 2023	Planung 2024
1	+ Summe der investiven Einzahlungen								
2	- Summe der investiven Auszahlungen			40.000			40.000		
3	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			40.000			40.000		

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze

Aufteilung des jährlichen Gesamtbetrages auf einzelne PSP-Elemente:

PSP-Element	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	2024
5.000436	Querungshilfe An der Kohlenbahn	20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5.000437	Querungshilfe Martinstraße	20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5.000440	Zufahrt Enneperadweg	0 €	0 €	40.000 €	0 €	0 €
Summe:	Auszahlungen	40.000 €	0 €	40.000 €	0 €	0 €

Teil 3

Zusammenstellung der bezirksbezogenen Ansätze für die Gebäudeunterhaltung

Im Haushaltsplan 2020/2021 veranschlagte Mittel zum Zwecke der Gebäudeunterhaltung

- Gesamtübersicht in € -

Beschreibung	Plan 2020	Plan 2021	davon gem. § 10 der Hauptsatzung			
			bezirksbezogen		nicht bezirksbezogen	
			2020	2021	2020	2021
davon Kommunales Investitionsförderungs-gesetz	10.189.500,00	2.100.000,00	5.300.000,00	2.100.000,00	4.889.500,00	0,00
davon Einzelmaßnahmen Bauunterhaltung	1.020.000,00	1.260.000,00	150.000,00	600.000,00	870.000,00	660.000,00
davon Bildungspauschale und Sportpauschale	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Gute Schule 2020	1.159.500,00	0,00	0,00	0,00	1.159.500,00	0,00
Gesamtvolumen Gebäudeunterhaltung	12.369.000,00	3.360.000,00	5.450.000,00	2.700.000,00	6.919.000,00	660.000,00

Die Mittel für die notwendigen Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen sind durch den Fachbereich Gebäudewirtschaft zu bewirtschaften.

Die nicht bezirksbezogenen Mittel aus der Bildungs- und Sportpauschale und dem Kommunalen Investitionsförderungs-gesetz werden als zweckgebundene Mittel separat bewirtschaftet. Die GWH bekommt hierfür die Freigabe.

Investitions- oder Sanierungsmaßnahmen sind seitens des Fachbereichs GWH auch weiterhin mit der Stadt Hagen vorab mit den jeweiligen Fachbereichen/Fachämtern abzustimmen und von diesen freizugeben.

Bezirksbezogene Ansätze für Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen

- nach Teilplan und Bezirk -

Stadtbezirk	Strukturkostenstelle	Voranschlag 2021 in Euro	Voranschlag 2020 in Euro	Voranschlag 2019 in Euro	Voranschlag 2018 in Euro
	Feuerwehr				
<i>Mitte</i>		400.000	100.000	0	0
<i>Nord</i>		0	0	0	0
<i>Hohenlimburg</i>		0	0	0	0
<i>Eilpe/Dahl</i>		0	0	0	0
<i>Haspe</i>		0	0	0	0
Summe:		400.000	100.000	0	0

Stadtbezirk	Strukturkostenstelle	Voranschlag 2021 in Euro	Voranschlag 2020 in Euro	Voranschlag 2019 in Euro	Voranschlag 2018 in Euro
	Grundschulen				
<i>Mitte</i>		1.900.000	2.000.000	5.000	
<i>Nord</i>		0	0		
<i>Hohenlimburg</i>		0	0		6.000
<i>Eilpe/Dahl</i>		0	0		33.000
<i>Haspe</i>		200.000	3.300.000	100.000	
Summe:		2.100.000	5.300.000	105.000	39.000

Stadtbezirk	Strukturkostenstelle	Voranschlag 2021 in Euro	Voranschlag 2020 in Euro	Voranschlag 2019 in Euro	Voranschlag 2018 in Euro
	Sportstätten				
<i>Mitte</i>		0	0	40.000	0
<i>Nord</i>		0	0	0	0
<i>Hohenlimburg</i>		200.000	50.000	0	0
<i>Eilpe/Dahl</i>		0	0	0	0
<i>Haspe</i>		0	0	0	300.000
Summe:		200.000	50.000	40.000	300.000

Gesamtsumme:		2.700.000	5.450.000	145.000	339.000
---------------------	--	------------------	------------------	----------------	----------------

Bezirksbezogene Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen
- nach Bezirk und Finanzierung -

Bezirk	Gebäudebezeichnung	Maßnahme	Ansatz 2020 in €	Ansatz 2021 in €	Finanzierung aus
Mitte	Grundschule Boloh	Fassadensanierung	2.000.000	1.900.000	Kommunales Investitions- förderungsgesetz
			2.000.000	1.900.000	
Mitte	Feuerwache Mitte	Brandschutz	100.000	400.000	Einzelmaßnahmen Bauunterhaltung
			100.000	400.000	
Haspe	GS Friedrich Harkort	Fenster-/Fassaden-/Dachsanierung	3.300.000	200.000	Kommunales Investitions- förderungsgesetz
			3.300.000	200.000	
Hohenlimburg	Kirchenbergstadion	Sanierung Tribünenanlage	50.000	200.000	Einzelmaßnahmen Bauunterhaltung
			50.000	200.000	

Gesamtsumme: 5.450.000 2.700.000

Nicht bezirksbezogene Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen
- nach Gebäude/Maßnahme und Finanzierung -

Gebäudebezeichnung	Maßnahme	Finanzierung aus	Ansatz 2020 in €	Ansatz 2021 in €
BK Kaufmannschule II Teilstandort Gasstr.	Fassade,Fenster,Sonnen,Hitze- u. Blendschutz	Kommunales Investitionsförderungs-gesetz	600.000	
BK Kaufmannschule I	Oberbodensanierung Klassenräume		200.000	
Gym. Theodor-Heuss	Brandschutzmaßnahmen		70.000	
BK Cuno I+II Bergstr.	San. Fenster-Fassade- u. Dach Geb. C		690.000	
GS Berchum/Garenfeld	Erneuerung Fenster/Fassade		50.000	
Schulzentrum Boelerheide	WC-Sanierung		130.000	
Gym. Albrecht-Dürer	Fenster-Sanierung		210.000	
Gym. Albrecht-Dürer	Anstrich Außenfassade		50.000	
Gym. Albrecht-Dürer	Sanierung Außenjalousien		50.000	
SEK Altenhagen	Fenstersanierung (teilw. Alte Alu-Fenster)		150.000	
BK Käthe-Kollwitz	Fassaden- u. Fenstersanierung Geb.1		1.500.000	
TH GES Haspe	Sanierung Turnhallenboden		66.000	
GES Haspe	Sanierung Pädag. Zentrum (Boden+Heizkörper)		150.000	
SEK Altenhagen	Fassaden-u. Dachsanierung (Westtrakt)		800.000	
SEK Altenhagen	Fußbodensanierung		173.500	0
			4.889.500	0

TH GS Berchum-Garenfeld	Sanitärsanierung	Gute Schule 2020	50.000	
TH GS Heideschule	Sanierung Duschräume		75.000,00	
HS Hohenlimburg	Fußboden-Sanierung		20.000,00	
Sekundarschule Altenhagen	Sanierung Schulhof Sitzgruppen, Außensport		45.000	
Sekundarschule Altenhagen	Anstricharbeiten/Fußbodensanierung		173.500	
Gym. Ricarda-Huch	Anstrich Treppenhaus		30.000,00	
Gym. Albrecht-Dürer	Installation v. 16-20 Steckdosen f. alle Räume		50.000,00	
Gym. Albrecht-Dürer	Renovierung WC Keller, Anstrich Flure		40.000,00	
TH Gym. Albrecht-Dürer	Sanierung Boden, Aus-/Neubau		60.000,00	
GES Eilpe	Umbaumaßnahme im Bestand		276.000,00	
BK Cuno I & II	Dachsanierung Trakt 4+5		196.000	
TH RS Hohenlimburg	Sanierung Duschräume		75.000,00	
GES Haspe	WC-Sanierung		45.000,00	
Sekundarschule Altenhagen	Stützmauer, Treppenanlagen, Befestigungen		24.000,00	
			1.159.500	0

Verwaltungsgebäude Böhmerstraße	Brandschutz	Einzelmaßnahmen Bauunterhaltung	150.000	150.000
Rathaus I	Brandschutz		325.000	325.000
Schulzentrum Eugen-Richter Str.	Parkettböden		50.000	
Wasserschloss Werdringen	Brandschutz		50.000	
Sporthalle Volmetal	Brennwertheizung		35.000	35.000
TH GS Berchum-Garenfeld	Brennwertheizung		25.000	
Kanugebäude / Leistungszentrum	Brennwertkessel Austausch		20.000	
Villa Post	Brennwertkessel Austausch		25.000	
Theater Hagen	Brennwertkessel Austausch		40.000	
Theater Hagen	Sanierung Grundleitungen		150.000	150.000
			870.000	660.000

Gesamtsumme:	6.919.000	660.000
---------------------	------------------	----------------

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Gebäudeunterhaltung Stadtbezirk Mitte Grundschulen	Ansatz 2020 in Euro	Ansatz 2021 in Euro	Verwendungszweck
Grundschule Boloh	2.000.000	1.900.000	Fassadensanierung
Summe Grundschulen	2.000.000	1.900.000	

Gebäudeunterhaltung Stadtbezirk Mitte Feuerwehr	Ansatz 2020 in Euro	Ansatz 2021 in Euro	Verwendungszweck
Feuerwache Mitte	100.000	400.000	Brandschutz
Summe Feuerwehr	100.000	400.000	

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Gebäudeunterhaltung Stadtbezirk Hohenlimburg Sportstätten	Ansatz 2020 in Euro	Ansatz 2021 in Euro	Verwendungszweck
Kirchenbergstadion	50.000	200.000	Sanierung Tribünenanlage
Summe Sportstätten	50.000	200.000	

Bezirksbezogene HAUSHALTSPLÄNE



2020/2021

Gebäudeunterhaltung Stadtbezirk Haspe Grundschulen	Ansatz 2020 in Euro	Ansatz 2021 in Euro	Verwendungszweck
Grundschule Friedrich Harkort	3.300.000	200.000	Fenster-/Fassaden-/Dachsanierung
Summe Grundschulen	3.300.000	200.000	

Gebührenbedarfsberechnung Marktstandsgebühren

Kalkulation der Marktstandsgebühr ab 2015

Aufwand

Personal- und Versorgungsaufwand		109.900,00 €
davon Personalaufwand	103.850,00 €	
davon Versorgungsaufwand	6.050,00 €	
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		91.000,00 €
davon Unterhaltung / Bewirtschaftung Infrastrukturverm.	91.000,00 €	
davon Sonstige Energiekosten	0,00 €	
Bilanzielle Abschreibungen		961,00 €
Sonstige Aufwendungen		11.085,00 €
davon Sonstige Miet- und Pacht aufwendungen	2.500,00 €	
davon Sonst. Aufw. Inanspruchnahme v. Diensten	7.500,00 €	
davon Versicherungen, Reisekosten etc.	1.085,00 €	
Interne Leistungsverrechnung		32.625,00 €
davon Personal- und Sachkosten (Amtsoverhead)	15.350,00 €	
davon Verwaltungsweite Verrechnungen	17.275,00 €	
Summe Aufwand		245.571,00 €

Ertrag

Zuwendungen u. allgem. Umlagen	142,00 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.000,00 €
Kostenerstattungen (Erstattung sonst. Energiekosten)	0,00 €
Sonstige ordentliche Erträge (Buß-, Verwarngelder etc.)	807,00 €
Summe Ertrag	1.949,00 €

	Netto	MWST	Brutto
Gebührenbedarf	243.622,00 €	46.288,18 €	289.910,18 €
abzüglich Überdeckung 2010	- 3.643,07 €		
zuzüglich Unterdeckung 2011	4.750,96 €		
zuzüglich Unterdeckung 2012	4.935,08 €		
zuzüglich Unterdeckung 2013	14.101,33 €		
Gesamtgebührenbedarf inkl. Ausgleich Vorjahre	263.766,30 €		
davon Benutzungsgebühr Fahrzeuganteil	18.500,00 €	3.515,00 €	22.015,00 €
davon Gebührenbedarf zur Umlage auf Marktmet	245.266,30 €	46.600,60 €	291.866,90 €

Marktmet

67.500

	Netto	MWST	Brutto
Gebühr pro lfd. Meter	3,6336 €	0,6904 €	4,3240 €
gerundete Gebühr pro lfd. Meter	3,60 €	0,70 €	4,30 €

Haushalt 2020/2021 - Inhaltsverzeichnis

Band V

Jahresabschlüsse, Lageberichte, Wirtschaftspläne, Angaben über Beteiligungsverhältnisse und Einhaltung der öffentlichen Zweckbindung

Inhaltsübersicht

Teil I		Seite
1.	Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG)	2
2.	HAGENBAD GmbH	101
3.	Hagener Straßenbahn AG	134
4.	Sander Reisen GmbH	170
5.	BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH	219
6.	Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH	245
7.	HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH	273
8.	Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH	290
9.	G.I.V. Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH	320
10.	G.I.S. Gesellschaft für Immobilienservice mbH	356
11.	ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH	383

Teil II		Seite
12.	HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb	412
13.	HEB-Servicegesellschaft mbH	447
14.	HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft	468
15.	Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	528
16.	Stadtbeleuchtung Hagen GmbH+	555
17.	HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus mbH	586
18.	agentur mark GmbH	621
19.	Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) AöR	650
20.	HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH	713
21.	HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr	740
22.	Theater Hagen gGmbH	836

1. Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

1.1. Allgemeine Daten

Am Pfannenofen 5
58097 Hagen
Telefon: 02331 208-0
Telefax: 02331 208-238

Internet: www.hvg-hagen.de
E-Mail: info@hvg-hagen.de

1.2. Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft ist ein kommunales Dienstleistungsunternehmen, das

- den öffentlichen Personennahverkehr betreibt;
- öffentliche Bäder betreibt;
- Altenpflege- und Jugendeinrichtungen betreibt;
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose durchführt;
- Aufgaben einer Management Holding für ihre Beteiligungsgesellschaften wahrnimmt;
- weitere Aufgaben übernehmen kann, die ihm von der Stadt Hagen zugewiesen werden;
- Haushalte, Gewerbe und Industrie mit Energie und Wasser versorgt.

Die Gesellschaft hat ihre Aufgaben im Interesse der Hagener Einwohner wahrzunehmen.

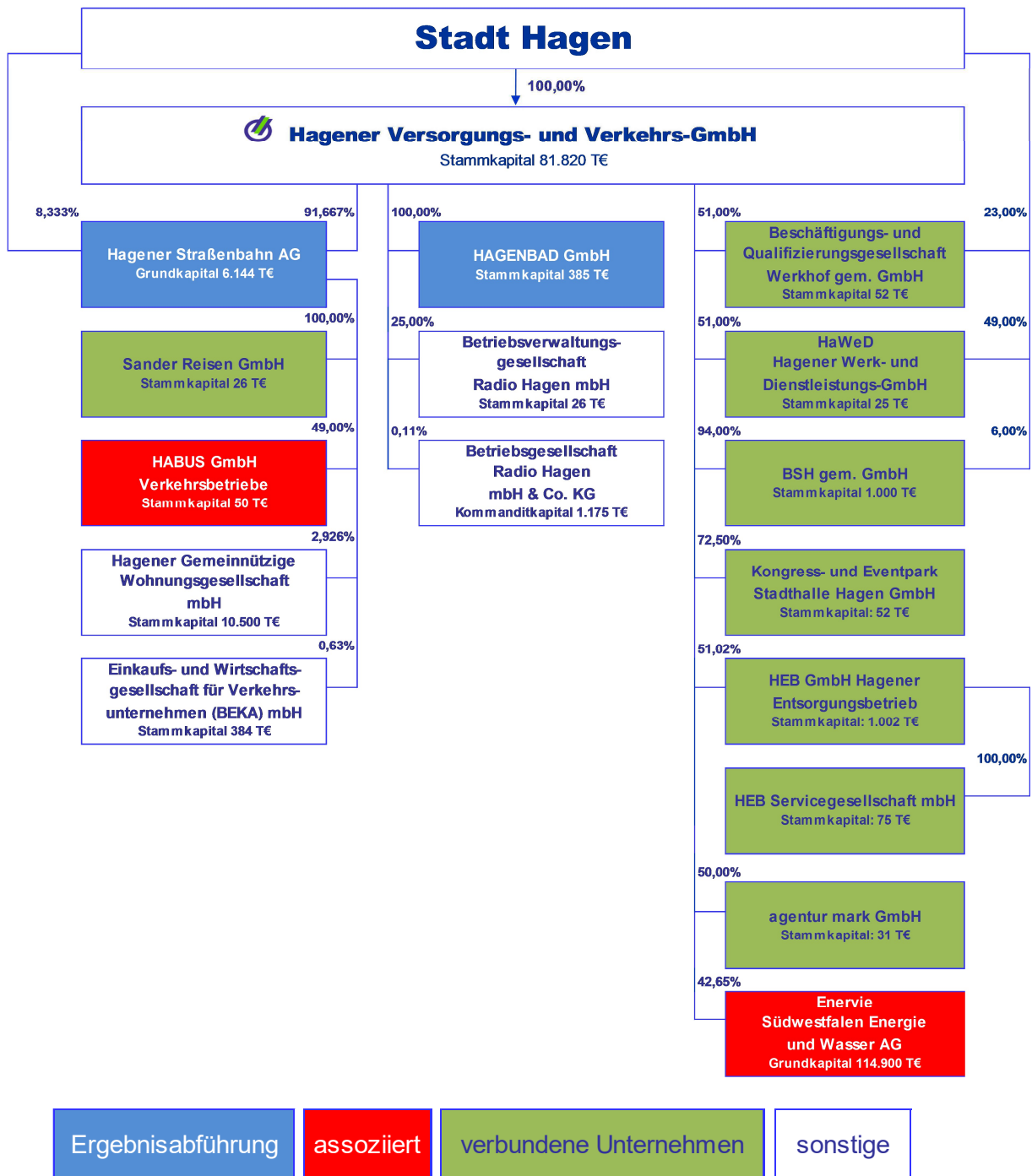
1.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Die HVG ist ausgerichtet als Management- und Beteiligungsholding. Über ihre Tochtergesellschaften werden Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen erbracht. Daher dienen die Leistungen der HVG und ihrer Konzerngesellschaften dem öffentlichen Zweck.

1.4. Beteiligungsverhältnis



1.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



**Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der**

**Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
Hagen**

F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Satzungsbestimmungen und der Geschäftsordnung für den Vorstand geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 8 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

- 20 -

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 4.3.2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der

- 22 -

Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 4. März 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Börner
(Börner)
Wirtschaftsprüferin

Kroniger
(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen
Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	Passivseite
	€	€	€	€	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Engeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	23.481,78	39.307,97	0,00	219.081.969,10	0,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25.793.534,24	26.658.863,99	81.820.000,00	81.820.000,00	81.820.000,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	747.906,36	1.117.165,40	137.917.490,94	137.261.969,10	137.261.969,10
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	482.479,25	638.509,26	3.404.747,75	3.195.221,95	3.195.221,95
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	763.600,00	265.558,60	3.873.169,76	3.768.968,18	3.768.968,18
III. Finanzanlagen	232.680.209,42	232.680.209,42	219.737.490,94	219.081.969,10	219.081.969,10
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	67.704,03	44.558,41	28.005.716,67	30.005.741,67	30.005.741,67
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.694,91	15.462,86	296.406,48	207.305,02	207.305,02
3. Sonstige Vermögensgegenstände	3.242.771,57	3.326.170,51	13.785.789,80	11.970.026,75	11.970.026,75
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.464.547,72	1.819.841,78	181.655,46	404.760,18	404.760,18
III. Rechnungsabgrenzungsposten	8.790.718,23	1.879.863,05	12.344,04	300,00	300,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15.391,62	14.957,62	269.297.320,90	268.634.292,85	268.634.292,85
	<u>269.297.320,90</u>	<u>268.634.292,85</u>	<u>269.297.320,90</u>	<u>268.634.292,85</u>	<u>268.634.292,85</u>

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		7.953.158,91		8.157.516,93
2. Sonstige betriebliche Erträge		73.223,15		1.831.720,04
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		10.200,39		6.497,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		<u>49.808,34</u>		<u>58.130,17</u>
		60.008,73		64.627,17
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		3.911.020,58		4.130.998,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung --davon für Altersversorgung € 423.681,70 (i. Vj. € 566.094,24)--		<u>1.081.801,16</u>	4.992.821,74	<u>1.220.255,39</u>
5. Abschreibungen				
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.691.325,67		1.796.700,92
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.718.362,46		1.592.954,24
7. Erträge aus Beteiligungen		4.159.433,10		737.572,06
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.661.631,44		2.267.696,97
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen € 542,17 (i. Vj. € 575,63)--		542,17		8.446,26
10. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		16.711.735,60		16.603.478,38
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen € 638,44 (i. Vj. € 632,90)-- --davon aus Aufzinsung € 408.680,32 (i. Vj. € 318.359,15)--		1.093.099,74		1.107.590,40
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-248,50</u>		<u>174.468,53</u>
13. Ergebnis nach Steuern		-12.419.116,67		-13.688.121,35
14. Sonstige Steuern		<u>134.477,49</u>		<u>134.591,49</u>
15. Jahresfehlbetrag		-12.553.594,16		-13.822.712,84
16. Entnahme aus der Kapitalrücklage		<u>12.553.594,16</u>		<u>13.822.712,84</u>
17. Bilanzgewinn		0,00		0,00

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG), eingetragen mit der HRN 264 (HRB) Amtsgericht Hagen, ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 2 HGB. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht nach § 316 ff. HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG prüfen zu lassen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den Vorjahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen auf Basis der betriebsüblichen Nutzungsdauer, bewertet. Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen. Die immateriellen Vermögensgegenstände werden dabei im Regelfall über eine geschätzte, betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren abgeschrieben. Gebäude werden über Nutzungsdauern zwischen 25 bis 50 Jahren abgeschrieben. Maschinen und maschinelle Anlagen werden über 8 bis 20, im Einzelfall bis zu 50 Jahre lang abgeschrieben. Den Betriebs- und Geschäftsausstattungen werden grundsätzlich betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von 5 bis 8 Jahren beigemessen. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren linear abgeschrieben.

In den Finanzanlagen ist ein Fonds zur Insolvenzsicherung für Altersteilzeitverpflichtungen enthalten. Da diese Verpflichtungen u.a. auch in den Jahresabschlüssen der übrigen Konzerngesellschaften enthalten sind und insoweit keine Zweckexklusivität des Fonds gegeben ist, ergibt sich kein zu saldierendes Deckungsvermögen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen werden insbesondere die Steuererstattungsansprüche aus einbehaltener Kapitalertragsteuer auf die ENERVIE Dividende sowie des Spezialfonds ausgewiesen. Sämtliche sonstige Vermögensgegenstände und Forderungen sowie die liquiden Mittel werden zum Nennwert bilanziert.

Anlage 3/2

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (im Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zins basiert auf einem 10-jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB beträgt 273 T€ zum 31.12.2018. Ein Gehaltstrend brauchte nicht berücksichtigt zu werden. Rentenanpassungen sind unverändert zum Vorjahr mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Deputatverpflichtungen werden versicherungsmathematisch nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2018 G errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (im Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zinssatz basiert auf einem 10-jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB beträgt 97 T€ zum 31.12.2018. Bei den der Deputatverpflichtung zugrunde gelegten Fahrausweisen wurde unverändert eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,5 % p.a. unterstellt.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind mit ihrem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlichen Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Sanierungsrückstellung für das Lennebad wurde nach § 249 I HGB a.F. gebildet und in Ausübung der Wahlrechte des BilMoG fortgeführt.

Bei der Rückstellung für die von der Zusatzversorgungskasse (Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe, kvw) zur Deckung der Verpflichtungen aus der Umstellung der Zusatzversorgung zu Beginn des Jahres 2002 erhobenen Sanierungsgelder ist von einer zwanzigjährigen Verpflichtungsdauer und einem zum Vorjahr unveränderten Anstieg des jährlichen Sanierungsgeldaufwands von durchschnittlich 2,5 % p.a., insbesondere infolge einer entgeltinduzierten Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das Sanierungsgeld, ausgegangen worden. Der Zinssatz ist laufzeitabhängig gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung bemessen worden. Eine Anpassung des Erhebungszeitraums des Sanierungsgeldes kann erst dann vorgenommen werden, wenn belastbare und konkrete Aussagen zu seiner Dauer vorliegen. Der Umlagesatz für das Sanierungsgeld beträgt wie im Vorjahr 3,25 %

In Anlehnung an die Handhabung bei Festwerten wurden die Jubiläumsrückstellungen im Geschäftsjahr 2018 nach Ablauf von 3 Jahren mit einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren sowie einem Zinssatz von 2,32 % und einem Gehaltstrend von 2 % versicherungsmathematisch neu berechnet.

Die Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung erfolgt entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit von 3 Jahren mit einem Rechnungszins zum 31. Dezember 2018 von 0,88 % (i. Vj. 1,43 %). Der vertraglichen Ausgestaltung der Altersteilzeitverpflichtung liegt ausschließlich das Blockmodell zu Grunde.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage beigefügt.

Konzernabschluss

Die HVG als Konzernmutter stellt den Konzernabschluss gem. § 290 (1) HGB auf.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Tochtergesellschaft Sander Reisen (46 T€) sowie die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH (KEH) in Höhe von 21 T€ und resultieren insbesondere aus erbrachten personalwirtschaftlichen Dienstleistungen bzw. bei der KEH aus der Inanspruchnahme eines Kontokorrentrahmens.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Forderung besteht in voller Höhe gegen die HABUS GmbH und resultiert aus erbrachten personalwirtschaftlichen Dienstleistungen des 2. Halbjahres 2018.

Sonstige Vermögensgegenstände

Ausgewiesen werden überwiegend Steuererstattungsansprüche im Wesentlichen aus der ENERVIE Dividende (0,9 Mio. €), aus dem Spezialfonds (0,4 Mio. €) sowie aus der HEB Ausschüttung (0,2 Mio. €).

Alle Forderungen haben eine Laufzeit unter einem Jahr.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Enthalten sind fast ganz ausschließlich bereits ausgezahlte Entgelte für den Januar 2019 in Höhe von 15 T€.

Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital von unverändert 81.820.000 € ist voll eingezahlt. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Hagen.

Kapitalrücklage

Die Veränderung der Kapitalrücklage resultiert im Wesentlichen aus einer Kapitalzuführung der Stadt Hagen in Höhe von 13,4 Mio. € (Vj. 18,7 Mio. €) sowie der Entnahme des laufenden Jahresfehlbetrages für das Berichtsjahr 2018 in Höhe von 12,6 Mio. €. Die Kapitalzuführung des Berichtsjahres wurde vereinbarungsgemäß um die erstmalig seit dem Jahr 2013 wieder gezahlte anteilige ENERVIE Dividende gekürzt.

Anlage 3/4

Rückstellungen für Pensionen

Ausgewiesen werden neben den Pensionsverpflichtungen (2.915 T€) auch die Deputatrückstellungen (489 T€).

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen die Rückstellungen für Sanierungsgelder kvw (2.170 T€), Sanierungskosten für das Lennebad (615 T€), Altersteilzeitverpflichtungen (570 T€), Leistungsprämien (224 T€) und Kosten der Jahresabschlussprüfung und -erstellung (77 T€).

Verbindlichkeiten 2018

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag		Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Ge- sellschafter
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	28.006	3.006	25.000	-	-
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	296	296	-	-	-
Verbindlichkeiten verbundene Unternehmen	13.786	13.786	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	182	182	-	-	113
	42.270	17.270	25.000	-	113

Verbindlichkeiten 2017

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag		Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
T€					
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	30.006	5.006	25.000	-	-
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	207	207	-	-	-
Verbindlichkeiten verbundene Unternehmen	11.970	11.970	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	405	405	-	-	164
	42.588	17.588	25.000	-	164

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zum Bilanzstichtag besteht ein zinsgesichertes Darlehen über 10 Mio. € mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2020. Bei einem weiteren Darlehen wurde eine Teiltilgung vorgenommen, so dass dieses Darlehen zum Stichtag 31.12.2018 noch in Höhe von 3 Mio. € valutiert. Darüber hinaus besteht ein Darlehen in Höhe von 15 Mio. € im Rahmen der Gewährung eines Aktionärsdarlehens an die ENERVIE. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2020 und ist endfällig. Alle Darlehen sind durch Pfandrechte an dem Spezialfonds besichert.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten betreffen hauptsächlich den Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber den Tochtergesellschaften HST (12.295 T€) und HBG (1.490 T€), im Wesentlichen aus der Verlustübernahme.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber der Alleingesellschafterin Stadt Hagen in Höhe von 113 T€, die aus der Endabrechnung der VRR-Verbandsumlage 2017 resultieren.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Berichtsjahres nach Sparten aufgeteilt stellen sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

	2018 T€	2017 T€
Konzerninterne Dienstleistungen	6.232	6.337
Mieten und Pachten	1.671	1.671
Sonstige Umsatzerlöse	50	150
	<u>7.953</u>	<u>8.158</u>

Der Rückgang der Umsätze aus konzerninternen Dienstleistungen entfällt bei gegenläufigen Effekten im Wesentlichen auf HST (-73 T€) und HAGENBAD (-17 T€).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind signifikant vermindert zum Vorjahr (-1.759 T€). Im Vorjahr hatte der Todesfall eines ehemaligen Vorstandes zu einer Auflösung der entsprechenden personenbezogenen Rückstellungen in Höhe von 1,5 Mio. € geführt. Im Berichtsjahr sind Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 20 T€ enthalten.

Abschreibungen auf Sachanlagen

In den Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 1.691 T€ sind die Abschreibungen für das Westfalenbad in Höhe von 1.514 T€ enthalten, die sich nahezu ausschließlich bedingt durch die Erweiterungen im Außenbereich der Saunaanlage um 72 T€ erhöht zum Vorjahr zeigen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf insgesamt 1.718 T€ und liegen mit 125 T€ über Vorjahresniveau. Wesentliche Positionen sind Fremdleistungen (390 T€), Aufwendungen für Telefongebühren (90 T€) sowie Rechts- und Beratungskosten (135 T€). Von dem Tochterunternehmen Hagener Straßenbahn AG wurden darüber hinaus Aufwendungen in Höhe von 469 T€ berechnet, im Wesentlichen aus Raummieten (416 T€).

Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge resultieren im Wesentlichen aus der erstmalig seit dem Jahr 2013 wieder vereinnahmten anteiligen ENERVIE Dividende in Höhe von 3.412 T€. Darüber hinaus sind Erträge aus der Beteiligung an der HEB GmbH in Höhe von 747 T€ (i. Vj. 738 T€) enthalten.

Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge in Höhe von 1,7 Mio. € betreffen mit 1,3 Mio. € Zinserträge aus dem ENERVIE- Darlehen und mit 0,4 Mio. € anrechenbare Steuern aus den Wertpapieren des Anlagevermögens.

Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Aufwand für die Zinsen aus bestehenden Darlehensverbindlichkeiten ist leicht rückläufig (331 T€; Vj.: 345 T€), die in dieser Position enthaltene Bürgschaftsprovision an die Stadt Hagen für das an die ENERVIE ausgereichte Darlehn in Höhe von 352 T€ ist exakt auf Vorjahresniveau. Darüber hinaus ist der Zinsaufwand aus den Rückstellungen von 409 T€ (Vj.: 318 T€) in dieser Position enthalten. Das Vorjahr war belastet mit dem erwartetem Zinsaufwand auf die veranlagten Steuern aus der Betriebsprüfung für die Jahre 2006 - 2010 in Höhe von 93 T€.

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Position beinhaltet die gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen übernommene Jahresverluste der Hagener Straßenbahn AG und der HAGENBAD GmbH.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Ausgewiesen wird der Saldo aus dem Ertrag von erstatteter Körperschaftsteuer sowie der Nachbelastung von Gewerbesteuer im Rahmen der endgültig veranlagten Jahre 2006 –2010 nach erfolgter Betriebsprüfung.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die HVG ist Mitglied der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw), Münster. Die hierüber versicherten Mitarbeiter bzw. deren Hinterbliebene erhalten hieraus Versorgungs- und Versicherungsrenten, Sterbegelder sowie Abfindungen. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der kvw besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf HVG entfallenden Vermögen der kvw. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten liegen bei der Gesellschaft nicht vor; die insoweit bestehende Verpflichtung wird zum Teil über die Rückstellung für die Sanierungsgelder der kvw gedeckt. Der Umlagesatz beträgt weiterhin 4,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung aber von steigenden Umlagesätzen auszugehen sein. Die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte betragen im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 3.247 T€.

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB

Zur Zinssicherung eines variabel verzinslichen Darlehens über 10 Mio. € ist ein betrags- und laufzeitkongruentes Swappeschäft auf gleicher Zinsbasis abgeschlossen worden, welches zu einem synthetischen Festzinsdarlehen führt. Der von dem entsprechenden Kreditinstitut berechnete Marktwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf -175 T€. Der SWAP, für den am Bilanzstichtag ein negativer Marktwert besteht, wurde abgeschlossen, um ein geringeres als das laufende Zinsniveau zukünftig zu sichern. Das Grund- und das Sicherungsgeschäft wurden als Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB in Form eines sogenannten Micro-Hedges behandelt.

Angaben nach § 285 Nr. 26 HGB

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich im Wesentlichen um einen Wertpapierspezialfonds. Der Gesamtbuchwert beträgt unverändert 49,3 Mio. €, der Marktwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 66,3 Mio. €. Für das Geschäftsjahr werden als Ertrag ausschließlich anrechenbarer Steuern in Höhe von 0,4 Mio. € ausgewiesen. Grundsätzliche Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe bestehen nicht.

Belegschaft

Im Durchschnitt wurden 82 (i. Vj. 81) Mitarbeiter beschäftigt. Davon befanden sich 6 Mitarbeiter in einem Ausbildungsverhältnis.

Anteilsbesitz

	Beteiligungsquote	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
Verbundene Unternehmen			
HAGENBAD GmbH, Hagen	100,00	278	0 ¹⁾
Hagener Straßenbahn AG, Hagen	91,67	8.314	0 ¹⁾
Mittelbar über die Hagener Straßenbahn AG, Sander Reisen GmbH	100,00	136	0 ¹⁾
BSH gem. GmbH	94,00	2.321	206
Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH	72,50	90	62
Hagener Entsorgungsbetrieb GmbH Hagen	51,02	8.895	1.435
Mittelbar über die HEB, HEB Service GmbH	100	75	25
HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen	51,00	36	1
Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen	51,00	272	-308
Beteiligungsunternehmen			
Energie Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen	42,65	265.716	31.122
Betriebsgesellschaft Radio Hagen mbH Co. KG, Hagen	0,19	-1.236 ²⁾	-236 ²⁾
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Hagen mbH, Hagen	25,00	47 ²⁾	2 ²⁾
Mittelbar über die HST AG, HABUS GmbH Verkehrsbetriebe, Hagen	49,00	209 ¹⁾	59
agentur mark GmbH	50,00	410	15 ²⁾

¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag

²⁾ Vorjahreswert

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer

Herr Dipl.-Kfm. Christoph Köther ist vom 1.7.2018 bis 30.6.2023 als Geschäftsführer der HVG bestellt und hat für diesen Zeitraum einen Anstellungsvertrag mit der HVG abgeschlossen. Für seine Geschäftsleitungstätigkeit hat Herr Christoph Köther im Geschäftsjahr 2018 ein festes Gehalt von 194 T€ (Vj. 185 T€) sowie eine von der Erreichung vereinbarter Ziele abhängige variable Vergütung (Tantieme) von 46 T€ (Vj. 46 T€) erhalten. Er unterliegt als Geschäftsführer nicht der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht. Er hat im Geschäftsjahr 2018 einen Arbeitgeberzuschuss zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung von 5 T€ (Vj. 4 T€) und als Äquivalent für den ansonsten steuerfrei zu gewährenden Arbeitgeberanteil einen für die Altersvorsorge zweckdienlich einzusetzenden nettolohnversteuerten Betrag von 52 T€ (Vj. 45 T€) sowie Sachbezüge (Pkw-Gestellung) von 9 T€ (Vj. 9 T€) erhalten.

Bei vorzeitiger Beendigung seiner Tätigkeit auf Veranlassung der HVG erhält er bis zum Ende seines Anstellungsvertrages sein Festgehalt. Mit diesen Bezügen ist auch seine Geschäftsleitungstätigkeit bei den Konzerngesellschaften HST und HBG abgegolten.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen sind insgesamt 2.537 T€ (Vj. 2.394 T€) zurückgestellt. Die laufenden Pensionsbezüge betragen 131 T€ (Vj. 167 T€).

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft erhielt Sitzungsgelder in Höhe von 13 T€.

Erik O. Schulz	Oberbürgermeister	Vorsitzender	975
Frank Janschulte	Betriebsratsvorsitzender HST	stell. Vors.	650
Andrea Buczek	Sekretärin		650
Detlev Emmerich	kfm. Angestellter HST		520
Martin Erlmann	Dipl. Verwaltungswirt		520
Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach	Akademischer Oberrat		650
Frank Kirchhoff	kfm. Angestellter HVG		520
Rolf Klinkert	Rentner		650
Werner König	Kommunalbeamter a. D.		520
Angelika Kulla	Industriekauffrau		520
Bozena Magiera-Quilitz	kfm. Angestellte HVG		650
Rainer Marienberg	kfm. Angestellter HVG		520
Ellen Neuhaus	Hausfrau		390
Markus Post	kfm. Angestellter HVG		650
Christoph Purps	Dipl.-Betriebswirt		520
Joachim Riechel	kfm. Angestellter IKK Akademie		650
Wolfgang Röspel	Rentner		520
Manuel Schewe	kfm. Angestellter HVG		650
Frank Schmidt	Redakteur		650
Martin Stange	techn. Angestellter		650
Claus Thielmann	Kaufmann Büro für Öffentlichkeitsarbeit		650

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 12.553.594,16 € aus der Kapitalrücklage zu entnehmen.

Hagen, 4. März 2019

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Christoph Köther

Hagener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH
Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten 01.01.2018		Zugänge	Investitionsförderung	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs- und Herstellungskosten 31.12.2018		Ab- und Abschreibungen 01.01.2018	Ab- und Abschreibungen Zugänge	Ab- und Abschreibungen Abgänge	Zu- und Abschreibungen Umbuchungen		Ab- und Abschreibungen 31.12.2018	Buchwerte	
	€	€					€	€				€	€		€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	1.100.311,02		1.393,70			4.556,00	1.106.260,72	1.065.559,05	17.219,89				1.082.778,94	23.481,78	34.751,97	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.556,00					-4.556,00									4.556,00	
	1.104.867,02		1.393,70				1.106.260,72	1.065.559,05	17.219,89				1.082.778,94	23.481,78	39.307,97	
II. Sachanlagen																
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	35.713.908,59		25.440,50			170.658,60	35.910.007,69	9.055.044,60	1.061.428,85				10.116.473,45	25.793.534,24	28.658.863,99	
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.764.069,12						5.764.069,12	4.846.903,72	369.259,04				5.016.162,76	747.906,36	1.117.165,40	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.105.300,65		92.059,88		9.384,67		4.187.975,86	3.466.791,39	243.417,89	4.712,67			3.705.498,61	482.479,25	638.509,26	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	285.558,60		668.700,00			-170.658,60	763.600,00							763.600,00	265.558,60	
	45.848.836,96		786.200,38		9.384,67		46.625.652,67	17.168.739,71	1.674.105,78	4.712,67			18.838.132,82	27.787.519,85	28.680.097,25	
III. Finanzanlagen																
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	16.441.580,48						16.441.580,48							16.441.580,48	16.441.580,48	
2. Beteiligungen	158.078.990,68						158.078.990,68	23.785.407,91					23.785.407,91	134.293.582,77	134.293.582,77	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.820.000,00						29.820.000,00							29.820.000,00	29.820.000,00	
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	52.125.046,17						52.125.046,17							52.125.046,17	52.125.046,17	
	256.465.617,33						256.465.617,33	23.785.407,91					23.785.407,91	232.680.209,42	232.680.209,42	
	303.419.321,31		787.594,08		9.384,67		304.197.330,72	42.019.706,67	1.691.325,67	4.712,67			43.705.319,67	260.491.211,05	261.399.614,64	

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen

Lagebericht 2018 der Geschäftsführung

A. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeiner Überblick

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) ist eine kommunale Management-, Finanz- und Beteiligungsholding, deren alleinige Anteilseignerin die Stadt Hagen ist. Die HVG hat neun verbundene Unternehmen und fünf Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die verbundenen Unternehmen erbringen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen überwiegend im Bereich der Daseins- und Gesundheitsvorsorge einschließlich der Ver- und Entsorgung und erfüllen damit den öffentlichen Zweck. Die HVG erbringt für verschiedene Konzerngesellschaften die Overheadleistungen, insbesondere Personalmanagement, Marketing, Vertrieb und kaufmännische Verwaltung einschließlich der IT und verrechnet diese an die Konzerngesellschaften auf Basis eines Dienstleistungsvertrages weiter. Im Vorjahr wurde der 50 % Anteil der Stadt Hagen an der agentur mark GmbH durch die HVG erworben.

Verkehr

Die HVG ist mit 91,67 % an der Hagener Straßenbahn AG (HST) beteiligt, die restlichen 8,33 % werden von der Stadt Hagen gehalten. Die HST ist für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Stadt Hagen zuständig. Den überwiegenden Teil der Fahrleistungen erbringt die HST mit eigenen Fahrzeugen und Mitarbeitern selbst. Weitere Leistungen werden von Tochterunternehmen der HST sowie Drittunternehmern gefahren. Die HST hält 100 % der Geschäftsanteile der Sander Reisen GmbH und ist mit 49 % an der HABUS GmbH Verkehrsbetriebe beteiligt. Mit Sander Reisen besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Über die Aufgabenträgerin Stadt Hagen ist die HST in das Gesamtsystem des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr AöR (VRR) integriert. In Abstimmung mit den politischen Gremien werden im VRR u.a. das Ticketsortiment und Preisanpassungen für alle Verkehrsunternehmen im VRR zentral festgelegt.

Im Frühjahr 2019 ist die HST der „Kooperation östliches Ruhrgebiet (KÖR)“ beigetreten, um u.a. gemeinsame Interessen der zusammengeschlossenen Unternehmen besser durchsetzen und wirtschaftliche Synergien, z. B. in der Busbeschaffung, realisieren zu können.

Anlage 4/2

Bäder

An der HAGENBAD GmbH (HBG) hält die HVG 100 % der Gesellschaftsanteile. Die HBG betreibt in Hagen auf Basis von Pachtverträgen mit der HVG das Westfalenbad sowie das dazugehörige Parkhaus am Standort Ischeländ, das Lennebad in Hohenlimburg sowie das Erlebnisbad Hestert. Zusätzlich wird das im Eigentum der HBG befindliche Familienbad Hengstey betrieben. In Teilbereichen hat die HBG für ihre Angebote eine sozialverträgliche, nicht kostendeckende Preisstruktur.

Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen handelt es sich bei den operativen Gesellschaften HST und HBG um sogenannte Dauerverlustbetriebe.

Dienstleistungen

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) erbringt die Overheadleistungen Personalmanagement, Marketing, Vertrieb und kaufmännische Verwaltung einschließlich der IT für verschiedene Konzerngesellschaften. Auf Basis eines Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Hagen wird zusätzlich das operative Beteiligungscontrolling für sämtliche städtischen Beteiligungen und Betriebe durchgeführt.

Leitung

Die Konzern-Gesellschaften HVG, HST und HBG stehen unter einer einheitlichen personellen und organisatorischen Leitung. Zwischen der HVG und HST/HBG bestehen darüber hinaus Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge.

Soziale Einrichtungen

Die HVG ist mit 94 % der Geschäftsanteile an der BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH (BSH) beteiligt. Die BSH verfügt über die zwei Geschäftsbereiche Altenpflege und Jugendhilfe. Für den Geschäftsbereich Altenpflege werden in dem Seniorenzentrum unterschiedliche Pflegeleistungen angeboten. In den verschiedenen Jugendhilfeeinrichtungen werden zielgruppenspezifische Betreuungsleistungen vorgehalten.

Darüber hinaus hält die HVG jeweils 51 % an der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH (Werkhof) und Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH (HaWeD).

Veranstaltungen

Die HVG hält 72,5 % der Gesellschaftsanteile an der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH (KEH). Die KEH ist die größte Versammlungsstätte in Hagen und nimmt kulturelle, soziale und gesellschaftspolitische Aufgaben wahr. Damit stützt sie die oberzentrale Funktion der Stadt Hagen. Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Stadt Hagen, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.

Entsorgung

Die HVG hält 51% der Geschäftsanteile an der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb. HEB ist für die Müllabfuhr, die Straßenreinigung sowie den Winterdienst im Stadtgebiet Hagen zuständig. Über die HEB ist die HVG ebenfalls mit der 100% beteiligten Tochtergesellschaft HEB Service GmbH indirekt verbunden. Der Gesellschaftszweck der HEB Service GmbH besteht in der Wahr-

nehmung von Aufgaben der Entsorgung und Stadtreinigung für die Städte Hagen und Dortmund. Aus diesem Grund betreibt die Gesellschaft u.a die örtliche Müllverbrennungsanlage (MVA). Die Gesellschaft hat ihren operativen Betrieb zum 1. Januar 2018 aufgenommen.

Energie

Die HVG hält 42,65 % der Aktien an der ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG und hat diese über einen Treuhandvertrag an die Stadt Hagen übertragen. Die ENERVIE ist über die Tochtergesellschaften Mark-E AG und Stadtwerke Lüdenscheid GmbH Energielieferant in der Region.

Bildung und Entwicklung

Die HVG hat im Vorjahr den 50 % Anteil der Stadt Hagen an der agentur mark erworben. Die agentur mark bietet Dienstleistungen im Bereich Arbeit, Bildung und Unternehmensentwicklung an. Dabei verbindet sie Akteure und Kompetenzen im Rahmen von Projekten mit Partnern aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt und öffentlicher Hand der Märkischen Region.

Finanzen

Die Stadt Hagen hat sich verpflichtet, der HVG jährlich einen Zuschuss zu zahlen, der für die Finanzierung der operativen Geschäfte HST und HBG verwendet wird. Unabhängig davon leistet die Stadt Hagen auf Grundlage einer Verpflichtungserklärung einen Zuschuss zur Aufrechterhaltung des operativen Geschäftsbetriebes der KEH sowie ebenfalls einen Zuschuss zum Geschäftsbetrieb der agentur mark an die HVG zwecks Weiterleitung an die jeweiligen Gesellschaften.

Die HVG verfügt über einen Wertpapierspezialfonds, an dem sie zu 100 % beteiligt ist. Dieser Fonds ist überwiegend als Rentenfonds konzipiert, da die langfristige Substanzerhaltung bei angemessener Rendite oberste Priorität hat. Er wird von einem externen Fondsmanager betreut. Die Ausschüttung aus dem Fonds dient der Geschäftsfinanzierung der HVG. Die Performance war angesichts der insgesamt schwierigen Lage auf den Finanzmärkten leicht negativ. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2018 über die anrechenbaren Steuern hinaus keine Ausschüttung aus dem Fonds getätigt.

Eine weitere wichtige Finanzierungsquelle der HVG ist die ENERVIE Dividende, welche im Berichtsjahr erstmalig seit dem Jahr 2013 zunächst anteilig in Höhe von 3,4 Mio. € gezahlt wurde und damit noch deutlich unter dem Normalniveau der vergangenen Jahre von 7,3 Mio. € liegt.

In den Vorjahren war die ENERVIE in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Dies hatte dazu geführt, dass der Rat der Stadt Hagen auf Basis einer Patronatserklärung für die ENERVIE die HVG angewiesen hat, der ENERVIE ein Darlehen in Höhe von 29,82 Mio. € zu gewähren. Hierzu hatte die HVG gemeinsam mit den Großaktionären der ENERVIE (Stadt Lüdenscheid und Remondis) einen Aktionärsdarlehensvertrag über 60 Mio. € zunächst mit einer Laufzeit bis zum 31. Januar 2020 sowie einen Belassungs- und Rangrücktrittsvertrag unterzeichnet. Im Berichtsjahr wurde zwischen den Parteien ein Änderungsvertrag zum Aktionärsdarlehensvertrag geschlossen. Demnach wird das Enddatum der Vereinbarung auf den 30. Juni 2022 verschoben. Zum ursprünglich angedachten Rückzahlungstermin am 31. Januar 2020 wurde eine Teiltilgung des Dar-

Anlage 4/4

lehens in Höhe von insgesamt 30 Mio. € vereinbart. Die restlichen 30 Mio. € sind bei Vertragsende zum 30. Juni 2022 fällig.

Zur Refinanzierung hat die HVG im Geschäftsjahr 2015 ihrerseits zum einen ein Darlehen in Höhe von 15 Mio. € aufgenommen, das durch die Verpfändung entsprechender Fondsanteile der HVG gesichert wird. Der Restbetrag wurde durch den Verkauf von Fondsanteilen an den bestehenden Wertpapierspezialfonds realisiert. Durch die Darlehenshingabe an die ENERVIE ist die HVG in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit eingeschränkt und nicht in der Lage, einen Dividendenausfall bzw. eine unter dem Normalniveau liegende ENERVIE-Dividende nachhaltig zu kompensieren. Daher hat die Stadt Hagen der HVG im Berichtsjahr die Zuschusszahlung um den anteiligen Dividendenausfall erhöht. Allerdings wurde im gleichen Zuge ein zusätzlicher Konsolidierungseffekt von 1 Mio. € von dieser Zuschusszahlung gekürzt.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung wird davon ausgegangen, dass die ENERVIE die verminderte Dividende in den Folgejahren bis 2022 ebenfalls ausschüttet und die Stadt Hagen auch zukünftig den Teilentfall der ENERVIE Dividende durch entsprechend erhöhte Zuschusszahlungen kompensiert. Allerdings wird der städtische Zuschuss, wie schon im Berichtsjahr, neben den unterstellten Konsolidierungseffekten im Jahr 2020 um den Betrag von 1 Mio. € zusätzlich gekürzt werden.

Sonstiges

Weitere kleinere, eher unwesentliche Beteiligungen an verschiedenen Gesellschaften werden entweder direkt über die HVG oder die HST gehalten.

B. Wirtschaftsbericht

1) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Ergebnis

Das Jahresergebnis der HVG GmbH liegt für das Berichtsjahr 2018 bei -12,6 Mio. € (Vj. -13,8 Mio. €). Im Ergebnis enthalten ist erstmals seit dem Jahr 2013 wieder die anteilige ENERVIE Dividende in Höhe von 3,4 Mio. €, die somit ursächlich ist für den Anstieg des Beteiligungsergebnisses. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind mit 0,1 Mio. € wieder auf Normalniveau. Im Vorjahr war durch die Auflösung einer personenbezogenen Rückstellung ein positiver einmaliger Sondereffekt in Höhe von 1,5 Mio. € enthalten.

Des Weiteren sind die Ergebnisübernahmen der Tochtergesellschaften HST und HBG auf Vorjahresniveau im Jahresergebnis enthalten. Die Fehlbeträge der Tochtergesellschaften HST (12,5 Mio. €) und HBG (4,2 Mio. €) wurden entsprechend durch die HVG übernommen.

Im Vorjahr resultierten Sonderbelastungen aus den festgesetzten Ertragsteuern der abgeschlossenen Betriebsprüfung für die Jahre 2006 – 2010 einschließlich der daraus erwarteten Zinszahlung von insgesamt 0,3 Mio. €.

Investitionen

Die HVG investierte rd. 0,8 Mio. € (i. Vj. 0,4 Mio. €) als Eigentümerin in die Hagener Bäder. Das Investitionsvolumen entfiel ganz überwiegend auf das Westfalenbad am Standort Ischeland. Die wesentliche Investition im Berichtsjahr entfällt auf ein neues Solebecken mit Whirlpool im Sauna- Außenbereich des Westfalenbades.

In den Finanzanlagen werden - neben dem in unveränderter Höhe bestehenden Wertpapier-Spezialfonds - auch Fondsanteile im Wert von 2.792 T€ ausgewiesen, die in Vorjahren zur Insolvenzabsicherung von Wertguthaben für Altersteilzeit erworben wurden.

Umweltschutz

Das im Eigentum der HVG stehende Westfalenbad bezieht Fernwärme von der örtlichen Müllverbrennungsanlage. Durch diese Art der Energienutzung werden Umweltschutz und eine unter betriebswirtschaftlichen Aspekten kostengünstige Energiebeschaffung gleichermaßen beachtet. Des Weiteren verfügt das Westfalenbad über eine eigene Wasseraufbereitungsanlage. Durch diese Technologie ist es möglich, den überwiegenden Anteil des entstehenden Schwallwassers wieder aufzubereiten und in den Wasserkreislauf zurückzuführen. Darüber hinaus wurde die Lichttechnik im Westfalenbad auf den neuesten LED Standard umgerüstet. Im Rahmen eines weiteren Förderprojektes wurde im Berichtsjahr ebenfalls der Technik Bereich sowie das Parkhaus des Westfalenbades vollständig auf LED Technik umgerüstet. Die durch diese Maßnahmen erzielte Ersparnis im Strombezug hat sich bei Hagenbad im Berichtsjahr in einem Minderverbrauch der Gesamtbezugsmenge um rd. 3,5 % widerspiegelt. Die spezifische Ersparnis im Bereich der Beleuchtung liegt somit signifikant höher.

Im Erlebnisbad Hestert ist eine ressourcenschonende Heizungsanlage mit Brennwerttechnologie installiert, die sehr energieeffizient arbeitet und in hohem Maße Anforderungen des Umweltschutzes erfüllt.

Personal- und Sozialwesen

Im Durchschnitt wurden 82 (im Vj. 81) Mitarbeiter beschäftigt. Davon befanden sich 6 Mitarbeiter in einem Ausbildungsverhältnis. Im Berichtsjahr haben zwei Auszubildende erfolgreich ihre Berufsausbildung zum Industriekaufmann/-frau abgeschlossen, wovon einer in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden konnte.

Schwerpunkte der Personalarbeit der HVG lagen in der Aufbereitung von Personalkennzahlen und der Fortschreibung der Zielkennzahlen sowie in einem Abwesenheits- und Gesundheitsmanagement. Im Rahmen der Betriebsvereinbarung zur Förderung der Altersteilzeit wurden im Berichtsjahr keine neuen Altersteilzeitvereinbarungen mit Mitarbeitern geschlossen.

Der HVG-Konzern legt besonderen Wert auf die Sicherheit der Persönlichkeitsrechte der Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter, im Bewusstsein, dass Sorgfalt und Transparenz die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sind. Daher wurde die am 25. Mai 2018 in Kraft getretene EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechend gesetzeskonform umgesetzt. Die DSGVO stärkt die Rechte von Betroffenen gleichermaßen, wie sie die Verpflichtungen für Unter-

Anlage 4/6

nehmen erhöht. Die gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben werden durch die Berichtsgesellschaft konsequent eingehalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei im rechtmäßigen und sensiblen Umgang mit personenbezogenen Daten.

2) Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Ertragslage

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) erzielt im Geschäftsjahr 2018 ein Jahresergebnis von -12.554 T€ (i. Vj. -13.823 T€).

	2018	2017
	T€	
Betriebliches Ergebnis	-570	873
Beteiligungsergebnis	4.159	738
Finanzergebnis	569	1.169
Verlustübernahme der Hagener Straßenbahn AG	-12.522	-12.241
Verlustübernahme der HAGENBAD GmbH	-4.190	-4.362
Jahresfehlbetrag	-12.554	-13.823

Das betriebliche Ergebnis (einschl. Ertrag- und sonstige Steuern) beinhaltet u.a. die Erträge und die zugehörigen Sach- und Personalaufwendungen für die von der HVG erbrachten Konzerndienstleistungen und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen ihrer Tochtergesellschaften. Daneben werden insbesondere die Erträge aus der Verpachtung des Westfalenbades in Höhe von 1,5 Mio. € und die Miet- und Pachterträge der weiteren Immobilien sowie die korrespondierenden Abschreibungen der Immobilien ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das betriebliche Ergebnis um 1.443 T€ spürbar vermindert. Diese Entwicklung liegt nahezu ausschließlich darin begründet, dass im Vorjahr ein positiver Sondereffekt in den sonstigen betrieblichen Erträgen aus der Auflösung einer personenbezogenen Rückstellung in Höhe von 1,5 Mio. € enthalten war. Gegenläufig war der Steuerwand des Vorjahres belastet durch Steuern vom Einkommen und Ertrag aufgrund der abgeschlossenen Betriebsprüfung für die Jahre 2006 – 2010 in Höhe von rd. 0,2 Mio. €.

Das Beteiligungsergebnis enthält neben einer Ausschüttung der HEB GmbH auf Vorjahresniveau in Höhe von 747 T€ (i. Vj. 738 T€) erstmals seit dem Jahr 2013 wieder eine anteilige Dividende der ENERVIE in Höhe von 3.412 T€. Die letztmalig im Jahr 2013 vereinnahmte Dividende der ENERVIE betrug rd. 7.250 T€.

Das Finanzergebnis zeigt im Berichtsjahr die unveränderten Zinserträge aus der Gewährung des Darlehens an die ENERVIE (1,3 Mio. €) sowie die Erträge von anrechenbaren Steuern aus den Fonds von insgesamt 0,4 Mio. €. Im Vorjahr war darüber hinaus eine Ausschüttung aus dem Spezialfonds in Höhe von 0,5 Mio. € im Finanzergebnis enthalten. Analog zu der schwierigen Ent-

wicklung auf den Finanzmärkten ergab sich für den Fonds eine leicht negative Wertentwicklung, so dass keine Ausschüttung im Berichtsjahr erfolgte, sondern fast ausschließlich die Erstattungsansprüche aus anrechenbaren Steuern in Höhe von 0,4 Mio. € ausgewiesen werden.

Das Zinsergebnis von -1,1 Mio. € beläuft sich auf Vorjahresniveau und enthält als wesentliche Position die Aufwendungen für Bürgschaftsprovisionen an die Gesellschafterin Stadt Hagen im Zusammenhang mit dem ENERVIE Darlehen in unveränderter Höhe von 0,3 Mio. €. Die weiteren Zinsaufwendungen entfallen auf den fremdfinanzierten Anteil des ENERVIE Darlehns (0,2 Mio. €) sowie auf ein kurzfristiges Darlehen (0,2 Mio. €) und Aufzinsungen von Rückstellungen (0,4 Mio. €).

Das Jahresergebnis von -12,6 Mio. € stellt sich im Vergleich zum Planergebnis von -18,3 Mio. € deutlich günstiger dar. Die positive Abweichung begründet sich im Wesentlichen durch das deutlich bessere Beteiligungsergebnis, da die anteilige ENERVIE Dividende in Höhe von 3,4 Mio. € auf Basis der Erkenntnisse zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplanes nicht eingeplant wurde. Auf Grund der Dividendenzahlung wurde der Zuschuss der Stadt Hagen vereinbarungsgemäß in gleicher Höhe gekürzt, so dass sich per Saldo keine positive Liquiditätsauswirkung für die Berichtsgesellschaft ergibt.

Weitere positive Abweichungen ergeben sich durch gegenüber dem Plan verbesserte Jahresergebnisse der Tochtergesellschaften Hagener Straßenbahn und HAGENBAD, die zu einer entsprechend geringeren Belastung bei der HVG im Rahmen der Ergebnisübernahmen geführt haben (2,5 Mio. €).

Vermögens- und Finanzlage

Aktiva	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Sachanlagen und immaterielle WG	27.811	11	28.720	11
Finanzanlagen	232.680	86	232.680	86
Langfristig gebundenes Vermögen	260.491	97	261.400	97
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	68	0	45	0
Forderungen gegen Bet. Unternehmen	16	0	15	0
sonstige VG / RAP	3.257	1	1.834	1
Flüssige Mittel	5.465	2	5.340	2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	8.806	3	7.234	3
	269.297	100	268.634	100

Anlage 4/8

Passiva	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	219.737	82	219.082	82
Langfristige Rückstellungen	6.189	2	5.811	2
Langfristige Verbindlichkeiten	25.000	9	25.000	9
Langfristig gebundenes Kapital	250.926	93	249.893	93
Kurzfristige Rückstellungen	1.089	1	1.153	1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	13.786	5	11.970	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.006	1	5.006	2
Übrige Verbindlichkeiten	490	0	612	0
Kurzfristig gebundenes Kapital	18.371	7	18.741	7
	269.297	100	268.634	100

Die Bilanzsumme der HVG ist mit 269,3 Mio. € bei gegenläufigen Effekten moderat erhöht zum Vorjahr (0,2 %).

Die Sachanlagen und immateriellen Wirtschaftsgüter sind per Saldo um 0,9 Mio. € gesunken, da die Investitionen in Höhe von 0,8 Mio. € im Geschäftsjahr 2018 geringer ausfielen als die Abschreibungen in Höhe von 1,7 Mio. €.

Die Finanzanlagen sind unverändert zum Vorjahr.

Auf der Aktivseite ist das langfristig gebundene Vermögen durch die zuvor beschriebenen Effekte in Summe um - 0,3 % auf 260,5 Mio. € gesunken; der prozentuale Anteil an der nur moderat gestiegenen Bilanzsumme ist mit rd. 97 % weiterhin konstant zum Vorjahr.

Die sonstigen Vermögensgegenstände incl. RAP sind bei gegenläufigen Effekten signifikant über Vorjahresniveau (+1.423 T€). Ursächlich für diese Entwicklung ist ganz Wesentlich der in dieser Position enthaltene Steuererstattungsanspruch aus der erstmalig seit 2013 wieder anteilig ausgeschütteten ENERVIE Dividende (0,9 Mio. €).

Darüber hinaus wurden Steuererstattungsansprüche aus den Gewinnthesaurierungen des Spezialfonds in Höhe von 0,4 Mio. € aktiviert. Weitere Steueransprüche bestehen zum Bilanzstichtag aus Gewinnthesaurierungen sowie Ausschüttungen des Spezialfonds aus dem Vorjahr, die im Berichtsjahr noch nicht vereinnahmt werden konnten.

Die liquiden Mittel zeigen sich stichtagsbedingt mit 5,5 Mio. € um rd. 0,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Die Zunahme des Eigenkapitals um 0,7 Mio. € entspricht dem Saldo aus der zuschussinduzierten Erhöhung der Kapitalrücklage (+ 13,3 Mio. €) und der Entnahme des laufenden Jahresfehlbetrages aus der Kapitalrücklage (- 12,6 Mio. €).

Der Liquiditätsbedarf des Konzerns wurde im Wesentlichen durch die Kapitalzuführung des Anteilseigners gesichert. Dabei hat die Stadt Hagen im Berichtsjahr die Zuschusszahlung um die anteilig gezahlte Dividende der ENERVIE gekürzt. Des Weiteren wurde der Zuschuss neben den unterstellten Konsolidierungseffekten zusätzlich um einen außerordentlichen Konsolidierungsbeitrag von 1 Mio. € gekürzt.

Die Erhöhung des langfristig gebundenen Kapitals ergibt sich im Wesentlichen aus der zuvor erläuterten Erhöhung der Kapitalrücklage. Leicht zugelegt haben ebenfalls die langfristigen Rückstellungen, die sich per Saldo um 0,4 Mio. € erhöht haben. Die Pensionsrückstellungen haben mit 0,1 Mio. € und die Rückstellungen für kvw Sanierungsverpflichtungen mit 0,2 Mio. € zu diesem Anstieg beigetragen. Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sind auf Vorjahresniveau; im Berichtsjahr wurden keine neuen Verträge mit Mitarbeitern geschlossen.

Das kurzfristige Kapital hat sich insbesondere durch die Teiltilgung eines Darlehens verringert (- 2 Mio. €). Die kurzfristigen Rückstellungen sind bei gegenläufigen Effekten mit rd. 0,1 Mio. € nur leicht rückläufig zum Vorjahr.

Insgesamt ist die Relation von langfristigem Kapital zur Bilanzsumme mit 93 % konstant zum Vorjahr geblieben. Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital ist mit rd. 84 % ebenfalls konstant zum Vorjahr.

C. Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

1) Prognosebericht

Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr 2019 einen Wirtschaftsplan aufgestellt, wonach für 2019 ein Ergebnis von -14,7 Mio. € erwartet wird. Hierbei wurde unterstellt, dass die anteilige Ausschüttung seitens ENERVIE in 2019 erneut auf dem verminderten Niveau des Berichtsjahres erfolgt. In der Planung wurde berücksichtigt, dass der HVG dadurch ein Ergebnisbeitrag von rd. 3,9 Mio. € im Vergleich zur letztmalig im Jahr 2013 auf Normalniveau gezahlten ENERVIE Dividende von rd. 7,3 Mio. € fehlen wird.

In Abstimmung mit der Stadt Hagen soll die durch den teilweisen Entfall der ENERVIE Dividende entstehende Liquiditätslücke durch eine korrespondierend höhere Zuschusszahlung innerhalb der Liquiditätsplanung der HVG abgebildet werden. Gleichzeitig wird der städtische Zuschuss gegenläufig um die unterstellte Realisierung von weiteren Synergiepotentialen durch die HVG gekürzt. Die für das Jahr 2019 geplante Zuschusszahlung der Stadt Hagen beläuft sich somit auf 14,3 Mio. €. Im Jahr 2020 soll davon unabhängig wie bereits im Berichtsjahr ein zusätzlicher Konsolidierungsbeitrag zum städtischen Haushalt in Höhe von 1 Mio. € geleistet werden.

Die Umsatzerlöse beinhalten neben den Erträgen aus Konzernleistungen auch die Pachterträge, insbesondere aus der Verpachtung des Westfalenbades. Auf Grund der Investitionen in das Westfalenbad der vergangenen Jahre wurde die Pacht erstmalig leicht um 0,1 Mio. € angehoben.

Anlage 4/10

Aufgrund der bestehenden Unternehmensverträge übernimmt die HVG die Ergebnisse der Tochtergesellschaften HST und HBG. In Summe erwartet die HVG Ergebnisübernahmen in Höhe von rund –19,0 Mio. € für 2019. Für das Planjahr wird eine Ausschüttung der HEB GmbH in Höhe von 0,7 Mio. € unterstellt.

Allgemeine Kostensteigerungen, die nicht durch überproportionale Steigerungen der Erlöse oder durch weitere Einsparungen kompensiert werden können, führen dazu, dass trotz operativer Verbesserungen zukünftig mit einer Erhöhung der Fehlbeträge im Geschäft der HST zu rechnen ist. Eine vergleichbare Situation stellt sich für die HBG dar. Perspektivisch wird gemäß Wirtschaftsplan mit einer moderaten, jährlichen Ergebnisverschlechterung bei der HBG gerechnet. Hier werden Anstrengungen unternommen, das hohe Niveau der Besucherzahlen durch zielgruppenspezifische Marketing- und Werbemaßnahmen zu stabilisieren und damit die Einnahmen konstant zu halten. Darüber hinaus wurden die Außenanlagen im Saunabereich des Westfalenbades gegen Ende des Berichtsjahres um ein Solebecken mit dazugehörigem Whirlpool erweitert.

Die Kostensteigerungen im Personalbereich sind mit durchschnittlich 2,3 %p.a. für den gesamten Planungszeitraum bei HBG und HST berücksichtigt.

In Summe wird für die HVG in 2019 daher ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -14,7 Mio. € erwartet, der aus dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden soll.

2) Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der HVG. Aus diesem Grund wurde nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen. Damit sollen Risiken auf ein Minimum begrenzt werden.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer finanziellen Auswirkung qualifiziert.

Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der sowohl endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar dem Risikomanager mitzuteilen. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet und es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

3) Risiko- und Chancenbericht

In ihrer Holdingfunktion stellt die HVG die Versorgung der Tochtergesellschaften mit Liquidität sicher und übernimmt auf Basis bestehender Organverträge die Ergebnisse dieser Gesellschaften. Bei den operativ tätigen Tochtergesellschaften HST und HBG handelt es sich um sogenannte Dauerverlustbetriebe, die keinen positiven Cashflow erwirtschaften und somit auf Mittelzuführung durch die HVG angewiesen sind.

Sofern sich die Ergebnisse der HST und HBG in der Zukunft verschlechtern sollten, wirken sich diese unmittelbar auf das Ergebnis und gegebenenfalls auf die Liquidität der HVG aus und stellen somit ein Risiko dar.

Bei der Tochtergesellschaft HST besteht das Risiko, dass durch eine aktuell politisch geforderte Ausweitung des Leistungsangebotes zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 keine vollständige Gegenfinanzierung sichergestellt wird, so dass sich der Jahresfehlbetrag ggf. entsprechend erhöhen würde.

Die HBG trägt das Risiko, auf Basis eines bereits gefassten Ratsbeschlusses die Erweiterung und Attraktivierung des Familienbades Hengstey vorzunehmen. Hierzu wurde durch den Fachbereich für Stadtentwicklung, Bauen und Sport der Stadt Hagen mit Unterstützung von Hagenbad bereits ein Förderantrag gestellt. Es besteht das Risiko, dass die beantragten Fördermittel nicht bewilligt werden und HBG über die HVG die vollständige Finanzierung leisten muss. Unabhängig davon ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, da nicht unbedingt zu erwarten ist, dass die künftigen Besucherzahlen und Einnahmen durch die Erweiterung und Attraktivierung des Hengsteybades in dem Maße gesteigert werden können, um die korrespondierenden Aufwendungen zu decken.

Die Berichtsgesellschaft ist Eigentümerin des Richard-Römer-Lennebad, welches an die Tochtergesellschaft HBG verpachtet wird. Auf Grundlage eines Ratsbeschlusses wurde ein umfangreicher Sanierungsplan durch einen externen Sachverständigen beauftragt. Der seit Jahren bestehende und weiterhin zunehmende Sanierungsstau des Gebäudes betrifft die Betonkonstruktion, Wasser- und Gebäudetechnik sowie die Umkleiden und Sanitäreinrichtungen. In diesem Zusammenhang wird die Beantragung von entsprechenden Fördermitteln geprüft. Bei Erteilung eines negativen Förderbescheides ist seitens der Stadt Hagen über den weiteren Fortbestand des Lennebades zu entscheiden.

Die Beteiligungs- und Fondserträge der HVG reichen nicht aus, den erforderlichen Mittelbedarf zu decken. Aus diesem Grund hat die Stadt Hagen gegenüber der HVG in 2007 eine Verpflichtungserklärung abgegeben, der HVG die Liquidität zur Wahrnehmung ihres Gesellschaftszwecks zur Verfügung zu stellen. Eine nachhaltige Reduzierung oder der Entfall von Zahlungen der Stadt Hagen oder von Dividendenzahlungen der ENERVIE führen bei der HVG zwangsläufig zu Liquiditätsengpässen, wodurch der Fortbestand der HVG gefährdet werden könnte. Die ENERVIE hat im Jahr 2018 erstmalig seit dem Jahr 2013 wieder eine anteilige Dividende in Höhe von 3,4 Mio. € ausgeschüttet. Im gleichen Umfang wurde der Zuschuss der Stadt Hagen gekürzt. Die Differenz aus der verminderten ENERVIE Dividende zur Normaldividende aus dem Jahr 2013 in Höhe von 7,3 Mio. € muss jedoch weiterhin von der Stadt Hagen durch erhöhte Zuschusszahlungen kompensiert werden. Daher wurde planerisch unterstellt, dass die Stadt Hagen den teilweisen Entfall der Dividende bis zum Jahr 2022 weiterhin in entsprechender Höhe kompensiert.

Der erhöhte städtische Zuschuss wird im Jahr 2020 allerdings über die sich aus der unterstellten Realisierung von Synergieeffekten im Beteiligungsbereich ergebende Kürzung hinaus erneut um 1 Mio. € zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag zum städtischen Haushalt vermindert, was in der Liquiditätsplanung der HVG entsprechend abgebildet ist.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Ergebnissituation der ENERVIE erfolgte im Berichtsjahr eine Überprüfung des Beteiligungsansatzes der ENERVIE auf Basis der Wirtschaftsplanung. Im Ergebnis ist derzeit keine Wertanpassung erforderlich; insgesamt hat sich die ENERVIE im Berichtsjahr besser entwickelt, als zunächst in der Restrukturierungsplanung angenommen. Unter dem Aspekt der Ergebnisverbesserung in Verbindung mit der Verlängerung der Laufzeit des Aktionärsdarle-

Anlage 4/12

hensvertrages konnte die ENERVIE erstmals seit dem Jahr 2013 eine verminderte Dividende ausschütten, die jedoch noch deutlich unter dem Ausgangsniveau liegt.

Der Wertpapierspezialfonds der HVG stellt einen wesentlichen Teil der Substanz der HVG dar. Da die HVG nachhaltige Ausschüttungen aus dem Fondsvermögen benötigt, ist der Fonds auf langfristigen Kapitalerhalt bei angemessener Rendite ausgerichtet. Zur Risikominimierung ist der Fonds weiterhin überwiegend in der Anlageklasse Renten investiert. Gleichwohl musste der Fonds dem negativen Trend der Finanzmärkte folgend, ebenfalls Kursverluste hinnehmen. Aus diesem Grund wurde im Berichtsjahr keine Ausschüttung aus dem Fondsvermögen vorgenommen. Die Fondserträge resultieren somit ausschließlich aus anrechenbaren Steuerguthaben von thesaurierten Gewinnen.

Die HVG tätigt ihre kurzfristige Kreditaufnahme - sofern erforderlich - im Geldmarktbereich und unterliegt damit dem Risiko von Zinsänderungen. Eine permanente Marktbeobachtung stellt kurzfristiges Handeln in diesem Bereich sicher, um so eine optimale Refinanzierung zu ermöglichen. Ein Teil der Verbindlichkeiten ist über einen SWAP langfristig ausgestaltet. Der eingesetzte SWAP dient ausschließlich der Zinssicherung.

Als weiteres wesentliches Risiko wird weiterhin die Entwicklung der kvw Sanierungsbeiträge eingeschätzt. Die von der kvw berechnete Beitragsentwicklung ist durch die Gesellschaft nicht vorhersehbar und daher nicht planbar. Der Sanierungsbeitrag beläuft sich unverändert auf 3,25 % der kvw pflichtigen Entgelte. Inwieweit sich der Beitragssatz in der Zukunft entwickeln wird, ist derzeit nicht absehbar und stellt somit ein latentes Risiko für die Gesellschaft dar.

Weitere operative Risiken der HVG wurden identifiziert, wobei die wirtschaftlichen Auswirkungen - auch zusammengenommen - den Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährden.

Hagen, 04. März 2019

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Christoph Köther

-Geschäftsführer-

Bericht
über die Prüfung des Konzernabschlusses
und des Konzernlageberichtes
zum 31. Dezember 2018

der
Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
Hagen

D. FESTSTELLUNGEN ZUR KONZERNRECHNUNGSLEGUNG

I. Grundlagen der Konzernrechnungslegung

1. Rechtsgrundlagen

Die HVG ist als Mutterunternehmen und Kapitalgesellschaft gemäß §§ 290, 297 Abs. 1 Satz 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht aufzustellen und nach §§ 316 ff. HGB prüfen zu lassen. Konzernabschluss und Konzernlagebericht sind entsprechend § 325 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers elektronisch einzureichen.

2. Konsolidierungskreis und Abschlussstichtag des Konzerns

Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, an denen die Gesellschaft am Bilanzstichtag unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, geht aus dem Konzernanhang (Anlage 3) hervor.

Erstmals ist die HEB Service in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die HEB Service ist eine 100 % Tochtergesellschaft der HEB und hat am 1.1.2018 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen. Die Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs der HEB Service erfolgte im Zuge der zu Jahresbeginn 2018 wirksam gewordenen Umstrukturierung der Leistungsbeziehungen zur Sicherstellung der Inhousefähigkeit der Abfallentsorgung und -verwertung. Dies führt in der Gewinn- und Verlustrechnung zu einer sich ausgleichenden und damit ergebnisneutralen Verschiebung zwischen Material- und sonstigem betrieblichem Aufwand. Die Umstrukturierung hat zu einer Einbeziehung der HEB Service in die zuvor nur zwischen HEB und HUI bestehenden internen Leistungsbeziehungen geführt; eine Veränderung oder Erweiterung der nach außen erbrachten Leistungen war damit nicht verbunden. Die Verrechnung des Beteiligungsbuchwertes der HEB Service bei der HEB GmbH mit dem Eigenkapital der HEB Service ergab insoweit auch keinen Unterschiedsbetrag.

Die ENERVIE wird nach Änderung der für die Ausübung der ENERVIE-Aktien maßgeblichen rechtlichen Regelungen im Jahr 2006 auf Grundlage ihres Konzernabschlusses nach §§ 311f. HGB in den Konzernabschluss der HVG einbezogen. Die Erstkonsolidierung erfolgte nach der Buchwertmethode (§ 312 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 HGB) zu dem Zeitpunkt, zu dem die ENERVIE assoziiertes Unternehmen geworden ist.

- 10 -

Die Angaben zum Konsolidierungskreis sind zutreffend. Bei der Abgrenzung des Konsolidierungskreises wurde der Stetigkeitsgrundsatz beachtet. Die Voraussetzungen für die Anwendung der Equity-Konsolidierung (§§ 311, 312 HGB) für die ENERVIE-Beteiligung sind erfüllt.

Die über die HST zum Konzern gehörende HABUS ist entsprechend ihrer Beteiligungsquote (49 %) nach § 310 HGB als Gemeinschaftsunternehmen einbezogen worden, da wesentliche Entscheidungen von den Gesellschaftern nur gemeinsam getroffen werden können.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Bei der Kapitalkonsolidierung der einbezogenen Tochter- bzw. Enkelunternehmen erfolgte die Erstkonsolidierung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung erfolgte gemäß § 301 HGB a.F. in Vorjahren bis zur Einführung des BilMoG nach der Buchwertmethode; das Gleiche gilt auch für die erstmalige Einbeziehung der ENERVIE als assoziiertes Unternehmen. Die nachfolgenden Erstkonsolidierungen sind aufgrund der Vorschriften des BilMoG grundsätzlich nach der auch vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. vorgesehenen Neubewertungsmethode vorgenommen worden; die Erstkonsolidierung des Folgeerwerbs von weiteren 20 % an der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH zum 1. Januar 2015 erfolgte unter Verzicht auf eine Neubewertung (sogenannte parent entity extension-Methode).

Gem. § 307 HGB werden die nicht dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile an in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen in Höhe ihres Anteils am Eigenkapital als „Nicht beherrschende Anteile“ innerhalb des Eigenkapitals gesondert ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung wurden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen gemäß § 303 HGB gegeneinander verrechnet.

Bei der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden konzerninterne Umsatzerlöse sowie andere Erträge und die entsprechenden Aufwendungen in Anwendung des § 305 HGB aufgerechnet.

Auf die Eliminierung von Zwischenergebnissen aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen ist nach § 304 Abs. 2 HGB verzichtet worden.

Die in den Konzernabschluss nach § 300 Abs. 2 HGB übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden der einbezogenen Unternehmen sind grundsätzlich bereits in den jeweiligen Einzelabschlüssen nach den auf den Jahresabschluss der HVG anwendbaren Bewertungsmethoden einheitlich bewertet worden. In den Jahresabschlüssen von BSH und HEB ist keine Rückstellung für die Sanierungsgeldverpflichtung gegenüber der Zusatzversorgungskasse (KVW) bilanziert worden. Im Zuge der konzerneinheitlichen Bewertung sind die Rückstellungen jeweils zu Lasten der laufenden Konzernergebnisse entsprechend dotiert worden.

Bei der ENERVIE ist auf eine Anpassung der Bewertung nach § 312 Abs. 5 S. 2 HGB zulässigerweise verzichtet worden.

Die angewandten Konsolidierungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und wurden stetig angewendet.

4. Konzernbuchführung

Die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden manuell unter Einsatz des Tabellenkalkulationsprogramms MS Excel erstellt; die Ergebnisrechnung der HABUS und die At-Equity bewertete Beteiligung an der ENERVIE werden ebenfalls manuell über MS Excel einbezogen. Auch für die Kapitalkonsolidierung wird MS Excel eingesetzt. Für die Schuldenkonsolidierung und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden entsprechende Funktionalitäten von SAP genutzt.

Die Konzernbuchführung wird nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß geführt.

5. Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen sind mit Ausnahme der HEB von uns nach §§ 316 ff. HGB geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Für die Abschlüsse von HEB und HEB Service sowie HABUS und ENERVIE (Einzel- und Konzernabschluss) lagen jeweils uneingeschränkte Bestätigungsvermerke vor.

- 12 -

II. Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses

1. Konzernabschluss

Im Konzernabschluss (bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie Konzernanhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel) für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr der HVG wurden die gesetzlichen Vorschriften beachtet. Die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus den Einzelabschlüssen der Konzernunternehmen entwickelt.

Aufgrund unserer Prüfung kommen wir zu dem Ergebnis, dass in der Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung die für Kapitalgesellschaften geltenden Ansatz-, Ausweis-, Bewertungs- und Konsolidierungsvorschriften beachtet wurden. Die Stetigkeitsgrundsätze der §§ 252 Abs. 1 Nr. 6, 265 Abs. 1 und § 297 Abs. 3 HGB wurden im Hinblick auf die Ausübung von Bewertungswahlrechten, die Inanspruchnahmen von Ausweiswahlrechten und die Anwendung von Konsolidierungsmethoden eingehalten.

Die erforderlichen Erläuterungen und Angaben sowie die in Ausübung eines Wahlrechtes nicht in die Konzernbilanz oder in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommenen Angaben sind vollständig und richtig im Konzernanhang enthalten. Auf Angaben, die die DRS über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus beinhalten, ist verzichtet worden.

Die gesetzlich geforderten Angaben im Konzernanhang sind in allen wesentlichen Belangen vollständig und zutreffend.

Die gemäß § 297 Abs. 1 HGB aufzustellende Konzernkapitalflussrechnung (Anlage 4) entspricht DRS 21 und gibt den Kapitalfluss im Konzern zutreffend wieder.

Der gemäß § 297 Abs. 1 HGB aufzustellende Konzerneigenkapitalspiegel (Anlage 5) entspricht DRS 22 und stellt die Entwicklung des Eigenkapitals im Konzern zutreffend dar.

2. Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften. Angaben zum Mutterunternehmen und zum Konzern sind klar voneinander abgegrenzt.

III. Gesamtaussage

1. Zusammenfassende Beurteilung

Der Konzernabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt, d. h. in seiner Gesamtaussage, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, Konzernkapitalflussrechnung und Konzerneigenkapitalspiegel ergibt, unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Die für die Beurteilung der Gesamtaussage wesentlichen Bewertungsgrundlagen sind im Konzernanhang angegeben. Wesentliche Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie wesentliche Änderungen der wertbestimmenden Faktoren sind nicht erfolgt.

- 14 -

E. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht der Hagener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (HVG), Hagen, für das Geschäftsjahr 2018 in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 7 am 9. Mai 2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„An die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

- 16 -

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen.

Anlagen

**Konzern- Gewinn- und Verlustrechnung der
Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018**

	<u>2018</u>		<u>2017</u>	
	€	€	T€	T€
1. Umsatzerlöse		95.031.316,22		94.622
2. Sonstige betriebliche Erträge		5.796.356,80		6.524
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.762.806,22		7.572	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>14.141.385,28</u>	22.904.191,50	<u>24.412</u>	31.984
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	46.917.803,21		46.039	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung --davon für Altersversorgung € 4.593.064,68 (i.Vj. € 4.390.557,17)--	<u>13.673.992,32</u>	60.591.795,54	<u>13.261</u>	59.300
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		9.635.542,72		9.615
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		20.796.238,91		13.402
7. Erträge aus Beteiligungen		6.350,40		0
8. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		8.287.303,80		6.625
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.663.890,40		2.255
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		429.570,39		431
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon aus Aufzinsungen € 3.008.696,45 (i.Vj. € 2.318.342,21)--		4.067.918,25		3.494
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>1.032.158,77</u>		<u>1.072</u>
13. Ergebnis nach Steuern		-7.813.057,68		-8.410
14. Sonstige Steuern		914.292,99		241
15. Konzernjahresfehlbetrag		-8.727.350,67		-8.651
16. Nicht beherrschende Anteile		-584.539,18		-489
17. Konzernergebnis		-9.311.889,85		-9.140

Konzernanhang 2018 der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

A. Gesetzliche Vorschriften

Der Konzernabschluss zum 31.12.2018 wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB aufgestellt.

Besonderheiten der Verkehrswirtschaft wurden durch Erweiterung der Gliederung der Konzernbilanz berücksichtigt. Für die Gliederung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

B. Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

Zum Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen gehören die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen, (HVG) deren Tochterunternehmen Hagener Straßenbahn AG, Hagen, (Beteiligungsquote 91,667 %), HAGENBAD GmbH (Beteiligungsquote 100 %) sowie die Sander Reisen GmbH, Hagen (Beteiligungsquote 100 %), eine Tochtergesellschaft der Hagener Straßenbahn AG.

Ebenfalls zum Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen gehören die Gesellschaften Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH (Beteiligungsquote 72,5 %), HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen, (Beteiligungsquote 51 %), Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen, (Beteiligungsquote 51%), BSH gem. GmbH, Hagen, (Beteiligungsquote 94 %). Seit dem 25. August 2015 gehört die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb (Beteiligungsquote rd. 51 %) ebenfalls zum Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen. Erstmals im Berichtsjahr wurde auch die HEB Service GmbH als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die HEB Service GmbH ist eine 100 % Tochtergesellschaft der HEB und hat am 1.1.2018 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Die Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs der HEB Service GmbH erfolgte im Zuge der zu Jahresbeginn 2018 wirksam gewordenen internen Umstrukturierung der Leistungsbeziehungen zur Sicherstellung der Inhousefähigkeit der Abfallentsorgung und -verwertung. Dies führt in der Gewinn- und Verlustrechnung zu einer sich ausgleichenden und damit ergebnisneutralen Verschiebung zwischen Material- und sonstigem betrieblichem Aufwand und in der Bilanz zu einem Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Verrechnung von Beteiligungsbuchwert der HEB Service bei der HEB GmbH mit dem Eigenkapital der HEB Service ergab keinen Unterschiedsbetrag.

Sämtliche vorgenannten Gesellschaften haben ihren Sitz in Hagen.

Im Vorjahr wurden 50,0 % der Anteile an der Agentur mark erworben. Die Voraussetzungen für eine Einbeziehung als Tochter- oder Gemeinschaftsunternehmen liegen nicht vor; auf eine Einbeziehung als assoziiertes Unternehmen ist mit Blick auf § 311 Abs. 2 HGB verzichtet worden.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte gemäß § 301 HGB a.F. in Vorjahren bis zur Einführung des BilMoG nach der Buchwertmethode. Die nachfolgenden Erstkonsolidierungen sind aufgrund der Vorschriften des BilMoG grundsätzlich nach der Neu-

bewertungsmethode vorgenommen worden; die Erstkonsolidierung des Folgeerwerbes von weiteren 20 % an der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH zum 1. Januar 2015 erfolgte unter Verzicht auf eine Neubewertung (sogenannte parent entity extension-Methode).

Bei der Erstkonsolidierung der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH aus dem Erwerb von 52,5% der Anteile mit Wirkung zum 19. Dezember 2014 und der Folgekonsolidierung des weiteren Anteilserwerbs von 20 % mit Wirkung vom 1. Januar 2015 sind keine stillen Reserven oder Lasten festgestellt worden. Vielmehr ergab sich insgesamt ein passivischer Unterschiedsbetrag, der mittlerweile vollständig aufgelöst wurde.

Die Einbeziehung der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb als vollkonsolidiertes Unternehmen erfolgte im Rahmen der Erstkonsolidierung auf den 26. August 2015. Mit Wirkung zum vorgenannten Datum wurden 51,02 % der bislang der Stadt Hagen gehörenden Geschäftsanteile in die HVG eingebracht. Aus der Neubewertung der bilanzierten Vermögensgegenstände und Schulden ergab sich insbesondere aufgrund von konzerneinheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsvorgaben neu anzusetzender personalbedingter Rückstellungen ein der HVG zuzurechnendes Eigenkapital von 1.995 T€. Der Mehrwert im Vergleich zu den Anschaffungskosten (9.483 T€) betraf zunächst verschiedene, zumeist bis Ende 2022 laufenden Dienstleistungsverträge mit der Stadt Hagen und der Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH (HUI). Diese sind mit einem Betrag von 5.041 T€ bei der Erstkonsolidierung gesondert im immateriellen Anlagevermögen angesetzt worden und werden entsprechend ihrer Laufzeit auf 7 Jahre abgeschrieben. Zum Einbringungszeitpunkt verblieb demnach noch ein Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von 2.448 T€, der in Anlehnung an die Laufzeit der Dienstleistungsverträge über eine etwas kürzer geschätzte Nutzungsdauer von fünf Jahren verteilt nach der linearen Methode abgeschrieben wird.

Über die Hagener Straßenbahn AG gehört zum Konzern die HABUS GmbH Verkehrsbetriebe, Hagen (Beteiligungsquote 49 %). Sie wurde nach § 310 HGB als Gemeinschaftsunternehmen einbezogen, da wesentliche Entscheidungen nur gemeinschaftlich getroffen werden können.

Die ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen, (ENERVIE) wird seit der Änderung der für die Ausübung der Rechte der ENERVIE-Aktien maßgeblichen rechtlichen Regelungen im Jahr 2006 als assoziiertes Unternehmen gem. § 311 Abs. 1 Satz 1 HGB ausgewiesen.

Die Einbeziehung der ENERVIE als assoziiertes Unternehmen erfolgte zum 1.1.2007 auf Basis des ENERVIE -Konzernabschlusses zum 31.12.2006. Das anteilige Eigenkapital ist mit dem Buchwert (§ 312 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 HGB a.F.) angesetzt. Der aktive Unterschiedsbetrag zum 1.1.2007 in Höhe von 43.952 T€ ist auf die entsprechenden Anlagegüter verteilt worden und wird über einen Zeitraum von 15 bis 25 Jahren abgeschrieben. Zum 31. Dezember 2018 beträgt das anteilige, auf die HVG entfallende Eigenkapital lt. Konzernbilanz der ENERVIE insgesamt 64.011 T€. Dem steht ein Buchwert im Finanzanlagevermögen der HVG in Höhe von 78.105 T€ gegenüber. Der aktive Unterschiedsbetrag beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 2018 demnach noch 14.094 T€. Auf eine Anpassung der Bewertung bei der ENERVIE auf Ebene des HVG Konzernabschlusses ist nach § 312 Abs. 5

S. 2 HGB verzichtet worden. Bzgl. der von dem assoziierten Unternehmen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie deren zusammengefasste Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung verweisen wir auf den im elektronischen Bundesanzeiger zu veröffentlichenden Konzernabschluss für 2018 der ENERVIE. Der auf die HVG entfallende anteilige Konzernjahresüberschuss der ENERVIE für 2018 beträgt 10.775 T€ (i. Vj. 9.113 T€).

Die Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Hagen mbH wird in der Konzernbilanz unter den Beteiligungen ausgewiesen. Sie ist im Sinne des § 311 Abs. 2 HGB für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften sind konsolidiert; konzerninterne Umsätze und Erträge sind mit Aufwendungen verrechnet. Auf die Zwischenergebniseliminierung wurde gemäß § 304 Abs. 2 HGB verzichtet.

C. Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz des HVG Konzerns stellt sich wie folgt dar:

	Beteiligungsquote	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
Verbundene Unternehmen			
HAGENBAD GmbH, Hagen	100,00	278	0 ¹⁾
Hagener Straßenbahn AG, Hagen (HST)	91,67	8.314	0 ¹⁾
Mittelbar über die Hagener Straßenbahn AG, Sander Reisen GmbH	100,00	136	0 ¹⁾
BSH gem. GmbH (BSH)	94,00	2.321	206
Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH (KEH)	72,50	90	62
Hagener Entsorgungsbetrieb GmbH Hagen (HEB)	51,02	8.895	1.435
Mittelbar über die HEB, HEB Service GmbH	100	75	25
HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen (HaWeD)	51,00	36	1
Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen (Werkhof)	51,00	272	-308

	Beteiligungsquote	Eigenkapital	Ergebnis
	%	T€	T€
Gemeinschaftsunternehmen nach § 310 HGB			
Mittelbar über die HST, HABUS GmbH Verkehrsbetriebe, Hagen	49,00	209	59
Beteiligungsunternehmen			
ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen (ENERVIE) assoziiertes Unternehmen nach § 312 ff HGB	42,65	265.716	33.122
agentur mark GmbH, Hagen	50,00	385	- 25
Betriebsgesellschaft Radio Hagen mbH Co. KG, Hagen	0,19	-1.236 ²⁾	-236 ²⁾
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Hagen mbH, Hagen	25,00	47 ²⁾	2 ²⁾

1) Ergebnisabführungsvertrag

2) Vorjahreswert

D. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den Vorjahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse wurden entsprechend der bei der HVG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt, mit Ausnahme der Bildung der Rückstellung für Sanierungsgelder der Zusatzversorgungskasse bei der BSH und der HEB. Die Anpassungen erfolgten im Rahmen der Konsolidierung. Dabei ist die Sanierungsgeldrückstellung zum 31. Dezember 2018 bei der BSH um 453 T€ auf 5.503 T€ und bei der HEB um 711 T€ auf 7.651 T€ zu Lasten des Konzernergebnisses erhöht worden. Die in den Vorjahren gebildete Rückstellung für Sanierungsgelder der Zusatzversorgungskasse beim Werkhof musste im Berichtsjahr erfolgswirksam aufgelöst werden, da der Grund der Rückstellung entfallen war.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen auf Basis der betriebsüblichen Nutzungsdauer, bewertet. Zuschüsse wurden bis einschließlich des Geschäftsjahres 2010 in der Regel im jeweiligen Zugangsjahr von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt.

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden im Regelfall über eine geschätzte, betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 bis rd. 7 Jahren abgeschrieben. Die Nutzungsdauer des erworbenen Geschäfts- und Firmenwerts beträgt 5 Jahre. Gebäude werden über Nutzungsdauern zwischen 25 bis 50 Jahren, Bauten auf fremden Grund zwischen 10 bis 25 Jahren, Streckenausrüstungen und Sicherungsanlagen

über jeweils 10 Jahre und Fahrzeuge für den Personenverkehr über 9 Jahre verteilt abgeschrieben. Maschinen und maschinelle Anlagen werden über 5 bis 20, im Einzelfall bis zu 50 Jahre lang abgeschrieben. Den Betriebs- und Geschäftsausstattungen werden grundsätzlich betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von 3 bis 13 Jahre beigemessen.

Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren linear abgeschrieben.

Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen; die Ausleihungen sind mit Barwerten ausgewiesen.

Vorräte sind mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und die Forderungen werden zum Nennwert bilanziert. Mögliche Ausfallrisiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (im Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zins basiert auf einem 10-jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB beläuft sich in Summe für alle betroffenen Konzerngesellschaften auf 1.456 T€ zum 31.12.2018. Soweit maßgeblich, sind ein Gehaltstrend und eine Fluktuationsrate von jeweils 2,0 % berücksichtigt. Rentenanpassungen sind unverändert zum Vorjahr mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Deputatverpflichtungen werden versicherungsmathematisch nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2018G errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (im Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zinssatz basiert auf einem 10jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB beläuft sich in Summe für alle betroffenen Konzerngesellschaften auf 649 T€ zum 31.12.2018. Bei den der Deputatverpflichtung zugrunde gelegten Fahrausweisen wurde unverändert eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,5 % p.a. unterstellt.

Der Werkhof ist zum Jahresende 2018 aus der Zusatzversorgungskasse ausgetreten. Die hierfür nach Berechnung der Kasse voraussichtlich über einen Zeitraum von 20 Jahren in jährlichen Raten zu leistende Ausgleichsverpflichtung ist unter Berücksichtigung der auf 10-jähriger Basis ermittelten Zinssätze abgezinst zurückgestellt worden. Die Ausgleichsverpflichtung bildet die Subsidiärhaftung aus den mittelbar über die Zusatzversorgungskasse zugesagten Altersversorgungspflichten ab und ist daher mit 396 T€ in den Pensionsrückstellungen enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entsprechend abgezinst.

Anlage 3/6

Bei der Rückstellung für die von der Zusatzversorgungskasse (Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe, kvw) zur Deckung der Verpflichtungen aus der Umstellung der Zusatzversorgung zu Beginn des Jahres 2002 erhobenen Sanierungsgelder ist von einer zwanzigjährigen Verpflichtungsdauer und einem zum Vorjahr unveränderten Anstieg des jährlichen Sanierungsgeldaufwands von durchschnittlich 2,5 % p.a., insbesondere infolge einer entgeltinduzierten Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das Sanierungsgeld, ausgegangen worden. Der Zinssatz ist laufzeitabhängig gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung bemessen worden. Eine Anpassung des Erhebungszeitraums des Sanierungsgeldes kann erst dann vorgenommen werden, wenn belastbare und konkrete Aussagen zu seiner Dauer vorliegen. Der Umlagesatz für das Sanierungsgeld beträgt wie im Vorjahr 3,25 %

In Anlehnung an die Handhabung bei Festwerten wurden die Jubiläumsrückstellungen im Geschäftsjahr 2018 nach Ablauf von 3 Jahren mit einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren sowie einem Zinssatz von 2,32 % und einem Gehaltstrend von 2 % versicherungsmathematisch neu berechnet.

Die Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung erfolgt entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit von 3 Jahren mit einem Rechnungszins zum 31. Dezember 2018 von 0,88 % (i. Vj. 1,43 %). Der vertraglichen Ausgestaltung der Altersteilzeitverpflichtung liegt ausschließlich das Blockmodell zu Grunde.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung bzw. Reparaturen nach § 249 Abs. 2 HGB (Aufwandsrückstellungen) sind nach Art. 67 Abs. 3 EGHGB zulässigerweise fortgeführt worden.

Die Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

E. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang beigefügt.

2. Finanzanlagevermögen

Ein wesentlicher Teil der Finanzanlagen resultiert im Rahmen der Anteile an assoziierten Unternehmen aus der ENERVIE-Beteiligung. Die anteilige, auf die Gesellschaft entfallende Eigenkapitalveränderung der ENERVIE beträgt 10.775 T€ und wird entsprechend als Zugang im Berichtsjahr 2018 dargestellt. Der Wert entspricht dem anteiligen Konzernjahresüberschuss. Die vorzunehmende Abschreibung auf den aktivischen Unterschiedsbetrag beträgt im Berichtsjahr unverändert 2.488 T€. Insoweit ergibt sich ein saldiertes und in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesenes Ergebnis aus assoziierten Unternehmen in Höhe von 8.287 T€.

Eine weitere wesentliche Position des Finanzanlagevermögens resultiert weiterhin unverändert aus dem der ENERVIE gewährten Aktionärsdarlehn in Höhe von 29,82 Mio. €, welches bei den sonstigen Ausleihungen ausgewiesen wird. Das Darlehen hatte zunächst eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2020. Im Berichtsjahr wurde die ursprüngliche Laufzeit gem. Änderungsvertrag zum Aktionärsdarlehensvertrag bis zum 30. Juni 2022 verlängert. Zum ursprünglich angedachten Rückzahlungstermin am 31. Januar 2020 wurde eine Teiltilgung des Darlehens in Höhe von insgesamt 30 Mio. € vereinbart. Die Absicherung erfolgt zu 80 % über eine Bürgschaft der Stadt Hagen.

Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen wird ein Kassenkredit in Höhe von 10 Mio. € ausgewiesen, den die HEB in Vorjahren an die HUI gewährt hat. Ausgewiesen werden des Weiteren mit 2.702 T€ überwiegend Steuererstattungsansprüche für Vorjahresveranlagungszeiträume. Daneben bestehen im Wesentlichen Umsatzsteuerforderungen (510 T€).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

Forderungen 2018	Gesamtbetrag	Forderungen über 1 Jahr	Forderungen gegen Gesellschafter
	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.043	0	0
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	65	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	14.675	0	0
	20.783	0	0

Die Forderungen des Vorjahres setzten sich wie folgt zusammen:

Forderungen 2017	Gesamtbetrag	Forderungen über 1 Jahr	Forderungen gegen Gesellschafter
	T€	T€	T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.216	0	0
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	313	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	13.553	0	373
	16.082	0	373

6. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Ausweis beinhaltet überwiegend Ruhegelder für Januar 2019 sowie andere vorausgezahlte Entgelte.

7. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeit-Wertguthaben der Mitarbeiter sind Fondsanteile verpfändet worden, die als Planvermögen zu qualifizieren sind. Diese Fondsanteile haben einen Buchwert von 2.792 T€ und Anschaffungskosten von ebenfalls 2.792 T€; ihr Zeitwert (aktueller Kurswert) beläuft sich auf 3.518 T€. Der Erfüllungsbetrag der entsprechenden Rückstellungen beläuft sich auf 2.514 T€. Nach § 246 Abs. 2 HGB wurde der Zeitwert der Fondsanteile mit dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen saldiert; der Überhang von 1.004 T€ ist als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. In

der Ergebnisrechnung sind Erträge aus den Fondsanteilen von 32 T€ mit der Aufzinsung der Rückstellung verrechnet worden.

8. Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital von 81.820.000 € (i. Vj. 81.820.000 €) ist voll eingezahlt bzw. durch Sacheinlage erbracht. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Hagen.

9. Kapitalrücklage

Die Veränderung der Kapitalrücklage resultiert nahezu ausschließlich aus Kapitalzuführungen der Stadt Hagen.

10. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen resultieren fast ausschließlich sowohl aus der in 2010 vorgenommenen Umgliederung des passivischen Unterschiedsbetrages als auch der erfolgsneutralen Dotierung des anteiligen Konzernjahresüberschusses für 2011 des assoziierten Unternehmens ENERVIE.

11. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter

Der Ausgleichsposten wurde für die Minderheitenanteile der fremden Gesellschafter an der HST, BSH, Werkhof, HaWeD, KEH und der HEB gebildet.

12. Rückstellungen für Pensionen

Ausgewiesen werden neben den Pensionsverpflichtungen (17.558 T€; i. Vj. 17.784 T€) auch die Deputatrückstellungen (4.516 T€; i. Vj. 4.017 T€).

13. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen zukünftig an die Zusatzversorgungseinrichtung kvw zu zahlende Sanierungsgelder (24.865 T€ bzw. 24.369 T€ im Vorjahr), Resturlaubs- und Überstundenansprüche der Mitarbeiter (1.280 T€; i. Vj. 1.012) und unterlassene Instandhaltung bzw. Großreparaturen (unverändert 2.175 T€).

14. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

Anlage 3/10

Verbindlichkeiten 2018	Gesamtbetrag T€	Restlaufzeiten bis zu 1 Jahr T€	Restlaufzeiten 1 bis 5 Jahre T€	Restlaufzeiten über 5 Jahre T€	Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	39.413	3.529	27.176	8.708	-
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	9	9		-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.219	5.219		-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	4.977	2.631	529	1.817	1.735
	49.618	11.388	27.705	10.525	1.735

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres setzten sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten 2017	Gesamtbetrag T€	Restlaufzeiten bis zu 1 Jahr T€	Restlaufzeiten 1 bis 5 Jahre T€	Restlaufzeiten über 5 Jahre T€	Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41.945	5.548	27.138	9.259	-
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	13	13		-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.295	5.295		-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	5.231	2.754	569	1.908	1.867
	52.484	13.610	27.707	11.167	1.867

15. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei der HVG besteht zum Bilanzstichtag ein zinsgesichertes Darlehen über 10 Mio. € mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2020. Bei einem weiteren Darlehen wurde eine Teiltilgung vorgenommen, so dass dieses Darlehn zum Stichtag 31.12.2018 noch in Höhe von 3 Mio. € valutiert. Darüber besteht ein Darlehen in Höhe von 15 Mio. € im Zusammenhang mit der Gewährung eines Aktionärsdarlehens an die ENERVIE. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2020 und ist endfällig. Alle Darlehen sind durch Pfandrechte am Wertpapierspezialfonds der HVG besichert.

Die übrigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen in Höhe von 11,0 Mio. € nahezu ausschließlich auf die BSH gem. GmbH. Die Darlehen dienen im Wesentlichen der Finanzierung des Seniorenzentrums der BSH.

Kreditverbindlichkeiten sind durch Pfandrechte an den Wertpapierspezialfonds (28,0 Mio. €) und an Grundstücken (7,6 Mio. €) gesichert.

16. Sonstige Verbindlichkeiten

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten werden im Wesentlichen zwei Darlehen der Gesellschafterin Stadt Hagen in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € und Verpflichtungen zur künftigen Erbringung von Dienstleistungen aus dem Verkauf von Gutscheinen und Geldwertkarten (1,0 Mio. €) ausgewiesen. Darüber hinaus bestehen Verbindlichkeiten aus Steuern im Gesamtumfang von 0,6 Mio. €.

F. Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse	2018	2017
	T€	T€
Verkehr	30.049	29.282
Bäder	4.505	4.390
Pflege	15.287	15.348
Beschäftigung und Qualifizierung	5.518	5.856
Veranstaltungen	1.403	1.329
Service	83	210
Entsorgung	38.186	38.207
	95.031	94.622

2. Sonstige betriebliche Erträge

Im Berichtsjahr sind u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von insgesamt 1.875 T€ (im Vj. 3.365 T€) enthalten.

3. Abschreibungen

Die Abschreibungen des Berichtsjahres beinhalten ausschließlich planmäßige Abschreibungsbeträge auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen.

4. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen besteht vollständig aus dem positiven Ergebnisbeitrag der ENERVIE für das Berichtsjahr 2018 in Höhe von 8.287 T€. Das Ergebnis resultiert aus dem anteiligen Konzernjahresüberschuss der ENERVIE in Höhe von 10.775 T€ sowie der Abschreibung auf den aktiven Unterschiedsbetrag in Höhe von unverändert -2.488 T€.

5. Erträge aus anderen Wertpapieren

Die Erträge betreffen mit 1,3 Mio. € Zinserträge aus dem ENERVIE-Darlehen, mit 0,4 Mio. € anrechenbare Steuern aus den Fondsanlagen.

6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand für 2018 beträgt 1.032 T€ (im Vj. 1.074 T€); im Vorjahr waren gegenläufige Erträge aus aktiviertem Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 2 T€ enthalten. Die Steueraufwendungen des Vorjahres waren auf Grund einer abgeschlossenen Betriebsprüfung für die Jahre 2006-2010 in Höhe von 177 T€ belastet.

7. Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen neben Grundsteuern (134 T€) im Berichtsjahr erstmalig auch die Zuführung zur Rückstellung für Stromsteuer der HEB GmbH in Höhe von 671 T€.

G. Sonstige Angaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe von 16,9 Mio. €. Diese betreffen im Wesentlichen Erbbauzinsen für ein Betriebsgrundstück der Hagener Straßenbahn AG (1,9 Mio. €) und Verbrennungsentgelte der HEB GmbH (10,5 Mio.€). Im Übrigen bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mieten und Pachten sowie Leasingaufwendungen.

Die HVG und ihre Tochtergesellschaften sind zum Teil Mitglieder von Zusatzversorgungskassen. Die hierüber versicherten Mitarbeiter bzw. deren Hinterbliebene erhalten Altersversorgungsleistungen, insbesondere Versorgungs- und Versicherungsrenten.

Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der Versorgungskassen besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf die HVG und ihre Tochtergesellschaften entfallenden Vermögen der Versorgungskassen. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten liegen bei der Gesellschaft nicht vor; die insoweit bestehende Verpflichtung wird zum Teil über die Rückstellung für die Sanierungsgelder gedeckt. Der Umlagesatz für die bedeutendste Zusatzversorgungskasse im Konzern beträgt 4,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung aber von steigenden Umlagesätzen auszugehen sein.

2. Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

Das Prüferhonorar gliedert sich wie folgt:

a.) Abschlussprüfungsleistungen:	109 T€
b.) andere Bestätigungsleistungen:	8 T€
c.) Steuerberatungsleistungen	21 T€
d.) sonstige Leistungen:	1 T€

Von den Abschlussprüfungsleistungen entfallen auf den Konzernabschlussprüfer 80 T€; die übrigen Leistungen betreffen nur den Konzernabschlussprüfer.

3. Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 15 HGB

Zur Zinssicherung eines variabel verzinslichen Darlehens über 10 Mio. € ist ein betrags- und laufzeitkongruentes Swappeschäft auf gleicher Zinsbasis abgeschlossen worden, welches zu einem synthetischen Festzinsdarlehen führt. Der von dem entsprechenden Kreditinstitut berechnete Marktwert beläuft sich zum Bilanzstichtag auf -175 T€. Der SWAP, für den am Bilanzstichtag ein negativer Marktwert besteht, wurde abgeschlossen, um ein geringeres als das laufende Zinsniveau zukünftig zu sichern. Das Grund- und das Sicherungsgeschäft wurden als Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB in Form eines sogenannten Micro-Hedges behandelt.

4. Angaben nach § 314 Abs. 1 Nr. 18 HGB

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich um einen Wertpapierfondsspezialfonds, der von einem externen Fondsmanager verwaltet wird.

Der Buchwert beträgt zum 31.12.2018 49,3 Mio.€ (im Vj. 49,3 Mio). Der Kurswert (gesamter Anteilswert) beläuft sich auf 66,3 Mio.€ (i. Vj. 69,2 Mio.€)

Für das Geschäftsjahr erfolgte keine Ausschüttung aus dem Wertpapierfondsspezialfonds; die ausgewiesenen Erträge in Höhe von 0,4 Mio. € entfallen auf anrechenbare Steuern.

Grundsätzliche Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe bestehen nicht.

5. Belegschaft

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt 1.186 (i. Vj. 1.175) Personen. Darin enthalten sind 36 Beschäftigte (= 49 % von 72) des Gemeinschaftsunternehmens HABUS GmbH Verkehrsbetriebe. Zusätzlich beschäftigte der Werkhof im Jahresdurchschnitt 245 (i. Vj. 293) Projektteilnehmer.

Die Arbeitnehmer verteilen sich auf die Tätigkeitsbereiche des Konzerns wie folgt:

Fahrdienst:	303 Mitarbeiter
Bäderbetrieb:	76 Mitarbeiter
Soziale Einrichtungen:	315 Mitarbeiter
Dienstleistungen:	209 Mitarbeiter
Veranstaltungen:	15 Mitarbeiter
Entsorgung	268 Mitarbeiter

Zudem befanden sich durchschnittlich 50 Personen in einem Ausbildungsdienstverhältnis.

6. Geschäftsführung und Aufsichtsrat

a) Geschäftsführung

Der Geschäftsführer Herr Dipl.-Kfm. Christoph Köther hat seinen Dienstvertrag mit der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) abgeschlossen.

Die nach dem Transparenzgesetz NW erforderlichen Angaben zu seiner Vergütung sind im Anhang der HVG enthalten.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen sind insgesamt 2.973 T€ (i. Vj. 2.394 T€) zurückgestellt. Die laufenden Pensionsbezüge betragen 156 T€ (i. Vj. 245 T€).

b) Aufsichtsrat

Die nach dem Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz NW) erforderlichen Angaben zu den Sitzungsgeldern der Aufsichtsratsmitglieder sind in den Anhängen der Jahresabschlüsse der einzelnen Gesellschaften enthalten. Die Sitzungsgelder der Aufsichtsratsmitglieder betragen in 2018 insgesamt 13 T€.

Der Aufsichtsrat der Muttergesellschaft HVG besteht aus folgenden Personen:

Erik O. Schulz	Oberbürgermeister	Vorsitzender	975
Frank Janschulte	Betriebsratsvorsitzender HST	stell. Vors.	650
Andrea Buczek	Sekretärin		650
Detlev Emmerich	kfm. Angestellter HST		520
Martin Erlmann	Dipl. Verwaltungswirt		520
Dr. Friedrich-Wilhelm Geiersbach	Akademischer Oberrat		650
Frank Kirchhoff	kfm. Angestellter HVG		520
Rolf Klinkert	Rentner		650
Werner König	Kommunalbeamter a. D.		520
Angelika Kulla	Industriekauffrau		520
Bozena Magiera-Quilitz	kfm. Angestellte HVG		650
Rainer Marienberg	kfm. Angestellter HVG		520
Ellen Neuhaus	Hausfrau		390
Markus Post	kfm. Angestellter HVG		650
Christoph Purps	Dipl.-Betriebswirt		520
Joachim Riechel	kfm. Angestellter IKK Akademie		650
Wolfgang Röspel	Rentner		520
Manuel Schewe	kfm. Angestellter HVG		650
Frank Schmidt	Redakteur		650
Martin Stange	techn. Angestellter		650
Claus Thielmann	Kaufmann Büro für Öffentlichkeitsarbeit		650

Anlage 3/16

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ereignet.

Hagen, 09. Mai 2019

HAGENER VERSORGUNGS-
UND VERKEHRS-GMBH

Christoph Köther
-Geschäftsführer-

Konzern Hagerer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens 2018 (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Zugänge	Investitionsförderung	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Ab-schreibungen Zugänge	Ab-schreibungen Abgänge	Zu-schreibungen Um-buchungen	Ab-schreibungen	Buchwerte	
	01.01.2018	31.12.2018					01.01.2018	31.12.2018					31.12.2018	31.12.2018
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Enggänglich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	9.368.777,19	9.379.246,47	1.393,70		1.480,43	4.556,00		5.532.040,93	1.123.173,35	1.480,43		6.653.733,86	2.719.512,61	3.936.736,26
2. Firmenwert	3.187.650,91	3.187.650,91						1.806.799,55	489.593,59			2.296.389,14	891.261,77	1.380.851,36
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.556,00	-4.556,00												4.556,00
Summe I	12.560.984,10	12.560.987,38	1.393,70		1.480,43			7.338.840,48	1.612.762,94	1.480,43		8.950.123,00	3.610.774,38	5.222.143,62
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Baulen, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	78.380.199,12	78.654.207,85	103.350,13			170.658,60		30.584.520,64	1.997.779,64		1.781,14	32.584.081,42	46.070.126,43	47.795.678,48
2. Streckenanlagen und technische Anlagen und Maschinen	1.078.208,08	1.078.208,08						947.863,77	47.925,11			995.768,88	82.419,20	130.344,31
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	9.878.436,89	9.878.436,89	148.735,80		7.569,50	23.539,00		7.733.155,06	514.700,47	7.569,50		8.240.285,03	1.802.856,16	2.145.281,83
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.679.575,69	33.361.212,64	2.924.379,54		2.242.842,59			18.564.241,45	2.926.905,17	2.242.842,59		19.268.304,03	14.092.908,61	14.095.434,24
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	32.110.336,81	33.423.438,27	1.851.094,58		378.369,38	40.376,25		23.768.469,28	2.535.469,39	338.328,98	-1.781,14	25.962.828,55	7.460.609,71	8.341.867,53
	569.996,58	1.108.565,45	773.142,72			-234.573,85							1.108.565,45	569.996,58
Summe II	154.696.853,17	157.668.774,48	5.600.702,77		2.628.781,47			81.618.250,20	8.022.779,78	2.589.741,07		87.051.288,91	70.617.485,56	73.078.602,97
III. Finanzanlagen														
1. Beteiligungen	241.262,37	166.262,37			75.000,00			64.396,88				64.396,88	101.865,49	176.865,49
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	102.156.960,41	109.620.202,05	10.775.581,83		3.412.340,19			28.926.849,02	2.488.278,03			31.415.127,05	78.105.075,00	73.230.111,39
3. Wertpapiere des Anlagevermögens	49.332.583,79	49.332.583,79											49.332.583,79	49.332.583,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.681,33	29.843.065,35			3.681,33			158,67		158,67		3.692,62	29.839.372,73	3.522,66
5. Sonstige Ausleihungen	29.849.498,56				6.431,21			5.543,95		1.851,33				29.843.952,61
Summe III	181.583.984,46	188.862.113,56	10.775.581,83		3.497.452,73			28.996.948,52	2.488.278,03	2.010,00		31.483.216,55	157.378.897,01	152.587.035,94
Gesamt	348.841.821,73	359.091.785,40	16.377.678,30		6.127.714,63			117.954.039,20	12.123.820,75	2.593.231,50		127.484.828,46	231.607.156,95	230.887.782,52

Konzernkapitalflussrechnung 2018

	2018 T€	2017 T€
Periodenergebnis	-8.728	-8.651
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+9.636	+9.615
des Finanzanlagevermögens	+2.488	+2.488
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-1.484	-2.181
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/ Erträge (-)	-727	-993
Abnahme (+) / Zunahme (-) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.340	+262
Abnahme (-) / Zunahme (+) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-352	+2.414
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-305	-245
Saldo Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	+3.638	+3.063
Sonstige Beteiligungserträge (-)	-10.776	-11.368
Ertragsteueraufwand (+) / -ertrag (-)	+1.032	+1.072
Ertragsteuerzahlungen (-) / (+)	-966	-821
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-9.884	-5.345
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)	-1	-136
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (+)	+342	+381
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-5.600	-6.301
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (+)	+85	+3
Erhaltene Zinsen (+)	+430	+431
Erhaltene Dividende (+)	+3.412	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.332	-5.622
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens (+)	+13.209	+18.915
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten (-)	-2.532	-2.437
Einzahlungen aus erhalten Zuschüssen/ Zuwendungen (+)	+524	+524
Gezahlte Zinsen (-)	-1.059	-1.176
Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter (-)	-717	-708
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	+9.425	+15.118
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	-1.791	+4.151
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	+14.775	+10.624
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	12.984	14.775

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
Eigenkapitalspiegel

Mutterunternehmen				Minderheitsgesellschaften		Konzern-eigenkapital	
Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklage	Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis	Eigenkapital	Minderheitenkapital / Eigenkapital	Konzern-eigenkapital

Eigenkapitalspiegel 2017

	T €	T €	T €	T €	T €	T €	T €
Stand am 31.12.2016	81.820	180.058	11.228	-129.249	0	143.857	1.891
Änderung des Konsolidierungskreises						0	
Übrige Veränderungen		18.916	0	0		18.916	-708
Konzernjahresfehlbetrag/ Konzerngesamtergebnis				-9.140		-9.140	489
Stand am 31.12.2017	81.820	198.974	11.228	-138.389	0	153.633	1.672

Eigenkapitalspiegel 2018

Stand am 31.12.2017	81.820	198.974	11.228	-138.389	0	153.633	1.672
Änderung des Konsolidierungskreises							
Übrige Veränderungen		13.209	0	0		13.209	-717
Konzernjahresfehlbetrag/ Konzerngesamtergebnis				-9.312		-9.312	584
Stand am 31.12.2018	81.820	212.183	11.228	-147.701	0	157.530	1.539

Anlage 5

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen

Konzernlagebericht 2018 der Geschäftsführung

A. Grundlagen des Konzerns

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) ist eine kommunale Management-, Finanz- und Beteiligungsholding, deren alleinige Anteilseignerin die Stadt Hagen ist. Die HVG hat neun verbundene Unternehmen und fünf Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die verbundenen Unternehmen erbringen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen überwiegend im Bereich der Daseinsvorsorge einschließlich der Ver- und Entsorgung und erfüllen damit den öffentlichen Zweck. Die HVG erbringt für verschiedene Konzerngesellschaften die Overheadleistungen, insbesondere Personalmanagement, Marketing, Vertrieb und kaufmännische Verwaltung einschließlich der IT, und verrechnet diese an die Konzerngesellschaften auf Basis eines Dienstleistungsvertrages weiter. Im Vorjahr wurde der 50 % Anteil der Stadt Hagen an der agentur mark durch die HVG erworben.

Verkehr

Die HVG ist mit 91,67 % an der Hagener Straßenbahn AG (HST) beteiligt, die restlichen 8,33 % werden von der Stadt Hagen gehalten. Die HST ist für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Stadt Hagen zuständig. Den überwiegenden Teil der Fahrleistungen erbringt die HST mit eigenen Fahrzeugen und Mitarbeitern selbst. Weitere Leistungen werden von Tochterunternehmen der HST sowie Drittunternehmern gefahren. Die HST hält 100 % der Geschäftsanteile der Sander Reisen GmbH und ist mit 49 % an der HABUS GmbH Verkehrsbetriebe beteiligt. Mit Sander Reisen besteht ein Gewinnabführungsvertrag.

Über den Aufgabenträger Stadt Hagen ist die HST in das Gesamtsystem des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr AöR (VRR) integriert. In Abstimmung mit den politischen Gremien werden im VRR u.a. das Ticketsortiment und Preisanpassungen für alle Verkehrsunternehmen im VRR festgelegt.

Im Frühjahr 2019 ist die HST der „Kooperation östliches Ruhrgebiet (KÖR)“ beigetreten, um u.a. gemeinsame Interessen der zusammengeschlossenen Unternehmen besser durchsetzen und wirtschaftliche Synergien, z.B. in der Busbeschaffung, realisieren zu können.

Bäder

An der HAGENBAD GmbH (HBG) hält die HVG 100 % der Gesellschaftsanteile. Die HBG betreibt in Hagen auf Basis von Pachtverträgen mit der HVG das Westfalenbad sowie das dazugehörige Parkhaus am Standort Ischeland, das Lennebad in Hohenlimburg sowie das Erlebnisbad Hestert. Zusätzlich wird das im Eigentum der HBG befindliche Familienbad Hengstey betrieben. In Teilbereichen hat die HBG für ihre Angebote eine sozialverträgliche, nicht kostendeckende Preisstruktur.

Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen handelt es sich bei den operativen Gesellschaften HST und HBG um sogenannte Dauerverlustbetriebe.

Anlage 6/2

Dienstleistungen

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) erbringt die Overheadleistungen Personalmanagement, Marketing, Vertrieb und kaufmännische Verwaltung einschließlich der IT für verschiedene Konzerngesellschaften. Auf Basis eines Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Hagen wird zusätzlich das operative Beteiligungscontrolling für sämtliche städtischen Beteiligungen und Betriebe durchgeführt.

Leitung

Die Konzern-Gesellschaften HVG, HST und HBG stehen unter einer einheitlichen personellen und organisatorischen Leitung. Zwischen der HVG und HST/ HBG bestehen darüber hinaus Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge. Im Jahr 2016 wurde ein weiterer Ergebnisabführungsvertrag zwischen der HST AG und der 100 % Tochtergesellschaft Sander Reisen geschlossen.

Soziale Einrichtungen

Die HVG ist mit 94 % der Geschäftsanteile an der BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH (BSH) beteiligt. Die BSH verfügt über die zwei Geschäftsbereiche Altenpflege und Jugendhilfe. Für den Geschäftsbereich Altenpflege werden in dem Seniorenzentrum unterschiedliche Pflegeleistungen angeboten. In den verschiedenen Jugendhilfeeinrichtungen werden zielgruppenspezifische Betreuungsleistungen vorgehalten.

Darüber hinaus hält die HVG jeweils 51 % an der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH (Werkhof) und der Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH (HaWeD).

Veranstaltungen

Die HVG hält 72,5 % der Gesellschaftsanteile an der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH (KEH). Die KEH ist die größte Versammlungsstätte in Hagen und nimmt kulturelle, soziale und gesellschaftspolitische Aufgaben wahr. Damit stützt sie die oberzentrale Funktion der Stadt Hagen. Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Stadt Hagen zu fördern.

Entsorgung

Die HVG hält 51% der Geschäftsanteile an der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb. HEB ist für die Müllabfuhr, die Straßenreinigung sowie den Winterdienst im Stadtgebiet Hagen zuständig. Über die HEB ist die HVG ebenfalls an der 100 % beteiligten Tochtergesellschaft HEB Service GmbH indirekt verbunden. Der Gesellschaftszweck der HEB Service GmbH besteht in der Wahrnehmung von Aufgaben der Entsorgung und Stadtreinigung für die Städte Hagen und Dortmund. Aus diesem Grund betreibt die Gesellschaft u.a. die örtliche Müllverbrennungsanlage (MVA) im Zuge der zum Jahresbeginn 2018 wirksam gewordenen Umstrukturierung zur Herstellung der Inhousefähigkeit. Die Gesellschaft hat ihren operativen Betrieb zum 1. Januar 2018 aufgenommen. Sie verfügt über kein eigenes Personal und bedient sich zur Durchführung ihres Unternehmenszweckes ihrer unmittelbaren Muttergesellschaft auf Grundlage eines Betriebsführungsvertrages.

Energie

Die HVG hält 42,65 % der Aktien an der ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG und hat diese über einen Treuhandvertrag an die Stadt Hagen übertragen. Die ENERVIE ist über die Tochtergesellschaften Mark-E AG und Stadtwerke Lüdenscheid GmbH Energielieferant in der Region.

Bildung und Entwicklung

Die HVG hat im Vorjahr den 50 % Anteil der Stadt Hagen an der Agentur mark erworben. Die Agentur mark bietet Dienstleistungen im Bereich Arbeit, Bildung und Unternehmensentwicklung an. Dabei verbindet sie Akteure und Kompetenzen im Rahmen von Projekten mit Partnern aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt und öffentlicher Hand der Märkischen Region.

Finanzen

Die Stadt Hagen hat sich verpflichtet, der HVG jährlich einen Zuschuss zu zahlen, der für die Finanzierung der operativen Geschäfte HST und HBG verwendet wird. Unabhängig davon leistet die Stadt Hagen auf Grundlage einer Verpflichtungserklärung einen Zuschuss zur Aufrechterhaltung des operativen Geschäftsbetriebes der KEH sowie ebenfalls einen Zuschuss zum Geschäftsbetrieb der Agentur mark an die HVG zwecks Weiterleitung an die jeweiligen Gesellschaften.

Die HVG verfügt über einen Wertpapierspezialfonds, an dem sie zu 100 % beteiligt ist. Dieser Fonds ist überwiegend als Rentenfonds konzipiert, da die langfristige Substanzerhaltung bei angemessener Rendite oberste Priorität hat. Er wird von einem externen Fondsmanager betreut. Die Ausschüttung aus dem Fonds dient der Geschäftsfinanzierung der HVG. Die Performance war im Berichtsjahr angesichts der insgesamt schwierigen Lage auf den Finanzmärkten leicht negativ. Aus diesem Grund wurde über die anrechenbaren Steuern hinaus keine Ausschüttung aus dem Fonds getätigt.

Eine weitere wichtige Finanzierungsquelle der HVG ist die ENERVIE Dividende, welche im Berichtsjahr erstmalig seit dem Jahr 2013 zunächst anteilig in Höhe von 3,4 Mio. € gezahlt wurde und damit noch deutlich unter dem Normalniveau der vergangenen Jahre von 7,3 Mio. € liegt.

In den Vorjahren war die ENERVIE in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Dies hatte dazu geführt, dass der Rat der Stadt Hagen auf Basis einer Patronatserklärung für die ENERVIE die HVG angewiesen hat, der ENERVIE ein Darlehen in Höhe von 29,82 Mio. € zu gewähren. Hierzu hatte die HVG gemeinsam mit den Großaktionären der ENERVIE (Stadt Lüdenscheid und Remondis) einen Aktionärsdarlehensvertrag über 60 Mio. € zunächst mit einer Laufzeit bis zum 31. Januar 2020 sowie einen Belassungs- und Rangrücktrittsvertrag unterzeichnet. Im Berichtsjahr wurde zwischen den Parteien ein Änderungsvertrag zum Aktionärsdarlehensvertrag geschlossen. Demnach wird das Enddatum der Vereinbarung auf den 30. Juni 2022 verschoben. Zum ursprünglich angedachten Rückzahlungstermin am 31. Januar 2020 wurde eine Teiltilgung des Darlehens in Höhe von insgesamt 30 Mio. € vereinbart. Die restlichen 30 Mio. € sind bei Vertragsende zum 30. Juni 2022 fällig.

Zur Refinanzierung hat die HVG im Geschäftsjahr 2015 ihrerseits zum einen ein Darlehen in Höhe von 15 Mio. € aufgenommen, das durch die Verpfändung entsprechender Fondsanteile der HVG gesichert wird. Der Restbetrag wurde durch den Verkauf von Anteilen an den Wertpapierspezialfonds realisiert. Durch die Darlehenshingabe an die ENERVIE ist die HVG in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit eingeschränkt und nicht in der Lage, einen Dividendenausfall bzw. eine unter dem Normalniveau liegende ENERVIE-Dividende nachhaltig zu kompensieren. Daher hat die Stadt Hagen der HVG im Berichtsjahr die Zuschusszahlung um den anteiligen Dividendenausfall erhöht. Allerdings wurde im gleichen Zuge ein zusätzlicher Konsolidierungseffekt von 1 Mio. € von dieser Zuschusszahlung gekürzt.

Anlage 6/4

Sonstiges

Weitere kleinere, eher unwesentliche Beteiligungen an verschiedenen Gesellschaften werden entweder direkt über die HVG oder die HST gehalten.

B. Wirtschaftsbericht

1) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Ergebnis

Das Konzernergebnis für 2018 liegt bei -9,3 Mio. € (Vj. -9,1 Mio. €) und weicht damit von dem Ergebnis des Einzelabschlusses der HVG GmbH von -12,6 Mio. € um 3,3 Mio. € ab (im Vj. 4,7 Mio. €).

Im Einzelabschluss der HVG werden die Fehlbeträge der Tochtergesellschaften HST (12,5 Mio. €) und HBG (4,2 Mio. €) übernommen, welche im Vergleich zum Vorjahr in Summe um 0,1 Mio. € höher ausfallen.

Bei den nachfolgenden, den Konzern betreffenden Zahlen, wurden neben der HVG und deren vollkonsolidierten Tochterunternehmen HST, HBG, BSH, KEH, Werkhof und HaWeD auch die Tochtergesellschaften der Hagener Straßenbahn AG, die Sander Reisen GmbH zu 100 % und die HABUS GmbH Verkehrsbetriebe als Gemeinschaftsunternehmen zu 49 % berücksichtigt. Ebenfalls zum Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen gehört seit dem 25. August 2015 die Gesellschaft HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb mit einer Beteiligungsquote von rd. 51%. Über die HEB GmbH wurde im Berichtsjahr erstmalig auch die HEB Service GmbH im Rahmen des HEB Teilkonzerns mit in den Konzernabschluss der HVG einbezogen.

Des Weiteren wurde die ENERVIE als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Die ENERVIE konnte ein positives Konzernergebnis erwirtschaften, welches sich anteilig im Ergebnis aus assoziierten Unternehmen in Höhe von 8,3 Mio. € im HVG Konzernergebnis auswirkt. Im Vorjahr war ein positiver Ergebnisbeitrag der ENERVIE in Höhe von 6,6 Mio. € zu verzeichnen. Die Restrukturierungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr weiter fortgesetzt.

Im Berichtsjahr verzeichnete die ENERVIE deutlich höhere Umsatzerlöse (50,6 Mio. €) sowie einen überproportional gestiegenen Materialaufwand (64,2 Mio. €). Vom Anstieg der Umsatzerlöse entfallen 17,3 Mio. € auf die Strom- und 33,3 Mio. € auf die Gassparte. Während der Umsatzanstieg beim Strom angesichts rückläufiger Mengen preisbedingt war, haben sich im Gasbereich Mengen- und Preiseffekte umsatzverbessernd ausgewirkt.

Die deutlich gestiegenen Materialaufwendungen beinhalten in Höhe von 16,5 Mio. € Aufwendungen aus einem Generalunternehmervertrag der Tochtergesellschaft Mark-E zur Ertüchtigung des Pumpspeicherkwerkes Rönkhausen. Die korrespondierenden Erträge finden sich in den ebenfalls deutlich gestiegenen Bestandsveränderungen wieder, so dass dieser Sachverhalt per Saldo erfolgsneutral im Rohergebnis abgebildet wird. Insgesamt hat sich das Rohergebnis von 190,0 Mio. € auf 194,9 Mio. € erhöht.

Aufwandsseitig liegt insbesondere der Personalaufwand mit 70,5 Mio. € um 4,3 Mio. € unter dem Vorjahresaufwand von 74,8 Mio. €. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch Restrukturierungseffekte sowie den weiteren Personalabbau um durchschnittlich 61 Mitarbeiter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 90,0 Mio. € signifikant über dem Vorjahreswert von 71,6 Mio. €. Ursächlich ist hier im Wesentlichen der zu den sonstigen betrieblichen Erträgen korrespondierende Anstieg bei den Seevegeschäften (+21,3 Mio. €), die per Saldo somit erfolgsneutral in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind.

Des Weiteren wirken sich höhere externe IT Dienstleistungen (+ 5,3 Mio. €) in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen aus.

Auf Grund des zuvor geschilderten Geschäftsverlaufes konnte die ENERVIE im Geschäftsjahr 2018 ein positives Ergebnis von 25,3 Mio. € gegenüber 21,4 Mio. € im Vorjahr erwirtschaften. Bedingt durch den Jahresüberschuss und in Verbindung mit einer Änderung des Aktionärsdarlehnsvertrages hinsichtlich der Laufzeit und der Tilgungsmodalitäten konnte die ENERVIE erstmalig wieder seit dem Jahr 2013 eine anteilige Dividende in Höhe von insgesamt 8 Mio. € ausschütten.

Investitionen

Im Konzern wurden die wesentlichen Investitionen durch die Hagener Straßenbahn AG für die Busbeschaffung mit 2,9 Mio. € getätigt. Für die Anschaffung der Busse wurden im Rahmen der ÖPNV Pauschale des VRR zweckgebundene Investitionszuschüsse in Höhe von 0,5 Mio. € gewährt. Die erhaltene Investitionsförderung wird in der Position Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen passiviert und korrespondierend zur Nutzungsdauer des Anlagegutes aufgelöst.

Die HEB GmbH investierte im Wesentlichen in den Fuhrpark (rd. 0,8 Mio. €) sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,1 Mio. €).

Die HVG investierte rd. 0,8 Mio. € (i. Vj. 0,4 Mio. €) in die Hagener Bäder. Das Investitionsvolumen entfiel ganz überwiegend auf ein neues Solebecken mit Whirlpool am Standort Westfalenbad.

Umweltschutz

Bei der Fahrzeugneubeschaffung werden grundsätzlich die neuesten geltenden Abgasstandards berücksichtigt, sodass ausschließlich Fahrzeuge mit der Euro 6-Abgasnorm erworben werden.

Mit der auf der Wagenhalle der Hagener Straßenbahn AG vorhandenen Photovoltaikanlage wurden insgesamt rd.136.000 kWh Strom erzeugt. Damit wurde die prognostizierte Leistung geringfügig überschritten. Es konnten 78,8 to. CO₂ gegenüber herkömmlicher Energiegewinnung eingespart werden.

Das im Eigentum der HVG stehende Westfalenbad bezieht Fernwärme von der örtlichen Müllverbrennungsanlage. Durch diese Art der Energienutzung werden Umweltschutz und eine unter betriebswirtschaftlichen Aspekten kostengünstige Energiebeschaffung gleichermaßen beachtet. Des Weiteren verfügt das Westfalenbad über eine eigene Wasseraufbereitungsanlage. Durch diese Technologie ist es möglich, den überwiegenden Anteil des entstehenden Schwallwassers wiederaufzubereiten und in den Wasserkreislauf zurückzuführen. Darüber hinaus wurde die Lichttechnik im Westfalenbad auf den neuesten LED Standard umgerüstet. Im Rahmen eines weiteren Förderprojektes wurde im Berichtsjahr ebenfalls der Technik Bereich sowie das Parkhaus des Westfalenbades vollständig auf LED Technik umgerüstet. Die durch diese Maßnahmen erzielte Ersparnis im Strombezug hat sich bei Hagenbad im Berichtsjahr in einem Minderverbrauch der Gesamtbezugsmenge um rd. 3,5 % widerspiegelt. Die spezifische Ersparnis im Bereich der Beleuchtung liegt somit signifikant höher.

Im Erlebnisbad Hestert ist eine ressourcenschonende Heizungsanlage mit Brennwerttechnologie installiert, die sehr energieeffizient arbeitet und in hohem Maße Anforderungen des Umweltschutzes erfüllt.

Anlage 6/6

Personal- und Sozialwesen

Im Durchschnitt wurden im Berichtsjahr in den Gesellschaften des HVG-Konzerns 1.204 Mitarbeiter/innen beschäftigt nach 1.175 im Vorjahr. Die Gesamtbeschäftigtenzahl betrug zum Jahresende 1.184. Damit ist die Beschäftigtenanzahl leicht über dem Vorjahresniveau. Darüber hinaus befanden sich am Bilanzstichtag 50 Personen in einem Ausbildungsdienstverhältnis.

Schwerpunkte der Personalarbeit der HVG lagen in der Aufbereitung von Personalkennzahlen und der Fortschreibung der Zielkennzahlen sowie in einem Abwesenheits- und Gesundheitsmanagement. Im Rahmen der Betriebsvereinbarung zur Förderung der Altersteilzeit wurden im Berichtsjahr 4 neue Altersteilzeitvereinbarungen mit Mitarbeitern der HST und 2 neue Altersteilzeitvereinbarungen mit Mitarbeitern der HBG geschlossen.

Der HVG-Konzern legt besonderen Wert auf die Sicherheit der Persönlichkeitsrechte der Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter, im Bewusstsein, dass Sorgfalt und Transparenz die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sind. Daher wurde die am 25. Mai 2018 in Kraft getretene EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechend gesetzeskonform umgesetzt. Die DSGVO stärkt die Rechte von Betroffenen gleichermaßen, wie sie die Verpflichtungen für Unternehmen erhöht. Die gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben werden durch die HVG Konzerngesellschaften konsequent eingehalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei im rechtmäßigen und sensiblen Umgang mit personenbezogenen Daten.

Durch die Förderung von Teilzeitarbeitsverhältnissen konnten alleine bei der HVG, HST und HBG im Berichtsjahr 75 (Vj. 70) Mitarbeiter/innen als Teilzeitarbeitskräfte beschäftigt werden.

Im Januar 2014 trat für die HVG Altkonzerngesellschaften eine Compliance-Richtlinie in Kraft. Ziel der Richtlinie ist eine klare Regelung im Umgang mit Geschäftspartnern, Kunden und Wettbewerbern.

Zum 31. Dezember 2018 betrug der Beschäftigungsstand in Personen:

	Mitarbeiter	Auszubildende	Gesamt
HVG	78	7	85
HST	303	19	322
HBG	70	5	75
HEB	267	10	277
Sander	62	0	62
HABUS	*38	0	38
BSH	282	9	291
SHB	15	0	15
HaWeD	3	0	3
Werkhof	**66	0	66
Konzern	1.184	50	1.234

* Ansatz zu 49 %

**Zusätzlich 245 Projektteilnehmer aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Zum 31. Dezember 2017 betrug der Beschäftigungsstand in Personen:

	Mitarbeiter	Auszubildende	Gesamt
HVG	74	7	81
HST	303	20	323
HBG	69	5	74
HEB	266	9	275
Sander	68	0	68
HABUS	*35	0	35
BSH	280	8	288
SHB	16	0	16
HaWeD	3	0	3
Werkhof	**64	0	64
Konzern	1.178	49	1.227

* Ansatz zu 49 %

**Zusätzlich 293 Projektteilnehmer aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

2) Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Ertragslage

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) hat im Geschäftsjahr 2018 einen Konzernjahresfehlbetrag von -8.727 T€ (i. Vj. -8.651 T€) erzielt.

	2018	2017
	T€	
Betriebliches Ergebnis	-13.100	-13.155
Beteiligungsergebnis	8.293	6.625
Finanzergebnis	-1.974	-808
Steuern	-1.946	-1.313
Konzernjahresfehlbetrag	-8.727	-8.651

Das betriebliche Ergebnis zeigt sich bei leicht erhöhten Umsatzerlösen (+ 409 T€) und deutlich gesunkenen sonstigen betrieblichen Erträgen (- 728 T€) per Saldo auf Vorjahresniveau. Insbesondere durch die Erstkonsolidierung der HEB Service GmbH im Rahmen der Einbeziehung des Teilkonzerns HEB hat es eine deutliche Entlastung des Materialaufwandes (-9.080 T€) zu Lasten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ 7.394 T€) gegeben, so dass ein Vorjahresvergleich beider Positionen nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Die Personalaufwendungen sind im Wesentlichen rückstellungsbedingt und tariflich bedingt leicht erhöht zum Vorjahr (- 1.292 T€).

Anlage 6/8

Die Materialaufwendungen sind bei gegenläufigen Effekten durch die Erstkonsolidierung der HEB Service nur bedingt zum Vorjahr zu vergleichen. Angestiegen sind insbesondere die Aufwendungen für Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe bei der HST durch gestiegene Dieselpreise (445 T€). Bei HEB sind die Roh-Hilfs- und Betriebsstoffe durch den Verkauf von Vorräten in den Bestandsveränderungen in Summe um 1 Mio. € zum Vorjahr angestiegen; eine korrespondierende Ertragsposition ist in den Umsätzen enthalten. Durch diese Entwicklung von Materialaufwand und Umsatzerlösen sowie der Verschiebung von Materialaufwand zu sonstigem betrieblichen Aufwand beträgt die konzernweite Materialaufwandsquote 24,1 % (i. Vj. 33,8 %).

Die Personalaufwendungen betragen 60,6 Mio. € und sind ebenfalls konzernweit leicht gestiegen (1.292 T€). Gründe hierfür liegen in der tariflichen Entwicklung der Entgelte sowie in der rückstellungsinduzierten Erhöhung der sonstigen Entgelte, u.a. aus dem Neuabschluss von Altersteilzeitvereinbarungen. Bei der HST wurden im Berichtsjahr vier neue Altersteilzeitverhältnisse begründet und bei HBG zwei. Die neu abgeschlossenen Altersteilzeitverträge belasten das Konzernergebnis in Summe mit rd. 0,2 Mio.€. Darüber hinaus sind Zuführungen zu den Rückstellungen für die an die kvw zu zahlenden Sanierungsgelder in Höhe von 0,5 Mio. € in den Personalaufwendungen enthalten.

Die konzernweite Personalaufwandsquote ist konform zu der zuvor geschilderten Entwicklung moderat von 62,7 % auf 63,8 % gestiegen.

Die Abschreibungen liegen bei einem minimalen Anstieg (21 T€) auf dem Vorjahresniveau von 9,6 Mio. €.

Das Beteiligungsergebnis ist von 6.625 T€ im Vorjahr um 1.668 T€ auf 8.293 T€ gestiegen. Ursächlich für die positive Abweichung zum Vorjahr ist das bessere Konzernergebnis der ENERVIE des Berichtsjahres in Höhe von 25,3 Mio. € gegenüber einem Konzernjahresüberschuss in Höhe von 21,4 Mio.€ im Vorjahr. Zu dem ENERVIE Konzernergebnis verweisen wir auf unsere Ausführungen unter Abschnitt „Ergebnis“.

Das Finanzergebnis liegt unter dem Vorjahresniveau und zeigt im Wesentlichen den Saldo aus Fondserträgen des Berichtsjahres von 389 T€ (Vj. 989 T€) und Zinsergebnis von -2.379 T€. Das Zinsergebnis enthält auch unverändert die Erträge aus dem Aktionärsdarlehen an die ENERVIE.

Darüber hinaus sind wie bereits im Vorjahr die Aufwendungen im Rahmen des an die ENERVIE gewährten Aktionärsdarlehens durch Zinsen an Kreditinstitute sowie Bürgschaftsprovisionen an die Stadt Hagen in Höhe von insgesamt 352 T€ unverändert enthalten.

Die sonstigen Steuern sind im Wesentlichen aufgrund der Zuführung zur Rückstellung für Stromsteuer bei HEB deutlich (671 T€) höher ausgefallen als im Vorjahr.

Als Resultat der geschilderten Entwicklungen bei den einzelnen Posten zeigt sich das Konzernergebnis unter Berücksichtigung der Veränderung nicht beherrschender Anteile von -585 T€ insgesamt mit 0,2 Mio.€ unter dem Vorjahr.

Ein konsolidiertes Konzernergebnis wird nicht separat geplant. Allerdings fielen die Ergebnisse auf Einzelabschlussenebene bei den Tochtergesellschaften HST und HBG deutlich günstiger aus. Während insgesamt Verlustübernahmen in Höhe von -19.196 T€ für das Berichtsjahr 2018 eingeplant wurden, konnte durch eine Ergebnissteigerung bei HST (+1.845 T€) und HBG (+639 T€) ein entsprechend verbessertes betriebliches Ergebnis im Vergleich zum Plan erzielt werden.

Vermögens- und Finanzlage

Konzernbilanzstruktur

Aktiva	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Sachanlagen und immaterielle WG	74.228	28	78.301	29
Finanzanlagen	157.379	59	152.587	58
Langfristig gebundenes Vermögen	231.607	86	230.888	87
Kurzfristige Vermögensgegenstände	23.212	9	19.873	7
Flüssige Mittel	12.984	5	14.775	6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	36.196	14	34.648	13
	267.803	100	265.536	100

Passiva	2018		2017	
	T€	%	T€	%
Eigenkapital	159.068	59	155.304	59
Sonderposten	3.046	1	3.250	1
Langfristige Rückstellungen	47.045	19	46.212	17
Langfristige Verbindlichkeiten	38.231	14	38.874	15
Langfristig gebundenes Kapital	247.390	93	243.640	92
Kurzfristige Rückstellungen	8.686	3	7.928	3
Kurzfristige Darlehen	3.529	1	5.548	2
Übrige Verbindlichkeiten / RAP	8.198	3	8.420	3
Kurzfristig gebundenes Kapital	20.413	7	21.896	8
	267.803	100	265.536	100

Die Konzernbilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,3 Mio. € (0,9 %) auf 267.803 T€ gestiegen.

Ursächlich für diesen Anstieg ist bei gegenläufigen Effekten im Anlagevermögen bei abschreibungsbedingt rückläufigen Sachanlagen die Erhöhung der Finanzanlagen. Die Position Anteile an assoziierten Unternehmen zeigt im Berichtsjahr einen Zugang durch den Ergebnisbeitrag der ENERVIE in Höhe von 8,3 Mio. €, der sich aus dem anteiligen positiven Konzernergebnis 2018 der ENERVIE in Höhe von 10,8 Mio. € und der Abschreibung des aktivischen Unterschiedsbetrages von 2,5 Mio. € zusammensetzt.

Die sonstigen Ausleihungen des Finanzanlagevermögens enthalten unverändert zum Vorjahr als wesentliche Position ausschließlich das an ENERVIE im Vorjahr gewährte Aktionärsdarlehn in Höhe von 29,82 Mio. €.

Anlage 6/10

Da sich die Finanzanlagen bei gegenläufigen Effekten mit einer Steigerung von 4,8 Mio. € überproportional zur Bilanzsumme entwickelt haben, ist ihr Anteil an der Bilanzsumme entsprechend von 58 % auf 59 % moderat gestiegen.

Das langfristig gebundene Vermögen ist insgesamt auf Grund der zuvor beschriebenen Entwicklung per Saldo leicht um 0,7 Mio. € (0,3 %) auf 231.607 T€ angestiegen.

Das kurzfristig gebundene Vermögen ist in Summe um 1,6 Mio. € (4,5 %) auf 36,2 Mio. € gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen bei im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbedingt um 1,8 Mio. € leicht rückläufigen liquiden Mittel die um 3,3 Mio. € deutlich gestiegenen kurzfristigen Vermögensgegenstände. Der Anstieg begründet sich u.a. in Höhe von 1,5 Mio. € auf einer Erhöhung der anrechenbaren Kapitalertragsteuern auf Ebene der HVG, im Wesentlichen auf Grund der erstmalig wieder seit dem Jahr 2013 vereinnahmten anteiligen ENERVIE Dividende.

Der Anstieg des Eigenkapitals um 3,8 Mio. € entspricht im Wesentlichen dem Saldo aus der Erhöhung der Kapitalrücklage (13,2 Mio. €) sowie dem aktuellen Konzernfehlbetrag in Höhe von -8,7 Mio. €. Der Liquiditätsbedarf des Konzerns wurde im Wesentlichen durch eine Kapitalzuführung in Höhe von 13,4 Mio. € durch den Anteilseigner gesichert.

Das übrige langfristig gebundene Kapital bewegt sich in Summe fast auf dem Vorjahresniveau. Die langfristigen Rückstellungen sind per Saldo bei gegenläufigen Effekten moderat um 0,8 Mio. € gestiegen (1,8 %). Ursächlich für diese Entwicklung sind u.a. gestiegene Rückstellungen für Deputatverpflichtungen (+0,5 Mio. €). Die ebenfalls langfristigen Rückstellungen für das kvw Sanierungsgeld haben sich im Wesentlichen auf Grund der weiter gestiegenen Bemessungsgrundlage (beitragspflichtige Entgelte) bei allen betroffenen Gesellschaften auf Einzelabschlussenebene ebenfalls erhöht zum Vorjahr entwickelt. Diese Tendenz wirkt sich entsprechend im HVG Konzernabschluss in Höhe von 0,5 Mio. € aus.

Gegenläufig sind die Pensionsrückstellungen, die im Berichtsjahr weiterhin planmäßig in Anspruch genommen wurden, in Höhe von -0,2 Mio. € rückläufig.

Der leichte Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten um 0,6 Mio. € resultiert bei gegenläufigen Effekten nahezu ausschließlich aus den Tilgungsleistungen. Im Berichtsjahr wurden keine neuen Kredite aufgenommen.

In den langfristigen Verbindlichkeiten ist mit 15 Mio. € weiterhin die teilweise Refinanzierung des im Vorjahr an die ENERVIE gewährten Aktionärsdarlehns in Höhe von 29,82 Mio. € enthalten.

Das kurzfristig gebundene Kapital ist bei gegenläufigen Effekten in Summe leicht rückläufig zum Vorjahr (-1,5 Mio. €). Die kurzfristigen Rückstellungen sind gestiegen (0,8 Mio. €), dabei betrifft diese Entwicklung nahezu sämtliche HVG Konzerngesellschaften auf Einzelabschlussenebene.

Die kurzfristigen Darlehen sind im Wesentlichen durch planmäßige Tilgungsleistungen und die Teiltilgung einer Konzerngesellschaft in Summe um 2,0 Mio. € zurückgegangen.

Die übrigen Verbindlichkeiten incl. RAP bewegen sich moderat unter Vorjahresniveau. In dieser Position sind u.a. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen der Gesellschaft HEB in Höhe von 2,7 Mio. € (Vj. 2,9 Mio. €) enthalten. In der Gesamtschau zeigt sich die Relation von langfristigem Kapital zur Bilanzsumme mit 92 % nahezu unverändert zum Vorjahr. Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital beträgt im Konzern rd. 69 % nach rd. 67 % im Vorjahr. Da sich das Eigenkapital im Berichtsjahr überproportional zum Anlagevermögen entwickelt hat, ist auch die Relation im Vergleich zum Vorjahr entsprechend verändert.

C. Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

1) Prognosebericht

Das HVG-Konzernergebnis wird maßgeblich durch die Ergebnisse der Einzelabschlüsse der HVG und deren Tochtergesellschaften beeinflusst. Weitere Effekte ergeben sich aus der Konsolidierung, insbesondere der ENERVIE als assoziiertem Unternehmen und der Einbeziehung weiterer Beteiligungen in den Konzernabschluss. Auf Basis der Wirtschaftspläne der Tochtergesellschaften für 2019 werden Ergebnisse in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr erwartet. Den Planwerten der HST liegen umsatzseitig Preisanpassungen des VRR von durchschnittlich 1,9 % ab dem 1.1.2019 zu Grunde. Aufwandsseitig wurde bei den Personalaufwendungen auf Basis der Tarifstruktur TV-N NW eine durchschnittliche Kostensteigerung von rd. 3,1 % ab dem 1.4.2019 bei einer nahezu konstanten Anzahl der Beschäftigten unterstellt.

Bei HBG werden die Umsatzerlöse in Abhängigkeit von den erwarteten Badegästen nach einer sehr guten Sommersaison mit überdurchschnittlich hohen Besucherzahlen in den Freibädern unter dem Vorjahres-Ist geplant. Die Personalkostensteigerung bei HBG wird mit durchschnittlich rd. 3,1 % ab dem 1.4.2019 unterstellt. Beim Materialaufwand sowie dem sonstigen Aufwand werden ebenfalls moderate Steigerungen erwartet. Bei den Bezugspreisen für Energie, insbesondere Strom, wurden deutliche Steigerungen eingeplant.

Für die HVG wird für 2019 ein betriebliches Ergebnis von rd. -1,0 Mio. € geplant, bei einem Gesamtergebnis von -14,7 Mio. €. Maßgeblich für dieses Ergebnis sind die geplanten Ergebnisübernahmen HST und HBG von rd. -19,0 Mio. €. In 2019 ist im Plan eine anteilige Ausschüttung der ENERVIE in Höhe von 3,4 Mio. € sowie eine Ausschüttung der HEB in Höhe von 0,7 Mio. € berücksichtigt. Des Weiteren wird ein positives Zinsergebnis in Höhe von 0,2 Mio. € geplant, hierin enthalten ist ganz wesentlich der Saldo aus Zinsertrag und Zinsaufwand aus dem an die ENERVIE gewährten Darlehen. Die Fondserträge werden in Höhe von 1,0 Mio. € eingeplant.

Die ENERVIE hat in 2018 ein positives Ergebnis erwirtschaftet. In der Planung der HVG wurde unterstellt, dass auch in 2018 eine verminderte Ausschüttung im Vergleich zum Vorkrisenniveau seitens ENERVIE erfolgt und somit erneut ein Ergebnisbeitrag von rd. 3,9 Mio. € fehlt. In Abstimmung mit der Stadt Hagen wurde die hieraus planerisch entstehende Liquiditätslücke durch eine korrespondierend höhere Zuschusszahlung innerhalb der Liquiditätsplanung der HVG abgebildet. Gleichzeitig wurde der städtische Zuschuss gegenläufig um die unterstellte Realisierung von weiteren Synergiepotentialen durch die HVG gekürzt. Die für das Jahr 2019 geplante Zuschusszahlung der Stadt Hagen beläuft sich somit auf 14.318 T€.

Der geplante Jahresfehlbetrag für den HVG-Einzelabschluss in Höhe von -14,7 Mio. € soll aus dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden. Ein konsolidiertes Konzernergebnis wird nicht separat geplant.

Allgemeine Kostensteigerungen, die nicht durch entsprechende Steigerungen der Erlöse oder durch weitere Einsparungen kompensiert werden können, führen dazu, dass trotz operativer Verbesserungen zukünftig mit einer Erhöhung der Verluste im operativen Geschäft der HST zu rechnen ist. Eine vergleichbare Situation stellt sich für die HBG dar. Perspektivisch wird gemäß Wirtschaftsplan mit einer moderaten, jährlichen Ergebnisverschlechterung bei der HBG, insbesondere aufgrund steigender Energiekosten, gerechnet. Durch gezieltes Marketing und Erweiterung im Saunabereich des WESTFALEN-

Anlage 6/12

BADs, sollen Bestandsgäste gebunden sowie neue Bade- und Saunagäste für die Einrichtung gewonnen werden, um damit die Einnahmen zu stabilisieren.

Die HEB rechnet auf Grund des Wirtschaftswachstums mit einem weiterhin stabilen EBT im laufenden Geschäftsjahr. Für das Geschäftsjahr 2019 werden leicht sinkende Umsatzerlöse in Höhe von 38.544 T€ erwartet und ein EBT in Höhe von 2.303 T€. Die zukünftige Geschäftsentwicklung ist dabei grundsätzlich abhängig von der Entwicklung der Verbrennungskapazitäten, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Nachfrage.

2) Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der HVG. Aus diesem Grund wurde nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen. Damit sollen Risiken auf ein Minimum begrenzt werden.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer finanziellen Auswirkung qualifiziert.

Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der sowohl endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar dem Risikomanager mitzuteilen. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet und es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

3) Risiko- und Chancenbericht

Im folgenden Risiko- und Chancenbericht werden nur wesentliche Risiken der HVG und der zu konsolidierenden Tochtergesellschaften dargestellt. Von daher wird an dieser Stelle auf den jeweiligen Risikobericht der Einzelgesellschaften verwiesen.

In ihrer Holdingfunktion stellt die HVG die Versorgung verschiedener Tochtergesellschaften mit Liquidität sicher und übernimmt auf Basis bestehender Organverträge die Ergebnisse dieser Gesellschaften. Bei den operativ tätigen Tochtergesellschaften HST und HBG handelt es sich um sogenannte Dauerverlustbetriebe, die keinen positiven Cashflow erwirtschaften und somit auf Mittelzuführung durch die HVG angewiesen sind.

Sofern sich die Ergebnisse der HST und HBG in der Zukunft verschlechtern sollten, wirken sich diese unmittelbar auf das Ergebnis und gegebenenfalls auf die Liquidität der HVG aus und stellen somit ein Risiko dar.

Die Beteiligungs- und Fondserträge der HVG reichen nicht aus, den erforderlichen Mittelbedarf zu decken. Aus diesem Grund hat die Stadt Hagen gegenüber der HVG in 2007 eine Verpflichtungserklärung abgegeben, der HVG die Liquidität zur Wahrnehmung ihres Gesellschaftszwecks zur Verfügung zu stellen. Eine nachhaltige Reduzierung oder der Entfall von Zahlungen der Stadt Hagen oder von Dividendenzahlungen der ENERVIE führen bei der HVG zwangsläufig zu Liquiditätsengpässen, wodurch der Fortbestand der HVG gefährdet werden könnte. Die ENERVIE hat im Jahr 2018 erstmalig seit dem Jahr 2013 wieder eine anteilige Dividende in Höhe von 3,4 Mio. € ausgeschüttet. Im gleichen Umfang wurde

der Zuschuss der Stadt Hagen gekürzt. Die Differenz aus der verminderten ENERVIE Dividende zur Normaldividende aus dem Jahr 2013 in Höhe von 7,3 Mio. € muss jedoch weiterhin von der Stadt Hagen durch erhöhte Zuschusszahlungen kompensiert werden. Daher wurde planerisch unterstellt, dass die Stadt Hagen den teilweisen Entfall der Dividende bis zum Jahr 2022 erneut in entsprechender Höhe kompensiert.

Der erhöhte städtische Zuschuss wird im Jahr 2020 allerdings über die sich aus der unterstellten Realisierung von Synergieeffekten ergebende Kürzung hinaus erneut um einen zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag von 1 Mio. € zum städtischen Haushalt vermindert, was in der Liquiditätsplanung der HVG entsprechend abgebildet ist.

Unter Berücksichtigung der aktuellen Ergebnissituation der ENERVIE erfolgte im Berichtsjahr eine Überprüfung des Beteiligungsansatzes der ENERVIE auf Basis der Wirtschaftsplanung. Im Ergebnis ist derzeit keine Wertanpassung erforderlich; insgesamt hat sich die ENERVIE im Berichtsjahr besser entwickelt, als zunächst in der Restrukturierungsplanung angenommen. Unter dem Aspekt der Ergebnisverbesserung in Verbindung mit der Verlängerung der Laufzeit des Aktionärsdarlehensvertrages konnte die ENERVIE erstmals seit dem Jahr 2013 eine verminderte Dividende ausschütten, die jedoch noch deutlich unter dem Ausgangsniveau liegt.

Der Wertpapierspezialfonds der HVG stellt einen wesentlichen Teil der Substanz der HVG dar. Da die HVG nachhaltige Ausschüttungen aus dem Fondsvermögen benötigt, ist der Fonds auf langfristigen Kapitalerhalt bei angemessener Rendite ausgerichtet. Zur Risikominimierung ist der Fonds weiterhin überwiegend in der Anlageklasse Renten investiert. Gleichwohl musste der Fonds, dem negativen Trend der Finanzmärkte folgend, ebenfalls Kursverluste hinnehmen. Aus diesem Grund wurde im Berichtsjahr keine Ausschüttung aus dem Fondsvermögen vorgenommen. Die Fondserträge resultieren somit ausschließlich aus anrechenbaren Steuerguthaben von thesaurierten Gewinnen.

Weitere operative Risiken der HVG wurden identifiziert, wobei die wirtschaftlichen Auswirkungen - auch zusammengenommen - den Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährden.

Die HST ist seit dem 1. Januar 2013 für zehn Jahre mit der Durchführung des ÖPNV in Hagen von der Stadt Hagen mittels einer Direktvergabe nach der EU-Verordnung 1370/07 betraut. Damit ist der Fortbestand der Gesellschaft für diesen Zeitraum gesichert und die Grundlage für einen zukünftigen, leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV in Hagen gegeben.

Die Fortsetzung der Direktvergabe ist von existenzieller Bedeutung für die Gesellschaft. Daher ist die strikte Einhaltung der Vorgaben des Direktvergabebeschlusses der Stadt Hagen von größter Bedeutung. Ferner ist eine frühzeitige und sorgfältige Vorbereitung der neuen Direktvergabe ab 2023 zwingend erforderlich.

Weiterhin wird das Verfahren zum Nachweis eines erhöhten Schwerbehindertenanteils von den Zuwendungsgebern zunehmend kritisch betrachtet und verschärft geprüft. Bei festgestellten Verstößen auch geringen Umfangs kann die Anerkennung der Ergebnisse verweigert werden mit der Folge einer deutlichen Reduzierung der Erstattung für die Beförderung schwerbehinderter Menschen. Der tatsächlich individuell ermittelte Schwerbehindertenquotient ist davon losgelöst in den Jahren 2016 und 2017 bereits deutlich vom Niveau der Vorjahre gesunken. Für das Jahr 2018 wird ein leicht rückläufiger Schwerbehindertenquotient im Vergleich zum Vorjahr erwartet.

Bei der vom Rat der Stadt Hagen beschlossenen Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes muss aktiv darauf hingewirkt werden, dass die angestrebte Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Hagen nicht zu zu-

Anlage 6/14

sätzlichen wirtschaftlichen Belastungen des Unternehmens führt. Außerdem darf die Direktvergabe nicht gefährdet werden.

Der Europäische Gerichtshof hat in 2003 ein Urteil zur aktuellen Finanzierungspraxis des ÖPNV in Deutschland gesprochen. Als Folge dieses Urteils haben die Aufgabenträger den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beauftragt, ein neues EU-konformes Finanzierungssystem zu entwickeln. In 2005 wurde das neue Finanzierungssystem verabschiedet und erstmalig für das Geschäftsjahr 2006 angewendet. Auch für das Geschäftsjahr 2018 wurde wie in den Vorjahren ein Finanzierungsantrag gemäß der neuen Systematik gestellt. In 2018 wurde der Verwendungsnachweis für das Geschäftsjahr 2017 durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer testiert. Der Vorstand geht davon aus, dass damit die Auflagen des EuGH-Urteils erfüllt und diese wirtschaftlich umgesetzt werden.

Aufgrund der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte sind für die Verkehrsunternehmen zukünftig weitere Mittelkürzungen zu befürchten. Gemeinsam mit dem VRR werden laufend Möglichkeiten erörtert, um kompensatorische Maßnahmen einzuleiten oder ggf. neue Mittel zu akquirieren.

Grundsätzlich besteht das Risiko weiter sinkender Fahrgastzahlen aufgrund der demographischen Entwicklung in der Stadt Hagen. Außerdem ist es fraglich, ob zukünftige Preissteigerungen in der VRR Tarifstruktur als gegenläufiger Effekt die Umsatzerlöse stabil halten können.

Ein erhebliches neues wirtschaftliches Risiko ergibt sich aus der sogenannten „Clean-Vehicles-Richtlinie“, die feste Beschaffungsquoten für emissionsfreie Fahrzeuge vorsieht. Die Richtlinie wird voraussichtlich weitreichende Auswirkungen auf die Fahrzeugbeschaffung der HST haben. Neben deutlich steigenden Beschaffungs- und Betriebskosten ergeben sich Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit entsprechender Fahrzeuge sowie der Schaffung der notwendigen Infrastruktur.

Die Forderung nach der Umstellung auf E-Mobilität ergibt sich ebenfalls aus dem im Berichtsjahr vom Rat der Stadt Hagen beschlossenen „Masterplan nachhaltige und emissionsfreie Mobilität“, der von einer führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Kooperation mit spezialisierten Beratungsunternehmen erstellt wurde.

Die HST hat einen Ergebnisabführungsvertrag mit der 100%igen Tochtergesellschaft Sander Reisen abgeschlossen. Das Jahresergebnis von Sander in Höhe von 72 T€ konnte von der HST entsprechend vereinnahmt werden. Sollten zukünftig unplanmäßige Verluste bei Sander entstehen, so wäre die HST verpflichtet, diese vertragsgemäß auszugleichen. Durch eine unterjährige Steuerung bei der Leistungsvergabe kann die Gesellschaft dem aktiv entgegenwirken.

Chancen und Risiken zugleich bestehen in der aktuell im städtischen Arbeitskreis ÖPNV intensiv geführten Diskussion, die Ausweitung des Leistungsumfanges zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 signifikant zu erhöhen. Grundsätzlich sieht Gesellschaft eine Chance in der Ausweitung des anzubietenden Leistungsumfanges. Gleichwohl besteht ein wirtschaftliches Risiko für die vorgesehene Angebotserweiterung im Bereich Liniennetz und Taktung, sofern die entstehenden Mehrkosten nicht vollständig durch den Aufgabenträger ausgeglichen werden sollten. Die Finanzierung der angedachten Angebotserweiterung muss von der Stadt Hagen im Rahmen eines erhöhten Zuschusses sichergestellt werden.

Weitere Chancen ergeben sich durch den im Frühjahr 2019 vollzogenen Beitritt der Berichtsgesellschaft zur Kooperation östliches Ruhrgebiet (KÖR). Der KÖR gehören neben der HST AG die Unternehmen Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn AG, Dortmunder Stadtwerke AG, Vestische Straßenbahnen GmbH, Straßenbahn Herne-Castrop-Rauxel GmbH sowie die Verkehrsgesellschaft Ennepe-Ruhr GmbH an. Durch diese starke Partnerschaft können sich wirtschaftliche Vorteile, z. B. aus gemeinsamen Beschaffungen, ergeben sowie gemeinschaftliche Interessen besser durchgesetzt werden. Finanzielle Verpflichtungen hingegen ergeben sich durch diesen Beitritt nicht.

Die Sander Reisen GmbH ist bei der Auftragsvergabe von der Hagener Straßenbahn AG als Muttergesellschaft abhängig. Hier besteht grundsätzlich die Chance, weitere Fahrleistungen im satzungsgemäß festgelegten Bedienungsgebiet zu übernehmen.

Nach Durchführung der Risikoinventur im Geschäftsjahr 2018 zeigt sich die Risikolage gegenüber dem Vorjahr unverändert. Für die Sander Reisen wurden keine Risiken identifiziert, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Durch den im Jahr 2016 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der Alleingesellschafterin HST sind darüber hinaus ggfs. künftig entstehende Jahresfehlbeträge durch die Muttergesellschaft auszugleichen.

Die Risikoinventur von HBG im Jahr 2018 zeigt sowohl Umsatz – als auch Kostenrisiken auf, die jedoch als nicht existenzbedrohend für die Gesellschaft eingestuft werden. An die technischen Anlagen der HBG werden hohe Anforderungen hinsichtlich Sicherheit und Zuverlässigkeit gestellt. Mit regelmäßigen Inspektionen und Wartungen wird möglichen Ausfallrisiken begegnet. Für Instandhaltungen wurden darüber hinaus Rückstellungen gebildet, sofern die erforderlichen Maßnahmen im Berichtsjahr 2018 nicht abgearbeitet werden konnten.

Für das Richard-Römer-Lennebad hat HBG auf Grundlage eines Ratsbeschlusses einen umfangreichen Sanierungsplan durch einen externen Sachverständigen beauftragt. Der seit Jahren bestehende und weiterhin zunehmende Sanierungstau betrifft die Betonkonstruktion, Wasser- und Gebäudetechnik sowie die Umkleiden und Sanitäreinrichtungen. In diesem Zusammenhang wird die Beantragung von entsprechenden Fördermitteln geprüft. Bei Erteilung eines negativen Förderbescheides ist seitens der Stadt Hagen über den weiteren Fortbestand des Lennebades zu entscheiden.

Ein weiterer Ratsbeschluss sieht die Erweiterung und Attraktivierung des Familienbades Hengstey vor. Die beauftragte Beratungsgesellschaft hat erste konzeptionelle Vorschläge zur Aufwertung der Gastronomie, der Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten sowie der Errichtung eines Beachclubs an der angrenzenden Uferpromenade des Hengsteysees vorgestellt. Mittlerweile ist ein entsprechender Förderantrag abschlägig beschieden worden. Daher steht der mit dieser Attraktivierung des Geländes verbundenen Chance auf ein vermehrtes Besucheraufkommen das Risiko einer künftigen Ergebnisbelastung gegenüber.

Durch gezieltes Marketing besteht insbesondere für das WESTFALENBAD die Chance, Bestandsgäste zu binden sowie neue Bade- und Saunagäste für die Einrichtung zu gewinnen. Dazu soll das zum Ende des Geschäftsjahres 2018 neu eröffnete Solebecken mit einem dazugehörigen Whirlpool im Sauna Außenbereich einen entsprechenden Beitrag leisten.

Die wesentlichen Risiken der BSH bestehen in unerwarteten Investitions- und Instandhaltungserfordernissen – insbesondere für Brandschutzmaßnahmen – sowie deren Finanzierung und in der Nichterreichung des Auslastungsgrades in den Geschäftsbereichen „Seniorenzentrum“ und „Jugendhilfe“. Ein Belegungsstopp im Seniorenzentrum durch negative Bewertungen durch die WTG-Behörde (Wohn- und Teilhabegesetz) und/ oder durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen wird ebenfalls als Risiko mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft.

Chancen bestehen in der Weiterentwicklung der Infrastruktur am Standort Seniorenzentrum Buschstraße durch Umbau und Modernisierung innerhalb des Gebäudebestandes und durch Um- und Anbaumaßnahmen Tagespflege sowie der Weiterentwicklung der Infrastruktur am Standort Jugendhilfe Selbecke durch energetische Sanierung und Umbau des Nebengebäudes in ein neues Betreuungsangebot. Des Weiteren werden Chancen in der konzeptionellen Ausrichtung über zukünftige Betreuungsbedarfe der allgemeinen sozialen Dienste der Stadt Hagen und der umliegenden Städte gesehen.

Anlage 6/16

Bei KEH sind Liquiditätsrisiken grundsätzlich im Rahmen der laufenden jährlichen Liquiditätszuschüsse der Gesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH und der gewährten kurzfristigen Kontokorrentlinie abgedeckt. Allerdings ist die HVG ihrerseits zur Finanzierung der operativen Geschäfte des Konzerns auf entsprechende Zuschüsse der Alleingeschafterin Stadt Hagen angewiesen. Die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH ist darüber hinaus angehalten, den jährlichen operativen Betriebskostenzuschuss nicht zu überschreiten. Eine Kürzung oder Wegfall des jährlichen Betriebskostenzuschusses wäre auf Grund des aufgabenbedingten strukturellen Defizites der Berichtsgesellschaft als existenzbedrohendes Risiko einzustufen. Im Berichtsjahr musste bereits der durch den Gesellschafter gewährte Kontokorrentrahmen zeitweise für Liquiditätsspitzen in Anspruch genommen werden, obwohl der Berichtsgesellschaft ein temporär erhöhter Zuschuss von 600 T€ zu Verfügung gestanden hat.

Die Stadthalle ist abhängig von der gesamten Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Grundsätzlich ist von einer weiterhin positiven Entwicklung des Veranstaltungsmarktes auszugehen. Das in 2013 eingeführte und seit 2015 zertifizierte (ISO 9001:2015) Qualitätssicherungs- und CRM-System ist Garant für eine überdurchschnittliche Entwicklung im Verhältnis zur Branche, so dass die Stadthalle in besonderer Weise vom Branchentrend profitieren kann.

Chancen der zukünftigen Entwicklung liegen in der konstanten Weiterentwicklung des Personalbestands und einer ausweislich der Kundenbefragung positiven Kundenbewertung, so dass grundsätzlich eine konstante Umsatzentwicklung zu erwarten ist. Um neue Kunden zu gewinnen, werden von Mitarbeitern der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH Akquise-Gespräche durchgeführt und dokumentiert. Für das Jahr 2019 sind 1.750 Akquise-Kontakte geplant worden. Für die Gesellschaft besteht grundsätzlich die Chance aus den geführten Kontaktgesprächen potentielle Kunden für die nahe Zukunft zu gewinnen und die Umsatzerlöse entsprechend zu steigern.

Beim Werkhof besteht ein wesentliches Risiko darin, dass es nicht gelingt, den im Geschäftsjahr 2017 erlittenen Umsatzeinbruch in den Sozialkaufhäusern durch kompensatorisch wirkende Anpassungen auf der Aufwandsseite bzw. durch neue umsatzverbessernde Maßnahmen (z. B. Social-Media-Marketing) im notwendigen Umfang aufzufangen.

Im Vergleich der Geschäftsjahre 2018 und 2017 sind die Regiekostenzuschüsse für Arbeitsgelegenheiten im Geltungsbereich des Jobcenters Hagen um rd. 40 T€ gestiegen. Gleichwohl verbleibt ein Risiko hinsichtlich der Maßnahmenauslastung insbesondere im Bereich des Sozialkaufhauses in Hagen; die Auslastung ist momentan als unzureichend anzusehen.

Der Werkhof befindet sich derzeit mit verschiedenen Dienststellen der Gesellschafterin Stadt Hagen in Gesprächen bezüglich der Vergabe von zusätzlichen Aufträgen im Bereich Renovierung, Gebäudeunterhaltung und dergleichen. Die zusätzliche Auftragsvergabe zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation wird einvernehmlich vom Aufsichtsrat der Gesellschaft unterstützt. Insbesondere die politischen Vertreter des Aufsichtsrates haben zugesichert, in ihren Gremien für entsprechende Unterstützung des Werkhofs zu werben. Mögliche Auftragsvergaben an den Werkhof sind grundsätzlich identifiziert, so dass für die zweite Jahreshälfte 2019 mit ersten Vergaben gerechnet wird.

Die Geschäftsführung der HEB rechnet auf Grund des Wirtschaftswachstums mit einem weiterhin stabilen EBT im laufenden Geschäftsjahr. Derzeit sind sowohl die Chancen als auch die Risiken auf Grund der langfristigen Verträge mit den Entsorgungsträgern der Stadt Hagen und der Stadt Dortmund begrenzt. Durch die geschlossenen Verträge zur Stärkung der Inhousefähigkeit ist diese Risikobegrenzung gefestigt worden.

Im Rahmen der Risikoinventur der HEB wurden betriebliche Risiken beim Abfuhr- und Entsorgungsbetrieb identifiziert, z. B. der Ausfall von Fahrzeugen und Maschinen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einer systematischen Planung und Instandhaltung des Fuhrparks und der technischen Anla-

gen. Weitere Risiken, wie Umweltschäden oder Verstöße gegen Genehmigungen und Auflagen, resultieren aus dem Betrieb der MVA. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einem systematischen Genehmigungs- und Qualitätsmanagement im Rahmen der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb.

Auf Grund des Abfallwirtschaftsplanes des Landes NRW muss die Bioabfallerfassung in der Stadt Hagen ausgeweitet werden, um die Zielvorgaben des Planes erfüllen zu können. Die Bezirksregierung hat die Stadt Hagen nunmehr Ende des Jahres 2018 aufgefordert, ein Konzept für die stufenweise Einführung einer Biotonne, eventuell auf freiwilliger Basis, zu erarbeiten und vorzulegen. Denkbar ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die Einrichtung eines Testgebietes, um die Einführung einer Biotonne zu prüfen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine bestandsgefährdenden Risiken für die HEB GmbH vorliegen.

Für sämtliche Konzerngesellschaften ergeben sich im Bereich der Personalkosten mögliche Risiken aus überplanmäßigen Tarifsteigerungen und einer erhöhten Fehlzeitenquote. Erhöhten Abwesenheiten von Mitarbeitern begegnen die HVG Konzerngesellschaften mit konsequenten Rückkehrer- und Fehlzeitengesprächen.

Die Entwicklung der Sanierungsbeiträge für die kommunale Zusatzversorgungskasse kvw muss bei allen betroffenen Konzerngesellschaften weiterhin kritisch beobachtet werden. Der Sanierungsbeitrag beläuft sich unverändert auf 3,25 % der kvw pflichtigen Entgelte. Inwieweit sich der Beitragssatz in der Zukunft entwickeln wird, ist derzeit nicht absehbar und stellt somit ein latentes Risiko für die Gesellschaften dar. Es besteht eine einseitige Abhängigkeit der Gesellschaften hinsichtlich der Beitragsberechnung der Versorgungskasse. Bilanziell wurde dem Risiko der Sanierungsbeiträge durch die Dotierung einer langfristigen Rückstellung Rechnung getragen.

Die HVG wird die Tochtergesellschaften weiterhin bei der Steuerung unterstützen und mögliche Synergien im Konzernverbund heben, um damit dauerhaft ihrem Leitbild einer kommunalen Dienstleistungsgesellschaft in Hagen und Umgebung gerecht zu werden.

Hagen, 9. Mai 2019

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH

Christoph Köther

-Geschäftsführer-

BESTÄTIGUNGSVERMERK

An die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung

Anlage 7/2

eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutenden Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 9. Mai 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Börner)
Wirtschaftsprüferin


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer



**Geschäftsjahr
2018**

**Wirtschaftspläne
2019**

Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH - Konzern	2
Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH	6
Hagener Straßenbahn AG	14
HAGENBAD GmbH	24
BSH gem. GmbH	32
Werkhof gem. GmbH	40
HaWeD GmbH	46
Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH	50
agentur mark GmbH	56
HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb	62

Aufgrund der Darstellung in T€ kann es zu Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- 1 T€ kommen.

Vorwort

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) ist die kommunale Management-, Finanz- und Beteiligungsholding der Stadt Hagen. Diese hält 100 % Gesellschaftsanteile an der HVG.

Nachdem im Jahr 2017 die agentur mark in die HVG Konzernstruktur integriert wurde, sind im Jahr 2018 keine weiteren Änderungen der Beteiligungsstruktur im HVG-Konzern erfolgt.

In den nachfolgenden Darstellungen wird zunächst auf den Seiten 3-5 ein zusammenfassender Überblick zum HVG-Konzern gegeben.

Das Ergebnis der HVG Holding wird maßgeblich beeinflusst durch die jeweiligen Ergebnisübernahmen derjenigen Gesellschaften, mit denen Ergebnisübernahmeverträge bestehen; hier sind die Hagener Straßenbahn AG und HAGENBAD GmbH zu nennen.

Seit dem Jahr 2015 wird die anteilige Ausschüttung (51,02 %) der HEB-GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb in der Gewinn- und Verlustrechnung der HVG innerhalb des Beteiligungsergebnisses ausgewiesen.

In 2018 ist erstmals seit 2013 wieder eine Dividende der ENERVIE AG ins Ergebnis eingeflossen. Gleichzeitig wurde der städtische Zuschuss vereinbarungsgemäß in gleicher Höhe gekürzt.

Die Ergebnisse der HVG-Tochtergesellschaften BSH gem. GmbH, Werkhof gem. GmbH, HaWeD GmbH, Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH, agentur mark GmbH und HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb wirken sich nicht im Ergebnis der HVG Holding aus. Sie werden für Zwecke des Konzernabschlusses additiv (nicht konsolidiert) hinzugefügt. Die HEB GmbH wird aufgrund von Änderungen im Gesellschaftsvertrag erstmalig in diese Unterlage aufgenommen.

Nach dem Gesamtüberblick werden dann ab Seite 6 die einzelnen Gesellschaften mit den Prognosen des Geschäftsjahres 2018 und den Wirtschaftsplanungen 2019 dargestellt. Die Planungen der Gesellschaften enthalten jeweils eine Gewinn- und Verlustrechnung, einen Investitions- und Finanzplan, eine Planbilanz und einen Ergebnisplan sowie Liquiditätsplan für die kommenden fünf Jahre.

Gewinn- und Verlustrechnung

in T€	2017	2018	2018	2019	Abw.
	IST	PLAN	PROGN.	PLAN	Plan 19/ PROGN. 18
Betriebliches Ergebnis	1.049	-1.244	-188	-1.048	-860
Beteiligungsergebnis	742	718	4.163	4.072	-91
Finanzergebnis	1.164	1.436	603	1.234	631
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-174	0	0	0	0
Hagener Straßenbahn AG	-12.241	-14.367	-12.988	-13.945	-957
HAGENBAD GmbH	-4.362	-4.829	-4.413	-5.048	-635
HVG Holding	-13.822	-18.286	-12.823	-14.735	-1.912
BSH gem. GmbH	397	87	138	28	-110
Werkhof - Gesellschaften	13	24	-375	19	394
Kongress- und Eventpark Stadthalle	-563	-562	-558	-556	2
agentur mark GmbH	15	-10	0	-25	-25
HEB - Hagener Entsorgungsbetrieb	1.464	1.405	1.406	1.406	0

Liquidität

in T€	2017	2018	2018	2019	Abw.
	IST	PLAN	PROGN.	PLAN	Plan 19/ PROGN. 18
Hagener Vers.- u. Verk.-GmbH	673	2.548	4.219	5.520	1.301
Hagener Straßenbahn AG	-14.093	-14.755	-12.300	-14.792	-2.492
HAGENBAD GmbH	-4.220	-4.749	-4.362	-5.102	-740
Mittelabfluss je Jahr	-17.640	-16.956	-12.443	-14.374	-1.931
Zahlung Stadt Hagen	18.730	16.850	13.438	14.318	880
Liquidität je Jahr	1.090	-106	995	-56	-1.051
BSH gem. GmbH	163	-329	-249	-665	-416
Werkhof - Gesellschaften	-64	40	-363	59	422
Kongress- und Eventpark Stadthalle	-553	-592	-585	-580	5
agentur mark GmbH	-15	-17	2	-25	-27
HEB - Hagener Entsorgungsbetrieb	1.403	-822	-821	94	915

Personalplan (Ø pro Geschäftsjahr)

	in Vollzeitkräften		
	2017 IST	2018 PROGN.	2019 PLAN
Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH	66,0	65,2	64,9
davon Auszubildende	5,7	5,0	3,8
Hagener Straßenbahn AG	294,5	296,9	305,8
davon Auszubildende	17,8	16,9	19,9
HABUS GmbH	64,2	63,7	63,4
Sander Reisen GmbH	54,1	54,9	54,6
HAGENBAD GmbH	59,1	58,9	61,2
davon Auszubildende	6,1	5,0	4,8
HVG Holding (inkl. Beteiligungen HST)	537,9	539,6	549,9
davon Auszubildende	29,6	26,9	28,5
BSH gem. GmbH	210,5	215,5	218,6
davon Auszubildende	9,6	8,4	12,0
Werkhof gem. GmbH	141,8	134,1	104,4
davon Hauptamtliche	70,1	65,9	57,8
HaWeD GmbH	2,0	2,5	3,0
davon Hauptamtliche	2,0	2,0	2,0
Kongress- und Eventpark Stadthalle	16,0	14,5	14,4
davon Auszubildende	1,0	0,7	0,4
agentur mark GmbH	18,1	18,3	19,2
HEB Hagener Entsorgungsbetrieb	289,0	291,0	303,0
davon Auszubildende	11,0	11,0	11,0
Summe HVG - Konzern	1.215,3	1.215,5	1.212,5
davon Auszubildende HVG - Konzern	51,2	47,0	51,9

Ergebnisplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Betriebliches Ergebnis	-1.048	-751	-753	-836	-912
Beteiligungsergebnis	4.072	4.101	4.154	4.247	8.167
Finanzergebnis	1.234	962	927	714	498
Ergebnisübern. Hagener Straßenbahn AG	-13.945	-13.163	-15.139	-15.644	-16.108
Ergebnisübern. HAGENBAD GmbH	-5.048	-5.282	-5.404	-5.497	-5.612
HVG Holding	-14.735	-14.364	-16.502	-17.390	-14.595
BSH gem. GmbH	28	41	45	55	61
Werkhof - Gesellschaften	19	38	54	71	83
Kongress- und Eventpark Stadthalle	-556	-494	-502	-508	-516
agentur mark GmbH	-25	-15	0	0	0
HEB - Hagener Entsorgungsbetrieb	1.406	1.520	1.846	1.889	1.331

Liquiditätsplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Hagener Vers.- und Verk.-GmbH	5.520	5.487	5.514	5.321	8.967
Hagener Straßenbahn AG	-14.792	-13.163	-14.925	-15.111	-14.224
HAGENBAD GmbH	-5.102	-6.611	-5.468	-5.274	-5.315
Mittelabfluss je Jahr	-14.374	-14.287	-14.879	-15.064	-10.572
Zahlung Stadt Hagen	14.318	13.288	14.288	14.288	10.450
Liquidität je Jahr	-56	-999	-591	-776	-122
BSH gem. GmbH	-665	-278	-251	-540	-398
Werkhof - Gesellschaften	59	47	55	73	87
Kongress- und Eventpark Stadthalle	-580	-519	-526	-520	-519
agentur mark GmbH	-25	-15	0	0	0
HEB - Hagener Entsorgungsbetrieb	94	-539	98	-159	-735

Allgemeiner Überblick und Geschäftsverlauf

ALLGEMEINER ÜBERBLICK

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) ist eine kommunale Management-, Finanz- und Beteiligungsholding, an der die Stadt Hagen 100 % Gesellschaftsanteile hält. Die HVG hat acht verbundene Unternehmen und fünf Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die verbundenen Unternehmen erbringen i. W. Dienstleistungen im Bereich der Daseins- und Gesundheitsvorsorge (Verkehr, Bäder, Versorgung, Entsorgung, Soziale Einrichtungen) für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen.

GESCHÄFTSVERLAUF

Prognose 2018

Das Ergebnis zum Ende des Jahres 2018 wird mit -12.823 T€ prognostiziert.

Gegenüber dem Plan 2018 wirkt sich im Wesentlichen die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung der ENERVIE AG positiv aus. Gleichzeitig mit der Dividende in Höhe von 3.412 T€ wird jedoch vereinbarungsgemäß der städtische Zuschuss in gleicher Höhe reduziert. Daneben wirken sich die Ergebnisentwicklungen der Hagener Straßenbahn AG und der HAGENBAD GmbH positiv aus.

Wirtschaftsplan 2019

Im Jahr 2019 wird für die HVG ein Ergebnis von -14.735 T€ erwartet.

Für das Jahr 2019 wird ebenfalls von einer Dividende der ENERVIE in Höhe von 3.412 T€ ausgegangen. Der Ausfall der Dividendenzahlungen in den Jahren 2014/2015 wurde ab dem Jahr 2016 durch eine erhöhte Zuschusszahlung seitens der Stadt Hagen ausgeglichen. Mit Wiederaufnahme der Dividendenzahlung wird diese Ausgleichszahlung vereinbarungsgemäß in gleichem Umfang reduziert. Der Ausgleich der Differenz zu der noch im Jahr 2013 gezahlten Dividende in Höhe von 7.250 T€ wird weiterhin in Form einer erhöhten Zuschusszahlung kompensiert. Der im Wirtschaftsplan 2019 berücksichtigte Zuschuss der Stadt Hagen beträgt 14.318 T€.

Hinsichtlich der Ausschüttung der ENERVIE wird für die Jahre bis 2022 unterstellt, dass weiterhin eine Teilausschüttung der ENERVIE erfolgt. Für das Jahr 2023 wird mit einer Ausschüttung auf Vorkrisenniveau gerechnet.

Die Veränderung des Planergebnisses 2019 gegenüber der Prognose 2018 ist im Wesentlichen bedingt durch einen planmäßigen Anstieg der Ergebnisübernahmen der Tochtergesellschaften und eine Verschlechterung des betrieblichen Ergebnisses jeweils aufgrund von Kostensteigerungen.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten die Erträge aus Konzernleistungen und Dienstleistungen, Erträge aus Mieten und Pachten sowie übrige Umsatzerlöse.

In den Umsatzerlösen aus Konzernleistungen werden die Leistungen an die Tochterunternehmen HST, HBG, BSH und Sonstige abgebildet.

Die Pachterträge enthalten die Bäderpachten für das Westfalenbad einschließlich Parkhaus, das Lennebad und das Erlebnisbad Hestert. Der überwiegende Teil der Pachterträge entfällt auf das Westfalenbad. Hier wurde aufgrund der Investitionen der letzten Jahre erstmalig eine Anpassung der Pacht auf 1.580 T€ (vormals 1.500 T€) vorgenommen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. die Auflösung bzw. Nichtinanspruchnahme von Rückstellungen; allerdings sind diese Sachverhalte aufgrund des unvorhersehbaren Eintritts nur bedingt planbar.

Personalaufwendungen

Die Personalkosten beinhalten neben den Entgelten sowohl die damit einhergehenden Sozialabgaben inklusive der üblichen Zusatzversorgung kvw für die Beschäftigten als auch die Aufwendungen für Altersversorgung. Die Aufwendungen für Altersversorgung werden auf Grundlage der versicherungsmathematischen Gutachten des Vorjahres fortgeschrieben und in die Planung übernommen.

Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Abschreibungen basieren auf den Anlagenbeständen sowie den vorgesehenen Investitionen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich in Kosten der konzerninternen Dienstleistungen, Fremdlieferungen/-leistungen, Rechts-/Beratungs- und Versicherungskosten sowie sonstige Aufwendungen.

Bei den Kosten der konzerninternen Dienstleistungen handelt es sich um die Mietaufwendungen für die von der Hagener Straßenbahn AG als Eigentümerin der Objekte angemieteten Büroflächen. Die konzerninternen Dienstleistungen werden zu marktgerechten Konditionen weiterberechnet.

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten Mieten/Pachten, Zeitungen/Zeitschriften, Werbekosten, Bürobedarf sowie Sport- und Kultursponsoring (max. 35 T€, ggfs. für eine Musikveranstaltung und Jugendbasketball).

Kommentierung Gewinn- und Verlustrechnung Plan 2019 (2)

Sonstige Steuern

Diese Position umfasst i. W. die Grundsteuer für die Grundstücke des Westfalnbades am Ischeland, des Lennebades in Hohenlimburg und des Erlebnisbades Hestert, da die HVG Eigentümerin dieser Grundstücke ist sowie die Kfz-Steuer.

Beteiligungsergebnis

Im Beteiligungsergebnis wird üblicherweise die ENERVIE-Dividende ausgewiesen. Im Jahr 2018 ist erstmals wieder eine anteilige Dividende in Höhe von 3.412 T€ gezahlt worden. Letztmalig betrug diese in 2013 rd. 7.250 T€. Aufgrund der aktuellen Entwicklung wird für den Planungszeitraum bis 2022 eine anteilige Dividende in gleicher Höhe und ab 2023 eine Dividende auf Vorkrisenniveau (7.250 T€) geplant. Ein Liquiditätsseitiger Ausgleich der Minderdividende durch die Stadt Hagen in den Jahren 2019 - 2022 ist in der Liquidität berücksichtigt.

Des Weiteren wird seit dem Jahr 2015 die anteilige Ausschüttung der HEB-GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb in dieser Position ausgewiesen. Der Ergebnismrückgang in 2019 ergibt sich aus der im Hinblick auf die Herstellung der Inhouse-Fähigkeit resultierenden disquotalen Ausschüttung (46,75 %) des HEB-Ergebnisses.

Fonds

Aufgrund des Substanzverzehres in den vergangenen Jahren wurden im Mai 2017 die beiden verbliebenen Wertpapierspezialfonds zusammengelegt um eine günstigere Kostenstruktur zu schaffen. Gemanagt wird das Fondsvermögen seit Mai 2017 durch die UIN- Union Investment Gesellschaft. Die Erträge hieraus betreffen sowohl die Ausschüttungen des jeweiligen Jahres als auch die anrechenbaren Steuern aus den Fondsanlagen. Für den Planungszeitraum wird trotz der aktuell schwierigen Anlagesituation unterstellt, dass rd. 1,0 Mio. € aus dem Fonds ausgeschüttet werden.

Zinsen

Diese Position umfasst Zinsen für kurzfristige Bankkredite und sonstige Zinsaufwendungen. Die sonstigen Zinsaufwendungen resultieren aus der erforderlichen Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Zeitverlauf.

Des Weiteren werden in dieser Position die Zinserträge im Zusammenhang mit der Gewährung eines Darlehens an die ENERVIE ausgewiesen.

Ergebnisübernahmen

Aufgrund der Ergebnis- bzw. Gewinnabführungsverträge werden die Ergebnisse der Hagener Straßenbahn AG und der HAGENBAD GmbH von der HVG übernommen. Weitere Einzelheiten hierzu sind den Detailplanungen der jeweiligen Gesellschaften zu entnehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung

in T€	2017	2018	2018	2019	Abw.
	IST	PLAN	PROGN.	PLAN	Plan 19/ PROGN. 18
Umsatzerlöse	8.158	7.991	7.975	8.044	69
Konzernerlöse	6.487	6.320	6.304	6.293	-11
Sonstige Umsatzerlöse	1.671	1.671	1.671	1.751	80
Sonstige betriebliche Erträge	1.832	28	40	30	-10
Gesamterträge	9.990	8.019	8.015	8.074	59
Materialaufwendungen	-65	-299	-88	-450	-362
Personalaufwendungen	-5.351	-5.090	-4.683	-4.870	-187
Entgelte	-4.131	-3.922	-3.676	-3.764	-88
Soziale Abgaben, Altersversorgung	-1.220	-1.168	-1.007	-1.106	-99
Abschreibungen auf Sachanlagen	-1.797	-1.822	-1.728	-1.854	-126
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.593	-1.912	-1.569	-1.813	-244
Gesamtaufwendungen	-8.806	-9.123	-8.068	-8.987	-919
Sonstige Steuern	-135	-141	-135	-135	0
Betriebliches Ergebnis	1.049	-1.244	-188	-1.048	-860
Beteiligungsergebnis	742	718	4.163	4.072	-91
Fonds	1.005	1.000	399	1.000	601
Zinsen	159	436	204	234	30
Ergebnisübernahmen	-16.603	-19.196	-17.401	-18.993	-1.592
Steuern v. Einkommen und Ertrag	-174	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-13.822	-18.286	-12.823	-14.735	-1.912

Investitionsplan 2019

	T€	T€
Westfalenbad	471	
Hard-/Software Arbeitsplatzsysteme, Server, Lizenzen	195	
Speicherplatzerweiterung / Erweiterung Backup	156	
Allgemeine Ausstattung	75	
Gesamtsumme		897

Finanzplan 2019

	T€	T€
A. Investitionen	897	
B. Altersversorgung	435	
Mittelbedarf		1.332
A. Operatives Geschäft	6.852	
B. Mittelabfluss Konzernliquidität	-5.520	
Mittelherkunft		1.332

	in T€				2019	
AKTIVA	2017		2018		PLAN	
	IST		PROGN.			
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39		29		15	
II. Sachanlagen	28.681		27.915		26.972	
III. Finanzanlagen	232.680	261.400	232.680	260.624	232.680	259.667
B. Umlaufvermögen						
I. Ford. und sonst. Vermögensgegenstände						
1. Ford. gegen verbundene Unternehmen	44		40		45	
2. Ford. gegen Untern. mit Bet.verhältnis	15		20		15	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.820		2.750		2.500	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	5.340	7.219	5.850	8.660	5.500	8.060
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15	15	50	50	60	60
		268.634		269.334		267.787

	in T€				2019	
PASSIVA	2017		2018		PLAN	
	IST		PROGN.			
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	81.820		81.820		81.820	
II. Kapitalrücklage	137.262		137.876		137.459	
III. Bilanzgewinn	0	219.082	0	219.696	0	219.279
B. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.195		3.283		3.346	
2. Sonstige Rückstellungen	3.769	6.964	3.849	7.132	3.151	6.497
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindl. gegenüber Kreditinstituten	30.006		29.006		29.006	
2. Verbindl. aus Lieferungen/Leistungen	207		300		305	
3. Verbindl. gegenüber verbundenen Unternehmen	11.970		12.775		12.250	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	405	42.588	425	42.506	450	42.011
		268.634		269.334		267.787

Ergebnisplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Umsatzerlöse	8.044	8.119	8.195	8.273	8.351
Sonstige betriebliche Erträge	30	30	30	30	30
Gesamterträge	8.074	8.149	8.225	8.303	8.381
Materialaufwendungen	-450	-280	-286	-292	-298
Personalaufwendungen	-4.870	-4.967	-5.067	-5.168	-5.271
Abschreibungen	-1.854	-1.684	-1.634	-1.665	-1.688
Sonstige Aufwendungen	-1.813	-1.834	-1.856	-1.879	-1.901
Gesamtaufwendungen	-8.987	-8.765	-8.843	-9.004	-9.158
Sonstige Steuern	-135	-135	-135	-135	-135
Betriebliches Ergebnis	-1.048	-751	-753	-836	-912
Beteiligungsergebnis	4.072	4.101	4.154	4.247	8.167
Fonds	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
Zinsen	234	-38	-73	-286	-502
Ergebnisübernahmen	-18.993	-18.676	-20.830	-21.515	-22.348
Ergebnis nach Steuern	-14.735	-14.364	-16.502	-17.390	-14.595

Liquiditätsplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	14.344	13.877	13.954	13.812	17.498
Ausgaben	-7.492	-7.005	-7.100	-7.116	-7.136
Altersversorgung	-435	-415	-395	-420	-450
Investitionen	-897	-970	-945	-955	-945
Liquidität je Jahr *	5.520	5.487	5.514	5.321	8.967

* Die Ergebnisübernahmen werden auf Ebene der HVG Holding gezeigt

2. HAGENBAD GmbH

2.1. Allgemeine Daten

Am Pfannenofen 5
58097 Hagen
Telefon: 02331 208-0
Telefax: 02331 208-346

Internet: www.hagenbad.de
E-Mail: info@hagenbad.de

2.2. Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft ist ein kommunales Dienstleistungsunternehmen, das öffentliche Bäder betreibt und weitere Aufgaben übernehmen kann, die ihr von der Stadt Hagen zugewiesen werden. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben ist das Unternehmen folgenden Zielen verpflichtet:

- Einsatz, Förderung und Entwicklung moderner Technologien,
- Angebot eines bedarfsgerechten und kommunalpolitisch orientierten Bäderkonzepts,
- sozialverträgliche und wettbewerbsorientierte Preisgestaltung
- Förderung des Umweltschutzes.

2.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

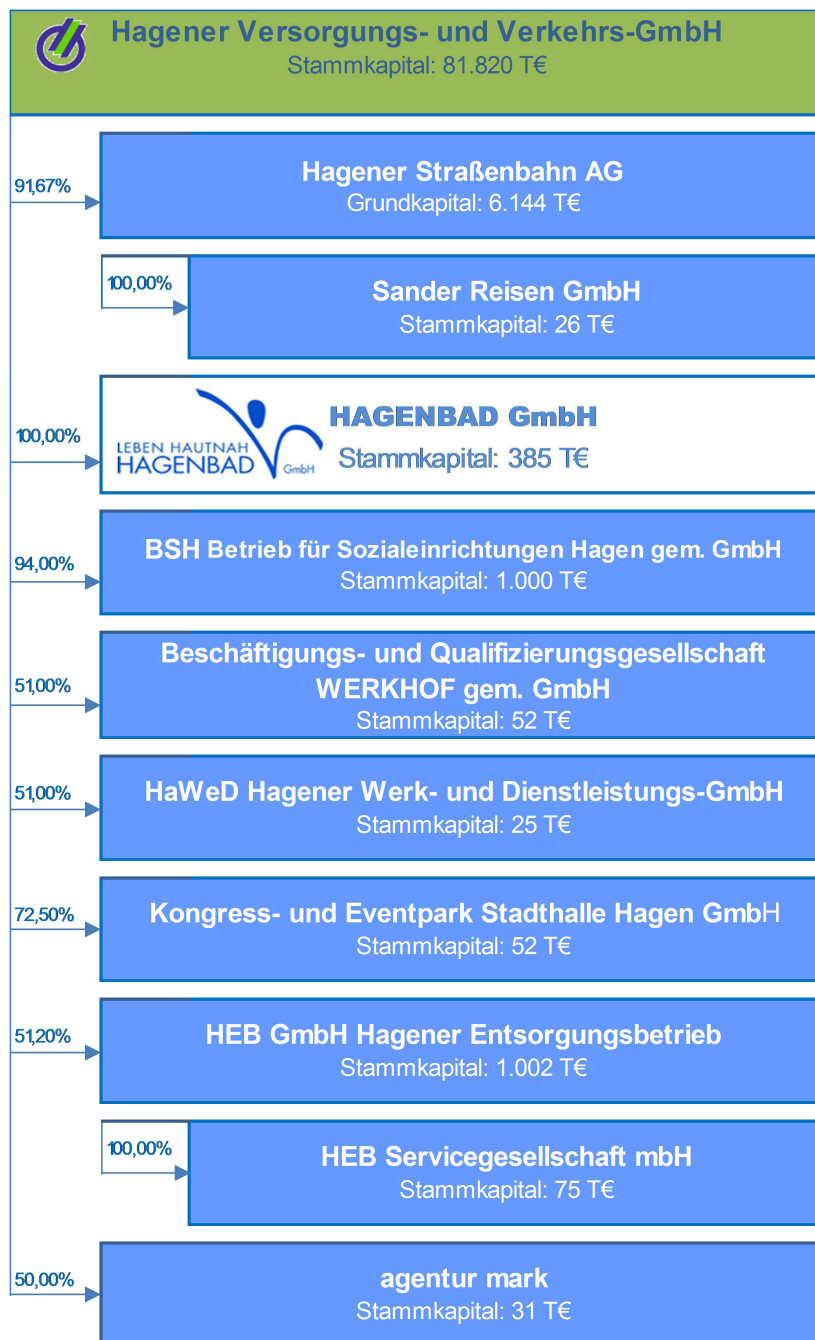
Die wesentliche Geschäftsgrundlage der HAGENBAD GmbH (HBG) sind die Pachtverträge zwischen der HVG und der HBG. Auf Basis dieser Verträge betreibt die HBG seit April 2010 das Westfalenbad. Ferner wird über die Verträge auch der Betrieb des Lennebades Hohenlimburg und des Erlebnisbades Hestert geregelt. Darüber hinaus wird von der HBG das im Eigentum befindliche Familienbad Hengstey betrieben.

Mit dem Betrieb dieser Bäder wird das Schul- und Vereinsschwimmen in Hagen sichergestellt. Darüber hinaus bietet HBG ein vielfältiges Angebot für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen. Die Einrichtungen werden sowohl für das Sport- und Freizeitschwimmen als auch für das Schulschwimmen genutzt. Zusätzlich werden Angebote zur Gesunderhaltung vorgehalten. Mit diesen Angeboten erfüllt HAGENBAD als kommunales Dienstleistungsunternehmen den öffentlichen Zweck.

2.4. Beteiligungsverhältnis



2.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

HAGENBAD GmbH
Hagen

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der HAGENBAD GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 11.2.2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die HAGENBAD GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HAGENBAD GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HAGENBAD GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

- 14 -

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 11. Februar 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Börner
(Börner)
Wirtschaftsprüferin

Kroniger
(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

HAGENBAD GmbH, Hagen

Bilanz auf den 31. Dezember 2018

Aktivseite	31.12.2018		31.12.2017		Passivseite	
	€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.816,50		14.524,75			
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.474.265,16		1.562.994,16			
2. Technische Anlagen und Maschinen	446.579,65		482.132,65			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	229.490,85		256.323,03			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.823,56		0,00			
III. Finanzanlagen						
Sonstige Ausleihungen	5.586,73	2.163.562,45	6.429,52	2.322.404,11		
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	160.336,51		162.834,00			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.490.749,40		290.650,18			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9,48		0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	206.098,70	1.857.194,09	180.170,08	633.654,26		
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		233.106,07		1.097.738,86		
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
		1.118,36		1.079,21		
		<u>4.254.980,97</u>		<u>4.054.876,44</u>		
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		385.000,00		385.000,00		385.000,00
II. Verlustvortrag		-106.527,95		-106.527,95		-106.527,95
		<u>278.472,05</u>		<u>278.472,05</u>		<u>278.472,05</u>
B. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		394.124,85		333.993,15		333.993,15
2. Sonstige Rückstellungen		2.143.627,31		1.958.130,36		1.958.130,36
		<u>2.537.752,16</u>		<u>2.292.123,51</u>		<u>2.292.123,51</u>
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		240.257,37		335.144,78		335.144,78
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		75.325,71		115.964,12		115.964,12
3. Sonstige Verbindlichkeiten		1.099.541,66		1.000.687,68		1.000.687,68
--davon aus Steuern € 18.811,27 (i.Vj. € 21.233,45)--						
--davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 737,77 (i.Vj. € 745,53)						
		<u>1.415.124,74</u>		<u>1.451.796,58</u>		<u>1.451.796,58</u>
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
		23.632,02		32.484,30		32.484,30
		<u>4.254.980,97</u>		<u>4.054.876,44</u>		<u>4.054.876,44</u>

HAGENBAD GmbH, Hagen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		4.543.762,34		4.429.717,77
2. Sonstige betriebliche Erträge		96.941,33		132.674,13
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.523.194,23		1.558.843,28	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>2.508.502,65</u>	4.031.696,88	<u>2.599.591,12</u>	4.158.434,40
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	2.289.241,79		2.260.705,26	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung --davon für Altersversorgung € 153.149,40 (i.Vj. € 179.855,29)--	<u>559.680,14</u>	2.848.921,93	<u>598.795,96</u>	2.859.501,22
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		202.209,14		204.307,17
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.624.469,38		1.644.763,75
7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		668,51		761,42
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon aus Aufzinsung € 116.377,24 (i.Vj. € 50.650,67)		<u>116.377,24</u>		<u>50.650,67</u>
9. Ergebnis nach Steuern		-4.182.302,39		-4.354.503,89
10. Sonstige Steuern		7.855,37		7.850,37
11. Erträge aus Verlustübernahme		<u>4.190.157,76</u>		<u>4.362.354,26</u>
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>

HAGENBAD GmbH, Hagen
Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die HAGENBAD GmbH, eingetragen mit der HRN 226 (HRB) Amtsgericht Hagen, ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht nach §§ 316 ff. HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG prüfen zu lassen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den Vorjahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen auf Basis der betriebsüblichen Nutzungsdauer, bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände werden dabei über eine geschätzte, betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren abgeschrieben. Gebäude werden über Nutzungsdauern zwischen 33 bis 50 Jahren, Außenanlagen über 18 Jahre verteilt abgeschrieben. Technische Anlagen und Maschinen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattungen werden über 3 bis 20 Jahre verteilt abgeschrieben. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben. Alle Abschreibungen erfolgen linear.

Die in den Finanzanlagen ausgewiesenen niedrig verzinslichen Ausleihungen an Mitarbeiter sind bei einem Abzinsungssatz von 4,5 % mit ihren Barwerten angesetzt worden.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und liquide Mittel werden zum Nennwert bilanziert.

Die unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Deputatverpflichtungen werden versicherungsmathematisch nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2018G errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (i. Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zinssatz basiert auf einem 10-jährigen Betrachtungszeitraum. Bei den der Deputatverpflichtung zugrunde gelegten Fahrausweisen wurde eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,5 % p.a. unterstellt.

Anlage 3/2

Bei der Rückstellung für die von der Zusatzversorgungskasse (Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe, kvw) zur Deckung der Verpflichtungen aus der Umstellung der Zusatzversorgung zu Beginn des Jahres 2002 erhobenen Sanierungsgelder ist von einer zwanzigjährigen Verpflichtungsdauer und einem Anstieg des jährlichen Sanierungsgeldaufwands von durchschnittlich 2,5 % p. a., insbesondere infolge einer entgeltinduzierten Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das Sanierungsgeld, ausgegangen worden. Der Zinssatz ist laufzeitabhängig gemäß § 253 Abs. 2 S. 1 HGB bemessen worden. Eine Anpassung des Erhebungszeitraums des Sanierungsgeldes kann erst dann vorgenommen werden, wenn belastbare und konkrete Aussagen zu seiner Dauer vorliegen. Der Umlagesatz für das Sanierungsgeld beträgt wie im Vorjahr 3,25 %

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind mit ihrem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. In Anlehnung an die Handhabung bei Festwerten wurden die Jubiläumsrückstellungen im Geschäftsjahr 2018 nach Ablauf von 3 Jahren mit einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren sowie einem Zinssatz von 2,32 % und einem Gehaltstrend von 2 % versicherungsmathematisch neu berechnet. Die Altersteilzeitverpflichtung wird erstmalig auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2018G berechnet. Die Abzinsung erfolgt entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit von 2 Jahren mit einem Rechnungszins zum 31. Dezember 2018 von 0,88 % (i. Vj. 1,43 %). Der vertraglichen Ausgestaltung der Altersteilzeitverpflichtung liegt ausschließlich das Blockmodell zu Grunde.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang beigefügt.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen betreffen nahezu ausschließlich den Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Alleingesellschafterin HVG (1.491 T€). Der Saldo enthält die unterjährigen Konzernverrechnungen sowie die Verlustübernahme des Berichtsjahres gemäß dem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Alle Forderungen haben eine Laufzeit unter einem Jahr.

Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital von 385.000,00 € ist voll eingezahlt.

Das Unternehmen gehört über die Alleingesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG), Hagen, zum Konzern der HVG. Der Konzernabschluss ist am Sitz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen betreffen Deputatverpflichtungen (394 T€). Der Zins basiert wie im Vorjahr auf einem 10-jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HBG beträgt 72 T€ zum 31.12.2018.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen die Rückstellung für Sanierungsgelder der kvw Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe (1.323 T€) sowie Altersteilzeit (498 T€), variable Leistungsentgelte (90 T€), unterlassene Instandhaltung (100 T€), Urlaubsansprüche der Mitarbeiter (53 T€), Jahresabschlusskosten (29 T€) sowie die Archivierungsrückstellung (28 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Ge- sellschafter	
		bis zu	1 bis		über
		1 Jahr	5 Jahre		5 Jahre
		T€			
Verbindlichkeiten Liefere- rungen und Leistungen	240	240	-	-	-
Verbindlichkeiten gg. verb. Unternehmen	75	75	-	-	-
Sonstige Verbindlichkei- ten	1.100	1.100	-	-	-
	1.415	1.415	-	-	-

Anlage 3/4

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	
		bis zu 1 Jahr	1 bis		über
			5 Jahre		5 Jahre
T€					
Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	335	335	-	-	-
Verbindlichkeiten gg. Verb. Unter- nehmen	116	116	-	-	-
Sonstige Verbind- lichkeiten	1.001	1.001	-	-	-
	<u>1.452</u>	<u>1.452</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält fast ausschließlich Vorauszahlungen für diverse Kurse im WESTFALENBAD, die im nächsten Geschäftsjahr angeboten werden.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2018	2017
	T€	
WESTFALENBAD	3.762	3.830
Lennebad	128	138
Freibäder	367	189
Mieten/ Pachten	287	273
	<u>4.544</u>	<u>4.430</u>

Die Umsatzerlöse liegen bei einem deutlichen Besucheranstieg in der Bäderlandschaft mit insgesamt 114 T€ (2,6 %) über dem Vorjahresniveau. Insbesondere haben sich die Besucherzahlen in den Freibädern auf Grund des sehr guten Sommers fast verdoppelt. Im WESTFALENBAD liegt die Gesamtbesucherzahl nahezu exakt auf dem Vorjahresniveau, wobei sich eine leichte Verschiebung der Gästezahlen zu Gunsten des Freizeitbereiches und zu Lasten des Saunabereiches ergeben hat. Da der Saunabereich höherpreisig ist, hat dies im Vergleich zum Vorjahr insgesamt zu etwas geringeren Umsatzerlösen im WESTFALENBAD geführt. Gleichwohl entfällt mit rd. 83 % der ganz überwiegende Anteil an den gesamten Umsätzen der Berichtsgesellschaft unverändert auf das WESTFALENBAD.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten als wesentliche Position mit 78 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (Vorjahr: 97 T€).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Umlagen der Muttergesellschaft HVG (874 T€), und der Hagener Straßenbahn AG (6 T€) enthalten. Weitere wesentliche Position sind die Fremdlieferungen und -leistungen (403 T€), im Wesentlichen bedingt durch die Gebäudereinigung und Serviceleistungen.

Erträge aus Verlustübernahme

Gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag übernimmt die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH den Jahresverlust.

Sonstige Angaben

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus den Pachtverträgen über den Bäderbetrieb mit der Gesellschafterin HVG bestehen finanzielle Verpflichtungen von 1.663 T€ jährlich.

HAGENBAD ist Mitglied der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw), Münster. Die hierüber versicherten Mitarbeiter bzw. deren Hinterbliebenen erhalten hieraus Altersversorgungsleistungen, insbesondere Versorgungs- und Versicherungsrenten. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der kwv besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht der jeweiligen Mitglieder erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf HAGENBAD als Mitglied entfallenden, Vermögen der kwv. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten liegen nicht vor; die insoweit bestehende Verpflichtung

Anlage 3/6

wird zum Teil über die Rückstellung für die Sanierungsgelder der kvw gedeckt. Der Umlagesatz beträgt 4,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung aber von steigenden Umlagesätzen auszugehen sein. Die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte betragen im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 1.976 T€.

Belegschaft

Die Anzahl der durchschnittlichen beschäftigten Arbeitnehmer betrug 76 (Vorjahr: 77) Personen. Davon stehen 32 (Vorjahr: 31) Personen in einem Teilzeitverhältnis. Die entsprechende Arbeitsleistung in Vollzeitkräften ist mit 53,2 leicht rückläufig zum Vorjahr (53,5 Vollzeitkräfte).

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Kfm. Christoph Köther, Hagen, ist zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt worden. Er ist zugleich Geschäftsführer der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) und hat seinen Dienstvertrag mit der HVG abgeschlossen; von HAGENBAD erhält er keine gesonderte Vergütung. Die nach dem Transparenzgesetz NRW erforderlichen Angaben zu seiner Vergütung sind im Anhang der HVG enthalten.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Hagen, 11. Februar 2019

HAGENBAD GmbH

Christoph Köther

HAGENBAD GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten 01.01.2018 €	Zugänge	Investitions- förderung	Abgänge	Um- buchungen	Anschaffungs- und Herstellungskosten 31.12.2018 €	Ab- schreibungen 01.01.2018 €	Ab- schreibungen Zugänge	Ab- gänge	Zu schreibungen	Ab- Um- buchungen	Ab- schreibungen 31.12.2018 €	Buchwerte 31.12.2018 €	Buchwerte 31.12.2017 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	35.242,76					35.242,76	20.718,01	8.708,25				29.426,26	5.816,50	14.524,75
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.496.988,52					3.496.988,52	1.933.994,36	88.729,00				2.022.723,36	1.474.265,16	1.562.994,16
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.595.754,81					1.595.754,81	1.113.622,16	35.553,00				1.149.175,16	446.579,65	482.132,55
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	828.019,85	42.386,71				870.406,56	571.696,82	69.218,89				640.915,71	229.490,85	256.323,03
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		1.823,56				1.823,56							1.823,56	
	5.920.763,18	44.210,27				5.964.973,45	3.619.313,34	193.500,89				3.812.814,23	2.152.159,22	2.301.449,84
III. Finanzanlagen														
Sonstige Ausleihungen	8.531,23			1.429,54		7.101,69	2.101,71		586,75			1.514,96	5.586,73	6.429,52
	8.531,23			1.429,54		7.101,69	2.101,71		586,75			1.514,96	5.586,73	6.429,52
	5.964.537,17	44.210,27		1.429,54		6.007.317,90	3.642.133,06	202.209,14	586,75			3.843.755,45	2.163.562,45	2.322.404,11

HAGENBAD GmbH, Hagen

Lagebericht 2018 der Geschäftsführung

A. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeiner Überblick

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) als Konzernholding hält 100% der Geschäftsanteile an der HAGENBAD GmbH (HBG) und ist mit dieser über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag verbunden.

Die HVG ist Eigentümerin verschiedener Bäder und hat hierüber mit der HBG Pachtverträge geschlossen. Auf Grundlage dieser Verträge betreibt HBG das WESTFALENBAD und das dazugehörige Parkhaus am Standort Ischeländ. Weiterhin werden das Lennebad in Hohenlimburg sowie die Freibäder Erlebnisbad Hestert in Haspe und das Familienbad Hengstey am Hengsteysee bewirtschaftet. Das Familienbad Hengstey befindet sich im Eigentum der HBG.

Mit dem Betrieb der Bäder wird das Schul- und Vereinsschwimmen in Hagen sichergestellt. Darüber hinaus bietet HBG ein vielfältiges Angebot für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hagen. Die Einrichtungen werden sowohl für das Sport- als auch für das Freizeitschwimmen genutzt. Zusätzlich werden Angebote zur Gesunderhaltung vorgehalten. Mit diesen Angeboten erfüllt HAGENBAD als kommunales Dienstleistungsunternehmen den öffentlichen Zweck.

Das WESTFALENBAD ist als attraktive Freizeiteinrichtung in Hagen fest etabliert und bietet den Besuchern aus Hagen und der Region auf einer Fläche von 70.000 qm und mit einer Wasserfläche von rund 2.000 qm vielfältige Möglichkeiten. Neben einem 50 m Sportbecken werden den Besuchern ein Freizeitbereich mit Cabriodach, eine weitläufige Saunananlage mit Naturbadeteich und Solebecken sowie ein Wellnessbereich angeboten.

HBG verfügt nur über eine bäderspezifische Verwaltung. Die kaufmännischen Dienstleistungen sowie die Leistungen für das Personalmanagement werden zu marktgerechten Preisen von der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH bezogen.

B. Wirtschaftsbericht

1) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Veranstaltungen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden verschiedene Veranstaltungsformate zielgruppenspezifisch in allen Hagener Bädern umgesetzt.

Im WESTFALENBAD haben sich die Silvestersaunanacht sowie die Motto-Saunanächte in den vergangenen Jahren fest in Hagen etabliert und sind ausgebuchte Veranstaltungen.

Anlage 4/2

Gezielte Werbekampagnen für das WESTFALENBAD fanden vor allem in den Bereichen Dortmund, Schwerte und im gesamten Märkischen Kreis statt. Dazu wurden Werbemedien wie Radiospots, Megaposter und LED-Straßenbanner genutzt, um die Aufmerksamkeit der umliegenden Städte auf das WESTFALENBAD zu lenken. Auch in Hagen wurde weiterhin das WESTFALENBAD beworben. So wurden z.B. Kunden der Stadthalle oder auch des Freilichtmuseums durch Promotionskräfte auf das neue Solebecken aufmerksam gemacht. Verstärkt wurde auch die Onlinewerbung genutzt, um Internetnutzer aus der Region anzusprechen.

Den witterungsbedingt eher schwachen Sommermonaten im Saunabereich wurde im Rahmen einer Aktion über die Online-Plattform „Groupon“ mittels attraktiven Angeboten entgegen gewirkt.

Das Richard-Römer-Lennebad hat im September sein 50-jähriges Jubiläum gefeiert. An zwei Tagen gab es dazu Aktionen für die Öffentlichkeit wie Kinderdisco, Livemusik auf der Terrasse sowie eine Filmvorführung mit historischen Momenten des Lennebades. Es galt der historische Eintrittspreis von einem Euro für das Schwimmbad sowie 4,50 Euro für die Sauna. Eine Jubiläumsbroschüre hat zudem über die Entwicklungen des Richard-Römer-Lennebades in den vergangenen 50 Jahren informiert. Hier kamen z.B. ehemalige Mitarbeiter und Mitglieder der im Bad ansässigen Vereine zu Wort.

Im Frühjahr wurde gemeinsam mit dem Förderverein ein Aktionstag „Nass und Spaß“ durchgeführt. Zu diesem Termin stellten sich die Vereine mit besonderen Aktionen bei den Besuchern vor und haben zum Mitmachen eingeladen. Der Eintritt war an diesem Tag kostenfrei.

In den beiden Freibädern wurden bei lang anhaltenden sommerlichen Temperaturen Spielenachmittage mit den beliebten Großspielgeräten angeboten. Das mittlerweile ebenfalls etablierte Hundeschwimmen zum Saisonende wurde ebenfalls wieder in beiden Freibädern durchgeführt.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 der HAGENBAD GmbH schließt mit einem Ergebnis von -4,2 Mio. € vor Verlustausgleich ab.

Das Ergebnis liegt damit rd. 0,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Investitionen

In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr investive Maßnahmen in Höhe von 44 T€ (Vorjahr: 109 T€) durchgeführt, nahezu ausschließlich im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Umweltschutz

Im WESTFALENBAD wird zur Wärmegewinnung die Fernwärme der örtlichen Müllverbrennungsanlage genutzt. Durch diese Art der Energienutzung werden Umweltschutz und eine unter betriebswirtschaftlichen Aspekten kostengünstige Energiebeschaffung gleichermaßen beachtet. Des Weiteren verfügt das WESTFALENBAD über eine eigene Wasseraufbereitungsanlage. Durch diese Technologie ist es möglich, bis zu 75 % des entstehenden Rückspül-

wassers wieder aufzubereiten und in den Wasserkreislauf zurückzuführen. Auch wird für die Toilettenspülungen das sog. Grauwasser verwendet. Der Energie- und Wasserverbrauch des WESTFALENBADES ist im Vergleich zu anderen ähnlichen Freizeitbädern um rd. 5 % je Besucher geringer.

Aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen wird im Freibad Hengstey eine Wärmepumpe betrieben, die zur Erwärmung von Beckenwasser dient. Als Wärmequelle wird die in unmittelbarer Nähe vorbeifließende Ruhr genutzt.

Im Erlebnisbad Hestert hat sich eine ressourcenschonende Heizungsanlage auf Basis von Brennwerttechnologie bewährt, die nicht nur die Energiekosten erheblich senkt, sondern auch in hohem Maße Anforderungen des Umweltschutzes erfüllt.

Im Rahmen der Umstellung auf LED-Technik wurde bereits in den Vorjahren die Unterwasserbeleuchtung in den Schwimmbecken sowie die Beleuchtung um die Becken, im Eingangsbereich sowie in den Umkleiden umgerüstet. Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen eines weiteren Förderprojektes die Umstellung der Beleuchtung im Technikbereich und Parkhaus unter Nutzung einer 30%igen Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit. Die durch diese Maßnahmen erzielte Ersparnis im Strombezug hat sich im Berichtsjahr in einem Minderverbrauch der Gesamtbezugsmenge um rd. 3,5 % widergespiegelt. Die spezifische Ersparnis im Bereich der Beleuchtung liegt somit signifikant höher.

Personal- und Sozialwesen

Die HAGENBAD GmbH beschäftigte 2018 im Jahresdurchschnitt 76 Mitarbeiter/innen. Zusätzlich wurden durchschnittlich 5 Fachangestellte für Bäderbetriebe ausgebildet.

Die Förderung von Teilzeitarbeitsverhältnissen hat dazu geführt, dass zum Jahresende 32 Mitarbeiter/innen Teilzeitarbeit leisteten. Die dabei vereinbarte Arbeitszeit entspricht der von 14,55 Vollzeitarbeitskräften.

Für den Unternehmenserfolg ist die Servicequalität der Mitarbeiter ein wesentlicher Faktor. Um den erreichten Erfolg der Mitarbeiter nachhaltig fortzuführen, wird jährlich die Rezertifizierung der Stufe 1 im Rahmen der Initiative ServiceQualität Deutschland durchgeführt. Seit Einführung der Zertifizierung wurde diese immer mit überdurchschnittlich gutem Ergebnis abgeschlossen.

Im Rahmen des innerbetrieblichen Abwesenheits- und Gesundheitsmanagements wurde im Vorjahr der Arbeitskreis Gesundheit gebildet, der unter Mitwirkung von HBG-Mitarbeitern, der HBG-Bäderleitung, Mitarbeitern aus dem Bereich Personalmanagement und in Zusammenarbeit mit einer Krankenkasse nachhaltig für eine höhere Arbeitsplatzzufriedenheit und geringere Mitarbeiterfehlzeiten sorgen soll. Darauf aufbauend wurden Projektgruppen gebildet, die sich mit den unterschiedlichen Kernthemen der Mitarbeiterbefragung befassen, um eine stetige Weiterentwicklung zu gewährleisten.

Anlage 4/4

Der Personalbestand zeigt sich zum Stichtag 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahresstichtag 31. Dezember 2017 um 1 Mitarbeiter leicht erhöht:

	Anzahl 2018	Anzahl 2017
Mitarbeiter	70	69
Auszubildende	5	5
	<u>75</u>	<u>74</u>

2) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Hagener Bäder konnten im Berichtsjahr 691.220 Badegäste verzeichnen. Die Besucherzahlen im WESTFALENBAD waren nahezu exakt auf dem sehr guten Vorjahresniveau. In den Freibädern ist witterungsbedingt durch einen sehr warmen und andauernden Sommer 2018 fast eine Verdopplung der Gästezahlen zum Vorjahr zu verzeichnen. Im Berichtsjahr besuchten 120.194 Gäste die Freibäder (Vj.: 61.745). Die Umsatzerlöse der HAGENBAD GmbH sind mit 4.544 T€ im Berichtsjahr nach 4.430 T€ im Vorjahr leicht über Vorjahresniveau (2,6 %). Ursächlich für die leicht gestiegenen Umsatzerlöse ist der außergewöhnlich hohe Beitrag der Freibäder mit einem Umsatzzuwachs von 178 T€ (+94 %).

Im WESTFALENBAD sind die Besucherzahlen mit 538.797 konstant zum Vorjahr (538.910). Durch eine leichte Verschiebung der Besucherstruktur zu Lasten des höher tarifierten Saunabereiches sind die Umsatzerlöse des WESTFALENBADES marginal rückläufig zum Vorjahr (-1,8%). Gleichwohl steuert das WESTFALENBAD weiterhin den wesentlichen Umsatzanteil von rd. 83% der Gesamterlöse von HAGENBAD bei. Der spezifische Erlös je Badegast liegt mit 6,16 € unter dem Vorjahresniveau (-5,7 %). Die Begründung für die Entwicklung liegt darin, dass der Besucherzuwachs nahezu ausschließlich in dem niedrig tarifierten Bereich der Freibäder stattgefunden hat.

Der Materialaufwand beträgt im Berichtsjahr 4.032 T€ und liegt somit um 126 T€ unter dem Vorjahr. Die größte Position besteht weiterhin aus dem Pachtentgelt für die Bäder, insbesondere das WESTFALENBAD inkl. Parkhaus (1.663 T€). Die Energiebezüge liegen beim Strombezug (-36 T€) und Wasserbezug (-42 T€) unter dem Vorjahresniveau und beim Gasbezug (+14 T€) und Wärmebezug mit Fernwärme (+32 T€) über dem Vorjahresniveau. Der Wasserbezug war im Vorjahr belastet durch die turnusmäßig durchgeführte Revision des 50 m Sport-Beckens und des Naturbadeteiches. Beim Strombezug wirkt sich im Berichtsjahr die in den letzten Jahren sukzessiv durchgeführte Umrüstung der Beleuchtung auf LED Technik in einem Minderverbrauch von rd. 3,5 % der Vorjahresstrommenge aus.

Die Fremdlieferungen und -leistungen liegen um 25 T€ unter dem Vorjahresniveau und begründen mit insgesamt 602 T€ weiterhin eine wesentliche Position im Materialaufwand.

Der Personalaufwand zeigt sich bei zum Vorjahr leicht gesunkener durchschnittlicher Mitarbeiteranzahl (-1 MA) und leicht gesunkenen Vollzeitkräften (rd. -0,33 VZK) bei gegenläufigen Effekten mit 2.849 T€ insgesamt auf Vorjahresniveau (- 11 T€). Die Aufwendungen für Sozi-

abgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um 39 T€ gesunken, da im Vorjahr eine deutliche höhere Zuführung zur Rückstellung für Deputatverpflichtungen enthalten war. Gegenläufig dazu wirkt sich die unterjährige Tarifierhöhung um 3,19 % zum 1. März 2018 in höheren Entgelten im Vergleich zum Vorjahr aus (+28 T€).

Im Berichtsjahr wurden wie bereits schon im Jahr 2017 zwei Altersteilzeitverträge neu abgeschlossen.

Größte Einzelposten bei den sonstigen Aufwendungen sind im Berichtsjahr weiterhin die Umlagen der Muttergesellschaft Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (874 T€), im Wesentlichen Gebäudereinigungen betreffende Fremdlieferungen und -leistungen (403 T€) sowie Werbekosten (178 T€).

Der Aufwandssaldo des Finanzergebnisses ist bei nahezu gleichen Erträgen wie im Vorjahr geprägt durch den in den Rückstellungen enthaltenen Zinsanteil (116 T€).

Der Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres verbesserte sich um 172 T€ auf 4.190 T€. Aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages hat die HVG den Jahresfehlbetrag ausgeglichen.

Das Jahresergebnis 2018 liegt mit -4,2 Mio. € rd. 0,6 Mio. € besser als Plan. Ursächlich dafür sind im Wesentlichen höhere Umsatzerlöse, die mit 0,3 Mio. € über Plan liegen, sowie um 0,1 Mio. € höhere sonstige betriebliche Erträge. Der Personalaufwand, der Materialaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in Summe 0,2 Mio. € besser als im Planansatz, während sich das Finanzergebnis auf Planniveau befindet.

	2018	2017	Abw.
	T€		
Umsatzerlöse	4.544	4.430	114
Materialaufwand	4.032	4.158	126
Personalaufwand	2.849	2.860	11
Rohverlust	2.337	2.588	251
Abschreibungen	202	204	2
Steuern	8	8	0
Sonstige Aufwendungen (saldiert mit Erträgen)	1.527	1.512	-15
Betriebsverlust	4.074	4.312	238
Finanzergebnis			
Aufwandssaldo	116	50	-66
Jahresfehlbetrag/ Verlustübernahme	4.190	4.362	172

Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzlage der HAGENBAD GmbH ist durch die Einbindung in die Liquiditätsplanung des HVG-Konzerns und aufgrund der vertraglich garantierten Verlustübernahme durch die HVG grundsätzlich abgesichert.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist in 2018 gegenüber dem Vorjahr um 200 T€ (4,9 %) auf 4.255 T€ bei gegenläufigen Effekten gestiegen. Grund hierfür ist im Wesentlichen bei einer stichtagsbedingt stark rückläufigen Liquidität (- 865 T€) ein noch stärkerer gleichzeitiger Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (+ 1.200 T€).

Das langfristig gebundene Anlagevermögen verminderte sich in Folge der planmäßigen Abschreibungen bei gleichzeitig geringeren investiven Maßnahmen um 6,8 % auf 2.164 T€.

Das Umlaufvermögen ist mit 2.091 T€ bei deutlich gegenläufigen Effekten merkbar erhöht zum Vorjahr (358 T€). Die Forderungen gegen die Muttergesellschaft sind mit 1.490 T€ im Vergleich zum Vorjahr sehr stark um 1.200 T€ angestiegen. Ursächlich hierfür ist u.a. die im Berichtsjahr durchgeführte Saldenverrechnung zwischen den Konzerngesellschaften.

Die Liquiditätsbestände hingegen sind stichtagsbedingt um 865 T€ auf 233 T€ deutlich gesunken, während die Forderungen gegen Dritte mit einem Anstieg von 23 T€ zur gesamten Erhöhung des kurzfristig gebundenen Vermögens beitragen.

Die langfristigen Rückstellungen sind bei gegenläufigen Effekten erhöht zum Vorjahr (+237 T€). Der wesentliche Anteil in Höhe von 1.323 T€ entfällt auf die kvw-Rückstellung (+50 T€). Die Rückstellung für Altersteilzeitguthaben ist um 131 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen und valutiert zum Bilanzstichtag in Höhe von 498 T€. Der planmäßigen Inanspruchnahmen stehen im Berichtsjahr zwei neu abgeschlossene Altersteilzeitverträge gegenüber. Für Deputatverpflichtungen wurden zum Bilanzstichtag 394 T€ passiviert. Die kurzfristigen Rückstellungen sind per Saldo ebenfalls leicht gestiegen (9 T€) und bestehen im Wesentlichen aus variablen Leistungsentgelten der Mitarbeiter (73 T€), unterlassener Instandhaltung (100 T€) und Resturlaubsansprüchen von Mitarbeitern (53 T€).

Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital beträgt 12,9 % (Vorjahr: 12,0 %).

Das Eigenkapital beträgt 6,5 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 6,9 %). Die absolute Höhe des Eigenkapitals ist mit 278 T€ aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit der HVG ebenfalls identisch zum Vorjahr.

	31.12.2018	31.12.2017	Abw.
	T€		
Aktiva			
Sachanlagen und immaterielle Anlagegüter	2.158	2.316	-158
Finanzanlagen	6	6	0
Langfristig gebundenes Vermögen	2.164	2.322	-158
Forderungen gegen Dritte	367	344	23
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.491	291	1.200
Flüssige Mittel	233	1.098	-865
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.091	1.733	358
	4.255	4.055	200
Passiva			
Eigenkapital	278	278	0
Langfristige Rückstellungen	2.257	2.020	237
Langfristig gebundenes Kapital	2.535	2.298	237
Kurzfristige Rückstellungen	281	272	9
Kurzfristige Verbindlichkeiten, RAP	1.439	1.485	-46
Kurzfristig gebundenes Kapital	1.720	1.757	-37
	4.255	4.055	200

C. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

1) Prognosebericht

Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr 2019 eine Wirtschaftsplanung erstellt. Hiernach erwartet HBG ein operatives Ergebnis (vor Kapitalkosten) von -3,4 Mio. € und ein Gesamtergebnis von rund -5,0 Mio. €. Die Kapitalkosten wurden in Aufgrund der getätigten Investitionen im WESTFALENBAD erstmalig um 0,1 Mio. € erhöht. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2018 wird eine Verschlechterung des Ergebnisses erwartet.

Anlage 4/8

Ertragsseitig wird gegenüber dem Vorjahr von rd. 6 % geringeren Umsatzerlösen ausgegangen. Des Weiteren sind Kostensteigerungen im Personalbereich in Folge der im Vorjahr abgeschlossenen Tarifverhandlungen von durchschnittlich 2,3 % p.a. in der Planung berücksichtigt. Weiterhin wird mit allgemein steigenden Aufwendungen insbesondere im Energiebezug gerechnet.

Auf der Grundlage des mit der HVG als Muttergesellschaft bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages wird das Jahresergebnis 2019 von der HVG übernommen.

Nachdem sich im Jahr 2018 die Besucherzahlen aufgrund der sehr guten Sommersaison überdurchschnittlich gut entwickelt haben, wird für das Geschäftsjahr 2019 bei den Freibädern wieder mit durchschnittlichen Besucherzahlen auf Normalniveau geplant.

Für das WESTFALENBAD steht im Planjahr 2019 eine Stabilisierung der Besucherzahlen im Vordergrund. Insgesamt werden im Jahr 2019 rd. 624.000 Gäste in den Bädern von Hagenbad erwartet.

Wie bereits in den Vorjahren sind zielgruppenspezifische Marketing- und Werbemaßnahmen geplant, darüber hinaus wurde eine weitere Attraktivierung im WESTFALENBAD geschaffen. Zum Ende des Berichtsjahres wurde ein neues Solebecken im Außenbereich der Saunalandschaft fertiggestellt.

Zur Sicherstellung eines ganzjährigen Schwimmangebotes im Stadtteil Hohenlimburg wird die Kooperation mit dem Hohenlimburger Schwimmverein wie auch in den Vorjahren in der Sommersaison weitergeführt. Dabei ist geplant, dass das Lennebad wie bisher in den Sommerferien schließt.

Für das Freibad Hestert und das Familienbad Hengstey werden auch in 2019 die eingeschränkten und flexiblen Öffnungszeiten auf Basis des entsprechenden Ratsbeschlusses unterstellt.

2) Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der HAGENBAD GmbH. Aus diesem Grund hat die HBG nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen, um so Risiken auf ein Minimum zu begrenzen.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer finanziellen Auswirkung qualifiziert.

Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar dem Risikomanager zu kommunizieren. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet. Es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

3) Risiko- und Chancenbericht

Die Risikoinventur im Jahr 2018 zeigt sowohl Umsatz – als auch Kostenrisiken auf, die jedoch als nicht existenzbedrohend für die Gesellschaft eingestuft werden. Im Bereich der Personalkosten werden Risiken aus dem bestehenden Tarifvertrag für die Wettbewerbsfähigkeit gesehen. Für 2019 stehen ab dem 1.4. neue Tarifsteigerungen auf Grundlage des bestehenden Tarifvertrages in Höhe von 3,1 % an; in der Planung wurde eine entsprechend durchschnittliche Personalkostensteigerung von 2,3 % p.a. für den gesamten Planungszeitraum berücksichtigt.

Die HVG als Gesellschafterin der HBG stellt sicher, dass die HBG über ausreichend Liquidität verfügt, sodass finanzwirtschaftliche Risiken minimiert werden. Dazu ist die HVG auf die Zuschusszahlung der Stadt Hagen angewiesen, welche auf Basis einer Verpflichtungserklärung gegenüber der HVG gewährleistet wird.

An die technischen Anlagen der HBG werden hohe Anforderungen hinsichtlich Sicherheit und Zuverlässigkeit gestellt. Mit regelmäßigen Inspektionen und Wartungen wird möglichen Ausfallrisiken begegnet. Für Instandhaltungen wurden darüber hinaus Rückstellungen gebildet, sofern die erforderlichen Maßnahmen im Berichtsjahr 2018 nicht abgearbeitet werden konnten.

Für das Richard-Römer-Lennebad hat HBG auf Grundlage eines Ratsbeschlusses einen umfangreichen Sanierungsplan durch einen externen Sachverständigen beauftragt. Der seit Jahren bestehende und weiterhin zunehmende Sanierungstau betrifft die Betonkonstruktion, Wasser- und Gebäudetechnik sowie die Umkleiden und Sanitäreinrichtungen. In diesem Zusammenhang wird die Beantragung von entsprechenden Fördermitteln geprüft. Bei Erteilung eines negativen Förderbescheides ist seitens der Stadt Hagen über den weiteren Fortbestand des Lennebades zu entscheiden.

Ein weiterer Ratsbeschluss sieht die Erweiterung und Attraktivierung des Familienbades Hengstey vor. Die beauftragte Beratungsgesellschaft hat erste konzeptionelle Vorschläge zur Aufwertung der Gastronomie, der Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten sowie der Errichtung eines Beachclubs an der angrenzenden Uferpromenade des Hengsteysees vorgestellt. Hierzu wurde durch den Fachbereich für Stadtentwicklung, Bauen und Sport der Stadt Hagen mit Unterstützung von Hagenbad bereits ein Förderantrag gestellt.

Mit beiden vorgenannten Projekten sind sowohl Chancen als auch Risiken verbunden. Von besonderer Bedeutung ist die Frage, ob die Fördermittelanträge positiv beschieden werden.

Durch gezieltes Marketing besteht insbesondere für das WESTFALENBAD die Chance, Bestandsgäste zu binden sowie neue Bade- und Saunagäste für die Einrichtung zu gewinnen. Dazu soll das zum Ende des Geschäftsjahres 2018 neu eröffnete Solebecken mit einem dazugehörigen Whirlpool im Sauna Außenbereich einen entsprechenden Beitrag leisten.

Hagen, 11. Februar 2019

HAGENBAD GmbH

Christoph Köther

Allgemeiner Überblick und Geschäftsverlauf

ALLGEMEINER ÜBERBLICK

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH als Konzernholding hält 100 % der Geschäftsanteile an der HAGENBAD GmbH (HBG) und ist mit dieser über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag verbunden.

Die zwischen der HVG und HBG geschlossenen Pachtverträge bilden die wesentliche Geschäftsgrundlage der HBG. Auf Grundlage dieser Verträge betreibt HBG das Westfalenbad und das Parkhaus am Standort Ischeland. Zusätzlich werden auf Basis vertraglicher Regelungen das Lennebad Hohenlimburg, das Erlebnisbad Hestert und das sich im Eigentum der HBG befindliche Familienbad Hengstey betrieben.

Mit dem Betrieb der Bäder wird das Schul- und Vereinsschwimmen in Hagen sichergestellt sowie ein qualitativ hochwertiges Angebot für Freizeitschwimmer ermöglicht.

GESCHÄFTSVERLAUF

Prognose 2018

Das Ergebnis der HAGENBAD GmbH wird auf -4.413 T€ prognostiziert, was einer Verbesserung gegenüber dem Plan von 416 T€ entspricht.

Die Verbesserung resultiert u.a. aus der witterungsbedingten sehr guten Freibadsaison mit deutlich höheren Besucherzahlen. Weiterhin konnten höhere Besucherzahlen im Freizeit- und Saunabereich des Westfalenbades erzielt werden. Hierdurch konnten rückläufige Besucherzahlen im Sport- und Vereinsschwimmen überkompensiert werden. Insgesamt ist ein Anstieg der Gesamterträge i. H. v. 206 T€ zu verzeichnen.

Die Gesamtaufwendungen liegen um 187 T€ unter Plan, ebenso das Finanzergebnis, welches mit 23 T€ vom Plan abweicht.

Wirtschaftsplan 2019

Der Plan für das Geschäftsjahr 2019 wurde auf Basis der dargestellten Prognose 2018 erstellt. Der Plan schließt mit einem Ergebnis von -5.048 T€ ab, was einer Verschlechterung gegenüber der Prognose 2018 von rd. -635 T€ entspricht.

Die Entwicklung resultiert aus geringeren Gesamterträgen von -167 T€ und höheren Gesamtaufwendungen (-383 T€). Die Aufwendungen steigen unter anderem aufgrund steigender Stromkosten, der feststehenden Tarifierhöhung sowie der angedachten Neuausrichtung des Freizeitbades Hengstey. Die erstmalige Anpassung der Pacht für das Westfalenbad belastet das Ergebnis um zusätzliche 80 T€.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden mit 91 % im Wesentlichen im Westfalenbad in den Bereichen Freizeitbad und Wellness (Sauna und Kurse) und Sportbad (Öffentlichkeit, Schule und Vereine) generiert. Das Lennebad sowie die Freibäder Hestert und Hengstey erzielen insgesamt einen Umsatzanteil von lediglich 9 %.

Für das Jahr 2019 wird ein Gesamtbesucheraufkommen in den Bädern in Höhe von 624 Tsd. erwartet, davon 523 Tsd. im Westfalenbad.

Das Lennebad, Freibad Hestert und Freibad Hengstey wurden mit unveränderten Öffnungszeiten auf Basis des seinerzeitigen Ratsbeschlusses geplant.

Die sonstigen Erlöse setzen sich überwiegend aus Pachteinnahmen aus der Gastronomie, aus dem Fitnessstudio ACTIC im Westfalenbad, Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Parkhauses am Westfalenbad sowie Miet- und Pachteinnahmen in den Freibädern und dem Lennebad zusammen.

Sonstige betriebliche Erträge

In dieser Position sind die sonstigen Erträge sowie ggfs. die Nichtinanspruchnahmen von Rückstellungen enthalten.

Materialaufwendungen

Die Materialaufwendungen setzen sich aus Energiekosten für den Bezug von Strom, Fernwärme, Wasser sowie Gas und Sachleistungen für den Betrieb der Bäder (bspw. Wartungsarbeiten, Instandhaltungen, Verbrauchsmaterial und Wasseruntersuchungen) zusammen. Dabei wurden deutliche Erhöhungen der Bezugspreise (insb. Strom) berücksichtigt.

Personalaufwendungen

Die Personalkosten beinhalten neben den Entgelten sowohl die damit einhergehenden Sozialabgaben inklusive der üblichen Zusatzversorgung kvw für die Beschäftigten als auch die Aufwendungen für Altersversorgung. Die Aufwendungen für Altersversorgung werden auf Grundlage der versicherungsmathematischen Gutachten des Vorjahres fortgeschrieben und in die Planung übernommen.

Aufgrund des Tarifabschlusses im Frühjahr 2018 beträgt die Tarifierhöhung ab dem 01.04.2019 durchschnittlich rd. 3,10 %.

Abschreibungen auf Sachanlagen

Die Abschreibungen basieren auf den Anlagenbeständen sowie den vorgesehenen Investitionen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen teilen sich in Konzernleistungen, Mieten, Pachten, Beiträge, Gebühren, Fremdlieferungen, Werbekosten, Versicherungen, Rechts- und Beratungskosten sowie sonstige Aufwendungen auf.

Bei den Kosten der konzerninternen Dienstleistungen handelt es sich i. W. um die Dienstleistungen der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH in den Bereichen Geschäftsführung, Revision, Projektmanagement, Betriebswirtschaft, Einkauf, IT, Personalmanagement, Marketing/Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb. Die gesamten konzerninternen Dienstleistungen werden zu marktgerechten Konditionen berechnet.

Im Bereich Mieten, Pachten, Beiträge und Gebühren fallen im Wesentlichen die Pachtzahlungen für das Lennebad, Freibad Hestert und Parkhaus am Westfalenbad sowie die Abwassergebühren an.

Die sonstigen Fremdlieferungen und Fremdleistungen setzen sich überwiegend aus Reinigungsleistungen und der Unterstützungszahlung von 50 T€ an den Hohenlimburger Schwimmverein (HSV) für ein Ganzjahresschwimmen in Hohenlimburg (Sommersaison im Freibad Henkhausen bei gleichzeitiger temporärer Schließung des Lennebades) zusammen.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis resultiert wie in den Vorjahren ausschließlich aus den Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Zeitverlauf.

Kapitalkosten Westfalenbad

Die Kapitalkosten Westfalenbad wurden für das im Eigentum der HVG befindliche Westfalenbad im Planjahr 2019 aufgrund der getätigten Investitionen (u.a. Solebecken) erstmalig angepasst. Die Pachtaufwendungen betragen 1.580 T€.

Sonstige Steuern

Diese Position umfasst lediglich die Grundsteuer für das Grundstück Freibad Hengstey (Eigentümerin ist die HAGENBAD GmbH) sowie die Kraftfahrzeugsteuer.

Gewinn- und Verlustrechnung

in T€	2017	2018	2018	2019	Abw.
	IST	PLAN	PROGN.	PLAN	PLAN 19/ PROGN. 18
Umsatzerlöse	4.430	4.217	4.400	4.259	-141
Umsatzerlöse Bäder	4.157	4.011	4.144	4.026	-118
Sonstige Umsatzerlöse	273	206	256	233	-23
Sonstige betriebliche Erträge	133	14	37	11	-26
Gesamterträge	4.562	4.231	4.437	4.270	-167
Materialaufwendungen	-2.658	-2.642	-2.603	-2.831	-228
Energie	-1.257	-1.299	-1.289	-1.393	-104
Sachleistungen	-1.401	-1.343	-1.314	-1.438	-124
Personalaufwendungen	-2.859	-2.873	-2.800	-2.898	-98
Entgelte	-1.949	-2.246	-2.200	-2.274	-74
Soziale Abgaben, Altersversorgung	-910	-627	-600	-624	-24
Abschreibungen auf Sachanlagen	-204	-240	-208	-239	-31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.645	-1.689	-1.646	-1.672	-26
Gesamtaufwendungen	-7.366	-7.444	-7.257	-7.640	-383
Betriebsergebnis	-2.804	-3.213	-2.820	-3.370	-550
Finanzergebnis	-50	-108	-85	-90	-5
Kapitalkosten Westfalenbad	-1.500	-1.500	-1.500	-1.580	-80
Sonstige Steuern	-8	-8	-8	-8	0
Ergebnis nach Steuern	-4.362	-4.829	-4.413	-5.048	-635

Investitionsplan 2019

	T€	T€
Attraktivierung Hengsteybad	400	
Westfalenbad (Ausstattungsgegenstände)	231	
FB Hestert, FB Hengstey, Lennebad	25	
Allgemeine Ausstattung	78	
Gesamtsumme		734

Finanzplan 2019

	T€	T€
A. Operatives Geschäft	4.038	
B. Investitionen	734	
C. Altersversorgung	330	
Mittelbedarf		5.102
A. Mittelzufluss HVG	5.102	
Mittelherkunft		5.102

	in T€		2017		2018		2019	
			IST		PROGN.		PLAN	
AKTIVA								
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			15		12		10	
II. Sachanlagen			2.301		2.215		2.714	
III. Finanzanlagen			6	2.322	5	2.232	3	2.727
B. Umlaufvermögen								
I. Ford. und sonst. Vermögensgegenstände								
1. Ford. aus Lieferungen und Leistungen			163		172		192	
2. Ford. gegen verbundene Unternehmen			291		335		342	
3. Sonstige Vermögensgegenstände			180	634	195	702	203	737
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			1.098	1.098	1.180	1.180	685	685
C. Rechnungsabgrenzungsposten			1	1	2	2	2	2
			4.055		4.116		4.151	

	in T€		2017		2018		2019	
			IST		PROGN.		PLAN	
PASSIVA								
A. Eigenkapital								
I. Gezeichnetes Kapital			385		385		385	
II. Verlustvortrag			-107	278	-107	278	-107	278
B. Rückstellungen								
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			334		346		359	
2. Sonstige Rückstellungen			1.958	2.292	1.988	2.334	1.975	2.334
C. Verbindlichkeiten								
1. Verbindl. aus Lieferungen und Leistungen			335		345		328	
2. Verbindl. gegen verbundene Unternehmen			116		174		186	
3. Sonstige Verbindlichkeiten			1.001	1.452	942	1.461	974	1.488
D. Rechnungsabgrenzungsposten			33	33	43	43	51	51
			4.055		4.116		4.151	

Ergebnisplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Umsatzerlöse	4.259	4.280	4.332	4.383	4.405
Umsatzerlöse Bäder	4.026	4.046	4.066	4.087	4.107
Sonstige Umsatzerlöse	233	234	266	296	298
Sonstige betriebliche Erträge	11	11	11	11	11
Gesamterträge	4.270	4.291	4.343	4.394	4.416
Materialaufwendungen	-2.831	-2.882	-2.936	-2.992	-3.050
Personalaufwendungen	-2.898	-2.956	-3.015	-3.076	-3.137
Abschreibungen	-239	-360	-396	-399	-406
Sonstige Aufwendungen	-1.672	-1.692	-1.712	-1.733	-1.754
Gesamtaufwendungen	-7.640	-7.890	-8.059	-8.200	-8.347
Betriebsergebnis	-3.370	-3.599	-3.716	-3.806	-3.931
Finanzergebnis	-90	-95	-100	-103	-93
Kapitalkosten Westfalenbad	-1.580	-1.580	-1.580	-1.580	-1.580
Sonstige Steuern	-8	-8	-8	-8	-8
Ergebnis nach Steuern	-5.048	-5.282	-5.404	-5.497	-5.612

Liquiditätsplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	4.270	4.291	4.343	4.394	4.415
Ausgaben	-8.308	-8.908	-9.039	-9.172	-9.298
Altersversorgung	-330	-300	-290	-280	-250
Investitionen	-734	-1.694	-482	-216	-182
Liquidität je Jahr	-5.102	-6.611	-5.468	-5.274	-5.315

3. Hagerer Straßenbahn AG

3.1. Allgemeine Daten

Am Pfannenofen 5
58097 Hagen
Telefon: 02331 208-0
Telefax: 02331 208-968

Internet: www.strassenbahn-hagen.de
E-Mail: info@strassenbahn-hagen.de

3.2. Unternehmensgegenstand

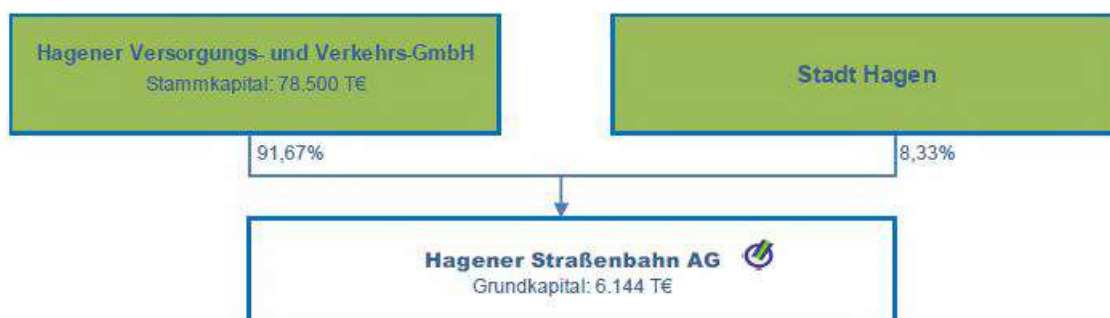
Die Gesellschaft ist ein kommunales Dienstleistungsunternehmen, das den öffentlichen Personennahverkehr betreibt und weitere Aufgaben übernehmen kann, die ihr von der Stadt Hagen zugewiesen werden. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, an anderen Unternehmen beteiligen und solche Unternehmen erwerben oder errichten.

3.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Als kommunales Verkehrsunternehmen ist die HST mit der Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Hagen und angrenzenden Städten betraut. Sie dient damit einem öffentlichen Zweck. Dieser Zweck ist durch ein vielfältiges Mobilitätsangebot auf Grundlage des Nahverkehrsplans erreicht worden.

Grundlage des Verkehrsangebotes ist der durch die Stadt Hagen aufgestellte Nahverkehrsplan. Ein gut ausgebautes Liniennetz sowie die darauf aufbauenden Fahrpläne bieten den Fahrgästen Mobilität und Flexibilität.

3.4. Beteiligungsverhältnis



3.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft
Hagen

- 22 -

F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Satzungsbestimmungen und der Geschäftsordnung für den Vorstand geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 8 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 4. März 2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die

auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Anlagen

Hagener Straßenbahn AG, Hagen

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite		Passivseite	
	31.12.2018	31.12.2017	
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	86.715,12	453.388,12	6.144.000,00
II. Sachanlagen	21.429.631,74	22.482.337,22	442.481,45
III. Finanzanlagen	93.345,45	100.605,20	1.727.122,16
	21.609.692,31	23.036.330,54	8.313.603,61
B. Umlaufvermögen			2.798.119,75
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	527.180,44	460.688,65	
II. Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.648.273,31	1.293.549,37	14.981.055,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.385.937,42	11.720.496,94	12.090.804,14
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	203.575,40	1.588.202,23
4. Sonstige Vermögensgegenstände	310.016,21	213.660,54	6.488,14
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.687.409,16	3.963.601,26	123.395,98
	86.896,84	94.351,89	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten			267.944,43
			1.878.160,64
	141.625,80	132.764,29	
	40.255.405,69	40.926.274,59	40.926.274,59

Hagener Straßenbahn AG

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		33.319.704,14		32.381.906,99
2. Sonstige betriebliche Erträge		2.891.228,23		2.771.639,55
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.578.883,01		4.296.059,17	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>13.761.364,68</u>	18.340.247,69	<u>13.382.688,08</u>	17.678.747,25
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	12.637.286,45		12.514.761,12	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung --davon für Altersversorgung € 1.774.900,39 (i. Vj. € 1.882.182,03)	<u>4.200.926,61</u>	16.838.213,06	<u>4.322.327,93</u>	16.837.089,05
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.600.858,99		4.457.031,88
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		7.454.869,81		7.487.447,51
7. Erträge aus Beteiligungen		24.507,46		29.054,30
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.590,45		2.598,05
9. Erträge aus Gewinnabführung		72.006,50		202.721,17
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		77,96		3,03
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon aus Aufzinsung € 1.549.288,43 (i.Vj. € 1.122.469,93)		1.549.326,77		1.122.508,27
12. Ergebnis nach Steuern		<u>-12.474.401,58</u>		<u>-12.194.900,87</u>
13. Sonstige Steuern		47.176,26		46.223,25
14. Erträge aus Verlustübernahme		<u>12.521.577,84</u>		<u>12.241.124,12</u>
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>

Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft, Hagen

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Hagener Straßenbahn AG, eingetragen mit der HRN 1 (HRB) Amtsgericht Hagen, ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 3 HGB. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht nach § 316 ff. HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG prüfen zu lassen.

Die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 17. Juli 2015 wurde beachtet.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den Vorjahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände werden dabei über eine geschätzte, betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren abgeschrieben. Gebäude werden über Nutzungsdauern zwischen 25 bis 50 Jahren, Streckenausrüstungen und Sicherungsanlagen über jeweils 10 Jahre und Fahrzeuge für den Personenverkehr über 9 Jahre verteilt linear abgeschrieben. Maschinen und die Betriebs- und Geschäftsausstattungen werden über 5 bis 20 bzw. 5 bis 13 Jahre verteilt abgeschrieben. Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben. Alle Abschreibungen erfolgen linear.

Die erhaltenen Zuschüsse zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden im Sonderposten aus Zuwendungen passiviert und über die Restnutzungsdauer der korrespondierenden Anlagengüter aufgelöst.

Die Herstellungskosten enthalten neben Einzelkosten anteilige Gemeinkosten. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände erfolgen linear.

Die in den Finanzanlagen ausgewiesenen niedrig verzinslichen Ausleihungen an Mitarbeiter sind bei einem unveränderten Abzinsungssatz von 4,5 % mit ihren Barwerten angesetzt worden.

Die übrigen Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Anlage 3/2

Vorräte sind mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bilanziert. Mögliche Ausfallrisiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (im Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zins basiert auf einem 10jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB beträgt 694 T€ zum 31.12.2018. Ein Gehaltstrend brauchte nicht berücksichtigt zu werden, weil keine Versorgungsverpflichtungen gegenüber Anwärtern bestehen. Rentenanpassungen sind unverändert zum Vorjahr mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Deputatverpflichtungen werden versicherungsmathematisch nach dem Teilwertverfahren erstmalig unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2018 G errechnet. Bei einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ist entsprechend der Rückstellungsabzinsungsverordnung ein Zinssatz von 3,21 % (im Vj. 3,68 %) zugrunde gelegt worden. Der Zinssatz basiert auf einem 10jährigen Betrachtungszeitraum. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB beträgt 480 T€ zum 31.12.2018. Bei den der Deputatverpflichtung zugrunde gelegten Fahrausweisen wurde eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,5 % p. a. unterstellt.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Bei der Rückstellung für die von der Zusatzversorgungskasse (Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe, kvw) zur Deckung der Verpflichtungen aus der Umstellung der Zusatzversorgung zu Beginn des Jahres 2002 erhobenen Sanierungsgelder ist von einer zwanzigjährigen Verpflichtungsdauer und einem zum Vorjahr unveränderten Anstieg des jährlichen Sanierungsgeldaufwands von durchschnittlich 2,5 % p. a., insbesondere infolge einer entgeltinduzierten Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das Sanierungsgeld, ausgegangen worden. Der Zinssatz ist laufzeitabhängig gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung bemessen worden. Eine Anpassung des Erhebungszeitraums des Sanierungsgeldes kann erst dann vorgenommen werden, wenn belastbare und konkrete Aussagen zu seiner Dauer vorliegen. Der Umlagesatz für das Sanierungsgeld beträgt wie im Vorjahr 3,25 %

In Anlehnung an die Handhabung bei Festwerten wurden die Jubiläumsrückstellungen im Geschäftsjahr 2018 nach Ablauf von 3 Jahren mit einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren sowie einem Zinssatz von 2,32 % und einem Gehaltstrend von 2 % versicherungsmathematisch neu berechnet.

Die Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung erfolgt entsprechend der durchschnittlichen Restlaufzeit von 3 Jahren mit einem Rechnungszins zum 31. Dezember 2018 von 0,88 % (i. Vj.

1,43 %). Der vertraglichen Ausgestaltung der Altersteilzeitverpflichtung liegt ausschließlich das Blockmodell zu Grunde.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage beigefügt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Überwiegend sind hier Ansprüche gegen die Bezirksregierung Arnsberg und den VRR AÖR ausgewiesen. Des Weiteren sind in dieser Position Forderungen gegen die Gesellschafterin Stadt Hagen in Höhe von 143 T€ (Vj. 69 T€) enthalten.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen betreffen hauptsächlich den Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG, 12.295 T€) und der HAGENBAD GmbH (75 T€) sowie der Sander Reisen GmbH (15 T€). Der Saldo gegenüber der HVG beinhaltet im Wesentlichen die Forderung aus der Verlustübernahme des Berichtsjahres sowie als gegenläufige Position die Verbindlichkeiten aus der unterjährigen Leistungsverrechnung.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde wie bereits im Vorjahr eine konzernweite Saldenverrechnung durchgeführt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Ausgewiesen werden im Wesentlichen Ansprüche auf Einzahlungen von Bargeldern durch den Werttransportdienstleister der Gesellschaft.

Alle Forderungen haben eine Laufzeit unter einem Jahr.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Ausweis beinhaltet fast ausschließlich bereits ausgezahlte Ruhegelder für Januar 2019.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital ist eingeteilt in 6.144 Namensaktien zu je 1.000 € Nennbetrag. Hierüber sind zwei Global-Namensaktien über 5.632 T€ bzw. 512 T€ ausgestellt.

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG), Hagen, mit der ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag besteht, ist mit 91 2/3 % am Grundkapital beteiligt. Die restlichen Anteile hält die Stadt Hagen, die auch alleinige Gesellschafterin der HVG ist.

Die HST ist in den Konzernabschluss der HVG eingebunden. Dieser ist am Stz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse beinhaltet die öffentlichen Zuwendungen für abgeschlossene Sachanlageinvestitionen der Jahre 2011-2015 sowie seit dem Vorjahr vereinnahmte Investitionszuschüsse in Höhe von 524 T€ nach § 11 (2) ÖPNVG NRW. Seit dem Jahr 2017 ist in dem Zuschuss ein zweckgebundener Anteil enthalten, der ausschließlich als Anreiz für investive Maßnahmen dient. Dieser Betrag wurde im Berichtsjahr entsprechend für die Anschaffung neuer Niederflurbusse zweckdienlich verwendet. Die Auflösung erfolgt über die Restlaufzeit der korrespondierenden Anlagengegenstände. In den Vorjahren bis 2010 wurden die erhaltenen Zuwendungen ausschließlich anschaffungskostenmindernd im Sachanlagevermögen berücksichtigt (Nettoausweismethode).

Rückstellungen für Pensionen

Ausgewiesen werden neben den Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.349 T€ auch die pensionsähnlichen Deputatverpflichtungen (3.632 T€). Der Rententrend zur Berechnung der Pensionsrückstellung wird unverändert mit 2,0 % unterstellt. Bei den der Deputatverpflichtung zugrunde gelegten Fahrausweisen wurde unverändert eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,5 % p.a. unterstellt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus der Altersteilzeit (1.445 T€), Ausgleichszahlungen bzw. Rückzahlungsverpflichtungen an den VRR (491 T€) und Sanierungsgelder kvw (8.219 T€). Darüber hinaus bestehen u. a. Verpflichtungen aus Versicherungsbeiträgen (383 T€) und gegenüber den Mitarbeitern der Gesellschaft aus der Gewährung von Resturlaub, Überstundenausgleich im Gesamtbetrag von 664 T€ sowie Leistungsprämien (406 T€).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten bestehen nahezu ausschließlich gegenüber der Werkhof gGmbH (6 T€).

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Der Ausweis betrifft die HABUS GmbH und resultiert aus Leistungsverrechnungen.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten setzt sich im Wesentlichen aus Einzahlungen aus Fahrausweisverkäufen in 2018 mit Inanspruchnahmen in 2018 zusammen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Ge- sellschafter	
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre		über 5 Jahre
	T€				
Verbindlichkeiten Liefe- rungen und Leistungen	1.588	1.588	-	-	2
Verbindlichkeiten ver- bundene Unternehmen	6	6	-	-	-
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen mit denen ein Bet. Verh. besteht	76	76	-	-	-
Sonstige Verbindlichkei- ten	260	260	-	-	-
	1.930	1.930	-	-	2

Anlage 3/6

Die Verbindlichkeiten des Vorjahresjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag		Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	T€	
Verbindlichkeiten Liefere- rungen und Leistungen	1.487	1.487	-	-	2
Verbindlichkeiten verbun- dene Unternehmen	123	123	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	268	268	-	-	-
	1.878	1.878	-	-	2

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten setzt sich im Wesentlichen aus Einzahlungen aus Fahrausweisverkäufen in 2018 mit Inanspruchnahme in 2019 zusammen.

Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2018 T€	2017 T€
Fahrgeldeinnahmen	28.442	27.890
Werbeeinnahmen	145	155
Verkauf von Fahrplänen u. a.	2	2
Sonstige Umsatzerlöse	4.731	4.335
	33.320	32.382

Die Fahrgeldeinnahmen sind bei leicht gegenläufigen Effekten um 2,0 % gestiegen. In den Fahrgeldeinnahmen enthalten sind die Verbunderlöse mit 25.578 T€, die im Vergleich zum Vorjahr um 271 T€ (1,1 %) angestiegen sind. Die Erstattungsbeträge für die unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 276 T€ auf 1.607 T€ gestiegen.

Die ÖPNV Pauschale ist im Berichtsjahr in Höhe von 1.086 T€ auf Vorjahresniveau in dieser Position enthalten. Ausgewiesen wird zunächst der ertragswirksame Anteil der Pauschale. Zusätzlich wurde im Berichtsjahr ein zweckgebundener Anteil in Höhe von 524 T€ vereinnahmt, der in dem passivierten Zuschussposten enthalten ist. Dieser Anteil wurde zweckgebunden ausschließlich zur Anschaffung von Bussen verwendet und wird entsprechend sukzessive über die Nutzungsdauer der Fahrzeuge ertragswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst.

Die sonstigen Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen die Erlöse aus der Leistungsverrechnung mit Habus (2.304 T€) und Sander Reisen (1.546 T€) sowie sonstige Konzernerlöse (487 T€). Der Anstieg der Erlöse mit Sander Reisen im Vergleich zum Vorjahr (72 T€) korrespondiert mit den ebenfalls angestiegenen bezogenen Leistungen von Sander (90 T€) auf Grund der Anpassung von Fahrleistungen im Berichtsjahr. Mit HABUS sind die Erlöse im Berichtsjahr deutlich um 268 T€ angestiegen, während die korrespondierenden bezogenen Leistungen um 236 T€ gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben. Ursächlich für diese Entwicklung ist eine Anpassung von Fahrleistungen und Leistungskonditionen.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.469 T€ (Vj. 1.448 T€) enthalten. Als wesentliche Position ist in Höhe von 1.320 T€ die Auflösung der Pensionsrückstellungen mit 271 T€ über dem Vorjahreswert enthalten. Der Ertrag aus der Auflösung von erhaltenen Zuschüssen beträgt 714 T€ (Vj. 661 T€).

Die Gewinne aus dem Abgang von Anlagevermögen belaufen sich auf 308 T€ nach 220 T€ im Vorjahr.

Aperiodische Erträge

Die aperiodischen Erträge in Höhe von 37 T€ resultieren im Wesentlichen aus der Endabrechnung der Fahrzeug-Haftpflichtversicherung des Vorjahres (14 T€) sowie aus einer Nacherstattung für Zuschüsse zum Sozialticket (11 T€) aus dem Jahr 2017.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Umlagen für Dienstleistungen der Muttergesellschaft HVG (4.938 T€) sowie Versicherungsbeiträge (677 T€) enthalten.

Erträge aus Gewinnabführung

Die Erträge aus Gewinnabführung resultieren in voller Höhe aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der 100 %-igen Tochtergesellschaft Sander Reisen GmbH.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis enthält nahezu ausschließlich den Aufwand aus der Abzinsung der langfristigen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. €.

Erträge aus Verlustübernahme

Gemäß Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag übernimmt die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH den Jahresverlust.

Sonstige Angaben

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe von 2,2 Mio. €. Diese betreffen im Wesentlichen Erbbauzinsen für ein Betriebsgrundstück in Höhe von rd. 1,9 Mio. €.

HST ist Mitglied der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw), Münster. Die hierüber versicherten Mitarbeiter bzw. deren Hinterbliebene erhalten hieraus Versorgungs- und Versicherungsrenten, Sterbegelder sowie Abfindungen. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der kvw besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf HST entfallenden Vermögen der kvw. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten liegen bei der Gesellschaft nicht vor; die insoweit bestehende Verpflichtung wird zum Teil über die Rückstellung für die Sanierungsgelder der kvw gedeckt. Der Umlagesatz beträgt weiterhin 4,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung aber von steigenden Umlagesätzen auszugehen sein. Die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte betragen im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 12.303 T€.

Belegschaft

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug (ohne temporär beschäftigte Fahrgastzähler) 302 (i. Vj. 298) Personen. Davon wurden durchschnittlich 208 (i. Vj. 206) Personen als Busfahrer beschäftigt.

Anteilsbesitz

	Beteiligungsquote	Eigenkapital	Jahresergebnis
	%	T€	T€
Sander Reisen GmbH, Hagen	100	136	0*
HABUS GmbH Verkehrsbetriebe, Hagen	49	209	59

*Der Jahresüberschuss der Sander Reisen GmbH beträgt 72 T€ vor Gewinnabführung und wurde auf Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages an die HST AG abgeführt.

Von der Befreiungsvorschrift des § 291 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 HGB bzgl. der Aufstellung eines eigenen Konzernabschlusses wird aufgrund der befreienden Wirkung des Einbezugs in den Konzernabschluss der HVG Gebrauch gemacht.

Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft erhielt Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt 9 T€. Der Vorstand Herr Dipl.-Kfm. Christoph Köther, zugleich Geschäftsführer der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) hat seinen Dienstvertrag mit der HVG abgeschlossen.

Die nach dem Transparenzgesetz NW erforderlichen Angaben zu seiner Vergütung sind im Anhang der HVG enthalten.

Die laufenden Pensionsbezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen werden von der HVG gezahlt und im Wege der Konzernverrechnung der Hagener Straßenbahn AG belastet.

Organe der Gesellschaft

Vorstand Dipl.-Kfm. Christoph Köther

Aufsichtsrat

			Sitzungsgelder €
Rüdiger Ludwig	Leitung Wohlfahrtsarbeit DRK, KV Hagen	Vorsitzender	975
Frank Janschulte	Betriebsratsvorsitzender Ha- gener Straßenbahn AG	stellv. Vors.	520
Nadine Brandstätter	Einzelhandelskauffrau		390
Günter Dörnen	Rentner		650
Detlev Emmerich	kfm. Angestellter Hagener Straßenbahn AG		520
Martin Erlmann	Dipl. Verwaltungswirt		520
Michael Frings	kfm. Angestellter der Hagener Straßenbahn AG		650
Elmar Groppe	KFZ-Meister		650
Thomas Grothe	Technischer Beigeordneter Stadt Hagen		520
Elke Hentschel	Rechtsanwalts- und Notar- fachangestellte		650
Ellen Neuhaus	Hausfrau		520
Kevin Niedergriese	kfm. Angestellter		650
Corinna Niemann	Hausfrau		520
Dennis Schrötter	Bankkaufmann		650
Frank Wagner	Verkehrsmeister		520

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Hagen, 4. März 2019

Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft

Christoph Köther

Hagener Straßenbahn AG
Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Zugänge		Abgänge		Umbuchungen		Anschaffungs- und Herstellungskosten		Ab- und Abschreibungen		Ab- und Abschreibungen		Buchwerte		
	01.01.2018	31.12.2018	€	€	€	€	€	€	01.01.2018	31.12.2018	€	€	31.12.2018	€	€	31.12.2018	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																	
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	2.780.473,68	2.780.473,68							2.327.085,56	366.673,00						86.715,12	453.388,12
	2.780.473,68	2.780.473,68						2.327.085,56	366.673,00							86.715,12	453.388,12
II. Sachanlagen																	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	16.702.361,16	16.780.270,79	77.909,63						11.593.832,13	431.504,93						4.754.933,73	5.108.529,03
2. Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	1.078.208,08	1.078.208,08						947.863,77	47.925,11							82.419,20	130.344,31
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	32.679.675,69	33.361.212,64	2.924.379,54	2.242.842,59				18.584.241,45	2.926.905,17	2.242.842,59						14.092.908,61	14.095.434,24
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	941.374,02	1.004.425,92	39.512,90				23.539,00	561.095,05	58.170,92							385.159,95	380.278,97
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.178.462,48	9.270.263,41	94.315,42	2.514,49				6.434.250,81	769.679,86	2.514,49						2.068.847,23	2.744.211,67
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.539,00	45.363,02	45.363,02				-23.539,00									45.363,02	23.539,00
	60.503.620,43	61.539.743,86	3.181.480,51	2.245.357,08				38.121.283,21	4.234.185,99	2.245.357,08						21.429.631,74	22.482.337,22
III. Finanzanlagen																	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	852.526,06	852.526,06						826.526,06								26.000,00	26.000,00
2. Beteiligungen	54.359,45	54.359,45						54.359,45								54.359,45	54.359,45
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.681,33	15,163,66	3.681,33	3.681,33				158,67								12.986,00	3.522,66
4. Sonstige Ausleihungen	20.165,33	15.163,66	5.001,67	5.001,67				3.442,24		1.264,58						12.986,00	16.723,09
	930.732,17	922.049,17	8.683,00	8.683,00				830.126,97	1.423,25							93.345,45	100.605,20
	64.314.626,28	65.242.266,71	3.181.480,51	2.254.040,08				41.278.495,74	4.600.856,99	2.246.780,33						21.609.692,31	23.036.330,54

Hagener Straßenbahn Aktiengesellschaft, Hagen

Lagebericht 2018 des Vorstandes

A. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeiner Überblick

Die Hagener Straßenbahn AG (HST) ist als Organgesellschaft in den Konzern der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) eingebunden. Die HVG ist zu 91,7 % an der HST beteiligt, weitere Gesellschafterin mit 8,3 % ist die Stadt Hagen. Die HST ist über einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der HVG verbunden; über diesen übernimmt die HVG die Jahresergebnisse der HST.

Als kommunales Verkehrsunternehmen der Stadt Hagen ist die HST mit der Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hagen beauftragt. Die HST ist seit dem 1. Januar 2013 für zehn Jahre mit der Durchführung des ÖPNV in Hagen von der Stadt Hagen mittels einer Direktvergabe nach der EU-Verordnung 1370/07 betraut. Auf Basis des städtischen Nahverkehrsplanes bietet die HST den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Hagen ein flächendeckendes Nahverkehrsangebot an. Mit diesem Angebot wird der öffentliche Zweck erfüllt.

Die HST erbringt die angebotenen Verkehrsleistungen rund zur Hälfte selbst. Die übrigen Leistungen werden durch die Tochtergesellschaften Sander Reisen GmbH (100%) und HABUS GmbH Verkehrsbetriebe (49 %) sowie durch Fremdunternehmer erbracht. Die Sander Reisen GmbH ist darüber hinaus über einen Ergebnisabführungsvertrag mit der HST verbunden.

Die Stadt Hagen ist als Aufgabenträgerin der HST Mitglied im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR (VRR). Hierüber ist die HST in das Gesamtsystem des VRR eingebunden. Der VRR erbringt für die Mitgliedsunternehmen und damit auch für die HST verschiedene Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere Marketingthemen sowie die Erstellung der Berechnung zur Einnahmeverteilung. Darüber hinaus befasst sich der VRR auch mit den Tarifangelegenheiten und dem Ticketsortiment.

Auf Grundlage des Finanzierungssystems im VRR hat die HST auch für das Geschäftsjahr 2018 einen Finanzierungsantrag gestellt. Nach Abschluss des Geschäftsjahres ist die HST verpflichtet, hierfür einen entsprechenden Verwendungsnachweis zu erstellen.

Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Einführung der Elektromobilität bei der Hagener Straßenbahn AG sowie die Mitwirkung bei der Erstellung des zukünftigen Nahverkehrsplanes mit Bewertung von Linienänderungsvorschlägen der Politik waren Schwerpunkte im Jahr 2018.

Die Machbarkeitsstudie zur Einführung der Elektromobilität ergab, dass mit der vorhandenen elektrischen Anschlussleistung am Betriebshof der Berichtsgesellschaft rd. 30 % der Linienleistung mit Elektrobussen durch Depot-Ladung bedient werden könnte. Unter der Voraussetzung, dass eine Erweiterung der Anschlussleistung am Betriebshof sowie eine Erhöhung der entsprechenden Batteriespeicherkapazität der Fahrzeuge technisch umgesetzt wird (350 kWh bei Solobussen und 450 kWh bei Gelenkbussen) könnten rd. 65 % der Linien mit einer Depotladung emissionsfrei betrieben werden.

Die HST wird im Jahr 2019 ein Umsetzungskonzept zur Einführung der Elektromobilität im Linienverkehr erstellen. Im ersten Schritt ist zunächst geplant, eine Linie rein elektrisch zu betreiben, um Erkenntnisse hinsichtlich des Betriebes von Elektrobussen zu gewinnen.

B. Wirtschaftsbericht

1) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft setzte ihr Wachstum im Jahr 2018 moderat fort; lt. Angabe des BMWi wurde ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % erzielt. Maßgebliche verkehrspolitische Themen sind die Luftreinhaltung, insbesondere die Klage der Deutschen Umwelthilfe zur Verhängung von Dieselfahrverboten in den beklagten Städten, sowie die Einleitung einer Mobilitätswende unter Einbeziehung neuer umweltfreundlicher Antriebstechnologien. In diesem Zusammenhang wird der Fokus zunehmend auf die Elektromobilität gelegt. Es wird angestrebt, den Anteil an Elektrofahrzeugen deutlich zu erhöhen, was wiederum einen entsprechenden Ausbau der benötigten Infrastruktur bedingt.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verzeichnete der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr einen leichten Fahrgastrückgang von - 1,0 % (-11,8 Mio. Fahrten). Der Rückgang macht sich sowohl in den städtischen Ballungszentren wie auch in ländlichen Regionen bemerkbar. Die Beförderungszahlen bei der Hagener Straßenbahn AG sind ebenfalls, auch auf Grund der demografischen Entwicklung, per Saldo leicht rückläufig.

In einzelnen Segmenten wie z.B. bei den Zeitfahrausweisen Ticket 1000 sind gegenläufig Absatzsteigerungen zu verzeichnen, die in Summe mit der zum 1.1.2018 vorgenommenen Tarifanpassung zu einem leichten Anstieg des Gesamtumsatzes im Verbundverkehr führen.

Verkehrs- und Betriebsleistungen

Im Rahmen der jährlichen Fortschreibung des Angebotes der Hagener Straßenbahn AG erfolgte zum Fahrplanwechsel am 10. Juni 2018 die erforderliche Umsetzung verschiedener Maßnahmen aufgrund baulicher und verkehrlicher Veränderungen. Darüber hinaus wurden auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse in den durchgeführten Kundenforen kleinere Einzelmaßnahmen durchgeführt. Des Weiteren bringt die Berichtsgesellschaft laufend Optimierungen u.a. auf Basis von statistischen Auswertungen aus dem operativen Betrieb mit in das Leistungsangebot ein.

Neben einer Angebotserweiterung und Optimierung in Hagen-Haspe gab es einzelne Änderungen im gesamten Liniennetz. Eine Maßnahme war die Ausweitung der Linie 510 an Wochentagen im Bereich des Gevelsberger Stadtgebietes bis zur S-Bahn-Haltestelle „Berge-Knapp“. Des Weiteren wurde die Linie 517 von Hohenlimburg kommend über den Kuhlerkamp bis zur Haltestelle „Torhaus“ in Hagen-Haspe weitergeführt. Die Stadtteilbereiche Spielbrink und Geweke wurden durch Änderung der Linienbezeichnung und der Linienführung optimaler angebunden. Hierdurch konnte die Linie 532 eingestellt werden. Die Linie 520 wurde an Schultagen in den Morgenstunden über die Lange Straße hinaus bis zur Hördenstraße geführt, um hier auf der Lange Straße ein bedarfsgerechtes Angebot für die Schüler zu bieten. Die durch die Maßnahme entstandenen Mehrkilometer wurden durch kleinere Änderungen im Gesamtliniennetz kompensiert.

Im Jahr 2018 gab es baustellenbedingt zahlreiche Behinderungen im Liniennetz mit teilweise erheblichen Auswirkungen auf die Angebotsgestaltung. Darüber hinaus mussten geringfügige Anpassungen für den Bau der Brücke „Hammacher Straße“ durchgeführt werden.

Die Sperrung der Ruhrbrücke im Zuge der Sanierung der B 226 dauert an und wird voraussichtlich bis Mitte 2019 bestehen bleiben. Die Omnibuslinie 541 wurde weiterhin über die Volmarsteiner Straße bis zur Haltestelle „Wetter Bf.“ umgeleitet. Hierdurch entstehen erhebliche betriebliche Mehraufwendungen. Im Weiteren beeinträchtigen die Baumaßnahmen auf der L700 zwischen der Stadtgrenze Gevelsberg und Westerbauer die dort bedienenden Linien.

Die Preise im Tarifregelangebot des VRR wurden am 1. Januar 2018 durchschnittlich um 1,9 % angehoben. Von dieser Entwicklung hat auch die HST entsprechend profitiert.

Durch eine Änderung der Richtlinie zur Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr durch das Land Nordrhein-Westfalen wurde es bereits, wie auch im Vorjahr, erforderlich, eine quartalsweise Verkehrszählung zum Nachweis eines individuellen Prozentsatzes des Anteils der Schwerbehinderten an den sonstigen Fahrgästen durchzuführen. So wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder entsprechende Verkehrszählungen vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet.

Zur Vorlage an die Stadt Hagen wurde eine Trennungsrechnung als Plan und Ist für das Geschäftsjahr 2017 sowie die Abweichungsanalyse aufgestellt und durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Diese hat die Anforderungen des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 zu beachten. Daneben wurden gemäß den Vorgaben des Direktvergabebeschlusses Kunden- und Pünktlichkeitsanalysen durchgeführt und die erforderlichen Daten für den Gesamtbericht an die politischen Gremien bereitgestellt.

Die Kommunikation mit den Kunden der HST wurde im Rahmen von zwei moderierten Kundenforen fortgesetzt. Hierbei wurde wieder ausführlich über die Angebotsgestaltung, aber auch über die Themen Personal, Technik, Sauberkeit und Komfort diskutiert.

Nach dem Beschluss des Rates der Stadt Hagen im Dezember 2015 zur Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes wurde durch die Stadtverwaltung ein Gutachter ausgewählt. Parallel zu diesem Prozess wurden im Arbeitskreis ÖPNV diverse Einzelmaßnahmen zu Liniennetzänderungen vorgeschlagen und zur Entscheidung in den Rat eingebracht. Bei diesen Maßnahmen handelte es sich um Einzelmaßnahmen, die nicht mit der gesamtkonzeptionellen Ausrichtung des Liniennetzes im Einklang standen. Die HST entwickelte daraufhin ein gesamtheitliches Konzept zur Neuausrichtung des gesamten Liniennetzes der Stadt Hagen aus einem Guss mit den Schwerpunkten eines integralen Taktfahrplanes, der Ausweitung des Angebotes im Spätverkehr bis 00:00 Uhr, einer Taktverdichtung auf den starken Achsen sowie der Angebotsausweitung an Sonn- und Feiertagen. Das Konzept wird aktuell in den städtischen Gremien diskutiert.

Die Betriebsleistungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2018	2017
Wagen-km	8.593.843	8.662.046
davon Gelegenheitsverkehr	9.740	12.331
Platz-km	738.871.750	741.847.071
Mittlere Platzausnutzung %	24,63	25,01

Betriebsanlagen

Nach der kompletten Erneuerung der Hard- und Software der Betriebsleittechnik, des Betriebs-
hofmanagementsystems sowie der Fahrgastinformation wurde die Feinjustierung der einzelnen System-
bausteine, insbesondere im Abrechnungsmodul VAS auch im Berichtsjahr noch weiter fortgesetzt. Ein-
zelne geringe noch zu realisierende Restpunkte aus dem Abnahmeprotokoll werden sukzessive abgear-
beitet.

Umweltschutz

Bei der Fahrzeugneubeschaffung werden grundsätzlich die neuesten geltenden Abgasstandards berück-
sichtigt, sodass im Fuhrpark der Hagener Straßenbahn AG nahezu ausschließlich Fahrzeuge der Euro 6-
und Euro 5 EEV - Abgasnorm eingesetzt werden. Für die wenigen verbleibenden Fahrzeuge der Euro 5-
Abgasnorm ist eine Umrüstung unter dem Aspekt einer möglichen Förderung geplant.

Die EU strebt die Schaffung eines nachhaltigen wettbewerbsfähigen Energiesystems mit geringen CO₂-
Emissionen an. Ein Hauptziel ist die Gewährleistung eines nachhaltigen Verkehrs. Aufbauend auf der
EU-Richtlinie EU 2009/ 33 EG wurde die sogenannte „Clean-Vehicles-Richtlinie“ erarbeitet, die ab
Rechtswirksamkeit Beschaffungsquoten für saubere Fahrzeuge vorschreibt. Die Richtlinie wird voraus-
sichtlich weitreichende Auswirkungen im Hinblick auf die Fahrzeugbeschaffung der HST haben, insbe-
sondere bei der zukünftigen Beschaffung von Elektrobussen.

Mit der auf der Wagenhalle der Hagener Straßenbahn AG vorhandenen Photovoltaikanlage wurden ins-
gesamt rd. 136.000 kWh Strom erzeugt. Damit wurde die prognostizierte Leistung überschritten. Es
konnten 78,75 to. CO₂ gegenüber herkömmlicher Energiegewinnung eingespart werden.

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 der Hagener Straßenbahn AG schließt mit einem Ergebnis von -12,5 Mio. € (im
Vorjahr -12,2 Mio. €) vor Verlustausgleich ab.

Investitionen

Die Fahrzeugbeschaffung erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung. Die Firma MAN erhielt
den Auftrag über 10 Niederflur-Gelenkbusse.

Alle neuen Omnibusse sind mit Motoren der EURO 6-Norm, Klimaanlage, vergrößerter Sondernutzungs-
fläche und behindertenfreundlichen Rampen an Tür II, Videoanlagen, modernen Fahrgastinformatio-
nssystemen und Fahrgastzählern ausgestattet.

Das gesamte Investitionsvolumen der Hagener Straßenbahn AG betrug im Berichtsjahr 3,2 Mio. € (im
Vorjahr 4,9 Mio. €). Davon entfielen auf die 10 angeschafften Busse 2,9 Mio. €.

Personal- und Sozialwesen

Die Hagener Straßenbahn AG beschäftigte im Geschäftsjahr 2018 im Jahresdurchschnitt 302 Mit-
arbeiter/innen. Darüber hinaus befanden sich durchschnittlich 17, zum Jahresende 19 Jugendliche in
einem Ausbildungsverhältnis. Im Rahmen von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wurden im
Durchschnitt zusätzlich 4 Fahrgastzähler/innen für die Gesellschaft tätig.

Durch die Förderung von Teilzeitarbeitsverhältnissen konnten im Berichtsjahr 17 Mitarbeiter/innen als Teilzeitkräfte beschäftigt werden. Die dabei vereinbarte Arbeitszeit entspricht der von 4,3 Vollzeit- arbeitskräften.

21 Mitarbeiter/innen haben zum Jahresende 2018 die Möglichkeit der Arbeitszeitflexibilisierung in Form von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen in Anspruch genommen. Im Rahmen der Betriebsvereinbarung zur Förderung der Altersteilzeit wurden unterjährig vier neue Altersteilzeitvereinbarungen mit Mitarbeitern geschlossen.

Die Rekrutierung von qualifiziertem Fahrpersonal stellt sich aufgrund der großen Anzahl offener Stellen bei Verkehrsbetrieben und Speditionen allgemein als problematisch dar.

Die Personalarbeit wird im Rahmen einer Dienstleistung durch die Hagener Versorgungs- und Verkehrs- GmbH erbracht; diese umfasst auch die Aufbereitung von Personalkennzahlen und die Fortschreibung der Zielkennzahlen. Ein Schwerpunkt lag im Berichtsjahr im Abwesenheits- und Gesundheitsmanage- ment. Im Bereich der Ausbildung absolvierten 4 Auszubildende Kfz.-Mechatroniker erfolgreich die Ab- schlussprüfung. 2 Auszubildende konnten befristet übernommen werden.

Durchschnittlicher Beschäftigungsstand im Vergleich zum Vorjahr in Personen:

	Anzahl 2018	Anzahl 2017
Mitarbeiter	302	298
Auszubildende	17	17
	319	315

Absatzentwicklung

Im öffentlichen Nahverkehr verzeichnete der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr für 2018 einen leichten Fahrgastrückgang von - 1,0 % (-11,8 Mio. Fahrten). Auch bei der Hagener Straßenbahn AG liegen analog zur Entwicklung beim VRR bei gleichzeitig moderat rückläufiger demografischer Entwicklung in Hagen die Beförderungszahlen im Verbundverkehr mit 28.398 Tsd. Beförderungen erneut unter dem Vorjahr (-1,8 %).

Bei den Barfahrausweisen wurde im Berichtsjahr entgegen des Trends der Vorjahre erstmalig wieder eine Steigerung erzielt (2,4%). Die nach mehreren Jahren erstmals wieder gestiegenen 9 Uhr- Monatskarten sind im Berichtsjahr nun wieder rückläufig (-1,8 %). Dem Trend der Vorjahre folgend gab es bei den Monatskarten im Ausbildungsverkehr einen weiteren Rückgang (-1,1%). Hierunter fallen das SchokoTicket, das YoungTicket und das YoungTicketPlus. Mit 12,9 Mio. Fahrten liegt der Anteil der Schülerkarten an den Beförderungen im Verbundverkehr im Berichtsjahr bei rd. 45 % Nachdem sich das im Regelangebot etablierte Sozialticket in den letzten Jahren laufend positiv entwickelt hat, ist mit insgesamt rd. 3,0 Mio. Fahrten im Berichtsjahr erstmalig ein spürbarer Rückgang zu beobachten (-5,7 %). Anspruchsberechtigte Kunden für das Sozialticket waren vor dessen Einführung im Wesentli- chen noch in den übrigen Tarifen vertreten.

Insgesamt hat die Hagener Straßenbahn AG im Berichtsjahr rd. 31,6 Mio. Fahrgäste befördert, was einem Rückgang von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

		2018	2017	
		Anzahl	Anzahl	Abw.
		in Tsd.	in Tsd.	%
Barfahrausweise		1.872	1.828	2,4
Tagestickets		93	98	-5,1
Monatskarten	Ticket 1000/ 2000	1.107	1.022	8,3
dgl. im Abonnement	Ticket 1000/ 2000	4.409	4.595	-4,0
9-Uhr-Monatskarten	Ticket 1000/ 2000	672	684	-1,8
dgl. im Abonnement	Ticket 1000/ 2000	3.288	3.397	-3,2
Monatskarten	BärenTicket	608	616	-1,3
Firmenservice	Ticket 1000/ 2000	469	469	0,0
Monatskarten im Ausbildungsverkehr		12.883	13.020	-1,1
Monatskarten Sozialticket		2.989	3.169	-5,7
Sonstige Fahrausweise		8	8	0,0
Beförderung Verbundverkehr		28.398	28.905	-1,8
Berufs-, Gelegenheits- und Freigestellter Schülerverkehr		344	358	-3,9
Fahrten Schwerbehinderter		2.414	2.457	-1,8
Familien- und Schülerkarten für Betriebsangehörige		412	440	-6,4
Beförderungen gesamt		31.568	32.160	-1,8

Umsatzentwicklung

Die Tarifierung im Berichtsjahr von durchschnittlich 1,9 % erfolgte zum 1. Januar 2018. Insgesamt sind die Umsatzerlöse bei moderat gestiegenen Erlösen aus (genehmigten) Verkehrsleistungen infolge von Tarifsteigerungen und höherer Einnahmen aus den Monatskarten sowie aus den Abgeltungszahlungen für die Beförderung schwerbehinderter Fahrgäste um rd. 0,5 Mio. € auf 28,6 Mio. € (1,9 %) gestiegen.

Die ÖPNV Pauschale ist in den Umsatzerlösen des Berichtsjahres auf Vorjahresniveau in Höhe von 1,1 Mio. € ertragswirksam enthalten.

Die erlösmindernden Ausgleichsbeträge, die an den VRR und die DB AG abzuführen sind, liegen leicht unter dem Vorjahresniveau. Während im Vorjahr die Endabrechnung für das Jahr 2015 erfolgte, konnte im Berichtsjahr keine Endabrechnung verzeichnet werden. Für die noch abzurechnenden Jahre 2016 und 2017 wurde bereits eine erlösmindernde Rückstellung in der erwarteten Höhe der Nachzahlungsverpflichtung gebildet. Für das Jahr 2018 wird auf Grundlage der geleisteten Abschlagszahlungen keine Nachzahlungsverpflichtung erwartet.

Die Erträge aus den Abgeltungszahlungen für die Beförderung von schwerbehinderten Menschen belaufen sich im Berichtsjahr auf 1.607 T€ und liegen damit trotz eines im Vergleich zum Vorjahr leicht verringerten Schwerbehindertenquotienten 276 T€ über dem Vorjahreswert. Der Anstieg ist beeinflusst durch erlösmindernde Effekte im Vorjahr aufgrund der Spitzabrechnung 2016.

	2018	2017	Abw.
	T€	T€	%
Barfahrausweise	4.338	4.218	2,8
Tagestickets	278	288	-3,5
Monatskarten			
Ticket 1000/ 2000	1.429	1.297	10,2
dgl. im Abonnement			
Ticket 1000/ 2000	4.913	4.997	-1,7
9 Uhr-Monatskarten			
Ticket 1000/ 2000	720	718	0,3
dgl. im Abonnement			
Ticket 1000/ 2000	3.039	3.060	-0,7
Monatskarten			
BärenTicket	1.094	1.069	2,3
Firmenservice			
Ticket 1000/ 2000	699	677	3,2
Monatskarten Sozialticket (im Vj. incl. Ausgleichsbetrag)	1.731	1.755	-1,4
Monatskarten im Ausbildungsverkehr	7.126	6.998	1,8
Sonstige Fahrausweise	211	230	-8,3
Beförderung Verbundverkehr	25.578	25.307	1,1
Ausgleichsbeträge VRR und DB	-1.595	-1.643	-2,9
Ausgleichszahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Ausbildungsverkehr	547	551	-0,7
ÖPNV Pauschale	1.086	1.084	0,2
Ausgleichsbetrag Sozialticket	449	477	-5,9
Abgeltung für die Beförderung Schwerbehinderter	1.607	1.331	20,7
Sonstige Fahreinnahmen	771	783	-1,5
Verkehrseinnahmen netto	28.443	27.890	2,0
Übrige Umsatzerlöse	147	155	-5,2
Umsatz netto	28.590	28.045	1,9

2) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Das Jahresergebnis liegt mit -12,5 Mio. € unter dem guten Vorjahresergebnis von -12,2 Mio. € (-2,3 %). Sondereffekte, die das Jahresergebnis deutlich beeinflusst hätten, lagen nicht vor.

Die Erlöse im Verbundverkehr liegen aufgrund der zum 1. Januar 2018 vom VRR durchgeführten Preiserhöhung bei per Saldo rückläufigen Verkaufszahlen leicht über dem Vorjahresniveau; sie liegen damit auf Planniveau (-0,1 %). Die im Jahr 2014 neu eingeführte ÖPNV Pauschale ist auf Vorjahresniveau (+2 T€) in den Umsätzen enthalten. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass zusätzlich zu der ertragswirksamen Vereinnahmung der ÖPNV Pauschale ein zweckgebundener Anteil von 524 T€ in dem passivierten Zuschussposten enthalten ist. Dieser Anteil ist ausschließlich zur Anschaffung von Bussen verwendet worden und wird sukzessive über die Nutzungsdauer der Fahrzeuge ertragswirksam aufgelöst.

Der Materialaufwand ist im Berichtsjahr um 661 T€ gestiegen. Bei nur leicht verminderter KM Fahrleistung (-1,3 %) macht sich u.a. der deutlich über dem Vorjahresniveau liegende Preis für Dieselmotorkraftstoff bemerkbar (+446 T€). Die gesamten Treibstoffkosten des Berichtsjahres liegen bei 3.390 T€. Der Dieselpreis betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 0,98 €/L, während im Vorjahr noch zu einem Preis von durchschnittlich 0,87 €/L bezogen werden konnte (+12,6 %). Des Weiteren ist in den sonstigen Materialaufwendungen eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung des Fuhrparks in Höhe von 135 T€ (Vj. 215 T€) enthalten.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten die Fremdvergabekosten für die Fahrleistungen der Subunternehmer der Hagener Straßenbahn AG, die mit 12.895 T€ über Vorjahresniveau (+2,5 %) liegen. Die an Subunternehmer vergebenen Fahrleistungen sind bei nahezu konstanter Kilometerleistung des Berichtsjahres insbesondere aufgrund von Preissteigerungen entsprechend erhöht zum Vorjahr.

Der Personalaufwand ist per Saldo mit 16.838 T€ auf Vorjahresniveau (-1 T€). Die Mitarbeiteranzahl liegt mit 302 Mitarbeitern leicht über dem Vorjahreswert (+4 MA); hiervon befinden sich 17 Mitarbeiter in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis (+3 MA). Die Anzahl der Vollzeitkräfte ist mit 276,9 VZK identisch zum Vorjahr.

Die Entgelte sind im Berichtsjahr im Wesentlichen aufgrund der tariflichen Entgeltsteigerung von 3,19 % zum 1. März 2018 bei gegenläufigen Effekten per Saldo um 123 T€ gestiegen (1,0 %). Auch die Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen (+177 T€) haben zu diesem Anstieg beigetragen. Den Inanspruchnahmen auslaufenden Altersteilzeitverhältnissen stehen vier neu abgeschlossene Altersteilzeitverträge gegenüber.

Die Aufwendungen für Altersversorgung sind bei gegenläufigen Effekten per Saldo um 121 T€ gesunken. Während sich die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit 841 T€ erhöht zum Vorjahr zeigt (+86 T€), ist die Zuführung zur Rückstellung für Deputatverpflichtungen mit 57 T€ im Berichtsjahr deutlich rückläufig (-196 T€).

Bei der Entwicklung der zuvor genannten Rückstellungen muss wie bereits in den Vorjahren berücksichtigt werden, dass ein wesentlicher Anteil der Zuführung darüber hinaus im Zinsergebnis enthalten ist.

Die Abschreibungen erhöhten sich um 144 T€ auf 4.601 T€, ursächlich durch die im Berichtsjahr und in den Vorjahren getätigten Investitionen. Die Erträge aus der Auflösung aus Zuwendungen sind mit 714 T€ leicht über Vorjahresniveau, da die Gesellschaft im Berichtsjahr neue Zuwendungen erhalten

hat. Im Rahmen der vollständig ertragswirksam zu vereinnahmenden ÖPNV Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW ist darüber hinaus wie schon im Vorjahr ein investiv gebundener Mittelanteil in Höhe von 524 T€ gewährt worden. Dieser wurde für die Anschaffung neuer Busse zweckgebunden verwendet und im Berichtsjahr rätierlich über die Nutzungsdauer der Fahrzeuge aufgelöst.

Der Saldo aus sonstigen Aufwendungen und sonstigen Erträgen liegt mit 4.565 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau (+151 T€).

In diesem Saldo enthalten sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.469 T€) auf Vorjahresniveau sowie um 88 T€ gestiegene Erträge aus Anlagenverkäufen (308 T€). Die weiteren aperiodischen Erträge sind im Berichtsjahr mit 37 T€ deutlich erhöht zum Vorjahr (10 T€). Der Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegt bei gegenläufigen Effekten mit insgesamt 7.455 T€ auf Vorjahresniveau (0,4 %). Größte Positionen sind weiterhin die Umlagen der Muttergesellschaft HVG (4.938 T€) sowie Fahrzeug- und sonstige Versicherungen mit insgesamt (678 T€).

Das Finanzergebnis liegt bei 1.523 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 432 T€ verschlechtert. Es enthält ganz wesentlich den Zinsanteil der Zuführungen für personalrelevante Rückstellungen aufgrund von Verpflichtungen für Pensionen, Altersteilzeit, Deputate, Jubiläen und den kvw Sanierungsbeiträgen (1.549 T€). Als einmaliger gegenläufiger Effekt war im Vorjahr der anteilige Unterschiedsbetrag aus der gesetzlichen Anpassung der Zinssätze zur Berechnung der Rückstellung für Deputatverpflichtungen in Höhe von 411 T€ aufwandsmindernd im Finanzergebnis enthalten. Des Weiteren konnten im Berichtsjahr Erträge aus der Beteiligung an der Habus GmbH in Höhe von 25 T€ erzielt werden.

Darüber hinaus ist im Berichtsjahr eine Gewinnabführung der Tochtergesellschaft Sander Reisen in Höhe von 72 T€ auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages wirksam geworden.

Der Jahresverlust der Hagener Straßenbahn AG zeigt sich bei den zuvor dargelegten gegenläufigen Effekten mit -12,5 Mio. € leicht unter dem guten Vorjahresergebnis. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass im Vorjahr einmalige positive Effekte durch die Erfassung des anteiligen Unterschiedsbetrages aus der Rückstellung von Deputatverpflichtungen in Höhe von 0,4 Mio. € ergebnisverbessernd enthalten waren. Aufgrund der bestehenden Organschaft mit Ergebnisabführungsvertrag hat die HVG den Jahresfehlbetrag ausgeglichen.

Das Jahresergebnis der HST vor Verlustausgleich liegt mit -12,5 Mio. € rd. 1,9 Mio. € besser als das Planergebnis von -14,4 Mio. €. Ursächlich für die positive Abweichung zum Planergebnis sind auch ertragswirksame Auflösungen von Rückstellungen, insbesondere aus personalrelevanten Verpflichtungen wie Pensionsrückstellungen, die planerisch nicht unterstellt werden. Die entsprechenden Zuführungen zu personalrelevanten Rückstellungen, die erst zum Jahresende auf gutachterlicher Basis durch einen Versicherungsmathematiker errechnet werden, sind ebenfalls nur schwer planbar.

Die leicht unter dem Plan liegenden Personalaufwendungen (-1,4 %) haben ebenfalls zu einer Planverbesserung beigetragen, während der tatsächlich erzielte Durchschnittspreis für Diesel im Berichtsjahr rd. 1,7 % über dem geplanten Niveau bezogen werden musste.

Anlage 4/10

	2018	2017	Abw.
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	33.320	32.382	938
Materialaufwand	18.340	17.679	-661
Personalaufwand	16.838	16.837	-1
Rohverlust	-1.858	-2.134	276
Abschreibungen	4.601	4.457	-144
Steuern	47	46	-1
Sonstige Aufwendungen (saldiert mit Erträgen)	4.565	4.716	151
Finanzergebnis	-1.523	-1.091	-432
Ergebnisübernahme Sander	72	203	-131
Jahresergebnis	-12.522	-12.241	-281
Jahresergebnis vor Verlustausgleich	-12.522	-12.241	-281

Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzlage der Hagener Straßenbahn AG ist durch die Einbindung in das Liquiditätsmanagement des Konzerns der HVG und aufgrund der vertraglich garantierten Verlustübernahme durch die HVG grundsätzlich abgesichert.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist 2018 gegenüber dem Vorjahr bei gegenläufigen Effekten um rd. -1,6 % auf 40,3 Mio. € leicht gesunken.

Die Investitionen in das Anlagevermögen werden im Berichtsjahr von den Abschreibungen deutlich überlagert, so dass das Anlagevermögen per Saldo spürbar gesunken ist (-1,4 Mio. €). Die wesentlichen Investitionen des Berichtsjahres erfolgten im Rahmen der planmäßigen Fahrzeugbeschaffung (2,9 Mio. €), weitere Investitionen betreffen im Wesentlichen die Betriebs- und Geschäftsausstattung (0,1 Mio. €).

Das Umlaufvermögen inkl. Rechnungsabgrenzungsposten ist bei gegenläufigen Effekten mit 18,6 Mio. € per Saldo über Vorjahresniveau. Der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegen die Muttergesellschaft HVG beträgt 12,3 Mio. € und enthält im Wesentlichen die Forderung aus der Verlustübernahme des Berichtsjahres sowie als gegenläufige Position die Verbindlichkeit aus der unterjährigen Leistungsverrechnung. Im Berichtsjahr hat wie bereits im Vorjahr eine konzernweite Saldenverrechnung im Bereich der Forderungen und Verbindlichkeiten stattgefunden.

Der Anstieg der sonstigen kurzfristigen Forderungen resultiert bei gegenläufigen Effekten im Wesentlichen aus dem stichtagsbedingten Anstieg der Forderungen gegenüber der Bezirksregierung Arnsberg (+ 0,4 Mio. €) aus einem im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Anspruch für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen.

Die langfristigen Rückstellungen zeigen sich rückläufig und sind mit 24.756 T€ deutlich unter Vorjahresniveau (- 460 T€). Die wesentlichen gegenläufigen Effekte begründen sich durch einen deutlichen Rückgang der Pensionsrückstellungen (-1.044 T€) auf Grund des sukzessiven Verbrauches der Rückstellung durch die anspruchsberechtigten Personen sowie des fahrpreisinduzierten Anstieges der Rückstellung für Deputatverpflichtungen (361 T€) auf Grund der Ticketpreissteigerung im VRR Verbund.

Die Rückstellung für das kvw Sanierungsgeld ist, begünstigt durch weiter sinkende Zinsen, ebenfalls deutlich angestiegen (+341 T€).

Die kurzfristigen Rückstellungen sind leicht über Vorjahresniveau und beinhalten im Wesentlichen Rückzahlungsverpflichtungen an den VRR (491 T€), Verpflichtungen aus Versicherungsbeiträgen (383 T€) und Ansprüche von Mitarbeitern der Gesellschaft aus der Gewährung von Resturlaub und Überstundenausgleich im Gesamtbetrag von 664 T€, Leistungsprämien (406 T€) sowie die Rückstellung für Archivierungsverpflichtungen (54 T€).

Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital beträgt 38,5 % (im Vorjahr 36,1 %). Die absolute Höhe des Eigenkapitals ist mit 8.314 T€ aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungs- und Beherrschungsvertrages mit der HVG identisch zum Vorjahr.

Eigenkapital, Sonderposten aus Zuwendungen sowie langfristige Rückstellungen betragen 89,1 % (im Vorjahr 89,2 %) der Bilanzsumme.

	31.12.2018	31.12.2017	Abw.
	T€	T€	T€
Aktiva			
Sachanlagen und immaterielle WG	21.517	22.935	-1.418
Finanzanlagen	93	101	-8
Langfristig gebundenes Vermögen	21.610	23.036	-1.426
Vorräte	527	461	66
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.386	11.720	666
Sonstige kurzfristige Forderungen / RAP	2.045	1.746	299
Flüssige Mittel	3.687	3.963	-276
Kurzfristig gebundenes Vermögen	18.645	17.890	755
	40.255	40.926	-671
Passiva			
Eigenkapital	8.314	8.314	0
Langfristige Rückstellungen	24.756	25.216	-460
Sonderposten aus Zuwendungen	2.798	2.988	-190
Langfristig gebundenes Kapital	35.868	36.518	-650
Kurzfristige Rückstellungen	2.316	2.397	-81
Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	6	123	-117
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Bet. Verhältnis besteht	76	0	76
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten / RAP	1.989	1.888	101
Kurzfristig gebundenes Kapital	4.387	4.408	-21
	40.255	40.926	-671

C. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

1) Prognosebericht

Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr 2019 einen Wirtschaftsplan aufgestellt. Hiernach wird für 2019 ein Ergebnis von rd. -13,9 Mio. € erwartet. Der entstehende Jahresverlust wird aufgrund des bestehenden Organvertrages von der HVG übernommen.

Die Ergebnisveränderung gegenüber 2018 ist im Wesentlichen darin begründet, dass die erwarteten Kostensteigerungen die Erlössteigerungen überkompensieren. Eine bedeutende Position bei den Aufwendungen nehmen die Personalaufwendungen mit 16,9 Mio. € ein. Basis der Planung hierfür ist weiterhin die Tarifstruktur TV-N NW, wobei eine Personalkostensteigerung von 3,10 % ab April 2019 auf Basis des Tarifabschlusses aus dem Vorjahr bei einer leicht erhöhten Anzahl der Beschäftigten unterstellt wurde.

Eine weitere große Position bilden die Materialaufwendungen mit rund 18,6 Mio. €. Hierin sind Kosten für die Fremdvergabe in Höhe von 12,9 Mio. € und für Treibstoffe von 3,7 Mio. € enthalten.

Für 2019 sind Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 4,9 Mio. € geplant. Ein wesentlicher Teil davon fließt in die Fahrzeugbeschaffung. Es sollen 10 Niederflur-Gelenk-Busse für rund 3,3 Mio. € beschafft werden, darüber hinaus ist vorgesehen rd. 0,4 Mio. € in die Nachrüstung von Fahrzeugen zu investieren.

Die Einnahmen der Gesellschaft allein reichen nicht zur Finanzierung der Geschäftstätigkeiten der HST, so dass die erforderliche Liquidität über die Konzernmutter HVG zur Verfügung gestellt wird, die wiederum auf Gesellschafterzahlungen der Stadt Hagen angewiesen ist.

Im Zuge des Fahrplanwechsels im Sommer 2019 werden spürbare Angebotserweiterungen im Linien- und Verkehrsangebot umgesetzt. Insbesondere im Spätnetz soll die Taktung erhöht und das Angebot zeitlich ausgeweitet werden.

2) Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der Hagener Straßenbahn AG. Aus diesem Grund hat die HST nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen, um so Risiken auf ein Minimum zu begrenzen.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer finanziellen Auswirkung qualifiziert.

Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar mit dem Risikomanager zu kommunizieren. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet. Es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

3) Risiko- und Chancenbericht

Nach Durchführung der Risikoinventur im Geschäftsjahr 2018 ergeben sich für die HST insgesamt 19 Risiken.

Die HST ist aufgrund der vertraglich garantierten Verlustübernahme durch die HVG grundsätzlich gegen finanzielle Risiken abgesichert. Allerdings ist die HVG ihrerseits zur Wahrung ihres Gesellschaftszweckes auf die Zahlungen der Stadt Hagen auf Basis einer entsprechenden Verpflichtungserklärung angewiesen.

Die HST ist darüber hinaus in das Cash-Management der HVG eingebunden. Die erforderliche Liquidität wird über die Konzernmutter Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH unter Berücksichtigung einer Zusage für einen Zuschuss der Stadt Hagen sichergestellt. Vor diesem Hintergrund ist ein unmittelbares finanzielles Risiko grundsätzlich nicht gegeben.

Allerdings wurde der städtische Zuschuss an die Muttergesellschaft HVG in 2018 außerordentlich um zusätzlich 1 Mio. € gegenüber der ursprünglich mit der Stadt Hagen vereinbarten Zuschussreihe gekürzt. Auch für das Jahr 2020 ist bereits eine weitere Kürzung der Kapitaleinlage in Höhe von 1 Mio. € beschlossen worden.

Die HST ist seit dem 1. Januar 2013 für zehn Jahre mit der Durchführung des ÖPNV in Hagen von der Stadt Hagen mittels einer Direktvergabe nach der EU-Verordnung 1370/07 betraut. Damit ist der Fortbestand der Gesellschaft für diesen Zeitraum gesichert und die Grundlage für einen zukünftigen, leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV in Hagen gegeben. Die Fortsetzung der Direktvergabe ist von existenzieller Bedeutung für die Gesellschaft. Daher ist die strikte Einhaltung der Vorgaben des Direktvergabebeschlusses der Stadt Hagen von größter Bedeutung. Ferner ist eine frühzeitige und sorgfältige Vorbereitung der neuen Direktvergabe ab 2023 zwingend erforderlich.

Weiterhin wird das Verfahren zum Nachweis eines erhöhten Schwerbehindertenanteils von den Zuwendungsgebern zunehmend kritisch betrachtet und verschärft geprüft. Bei festgestellten Verstößen auch geringen Umfangs kann die Anerkennung der Ergebnisse verweigert werden mit der Folge einer deutlichen Reduzierung der Erstattung für die Beförderung schwerbehinderter Menschen. Der tatsächlich individuell ermittelte Schwerbehindertenquotient ist davon losgelöst in den Jahren 2016 und 2017 bereits deutlich vom Niveau der Vorjahre gesunken. Für das Jahr 2018 wird ein leicht rückläufiger Schwerbehindertenquotient im Vergleich zum Vorjahr erwartet.

Bei der vom Rat der Stadt Hagen beschlossenen Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes muss aktiv darauf hingewirkt werden, dass die angestrebte Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Hagen nicht zu zusätzlichen wirtschaftlichen Belastungen des Unternehmens führt. Außerdem darf die Direktvergabe nicht gefährdet werden.

Die Entwicklung der Sanierungsbeiträge für die kommunale Zusatzversorgungskasse kvw muss weiterhin kritisch beobachtet werden. Grundsätzlich besteht jedoch eine einseitige Abhängigkeit der Gesellschaft hinsichtlich der Beitragsberechnung der Versorgungskasse. Bilanziell wurde dem Risiko der Sanierungsbeiträge durch die Dotierung einer langfristigen Rückstellung Rechnung getragen.

Bei den übrigen für die Gesellschaft identifizierten Risiken handelt es sich überwiegend um Kostenrisiken, die jedoch laufend beobachtet und analysiert werden, so dass die Gesellschaft grundsätzlich darauf vorbereitet ist - soweit möglich - kurzfristig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Europäische Gerichtshof hat in 2003 ein Urteil zur aktuellen Finanzierungspraxis des ÖPNV in Deutschland gesprochen. Als Folge dieses Urteils haben die Aufgabenträger den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr beauftragt, ein neues EU-konformes Finanzierungssystem zu entwickeln.

Anlage 4/14

In 2005 wurde das neue Finanzierungssystem verabschiedet und erstmalig für das Geschäftsjahr 2006 angewendet. Auch für das Geschäftsjahr 2018 wurde wie in den Vorjahren ein Finanzierungsantrag gemäß der neuen Systematik gestellt. In 2018 wurde der Verwendungsnachweis für das Geschäftsjahr 2017 durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer testiert. Der Vorstand geht davon aus, dass damit die Auflagen des EuGH-Urteils erfüllt und diese wirtschaftlich umgesetzt werden.

Aufgrund der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte sind für die Verkehrsunternehmen zukünftig weitere Mittelkürzungen zu befürchten. Gemeinsam mit dem VRR werden laufend Möglichkeiten erörtert, um kompensatorische Maßnahmen einzuleiten oder ggf. neue Mittel zu akquirieren.

Grundsätzlich besteht das Risiko weiter sinkender Fahrgastzahlen aufgrund der demographischen Entwicklung in der Stadt Hagen. Außerdem ist es fraglich, ob zukünftige Preissteigerungen in der VRR Tarifstruktur als gegenläufiger Effekt die Umsatzerlöse stabil halten können.

Ein erhebliches neues wirtschaftliches Risiko ergibt sich aus der sogenannten „Clean-Vehicles-Richtlinie“, die feste Beschaffungsquoten für emissionsfreie Fahrzeuge vorsieht. Die Richtlinie wird voraussichtlich weitreichende Auswirkungen auf die Fahrzeugbeschaffung der HST haben. Neben deutlich steigenden Beschaffungs- und Betriebskosten ergeben sich Risiken im Hinblick auf die Verfügbarkeit entsprechender Fahrzeuge sowie der Schaffung der notwendigen Infrastruktur.

Die Forderung nach der Umstellung auf E-Mobilität ergibt sich ebenfalls aus dem im Berichtsjahr vom Rat der Stadt Hagen beschlossenen „Masterplan nachhaltige und emissionsfreie Mobilität“, der von einer führenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Kooperation mit spezialisierten Beratungsunternehmen erstellt wurde.

Die HST hat einen Ergebnisabführungsvertrag mit der 100%igen Tochtergesellschaft Sander Reisen abgeschlossen. Das Jahresergebnis von Sander in Höhe von 72 T€ konnte von der HST entsprechend vereinnahmt werden. Sollten zukünftig unplanmäßige Verluste bei Sander entstehen, so wäre die HST verpflichtet, diese vertragsgemäß auszugleichen. Durch eine unterjährige Steuerung bei der Leistungsvergabe kann die Gesellschaft dem aktiv entgegenwirken.

Chancen und Risiken zugleich bestehen in der aktuell im städtischen Arbeitskreis ÖPNV intensiv geführten Diskussion, die Ausweitung des Leistungsumfanges zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 signifikant zu erhöhen. Grundsätzlich sieht Gesellschaft eine Chance in der Ausweitung des anzubietenden Leistungsumfanges. Gleichwohl besteht ein wirtschaftliches Risiko für die vorgesehene Angebotserweiterung im Bereich Liniennetz und Taktung sofern die entstehenden Mehrkosten nicht vollständig durch den Aufgabenträger ausgeglichen werden sollten. Die Finanzierung der angedachten Angebotserweiterung muss von der Stadt Hagen im Rahmen eines erhöhten Zuschusses sichergestellt werden.

Weitere Chancen ergeben sich durch den im Frühjahr 2019 vollzogenen Beitritt der Berichtsgesellschaft zur Kooperation östliches Ruhrgebiet (KÖR). An der KÖR nehmen neben der HST AG die Unternehmen Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn AG, Dortmunder Stadtwerke AG, Vestische Straßenbahnen GmbH, Straßenbahn Herne-Castrop-Rauxel GmbH sowie die Verkehrsgesellschaft Ennepe-Ruhr GmbH teil. Durch diese starke Partnerschaft können sich wirtschaftliche Vorteile aus gemeinsamen Beschaffungen ergeben sowie gemeinschaftliche Interessen besser durchgesetzt werden. Finanzielle Verpflichtungen hingegen ergeben sich durch diesen Beitritt nicht.

Hagen, 4. März 2019

Hagener Straßenbahn AG

Christoph Köther

4. Sander Reisen GmbH

4.1. Allgemeine Daten

Am Pfannenofen 1
58097 Hagen
Telefon: 02331 40606-1
Telefax: 02331 40606-29

Internet: -
E-Mail: -

4.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im Bereich Verkehr, insbesondere des öffentlichen Personennahverkehrs sowie von mit diesem im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Die Dienstleistungen sind insbesondere gegenüber der Stadt Hagen und deren Beteiligungsgesellschaften zu erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen und solche Unternehmen selbst erwerben, errichten oder pachten.

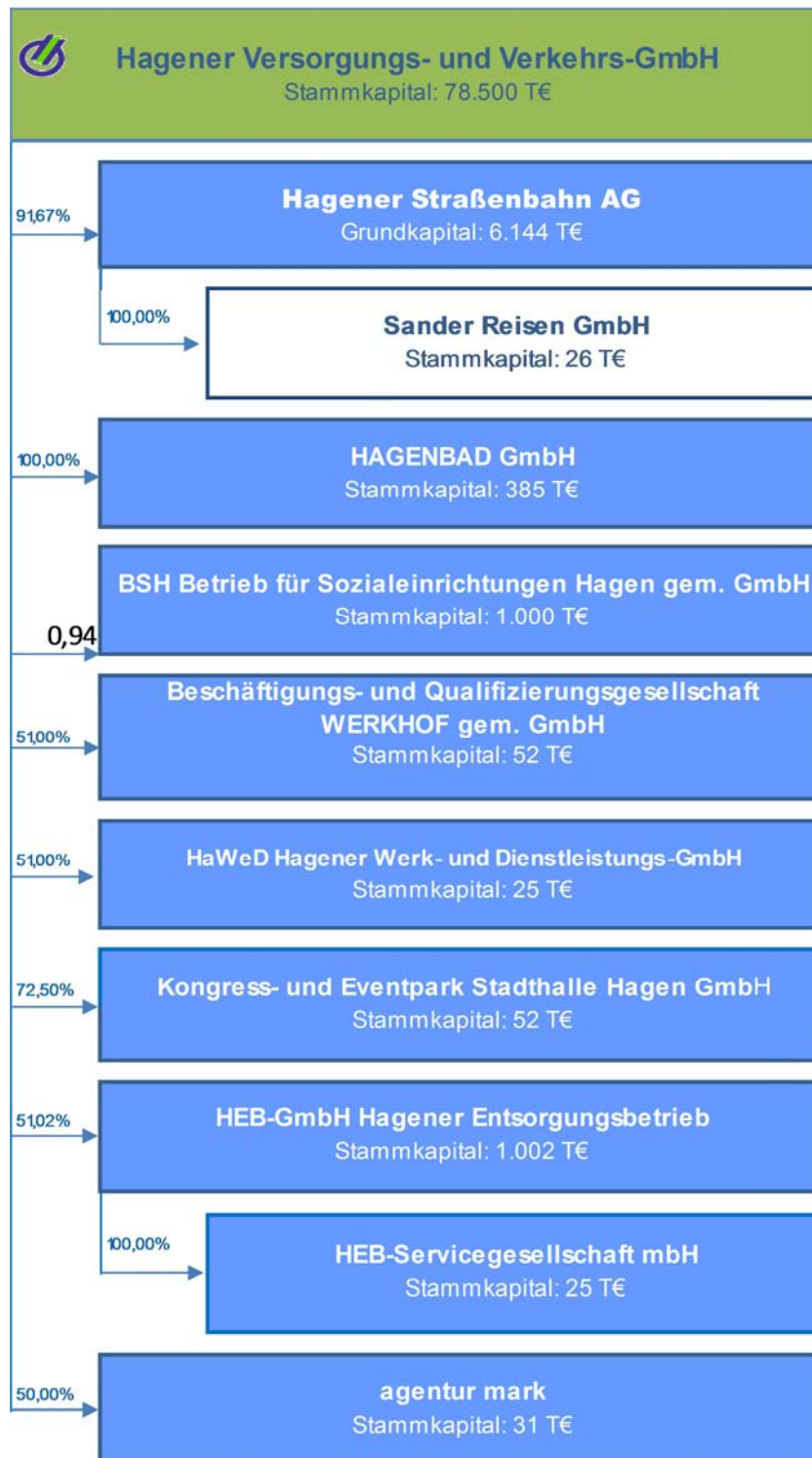
4.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Als 100%ige Tochter der Hagener Straßenbahn AG führt die Sander Reisen GmbH den öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsgebiet der Hagener Straßenbahn AG mit durch. Der öffentliche Zweck ist somit erfüllt.

4.4. Beteiligungsverhältnis



4.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

Sander Reisen GmbH
Hagen

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. PRÜFUNGS-AUFTRAG	1
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	3
Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die gesetzlichen Vertreter	3
1. Beurteilung der Lage und des Geschäftsverlaufs	3
2. Beurteilung des Fortbestandes und der künftigen Entwicklung	4
3. Zusammenfassende Stellungnahme zum Lagebericht der Geschäftsführung	4
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	5
I. Gegenstand	5
II. Art und Umfang der Prüfung	5
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	8
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	8
3. Lagebericht	9
II. Gesamtaussage	9
1. Zusammenfassende Beurteilung	9
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	9
E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS	10
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES	11

- II -

Anlagen

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2018
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018
Anlage 3	Anhang für das Geschäftsjahr 2018
Anlage 4	Lagebericht 2018 der Geschäftsführung
Anlage 5	Bestätigungsvermerk
Anlage 6	Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
Anlage 7	Allgemeine Auftragsbedingungen

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BSH	BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH, Hagen
ENERVIE	Energie Südwestfalen Energie und Wasser AG, Hagen
EStG	Einkommensteuergesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HABUS	HABUS GmbH Verkehrsbetriebe, Hagen
HaWeD	HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen
HBG	HAGENBAD GmbH, Hagen
HEB	HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen
HDN	Haftpflichtgem. Deutscher Nahverkehrs- und Versorgungsunternehmen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HST	Hagener Straßenbahn AG, Hagen
HVG	Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IT	Informationstechnologie
KEH	Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH
kvw	Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PS	Prüfungsstandard
PSV	Pensionssicherungsverein
Sander Reisen	Sander Reisen GmbH, Hagen
SGB	Sozialgesetzbuch
VAS	Vertriebs- und Abrechnungsmodul
VRL	Verkehrsgemeinschaft Ruhr-Lippe
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR
Werkhof	Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen

Bericht

A. PRÜFUNGS-AUFTRAG

Durch Beschluss vom 17. Juli 2018 der Gesellschafterversammlung der

Sander Reisen GmbH, Hagen,
- im Folgenden kurz als „Sander“ oder „Gesellschaft“ bezeichnet -

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 gewählt. Dementsprechend erteilte uns die Geschäftsführung der Gesellschaft am 9. August 2018 den Auftrag, den

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018
sowie den
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

zu prüfen. Darüber hinaus erstreckt sich der Prüfungsauftrag auf die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG).

Die Strukturen und Abläufe von Sander sind durch die organisatorische und personelle Eingliederung in die Hagener Straßenbahn AG und den Konzernverbund der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH weitestgehend identisch. Wir verweisen daher bezüglich der Feststellungen zur Prüfung nach § 53 HGrG auf unsere Berichterstattung im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2018 der HST.

Nach der Größenklasseneinteilung des § 267 HGB handelt es sich bei der Gesellschaft um eine kleine Kapitalgesellschaft. Die Gesellschaft unterliegt damit nicht der gesetzlichen Prüfungspflicht. Allerdings sind Jahresabschluss und Lagebericht nach § 12 des Gesellschaftsvertrages entsprechend dem Dritten Buch des HGB für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und zu prüfen.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der von uns geprüfte Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 sind diesem Bericht als Anlagen 1 - 4 beigefügt.

- 2 -

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit und Haftung sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage 7 beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ nach dem Stande vom 1.1.2017 maßgebend.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die gesetzlichen Vertreter

1. Beurteilung der Lage und des Geschäftsverlaufs

Der Lagebericht der gesetzlichen Vertreter enthält unseres Erachtens folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf:

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 45 T€ auf 381 T€ erhöht. Entscheidend für diese Entwicklung ist der Anstieg bei den flüssigen Mitteln um 177 T€ als Folge der im Saldo stichtagsbedingt um 123 T€ verringerten Forderungen gegen das Mutterunternehmen (HST). Demgegenüber ergibt sich im Berichtsjahr im Saldo eine Verbindlichkeit gegenüber der HST in Höhe von 15 T€. Die Rückstellungen sind mit 133 T€ um 28 T€ gestiegen. Dieser Anstieg resultiert mit 26 T€ aus der zum Stichtag ausstehenden Endabrechnung der HST für Fahrzeugversicherungen 2018.

In der Ertragslage stiegen die Erlöse aus Fahrleistungen leicht um 90 T€ auf 4.193 T€. Dieser Anstieg beruht auf moderat gestiegenen Fahrleistungen (+ rd. 0,9 %) sowie auf einer leichten Strukturverschiebung bei den Fahrleistungen. Es erfolgten keine Anpassungen von Leistungskonditionen mit der HST. Infolge dessen erhöhten sich die Kraftstoffkosten sowie der leistungsbezogene Materialaufwand für Dienstleistungen der HST. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen mit 12 T€ periodenfremde Erträge aus der Umlageendabrechnung der Kasko- und Haftpflichtversicherung für das Vorjahr. Weiterhin ist ein Anstieg mit 144 T€ beim Personalaufwand zu verzeichnen. Dieser resultiert im Wesentlichen auf einer Tarifsteigerung um 3,19 % ab März 2018 sowie einer tariflichen Einmalzahlung i.H.v. 250 €, sodass trotz einer leicht geringeren Anzahl an Beschäftigten der Personalaufwand in Summe gestiegen ist. Die Abschreibungen sind weiter rückläufig aufgrund des Verkaufs des letzten Busses zum Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres. Insgesamt führten die vorgenannten Effekte zu einem geringeren Ergebnis von 131 T€.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2018 mit einem Gewinn von 72 T€ (Vj.: 203 T€), welches aufgrund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die HST abgeführt wird.

- 4 -

2. Beurteilung des Fortbestandes und der künftigen Entwicklung

Der Lagebericht der gesetzlichen Vertreter enthält unseres Erachtens folgende Kernaussagen zu der künftigen Entwicklung und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung:

Für das Folgejahr wird mit einem Gesamtergebnis von 100 T€ gerechnet. Die Geschäftsführung erwartet einen zum Berichtsjahr konstanten Personalbestand. Laut Wirtschaftsplan sollen im Jahresdurchschnitt 19 Fahrzeuge bei der HST angemietet werden.

Es werden keine bestandsgefährdenden Risiken gesehen. Durch den im Jahr 2016 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der HST sind darüber hinaus etwaig entstehende Jahresfehlbeträge durch die Muttergesellschaft auszugleichen. Chancen bestehen im Wesentlichen darin, von der Muttergesellschaft als einziger Auftragsgeberin weitere Fahrleistungen im Bedienungsgebiet zu übernehmen.

3. Zusammenfassende Stellungnahme zum Lagebericht der Geschäftsführung

Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Unternehmens, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

I. Gegenstand

Gegenstand der Abschlussprüfung waren die Buchführung, der nach den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und der Lagebericht für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr.

Die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben tragen die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung umfasst auch die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes genannte Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die Berichterstattung über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte. Über die Prüfung nach § 53 HGrG wird im Abschnitt E. gesondert berichtet.

II. Art und Umfang der Prüfung

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen falschen Darstellungen sind. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzli-

- 6 -

chen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht zu dienen.

Der Prüfungsplanung und -durchführung lag ein risikoorientierter Prüfungsansatz zugrunde. In diesem Rahmen haben wir die Prüfungsstrategie entwickelt und Art und Umfang der vorzunehmenden Prüfungshandlungen aus verschiedenen Faktoren abgeleitet.

Wesentliche Determinanten waren die grundsätzliche Einschätzung des Unternehmensumfeldes (insb. branchenspezifische Faktoren) sowie Auskünfte der Unternehmensleitung über wesentliche Unternehmensziele und -strategien sowie Geschäftsrisiken (mandantenspezifische Faktoren). Ferner hatte unsere vorläufige Einschätzung der Lage des Unternehmens sowie die grundsätzliche Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikofrüherkennungssystems Einfluss auf die Prüfungsplanung. Feststellungen und Kenntnisse aus vorangegangenen Jahresabschlussprüfungen wurden dabei ebenso berücksichtigt wie die uns vorgelegten Ergebnisse der internen Revision der HVG, die im Rahmen des Konzernverbundes Revisionsleistungen für die Gesellschaft erbringt. Aus der Gesamtwürdigung dieser Faktoren haben wir ein Prüfungsprogramm entwickelt und Prüfungsschwerpunkte sowie Art und Umfang der Prüfungshandlungen, deren zeitliche Abfolge und den Mitarbeiterereinsatz festgelegt.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten besonders wichtigen Prüfungsgebiete führten im Berichtsjahr zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

- Abgrenzung und Existenz der Umsatzerlöse und des Materialaufwands
- Ansatz und Bewertung der Rückstellungen.

Die Prüfungshandlungen umfassten System- und Funktionsprüfungen, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden bei der Auswahl der aussagebezogenen Prüfungshandlungen (aussagebezogene analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen) berücksichtigt. Bei den Einzelfallprüfungen kamen als Auswahlverfahren Vollerhebung, bewusste Auswahl und Stichproben zur Anwendung.

Die Angaben im Lagebericht wurden im Einzelnen auf ihre Übereinstimmung mit dem Jahresabschluss geprüft; Prüfungshandlungen zu prognostischen Angaben sind in Abschnitt F beschrieben.

Zur Prüfung der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir u. a. Handelsregisterauszüge, Liefer- und Leistungsverträge sowie sonstige wichtige Geschäftsunterlagen eingesehen. Ferner ließen wir uns Bankbestätigungen vorlegen.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich die Prüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Erbetene Unterlagen, Aufklärungen und Nachweise wurden bereitwillig erteilt. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

- 8 -

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Nach unseren Feststellungen entspricht die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften.

Bei unserer Prüfung haben wir keine Anhaltspunkte für Schwachstellen der Sicherheit verarbeiteter Daten in den IT-gestützten Bereichen festgestellt.

Vom richtigen Vortrag sämtlicher Posten der Schlussbilanz zum 31. Dezember 2017 haben wir uns überzeugt.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen (Kostenrechnungsunterlagen, Planungsrechnungen, wichtige Verträge und Gesellschafterprotokolle) entnommenen Informationen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht abgebildet worden.

2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft erfüllt die Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft. Im Jahresabschluss bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang wurden die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformspezifischen sowie wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags in allen wesentlichen Belangen beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften in allen wesentlichen Belangen beachtet.

Die gesetzlich geforderten Angaben im Anhang sind in allen wesentlichen Belangen vollständig und zutreffend.

3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

II. Gesamtaussage

1. Zusammenfassende Beurteilung

Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt, d. h. in seiner Gesamtaussage, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt, unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Die für die Beurteilung der Gesamtaussage wesentlichen Bewertungsgrundlagen sind im Anhang angegeben. Wesentliche Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie wesentliche Änderungen der wertbestimmenden Faktoren sind nicht erfolgt.

- 10 -

E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 8 unseres Berichtes über die Prüfung von Jahresabschluss und Lagebericht der HST für das Geschäftsjahr 2018 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Sander Reisen GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 4. Februar 2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die Sander Reisen GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sander Reisen GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sander Reisen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

- 12 -

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

- 14 -

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 4. Februar 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Börner)
Wirtschaftsprüferin


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Sander Reisen GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		4.192.917,38		4.121.648,43
2. Sonstige betriebliche Erträge		25.143,41		36.637,41
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	614.298,40		540.477,39	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>915.464,04</u>	1.529.762,44	<u>885.753,81</u>	1.426.231,20
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	2.007.567,40		1.883.397,93	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>414.553,03</u>	2.422.120,43	<u>394.731,80</u>	2.278.129,73
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.577,72		18.175,30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		191.512,80		233.075,47
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		36,00		45,60
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen –davon an verbundene Unternehmen 116,90 € (i. Vj. € 0,00)–		116,90		0,03
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>0,00</u>		<u>-43,46</u>
10. Ergebnis nach Steuern		72.006,50		202.763,17
11. Sonstige Steuern		0,00		42,00
12. Aufwendungen aus Gewinnabführung		<u>-72.006,50</u>		<u>-202.721,17</u>
13. Jahresüberschuss		<u><u>0,00</u></u>		<u><u>0,00</u></u>

Sander Reisen GmbH, Hagen

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Sander Reisen GmbH, eingetragen mit der HRN 1582 (HRB) Amtsgericht Hagen, ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht nach § 316 ff. HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG prüfen zu lassen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich keine Änderungen der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen auf Basis der betriebsüblichen Nutzungsdauer, bewertet. Abschreibungen erfolgen linear. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren linear abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Rückstellungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und brauchen daher nicht abgezinst zu werden.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage beigefügt.

Die Gesellschaft verfügt weder über einen eigenen Betriebshof noch über eigene Fahrzeuge. Sämtliche Wirtschaftsgüter werden bei der Muttergesellschaft Hagener Straßenbahn AG angemietet. Neue Investitionen wurden entsprechend im Berichtsjahr nicht mehr getätigt.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sämtlich eine Restlaufzeit von weniger als 1 Jahr. Als wesentliche Position sind Entgeltvorschüsse an Mitarbeiter enthalten (2 T€).

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen im Vorjahr mit 123 T€ den Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus der Leistungsverrechnung mit der Alleingesellschafterin Hagerer Straßenbahn AG (HST). Im Berichtsjahr wird per Saldo eine Verbindlichkeit ausgewiesen.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält einen vorausgezählten Versicherungsbeitrag für das erste Quartal 2019.

Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital von 26 T€ ist voll eingezahlt.

Das Unternehmen gehört über die HST zum Konzern der Hagerer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG). Der Konzernabschluss ist am Sitz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Mit der Alleingesellschafterin wurde im Jahr 2016 ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen und am 23.11.2016 beim Handelsregister eingetragen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Haftpflichtversicherung (13 T€) sowie Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern aus der Gewährung von Resturlaub (37 T€) und Abfindungen von Mitarbeitern (30 T€). In Höhe von 26 T€ ist darüber hinaus eine Rückstellung für die erwartete Spitzabrechnung der HST AG für Fahrzeugversicherungen des Berichtsjahres enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen mit 46 T€ einen Saldo aus Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber der HVG, sowie in Höhe von 15 T€ einen entsprechenden Saldo gegenüber der HST. Die Forderungen bestehen mit 339 T€ aus Weiterberechnungen für erbrachte Dienstleistungen an die HST. Dagegen sind Verbindlichkeiten aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr (354 T€) einschließlich Gewinnabführung von 72 T€ verrechnet worden.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt -betrag	Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
T€				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9	9	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	61	61	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	42	42	-	-
	112	112	-	-

Anlage 3/4

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		T€
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6	6	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	44	44	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	45	45	-	-
	95	95	-	-

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse in Höhe von 4.193 T€ (i. Vj. 4.122 T€) enthalten ausschließlich Entgelte für Fahrdienstleistungen im Personennahverkehr für die Muttergesellschaft Hagener Straßenbahn AG (i. Vj. 4.103 T€).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen 8 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und darüber hinaus 12 T€ sonstige periodenfremde Erträge aus der Endabrechnung der Kasko- und Haftpflichtversicherung für das Vorjahr.

Materialaufwand

Der Materialaufwand enthält fast ausschließlich bezogene Leistungen der Alleingesellschafterin Hagener Straßenbahn AG in Höhe von 914 T€ sowie von ihr weiterbelastete Treibstoffkosten in Höhe von 606 T€.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe der für 2019 geplanten Anmietleistungen von der Muttergesellschaft in Höhe von 450 T€.

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Belegschaft

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug 63 (i. Vj. 65) Personen. Davon waren durchschnittlich 60 (i. Vj. 62) Personen als Busfahrer beschäftigt.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführer Herr Dipl.-Kfm. Patrick Messerschmidt und Herr Dipl.-Ing. Thomas Wessinghage erhalten keine Vergütung von der Gesellschaft. Sie haben Anstellungsverträge bei der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (Herr Messerschmidt) bzw. der Hagener Straßenbahn AG (Herr Wessinghage). Beide Gesellschaften berechnen Sander Reisen jeweils ein Entgelt für Geschäftsführergestellung von 16 T€ jährlich.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Hagen, 4. Februar 2019

Sander Reisen GmbH

Patrick Messerschmidt

Thomas Wessinghage

Sander Reisen GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zum Anhang)

Anschaffungs- und Herstellungskosten 01.01.2018 €	Zugänge €	Investitions- förderung €	Abgänge €	Um- buchungen €	Anschaffungs- und Herstellungskosten 31.12.2018 €	Ab- schreibungen 01.01.2018 €	Ab- schreibungen Zugänge €	Ab- schreibungen Abgänge €	Zu schreibungen €	Ab- schreibungen Um- buchungen €	Ab- schreibungen 31.12.2018 €	Buchwerte 31.12.2018 €	Buchwerte 31.12.2017 €
22.541,94					22.541,94	20.874,94	1.667,00				22.541,94		
22.541,94					22.541,94	20.874,94	1.667,00				22.541,94		1.667,00
45.907,22			9.071,96		36.835,26	43.934,74	910,72	9.071,96			35.773,50	1.061,76	1.972,48
45.907,22			9.071,96		36.835,26	43.934,74	910,72	9.071,96			35.773,50	1.061,76	1.972,48
800,00					800,00							800,00	800,00
800,00					800,00							800,00	800,00
69.249,16			9.071,96		60.177,20	64.809,68	2.577,72	9.071,96			58.315,44	1.861,76	4.439,48

I. Immaterielle Vermögensgegenstände
Entgeltlich erworbene
Konzessionen und
ähnliche Rechte

Sachanlagen
1. Grundstücke, grundstücks-
gleiche Rechte mit
Geschäfts-, Betriebs- und
anderen Bauten
2. Fahrzeuge für
Personenverkehr
3. Maschinen und
maschinelle Anlagen
4. Betriebs- und
Geschäftsausstattung

III. Finanzanlagen

Sander Reisen GmbH, Hagen

Lagebericht 2018 der Geschäftsführung

A. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeiner Überblick

Die Sander Reisen GmbH (Sander Reisen) ist eine Tochtergesellschaft der Hagener Straßenbahn AG (HST), an der die HST zu 100 % beteiligt ist. Die HST wiederum ist eine Tochtergesellschaft der kommunalen Holdinggesellschaft Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG). Die Sander Reisen ist daher mittelbar über die HST ein verbundenes Unternehmen der HVG.

Um sicherzustellen, dass die Sander Reisen GmbH auch zukünftig ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Leistungserstellung des ÖPNV-Angebotes der Hagener Straßenbahn AG leisten kann, wurden in der Vergangenheit die Prozesse und die Unternehmensstruktur der Gesellschaft sukzessive umgestellt. Mittlerweile verfügt die Gesellschaft über keinen eigenen Betriebshof mehr und hält ebenfalls keine eigenen Fahrzeuge vor.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Fahrleistungen für den öffentlichen Personennahverkehr im Stadtgebiet Hagen. Nach Erfordernissen und beauftragter Leistung mietet die Gesellschaft Omnibusse für die Leistungserbringung bei der Muttergesellschaft HST an.

Der Standort der Gesellschaft befindet sich auf dem Betriebshof der Hagener Straßenbahn AG im Gebäude Am Pfannenofen 1. Hier erfolgen die Verwaltung der Gesellschaft sowie die Disposition des Fahrbetriebes durch eigene Verwaltungsmitarbeiter. Die kaufmännischen Dienstleistungen und die Personalabrechnung werden auf Basis von Dienstleistungsverträgen durch die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH erbracht.

B. Wirtschaftsbericht

1. Rahmenbedingungen

1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft setzte ihr Wachstum im Jahr 2018 moderat fort; lt. Angabe des BMWi wurde ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % erzielt. Maßgebliche verkehrspolitische Themen sind die Luftreinhaltung, insbesondere die Klage der Deutschen Umwelthilfe zur Verhängung von Dieselfahrverboten in den beklagten Städten, sowie die Einleitung einer Mobilitätswende unter Einbeziehung neuer umweltfreundlicher Antriebstechnologien. In diesem Zusammenhang wird der Fokus zunehmend auf die Elektromobilität gelegt. Es wird angestrebt, den Anteil an Elektrofahrzeugen deutlich zu erhöhen, was wiederum einen entsprechenden Ausbau der benötigten Infrastruktur bedingt.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr verzeichnete der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr einen leichten Fahrgastrückgang von - 1,0 % (-11,8 Mio. Fahrten). Der Rückgang macht sich sowohl in den städtischen Ballungszentren wie auch in ländlichen Regionen bemerkbar.

Die Geschäftsentwicklung bei der Hagener Straßenbahn AG hat sich in 2018 grundsätzlich wie in den Vorjahren fortgesetzt. Auswirkungen auf die Sander Reisen GmbH haben sich insoweit nicht ergeben, der Leistungsumfang ist annähernd konstant geblieben.

2. Geschäftsverlauf

Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 der Sander Reisen GmbH schließt mit einem Ergebnis von 72 T€ (i.Vj. 203 T€) vor Ergebnisabführung ab.

Der Jahresüberschuss wird gem. Gewinnabführungsvertrag an die Alleingesellschafterin Hagener Straßenbahn AG abgeführt.

Investitionen

Sander Reisen hat wie bereits im Vorjahr auch im Berichtsjahr keine Investitionen mehr vorgenommen.

Personal- und Sozialwesen

Im Berichtsjahr 2018 beschäftigte die Gesellschaft im Jahresdurchschnitt 63 Mitarbeiter/innen.

Für Disposition und Verwaltung hat die Gesellschaft durchschnittlich 3 Mitarbeiter beschäftigt. Im Fahrdienst waren durchschnittlich 60 Mitarbeiter/innen im Jahr 2018 tätig. Der Personalbestand zeigt sich zum Stichtag 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahresstichtag 31. Dezember 2017 wie folgt verändert:

	Anzahl 2018	Anzahl 2017
Verwaltung	3	3
Fahrdienst	59	65
	<u>62</u>	<u>68</u>

3. Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse in Höhe von 4.193 T€ enthalten ausschließlich Erlöse aus Fahrleistungen die vollumfänglich für die HST erbracht werden (i.Vj. 4.103 T€). Die Erlössteigerung beruht auf der moderat gestiegenen KM Leistung im Vergleich zum Vorjahr (+ rd. 0,8 %) sowie auf einer leichten Strukturverschiebung bei den Fahrleistungen. Die Leistungskonditionen für die KM Sätze mit der HST AG sind im Berichtsjahr unterjährig nicht angepasst worden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten in Höhe von 5 T€ Versicherungserstattungen aus Schadensfällen mit Fahrzeugen sowie 8 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen. In Höhe von 12 T€ sind periodenfremde Erträge aus der Umlageendabrechnung der Kasko- und Haftpflichtversicherung des Vorjahres enthalten. Das Vorjahr enthielt darüber hinaus 16 T€ Mehrerlöse aus dem Verkauf eines Busses an die HST.

Die Materialaufwendungen in Höhe von 1.530 T€ werden im Wesentlichen durch die Kraftstoffkosten (606 T€) sowie den Leistungsbezug von der HST (914 T€) bestimmt. Die von der HST bezogenen Leistungen sind um +30 T€ angestiegen und korrelieren entsprechend mit den erhöhten Umsatzerlösen aus Fahrleistungen mit der Muttergesellschaft HST.

Der Personalaufwand in Höhe von 2.422 T€ verteilt sich auf Gehaltsaufwendungen (2.008 T€) und Sozialabgaben (414 T€).

Der Anstieg des Personalaufwands um 144 T€ beruht im Wesentlichen auf einer Tarifsteigerung um 3,19 % ab März 2018 bei einer im Jahresdurchschnitt leicht gesunkenen Beschäftigtenanzahl. Darüber hinaus hat sich die als Bestandteil der Tarifeinigung vereinbarte Einmalzahlung in Höhe von 250 € im Lohngefüge der Berichtsgesellschaft überdurchschnittlich hoch ausgewirkt.

Die Abschreibungen sind mit 3 T€ deutlich rückläufig zum Vorjahresniveau (18 T€). Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine Investitionen getätigt, so dass das Anlagevermögen weitestgehend aufgezehrt ist.

Größte Einzelposten bei den sonstigen Aufwendungen sind die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen und die Personalabrechnung, die von der HVG erbracht werden. Die Fahrzeuganmietungen von der HST werden unter den bezogenen Leistungen im Materialaufwand ausgewiesen.

Der Zinsaufwand im Berichtsjahr ist unwesentlich (0,1 T€) und entfällt auf eine kurzfristige Liquiditätsaufnahme bei der HVG im Rahmen einer bestehenden Kontokorrentvereinbarung.

Aufgrund der zuvor beschriebenen gegenläufigen Effekte ist das Ergebnis im Geschäftsjahr im Wesentlichen bei leicht gestiegenen Erlösen und korrespondierend gestiegenen Materialaufwendungen insbesondere durch gestiegene Personalaufwendungen deutlich rückläufig zum Vorjahr (- 131 T€).

Das Ergebnis von 72 T€ wird gem. Ergebnisabführungsvertrag an die Hagener Straßenbahn AG abgeführt.

	2018	2017	Abw.
	T€		
Umsatzerlöse	4.193	4.122	71
Sonstige Erträge	25	36	-11
Materialaufwand	1.530	1.426	-104
Personalaufwand	2.422	2.278	-144
Rohgewinn	266	454	-188
Abschreibungen	3	18	15
Sonstige Aufwendungen	191	233	42
Zinsaufwand	0	0	0
Jahresergebnis vor Ergebnisabführung	72	203	-131

Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzlage der Sander Reisen GmbH ist auf Basis einer Liquiditätsvereinbarung mit der HVG grundsätzlich abgesichert. Auf Grund des mit der Alleingesellschafterin HST geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages werden auch ggfs. künftig entstehende Jahresfehlbeträge ausgeglichen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist 2018 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 45 T€ bzw. 13,4 % auf 381 T€ gestiegen.

Verantwortlich hierfür ist der deutlich angestiegene stichtagsbedingte Bestand an flüssigen Mitteln (+177 T€), welcher im Saldo auf einem Rückgang der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (im Vj: 123 T€) beruht. Im Berichtsjahr ergibt sich ein Ausweis unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Das Anlagevermögen wurde bei planmäßigen Abschreibungen bei gleichzeitig unterbliebenen Investitionen nahezu vollständig reduziert und beläuft sich noch auf 1 T€ (Vj: 4 T€). Zum Bilanzstichtag wird lediglich im geringen Umfang Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind um 6 T€ auf 3 T€ gesunken und enthalten im Wesentlichen an Mitarbeiter gewährte Entgeltvorschüsse.

Der Kassenbestand ist wie zuvor erläutert stichtagsbedingt deutlich im Vergleich zum Vorjahr um 177 T€ auf 376 T€ angestiegen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist darüber hinaus durch die Einbindung in das Liquiditätsmanagement des Konzerns der HVG grundsätzlich abgesichert.

Die Rückstellungen sind mit 133 T€ über dem Vorjahresniveau (+28 T€). Wesentliche Bestandteile sind weiterhin die Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern aus der Gewährung von Resturlaub (37 T€) und Abfindungen von Mitarbeitern (30 T€) sowie für Haftpflichtversicherung (13 T€). In Höhe von 26 T€ ist darüber hinaus eine Rückstellung für die erwartete Spitzabrechnung der HST AG für Fahrzeugversicherungen des Berichtsjahres enthalten.

Ein Saldo von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem verbundenen Unternehmen HVG GmbH resultiert in Höhe von 46 T€ auslaufenden Verrechnungen von Dienstleistungen.

Darüber hinaus besteht im Berichtsjahr eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin Hagener Straßenbahn AG in Höhe von 15 T€ (im Vj. Forderung in Höhe von 123 T€).

Diese Verbindlichkeit resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo der Forderungen aus der Leistungsverrechnung in Höhe von 339 T€ aus Weiterberechnungen für erbrachte Fahrleistungen an die HST sowie aus Verbindlichkeiten aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr von 354 T€ einschließlich der Gewinnabführung von 72 T€.

Das Eigenkapital ist absolut betrachtet wegen des Ergebnisabführungsvertrages gleichgeblieben, hat sich aber aufgrund der deutlich gestiegenen Bilanzsumme prozentual auf 35,7 % vermindert (i. Vj. 40,6 %).

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
	T€		
Aktiva			
Immat. Anlagegüter	0	2	-2
Sachanlagen	1	2	-1
Finanzanlagen	1	1	0
Langfristig gebundenes Vermögen	2	5	-3
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	123	-123
Sonstige Vermögensgegenstände, RAP	3	9	-6
Flüssige Mittel	376	199	177
Kurzfristig gebundenes Vermögen	379	331	48
	381	336	45

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
	T€		
Passiva			
Eigenkapital	136	136	0
Langfristig gebundenes Kapital	136	136	0
Rückstellungen	133	105	28
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9	6	3
Verbindlichkeiten gegenüber verb. Unternehmen	61	44	17
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	42	45	-3
Kurzfristig gebundenes Kapital	245	200	45
	381	336	45

C. Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

1. Prognosebericht

In 2019 wird gemäß Wirtschaftsplanung ein positives Ergebnis für die Gesellschaft erwartet. Dabei werden sich die Gesamterträge voraussichtlich auf 4.334 T€ belaufen. Die Gesamtaufwendungen entwickeln sich gemäß Planung auf 4.234 T€, so dass nach Zinsen und Steuern ein Ergebnis von 100 T€ erwartet wird.

Die Fahrleistungen für 2019 werden mit 1.259 Tkm geplant. Die Anzahl der Mitarbeiter/innen für die Leistungserbringung bleibt im Wesentlichen konstant.

Es ist geplant im Jahresdurchschnitt 19 Fahrzeuge bei der HST anzumieten. Das letzte im Bestand der Gesellschaft befindliche Fahrzeug wurde nach Ende der zuwendungsrechtlichen Mittelverwendungsfrist im Laufe des Jahres 2017 an die HST veräußert.

2. Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der Sander Reisen GmbH. Aus diesem Grund hat die Konzernführung nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem im HVG-Konzern aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen, um so Risiken auf ein Minimum zu begrenzen.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese sowohl nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit als auch nach ihrer finanziellen Auswirkung quantifiziert. Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar dem Risikomanager zu kommunizieren. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet. Es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

3. Risiko- und Chancenbericht

Nach Durchführung der Risikoinventur im Geschäftsjahr 2018 zeigt sich die Risikolage gegenüber dem Vorjahr unverändert. Für die Sander Reisen wurden keine Risiken identifiziert, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Durch den im Jahr 2016 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag mit der Alleingesellschafterin HST sind darüber hinaus ggfs. künftig entstehende Jahresfehlbeträge durch die Muttergesellschaft auszugleichen.

Im Bereich der Personalkosten, insbesondere mögliche Tarifsteigerungen und eine erhöhte Fehlzeitenquote, liegen Risiken für die Gesellschaft, die es gilt besonders zu beachten. Erhöhten Abwesenheiten von Mitarbeitern begegnet die Gesellschaft mit konsequenten Rückkehrer- und Fehlzeitengesprächen. Eine Entgeltsteigerung von 3,09 % ab April wurde im Wirtschaftsplan bereits berücksichtigt.

Im Rahmen der Aufgabe von Fahrzeugflotte und Verlagerung des Betriebshofes wurde bereits im Jahr 2016 eine Anpassung der Konditionen im Leistungsverrechnungsvertrag mit der Hagener Straßenbahn AG durchgeführt, so dass auf Grundlage der Plankilometer für das Jahr 2019 das geschilderte positive Ergebnis erwartet wird.

Einzigste Auftragsgeberin der Sander Reisen GmbH ist weiterhin die Muttergesellschaft. Hier besteht grundsätzlich die Chance, weitere Fahrleistungen im satzungsgemäß festgelegten Bedienungsgebiet zu übernehmen.

Hagen, 4. Februar 2019

Sander Reisen GmbH

Thomas Wessinghage

Patrick Messerschmidt

BESTÄTIGUNGSVERMERK

An die Sander Reisen GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sander Reisen GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sander Reisen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Anlage 5/2

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit

aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dortmund, den 4. Februar 2019

Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft




(Börner)
Wirtschaftsprüferin


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE UND STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Sander Reisen GmbH						
Sitz:	Hagen						
Gründung:	20. September 1982						
Gesellschaftsvertrag:	Vom 20. September 1982; in der letzten Fassung vom 17. Juni 2014.						
Rechtsform:	GmbH						
Handelsregister:	Amtsgericht Hagen, Handelsregisterabteilung B, Handelsregisternummer 1582, eingetragen seit dem 27. Dezember 1982; die letzte Eintragung datiert vom 3. März 2017.						
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr						
Gegenstand des Unternehmens:	Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Leistungen im Bereich Verkehr, insbesondere des öffentlichen Personennahverkehrs sowie von mit diesem im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Die Dienstleistungen sind insbesondere gegenüber der Stadt Hagen und deren Beteiligungsgesellschaften zu erbringen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen und solche Unternehmen selbst erwerben, errichten oder pachten.						
Stammkapital:	26.000,00 €						
Kapitalverhältnisse:	<table><thead><tr><th></th><th>€</th><th>%</th></tr></thead><tbody><tr><td>Hagener Straßenbahn AG</td><td>26.000,00</td><td>100,0</td></tr></tbody></table>		€	%	Hagener Straßenbahn AG	26.000,00	100,0
	€	%					
Hagener Straßenbahn AG	26.000,00	100,0					

Anlage 6/2

- Gesellschafterversammlung:** In der Gesellschafterversammlung am **17. Juli 2018** ist
1. der von der Geschäftsführung aufgestellte, von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 vorgelegt und festgestellt worden;
 2. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt worden;
 3. beschlossen worden, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner GmbH & Co. KG, Dortmund, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 zu bestellen.

In der Gesellschafterversammlung am **12. Dezember 2018** ist dem Wirtschaftsplan 2019 zugestimmt worden.

Offenlegung Die Gesellschaft hat die erforderlichen Unterlagen zum 31. Dezember 2017 fristgerecht beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht.

- Verbundene Unternehmen:**
- Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
 - Hagener Straßenbahn AG
 - HAGENBAD GmbH
 - HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH
 - Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH
 - BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH, Hagen
 - Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH
 - HEB-GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb
 - HEB Service-GmbH

Organe der Gesellschaft: Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Herr Dipl.-Kfm. Patrick Messerschmidt, Köln
Herr Dipl.-Ing. Thomas Wessinghage, Schwerte
Eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung liegt vor.

Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Steuerliche Verhältnisse: Die Sander Reisen GmbH wird beim Finanzamt Hagen unter der Steuernummer 321/5803/0112 geführt.

Es besteht eine umsatzsteuerliche, gewerbsteuerliche sowie körperschaftsteuerliche Organschaft mit der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Gesellschaft hat ihren Geschäftssitz in Hagen, Am Pfannenofen 1.

Die Erträge der Sander Reisen GmbH resultieren ausschließlich aus der Erbringung von Fahrleistungen für die Alleingesellschafterin Hagener Straßenbahn AG.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird ausschließlich durch die Leistungsvergaben der Muttergesellschaft im Rahmen des Linienverkehrs bestimmt.

Wichtige Verträge:

Vertrag mit der Hagener Straßenbahn AG über die Übernahme von Linienverbindungen vom 19. August 1992

Im Rahmen dieses Vertrages erbringt die Sander Reisen GmbH Fahrdienstleistungen im Personennahverkehr im Stadtgebiet Hagen. Der Vertrag hat zunächst eine Laufzeit von zehn Jahren. Er verlängert sich jeweils um zwei Jahre, wenn er nicht spätestens ein Jahr vor Vertragsende gekündigt wird. Eine Kündigung zum nächstmöglichen Termin ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Leistungsverrechnungsvertrag mit der Hagener Straßenbahn AG vom 14. Dezember 2006

Im Rahmen dieses Vertrages sind der Umfang und die Verrechnung von Leistungen, die die HST für Sander erbringt, festgelegt. Die Leistungen umfassen die Vermietung von Omnibussen, die Wartung und Instandhaltung der Busse sowie die Vorhaltung einer Fahrzeugreserve. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Mai 2007 und verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht spätestens neun Monate vor Vertragsende schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung zum nächstmöglichen Termin ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Dienstleistungsvertrag mit der Hagener Straßenbahn AG vom 14. Dezember 2006

Gegenstand dieses geschlossenen Vertrages ist die Vergabe von Leistungen im Linienverkehr gem. §§ 42 und 43 PBefG und Übertragung von Sonderaufgaben durch HST an Sander. Die Vertragsdauer läuft bis zum 31. Mai 2007 und verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn der Vertrag nicht spätestens neun Monate vor Vertragsende schriftlich gekündigt wird. Eine Kündigung zum nächstmöglichen Termin ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Anlage 6/4

Vereinbarung mit der HVG über die Beschaffung von Liquidität vom 30. September 2005

Dieser Vertrag dient der beiderseitigen Sicherstellung von Liquidität für das laufende Geschäft im Rahmen der konzerninternen Darlehensgewährung. Die von der HVG an die Sander Reisen gewährte Kreditlinie beträgt 500 T€. Es findet eine taggenaue Verzinsung zum jeweils aktuellen Refinanzierungssatz der HVG statt. Zusätzlich wird eine Marge von der HVG in Höhe von 0,3 % erhoben.

Der Vertrag kann von beiden Seiten mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Quartalsende gekündigt werden. Der Vertrag besteht so lange, wie sich die Gesellschafterverhältnisse bei Sander Reisen nicht ändern.

Vertrag mit der HVG über personalwirtschaftliche Dienstleistungen vom 1. Januar 2017

Dieser Vertrag regelt die Durchführung der Aufgaben auf dem Gebiet des Personalwesens, insbesondere die Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen, Ausstellung von Werksausweisen, Personalaktenführung und die Abrechnung der Entgelte im jeweiligen Tarifvertrag. Der Vertrag kann mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt werden, ansonsten verlängert sich der Vertrag automatisch um ein weiteres Jahr. Eine Kündigung zum nächstmöglichen Termin ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Vertrag mit der HVG über kaufmännische Dienstleistungen vom 1. Januar 2017

Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführung von Aufgaben auf dem Gebiet des Finanz- und Rechnungswesens, insbesondere die Buchung von Eingangs- und Ausgangsrechnungen, Rechnungsprüfung, Kreditoren- und Debitorenstammpflege, Anlagenbuchhaltung, monatliches Berichtswesen sowie die Erstellung von Steuererklärungen. Der Vertrag kann mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt werden, ansonsten verlängert sich der Vertrag automatisch um ein weiteres Jahr. Eine Kündigung zum nächstmöglichen Termin ist im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Vertrag mit der HST über die Gewinnabführung und den
Verlustausgleich vom 11. November 2016

Gegenstand dieses Vertrages ist die Verpflichtung der Gesellschaft (Organgesellschaft), ihren ganzen nach den maßgeblichen handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Jahresüberschuss an die HST (Obergesellschaft) abzuführen. Hinsichtlich der Verlustübernahme gilt § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung entsprechend. Der Vertrag wird zunächst bis zum 31. Dezember 2021 abgeschlossen und verlängert sich um jeweils weitere zwei Jahre, wenn er nicht sechs Monate vor seinem Ablauf gekündigt wird.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

5. BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH

5.1. Allgemeine Daten

Buschstraße 50
58099 Hagen
Telefon: 02331 622-0
Telefax: 02331 622-619

Internet: www.bsh-hagen.de / www.jugendhilfe-selbecke.de
E-Mail: seniorenzentrum@bsh-hagen.de / jugendhilfe.selbecke@bsh-hagen.de

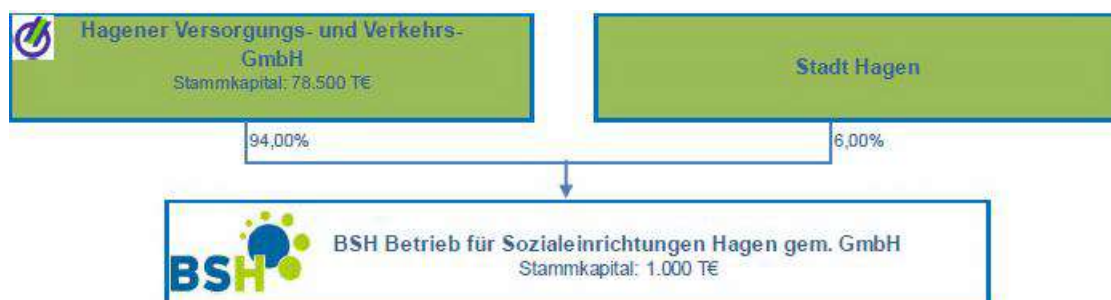
5.2. Unternehmensgegenstand

Förderung der Altenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe auf dem Gebiet der Stadt Hagen.

5.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft übernimmt auf dem Gebiet der Stadt Hagen unter anderem den Zweck der Unterbringung, Versorgung, pflegerischen und sozialen Betreuung hilfsbedürftiger Menschen. Sie betreibt eine stationäre Pflegeeinrichtung einschließlich Kurzzeit-, Tages- und ambulanter Pflege. Sie erbringt Leistungen der Erziehungshilfe und hält ein Angebot an Hilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Hilfen für seelisch behinderte Menschen vor. Des Weiteren gibt es Angebote gemeinsamer Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder sowie teilstationäre Angebote für Kinder und Jugendliche. Der öffentliche Zweck wird somit erfüllt.

5.4. Beteiligungsverhältnis



5.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH
Hagen

- 16 -

F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGES GEMÄSS § 53 HGRG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 7 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 28.2.2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„An die BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die

auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

- 20 -

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 28. Februar 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Börner)
Wirtschaftsprüferin


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

BSH gem. GmbH, Hagen
Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017
	€	€	€	€
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.192,30	10.653,65	205.674,33	396.535,79
II. Sachanlagen			246.406,19	257.695,60
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.522.524,38	13.894.288,38	1.000.000,00	1.000.000,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	101.877,68	27.131,29	1.195.921,52	1.195.921,52
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	837.333,74	435.383,25	-80.336,89	-476.872,68
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	297.778,87	280.898,98	2.321.258,96	2.115.584,63
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	18.407,59	22.962,60	11.043.166,66	11.503.343,39
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			241.920,60	157.110,26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	586.897,74	390.666,64	715,87	892,84
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			1.307.995,69	1.570.965,62
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	63,06	61.287,28		
--davon gegen Gesellschafter € 63,06 (i. Vj. € 61.287,28)				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	54.787,62	46.341,72	12.593.798,82	13.232.312,11
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	671.718,26	1.200.686,97	162.167,37	189.080,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten	46.100,83	57.045,50	16.141.682,07	16.427.546,26
	<u>16.141.682,07</u>	<u>16.427.546,26</u>	<u>16.141.682,07</u>	<u>16.427.546,26</u>
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital			1.000.000,00	1.000.000,00
II. Kapitalrücklage			1.195.921,52	1.195.921,52
III. Verlustvortrag			-80.336,89	-476.872,68
IV. Jahresüberschuss			205.674,33	396.535,79
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagenvermögens			246.406,19	257.695,60
C. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen	818.050,73	632.873,03		
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			11.043.166,66	11.503.343,39
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			241.920,60	157.110,26
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			715,87	892,84
4. Sonstige Verbindlichkeiten			1.307.995,69	1.570.965,62
--davon aus Steuern € 99.165,81 (i. Vj. € 90.627,84)--				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			162.167,37	189.080,89
	<u>16.141.682,07</u>	<u>16.427.546,26</u>	<u>16.141.682,07</u>	<u>16.427.546,26</u>

BSH gem. GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018		2017	
	€	€	€	€
1. Umsatzerlöse		15.287.179,39		15.348.077,09
2. Sonstige betriebliche Erträge		620.593,27		409.035,34
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	986.878,00		979.078,67	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>931.088,36</u>	1.917.966,36	<u>823.845,84</u>	1.802.924,51
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	8.749.429,23		8.234.641,97	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>2.472.729,45</u>	11.222.158,68	<u>2.293.710,90</u>	10.528.352,87
--davon für Altersversorgung				
€ 662.110,29 (i. Vj. € 631.468,22)--				
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		537.109,05		490.961,08
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.652.597,25		2.144.847,91
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.833,51		634,08
--davon aus verbundenen Unternehmen				
€ 638,44 (i. Vj. € 632,90)--				
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>356.068,34</u>		<u>375.727,19</u>
9. Ergebnis nach Steuern		223.706,49		414.932,95
10. Sonstige Steuern		<u>18.032,16</u>		<u>18.397,16</u>
11. Jahresüberschuss		<u><u>205.674,33</u></u>		<u><u>396.535,79</u></u>

BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH, Hagen

Anhang 2018

Gesetzliche Vorschriften

Die BSH gem. GmbH, eingetragen mit der HRN 8001 (HRB) Amtsgericht Hagen, ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht nach §§ 316 ff. HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG prüfen zu lassen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Mit der Verabschiedung der entsprechenden gesetzlichen Regelung im Jahre 2018 ist für vereinbarte, aber noch nicht verausgabte Mittel aus der Investitionskostenpauschale kein Passivposten mehr zu bilden. Der zum 31.12.2017 passivierte Betrag von 191 T€ ist daher im Geschäftsjahr 2018 zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst worden.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bewertet.

Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben.

Vorräte sind mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bilanziert.

Zuschüsse und Zuwendungen der öffentlichen Hand werden als Sonderposten ausgewiesen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend den Abschreibungen der bezuschussten Anlagegegenstände. In Anlehnung an die Handhabung bei Festwerten wurden die Jubiläumsrückstellungen im Geschäftsjahr 2018 nach Ablauf von 3 Jahren mit einer nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren sowie einem Zinssatz von 2,32 % und einem Gehaltstrend von 2 % versicherungsmathematisch neu berechnet.

Die Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden nicht abgezinst.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Anlage 3/2

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage zum Anhang beigefügt.

Forderungen

Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Gezeichnetes Kapital

Das Stammkapital von 1.000.000 € ist voll eingezahlt.

Die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG), Hagen, ist mit 94 % am Stammkapital beteiligt. Die restlichen Anteile hält die Stadt Hagen, die auch alleinige Gesellschafterin der HVG ist.

Über die Mehrheitsgesellschafterin HVG gehört die BSH gem. GmbH zum Konzern der HVG. Der Konzernabschluss ist am Sitz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens

Der Sonderposten enthält im Wesentlichen Zuschüsse für Baumaßnahmen und Erstausrüstung der Kurzzeitpflege. Im Berichtsjahr wurden keine neuen Fördermaßnahmen akquiriert.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für Urlaubsansprüche und aufgelaufene Überstunden der Mitarbeiter (324 T€), Leistungsentgelte (172 T€), Nachzahlungsverpflichtungen auf Grund der Prüfung der Deutschen Rentenversicherung (85 T€), Archivierungsverpflichtungen (54 T€) und Jubiläumsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern (49 T€).

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Darlehen der Gesellschafterin Stadt Hagen 1.107 T€ (Vorjahr: 1.190 T€) enthalten.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	bis zu 1 Jahr	Rest- laufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Verbindlichkei- ten gegenüber dem Gesell- schafter
T€					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.043	453	1.956	8.634	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	242	242	0	0	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1	1	0	0	
Sonstige Verbindlichkeiten	1.308	288	347	673	1.107
	12.594	984	2.303	9.307	1.107

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	bis zu 1 Jahr	Rest- laufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Verbindlichkei- ten gegenüber dem Gesell- schafter
T€					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.503	465	1.896	9.142	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	157	157	0	0	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1	1	0	0	
Sonstige Verbindlichkeiten	1.571	464	342	765	1.190
	13.232	1.087	2.238	9.907	1.190

Anlage 3/4

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten waren im Berichtsjahr insgesamt 7.563 T€ mit Grundschulden abgesichert (i. Vj.: 7.892 T€). Darüber hinaus bestanden Besicherungen durch Bürgschaften in Höhe von 3.619 T€ (i. Vj.: 3.724 T€).

Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Zahlungseingänge im Dezember 2018 für den Januar 2019 für die Betreuten der Jugendhilfe in Höhe von 5 T€, Renten und Pflegewohnfelder der Bewohner des Seniorenzentrums in Höhe von 151 T€ und Mieten in Höhe von 6 T€.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2018	2017
	T€	
Jugendhilfe	7.114	7.377
Seniorenzentrum	7.254	7.115
Ambulanter Dienst	628	557
Mieterträge u.a	291	299
	<u>15.287</u>	<u>15.348</u>

Sonstige betriebliche Erträge

Die Erstattung der Ausbildungsumlage des LWL ist in Höhe von 152 T€ in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten; weitere Erstattungsleistungen des LWL sind in den Umsatzerlösen enthalten, da diese in den Pflegesätzen verhandelt wurden. Die korrespondierende Aufwandsposition findet sich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder (224 T€). Die Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen ist mit 11 T€ in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten. Der deutliche Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge begründet sich nahezu ausschließlich in der zu Beginn der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze geschilderten geänderten Behandlung der Investitionskostenpauschale. An der Zweckbindung der Mittel ändert diese bilanzielle Sichtweise aber nichts.

Die größten Positionen im Materialaufwand bestehen weiterhin im Wesentlichen aus den Aufwendungen für Lebensmittel (459 T€), für Energie- und Wasserbezug (386 T€) sowie für Personalleasing (382 T€) und für Fremdreinigung (278 T€).

Sonstige Angaben

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus im Geschäftsjahr 2018 neu eingegangenen Leasingverpflichtungen ergeben sich finanzielle Verpflichtungen von 73 T€ bis zum Ende der Verträge im August 2022.

Mittelbare Altersvorsorgeverpflichtungen

BSH ist Mitglied der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw), Münster. Die hierüber versicherten Mitarbeiter bzw. deren Hinterbliebenen erhalten hieraus Altersversorgungsleistungen, insbesondere Versorgungs- und Versicherungsrenten. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der kvw besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht der jeweiligen Mitglieder erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf BSH als Mitglied entfallenden Vermögen der kvw. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten liegen nicht vor; die insoweit bestehende Verpflichtung wird zum Teil über die Rückstellung für die Sanierungsgelder der kvw gedeckt. Der Umlagesatz beträgt 4,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung aber von steigenden Umlagesätzen auszugehen sein. Die zusatzversorgungspflichtigen Entgelte betragen im Geschäftsjahr 2018 insgesamt 8.219 T€.

Belegschaft

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug 275 Personen, darüber hinaus befanden sich 8 Personen in einer Ausbildung.

Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft erhielt Sitzungsgelder in Höhe von 2 T€.

Die Bezüge des Geschäftsführers Herrn Hörmann sind für das Berichtsjahr aufgrund der bestehenden Dienstverträge in der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH abgebildet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführer

Herr Detlef Hörmann und Herr Benedict Delévièleuse.

In der Geschäftsordnung für Geschäftsführer der BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH ist geregelt, dass u. a. Aufgabengebiete und Geschäftsbereiche der einzelnen Geschäftsführer in einem Geschäftsverteilungsplan zu regeln sind. Gemäß dem aktuellen Geschäftsverteilungsplan zeichnet Herr Detlef Hörmann verantwortlich für den Bereich „Jugendhilfe“ und Herr Benedict Delévièleuse für den Bereich „Seniorenzentrum“.

Für seine Geschäftsleitungstätigkeit hat Herr Delévièleuse im Geschäftsjahr 2018 ein festes Gehalt von 78 T€ erhalten. Weiterhin erhielt Herr Delévièleuse einen für die Altersvorsorge zweckdienlich einzusetzenden Betrag in Höhe von 4 T€. Über die Auszahlung einer Tantieme für das Berichtsjahr wird erst im Rahmen der Gesellschafterversammlung entschieden. Im Jahresabschluss wurden dafür 15,6 T€ zurückgestellt.

Aufsichtsrat

			Vergütung
			€
Sven Söhnchen	Sachverständiger	Vorsitzender	400
Günther Brandau	Verwaltungsfachangestellter	stellv. Vors.	200
Marianne Cramer	Rentnerin		150
Anja Dittrich	Pflegefachkraft		200
Anja Engelhardt	Pensionärin		200
Hannelore Fischbach	Lehrerin a.D.		150
Barbara Hanning	Dipl. Sozialpädagogin		200
Margarita Kaufmann	Beigeordnete der Stadt Hagen		0
Ulf Koelsch	Pflegehelfer		200
Christoph Köther	Geschäftsführer		200
Patrick Messerschmidt	Leiter Controlling		200
Dorothea Rensmann-Lauterbach	Gewerkschaftssekretärin		50

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 205.674,33 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Hagen, 22. Februar 2019

BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH

Detlef Hörmann

Benedict Delévièleuse

BSH gem. GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Investitionsförderung		Abgänge		Umbuchungen		Anschaffungs- und Herstellungskosten		Ab- und Abschreibungen		Zu- und Umbuchungen		Ab- und Abschreibungen		Buchwerte				
	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	01.01.2018	31.12.2018	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																					
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	84.627,67									84.627,67					73.974,02	6.461,35	80.435,37			4.192,30	10.653,65
II. Sachanlagen																					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.907.568,93	20.907.568,93	94.201,39	703.287,25	7.013.280,55	371.764,00	581.954,57	19.455,00	7.385.044,55	7.013.280,55	371.764,00	601.409,57	7.385.044,55	13.522.524,38	101.877,68	13.894.268,38	13.522.524,38	101.877,68	13.894.268,38	27.131,29	27.131,29
2. Technische Anlagen und Maschinen	609.085,86	609.085,86								581.954,57	19.455,00										
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.792.065,54	2.792.065,54	501.002,94	3.333.444,73	2.356.682,29	139.428,70			2.496.110,99	2.356.682,29	139.428,70		2.496.110,99	837.333,74	297.778,87	435.383,25	837.333,74	297.778,87	435.383,25		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	280.898,98	280.898,98	57.256,14	297.778,87																	
	24.589.619,31	24.589.619,31	652.460,47	25.242.079,78	9.951.917,41	530.647,70			10.482.565,11	9.951.917,41	530.647,70		10.482.565,11	14.759.514,67	14.759.514,67	14.637.701,90	14.759.514,67	14.637.701,90			
	24.674.246,98	24.674.246,98	652.460,47	25.328.707,45	10.025.891,43	537.109,05			10.563.000,48	10.025.891,43	537.109,05		10.563.000,48	14.763.706,97	14.763.706,97	14.648.355,55	14.763.706,97	14.648.355,55			

BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH, Hagen

Lagebericht 2018 der Geschäftsführung

A. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeiner Überblick

Die BSH gem. GmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Gesellschaftsanteile sind mit 94 % auf die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) sowie mit 6 % auf die Stadt Hagen verteilt. Die Gesellschaft erfüllt auf dem Gebiet der Stadt Hagen unter anderem den Zweck der Unterbringung und der Versorgung sowie der pflegerischen, sozialen und erzieherischen Betreuung hilfsbedürftiger Menschen.

Sie betreibt mit dem Geschäftsbereich „Seniorenzentrum Buschstraße“ eine stationäre Pflegeeinrichtung einschließlich der Kurzzeit-, Tages- und ambulanten Pflegebereiche sowie seniorengerechte Wohnungen.

Sie erbringt im Geschäftsbereich „Jugendhilfe Selbecke“ Leistungen der Erziehungshilfe und hält Betreuungsangebote an Hilfen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Hilfen für Menschen mit seelischen Behinderungen vor. Es gibt Angebote gemeinsamer Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder sowie teilstationäre Angebote für Kinder und Jugendliche. Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Situation wurden verschiedene Betreuungsformen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge angeboten.

Die BSH gem. GmbH ist bestrebt, den zu betreuenden Menschen ein hohes Maß an Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Sicherheit zu ermöglichen und ihnen ein Zuhause in Hagen zu bieten. Die Ressourcen der uns anvertrauten Menschen sollen erkannt, erhalten und gefördert werden. Gleichzeitig sollen nicht umkehrbare Defizite gemäß den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen bestmöglich kompensiert werden. Die Menschen sollen motiviert und ihre Kompetenzen gestärkt werden. Die wesentliche Orientierung des Handelns ergibt sich aus den eigens entwickelten Unternehmens- und Pflege- und Betreuungsleitbildern, die auf den Sozial- und entsprechenden Spezialgesetzen fußen.

Die Beschäftigten der Gesellschaft orientieren sich im Rahmen der Pflege- und Betreuungsgesetze an den Bedürfnissen der Menschen in den jeweiligen Einrichtungen der Geschäftsbereiche. Ziel ist es, durch eine hohe Arbeitsqualität die Auslastung der verschiedenen Bereiche zu sichern und so den Bestand der Einrichtung zu erhalten.

Mit diesen Angeboten erfüllt die BSH gem. GmbH als kommunales Dienstleistungsunternehmen den öffentlichen Zweck.

Anlage 4/2

B. Wirtschaftsbericht

1) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Ergebnis

Die BSH schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von 206 T€ ab.

Personal- und Sozialwesen BSH

Im Durchschnitt wurden in diesem Berichtsjahr 283 Mitarbeiter/innen inklusive 8 Auszubildende und zusätzlich 5 Praktikanten im Anerkennungsjahr bei der BSH gem. GmbH beschäftigt. Eine Auszubildende konnte nach erfolgreicher Ausbildung mit Abschlussprüfung zur examinierten Altenpflegerin in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Die Gesamtbeschäftigtenzahl betrug zum Jahresende 293. Das Personal wurde überwiegend in den Bereichen Pflege, der sozialen Betreuung und im Service des Seniorenzentrums sowie im Bereich Erziehungshilfe in der Jugendhilfe eingesetzt. Im Seniorenzentrum konnten in der stationären und ambulanten Pflege nicht alle Produktivstellen durch eigenes Personal besetzt werden, so dass die Ersatzgestellung über einen Personaldienstleister erfolgte. Des Weiteren führten unplanmäßige Veränderungen auf den Fachkräfte- und Leitungsstellen zu einer regen Fluktuation. In der Jugendhilfe führten unplanmäßige Austritte, Beschäftigungsverbote, die Umsetzung eines Nachtwachenkonzeptes und die Einstellung des Angebotes für „Jungen mit und ohne Migrationshintergrund“ zu Personalbestandsveränderungen.

Die Geschäftsführung wurde ab dem 01.01.2018 um einen weiteren Geschäftsführer erweitert. Die Anstellung erfolgte direkt bei der BSH. Ein Geschäftsführer wird wie bisher von der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gestellt. Neben der Gesamtverantwortung für die BSH gem. GmbH haben sich die Geschäftsführer im Rahmen eines Geschäftsverteilungsplans auf ihren jeweiligen Geschäftsbereich weitestgehend eigenverantwortlich konzentriert und die strategische, fachliche und operative Weiterentwicklung sowie die betriebswirtschaftliche und effiziente Steuerung des Geschäftsbereiches übernommen.

Zum **31.12.2018** betrug der Beschäftigungsstand in den Geschäftsbereichen (GB):

GB	VZ-Stellen	MA
SZB	120,04	164
JHS	104,81	129
Gesamt	224,85	293

Zum **31.12.2017** betrug der Beschäftigungsstand in den Geschäftsbereichen (GB):

GB	VZ-Stellen	MA
SZB	112,69	157
JHS	103,84	131
Gesamt	216,53	288

Belegung

Die Belegung in dem Geschäftsbereich Seniorenzentrum stellt sich prozentual wie folgt dar:

Sparte	2018	2017
Altenheimpflege	98,5	99,5
Kurzzeitpflege	84,1	82,2
Tagespflege	94,4	95,9

Die Belegung in dem Geschäftsbereich Jugendhilfe betrug im Geschäftsjahr 2018 92,9 % nach 97,9 % im Vorjahr.

2) Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage**Ertragslage**

Die BSH gem. GmbH erzielt im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss von 206 T€.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 15.287 T€ sind leicht unter Vorjahresniveau (-61 T€). Während die Erlöse beim Ambulanten Dienst mit 71 T€ über dem Vorjahresniveau sind und die Umsätze im Seniorenzentrum um 139 T€ gesteigert wurden, sind in der Jugendhilfe um -263 T€ deutlich gesunkene Umsätze zu verzeichnen. Die Zahl der betreuten Patienten des Ambulanten Dienstes ist dabei von durchschnittlich 74 Personen im Jahr 2017 deutlich auf 91 Personen im Berichtsjahr angestiegen.

Ursächlich für die Umsatzerlössteigerung im Seniorenzentrum sind im Wesentlichen bei gegenläufiger Entwicklung der Auslastung in den Bereichen Altenheimpflege, Kurzzeitpflege und Tagespflege die neu verhandelten und ab dem 1.8.2018 gültigen Pflegesätze in allen drei Sparten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Jahr 2017 deutlich um 212 T€ gestiegen. Ursächlich für diesen Anstieg im Berichtsjahr ist nahezu ausschließlich der Sondersachverhalt der bilanziellen Behandlung der Investitionskostenpauschale des Vorjahres. Während die vereinnahmten aber noch nicht zweckgebunden verausgabten Mittel des Vorjahres im Jahr 2017 als Verbindlichkeit ausgewiesen wurden, so war im Berichtsjahr der Posten nach aktueller Rechtslage aufzulösen. Dieser Betrag ist in Höhe von 191 T€ in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten.

Wesentliche Position ist weiterhin die Erstattung des LWL in Höhe von 152 T€ im Rahmen der Ausbildungsumlage. Eine korrespondierende Aufwandsposition findet sich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder.

Der Materialaufwand enthält in den Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe von insgesamt 987 T€ insbesondere Aufwendungen für Lebensmittel (459 T€) sowie für Energie- und Wasserbezüge (386 T€). Beide Positionen bewegen sich auf Vorjahresniveau. Die größten Posten in den bezogenen Leistungen sind durch das Personalleasing (382 T€) sowie die Reinigungskosten (278 T€) gegeben. Während die Reinigungskosten nur leicht über Vorjahresniveau liegen

Anlage 4/4

(+16 T€), sind die Kosten für Personalleasing signifikant gestiegen (+72 T€). Dies liegt insbesondere im allgemein vorherrschenden Fachkräftemangel begründet.

Der Personalaufwand der BSH erhöhte sich gegenüber 2017 um 694 T€ korrespondierend zu der durchschnittlich leicht gestiegenen Mitarbeiteranzahl. Darüber hinaus wirken sich auch die bereits erfolgten Entgeltverhandlungen aus, die zu einer unterjährigen Tarifierhöhung in Höhe von 3,19 % zum 1. März 2018 geführt haben.

Die Abschreibungen sind mit 537 T€ leicht über dem Vorjahresniveau (46 T€) und werden durch die Investitionen des Berichtsjahres deutlich überlagert (652 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind per Saldo um 492 T€ spürbar gesunken. Sie enthalten als wesentliche Position die Betreuungsaufwendungen mit 323 T€ (Vj. 401 T€) die sich korrespondierend insbesondere zu den gesunkenen Umsatzerlösen der Sparte Jugendhilfe ebenfalls vermindert haben. Weiterhin ist als bedeutender Posten die Ausbildungsumlage des LWL leicht über Vorjahresniveau mit 224 T€ enthalten (Vj. 210 T€). Der deutliche Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist dadurch begründet, dass die sonstigen Fremdlieferungen und -leistungen im Vorjahr durch die Erfassung einer Verbindlichkeit für die vereinnahmten Mittel im Rahmen der Investitionskostenpauschale in Höhe von 191 T€ belastet war. Ein korrespondierender Posten ist im Berichtsjahr nach der aktuellen Rechtslage zur Bilanzierung dieser Mittel nicht mehr zu erfassen.

Ebenfalls deutlich gesunken sind die Rechts- und Beratungskosten mit einem Rückgang von 48 T€. Im Vorjahr waren u. a. einmalige Kosten für eine Personalvermittlung (28 T€) enthalten.

Entscheidend für den gesunkenen Jahresüberschuss ist bei einem moderaten Umsatzrückgang insbesondere der spürbar angestiegene Personalaufwand des Berichtsjahres. Bei der Betrachtung des Jahresergebnisses muss ebenfalls berücksichtigt werden, dass im Berichtsjahr ein einmaliger positiver Effekt durch die Ausbuchung der Investitionskostenpauschale in Höhe von 191 T€ maßgeblich zum Jahresüberschuss beigetragen hat.

Gewinn- und Verlustrechnung	2018	2017	Abw.
	T€		
Umsatzerlöse	15.287	15.348	-61
Sonstige betriebliche Erträge	621	409	212
Materialaufwand	1.918	1.803	-115
Personalaufwand	11.222	10.528	-694
Abschreibungen	537	491	-46
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.653	2.145	492
Sonstige Steuern	18	18	0
Finanzergebnis	-354	-375	21
Jahresüberschuss	206	397	-191

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr bei gegenläufigen Effekten um 286 T€ (-1,7 % vermindert. Das Anlagevermögen erhöhte sich bei deutlich gestiegenen Investitionen im Vergleich zum Vorjahr unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen per Saldo um 116 T€. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zeigen sich ebenfalls deutlich erhöht (196 T€). Der stichtagsbedingte starke Rückgang der liquiden Mittel (-529 T€) geht u.a. einher mit dem Aufbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den hohen Investitionen in das Anlagevermögen. Des Weiteren hat sich der aktive Rechnungsabgrenzungsposten planmäßig vermindert. In dieser Position enthalten ist eine geleistete Mietvorauszahlung in Höhe von 39 T€ (Vj. 52 T€).

Das kurzfristig gebundene Vermögen hat sich per Saldo insgesamt deutlich vermindert (-402 T€).

Auch auf der Passivseite der Bilanz sind im Berichtsjahr gegenläufige Effekte zu verzeichnen. Die langfristigen Darlehen sind durch planmäßige Tilgungen i. H. v. 461 T€ weiter zurückgegangen. Die Tilgungsleistung ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig, da ein Darlehen unterjährig vollständig getilgt wurde und der Kapitaldienst entsprechend nicht für ein gesamtes Jahr angefallen ist.

Die langfristigen Rückstellungen betreffen die Archivierungsverpflichtung der Gesellschaft zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (54 T€) sowie die Jubiläumsrückstellung (49 T€) und zeigen sich auf Vorjahresniveau.

Die kurzfristigen Rückstellungen liegen deutlich über dem Vorjahresniveau (+181 T€) und werden weiterhin dominiert von den spürbar erhöhten Urlaubsrückstellungen mit 324 T€ (Vj. 217 T€) sowie den Rückstellungen für Leistungsentgelte für Mitarbeiter mit 174 T€ (Vj. 160 T€). Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr eine Rückstellung gebildet für die erwartete Nachzahlung auf Grund einer im Berichtsjahr durchgeführten Prüfung der Deutschen Rentenversicherung (85 T€).

Die übrigen Verbindlichkeiten incl. des Rechnungsabgrenzungsposten zeigen sich signifikant vermindert zum Vorjahr (-202 T€). Ursächlich für diese Entwicklung ist nahezu ausschließlich die Auflösung der Verbindlichkeit aus der Investitionskostenpauschale (-191 T€), nachdem sich die Rechtslage zur bilanziellen Erfassung dieser Position im Berichtsjahr geändert hatte.

Die Mittel aus der Investitionskostenpauschale sind jedoch weiterhin zweckgebunden zu verwenden; entsprechende Maßnahmen wurden bereits zeitnah eingeplant.

Das kurzfristig gebundene Fremdkapital ist leicht unter Vorjahresniveau, u.a. bedingt durch das unterjährige Auslaufen eines Darlehens und die Verschiebung von Fristigkeiten durch planmäßige Tilgungsleistungen.

Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital beträgt 15,72 % (i. Vj. 14,44 %). Eigenkapital und langfristig gebundenes Kapital betragen 88,46 % (i. Vj. 88,98 %) der Bilanzsumme.

Durch den Jahresüberschuss des Berichtsjahres konnte das Eigenkapital entsprechend erhöht werden und der bestehende Verlustvortrag vollständig abgebaut werden. Allerdings war der Jahresüberschuss maßgeblich beeinflusst von der ertragswirksamen Auflösung der vereinnahmten Investitionskostenpauschale des Jahres 2017.

Anlage 4/6

Die Gesellschaft war aufgrund der zuvor geschilderten Entwicklungen im Berichtsjahr jederzeit in der Lage den finanziellen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Bilanz

Aktiva	2018	2017	Abw.
	T€		
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	11	-7
Sachanlagen	14.760	14.637	123
Langfristig gebundenes Vermögen	14.764	14.648	116
Vorräte	18	23	-5
Forderungen / sonstige VG	642	499	143
RAP	46	57	-11
Flüssige Mittel	672	1.201	-529
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.378	1.780	-402
	16.142	16.428	-286
	2018	2017	Abw.
	T€		
Eigenkapital	2.321	2.116	205
Sonderposten	246	258	-12
Langfristige Rückstellungen	103	99	4
Lang- u. mittelfristige Verbindlichkeiten	11.610	12.145	-535
Langfristig gebundenes Kapital	14.280	14.618	-338
Kurzfristige Rückstellungen	715	534	181
Bankverbindlichkeiten	453	465	-12
Verbindlichkeiten aus LL.	242	157	85
Übrige Verbindlichkeiten / RAP	452	654	-202
Kurzfristig gebundenes Kapital	1.862	1.810	52
	16.142	16.428	-286

C. Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

1) Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein positives Ergebnis in Höhe von 28 T€ erwartet. Das Planergebnis resultiert aus einer Verringerung der Gesamterträge. Die Personalaufwendungen wurden auf Basis der Tarifverhandlungen mit der bereits feststehenden Tarifsteigerung von 3,09 % ab März 2019 eingeplant.

Das Finanzergebnis wird bei unterstellter planmäßiger Tilgungsleistung der Bankverbindlichkeiten leicht verschlechtert geplant, da eine weitere angedachte Fremdfinanzierung für Umbau- bzw. Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe den Zinsaufwand entsprechend erhöhen.

Während im Geschäftsbereich „Jugendhilfe“ die Einnahmen aus eigener Tätigkeit wieder auf einem hohen Auslastungsniveau zu steuern sind, wird es wichtig sein, dass der positive Trend der Auslastung in den Pflegebereichen „Seniorenzentrum“ auch zukünftig mindestens auf Planniveau gehalten wird. Des Weiteren ist wichtig, dass sich die Jugendhilfe den neuen Bedarfsanforderungen an soziale Betreuungsangebote der Städte stellen und den Kooperationspartnern Lösungen für sozialpädagogische Hilfemaßnahmen anbieten. In beiden Geschäftsbereichen muss der Personaleinsatz effizient an den Auslastungsschwankungen gesteuert werden und die Steuerung der beeinflussbaren Einzelaufwendungen im richtigen Verhältnis zu den zu erbringenden Leistungen erfolgen.

Mit vorhandenen Instrumenten aus dem Berichtswesen soll auch weiterhin ein umfassendes Kostenmanagement in den Geschäftsbereichen durchgeführt werden. Dabei liegt das Hauptaugenmerk darauf, dass die mit den Vertragspartnern – unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit - verhandelten Kostenstrukturen dauerhaft nicht nur refinanziert, sondern Überschüsse erwirtschaftet werden.

Im Seniorenzentrum werden neben den Veränderungen, die aus dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz und den Pflege-Stärkungsgesetzen (1-3) resultieren, weitere Neuerungen - wie zum Beispiel das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG), die Umstellung des Systems zur Qualitätsprüfung, die Evaluation des Alten- und Pflegegesetzes NRW und die Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW (APG DVO) sowie die Änderungen der Ausbildungs- und Prüfverordnungen - Einzug halten und die operativen Aktivitäten signifikant beeinflussen.

Im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wird das Ziel verfolgt, die Vorschläge aus Maßnahmenplänen durch angemessene Investitionen im Bestand der Senioreneinrichtung weitestgehend zu realisieren und unter sachgerechter Steuerung der finanziellen Mittel eine zukunftsorientierte Gestaltung der verschiedenen Pflege- und Betreuungszweige sicherzustellen bzw. zu erweitern. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zunächst behördlich veranlasste und altersbedingte Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten Vorrang haben und die Vermietung und Verpachtung gesichert werden soll, bevor die Umsetzung möglicher Entwicklungspotentiale erfolgt. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um: Brandschutzmaßnahmen, Bau eines Retentionsbeckens, Erneuerung einer Wohnbereichsküche, Fußbodensanierung eines Speisesaals, Deckensanierung Veranstaltungssaal. Darüber hinaus ist der Um- und Ausbau der Tagespflege geplant.

Anlage 4/8

Im Geschäftsbereich Jugendhilfe soll das Nebenhaus am zentralen Standort „Jugendhilfe Selbecke“ umgebaut, saniert und energetisch ertüchtigt werden. Die heilpädagogische Tagesstätte soll einem anderen Wohnraumkonzept zugeführt werden.

Das Haupthaus und die Liegehalle sind ebenfalls sanierungsbedürftig. Inwieweit der zentrale Standort „Jugendhilfe Selbecke“ modernisiert und als Kinder- und Jugenddorf entwickelt werden kann, ist auch im Jahr 2019 ein Thema. Es soll ein Konzept entwickelt werden, wie unter Beibehaltung der einzelnen Wohngruppenkonzepte Miet- und Eigentumsverhältnisse aufgelöst und Fixkosten sowie die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter durch Zentralisierung reduziert werden können.

2) Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der BSH gem. GmbH. Aus diesem Grund hat die BSH nach Einführung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut und regelmäßig weiterentwickelt. Ziel ist es, dass Risiken frühzeitig erkannt, bewertet und Gegenmaßnahmen getroffen werden, um diese Risiken auf ein Minimum zu begrenzen.

Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar mit dem Risikomanager zu kommunizieren. Im Berichtssystem der BSH wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet. Es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und in ihrer Art beschrieben. Des Weiteren werden die Qualifizierung nach der wirtschaftlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und die Quantifizierung nach der möglichen Schadenshöhe vorgenommen. Zudem sind entsprechende Gegenmaßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung der Risiken aufzunehmen.

3) Risiko- und Chancenbericht

Risiken

Aktuell sind 14 verschiedene Risiken identifiziert, keines der Risiken wird als existenzbedrohend eingestuft.

Die Risiken der unerwarteten Investitions- und Instandhaltungserfordernisse – insbesondere für Brandschutzmaßnahmen – sowie deren Finanzierung und die Nichterreichung des Auslastungsgrades in den Geschäftsbereichen „Seniorenzentrum“ und „Jugendhilfe“ sowie ein Belegungsstopp im Seniorenzentrum durch negative Bewertungen durch die WTG-Behörde und/ oder durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen werden als kritisch mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft.

Mögliche Gegenmaßnahmen bestehen unter anderem in: Liquiditäts- und Investitionskostenplanung, aktive Steuerung der Verbindlichkeiten auf Tilgungsmöglichkeiten und Zinssenkungen, Verbesserung der MDK-Qualitätsnote, Umsetzung von Marketingmaßnahmen, Kontaktpflege zu: Pflegeberatungen, sozialen Diensten, Krankenhäusern und praktischen Ärzten, Personaleinsatzsteuerung, Verbesserung der Prozess- und Kommunikationsqualität, Systemumstellung in der Pflegedokumentation, Durchführung eines Pflegerisikomanagements, Kontaktpflege mit dem allgemeinen

sozialen Dienst der Stadt Hagen (ASD), Gewinnung Jugendämter anderer Städte, Personaleinsatzsteuerung.

Darüber hinaus finden auch die anderen Risiken im Risikokatalog besondere Beachtung. Dazu gehören z. B.: ungeplante Steigerung der Personal- und Personalleasingkosten durch Personalmangel und erhöhte Mitarbeiterabwesenheiten, Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), Personal- bzw. Fachkräftemangel, Kündigung Pachtvertrag Haus 4 Seniorenzentrum, Instandsetzungs- und Modernisierungsstau Seniorenzentrum und Standort Selbecker Straße, Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund zu hoher Heimentgelte, Nichterreichung der Auslastung Ambulanter Dienst.

Auch hierfür sind im Risikomanagementsystem Handlungsempfehlungen zur Vermeidung oder Verminderung einzelner Risiken beschrieben. Stichpunkte hierfür sind z. B.: Umsetzung der Betriebsvereinbarung Erhöhung der Anwesenheitsquote und betriebliches Eingliederungsmanagement, Arbeitsplatz- und Dienstplangestaltung, Förderung der Ausbildung, Nachfolgeplanung und Personalentwicklung, Umsetzung des Maßnahmenplans zur DSGVO, Alternative Verpachtungsbzw. Belegungsmöglichkeiten aufzeigen, Zweckgebundene Verwendung der Mittel für Investitions-, Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen, Rechtzeitige Pflegesatz- und Entgeltverhandlungen, Preisvergleich der Wettbewerber, ausgewogene Patientenauslastung und deren Kosten-Nutzen-Analyse.

Chancen

Chancen durch:

- konsequente Steuerung der Arbeitsprozesse und der damit verbundenen Personaleinsatzplanung - Personalschlüssel je Auslastungsgrad - in Verbindung mit dem Pflegegrad Seniorenzentrum und der Betriebserlaubnis Jugendhilfe,
- konsequente Nutzung der elektronischen Pflegedokumentation im Seniorenzentrum: hierdurch können die Pflege- und Betreuungsleistung transparent und nachhaltig dokumentiert, die Arbeitsqualität verbessert sowie die Arbeitsbelastung der Beschäftigten gesteuert werden,
- Weiterentwicklung der Infrastruktur am Standort Seniorenzentrum Buschstraße durch Umbau und Modernisierung innerhalb des Gebäudebestandes und durch Um- und Anbaumaßnahmen Tagespflege,
- Weiterentwicklung der Infrastruktur am Standort Jugendhilfe Selbecke durch energetische Sanierung und Umbau des Nebengebäudes in ein neues Betreuungsangebot,
- Konzeptionelle Ausrichtung über zukünftige Betreuungsbedarfe der allgemeinen sozialen Dienste der Stadt Hagen und der umliegenden Städte in Abstimmung mit infrastrukturellen Notwendigkeiten.

Hagen, 22. Februar 2019

BSH Betrieb für Sozialeinrichtungen Hagen gem. GmbH

Detlef Hörmann

Benedict Delévièleuse

6. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH

6.1. Allgemeine Daten

Eichendorffstraße 14
58089 Hagen
Telefon: 02331 9 22 85-0
Telefax: 02331 9 22 85-58

Internet: www.werkhof-hagen.de
E-Mail: verwaltung@werkhof-hagen.de

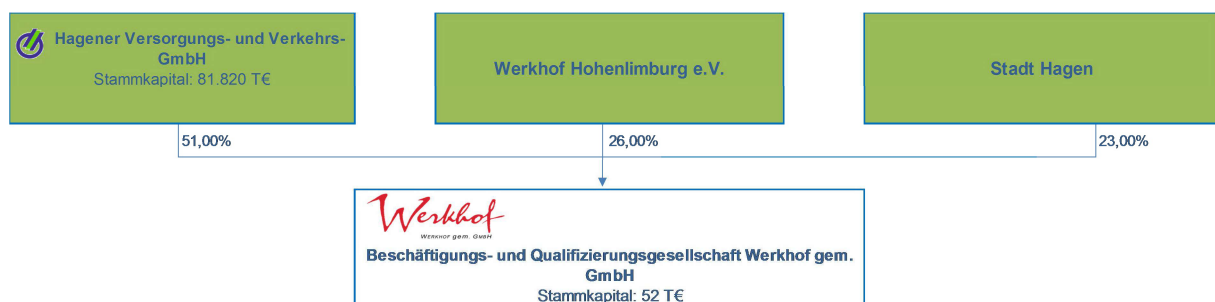
6.2. Unternehmensgegenstand

Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere die Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen und sonstigen auf öffentliche Mittel angewiesenen Personen.

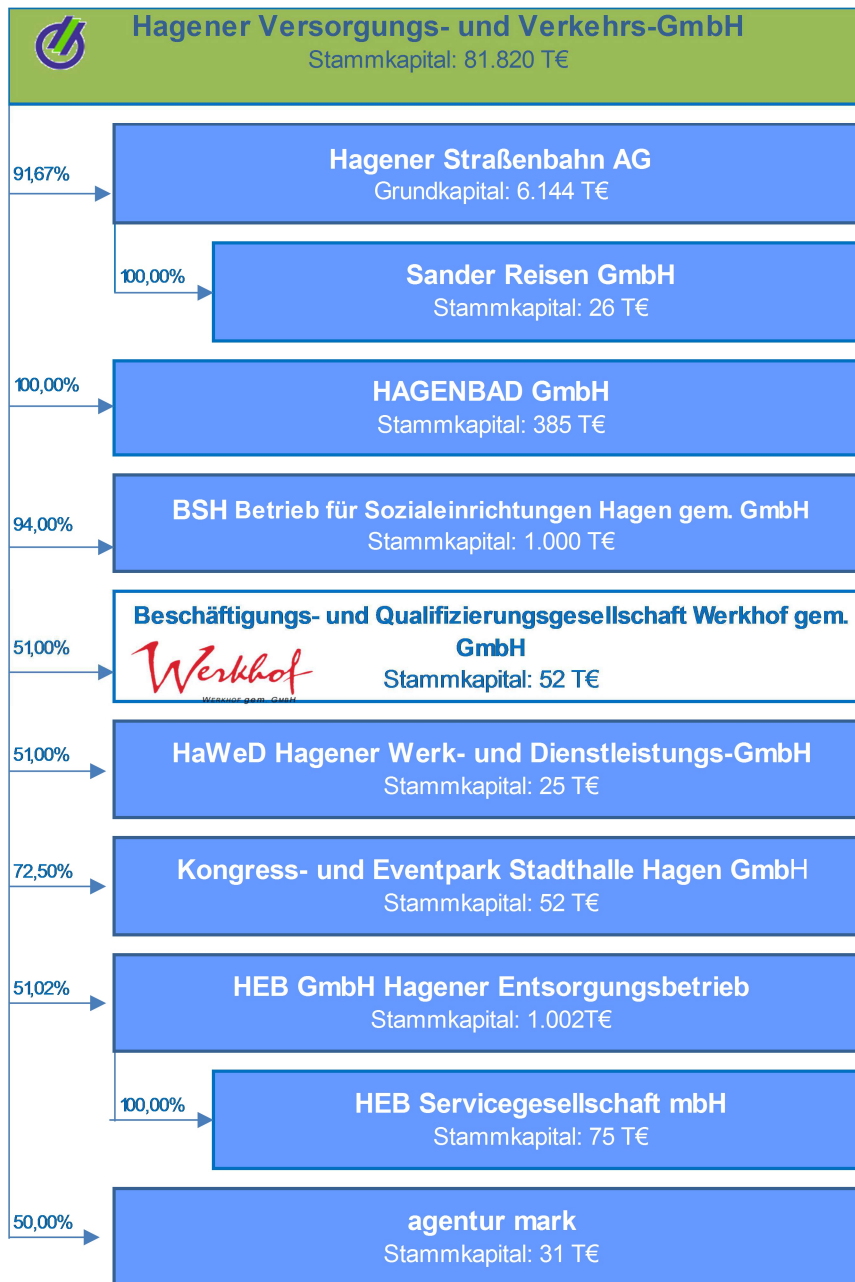
6.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Öffentlicher Zweck und Gegenstand der Gesellschaft ist die soziale und psychische Stabilisierung sowie berufliche Qualifizierung von Personen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und auf dem Arbeitsmarkt keine bzw. nur geringe Chancen haben.

6.4. Beteiligungsverhältnis



6.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH
Hagen

- 16 -

**F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGES GEMÄSS
§ 53 HGRG**

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 7 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 12. April 2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die Werkhof Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft gem. GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

- 18 -

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die

auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Anlagen

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH,

Bilanz zum 31. Dezember 2018

A K T I V A		31.12.2018 €	Vorjahr T€	P A S S I V A		31.12.2018 €	Vorjahr T€
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.225,04	3	I.	Gezeichnetes Kapital	52.000,00	52
		1.225,04	3		Gezeichnetes Kapital	52.000,00	52
II.	Sachanlagen			II.	Gewinnrücklagen	340.649,13	316
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	18.696,46	31		Andere Gewinnrücklagen	340.649,13	316
2.	Technische Anlagen und Maschinen	22.616,52	32	III.	Gewinnvortrag	187.768,39	188
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	120.653,89	151	IV.	Jahresfehlbetrag/-überschuss	-308.041,67	25
		161.966,87	214			272.375,85	581
III.	Finanzanlagen			B. SONDERPOSTEN FÜR ZUWENDUNGEN		0,00	2
	Beteiligungen	100,00	0	C. RÜCKSTELLUNGEN			
		100,00	0	1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	396.000,00	0
		163.291,91	217	2.	Sonstige Rückstellungen	126.317,00	535
B. UMLAUFVERMÖGEN				D. VERBINDLICHKEITEN		522.317,00	535
I.	Vorräte			1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.706,72	16
	Fertige Erzeugnisse und Waren	115.956,81	117	2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.354,21	70
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3.	Sonstige Verbindlichkeiten	504.830,15	513
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	186.885,81	310	E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		573.891,08	599
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	33.828,35	28			693,00	0
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	331.596,41	379				
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	70.053,87	81				
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	622.364,44	798				
		457.559,54	574				
		1.195.880,79	1.489				
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN							
		10.104,23	11				
		1.369.276,93	1.717			1.369.276,93	1.717

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018 €	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	5.252.848,29	5.692
2. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Betriebliche Erträge	120.254,64	434
	120.254,64	434
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-638.056,54	-798
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-104.487,83	-94
	-742.544,37	-892
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.833.389,79	-3.066
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 82.435,04 € (31 T€)	-668.780,69	-677
	-3.502.170,48	-3.743
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-58.744,86	-61
	-58.744,86	-61
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Betriebsaufwendungen	-1.400.885,20	-1.415
	-1.400.885,20	-1.415
7. Betriebsergebnis	-331.241,98	15
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.059,25	22
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-200,22	-7
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,26	0
11. Ergebnis nach Steuern	-303.384,21	30
12. Sonstige Steuern	-4.657,46	-5
13. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-308.041,67	25

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018

Anhang

1 Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

1.1 Allgemeine Angaben

Die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Hagen (HRB 3556).

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen in § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags hat die Gesellschaft jedoch nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen. Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich gemäß § 16 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages nach den gesetzlichen Vorschriften.

Die Wertansätze aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 wurden unverändert übernommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

1.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Anlagevermögen ist grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr 2018 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter im Einzelanschaffungswert zwischen 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) und 1.000 € werden in einem jährlichen Sammelposten zusammengefasst und auf fünf Jahre abgeschrieben.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert angesetzt. Eine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen wurde in Höhe von 0,7 T€ gebildet.

Anlage 3/2

Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet worden. Die übrigen Vermögenswerte sind mit den Nennwerten und die Verbindlichkeiten mit ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert. Langfristige Rückstellungen wurden abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

2 Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

2.1 Aktivseite

Zur Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände sowie der Sach- und Finanzanlagen wird auf den Anlagespiegel verwiesen.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen gegen Gesellschafter betreffen Darlehensforderungen gegen den Werkhof Hohenlimburg e.V. in Höhe von 331 T€ (VJ: 379 T€) und im Übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Das Darlehen an den Werkhof Hohenlimburg e.V. ist auf unbestimmte Zeit gewährt und jederzeit ganz oder teilweise rückzahlbar. Die Werkhof gem. GmbH kann das Darlehen ihrerseits jederzeit kündigen und den Restbetrag fällig stellen.

2.2 Passivseite

Die Gesellschaft ist zum Jahresende 2018 aus der Zusatzversorgungskasse ausgetreten. Die hierfür nach Berechnung der Kasse voraussichtlich über einen Zeitraum von 20 Jahren in jährlichen Raten zu leistende Ausgleichsverpflichtung ist unter Berücksichtigung der auf 10-jähriger Basis ermittelten Zinssätze abgezinst zurückgestellt worden. Die Ausgleichsverpflichtung bildet die Subsidiärhaftung aus den mittelbar über die Zusatzversorgungskasse zugesagten Altersversorgungspflichten ab und ist daher als Rückstellung für Pensionen passiviert worden. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt 33 T€.

Die Bemessung der sonstigen Rückstellungen berücksichtigt alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen, insbesondere Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Resturlaubsansprüche der Mitarbeiter (78 T€).

Die Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr mit Ausnahme des mit einem Rangrücktritt versehenen Darlehens der Stadt Hagen über 500 T€ - Ausweis bei den sonstigen Verbindlichkeiten - Restlaufzeiten von weniger als einem Jahr. Das Darlehen der Stadt Hagen ist auf unbestimmte Zeit gewährt und jederzeit ganz oder teilweise rückzahlbar. Die Stadt Hagen kann eine Rückzahlung nur verlangen, wenn die Wirtschaftsprüfer feststellen, dass die Liquiditätsstützung nicht mehr erforderlich ist und hinreichendes Vermögen zur Befriedigung der übrigen Gesellschaftsgläubiger vorhanden ist.

Die Verbindlichkeiten sind ungesichert.

3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

Geschäftsfelder	2018 T€	2017 T€
Recycling	30	30
Sozialkaufhaus	3.065	3.382
Zuschüsse	2.063	2.229
sonstige Maßnahmen	51	26
Sonstiges	44	25
Summe	5.253	5.692

In den **Sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von rd. 120 T€ sind 63 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für den Personalbereich, 30 T€ aus Versicherungsentschädigungen sowie 11 T€ als periodenfremde Erträge enthalten.

4 Sonstige Angaben

Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Organe der Gesellschaft sind:

die Gesellschafterversammlung,
der Geschäftsführer,
der Aufsichtsrat.

Seit dem 29. Januar 2008 sind die Gesellschafter die Hagener Versorgungs- und Verkehrs- GmbH mit einer Stammeinlage von 26.530,00 €, der Werkhof Hohenlimburg Kultur- und Ausbildungszentrum Schlossbrauerei e.V. mit einer Stammeinlage von 13.520,00 € und die Stadt Hagen mit einer Stammeinlage von 11.950,00 €.

Geschäftsführer ist Herr Ralph Osthoff, Hagen. Herr Osthoff ist bis 31.03.2020 als Geschäftsführer bestellt. Für seine Geschäftstätigkeit hat Herr Osthoff im Geschäftsjahr 2018 ein festes Gehalt von 92 T€ erhalten. Darüber hinaus wurden 11 T€ als Urlaubsabgeltung gezahlt.

Der Geschäftsführer unterliegt der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht. Er hat im Geschäftsjahr 2018 Arbeitgeberzuschüsse zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung von 4,5 T€, Beiträge zur Zusatzversorgung von 3,5 T€ sowie Sachbezüge (PKW-Gestellung) von 5 T€ erhalten.

Für den Fall vorzeitiger Beendigung der Tätigkeit des Geschäftsführers auf Veranlassung der Gesellschaft ist in dem Anstellungsvertrag keine Regelung getroffen.

Mit den vorgenannten Bezügen sind auch die Geschäftsführertätigkeiten bei der Konzerngesellschaft HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH abgegolten.

Anlage 3/4

Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden 11 Mitgliedern zusammen:

Vorsitzender: Herr Dr. Roland Bäcker, Rechtsanwalt und Notar

Stellvertretende
Vorsitzende: Frau Ruth Sauerwein, Journalistin

Weitere Mitglieder:
Herr Horst Bach, Pensionär
Herr Christoph Köther, Geschäftsführer
Herr Patrick Messerschmidt, Controller
Herr Wilhelm Strüwer, Geschäftsführer
Herr Peter Arnusch, Produktionsleiter
Frau Hannelore Fischbach, Pensionärin
Frau Margarita Kaufmann, Beigeordnete der Stadt Hagen
Frau Ramona Timm-Bergs, Vertriebsassistentin
Herr Ulrich Fleischer, Pensionär

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Immobilienmietverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von 409 T€ für das Jahr 2019 bzw. in Höhe von 1.438 T€ bis zur Restlaufzeit der Verträge und aus Leasing-Verträgen über Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 22,5 T€ für das Jahr 2019 bzw. in Höhe von 33,5 T€ bis zur Restlaufzeit der Verträge.

Konzernzugehörigkeit

Das Unternehmen gehört über die Hauptgesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG), Hagen, zum Konzern der HVG. Der Konzernabschluss ist am Sitz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Mitarbeiter

Anzahl der Mitarbeiter und Projektteilnehmer im Geschäftsjahr 2018:
In 2018 wurden die insgesamt 245 (293) jahresdurchschnittlichen Projektteilnehmer von 66 (64) hauptamtlichen Mitarbeitern betreut.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Prüferhonorar

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Hagen, am 26. März 2019

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen

Ralph Osthoff

Werkhof gem. GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens
Stand 31.12.2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte		
	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR	Ø AfA- Satz %	Ø Rest BW %
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	39.031,83	0,00	0,00	0,00	39.031,83	36.473,79	1.333,00	0,00	37.806,79	1.225,04	2.558,04	3,4	3,1
	39.031,83	0,00	0,00	0,00	39.031,83	36.473,79	1.333,00	0,00	37.806,79	1.225,04	2.558,04	3,4	3,1
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	715.910,69	0,00	0,00	0,00	715.910,69	685.138,23	12.076,00	0,00	697.214,23	18.696,46	30.772,46	1,7	2,6
2. Technische Anlagen und Maschinen	603.852,71	0,00	0,00	0,00	603.852,71	572.159,19	9.077,00	0,00	581.236,19	22.616,52	31.693,52	1,5	3,7
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.821.259,93	5.617,09	0,00	476,00	1.826.401,02	1.669.773,87	36.258,86	285,60	1.705.747,13	120.653,89	151.486,06	2,0	6,6
	3.141.023,33	5.617,09	0,00	476,00	3.146.164,42	2.927.071,29	57.411,86	285,60	2.984.197,55	161.966,87	213.952,04	1,8	5,1
III. Finanzanlagen													
Beteiligungen	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,0	100,0
	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,0	100,0
	3.180.155,16	5.617,09	0,00	476,00	3.185.296,25	2.963.545,08	58.744,86	285,60	3.022.004,34	163.291,91	216.610,08	1,8	5,1

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

Rundungs- und rechentechnisch bedingt sind in den nachfolgenden Tabellen geringfügige Differenzen, auch zu den Zahlen in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, möglich.

A. Grundlagen der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck und Gegenstand der Gesellschaft ist die soziale und psychische Stabilisierung sowie berufliche Qualifizierung von Personen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und auf dem Arbeitsmarkt keine bzw. nur geringe Chancen haben.

Die Gesellschaft verfügt über vier Standorte.

Zur Finanzierung der Gesellschaft werden die entsprechenden öffentlichen Förderprogramme genutzt. Mit Inkrafttreten des SGB II (Hartz 4 Gesetze) zum 01.01.2005 hat sich die Rechtsgrundlage zur Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen grundlegend geändert. Für die im Gesellschaftsvertrag des Werkhofs genannten Zielgruppen kommt nunmehr im Wesentlichen als Instrument öffentlich geförderter Beschäftigung und Qualifizierung eine Förderung nach § 16 Abs. 3 SGB II, jetzt § 16 d SGB II (Arbeitsgelegenheit) sowie der Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II und das Programm „Soziale Teilhabe“ in Betracht. Hierauf entfielen im Geschäftsjahr 2018 wie im Vorjahr rd. Zweidrittel der öffentlichen Fördermittel.

Für das Geschäftsjahr 2018 stellen sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2017 die Anteile der verschiedenen Förderstränge bzw. Erträge wie folgt dar:

Erträge		Ist 2018 €	in %	Ist 2017 €	in %
Umsatzerlöse	Sozialkaufhaus, Recycling und sonstige Leistungen	3.190.008	59,37%	3.462.217	56,52%
Umsatzerlöse aus arbeitsmarkt-politischen Förderprogrammen und sonstigen Zuschüssen	Landesmittel Jugendwerkstatt	183.438	3,41%	174.314	2,85%
	Zuschuss Ausbildungsvergütung § 73 SGB III	17.759	0,33%	12.240	0,20%
	Eingliederungszuschuss Agentur für Arbeit und Jobcenter	40.653	0,76%	114.682	1,87%
	Eingliederungszuschuss ESF	57.388	1,07%	169.060	2,76%
	Probearbeit	20.618	0,38%	61.857	1,01%
	Beschäftigungszuschuss Jobcenter	486.006	9,05%	484.221	7,91%
	Berufsorientierung "Regionales Übergangsmanagement"	9.752	0,18%	8.786	0,14%
	TEP Teilzeitberufsausbildung Einstieg begleiten - Perspektiven öffnen	15.910	0,30%	33.110	0,54%
	Arbeitsvermittlungsgutschein AVGS	3.878	0,07%	11.490	0,19%
	Flüchtlingsintegrationsmaßnahme FIM FP	46.667	0,87%	40.083	0,65%
	Flüchtlingsintegrationsmaßnahme FIM MAE	8.192	0,15%	11.370	0,19%
	<u>Jobcenter Hagen</u>				
	KompAS	0	0,00%	85.654	1,40%
	Soziale Teilhabe	270.986	5,04%	167.644	2,74%
	AGH MAE FP	420.668	7,83%	380.223	6,21%
	AGH MAE Mehraufwand	127.910	2,38%	126.776	2,07%
	<u>Jobcenter MK, Iserlohn</u>				
	AGH MAE FP	93.641	1,74%	95.333	1,56%
	AGH MAE Mehraufwand	16.103	0,30%	21.987	0,36%
	Förderzentrum für Flüchtlinge	132.386	2,46%	204.599	3,34%
	<u>Jobcenter MK, Halver</u>				
AGH MAE FP	55.449	1,03%	12.247	0,20%	
AGH MAE Mehraufwand	11.360	0,21%	4.243	0,07%	
aus sonstigen Zuschüssen	44.077	0,82%	9.373	0,15%	
Sonstige betriebl. Erträge	Spenden	1.250	0,02%	220	0,00%
	periodenfremde Erträge	10.681	0,20%	291.956	4,77%
	Übrige Erträge	108.324	2,02%	141.435	2,31%
Summe		5.373.104	100,00%	6.125.120	100,00%

B. Wirtschaftsbericht

B. 1. Jahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2018 konnte entgegen der Planung kein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Der Verlust beträgt rd. 308 T€. Bereinigt man das Vorjahr um die Sondereffekte KZVK von rd. 356 T€ (Auflösung von Verbindlichkeiten und Rückstellung in 2017) ist der Verlust um rd. 23 T€ geringer ausgefallen. Die Gesellschaft ist zum Jahresende aus der KZVK ausgetreten. Für die damit verbundene Ausgleichsverpflichtung ist eine (Pensions-) Rückstellung gebildet worden. Nach Verwendung der für das Sanierungsgeld bereits zurückgestellten Beträge mussten der Pensionsrückstellung noch weitere 54 T€ zugeführt werden; entlastend hat sich die Auflösung einer im Ergebnis nun doch nicht benötigten Personalrückstellung von 52 T€ ausgewirkt.

B.2 Beschäftigtenzahlen und Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt

Die Gesellschaft beschäftigte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 66 hauptamtlichen Mitarbeitern/innen (2017: 64) jahresdurchschnittlich 245 Projektteilnehmer/innen (2017: 293 TN). Von den Teilnehmern, die in 2018 ihre Maßnahme begonnen und regulär beendet haben, konnten in Hagen 17% und im Märkischen Kreis 27% in ein Arbeitsverhältnis auf dem Ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Zum Stichtag 31.12.2018 gliedern sich die von der Gesellschaft beschäftigten Teilnehmer wie folgt auf:

Projekt	Rechtsgrundlage	2018	2017
Arbeitsgelegenheiten Hagen MAE	§ 16 d SGB II	93	74
Arbeitsgelegenheiten Halver MAE	§ 16 d SGB II	11	0
Arbeitsgelegenheiten Iserlohn MAE	§ 16 d SGB II	13	19
Auszubildende	§ 73 SGB III	0	2
TEP Teilzeitberufsausbildung - Einstieg begleiten - Perspektiven öffnen	ESF-Förderprogramm Teilzeitausbildung	4	2
Eingliederungszuschuss ESF	ESF Bundesprogramm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit	6	14
Eingliederungszuschuss Hagen	§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88, 89, 91 und 92 SGB III	5	9
JobPerspektive Hagen	§ 16 e SGB II	14	15
JobPerspektive Iserlohn	§ 16 e SGB II	5	5
JobPerspektive Halver	§ 16 e SGB II	5	6
Soziale Teilhabe	Bundesprogramm "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt"	15	15
Förderung v. Arbeitsverhältnissen Hagen	§ 16 e SGB II	3	4
Förderung v. Arbeitsverhältnissen MK	§ 16 e SGB II	12	10
Probearbeitsverhältnisse	§ 34 SGB IX	1	2
Kurs - und Projekt	Landesjugendplan NRW	20	20
Flüchtlingsintegrationsmaßnahme (FIM)	befristetes Arbeitsmarktprogramm des Bundes	0	1
Förderzentrum für Flüchtlinge Iserlohn	§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 Abs. 1 S.1 Nr. 1, 2 und 5 SGB III	0	27
Bundesfreiwilligendienst	Bundesfreiwilligen- dienstgesetz BFDG	1	2
Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb (KompAS)	§ 45 SGB III bzw. § 16 SGB II i.V.m. § 45 SGB III	0	0
Einstiegsqualifizierung (EQ)	§ 54a SGB III	2	0
Summe		210	227

B.3 Erträge

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 sind die Erträge insgesamt um rd. 752 T€ gesunken.

Erträge	Position	IST 2018	IST 2017	IST-Abw.
		€	€	€
1. Umsatzerlöse	1.1 Sozialkaufhaus, Recycling und sonstige Leistungen	3.190.008	3.462.216	-272.208
	1.2 aus Zuschüssen			
	1.2.1 Regiekostenzuschüsse	961.788	1.045.839	-84.051
	1.2.2.1 Zuschüsse für Hauptamtlichenentgelte	35.968	61.749	-27.781
	1.2.2.2 Zuschüsse für Teilnehmerentgelte	866.898	947.956	-81.058
	1.2.3 Mehraufwandsentschädigung	163.565	164.376	-811
	1.2.4 sonstige Zuschüsse	34.621	9.373	25.248
2. Sonstige betriebliche Erträge		120.255	433.611	-313.356
Summe		5.373.103	6.125.120	-752.017

B.3.1 Umsatzerlöse

Die Veränderungen der Umsatzerlöse verteilen sich auf die Geschäftsfelder wie folgt:

Geschäftsfelder	IST 2018 €	IST 2017 €	IST-Abw. €
Recycling	29.741	30.180	-439
Sozialkaufhaus	3.064.865	3.382.287	-317.422
Arb.marktpolit. Förderprogramme u. sonstige Zuschüsse	2.062.840	2.229.292	-166.452
sonstige Maßnahmen	51.231	25.972	25.260
Sonstiges	44.171	23.778	20.393
Summe	5.252.848	5.691.509	-438.661

Die Umsätze im Bereich Recycling in Höhe von rd. 30 T€ resultieren aus Personalgestaltung (rd. 20 T€) für die HaWeD GmbH sowie aus Verwertungserlösen (rd. 9 T€) am Standort in Halver.

In den Filialen von „Möbel und Mehr“ sanken die Umsatzerlöse gegenüber 2017 um insgesamt rd. 317 T€. Die Umsatzrückgänge resultieren im Wesentlichen aus dem weggebrochenen Bedarf bei der Flüchtlingsversorgung und dem sonstigen Sozialverkauf.

B.3.1.2 Zuschüsse**B.3.1.2.1 Regiekostenzuschüsse**

Die Regiekostenzuschüsse sind in vollem Umfang ergebniswirksam. Der Rückgang der ertragswirksamen Regiekostenzuschüsse um rd. 84 T€ verteilt sich auf die verschiedenen Zuschussarten und Zuschussgeber wie folgt:

Zuschussarten	IST 2018 €	IST 2017 €	IST-Abw. €
Jobcenter Hagen, Regiekosten Arbeitsgelegenheiten	420.668	380.223	40.445
Arbeitsgelegenheiten	93.641	95.333	-1.692
Arbeitsgelegenheiten	55.449	12.247	43.202
Zuschuss Landesjugendplan Jugendwerkstatt	183.438	174.314	9.124
TEP Teilzeitberufsausbildung - Einstieg begleiten - Perspektiven öffnen	15.910	33.110	-17.200
Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen FIM	46.667	40.083	6.584
Förderzentrum für Flüchtlinge	132.386	204.599	-72.213
Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb (KompAS)	0	85.654	-85.654
Übergangsmanagement"	9.752	8.786	966
Arbeitsvermittlungsgutschein	3.878	11.490	-7.612
	961.789	1.045.839	-84.050

B.3.1.2.2 Zuschüsse für Hauptamtliche und Teilnehmerentgelte

Die Personalkostenförderung für Hauptamtliche und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Teilnehmer sanken um rd. 107 T€. Wesentlicher Grund sind sinkende Fördersätze und auslaufende Förderungen.

B.3.1.2.3 Mehraufwandsentschädigung für Teilnehmer

Die Mehraufwandsentschädigung für Teilnehmer (1,50 € je Arbeitsstunde) wird von der Werkhof gem. GmbH an die Teilnehmer ausgezahlt und von den Jobcentern erstattet. Dieser Zuschuss ist ein durchlaufender Posten und somit ergebnisneutral. Der Umfang hat sich gegenüber 2017 nicht verändert.

B.3.1.2.4 Sonstige Zuschüsse

Unter den sonstigen Zuschüssen sind Zuschüsse der Stadt Hagen für die Wohnbegleitung „Klartext“ in Höhe von 23 T€, ein Zuschuss für das Jugendprojekt „Ankommen in Hagen“ in Höhe von 9 T€ sowie ein Zuschuss über 2 T€ für das Festival „schwarzweissbunt“ enthalten.

B.3.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die übrigen Erträge sind in 2018 um rd. 313 T€ auf ein reguläres Maß von rd. 121 T€ gesunken, da die einmaligen Sondereffekte (Auflösung Verbindlichkeiten und Rückstellung KZVK rd. 356 T€) aus dem Vorjahr weggefallen sind.

B.4. Aufwand

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 sind die Aufwendungen in 2018 insgesamt um rd. 413 T€ gesunken:

Aufwendungen	IST 2018 €	IST 2017 €	Abw. €
1. Materialaufwand	742.544	891.597	-149.053
2. Personalaufwand		0	
2.1 Personalaufwand Hauptamtliche	2.065.642	2.160.882	-95.240
2.2 Personalaufwand Teilnehmer	1.397.632	1.519.546	-121.914
2.3 Sonstige Personalkosten	38.895	61.733	-22.838
3. Abschreibungen	58.745	61.364	-2.619
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.400.885	1.415.434	-14.549
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	200	6.656	-6.456
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag	1	2	-1
7. Sonstige Steuern	4.657	4.799	-142
Summe	5.709.201	6.122.013	-412.812

B.4.1 Materialaufwand

Der gegenüber 2018 gesunkene Materialaufwand korrespondiert mit den weggebrochenen Umsatzerlösen im Bereich der Neuwaren für die Flüchtlingsversorgung und dem sonstigen Sozialverkauf.

B.4.2 Personalaufwand

B.4.2.1 Personalaufwand Hauptamtliche

Der Personalaufwand der hauptamtlichen Mitarbeiter hat sich um rd. 95 T€ verringert.

Entwicklung des Personalaufwand Hauptamtliche IST-Vergleich 2018 zu 2017

rd.	82	T€	Neueintritte
rd.	105	T€	erstmalig ganzjährige Aufwendungen (Eintritte im Verlauf des Vorjahrs)
rd.	35	T€	Statuswechsel nach Auslaufen der Förderung (im Vorjahr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Teilnehmer)
rd.	-345	T€	Austritte
rd.	28	T€	Sonstige Effekte (Anhebung Mindestlohn, Krankengeldbezug, reduziertes "Weihnachtsgeld", erhöhte Rückstellungen, etc.)

B.4.2.2 Personalaufwand Teilnehmer

Als Teilnehmerentgelte werden die Lohnzahlungen für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Teilnehmer ausgewiesen. Diese sind um rd. 122 T€ zurückgegangen.

Entwicklung des Personalaufwand Teilnehmer IST-Vergleich 2018 zu 2017

rd.	113	T€	Neueintritte
rd.	221	T€	erstmalig ganzjährige Aufwendungen (Eintritte im Verlauf des Vorjahrs)
rd.	-109	T€	Statuswechsel nach Auslaufen der Förderung (im Vorjahr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Teilnehmer)
rd.	-313	T€	Austritte
rd.	-34	T€	Sonstiges (Anhebung Mindestlohn, Krankengeldbezug, etc.)

B.4.2.3 Sonstige Personalkosten

Die sonstigen Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 23 T€ zurückgegangen.

B.4.3 Abschreibungen

Die Abschreibungen 2018 erfolgten planmäßig.

B.4.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Vergleich zum Vorjahr sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt um rd. 14 T€ gesunken. Bereinigt man die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um die Mehraufwandsentschädigung für Teilnehmer, ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg der Aufwendungen von rd. 13 T€.

Wesentliche Ursachen für die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind:

rd.	-5	T€	gesunkene	Kosten Betreuungsgeld (durchlfd.)
rd.	-7	T€	gesunkene	Kosten Bürobedarf
rd.	22	T€	gestiegene	Fahrzeugkosten
rd.	1	T€	gestiegene	Fortbildungskosten
rd.	-51	T€	gesunkene	Honorarkosten
rd.	-28	T€	gesunkene	Reparatur- und Instandhaltungskosten
rd.	-13	T€	gesunkene	Miet- und Mietnebenkosten
rd.	54	T€	gestiegene	sonstige Betriebskosten
rd.	1	T€	gestiegene	sonstige Personalkosten
rd.	5	T€	gestiegene	Kosten für Versicherungen
rd.	8	T€	gestiegene	Werbungskosten

B.5 Jahresergebnis

In 2018 wurde ein Jahresfehlbetrag von rd. 308 T€ erzielt und damit das Planergebnis von rd. 17 T€ um rd. 325 T€ unterschritten.

C. Wirtschaftsbericht

Durch den Jahresfehlbetrag von rd. 308 T€ verringert sich zum 31.12.2018 das Eigenkapital von rd. 580 T€ auf rd. 272 T€.

Das Anlagevermögen ist in 2018 um rd. 54 T€ auf rd. 163 T€ gesunken. Bei Abschreibungen von rd. 59 T€ wurden in 2018 rd. 5 T€ in das Anlagevermögen investiert.

Die **Liquidität** zum Jahresende stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

Liquidität	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
	T€	T€	T€
Flüssige Mittel	458	574	-116
Finanzmittelbestand	458	574	-116
+ Kurzfristige Forderungen ¹⁾	301	436	-135
- Kurzfristige Verbindlichkeiten	201	293	-92
Liquiditätsstufe I	558	717	-159
+ Vorräte	116	117	-1
Liquiditätsstufe II (Working Capital)	674	834	-160

1) ohne die Forderung gegenüber dem Werkhof Hohenlimburg e.V. aus einem Kontokorrent-Darlehen von T€ 331 (2017: T€ 373).

Das Working Capital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 160 T€ auf 674 T€ verringert. Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird darüber hinaus über die Einbindung in das Liquiditätsmanagement der Muttergesellschaft HVG gesichert.

D. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

D.1 Prognosebericht

Unser von der Gesellschafterversammlung beschlossener Wirtschaftsplan 2019 sieht einen Jahresüberschuss von rd. 16 T€ vor. Nach Überprüfung und Aktualisierung der Planungsprämissen geht die Gesellschaft weiterhin von der Erreichbarkeit dieser Zielgröße aus. Unwägbarkeiten liegen insbesondere in den Auslastungsgraden der Maßnahmen des Jobcenters Hagen. Nachhaltige Minderauslastungen könnten das Ergebnis gefährden. Das Jobcenter Märkischer Kreis hat für die Standorte Iserlohn und Halver den Abrechnungsmodus

verändert. Entgegen der bisherigen Praxis werden nicht mehr die bewilligten Plätze, sondern die besetzten Plätze vergütet. Auf Basis der Auslastungsgrade der Maßnahmen haben wir eine Preisanpassung mit dem Jobcenter MK vereinbart, womit das Auslastungsrisiko minimiert wird.

In Hagen konnte über eine Ausschreibung ein Förderzentrum mit bis zu 40 Teilnahmeplätzen gewonnen werden. Da am Standort in Eckesey bereits vorhandene Ressourcen genutzt werden können, wird mit einem nennenswerten Deckungsbeitrag gerechnet.

D.2 Risikomanagementsystem

Systematisches Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der Gesellschaft. Aus diesem Grund hat die Gesellschaft nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen, um so Risiken auf ein Minimum zu begrenzen.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer finanziellen Auswirkung qualifiziert. Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar mit dem Risikomanager zu kommunizieren. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet. Es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

D.3 Risiko- und Chancenbericht

Im Vergleich der Geschäftsjahre 2018 und 2017 sind die Regiekostenzuschüsse für Arbeitsgelegenheiten im Geltungsbereich des Jobcenters Hagen um rd. 40 T€ gestiegen. Gleichwohl ist die Maßnahmeauslastung insbesondere im Bereich des Sozialkaufhauses in Hagen unzureichend. Die Bewilligungslage des Jobcenters Hagen für das Jahr 2019 ist gegenüber 2018 im Bereich des Sozialkaufhauses zwar um acht Plätze reduziert. Hierbei handelt es sich jedoch nur um eine Reduzierung von in der Vergangenheit nicht besetzten Plätzen, so dass in 2019 im Ergebnis keine Reduzierung der tatsächlich gezahlten Regiekostenpauschalen erwartet wird. Im rein ideellen Bereich wurden „teure“ Maßnahmeplätze aufgestockt. Diese Maßnahmeplätze wurden im Verlauf des Jahres 2018 auch vollständig abgefragt. Hier existierten 2018 ganzjährig Wartelisten, so dass für 2019 erhöhte Regiekostenpauschalen erwartet werden können.

Im Geltungsbereich des Jobcenters Märkischer Kreis sind die Regiekostenzuschüsse für Arbeitsgelegenheiten 2018 gegenüber 2017 um rd. 42 T€ gestiegen. Für 2019 wird mit gleichbleibenden Regiekostenzuschüssen gerechnet.

Durch stärkere Nutzung des Social-Media-Marketings wird für die Sozialkaufhäuser in Hagen und im Märkischen Kreis ein leichter Umsatzzuwachs im Vergleich zu 2018 erwartet. Insgesamt liegt ein gewisses Risikopotential im Bereich der Umsatzerlöse durch die schwer

einschätzbare Nachfrage öffentlicher Stellen nach Einrichtungsgegenständen und Hausrat für die Versorgung geflüchteter Menschen.

Der Werkhof befindet sich derzeit mit verschiedenen Dienststellen der Gesellschafterin Stadt Hagen in Gesprächen bezüglich der Vergabe von zusätzlichen Aufträgen im Bereich Renovierung, Gebäudeunterhaltung und dergleichen. Die zusätzliche Auftragsvergabe zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation wird einvernehmlich vom Aufsichtsrat der Gesellschaft unterstützt. Insbesondere die politischen Vertreter des Aufsichtsrates haben zugesichert, in ihren Gremien für entsprechende Unterstützung des Werkhofs zu werben. Mögliche Auftragsvergaben an den Werkhof sind grundsätzlich identifiziert, so dass für die zweite Jahreshälfte 2019 mit ersten Vergaben gerechnet wird.

Mit Wirkung zum 31.12.2018 hat die Gesellschaft ihre Mitgliedschaft in der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse KZVK in Dortmund gekündigt. In 2017 hatte das Oberlandesgericht Hamm festgestellt, dass die Erhebung des Sanierungsgeldes durch die Kirchliche Zusatzversorgungskasse (KZVK) rechtswidrig war. Für 2019 hat die KZVK ein neues Sanierungsgeld (Stärkungsbeitrag) beschlossen. Die Prognoserechnungen der KZVK machten deutlich, dass auch dieser Stärkungsbeitrag die finanziellen Möglichkeiten der Gesellschaft überfordern würde. Die Berechnungen der KZVK selbst und auch die eines unabhängigen Versicherungsmathematikers zu den finanziellen Belastungen bei einem satzungsgemäßen Austritt zeigten deutliche finanzielle Vorteile für einen Austritt. Da die über 20 Jahre laufenden Ausgleichzahlungen der Gesellschaft an die KZVK in Ihrer Höhe mit den aktuellen Parametern prognostiziert sind, wurde hierfür eine Rückstellung in Höhe von 396 T€ unter Einbeziehung der alten Sanierungsgeldrückstellung gebildet.

Die Gesellschaft hat gegenüber dem Gesellschafter Werkhof Hohenlimburg e.V. zum Bilanzstichtag Forderungen aus der Gewährung eines Kontokorrentkredites in Höhe von 331 T€ (Vorjahr 373 T€). Die Gesellschaft geht vom weiteren Fortbestand und der Zahlungsfähigkeit des Werkhof e.V. aus.

Unter Abwägung der dargestellten Chancen und Risiken geht die Gesellschaft davon aus, für 2019 ein leicht positives Jahresergebnis zu erzielen. Vor dem Hintergrund des negativen Jahresergebnisses 2018 ist die Trendwende im laufenden Geschäftsjahr unbedingt zu erreichen, um eine existenzgefährdende Reduzierung des Eigenkapitals der Gesellschaft zu verhindern.

Hagen, am 26. März 2019

Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH, Hagen

Ralph Osthoff

7. HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH

7.1. Allgemeine Daten

Eichendorffstraße 14
58089 Hagen
Telefon: 02331 9 22 85-0
Telefax: 02331 9 22 85-58

Internet: -
E-Mail: -

7.2. Unternehmensgegenstand

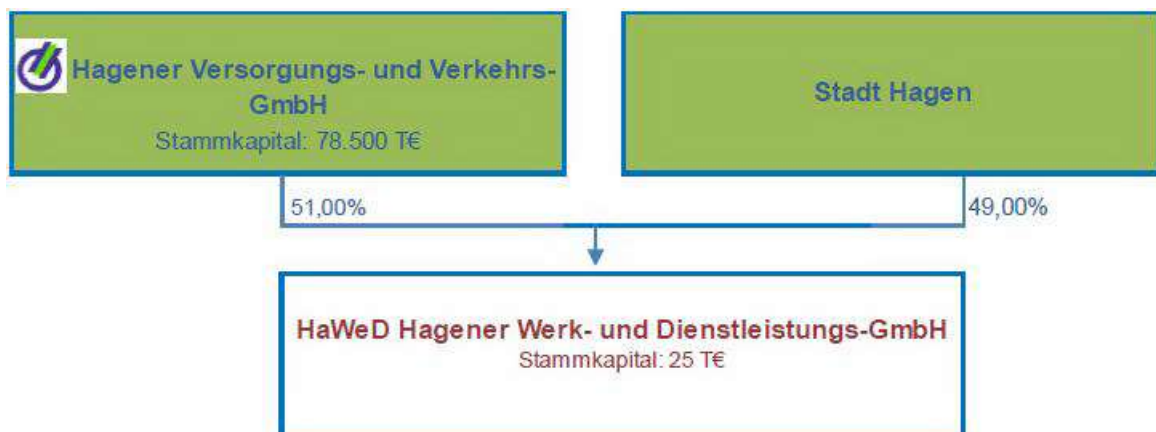
- Beschäftigung und/oder Qualifizierung von Arbeitslosen und sonstigen auf öffentliche Mittel angewiesenen Personen,
- Stabilisierung der persönlichen Situation von Arbeitslosen durch sozialpädagogische und psychosoziale Begleitung und Hilfe,
- Integration von Arbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt.

7.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

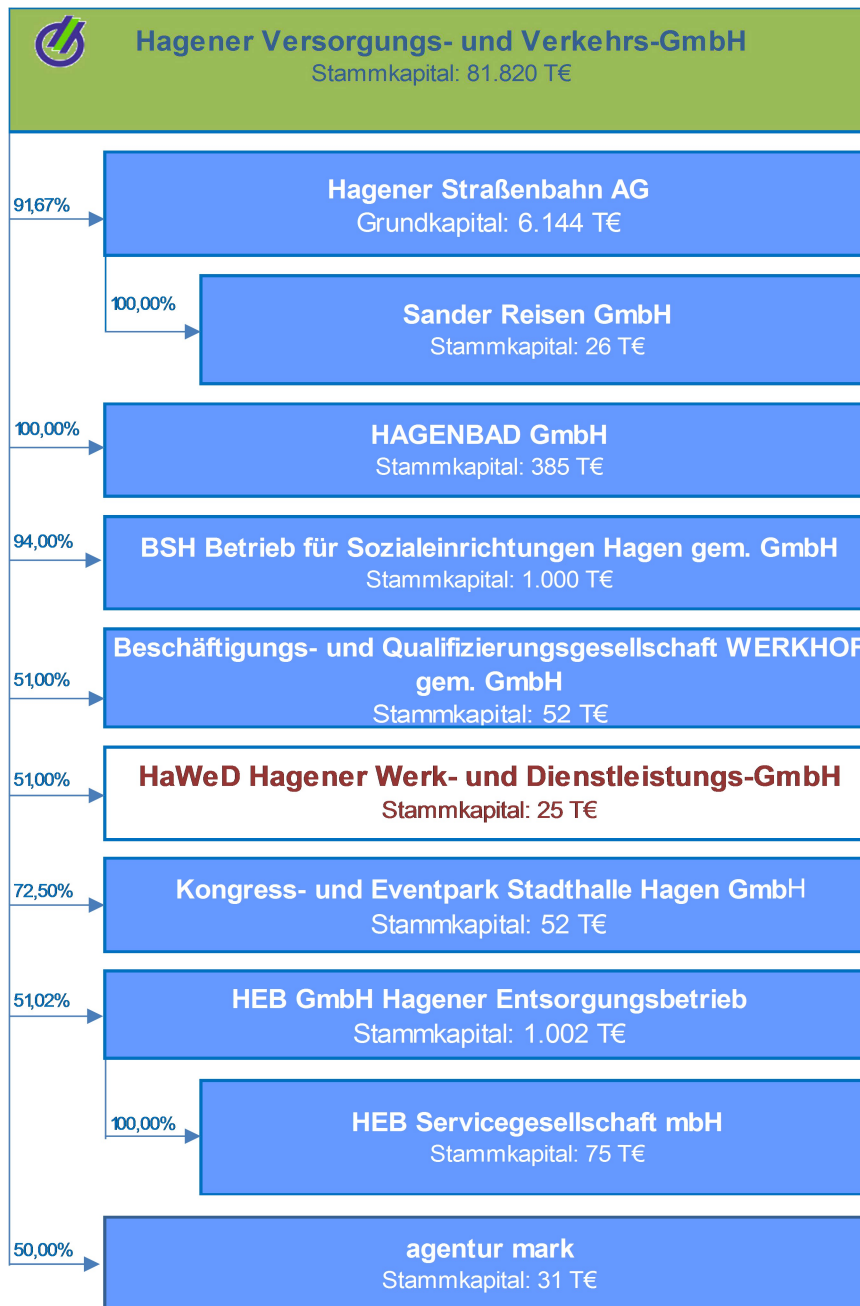
Durch die Gesellschaft werden die Einsatzfelder der Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen und sonstigen auf öffentliche Mittel angewiesenen Personen über die Möglichkeit der Schwestergesellschaft Werkhof gem. GmbH hinaus erweitert.

Durch ihre Tätigkeit erfüllt die Gesellschaft ihren öffentlichen Zweck.

7.4. Beteiligungsverhältnis



7.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH
Hagen

- 10 -

**F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGES GEMÄSS
§ 53 HGRG**

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 7 unseres Berichtes über die Prüfung von Jahresabschluss und Lagebericht der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Werkhof gem. GmbH für das Geschäftsjahr 2018 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen, für das Geschäftsjahr 2018 in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 12. April 2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„ An die Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

- 12 -

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

- 14 -

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 12. April 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Börner)
Wirtschaftsprüferin


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen
Bilanz zum 31. Dezember 2018

	<u>31.12.2018</u>	<u>Vorjahr</u>	<u>31.12.2018</u>	<u>Vorjahr</u>
	€	€	€	€
P A S S I V A				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
Sachanlagen	5.909,70	6.447,60	25.000,00	25.000,00
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.663,39	3.906,62	10.345,44	22.273,31
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.762,55	16.619,00	901,18	-11.927,87
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.806,04	3.843,47	36.246,62	35.345,44
3. Sonstige Vermögensgegenstände	34.231,98	24.369,09	6.739,00	5.660,00
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	36.139,94	38.245,37	6.739,00	5.660,00
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	70.371,92	62.614,46	1.438,30	2.235,87
	2.087,69	2.057,54	33.828,35	27.878,29
	78.369,31	71.119,60	78.369,31	71.119,60
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital				
Gezeichnetes Kapital				
II. Gewinnvortrag				
III. Jahresüberschuss/fehlbetrag				
B. RÜCKSTELLUNGEN				
Sonstige Rückstellungen				
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
3. Sonstige Verbindlichkeiten				

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	<u>2018</u> €	<u>Vorjahr</u> €
1. Umsatzerlöse	327.662,94	186.857,62
2. Sonstige betriebliche Erträge	9.454,86	3.977,04
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-44.850,26	-14.382,22
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-106.181,26</u>	<u>-32.215,75</u>
	-151.031,52	-46.597,97
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-67.077,60	-54.129,25
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-13.835,51</u>	<u>-11.787,99</u>
	-80.913,11	-65.917,24
5. Abschreibungen	-1.232,90	-811,91
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-100.723,09	-90.514,28
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-2,50</u>
8. Finanzergebnis	0,00	-2,50
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-2.316,00</u>	<u>1.081,37</u>
10. Ergebnis nach Steuern	<u>901,18</u>	<u>-11.927,87</u>
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u><u>901,18</u></u>	<u><u>-11.927,87</u></u>

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018
- Anhang -

1 Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

1.1 Allgemeine Angaben

Die Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Hagen (HRB 7032).

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und gegliedert.

Die Gesellschaft erfüllt hinsichtlich der Bilanzsumme, der Umsatzerlöse und der Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer die Merkmale einer Kleinstkapitalgesellschaft gemäß § 267a Abs. 1 HGB. Nach § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen den Jahresabschluss und den Lagebericht aufzustellen. Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich gemäß § 16 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages nach den gesetzlichen Vorschriften.

Die Wertansätze in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 wurden unverändert übernommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

1.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktivseite

Zur Entwicklung der Sachanlagen wird auf den Anlagespiegel verwiesen.

Die Forderungen sind zum Nennwert angesetzt.

Sonstige Vermögensgegenstände bestehen aus Steuererstattungen/ Steuererstattungsansprüchen.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nennwert angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für das Folgejahr darstellen.

Passivseite

Die Bemessung der sonstigen Rückstellungen (für Abschlusskosten und Berufsgenossenschaft) mit ihrem Erfüllungsbetrag berücksichtigt alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert. Sämtliche Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten von weniger als einem Jahr. Die Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehmen betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse von rd. T€ 328 (VJ: T€ 187) entfallen auf Auftragsarbeiten und Dienstleistungen im Bau- und im Recyclingbereich (T€ 182, VJ: T€ 135) sowie auf den Betrieb der HEB-Kantine (T€ 120, VJ: T€ 33) und übrige (T€ 26, VJ: T€ 19).

Die sonstigen betrieblichen Erträgen betreffen mit T€ 9 ausschließlich einen Lohnkostenzuschuss.

3 Sonstige Angaben

Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Organe der Gesellschaft sind:

die Gesellschafterversammlung,
der Geschäftsführer,
der Aufsichtsrat.

Gesellschafter sind seit dem 29. Januar 2008 die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit einer Stammeinlage von € 12.750,00 und die Stadt Hagen mit einer Stammeinlage von € 12.250,00.

Geschäftsführer ist Herr Ralph Osthoff, Hagen. Er hat für seine Tätigkeit in 2018 keine Bezüge erhalten.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden 11 Mitgliedern zusammen:

Vorsitzender: Herr Dr. Roland Bäcker, Rechtsanwalt und Notar

Stellvertretende
Vorsitzende: Frau Ruth Sauerwein, Journalistin

Weitere Mitglieder: Herr Horst Bach, Pensionär
Herr Peter Arnusch, Produktionsleiter
Frau Hannelore Fischbach, Pensionärin
Herr Ulrich Fleischer, Pensionär
Frau Margarita Kaufmann, Beigeordnete der Stadt Hagen
Herr Christoph Köther, Geschäftsführer

Herr Patrick Messerschmidt, Controller
Herr Wilhelm Strüwer, Geschäftsführer
Frau Ramona Timm-Bergs, Vertriebsassistentin

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Immobilienmietverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von 27 T€ pro Jahr.

Konzernzugehörigkeit

Das Unternehmen gehört über die Hauptgesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG), Hagen, zum Konzern der HVG. Der Konzernabschluss ist am Sitz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Mitarbeiter

Anzahl der Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2018:

Im Jahr 2018 wurden von der Gesellschaft drei Mitarbeiter beschäftigt.

Prüferhonorar

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen gemacht.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Hagen, am 26. März 2019

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen

Ralph Osthoff

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR
Sachanlagen										
1. Technische Anlagen und Maschinen	4.099,01	0,00	0,00	0,00	4.099,01	212,01	424,00	0,00	636,01	3.887,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.348,50	695,00	0,00	0,00	4.043,50	787,90	808,90	0,00	1.596,80	2.560,60
	7.447,51	695,00	0,00	0,00	8.142,51	999,91	1.232,90	0,00	2.232,81	6.447,60

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen - Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

1. Grundlagen der Gesellschaft

Durch die Hagener Werk- und Dienstleistungs- GmbH werden die Einsatzfelder der Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen und sonstigen auf öffentliche Mittel angewiesene Personen über die Möglichkeiten der Schwestergesellschaft Werkhof gem. GmbH hinaus erweitert.

So setzen die Kriterien zum Einsatz der so genannten „1-Euro-Jobber“ neben der Gemeinwohlorientierung die Zusätzlichkeit der durchgeführten Aufträge voraus. Zusätzlich im Sinne des Gesetzes sind Arbeiten, die ohne den Einsatz der Zusatzjobber sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zum jetzigen Zeitpunkt (innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren) durchgeführt würden.

Sinnvolle Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, die nicht oder nicht zweifelsfrei das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllen, können dadurch genutzt werden, dass die Gesellschaft Zusatzjobber der Werkhof gem. GmbH als Praktikanten in Übereinstimmung mit den Förderrichtlinien einsetzt. Weiterhin können Maßnahmeteilnehmer in den Förderprogrammen „Beschäftigungszuschuss“ nach § 16 e SGB II und „Arbeitsgelegenheit in der Mehraufwandsvariante“ nach § 16 d SGB II eingesetzt werden.

2. Wirtschaftsbericht

Die Umsatzerlöse von rd. 328 T€ liegen um rd. 141 T€ über dem Vorjahresergebnis. Ursächlich hierfür ist der Ende August 2017 neu aufgenommene Betrieb der HEB-Kantine in der Fuhrparkstraße in Hagen-Eckesey, die 2018 erstmalig ganzjährig betrieben wurde.

Durch die nachträgliche Gewährung eines Lohnkostenzuschusses für einen am Standort Obernahrmer beschäftigten Mitarbeiter sind die sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um rd. 4 T€ auf rd. 9 T€ gestiegen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist gegenüber dem Vorjahr wegen des Betriebs der HEB-Kantine um rd. 23 T€ auf 36 T€ gestiegen. Der Bereich Sozialverkauf ist 2018 erstmalig mit 8 T€ hinzugekommen. Unter Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von rd. 106 T€ werden Verrechnungen mit der Werkhof gem. GmbH ausgewiesen. Der Anstieg um rd. 74 T€ ergibt sich aus den zusätzlichen Aufwendungen für den erstmalig ganzjährigen Betrieb der HEB-Kantine.

Hieraus resultiert auch der Anstieg des Personalaufwandes gegenüber 2017 um 15 T€ auf 81 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um rd. 10 T€ auf rd. 101 T€ gestiegen. Dies ist im Wesentlichen zurückzuführen auf gestiegene Kostenerstattungen an die Werkhof gem. GmbH und gestiegene Reparaturkosten, die nur teilweise durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden konnten.

Anlage 4/2

Das Jahresergebnis ist mit 1 T€ im Gegensatz zum Vorjahr (-12 T€) leicht positiv, aber 5 T€ unter Plan.

Allein die liquiden Mittel decken die Verbindlichkeiten mehr als vollständig. Die Eigenkapitalquote beträgt fast 50 %. Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2018 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

3. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Besondere oder zusätzliche Risiken aus der Geschäftstätigkeit entstehen für die Gesellschaft nicht. Die HaWeD GmbH hält nur geringe kostenverursachende Strukturen vor. Hierzu gehören die Personalkosten von derzeit drei bei der HaWeD GmbH beschäftigter Mitarbeiter, davon einer mit befristetem Arbeitsvertrag. Die erforderlichen Verwaltungsaufgaben werden gegen Kostenverrechnung von der Werkhof gem. GmbH durchgeführt.

Auf Basis der bisherigen Erfahrungen mit dem Betrieb der HEB-Kantine wird für 2019 weiterhin mit einem positiven Deckungsbeitrag in diesem Geschäftsfeld gerechnet. Nachfragen weiterer „Kunden“ im Konzern Stadt nach Kantinen-Dienstleistungen können zusätzliche Chancen eröffnen.

Wir gehen für das Geschäftsjahr 2019 davon aus, dass ein Planergebnis von rd. 3 T€ erreicht wird.

Hagen, am 26. März 2019

HaWeD Hagener Werk- und Dienstleistungs-GmbH, Hagen

Ralph Osthoff

8. Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH

8.1. Allgemeine Daten

Wasserloses Tal 2
58093 Hagen
Telefon: 02331 3450
Telefax: 02331 345107

Internet: www.stadthalle-hagen.de
E-mail: info@stadthalle-hagen.de

8.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Stadthalle und der damit verbundenen Organisation und Durchführung von Veranstaltungen sportlicher, kultureller, sozialer und kommerzieller Natur, jeweils einschließlich gastronomischer Versorgung. Soweit dies dem Gesellschaftszweck dient, darf die Gesellschaft in gleichem Umfang Veranstaltungen auch außerhalb der Stadthalle durchführen und Dritte bei solchen Vorhaben unterstützen.

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Stadt Hagen, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern.

8.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

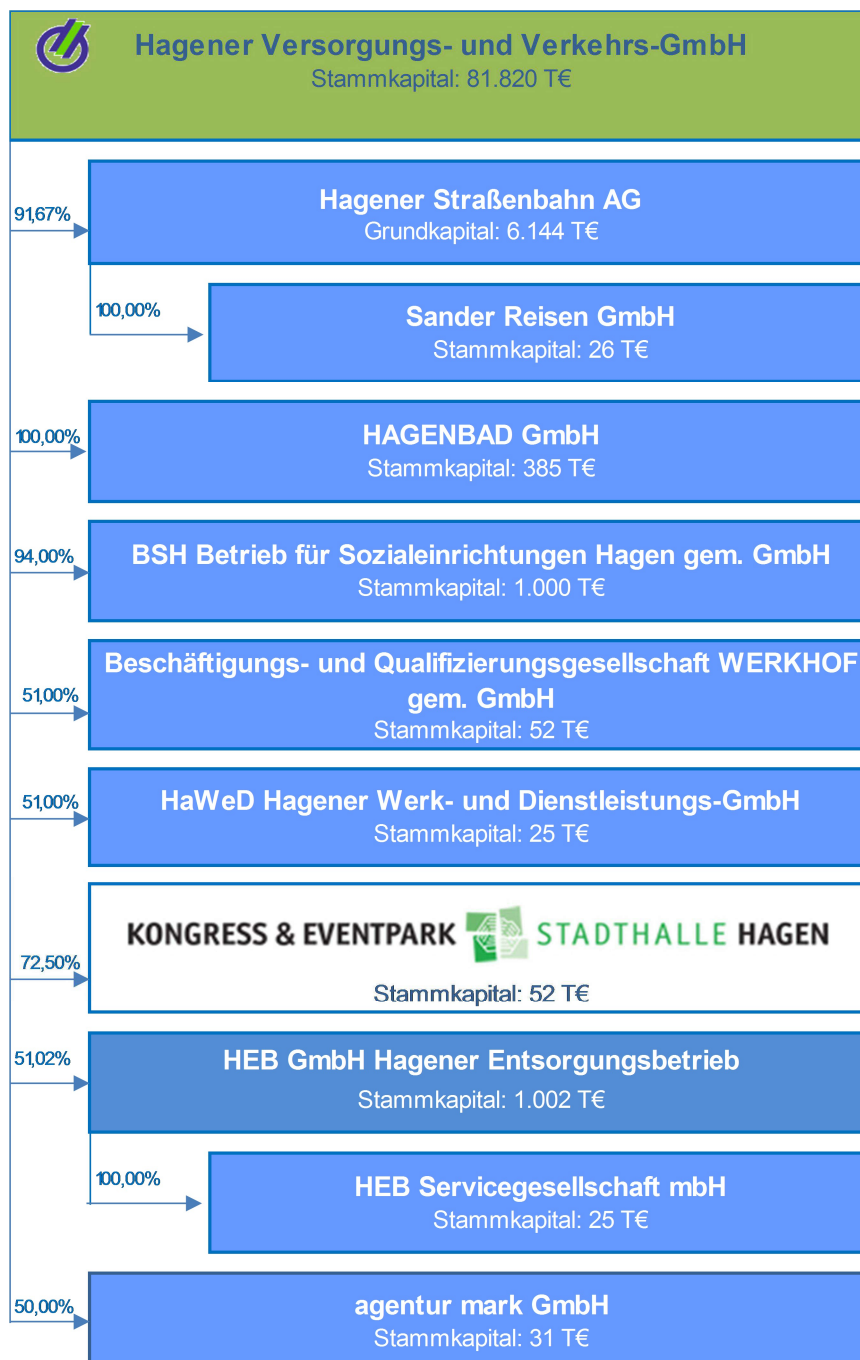
Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Stadt Hagen, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger zu fördern.

Durch die Art der Veranstaltungen wurde der öffentliche Zweck erfüllt.

8.4. Beteiligungsverhältnis



8.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH
Hagen

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES

Wir haben den Jahresabschluss und dem Lagebericht der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH, Hagen, für zum 31.12.2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 28. Februar 2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

- 12 -

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die

auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

- 14 -

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 28. Februar 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Börner
(Börner)
Wirtschaftsprüferin

Kroniger
(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH
Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	31.12.2018	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2017	Passivseite
	€	€	€	€	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werken	0,00	1.000,00	89.539,72	52.000,00	52.000,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	506.172,46	540.230,46		26.845,22	590.266,64
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.190,20	55.115,73	596.346,19	10.694,50	-614.550,61
	<u>554.362,66</u>	<u>595.346,19</u>			<u>27.716,03</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	23.391,82	27.118,44			1.083,33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	114.282,05	42.011,87			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	5.386,70			
--davon gegen Gesellschafter € 0,00 (i.Vj. € 5.386,70)					
3. Sonstige Vermögensgegenstände	22.926,91	26.396,48			
	<u>137.210,96</u>	<u>73.795,05</u>			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	32.247,90	18.727,44			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.500,00	2.190,00			
	<u>750.713,34</u>	<u>718.177,12</u>	<u>750.713,34</u>	<u>718.177,12</u>	<u>718.177,12</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen			1.083,33		2.083,33
C. Rückstellungen					
Sonstige Rückstellungen			146.326,98	146.326,98	101.776,04
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen				357.655,65	420.021,28
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				8.821,90	12.987,15
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				94.539,94	85.059,74
--davon gegenüber Gesellschafter € 21.427,31 (i.Vj. € 0,00)				21.427,31	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten				31.318,51	66.523,55
--davon aus Steuern € 19.503,04 (i. Vj. € 38.492,23)					584.601,72
--davon gegenüber Gesellschafter € 1.833,33 (i. Vj. € 12.833,33)					
E. Rechnungsabgrenzungsposten					2.000,00

Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH, Hagen, eingetragen mit der HRN 1327 (HRB) Amtsgericht Hagen, ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurde entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht nach § 316 ff. HGB sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG prüfen zu lassen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den Vorjahresabschluss angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden hinsichtlich des Ausweises des Betriebskostenzuschusses geändert. Aufgrund der Entwicklung in der handelsrechtlichen Beurteilung von Betriebskostenzuschüssen und in Abstimmung mit der laufenden Betriebsprüfung wurde der jährliche Zuschuss der Stadt Hagen, welcher über die Gesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs- GmbH weitergeleitet wird, erstmalig ertragswirksam erfasst. Auf eine entsprechende Anpassung des Vorjahres wurde verzichtet. Der Betriebskostenzuschuss wird unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, weil er dazu dient, dass die Gesellschaft ihre satzungsmäßigen Zwecke erfüllen kann.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Bauten auf fremdem Grund werden über Nutzungsdauern zwischen 10 bis 25 Jahren, Maschinen und die Betriebs- und Geschäftsausstattungen über 3 bis 10 Jahre verteilt abgeschrieben. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungskosten von jeweils 250,00 € (bis 2017: 150,00 €) bis 1.000,00 € werden in einem jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über eine Laufzeit von 5 Jahren abgeschrieben.

Vorräte sind mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bilanziert. Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr bestehen nicht. Mögliche Ausfallrisiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Die liquiden Mittel werden zum Nennwert bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Anlage 3/2

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist als Anlage 3/8 beigefügt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entfallen 49 T€ auf die Stadt Hagen. Der hohe Forderungssaldo im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einer Jahresmiete (45 T€), die im Berichtsjahr abweichend zum Vorjahr erst nach dem Bilanzstichtag in Summe gezahlt wurde.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen nahezu ausschließlich aus Gastronomieeinnahmen der Silvesterveranstaltung (21 T€).

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft die Vorauszahlungen auf Werbemaßnahmen für die Jahre 2019 und 2020.

Eigenkapital

Das Stammkapital beläuft sich auf 52.000,00 € und ist voll eingezahlt. Im Berichtsjahr wurde der planmäßige temporär erhöhte Betriebskostenzuschuss in Höhe von 600 T€ als Gesellschafterzahlung erstmalig ertragswirksam ausgewiesen. Der durch diese Buchungssystematik erstmalig entstandene Jahresüberschuss des Berichtsjahres führt somit zu einem Bilanzgewinn in Höhe von 11 T€. Der Jahresfehlbetrag 2017 in Höhe von 563.421,42 € wurde aus der Kapitalrücklage entnommen.

Das Unternehmen gehört über die Mehrheitsgesellschafterin HVG zum Konzern der HVG. Der Konzernabschluss ist am Sitz des Mutterunternehmens erhältlich und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Sonderposten aus Zuwendungen

Der Sonderposten aus Zuwendungen betrifft in voller Höhe einen Lieferantenzuschuss auf Grund eines abgeschlossenen Getränkeliefervertrages und wird über die Nutzungsdauer des Vertrages ratierlich aufgelöst.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Urlaubs-/Gleitzeitanprüche der Mitarbeiter (58 T€), Mitarbeiterprämien (27 T€), unterlassene Instandhaltungen (15 T€), Archivierungsverpflichtungen (14 T€), einer Abfindungsvereinbarung (11 T€) sowie Jahresabschluss- und Prüfungskosten (9 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten des Berichtsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Ge- sellschafter	
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre		über 5 Jahre
T€					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinsti- tuten	358	63	221	74	-
Erhaltene Anzahlungen	9	9	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95	95	-	-	-
Verbindlichkeiten ver- bundene Unternehmen	21	21	-	-	-
Sonstige Verbindlich- keiten	31	31	-	-	2
	514	219	221	74	2

Anlage 3/4

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

In dieser Position ist im Berichtsjahr in voller Höhe eine Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs- GmbH enthalten. Diese resultiert fast ausschließlich aus der Inanspruchnahme des konzerninternen Kontokorrentrahmens in Höhe von 20 T€.

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	Gesamt- betrag		Restlaufzeit		Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	T€				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinsti- tuten	420	61	242	117	-
Erhaltene Anzahlungen	13	13	-	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	85	85	-	-	-
Verbindlichkeiten ver- bundene Unternehmen	0	0	-	-	-
Sonstige Verbindlich- keiten	67	67	-	-	13
	585	226	242	117	13

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse lassen sich in die nachfolgenden Kategorien unterteilen:

	2018	2017
	T€	
Durchführung von Veranstaltungen	517	461
Gastronomie	637	606
Vermietungen	215	211
Eigenveranstaltungen	15	17
übrige Erlöse	35	34
	1.419	1.329

Die übrigen Umsatzerlöse enthalten Reklameflächenerlöse in Höhe von 10 T€ (i. Vj. 7 T€) sowie Erlöse aus Vorverkaufsgebühren in Höhe von 8 T€ (Vj. 10 T€).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind bei gegenläufigen Effekten per Saldo signifikant über dem Vorjahresniveau. Wesentliche Positionen sind Erstattungen von Krankenkassen (11 T€), Auflösungen von Rückstellungen (9 T€) sowie Erstattungen aus Nebenkostenabrechnungen (12 T€). Darüber hinaus ist erstmalig die Position „Erträge aus Betriebskostenzuschüssen“ in den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 600 T€ enthalten.

Jahresergebnis

Das Berichtsjahr 2018 schließt mit einem Jahresüberschuss von 62 T€ ab. Eine Vergleichbarkeit zum Vorjahr ist angesichts der geschilderten Bilanzierungsänderung des Betriebskostenzuschusses nur eingeschränkt möglich.

Materialaufwand

Der Materialaufwand zeigt im Wesentlichen den Waren- und Leistungseinsatz des Berichtsjahres, der weiterhin geprägt ist durch den Einsatz von Lebensmitteln in Höhe von 174 T€ (i. Vj. 169 T€). Darüber hinaus sind Aufwendungen für Personalleasing in den bezogenen Leistungen im Materialaufwand in Höhe von 55 T€ (i. Vj. 54 T€) enthalten. Das Personalleasing beinhaltet insbesondere den Einsatz von Servicekräften für die Durchführung von Veranstaltungen.

Anlage 3/6

Zinsaufwand

Der Zinsaufwand ist im Berichtsjahr um 4 T€ auf 17 T€ gesunken. Diese Entwicklung liegt im Wesentlichen in den planmäßigen Tilgungsleistungen begründet. Abzinsungen von langfristigen Rückstellungen sind nicht in dieser Position enthalten.

Sonstige Angaben

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB zum Prüferhonorar werden im Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH gemacht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Mietverpflichtungen ergeben sich finanzielle Verpflichtungen von 61 T€ jährlich sowie aus Leasingverpflichtungen 15 T€ jährlich. Es gelten die gesetzlichen bzw. üblichen Kündigungsfristen.

Belegschaft

Die Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug 15 (Vj. 16) Personen. Davon sind 8 (Vj. 8) gewerbliche Mitarbeiter beschäftigt.

Geschäftsführung

Herr Jörn Raith ist Geschäftsführer der Gesellschaft. Der Geschäftsführer erhielt im Berichtsjahr Gesamtbezüge von 118 T€, darin enthalten sind geldwerte Vorteile in Höhe von 13,0 T€ sowie eine Tantieme von 15,0 T€.

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Dieter Fischer	1. Bürgermeister der Stadt Hagen	Vorsitzender
Mark Krippner	Anlagenmechaniker	stellv. Vors.
Peter Beyel	Kaufmann	
Reinhard Flormann	Prokurist	
Jörg Fritzsche	Dozent	
Hans-Joachim Geisler	Elektromeister	
Christoph Gerbersmann	Kämmerer der Stadt Hagen	
Michael Gronwald	Polizist	
Rüdiger Hentschel	Radio-/Fernsehtechniker	
Uwe Jäkel	kfm. Angestellter	
Thorsten Kiszkenow	kfm. Angestellter	
Patrick Messerschmidt	Leiter Controlling	
Nesrin Öcal	Dipl. Juristin	
Tobias Ostermann	kfm. Angestellter	
Malte Wessel	technischer Angestellter	
Klaus Willmers	Dipl. Betriebswirt	

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft erhält keine Vergütung für seine Tätigkeit.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn des Berichtsjahres soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Hagen, 28. Februar 2019

Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH

Jörn Raith
Geschäftsführer

Stadthallenbetriebs- GmbH
Entwicklung des Anlagevermögens (Anlage zum Anhang)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten		Zugänge		Investitionsförderung		Abgänge		Umbuchungen		Anschaffungs- und Herstellungskosten		Ab- und Abschreibungen		Zu- und Ab- buchungen		Ab- und Abschreibungen		Buchwerte		
	01.01.2018	€	€	€	€	€	€	€	€	€	01.01.2018	€	€	€	€	€	€	€	31.12.2017	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																					
Englisch erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	33.877,75										32.877,75	1.000,00		33.877,75							1.000,00
	33.877,75										32.877,75	1.000,00		33.877,75							1.000,00
II. Sachanlagen																					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	778.093,33										237.862,87	34.058,00		271.920,87							540.230,46
Technische Anlagen und Maschinen	518.017,12		3.632,47								462.901,39	10.558,00		473.459,39							55.115,73
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.296.110,45		3.632,47								700.764,26	44.616,00		745.380,26							595.346,19
	1.329.988,20		3.632,47								733.642,01	45.616,00		779.258,01							596.346,19

Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH

Lagebericht 2018 der Geschäftsführung

A. Grundlagen der Gesellschaft

Allgemeiner Überblick

Die Stadthalle Hagen ist die größte Versammlungsstätte in Hagen und nimmt kulturelle, soziale und gesellschaftspolitische Aufgaben wahr. Damit stützt sie die oberzentrale Funktion der Stadt Hagen. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Stadthalle und die damit verbundene Organisation und Durchführung von Veranstaltungen sportlicher, kultureller, sozialer und kommerzieller Natur, jeweils einschließlich gastronomischer Versorgung. Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Stadt Hagen, insbesondere durch Unterstützung der örtlichen Kulturträger, zu fördern. Die Stadthalle Hagen ist im Jahre 1981 eröffnet worden.

Ein besonderes Hauptaugenmerk in der Beziehung zwischen den Kunden und dem Veranstaltungshaus liegt im Bereich der Kommunikation. Neben einer intensiven Akquisearbeit schaffen gezielte Marketing- und PR-Aktivitäten Begehrlichkeiten beim Kunden. Vor diesem Hintergrund wurden entsprechende Maßnahmen in 2018 deutlich verstärkt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt neben der klassischen Werbung (PR, Messeauftritte, Printanzeigen etc.) auf dem Online-Marketing: Newsletter-Marketing, Suchmaschinenwerbung, Facebook-Aktivitäten und ein starker eigener WEB-Auftritt sind dabei exemplarisch hervorzuheben, die den Veranstaltungserfolg stützen und ausbauen.

In unruhigen Zeiten nehmen die vorbeugenden Schutzmaßnahmen, die der Sicherheit aller Beteiligten (Gäste, Kunden, Mitarbeiter) dient, deutlich zu. Dieses Thema wird auch in der Stadthalle sehr ernst genommen. Seit 2018 wird darüber hinaus zu jeder Veranstaltung mit Hilfe einer speziellen Software ein eigenes Sicherheitskonzept erstellt.

Mit 60 kulturellen Veranstaltungen aller Ausrichtungen bewegt sich die Stadthalle auf gutem und hohem Niveau. Zum weiteren Ausbau der Veranstaltungsdichte sowie zur weiteren Absicherung der Veranstaltungserlöse ist die Stadthalle auf den Tagungs- und Kongress-Markt angewiesen. Auch in 2018 haben die unterschiedlichen Marktforschungsunternehmen bestätigt, dass der Tagungsmarkt in Deutschland weiter wächst, während die anderen Veranstaltungen auf hohem Niveau stagnieren resp. in Teilen leicht rückläufig sind. Mittlerweile wird jede dritte Hotelübernachtung durch den Tagungsmarkt ausgelöst.

B. Wirtschaftsbericht

1.) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Mit Betriebskostenzuschüssen schaffen die Kommunen den wirtschaftlichen Grundstock, ein kommunales Veranstaltungshaus in Deutschland überhaupt erst betreiben zu können. Das betrifft auch die Stadt Hagen und ihre Stadthalle. Zielsetzung in Hagen ist, diesen Betriebskostenzuschuss zu begrenzen. Mit unterschiedlichen Maßnahmen hat die Stadthalle bereits gute Vorkehrungen getroffen, diese Ziele zu erreichen. In 2018 sind dafür folgende Maßnahmen realisiert worden:

1. Veranstaltungen (siehe auch „1.1) Veranstaltungen“)

Das Jahr 2018 war im Bereich der Veranstaltungen ein gutes Jahr mit vielen Shows und Partys, die zu einer Umsatzsteigerung gegenüber Vorjahr in Höhe von 12,3 % geführt hat.

2. Parkraumbewirtschaftung

Auch das zweite Jahr der Parkplatz-Eigenbewirtschaftung bestätigt die getroffene Entscheidung. Die Erlöse bewegen sich auf Vorjahresniveau.

3. Ticketing-Verkäufe

Die Ticket-Verkäufe an unserem Verkaufsschalter konnten auf hohem Niveau gehalten werden.

4. Personal

Der Weiterentwicklung des Personals galt ein besonderes Hauptaugenmerk. Mit dem demografischen Wandel wird eine Neuausrichtung im technischen Bereich vorbereitet.

5. Qualitätsmanagement-System

Prozessorientiertes Arbeiten vermeidet Doppelarbeit, verbessert das Zusammenspiel der Abteilungen untereinander und bietet schlanke Strukturen, die der Vermeidung erhöhter Kosten dienen. In 2017 wurde das Qualitätsmanagement-System (QMS) der Stadthalle erfolgreich zertifiziert nach ISO 9001:2015. Das erste Überwachungsaudit fand am 31.08.2018 statt. Dabei bestätigte die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen in Frankfurt am Main), dass das Managementsystem vollständig wirksam ist und die Anforderungen der genannten Norm erfüllt.

Die Prognosen für die Zukunft sind gut und setzen dennoch weitere Prämissen hinsichtlich des Kostenabbaus voraus. Der Fokus richtet sich dabei weiterhin auf die Personalkosten, den höchsten Kostenträger. Aufgrund einer sich stark veränderten Veranstaltungs-Wirtschaft ist mittelfristig eine Personalreduktion vorgesehen. Zwei weitere Mitarbeiter werden aufgrund des demografischen Wandels (Ruhestand) mittelfristig ausscheiden. Hier ist geplant, diese Stellen nicht zu besetzen. Die weiterhin anfallenden Tätigkeiten dieser Mitarbeiter werden dann von anderen Mitarbeitern übernommen.

1.1) Veranstaltungen

Die Veranstaltungen in der Stadthalle sind vielseitig und sprechen unterschiedliche Zielgruppen an. Eine intensive Veranstalter-Akquise trägt in besonderem Maß dazu bei, dass die Veranstaltungsdichte hinsichtlich ihrer Qualität wie auch ihrer Quantität weiterhin ausgebaut worden ist.

Nachstehend werden die unterschiedlichen Arten unserer Veranstaltungen und deren Entwicklung kurz dargestellt:

Traditions-Veranstaltungen

Die Anzahl der Traditions-Veranstaltungen (Vereins- und Bürgerveranstaltungen) haben sich in 2018 analog zu den Vorjahren entwickelt.

Show- und Bühnenveranstaltungen

Zu den Show- und Bühnenveranstaltungen zählen die Veranstaltungen, die von Agenturen resp. externen Veranstaltern auf eigenes Risiko durchgeführt werden und dafür sämtliche Leistungen der Stadthalle gegen Berechnung in Anspruch genommen haben. Künstler wie The 12 Tenors, Abba Gold, Nicolai Friedrich, Olaf Schubert, Reinhold Messner live, Hagen Rether, Ralf Schmitz, Vicky Leandros, Herbert Knebel, Thorsten Sträter, Pawel Popolski, Maxi Gstettenbauer, Kaya Yanar, Amigos, Jürgen von der Lippe, Dieter Nuhr, Ralph Ruthe, Nightwash live, Albert Hammond, Extrabreit, Max Raabe etc. haben 2018 mit ihren Programmen deutlich über 60.000 Gäste in die Stadthalle gelockt.

Philharmonisches Orchester Hagen

Das Philharmonische Orchester der Stadt Hagen findet in der Stadthalle seine Heimat und hat mit 13 Konzerten in 2018 seine Gäste im grünen Saal begeistert. Darüber hinaus führt das Orchester seinen Probenbetrieb an rund 120 Tagen p. a. im Sinfonium durch.

Partys, Galas, Bälle

Im Gegensatz zu den beiden zuvor benannten Veranstaltungstypen, die aufgrund ihrer maximalen Veranstaltungsdauer von 3 Stunden nur geringe gastronomische Umsätze auslösen, zählen die Partys, Galas und Bälle zu den gastronomiestarken Events. Abiturbälle und Partys (bspw. Halloween und Oktoberfest) zählen mit zu den ertragsstarken Veranstaltungen. Die Umsätze dieser Veranstaltungstypen konnten in 2018 gehalten werden.

Business-Veranstaltungen (MICE-Veranstaltungen)

Die Business-Veranstaltungen mit deutlich über 20.000 Teilnehmern hatten in 2018 einen Zuwachs gegenüber 2017.

Gerade die Fachmessen (JuwelUhr, Stempel-Mekka, Kids-Märkte etc.) tragen einen großen Anteil daran; darüber hinaus die unterschiedlichen Kongresse, Konferenzen, Fachtagungen und Seminare).

Anlage 4/4

1.2) Marketing / PR

Die Marketing-Aktivitäten der Stadthalle Hagen wurden 2018 umfangreich erweitert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt neben der klassischen Werbung (PR, Messeauftritt, Printanzeigen etc.) auf dem Online-Marketing:

Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen ist die Website <https://stadthalle-hagen.de> welche 2018 über 63.000 Besucher hatte, die insgesamt 260.000 Seiten aufgerufen haben. Jeder Besucher hat sich durchschnittlich 2 Minuten auf der Website aufgehalten.

Durch kostenpflichtige Suchmaschinenwerbung konnten 2.691 potenzielle Veranstalterkunden auf die Stadthallenseiten aufmerksam gemacht und auf die Website gelenkt werden. Insgesamt wurden dafür über 30.000 Anzeigen zu relevanten Suchbegriffen, wie z.B. „Location Hagen“ geschaltet.

Über Facebook (FB) wurde die persönliche Kommunikation mit den überwiegend kulturinteressierten Besuchern über die Stadthallen-Fanpage intensiviert (z.B. 01/2019 mit 137 Kontakten, die innerhalb von 24h beantwortet wurden). Die Anzahl der FB-Fans wurde im Jahresverlauf mit attraktiven Beiträgen um 16,5% auf 2.373 gesteigert. Über die FB Fanpage wurden 75 Veranstaltungen beworben, welche ca. 390.000 Personen erreicht haben. Dies führte zu über 10.000 Veranstaltungsinteraktionen und 4.406 Klicks auf die Ticketlinks (Provisionen für die Stadthalle!).

Neben Facebook ist die Stadthalle auf weiteren Social Media Plattformen aktiv (Instagram, YouTube, Pinterest und Google+) sowie auf den relevantesten Online-Portalen mit einem Profil vertreten. Vierteljährlich werden zwei Newsletter an viele Tausend Empfänger versendet: Zum einen der Programm-Newsletter, der sich an die kulturinteressierten Besucher richtet. Und zum anderen der Veranstalter- u. Verbände-Newsletter, der sich mit fachspezifischen Informationen an die Veranstalterkunden richtet. 2017 wurden die Marketing-Aktivitäten im Online- und im Social-Media-Umfeld deutlich ausgebaut. Dabei hat sich die Basis der Stadthallen-Facebook-Nutzer stark vergrößert. Mit diesen Social-Media-Aktivitäten wurden eng gefasste Zielgruppen besonders gut angesprochen.

1.3) Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2018 der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH schließt mit einem Jahresüberschuss von 62 T€ ab. Ein Vorjahresvergleich (Jahresfehlbetrag -563 T€) ist nur stark eingeschränkt möglich. Aufgrund der Entwicklung in der handelsrechtlichen Beurteilung von Betriebskostenzuschüssen und in Abstimmung mit der laufenden Betriebsprüfung ist der über die Hagener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (HVG) als unmittelbare Gesellschafterin weitergeleitete Zuschuss der Stadt Hagen von 600 T€ im Geschäftsjahr 2018 erstmalig erfolgswirksam erfasst worden. Der Betriebskostenzuschuss ist unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, weil er dazu, dient, dass die Gesellschaft ihre satzungsmäßigen Zwecke erfüllen kann.

1.4) Investitionen

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr 4 T€ in das Anlagevermögen investiert, ausschließlich in die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

1.5) Personal- und Sozialwesen

Die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH beschäftigte im Berichtsjahr 2018 durchschnittlich 15 Mitarbeiter (Vorjahr 16). Eine Mitarbeiterin hat ihr duales Studium „Bachelor of Arts - BWL - Messe-, Kongress- und Eventmanagement“ an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg erfolgreich beendet und konnte in ein festes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden.

2.) Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Ertragslage

Die Ertragslage spiegelt im Wesentlichen die vorstehend beschriebene Marktentwicklung wider.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2018 Umsatzerlöse von 1.419 T€ erzielt und liegt damit um 90 T€ über dem Vorjahrswert von 1.329 T€. Der Planwert von 1.400 T€ wurde somit um 19 T€ übertroffen. Eine deutliche Steigerung der Erlöse konnte in den Segmenten „Durchführung von Veranstaltungen“ (+ 12,1 %) sowie „Gastronomie“ (+5,1 %) erzielt werden. Die übrigen Bereiche sind im Wesentlichen auf Vorjahresniveau.

Ursächlich für die leichte Planüberschreitung war die allgemein über den Erlöserwartungen liegende positive ganzjährige Entwicklung der durchgeführten Veranstaltungen und der korrespondierenden Gastronomieerlöse.

Der Waren-/Leistungseinsatz zeigt sich mit 653 T€ gegenüber dem Vorjahreswert von 586 T€ um 67 T€ spürbar erhöht und ist u.a. ein Resultat der korrespondierend ebenfalls gestiegenen Umsatzerlöse. In dieser Position enthalten ist eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung im Bereich der Beleuchtungsanlagen in Höhe von 15 T€. Wesentlichen Anteil am Gesamtanstieg der Materialaufwendungen hat der Bereich Aufwendungen für bezogene Leistungen, der sich mit 361 T€ um 26 T€ erhöht zum Vorjahr zeigt. Den größten Anteil an dieser Position haben weiterhin die Fremdleistungen mit 242 T€ (Vj. 211 T€) sowie die Reinigungskosten mit 64 T€ (Vj. 69 T€).

Der Personalaufwand liegt mit 1.057 T€ unter Vorjahresniveau (-11 T€) und ist ebenfalls unter Planniveau (-30 T€). Begründet liegt die Abweichung zum Plan insbesondere in dem unterjährigen Wechsel eines Mitarbeiters zu einer städtischen Tochtergesellschaft. Im Jahresdurchschnitt ist die Mitarbeiteranzahl um diesen einen Mitarbeiter auf 15 MA gesunken. Darüber hinaus wirken sich auch die bereits erfolgten Entgeltverhandlungen aus, die zu einer unterjährigen Tarifierhöhung in Höhe von 3,19 % zum 1. März 2018 geführt haben.

Anlage 4/6

Die Abschreibungen auf Sachanlagen betragen 46 T€ und liegen 25 T€ unter denen des Vorjahres. Da sich die moderaten Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung auf lediglich 4 T€ belaufen, ist das Anlagevermögen im Berichtsjahr um 42 T€ zurückgegangen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (inklusive sonstige Steuern) sind von 201 T€ in 2017 auf 238 T€ in 2018 spürbar angestiegen. Die größten Posten im sonstigen betrieblichen Aufwand sind die Aufwendungen für Anzeigen- und Werbekosten (55 T€) sowie Mieten, Gebühren und Beiträge (48 T€) und Rechts- und Beratungskosten (47 T€). Der Anstieg der Rechts- und Beratungskosten liegt u.a. begründet in Aufwendungen für die Unterstützung bei der noch laufenden Betriebsprüfung.

Der Zinsaufwand enthält nahezu ausschließlich Zinsen für die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten (15 T€). In Höhe von 0,3 T€ sind ebenfalls Bürgschaftsprovisionen gegenüber der Stadt Hagen enthalten. Im Vorjahr wurde ein Darlehen zum 30. April zu deutlich günstigeren Zinskonditionen prolongiert. Die positive Auswirkung der günstigeren Zinskondition spiegelt sich im Berichtsjahr entsprechend erstmalig ganzjährig im Zinsaufwand wider.

	2018	2017	Abw.
	T€		
Umsatzerlöse	1.419	1.329	90
Sonstige Erträge	654	55	599
Materialaufwand	653	586	-67
Personalaufwand	1.057	1.068	11
Rohergebnis	363	-270	633
Abschreibungen	46	71	25
Sonstige Aufwendungen (incl. Steuern)	238	201	-37
Zinsergebnis	17	21	4
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	62	-563	625

Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, das kulturelle und soziale Leben der Stadt Hagen zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, sind entsprechende Aufwendungen erforderlich. Die mit dem Unternehmenszweck verbundenen Aufwendungen können aus den Erträgen nicht hinreichend gedeckt werden. Die Ertragslage ist unzureichend und aufgabenbedingt. So ist auch in den kommenden Jahren nicht mit operativen Überschüssen zu rechnen. Aus diesem Grund werden jährlich entsprechende Zuschüsse zur Sicherung der Liquidität von der Mehrheits-Gesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH geleistet. Diese hat wiederum eine Verpflichtungserklärung mit der Stadt Hagen

geschlossen, welche gewährleistet, dass die HVG ihrerseits nicht mit dem für die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH erforderlichen Zuschuss belastet wird.

Die Finanzlage ist unter Berücksichtigung der von der HVG GmbH weitergeleiteten Zuschüsse zwar grundsätzlich als stabil zu bezeichnen. Im Vorjahr musste jedoch neben dem planmäßigen Zuschuss in Höhe von 500 T€ zur Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit eine zusätzliche Zuführung in die Kapitalrücklage in Höhe von 63 T€ geleistet werden, um eine drohende bilanzielle Überschuldung abzuwenden.

Um der Berichtsgesellschaft auch für die folgenden Jahre einen ausreichenden finanziellen Rahmen zur Verfolgung ihres grundsätzlich dauerdefizitären Unternehmensgegenstandes zu geben, wurde der jährliche Betriebskostenzuschuss für das Berichtsjahr und das Folgejahr 2019 temporär auf 600 T€ erhöht.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist in 2018 gegenüber dem Vorjahr um 33 T€ auf 751 T€ bei gegenläufigen Effekten gestiegen.

Das Anlagevermögen als einzige Position des langfristig gebundenen Vermögens verminderte sich deutlich um 42 T€, da die Investitionen des Berichtsjahres in Höhe von 4 T€ durch die planmäßigen Abschreibungen (46 T€) überlagert wurden. Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital beträgt rd. 16,2 % (im Vorjahr rd. 4,6 %).

Das kurzfristig gebundene Vermögen ist bei gegenläufigen Effekten deutlich um 75 T€ gestiegen. Während sich die liquiden Mittel nur leicht erhöht haben (13 T€), ist bei dem Saldo aus sonstigen kurzfristigen Forderungen ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen (71 T€). Der Anstieg der Forderungen resultiert im Wesentlichen aus einer Jahresmiete (45 T€) gegen die Stadt Hagen, die im Berichtsjahr abweichend zum Vorjahr erst nach dem Bilanzstichtag in Summe gezahlt wurde.

Gegenläufig betragen die Wertberichtigungen auf Forderungen im Berichtsjahr insgesamt 20 T€ (i.Vj. 10 T€).

Die langfristigen Rückstellungen enthalten wie im Vorjahr ausschließlich die Rückstellung auf Grund der Archivierungsverpflichtung für Geschäftsunterlagen (14 T€).

Die langfristigen Verbindlichkeiten bestehen in voller Höhe gegenüber Kreditinstituten. Der Rückgang von 64 T€ entspricht den planmäßigen Tilgungsleistungen des Berichtsjahres.

In den sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Urlaubs-/ Gleitzeitansprüche der Mitarbeiter (58 T€), Prämien für Mitarbeiter (27 T€), Abfindungsvereinbarung (11 T€), sowie Archivierungsverpflichtungen (14 T€) und Kosten der Jahresabschlussprüfung (9 T€) enthalten.

Anlage 4/8

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind per Saldo deutlich gestiegen (34 T€). Die kurzfristigen Rückstellungen sind im Wesentlichen getrieben durch eine deutlich erhöhte Rückstellung für Urlaubs-/ Gleitzeitansprüche der Mitarbeiter (+ 19 T€) sowie einer Abfindungsvereinbarung (+11 T€) in Summe spürbar erhöht zum Vorjahr (43 T€).

Ein leicht gegenläufiger Effekt entsteht durch die Verminderung der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (-6 T€). Begründet wird diese Veränderung insbesondere durch die planmäßige Tilgung eines Brauerei Darlehens (-11 T€).

	31.12.2018	31.12.2017	Abw.
	T€	T€	T€
Aktiva			
Sachanlagen und immaterielle WG	554	596	-42
Sonstige langfristige Forderungen	0	0	0
Langfristig gebundenes Vermögen	554	596	-42
Vorräte	23	27	-4
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	5	-5
Sonstige kurzfristige Forderungen / RAP	142	71	71
Flüssige Mittel	32	19	13
Kurzfristig gebundenes Vermögen	197	122	75
	751	718	33
Passiva			
Eigenkapital	90	28	62
Langfristige Rückstellungen	14	13	1
Langfristige Verbindlichkeiten	295	359	-64
Langfristig gebundenes Kapital	399	400	-1
Kurzfristige Rückstellungen	132	89	43
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	9	13	-4
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten / (i.Vj.incl.RAP)	211	216	-5
Kurzfristig gebundenes Kapital	352	318	34
	751	718	33

C. Prognose-, Risiko-, und Chancenbericht

1.) Prognosebericht

Regelmäßige Hochrechnungen für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis für die Wirtschaftsplanung der Gesellschaft. Für das Jahr 2019 werden Umsatzerlöse in Höhe von 1.400 T€ sowie sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 15 T€ geplant. Ende Februar 2019 liegen für die Planerlöse des gesamten Jahres an fixen Buchungen (zukünftige Umsatzerlöse) bereits rd. 1.310 T€ vor. Dies entspricht 93,6 % der geplanten Umsatzerlöse. Damit liegen aktuell rd. 137 T€ mehr an fixen Buchungen vor als zum vergleichbaren Zeitpunkt des Vorjahres.

Die im Finanzergebnis enthaltenen Zinsaufwendungen für Darlehen werden gemäß dem planmäßigen Tilgungsfortschritt weiter sinken.

Der Personalaufwand wurde in Höhe von 1.064 T€ geplant und beinhaltet sowohl die Gehälter der Stammebelegschaft als auch die veranstaltungsabhängigen variablen Aushilfslöhne.

Per Saldo wird für das Jahr 2019 unter den zuvor beschriebenen Prämissen ein Gesamtergebnis in Höhe von -556 T€ erwartet. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Jahresfehlbetrag zum Planungszeitpunkt noch unter der Prämisse der erfolgsneutralen Erfassung des Zuschusses basierte. Auf Grundlage des ertragswirksamen Ausweises des Zuschusses in Höhe von 600 T€ würde sich für das Jahr 2019 ein rechnerischer Jahresüberschuss von 44 T€ ergeben.

2.) Risikomanagement

Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse des Risikomanagements für die Stadthalle festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Mitarbeitern regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren.

Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Dazu hat die Stadthalle ein Controlling- und Berichtssystem aufgebaut, mit dem im monatlichen Rhythmus über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse berichtet wird.

Darüber hinaus wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert. Die Akquisition im Rahmen des CRM-Systems ist ein wichtiger Bestandteil, um Ausfälle im Anbuchungsverhalten auszugleichen.

Anlage 4/10

Der Veranstaltungs-Markt ist immer schnelllebig; die Anbuchungszeiten verkürzen sich weiterhin. Kunden an das eigene Haus zu binden, bedeutet zunehmend, schnell und sehr flexibel auf alle Wünsche eingehen zu können. Diesen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begegnet die Stadthalle mit einem Qualitätsmanagement-System, das den hohen Anforderungen der ISO 9001:2015 entspricht. Im Rahmen des Qualitätsmanagements wird darauf geachtet, dass Risikofaktoren bereits im Vorfeld vermindert oder komplett vermieden werden. Hierzu entwickelt die Stadthalle in hauseigenen Prozessen Strategien, die diese Maßnahmen unterstützen. Die Verantwortung der Führung ist im Qualitätsmanagementsystem verankert.

Seit September 2014 werden regelmäßig Kundenzufriedenheitsabfragen bei den Veranstaltern von Veranstaltungen durchgeführt. Dabei dient die Kundenzufriedenheit als Indikator für Kundenbindungsmaßnahmen. Analog zum den Vorjahren bewerten die interviewten Veranstalter unsere gesamte Dienstleistungspalette mit sehr guten Noten.

Bei der Bewertung unseres Veranstaltungshauses gibt es hin und wieder Kritik hinsichtlich der Räumlichkeiten - und da gehört zweifelsfrei der schlechte Zustand des Restaurants dazu. Dies betrifft auch den Zustand der Tische und Stühle in den Sälen, die über die vielen Jahre hinweg deutlich gelitten haben. In diesem Zusammenhang wurde die Geschäftsführung seitens der Stadt aufgefordert ein tragfähiges Zukunftsbild für die Stadthalle zu entwickeln.

Die Präsentation der Geschäftsführung erfolgte zum Ende des Jahres 2018 in den unterschiedlichen Fachgremien, die letztlich im Rat zu folgendem Beschluss führte:

- Der Rat der Stadt Hagen bekennt sich zum aufgezeigten Zukunftsbild der Geschäftsführung
- Der Rat der Stadt Hagen befürwortet den im Zukunftsbild beschriebenen Maßnahmenkatalog zur Erreichung der gesteckten Ziele
- Der Rat der Stadt Hagen befürwortet die notwendigen Investitionen
- Der Rat der Stadt Hagen begrenzt den städtischen Betriebskostenzuschuss für 2020 auf 540 T€. In den Folgejahren wird die Obergrenze für den Betriebskostenzuschuss jeweils um 1,5% des Vorjahreswertes (aufgerundet auf voll 500 €) erhöht

Neben der Qualitätsmessung ist die Auswertung der Akquise-Tätigkeiten ein weiterer Indikator für eine erfolgreiche Gestaltung der Kundenbeziehungen.

Für 2018 ergeben sich folgende Werte:

Dokumentierte Akquise-Kontakte gesamt:			Ziel 1.750	Ist 1.827
Davon verteilt auf Ver- anstaltungsformate:	Business-VA 1.406	Show 357	Rein gastr. 53	Private VA 11
Anteilige Branchen:	1.Unterhaltung 372	2.Bildung/Wissen 212	3.Gesundheit 204	4.Industrie/Handel 194
Sich daraus ergebende Angebotssumme:				1.536 TEURO
Fixes Geschäft:				1.030 TEURO

3.) Risiko- und Chancenbericht

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt Preisanpassungen für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Die von der Stadthalle für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

Darüber hinaus besteht das grundsätzliche Risiko, dass durchgeführte Veranstaltungen unterhalb der geplanten Erlöse liegen oder Veranstalter kurzfristig (z.B. auf Grund von Insolvenz) fix angebuchte Veranstaltungen absagen und keine Kompensationsmaßnahmen getroffen werden können.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der Stadthalle grundsätzlich nicht, weitere Risiken einzugehen (z.B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen).

Liquiditätsrisiken sind grundsätzlich im Rahmen der laufenden jährlichen Liquiditätszuschüsse der Gesellschafterin Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH und der gewährten kurzfristigen Kontokorrentlinie abgedeckt. Allerdings ist die HVG ihrerseits zur Finanzierung der operativen Geschäfte des Konzerns auf entsprechende Zuschüsse der Alleingeschafterin Stadt Hagen angewiesen. Die Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH ist darüber hinaus angehalten, den jährlichen operativen Betriebskostenzuschuss nicht zu überschreiten. Eine Kürzung oder Wegfall des jährlichen

Anlage 4/12

Betriebskostenzuschusses wäre auf Grund des aufgabenbedingten strukturellen Defizites der Berichtsgesellschaft als existenzbedrohendes Risiko einzustufen. Im Berichtsjahr musste bereits der durch den Gesellschafter gewährte Kontokorrentrahmen zeitweise für Liquiditätsspitzen in Anspruch genommen werden, obwohl der Berichtsgesellschaft ein temporär erhöhter Zuschuss von 600 T€ zu Verfügung gestanden hat.

Ausfallrisiken von Forderungen bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement überwacht. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen.

Die Stadthalle ist abhängig von der gesamten Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Das in 2013 eingeführte und seit 2015 zertifizierte (ISO 9001:2015) Qualitätssicherungs- und CRM-System ist Garant für eine überdurchschnittliche Entwicklung im Verhältnis zur Branche. Bei einer weiterhin positiven Entwicklung des Veranstaltungsmarktes kann die Stadthalle darüber hinaus von diesem Trend profitieren.

Chancen der zukünftigen Entwicklung liegen in der konstanten Weiterentwicklung des Personalbestands und einer ausweislich der Kundenbefragung positiven Kundenbewertung, so dass grundsätzlich eine konstante Umsatzentwicklung zu erwarten ist. Um neue Kunden zu gewinnen, werden von Mitarbeitern der Kongress- und Eventpark Stadthalle Hagen GmbH Akquise-Gespräche durchgeführt und dokumentiert. Für das Jahr 2019 sind 1.750 Akquise-Kontakte geplant worden. Für die Gesellschaft besteht grundsätzlich die Chance aus den geführten Kontaktgesprächen potentielle Kunden für die nahe Zukunft zu gewinnen und die Umsatzerlöse entsprechend zu steigern.

Hagen, den 28. Februar 2019

Jörn Raith
Geschäftsführer

9. G.I.V. Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH

9.1. Allgemeine Daten

Berliner Platz 22
58089 Hagen
Telefon: 02331 207-2104
Telefax: 02331 207-2038

Internet: www.giv-hagen.de
E-Mail: info@giv-hagen.de

9.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung aller dinglichen und obligatorischen Rechtsgeschäfte betreffend solcher Grundstücke und Beteiligungen, die die Stadt Hagen der Gesellschaft zuweist. Das Unternehmen kann weitere Aufgaben wahrnehmen, die ihm von der Stadt Hagen übertragen werden. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft die Zielsetzungen, die für die Stadt Hagen als kommunale Gebietskörperschaft maßgeblich sind, sowie die finanzwirtschaftlichen und sonstigen Ziele, die sich aus der Einbindung der Gesellschaft in das kommunale Aufgaben- und Beteiligungsspektrum ergeben, zu beachten. Diesem Zweck dienen folgende Teilziele:

- Bedarfs- und kostenorientierte Nutzung von Immobilien
- Steuerung und Koordinierung der Beteiligungen der Gesellschaft
- Planung und Kontrolle der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung der Beteiligungen
- Koordinierung der Ausschüttungspolitik und Liquiditätsausgleich zwischen der Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften
- Optimale Nutzung der verfügbaren Leistungspotentiale der Tochtergesellschaften
- Sozialverträgliches und wettbewerbsorientiertes Geschäftsgebaren

9.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller dinglichen und obligatorischen Rechtsgeschäfte betreffend solcher Grundstücke und Beteiligungen, die die Stadt Hagen der Gesellschaft zuweist. Das Unternehmen kann weitere Aufgaben wahrnehmen, die ihm von der Stadt Hagen übertragen werden.

Die Gesellschaft ist zu 100 % im Besitz der Stadt Hagen.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft die Zielsetzungen, die für die Stadt Hagen als kommunale Gebietskörperschaft maßgeblich sind sowie die finanzwirtschaftlichen und sonstigen Ziele, die sich aus der Einbindung der Gesellschaft in das kommunale Aufgaben- und Beteiligungsspektrum ergeben, zu beachten.

Durch die Gesellschaft ist eine Beteiligungsstruktur geschaffen worden, bei der die Steuerungs- und Kontrollfunktionen der Stadt Hagen aufgaben- und zielbezogen gebündelt und optimiert werden können.

Die Gesellschaft hat auch eigene Aktivitäten im Bereich des öffentlichen Immobilienbestandes der Stadt entwickeln können. Hierzu gehören ein öffentliches Parkhaus und ein Wohnhaus. Auch der Geschäftsbetrieb der Beteiligungsgesellschaften (Geschäftsbereiche wie Bereitstellung von Wohnraum, insbesondere Sozialwohnungen; Betrieb einer Müllverbrennungsanlage; Reinigung und Betreuung öffentlicher Gebäude sowie die Entwicklung und Erschließung von Bauland) zielt im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge darauf ab.

Die öffentliche Zwecksetzung ist damit auch im Geschäftsjahr 2018 eingehalten worden.

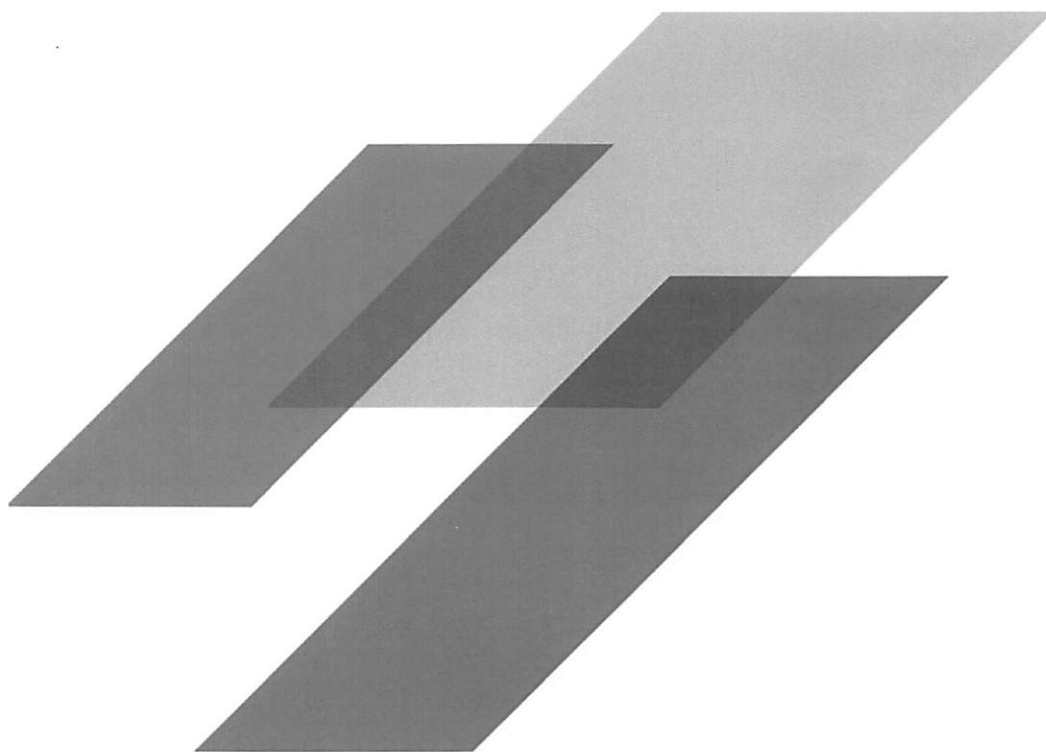
9.4. Beteiligungsverhältnis



9.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung
des Jahresabschlusses und des Lageberichts
zum
31. Dezember 2018
Gesellschaft für Immobilien und aktive
Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH
Hagen



DHE REVISION

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 12. April 2019 dem als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Jahresabschluss der G.I.V. mbH, Hagen, zum 31. Dezember 2018 und dem als Anlage 4 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ord-

nungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der

Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

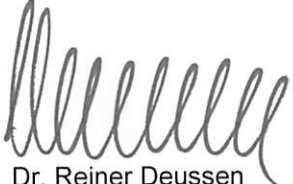
Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt unsere vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hagen, 12. April 2019



Dr. Reiner Deussen
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Anlage 1

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital		51.200,00	51.200,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.627.947,55		1.668.771,05	II. Kapitalrücklage		77.083.628,95	77.083.628,95
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>158,00</u>	1.628.105,55	318,00	III. Verlustvortrag		30.650.787,54-	29.213.570,14-
II. Finanzanlagen				IV. Jahresfehlbetrag		865.396,74-	1.437.217,40-
1. Beteiligungen	115.815.482,81		115.815.482,81	B. Rückstellungen			
2. sonstige Ausleihungen	<u>681.357,44</u>	116.496.840,25	953.900,40	1. sonstige Rückstellungen		52.500,00	187.600,00
B. Umlaufvermögen				C. Verbindlichkeiten			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	72.725.049,29		71.787.532,73
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	37.905,64		42.420,19	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.923,45		181.755,66
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	120.555,35		41.901,49	3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>12.190,52</u>	72.746.163,26	1.660,97
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>133.778,10</u>	292.239,09	119.721,44	- davon aus Steuern EUR 1.634,16 (EUR 1.536,65)			
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		123,04	75,39				
		<u>118.417.307,93</u>	<u>118.642.590,77</u>			<u>118.417.307,93</u>	<u>118.642.590,77</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2018

Anlage 2

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	147.395,48	128.589,77
2. sonstige betriebliche Erträge	365.901,97	84.396,74
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	622,12	612,50
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	86.107,85	88.943,10
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	14.662,65	20.644,17
	100.770,50	109.587,27
- davon für Altersversorgung EUR 1.742,25 (EUR 16.411,46)		
5. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	44.070,50	42.869,92
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	55.213,20	55.305,26
7. Erträge aus Beteiligungen	327.963,90	371.569,65
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 327.963,90 (EUR 359.845,65)		
8. auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabfüh- rungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags erhaltene Ge- winne	158.574,01	151.901,49
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	138,06	28,66
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 138,06 (EUR 0,00)		
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.641.492,22	1.942.127,14
- davon an verbundene Unternehmen EUR 409.836,00 (EUR 668.039,11)		
- davon an Gesellschafter 409.836,00 (668.039,11)		
11. Ergebnis nach Steuern	842.195,12-	1.414.015,78-
12. sonstige Steuern	23.201,62	23.201,62
	865.396,74	1.437.217,40
13. Jahresfehlbetrag	865.396,74	1.437.217,40

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft mit Sitz in Hagen ist im Amtsgericht Hagen im Handelsblatt B 3484 eingetragen.

II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Sie ist eine "Kleine" Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB. Gem. § 14 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags wurde der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für "Große" Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Die Gesellschafterin Stadt Hagen erstellt auch für das Geschäftsjahr 2018 einen Gesamtabschluss. Die Berichtsgesellschaft sowie die Beteiligungen Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH und HUI GmbH zählen ebenfalls zu dem Konsolidierungskreis. Die Berichtsgesellschaft und ihre Beteiligungen sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Die Anwendung des HGB ist verpflichtend.

Die Gliederung der Bilanz entspricht den Vorschriften des § 266 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche, gesetzlich vorgeschriebene Vermögensgegenstände, Schulden, Aufwendungen und Erträge. In der Bilanz sind das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital sowie die Schulden gesondert ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert. Posten der Aktivseite sind nicht mit Posten der Passivseite und Aufwendungen sind nicht mit Erträgen verrechnet. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unverändert beibehalten worden.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Software wird mit 3 bis 4 Jahren, der Parkhäuser mit 33 und der Wohnbauten mit 50 Jahren angenommen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird über regelmäßig 3 bis 10 Jahre abgeschrieben.

Der Ansatz der Finanzanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten.

Der Ausweis der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zu Nennwerten. Wertberichtigungsbedarf bestand nicht. Die liquiden Mittel werden ebenfalls zum Nennwert angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden entsprechend dem gesetzlichen Wahlrecht nicht abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

IV. Angaben zur Bilanz**1. Sachanlagevermögen:**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im anliegenden Bruttoanlagenspiegel dargestellt.

Die Sonstigen Ausleihungen wurden dem Gesellschafter, der Stadt Hagen gewährt.

2. Finanzanlagevermögen:

Das Finanzanlagevermögen setzt sich wie folgt zusammen:

	Anschaffungs- kosten TEUR	Buchwert 31.12.2018 TEUR	Buchwert Vorjahr TEUR	Anteil am Kapital 31.12.2018 %	Eigen- kapital 31.12.2018 TEUR	Ergebnis Geschäfts- jahr 2018 TEUR
HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft	430,2	430,2	430,2	51,0	8.637,0*	643,1*
Hagener Gemein- nützige Wohnungs- gesellschaft mbH (ha.ge.we)	115.360,2	115.360,2	115.360,2	95,0	62.763,5*	2.057,7*
GIS Gesellschaft für Immobilienervice mbH	25,0	25,0	25,0	100,0	168,6	0,0
	115.815,4	115.815,4	115.815,4			

* Die Jahresabschlüsse der Gesellschaften per 31.12.2018 lagen noch nicht vor.
Es ist daher das Eigenkapital bzw. Jahresergebnis per 31.12.2017 angegeben.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen enthalten einen Gewinn aus einem Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von EUR 58.574,01 (Vorjahr EUR 41.901,49) und Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von EUR 61.981,3 (Vorjahr EUR 0,00).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von EUR 4.818,86 (Vorjahr EUR 18.376,70).

4. Verbindlichkeiten

Der folgende Verbindlichkeitspiegel gibt Auskunft über Art und Restlaufzeiten:

	Gesamt-		1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesicherte Beträge	Art der Sicher- heit	Restlaufzeit bis 1 Jahr Vorjahr
	31.12.2018 TEUR	bis 1 Jahr TEUR					
1. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	72.725,0	1.325,0	47.000,0	24.400,0	71.450,9 *)		387,5
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8,9	8,9	0,0	0,0	0,0		181,7
3. Sonst. Verbindlichkeiten	12,2	12,2	0,0	0,0	0,0		1,7
	<u>72.746,1</u>	<u>1.346,1</u>	<u>47.000,0</u>	<u>24.400,0</u>	<u>71.450,9</u>		<u>570,9</u>

*) Ausfallbürgschaft der Stadt Hagen mit 80 % und der Hagener Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH mit 20 %.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von EUR 0,00 (Vorjahr EUR 174.139,11).

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 475,99 (Vorjahr EUR 0,00).

5. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Urlaub, Gleitzeit	24,9
Jahresabschlusskosten	11,4
Ausstehende Rechnungen	1,7
Aufbewahrungsaufwendungen	15,0
	52,5

V. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**1. Aufgliederung der Umsatzerlöse**

Umsätze aus Vermietung und Verpachtung	TEUR 101,7	(Vorjahr TEUR 83,6)
Umsätze aus Geschäftsbesorgung	TEUR 45,7	(Vorjahr TEUR 45,0)

VI. Sonstige Angaben**1. Haftungsverhältnisse**

Zwischen dem alleinigen Mutterunternehmen Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH und der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2. Latente Steuern

Es bestehen zum Abschlussstichtag Differenzen zwischen Handelsbilanzwerten und Steuerbilanzwerten, die sich in späteren Jahren abbauen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf der Basis eines Gewerbesteuersatzes von 18,20 %. Im Falle einer Steuerentlastung wird vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf steuerlichen Verlustvorträgen.

3. Tätigkeitsvergütungen an Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates

Die Bezüge des Geschäftsführers betragen im Berichtsjahr insgesamt EUR 4.500,00.

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr Bezüge von insgesamt TEUR 5,4. Diese wurden wie folgt ausgezahlt:

Cramer, Marianne	EUR 650,00
Gerbersmann, Christoph	EUR 520,00
König, Werner	EUR 975,00
Kiszkenow, Thorsten	EUR 650,00
Kulla, Angelika	EUR 390,00
Panzer, Hans-Georg	EUR 390,00
Romberg, Gerhard	EUR 650,00
Stricker, Günter	EUR 650,00
Treß, Stephan	EUR 520,00

4. Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer)

Im Berichtsjahr wurden eine hauptberufliche Mitarbeiterin und eine Aushilfskraft beschäftigt. Ein Arbeitsverhältnis ruht aufgrund der Inanspruchnahme einer weiteren Erziehungszeit.

5. Angabepflichtige Abschlussprüferhonorare

Der Abschlussprüfer erhält im Geschäftsjahr folgendes Honorar:

für Einzel- und Konzernabschlussprüfung	EUR 7.000,00
für die Steuerberatungsleistungen	EUR 1.520,00
für sonstige Leistungen	EUR 1.389,50

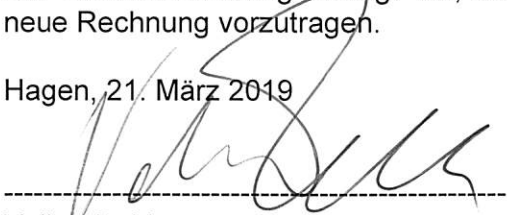
6. Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführer Herr Volker Bald
- Aufsichtsrat: 9 Mitglieder
 - Vorsitzender: Herr Werner König,
Kommunalbeamter a. D.
 - Stellvertreter: Herr Gerhard Romberg,
Architekt
 - Weitere Mitglieder: Frau Marianne Cramer,
Rentnerin
 - als Vertreter der Gemeinde
Herr Christoph Gerbersmann,
Stadtkämmerer
 - Herr Thorsten Kiszkenow,
Kaufmännischer Angestellter
 - Frau Angelika Kulla,
Industriekauffrau
 - Herr Hans-Georg Panzer,
Technischer Angestellter
 - Herr Günter Stricker,
Prokurist
 - Herr Dipl.-Kfm. Stephan Treß,
Betriebswirt

7. Vorschlag über die Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 865.396,74 auf neue Rechnung vorzutragen.

Hagen, 21. März 2019



Volker Bald
Geschäftsführer

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen						Restbuchwerte	
	Stand 01.01.2018 EUR	Zugang EUR	Um- buchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 01.01.2018 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	bestimmte Zugänge EUR	Um- buchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR
II. Immaterielle Vermögensgegenstände													
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	419,00	0,00	0,00	0,00	419,00	419,00	0,00	0,00	0,00	0,00	419,00	0,00	0,00
	419,00	0,00	0,00	0,00	419,00	419,00	0,00	0,00	0,00	0,00	419,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.076.453,19	3.087,00	0,00	0,00	2.079.540,19	407.682,14	43.910,50	0,00	0,00	0,00	451.592,64	1.627.947,55	1.668.771,05
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.321,27	0,00	0,00	0,00	6.321,27	6.003,27	160,00	0,00	0,00	0,00	6.163,27	158,00	318,00
	2.082.774,46	3.087,00	0,00	0,00	2.085.861,46	413.685,41	44.070,50	0,00	0,00	0,00	457.755,91	1.628.105,55	1.669.089,05
III. Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	115.815.482,81	0,00	0,00	0,00	115.815.482,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	115.815.482,81	115.815.482,81
2. Sonstige Ausleihungen	953.900,40	0,00	0,00	272.542,96	681.357,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	681.357,44	953.900,40
	116.769.383,21	0,00	0,00	272.542,96	116.496.840,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	116.496.840,25	116.769.383,21
	118.852.576,67	3.087,00	0,00	272.542,96	118.583.120,71	414.104,41	44.070,50	0,00	0,00	0,00	458.174,91	118.124.945,80	118.438.472,26

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

1. Grundlagen und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 GO NRW

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller dinglichen und obligatorischen Rechtsgeschäfte betreffend solcher Grundstücke und Beteiligungen, die die Stadt Hagen der Gesellschaft zuweist. Das Unternehmen kann weitere Aufgaben wahrnehmen, die ihr von der Stadt Hagen übertragen werden.

Die Gesellschaft ist zu 100 % im Besitz der Stadt Hagen.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft die Zielsetzungen, die für die Stadt Hagen als kommunale Gebietskörperschaft maßgeblich sind sowie die finanzwirtschaftlichen und sonstigen Ziele, die sich aus der Einbindung der Gesellschaft in das kommunale Aufgaben- und Beteiligungsspektrum ergeben, zu beachten.

Die Mehrheitsbeteiligungen der Berichtsgesellschaft (Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH und HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft) verfügen über einen eigenen Aufsichtsrat. Diesem fallen gemäß Satzung bedeutende Entscheidungen zu. Die zu bestellenden Aufsichtsratsmitglieder werden durch den Rat der Stadt Hagen gewählt. Damit hat die Berichtsgesellschaft nur eingeschränkte Einwirkungsmöglichkeiten auf den Geschäftsbetrieb der Beteiligungen.

Durch die Gesellschaft ist eine Beteiligungsstruktur geschaffen worden, bei der die Steuerungs- und Kontrollfunktionen der Stadt aufgaben- und zielbezogen gebündelt und optimiert werden können.

Die Gesellschaft hat auch eigene Aktivitäten im Bereich des öffentlichen Immobilienbestandes der Stadt entwickelt. Hierzu gehören nur noch ein öffentliches Parkhaus und ein Wohnhaus für Betreuungspersonal des städtischen Tierheims.

Auch der Geschäftsbetrieb der Beteiligungsgesellschaften (Geschäftsbereiche wie Bereitstellung von Wohnraum, insbesondere Sozialwohnungen; Bereitstellung einer Müllverbrennungsanlage sowie Reinigung und Betreuung öffentlicher Gebäude stellt im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge darauf ab.

Die öffentliche Zwecksetzung ist damit auch im Geschäftsjahr 2018 eingehalten worden.

2. **Wirtschaftsbericht**

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Berichtsgesellschaft ist im alleinigen Eigentum der Stadt Hagen. Die Aufgaben der Gesellschaft beziehen sich im Wesentlichen auf die Ausrichtung der eigenen Beteiligungen und einiger weniger Immobilien. Somit ist für diese Gesellschaft kein Branchenvergleich möglich.

Geschäftsverlauf

Aufgrund der begrenzten Personalkapazität ist der Wirkungskreis der Gesellschaft auch im abgelaufenen Jahr begrenzt gewesen. Das Geschäftsjahr 2018 war im Wesentlichen geprägt, durch die Kündigung des Pächters für das Parkhaus Mittelstadt und die Betriebsübernahme durch den Folgepächter. Aufgrund der Rahmenbedingungen wie Gemeinschaftsimmobilie und der damit verbundenen Rechte und Pflichten für den Betreiber gestaltete sich die Akquisition sehr aufwendig.

Aufgrund der kurzen Kündigungsfrist war es notwendig, konkrete Fristen bereits im Verhandlungsverfahren bekanntzugeben. Die Bedeutung dieses Parkraumes für die Öffentlichkeit und insbesondere für das Agaplesion Allgemeines Krankenhaus Hagen sowie die mit der Sanierung verbundenen Auflagen erschwerten die Rahmenbedingungen für eine öffentliche Ausschreibung. Das Parkhaus wurde am 28.12.2018 nach einem Verhandlungsverfahren an den Folgepächter übertragen.

Die Kurzfristigkeit der Betriebsaufnahme machte den Erwerb und den Verkauf der bestehenden Parkierungsanlage notwendig. Es konnte die Verfügbarkeit von Dauerstellplätzen verhandelt werden. Der Parkraum in der Innenstadt von Hagen ist begrenzt. Dies erschwert die Versorgung mit Dauerstellplätzen.

Die Verantwortung über die Wartung der im Rahmen der Sanierung erstellten Beschichtung gegen Durchfeuchtung und damit vorzeitige Korrosion muss aus Gewährleistungsgründen bei der Berichtsgesellschaft verbleiben.

Des Weiteren wurden bei der 51 %-igen Tochtergesellschaft HUI GmbH der Gesellschaftsvertrag und weitere Gesellschaftsverträge zugunsten der Schaffung einer Inhousefähigkeit verändert bzw. vereinbart. Mit der Übergabe des Betriebes der Müllverbrennungsanlage (MVA) an die HEB Servicegesellschaft ist die Sicherung der künftigen Auftragslage für den Betrieb der MVA möglich.

Die Berichtsgesellschaft führt seit dem 01.01.2019 ihre Finanz-, Lohn- und Gehaltbuchhaltung mit der Software Addison.

Im Geschäftsjahr fanden fünf Aufsichtsratssitzungen statt.

Die Berichtsgesellschaft hält in ihrem Vermögen drei Beteiligungen mit einem Bilanzwert von 115,8 Mio. €. Die Jahresabschlüsse per 31.12.2018 der Tochterunternehmen sind noch nicht festgestellt. Im Geschäftsjahr wurden/werden Beteiligungserträge aus der HUI GmbH in Höhe von 328,0 T€ (Vorjahr 359,8 T€) und Erträge aus Gewinnabführung der GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH von 158,6 T€ (Vorjahr 151,96 T€) erzielt.

Die Gesellschaft hält einen Anteil von 51 % an der HUI GmbH Hagener Umweltservice und Investitionsgesellschaft mit einem Bilanzwert von 430,2 T€. Die Anteile sind refinanziert. Diese Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis von 643,1 T€ (Vorjahr 705,6 T€) bei einer Bilanzsumme von 31,4 Mio. € (Vorjahr 36,8 Mio. €) erzielt. Die HUI GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2017 Umsatzerlöse von 23,2 Mio. € (Vorjahr 22,9 Mio. €). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt per 31.12.2017 8,6 Mio. € (Vorjahr 8,7 Mio. €). Die Eigenkapitalquote beträgt 27,5 % (Vorjahr 23,6 %). Die HUI GmbH prognostiziert für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis von 1,01 Mio. € und einen Umsatz von 19,4 Mio. €. (Quartals- und Prognosebericht der HUI GmbH zum 30.09.2018 vom 13.11.2018).

Der Rat der Stadt Hagen beschloss am 11.12.2015 in Abänderung zum Beschluss des Aufsichtsrates vom 25.11.2015 und den Vereinbarungen im Gesellschaftervertrag der HUI GmbH deren Ausschüttungen jeweils auf das Jahresergebnis zu begrenzen. Ferner wird mit Änderung des Gesellschaftervertrages die Ausschüttung nicht im Verhältnis der Anteile ausgeschüttet. Geplant waren jährliche Beteiligungserträge von 510 T€. Die Beteiligung hat einen Gewinnvortrag von 990,0 T€. Im Jahr 2018 wurden Beteiligungserträge in Höhe von 328,0 T€ (Vorjahr 371,6 T€) vereinbart.

Die Gesellschaft hält auch Anteile in Höhe von 95 % an der Hagener Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (ha.ge.we), welche einem Beteiligungswert in der Bilanz von 115,4 Mio. € entsprechen. Die Ausschüttungspolitik mit der ha.ge.we sieht vor, bis einschl. 2019 keine Ausschüttungen vorzunehmen.

Die Jahresüberschüsse der ha.ge.we sollen für Sanierungs- und Investitionsvorhaben verwendet werden, um das Unternehmen zukunftsfähig aufzustellen und die Refinanzierung der erworbenen Anteile künftig zu sichern. Ziel ist es dabei, den eigenen Wohnungsbestand zu modernisieren und neuen barrierefreien Wohnraum zu schaffen. In dieser Rolle leistet das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung.

Die ha.ge.we erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis von 2,1 Mio. € (Vorjahr 1,1 Mio. €) bei einer Bilanzsumme von 104,9 Mio. € (Vorjahr 99,6 Mio. €). Die Eigenkapitalquote per 31.12.2017 beträgt 59,8 % (Vorjahr 60,9 %).

Im Jahr 2006 wurde die GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH gegründet. Diese Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochter der Berichtsgesellschaft und übernimmt innerhalb des Konzerns Stadt Hagen Leistungen vorläufig nur im Bereich der Reinigung, der Aufsichtsdienste und der Objektbetreuung. Die Stammeinlage beträgt 25 T€. Das Eigenkapital (168,6 T€) der Tochtergesellschaft verändert sich aufgrund eines in 2012 vereinbarten Ergebnisabführungsvertrages nicht. Der Ergebnisabführungsvertrag wird für das Jahr 2018 fortgeführt. Die Anteile an der Gesellschaft sind refinanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt per 31.12.2018 39,9 % (Vorjahr 42,4 %). Die Bilanzsumme beträgt per 31.12.2018 422,7 T€ (Vorjahr 398,3 T€). Es werden aus dem Geschäftsjahr 2018 Ausschüttungserträge von 158,6 T€ erwirtschaftet.

Die Berichtsgesellschaft verfügte im Geschäftsjahr jederzeit über eine ausreichende Liquidität.

3. Ertragslage, Finanz- und Jahresergebnis

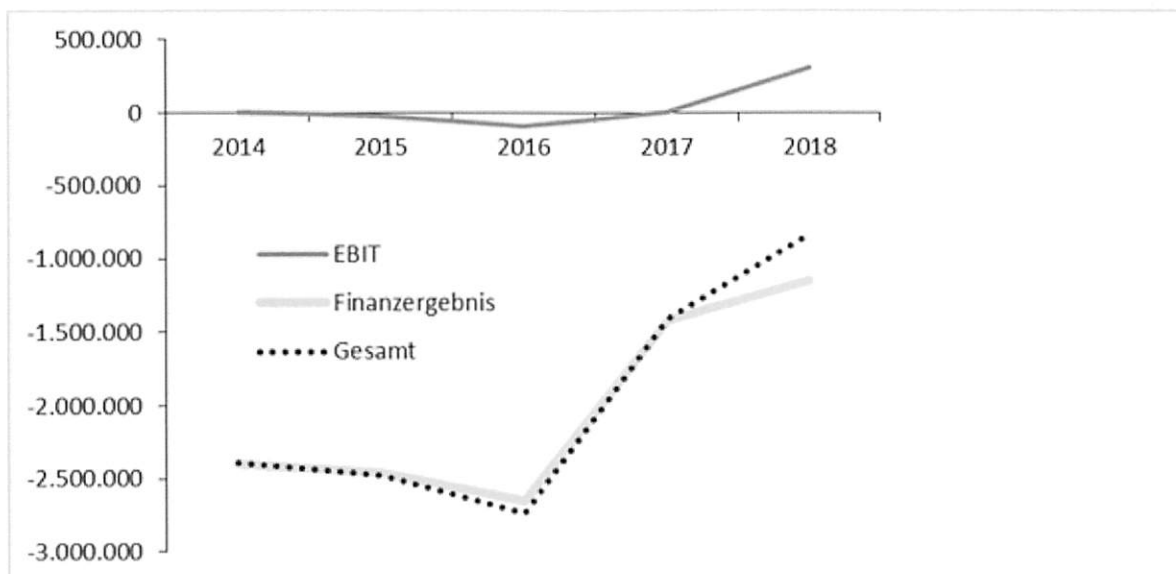
Die Ertragslage der Berichtsgesellschaft wird maßgeblich von den Ergebnissen bzw. den Ausschüttungen ihrer Tochtergesellschaften bestimmt. Im Geschäftsjahr wurde ein Fehlbetrag von 865,4 T€ (Vorjahr 1.437,2 T€) erwirtschaftet.

Die bedeutendste Beteiligung (Beteiligungswert 115,4 Mio. €) schüttete planmäßig auch im Jahr 2018 nicht aus. Den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen aus der Anteilsfinanzierung in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr 1,9 Mio. €) standen demgemäß keine Beteiligungserträge gegenüber. Der Verlustvortrag der Berichtsgesellschaft liegt per 31.12.2018 bei 30,7 Mio. € (Vorjahr 29,2 Mio. €) excl. des laufenden Jahresfehlbetrages. Nach Abzug der Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit der Anteilsfinanzierung der ha.ge.we würde ein Ergebnis von 776,1 T€ (Vorjahr 504,9 T€) erzielt.

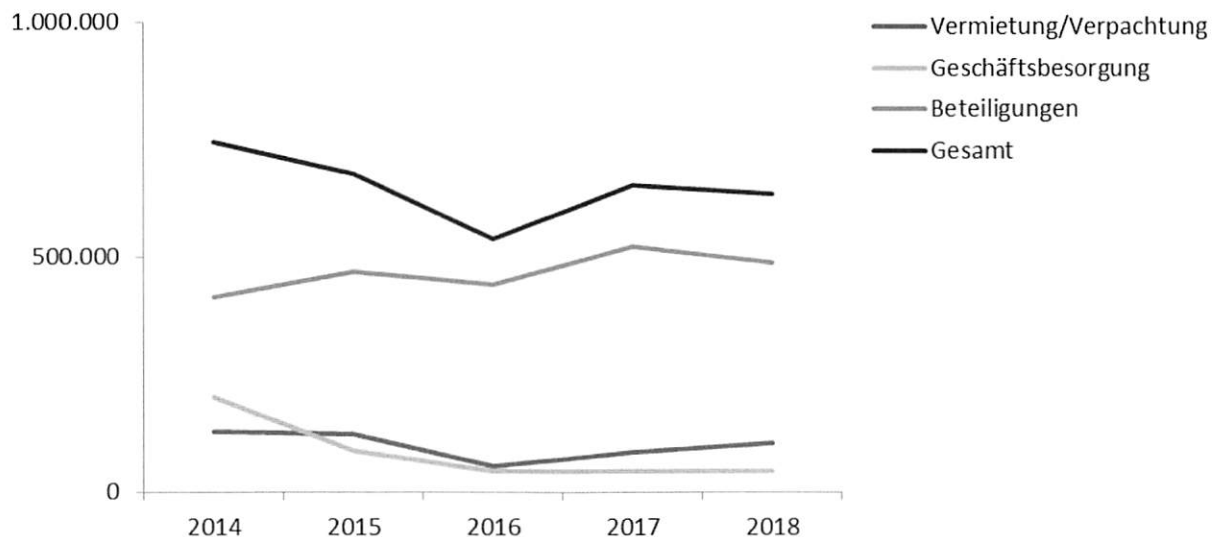
Die Erträge aus Beteiligung der HUI GmbH und GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH tragen zur Deckung des Defizites in der Übergangszeit bei. Wobei durch Beschluss der Gesellschafterin Stadt Hagen die Ausschüttungen der HUI begrenzt werden.

Der Gesellschafterin Stadt Hagen wurde im Jahr 2006 ein zu verzinsendes Lieferantendarlehen gewährt. Per 31.12.2018 beträgt dieses 681,4 T€ (Vorjahr 953,9 T€). Zinserträge wurden aufgrund des negativen Euribor auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht erzielt.

Nachfolgende Darstellung gibt die Entwicklung des Betriebsergebnisses und des Finanzergebnisses der vergangenen fünf Geschäftsjahre wieder:



Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der bedeutenden Umsätze und der Erträge aus Beteiligungen der vergangenen fünf Jahre:



Die Geschäftsbesorgung und die Beteiligungserträge nehmen aufgrund des erheblichen Rückgangs des Immobilienbestandes für die Gesellschaft an Bedeutung zu.

Alle Beteiligungen, ausgenommen die Beteiligung an der ha.ge.we (Kreditverbindlichkeit der Berichtsgesellschaft für den Anteilskauf (Kreditverbindlichkeiten per 31.12.2018 ca. 71,4 Mio. €) sind refinanziert.

Die nachfolgende Darstellung stellt die Gesamtentwicklung der vergangenen fünf Jahre dar:

	2014	2015	2016	2017	2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	329,1	216,9	97,5	128,6	147,4
Sonstige betriebl. Erträge	8,8	24,1	4,6	65,3	365,9
	337,9	241,0	102,1	193,9	513,3
Materialaufwand	-7,8	-1,5	-0,6	-0,6	-0,6
Personalkosten	-229,1	-180,8	-88,1	-90,5	-100,8
Abschreibungen	-25,5	-25,3	-22,6	-42,9	-44,1
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-72,1	-53,0	-81,8	-55,3	-55,2
= Betriebsergebnis	3,4	-19,6	-91,0	4,6	312,6
Erträge aus Beteiligungen	413,7	468,1	440,9	523,5	486,6
Zinserträge	8,9	1,0	0,1	0,0	0,1
Zinsaufwendungen	-2.820,3	-2.931,8	-3.092,3	-1.942,1	-1.641,5
= Finanzergebnis	-2.397,7	-2.462,7	-2.651,3	-1.418,6	-1.154,8
Ergebnis nach Steuern	-2.394,3	-2.482,3	-2.742,3	-1.414,0	-842,2
Steuern	-23,4	-23,5	-23,0	-23,2	-23,2
= Jahresergebnis	-2.417,7	-2.505,8	-2.765,3	-1.437,2	-865,4

Das Ergebnis 2018 steigt im Vergleich zum Vorjahr um 571,8 T€ (Vorjahr 1.437,2 T€). Diese Entwicklung ist auf die positive Zinssituation und deren Auswirkungen auf die Weiterfinanzierung der Darlehen zurückzuführen. Nachfolgende Kennzahlen zeigen die Auswirkungen der Ausschüttungspolitik mit der Tochtergesellschaft ha.ge.we auf:

	2014	2015	2016	2017	2018
Eigenkapitalquote in % G.I.V.	44,6	42,5	39,9	39,2	38,6
Eigenkapitalquote in % ha.ge.we	59,8	62,2	60,9	60,9	60,5

Um die erzielten Verluste und die Kreditverbindlichkeiten aus der Refinanzierung der Anteile an der ha.ge.we zu decken und eine Teiltilgung zu erwirken, ist in 2020 vorgesehen, eine Ausschüttung in Höhe von ca. 47 Mio. € zu vereinnahmen.

4. Finanzlage

Die Zinsen sind gesichert bis Ende 2026. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zur endgültigen Tilgung.

In 2020 beabsichtigt die Berichtsgesellschaft als Hauptgesellschafterin (Anteil 95 %) die aufgelaufenen Fehlbeträge aus der Anteilsfinanzierung mit einer Ausschüttung in Höhe von 47,0 Mio. € aus der Beteiligung an der ha.ge.we zu vereinnahmen. Das gesamte Ausschüttungspotential von 49 Mio. € (100 % Gesellschafteranteile) wird aus dem sogenannten „Drei-Säulen-Modell“ der Beteiligung mit folgenden Teilzielen erzielt:

- Ablösung hochverzinslichen Fremdkapitals
- Reduzierung der Leerstände durch bedarfsorientierte Modernisierung
- Thesaurierung der Überschussanteile

Per 31.12.2017 sind für diese Ausschüttungsabsicht Gewinnrücklagen bei der ha.ge.we in Höhe von 46,6 Mio. € (Vorjahr 45,4 Mio. €) gebildet worden. Um die aktuell vorteilhafte Zinssituation zu sichern, wurde seitens der Beteiligung bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Zinssicherungsgeschäft (Forward) vereinbart.

Sollten sich Gründe ergeben, welche dieser Ausschüttung entgegenstehen, so ist gemäß Weisung des Regierungspräsidenten vom 15.12.2006 eine Veräußerung der ha.ge.we vorzunehmen.

Im Rahmen der Ausschüttungspolitik ist vorgesehen, die Ausschüttungen der Tochtergesellschaft ha.ge.we zur Tilgung der Kreditverbindlichkeiten zu verwenden.

5. Prognosebericht

Die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren sind zum einen die politische Ausrichtung der Stadt Hagen und damit auch die Interessen der Bürger. Weitere Leistungsindikatoren sind, die Stadt Hagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben zu unterstützen und die Unternehmensbeteiligungen strategisch optimal auszurichten.

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren sind das Finanzergebnis und das Jahresergebnis. Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Refinanzierung der Darlehen für die erworbenen Anteile an der ha.ge.we zu erwirken und einen Beitrag zu den Haushaltseinsparungen der Stadt Hagen beizutragen.

Das Verlustergebnis für das Geschäftsjahr 2019 wird mit 914,2 T€ avisiert. Hierauf entfällt auf die Ausschüttungspolitik mit der Tochtergesellschaft ha.ge.we ein geplantes Defizit in Höhe von 1.562,5 T€.

6. Risikobericht

Das systematische Risikomanagement ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des dauerhaften Erfolges der Gesellschaft. Aus diesem Grund wurde nach Einführung des Gesetzes zur Transparenz und Kontrolle im Unternehmensbereich (KonTraG) ein Risikomanagementsystem aufgebaut. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Gegenmaßnahmen zu treffen. Damit sollen Risiken auf ein Minimum begrenzt werden.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur werden bestehende Risiken identifiziert und dokumentiert. Darüber hinaus werden diese nach ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer finanziellen Auswirkung qualifiziert. Das Risikomanagement ist ein kontinuierlich durchzuführender Prozess, der sowohl endogene als auch exogene Einflussfaktoren und Veränderungen berücksichtigt. Plötzlich auftretende Risiken sind unmittelbar dem Risikomanager mitzuteilen. Im Berichtssystem wird regelmäßig über das Risikomanagement berichtet und es ist somit Bestandteil einer effizienten und wertorientierten Unternehmenssteuerung.

Mit der aktuellen Kreditaufnahme wird aufgrund der vorteilhaften Zinsentwicklung eine langfristige Zinsbindung von 10 Jahren angestrebt.

Im Geschäftsjahr 2012 wurde mit der Tochter GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH ein Ergebnisabführungsvertrag für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Demnach werden in dem Zeitraum von fünf Jahren nicht nur die Gewinne, sondern auch die Verluste der Tochter an die Berichtsgesellschaft abgeführt. Im Geschäftsjahr erwirtschaftete das Tochterunternehmen einen Überschuss von 158,6 T€ (Vorjahr 151,9 T€). Die Beteiligungsgesellschaft hat seit ihrer Gründung in 2006 nur einmalig im Jahr 2009 einen Verlust von 5,4 T€ erzielt. Mit dem Geschäftsjahr 2016 endet der verpflichtende Zeitraum von fünf Ergebnisabführungsjahren.

Nach Verschmelzung der Gesellschaft auf die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) soll eine Sachausschüttung zu Gunsten der Gesellschafterin Stadt Hagen mit einem Anteil von 3,9 % erfolgen.

Bei Umsetzung dieser Planung wird die HVG nach Verschmelzung die laufenden Zahlungsdefizite, welche sich aus der verminderten Ausschüttung/jährlichen Ausschüttungen ergeben aus eigenen Mitteln aufbringen müssen und die Stadt Hagen die Ertragssteuer aus der Ausschüttung/den Ausschüttungen bzw. Übertragung des Anteils von 3,9 % tragen. Die HVG erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresfehlbetrag von 13,8 Mio. € (Vorjahr 14,6 Mio. €). Die erwirtschafteten Verluste werden aus Entnahmen der Kapitalrücklage in Höhe 137,3 Mio. € (Vorjahr (132,7 Mio.)) gedeckt.

Durch die Reduzierung der Ausschüttungen der HUI, Verkauf von Immobilien etc. sind die Einnahmequellen der Berichtsgesellschaft begrenzt. Aus der Ausschüttung der ha.ge.we in 2020 werden vorläufig Körperschaftssteuern eingezogen. Diese werden nach Jahresabschluss mit der Körperschaftsteuer zurückgefordert. Zwischenzeitlich muss das Steuerdefizit zwischenfinanziert werden.

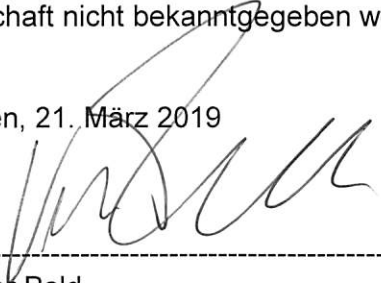
7. Nachtragsbericht

Die ha.ge.we erwartet für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis von 2,0 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €) bei einer Bilanzsumme von 107,1 Mio. € (Vorjahr 104,9 Mio. €). Die Eigenkapitalquote per 31.12.2018 beträgt dann 60,5 % (Vorjahr 59,8 %). Die Gewinnrücklage betragen demzufolge 48,6 Mio. € zuzüglich dem Jahresüberschuss 2018.

8. Entwicklungsperspektiven

Der Geschäftsführervertrag ist bis zum Zeitpunkt der Verschmelzung auf die HVG längstens aber bis zum 30.06.2021 verlängert. Prognosen können aufgrund fehlender Perspektiven für diese Gesellschaft nicht bekanntgegeben werden.

Hagen, 21. März 2019



Volker Bald
Geschäftsführer

I. Erfolgsplan	Ist 31.12.2017	Plan 2018	Ist 30.09.2018	Wirtschaftsplan 2019
1. Umsatzerlöse	128.590 €	189.400 €	90.700 €	214.500 €
2. Bestandsveränderungen (unfert.)				
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
4. Sonstige betriebliche Erträge	65.250 €	0 €	604 €	0 €
5. Materialaufwand	-613 €	-600 €	-312 €	-600 €
6. Rohergebnis	193.227 €	188.800 €	90.992 €	213.900 €
7. Personalaufwendungen	-91.461 €	-82.800 €	-69.445 €	-100.000 €
7.1 Löhne und Gehälter	-70.817 €	-72.500 €	-59.055 €	-81.200 €
7.2 Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-20.444 €	-9.800 €	-10.377 €	-18.500 €
7.3 Sonstige PK, Unfallversicherung	-200 €	-500 €	-14 €	-300 €
8. Abschreibungen auf imm. VG u. SA	-42.870 €	-53.400 €	-33.053 €	-48.000 €
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-54.285 €	-72.700 €	-24.674 €	-57.200 €
10. Betriebsergebnis	4.612 €	-20.100 €	-36.180 €	8.700 €
11. Finanzergebnis	-1.418.627 €	-1.335.900 €	-707.476 €	-899.700 €
12. Erträge aus Beteiligungen	371.570 €	286.600 €	327.964 €	469.800 €
13. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	151.901 €	186.100 €	0 €	193.000 €
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29 €	0 €	0 €	0 €
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0 €	0 €	0 €	0 €
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.942.127 €	-1.808.600 €	-1.035.440 €	-1.562.500 €
17. Ergebnis vor Steuern	-1.414.016 €	-1.356.000 €	-743.656 €	-891.000 €
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0 €	Gemeinkosten (V	0 €	0 €
19. Sonstige Steuern	-23.202 €	-23.200 €	-23.202 €	-23.200 €
22. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.437.217 €	-1.379.200 €	-766.858 €	-914.200 €

Erläuterung:

Der Wirtschaftsplan besteht gemäß Beteiligungsrichtlinie aus einem Erfolgsplan (Anlage I), den Erläuterungen (Anlage II), dem 5-jährigen Finanzplan (Anlage IV), dem Investitionsplan (Anlage V), den Konditionen für Darlehen (Anlage VI), einer Planbilanz (Anlage VII) und dem Stellenplan (Anlage VIII).

Ergänzend zum Finanzplan wird ein 5-jähriger Erfolgsplan (Anlage III) erstellt. Zum Vergleich werden in der Planung für das Folgejahr sowohl in der Kurzfassung wie auch in der Erläuterung die Werte des Jahresabschlusses 2017, der Erfolgsplan 2018 und die Quartalsituation per 30.09.2018 dargestellt.

Der Wirtschaftsplan 2019 der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH schließt mit einem Fehlbetrag von 914.200,- T€ (Ergebnis 2017 1.437.217 €, Planung 2018 -1.379.200,- €). Die Situation per 30.09.2018 wird zur Verdeutlichung ebenfalls im Plan berücksichtigt.

Nachfolgend werden die Annahmen erläutert. Alle Geschäftssegmente excl. der Beteiligung an der Hagerer Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (ha.ge.we) entwickeln sich positiv. Die Beteiligung an der ha.ge.we entwickelt sich plangemäß. Dem Zinsaufwand können weiterhin bis einschl. 2019 keine Beteiligungserträge gegenübergestellt werden. Daraus ergibt sich die folgende Entwicklung:

- 914.200,- €	Ergebnis 2019
<u>1.562.500,- €</u>	Zinsaufwendungen/Bürgschaften aus der Anteilsfinanzierung
647.300,- €	Ergebnis 2019 ohne Anteilsfinanzierung ha.ge.we

Die aufgelaufenen Verluste aus der Anteilsfinanzierung werden im Jahr 2020 durch einen erstmaligen Beteiligungsertrag von ca. 47 Mio. € und anschließend jährlich mit 1,9 Mio. € gedeckt. Eine Ausschüttung nach 2020 an die Stadt Hagen ist hierbei nicht berücksichtigt.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes wurden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Immobilien

Die Fertigstellung der Sanierung des Parkhauses Mittelstadt ist Anfang 2017 erfolgt. Eine Sanierung des zweiten Abschnittes ist für das Jahr 2020/2021 geplant. Enthalten ist nur der Eigenanteil aus dem Gemeinschaftsgut mit einem Anteil von 722,68/1.000. Zum 01.01.2019 ist ein Pächterwechsel im Parkhaus Mittelstadt berücksichtigt worden. Auf die Darstellung von Verrechnungen mit der Stadt Hagen wurde aufgrund der Ergebnisneutralität verzichtet. Ein vorliegendes Angebot wurde als Annahme zugrunde gelegt.

Das Segment Immobilien (siehe Erläuterungen 1.1) enthält sowohl die Pachteinahmen aus dem Parkhaus Mittelstadt (122.100,- €) wie auch die Dienstwohnung am Tierheim (8.100,- €). Aufgrund aufweichender Vereinbarungen werden die Nebenkosten wie Grundsteuer, Wartungen durch den Pächter getragen.

Personalaufwendungen/Stellenplan

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Bezüge für den Geschäftsführer sind enthalten. Aktuell werden drei Mitarbeiter/innen beschäftigt:

Eine Vollzeitmitarbeiterin ist weiterhin bis zum 08.09.2020 im Erziehungsurlaub. Darüber hinaus wird für den technischen Bereich ein geringfügig Beschäftigter (Parkhaus Mittelstadt) im Rahmen eines Bereitschaftsvertrages eingesetzt. Die verbleibende Mitarbeiterin wird durch halbtägigen Einsatz in der GIS mbH refinanziert.

Eine Personalkostenerstattung (Personaldienstleistungen) wird wie in den Vorjahren vorgenommen. Weitere Details können dem Stellenplan 2019 (Anlage VIII) entnommen werden.

Tariferhöhungen sind für die Jahre 2019 und 2020 berücksichtigt worden.

Beteiligungserträge

Die ha.ge.we schüttet bis einschließlich 2019 nicht aus. Für die Ausschüttungen 2019 wird das prognostizierte Ergebnis 2018 (46,75 %) der HUI GmbH (12) angenommen. In den Folgejahren wird der vorgelegte und durch den Gesellschafter nicht festgestellte Wirtschaftsplan 2019 vom 25.10.2018 zugrunde gelegt. Gemäß Satzung der HUI GmbH ist ein Gesellschafterbeschluss für die Feststellung des Wirtschaftsplanes erforderlich. Hierfür liegt aktuell keine Planung vor.

Die Ergebnisse der GIS mbH (13) werden aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages jährlich in voller Höhe ausgeschüttet. Es ist ein Cash-Pool mit der GIS eingerichtet. Eine Anzahlung auf das Ergebnis wird auf Euribor-Basis verzinst der G.I.V. mbH geleistet.

Die Ausschüttungen der HUI und GIS werden zur Deckung von Zins-, Tilgungsraten sowie Bürgschaftsprovisionen benötigt. Aufgrund der Ergebnisse der HUI GmbH werden seitens der GIS höhere Ausschüttungen erwartet.

Aufwendungen/Sonstige Steuern

Der Materialaufwand (5) enthält den Erbpachtzins für die Dienstwohnung am Tierheim. Aufgrund der Langfristigkeit des Vertrages ist eine Wertsicherungsklausel vereinbart. Die Grundsteuer und die Nebenkosten werden aus verwaltungstechnischen Gründen direkt von der Mieterin, Stadt Hagen, übernommen.

Durch die Sanierung im Jahr 2020/2021 des zweiten Abschnittes erhöht sich die Abschreibung (8) nach Fertigstellung ab dem Jahr 2021.

In den Rechts- und Beratungskosten (9.7) sind Abschlusskosten für Konzern- und Einzelabschluss in Höhe von 10.200,- € enthalten. Die weiteren Aufwendungen (9) finden unter dem Gesichtspunkt erheblicher Einsparungen im Plan Berücksichtigung. Die Instandhaltung von Gebäuden (9.1) enthält nur Positionen, welche nicht durch den Pächter übernommen werden können wie z. B. alle drei Jahre stattfindende Sachverständigenuntersuchungen. Positionen für aktuell durch das Bauordnungsamt festgestellte Mängel müssen aus Fristgründen im Jahr 2028 ausgeführt werden.

Analog zur Sitzungsplanung der Stadt Hagen werden sieben Aufsichtsratssitzungen angenommen. (9.5) je Jahr angenommen.

Die Position „übrige“ (9.12) enthält vorwiegend Archivierungs- und Fortbildungskosten.

Finanzergebnis/Steuern von Einkommen und Ertrag

Zinserträge (14) des Gesellschafters für das Lieferantendarlehen „Sanierung Sporthallen“ fallen aufgrund des negativen Euribors nicht an.

Die Bürgschaftsprovision (16.2) der ha.ge.we wie und der Stadt Hagen ist auf Grundlage einer Feststellung des Wirtschaftsprüfers mit 0,45 % bzw. 0,09 % auf das verbürgte Kreditäquivalent (80 % bzw. 20 % zuzüglich Zinsausfallrisiko) berücksichtigt. Gespräche mit der Stadt Hagen ergaben keine Abweichende Argumentation. Eine Entscheidung der Stadt Hagen steht aus. Gespräche mit der ha.ge.we werden nach Entscheidung aufgenommen.

Die Ergebnisabführungen der GIS mbH verursachen bei der G.I.V. mbH keine Steuerzahlungen.

Aufgrund der steuerlich hohen Verlustvorträge bei der G.I.V. (per 31.12.2017 Körperschaftsteuer -31,8 Mio. €/Gewerbesteuer -24,7 Mio. €) fallen langfristig sowohl bei der einmaligen Ausschüttung durch die ha.ge.we in 2020 (47 Mio. €) wie auch der Folgejahre (ca. 1,9 Mio. €) gleichwohl auch bei den Ausschüttungen der HUI GmbH und der Ergebnisabführung der GIS mbH keine Steuerzahlungen an.

Finanzplan

Die Forderung aus dem Darlehen gegen die Stadt Hagen für die Sanierungen der Rundturnhalle/Rundsporthalle Haspe und Hohenlimburg läuft im Jahr 2020 aus. Die Tilgung für die Jahre 2019 und 2020 beträgt 272,5 T€ bzw. 136,4 T€.

Kontokorrentkredite werden benötigt, um die monatlichen Zins-/Tilgungsbelastungen sowie Bürgschaftsprovisionen leisten zu können. Ein Kontokorrentrahmen von 5,4 Mio. € liegt vor.

Investitionsplan

Der zweite Sanierungsabschnitt im Parkhaus Mittelstadt ist im Wirtschaftsjahr 2020/2021 enthalten. Der kalkulierte Anteil der G.I.V. mbH beträgt 448,1 T €. Aus Gründen einer Gemeinschaftsimmobilie ist zusätzlich durch die Stadt Hagen ein Anteil von 277,32 von 1.000 zu übernehmen.

Planbilanz

Den Verlustvorträgen von prognostiziert 32,9 Mio. € per Ende 2019 stehen Kapitalrücklagen von 77,1 Mio. € und ein prognostizierter Überschuss im Jahr 2020 von 46,9 Mio. € gegenüber.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie in der Anlage VI und VII dargestellt zusammen. Ein Kontokorrent wird teilweise auch im Jahr 2022 benötigt. Ein Darlehen von aktuell 71,4 Mio. € ist ab dem 19.01.2017 10 Jahre zinsgebunden.

VIII.
Stellenplan 2019

Stellenplan 2018

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Minijob	Anteil GIS	Refinanzie- rungsstatus	Minijob	Teilzeit- beschäftigte	Vollzeit- beschäftigte
Geschäftsführung	1		1	0,0	0,0	ohne Entgelt		
Verwaltung	2 *		0	0,5	0,5	0	0	2*
befristete Verträge								
Verträge ≥ 1 Jahr								
unbefristete Verträge	2 *			0,5	0,5			2 *
Technik	0	0	1	0,0	0,0	1	0	0
befristete Verträge	0							0
Verträge ≥ 1 Jahr	0							0
unbefristete Verträge	0		1	0,0	0,0	1		0
GESAMT	3		2	0,5	0,5	1	0	2

* davon eine Mitarbeiterin bis September 2020 in Erziehungszeit

5

3

Planbilanz für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019

Planbilanz

A K T I V A	Planbilanz	Prognose	Vorjahr	P A S S I V A	Planbilanz	Prognose	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital	51.200	51.200	51.200
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0	0	0	II. Kapitalrücklage	77.083.600	77.083.600	77.083.600
II. Sachanlagen				III. Verlustvortrag	-31.976.700	-30.650.800	-29.213.600
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	1.584.000	1.628.100	1.668.800	IV. Jahresfehlbetrag	-914.200	-1.325.900	-1.437.200
2. Anlagen im Bau				44.243.900	45.158.100	46.484.000	
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	400	300	B. RÜCKSTELLUNGEN			
	1.584.000	1.628.500	1.669.100	sonstige Rückstellungen	58.900	49.300	187.600
III. Finanzanlagen				C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Beteiligungen	115.815.500	115.815.500	115.815.500	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	73.409.500	72.843.100 €	71.787.500
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon gegen Gesellschafter	136.400	408.900	953.900	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	164.600	143.200	181.800
	115.951.900	116.224.400	116.769.400	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			
B. UMLAUFVERMÖGEN				4. sonstige Verbindlichkeiten	3.200	4.500	1.700
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				73.577.300	72.990.800	71.971.000	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	154.200	141.600	42.400				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	73.000	86.100	41.900				
3. Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0				
4. sonstige Vermögensgegenstände	116.900	117.500	119.700				
	344.100	345.200	204.000				
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	100	100	100				
	117.880.100	118.198.200	118.642.600		117.880.100	118.198.200	118.642.600

VI. Konditionen der Darlehen

(Anlage zum Wirtschaftsplan 2019)

Stand: 06.11.2018

Kreditinstitut	Bedarfsgrund	Datum der Auszahlung	Zinsbindung/ Endfälligkeit	Zinssatz	Tilgungsart	Kreditsumme per 01.01. lfd. Wj.	Zinsen lfd. Wj.	Tilgung lfd. Wj.	Annuität lfd. Wj.	Kreditsumme im Wj. oder per 31.12.
1. Sparkasse Hagen	Anteile HGW	19.01.2017	29.12.2026	1,71%	ab 2020	35.700.000 €	610.450 €		610.450 €	35.700.000 €
	<i>Kontokorrent 5.406.522,- €</i>		<i>31.12.2019</i>	<i>z. Z. 1,71 %</i>	<i>variabel</i>	<i>1.443.100 €</i>	<i>24.700 €</i>	<i>-566.400 €</i>	<i>591.100 €</i>	<i>2.009.500 €</i>
1.1	<i>zzgl. Bürgschaftsprovision Stadt Hagen</i>			0,45% *		32.844.000 €	147.800 €			32.844.000 €
1.2	<i>zzgl. Bürgschaftsprovision ha.ge.we</i>			0,09% *		8.211.000 €	7.400 €			8.211.000 €
2. Helaba	Anteile HGW	19.01.2017	29.12.2026	1,710%	ab 2020	35.700.000 €	610.450 €		0 €	35.700.000 €
2.1	<i>zzgl. Bürgschaftsprovision Stadt Hagen</i>			0,45% *		32.844.000 €	147.800 €			32.844.000 €
2.2	<i>zzgl. Bürgschaftsprovision ha.ge.we</i>			0,09% *		8.211.000 €	7.400 €			8.211.000 €
Summen						(72.843.100 €)	1.556.000 €	-566.400 €	1.201.550 €	71.400.000 €

* Position strittig aufgrund der Höhe der Bürgschaftsprovision (nicht EU-konform/nicht steuerlich begründet!)

V. Investition	2019	2020	2021	2022	2023	Erläuterungen
Übertragung aus Vorjahren Anlagen im Bau	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	
Investitionen	0 €	224.000 €	224.100 €	0 €	0 €	Ergebnis Zwischensumme I bis III
Imm. Vermögensgegenstände Buchführungssystem Serversoftware	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	Zwischensumme I Ersatz/bedarfsgerechte Buchführung Ersatzbeschaffung
Gebäude	0 €	224.000 €	224.100 €	0 €	0 €	Zwischensumme II
Parkhaus Mittelstadt II. Abschnitt (Eigenanteil)		224.000 €	224.100 €			Rest-Betonsanierung
Wohnung Tierheim						
<u>Betriebs- und</u> <u>Geschäftsausstattung</u> GWG < 150 € GWG Geringwertige Wirtschaftsgüter Sammelposten BGA über 1000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	Zwischensumme III
Gesamt Investitionen	0 €	224.000 €	224.100 €	0 €	0 €	

IV. Finanzplanung	2019	2020	2021	2022	2023
1. Zahlungsmittelanfangsbestand Beginn Planperiode	-973.100 €	-1.486.100 €	-1.495.500 €	-458.400 €	403.900 €
2. Auszahlung					
2.1 Auszahlungen lfd. Geschäft	-181.000 €	-196.000 €	-183.900 €	-186.300 €	-188.700 €
2.1.1 Personalausgaben	-100.000 €	-112.000 €	-101.300 €	-102.000 €	-101.300 €
2.1.2 Zahlung v. Lieferantenverbindlichkeiten	-57.800 €	-60.800 €	-59.400 €	-61.100 €	-64.200 €
2.1.3 Steuern	-23.200 €	-23.200 €	-23.200 €	-23.200 €	-23.200 €
2.2 Auszahlungen für Investitionen	0 €	-224.000 €	-224.100 €	0 €	0 €
2.2.1 Sachinvestitionen	0 €	-224.000 €	-224.100 €	0 €	0 €
2.2.2 Finanzinvestitionen					
2.3 Auszahlg. Finanzverkehr	-1.562.500 €	-47.765.800 €	-1.415.000 €	-1.754.000 €	-1.743.800 €
2.3.1 Kredittilgung	0 €	-47.000.000 €	-839.600 €	-1.224.400 €	-1.245.500 €
2.3.2 Zinszahlungen/Bürgschaftsprovision	-1.562.500 €	-765.800 €	-575.400 €	-529.600 €	-498.300 €
Summe Auszahlungen	-1.743.500 €	-48.185.800 €	-1.823.000 €	-1.940.300 €	-1.932.500 €
3. Einzahlungen					
3.1 Einzahlg. aus ordentl. Umsätzen	214.500 €	202.800 €	152.300 €	208.200 €	209.900 €
3.1.1 Mieten und Pachten, Nebenkosten	161.000 €	148.700 €	152.300 €	154.100 €	155.800 €
3.1.2 Dienstleistungsentgelten	53.500 €	54.100 €	54.100 €	54.100 €	54.100 €
3.2 Einzahlungen aus gepl. Desinvest.	272.500 €	136.400 €	0 €	0 €	0 €
3.2.1 Sachanlagenverkäufe	0 €			0 €	
3.2.2 Einzahlungen aus Finanzinvestitionen	272.500 €	136.400 €		0 €	0 €
3.3 Einzahlungen aus Erträgen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3.3.1 Sonstige betriebliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3.4 Einzahlungen aus Finanzerträgen	623.500 €	47.717.200 €	2.587.800 €	2.474.400 €	2.462.000 €
3.4.1 Sonstige Zinsen u. ähnl. Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3.4.2 Ausschüttung hagewe		47.020.200 €	1.919.200 €	1.919.200 €	1.919.200 €
3.4.3 einbehaltene KEST, SolZ Vorjahre					
3.4.4 einbehaltene KSt, KEST, SolZ					
3.4.5 Verrechnung steuerliche Verlustvorträge					
3.4.6 Anrechnungsverfahren					
3.4.7 Ausschüttung HUI (einschl. Steuerzugschrift Vorjahr)	430.500 €	473.000 €	446.600 €	334.000 €	322.800 €
3.4.8 Ergebnisabführungsverträge	193.000 €	224.000 €	222.000 €	221.200 €	220.000 €
Summe Einzahlungen	1.110.500 €	48.056.400 €	2.740.100 €	2.682.600 €	2.671.900 €
4. Über-/Unterdeckung	-1.606.100 €	-1.615.500 €	-578.400 €	283.900 €	1.143.300 €
5. Anpassungsmaßnahmen	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €
5.1 <u>bei Unterdeckung</u>	<u>120.000 €</u>	<u>120.000 €</u>	<u>120.000 €</u>	<u>120.000 €</u>	<u>120.000 €</u>
5.1.1 Kassendarlehn	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €	120.000 €
5.1.2 Kreditaufnahme	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5.1.3 Eigenkapitalaufnahme					
5.2 <u>bei Überdeckung</u>	<u>0 €</u>	<u>0 €</u>	<u>0 €</u>	<u>0 €</u>	<u>0 €</u>
5.2.1 gewährte Darlehen vor Tilgung					
5.2.2 gewährte Darlehen (nur nachrichtlich)	272.500 €	136.100 €			
6. Zahlungsmittelendbestand/ Kontokorrentdarlehen (-)	-1.486.100 €	-1.495.500 €	-458.400 €	403.900 €	1.263.300 €
> Max. Kontokorrentdarlehen	5.406.500 €	5.406.500 €	5.406.500 €	5.406.500 €	5.406.500 €

III. Erfolgsplan 5-jährig		2019	2020	2021	2022	2023
1.	Umsatzerlöse	214.500 €	202.800 €	206.400 €	208.200 €	209.900 €
2.	Bestandsveränderungen (unfert.)	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4.	Sonstige betriebliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5.	Gesamtleistung	214.500 €	202.800 €	206.400 €	208.200 €	209.900 €
6.	Materialaufwand	-600 €	-600 €	-600 €	-700 €	-700 €
7.	Personalaufwendungen	-100.000 €	-112.000 €	-101.300 €	-102.000 €	-101.300 €
7.1	Löhne und Gehälter	-81.200 €	-90.900 €	-82.000 €	-82.000 €	-82.000 €
	Soziale Abgaben, Aufwendungen für					
7.2	Altersversorgung und für Unterstützung	-18.500 €	-20.800 €	-18.700 €	-19.300 €	-18.700 €
7.3	Sonstige Personalkosten, Unfallversich.	-300 €	-300 €	-600 €	-700 €	-600 €
8.	Abschreibungen auf imm. VG u. SA	-48.000 €	-47.500 €	-62.800 €	-62.800 €	-62.800 €
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-57.200 €	-60.200 €	-58.800 €	-60.400 €	-63.500 €
10.	Betriebsergebnis	8.700 €	-17.500 €	-17.100 €	-17.700 €	-18.400 €
11.	Finanzergebnis	-899.700 €	46.945.900 €	1.975.300 €	1.874.900 €	1.884.500 €
11.1	Erträge aus Beteiligungen	469.800 €	47.487.700 €	2.328.700 €	2.183.300 €	2.162.800 €
11.2	Gewinne aus Ergebnisabführungsverträgen	193.000 €	224.000 €	222.000 €	221.200 €	220.000 €
11.3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
11.4	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
11.4	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.562.500 €	-765.800 €	-575.400 €	-529.600 €	-498.300 €
12.	Ergebnis vor Steuern	-891.000 €	46.928.400 €	1.958.200 €	1.857.200 €	1.866.100 €
13.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
14.	Sonstige Steuern	-23.200 €	-23.200 €	-23.200 €	-23.200 €	-23.200 €
15.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-914.200 €	46.905.200 €	1.935.000 €	1.834.000 €	1.842.900 €
	<i>Finanzierungskosten/Ausschüttung ha.ge.we</i>	<i>1.562.500 €</i>	<i>-46.254.400 €</i>	<i>-1.343.800 €</i>	<i>-1.389.600 €</i>	<i>-1.420.900 €</i>
	Ergebnis ohne Ausschüttungspolitik	648.300 €	650.800 €	591.200 €	444.400 €	422.000 €
	Verlustvortrag (-), Gewinnvortrag	-32.890.900 €	14.014.300 €	15.949.300 €	17.783.300 €	19.626.200 €

10. GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH

10.1. Allgemeine Daten

Berliner Platz 22
58089 Hagen
Telefon: 02331 207-2104
Telefax: 02331 207-2038

Internet: www.gis-hagen.de
E-Mail: info@gis-hagen.de

10.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens sind infrastrukturelle Dienstleistungen für Gebäude und Grundstücke der Stadt Hagen und deren Gesellschaften, insbesondere Objektbetreuung und Reinigung sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Die Gesellschaft kann weitere Tätigkeiten wahrnehmen, die ihr von ihrer Gesellschafterin übertragen werden.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft die Zielsetzungen, die für die Stadt Hagen als kommunale Gebietskörperschaft maßgeblich sind, sowie die finanzwirtschaftlichen und sonstigen Ziele, die sich aus der Einbindung der Gesellschaft in das kommunale Aufgaben- und Beteiligungsspektrum ergeben, zu beachten.

10.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens sind infrastrukturelle Dienstleistungen für Gebäude und Grundstücke der Stadt Hagen und deren Gesellschaften, insbesondere Objektbetreuung und Reinigung sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft kann weitere Tätigkeiten wahrnehmen, die ihr von ihrer Gesellschafterin übertragen werden.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft die Zielsetzungen, die für die Stadt Hagen als kommunale Gebietskörperschaft maßgeblich sind, sowie die finanzwirtschaftlichen und sonstigen Ziele, die sich aus der Einbindung der Gesellschaft in das kommunale Aufgaben- und Beteiligungsspektrum ergeben, zu beachten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Die GIS Gesellschaft für Immobilienservice hat auch im Geschäftsjahr 2018 ihre Leistungen ausschließlich innerhalb des Stadtkonzerns erbracht.

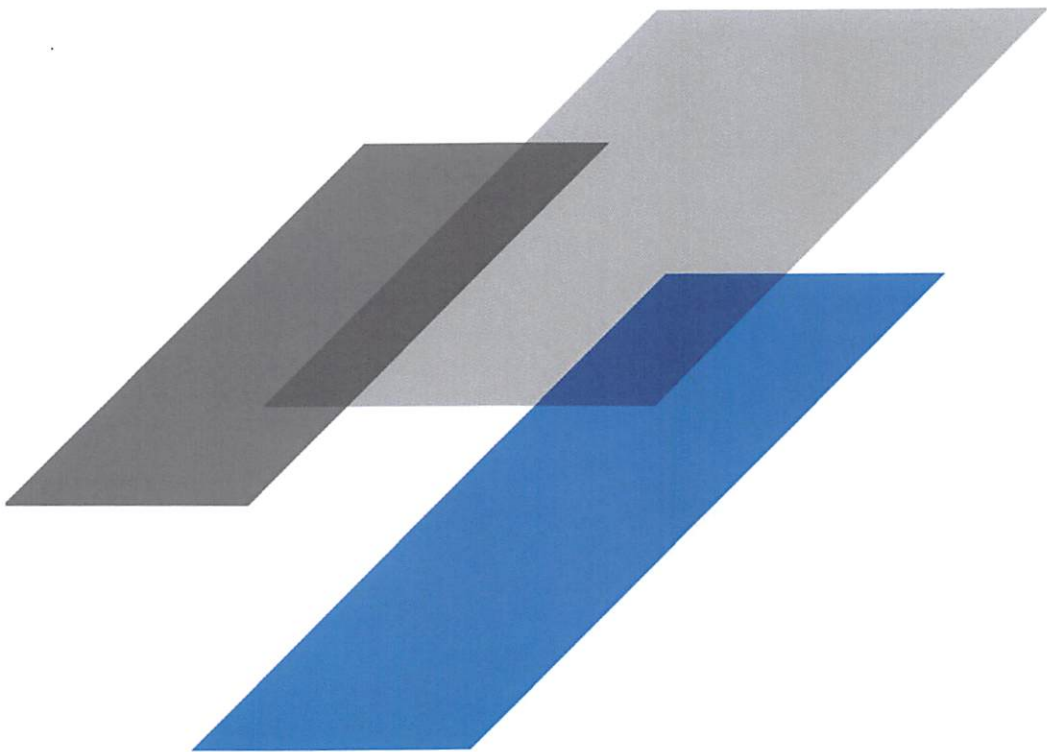
10.4. Beteiligungsverhältnis



10.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

Bericht
über die Prüfung
des Jahresabschlusses und des Lageberichts
zum
31. Dezember 2018
GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH
Hagen



DHE REVISION

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als

Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Be-

langen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige

Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.


Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt unsere vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hagen, 12. April 2019



Dr. Reiner Deussen
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Anlage 1

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR		EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		7.923,00	9.073,00	II. Gewinnrücklagen			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. andere Gewinnrücklagen		25.000,00	25.000,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		4.808,12	5.380,87	III. Gewinnvortrag		118.605,17	118.605,17
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	335.345,90		333.199,97	IV. Jahresüberschuss		0,00	0,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>6.333,24</u>	341.679,14	479,18	B. Rückstellungen			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		68.330,00	50.009,43	1. sonstige Rückstellungen		46.800,00	41.100,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	138,00	C. Verbindlichkeiten			
				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.242,90		46.285,39
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 48.242,90 (EUR 46.285,39)			
				2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	58.574,01		41.901,49
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 58.574,01 (EUR 41.901,49)			
				3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>100.518,18</u>	207.335,09	100.388,40
				- davon aus Steuern EUR 19.877,32 (EUR 28.528,42)			
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 2.298,57 (EUR 0,00)			
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 100.518,18 (EUR 100.388,40)			
		<u>422.740,26</u>	<u>398.280,45</u>			<u>422.740,26</u>	<u>398.280,45</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2018

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	1.665.110,04	1.631.728,15
2. sonstige betriebliche Erträge	1.478,22	2.836,46
3. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.369,06	13.985,17
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.109.329,35	1.123.281,70
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>258.670,96</u>	<u>247.114,32</u>
	1.368.000,31	1.370.396,02
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.242,14	3.984,34
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	131.284,74	94.117,59
7. Ergebnis nach Steuern	158.692,01	152.081,49
8. sonstige Steuern	118,00	180,00
9. auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	158.574,01	151.901,49
10. Jahresüberschuss	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im nachfolgenden Bruttoanlagespiegel dargestellt.

Entwicklung des Anlagevermögens 2018

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	01.01.2018	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2018	01.01.2018	Abschreibung Geschäftsjahr	bestimmte Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2018	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Sachanlagen													
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	24.595,30	2.099,14	4.552,36	0,00	22.142,08	15.522,30	3.242,14	0,00	4.545,36	0,00	14.219,08	7.923,00	9.073,00
	<u>24.595,30</u>	<u>2.099,14</u>	<u>4.552,36</u>	<u>0,00</u>	<u>22.142,08</u>	<u>15.522,30</u>	<u>3.242,14</u>	<u>0,00</u>	<u>4.545,36</u>	<u>0,00</u>	<u>14.219,08</u>	<u>7.923,00</u>	<u>9.073,00</u>

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Der Ausweis der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgt zu Nennwerten. Wertberichtigungsbedarf bestand nicht.

Die liquiden Mittel werden ebenfalls zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind in Höhe des Erfüllungsbetrages nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden entsprechend dem gesetzlichen Wahlrecht nicht abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bestehen aus Verbindlichkeiten aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages in Höhe von EUR 58.574,01

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt in Höhe von EUR 77.983,05 und Verbindlichkeiten aus Steuern EUR 19.877,32.

Die Verbindlichkeiten sind nicht durch Pfandrechte oder ähnliches gesichert. Der folgende Verbindlichkeitspiegel gibt Auskunft über Art und Restlaufzeiten.

	Gesamtbetrag 31.12.2017	davon mit einer Restlaufzeit			Restlaufzeit bis 1 Jahr Vorjahr
		bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.242,9	48.242,9	0,00	0,00	46
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	58.574,0	58.574,0	0,00	0,00	42
3. Sonstige Verbindlichkeiten	100.518,2	100.518,2	0,00	0,00	100
	207.335,1	207.335,1	0,00	0,00	188

Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Urlaub, Gleitzeit	21,0
Jahresabschluss	1,8
Ausstehende Rechnungen	4,6
Aufbewahrungsaufwendungen	19,4
	<u>46,8</u>

V. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**Aufgliederung der Umsatzerlöse**

	2018 TEUR	2017 TEUR
a) Umsätze aus Aushilfstätigkeiten		
- für Reinigungsdienst	1.078,0	991,4
- für Aufsichtsdienste	74,0	154,2
- für Objektbetreuung	233,8	226,1
b) Unterhaltsreinigung	273,3	255,0
c) Sonstige	6,0	5,0

VI. Sonstige AngabenTätigkeitsvergütungen an Mitglieder des Geschäftsführungsorgans

Die Bezüge des Geschäftsführers betragen im Berichtsjahr insgesamt EUR 900,00.

Abschlussprüferhonorar

Der Abschlussprüfer erhält im Geschäftsjahr folgendes Honorar

für die Abschlussprüfung	EUR 1.900,00
für die Steuerberatungsleistung	EUR 400,00

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer)

Im Berichtsjahr wurden durchschnittlich 211 Mitarbeiter (Vorjahr: 164 Mitarbeiter) beschäftigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31.12.2018 bestanden nicht passivierte finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen in Höhe von TEUR 4,7 (Vorjahr: TEUR 6,6).

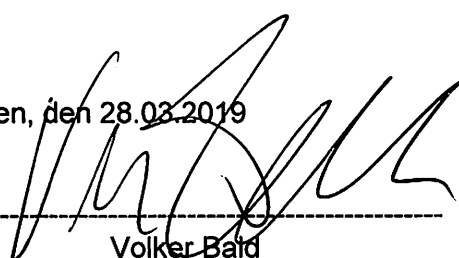
Organ der Gesellschaft

Herr Volker Bald ist Geschäftsführer der Gesellschaft.

Nachtragsbericht

Die Stundensätze für Reinigungsleistungen steigen aufgrund einer weiteren Tarifierhöhung im der Gebäudereinigung in 2019.

Hagen, den 28.03.2019



Volker Bald
- Geschäftsführer -

Lagebericht

1. Grundlagen des Unternehmens und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gemäß § 108 GO NRW

Gegenstand des Unternehmens sind infrastrukturelle Dienstleistungen für Gebäude und Grundstücke der Stadt Hagen und deren Gesellschaften, insbesondere Objektbetreuung und Reinigung sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft kann weitere Tätigkeiten wahrnehmen, die ihr von ihrer Gesellschafterin übertragen werden.

Die Gesellschaft ist zu 100 % im Besitz der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft die Zielsetzungen, die für die Stadt Hagen als kommunale Gebietskörperschaft maßgeblich sind, sowie die finanzwirtschaftlichen und sonstigen Ziele, die sich aus der Einbindung der Gesellschaft in das kommunale Aufgaben- und Beteiligungsspektrum ergeben, zu beachten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Die Gesellschaft für Immobilienservice mbH hat auch im Geschäftsjahr 2018 ihre Leistungen ausschließlich innerhalb des Stadtkonzerns erbracht. Damit ist der Wirkungskreis des Unternehmens begrenzt.

Das Unternehmen wird in zwei organisatorische Strukturen gegliedert. Der operative Bereich übernimmt alle Aufgaben, welche im Zusammenhang mit der Planung und Koordinierung von Dienstleistungen sowie Personalbeschaffung und –einsatz, Auftragsakquisition u. ä. stehen. Die Verwaltung fallen die weiteren Unternehmensaufgaben zu.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks hat veröffentlicht, dass im Jahr 2014 in Europa von rund 73,9 Mrd. Euro Umsatz Deutschland mit 14,9 Mrd. Euro an der Spitze liegt. Ferner ist die Gebäudereinigung mit rund 700.000 Beschäftigten das beschäftigungsstärkste Handwerk in Deutschland. Diese Branche ist in kleinen und mittelständischen Betrieben strukturiert.

Für das Jahr 2017 wurde eine Umsatzsteigerung von 3,1 % und für das Jahr 2018 von 4,5 % in Deutschland prognostiziert. In 2016 wurden 21.400 Unternehmen mit 664.774 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 16,3 Mrd. Euro festgestellt. Für das Jahr 2017 werden 22.040 Unternehmen mit nur 662.115 Beschäftigten und einem Umsatz von 16,8 Mrd. Euro erwartet. Die Umsatzprognose der deutschen Unternehmen im Handwerk Reinigung liegt für das Jahr 2018 bei 17,6 Mrd. Euro.

Das Tarifziel den Stundensatz für Gebäudereiniger auf 10,00 Euro zu erhöhen wurde im Jahr 2018 mit 10,30 Euro erreicht. Dennoch sind weitere Tarifierhöhungen für die Jahre 2019 und 2020 vorgesehen.

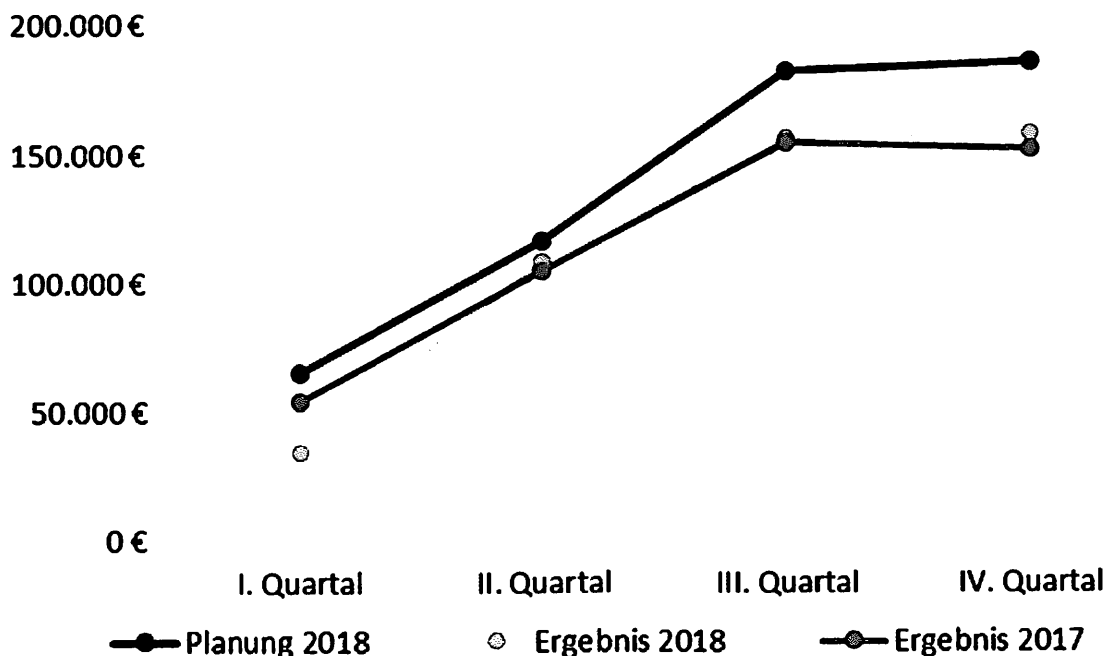
Die Branche ist im Umschwung und entwickelt sich von der klassischen Gebäudereinigung zum Facility-Management und umfasst bereits die Kernkompetenzen Management von Aufgaben, Arbeiten sowie von Menschen.

Laut der Agentur für Arbeit wird auch diese Branche eine Automatisierung in Form von Reinigungsrobotern und Drohnen erfahren. In Frankfurt wurde jüngst eine Datenbrille entwickelt, welche in verschiedenen Farben den Reinigungszustand darstellt. Damit wird auch diese Branche digitalisiert.

Geschäftsverlauf

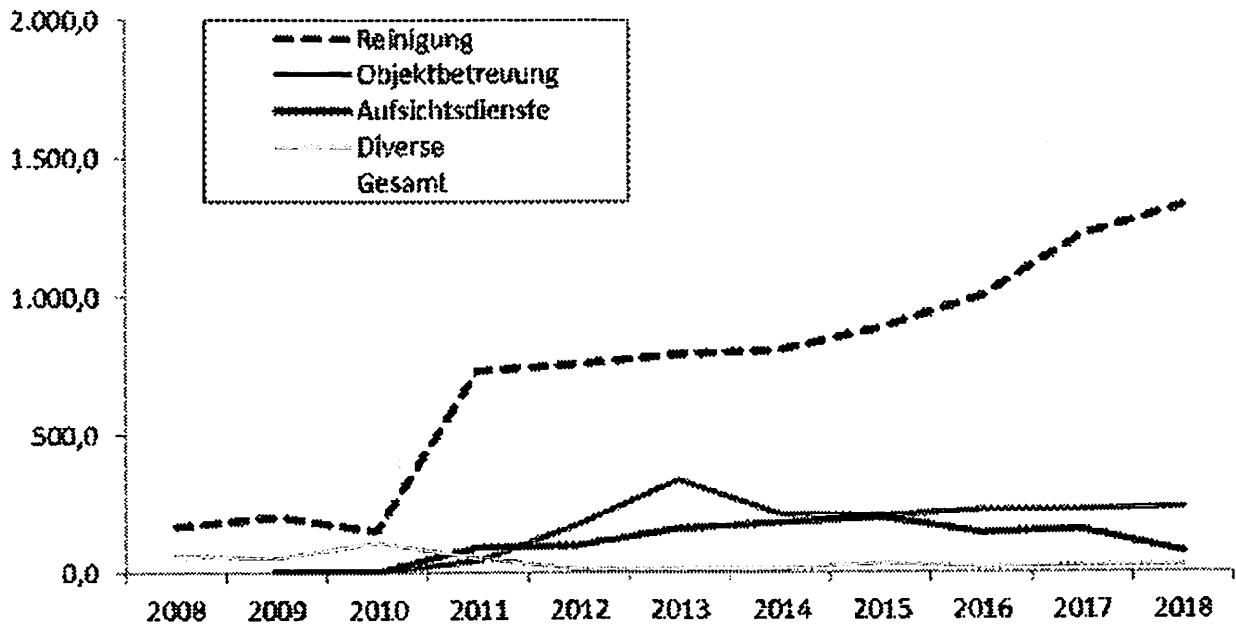
Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein Umsatz von 1.665,1 T€ (Vorjahr 1.631,7 T€) erwirtschaftet. Damit ist der Umsatz entgegen der Branchenentwicklung nur um 2,0 % gestiegen. Die Tarifierhöhungen wurden umgesetzt. Der Gewinn in Höhe von 158,6 T€ (Vorjahr 151,9 T€) liegt auf dem Vorjahresniveau.

Die unterjährige Ergebnisentwicklung wird nachfolgend dargestellt und den Planzahlen gegenüber gestellt:



Die Gesellschaft arbeitet sehr wirtschaftlich, um ihren Kunden ein attraktives Preisniveau anbieten zu können.

Auch im Geschäftsjahr 2018 ist das Unternehmen im Wesentlichen in den Segmenten Reinigung, Objektbetreuung und Aufsichtsdienst tätig gewesen. Die nachfolgende Darstellung zeigt die Entwicklung der einzelnen Geschäftssegmente im 10-Jahreszeitraum auf:



Die Reinigung gliedert sich in Unterhalts- und Aushilfsreinigung. In die Unterhaltsreinigung fließen vertraglich vereinbarten Fixstunden ein. Im Geschäftsjahr 2018 wurde in dem Bereich ein Zuwachs von 5,2 % bzw. 12,4 T€ (Vorjahr 8,1 % 17,8 T€) erwirtschaftet. Der variable Bereich erfuhr einen Zuwachs von 8,7 % (Vorjahr 26,2 %) bzw. 86,5 T€ (Vorjahr 205,6 T€) und unterliegt monatlich schwankenden Absatzmengen. Die hohe Flüchtlingsrate in Deutschland sollte für ausreichend Personalkapazität sorgen. Der Mitarbeiteranteil an ausländischen Mitbürgern ist im Vergleich zu den Vorjahren hoch. Jedoch verbleiben die Neueinstellungen nur kurzfristig.

Das Segment Aufsichtsdienst (74,0 T€, Vorjahr 154,2 T€) fällt weiterhin. Im Vergleich zum Vorjahr um 48,0 % bzw. 80,2 T€.

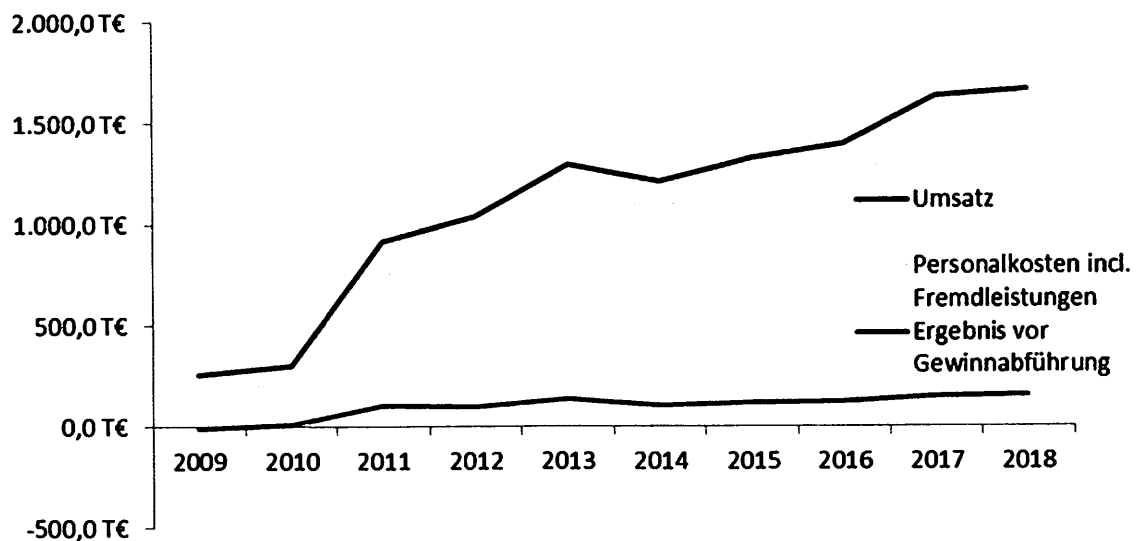
Das Segment Objektbetreuung mit einem Umsatzanteil von 233,8 T€ (Vorjahr 226,1 T€) ist auf dem Niveau des Vorjahres und dadurch eine konstante Einnahmequelle. Die Personalfuktuation in dem Bereich ist hoch. Auf dem Arbeitsmarkt sind keine geeigneten Fachkräfte zu akquirieren.

Für die Disposition wurden zusätzlich zu den Personalressourcen der Stadt Hagen eigene Mitarbeiter eingesetzt, um die Auftragslage erfüllen zu können.

Im Geschäftsjahr war ganzjährig ausreichend Liquidität vorhanden. Die im Oktober 2017 erworbene Software wurde ab Januar 2018 planmäßig in der Finanzbuchhaltung eingesetzt.

3. Ertragslage, Finanz- und Jahresergebnis

Die Erbringung von Aushilfsleistungen für Reinigung ist auch im abgelaufenem Jahr der bedeutendste Geschäftsbereich der Gesellschaft und hat einen Umsatz von 1.078,0 T€ (Vorjahr 991,5 T€) bzw. einen Umsatzanteil von 64,7 % (Vorjahr 60,8 %). Die Entwicklung der Umsätze, Personalkosten incl. Fremdpersonalkosten und dem Ergebnis vor Gewinnabführung ist aus der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen:



Der Personalbedarf in der Objektbetreuung und Reinigung konnte auch im Geschäftsjahr 2018 nicht vollständig gedeckt werden. Der Umsatz und die Personalkosten entwickeln sich aufgrund der konstanten Gemeinkosten ähnlich. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen abzüglich Fremdkosten sind aufgrund ihrer Höhe nach wie vor von untergeordneter Bedeutung (45,8 T€/Vorjahr 36,9 T€).

Aufgrund der Ergebnisabführung sind keine Liquiditätsüberschüsse vorhanden. Die vorhandenen Mittel werden zur Sicherung der laufenden Liquidität benötigt. Die Umsatzrentabilität vor Gewinnausschüttung beträgt 9,5 % (Vorjahr 9,3%).

4. Vermögenslage/Kapitalstruktur

Aufgrund der Abführung der Ergebnisse an das Mutterunternehmen bleibt das Eigenkapital auch im abgelaufenem Jahr konstant bei 168,6 T€. Die Gesellschaft benötigt aufgrund ihrer geringen Vermögensstruktur und Anlagevermögen keine Kreditmittel. Die Verbindlichkeiten betragen 49,1 % (Vorjahr 47,3 %) der Bilanzsumme. Die Forderungen betragen 80,8 % (Vorjahr 83,8 %) der Bilanzsumme. Bei den Forderungen handelt es sich ausschließlich um nicht fällige Beträge aus aktuellen Rechnungen.

Auch in diesem Geschäftsjahr wurden vorwiegend Ersatzinvestitionen getätigt.

Neben der Stammeinlage in Höhe von 25 T€ hat der Gesellschafter eine Gewinnrücklage von 25 T€ beschlossen. Die Ergebnisse aus den Jahren 2006 bis 2011 sind als Gewinnvortrag in Höhe von 118,6 T€ ausgewiesen. Seit dem Geschäftsjahr 2012 werden die Gewinne vertragsgemäß an die Gesellschafterin abgeführt. Die Gesellschafterin beabsichtigt auch in den kommenden Jahren an dem Ergebnisabführungsvertrag festzuhalten.

Die Eigenkapitalquote betrug im Geschäftsjahr 39,9 % (Vorjahr 42,4 %) und ist als sehr gut einzustufen. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote in Deutschland liegt gemäß Jahresabschlussstatistik der Deutschen Bundesbank (Vgl. Ende 2012) bei 27,5 % (Aktuelle Vergleichswerte liegen nicht vor).

5. Finanzlage/Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist mit der Maßgabe gegründet worden, für die Stadt Hagen bzw. den Stadtkonzern Serviceleistungen im Immobilienbereich zu erbringen. Die Gesellschaft hat somit einen begrenzten Markt und ist in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Aufgrund der gemeinsamen Zielsetzung und der engen Zusammenarbeit mit der Stadt Hagen ist eine „Win-Win-Situation“ geschaffen worden, die in den vergangenen Jahren ausgebaut werden konnte.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit des Verwaltungspersonales im Verbund der Gesellschaft, dem Mutterunternehmen und der Stadt Hagen ist nur durch die räumliche Nähe möglich. Der Personalbedarf konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht komplett kompensiert werden, trotz Zuwanderung von Flüchtlingen und Arbeitssuchenden.

Die wirtschaftliche Situation der Stadt Hagen wirkt sich auch auf die Auftragslage in der Gesellschaft aus. Hiervon betroffen ist u. a. der Aufsichtsdienst. Schließungen, Sanierungen und Kürzungen der Öffnungszeiten von Museen führen zu Umsatzeinbrüchen. Nach wie vor werden auch Einsparungen im Reinigungssektor an öffentlichen Gebäuden vorgenommen.

6. Leistungsindikatoren

Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren stellen die Umsatzerlöse und das Ergebnis vor Ergebnisabführung dar. Darüber hinaus muss die Gesellschaft ihre Stundensätze nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch mit geringen Gemeinkostenaufschlägen kalkulieren, um Einsparungen innerhalb des Stadtkonzerns generieren zu können.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind die Konzentrationsbemühungen des Stadtkonzerns auf die jeweiligen Kernkompetenzen. Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft individuelle Leistungen. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind auch die Mitarbeiter der Gesellschaft und die Einhaltung von Tarifbestimmungen. Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2018 durchschnittlich 211 Mitarbeiter (Vorjahr 164). Bei diesen Mitarbeitern handelt es sich im Vergleich zum Vorjahr vorwiegend um Teilzeitkräfte bzw. geringfügig Beschäftigte mit verhältnismäßig wenig Arbeitsstunden.

7. Nachtragsbericht

Auch im Januar 2019 wurde die Erhöhung des Tarifvertrages für Gebäudereiniger umgesetzt.

8. Entwicklungsperspektiven

Das Vorjahresergebnis vor Ergebnisabführung betrug 151,9 T€. Geplant wurde für das Jahr 2018 ein Ergebnis von 186,1 T€ und realisiert wurden 158,6 T€. Das aktuelle Ergebnis liegt über dem Niveau der Vorjahre.

Aufgrund des positiven Preisniveaus bieten sich innerhalb des Stadtkonzerns Chancen zur Weiterentwicklung. Die Beteiligungen der Stadt Hagen werden sich künftig stärker auf ihr jeweiliges Kerngeschäft konzentrieren müssen, um ihre Ergebnisse zu optimieren. Dadurch entsteht für die Berichtsgesellschaft die Chance, ihre Serviceleistungen auszubauen.

Für 2019 wird ein Umsatz von ca. 1.608,4 T€ und ein Gewinn von 193,0 T€ erwartet.

Hagen, 28. März 2019


Volker Bald
Geschäftsführer

I. Erfolgsplan	Ist 31.12.2017	Erfolgsplan 2018	Ist 30.09.2018	Erfolgsplan 2019
1. Umsatzerlöse	1.631.728 €	1.686.800 €	1.230.146 €	1.608.400 €
1.1 Reinigung	1.246.518 €	1.237.300 €	1.014.276 €	1.332.500 €
1.2 Aufsichtsdienste	154.160 €	129.600 €	53.985 €	64.500 €
1.3 Objektbetreuung	226.067 €	314.200 €	157.200 €	205.600 €
1.4 Sonstige	4.983 €	5.700 €	4.685 €	5.800 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.836 €	700 €	1.467 €	0 €
3. Gesamtleistung	1.634.565 €	1.687.500 €	1.231.613 €	1.608.400 €
4. Materialaufwand	-13.985 €	-15.700 €	-2.323 €	-13.100 €
4.1 unfertige Erzeugnisse	-13.985 €	-15.700 €	-2.323 €	-13.100 €
5. Personalaufwendungen	-1.375.021 €	-1.379.600 €	-1.042.667 €	-1.289.100 €
5.1 Löhne und Gehälter	-1.123.671 €	-1.164.400 €	-851.770 €	-1.023.700 €
Soziale Abgaben, Aufwendungen für				
5.2 Altersversorgung und für Unterstützung	-238.231 €	-198.600 €	-177.439 €	-243.800 €
5.3 Sonstige PK, Unfallversicherung, Arbeitssicherheit	-13.119 €	-16.600 €	-13.458 €	-21.600 €
6. Abschreibungen auf imm. VG u. SA	-3.984 €	-4.500 €	-2.429 €	-5.400 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-89.493 €	-101.400 €	-27.882 €	-107.700 €
8. BETRIEBSERGEBNIS	152.081 €	186.300 €	156.312 €	193.100 €
9. Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €	0 €
10. Erträge aus Beteiligungen	0 €	0 €	0 €	0 €
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0 €	0 €	0 €	0 €
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0 €	-100 €	0 €	0 €
14. Ergebnis nach Steuern	152.081 €	186.300 €	156.312 €	193.100 €
15. Sonstige Steuern	-180 €	-200 €	-118 €	-100 €
16. Abgeführte Gewinne aus Ergebnisabführungsvertrag	-151.901 €	-186.100 €	-156.194 €	-193.000 €
17. JAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG	0 €	0 €	0 €	0 €

Erläuterung:

Der Wirtschaftsplan besteht gemäß Beteiligungsrichtlinie aus einem Erfolgsplan (Anlage I), den Erläuterungen (Anlage II), dem 5-jährigen Finanzplan (Anlage IV), dem Investitionsplan (Anlage V), dem Stellenplan (Anlage VII) und einer Planbilanz (Anlage VI). Ergänzend zum Finanzplan wird ein 5-jähriger Erfolgsplan erstellt. Zu Vergleichszwecken werden in der Planung sowohl in der Kurzfassung als auch in der Erläuterung die Werte des Jahresabschlusses 2017, der Erfolgsplan 2018 und der Quartalsbericht per 30.09.2018 dargestellt.

Der Wirtschaftsplan 2019 der GIS Gesellschaft für Immobilienservice mbH schließt mit einem Überschuss vor Gewinnabführung von 193.000,- € ab (Jahresüberschuss 2017 vor EA 151,9 €, Erfolgsplan 2018 186,1 T€, Quartalsbericht 30.09.2018 156,2 T€). Das Ergebnis der Gesellschaft wird zur Deckung des Liquiditätsbedarfs der Muttergesellschaft benötigt.

Nachfolgend werden die Annahmen erläutert:

Umsatz/Personalkosten

Die Einsatzstunden wurden wie folgt kalkuliert

	Planung	Quartal 30.09.2018
Aushilfsreinigung	61.164	45.861
Unterhaltsreinigung	14.078	10.558
Aufsichtsdienst	3.322	2.491
Objektbetreuung	10.267	7.700

Im Jahr 2018 wurden 4 bis 7 Hausmeister (1.4) beschäftigt. Durch Personalübergang an die Stadt Hagen und schwieriger Personalbeschaffung konnte der Bedarf in 2018 nicht vollständig gedeckt werden. Für das Jahr 2019 wird ein Bedarf von n7 Hausmeister zugrunde gelegt. Im November 2018 sind 10 Hausmeister im Einsatz.

Im Bereich Aufsichtsdienst (1.3) wurden zusätzlich Zuschläge für Sonntags- und Feiertagsarbeit kalkuliert. Die Stunden für Aufsichtsdienste nehmen aufgrund der Schließung und Änderung von Öffnungszeiten in den Museen erheblich ab.

Die sonstigen Umsätze (1.5) enthalten Sonderleistungen für die o. g. Schwerpunkte.

Tariferhöhungen wurden soweit diese bekannt sind berücksichtigt und führen neben der Erhöhung von Personalaufwendungen auch zur Erhöhung der Umsätze. Die Tariferhöhungen wurden soweit nicht erforderlich in der Vergangenheit nicht in voller Höhe an die Kunden weiterbelastet.

Für das Jahr 2020 wurde im Bereich der Objektbetreuung eine Lohnerhöhung angenommen, weil sich die Beschaffung von geeignetem Personal schwierig gestaltet. Darüber hinaus hat es in den vergangenen Jahren in den Bereich Wachdienst und Reinigung jährliche Erhöhungen gegeben. Ein Tarifvertrag für die Objektbetreuung aus dem Erhöhungen abgeleitet werden könnten, ist nicht vorhanden.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Aufgrund eines Dienstleistungsvertrages (7.1) zwischen der GIS und der Stadt Hagen (GWH) werden infrastrukturelle Sach- und Personalleistungen im operativen Bereich erstattet. Die Grundlage hierfür sind die Umsatzstunden abzüglich eigener hierfür bereitgestellter Arbeitsleistung.

Das Leasingfahrzeug (7.7) wurde in 2018 nach Ablauf der Nutzungszeit ausgetauscht.

Steuern vom Einkommen/Ertrag

Im Jahr 2012 wurde zwischen den Gesellschaften G.I.V. mbH und GIS ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen. Dieser muss aus gesetzlichen Gründen mindestens fünf Jahre erfüllt werden. Ab dem Jahr 2017 wird der Ergebnisabführungsvertrag aufgrund der vorliegenden steuerlichen Verlustvorträge bei der Mutter G.I.V. mbH für weiter geführt.

Finanzplan

Aufgrund des abzuführenden Gewinnes hat die Gesellschaft begrenzte liquide Mittel. Mit der Muttergesellschaft wird unterjährig ein Cash Pool eingerichtet. Hierfür stellt die GIS ca. 120.000 € zur Verfügung. Aufgrund des aktuell negativen Euribor-Zinssatzes werden in dem dargestellten Zeitraum keine Zinserträge angenommen. Für die Jahre 2019 bis 2023 sind ausreichend liquide Mittel für die geplanten Maßnahmen vorhanden.

Investitionen

Die GIS hat die Betrieb- und Geschäftsausstattung einschl. des Servers von der G.I.V. mbH erworben und übernimmt in den folgenden Jahre Ersatzinvestitionen.

Darüber hinaus sind Waschmaschinen, Reinigungs- und andere Hilfsgeräte als Ersatzinvestitionen enthalten.

Stellenplan

Die Gesellschaft arbeitet im Segment Aushilfsreinigung vorwiegend mit befristeten Teilzeitverträgen oder mit Sachgrund. Aufgrund des steigenden Bedarfs an Arbeitsstunden und der zu geringen Personalkapazität nimmt die Anzahl an Minijobber ab.

Für dauerhafte Leistungen oder nach Inanspruchnahme von Befristungszeiten werden unbefristet Arbeitsverträge vereinbart.

Planbilanz

Aufgrund der vollständigen Gewinnabführung bleibt das Eigenkapital der Gesellschaft konstant bei 168,6 T€.

II. Erfolgsplan (Erläuterungen)	Ist 31.12.2017	Erfolgsplan 2018	Ist 30.09.2018	Erfolgsplan 2019	Reinigung	Aufsichts- dienste	Objekt- betreuung	Gemein- kosten
1. Umsatzerlöse	1.631.728 €	1.686.800 €	1.230.146 €	1.608.400 €	1.332.700 €	65.500 €	207.600 €	2.600 €
1.1 Reinigungsmaterial	17.174 €	16.000 €	14.526 €	14.400 €	13.400 €	1.000 €		
1.2 Reinigungspersonal	1.229.344 €	1.221.300 €	999.750 €	1.318.100 €	1.318.100 €			
1.3 Aufsichtsdienste	154.160 €	129.600 €	53.985 €	64.500 €		64.500 €		
1.4 Objektbetreuung	226.067 €	314.200 €	157.200 €	205.600 €			205.600 €	
1.5 Sonstige Geschäftsbereiche	4.983 €	5.700 €	4.685 €	5.800 €	1.200 €		2.000 €	2.600 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.836 €	700 €	1.467 €	0 €				0 €
3. Gesamtleistung	1.634.565 €	1.687.500 €	1.231.613 €	1.608.400 €	1.332.700 €	65.500 €	207.600 €	2.600 €
4. Materialaufwand	-13.985 €	-15.700 €	-2.323 €	-13.100 €	-11.200 €	-1.500 €	-400 €	
4.1 fertige Erzeugnisse	-13.985 €	-15.700 €	-2.323 €	-13.100 €	-11.200 €	-1.500 €	-400 €	
5. Personalaufwendungen	-1.375.021 €	-1.379.600 €	-1.042.667 €	-1.289.100 €	-1.019.600 €	-47.000 €	-146.500 €	-76.000 €
5.1 Löhne und Gehälter	-1.123.671 €	-1.164.400 €	-851.770 €	-1.023.700 €	-821.500 €	-36.100 €	-121.100 €	-45.000 €
5.2 Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterst.	-238.231 €	-198.600 €	-177.439 €	-243.800 €	-198.100 €	-10.900 €	-25.400 €	-9.400 €
5.3 Sonstige PK, Unfallversicherung, Arbeitssicherheit	-13.119 €	-16.600 €	-13.458 €	-21.600 €			0 €	-21.600 €
6. Abschreibungen imm. VG+SA	-3.984 €	-4.500 €	-2.429 €	-5.400 €	-100 €	0 €	0 €	-5.300 €
6.1 Imm. Vermögensgegenstände Grundstücke, Bauten				0 €				
6.2 BGA, Anlagen	-3.984 €	-4.500 €	-2.429 €	-5.400 €	-100 €			-5.300 €
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-89.493 €	-101.400 €	-27.882 €	-107.700 €	-46.400 €	-3.900 €	-6.400 €	-51.000 €
7.1 Infrastrukturkosten	-52.054 €	-48.600 €	-820 €	-50.200 €	-35.100 €	-2.100 €	-6.400 €	-6.600 €
7.2 Versicherungen	-830 €	-800 €	-820 €	-800 €				-800 €
7.3 Reparaturen, Instandhaltung	-2.340 €	-4.100 €	-5.358 €	-8.600 €	-800 €			-7.800 €
7.4 EDV-Kosten	-1.840 €	-7.000 €	-2.861 €	-4.900 €				-4.900 €
7.5 Gebühren und Beiträge	-877 €	-900 €	-1.266 €	-900 €				-900 €
7.6 Rechts- und Beratungskosten	-820 €	-2.400 €	-20 €	-4.400 €	-2.000 €			-2.400 €
7.7 Fahrzeugkosten	-9.799 €	-8.600 €	-8.480 €	-9.200 €	-6.000 €			-3.200 €
7.8 Prüfungs- und Abschlusskosten	-2.000 €	-2.100 €	-100 €	-2.200 €				-2.200 €
7.9 Kosten des Geldverkehrs	-465 €	-600 €	-309 €	-600 €				-600 €
7.10 Werbe- und Reisekostenkosten	-3.456 €	-8.400 €	-2.345 €	-8.400 €	-2.500 €	-1.800 €		-4.100 €
7.11 Telefon, Bürobedarf, Porto	-6.061 €	-5.000 €	-4.077 €	-5.600 €				-5.600 €
7.12 Zeitschriften, Bücher, Fortbildung	-3.557 €	-7.000 €	-2.128 €	-6.000 €				-6.000 €
7.14 Übrige	-5.394 €	-5.900 €	-118 €	-5.900 €				-5.900 €
8. Betriebsergebnis	152.081 €	186.300 €	156.312 €	193.100 €	255.400 €	13.100 €	54.300 €	-129.700 €
9. Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €		0 €
10. Erträge aus Beteiligungen	0 €	0 €	0 €	0 €				0 €
10.1 - davon aus verbund. Untern.		0 €		0 €				
11. Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €				0 €
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0 €		0 €				
12. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
12.1 Langfristige Zinsaufwendungen		0 €		0 €	0 €	0 €		
12.2 Bürgschaftsprovision		0 €		0 €	0 €	0 €		
12.3 Kurzfristige Zinsaufwendungen		0 €		0 €	0 €	0 €		
12.4 Zinsaufwendg. § 223a AO Betriebspr.		0 €		0 €	0 €	0 €		
13. Steuern vom Einkommen/Ertrag	0 €	0 €		0 €				0 €
14. Ergebnis nach Steuern	152.081 €	186.300 €	156.312 €	193.100 €	255.400 €	13.100 €	54.300 €	-129.700 €
15. Sonstige Steuern	-180 €	-200 €	-118 €	-100 €				-100 €
Abgeführte Gewinne aus								
16. Ergebnisabführungsvertrag	-151.901 €	-186.100 €	-156.194 €	-193.000 €				-193.000 €
17. Jahresüberschuss/-fehlbetr.	0 €	0 €	0 €	0 €	255.400 €	13.100 €	54.300 €	-322.800 €
17.1 Gemeinkosten (Verteilung nach Personalkosten)					-271.300 €	-12.500 €	-39.000 €	
17.2 Ergebnis mit Gemeinkosten					-15.901 €	600 €	15.300 €	

III. Erfolgsplan	2019	2020	2021	2022	2023
1. Umsatzerlöse	1.608.400 €	1.658.100 €	1.658.500 €	1.658.900 €	1.658.900 €
2. Sonstige betriebliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3. Rohergebnis	1.608.400 €	1.658.100 €	1.658.500 €	1.658.900 €	1.658.900 €
4. Materialaufwand	-13.100 €	-13.000 €	-13.100 €	-13.500 €	-13.500 €
5. Personalaufwendungen	-1.269.100 €	-1.316.500 €	-1.317.200 €	-1.317.900 €	-1.318.700 €
5.1 Löhne und Gehälter	-1.023.700 €	-1.044.800 €	-1.044.800 €	-1.044.800 €	-1.044.800 €
5.2 Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-243.800 €	-249.100 €	-249.100 €	-249.100 €	-249.100 €
5.3 Sonstige Personalkosten	-21.600 €	-22.600 €	-23.300 €	-24.000 €	-24.800 €
6. Abschreibungen auf imm. VG u. SA	-5.400 €	-4.100 €	-4.000 €	-3.900 €	-3.800 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-107.700 €	-100.400 €	-102.100 €	-102.300 €	-102.800 €
8. Betriebsergebnis	193.100 €	224.100 €	222.100 €	221.300 €	220.100 €
9. Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
10. Erträge aus Beteiligungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
14. Ergebnis vor Steuern	193.100 €	224.100 €	222.100 €	221.300 €	220.100 €
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
16. Sonstige Steuern	-100 €	-100 €	-100 €	-100 €	-100 €
Abgeführte Gewinne aus Ergebnisabführungsvertrag	-193.000 €	-224.000 €	-222.000 €	-221.200 €	-220.000 €
18. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

IV. Finanzplanung	2019	2020	2021	2022	2023
1. Zahlungsmittelanfangsbestand Beginn Planperiode	200.200 €	199.600 €	201.600 €	202.600 €	204.200 €
2. Auszahlung					
2.1 Auszahlungen lfd. Geschäft	-1.409.900 €	-1.429.900 €	-1.432.400 €	-1.433.700 €	-1.435.000 €
Personalausgaben	-1.289.100 €	-1.316.500 €	-1.317.200 €	-1.317.900 €	-1.318.700 €
Zahlung v. Lieferantenverbindlichk.	-120.800 €	-113.400 €	-115.200 €	-115.800 €	-116.300 €
2.2 Auszahlungen für Investitionen	-6.000 €	-2.100 €	-3.000 €	-2.300 €	-2.100 €
Sachinvestitionen	-6.000 €	-2.100 €	-3.000 €	-2.300 €	-2.100 €
Finanzinvestitionen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
2.3 Auszahlg. Finanzverkehr	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Kredittilgung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Zinszahlungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
3. Steuerzahlungen	-100 €	-100 €	-100 €	-100 €	-100 €
4. Abgeführte Gewinne	-193.000 €	-224.000 €	-222.000 €	-221.200 €	-220.000 €
Summe Auszahlungen	-1.609.000 €	-1.656.100 €	-1.657.500 €	-1.657.300 €	-1.657.200 €
5. Einzahlungen					
5.1 Einzahlg. aus ordentl. Umsätzen	1.608.400 €	1.658.100 €	1.658.500 €	1.658.900 €	1.658.900 €
Laufende Umsätze	305.400 €	318.800 €	146.100 €	146.500 €	146.500 €
Variable Umsätze	1.303.000 €	1.339.300 €	1.512.400 €	1.512.400 €	1.512.400 €
5.2 Einzahlungen aus gepl. Desinvest.	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Sachanlagenverkäufe					
Finanzanlagenverkäufe					
5.3 Sonstige betriebliche Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5.4 Einzahlungen aus Finanzerträgen Beteiligungserträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe Einzahlungen	1.608.400 €	1.658.100 €	1.658.500 €	1.658.900 €	1.658.900 €
6. Über-/Unterdeckung	-600 €	2.000 €	1.000 €	1.600 €	1.700 €
7. Anpassungsmaßnahmen					
7.1 bei Unterdeckung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Kreditaufnahme					
Kurzfristiges Darlehen					
Eigenkapitalaufnahme					
7.2 bei Überdeckung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Kreditrückführung (Kontokorrent)					
Kapitalanlagen					
Kassendarlehen Vorperiode					
Kassendarlehen aktuelle Periode					
8. Zahlungsmittelendbestand Ende Planperiode	199.600 €	201.600 €	202.600 €	204.200 €	205.900 €

V. Investitionen	2018	2019	2020	2021	2022	Erläuterungen
Übertragungen aus Vorjahr	0 €					
Einrichtung	500 €					
Investitionen	6.000 €	2.100 €	3.000 €	2.300 €	2.100 €	Zwischensumme
Software-Lizenz	2.500 €	0 €		0 €	0 €	FiBu-Ergänzung
<u>Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150 € (AD einjährig)</u>	300 €	300 €	300 €	300 €	300 €	Kleingeräte etc.
<u>GWG bis 1000 € (AD 5)</u>						
Allgemeines	500 €	500 €	500 €	500 €	500 €	Ersatzgeräte Reinigung
Waschmaschinen	300 €	900 €	300 €	600 €	900 €	à 300,- €
Staubsauger	400 €	400 €	400 €	400 €	400 €	à 200,- €
Einrichtung	500 €			500 €		Regale für Lager
<u>BGA über 1000 €</u>						
Server incl. Software						
EDV-Arbeitsplätze incl. Software	1.500 €		1.500 €			Laptop mit Software (Drucker in 2024)
Abgänge aus geplanten Veräußerungen						
Summe Investitionen	6.000 €	2.100 €	3.000 €	2.300 €	2.100 €	

VII. Stellenplan 2019

GIS Gesellschaft für Immoiblieservice mbH

(Stand: 07.11.2018)

	Vollzeitbe- schäftigte	Teilzeit- beschäftigte	Minijob	Fremd- vertrag	
Geschäftsführung	0	0	0	0	
Betriebsmanagement	1	0	2	1	
Operatives Geschäft	0	0	12	12	
Reinigung	0	92	53	0	
befristete Verträge bis 1 Jahr	0	73	48		
unbefristete Verträge	0	19	5		
Objektbetreuung	8	0	0	0	
befristete Verträge bis 1 Jahr	7	0	0		
befristete Verträge über 1 Jahr	0	0	0		
unbefristete Verträge	1	0	0		
Aufsichtsdienste	0	0	23	0	
befristete Verträge bis 1 Jahr	0	0	2		
unbefristete Verträge	0	0	21		
GESAMT	9	92	90	13	204
<i>Vorjahr</i>	<i>8</i>	<i>66</i>	<i>96</i>	<i>13</i>	<i>183</i>

11. ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH

11.1. Allgemeine Daten

Neumarktstraße 1a/1b
58095 Hagen
Telefon: 02331 3110-5
Telefax: 02331 3110-699

Internet: www.hagewe.com
E-Mail: info@hagewe.com

11.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung, Bewirtschaftung und Betreuung der Errichtung von Wohngebäuden im eigenen Namen,
- die Verwaltung und Bewirtschaftung eigener Grundstücke,
- die Herstellung und Verwaltung von Gemeinschaftsanlagen und gewerblichen Räumen zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter.

11.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW wird folgendes festgestellt: Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr 2018 ihren satzungsgemäßen Aufgaben, wie z. B. der breiten Bevölkerungsschicht guten und preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, nachgekommen.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes und der Geschäftsanweisung durchgeführt.

11.4. Beteiligungsverhältnis



11.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

**Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
Rheinland Westfalen e.V.**

BERICHT

**ha.ge.we Hagener Gemeinnützige
Wohnungsgesellschaft mbH,
Hagen**

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2018 und des Lageberichts

Nach dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 (Anlage 12) wird ein Jahresüberschuss von T€ 2.150 erwartet.

F. Feststellungen aus Erweiterung des Prüfungsauftrages

Prüfung nach § 53 HGrG

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen erlassenen „Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die Geschäftsführung hat ein auf die Verhältnisse des Wohnungsunternehmens abgestimmtes Risiko-früherkennungssystem entwickelt, in dem Kennziffern und Indikatoren definiert sind, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können. Die regelmäßig aus den Geschäftsprozessen gewonnenen Frühwarnsignale reichen aus unserer Sicht für geeignete Maßnahmen grundsätzlich aus.

Die in § 53 HGrG und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in Anlage 5 zusammengefasst.

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und dem Lagebericht für 2018 der ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH, Hagen, unter dem Datum vom 19. Februar 2019 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH, Hagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH, Hagen, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH, Hagen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

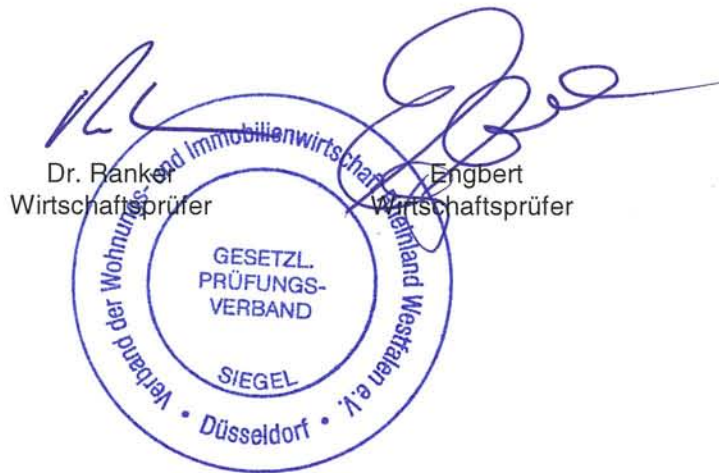
- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Düsseldorf, 19. Februar 2019

Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
Rheinland Westfalen e.V.



Dr. Ranker
Wirtschaftsprüfer

Engbert
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	Geschäftsjahr		Vorjahr	Passivseite	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€		€	€	€
Anlagevermögen				Eigenkapital			
Immaterielle Vermögensgegenstände				Gezeichnetes Kapital	10.500.000,00		10.500.000,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen		13.197,00	18.365,00	Nennbetrag eigene Anteile	<u>-100.800,00</u>	10.399.200,00	-100.800,00
Sachanlagen				Gewinnrücklagen			
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	57.695.620,95		60.777.670,60	Bauerneuerungsrücklage	3.579.043,17		3.579.043,17
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit				Andere Gewinnrücklagen	<u>48.596.280,70</u>	52.175.323,87	46.596.280,70
Geschäfts- und anderen Bauten	6.020.419,05		4.339.755,31	Gewinnvortrag		188.975,38	131.260,45
Grundstücke ohne Bauten	907.102,45		907.102,45	Jahresüberschuss		<u>2.012.149,84</u>	<u>2.057.714,93</u>
Technische Anlagen und Maschinen	3.973,00		5.664,00	Eigenkapital insgesamt		64.775.649,09	62.763.499,25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	127.209,36		158.803,36				
Anlagen im Bau	0,00		340.036,04	Rückstellungen			
Bauvorbereitungskosten	<u>2.657,27</u>	64.756.982,08	3.116,38	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.048.347,00		945.391,00
Finanzanlagen				Steuerrückstellungen	22.000,00		0,00
Sonstige Ausleihungen		<u>4.078,54</u>	<u>6.268,72</u>	Sonstige Rückstellungen	<u>208.853,00</u>	1.279.200,00	200.947,00
Anlagevermögen insgesamt		64.774.257,62	66.556.781,86	Verbindlichkeiten			
Umlaufvermögen				Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.099.305,64		28.035.343,65
Andere Vorräte				Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	1.521.856,00		1.644.698,40
Unfertige Leistungen	7.700.297,24		7.532.307,16	Erhaltene Anzahlungen	8.929.609,39		8.831.964,63
Andere Vorräte	<u>2.151,63</u>	7.702.448,87	1.119,55	Verbindlichkeiten aus Vermietung	563.907,90		433.590,81
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.396.145,35		1.460.918,37
Forderungen aus Vermietung	63.808,20		64.753,65	Sonstige Verbindlichkeiten	<u>8.417,04</u>	40.519.241,32	843,93
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	15.190,35		19.426,75	davon aus Steuern: 8.417,04 € (Vorjahr: 843,93 €)			
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>358.529,11</u>	437.527,66	314.329,00	Rechnungsabgrenzungsposten		534.393,60	601.192,80
Flüssige Mittel							
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		34.187.243,86	30.421.123,87	Bilanzsumme		<u>107.108.484,01</u>	<u>104.918.389,84</u>
Rechnungsabgrenzungsposten				Treuhandverbindlichkeiten (Mietkautionen)		1.507.359,83	1.428.854,46
Geldbeschaffungskosten	7.006,00		7.972,00				
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0,00</u>	7.006,00	576,00				
Bilanzsumme		<u>107.108.484,01</u>	<u>104.918.389,84</u>				
Treuhandvermögen (Mietkautionen)		1.507.359,83	1.428.854,46				

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2018

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
Umsatzerlöse			
aus der Hausbewirtschaftung	26.541.397,54		26.138.990,31
aus anderen Lieferungen und Leistungen	<u>83.188,83</u>	26.624.586,37	82.228,78
Erhöhung (Vorjahr: Verminderung) des Bestandes an unfertigen Leistungen		167.990,08	-58.532,74
Andere aktivierte Eigenleistungen		77.989,07	52.451,96
Sonstige betriebliche Erträge		1.018.758,89	953.499,30
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen für Hausbewirtschaftung		<u>15.925.988,82</u>	<u>15.878.892,53</u>
Rohergebnis		11.963.335,59	11.289.745,08
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	2.053.678,64		2.013.989,67
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>648.238,92</u>	2.701.917,56	505.160,35
davon für Altersversorgung: 285.335,69 € (Vorjahr: 146.020,35 €)			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.666.128,65	4.248.658,69
Sonstige betriebliche Aufwendungen		881.646,74	799.840,36
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	56,64		68,72
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>138.672,09</u>	138.728,73	116.485,79
davon aus verbundenen Unternehmen: 114.240,00 € (Vorjahr: 108.210,67 €)			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		624.298,40	603.086,40
davon aus der Aufzinsung: 33.512,00 € (Vorjahr: 37.538,00 €)			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>38.088,62</u>	<u>0,00</u>
Ergebnis nach Steuern		3.189.984,35	3.235.564,12
Sonstige Steuern		<u>1.177.834,51</u>	<u>1.177.849,19</u>
Jahresüberschuss		<u><u>2.012.149,84</u></u>	<u><u>2.057.714,93</u></u>

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS 31.12.2018

ALLGEMEINE ANGABEN

Die "ha.ge.we Hagener Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH" hat ihren Sitz in Hagen/Westfalen und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Hagen (HR B Nr. 58).

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen in der Fassung vom 17. Juli 2015. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen angesetzt. Steuerliche zulässige Abschreibungen gemäß § 254 HGB in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung wurden fortgeführt. In die Herstellungskosten für die Bauerstellung sind eigene Personal- und Sachaufwendungen in Höhe von 78 T€ eingerechnet. Fremdkapitalzinsen wurden nicht aktiviert.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen auf Wohnbauten und Garagen wurden grundsätzlich auf der Basis einer Nutzungsdauer von 40 Jahren (Altbauten - bis 1924), 50 Jahren (Neubauten - ab 1925) und 25 Jahren (Garagen) vorgenommen; Kindergärten werden mit 3 % bzw. 4 % abgeschrieben. Bei einzelnen ab 1991 fertiggestellten Wohnungen wurden die planmäßigen Abschreibungen mit 5 % bzw. 4% bemessen. Die degressiven Mehrabschreibungen gegenüber einem Satz von 2 % betragen 4 T€. Im Geschäftsjahr wurden darüber hinaus außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gem. § 253 Abs. 3 HGB in Höhe von 284 T€ vorgenommen.

Die Abschreibungen auf Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf technische Anlagen wurden unter Berücksichtigung der jeweiligen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern zwischen 4 bis 13 Jahren bemessen.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Tilgungen, bewertet.

Die Posten des Umlaufvermögens wurden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Im Umlaufvermögen wurden die unfertigen Leistungen zu den AK/HK bilanziert. Es erfolgte ein Wertabschlag in Höhe von 655 T€.

Flüssige Mittel sind zum Nominalbetrag bewertet.

Rückstellungen werden für ungewisse Verbindlichkeiten entsprechend § 249 Abs.1 HGB gebildet und in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Pensionsrückstellungen sind nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen 10 Geschäftsjahren von 3,21 % p.a. (31.Dezember 2017: 3,68 % p.a.) bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach den „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck bewertet. Die Gehaltsdynamik entfällt und die Rentendynamik wurde mit 2,0% p.a. berücksichtigt.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt € 90.144,00.

Die in den Pensionsrückstellungen enthaltene Beihilfeverpflichtung wird mit 2,32 % Rechnungszinssatz und 2 % Beihilfedynamik bewertet.

Die bilanzierten Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

BILANZ

Die Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) ist in der Anlage 1 dargestellt.

Die Position "Unfertige Leistungen" betrifft in voller Höhe noch nicht abgerechnete Betriebskosten.

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten sowie die zur Sicherheit gewährten Pfandrechte o.ä. Rechte sind in Anlage 2 dargestellt ("Verbindlichkeitspiegel").

In dem Bilanzposten "Sonstige Rückstellungen" sind folgende Rückstellungen enthalten:

	T€
- für Jahresabschluss- und Prüfungskosten	28,0
- für Steuerberatungskosten	10,0
- für Personalaufwand (rückständiger Urlaub, Prämien u.a.)	151,0
- für Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	20,0

Vorhandene Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (§ 42 Abs. 3 GmbHG) sind unter folgenden Posten ausgewiesen:

	31.12.2018	31.12.2017
	€	€
Forderungen aus Vermietung	616,80	1.139,17
Sonstige Vermögensgegenstände	50.282,19	2.119,15
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	14.608,14	36.012,89
Erhaltene Anzahlungen	406.695,20	402.694,20
Verbindlichkeiten aus Vermietung	44.381,66	4.305,06
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	790,98	853,72

SONSTIGE ANGABEN

Zwischen Handels- und Steuerbilanzansätzen bestehen bei den in der Tabelle aufgeführten Bilanzposten Differenzen. In der Tabelle ist gekennzeichnet, inwieweit es sich um Differenzen handelt, die zu aktiven oder passiven Steuern führen können.

Bilanzposten	Aktive Differenzen	Passive Differenzen
Grundstücke m. Wohnbauten	X	
Grundstücke m. Geschäfts- u. anderen Bauten	X	
Rückstellungen	X	

Ein Ansatz von aktiven latenten Steuern erfolgte nicht, da das bestehende Aktivierungswahlrecht ausgeübt wurde.

Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen:

Zu den nicht in der Bilanz ausgewiesenen oder vermerkten finanziellen Verpflichtungen, die nach § 285 Ziffer 3 und 3a HGB für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bemerken wir:

Die Gesellschaft hat im Januar 2017 zwei selbstschuldnerische Bürgschaften in Höhe von insgesamt T€ 14.280 für die Sicherung von Darlehen des verbundenen Unternehmens, der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH (GIV) (Muttergesellschaft), übernommen. Die Gesellschaft sieht kein Risiko einer möglichen Bürgschaftsinanspruchnahme.

Die Gesellschaft hat ein Forward Darlehn in Höhe von 14 Mio. über 30 Jahre abgeschlossen, das ab Juli 2019 mit 2,39 % verzinst wird.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2018 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 berechnete Gesamthonorar belief sich auf 42 T€. Davon entfielen 19 T€ auf Abschlussprüfungsleistungen, 12 T€ Steuerberatungsleistungen und 11 T€ auf sonstige Beratungsleistungen.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, aus dem Jahresüberschuss 2018 und dem Gewinnvortrag einen Betrag in Höhe von 2.000.000,00 € den anderen Gewinnrücklagen zuzuweisen und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	23	1
Diplom-Sozialarbeiter	1	0
Technische Mitarbeiter	8	1
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte etc	4	1
	36	3

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

Die Mitarbeiter des Unternehmens sind in der kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe versichert. Der Versicherungsschutz besteht in einer zusätzlichen Altersversorgung. Die

umlagepflichtigen Gehälter beliefen sich auf T€ 1.795. Der Umlagesatz beträgt 4,50% zuzüglich 3,25% Sanierungsbeitrag.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH (GIV mbH), Hagen. Sie wird zudem in den Konzernabschluss der GIV mbH eingebunden, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Aufsichtsratsbezüge	€
Mark Krippner	1.170,00
Muamer Andelija	650,00
Peter Arnusch	650,00
Volker Bald	130,00
Stefan Ciupka	650,00
Thomas Grothe	650,00
Ingo Hentschel	520,00
Jürgen Klippert	520,00
Karin Nigbur-Martini	650,00
Stephan Treß	390,00
Rainer Voigt	650,00
Gesamtbezüge	6.630,00

Geschäftsführerbezüge	€
Gehalt Dr. Boksteen	145.008,00
AG - Anteil Sozialversicherung Dr. Boksteen	11.133,60

Gesamtbezüge	€
- früherer Mitglieder des Geschäftsorgans und ihrer Hinterbliebenen	68.550,00

Pensionsverpflichtungen für frühere Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und ihrer Hinterbliebenen:

	Rückstellung gebildet €	Rückstellung nicht gebildet €	Insgesamt €
Für laufende Pensionen	1.048.347,00	0,00	1.048.347,00

Geschäftsführer

Dr. Marco Boksteen

Mitglieder des Aufsichtsrates

Mark Krippner, Vorsitzender	Anlagenmechaniker
Rainer Voigt, stellv. Vorsitzender	Rechtsanwalt
Muamer Andelija	Projektmanager
Peter Arnusch	Produktionsleiter
Volker Bald	Geschäftsführer
Stefan Ciupka	Sparkassenfachwirt
Thomas Grothe	Technischer Beigeordneter der Stadt Hagen
Ingo Hentschel	Bürokaufmann
Jürgen Klippert	Unternehmensberater
Karin Nigbur-Martini	Rechtsanwältin
Stephan Treß	Betriebswirt

Hagen, 19. Februar 2019

ha.ge.we
Hagener Gemeinnützige
Wohnungsgesellschaft mbH

Der Geschäftsführer



Dr. Boksteen

Anlage 1

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Kumulierte Abschreibungen Anderungen i. Zustig. m. Abgänge/Umbuchungen			Buchwerte	
	01.01.2018 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2018 €	01.01.2018 €	31.12.2018 €	31.12.2017 €
Immaterielle Vermögensgegenstände								
Entgeltlich erworbene Lizenzen	219.813,82	0,00	0,00	0,00	219.813,82	201.448,82	206.616,82	18.365,00
Sachanlagen								
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	187.403.940,42	1.021.255,41	0,00	321.032,31	188.746.228,14	126.626.269,82	131.050.607,19	57.695.620,95
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- und anderen Bauten	7.286.455,39	0,00	0,00	1.845.728,98	9.132.184,37	2.946.700,08	3.111.765,32	6.020.419,05
Grundstücke ohne Bauten	907.102,45	0,00	0,00	0,00	907.102,45	0,00	0,00	907.102,45
Technische Anlagen und Maschinen	130.185,97	731,74	5.791,53	0,00	125.126,18	124.521,97	121.153,18	3.973,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	922.804,09	37.541,30	226.491,87	0,00	733.853,52	764.000,73	606.644,16	127.209,36
Anlagen im Bau	340.036,04	1.823.608,87	0,00	-2.163.644,91	0,00	0,00	0,00	0,00
Bau- und Vorbereitungskosten	3.116,38	2.657,27	0,00	-3.116,38	2.657,27	0,00	0,00	2.657,27
Anlagevermögen	196.993.640,74	2.885.794,59	232.283,40	0,00	199.647.151,93	130.461.492,60	134.890.169,85	64.756.982,08
Finanzanlagen								
Sonstige Ausleihungen	6.268,72	0,00	2.190,18	0,00	4.078,54	0,00	0,00	4.078,54
Anlagevermögen insgesamt	197.219.723,28	2.885.794,59	234.473,58	0,00	199.871.044,29	130.662.941,42	135.096.786,67	66.556.781,86

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten sowie die zur Sicherheit gewährten Pfandrechte o.ä. Rechte stellen sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten gegenüber	Stichtag	Insgesamt €	Restlaufzeit		davon		Gesichert	Art
			bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre		
		€	€	€	€	€	€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.12.2018	28.099.305,64	1.178.215,87	26.921.089,77	22.434.744,89	27.041.404,09	GPR	
	31.12.2017	28.035.343,65	1.295.174,96	26.740.168,69				
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	31.12.2018	1.521.856,00	114.700,05	1.407.155,95	959.824,73	1.507.247,86	GPR	
	31.12.2017	1.644.698,40	122.833,80	1.521.864,60				
Erhaltene Anzahlungen	31.12.2018	8.929.609,39	8.929.609,39					
	31.12.2017	8.831.964,63	8.831.964,63					
Verbindlichkeiten aus Vermietung	31.12.2018	563.907,90	563.907,90					
	31.12.2017	433.590,81	433.590,81					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2018	1.396.145,35	1.396.145,35					
	31.12.2017	1.460.918,37	1.460.918,37					
Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2018	8.417,04	8.417,04					
	31.12.2017	843,93	843,93					
Gesamtbetrag	31.12.2018	40.519.241,32	12.190.995,60	28.328.245,72	23.394.569,62	28.548.651,95	GPR	
	31.12.2017	40.407.359,79	12.145.326,50	28.262.033,29				

GPR=Grundpfandrecht

LAGEBERICHT ZUM GESCHÄFTSJAHR 2018

Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die Lage der Weltwirtschaft¹

- Durch die globale Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2018 ist die Prognoseunsicherheit zur Weltkonjunktur groß. Nach einer zunächst expandierenden globalen Produktion haben sich die Aussichten in der zweiten Jahreshälfte getrübt.

Die Lage in der Europäischen Union²

- Im Euroraumschwächte sich die Konjunktur nach einer zunächst kräftigen Expansion im ersten Halbjahr ab. Ursächlich war dafür ein Nachlassen der Export-Dynamik, die im Vorjahr noch starke Zuwächse zu verzeichnen hatte. Der sog. Abgas-Skandal in der Automobilindustrie und die folgenden Probleme in der Produktionsumstellung wirkte sich im dritten Quartal auch auf die Gesamtwirtschaft aus. Das BIP entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte 2018 jedoch unterdurchschnittlich positiv. Der Zuwachs des BIP soll in 2019 1,8 Prozent und in 2020 1,6 Prozent betragen. Die Expansion wird tendenziell mehr von der Entwicklung des Binnenmarktes getragen.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland³

- Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft geht in sein sechstes Jahr und wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen, welche durch einen starken Beschäftigungsaufbau und niedrige Zinsen angeregt wird.

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer – Herbst 2018

² Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer – Herbst 2018

³ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer – Herbst 2018

Weitere branchenspezifische Angaben

- Die Angebots- und Nachfragesituation (Mietwohnungen) in der Region Hagen, in der unsere Gesellschaft überwiegend tätig ist, war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einen Angebotsüberhang gekennzeichnet.
- Die Entwicklung der Mietpreise im Regionalmarkt Hagen fiel moderat aus. Hinzu kamen jedoch wieder Steigerungen der Betriebskosten, insbesondere der Energieversorgung, die das Wohnen in unserer Region weiter verteuerten.

A. Geschäftsverlauf / wichtige Aktivitäten

Das Geschäftsjahr verlief im Großen und Ganzen wie mit Wirtschaftsplan 2018 prognostiziert. Nach Steuern errechnet sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 2.012 T€ (Vorjahr 2.058 T€).

Die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind geordnet. Die Liquidität war ausreichend. Die Zahlungsbereitschaft war und ist jederzeit gesichert. Es stehen Beleihungsreserven in ausreichender Höhe zur Verfügung.

Die Mietpreisentwicklung ist moderat und entspricht den Marktverhältnissen. Die Durchschnittsmieten für frei finanzierten Wohnraum richten sich nach dem Mietspiegel. Mögliche Erhöhungspotenziale wurden bei Neuvermietung geprüft und gegebenenfalls ausgeschöpft.

B. Portfoliomanagement

Hausbewirtschaftung

Die ha.ge.we hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 395 Mieterwechsel (Vorjahr 442) abwickeln müssen. Dies entspricht einer Fluktuationsrate von 7,8 % (Vorjahr 8,7 %).

Die Leerstandstatistik weist zum 31.12.2018 insgesamt 180 Leerstände auf, davon 60 instandhaltungsbedingt (Vorjahr: 202 davon 66 instandhaltungsbedingt).

Am Ende des Geschäftsjahres vermietete die ha.ge.we 5.092 Mietwohnungen in 783 Häusern. Weiterhin wurden 32 gewerbliche Einheiten und 829 Garagen/Stellplätze bewirtschaftet. Die ha.ge.we hat insgesamt 345.002 m² Wohn- und Nutzfläche am Hagener Wohnungsmarkt bereitgestellt.

Bestandspflege/Neubau

Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes hatten im Berichtsjahr einen hohen Stellenwert. Die Aktivierungen in diesem Geschäftsfeld betragen insgesamt 1.012 T€.

Diese Maßnahmen sollen im Wesentlichen die zukünftige Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes sichern. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Grundrissänderungen.

Instandhaltungskosten

	T€	€/m ²
2014	6.691	19,49
2015	6.627	19,30
2016	8.066	23,44
2017	7.736	22,49
2018	7.625	22,10

Die Instandhaltungskosten beinhalten neben den Fremdaufwendungen Personal- und Sachaufwendungen gemindert um diverse Versicherungserstattungen. Neben den periodischen Instandsetzungsmaßnahmen wurden bei Neuvermietungen u.a. Wohnungstüren, Briefkästen, Oberböden und Sanitärobjekte ausgetauscht sowie Badezimmer umgestaltet. Des Weiteren wurden Spielplätze, Müllcontaineranlagen, Terrassen und Pflanzbeete erneuert. Soweit aus diesen Maßnahmen Wertverbesserungen resultieren, wurden moderate Mietanhebungen vorgenommen.

C. Wirtschaftliche Lage

Die Gesellschaft ist in den „Konzern Stadt Hagen“ durch die Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH (G.I.V.) eingebunden, die 95 % der Gesellschaftsanteile hält. Zur Refinanzierung der Annuität aus dem ha.ge.we-Beteiligungserwerb benötigt die G.I.V. von der ha.ge.we Dividenden- bzw. Liquiditätszuwendungen im Jahr 2020.

1. Vermögenslage

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
A k t i v a					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	13	0,0	18	0,0	-5
Sachanlagen	64.757	60,5	66.533	63,4	-1.776
Finanzanlagen	4	0,0	6	0,0	-2
	64.774	60,5	66.557	63,4	-1.783
Umlaufvermögen und Rechnungs- abgrenzungsposten					
Langfristig	7	0,0	8	0,0	-1
Kurzfristig					
Unfertige Leistungen/Andere Vorräte	7.702	7,2	7.533	7,2	169
Flüssige Mittel	34.187	31,9	30.421	29,0	3.766
Übrige Aktiva	438	0,4	399	0,4	39
	42.334	39,5	38.361	36,6	3.973
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	107.108	100,0	104.918	100,0	2.190
P a s s i v a					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	10.399	9,7	10.399	9,9	0
Rücklagen	52.176	48,7	50.176	47,8	2.000
Bilanzgewinn	2.201	2,1	2.189	2,1	12
	64.776	60,5	62.764	59,8	2.012
Fremdkapital					
Langfristig					
Rückstellungen	1.090	1,0	991	0,9	99
Verbindlichkeiten	29.621	27,7	29.680	28,3	-59
RAP	534	0,5	601	0,6	-67
	31.245	29,2	31.272	29,8	-27
Kurzfristig					
Rückstellungen	189	0,2	155	0,1	34
Erhaltene Anzahlungen	8.930	8,3	8.832	8,4	98
Übrige Verbindlichkeiten	1.968	1,8	1.895	1,9	73
	11.087	10,3	10.882	10,4	205
Gesamtkapital/Bilanzsumme	107.108	100,0	104.918	100,0	2.190

2. Finanzlage

	31.12.2018 T€	31.12.2017 T€	Veränderung T€
Langfristiger Bereich			
Vermögenswerte	64.781	66.565	-1.784
Finanzierungsmittel	96.021	94.036	1.985
Überdeckung	31.240	27.471	3.769
Kurzfristiger Bereich			
Finanzmittelbestand (Flüssige Mittel)	34.187	30.421	3.766
Sonstige Vermögenswerte	8.140	7.932	208
	42.327	38.353	3.974
Verpflichtungen	11.087	10.882	205
Stichtagsliquidität (Netto-Geldvermögen)	31.240	27.471	3.769

Die langfristig angelegten Vermögenswerte sind in vollem Umfang durch langfristig zur Verfügung stehende Finanzierungsmittel (Eigenkapital, langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten) gedeckt.

3. Ertragslage

Das wirtschaftliche Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 zeigt ein positives Ergebnis von 2.012 T€.

	2018		2017		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse einschließlich Bestandsveränderungen	26.792	96,3	26.163	96,3	629
Andere aktivierte Eigenleistungen	78	0,3	52	0,2	26
Gesamtleistung	26.870	96,6	26.215	96,5	655
Andere betriebliche Erträge	957	3,4	945	3,5	12
Betriebsleistung	27.827	100,0	27.160	100,0	667
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	15.926	57,2	15.879	58,5	47
Personalaufwand	2.702	9,7	2.519	9,3	183
Abschreibungen	4.382	15,7	4.249	15,6	133
Andere betriebliche Aufwendungen	880	3,2	766	2,8	114
Zinsaufwand für Dauerfinanzierung	586	2,1	565	2,1	21
Sonstige Steuern	1.178	4,2	1.178	4,3	0
Aufwendungen für die Betriebsleistung	25.654	92,1	25.156	92,6	498
Betriebsergebnis	2.173	7,9	2.004	7,4	169
Finanzergebnis	101		79		22
Neutrales Ergebnis	-224		-25		-199
Ergebnis vor Ertragsteuern	2.050		2.058		-8
Ertragsteuern	-38		0		-38
Jahresüberschuss	2.012		2.058		-46

Zu dem Betriebsergebnis von T€ 2.173 haben unter Einbeziehung der Betriebsabrechnung folgende Leistungsbereiche beigetragen.

	2018 T€	2017 T€	Veränderung T€
Hausbewirtschaftung	2.408	2.104	304
Bau- und Modernisierungstätigkeit	- 125	- 158	- 33
Sonstiger betrieblicher Bereich	-110	58	-168
	2.173	2.004	- 169

Cashflow

Im Rahmen der Selbstfinanzierungskraft der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2018 ein Cashflow in Höhe von T€ 6.711 erwirtschaftet werden.

	2018	2017
	T€	T€
Jahresüberschuss	2.012	2.058
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.666	4.249
Abschreibungen auf Geldbeschaffungskosten	1	1
Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	-67	-67
Veränderung langfristiger Rückstellungen	99	-28
= Cashflow	6.711	6.213

D. Risikomanagement

Um Risiken der Geschäftstätigkeit frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und zu minimieren hat das Unternehmen ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Anhand dieses Systems werden die Geschäftsfelder Wohnungsvermietung, Modernisierung, Instandhaltung, Neubau, Finanzplanung und Organisation überwacht.

Das bei der ha.ge.we eingerichtete Risikomanagement ist darauf ausgerichtet, dauerhaft die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen und das Eigenkapital zu stärken. In diesem Zusammenhang werden insbesondere alle Indikatoren regelmäßig beobachtet, die zu einer Verschlechterung der Ertragslage führen könnten.

Besondere Finanzinstrumente und insbesondere Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätendarlehen mit Laufzeiten zwischen 2 und 12 Jahren. Auf Grund steigender Tilgungsanteile halten sich Zinsänderungsrisiken in beschränktem Rahmen.

Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Finanzmanagements kontinuierlich beobachtet. Zinserhöhungen werden zeitnah bei der Mietpreisbildung berücksichtigt.

Erfolgskontrollen werden kontinuierlich durchgeführt. Sie basieren auf monatlicher Berichterstattung über Kündigungen, Fluktuation, Leerstände sowie periodischen Nachweisen der Erlöschmälerungen. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Abgleich des Geschäftsverlaufs mit dem Wirtschaftsplan statt. Über Mietrückstände findet eine monatliche Berichterstattung statt. Das Mahn- und Klagewesen erfolgt zeitnah. Kündigungen werden bei Vorliegen entsprechender Sachverhalte ebenfalls zeitnah ausgesprochen.

Die Instandhaltungsausgaben werden in regelmäßigen Zeitabständen durch Abgleich mit den Vorgaben der Wirtschaftspläne (Budgetierung) kontrolliert und den in den Mieten kalkulierten Pauschalen zunehmend angepasst.

Die Organisationsstruktur wird kontinuierlich im Rahmen des Personalmanagements auf ihre Effizienz untersucht. Durch gezielte branchenspezifische Aus- und Weiterbildung besitzt die Gesellschaft fachlich kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entsprechender Sozialkompetenz.

Risiken im operativen Bereich (wie z.B. Fehler oder Ausfälle im EDV-System, fehlerhafte Bearbeitung oder personelles Fehlverhalten) werden durch schriftliche Dienstanweisungen und Arbeitsablaufbeschreibungen für die einzelnen Sachgebiete, durch Kompetenzregelungen sowie durch Einzelanweisungen der Geschäftsleitung eingeschränkt. Diese Mechanismen sind einer ständigen Kontrolle und Weiterentwicklung unterzogen. Ein Orga-Plan definiert die Zuständigkeiten der einzelnen Organisationsebenen.

Die tägliche Kontrolle der Bank- und Kassenbestände und ein kontinuierlicher Abgleich mit der Jahres-Finanzplanung sowie tagesgenauer Buchhaltung sind wesentliche Garantien zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft unserer Gesellschaft.

Für die Steuerung und Überwachung von rechtlichen Risiken werden externe Fachanwälte und die Rechtsberatung unseres Interessenverbandes in Anspruch genommen.

E. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW wird folgendes festgestellt: Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr 2018 ihren satzungsgemäßen Aufgaben, wie z.B. der breiten Bevölkerungsschicht guten und preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, nachgekommen.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH Gesetzes und der Geschäftsanweisung durchgeführt.

F. Voraussichtliche Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens

Wegen der moderaten Mietpreisgestaltung auch im frei finanzierten Wohnungsbestand und der günstigen Auswirkung der bisherigen Modernisierungs- und Sanierungsanstrengungen wird eine insgesamt dauerhafte Vermietbarkeit mit positiver Ertragsentwicklung prognostiziert.

Die Vermietung von Wohnungsbeständen in benachteiligten Lagen und mit nicht mehr zeitgemäßer Ausstattung wird sich weiterhin schwierig gestalten. Durch ein konsequentes Portfolio-management wird dieser Wohnungsbestand weiter optimiert und zukunftsorientiert modernisiert, um die Vermietbarkeit langfristig zu sichern.

G. Chancen und Risiken des Unternehmens

Bestandsgefährdende Risiken für die Ertrags-, Vermögens- sowie Finanzlage des Unternehmens sind im Zeitpunkt der Berichterstattung nicht ersichtlich.

Es ist weiterhin nicht zu verkennen, dass der Standort Hagen aufgrund seiner demografischen Entwicklung und der Situation auf dem Arbeitsmarkt, kein überdurchschnittliches Entwicklungspotential aufweist.

Hier ist insbesondere das Angebot von seniorenrechtlichem, barrierefreiem Wohnraum in den Fokus der unternehmerischen Aktivitäten zu nehmen und schwerpunktmäßig zu steigern.

Für das nächste Jahr wird ein Jahresüberschuss von T€ 2.150 prognostiziert.

Hagen, 19.02.2019

ha.ge.we

Hagener Gemeinnützige

Wohnungsgesellschaft mbH

- Geschäftsführung -



12. HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb

12.1. Allgemeine Daten

Fuhrparkstraße 14-20
58089 Hagen
Telefon: 02331 35444-444
Telefax: 02331 35442-222

Internet: www.heb-hagen.de
E-Mail: kundenservice@heb-hagen.de

12.2. Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft nimmt Aufgaben der Entsorgung wahr und erbringt andere damit zusammenhängende Dienstleistungen, insbesondere

- die Akquisition, Sammlung und der Transport, die Verwertung und Beseitigung von Abfällen, insbesondere von
 - Siedlungsabfällen aus privaten Haushalten
 - Gewerbe- und Industrieabfällen
 - Problem- und Sonderabfällen
- die Erfassung, Sortierung und Verwertung von Verkaufsverpackungen im Sinne der Verpackungsverordnung
- die technische und kaufmännische Betriebsführung der Müllverbrennungsanlage
- die Erzeugung von Fernwärme und deren Nutzung
- den Betrieb eines Fuhrparks mit zugehöriger Kfz-Werkstatt
- die Durchführung von Straßenreinigung und Winterdienst
- die Durchführung von Sonderreinigungen
- den Betrieb der öffentlichen Bedürfnisanstalten
- die Wartung und Reparatur der Fahrzeuge der Gesellschafterin Stadt Hagen sowie damit zusammenhängende Dienstleistungen.

12.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Im Jahre 1998 wurde die Hagener Abfallwirtschaft und Straßenreinigung neu strukturiert. Der Eigenbetrieb HEB wurde in die Rechtsform einer GmbH überführt. Die HEB-GmbH entsorgt aufgrund des Entsorgungsvertrages vom 19. Dezember 1997 mit dem Entsorgungsträger Stadt Hagen u. a. die Abfälle, die dem Entsorgungsträger als Pflichtaufgabe zur Entsorgung überlassen werden müssen. Im Rahmen der Straßenreinigung wurden die Verkehrssicherungsaufgaben gem. Straßen- und Wegegesetz NRW auf die HEB-GmbH übertragen. Die HEB-GmbH hat diese öffentlichen Aufgaben entsprechend den gesetzlichen Vorgaben erfüllt.

Zur Erhaltung dieser Entsorgungssicherheit ist die Inhousefähigkeit der HEB GmbH im Jahre 2017 weiter gestärkt worden. Die innere Ordnung der Gesellschaften HEB GmbH, HUI GmbH und HEB Service GmbH und deren vertragliche Beziehungen zueinander, zu den Parteien des Konsortialvertrages sowie zu Dritten sind dabei so ausgestaltet worden, dass im Wege ausschreibungsfreier Inhouse-Vergaben nach § 108 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die von dieser beauftragte EDG Entsorgung Dortmund GmbH ihren Hausmüll in der MVA Hagen verbrennen können.

Hierzu wurde eine größtmögliche Trennung zwischen dem Kommunalgeschäft, das heißt der aus Inhouse-Vergaben folgenden Tätigkeiten für die Städte Hagen und Dortmund, und dem Drittgeschäft, das heißt der Tätigkeit für andere Auftraggeber, vorgenommen. Diese Trennung wurde in der Form vollzogen, dass die HEB sowie die HEB Service GmbH das kommunale Geschäft übernehmen, während das Drittgeschäft über die HUI GmbH wahrgenommen wird.

12.4. Beteiligungsverhältnis



12.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2018 bis zum
31. Dezember 2018
der
HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb
Hagen

G. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS NACH § 53 HGRG

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Über die in diesem Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben.

Im Übrigen verweisen wir auf Anlage III zu diesem Bericht, in der wir unsere Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG dargestellt haben.

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 in den diesem Bericht als Anlage I (Jahresabschluss) und Anlage II (Lagebericht) beigefügten Fassungen den am 15. April 2019 in Dortmund unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen

Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGE- BERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen.

- Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
 - beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
 - ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
 - beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
 - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
 - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.
- Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

H. SCHLUSSBEMERKUNG UND UNTERZEICHNUNG DES PRÜFUNGSBERICHTS

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450 n. F. und IDW PS 720) erstattet.

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. dieses Prüfungsberichts wiedergegeben.

Dortmund, 15. April 2019

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


R. Schepers
Wirtschaftsprüfer


H. Heinert
Wirtschaftsprüfer



HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	38.911.359,28		38.235.532,63	
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>390.733,37</u>	39.302.092,65	<u>799.999,39</u>	39.035.532,02
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.344.060,08		1.321.819,92	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>13.455.082,23</u>	15.799.142,31	<u>13.678.587,42</u>	15.000.407,34
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	12.566.507,93		12.038.828,65	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>3.323.902,19</u>	15.890.410,12	<u>3.151.017,73</u>	15.189.846,38
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		1.212.317,46		1.231.475,06
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		3.397.230,45		5.417.170,99
7. Erträge aus Beteiligungen		6.230,40		0,00
8. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag		46.181,34		0,00
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		400.600,00		400.600,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>307.238,00</u>		<u>222.161,00</u>
11. Ergebnis vor Steuern		3.148.766,05		2.375.071,25
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>1.013.910,70</u>		883.313,00
13. Ergebnis nach Steuern		2.134.855,35		1.491.758,25
14. Sonstige Steuern		<u>699.763,00</u>		<u>27.444,44</u>
15. Jahresüberschuss		1.435.092,35		1.464.313,81

HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Anhang

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 3642.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2018 die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB auf. Gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages erfolgt die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, ist nach den einschlägigen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB) aufgestellt worden.

Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die gesetzlichen Gliederungsschemata wurden unverändert angewandt, mögliche Zusammenfassungen nach § 265 Abs. 7 HGB wurden nicht vorgenommen.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde unverändert das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen unter Zugrundelegung der von der Finanzverwaltung veröffentlichten AfA-Tabellen für die allgemein verwendbaren Anlagegüter und der AfA-Tabellen für die Abfallentsorgungs- und Recyclingwirtschaft.

In analoger Anwendung der steuerlichen Vorschriften des § 6 Abs. 2 EStG wurde für abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungskosten (vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag) nicht mehr als EUR 800,00 betragen (geringwertige Wirtschaftsgüter), vom Wahlrecht der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten oder ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungskosten erfolgt nach dem gewogenen Durchschnittsverfahren.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Den in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Risiken wird durch Bildung angemessen dotierter Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten werden zu Nennwerten bilanziert.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt nach der Anwartschaftsbarwertmethode (Projected Unit Credit-Methode). Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Nach der Neufassung von § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB sind Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen künftig anstelle des siebenjährigen Durchschnittszinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre abzuzinsen. Die Neuregelung war erstmals verpflichtend auf Jahresabschlüsse für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31.12.2015 begonnen haben.

Als Berechnungsgrundlagen wurden im Weiteren eine Lohn- und Gehaltssteigerung in Höhe von 2,0 %, eine erwartete Steigerung der Pensionszahlungen in Höhe von 2,0 % sowie eine durchschnittliche Fluktuationswahrscheinlichkeit in Höhe von 2,0 % angenommen.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme vom 19. Juni 2013 (IDW RS HFA 3). Biometrische Rechnungsgrundlage sind die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Der verwendete Zinssatz (2,32 %) entspricht dem durchschnittlichen Marktzinssatz zum 31. Dezember 2018 bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß RückAbzinsV.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, werden gemäß § 246 Abs. Satz 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wurden die Werte eines Zeit-Depots in Höhe der Anschaffungskosten bzw. des Zeitwerts von TEUR 107 mit den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 214 saldiert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die Berechnung der latenten Steuern beruht auf temporären Differenzen zwischen Bilanzposten aus handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Betrachtungsweise gem. § 274 HGB. Die sich ergebenden Steuerbe- und Steuerentlastungen werden grundsätzlich verrechnet angesetzt. Auf einen Ansatz aktiver latenter Steuern wird gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Bilanzposten	Art der Differenz führt zu
Pensionsrückstellungen	aktiver latente Steuer
Sonstige Rückstellungen	aktiver latente Steuer
Sonstige Verbindlichkeiten	aktiver latente Steuer

III. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ

1. Anlagevermögen

Im Einzelnen ergibt sich die Entwicklung des Anlagevermögens aus dem als Anlage zum Anhang beigefügten Brutto-Anlagenspiegel.

2. Umlaufvermögen

Sämtliche ausgewiesenen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten in Höhe von EUR 37,50 (Vorjahr: EUR 0,00) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Ferner werden unter diesem Posten sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von EUR 61.181,34 (Vorjahr: EUR 0,00) ausgewiesen.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten in Höhe von EUR 65.249,95 (Vorjahr: EUR 124.019,55) sonstige Vermögensgegenstände.

3. Rückstellungen

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (3,21 %) ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (2,32 %) ein gemäß § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungssperrender Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 456 (im Vorjahr: TEUR 391). Die Auswirkungen aus der Änderung des Abzinsungssatzes sind im Finanzergebnis erfasst.

Die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen betreffen folgende Verpflichtungen:

	31.12.2018 TEUR
Personal- und Sozialbereich	1.459
Großreparaturen ¹⁾	1.560
Stromsteuer	671
Übrige	110
	3.800

¹⁾ Beibehaltungswahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB für Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 HGB a. F.

4. Verbindlichkeiten

	davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamtbetrag 31.12.2018	bis zu 1 Jahr	von mehr als 1 Jahr	von mehr als 5 Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	773 2.863	773 2.863	0 0	0 0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	500 2	500 2	0 0	0 0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr)	13 93	13 93	0 0	0 0
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	1.379 1.354	350 484	1.029 870	644 643
Summe (Vorjahr)	2.665 4.312	1.636 3.442	1.079 870	644 643

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind nicht gesichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten – ebenso wie die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern – in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern i. H. v. EUR 272.993,95 (Vorjahr: EUR 397.932,70) enthalten.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2018 gliedern sich wie folgt:

	TEUR
Abfallbeseitigung	20.246
Betriebsführungsentgelte	8.699
Straßenreinigung	6.155
Duales System	1.081
Fuhrpark	1.041
Gewerbliche Müllentsorgung	134
Sonstige	1.555
	38.911

Die sonstigen Erlöse beinhalten in außergewöhnlicher Größenordnung Erlöse aus der Veräußerung von Teilen des Vorratsvermögens in Höhe von EUR 1.308.257,41.

2. Personalaufwand

Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung enthalten Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von EUR 962.762,96 (Vorjahr: EUR 908.233,90).

3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den Zinserträgen sind Zinserträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 600,00 (Vorjahr: EUR 600,00) enthalten.

4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von EUR 304.281,00 (Vorjahr: EUR 222.161,00) ausgewiesen.

5. Periodenfremde Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von EUR 15.965,54 (Vorjahr EUR 66.908,56) ausgewiesen.

6. Sonstige Steuern

Unter den sonstigen Steuern werden periodenfremde Aufwendungen für Steuernachzahlungen aus der stromsteuerlichen Außenprüfung für Vorjahre in Höhe von EUR 671.000,00 ausgewiesen.

V. ERGÄNZENDE ANGABEN

1. Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr gehörten der Geschäftsführung an:

die Herren Dr. Herbert Bleicher (Rechtsanwalt), Drensteinfurt, Vorsitzender
Manfred Reiche (Rechtsanwalt), Essen, Kfm. Geschäftsführer

Die Geschäftsführungstätigkeit wird von den benannten Personen hauptberuflich ausgeübt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Bezüge von Herrn Dr. Herbert Bleicher insgesamt TEUR 235. Die Bezüge von Herrn Manfred Reiche beliefen sich auf TEUR 191 im abgelaufenen Geschäftsjahr. Herr Reiche ist ferner zum 31. Dezember 2018 aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

Die Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 2.909 entfallen mit TEUR 2.078 auf Anwartschaften für im Geschäftsjahr 2018 aktive Mitglieder des Geschäftsführungsorgans. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen wurden insgesamt TEUR 436 zurückgestellt. Die laufenden Pensionsbezüge beliefen sich auf TEUR 25.

2. Aufsichtsrat

	EUR
Horst Wisotzki (Ltd. Branddirektor a. D.), Stadt Hagen, Vorsitzender	975,00
Thomas Würpel (Kraftfahrer), HEB, stellv. Vorsitzender	650,00
Erik Höhne (Sprecher des Vorstands), Mark-E AG	650,00
Markus Monßen-Wackerbeck (Geschäftsführer), Mark-E Entsorgungsbeteiligung GmbH	650,00
Frank Hengstenberg (Geschäftsführer), EDG GmbH	650,00
Klaus Niesmann (Geschäftsführer), EDG GmbH	650,00
Heiko Kohlhaw (Elektroniker), HEB	520,00
Erwin Strauch (Groß- und Einzelhandelskaufmann), HEB	650,00
Michael Elbe (Berufskraftfahrer), HUI	650,00
Christoph Gerbersmann (Beigeordneter), Stadt Hagen	650,00
Jörg Klepper (selbständiger Kaufmann)	650,00
Dr. Rainer Preuß (Dipl. Mathematiker)	260,00
	7.605,00

3. Aufstellung des Anteilsbesitzes

	Beteiligungs- quote	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
HEB Service GmbH, Hagen ²⁾	100,0 %	75	25
C.C. Reststoff-Aufbereitung GmbH + Co. KG, Hagen ³⁾	20,0 %	260	28
C.C. Reststoff-Aufbereitung-Verwal- tungs-GmbH, Hagen ³⁾	20,0 %	116	3

²⁾ Zwischen der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, und der HEB Service GmbH, Hagen, besteht seit dem Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnisabführungs- bzw. Verlustübernahmevertrag.

³⁾ Das Eigenkapital und das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2018 liegen noch nicht vor. Ausgewiesen werden die Zahlen des Geschäftsjahres 2017.

4. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Abschlussprüferhonorar beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr TEUR 16,5. Es betrifft ausschließlich die Kosten der Jahresabschlussprüfung.

5. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden nicht.

6. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Pachtvertrag für das Betriebsgelände mit der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, hat eine Laufzeit bis zum 28. Februar 2022. Die Pachtzahlungen für die Pacht werden jährlich neu ermittelt. Bis zum Ende der Vertragslaufzeit summieren sich die Pachtzahlungen auf voraussichtlich TEUR 1.316.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2018 ist die HEB Service GmbH, Hagen, anstelle der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, in den zwischen der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, und der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen bestehenden Verbrennungsvertrag vom 18. Juni 1998 eingetreten. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022. Die Verbrennungsentgelte werden jährlich neu ermittelt. Bis zum Ende der Vertragslaufzeit summieren sich die Entgelte für bezogene Verbrennungsleistungen auf voraussichtlich TEUR 44.428.

Für das Jahr 2018 ergaben sich die folgenden Verpflichtungen:

	EUR
Pachtvertrag für das Betriebsgelände mit der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen	428.616,00
Verbrennungsvertrag mit der HEB Service GmbH, Hagen	10.473.026,00
	10.901.642,00

7. Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 276 Mitarbeiter (Vorjahr: 275 Mitarbeiter) beschäftigt. Sie verteilen sich wie folgt:

	2018 Anzahl	Vorjahr Anzahl
Gewerbliche Mitarbeiter	225	224
Angestellte	43	41
Auszubildende	8	10
	276	275

8. Konzernzugehörigkeit

Die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, ist von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht zu erstellen, gemäß § 291 Abs. 1 HGB befreit. Die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, und deren Tochtergesellschaft werden in den Konzernabschluss der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH, Hagen, einbezogen. Diese Gesellschaft stellt für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss auf, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

9. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss i. H. v. EUR 1.435.092,35 in voller Höhe an die Gesellschafter auszuschütten.

Hagen, 28. März 2019

Die Geschäftsführung

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR
I. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	65.367,90	0,00	0,00	65.367,90	65.367,90	0,00	0,00	65.367,90	0,00	0,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	360.201,36	15.021,51	7.569,50	367.653,37	257.208,36	22.761,51	7.569,50	272.400,37	95.253,00	102.993,00
3. Fuhrpark	9.591.114,46	784.418,14	315.817,17	10.059.715,43	7.081.642,46	945.927,14	281.639,17	7.745.930,43	2.313.785,00	2.509.472,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.835.344,24	124.831,34	373.645,18	2.586.530,40	1.483.330,77	243.628,81	373.645,18	1.353.314,40	1.233.216,00	1.352.013,47
	12.852.027,96	924.270,99	697.031,85	13.079.267,10	8.887.549,49	1.212.317,46	662.853,85	9.437.013,10	3.642.254,00	3.964.478,47
II. Finanzanlagen										
Beteiligungen	139.999,91	0,00	0,00	139.999,91	0,00	0,00	0,00	0,00	139.999,91	139.999,91
	13.214.644,86	924.270,99	697.031,85	13.441.884,00	9.110.166,48	1.212.317,46	662.853,85	9.659.630,09	3.782.253,91	4.104.478,38

HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom

1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

1. Geschäftsmodell und Geschäftsprogramm

Die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb (im Weiteren „HEB GmbH“ oder „Gesellschaft“) ist in der Stadt Hagen mit der kommunalen Abfallentsorgung und Straßenreinigung beauftragt.

Im Jahr 2018 wurde die Hagener Abfallwirtschaft neu strukturiert. Das Kommunalgeschäft für die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die EDG Entsorgung Dortmund GmbH wurde auf die HEB GmbH und HEB Service GmbH übertragen. Das Drittgeschäft, d. h. die Tätigkeiten für andere Auftraggeber, wurde auf die HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft (im Weiteren „HUI GmbH“) verlagert. Die HEB Service GmbH pachtet von der HUI GmbH die MVA Hagen. Die Betriebsführung der MVA verbleibt bei der HEB GmbH. Die HEB GmbH und die HEB Service GmbH haben einen Verbrennungsvertrag über die kommunalen Hagener Abfallmengen geschlossen. Die Grundzüge der Zusammenarbeit wurden in einem Konsortialvertrag geregelt und die Verträge entsprechend angepasst.

Der Betrieb der MVA Hagen wird seit dem 01. Januar 2018 durch einen dreiseitigen Betriebsführungsvertrag zwischen der HEB GmbH, der HEB Service GmbH und der HUI GmbH gewährleistet. Die technische und kaufmännische Betriebsführung wird dabei weiterhin durch die HEB GmbH wahrgenommen. Ebenso übt die HEB GmbH weiterhin die kaufmännische Geschäftsführung für die HUI GmbH aus. Neben den angepassten Verbrennungsverträgen zwischen den vorgenannten Gesellschaften sind die Grundzüge der Zusammenarbeit in einem Konsortialvertrag geregelt.

Aufgrund der Langfristigkeit der Verträge ist die HEB GmbH weitestgehend unabhängig von Marktschwankungen und kann sowohl den kommunalen Kunden wie der Stadt Hagen und der Stadt Dortmund als auch dem Kreis Siegen-Wittgenstein und sonstigen Hagener Anlieferern langfristige Entsorgungssicherheit bieten.

Zunehmende Verwertungsaktivitäten im Bereich der haushaltsnahen Abfallentsorgung und der anhaltende Bevölkerungsrückgang hatten auch in Hagen zu einer Reduzierung der Abfallmengen und des Behältervolumens geführt. Durch die Aufnahme von Flüchtlingen und den Zuzug von EU-Bürgern hat sich dieser Trend jedoch bezogen auf die Abfallmengen und das Behältervolumen reduziert. In den kommenden Jahren wird deshalb mit einer Stabilisierung gerechnet.

2. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung

Bereits im Jahr 1998 wurde die Hagener Abfallwirtschaft und Straßenreinigung neu strukturiert. Der Eigenbetrieb HEB wurde in die Rechtsform einer GmbH überführt. Die HEB GmbH entsorgt aufgrund des Entsorgungsvertrages mit dem Entsorgungsträger Stadt Hagen u. a. die Abfälle, die dem Entsorgungsträger als Pflichtaufgabe zur Entsorgung überlassen werden müssen. Im Rahmen der Straßenreinigung wurden die Verkehrssicherungsaufgaben gemäß Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen auf die HEB GmbH übertragen. Die HEB GmbH erfüllt diese öffentlichen Aufgaben entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

Zur Erhaltung dieser Entsorgungssicherheit ist die Inhousefähigkeit der HEB GmbH im Jahre 2017 weiter gestärkt worden. Die innere Ordnung der Gesellschaften HEB GmbH, HUI GmbH und HEB Service GmbH und deren vertragliche Beziehungen zueinander, zu den Parteien des Konsortialvertrages sowie zu Dritten sind dabei so ausgestaltet worden, dass im Wege ausschreibungsfreier Inhouse-Vergaben nach § 108 des Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die von dieser beauftragte EDG Entsorgung Dortmund GmbH ihren Hausmüll in der MVA Hagen verbrennen können.

Hierzu wurde eine größtmögliche Trennung zwischen dem Kommunalgeschäft, das heißt der aus Inhouse-Vergaben folgenden Tätigkeit für die Städte Hagen und Dortmund, und dem Drittgeschäft, das heißt der Tätigkeit für andere Auftraggeber, vorgenommen. Diese Trennung wurde in der Form vollzogen, dass die HEB GmbH sowie die HEB Service GmbH das kommunale Geschäft übernehmen, während das Drittgeschäft über die HUI GmbH wahrgenommen wird.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT DES UNTERNEHMENS

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2018 und damit im neunten Jahr in Folge durch ein Wirtschaftswachstum gekennzeichnet, wenngleich die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 fast in eine Rezession geraten ist. Mit einer Jahreswachstumsrate von 1,4 % expandierte die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr deutlich langsamer als in den beiden Jahren zuvor, das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagnierte zum Jahresende, nach einem Rückgang um 0,2 % im dritten Quartal.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland: Sowohl die privaten Konsumausgaben (+1,0 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+1,0 %) waren höher als im Vorjahr. Die Zuwächse fielen jedoch deutlich niedriger aus als in den letzten drei Jahren.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562.000 Personen mehr als ein Jahr zuvor.

Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus.

Die Aussichten für die Binnenkonjunktur im kommenden Jahr sind weiterhin positiv – wenn auch abgeschwächt. So erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2019 ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Statistischen Bundesamt prognostizierte zuletzt für die Jahre 2019 und 2020 jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des realen BIP von 0,8 % und 1,7 %. Die niedrige Prognose für das Jahr 2019 wird dabei stark durch das schwache letzte Quartal des Jahres 2018 und den damit verbundenen geringen statistischen Überhang beeinflusst. Bereinigt um den positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen beträgt die Zuwachsrate im Jahr 2020 voraussichtlich nur 1,3 %.

Eine positive Entwicklung ist ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt weiter zu, und die jüngsten Lohnabschlüsse waren kräftig. In der Folge nehmen auch die privaten Einkommen weiter spürbar zu: Die Nettolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer steigen im Jahr 2019 voraussichtlich um 4,8 %.

Die deutsche Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft zeigt sich in den jüngst vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen ebenfalls mit kräftigen Wachstumsraten. Demnach konnten die Branchenunternehmen im Geschäftsjahr 2017 ihre Umsätze auf insgesamt 54,9 Milliarden Euro steigern. Dies entspricht einem Plus um 7,4 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2016. Damit hat die Branche im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 2,2 % mit über 15 % Zuwachs mehr als siebenmal so viel zugelegt.

Dabei verzeichnete das Segment Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen mit einem Umsatzplus von 3,5 Milliarden Euro bzw. 30 % auf 15,4 Milliarden Euro den größten Zuwachs. Neben Preiseffekten bei Recyclingrohstoffen aus Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrotten, spiegelt sich hier auch die wachsende Nachfrage nach Materialien dieser Art wider. Den zweitstärksten Zuwachs am Umsatz trug mit 2,6 Milliarden Euro der Bereich Rückgewinnung bei. Dies entspricht einem Wachstum um 19 Prozent auf insgesamt 16,2 Milliarden Euro.

Auch in den Segmenten Sammlung sowie Behandlung und Beseitigung von nicht-gefährlichen Abfällen fielen die Umsätze höher aus: 880 bzw. 770 Millionen Euro wurden hier zusätzlich umgesetzt. Der Gesamtumsatz stieg damit auf 11,8 bzw. 9,0 Milliarden Euro.

2. Lage des Unternehmens

2.1 Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage hat unter den gegebenen Marktbedingungen die Erwartungen nur in Teilen übertroffen. Der Umsatz ist im Vergleich zum Wert des Vorjahres um 1,8 % auf TEUR 38.911 gestiegen. Wesentlicher Einflussfaktor hierbei waren Erlöse aus der Veräußerung von Vorratsvermögen (TEUR 1.308), die unter den sonstigen Umsatzerlösen ausgewiesen wurden. In den Kerngeschäften der Gesellschaft konnten in den Bereichen Abfallbeseitigung sowie Straßenreinigung deutliche Umsatzsteigerungen (+9,9 % bzw. +7,4 %) erzielt werden. Gleichwohl waren Umsatzeinbußen in den in den Bereichen Duale Systeme (-18,9 %) sowie Fuhrpark (-13,5 %) und ein durch die Neustrukturierung der Leistungsbeziehungen bedingter Rückgang der Betriebsführungsentgelte (-22,0 %) zu verzeichnen.

Unter Berücksichtigung der mit der Veräußerung korrespondierenden Bestandsveränderung des Vorratsvermögens (TEUR -1.242) gelang es, die Materialaufwendungen entsprechend der reduzierten Gesamtleistung anzupassen, so dass eine weitestgehend konstante Rohertragsquote realisiert werden konnte. Der Rohertrag verringerte sich umsatzbedingt mit TEUR 23.503 im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (TEUR 24.035).

Der Personalaufwand stieg im zurückliegenden Geschäftsjahr planmäßig um TEUR 701 bzw. 4,6 % auf TEUR 15.890. Dies entspricht einer nur leicht gestiegenen Personalaufwandsquote von 40,4 % (Vorjahr: 38,9 %). Die gestiegenen Personalkosten resultieren im Wesentlichen aus tariflichen Lohn-erhöhungen sowie erhöhter Personalrückstellungen.

Mit TEUR 3.397 lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres um TEUR 2.020 planmäßig unter denen Vorjahres. Der Rückgang resultiert primär aus dem nahezu vollständigen Wegfall der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung der MVA (TEUR 249, Vorjahr TEUR 2.305), die entsprechend der vertraglichen Regelungen seit dem Geschäftsjahr 2018 von der Eigentümerin der Anlage zu tragen sind. Ein gegenläufiger Anstieg war bei den Aufwendungen für Instandhaltungen an den übrigen betrieblichen Gebäuden, Versicherungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen zu verzeichnen.

Die dargestellten Entwicklungen führen im Ergebnis dazu, dass der HEB im Geschäftsjahr 2018 mit TEUR 3.003 ein um TEUR 806 höheres EBIT erzielen konnte als im Vorjahreszeitraum.

Im Bereich des Finanzergebnisses zeigt sich zum Ende des Geschäftsjahres ein Rückgang um TEUR 32 auf TEUR 145. Der Anstieg der Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen (+TEUR 78) konnte dabei durch die Erträge aus der Übernahme des Ergebnisses der HEB Service GmbH (TEUR 46) sowie der sonstigen Beteiligungserträge (TEUR 6) nicht ausgeglichen werden.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator stieg im Jahr 2018 um TEUR 774 auf TEUR 3.149 an. Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und der sonstigen Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.435 (Vorjahr: TEUR 1.464).

2.2 Finanzlage

2.2.1 Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft kann als ausgeglichen bezeichnet werden. Zwar nahm das Eigenkapital unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2018 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um TEUR 29 ab, aufgrund der leicht überproportionalen Verringerung der Bilanzsumme erhöhte sich gleichwohl die Eigenkapitalquote auf nunmehr 48,3 % (Vorjahr: 46,9 %). Die Eigenkapitalrendite bezogen auf das Eigenkapital ohne Jahresüberschuss beträgt 19,2 % (Vorjahr: 19,6 %).

Der Liquiditätsbedarf der HEB GmbH konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr vollständig aus Eigenmitteln bzw. aus dem laufenden Geschäft gesichert werden, die Aufnahme anderweitiger Kredite und Darlehen war nicht erforderlich.

Das langfristig gebundene Anlagevermögen (TEUR 3.782) ist durch das Eigenkapital wie im Vorjahr zu mehr als 100,0 % gedeckt.

2.2.2 Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen mit einem Gesamtvolumen i. H. v. TEUR 924 getätigt. Der wesentliche Teil (TEUR 784) entfällt dabei auf die laufenden Investitionen in Müllsammelfahrzeuge, Kolonnenwagen und Kehrmaschinen sowie auf die Anschaffung von Unterflurbehältern für die Abfallsammlung.

Im Weiteren hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 Fonds-Anteile zur Insolvenzabsicherung von Altersteilzeitguthaben erworben (TEUR 107). Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden diese Vermögensgegenstände, die dem Zugriff sämtlicher Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus den jeweiligen Altersteilzeitverpflichtungen dienen, mit den korrespondierenden Rückstellungen verrechnet.

2.2.3 Liquidität

Die ausreichende und fristgerechte Begleichung sämtlicher Verbindlichkeiten sieht die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, als oberstes Ziel des Finanzmanagements, wobei ein besonderes Augenmerk auf der Finanzierung des Umlaufvermögens liegt.

Der Cashflow zeigt die Herkunft und die Verwendung der Geldströme in den Berichtsperioden. Ihm kommt damit eine zentrale Bedeutung für die Beurteilung der Finanzlage der Gesellschaft zu.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresergebnis indirekt abgeleitet.

Er betrug im Geschäftsjahr 2018 TEUR 1.094 und war im Wesentlichen charakterisiert durch den Jahresüberschuss (TEUR 1.435) und die nicht zahlungswirksamen Abschreibungen (TEUR 1.212), die Zunahme der Rückstellungen (+TEUR 994) sowie den Abbau des Vorratsbestandes im Geschäftsjahr (TEUR 1.242). Gegenläufig wirkten sich insbesondere die Abnahme der Lieferverbindlichkeiten (TEUR 1.791) sowie die gleichzeitige Erhöhung der Lieferforderungen (TEUR 1.983) mindernd auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aus. Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (TEUR 427) betraf im Wesentlichen die Investitionen in das Sachanlagevermögen (TEUR 924) sowie erhaltene Zinsen (TEUR 400).

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit (TEUR 1.467) resultiert im Wesentlichen aus der Ausschüttung von Dividenden an die Anteilseigner.

Die Gesellschaft war während des Geschäftsjahres 2018 stets in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen unter Inanspruchnahme von Zahlungszielen nachzukommen. Der Finanzmittelfonds hat sich durch die dargestellte Entwicklung um TEUR 800 auf TEUR 1.362 verringert. Er setzte sich ausschließlich aus positiven Liquiditätsbeständen zusammen. Kontokorrentlinien wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Finanzlage der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

2.3 Vermögens- und Kapitallage

Das bilanzielle Gesamtvermögen beträgt zum Stichtag TEUR 18.427 und liegt damit um 3,3 % unter dem Niveau des Vorjahres. Im Verhältnis zum Gesamtvermögen sind 20,6 % dem Anlagevermögen (mittel- und langfristiges Vermögen) und 68,9 % dem kurzfristig gebundenen Vermögen zuzuordnen. Die restlichen 8,0 % ergeben sich aus den zum Stichtag zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln (7,4 %) und den Rechnungsabgrenzungsposten (0,5 %).

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr abschreibungsbedingt um TEUR 322 verringert. Den Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 924 standen planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1.212 und Abgänge in Höhe von TEUR 34 gegenüber.

Das Vorratsvermögen liegt mit TEUR 480 um TEUR 1.242 deutlich unter dem Vorjahresniveau. Ursächlich für diese Entwicklung ist die Veräußerung von Vorratsvermögen bzw. Lager- und Verbrauchsmaterialien für die MVA im Rahmen der Neustrukturierung der Betreiberschaft zu Beginn des Berichtsjahres.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen zum 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um TEUR 2.099 zu. Dies steht neben einem reinen Stichtageffekt ebenfalls im Zusammenhang mit den geänderten Leistungsbeziehungen im Rahmen der Betriebsführung der MVA.

Unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen werden im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 46) sowie aus den Forderungen aus einer Darlehensvergabe (TEUR 15) gegen die Tochtergesellschaft HEB Service GmbH ausgewiesen. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis unter den sonstigen Vermögensgegenständen.

Auf Seiten der Mittelherkunft zeigt sich unter Berücksichtigung der gesunkenen Bilanzsumme eine veränderte Kapitalstruktur. So führt der im Verhältnis zu dem Rückgang der Verbindlichkeiten (-TEUR 1.969) unterproportionale Anstieg der Rückstellungen (+TEUR 1.057) zu einer leicht verringerten Fremdkapitalquote von 51,7 % (Vorjahr: 53,15 %). Ergebnisbedingt liegt das Eigenkapital mit TEUR 8.895 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (TEUR 8.924), die Eigenkapitalquote steigt leicht um 1,5 %-Punkte auf 48,3 %.

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt um insgesamt TEUR 1.057. Signifikante Einflussfaktoren hierbei waren die Erhöhung der Pensionsrückstellungen (+TEUR 301), die erstmals unter Zugrundelegung der „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck ermittelt wurden, sowie die Zunahme der sonstigen Rückstellungen auf TEUR 3.800 (Vorjahr: TEUR 3.107). Diese folgte im Wesentlichen aus der Bildung einer Rückstellung für mögliche Stromsteuernachzahlungen für vorangegangene Geschäftsjahre sowie aus höheren bilanzierten Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern. Die Steuerrückstellungen sind insbesondere bedingt durch den mit der HEB Service GmbH, Hagen, bestehenden Ergebnisabführungsvertrag um TEUR 63 auf TEUR 158 angestiegen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag mit TEUR 773 deutlich unter dem Vorjahresniveau, gleichzeitig zeigt sich ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+TEUR 498). Analog zu der Entwicklung der Forderungen steht diese Veränderung im Zusammenhang mit den geänderten Leistungsbeziehungen im Rahmen der Betriebsführung der MVA.

3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus des Berichtsunternehmens auf der kontinuierlichen Überwachung und Optimierung von:

- Gesamtleistung
- Rohertragsquote
- Ergebnis vor Steuern (EBT)

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden insbesondere:

- Behältervolumen
- Veranlagungsmeter Straßenreinigung

betrachtet. Die Darstellung und Analyse der finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt an den relevanten Stellen innerhalb der Berichtserstattung zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft. Zum Behältervolumen wird ebenso wie über das Thema Straßenreinigung an anderer Stelle dieses Lageberichts berichtet.

3.1 Behältervolumen (Graue Tonne)

Behältertyp	qbm/Woche		
	Plan 2019	Ist 2018	Ist 2017
60 l	1.240	1.232	1.245
80 l	860	861	854
120 l	710	719	709
240 l	480	487	478
770 l	970	963	971
1.100 l	1.440	1.429	1.422
Unterflurbehälter	170	168	153
	5.870	5.859	5.832

3.2 Veranlagungsmeter Straßenreinigung

Veranlagungsmeter		Plan 2019	Ist 2018	Ist 2017
Sommerreinigung		1.127.500	1.128.284	1.124.426
Winterreinigung	Klasse A	367.000	367.369	367.000
	Klasse B	136.000	136.066	136.500
	Klasse C	282.000	282.403	281.000
		785.000	785.838	784.500
		1.912.500	1.914.122	1.908.926

Die Reinigungs- bzw. Winterdienstleistungen unterliegen nur geringfügigen Veränderungen.

Im Bereich der kommunalen Straßenreinigung wurden die Intensivierung der Innenstadtreinigung mit drei Mitarbeitern und die Schwerpunktreinigung einzelner Problemstadtteile mit Langzeitarbeitslosen und Flüchtlingen fortgesetzt. Die hierfür anfallenden Personalkosten werden durch das Jobcenter Hagen übernommen. Die Kosten für die Anleiterstellen werden vom HEB getragen.

III. PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Prognosebericht

Die Geschäftsführung rechnet auf Grund des Wirtschaftswachstums mit einem weiterhin stabilen EBT im laufenden Geschäftsjahr. Derzeit sind sowohl die Chancen als auch die Risiken aufgrund der langfristigen Verträge mit den Entsorgungsträgern der Stadt Hagen und der Stadt Dortmund begrenzt. Durch die geschlossenen Verträge zur Stärkung der Inhousefähigkeit ist diese Risikobegrenzung gefestigt worden.

Für das Geschäftsjahr 2019 sowie die Folgejahre ist eine Planung erstellt worden, in der von einer stabilen Umsatzentwicklung ausgegangen wird. Die Planungen gehen von einem nachhaltigen EBT auf ähnlichem Niveau wie bisher aus, wobei die zukünftige Geschäftsentwicklung von der weiteren

Entwicklung der Verbrennungskapazitäten, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Nachfrage abhängt und das konjunkturelle Geschäftsklima durch die politischen Ereignisse wie z. B. den Brexit, die Sanktionen gegen Russland und den Nahost-Konflikt etwas negativ beeinflusst wird.

So erwartet die Geschäftsführung für das laufende Geschäftsjahr 2019 zunächst eine leicht sinkende Gesamtleistung in Höhe von TEUR 38.544 bei einer Rohertragsquote von 56,6% und ein EBT in Höhe von TEUR 2.303. In 2020 wird mit einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse um 2,6 % auf TEUR 39.559 geplant, das prognostizierte EBT liegt bei TEUR 2.412.

2. Risikobericht

Zur Erfassung von Risiken und zum Umgang mit diesen werden wirksame Steuerungs- und Kontrollinstrumente genutzt. Insbesondere hat die HEB GmbH ein formalisiertes und dokumentiertes Risikomanagementsystem eingerichtet, in dem auch die Risikosteuerung (Risikobewältigung) Berücksichtigung findet. Zusätzlich zum Ad-hoc-Reporting werden halbjährlich die aufgetretenen Änderungen in das Risikomanagement eingearbeitet, dokumentiert und über das entsprechende Berichtswesen kommuniziert.

Im Rahmen der Risikoinventur werden die Risiken bezeichnet und beschrieben. Ihre Ergebnisauswirkung wird ebenso festgehalten wie die Eintrittswahrscheinlichkeit, die zwischen verschiedenen Kategorien unterscheidet. Aus der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Schadenausmaß ergibt sich die Gesamteinschätzung des jeweiligen Risikos als unbedeutend, nebensächlich, bedeutend, wesentlich oder bedrohlich.

Aus dem Abfuhr- und Entsorgungsbetrieb resultieren betriebliche Risiken, z. B. der Ausfall von Fahrzeugen oder Maschinen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einer systematischen Planung und Instandhaltung des Fuhrparks und der technischen Anlagen.

Weitere betriebliche Risiken, wie Umweltschäden oder Verstöße gegen Genehmigungen und Auflagen, resultieren aus dem Betrieb der Wertstoffhöfe und der MVA. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einem systematischen Genehmigungs- und Qualitätsmanagement im Rahmen der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb.

Im Rahmen des finanzwirtschaftlichen Risikomanagements erfolgt neben der monatlichen Abstimmung wesentlicher Finanz- und Ergebnisbereiche ein quartalsweises Ergebnisreporting sowie eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen ermöglicht.

3. Chancenbericht

Für das Geschäftsjahr 2019 rechnet die Bundesregierung in Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 %. Nach einem leichten Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2018 von 1,9 % gegenüber 2017 wird im folgenden Jahr mit einer Inflationsrate von 1,5 % gerechnet.

Die konjunkturelle Entwicklung schlägt derzeit nur bedingt auf den Entsorgungsmarkt durch, weil der Großteil der angebotenen Dienstleistungen in dem Bereich der Daseinsvorsorge erbracht wird. Durch das sich stabilisierende weltweite Wirtschaftswachstum wird die Nachfrage an den Rohstoff- und Sekundärrohstoffmärkten nicht weiter zurückgehen. Durch den Importstopp für Altpapier und Kunststoffe nach China gehen allerdings die Erlöse für Altpapier und sonstige Wertstoffe zurzeit zurück.

Im Jahr 2018 hat sich im Bereich der kommunalen Abfallentsorgung der Preisverfall bei kommunalen Entsorgungsdienstleistungen weiter reduziert. Durch die gute Konjunkturlage und Abfallimporte konnten Verbrennungsanlagen vollständig ausgelastet werden.

In der Stadt Hagen wird seit der Einführung der Wertstofftonne in einem Testgebiet der weitere Ausbau der Wertstofftonne überprüft. Vor dem Hintergrund des VerpackG hält die Prüfung weiterhin an.

Auf Grund des Abfallwirtschaftsplanes des Landes NRW muss die Bioabfallerfassung in der Stadt Hagen ausgeweitet werden, um die Zielvorgaben des Planes erfüllen zu können. Die Bezirksregierung hat die Stadt Hagen nunmehr Ende des Jahres 2018 aufgefordert, ein Konzept für die stufenweise Einführung einer Biotonne, eventuell auf freiwilliger Basis, zu erarbeiten und vorzulegen. Denkbar ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die Einrichtung eines Testgebietes um die Einführung einer Biotonne zu prüfen.

Die Erweiterung des durch die Werkhof gem. GmbH betriebenen Wertstoffhofes in der Obernahrmer Straße um die Annahme von Grünschnitten, Papier und Pappe, Metallschrott sowie LVP-Verpackungen im Dezember 2017, verlief zufriedenstellend. Statistisch sind die Zahlen für das Geschäftsjahr 2018 von der Werkhof gem. GmbH erfasst worden, die eine starke Zunahme der Nutzung belegen. 2018 waren 8.396 Kunden zu zählen, was einer Steigerung von 74,3 % gegenüber 2017 entspricht (Vorjahr: 4.817). Der am stärksten frequentierte Wochentag ist der Dienstag, gefolgt von Freitag und Montag.

Für den Wertstoffhof in Haspe liegt seit Herbst 2018 die Baugenehmigung vor. Die zu erfüllenden Auflagen konnten in Abstimmung mit der Stadt Hagen inzwischen erfüllt werden, sodass die Ausführungsplanung für die Tief-/Betonbauarbeiten im Februar 2019 begonnen haben. Gegenwärtig ist mit der Fertigstellung des Wertstoffhofs Ende Juli 2019 zu rechnen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine bestandsgefährdenden Risiken vorliegen.

Hagen, 28. März 2019

Die Geschäftsführung

Allgemeiner Überblick und Geschäftsverlauf

ALLGEMEINER ÜBERBLICK

Die HEB GmbH ist in der Stadt Hagen mit der kommunalen Abfallentsorgung und Straßenreinigung beauftragt. Darüber hinaus ist sie mit der Betriebsführung der Müllverbrennungsanlage Hagen (MVA) betraut und nimmt die kaufmännische und technische Geschäftsführung für die HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft und die HEB Service GmbH wahr.

GESCHÄFTSVERLAUF

Prognose 2018

Für das Jahr 2018 zeichnen sich geringere Umsatzerlöse insbesondere in der Abfallwirtschaft und der Straßenreinigung ab. Aufgrund geringerer Aufwendungen für Material und Personal sowie geringerer Abschreibungen kann ein Ergebnis auf Planniveau erreicht werden.

Wirtschaftsplan 2019

Insgesamt wird für das Jahr 2019 ein Ergebnis in vergleichbarer Höhe des Jahres 2018 erwartet. Nach Steuern wird ein Ergebnis in Höhe von 1.406 T€ geplant. Wieder steigende Umsätze gehen mit ansteigenden Kosten einher. Durch die beschlossene Maßnahme „Waste Watcher“ steigt insbesondere der Personalaufwand an.

Umsatzerlöse

Die Umsätze im Pflichtgeschäft verändern sich entsprechend den Aufwendungen in der Betriebsergebnisrechnung für die einzelnen Sparten. Durch die Erhöhung des Verbrennungspreises steigen die Umsätze in der Straßenreinigung und Abfallwirtschaft an. Durch die Verpachtung der MVA von der HUI an die HEB Service werden die Instandhaltungs- und Energiekosten von der HUI übernommen. Dies führt zu geringeren Umsätzen im Bereich der Betriebsführung der MVA.

Materialaufwand

Im Verhältnis zu den Umsatzerlösen ist im Bereich der Materialaufwendungen und bezogenen Leistungen ein unterproportionaler Anstieg zu erwarten. Die Entwicklung dabei ist im Wesentlichen auf die Preiserhöhung der bezogenen Verbrennungsleistungen zurückzuführen. Kompensierend wirken sich der Rückgang der Aufwendungen für die Schlackeentsorgung sowie der Kraft- und Betriebsstoffe und die vor dem Hintergrund der Verpachtung der MVA seitens der HUI GmbH an die HEB Service GmbH gesunkenen Aufwendungen für Instandhaltung von Anlagen und Gebäuden der MVA aus.

Personalaufwendungen

Der abgeschlossene Tarifabschluss erhöht die Personalaufwendungen. Zusätzliche Aufwendungen für die neu eingerichteten Stellen führen zu einer weiteren Erhöhung des Personalaufwands.

Abschreibungen

Die Abschreibungen berücksichtigen die geplanten sowie bereits getätigten Investitionen.

Ergebnisabführung HEB Service

Die HEB Service hat ab 2018 die Betriebsführung der MVA übernommen. Die Ergebnisse der Gesellschaft werden an die HEB GmbH abgeführt.

Gewinn- und Verlustrechnung

in T€	2017	2018	2018	2019	Abw.
	IST	PLAN	PROGN.	PLAN	PLAN 19/ PROGN. 18
Umsatzerlöse	38.235	37.614	36.540	38.544	2.004
Sonstige betriebliche Erträge	800	510	500	680	180
Gesamterträge	39.035	38.124	37.040	39.224	2.184
Materialaufwendungen	-15.000	-16.573	-16.150	-16.702	-552
Personalaufwendungen	-15.190	-16.300	-16.100	-17.350	-1.250
Abschreibungen auf Sachanlagen	-1.231	-1.383	-1.200	-1.222	-22
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.417	-1.969	-1.800	-1.927	-127
Gesamtaufwendungen	-36.838	-36.226	-35.250	-37.200	-1.950
Betriebsergebnis	2.197	1.899	1.790	2.024	234
Finanzergebnis	177	240	405	280	-125
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-883	-704	-760	-867	-107
Sonstige Steuern	-27	-30	-29	-30	-1
Ergebnis nach Steuern	1.464	1.405	1.406	1.406	0

	T€	T€
Immaterielle Wirtschaftsgüter	300	
Technische Anlagen und Maschinen	1.000	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	950	
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	60	
Gesamtsumme		2.310

Finanzplan 2019

	T€	T€
A. Investitionen	2.310	
B. Ausschüttung	1.405	
C. Zugang Kasse	94	
Mittelbedarf		3.809
A. Operatives Geschäft	3.809	
Mittelherkunft		3.809

Planbilanz zum 31.12.

	in T€		2017		2018		2019	
			IST		PROGN.		PLAN	
AKTIVA								
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			0		40		320	
II. Sachanlagen			3.965		4.202		4.910	
III. Finanzanlagen			140	4.105	140	4.382	140	5.370
B. Umlaufvermögen								
I. Vorräte								
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			1.722	1.722	1.700	1.700	1.600	1.600
II. Ford. und sonst. Vermögensgegenstände								
1. Ford. aus Lieferungen und Leistungen			82		200		150	
2. Ford. gegen verbundene Unternehmen			0		15		15	
3. Ford. gegen Gesellschafter			0		50		50	
4. Ford. gegen Untern. mit Bet.verhältnis			124		50		50	
3. Sonstige Vermögensgegenstände			10.766	10.972	10.100	10.415	10.100	10.365
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			2.162	2.162	1.341	1.341	1.435	1.435
C. Rechnungsabgrenzungsposten			86	86	0	0	0	0
			19.047		17.838		18.770	

	in T€		2017		2018		2019	
			IST		PROGN.		PLAN	
PASSIVA								
A. Eigenkapital								
I. Gezeichnetes Kapital			1.002		1.002		1.002	
II. Kapitalrücklage			6.156		6.156		6.156	
III. Gewinnvortrag			302		302		302	
IV. Jahresüberschuss			1.464	8.924	1.405	8.865	1.406	8.866
B. Rückstellungen								
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			2.608		3.137		3.512	
2. Steuerrückstellungen			95					
3. Sonstige Rückstellungen			3.108	5.811	2.486	5.623	2.542	6.054
D. Verbindlichkeiten								
1. Verbindl. aus Lieferungen u. Leistungen			2.863		1.500		2.000	
2. Verbindl. gegen verbund. Unternehmen			2		250		250	
3. Verbindl. gegen Gesellschafter			93		400		500	
4. Sonstige Verbindlichkeiten			1.354	4.312	1.200	3.350	1.100	3.850
			19.047		17.838		18.770	

Ergebnisplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Umsatzerlöse	38.544	39.559	40.338	40.963	38.688
Sonstige betriebliche Erträge	680	450	475	500	500
Gesamterträge	39.224	40.008	40.813	41.463	39.187
Materialaufwendungen	-16.702	-17.260	-17.647	-17.750	-14.877
Personalaufwendungen	-17.350	-17.784	-18.228	-18.684	-19.151
Abschreibungen	-1.222	-1.247	-1.272	-1.298	-1.324
Sonstige Aufwendungen	-1.927	-1.946	-1.966	-1.985	-2.005
Gesamtaufwendungen	-37.200	-38.236	-39.112	-39.716	-37.356
Betriebsergebnis	2.024	1.772	1.701	1.747	1.831
Finanzergebnis	280	640	1.114	1.201	363
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-867	-862	-938	-1.028	-833
Sonstige Steuern	-30	-30	-30	-30	-30
Ergebnis nach Steuern	1.406	1.520	1.846	1.889	1.331

Liquiditätsplan 2019 - 2023

in T€	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	39.754	40.649	41.927	42.664	39.550
Ausgaben	-35.945	-37.882	-38.809	-39.477	-36.896
Ausschüttung	-1.405	-1.406	-1.520	-1.846	-1.889
Investitionen	-2.310	-1.900	-1.500	-1.500	-1.500
Liquidität je Jahr	94	-539	98	-159	-735

13. HEB Servicegesellschaft mbH

13.1. Allgemeine Daten

Fuhrparkstraße 14-20
58089 Hagen
Telefon: 02331 35444-111
Telefax: 02331 35442-222

Internet: www.heb-hagen.de
E-Mail: kundenservice@heb-hagen.de

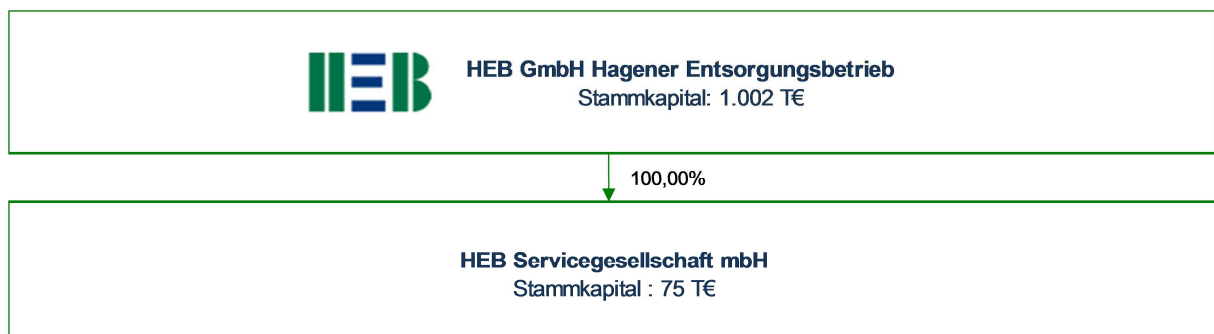
13.2. Unternehmensgegenstand

Die Gesellschaft nimmt Aufgaben der Entsorgung und Stadtreinigung für die Städte Hagen und Dortmund wahr. Dies umfasst auch den Betrieb von Erzeugungsanlagen. Die Aufgaben kann die Gesellschaft entweder als direkte Auftragnehmerin dieser Städte oder als Unterauftragnehmerin von Gesellschaften, die ihrerseits ganz oder im Wesentlichen für diese Städte tätig sind, wahrnehmen.

13.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit am öffentlichen Zweck auszurichten und das Unternehmen so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW sind zu beachten.

13.4. Beteiligungsverhältnis



13.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2018 bis zum
31. Dezember 2018
der
HEB Service GmbH (vormals:
HEB-Servicegesellschaft mbH)
Hagen

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH), Hagen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 in der diesem Bericht als Anlage I (Jahresabschluss) und Anlage II (Lagebericht) beigefügten Fassung den am 15. April 2019 in Dortmund unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH), Hagen

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH), Hagen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der

deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der

Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

G. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS NACH § 53 HGRG

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Über die in diesem Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben.

Im Übrigen verweisen wir auf Anlage III zu diesem Bericht, in der wir unsere Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG dargestellt haben.

H. SCHLUSSBEMERKUNG UND UNTERZEICHNUNG DES PRÜFUNGSBERICHTS

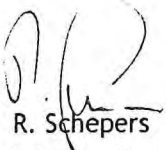
Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 der HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH), Hagen, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450 n. F. und IDW PS 720) erstattet.

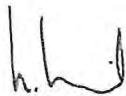
Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. dieses Prüfungsberichts wiedergegeben.

Dortmund, 15. April 2019

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



R. Schepers
Wirtschaftsprüfer



H. Heinert
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

	31.12.2018		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
AKTIVA				
UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.133.391,59	0,00	0,00	75.000,00
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	499.757,95	1.633.149,54	0,00	-22.172,94
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	550.087,70	67.115,82	67.115,82	-2.730,81
				0,00
				50.096,25
B. RÜCKSTELLUNGEN				
Sonstige Rückstellungen				600,00
				75.000,00
				10.500,00
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				1.419,57
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				15.000,00
3. Sonstige Verbindlichkeiten				0,00
davon aus Steuern				16.419,57
EUR 134.534,24 (Vorjahr: EUR 0,00)				
				1.901.965,11
				61.181,34
				134.590,79
				2.097.737,24
				2.183.237,24
				67.115,82
				2.183.237,24
				67.115,82
				67.115,82

HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH)

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	17.125.386,67	0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	162,67	0,00
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.447.224,10	0,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.606.640,15	2.130,81
5. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführte Gewinne	46.181,34	0,00
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen EUR 600,00 (Vorjahr: EUR 600,00)	600,00	600,00
7. Ergebnis nach Steuern	24.903,75	-2.730,81
8. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	24.903,75	-2.730,81
9. Ergebnisverwendung	-24.903,75	0,00
10. Bilanzgewinn	0,00	0,00

HEB Service GmbH (vormals: HEB-Servicegesellschaft mbH), Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Anhang

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Die HEB Service GmbH hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 7475.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2018 erstmals die Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB auf, und ist gemäß § 267a Abs. 1 i. V. m. § 267 Abs. 4 HGB weiterhin als Kleinstkapitalgesellschaft zu klassifizieren.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 der HEB Service GmbH, Hagen, sind gemäß § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden, einschlägigen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB) aufgestellt worden.

Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die gesetzlichen Gliederungsschemata wurden unverändert angewandt, mögliche Zusammenfassungen nach § 265 Abs. 7 HGB wurden nicht vorgenommen.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde unverändert das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Bei den Forderungen werden sämtliche erkennbare Risiken berücksichtigt.

Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten werden zu Nennwerten bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet (§ 253 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Die sonstigen Rückstellungen haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ

1. Umlaufvermögen

Sämtliche ausgewiesenen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Die „Forderungen gegen verbundene Unternehmen“ beinhalten in Höhe von TEUR 500 (Vorjahr: TEUR 0) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen die Gesellschafterin HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen.

2. Rückstellungen

Die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

3. Verbindlichkeiten

Sämtliche ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von unter einem Jahr und sind nicht gesichert.

Die „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen“ beinhalten in Höhe von TEUR 61 (Vorjahr: TEUR 15) sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen.

IV. ERGÄNZENDE ANGABEN

1. Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr gehörten der Geschäftsführung an:

die Herren Dr. Herbert Bleicher (Rechtsanwalt), Drensteinfurt, Vorsitzender

Manfred Reiche (Rechtsanwalt), Essen, Kfm. Geschäftsführer

Die Geschäftsführungstätigkeit wird von den benannten Personen hauptberuflich ausgeübt. Die Geschäftsführer haben im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft keine Bezüge erhalten. Herr Reiche ist ferner zum 31. Dezember 2018 aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

2. Anzahl der Arbeitnehmer

In der Gesellschaft waren im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Arbeitnehmer beschäftigt.

3. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 9. Es entfällt ausschließlich auf Abschlussprüfungsleistungen.

4. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden nicht.

5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, hat mit der HEB Service GmbH, Hagen, am 20. November 2017 einen unbefristeten Betriebsführungsvertrag abgeschlossen. Das Betriebsführungsentgelt wird jährlich neu ermittelt. Gemäß dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 beläuft es sich auf T€ 7.400.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft einen Pachtvertrag mit der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, für ein Grundstück an der Straße am „Am Pfannenofen“ nebst aufstehender Gebäude (insbesondere die Müllverbrennungsanlage Hagen sowie ein Verwaltungsgebäude) abgeschlossen. Er hat eine Laufzeit von 15 Jahren und kann mit einer Frist von acht Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Der jährliche Pachtzins ist in einer bis zum Geschäftsjahr 2023 ratiertlich abnehmenden Staffel festgehalten. Für das Geschäftsjahr 2019 wird mit einem Pachtentgelt in Höhe von TEUR 7.456 kalkuliert.

6. Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen. Zwischen beiden Gesellschaften ist ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen worden.

An der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, ist die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH („HVG“), eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 264, mit 51 % beteiligt ist. Die HVG stellt für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss auf, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Hagen, 28. März 2019

Die Geschäftsführung

HEB Service GmbH, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

1. Geschäftsmodell und Geschäftsprogramm

Im Jahr 2018 wurde die Hagener Abfallwirtschaft neu strukturiert. So pachtet die HEB Service GmbH (im Folgenden auch „Gesellschaft“) seit dem Geschäftsjahr 2018 die Müllverbrennungsanlage Hagen (ohne Energieerzeugungsanlagen) von der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft (im Folgenden „HUI GmbH“). Zusätzlich wurde das Kommunalgeschäft für die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die EDG Entsorgung Dortmund GmbH auf die HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb (im Folgenden „HEB GmbH“) und HEB Service GmbH übertragen. Das Drittgeschäft, das heißt die Tätigkeiten für andere Auftraggeber, wurde auf die HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft verlagert.

Der Betrieb der MVA Hagen wird seit dem 01. Januar 2018 durch einen dreiseitigen Betriebsführungsvertrag zwischen der HEB GmbH, der HEB Service GmbH und der HUI GmbH gewährleistet. Die technische und kaufmännische Betriebsführung der MVA wird dabei weiterhin durch die HEB GmbH wahrgenommen. Neben den angepassten Verbrennungsverträgen zwischen den vorgeannten Gesellschaften sind die Grundzüge der Zusammenarbeit in einem Konsortialvertrag geregelt.

Aufgrund der Langfristigkeit der Verträge ist die HEB Service GmbH dabei weitestgehend unabhängig von Marktschwankungen und kann sowohl den kommunalen Kunden wie der Stadt Hagen und der Stadt Dortmund als auch dem Kreis Siegen-Wittgenstein und sonstigen Hagener Anlieferern langfristige Entsorgungssicherheit bieten.

Zunehmende Verwertungsaktivitäten im Bereich der haushaltsnahen Abfallentsorgung und der anhaltende Bevölkerungsrückgang hatten auch in Hagen zu einer Reduzierung der Abfallmengen und des Behältervolumens geführt. Durch die Aufnahme von Flüchtlingen und den Zuzug von EU-Bürgern hat sich dieser Trend jedoch bezogen auf die Abfallmengen und das Behältervolumen reduziert. In den kommenden Jahren wird deshalb mit einer Stabilisierung gerechnet.

2. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung

Die innere Ordnung der Gesellschaften HEB GmbH, HUI GmbH und HEB Service GmbH und deren vertragliche Beziehungen zueinander, zu den Parteien des Konsortialvertrages sowie zu Dritten sind so ausgestaltet worden, dass im Wege ausschreibungsfreier Inhouse-Vergaben nach § 108 des Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die von dieser beauftragte EDG Entsorgung Dortmund GmbH ihren Hausmüll in der MVA Hagen verbrennen können.

Hierzu wurde eine größtmögliche Trennung zwischen dem Kommunalgeschäft, das heißt der aus Inhouse-Vergaben folgenden Tätigkeit für die Städte Hagen und Dortmund, und dem Drittgeschäft, das heißt der Tätigkeit für andere Auftraggeber, vorgenommen. Diese Trennung wurde in der Form vollzogen, dass die HEB GmbH sowie die HEB Service GmbH das kommunale Geschäft übernehmen, während das Drittgeschäft über die HUI GmbH wahrgenommen wird.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT DES UNTERNEHMENS

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2018 und damit im neunten Jahr in Folge durch ein Wirtschaftswachstum gekennzeichnet, wenngleich die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 fast in eine Rezession geraten ist. Mit einer Jahreswachstumsrate von 1,4 % expandierte die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr deutlich langsamer als in den beiden Jahren zuvor, das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagnierte zum Jahresende, nach einem Rückgang um 0,2 % im dritten Quartal.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland: Sowohl die privaten Konsumausgaben (+1,0 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+1,0 %) waren höher als im Vorjahr. Die Zuwächse fielen jedoch deutlich niedriger aus als in den letzten drei Jahren.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562.000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren glichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus.

Die Aussichten für die Binnenkonjunktur im kommenden Jahr sind weiterhin positiv – wenn auch abgeschwächt. So erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2019 ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Statistischen Bundesamt prognostizierte zuletzt für die Jahre 2019 und 2020 jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des realen BIP von 0,8 % und 1,7 %.

Die niedrige Prognose für das Jahr 2019 wird dabei stark durch das schwache letzte Quartal des Jahres 2018 und den damit verbundenen geringen statistischen Überhang beeinflusst. Bereinigt um den positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen beträgt die Zuwachsrate im Jahr 2020 voraussichtlich nur 1,3 %.

Eine positive Entwicklung ist ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt weiter zu, und die jüngsten Lohnabschlüsse waren kräftig. In der Folge nehmen auch die privaten Einkommen weiter spürbar zu: Die Nettolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer steigen im Jahr 2019 voraussichtlich um 4,8 %.

Die deutsche Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft zeigt sich in den jüngst vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen ebenfalls mit kräftigen Wachstumsraten. Demnach konnten die Branchenunternehmen im Geschäftsjahr 2017 ihre Umsätze auf insgesamt 54,9 Milliarden Euro steigern. Dies entspricht einem Plus um 7,4 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2016. Damit hat die Branche im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 2,2 % mit über 15 % Zuwachs mehr als siebenmal so viel zugelegt.

Dabei verzeichnete das Segment Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen mit einem Umsatzplus von 3,5 Milliarden Euro bzw. 30 % auf 15,4 Milliarden Euro den größten Zuwachs. Neben Preiseffekten bei Recyclingrohstoffen aus Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrotten, spiegelt sich hier auch die wachsende Nachfrage nach Materialien dieser Art wider. Den zweitstärksten Zuwachs am Umsatz trug mit 2,6 Milliarden Euro der Bereich Rückgewinnung bei. Dies entspricht einem Wachstum um 19 Prozent auf insgesamt 16,2 Milliarden Euro.

Auch in den Segmenten Sammlung sowie Behandlung und Beseitigung von nicht-gefährlichen Abfällen fielen die Umsätze höher aus: 880 bzw. 770 Millionen Euro wurden hier zusätzlich umgesetzt. Der Gesamtumsatz stieg damit auf 11,8 bzw. 9,0 Milliarden Euro.

Am Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle sind die Preise im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter gestiegen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf stetigen Anstieg der Heizwerte, den Anlagenbetreiber zuletzt flächendeckend zu verzeichnen hatten. So sind im Verlauf des vergangenen Jahres die Preise für die Entsorgung einer Tonne heizwertreicher Abfälle zur Versorgung (AzV) um etwa fünf bis zehn Euro gestiegen. Ursachen hierfür lagen bspw. in der anhaltenden Trockenheit von April bis Oktober 2018, die zu einem Absinken des Wassergehaltes im Abfall und damit zu einer Verringerung des Durchsatzes der Anlagen geführt hat. Einen zusätzlichen Druck hatten die Märkte durch die im Spätsommer 2018 deutlich gesunkenen Wasserpegel in den Flüssen Deutschlands erfahren. Viele Industriebetriebe musste ihre Produktion drosseln, woraufhin daran angeschlossene Ersatzbrennstoffkraftwerke ebenfalls ihren Dampfausstoß und die Verwertung von Ersatzbrennstoffen zurückgefahren hatten.

In Folge des hohen Drucks am AzV-Markt werden immer mehr Abfälle aus dem gewerblichen Bereich über die kommunale Schiene entsorgt. Gewerbemüll landet zunehmend über die Sattungstonne in der Verbrennung. Dies hat mitunter einen erheblichen Einfluss auf die Kalkulation, da sich Anlagen so gestiegenen Verbrennungsmengen im Pflichtgeschäft bei einer gleichzeitigen Verringerung des Anlagendurchsatzes aufgrund gestiegener Heizwerte stellen müssen.

2. Lage des Unternehmens

2.1 Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage im Geschäftsjahr 2018 entsprach weitestgehend der vorangegangenen Planung. Der Umsatz belief sich nach der erstmaligen Aufnahme der operativen Tätigkeit der Gesellschaft auf TEUR 17.125 und lag damit nahezu auf dem Planniveau von TEUR 17.170.

Mit TEUR 7.447 lag der Materialaufwand des Geschäftsjahres um TEUR 97 bzw. 1,3 % leicht über dem Planwert. Ursächlich hierfür war der zusätzliche Aufwand aus der Absteuerung von rd. 800 Tonnen Verbrennungsmengen bedingt durch kurzfristige Ausfallzeiten der MVA Hagen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entsprachen mit einem Gesamtbetrag von TEUR 9.606 ebenfalls dem geplanten Aufwand von TEUR 9.615. Mit TEUR 7.445 stellten die seitens der HUI GmbH berechneten Pachtaufwendungen neben den ebenfalls weiterberechneten Energieaufwendungen i. H. v. TEUR 2.140 hier die wesentlichen Bestandteil dar.

Die dargestellten Entwicklungen führten im Ergebnis dazu, dass die HEB Service GmbH im Geschäftsjahr 2018 mit TEUR 72 ein um TEUR 74 höheres EBIT erzielen konnte als im Vorjahreszeitraum.

Vor dem Hintergrund des mit der HEB GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages sowie dem zum Ende des Geschäftsjahres bestehenden Verlustvortrag i. H. v. TEUR -25 hat die Gesellschaft eine Ergebnisabführung i. H. v. TEUR 46 geleistet.

2.2 Finanzlage

2.2.1 Kapitalstruktur

Bedingt durch die positive Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr konnte der bestehende Verlustvortrag ausgeglichen werden, sodass zum Bilanzstichtag ein Eigenkapital i. H. v. TEUR 75 (Vorjahr: TEUR 50) ausgewiesen werden wird.

Vor dem Hintergrund des signifikanten Anstiegs der Verbindlichkeiten (+TEUR 2.082) sank die Eigenkapitalquote der Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres 2018 auf 3,4 %. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass zum Stichtag Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der HUI GmbH i. H. v. TEUR 1.901 bestanden, die planmäßig im Monat Januar 2019 beglichen wurden.

Der Liquiditätsbedarf der HEB Service GmbH konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr vollständig aus Eigenmitteln bzw. aus dem laufenden Geschäft gesichert werden, die weitere Aufnahme anderweitiger Kredite und Darlehen war nicht erforderlich.

2.2.2 Liquidität

Die ausreichende und fristgerechte Begleichung sämtlicher Verbindlichkeiten sieht die HEB Service GmbH, Hagen, als oberstes Ziel des Finanzmanagements.

Der Cashflow zeigt die Herkunft und die Verwendung der Geldströme in den Berichtsperioden. Ihm kommt damit eine zentrale Bedeutung für die Beurteilung der Finanzlage der HEB zu.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresergebnis indirekt abgeleitet. Er betrug im Geschäftsjahr 2018 TEUR 505 und war, ausgehend von dem Jahresüberschuss (TEUR 25) im Wesentlichen charakterisiert durch den Aufbau der gesamten Verbindlichkeiten (+TEUR 2.082) sowie den gleichzeitigen Aufbau der Forderungen (+TEUR 1.633), die jeweils nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

Die Gesellschaft war während des Geschäftsjahres 2018 stets in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen unter Inanspruchnahme von Zahlungszielen nachzukommen. Der Finanzmittelfonds hat sich durch die dargestellte Entwicklung um TEUR 483 auf TEUR 550 verbessert. Er setzte sich ausschließlich aus positiven Liquiditätsbeständen zusammen. Kontokorrentlinien wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Finanzlage der HEB Service GmbH, ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

2.3 Vermögens- und Kapitallage

Das bilanzielle Gesamtvermögen beträgt zum Stichtag TEUR 2.183 und liegt damit um TEUR 2.116 deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Die Gesellschaft besitzt kein Anlagevermögen, sondern pachtet dieses ausschließlich von der HUI GmbH. Das Gesamtvermögen lässt sich somit zu 100,0 % dem kurzfristig gebundenen Vermögen zuordnen.

Nach der Aufnahme der operativen Tätigkeit zu Beginn des Geschäftsjahres weist die Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. TEUR 1.133 aus. Die ausgewiesenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen (TEUR 500) sind ebenfalls solche aus Lieferungen und Leistungen.

Auf Seiten der Mittelherkunft zeigt sich unter Berücksichtigung der gesunkenen Bilanzsumme eine veränderte Kapitalstruktur. Zwar konnte das Eigenkapital ergebnisbedingt um TEUR 25 auf TEUR 75 gesteigert werden, vor dem Hintergrund der deutlichen Zunahme der Verbindlichkeiten sank die Eigenkapitalquote jedoch von 74,6 % auf 3,4 %.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag mit TEUR 1.902 deutlich über dem Vorjahresniveau, gleichzeitig zeigt sich ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+TEUR 61). Ausgewiesen werden unter diesem Posten ein Darlehen der Gesellschafterin über TEUR 15 sowie Verbindlichkeiten aus der Ergebnisabführung i. H. v. TEUR 46.

3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus des Berichtsunternehmens auf der kontinuierlichen Überwachung und Optimierung von:

- Gesamtleistung
- Rohertragsquote
- Ergebnis vor Steuern (EBT)

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden insbesondere:

- Verbrennungsmengen
- Heizwerte

betrachtet. Die Darstellung und Analyse der finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt an den relevanten Stellen innerhalb der Berichtserstattung zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft. Zu den Verbrennungsmengen wird ebenso wie zu den Heizwerten an anderer Stelle dieses Lageberichts berichtet.

3.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Gesamtleistung, als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator, belief sich im Jahre 2018 auf TEUR 17.125. Zu nahezu zwei Dritteln resultierten sie dabei insbesondere aus dem Verbrennungsvertrag mit der HEB GmbH über die Entsorgung der kommunalen Abfallmengen der Stadt Hagen. Rd. ein Viertel der Erlöse ging auf den mit der EDG Entsorgung Dortmund GmbH, Dortmund, geschlossenen Verbrennungsvertrag zurück, die restlichen Erlöse ergaben sich aus der vertraglichen Entsorgung der gewerblichen Abfallmengen der HUI GmbH.

3.2 Verbrennungsmengen

Bedingt durch eine veränderte Abfallzusammensetzung und hierdurch erhöhte, durchschnittliche Heizwerte in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres, lagen die Gesamtmengen der Abfälle zur Beseitigung und Verwertung im Berichtszeitraum unter Plan. Im Rahmen der üblichen Mengensteuerungen wurden die Anlieferungen bedarfsgerecht gesteuert.

Abfallart	Plan-Menge 2018	Ist-Menge 2018	Ist-Menge 2017 ²⁾
Hausmüll Hagen	55.000	56.037	55.372
Straßenkehrsicht Hagen	1.350	1.569	1.442
Hausmüll Dortmund	35.000	33.803	20.004
Hausmüll Siegen-Wittgenstein ²⁾	0	0	16.093
Direktanlieferer Hagen	2.500	3.474	0
Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall ²⁾	26.150	21.311	24.504
	120.000	116.194	117.415

- 1) Vor der Neustrukturierung der Abfallwirtschaft in Hagen zu Beginn des Geschäftsjahr 2018 erfolgte der Betrieb der MVA Hagen durch die HUI GmbH. Die hier aufgeführten Verbrennungsmengen für das vorangegangene Geschäftsjahr waren entsprechend der HUI GmbH zuzuordnen.
- 2) Seit dem Geschäftsjahr 2018 erfolgt die Beseitigung bzw. Verwertung der Abfallmengen aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein im Rahmen des Drittgeschäfts durch die HUI GmbH. Von der gesamten Vertragsmenge (15.650 Tonnen) werden seitens der HUI GmbH 650 Tonnen an die MVA Hagen geliefert, die in der obenstehenden Darstellung der Position „Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall“ zugeordnet sind.

Es wurden keine Abfälle umgeleitet. Unter Berücksichtigung des Bunkerstands ergibt sich eine Verbrennungsleistung von 116.695 Tonnen für das Geschäftsjahr 2018.

III. PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Prognosebericht

Die Geschäftsführung rechnet auf Grund des Wirtschaftswachstums mit einer weiterhin stabilen Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr. Derzeit sind sowohl die Chancen als auch die Risiken aufgrund der langfristigen Verträge mit der HEB GmbH sowie der HUI GmbH begrenzt.

Für das Geschäftsjahr 2019 sowie die Folgejahre ist eine Planung erstellt worden, in der von einer stabilen Umsatzentwicklung ausgegangen wird. Die Planungen gehen von einem nachhaltigen EBT auf ähnlichem Niveau wie bisher aus, wobei die zukünftige Geschäftsentwicklung von der weiteren Entwicklung der Verbrennungskapazitäten, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Nachfrage abhängt.

So erwartet die Geschäftsführung für das laufende Geschäftsjahr 2019 leicht steigende Umsätze, die gleichzeitig die Gesamtleistung darstellen, in Höhe von TEUR 17.267 und bei einer konstanten Rotertragsquote von 57,14 % ein EBT in Höhe von TEUR 75. In 2020 wird mit einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse um 3,2 % auf TEUR 17.812 geplant, das prognostizierte EBT liegt bei TEUR 435.

2. Risikobericht

Zur Erfassung von Risiken und zum Umgang mit diesen werden wirksame Steuerungs- und Kontrollinstrumente genutzt. Insbesondere hat die Gesellschafterin ein formalisiertes und dokumentiertes Risikomanagementsystem eingerichtet, in das die HEB Service GmbH einbezogen ist und in dem auch die Risikosteuerung (Risikobewältigung) Berücksichtigung findet. Zusätzlich zum Ad-hoc-Reporting werden halbjährlich die aufgetretenen Änderungen in das Risikomanagement eingearbeitet, dokumentiert und über das entsprechende Berichtswesen kommuniziert.

Im Rahmen der Risikoinventur werden die Risiken bezeichnet und beschrieben. Ihre Ergebnisauswirkung wird ebenso festgehalten wie die Eintrittswahrscheinlichkeit, die zwischen verschiedenen Kategorien unterscheidet. Aus der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Schadensausmaß ergibt sich die Gesamteinschätzung des jeweiligen Risikos als unbedeutend, nebensächlich, bedeutend, wesentlich oder bedrohlich.

Aus dem Verbrennungsbetrieb resultieren betriebliche Risiken, z. B. der Ausfall von Anlagen oder Maschinen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einer systematischen Instandhaltung sämtlicher Anlagen und insbesondere einer jährlichen Revision der drei Verbrennungskessel.

Ferner resultieren weitere betriebliche Risiken, wie Umweltschäden oder Verstöße gegen Genehmigungen und Auflagen, dem Betrieb der MVA. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einem systematischen Genehmigungs- und Qualitätsmanagement im Rahmen der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb.

Im Rahmen des finanzwirtschaftlichen Risikomanagements erfolgt neben der monatlichen Abstimmung wesentlicher Finanz- und Ergebnisbereiche ein quartalsweises Ergebnisreporting sowie eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen ermöglicht.

3. Chancenbericht

Für das Geschäftsjahr 2019 rechnet die Bundesregierung in Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 %. Nach einem leichten Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2018 von 1,9 % gegenüber 2017 wird im folgenden Jahr mit einer Inflationsrate von 1,5 % gerechnet.

Die konjunkturelle Entwicklung schlägt derzeit nur bedingt auf den Entsorgungsmarkt durch, weil der Großteil der angebotenen Dienstleistungen in dem Bereich der Daseinsvorsorge erbracht wird. Durch das sich stabilisierende weltweite Wirtschaftswachstum wird die Nachfrage an den Rohstoff- und Sekundärrohstoffmärkten nicht weiter zurückgehen.

Auch ist mittelfristig aufgrund der weiterhin knappen Entsorgungskapazitäten nicht mit einem Absinken des Preisniveaus auf dem Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle zu rechnen. Die Auftragslage stellt sich dahingehend zufriedenstellend dar.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine bestandsgefährdenden Risiken vorliegen.

Hagen, 28. März 2019
Die Geschäftsführung

14. HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft

14.1. Allgemeine Daten

Fuhrparkstraße 14-20
58089 Hagen
Telefon: 02331 35444-111
Telefax: 02331 35444-140

Internet: www.hui-hagen.de
E-Mail: kundenservice@hui-hagen.de

14.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung, der Besitz und die wirtschaftliche Verwertung einer Müllverbrennungsanlage mit Rauchgasreinigungsanlage einschließlich aller dafür erforderlichen Gebäude,
- die wirtschaftliche Verwertung kann auch durch Verpachtung der Anlagen erfolgen und umfasst auch die Verwertung der beim Betrieb der Anlage anfallende Energie.
- die Erfassung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen auf der Grundlage des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie damit in Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

14.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Ziel der Gesellschaft ist die im öffentlichen Interesse liegende Optimierung und Stärkung der Belange der Hagener Abfallwirtschaft. Die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit am öffentlichen Zweck auszurichten und das Unternehmen so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Die Wirtschaftsgrundsätze des § 109 GO NRW sind zu beachten.

14.4. Beteiligungsverhältnis



14.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2018 bis zum
31. Dezember 2018
der
HUI GmbH Hagener Umweltservice- und
Investitionsgesellschaft
Hagen

G. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS NACH § 53 HGRG

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Über die in diesem Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse habe nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben.

Im Übrigen verweisen wir auf Anlage III zu diesem Bericht, in der wir unsere Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG dargestellt haben.

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 in den diesem Bericht als Anlage I (Jahresabschluss) und Anlage II (Lagebericht) beigefügten Fassungen den am 15. April 2019 in Dortmund unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen

Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGE- BERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen.

Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestäti-

gungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

H. SCHLUSSBEMERKUNG UND UNTERZEICHNUNG DES PRÜFUNGSBERICHTS

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450 n. F. und IDW PS 720) erstattet.

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. dieses Prüfungsberichts wiedergegeben.

Dortmund, 15. April 2019

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


R. Schepers
Wirtschaftsprüfer


H. Heinert
Wirtschaftsprüfer



HUI GmbH Hagerer Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	19.045.282,17		23.166.509,94	
2. Sonstige betriebliche Erträge	743.296,38	19.788.578,55	101.602,02	23.268.111,96
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-130.261,90		-27.319,81	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.336.590,33	2.206.328,43	11.443.903,27	11.416.583,46
4. Personalaufwand				
a) Löhne, Gehälter	987.197,14		940.064,92	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	232.885,87	1.220.083,01	210.223,56	1.150.288,48
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		4.149.847,36		4.046.978,16
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		9.647.657,38		4.638.591,34
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		32,00		75,52
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		697.447,72		842.485,47
9. Ergebnis vor Steuern		1.867.246,65		1.173.260,57
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		642.577,00		402.807,09
11. Ergebnis nach Steuern		1.224.669,65		770.453,48
12. Sonstige Steuern		125.378,47		127.387,00
13. Jahresüberschuss		1.099.291,18		643.066,48

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Anhang

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Die HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 3262.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2018 die Größenmerkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB auf. Gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages erfolgt die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 der HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, ist nach den einschlägigen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB) aufgestellt worden.

Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die gesetzlichen Gliederungsschemata wurden unverändert angewandt, mögliche Zusammenfassungen nach § 265 Abs. 7 HGB wurden nicht vorgenommen.

Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde unverändert das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen unter Zugrundelegung der von der Finanzverwaltung veröffentlichten AfA-Tabellen für die allgemein verwendbaren Anlagegüter und der AfA-Tabellen für die Abfallentsorgungs- und Recyclingwirtschaft. Gebäude werden über einen Zeitraum von 25 Jahre, Außenanlagen über einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschrieben.

In analoger Anwendung der steuerlichen Vorschriften des § 6 Abs. 2 EStG wurde für abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungskosten (vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag) nicht mehr als EUR 800,00 betragen (geringwertige Wirtschaftsgüter), vom Wahlrecht der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungskosten erfolgt nach dem gewogenen Durchschnittsverfahren.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Den in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Risiken wird durch Bildung angemessen dotierter Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten werden zu Nennwerten bilanziert.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Bewertung der Rückstellung für Abbruchverpflichtungen erfolgte anhand der geschätzten Kosten für die Aufbereitung des Anlagengrundstücks von EUR 2,1 Mio, einer Restlauf- bzw. Verteilzeit bis zum Jahre 2032, einer Kostensteigerung von 2,0 % pro Jahr und laufzeitäquivalenten Abzinsungssätzen entsprechend der Vorgaben der Bundesbank.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die Berechnung der latenten Steuern beruht auf temporären Differenzen zwischen Bilanzposten aus handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Betrachtungsweise gem. § 274 HGB. Die sich ergebenden Steuerbe- und Steuerentlastungen werden grundsätzlich verrechnet angesetzt. Auf einen Ansatz aktiver latenter Steuern wird gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB verzichtet.

Bilanzposten	Art der Differenz führt zu
Sonstige Rückstellungen	aktiver latente Steuer

III. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ

1. Anlagevermögen

Im Einzelnen ergibt sich die Entwicklung des Anlagevermögens aus dem als Anlage zum Anhang beigefügten Brutto-Anlagenspiegel.

2. Umlaufvermögen

Sämtliche ausgewiesenen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Die Forderungen gegen Gesellschafter beinhalten in Höhe von EUR 2.759,77 (Vj.: EUR 551.411,33) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

3. Rückstellungen

Die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen betreffen folgende Verpflichtungen:

	31.12.2018 TEUR
Personal- und Sozialbereich	40
Abbruchkosten MVA	576
Prozesskosten	60
Übrige	25
	701

4. Verbindlichkeiten

	davon mit einer Restlaufzeit			
	Gesamtbe- trag 31.12.2018	bis zu 1 Jahr	von mehr als 1 Jahr	von mehr als 5 Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	9.583 11.356	1.777 1.773	7.806 9.583	2.186 3.369
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	2.923 282	2.923 282	0 0	0 0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	1 9	1 9	0 0	0 0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr)	150 121	150 121	0 0	0 0
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	10.036 10.223	10.036 10.223	0 0	0 0
Summe (Vorjahr)	22.693 21.991	14.887 12.408	7.806 9.583	2.186 3.369

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch die Sicherungsübereignung der Dampfturbinenanlage, durch ein Grundpfandrecht für die Immobilie Alexanderstraße und Ausfallbürgschaften gesichert.

Alle übrigen Verbindlichkeiten sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind nicht gesichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten – ebenso wie die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern – in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern i. H. v. EUR 36.295,62 (Vj.: EUR 204.297,08) enthalten.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2018 gliedern sich wie folgt:

	TEUR
Pachterlöse	8.150
Verbrennungsentgelt	2.949
Fernwärme	3.845
Umweltservice	3.975
Sonstige	126
	19.045

2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von EUR 43.900,00 (Vj.: EUR 25.745,30) ausgewiesen.

V. ERGÄNZENDE ANGABEN

1. Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr gehörten der Geschäftsführung an:

die Herren Dr. Herbert Bleicher (Rechtsanwalt), Drensteinfurt, Vorsitzender
Manfred Reiche (Rechtsanwalt), Essen, Kfm. Geschäftsführer

Die Geschäftsführungstätigkeit wird von den benannten Personen hauptberuflich ausgeübt, die Geschäftsführer haben im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft erhalten. Herr Reiche ist ferner zum 31. Dezember 2018 aus der Geschäftsführung ausgeschieden.

2. Aufsichtsrat

Horst Wisotzki (Ltd. Branddirektor a. D.), Stadt Hagen, Vorsitzender
Thomas Würpel, (Kraftfahrer), HEB GmbH, stellv. Vorsitzender
Erik Höhne (Sprecher des Vorstands), Mark-E AG
Markus Monßen-Wackerbeck (Geschäftsführer), Mark-E Entsorgungsbeteiligung GmbH
Frank Hengstenberg (Geschäftsführer), EDG GmbH
Klaus Niesmann (Geschäftsführer), EDG GmbH
Heiko Kohlhaw (Elektroniker), HEB GmbH
Erwin Strauch (Groß- und Einzelhandelskaufmann), HEB GmbH
Michael Elbe (Berufskraftfahrer), HUI
Christoph Gerbersmann (Beigeordneter), Stadt Hagen
Jörg Klepper (selbständiger Kaufmann)
Dr. Rainer Preuß (Dipl. Mathematiker)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben im vergangenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft keine Bezüge erhalten.

3. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Abschlussprüferhonorar beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr TEUR 13. Es betrifft ausschließlich die Kosten der Jahresabschlussprüfung.

4. Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden nicht.

5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, hat mit der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen, am 20. November 2017 einen neuen, unbefristeten Betriebsführungsentgeltvertrag abgeschlossen. Das Betriebsführungsentgelt wird jährlich neu ermittelt. Gemäß dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 beläuft es sich auf TEUR 1.121.

Mit Wirkung zum 01. Januar 2018 hat die HUI mit der HEB Service GmbH, Hagen, ebenfalls am 20. November 2017 einen Verbrennungsvertrag über die Bereitstellung einer thermischen Entsorgungskapazität von rd. 30.000 Tonnen Abfall pro Jahr geschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022. Die jährliche Vergütung basiert auf einem Entgelt i. H. v. EUR 77,00/t zzgl. Umsatzsteuer.

Im Rahmen eines weiteren Verbrennungsvertrages mit Wirkung zum 1. Januar 2018 ist die HUI eine Anlieferungsverpflichtung über 15.000 Tonnen pro Jahr mit der DOGA Dortmunder Gesellschaft für Abfall mbH, Dortmund, eingegangen. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022, die jährliche Vergütung beläuft sich auf TEUR 1.500.

Für das Jahr 2018 ergaben sich die folgenden Verpflichtungen:

	EUR
Betriebsführungsvertrag mit der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb, Hagen	1.121.000,00
Verbrennungsvertrag mit der HEB Service GmbH, Hagen	1.849.578,19
Verbrennungsvertrag mit der DOGA Dortmunder Gesellschaft für Abfall mbH, Dortmund	1.537.350,00
	4.507.928,19

Darüber hinaus hat die Gesellschaft finanzielle Verpflichtungen aus zwei Pachtverträgen mit der Stadt Hagen in Höhe von jährlich TEUR 25. Die Pachtverträge laufen bis zum 31. März 2020 bzw. bis 31. Dezember 2022.

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Gesellschaft einen Pachtvertrag mit der Stadtentwässerung Hagen Anstalt des öffentlichen Rechts (SEH) für ein Grundstück in der Alexanderstraße abgeschlossen. Hieraus resultieren finanzielle Verpflichtungen in Höhe von jährlich TEUR 118. Der Pachtvertrag begann am 1. Januar 2009 und endet am 31. Dezember 2033.

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 28 Mitarbeiter (Vorjahr: 27 Mitarbeiter) beschäftigt. Sie verteilen sich wie folgt:

	2018 Anzahl	Vorjahr Anzahl
Gewerbliche Mitarbeiter	21	20
Angestellte	7	7
	28	27

7. Konzernzugehörigkeit

An der HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen, ist die Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensverwaltung der Stadt Hagen mbH („G.I.V.“), eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 3484, mit 51 % beteiligt. Die G.I.V. stellt für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einen Konzernabschluss auf, der im Bundesanzeiger offengelegt wird.

8. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss i. H. v. EUR 1.099.291,18 in voller Höhe an die Gesellschafter auszuschütten.

Hagen, 28. März 2019

Die Geschäftsführung

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen						Restbuchwerte		
	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 1.1.2018 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR
	II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	39.449.656,00	257.242,90	0,00	0,00	39.706.898,90	26.153.098,92	1.411.795,00	0,00	0,00	27.564.893,92	12.142.004,98	13.296.557,08	13.296.557,08	12.142.004,98	13.296.557,08
2. Technische Anlagen und Maschinen	41.377.828,39	873.748,34	1.137.617,32	0,00	43.389.194,05	30.852.014,39	2.259.745,08	115.088,58	0,00	33.226.848,05	10.162.346,00	10.525.814,00	10.525.814,00	10.162.346,00	10.525.814,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.785.189,49	584.250,25	-115.088,58	140.184,00	6.114.167,16	4.114.383,46	478.307,28	-115.088,58	140.184,00	4.337.418,16	1.776.749,00	1.670.806,03	1.670.806,03	1.776.749,00	1.670.806,03
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.102.554,06	416.144,55	-1.022.528,74	0,00	496.169,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	496.169,87	1.102.554,06	1.102.554,06	496.169,87	1.102.554,06
	87.715.227,94	2.131.386,04	0,00	140.184,00	89.706.429,98	61.119.496,77	4.149.847,36	0,00	140.184,00	65.129.160,13	24.577.269,85	26.595.731,17	26.595.731,17	24.577.269,85	26.595.731,17
	87.715.227,94	2.131.386,04	0,00	140.184,00	89.706.429,98	61.119.496,77	4.149.847,36	0,00	140.184,00	65.129.160,13	24.577.269,85	26.595.731,17	26.595.731,17	24.577.269,85	26.595.731,17

HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Lagebericht

I. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS

1. Geschäftsmodell und Geschäftsprogramm

Die HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft (im Weiteren „HUI GmbH“ oder („Gesellschaft“) ist Eigentümerin der Müllverbrennungsanlage Hagen (MVA) sowie Eigentümerin des Betriebsgrundstückes der HEB GmbH Hagener Entsorgungsbetrieb (im Weiteren HEB GmbH) in der Fuhrparkstraße 14-20 in Hagen.

Im Jahr 2018 wurde die Hagener Abfallwirtschaft neu strukturiert. So verpachtet die HUI GmbH als Eigentümergesellschaft seit dem 1. Januar 2018 die MVA (ohne Energieerzeugungsanlagen) an die HEB Service GmbH, welche als Betreiberin der MVA gemeinsam mit der HEB GmbH das Kommunalgeschäft für die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die EDG Entsorgung Dortmund GmbH übertragen bekommen hat. Das Drittgeschäft, das heißt die Tätigkeiten für andere Auftraggeber bzw. insbesondere die Gewerbeentsorgung in Hagen und der Region, sind auf HUI GmbH verlagert worden. Außerdem sammelt sie im Auftrag der HEB GmbH die Papier- und Pappe-Fraktion im Stadtgebiet Hagen sowie im anderen Auftrag Leichtverpackungen und Glas.

Der Betrieb der MVA Hagen wird seit dem 01. Januar 2018 durch einen dreiseitigen Betriebsführungsvertrag zwischen der HEB GmbH, der HEB Service GmbH und der HUI GmbH gewährleistet. Die technische und kaufmännische Betriebsführung wird dabei weiterhin durch die HEB GmbH wahrgenommen. Ebenso übt die HEB GmbH weiterhin die kaufmännische Geschäftsführung für die HUI GmbH aus. Neben den angepassten Verbrennungsverträgen zwischen den vorgenannten Gesellschaften sind die Grundzüge der Zusammenarbeit in einem Konsortialvertrag geregelt.

Aufgrund der Langfristigkeit der Verträge ist die HUI GmbH dabei weitestgehend unabhängig von Marktschwankungen.

2. Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung

Die innere Ordnung der Gesellschaften HEB GmbH, HUI GmbH und HEB Service GmbH und deren vertragliche Beziehungen zueinander, zu den Parteien des Konsortialvertrages sowie zu Dritten sind so ausgestaltet worden, dass im Wege ausschreibungsfreier Inhouse-Vergaben nach § 108 des Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Stadt Hagen und die Stadt Dortmund bzw. die von dieser beauftragte EDG Entsorgung Dortmund GmbH ihren Hausmüll in der MVA Hagen verbrennen können.

Hierzu wurde eine größtmögliche Trennung zwischen dem Kommunalgeschäft, das heißt der aus Inhouse-Vergaben folgenden Tätigkeit für die Städte Hagen und Dortmund, und dem Drittgeschäft, das heißt der Tätigkeit für andere Auftraggeber, vorgenommen. Diese Trennung wurde in der Form vollzogen, dass die HEB GmbH sowie die HEB Service GmbH das kommunale Geschäft übernehmen, während das Drittgeschäft über die HUI GmbH wahrgenommen wird.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT DES UNTERNEHMENS

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2018 und damit im neunten Jahr in Folge durch ein Wirtschaftswachstum gekennzeichnet, wenngleich die deutsche Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2018 fast in eine Rezession geraten ist. Mit einer Jahreswachstumsrate von 1,4 % expandierte die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr deutlich langsamer als in den beiden Jahren zuvor, das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagnierte zum Jahresende, nach einem Rückgang um 0,2 % im dritten Quartal.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland: Sowohl die privaten Konsumausgaben (+1,0 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+1,0 %) waren höher als im Vorjahr. Die Zuwächse fielen jedoch deutlich niedriger aus als in den letzten drei Jahren.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562.000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren gleichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus.

Die Aussichten für die Binnenkonjunktur im kommenden Jahr sind weiterhin positiv – wenn auch abgeschwächt. So erwartet die Bundesregierung für das Jahr 2019 ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,0 %. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Statistischen Bundesamt prognostizierte zuletzt für die Jahre 2019 und 2020 jahresdurchschnittliche Zuwachsraten des realen BIP von 0,8 % und 1,7 %. Die niedrige Prognose für das Jahr 2019 wird dabei stark durch das schwache letzte Quartal des Jahres 2018 und den damit verbundenen geringen statistischen Überhang beeinflusst. Bereinigt um den positiven Kalendereffekt aufgrund der außergewöhnlich hohen Anzahl an Arbeitstagen beträgt die Zuwachsrate im Jahr 2020 voraussichtlich nur 1,3 %.

Eine positive Entwicklung ist ebenfalls auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt weiter zu, und die jüngsten Lohnabschlüsse waren kräftig. In der Folge nehmen auch die privaten Einkommen weiter spürbar zu: Die Nettolöhne und Gehälter pro Arbeitnehmer steigen im Jahr 2019 voraussichtlich um 4,8 %.

Die deutsche Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft zeigt sich in den jüngst vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen ebenfalls mit kräftigen Wachstumsraten. Demnach konnten die Branchenunternehmen im Geschäftsjahr 2017 ihre Umsätze auf insgesamt 54,9 Milliarden Euro steigern. Dies entspricht einem Plus um 7,4 Milliarden Euro im Vergleich zum Jahr 2016. Damit hat die Branche im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum von 2,2 % mit über 15 % Zuwachs mehr als siebenmal so viel zugelegt.

Dabei verzeichnete das Segment Großhandel mit Altmaterialien und Reststoffen mit einem Umsatzplus von 3,5 Milliarden Euro bzw. 30 % auf 15,4 Milliarden Euro den größten Zuwachs. Neben Preiseffekten bei Recyclingrohstoffen aus Eisen-, Stahl- und Aluminiumschrotten, spiegelt sich hier auch die wachsende Nachfrage nach Materialien dieser Art wider. Den zweitstärksten Zuwachs am Umsatz trug mit 2,6 Milliarden Euro der Bereich Rückgewinnung bei. Dies entspricht einem Wachstum um 19 Prozent auf insgesamt 16,2 Milliarden Euro.

Auch in den Segmenten Sammlung sowie Behandlung und Beseitigung von nicht-gefährlichen Abfällen fielen die Umsätze höher aus: 880 bzw. 770 Millionen Euro wurden hier zusätzlich umgesetzt. Der Gesamtumsatz stieg damit auf 11,8 bzw. 9,0 Milliarden Euro.

2. Lage des Unternehmens

2.1 Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage ist vor dem Hintergrund der Restrukturierung der Hagener Abfallwirtschaft im Geschäftsjahr 2018 zu sehen und hat mit einem Jahresergebnis i. H. v. TEUR 1.099 die Erwartungen in Teilen übertroffen.

Im Vergleich zum Wert des Vorjahres ist der Gesamtumsatz im Berichtsjahr um TEUR 4.121 auf TEUR 19.045 gesunken. Wesentlicher Einflussfaktor hierbei war die Übertragung des Kommunalgeschäftes auf die HEB GmbH bzw. die HEB Service GmbH und die damit einhergehende Verringerung der Verbrennungserlöse von TEUR 16.694 im Vorjahr auf TEUR 2.949 im Geschäftsjahr 2018. Gegenläufig konnte die HUI GmbH TEUR 7.445 aus der Verpachtung der MVA Hagen an die HEB Service erzielen. Unter Berücksichtigung der im Vorjahresvergleich deutlich gestiegenen Erlöse aus der Energieerzeugung i. H. v. TEUR 3.845 (Vorjahr: TEUR 1.376) ergab sich ein Rückgang der Gesamterlöse aus dem Betrieb der MVA Hagen von TEUR 3.830 auf TEUR 14.239.

Umsatzerlöse in TEUR	Plan 2018	Ist 2018	Ist 2017
Verbrennungsentgelte	3.966	2.949	16.694
Verpachtung MVA	7.445	7.445	0
Energieerzeugung MVA	4.040	3.845	1.376
	15.451	14.239	18.069
Umweltservice	4.900	3.975	4.223
Vermietung und Verpachtung	673	705	732
Sonstige Umsatzerlöse	0	126	141
	21.024	19.045	23.166

Im Bereich Umweltservice lagen die Erlöse mit TEUR 3.976 um TEUR 247 unter dem Niveau des Vorjahres. Zudem vergrößerten die niedrigeren Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der übrigen, im Eigentum der HUI GmbH befindlichen Grundstücke (-TEUR 27) sowie die ebenfalls leichte Verringerung der sonstigen Umsatzerlöse (-TEUR 15) den Umsatzrückgang leicht.

Mit TEUR 743 zeigten sich die sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 641 deutlich erhöht. Ursächlich für diesen Anstieg waren im Wesentlichen eine Umstellung bei der Erfassung der Ansprüche aus Schadensfällen bzw. Versicherungserstattungen (+TEUR 215), die bis zum vorangegangenen Geschäftsjahr erst mit Zahlungseingang erfasst wurden, sowie seitens des Hauptzollamts Dortmund geleistete Erstattungen für Stromsteuer (+TEUR 202). Aus der Auflösung von Rückstellungen resultierte ein Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge i. H. v. TEUR 221. Dieser ist insbesondere auf die vollständige Auflösung der Rückstellung für Stromsteuern zurückzuführen.

Korrespondierend mit der Entwicklung der Umsatzerlöse sanken die Materialaufwendungen überproportional auf TEUR 2.206 (Vorjahr: TEUR 11.417). So zeigt sich besonders im Bereich der bezogenen Leistungen ein Rückgang des Betriebsführungsentgelts um TEUR 10.029 auf TEUR 1.121, da bis zum Geschäftsjahr 2017 die Betriebsführung seitens der HEB GmbH sämtliche Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung sowie Energie beinhaltete.

Unter Berücksichtigung der mit dem Erwerb des Vorratsvermögens der HEB GmbH einhergehenden Bestandsveränderung (TEUR 1.445) ergibt sich eine verbesserte Rohertragsquote von 88,4 % (Vorjahr: 50,7 %) Der Rohertrag erhöhte sich so um TEUR 5.090 auf TEUR 16.839 gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Der Personalaufwand stieg im zurückliegenden Geschäftsjahr planmäßig um TEUR 70 bzw. 6,1 % auf TEUR 1.220. Dies entspricht einer leicht gestiegenen Personalaufwandsquote von 6,4 % (Vorjahr: 4,9 %). Die gestiegenen Personalkosten resultieren im Wesentlichen aus tariflichen Lohnerhöhungen sowie einem um eine Stelle erhöhten Personalbestand.

Investitionsbedingt lagen die Abschreibungen um TEUR 103 über denen des Vorjahres.

Mit TEUR 9.648 lagen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres um TEUR 5.009 über denen Vorjahres. Die Erhöhung resultiert primär aus dem Anstieg der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung der MVA (TEUR 2.317, Vorjahr: TEUR 95), die entsprechend der vertraglichen Regelungen seit dem Geschäftsjahr 2018 von der Eigentümerin der Anlage zu tragen sind. Ebenso werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Verbrennungskosten i. H. v. TEUR 3.387 ausgewiesen (Vorjahr: TEUR 0).

Die dargestellten Entwicklungen führen im Ergebnis dazu, dass die HUI GmbH im Geschäftsjahr 2018 mit TEUR 2.564 ein um TEUR 549 höheres EBIT erzielen konnte als im Vorjahreszeitraum.

Im Bereich des Finanzergebnisses zeigt sich zum Ende des Geschäftsjahres ein Rückgang um TEUR 145 auf TEUR -697. Tilgungsbedingt ergaben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 176 verminderte Zinsaufwendungen aus aufgenommenen Darlehen, aus der Aufzinsung von Rückstellungen ergaben sich Zinsaufwendungen i. H. v. TEUR 44 (Vorjahr: TEUR 26).

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator stieg im Jahr 2018 um TEUR 694 auf TEUR 1.867 an. Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und der sonstigen Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.099 (Vorjahr: TEUR 643).

2.2 Finanzlage

2.2.1 Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft kann als ausgeglichen bezeichnet werden. Das Eigenkapital nahm unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2018 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um TEUR 456 auf TEUR 9.093 zu. Aufgrund der leicht proportionalen Zunahme des Gesamtkapitals zeigt sich zum Stichtag eine konstante Eigenkapitalquote i. H. v. 27,8 % (Vorjahr: 27,5 %). Die Eigenkapitalrendite bezogen auf das Eigenkapital ohne Jahresüberschuss beträgt 13,8 % (Vorjahr: 8,0 %).

Der Liquiditätsbedarf der HEB konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 9.583, Vorjahr: TEUR 11.356) sowie des Kassenkredites der HEB GmbH (TEUR 10.000, Vorjahr: TEUR 10.000) vollständig aus Eigenmitteln bzw. aus dem laufenden Geschäft gesichert werden, die Aufnahme weiterer Kredite und Darlehen war nicht erforderlich.

Der Anlagendeckungsgrad verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %-Punkte auf 37,0 %.

2.2.2 Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen mit einem Gesamtvolumen i. H. v. TEUR 2.131 getätigt. Mit TEUR 853 betreffen wesentliche Teile hiervon die Erneuerung der drei Kesselsteuerungen der MVA Hagen. Bereits im Vorjahr wurden in diesem Zusammenhang Anzahlungen i. H. v. TEUR 1.023 geleistet, die nach Fertigstellung der der Kesselsteuerung 3 entsprechend umgliedert wurden. Mit TEUR 411 betreffen die Investitionen Anzahlungen für die Steuerung des Kessels 1, mit der Fertigstellung wird für Juni 2019 gerechnet.

Weitere Investitionen wurden mit dem Erwerb eines Grundstücks an der Alexanderstraße getätigt (TEUR 257) sowie mit der Beschaffung von zwei Müllsammelfahrzeugen sowie zwei Abrollkippern (TEUR 577).

2.2.3 Liquidität

Die ausreichende und fristgerechte Begleichung sämtlicher Verbindlichkeiten sieht die HUI GmbH als oberstes Ziel des Finanzmanagements, wobei ein besonderes Augenmerk auf der Finanzierung des Umlaufvermögens liegt.

Der Cashflow zeigt die Herkunft und die Verwendung der Geldströme in den Berichtsperioden. Ihm kommt damit eine zentrale Bedeutung für die Beurteilung der Finanzlage der HEB zu.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresergebnis indirekt abgeleitet. Er betrug im Geschäftsjahr 2018 TEUR 5.444 und war im Wesentlichen charakterisiert durch den Jahresüberschuss (TEUR 1.099) und die nicht zahlungswirksamen Abschreibungen (TEUR 4.150) sowie den Aufbau des Vorratsbestandes (TEUR 1.446) und der Lieferforderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 1.612) im Geschäftsjahr. Gegenläufig wirkten sich insbesondere der ebenfalls im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Leistungsbeziehungen stehende Aufbau der Lieferverbindlichkeiten (TEUR 2.641) sowie die Hinzurechnung der Zinsaufwendungen (TEUR 697) erhöhend auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit aus.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (TEUR -2.124) betraf im Wesentlichen die Investitionen in das Sachanlagevermögen (TEUR 2.131).

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit (TEUR -3.113) resultiert neben der Ausschüttung von Dividenden an die Anteilseigner (TEUR 643) sowie geleisteten Zinszahlungen (TEUR 697) insbesondere aus der Tilgung von Finanzkrediten (TEUR 1.773).

Die Gesellschaft war während des Geschäftsjahres 2018 stets in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen unter Inanspruchnahme von Zahlungszielen nachzukommen. Der Finanzmittelfonds hat sich durch die dargestellte Entwicklung um TEUR 207 auf TEUR 2.977 verbessert. Er setzte sich ausschließlich aus positiven Liquiditätsbeständen zusammen. Kontokorrentlinien wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Finanzlage der HUI GmbH ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

2.3 Vermögens- und Kapitallage

Das bilanzielle Gesamtvermögen beträgt zum Stichtag TEUR 32.698 und liegt damit um 4,0 % über dem Niveau des Vorjahres. Im Verhältnis zum Gesamtvermögen sind 75,2 % dem Anlagevermögen (mittel- und langfristiges Vermögen) und 15,0 % dem kurzfristig gebundenen Vermögen zuzuordnen. Die restlichen 9,8 % ergeben sich aus den zum Stichtag zur Verfügung stehenden liquiden Mitteln (9,1 %) und den Rechnungsabgrenzungsposten (0,7 %).

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.019 verringert. Den Gesamtinvestitionen des Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 2.131 standen planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 4.150 gegenüber.

Das Vorratsvermögen liegt mit TEUR 1.477 um TEUR 1.446 deutlich über dem Vorjahresniveau. Ursächlich für diese Entwicklung ist der Erwerb von Vorratsvermögen bzw. Lager- und Verbrauchsmaterialien für die MVA von der HEB GmbH im Rahmen der Neustrukturierung der Betreiberschaft zu Beginn des Berichtsjahres.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen zum 31. Dezember 2018 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um TEUR 1.641 zu. Dies steht neben einem reinen Stichtageffekt ebenfalls im Zusammenhang mit den geänderten Leistungsbeziehungen im Rahmen der Betriebsführung der MVA.

Auf Seiten der Mittelherkunft zeigt sich unter Berücksichtigung der moderat gestiegenen Bilanzsumme eine nahezu konstante Kapitalstruktur. Mit 27,8 % des Gesamtkapitals liegt die Eigenkapitalquote auf dem Niveau des Vorjahres (27,5 %). Ergebnisbedingt ist das Eigenkapital dabei um TEUR 456 auf 9.093 gestiegen.

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt um insgesamt TEUR 100. Signifikante Einflussfaktoren hierbei waren die ergebnisbedingte Erhöhung der Steuerrückstellungen (+TEUR 183). Die sonstigen Rückstellungen i. H. v. TEUR 701 entwickelten sich demgegenüber rückläufig. Diese Entwicklung begründet sich durch die zum Stichtag niedrigeren Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern der Gesellschaft (-TEUR 21) sowie der Auflösung der Rückstellung für Stromsteuern (-TEUR 221). Gegenläufig erhöhte sich die Rückstellung für zukünftige Abbruchverpflichtungen der MVA Hagen aus der Zuführung des Geschäftsjahres (TEUR 117) sowie Aufzinsung zum Stichtag (TEUR 44).

Die aufgenommenen Tilgungs- und Annuitätendarlehen bei den finanzierenden Kreditinstituten wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr planmäßig i. H. v. TEUR 1.773 getilgt und valutieren zum Stichtag mit TEUR 9.583 entsprechend unter dem Vorjahresniveau.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag mit TEUR 2.923 deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Wie auf Seiten der Lieferforderungen steht diese Entwicklung insbesondere im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Abfallgeschäftes bzw. der Verpachtung MVA.

3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren liegt der Fokus des Berichtsunternehmens auf der kontinuierlichen Überwachung und Optimierung von:

- Gesamtleistung
- Rohertragsquote
- Ergebnis vor Steuern (EBT)

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden insbesondere:

- Abfallmengen
- Fernwärme

betrachtet. Die Darstellung und Analyse der finanziellen Leistungsindikatoren erfolgt an den relevanten Stellen innerhalb der Berichtserstattung zur wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft. Zu den Abfallmengen wird ebenso wie zu der Fernwärme an anderer Stelle dieses Lageberichts berichtet.

3.1 Abfallmengen

Im Zuge der Neustrukturierung der Abfallwirtschaft in Hagen zum Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres wurde das Kommunalgeschäft bzw. die Entsorgung der kommunalen Abfallmengen der Stadt Hagen und der Stadt Dortmund bzw. der EDG Entsorgung Dortmund GmbH auf die HEB GmbH und HEB Service GmbH übertragen. Lediglich das Drittgeschäft, das heißt die Tätigkeiten für andere Auftraggeber, ist in der HUI GmbH verblieben. Entsprechend vermindert zeigen sich die Abfallmengen des Geschäftsjahres 2018. Verstärkt wurde der Mengenrückgang durch eine verringerte Jahresdurchsatzleistung der MVA im Berichtsjahr, bedingt durch eine heizwertreichere Zusammensetzung der Abfälle, und eine hieraus resultierende verminderte Annahmekapazität.

Abfallmengen in Tonnen	Plan-Menge 2018	Ist-Menge 2018	Ist-Menge 2017
Hausmüll Hagen	0	0	55.372
Straßenkehricht Hagen	0	0	1.442
Hausmüll Dortmund	0	0	20.004
Hausmüll Siegen-Wittgenstein ¹⁾	15.700	15.837	16.093
Gewerbeabfälle	22.850	14.734	24.504
Gewerbeabfälle DOGA	5.000	5.413	0
	43.550	35.984	117.415

¹⁾ Im Kontext der Neustrukturierung der Hagener Abfallwirtschaft erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2018 die Beseitigung bzw. Verwertung der Abfallmengen aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein im Rahmen des Drittgeschäfts durch die HUI GmbH. Von der Gesamtmenge 2018 (15.837 Tonnen) wurden 1.057 Tonnen an die MVA Hagen angeliefert.

3.2 Fernwärme

Im Eigentum der HUI GmbH befinden sich neben der MVA Hagen ebenfalls Energieerzeugungsanlagen. So versorgt die MVA Hagen bzw. die HUI GmbH in mehreren Strängen verschiedene Kunden im Stadtgebiet Hagen mit Fernwärme. Unter Berücksichtigung der zeitlichen Verfügbarkeit der durch die HEB Service GmbH betriebenen MVA konnten die angeschlossenen Fernwärmeabnehmer im Berichtsjahr bis auf wenige Ausnahmen voll versorgt werden.

Insgesamt verringerte sich die gelieferte Fernwärme in 2018 gegenüber dem Vorjahr um 5.619 MWh bzw. 10,1 % auf 50.079 MWh, was im Wesentlichen auf den warmen Sommer zurückzuführen ist.

Dafür konnte die Dampfturbine aus dem Dampf mehr Strom als im Vorjahr generieren: 16.753 MWh, so dass der eigene Bezug um 13.813 MWh verringert werden konnte. Zusätzlich wurden 2.940 MWh in das Stromnetz eingespeist. Somit konnten 76,9 % der elektrischen Energie, die für den Betrieb der MVA Hagen benötigt wird, selbst produziert und 17,6 % der erzeugten Energie in das öffentliche Netz eingespeist werden.

III. PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

1. Prognosebericht

Die Geschäftsführung rechnet auf Grund des Wirtschaftswachstums mit einem weiterhin stabilen EBT im laufenden Geschäftsjahr. Derzeit sind sowohl die Chancen als auch die Risiken aufgrund der langfristigen Verträge mit den Entsorgungsträgern der Stadt Hagen und der Stadt Dortmund begrenzt. Durch die geschlossenen Verträge zur Stärkung der Inhousefähigkeit ist diese Risikobegrenzung gefestigt worden.

Für das Geschäftsjahr 2019 sowie die Folgejahre ist eine Planung erstellt worden, in der von einer stabilen Umsatzentwicklung ausgegangen wird. Die Planungen gehen von einem nachhaltigen EBT auf ähnlichem Niveau wie bisher aus, wobei die zukünftige Geschäftsentwicklung von der weiteren Entwicklung der Verbrennungskapazitäten, der rechtlichen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Nachfrage abhängt und das konjunkturelle Geschäftsklima durch die politischen Ereignisse wie z. B. den Brexit, die Sanktionen gegen Russland und den Nahost-Konflikt etwas negativ beeinflusst wird.

So erwartet die Geschäftsführung für das laufende Geschäftsjahr 2019 zunächst Umsätze, die gleichzeitig die Gesamtleistung darstellen, in Höhe von TEUR 19.502 und bei einer rückläufigen Rohertragsquote von 57,14 % ein EBT in Höhe von TEUR 1.662. In 2020 wird mit einem leichten Anstieg der Umsatzerlöse um 0,3 % auf TEUR 19.563 geplant, das prognostizierte EBT liegt unter Berücksichtigung steigender Verbrennungspreise bei TEUR 1.468.

2. Risikobericht

Zur Erfassung von Risiken und zum Umgang mit diesen werden wirksame Steuerungs- und Kontrollinstrumente genutzt. Insbesondere hat die HUI GmbH ein formalisiertes und dokumentiertes Risikomanagementsystem eingerichtet, in dem auch die Risikosteuerung (Risikobewältigung) Berücksichtigung findet. Zusätzlich zum Ad-hoc-Reporting werden halbjährlich die aufgetretenen Änderungen in das Risikomanagement eingearbeitet, dokumentiert und über das entsprechende Berichtswesen kommuniziert.

Im Rahmen der Risikoinventur werden die Risiken bezeichnet und beschrieben. Ihre Ergebnisauswirkung wird ebenso festgehalten wie die Eintrittswahrscheinlichkeit, die zwischen verschiedenen Kategorien unterscheidet. Aus der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Schadenausmaß ergibt sich die Gesamteinschätzung des jeweiligen Risikos als unbedeutend, nebensächlich, bedeutend, wesentlich oder bedrohlich.

Aus dem Abfuhr- und Entsorgungsbetrieb resultieren betriebliche Risiken, z. B. der Ausfall von Fahrzeugen oder Maschinen. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einer systematischen Planung und Instandhaltung des Fuhrparks und der technischen Anlagen.

Weitere betriebliche Risiken, wie Umweltschäden oder Verstöße gegen Genehmigungen und Auflagen, resultieren aus dem Betrieb der MVA. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft mit einem systematischen Genehmigungs- und Qualitätsmanagement im Rahmen der Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb.

Im Rahmen des finanzwirtschaftlichen Risikomanagements erfolgt neben der monatlichen Abstimmung wesentlicher Finanz- und Ergebnisbereiche ein quartalsweises Ergebnisreporting sowie eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen ermöglicht.

3. Chancenbericht

Für das Geschäftsjahr 2019 rechnet die Bundesregierung in Deutschland mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 %. Nach einem leichten Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2018 von 1,9 % gegenüber 2017 wird im folgenden Jahr mit einer Inflationsrate von 1,5 % gerechnet.

Die konjunkturelle Entwicklung schlägt derzeit nur bedingt auf den Entsorgungsmarkt durch, weil der Großteil der angebotenen Dienstleistungen in dem Bereich der Daseinsvorsorge erbracht wird. Durch das sich stabilisierende weltweite Wirtschaftswachstum wird die Nachfrage an den Rohstoff- und Sekundärrohstoffmärkten nicht weiter zurückgehen. Durch den Importstopp für Altpapier und Kunststoffe nach China gehen allerdings die Erlöse für Altpapier und sonstige Wertstoffe zurzeit deutlich zurück.

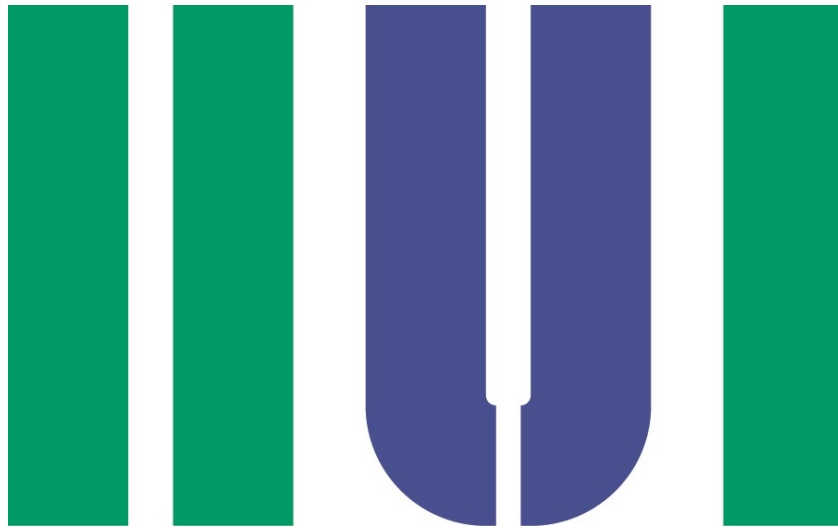
Im Jahr 2018 hat sich im Bereich der gewerblichen Abfallentsorgung der Preisverfall bei den Entsorgungsdienstleistungen weiter reduziert. Durch die gute Konjunkturlage und Abfallimporte konnten Verbrennungsanlagen vollständig ausgelastet werden.

Seit der Inbetriebnahme der Turbine zur Stromerzeugung wird aus der bei der Verbrennung anfallenden Abwärme Strom erzeugt. Mit dieser Anlage können der Strombedarf der MVA größtenteils gedeckt und damit die Energiebezugskosten deutlich gesenkt werden. Darüber hinaus führt die höhere Energieausnutzung zur Sicherung des Verwerterstatus der MVA und stärkt damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Anlage.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass keine bestandsgefährdenden Risiken vorliegen.

Hagen, 28. März 2019

Die Geschäftsführung



Hagener Umweltservice und Investitions-
gesellschaft mbH

WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019

Inhaltsverzeichnis

WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Planungsprämissen	1
Investitionsplan	2
Erläuterungen Investitionsplan	3
Bilanz	4
Erläuterungen Bilanz	5
Anlagenspiegel	6
Abschreibungsspiegel	7
Rückstellungen	8
Verbindlichkeitspiegel	9
Finanzplan 2019 - 2023	10
Erläuterungen Finanzplan 2019 - 2023	11
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung	13
Materialaufwand	14
Personalaufwand	15
Abschreibungen	16
Sonstiger betrieblicher Aufwand	17
Finanzergebnis	18
Steuern	19
Gewinn- und Verlustrechnung 2019 - 2023	20
Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung 2019 - 2023	21
Betriebsergebnisrechnung	22
Erläuterungen Betriebsergebnisrechnung	23

Planungsprämissen

HUI

WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019

Hagener Umweltservice- und
Investitionsgesellschaft mbH

Planungsprämissen

Abfallmengen

Abfallart	Menge (t)		
	Plan 2019	Plan 2018	Ist VvJ
Hausmüll Hagen	0	0	55.372
Straßenkehricht Hagen	0	0	1.442
Hausmüll Dortmund	0	0	20.004
Hausmüll Siegen-Wittgenstein	16.000	15.700	16.093
Gewerbeabfälle	13.500	22.850	24.504
Gewerbeabfälle DOGA	5.000	5.000	
Summe	34.500	43.550	117.415

Investitionen

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019				
	Investitionsplan				
	Angaben in T€				
	Investitionsbetrag	Nutzungsdauer	Inbetrieb 1. Hj.	Inbetrieb 2. Hj.	AfA vom Zugang
	Erneuerung Leittechnik MVA	1.000	15		2
Errichtung von Wertstoffhöfen	1.000	25		2	20
Grundstückserwerb und Planungskosten	100				
Technische Anlagen MVA	450	10		1	45
Lüftungsanlage MVA	700	10	1		70
Fahrzeuge	500	4	1		100
Betriebs- und Geschäftsausstattung	700	10	3		20
Summe Investitionen	4.450	12	5	5	282

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019
	Investitionsplan
	Erläuterungen
	Erneuerung der Leittechnik
Errichtung von Wertstoffhöfen	<p>Zur Zeit läuft ein Genehmigungsverfahren für die Errichtung eines Bringhofes auf dem Hamecke Gelände. Für die Errichtung sind entsprechende Umbau- und Herrichtungsarbeiten notwendig.</p>
Grundstückserwerb und Planungskosten	<p>Das Grundstück Alexanderstr. 65 soll erworben werden und entsprechende Planungen für einen gemeinsamen Standort aufgenommen werden.</p>
Technische Anlagen MVA	<p>Vorgesehen sind die Anschaffung eines neuen Notheizkessels für die Fernwärmeschiene Ischeland, Emissionsmess- und Anlagensteuerungsgeräte. Darüber hinaus sind Planungskosten für die Wärmeverschiebung aufgenommen worden.</p>
Lüftungsanlage MVA	<p>Die Mittel für die Lüftungsanlage der neuen Rauchgasreinigungsanlage sind wie in den Vorjahren im WP enthalten.</p>
Fahrzeuge	<p>Für die Gewerbeentsorgung ist die Ersatzbeschaffung von 2 Abfallsammelfahrzeugen geplant.</p>
Betriebs- und Geschäftsausstattung	<p>Hierunter fallen die Investitionen in Behälter für die Gewerbeentsorgung und für den Ausbau der Wertstoffsammlung. Darüber hinaus sind noch Mittel für die Klimatisierung der Verwaltung der MVA und die Beschaffung von Werkzeugen/Geräten für die Werkstatt der MVA eingeplant.</p>
	Seite 3

Bilanz

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019						
	Bilanz						
	Angaben in T€						
	AKTIVA	Plan 31.12.2019	Proj. VJ	Ist VVJ	PASSIVA	Plan 31.12.2019	Proj. VJ
1) Immaterielle Vermögensgegenstände - Nutzungsrechte und ähnliche Rechte und geleistete Anzahlungen				1) Gezeichnetes Kapital - G.I.V. - Mark-E AG - EDG	13 7 5	13 7 5	13 7 5
2) Sachanlagen - Grundstücke und Bauten - Technische Anlagen und Maschinen - Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstg. - Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.055 11.069 2.010	12.385 10.687 1.948	13.296 10.526 1.671 1.103	2) Kapitalrücklagen 3) Gewinnrücklagen 4) Gewinnvortrag 5) Jahresüberschuss	818 6.161 990 1.000	818 6.161 990 1.005	818 6.161 990 643
3) Finanzanlagen							
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	25.134	25.020	26.596	SUMME EIGENKAPITAL	8.994	8.999	8.637
1) Vorräte - Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25	25	31	- Steuerrückstellungen - Sonstige Rückstellungen	178 814	121 814	28 784
2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände - Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - Forderungen gegen verbundene Unternehmen - Forderungen gegen Gesellschafter - Sonstige Vermögensgegenstände	1.250 50 500 100	1.000 50 500 100	1.252 1 551 6	SUMME RÜCKSTELLUNGEN 1) Kreditinstitute (laufende Darlehen) 2) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 3) Verbindlichk. gegenüber verbundene Unternehmen 4) Verbindlichk. gegenüber Gesellschaftern 5) Verbindlichkeiten aus Steuern 6) Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit 7) Sonstige Verbindlichkeiten	992 8.236 150 10.500	935 9.917 1.000 10.500	812 11.356 282 9 121 10.223
3) Schecks, Kassenbest., Guthaben bei Kreditinstituten	1.813	4.656	2.770				
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	3.738	6.331	4.611	SUMME VERBINDLICHKEITEN	18.886	21.417	21.991
SUMME RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			233	SUMME RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
SUMME AKTIVA	28.872	31.351	31.440	SUMME PASSIVA	28.872	31.351	31.440

HUI GmbH Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Bilanz		
	Erläuterungen		
Aktiva			
Anlagevermögen	Das Anlagevermögen entwickelt sich entsprechend der geplanten Investitionen und der jährlichen planmäßigen Abschreibungen.		
Schecks, Kassenbest., Guthaben	Durch die Höhe der Bankguthaben ist eine ausreichende Liquidität sichergestellt.		
Passiva			
Eigenkapitalquote	2019 31%	2018 29%	2017 27%
Sonstige Rückstellungen	Die Rückstellungen erhöhen sich durch die Zuführung zur Rückbaurückstellung für die MVA.		
Verbindlichkeiten	Durch die hohen Abschreibungen können die Darlehen ggü. Kreditinstituten reduziert werden. Die Verbindlichkeit ggü. verbundenen Unternehmen beinhaltet die Ausleihung der HEB GmbH an die HUI GmbH.		
	Seite 5		

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019						
	Anlagenpiegel						
	Angaben in T€						
	AK/HK kum. 1.1.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	AK/HK kum. 31.12.	Abschr. kum.	Buchwert 31.12.
Ist 2017							
Grundstücke und Bauten	39.449				39.449	26.153	13.296
Technische Anlagen und Maschinen	41.345	33			41.378	30.852	10.526
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.765	231	270	59	5.785	4.114	1.671
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	139	1.023		-59	1.103		1.103
SUMME SACHANLAGEN	86.698	1.287	270		87.715	61.119	26.596
SUMME IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	51				51	51	
SUMME FINANZANLAGEN							
SUMME IST GESAMT	86.749	1.287	270		87.766	61.170	26.596
Plan 2018							
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten ...	39.449	500			39.949	27.564	12.385
Technische Anlagen und Maschinen	41.378	1.400	250	1.103	43.631	32.944	10.687
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.785	950	100		6.635	4.687	1.948
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.103			-1.103			
SUMME SACHANLAGEN	87.715	2.850	350		90.215	65.195	25.020
SUMME IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	51				51	51	
SUMME FINANZANLAGEN							
SUMME PROJ. GESAMT	87.766	2.850	350		90.266	65.246	25.020
Plan 2019							
Geringwertige Wirtschaftsgüter							
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten ...	39.949	1.100			41.049	28.994	12.055
Technische Anlagen und Maschinen	43.631	2.650	250		46.031	34.962	11.069
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.635	700	100		7.235	5.225	2.010
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau							
SUMME SACHANLAGEN	90.215	4.450	350		94.315	69.181	25.134
SUMME IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	51				51	51	
SUMME FINANZANLAGEN							
SUMME PLAN GESAMT	90.266	4.450	350		94.366	69.232	25.134

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019				
	Abschreibungsspiegel				
	Angaben in T€				
	Abschreibungen kum. 1.1.	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen	Abschreibungen kum. 31.12.
Ist 2017					
Geringwertige Wirtschaftsgüter					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten ...	24.741	1.412			26.153
Technische Anlagen und Maschinen	28.700	2.152			30.852
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.898	483	267		4.114
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau					
SUMME SACHANLAGEN	57.339	4.047	267		61.119
SUMME IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	51				51
SUMME FINANZANLAGEN					
SUMME IST GESAMT	57.390	4.047	267		61.170
Plan 2018					
Geringwertige Wirtschaftsgüter					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten ...	26.153	1.411			27.564
Technische Anlagen und Maschinen	30.852	2.292	200		32.944
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.114	673	100		4.687
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau					
SUMME SACHANLAGEN	61.119	4.376	350		65.195
SUMME IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	51				51
SUMME FINANZANLAGEN					
SUMME PROJ. GESAMT	61.170	4.376	350		65.246
Plan 2019					
Geringwertige Wirtschaftsgüter					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten ...	27.564	1.430			28.994
Technische Anlagen und Maschinen	32.944	2.268	250		34.962
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.687	638	100		5.225
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau					
SUMME SACHANLAGEN	65.195	4.336	350		69.181
SUMME IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	51				51
SUMME FINANZANLAGEN					
SUMME PLAN GESAMT	65.246	4.336	350		69.232

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019								
	Rückstellungen								
	Angaben in T€								
	Istbestand 31.12.2017	Zuführung	Inanspruch- nahme	Auflösung	Proj.bestand 31.12.2018	Zuführung	Inanspruch- nahme	Auflösung	Planbestand 31.12.2019
Rückstellungen für Körperschaftst. und Sol.Z.	26	69	12	0	83	48	0	0	131
Rückstellungen für Gewerbesteuer	2	36	0	0	38	9	0	0	47
Rückstellungen für Vermögensteuer	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen für Grundsteuer	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen für latente Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen für übrige Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME STEUERRÜCKSTELLUNGEN	28	105	12	0	121	57	0	0	178
SUMME RÜCKSTELLUNGEN F. PENSIONEN	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	784	339	309	0	814	60	60	0	814
RÜCKSTELLUNGEN GESAMT	812	444	321	0	935	117	60	0	992

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019						
	Verbindlichkeitspiegel						
	Angaben in T€						
	Proj.bestand 31.12.2018	Tilgung/ Verminderung	Neuaufnahme/ Erhöhung	Proj.bestand 31.12.2019	Davon mit einer Restlaufzeit von		
				< 1 Jahr	> 1-5 Jahren	> 5 Jahren	
- Altdarlehen - Darlehensneuaufnahme	9.917	1.681		8.236	1.706	4.922	1.608
Summe Verbindlichk. gegenüber Kreditinstituten	9.917	1.681		8.236	1.706	4.922	1.608
Summe Verbindlichk. aus Lieferungen und Leist.	1.000	1.000	150	150	150		
- Stadt Hagen - Mark-E AG - EDG							
Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gesellsch.							
Verbindlichk. gegenüber verbund. Unternehmen							
Verbindlichkeiten aus Steuern							
Verbindlichkeiten i. R. d. sozialen Sicherheit							
Sonstige Verbindlichkeiten	10.500	10.500	10.500	10.500	10.500		
SUMME VERBINDLICHKEITEN	21.417	13.181	10.650	18.886	12.356	4.922	1.608

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019				
	Finanzplan				
	Angaben in T€				
	2019	2020	2021	2022	2023
	A) Investitionsmaßnahmen				
<u>Anlagen im Bau</u>					
Erneuerung Leittechnik	1.000	850	0	0	0
Grundstückserwerb und Planungskosten	100			0	0
Errichtung von Wertstoffhöfen	1.000				
Technische Anlagen und Maschinen	950	800	800	800	800
Klimaanlage MVA	700				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	700	700	750	750	750
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	0	0	0	0
B) Tilgung Fremdmittel	1.681	1.706	1.425	1.144	1.149
C) Zuführung Rückstellungen	-57				
D) Finanzbedarf insgesamt	6.074	4.056	2.975	2.694	2.699
E) Finanzierung					
1. Eigenmittel					
1.1 Abschreibungen	4.336	4.212	4.328	3.122	3.243
1.2 Verkaufserlöse	0	0	0	0	0
insgesamt	4.336	4.212	4.328	3.122	3.243
Fremdmittelbedarf	1.737	-157	-1.354	-428	-544

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019
	Finanzplan
	Erläuterungen
	Investitionsmaßnahmen Fremdmittelbedarf
Seite 11	

Gewinn- und Verlustrechnung

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Gewinn- und Verlustrechnung		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Plan 2018	Ist VVJ
Mengensteuerung MVA	3.030	3.966	
Verpachtung MVA	7.456	7.445	18.314
Energieerzeugung MVA	4.106	4.040	
Vermietung und Verpachtung	660	673	732
Umwelt-Service	4.250	4.900	4.223
Summe Umsatzerlöse	19.502	21.024	23.269
- Roh-, Hilfs- und Betriebsst./Bez. Waren	2.375	2.325	1.772
- Bezogene Leistungen	8.299	9.495	12.867
Materialaufwand	10.674	11.820	14.639
Personalaufwand	1.150	1.300	1.150
Abschreibungen	4.336	4.376	4.047
Betrieblicher Aufwand	1.037	1.157	1.417
Finanzergebnis	-643	-697	-842
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.662	1.674	1.174
Steuern vom Einkommen und Ertrag	522	529	404
Sonstige Steuern	140	140	127
Jahresüberschuss	1.000	1.005	643

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019
	Gewinn- und Verlustrechnung
	Erläuterungen
	Umsätze Personalaufwand Abschreibungen Betrieblicher Aufwand Finanzergebnis
	Seite 13

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Materialaufwand		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Plan 2018	Ist VVJ
RHB-Stoffe	2.220	2.070	1.460
Bezogene Waren	155	255	312
Bezogene Leistungen	8.299	9.495	12.867
Materialaufwand	10.674	11.820	14.639

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Personalaufwand		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Plan 2018	Ist VVJ
<u>Personalplanbestand</u>			
Geschäftsführung	0	0	0
Personal und Organisation*	0	0	0
Bereich HUI/0*	0	0	0
Bereich HUI/1*	0	0	0
Bereich HUI/2*	0	0	0
Bereich HUI/3	27	31	28
Auszubildende	0	0	0
*Die Aufgaben werden im Rahmen der Betriebsführung von der HEB GmbH wahrgenommen.			
Summe	27	31	27
Personalaufwand	1.150	1.300	1.150

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Abschreibungen		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Proj. 2018	Ist VVJ
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
Grundst., grundstücksgl. Rechte, Bauten	1.430	1.411	1.412
Technische Anlagen und Maschinen	2.268	2.292	2.152
Andere Anl., Betriebs- u. Geschäftsaus.	638	673	483
Gel. Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0
Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	0	0
Summe Sachanlagen	4.336	4.376	4.047
Finanzanlagen	0	0	0
Summe Abschreibungen	4.336	4.376	4.047

Seite 16

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Betrieblicher Aufwand		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Proj. VJ	Ist VVJ
Versicherungen/Beiträge	325	325	357
Verwaltungskosten/Werbung	65	65	185
Mieten/Pachten/Gebäudeinstandhaltung	151	151	148
Sonstige Betriebsausgaben	496	616	727
Summe sonstiger betr. Aufwand	1.037	1.157	1.417

Seite 17

HUI Häger Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Finanzergebnis		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Proj. VJ	Ist VVJ
Zinserträge aus sonstigen Leistungen	0	0	0
Zinserträge Termingeld	0	0	0
Zinserträge lfd. Konten	0	0	0
Zinserträge	0	0	0
Zinsaufwand Darlehen HEB GmbH	400	400	400
Zinsaufwand Gesellschafterkreditlinie	0	0	0
Zinsaufwand Darlehn Kreditinstitute	233	260	417
Zinsaufwand Aufzinsung Rückstellungen	0	0	25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen Sonstige	10	37	0
Abschreibungen auf Disagio	0	0	0
Zinsaufwand	643	697	842
Finanzergebnis	643	697	842

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019		
	Steuern		
	Angaben in T€		
	Plan 2019	Plan 2018	Ist VVJ
Gewinn aus Gewerbebetrieb	1.522	1.533	0
zzg. 25 % Dauerschuldzinsen	161	174	0
abzügl. 1,2% des Einheitswertes u. Freibetrag	138	138	0
Gewerbeertrag	1.545	1.570	0
x Gewerbesteuermultiplikator	281	286	227
Körperschaftssteuer	228	230	167
Zinsabschlagsteuer			
Solidaritätszuschlag	13	13	10
Steuern vom Einkommen und Ertrag	522	529	404
Grundsteuer	125	125	113
	0	0	0
KFZ-Steuer	15	15	14
	0	0	0
Sonstige Steuern	140	140	127
Summe Steuern	662	669	531

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	Gewinn- und Verlustrechnung 2019 - 2023				
	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
	Mengensteuerung MVA	3.030	2.785	2.413	2.440
Verpachtung MVA	7.456	7.678	7.595	7.446	4.849
Energiegewinnung MVA	4.106	4.105	4.025	4.012	3.999
Vermietung und Verpachtung	660	660	660	660	660
Umwelt-Service	4.250	4.335	4.422	4.510	4.600
Summe Umsatzerlöse	19.502	19.563	19.115	19.068	17.203
- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe/Bez. Waren	2.375	2.421	2.467	2.515	2.563
- Bezogene Leistungen	8.299	8.415	8.534	8.656	8.487
Summe Materialaufwand	10.674	10.836	11.001	11.171	11.050
Personalaufwand	1.150	1.179	1.208	1.238	1.269
Abschreibungen	4.336	4.417	4.466	4.534	2.925
Betrieblicher Aufwand	1.037	1.042	892	787	792
Finanzergebnis	-643	-621	-553	-408	-318
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.662	1.468	995	930	849
Steuern vom Einkommen und Ertrag	522	452	290	269	241
Sonstige Steuern	140	140	140	140	140
Jahresüberschuss	1.000	876	565	521	468

<p style="text-align: center;">HUI</p> <p>Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH</p>	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019
	Gewinn- und Verlustrechnung 2019 - 2023
	Erläuterungen
	<p>Auf Basis des vorliegenden Wirtschaftsplanes wird eine Prognoserechnung für die folgenden 4 Jahre erstellt. Hierbei werden die einzelnen Kosten- und Erlöspositionen mit einer Preisindexierung und die Verbrennungsmengen entsprechend der Mengenentwicklung angepasst. Die im Rahmen des Konsortialvertrages vereinbarte Zusammenarbeit im Bereich der kommunalen Abfallwirtschaft und die sich daraus ergebenden Leistungsverträge sind in der Prognoserechnung berücksichtigt.</p>
	Seite 21

Betriebsergebnisrechnung

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019					
	Betriebsergebnisrechnung					
	Mengensteuerung MVA	Verpachtung MVA	Energieerzeugung	Vermietung und Verpachtung	Umwelt-Service	Summe
	Umsatzerlöse	3.029.975	7.455.738	4.106.142	659.796	4.250.000
Kosten						
- RHB-Stoffe			2.190.000	30.000		2.220.000
- Bezogene Waren				5.000	150.000	155.000
- Bezogene Leistungen	3.413.526	3.373.000	247.000	50.000	1.215.000	8.298.526
- Sonstige Kosten	266.400	360.500	25.000	200.000	185.000	1.036.900
- Sonstige Steuern		130.249		105.062	15.000	250.311
- Personalkosten					1.150.000	1.150.000
Summe Betriebskosten	3.679.926	3.863.749	2.462.000	390.062	2.715.000	13.110.737
- Kalk. Abschreibungen		2.100.660	1.253.363	301.426	680.948	4.336.397
- Kalk. Zinsen		687.960	431.124	268.428	207.807	1.595.318
Selbstkosten I	3.679.926	6.652.369	4.146.487	959.916	3.603.755	19.042.453
ILV Verbrennungskosten/Gebäude	-720.000	120.000	-81.000	-339.000	1.020.000	
U-Wagnis	29.599	67.724	40.655	6.209		144.187
Selbstkostenpreis	2.989.525	6.840.093	4.106.142	627.125	4.623.755	19.186.640
Ergebnis	40.450	615.646		32.671	-373.755	315.011

HUI Hagener Umweltservice- und Investitionsgesellschaft mbH	WIRTSCHAFTSPLAN FÜR DAS JAHR 2019
	Betriebsergebnisrechnung
	Erläuterungen
Sparte Mengensteuerung MVA Verpachtung MVA Energieerzeugung MVA Sparte Vermietung und Verpachtung Umwelt-Service	<p>Die Vertragsmengen der HUI führen unter Berücksichtigung der geplanten Verbrennungskosten in der von der HEB Service betriebenen MVA zu einem leichten Überschuss.</p> <p>Die Verpachtung der MVA Hagen an die HEB Service zu den Konditionen des Pachtgutachtens führt zu dem ausgewiesenen Überschuss.</p> <p>Die in der MVA erzeugte Energie wird an die HEB Service zu den Selbstkosten abgegeben. Dabei werden die erzielten Fernwärmeerlöse und Stromeinspeisungen in das Netz der Mark-E berücksichtigt.</p> <p>Durch die zusätzliche Nutzung des LUEG-Geländes für den Bringhof, ergibt sich in der Sparte auch unter Berücksichtigung der kalkulatorischen Verzinsung ein Überschuss.</p> <p>Auf Grund des scharfen Wettbewerbs und der notwendigen Umstellung der Entsorgungswege auf Grund der Gewerbeabfallverordnung wird unter Berücksichtigung der Vollkosten incl. der kalkulatorischen Verzinsung mit einem leicht negativen Ergebnis der Sparte gerechnet werden müssen.</p>
	Seite 23

15. Hagerer Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

15.1. Allgemeine Daten

Eilper Straße 132-136
58091 Hagen
Telefon: 02331 207-3924
Telefax: 02331 207-2468

Internet: www.heg-hagen.de
E-Mail: heg@stadt-hagen.de

15.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Erschließung und Vermarktung von Grundstücken und Immobilien in der Stadt Hagen. Ziel ist die Förderung des Wirtschaftsstandortes Hagen, u. a. durch die Zurverfügungstellung von erschlossenen Bauflächen.

15.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erschließung und Vermarktung von Grundstücken und Immobilien in der Stadt Hagen. Ziel ist die Förderung des Wirtschaftsstandortes Hagen, u. a. durch die Zurverfügungstellung von erschlossenen Bauflächen.

15.4. Beteiligungsverhältnis



15.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.



DR. HEILMAIER & PARTNER GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

B e r i c h t

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2018 und des
Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2018

der

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Ausfertigung Nr.: «Zahl»

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
Carl-Wilhelm-Straße 16, 47798 Krefeld
Postfach 10 02 43, 47702 Krefeld
Tel. 0 21 51 - 63 90 - 0
Fax 0 21 51 - 63 90 - 90
E-Mail hp@heilmaier-partner.de
Internet www.heilmaier-partner.de
Amtsgericht Krefeld HRB 3704

Geschäftsführer:

Dirk Abts RA · WP · StB

Jürgen Baumanns Dipl.-Betriebswirt · StB

Markus Esch RA · WP · StB

Ralf Kempkens Dipl.-Kfm. · WP · StB

Karl Nauen Dipl.-Kfm. · WP · StB

Thorsten Pietsch RA · StB

Thomas Völs Dipl.-Kfm. · WP · StB

Franz Vochsen RA · StB

E. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

- 97 Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.
- 98 Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung geführt worden sind.
- 99 Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage 7 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers

100 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

G. Schlussbemerkung

- 101 Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2018 erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450).
- 102 Der von uns mit Datum 15. Mai 2019 erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt F. "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers" enthalten.
- 103 Eine Verwendung des Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Krefeld, den 15. Mai 2019

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Kempkens
Wirtschaftsprüfer



DR. HEILMAIER & PARTNER GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

ANLAGEN

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2018

	2018	2017
	<u>in €</u>	<u>in €</u>
1. Umsatzerlöse	863.274,02	6.300.743,35
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	533.331,55	-1.238.516,07
3. Sonstige betriebliche Erträge	192.096,67	777,10
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen f. R-, H- u. Betriebsstoffe u. für bezogene Waren	-39.891,46	-23.064,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.092.184,14	-4.507.944,71
5. Personalaufwand		-16.138,99
a) Löhne und Gehälter	-36.211,08	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-7.209,96	
6. Abschreibungen	-93.687,93	-61.272,60
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-114.488,19	-76.198,01
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	88.147,63	91.598,46
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-43.013,37	-45.348,68
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-82.100,00	-140.702,36
11. Ergebnis nach Steuern	168.063,74	283.933,17
12. Sonstige Steuern	-76,00	0,00
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	167.987,74	283.933,17

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Hagen

Anhang 2018

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH hat ihren Sitz in Hagen. Sie ist im Handelsregister Hagen unter der HR B 5549 eingetragen.

II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB) sowie des GmbHG aufgestellt.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Anlagevermögen ist mit Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten angesetzt. Die Werte der abnutzbaren Wirtschaftsgüter vermindern sich um planmäßige lineare Abschreibungen. Gebäudeabschreibungen orientieren sich an den gesetzlich definierten Nutzungsdauern. Ein als Kindertageseinrichtung genutztes Gebäude wird über die tatsächliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Vorräte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet.

Die Forderungen sind zum Nominalwert bilanziert. Eine aus einem Mietkauf resultierende Forderung wird zum Barwert ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Der Wertansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden – soweit vorhanden – mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre laufzeitadäquat abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Passive bzw. aktive latente Steuern aufgrund von Unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2018 nicht.

IV. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Die HEG bilanziert Flächen mit aufstehenden Mehrfamilienhäusern, die teils Gewerbeeinheiten, Nebengebäude und Garagen umfassen.

Ein auf einer per Erbbaurechtsgestellungsvertrag überlassenen Fläche befindliches Gebäude wird als Kindertageseinrichtung genutzt. Die bilanzierten Außenanlagen gehören zur Kindertageseinrichtung.

Unter den Grundstücksgleichen Rechten weist sie ein von der Stadt Hagen eingeräumtes, befristetes Erbbaurecht an einem städtischen Grundstück aus.

Geleistete Anzahlungen

Anzahlungen (36 T€) wurden für zu erwerbende Immobilien und Flächen geleistet, die in 2019 auf die HEG übergehen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Unter den Vorräten weist die HEG die in Projektierung befindlichen Projekte (4.089 T€), und die zur Veräußerung bestimmten Grundstücke (122 T€) aus.

Bei den in Projektierung befindlichen Maßnahmen handelt es sich um die Erschließungsmaßnahmen Kuhlerkamp (2.021 T€), Buschstraße (677 T€), Im Dünningbruch (458 T€), Keplerstr. (312 T€), Sporbecker Weg (263 T€) und Sonstige (358 T€).

Bei den zur Veräußerung bestimmten Grundstücken handelt es sich um solche Flächen, die keiner Erschließung zugeführt werden, sei es, dass sie bereits in erschlossenem Zustand

erworben wurden oder aber nicht zur Bebauung vorgesehen sind. Die Position umfasst Gewerbeflächen (109 T€) und Grün- und sonstige Flächen (13 T€).

Forderungen

Die Forderungen (1.746 T€) bestehen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die in Höhe von 1.737 T€ gegenüber der Stadt Hagen aus dem Verkauf (Mietkauf) des Kindergarten Heigarenweg bestehen. Mietforderungen umfassen 9 T€.

Guthaben bei Kreditinstituten

Guthaben bei Kreditinstituten umfassen Anlagen der vereinnahmten Mietkautionen (12 T€) und Bestände auf Girokonten (17 T€).

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Posten betrifft im Wesentlichen Versicherungsleistungen für das Jahr 2019.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 1.000 T€. Die übernommenen Stammeinlagen sind vollständig einbezahlt. Alleinige Gesellschafterin ist die Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH AöR. Sie hat der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2.000 T€ Kapital zugeführt. Es handelt sich um eine zweckgebundene Rücklage, die zum Erwerb von Immobilien im Hagener Stadtteil Wehringhausen vorgesehen ist.

Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen berücksichtigen Verbindlichkeiten aus Gewerbe- und Körperschaftsteuer für die Jahre 2017 und 2018.

Von den sonstigen Rückstellungen (1.725 T€) entfallen 1.710 T€ auf die Rückstellung für vertraglich zugesicherte Leistungen an Grundstückserwerber. Hierbei handelt sich um Leistungen, die den Käufern im Rahmen der Grundstückerschließung zustehen, aber noch nicht realisiert sind (Straßenendausbau / Infrastruktur wie z.B. Spielplätze). Übrige Rückstellungen beziehen sich auf ungewisse Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen, Abschlussprüfungs-/Steuerberatungsleistungen u.a. (15 T€).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Verbindlichkeiten	bis zu einem Jahr	über ein bis fünf Jahre	von mehr als fünf Jahren [€]	Gesamt	davon gesichert
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	146.048,67	537.866,98	1.767.981,24	2.451.896,89	2.451.896,89
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	365.074,14	0,00	0,00	365.074,14	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	902.147,79	0,00	0,00	902.147,79	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	27.227,54	0,00	0,00	27.227,54	0,00
Gesamt	<u>1.440.498,14</u>	<u>537.866,98</u>	<u>1.767.981,24</u>	<u>3.746.346,36</u>	<u>2.451.896,89</u>

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Für bestehende Kredite wurden Grundschulden bestellt.

Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH AöR (902 T€) resultieren aus einem Liquiditätskredit (679 T€), aus Erschließungsleistungen in Form der Geschäftsbesorgung (221 T€) und aus sonstigen Verpflichtungen (2 T€).

Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten (27 T€) sind Verbindlichkeiten gegenüber Mietern aus Mietnebenkostenabrechnungen bzw. vereinnahmten Mietkautionen (13 T€), aus Sicherheitseinhalten aus Bauleistungen (10 T€) und aus Steuern (4 T€).

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Posten umfasst Mietzahlungen, die das Jahr 2019 betreffen.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die HEG generiert Erlöse aus der Erschließung und Vermarktung eigener Grundstücke (620 T€) und aus der Vermietung von Immobilien (243 T€).

Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen

Im Geschäftsjahr hat die HEG bestehende Projekte fortgeführt bzw. neue Erschließungsmaßnahmen begonnen. Der Erwerb von zu erschließenden Flächen sowie Aufnahme bzw. Fortgang der Erschließungstätigkeit führen zu Bestandserhöhungen von 874 T€. Grundstücksverkäufe führen zu Bestandsminderungen in Höhe von 341 T€.

Sonstige betriebliche Erträge

Bei den Sonstigen betrieblichen Erträge (192 T€) handelt es sich um Auflösungsbeträge von Rückstellungen (177 T€), Schadensregulierungen durch Versicherer (13 T€) und Sonstiges (2 T€).

Materialaufwand

Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind Bewirtschaftungskosten für Immobilien (40 T€).

Aufwendungen für bezogene Leistungen (1.092 T€) sind Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten eigener Erschließungsmaßnahmen (1.009 T€), Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung bzw. -verwaltung (63 T€) und Vertriebskosten (20 T€).

Personalaufwand

Personalaufwand fällt im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen sowie mehreren geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen an. Da die HEG ansonsten kein Personal beschäftigt, bezieht sie Leistungen über die Personalgestellung der Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH AöR.

Anlage 3 / 8

VI. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen aus Bauleistungen ein Bestellobligo in Höhe von 1.176 T€, finanzielle Verpflichtungen aus Immobilienkäufen in Höhe von 1.312 T€ und Verpflichtungen aus der Nutzung eines Erbbaurechts in Höhe von 212 T€.

Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer ist Herr Hans-Joachim Bihs, Hagen.

VII. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag haben sich nicht ergeben.

VIII. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 166 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Hagen, den 29.04.2019

Hagener Erschließungs- und Entwicklungs-
gesellschaft mbH



Hans-Joachim Bihs
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 01.01.2018 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	Stand 31.12.2018 €	Stand 01.01.2018 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2018 €	Stand 31.12.2018 €	Stand 31.12.2017 €	
I. Sachanlagen												
1. Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschließlich der Bauten a. fremden Grundstücken												
1.1 Grundstücksgleiche Rechte	10.601,12	0,00	0,00	0,00	10.601,12	1.435,13	415,68	0,00	1.850,81	8.750,31	9.165,99	
1.2 Gebäude	1.195.208,79	2.209.533,68	0,00	410,00	3.405.152,47	143.425,08	79.096,61	0,00	222.521,69	3.182.630,78	1.051.783,71	
1.3 Außenanlagen	192.590,59	0,00	0,00	0,00	192.590,59	38.120,76	12.706,92	0,00	50.827,68	141.762,91	154.469,83	
1.4 Grund und Boden	0,00	725.192,09	0,00	0,00	725.192,09	0,00	0,00	0,00	0,00	725.192,09	0,00	
Summe I.1	1.398.400,50	2.934.725,77	0,00	410,00	4.333.536,27	182.980,97	92.219,21	0,00	275.200,18	4.058.336,09	1.215.419,53	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.050,01	9.778,99	0,00	0,00	11.829,00	1.110,33	1.468,72	0,00	2.579,05	9.249,95	939,68	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	410,00	35.845,36	0,00	-410,00	35.845,36	0,00	0,00	0,00	0,00	35.845,36	410,00	
Summe Anlagevermögen	1.400.860,51	2.980.350,12	0,00	0,00	4.381.210,63	184.091,30	93.687,93	0,00	277.779,23	4.103.431,40	1.216.769,21	

Lagebericht der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH – HEG –
für das Geschäftsjahr 2018

1. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (kurz: HEG) hat im Geschäftsjahr vorhandene marktfähige Baugrundstücke vollständig veräußert.

Laufende Erschließungsmaßnahmen wurden baulich fortgeführt.

In Ergänzung zum städtischen Programm „Soziale Stadt Wehringhausen“ hat die HEG neun Mehrfamilienhäuser und drei Eigentumswohnungen im Stadtteil erworben, die sie, soweit notwendig, aufwendig saniert.

Die HEG wurde beauftragt, im Stadtteil Altenhagen in Kooperation mit einem Investor eine Kindertagesstätte zu errichten. Hierfür erforderliche Verträge wurden geschlossen bzw. vorbereitet.

2. Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2018 weist die HEG einen Jahresüberschuss in Höhe von 168 T€ aus. Die Rückstellungen für vertraglich zugesicherte Leistungen an Grundstückserwerber konnten u.a. infolge erzielter Ausschreibungsergebnisse für den Straßenendausbau, die unter den ursprünglichen Planungen lagen, abgesenkt werden. Die Auflösungsbeträge der Rückstellungen belaufen sich auf 177 T€.

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag von 8.594 T€ um 1.498 T€ auf 10.092 T€ gestiegen.

Auf der Aktivseite erhöht sich das Anlagevermögen infolge des Erwerbs von Immobilien im Stadtteil Wehringhausen von 1.217 T€ um 2.887 T€ auf 4.103 T€.

Das Umlaufvermögen reduziert sich von 7.367 T€ um 1.379 T€ auf 5.988 T€ durch die Rückzahlung des kurzfristig gewährten Liquiditätskredites durch die Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR (1.836 T€).

Das Verhältnis Anlage- zu Umlaufvermögen ändert sich von 14% : 86% auf 40% : 60%.

Auf der Passivseite ändert sich die Eigenkapitalquote von 26,4% auf 44%.

Die WBH AöR hat der HEG im Geschäftsjahr 2.000 T€ Kapital zum Zweck des Immobilien-erwerbs bzw. deren Sanierung in Hagen-Wehringhausen zugeführt und zudem einen Liquiditätskredit in Höhe von 679 T€ gewährt.

Trotz der Inanspruchnahme des Darlehens sind die Fremdverpflichtungen in Form von Rückstellungen oder Verbindlichkeiten von 6.329 T€ um 672 T€ auf 5.657 T€ gesunken. Dies u.a. durch die Auflösung der Rückstellung für vertraglich zugesicherte Leistungen an Grundstückserwerber (-177 T€).

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung/Ausblick

Zur Fortführung des Ankaufs- und Sanierungsprogramms Soziale Stadt Wehringhausen wird die Gesellschafterin WBH AöR der Gesellschaft in 2019 weiteres Kapital in Höhe von 3.000 T€ zuführen. Damit werden weitere Wohnhäuser erworben bzw. nicht vermietfähige Immobilien saniert werden.

Ein städtebaulicher Vertrag mit der Stadt Hagen für das Wohnquartier rund um den Bodelschwingplatz soll die Entwicklung des Stadtteils regeln und die Wohnlage erheblich verbessern.

Die HEG verfügt derzeit über keine Bauplätze, die sie am Markt anbieten kann.

Es wird erwartet, dass die Bebauungspläne Keplerstraße, Haßleyer Straße, Loheplatz und Buschstraße in 2019, die Bebauungspläne für Kuhlerkamp und Dahmsheide in 2020 verfahrensmäßig abgeschlossen werden.

Die Kindertageseinrichtungen Heigarenweg und Rodersiepen werden planmäßig weiter bewirtschaftet. Im Bereich Dahmsheide ist beabsichtigt, eine 6-zügige Einrichtung durch einen Investor zum Zweck der Vermietung an die Stadt Hagen errichten zu lassen.

5. Nachtrag

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, dieses aber noch nachhaltig belasten und im Abschluss nicht ihren Niederschlag gefunden haben, ergaben sich nicht.

Hagen, den 29.04.2019

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH



Hans-Joachim Bihs
Geschäftsführer



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten



ten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Krefeld, den 15. Mai 2019

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Kempkens
Wirtschaftsprüfer

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Plan- Gewinn- und Verlustrechnung 2019

	GuV 2019 <u>in €</u>	Plan-GuV 2018 <u>in €</u>	GuV 2017 <u>in €</u>
1. Umsatzerlöse	3.164.500,00	950.000,00	6.300.743,35
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	-160.100,00	1.251.700,00	-1.238.516,07
3. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	777,10
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen f. R-, H- u. Betriebsstoffe u. für bezogene Waren	-45.000,00	-36.700,00	-23.064,32
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.528.050,00	-1.873.000,00	-4.507.944,71
5. Personalaufwand	-76.700,00	-21.000,00	-16.138,99
6. Abschreibungen	-180.000,00	-78.300,00	-61.272,60
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-134.600,00	-125.620,00	-76.198,01
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	86.800,00	90.000,00	91.598,46
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-43.200,00	-60.000,00	-45.348,68
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-25.950,00	-30.100,00	-140.702,36
11. Ergebnis nach Steuern	57.700,00	66.980,00	283.933,17
12. Sonstige Steuern	-31.650,00	0,00	0,00
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	26.050,00	66.980,00	283.933,17

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Investitionsplan

Maßnahme	Gesamtkosten [T€]	Ansatz 2019 [T€]	Ansatz 2020 [T€]	Verpflichtungs- ermächtigung [T€]
Erwerb und Sanierung bzw. Neubau von Wohnhäusern	3.000	3.000	0	0
Gesamt	3.000	3.000	0	0

Wirtschaftsbetrieb Hagen

Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen

<u>Kapitalflussrechnung - Plan</u>	<u>2019</u>
	<u>[T€]</u>
1. Einzahlungen von Kunden	3.165
2. Auszahlungen an Lieferanten und Beschäftigte Sonstige Auszahlungen (Rückzahlung eines kurzfristigen	-2.645
3. Liquiditätskredites an WBH)	-310
4. Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	210
5. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und in Immaterielle Vermögensgegenstände	-3.000
6. Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	-3.000
7. Einzahlung aus Kapitalausstattung durch Gesellschafter	3.000
8. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0
9. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-144
10. Auszahlung Zinsen für Kredite	-43
11. Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	2.813
12. Zahlungswirksame Veränderung der Bestände	23
13. Finanzmittelbestand am 01.01.2019	0
14. Finanzmittelbestand am 31.12.2019	23
Der Finanzmittelbestand setzt sich zusammen aus	
Bankguthaben / Kassenbestand	0
Kontokorrentkredite	0

Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Bilanz zum 31.12.2019

Aktivseite

Passivseite

	31.12.19	31.12.19	31.12.18	31.12.18	31.12.17	31.12.17		31.12.19	31.12.19	31.12.18	31.12.18	31.12.17	31.12.17
	€	€	€	€	€	€		€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen							A. Eigenkapital						
I. Sachanlagen							I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00		1.000.000,00		1.000.000,00	
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	6.801.438,48		3.979.746,88		1.215.419,53		II. Kapitalrücklage	5.000.000,00		2.000.000,00			
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.723,42		9.415,01		939,68		III. Gewinnvortrag	1.275.949,45		1.264.749,45		980.816,28	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	6.809.161,90	0,00	3.989.161,90	410,00	1.216.769,21	IV. Jahresüberschuss	26.050,00	7.301.999,45	11.200,00	4.275.949,45	283.933,17	2.264.749,45
B. Umlaufvermögen							B. Rückstellungen						
I. Vorräte							1. Steuerrückstellungen	19.000,00		5.050,00		110.417,00	
1. In Projektierung befindliche Grundstücke	3.834.678,42		3.994.785,83		3.555.814,69		2. Sonstige Rückstellungen	1.982.499,24	2.001.499,24	1.643.039,06	1.648.089,06	2.209.046,00	2.319.463,00
2. Zur Veräußerung bestimmte Grundstücke	122.361,14	3.957.039,56	122.361,14	4.117.146,97	122.361,14	3.678.175,83							
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							C. Verbindlichkeiten						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.707.582,50		1.795.497,20		1.844.116,60		1. Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.309.272,59		2.453.072,59		2.593.065,59	
2. Forderungen gg. Gesellschaftern	0,00		0,00		1.835.723,04		2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		0,00		170.170,00	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	5.305,27	1.712.887,77	5.305,25	1.800.802,45	2.608,94	3.682.448,58	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	624.317,73		1.040.000,00		969.235,76	
							4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	250.000,00		475.000,00		217.968,00	
III. Guthaben bei Kreditinstituten	23.000,00	23.000,00	0,00	0,00	5.912,78	5.912,78	5. Sonstige Verbindlichkeiten	15.000,21	3.198.590,53	15.000,21	3.983.072,80	59.443,85	4.009.883,20
C. Rechnungsabgrenzungsposten													
159000 Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00	0,00	0,00	10.789,25	10.789,25							
		12.502.089,22		9.907.111,31		8.594.095,65			12.502.089,22		9.907.111,31		8.594.095,65

16. Stadtbeleuchtung Hagen GmbH

16.1. Allgemeine Daten

Rathausstr. 11
58095 Hagen
Telefon: 02331 207-3177
Telefax: 02331 207-24 04

Internet: www.stadtbeleuchtung-hagen.de
E-Mail: info@stadtbeleuchtung-hagen.de

16.2. Unternehmensgegenstand

Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtungstechnik, einschließlich des Betriebs, der Unterhaltung, Erneuerung, Erweiterung und Neuanlage von Straßenbeleuchtungsanlagen aller Art, insbesondere auch von innenbeleuchteten Verkehrszeichen und -einrichtungen für die Stadt Hagen und soweit gesetzlich zulässig, für sonstige öffentliche und private Auftraggeber.

16.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist für die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung in der Stadt Hagen sowie für weitere damit zusammenhängende Aufgaben zuständig. Durch die tatsächliche Wahrnehmung der Aufgaben ist der öffentliche Zweck im Geschäftsjahr erfüllt worden.

16.4. Beteiligungsverhältnis



16.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2018 bis zum
31. Dezember 2018
der
Stadtbeleuchtung Hagen GmbH
Hagen

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH, Hagen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 in den diesem Bericht als Anlage I (Jahresabschluss) und Anlage II (Lagebericht) beigefügten Fassungen den am 29. Mai 2019 in Dortmund unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH, Hagen

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen

gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen.

Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

G. FESTSTELLUNGEN AUS DER ERWEITERUNG DES PRÜFUNGSaufTRAGS NACH § 53 HGRG

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 HGrG beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geführt worden sind.

Über die in diesem Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen ergeben.

Im Übrigen verweisen wir auf Anlage III zu diesem Bericht, in der wir unsere Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG dargestellt haben.

H. SCHLUSSBEMERKUNG UND UNTERZEICHNUNG DES PRÜFUNGSBERICHTS

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH, Hagen, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450 n. F.) erstattet.

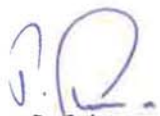
Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. dieses Prüfungsberichts wiedergegeben.

Dortmund, 29. Mai 2019

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



H. Heinert
Wirtschaftsprüfer



R. Schepers
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

	31.12.2018		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A K T I V A				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
Sachanlagen Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		23.396,00		25.556,00
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte Geleistete Anzahlungen		52.494,70		52.170,53
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 2. Sonstige Vermögensgegenstände	82.057,09 20.432,18	102.519,27	77.693,92 18.179,30	95.873,22
III. Guthaben bei Kreditinstituten		285.753,44		253.420,18
		<u>464.163,41</u>		<u>427.019,93</u>
P A S S I V A				
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00		25.000,00
II. Kapitalrücklage		8.982,61		8.982,61
III. Gewinnvortrag		122.033,32		113.123,70
IV. Jahresüberschuss		5.658,94		8.909,62
		<u>161.674,87</u>		<u>156.015,93</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen	0,00		77,54	
2. Sonstige Rückstellungen	8.912,96		8.108,00	
		<u>8.912,96</u>	<u>8.185,54</u>	
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 184.430,56 (Vorjahr: EUR 181.136,84)	184.430,56		181.136,84	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 102.016,54 (Vorjahr: EUR 73.078,47)	102.016,54		73.078,47	
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 7.128,48 (Vorjahr: EUR 8.603,15) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 7.128,48 (Vorjahr: EUR 8.603,15)	7.128,48	293.575,58	8.603,15	262.818,46
		<u>464.163,41</u>		<u>427.019,93</u>

Stadtbeleuchtung Hagen GmbH, Hagen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		2.264.693,18		3.022.564,53
2. Sonstige betriebliche Erträge		10.504,93		4.367,21
		<u>2.275.198,11</u>		<u>3.026.931,74</u>
3. Materialaufwand				
Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.218.693,26		2.976.564,49
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	11.139,00		11.002,36	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.557,79	13.696,79	2.206,80	13.209,16
		<u>13.696,79</u>		<u>13.209,16</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.160,00		2.160,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		31.555,20		21.043,73
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.433,92		5.044,74
		<u>3.433,92</u>		<u>5.044,74</u>
8. Ergebnis nach Steuern		5.658,94		8.909,62
		<u>5.658,94</u>		<u>8.909,62</u>
9. Jahresüberschuss		5.658,94		8.909,62

Stadtbeleuchtung Hagen GmbH, Hagen

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1.1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH hat ihren Sitz in Hagen. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 7141 eingetragen.

1.2. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß den §§ 242 ff., 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. v. § 267 Abs. 1 HGB.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgt aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelungen entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

1.3. Angabe der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gegenstände des Sachanlagevermögens wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung nutzungsbedingter planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Grundlage der planmäßigen Abschreibungen ist die voraussichtliche Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstands.

Geleistete Anzahlungen werden zum Nominalwert angesetzt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nominalwert angesetzt.

Der Ansatz der flüssigen Mittel erfolgt zum Nominalwert.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgt mit dem Erfüllungsbetrag, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

2. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens sowie der Abschreibungen im Geschäftsjahr 2018 sind diesem Anhang auf Seite 7 beigelegt.

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 75.964,54 EUR (Vorjahr: 77.172,49 EUR) enthalten.

In den sonstigen Rückstellungen sind die voraussichtlichen Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Erstellung der Steuererklärungen der Gesellschaft in Höhe von 7.635,00 EUR für das Geschäftsjahr 2018 enthalten.

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Hagen in Höhe von 0,00 EUR (Vorjahr: 1.303,68 EUR) enthalten.

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse in Höhe von 2.264.693,18 EUR wurden ausschließlich im Inland erzielt und verteilen sich auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche wie folgt:

<u>Bereich</u>	<u>EUR</u>
Instandhaltung	1.187.137,68
Erneuerungen	782.802,25
Beschädigungen	188.968,30
Baumaßnahmen	76.945,92
Kandelaberwerbung	26.000,00
Beleuchtungsleistungen	2.104,25
Sonstige	734,78

Der Materialaufwand in Höhe von 2.218.693,26 EUR setzt sich aus folgenden Aufwendungen für bezogene Leistungen zusammen:

<u>Bereich</u>	<u>EUR</u>
Instandhaltung	1.167.137,76
Erneuerungen	782.802,25
Beschädigungen	188.968,30
Baumaßnahmen	76.945,92
Beleuchtungsleistungen	2.104,25
Sonstige	734,78

4. Sonstige Angaben

Die Geschäftsführung oblag im Geschäftsjahr

- Herrn Thomas Grothe, Diplom-Ingenieur Architekt und
- Herrn Marian-Gero Leifert, Teamleiter öffentliche Beleuchtung

Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

Die Geschäftsführer sind einzelvertretungsbefugt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeiten im Geschäftsjahr eine Vergütung in Höhe von 4.800,00 EUR.

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dem nachstehende Personen angehören:

Vorsitzender:	Detlef Reinke, Landesbeamter
Stellvertreter:	Jörg Meier, Architekt
Vertreter der Gemeinde nach § 113 Abs. 2 GO NW:	Manfred Hoffmann, Kommunalbeamter (AR Mitglied bis 22.02.2018) Dr. Wilfried Eversberg, Kommunalbeamter (AR Mitglied seit 22.02.2018)

Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats:	Dr. Rainer Preuß, IT-Projektmanager Hans-Gerd Bräkling, Elektrotechnikermeister Eduard Sudheimer, Diplom-Kaufmann (FH) Ramona Timm-Bergs, Vertriebsassistentin Harald Dinger, Vorstand Alliander AG Bernd Reichert-Berg, Geschäftsführer
---------------------------------------	--

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2018 1.730,00 EUR.

Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich drei Angestellte für die Gesellschaft tätig.

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr 3.200,00 EUR, es entfällt in voller Höhe auf Abschlussprüfungsleistungen.

Geschäfte mit nahe stehenden Personen wurden im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von 4.468 TEUR durchgeführt, sie betreffen im Wesentlichen Geschäfte mit Gesellschaftern.

	<u>Verkäufe</u> TEUR	<u>Käufe</u> TEUR	<u>Erbringung von Dienstleistungen</u> TEUR	<u>Bezug von Dienstleistungen</u> TEUR
Gesellschafter			2.249	2.219

Die Geschäftsführung schlägt vor, den im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

5. Nachtragsbericht

Der Geschäftsführer Thomas Grothe ist mit Wirkung zum 30.04.2019 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Nachfolger ab 01.05.2019 ist Herr Henning Keune.

Hagen, den 25. März 2019


Thomas Grothe
Geschäftsführer


Marian-Gero Leifert
Geschäftsführer

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Stand 01.01.2018 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand 01.01.2018 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2018 EUR	Stand Vorjahr EUR	
Sachanlagen												
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	41.036,68	0,00	0,00	0,00	41.036,68	15.480,68	2.160,00	0,00	0,00	17.640,68	25.556,00	
	41.036,68	0,00	0,00	0,00	41.036,68	15.480,68	2.160,00	0,00	0,00	17.640,68	25.556,00	

L a g e b e r i c h t 2 0 1 8

I. Allgemeines

Die Stadt Hagen hat den Betriebs- und Wartungsvertrag mit einem regionalen Vertragspartner nach mehr als 30-jähriger Zusammenarbeit gekündigt um zu prüfen, ob wirtschaftlichere Formen der Straßenbeleuchtung möglich sind. Nach Prüfung der verschiedenen Optionen hat sie sich entschlossen, die Neuordnung der Straßenbeleuchtung mit einem privaten Partner im Rahmen einer gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaft zu realisieren (Public Private Partnership). Zu diesem Zweck wurde die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH gegründet und zu einem Anteil von 49 % an die Bietergemeinschaft Stadtlicht Hagen - jetzt bestehend aus Alliander Stadtlicht GmbH, Berlin, und Alliander AG, Berlin - verkauft.

Der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH obliegt die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtungstechnik einschließlich des Betriebes, der Unterhaltung, Erneuerung und Neuanlage von Straßenbeleuchtungsanlagen aller Art, insbesondere auch von innen beleuchteten Verkehrszeichen und -einrichtungen für die Stadt Hagen und, soweit gesetzlich zulässig, für sonstige öffentliche und private Auftraggeber.

II. Geschäftsverlauf

Zweck der Gesellschaft

Der Geschäftszweck der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH ist die Wahrnehmung der kommunalen Pflichtaufgabe zur Sicherstellung der Straßenbeleuchtung nach § 2 StraßG NRW.

Unternehmensinterne Erfolgsfaktoren

Entscheidend für die Planungssicherheit und den Erfolg des Unternehmens ist der zwischen der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH und der Stadt Hagen abgeschlossene Straßenbeleuchtungsvertrag.

Dieser legt den Leistungsumfang und die hierfür zu entrichtenden Entgelte verbindlich fest. Der Vertrag ist zunächst bis zum 31. Dezember 2016 festgeschrieben und kann dreimal um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Im Juni 2013 legte die Bietergemeinschaft Stadtlicht ein Angebot zur vorzeitigen Verlängerung des Geschäftsbesorgungsvertrages vor. Inhalt des Angebotes war, dass die für den Zeitraum 2014 bis 2019 durchzuführenden Erneuerungsleistungen für Leuchten im Jahr 2014 vollständig vorgezogen werden. Da auf Seiten der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH sowie der Stadt Hagen auf dieses Angebot nicht eingegangen wurde, erneuerte die Bietergemeinschaft Stadtlicht im Juli 2014 ihr Angebot, jetzt mit der vorgezogenen Leuchten-Erneuerung für den Zeitraum von 2015 bis 2019. Der Aufsichtsrat der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH stimmte diesem Angebot in seiner Sitzung am 29.08.2014, der Rat der Stadt Hagen in seiner Sitzung am 11.12.2014 und die Gesellschafterversammlung der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH in ihrer Sitzung am 15.12.2014 zu.

Durch diese vorzeitige Verlängerung des Geschäftsbesorgungsvertrages ergibt sich für die strategische Ausrichtung des Unternehmens zum Abschlussstichtag ein Planungshorizont von 2 Jahren. Begünstigt wird die Stellung des Unternehmens zudem durch die fehlende Konkurrenzsituation, da keine weiteren Anbieter auf dem Gebiet der Stadt Hagen tätig sind.

Interne Organisation

Im Geschäftsjahr 2017 wurde die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH von zwei Geschäftsführern geführt. Seitens der Stadt Hagen wurde Herr Thomas Grothe, seitens des privaten Investors Herr Marian-Gero Leifert zum Geschäftsführer bestellt. Die Bestellung von Herrn Grothe endet am 30.04.2019, ab 01.05.2019 tritt Herr Henning Keune seine Nachfolge an.

Darüber hinaus bestehen ein Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Der Aufsichtsrat besteht aus neun Personen, darunter der Oberbürgermeister der Stadt Hagen oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter sowie vier vom Rat der Stadt Hagen gewählte Personen. Der private Mitgesellschafter hat seinerseits vier Mitglieder in den Aufsichtsrat entsandt. Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführung gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Im Innenverhältnis ist die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführung gemäß § 37 GmbHG beschränkt. Des Weiteren arbeiten bei der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH drei geringfügig beschäftigte Mitarbeiter im Rahmen einer Nebentätigkeit.

Abschluss wichtiger Verträge

Das Vertragswerk zur Ordnung der Gesellschaft und ihrer Geschäftsbeziehungen besteht aus dem Anteilskauf- und Anteilsabtretungsvertrag, dem Straßenbeleuchtungsvertrag, dem Konsortialvertrag, dem Gesellschaftsvertrag und dem Geschäftsbesorgungsvertrag. Darüber hinaus besteht eine allgemeine Haftpflichtversicherung mit einem Deckungsschutz in unbegrenzter Höhe sowie eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung (D & O) für die Geschäftsführer und den Aufsichtsrat.

Des Weiteren wurde ein Werberechtsvertrag zwischen der Stadt Hagen und der Firma Klimm GmbH und Co. KG über die Anbringung und werbliche Nutzung von Kandelaber-Werbeträgern an Laternenmasten ab dem 01.04.2015 abgeschlossen, nachdem der vorherige Vertrag mit der Firma DSM Ströer GmbH mit Wirkung zum 31.03.2015 gekündigt wurde. Die Vergütung aus diesem Werbevertrag fließt der Gesellschaft zu.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ertragslage der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH wird im Wesentlichen durch den Straßenbeleuchtungsvertrag zwischen dem Unternehmen und der Stadt Hagen gesichert. Die hierin festgeschriebenen Entgelte werden monatlich an die Gesellschaft überwiesen. Hierdurch werden gleichbleibend hohe Erträge erwirtschaftet. Parallel zum Straßenbeleuchtungsvertrag gibt es einen Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH und der Alliander Stadtlicht Rhein-Ruhr GmbH. Für die in diesem Vertrag festgelegten Leistungen erhält die Alliander Stadtlicht Rhein-Ruhr GmbH monatliche Abschläge, die einen entsprechend regelmäßigen Aufwand für die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH darstellen. Darüber hinaus werden Schäden an der öffentlichen Beleuchtung, für die kein Verursacher festgestellt werden kann, durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen erstattet.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsfeld bleibt durch die kommunale Pflichtaufgabe zur Sicherstellung der Straßenbeleuchtung nach § 2 StraßG NRW dauerhaft bestehen.

III. Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Dezember 2004 gegründet und hat ihren Betrieb in 2005 aufgenommen. Die Geschäftsabläufe werden wesentlich durch die unter II. genannten Verträge geregelt.

Vermögenslage

Abgesehen von einer Teststrecke zur Erprobung der LED-Technik besitzt die Gesellschaft kein Anlagevermögen. Das gesamte restliche mit der Straßenbeleuchtung verbundene Anlagevermögen (Lichtmasten, Leuchten, Kabel usw.) befindet sich weiterhin im Eigentum der Stadt Hagen.

Finanzlage

Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen. Die Liquidität 1. Grades, definiert als Quotient aus liquiden Mitteln und kurzfristigen Verbindlichkeiten, liegt zum Bilanzstichtag 31.12.2018 bei 77,99 %. Die Liquidität 2. Grades, definiert als Quotient aus liquiden Mitteln zuzüglich kurzfristiger Forderung und kurzfristiger Verbindlichkeiten, beträgt 105,97 %. Für die Beurteilung der Finanzlage ist ebenfalls die Liquidität 3. Grades zu berücksichtigen. Sie berechnet sich aus der Summe der liquiden Mittel zuzüglich kurzfristiger Forderung und Vorräte, dividiert durch die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Sie beträgt zum Bilanzstichtag 120,29 %. Die Liquidität ist somit gesichert.

Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2018 weist einen Jahresüberschuss von 5.658,94 EUR aus. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis somit um 3.250,68 EUR verschlechtert.

Für die Ertragslage sind die Leistungsverträge zwischen der Stadt Hagen, der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH und der Alliander Stadtlicht Rhein-Ruhr GmbH von wesentlicher Bedeutung. Im Vergleich zu 2017 sind im Berichtsjahr die Erträge und Aufwendungen aus Schadensfällen mit bekannten Verursachern gestiegen.

Die Beschädigungen durch unbekannte Verursacher sind ebenfalls gestiegen. Baumaßnahmen sind 2018 im Vergleich zum Vorjahr in einem geringeren Umfang durchgeführt worden.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird weiterhin als zufriedenstellend bewertet.

IV. Risikobericht

Der Rat der Stadt Hagen hat im Dezember 2010 beschlossen, die Struktur seiner Beteiligungsgesellschaften neu zu ordnen, um hierdurch Synergieeffekte zu erzielen. Von dieser Neuordnung der Beteiligungsstruktur ist auch die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH betroffen. Bei der Genehmigung des Haushaltssanierungsplanes 2015 der Stadt Hagen hat die Bezirksregierung Arnsberg die Umsetzung des Ratsbeschlusses bis zum 01.02.2015 angeordnet. Risiken für das Unternehmen werden durch den Ratsbeschluss zur Zeit nicht gesehen. Allerdings ist bis zum Ende des Geschäftsjahres von Seiten der Stadt Hagen nichts zur Umsetzung des Ratsbeschlusses unternommen worden. Es ist daher davon auszugehen, dass eine Neuorganisation der Beteiligungsstruktur in Bezug auf die Gesellschaft nicht erfolgen wird.

Zudem hat die Gesellschaft beschlossen, den Beschluss des Rates der Stadt Hagen zum Handlungsrahmen für ein aktives Schuldenmanagement anzuwenden. Der Abschluss von Derivatgeschäften ist damit ausgeschlossen.

Der Straßenbeleuchtungsvertrag mit der Stadt Hagen und damit auch der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Alliander Stadtlicht Rhein-Ruhr GmbH endet am 31.12.2019. Der Rat der Stadt Hagen hat am 13.12.2018 beschlossen, dass die Stadtbeleuchtung Hagen GmbH als Gesellschaft weitergeführt wird. Zur Wahrnehmung der operativen Aufgaben soll ein privater Partner durch eine europaweite Ausschreibung gesucht werden. Auf Grund dieses Ratsbeschlusses wird die Gesellschaft auch ab 2020 weiter bestehen bleiben.

V. Prognosebericht

Die Ertragslage der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH ist wie in den Vorjahren überwiegend durch den Straßenbeleuchtungsvertrag und den Geschäftsbesorgungsvertrag geprägt.

Die darin enthaltenen Regelungen ermöglichen langfristige Prognosen mit einem relativ konstanten Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen. Eine wesentliche Änderung ist in diesem Zusammenhang die vorzeitige Verlängerung dieser Verträge bis zum Ende des Jahres 2019. Dadurch ist die positive Ertragslage weiterhin stabil. Durch die vertragliche Situation sind auch keine Ereignisse nach dem Ende des Geschäftsjahres eingetreten, die Auswirkungen auf das Geschäftsjahr haben.

Bei der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH sind originäre Aufgaben im kaufmännischen sowie technischen Bereich wahrzunehmen. Zur Erledigung dieser Aufgaben bedient sich die Gesellschaft neben der Geschäftsführung drei städtischer Mitarbeiter (1 techn. / 2 kfm.). Im Rahmen von Nebentätigkeiten werden diese Tätigkeiten über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse pauschal entlohnt. Die Finanzierung erfolgt über die Werbeeinnahmen.

Hagen, den 25. März 2019


Thomas Grothe
Geschäftsführer


Marian-Gero Leifert
Geschäftsführer

Stadtbeleuchtung Hagen GmbH

Wirtschaftsplan 2019

I. Erfolgsplan

I.a. Plan-Gewinn- und Verlustrechnung

I.b. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Erfolgsplans

II. Finanzplan

III. Personalplan

III.a. Erläuterungen zur Personalplanung

IV. Ergebnisplan für das Jahr 2019

I.a.

Plan-Gewinn- und Verlustrechnung 2019

				Plan 2019			
Angaben in EUR	IST 2017	Plan 2018	IST (Prog. III.2018)	Gesamt	Sparte 1	Sparte 2	Overhead
Umsatzerlöse	3.022.564	2.586.704	2.348.479	2.351.554	2.351.554		
Andere aktivierte Eigenleistungen							
Sonstige betriebliche Erträge	4.367						
Gesamtleistungen	3.026.931	2.586.704	2.348.479	2.351.554	2.351.554	0	0
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe							
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.976.564	-2.540.704	-2.302.479	-2.305.554	-2.305.554		
Summe Materialaufwand	-2.976.564	-2.540.704	-2.302.479	-2.305.554	-2.305.554	0	0
Löhne, Gehälter, Beamtenbezüge	-13.209	-13.500	-13.152	-13.500	-13.500		
Sozialleistg., Altersversorg., Unterstützg.							
Summe Personalaufwand	-13.209	-13.500	-13.152	-13.500	-13.500	0	0
Abschreibungen Immaterielle u. Sachanlagen	-2.160	-2.160	-2.160	-2.160	-2.160		
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.044	-23.450	-31.509	-21.500	-21.500		
Umlage / Leistungsausgleich							
Bezug von Betriebszweigen							
Lieferungen an Betriebszweige							
Zwischenergebnis	13.954	6.890	-821	8.840	8.840	0	0
Erträge aus Beteiligungen							
Erträge Ausleih. Finanzanlagevermögen							
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge							
Zinsen und ähnliche Aufwendungen							
Finanzergebnis	0	0	0	0	0	0	0
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	13.954	6.890	-821	8.840	8.840	0	0
Steuern vom Einkommen/Ertrag	-5.045	-4.968	-5.044	-5.005	-5.005		
sonstige Steuern							
Summe Steuern	-5.045	-4.968	-5.044	-5.005	-5.005	0	0
Jahresüberschuss (+)	8.909	1.922	-5.865	3.835	3.835	0	0
Jahresfehlbetrag (-)							

I. b. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Erfolgsplanes

Die Planung für das Wirtschaftsjahr 2019 ermittelt einen Jahresüberschuss von 1.922 €. Im Folgenden werden ausgewählte Positionen der Erfolgsplanung erläutert.

Erträge

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft basieren auf dem Straßenbeleuchtungsvertrag zwischen der Stadt Hagen und der Stadtbeleuchtung Hagen GmbH (SBH). Sie verteilen sich wie folgt:

Erlöse aus Betrieb und Instandhaltung	1.229.841 €
Erlöse aus Erneuerungen	353.378 €
Erlöse aus Aufwandsentschädigungen	210.000 €
Erlöse aus Baumaßnahmen	530.000 €
Erlöse aus Werbung	26.000 €
Fremdleistungen	1.600 €
Erstattung Telefongebühr für Hotline	735 €
Erlöse gesamt	2.351.554 €

Die Höhe der Erlöse für Betrieb und Instandhaltung sowie Erneuerungen sind vertraglich im Straßenbeleuchtungsvertrag festgelegt. Auf Grund von gestiegenen Personal- und Materialkosten werden die in den §§ 11 und 12 festgelegten Vergütungen zum 01.01.2019 um rund 3,4 % angehoben (Preisgleitklausel). Die Zahlungen erfolgen in monatlich gleichen Raten. Seit 2009 werden Maßnahmen bei Sanierungen, die eine Erneuerung vorhandener Leuchten erfordern, nicht mehr aus der Baumaßnahme finanziert, sondern aus den Erneuerungsmitteln. Die Mittel werden in entsprechender Höhe der SBH zusätzlich zu dem jährlichen Budget lt. Vertrag zur Verfügung gestellt.

Der Ansatz für die Erneuerungsmaßnahmen besteht 2019 ausschließlich aus den Leistungen gem. § 12 Straßenbeleuchtungsvertrag.

Die Erlöse aus Aufwandsentschädigungen resultieren aus der Behebung von Schäden an den Beleuchtungsanlagen. Sie teilen sich auf in 100.000 € für Beschädigungen durch bekannte Verursacher und 110.000 € für Beschädigungen durch unbekannte Verursacher. Die Summe für Beschädigungen durch bekannte Verursacher ist aus dem hochgerechneten Jahresergebnis 2018 abgeleitet, die Summe für Beschädigungen durch unbekannte Verursacher ist mit durch den zuständigen Fachbereich der Stadt Hagen für das Haushaltsjahr 2019 angemeldeten Mittelbedarf abgestimmt.

Die Erlöse aus Baumaßnahmen wurden mit dem bei der Stadt Hagen zuständigen Fachbereich Bauverwaltung und Wohnen sowie dem Wirtschaftsbetrieb Hagen abgestimmt. Im Vergleich zur Prognose 2018 erhöhen sich die Erlöse aus Baumaßnahmen von rd. 209.826 € auf 530.000 €. Im Jahr 2018 wurden im Wesentlichen vier größere sowie zwei kleinere Baumaßnahmen durchgeführt, für 2019 sind zehn größere Baumaßnahmen geplant.

Nach Mitteilung der GWH - Immobilienbetrieb der Stadt Hagen vom 01.10.2014 wurde auf Grund eines entsprechenden Beschlusses des Rates der Stadt Hagen der Werbenutzungsvertrag zum 31.12.2014 gekündigt. Seit dem 01.04.2015 ist der Werbenutzungsvertrag für die Kandelaberwerbung neu vergeben. Die SBH erhält aus diesem Vertrag eine jährliche Fixpacht von 26.000 €.

Die Fremdleistungen beinhalten Montage und Demontage der Weihnachtsbeleuchtung in Haspe und wird aus den Mitteln der Bezirksvertretung bezahlt.

Sonstige betriebliche Erträge werden in 2019 nicht erwartet.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der SBH und der Alliander Stadtlicht Rhein-Ruhr GmbH.

Mit Ausnahme der Aufwendungen für Betrieb und Instandhaltung sowie der Erträge aus Werbung entsprechen die Aufwendungen den unter 1.1 genannten Erträgen. Die Aufwendungen für Betrieb und Instandhaltung betragen 1.209.841 €.

In der Summe beinhaltet die Planung somit Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 2.305.554 €.

Auch bei der SBH sind originäre Aufgaben im kaufmännischen sowie technischen Bereich wahrzunehmen. Zur Erledigung dieser Aufgaben bedient sich die SBH neben der Geschäftsführung drei städtischer Mitarbeiter/innen (1 technischer Mitarbeiter/2 kaufmännische Mitarbeiter/innen). Im Rahmen von Nebentätigkeiten werden diese Tätigkeiten über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse pauschal entlohnt. Hierfür sind 13.500 € Personalaufwand geplant.

Für die seit Ende 2010 aktivierte LED-Teststrecke in der Bahnhofstraße werden jährlich 2.160 € Abschreibungen geplant.

Darüber hinaus werden in der Planung 19.440 € Verwaltungskosten sowie Sitzungsgelder in Höhe von 2.060 € berücksichtigt.

Die Verwaltungskosten teilen sich auf in:

Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses	8.000 €
Rechts- und Beratungskosten	1.000 €
Buchführung	2.520 €
Hotline	735 €
Versicherungen (inkl. Beitrag zum kommunalen Schadensausgleich)	1.800 €
Sonstige Verwaltungskosten	5.385 €
Verwaltungskosten gesamt	19.440 €

In den sonstigen Verwaltungskosten sind die Nebenkosten des Geldverkehrs, der Jahresbeitrag für die SIHK und die Mitgliedschaft in der Lichttechnischen Gesellschaft sowie Bewirtungskosten, das Honorar für die Arbeitssicherheitsfachkraft und übrige Verwaltungskosten sowie ein Ansatz für einen eventuell im Jahr 2019 zu erstellenden Kalender enthalten.

Die Höhe der Sitzungsgelder berücksichtigt zwei Sitzungen des Aufsichtsrates. Der Aufsichtsrat besteht aus neun Personen. Je Sitzung erhalten seine Mitglieder eine Aufwandsentschädigung von 110 €, der Vorsitzende erhält 150 €.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Berechnung der Körperschaftssteuer sowie der Gewerbesteuer basieren auf den entsprechenden Bescheiden für 2018.

II.

Finanzplan 2019

Angaben in EUR	Plan	Plan 2019			
	2018	Gesamt	Sparte 1	Sparte 2	Overhead
(A) Mittelverwendung					
I. Erhöhung der Aktiva					
Zugänge immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0	0	0		
Darlehensgewährung an andere Betriebsteile	0	0	0		
Erhöhung liquider Mittel	0	0	0		
II. Minderung der Passiva					
Jahresfehlbetrag					
Jahresüberschuss	0	0	0		
Entnahme sonstige Sonderposten	0	0	0		
Verminderung sonst. Rückstellungen	0	0	0		
Verminderung sonst. Verbindlichkeiten	0	0	0		
Tilgung von Darlehen auf Bestand	0	0	0		
Tilgung und Zinsen von Darlehen auf Zugänge	0	0	0		
Summe Mittelverwendung	0	0	0	0	0
(B) Mittelherkunft					
I. Minderung der Aktiva					
Abschreibungen immat. Vermögensgegenstände und Sachanlagen	2.160	2.160	2.160		
Verminderung liquide Mittel	0	0	0		
Verminderung der Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände		0	0		
II. Erhöhung der Passiva					
Jahresüberschuss Geschäftsjahr	3.835	-5.865	-5.865		
Erhöhung Verbindlichkeiten	0	0	0		
Mittelaufnahme bei anderen Betriebsteilen	0	0	0		
Darlehensaufnahme	0	0	0		
Summe Mittelherkunft	5.995	-3.705	-3.705	0	0
Überschuss Mittelherkunft	5.995	-3.705	-3.705		
Anfangsbestand liquider Mittel	53.910	59.905	59.905		
Endbestand liquider Mittel	59.905	56.200	56.200		

III.

Personalplan 2019

Abtlg.- Bez.:	Bereich / Abteilung:	Arbeitnehmer PLAN 2019				Arbeitnehmer vorauss. IST 2018				Arbeitnehmer PLAN 2018			
		Anzahl MA	davon VZ:	davon TZ:	davon befristet	Anzahl MA	davon VZ:	davon TZ:	davon befristet	Anzahl MA	davon VZ:	davon TZ:	davon befristet
	Leitung	1		1		1		1		1		1	
	Technik	1		1		1		1		1		1	
	Verwaltung	2		2		2		2		2		2	
		0				0				0			
		0				0				0			
		0				0				0			
		0				0				0			
		0				0				0			
		0				0				0			
	Auszubildende	0				0				0			
	Mitarbeiter Gesamt:	4	0	4	0	4	0	4	0	4	0	4	0
	davon Beamte												
	davon Angestellte			4				4				4	
	davon Arbeiter												

III. a. Erläuterungen zur Personalplanung

Bei der SBH werden Aufgaben im kaufmännischen sowie technischen Bereich wahrgenommen.

Zur Erledigung dieser Aufgaben bedient sich die SBH neben der Geschäftsführung drei städtischer Mitarbeiter (1 techn./2 kfm.)

Im Rahmen von Nebentätigkeiten werden die Arbeiten über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse pauschal entlohnt.

IV. Ergebnisplan für das Jahr 2019

<u>Plan Gewinn-und Verlustrechnung in TEUR</u>	Plan 2019	Vorauss. IST 2018
1. Umsatzerlöse	2.352	2.348
2. Andere aktivierte Eigenleistung	-	-
3. Sonstige betriebliche Erträge	-	-
Gesamtertrag	2.352	2.348
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.306	2.302
5. Personalaufwand	14	13
6. Abschreibungen	2	2
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	21	32
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
Gesamtaufwand	2.343	2.349
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9	- 1
9. Steuern vom Einkommen/Ertrag	5	5
10. Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	4	- 6

17. HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus mbH

17.1. Allgemeine Daten

Elberfelder Straße 95
58095 Hagen
Telefon: 02331 80999-0
Telefax: 02331 80999-030

Internet: www.hagenagentur.de
E-Mail: info@hagenagentur.de

17.2. Unternehmensgegenstand

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Stadt Hagen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen auf allen Handlungsfeldern der kommunalen Wirtschaftsförderung, auf dem Gebiet des Stadt- und Tourismusmarketings.

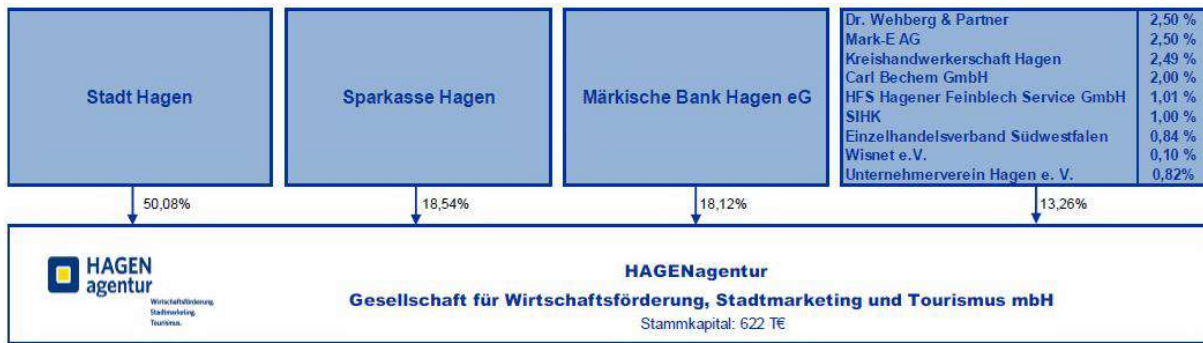
17.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Die HAGENagentur übernimmt nach wie vor die nachfolgend genannten und dem öffentlichen Zweck dienenden kommunalen Aufgaben:

- Bestandspflege / Unternehmensbetreuung,
- Unternehmensservice,
- Flächenmanagement,
- Netzwerke und Brancheninitiativen,
- Standortmarketing,
- Stadtmarketing,
- Veranstaltungsmanagement,
- Tourismusmarketing.

Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft die Vermietung der eigenen Immobilie HAWIT an Mieter aus der Wissensbranche, z. Zt. komplett vermietet an die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung.

17.4. Beteiligungsverhältnis



17.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung,
Stadtmarketing und Tourismus mbH
Hagen

F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 7 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der HAGENagentur GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 29.4.2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„An die HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus mbH:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus mbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- 20 -

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 29. April 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer


(Börner)
Wirtschaftsprüferin

Anlagen

HAGENagentur GmbH, Hagen

Bilanz zum 31. Dezember 2018

AKTIVA

	<u>31.12.2018</u>	<u>Vorjahr</u>
	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	444,00	2.434,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	1.109.618,16	1.134.126,12
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>64.899,53</u>	<u>57.558,03</u>
	<u>1.174.517,69</u>	<u>1.191.684,15</u>
III. Finanzanlagen		
Beteiligungen	<u>1.000,00</u>	<u>1.000,00</u>
	<u>1.175.961,69</u>	<u>1.195.118,15</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Fertige Erzeugnisse und Waren	16.431,25	14.437,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.947,79	54.715,17
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>64.427,38</u>	<u>54.848,61</u>
	<u>91.375,17</u>	<u>109.563,78</u>
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>415.522,34</u>	<u>976.970,31</u>
	<u>523.328,76</u>	<u>1.100.971,16</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	3.639,06	4.127,06
D. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG		
	<u>1.442.919,19</u>	<u>1.488.133,18</u>
	<u>3.145.848,70</u>	<u>3.788.349,55</u>

PASSIVA

	<u>31.12.2018</u>	<u>Vorjahr</u>
	€	€
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	622.000,00	622.000,00
II. Kapitalrücklage	12.782,30	12.782,30
III. Verlustvortrag	-2.122.915,48	-1.889.822,27
IV. Jahresüberschuss	45.213,99	-233.093,21
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>1.442.919,19</u>	<u>1.488.133,18</u>
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	99.640,00	66.810,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>334.570,29</u>	<u>294.190,57</u>
	<u>434.210,29</u>	<u>361.000,57</u>
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.537.212,65	2.662.738,33
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	25.163,26	12.407,72
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	124.559,29	59.865,92
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>24.703,21</u>	<u>338.849,91</u>
	<u>2.711.638,41</u>	<u>3.073.861,88</u>
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>0,00</u>	<u>353.487,10</u>
	<u>3.145.848,70</u>	<u>3.788.349,55</u>

HAGENagentur GmbH
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

	2018 €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	550.470,48	617.562,17
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.009.123,22	1.679.310,54
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-5.343,33	-4.924,25
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-179.310,59	-211.161,36
	-184.653,92	-216.085,61
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.060.508,92	-1.057.078,10
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-339.720,99	-257.238,42
davon für Altersversorgung: 13.217,81 € (-5.865,52 €)		
	-1.400.229,91	-1.314.316,52
5. Abschreibungen	-46.566,19	-143.480,44
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-823.703,45	-700.093,79
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28,25	792,59
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-59.254,49	-156.782,15
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 35.663,99 € (26.917,00 €)		
9. Ergebnis nach Steuern	45.213,99	-233.093,21
10. Jahresüberschuss	45.213,99	-233.093,21

Anhang zum 31.12.2018

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus GmbH ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hagen unter HRB 1896 eingetragen. Sie hat ihren Sitz in Hagen.

II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Die HAGENagentur ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Gleichwohl sind nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags bei der Aufstellung des Jahresabschlusses die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Sinne von § 267 Abs. 3 HGB zu beachten. Ebenso ist ein Lagebericht gemäß § 289 HGB zu erstellen.

Das Geschäftsjahr umfasst den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2018.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen im Wesentlichen den §§ 266 und 275 HGB. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist das Gesamtkostenverfahren angewandt worden.

Gemäß § 265 Abs. 5 HGB sind für das Anlagevermögen weitere Untergliederungen vorgenommen worden. Soweit es für die Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses erforderlich war, sind Postenbezeichnungen gemäß § 265 Abs. 6 HGB geändert worden.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a sowie 264 bis 288 HGB aufgestellt. Ergänzende Bestimmungen des GmbH-Gesetzes und des Gesellschaftsvertrags betreffend den Jahresabschluss wurden beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Wesentlichen beibehalten worden:

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bewertet. Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind die Anschaffungskosten um planmäßige Abschreibungen vermindert. Als Nutzungsdauer werden regelmäßig drei Jahre zugrunde gelegt, wenn sich nicht ein abweichender Zeitraum aufgrund der Art des Vermögensgegenstandes ergibt.

Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu den aktivierungspflichtigen Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen.

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Der Neubau des Gebäudes HaWIT wird über eine Nutzungsdauer mit 2 % p.a. abgeschrieben. Steuerlich ist das Gebäude gemäß § 7 (4) EStG mit jährlich 4% bzw. 3% der Herstellungskosten abzuschreiben.

Anlage 3/2

Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zu EUR 800,00 wurden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben.

Die Abschreibungen erfolgen bei Zugängen pro rata temporis.

Die Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens bestehen wie folgt:

Vermögensgegenstand	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude HAWIT	50
Außenanlagen HAWIT	10
BGA TGZ, HAFEX, HAWIT, HAGEN-info, Schwenke	zwischen 2 und 15
BGA Wissenspark	10
Büroeinrichtung TGZ	zwischen 3 und 13

Das Finanzanlagevermögen ist zu Anschaffungskosten bewertet.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des Anlagevermögens unter dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Das Vorratsvermögen (Waren der Tourismusinformation) wird mit den Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Erkennbare Einzelrisiken werden durch Wertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko und den Bearbeitungskosten wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Unter der Position Guthaben bei Kreditinstituten werden EUR 100.536,95 gegenüber der Gesellschafterin Sparkasse Hagen und EUR 12.758,42 gegenüber der Gesellschafterin Märkische Bank zu Anschaffungskosten ausgewiesen.

Das Gezeichnete Kapital wird zum Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der "projected unit credit method" errechnet. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die neuen Sterbetafeln "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck verwendet. Die Effekte aus der Umstellung auf die 2018er Tafeln sind in voller Höhe aufwandswirksam erfasst worden.

Die Berechnung erfolgte unter der Annahme einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 15 Jahren sowie gem. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Jahren in Höhe von 3,21% (im Vorjahr: durchschnittlicher Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Jahren in Höhe von 3,68%). Weiterhin wurde der Berechnung eine Gehaltsdynamik von 0,0% p.a. und eine Rentendynamik von 1,50% p.a. zugrunde gelegt. Eine Fluktuation wurde nicht angenommen.

Das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 EGHGB, die erforderliche Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wurde ausgeübt. Im Geschäftsjahr 2018 erfolgte eine Zuführung in Höhe von EUR 3.084,00. Die Verrechnung erfolgte im sonstigen betrieblichen Aufwand. Der ursprünglich nicht passivierte Anteil in Höhe von EUR 46.260,00 beläuft sich zum 31.12.2018 noch auf EUR 18.504,00.

Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von EUR 55.362,00. In Höhe dieses Betrages besteht eine Ausschüttungssperre im Sinne von § 253 Abs. 6 HGB.

Unter Berücksichtigung der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB vorzunehmenden Saldierung der Pensionsverpflichtung mit dem Wert der Rückdeckungsversicherung ergibt sich am Bilanzstichtag folgender Wert:

	EUR
Wertansatz Pensionsverpflichtungen	327.879
beizulegender Wert Rückdeckungsversicherung	<u>228.239</u>
Pensionsrückstellung gemäß Bilanz	<u>99.640</u>

Die Rückstellung für Pensionen sind mit dem zugehörigen Deckungskapital der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet worden, da sie dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen sind. Der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen.

Für die Rückdeckungsversicherungen besteht kein aktiver Markt, so dass sich ein Marktpreis gemäß § 255 Abs. 4 HGB nicht ermitteln lässt. Auch liegen nicht ausreichend Informationen vor, um anhand anerkannter Bewertungsmethoden den beizulegenden Zeitwert gemäß § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB zu ermitteln. Daher sind die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen gemäß § 255 Abs. 4 Satz 3 HGB mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet worden.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften, soweit diese vorliegen. Sie sind allgemein in Höhe ihres nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags bewertet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr werden nicht abgezinst. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Es bestehen zum Abschlussstichtag Differenzen zwischen Handelsbilanzwerten und Steuerbilanzwerten, die sich in späteren Jahren abbauen. Im Falle einer Steuerentlastung wird vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine - nicht bilanzierte - aktive latente Steuer.

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Anlage 3/4

IV. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel (Anlage dieses Anhangs) dargestellt.

Umlaufvermögen

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Forderungen gegenüber Gesellschaftern bestehen zum Stichtag i.H.v. 30 T€ (Vj.: 0 T€).

Eigenkapital

Das Eigenkapital weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus. Der Buchwert des Sachanlagevermögens beträgt EUR 1.174.517,69, enthält jedoch stille Reserven in Höhe von rund EUR 1,7 Mio., so dass aus diesem Grund trotz des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags die Gesellschaft im insolvenzrechtlichen Sinne nicht überschuldet ist.

sonstige Rückstellungen

Die **sonstigen Rückstellungen** teilen sich wie folgt auf:

	EUR
ATZ-Rückstellung	192.730,15
Ansprüche der Arbeitnehmer aus dem Dienstverhältnis	84.200,00
Leistungsentgelt 2018	17.292,14
Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	11.700,00
Jahresabschlusskosten Prüfung	7.400,00
Rückstellung Stadtwerke	5.000,00
Berufsgenossenschaft	5.220,00
Aufbewahrungspflicht	4.500,00
Jahresabschlusskosten Erstellung	4.928,00
eigene Kosten Jahresabschluss Erstellung	1.500,00
Kosten Offenlegung	100,00
	<hr/>
	334.570,29

Verbindlichkeiten

Die Fristigkeiten für die Verbindlichkeiten der HAGENagentur stellen sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten	insgesamt	bis zu 1 Jahr	1-5 Jahre	mehr als 5 Jahre
gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	2.537.212,65 (2.662.738,33)	137.513,18 (129.061,16)	2.059.919,10 (2.113.212,92)	339.780,37 (420.464,25)
aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	124.559,29 (59.865,92)	124.559,29 (59.865,92)		
Erhaltene Anzahlungen (Vorjahr)	25.163,26 (12.407,72)	25.163,26 (12.407,72)		
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	24.703,21 (338.346,59)	24.703,21 (338.346,59)		
	2.711.638,41 (3.073.358,56)	311.938,94 (539.681,39)	2.059.919,10 (2.113.212,92)	339.780,37 (420.464,25)

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen 27 T€ (Vj: 20 T€) gegenüber Gesellschaftern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind zu EUR 1.806.507,04 durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Hagen sowie zu 800.000,00 € über eine Grundschuld gesichert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen in Höhe von EUR 1.806.507,04 gegenüber dem Gesellschafter Märkische Bank (Vj: EUR 1.862.738,33).

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Aus der Kostenrechnung kann die folgende Aufteilung der operativen Erträge¹ entnommen werden:

	2018	2017
Vermietung/Verpachtung	412.310,54	413.084,45
Tourismus	29.066,23	45.601,19
Serviceleistungen	4.067,90	12.769,69
Wirtschaftsförderung	38.037,79	52.806,01
Stadtmarketing	78.455,02	80.051,60
Sonstiges	126,05	32.150,00
Zuschüsse Projekte	636.825,58	241.788,16

Aufwands- und Ertragsverrechnung

Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 36.267,00 wurden mit Erträgen aus dem zugehörigen Deckungsvermögen in Höhe von EUR 4.009,00 gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet und der Saldo unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ausgewiesen.

VI. Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Haftungsverhältnisse bestehen keine.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus einem Leasingvertrag mit der DeLage Leasing GmbH über monatlich EUR 405,00. Der Vertrag begann am 23.02.2015 und hat eine Laufzeit von 5 Jahren. Hieraus ergeben sich für die Restlaufzeit finanzielle Verpflichtungen in Höhe von EUR 5.670. Darüber hinaus besteht für die Büroräume der HAGENagentur ein Mietvertrag bis zum 31.01.2020 mit Aufwendungen in Höhe von EUR 62.100 p.a.

Anzahl der Arbeitnehmer

Durchschnittlich wurden in 2018 14 weibliche- und 9 männliche Arbeitnehmer beschäftigt.

¹ Diese beinhalten die Umsatzerlöse und teilweise sonstige betriebliche Erträge (insbesondere Zuschüsse)

Mitglieder der Geschäftsführung

Geschäftsführer im Jahre 2018 war:

- Herr Michael Ellinghaus , Wirtschaftsförderer, Hagen

Für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährte die Gesellschaft dem Mitglied der Geschäftsführung einen Gesamtbezug in Höhe von EUR 102.880,96 (VJ: 108.919,47 EUR).

Mit dem ehemaligen Geschäftsführer Herrn Gerhard Schießer, Wirtschaftsförderer, wurde eine Pensionsvereinbarung geschlossen, nach der die HAGENagentur seine Bezüge aus der Zeit nach der Geschäftsführertätigkeit auf 75% des letzten Geschäftsführergehaltes aufzustocken hat. Im Geschäftsjahr zahlte die HAGENagentur in diesem Zusammenhang EUR 20.047,76 (VJ: EUR 12.229,70).

Honorar Abschlussprüfer

Das für den Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 ausgewiesene Gesamthonorar beläuft sich auf EUR 7.400,00 und betrifft ausschließlich Prüfungsleistungen.

Gesellschafter

Gesellschafter der HAGENagentur sind am 31.12.2018:

Gesellschafter	Anteile in %	Einlage/EUR
Stadt Hagen	50,08	311.500,00
Sparkasse Hagen	18,54	115.300,00
Märkische Bank	18,12	112.700,00
Einzelhandelsverband Südwestfalen	0,84	5.200,00
HFS Hagener Feinblech Service GmbH	1,01	6.300,00
Mark E Aktiengesellschaft	2,50	15.550,00
Wisnet e.V.	0,10	650,00
Carl Bechem GmbH	2,00	12.450,00
Kreishandwerkerschaft	2,49	15.500,00
Dr. Wehberg und Partner GbR	2,50	15.550,00
SIHK	1,00	6.220,00
Unternehmerverein Hagen e. V.	0,82	5.080,00
Summe	100,00	622.000,00

Vorschlag über die Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres soll zusammen mit dem bestehenden Verlustvortrag auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Hagen, 29. März 2019

(Michael Ellinghaus)

Anlagespiegel zum 31. Dezember 2018

	Anschaffungskosten			Umbuchung	Anschaffungskosten			Abschreibungen	Abschreibungen	kumulierte Abschreibungen	Restbuchwert	Restbuchwert
	01.01.2018	Zugänge	Abgänge		31.12.2018	01.01.2018	2018					
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Software	43.459,51	0,00	0,00	0,00	43.459,51	41.588,51	1.435,00	0,00	43.023,51	436,00	1.871,00	
2. Website	28.042,50	0,00	0,00	0,00	28.042,50	27.480,50	555,00	0,00	28.035,50	7,00	562,00	
3. Lizenzen	3.680,00	0,00	0,00	0,00	3.680,00	3.679,00	0,00	0,00	3.679,00	1,00	1,00	
	75.182,01	0,00	0,00	0,00	75.182,01	72.748,01	1.990,00	0,00	74.738,01	444,00	2.434,00	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgl. Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken												
a) Grund und Boden	255.784,35	0,00	0,00	0,00	255.784,35	0,00	0,00	0,00	0,00	255.784,35	255.784,35	
b) Gebäude	2.612.121,04	0,00		0,00	2.612.121,04	1.733.787,27	24.507,96	0,00	1.758.295,23	853.825,81	878.333,77	
c) Außenanlagen	296.610,80	0,00	0,00	0,00	296.610,80	296.602,80	0,00	0,00	296.602,80	8,00	8,00	
	3.164.516,19	0,00	0,00	0,00	3.164.516,19	2.030.390,07	24.507,96	0,00	2.054.898,03	1.109.618,16	1.134.126,12	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung												
a) Büroeinrichtung	206.067,18	0,00	0,00	0,00	206.067,18	206.043,67	0,00	0,00	206.043,67	23,51	23,51	
b) Betriebsausstattung	543.951,99	26.575,43	761,34	0,00	569.766,08	486.417,47	19.233,43	760,84	504.890,06	64.876,02	57.534,52	
c) Geringwertige Wirtschaftsgüter	4.161,02	834,80	0,00	0,00	4.995,82	4.161,02	834,80	0,00	4.995,82	0,00	0,00	
	754.180,19	27.410,23	761,34	0,00	780.829,08	696.622,16	20.068,23	760,84	715.929,55	64.899,53	57.558,03	
Finanzanlagen												
III. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.000,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	1.000,00	
	3.994.878,39	27.410,23	761,34	0,00	4.021.527,28	2.799.760,24	46.566,19	760,84	2.845.565,59	1.175.961,69	1.195.118,15	

HAGENagentur Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Tourismus mbH

Lagebericht zum 31.12.2018

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Die Gesellschaft ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Hagen. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Stadt Hagen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen auf allen Handlungsfeldern der kommunalen Wirtschaftsförderung, auf dem Gebiet des Stadt- und Tourismusmarketings.

Das Ziel der HAGENagentur ist es, den Standort Hagen auf der Grundlage des vom Rat beschlossenen Leitmotivs „Lebendiges Hagen“ aktiv positiv zu positionieren. Dabei soll die Identifikation der Einwohner mit ihrer Stadt gestärkt und Hagens Zukunft zum Vorteil aller gestaltet werden. Dieses Ziel drückt sich in folgenden 3 strategischen Zielen aus:

1. Ziel: Schaffung eines positiven Wirtschaftsklimas
2. Ziel: Erreichen der Identifikation der Unternehmen und der Einwohner mit ihrem Standort und Stärkung des Standortes Hagen im regionalen Wettbewerb
3. Ziel: Vermarktung des touristischen Standortes Hagen

Per 01.01.2011 fand eine Verschmelzung mit den bisher städtischen Bereichen Servicezentrum Wirtschaft, Hagen-Touristik und Stadtmarketing statt und die Gesellschaft wurde in HAGENagentur GmbH umbenannt. Nach acht Jahren in neuer Zusammensetzung verfügt die Gesellschaft über monetäre und inhaltliche Erfahrungswerte in den neuen Bereichen. Im Zuge dessen wurde die Geschäftsverteilung modifiziert, die Bereiche personell umorganisiert, das Berichtswesen angepasst und ein neues Corporate Design konzipiert.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 Abs. 2 GO NRW

Die HAGENagentur übernimmt die nachfolgend genannten und dem öffentlichen Zweck dienenden kommunalen Aufgaben:

Bestandspflege/Unternehmensbetreuung

- Entwickeln und Umsetzen von Konzepten und Aktivitäten zur serviceorientierten Interessenwahrnehmung von Unternehmensanliegen

Unternehmensservice

- Entwickeln und Umsetzen von Konzepten zu Fördermittelberatung, Quartiersentwicklung, Ordnungs- und Verkehrswesen.

Flächenmanagement

- Entwickeln von Konzepten und Aktivitäten zur Versorgung der Wirtschaft mit notwendigen Immobilien.

Netzwerke und Brancheninitiativen

- Entwicklung und Begleitung von Unternehmensnetzwerken und Brancheninitiativen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu erhöhen und den Wirtschaftsstandort Hagen zu profilieren.

Standortmarketing

- Entwickeln und Umsetzen von Konzepten zur Erhöhung der Attraktivität des Standortes für relevante Zielgruppen.

Stadtmarketing

- Entwickeln und Umsetzen von Konzepten zur Bündelung der Akteure in der Stadt sowie zum Einwerben von Mitwirkung und Erzielen von Synergieeffekten.

Veranstaltungsmanagement

- Konzeption, Koordination, Begleitung, im Einzelfall auch Organisation und Durchführung stadtmakingrelevanter Veranstaltungen.

Tourismusmarketing

- Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung des touristischen Standortes Hagen.

Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft die Vermietung der eigenen Immobilie HAWIT an Mieter aus der Wissensbranche, z. Zt. komplett vermietet an die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung.

Als Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Hagen stehen finanzielle Leistungsindikatoren weniger im Vordergrund als nicht finanzielle Leistungsindikatoren. Neben der Vermarktung von Grundstücken der Stadt spielt die erfolgreiche Abwicklung verschiedenster Projekte zur Förderung von Wirtschaft und Tourismus eine besondere Rolle.

Im Rahmen v. g. Hauptaufgaben wurden nachfolgende Projektbeteiligungen durchgeführt:

In| Die RegionRuhr 4.0 - Innovationsnetzwerk für Industrie und Dienstleistung

Im Zeitalter der Globalisierung und der digitalen Transformation macht Wirtschaftsförderung nicht an der Stadtgrenze halt. Um die produktionsnahen Unternehmen in Hagen beim Thema Industrie 4.0 neutral und individuell zu unterstützen beteiligt sich die HAGENagentur aktiv an der strategischen Initiative der Standorte Bochum, Dortmund, des Ennepe-Ruhr-Kreises, Hagen und Herne. Das Vorhaben wird seit April 2016 für drei Jahre vom Land NRW mit Mitteln aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

Umgesetzt wurden erste Aktivitäten zur Information und Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. So nahmen wieder 150 Akteure aus der Region an der Unternehmerbusreise zur Hannover Messe Industrie der Initiative teil.

70 Entscheider informierten sich beim Branchentreff bei der Continental Automotive GmbH in Dortmund, über die die 4.0-Gesamtstrategie des Konzerns.

Seit Herbst 2016 können interessierte Unternehmen erstmalig einen InnoScheck.RUHR im Gegenwert von bis zu 5.000 Euro beantragen und hierüber ein kostenfreies Individual-Coaching durch die beiden Innovationscoaches des Netzwerks sowie externe Berater erhalten.

Das Landesprogramm „Fachkräftesicherung in NRW“ - Vernetzung der regionalen Produktionswirtschaft und Forschungslandschaft: die HAGENagentur ist Partner bei Erstellung und Umsetzung des Handlungsprogramms „Fachkräftepakt Märkische Region“ aller relevanter Partnern in der Region.

unternehmervereinHAGEN e.V. – Engagement für ein Lebendiges Hagen: Die HAGENagentur leistete Vorstandsarbeit als Schatzmeister und führte die Buchhaltung des 80-köpfigen Vereins bis März 2014. Gestartet wurden in 2013 diverse Teilprojekte in den Handlungsfeldern Wirtschaft & Innovation, Kultur & Impulse, Mensch & Motivation und Natur & Wellness. Durchgeführt wurden u. a. zwei Impulsworkshops und ein Business Breakfast. Der unternehmervereinHAGEN e.V. ist in 2013 als Gesellschafter aufgenommen worden. Seit Juni 2016 unterstützt die HAGENagentur wieder den unternehmervereinHAGEN bei der Organisation und der Bestandspflege der Mitgliederdaten.

Clusterinitiative wisnet e.V. - unternehmerisches Engagement für Innovationförderung und Digitalisierung am Standort: die HAGENagentur leistet Vorstandsarbeit und führt die Geschäftsstelle für den 55-köpfigen Clusterverbund rund um die FernUniversität Hagen, Fachhochschule Südwestfalen, SIHK zu Hagen und University of Applied Sciences Europe GmbH, gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Ennepe-Ruhr GmbH.

Das Projekt Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum eStandards konnte erfolgreich nach Hagen geholt werden. Die HAGENagentur ist gemeinsam mit GS1 Germany GmbH, CSCP gGmbH und Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. Partner im neuen Verbundvorhaben, das mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gefördert wird. Das Teilvorhaben ist im August 2017

gestartet und läuft bis Juli 2020. Es wird mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2.053.795,65 € (verteilt auf 4 Jahre) gefördert.

Mit dem Vorhaben unterstützt das BMWi die Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen und dem Handwerk. Regionale und bundesweit agierende Kompetenzzentren helfen vor Ort dem kleinen Einzelhändler genauso wie dem größeren Produktionsbetrieb mit Expertenwissen, Demonstrationszentren, Netzwerken zum Erfahrungsaustausch und praktischen Beispielen. Das Kompetenzzentrum eStandards bietet hierzu bundesweit kostenlose Informations-, Schulungs- und Vernetzungsangebote sowie Erprobungs- und Anschauungsmöglichkeiten in drei Offenen Werkstätten an den Standorten Hagen, Köln und Leipzig.

Die „Offene Werkstatt Hagen“ ist in den Räumlichkeiten der FernUniversität eingerichtet. Zusätzlich ist eine mobile offene Werkstatt für den Transfer in ländlichen Regionen aufgebaut worden und fährt auch einmal im Monat durch ganz Deutschland.

Weiterhin beteiligt sich die HAGENagentur an der Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“, diese Initiative wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestartet und wird aufgrund eines Ratsbeschlusses auch in Hagen umgesetzt.

Im Focus des Geschäftsbereiches „Bestandspflege, Unternehmensservice, Flächenmanagement“ standen Unternehmensbesuche; Grundstücksverkäufe und Fördermittelberatung.

Die HAGENinfo hat das Verkaufsangebot in 2018 weiter erweitert, die angebotenen Gästeführungen optimiert und den Online-Shop weiter ausgebaut. Seit September 2016 befindet sich die HAGENinfo in den Räumlichkeiten der Hagener Straßenbahn AG – Körnerstr. 25 –.

Im Bereich Veranstaltungsmanagement ist die HAGENagentur unterstützend zu diversen Events tätig, wie z.B. bei „Hagen blüht auf“ in Kooperation mit dem Schaustellerverein, dem „Picknick an der Volme“, in Kooperation mit dem unternehmervereinHagen, oder als Servicedienstleister und Unterstützer für andere Veranstaltungen wie „Hagen Karibisch“. Als Veranstalter ist die HAGENagentur auch für die Organisation und Durchführung des Traditions-Events „Springefest 2018“ zuständig. Der Veranstaltung liegt ein modernisiertes und modifiziertes Konzept (Familienfest) zugrunde und wird weiterhin von der HAGENagentur organisiert und durchgeführt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögenslage

Die Bilanzsumme – und damit das bilanzielle Vermögen - der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 16,9% verringert. Die Ursache liegt in der Auflösung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens aus bereits in 2017 erhaltenen Mieten für 2018 sowie der Tilgung eines Darlehens zur Ablösung des SWAP-Geschäftes Anfang des Jahres 2018. Zudem erbrachte die Gesellschaft in 2018 höhere Tilgungsleistungen i.Z.m. den langfristigen Darlehen. Dies alles führt zu den geringeren liquiden Mitteln der Gesellschaft zum 31.12.2018.

Die Struktur des kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und der Verbindlichkeiten halten wir aufgrund unserer Erfahrungen für stabil.

Durch den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag (EUR 1.4 Mio.) ergibt sich weiterhin eine bilanzielle Überschuldung. Aufgrund des Jahresüberschusses i. H. v. 45 TEUR hat sich diese jedoch leicht verringert.

Aufgrund der in der Immobilie HaWIT enthaltenen stillen Reserven in Höhe von rund EUR 1,7 Mio. (ausweislich eines Bewertungsgutachtens aus 2017), ist trotz des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags im insolvenzrechtlichen Sinne die Gesellschaft nicht überschuldet.

Die langfristigen Bankverbindlichkeiten betragen 140,9 % (Vj: 110,2%) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen lediglich 7,31 % (Vj: 2,6%) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten können regelmäßig innerhalb der Zahlungsfristen beglichen werden.

Der durchschnittliche Forderungsbestand lag in 2018 bei EUR 40.831. Ausreichende Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Zum 31.12.2018 werden liquide Mittel i.H.v. 415.522,34 € (Vj.: 976.970,31 €) ausgewiesen.

II. Ertragslage

Der Jahresabschluss 2018 weist ein positives Ergebnis in Höhe von EUR 45.213,99 aus. Der operative Geschäftsverlauf des Jahres 2018 war zufriedenstellend. Die Umsatzerlöse lagen nur rund TEUR 36 unter dem Planwert 2018, hierbei sind insbesondere die im Vergleich zum Plan abweichenden Einnahmen aus dem Projekt M4KS ausschlaggebend. Die Mieterträge haben sich im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verändert. Der betriebliche Aufwand weicht in verschiedenen Positionen vom Planwert ab, da sich im Jahresverlauf Änderungen im Aktionsplan und Ausgaben für das neue Projekt ergeben haben (insbes. Personalkosten und Vertriebsgemeinkosten). Die Zuführung zu Rückstellungen aus lang-

fristigen Verpflichtungen im Bereich der Altersteilzeit (55 TEUR) belasten zusätzlich das Ergebnis. Der positive Effekt aus der Ablösung des SWAP in 2017 wirkt sich durch geringere Zinsaufwendungen i. H. v. rund 100 TEUR gegenüber dem Planwert aus.

Der Betriebskostenzuschuss blieb, wie schon in den zurückliegenden Jahren, zum Vorjahr unverändert.

Das Vermietungsgeschäft der HAGENagentur stellt sich folgendermaßen dar:

Die HAGENagentur besitzt die Immobilie Hagener Weiterbildungszentrum (HaWIT) in der Handwerkerstrasse 11. Die HAGENagentur betreibt die Vermietung und betreut die Mieter. Seit dem 01.07.2007 ist die Immobilie voll vermietet und erwirtschaftet konstante Mieterlöse.

Provisionserlöse für Grundstücksverkäufe sind abhängig von verschiedenen Faktoren und im Plan nur schwer kalkulierbar. In 2018 konnten nur 13 TEUR Provisionserlöse aus Grundstücksverkäufen erzielt werden. Die Zuschüsse aus den Projekten konnten auf 637 TEUR gesteigert werden.

In 2018 sanken die Erlöse im Bereich Tourismus auf 29 TEUR. Hierbei handelt es sich um Provisionen für Ticketverkäufe, Erlöse aus dem Verkauf von Handelsware, Erlöse Hermes und Erlöse aus Gästeführungen und die Erlöse aus Printmedien.

Die Personalkosten betragen in 2018 1.400 TEUR. Zwei Mitarbeiter/Innen sind in 2017 eine Altersteilzeitregelung eingegangen. Eine Mitarbeiterin verließ nach einem Vergleich das Unternehmen und eine befristet beschäftigte Mitarbeiterin ging in 2018 in Mutterschutz/Elternzeit. Eine neue Mitarbeiterin wurde als Ersatz für die Mitarbeiterin in Elternzeit befristet eingestellt. Eine Mitarbeiterin war langzeiterkrankt. Zusätzlich wurde ein Mitarbeiter für das neue Projekt befristet eingestellt.

Die Erhöhung der ATZ-Rückstellung als auch das Ergebnis des Rechtsstreites mit einer ehemaligen Mitarbeiterin belasten die Personalkosten ebenfalls.

III. Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen, da fristenkongruent finanziert ist. Eigenkapital steht jedoch nicht zur Verfügung, die Gesellschaft ist vollständig fremdfinanziert und bilanziell – jedoch nicht wirtschaftlich - überschuldet (s.o.). Das Finanzmanagement der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Zahlungsfristen zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Gesellschaft verfügte in 2018 über ausreichende Liquidität.

C. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Auch in 2019 ist keine Reduzierung/ Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Gesellschaft vorgesehen. Die Gesellschaft reagierte im Wirtschaftsplan 2019 und im 5-Jahresplan darauf mit weiteren Kosteneinsparungen. Für die Gesellschaft ist es eine große Herausforderung mit den knappen Ressourcen die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Ein erhöhter Kostendruck lastet insbesondere auf dem Bereich des Veranstaltungsmanagements. Hier wird man sich verstärkt um das Engagement von Werbepartnern/ Sponsoren bemühen.

Das Gütesiegel „Premiumweg“ für den 3-Türme-Weg wurde wieder erreicht und hat seine Gültigkeit bis Juni 2020. Für das Projekt sind heimische Unternehmen als Kooperationspartner, Sponsoren und Paten eingebunden worden. Es ist geplant, das Gütesiegel erneut zu erreichen und den bei Hagenern und Gästen beliebten Wanderweg als touristisches Alleinstellungsmerkmal im Ruhrgebiet weiter auszubauen und zu entwickeln. Für 2019 sind weitere Ergänzungen und Marketingaktivitäten geplant.

Risikobericht

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wird die Liquidität laufend überwacht. Die Liquidität ist ausreichend, wir erwarten keine Engpässe.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfalls- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein Debitorenmanagement mit einem adäquaten Mahnwesen.

Das Unternehmen ist eine Selbstverpflichtung zur Umsetzung des Handlungsrahmens für ein aktives Schuldenmanagement der Stadt Hagen eingegangen. Hierin werden Finanzierungsinstrumente definiert, welche eingesetzt werden dürfen.

Eine rechtliche Unsicherheit liegt zurzeit noch in der Frage der Vereinbarkeit der städtischen Zuschüsse mit dem EU-Beihilferecht. Unserer Meinung nach liegt keine Beihilfe i.S.v. Artikel 107 Abs. 1 AEUV vor, da der Kostenzuschuss der Stadt Hagen dem Ausgleich von Kosten dient, die durch die Erfüllung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse („Daseinsvorsorge der Wirtschaft“) entstehen und die Voraussetzungen des EUGH ausweislich des Altmark-Trans-Urteil erfüllen.

Durch den Geschäftsführerwechsel im August 2014 wurde bekannt, dass die Pensionsvereinbarung des ehemaligen Geschäftsführers die Gesellschaft auf Jahre hinaus weiterhin finanziell belasten wird. Eine entsprechende Rückstellung ist bilanziert.

Durch den Wegfall eines Hauptsponsors beim Springefest wird verstärkt nach neuen Sponsoren gesucht. Sollte kein neuer Hauptsponsor gefunden werden, können die Mindereinnahmen für das Springefest die Gesellschaft finanziell belasten.

Die Gesellschaft unterhält keine eigene Forschung & Entwicklung.

Prognosebericht

Es ist geplant, in 2019 und in den Folgejahren ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Unter den geplanten Prämissen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Ein wesentliches Tätigkeitsmerkmal der HAGENagentur ist die Vermarktung von gewerblichen Flächen im Auftrag der Stadt Hagen auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit Provisionsregelung. Da seitens der Stadt Hagen derzeit keine neuen Gewerbeflächen ausgewiesen werden und der Verkauf/die Vermarktung der vorhandenen Gewerbeflächen nahezu abgeschlossen ist, würde hier für die Zukunft ein wirtschaftliches Risiko für die HAGENagentur entstehen. Seitens der Stadt ist allerdings zu Beginn des Jahres 2018 die neue Hagerer Gesellschaft für Industrie- und Gewerbeflächen (HIG GmbH) gegründet worden. Diese soll Brachflächen in Hagen aktivieren, deren Verkauf/ Vermarktung laut Ratsbeschluss durch die HAGENagentur erfolgen soll. In 2018 waren bereits die ersten Vermarktungsaktivitäten geplant. Da die HIG GmbH bis dato aber noch keine Grundstücke erworben hat, stehen weitere Aktivitäten aus. Zudem ist es bisher nicht gelungen einen rechtskonformen Geschäftsbesorgungsvertrag abzuschließen.

Der bisherige Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Hagen bleibt existent, so dass die noch wenigen verfügbaren Restflächen auf dieser Basis weiter vermarktet werden.

Der Verkauf der zwei Derivatgeschäfte (SWAPS) im Dezember 2017 und die damit verbundene Refinanzierung durch Aufnahme eines Kredites in Höhe von 800.000 EUR und 166.000 EUR Eigenmittel hat zur Folge, dass das Währungsrisiko nicht mehr vorhanden ist und eine sicherere Planung für die Zukunft erfolgen kann.

Im Bereich Stadt- und Tourismusmarketing werden die in 2019 bereits erfolgreichen Bemühungen zur finanziellen Einbindung von Partnern in die Aktivitäten der HAGENagentur verstärkt, um damit eine erhöhte Leistungsfähigkeit zu erreichen. Der Bereich Tourismus wird in 2019 vermehrt Werbung, Messeauftritte und Veranstaltungen zum Thema „Bauhaus“ durchführen.

Hagen, im März 2019

.....
(Michael Ellinghaus)

Erfolgsplan 2018/2019

	Wiplan 2018	Finanzstatus 30.08.2018	Prognose per 31.12.2018	Wiplan 2019	1100-1103/ 1400-1403	2100/2500	HAGEInfo	2501	2101/2102	1200-1201	4100-4303	4400
	1.235.504 €	642.909 €	1.223.956 €	1.160.695 €	645.374 €	378.098 €	31.000 €	21.000 €	65.500 €	21.000 €	3.223 €	- €
	370.100 €	255.381 €	378.029 €	378.098 €	273.098 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	260.000 €	176.897 €	267.929 €	273.098 €	105.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	110.000 €	78.400 €	110.000 €	105.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	100 €	84 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	100 €	123 €	123 €	123 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	123 €	0 €
	1.000 €	2.926 €	1.500 €	1.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	10.000 €	2.804 €	6.000 €	7.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	14.000 €	6.226 €	13.000 €	14.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.000 €	3.634 €	6.000 €	6.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	15.000 €	0 €	12.000 €	15.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	4.000 €	2.548 €	3.000 €	4.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	65.500 €	45.346 €	69.000 €	65.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	60.000 €	31.346 €	55.000 €	60.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.000 €	3.000 €	3.000 €	1.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	500 €	11.000 €	11.000 €	500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.650 €	2.515 €	4.150 €	2.600 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	4.000 €	1.990 €	3.000 €	1.200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	750 €	0 €	250 €	500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	900 €	525 €	900 €	900 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	31.000 €	1.540 €	17.000 €	24.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	30.000 €	0 €	15.000 €	20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	1.540 €	2.000 €	3.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.000 €	0 €	0 €	1.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.000 €	0 €	0 €	1.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	712.654 €	319.740 €	712.654 €	642.374 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	20.960 €	6.634 €	20.960 €	20.960 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	691.694 €	313.106 €	691.694 €	621.414 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	81.000 €	32.781 €	35.000 €	20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	80.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.000 €	32.781 €	35.000 €	20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	7.000 €	95.210 €	120.000 €	120.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.309.504 €	580.480 €	1.138.956 €	1.060.695 €	645.374 €	283.098 €	24.000 €	21.000 €	65.500 €	21.000 €	23.223 €	0 €
	1.358.933 €	945.995 €	1.371.959 €	1.433.749 €	647.839 €	16.358 €	102.725 €	102.725 €	125.733 €	- €	400.874 €	- €
	1.338.933 €	912.969 €	1.338.933 €	1.400.249 €	647.839 €	16.358 €	102.725 €	102.725 €	125.733 €	- €	367.374 €	- €
	15.000 €	30.482 €	30.482 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.000 €	32.781 €	35.000 €	20.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	7.000 €	95.210 €	120.000 €	120.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	150.000 €	31.617 €	47.000 €	70.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	150.000 €	31.617 €	47.000 €	70.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	935.990 €	499.528 €	884.041 €	822.050 €	370.050 €	73.000 €	31.300 €	7.750 €	89.650 €	7.750 €	201.950 €	8.650 €
	251.000 €	101.642 €	162.000 €	156.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	77.000 €	50.192 €	77.000 €	78.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	52.500 €	23.820 €	30.000 €	36.900 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	81.500 €	5.023 €	10.000 €	10.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	3.806 €	5.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	35.000 €	18.801 €	40.000 €	25.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	101.650 €	68.768 €	97.850 €	106.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	6.000 €	5.294 €	6.000 €	7.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.000 €	2.428 €	3.000 €	4.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	850 €	655 €	850 €	1.700 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	14.300 €	2.938 €	6.000 €	18.650 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	6.500 €	5.293 €	6.500 €	7.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	13.500 €	23.730 €	25.000 €	13.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	23.000 €	12.687 €	23.000 €	25.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	7.000 €	3.640 €	7.000 €	8.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	10.000 €	3.346 €	7.000 €	9.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	13.000 €	7.104 €	11.000 €	11.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	2.500 €	1.658 €	2.500 €	3.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	549.580 €	310.810 €	571.191 €	506.750 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	19.000 €	13.437 €	15.000 €	17.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	78.000 €	13.137 €	15.000 €	83.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	60.000 €	50.691 €	60.000 €	65.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	3.000 €	693 €	1.500 €	3.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	7.500 €	7.154 €	7.500 €	7.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.000 €	5.192 €	5.500 €	5.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	17.500 €	13.934 €	32.500 €	29.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	1.000 €	3.220 €	3.500 €	5.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.000 €	4.413 €	5.000 €	5.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	8.000 €	2.452 €	20.000 €	15.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	14.630 €	26.541 €	26.541 €	12.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	405.100 €	183.838 €	405.100 €	340.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.500 €	4.323 €	5.500 €	9.750 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	5.400 €	4.484 €	8.000 €	11.550 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	4.000 €	794 €	1.500 €	3.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	450 €	29 €	50 €	450 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	33.760 €	18.308 €	53.000 €	52.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	14.260 €	0 €	31.500 €	31.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	10.000 €	6.550 €	9.500 €	9.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	0 €	2.500 €	2.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	9.500 €	9.258 €	9.500 €	11.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	-1.135.420 €	-896.660 €	-1.164.044 €	-372.515 €	-372.515 €	-193.740 €	-110.025 €	-149.883 €	-149.883 €	13.250 €	-649.601 €	-8.650 €
	25 €	26 €	27 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	25 €	- €
	25 €	27 €	27 €	25 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	25 €	- €
	160.000 €	14.750 €	50.000 €	22.000 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €
	160.000 €	14.750 €										

Investitionsplan 2019-2023

		2019	2020	2021	2022	2023
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände					
	davon:					
	EDV-Software	6.000	500	500	500	500
II.	Sachanlagen					
	davon:					
	Gebäude					
	Gebäude ohne technische Einrichtungen					
	Grundstücke					
	Grundstückseinrichtungen					
	Sonstige technische Anlagen					
	Telekommunikationsanlagen					
	Kraftfahrzeuge					
	Büroeinrichtung	60.000				
	sonstige BGA		7.000	2.000	2.000	2.000
	PC- und Peripherie	32.600	3.750	3.750	10.750	3.750
	geringwertige Büro- / Werkstattausstattung (GWG)	1.750	750	750	750	750
III.	Finanzanlagen					
	davon:					
	Beteiligungen					
	Gesamtsummen	100.350	12.000	7.000	14.000	7.000

Es sind zum Großteil nur Ersatzinvestitionen geplant. Durch den Umzug in 2019 stehen Neuanschaffungen etc. an.

2019

	Stand: 01.10.2018						
	Anschaffungs-		Umbuchung		Abschrei-	kumulierte	Vermögen/Rest-
	kosten		zum BW		bungen	Abschreibungen	buchwert
01.01.2019	Zugänge	Abgänge		2019	2019	31.12.2019	
EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Software	43.459,51	6.000,00	0,00	0,00	409,50	43.022,51	6.027,50
2. Website	28.042,50	0,00	0,00	0,00	0,00	28.035,50	7,00
3. Lizenzen	3.680,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.679,00	1,00
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	75.182,01	6.000,00	0,00	0,00	409,50	74.737,01	6.035,50
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgl. Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken							
a) Grund und Boden	255.784,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	255.784,35
b) Gebäude	2.612.121,04	0,00	0,00	0,00	24.505,96	1.758.295,23	829.319,85
c) Außenanlagen	296.610,80	0,00	0,00	0,00	0,00	296.602,80	8,00
	3.164.516,19	0,00	0,00	0,00	24.505,96	2.054.898,03	1.085.112,20
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung							
a) Büroeinrichtung	206.067,18	60.000,00	0,00	0,00	4.000,00	206.043,67	56.023,51
b) Betriebsausstattung	488.182,96	32.600,00	22.500,00	0,00	10.866,67	453.260,46	34.155,83
c) Küchen (HAWIT)	55.769,03	0,00	0,00	0,00	456,00	52.148,01	3.165,02
d) Sammelposten Poolabschreibung	2.646,97	0,00	0,00	0,00	0,00	2.646,97	0,00
e) Geringwertige Wirtschaftsgüter	4.161,02	1.750,00	0,00	0,00	1.750,00	4.161,02	0,00
	756.827,16	94.350,00	22.500,00	0,00	17.072,67	718.260,13	93.344,36
3. Geleistete Anzahlungen							
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	3.921.343,35	94.350,00	22.500,00	0,00	41.578,63	2.773.158,16	1.178.456,56
Finanzanlagen							
III. 1. Wertpapiere des Anlagevermögens							
	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00
	3.997.525,36	100.350,00	22.500,00	0,00	41.988,13	2.847.895,17	1.185.492,06

Planbilanz

AKTIVA

	31.12.2017		31.12.2018		31.12.2019	
	TEUR	IST TEUR	TEUR	PROGNOSE TEUR	TEUR	Planung TEUR
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2		0		4
II. Sachanlagen		1.192		1.165		1.134
III. Finanzanlagen		<u>1</u>		<u>1</u>		<u>1</u>
		1.195		1.166		1.139
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte		14		10		10
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		55		30		30
2. Sonstige Vermögensgegenstände		55		22		22
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		<u>977</u>		<u>471</u>		<u>307</u>
		1.101		533		369
C. Rechnungsabgrenzungsposten		4		4		4
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		0		0		0
E. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		1.488		1.405		1.395
		<u>3.788</u>		<u>3.108</u>		<u>2.907</u>

PASSIVA

	31.12.2017		31.12.2018		31.12.2019	
	TEUR	IST TEUR	TEUR	PROGNOSE TEUR	TEUR	Planung TEUR
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		622		622		622
II. Kapitalrücklagen		13		13		13
III. Verlustvortrag		-1.890		-2.123		-2.040
IV. Jahresüberschuss /-fehlbetrag		<u>-233</u>		<u>83</u>		<u>10</u>
vg. Aktiva E.		1.488		1.405		1.395
		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>
B. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpfl.		67		79		79
2. Sonstige Rückstellungen		<u>294</u>		<u>316</u>		<u>277</u>
		361		395		356
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.663		2.511		2.359
2. erhaltene Anzahlungen		12		12		12
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		60		60		60
4. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>339</u>		<u>102</u>		<u>92</u>
		3.074		2.685		2.523
D. Rechnungsabgrenzungsposten		353		28		28
		<u>3.788</u>		<u>3.108</u>		<u>2.907</u>
		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>

	<u>IST 2017</u>	<u>Prog 2018</u>	<u>Plan 2019</u>
Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter	21	22	22
Stellen	18	19	19,75
Azubi	0	1	0
befristete u. Projektstellen	5	6	7
Personalabgänge/ Stellen	3	1	2
Personalzugänge/ Stellen	4	1	2

18. agentur mark GmbH

18.1. Allgemeine Daten

Handwerkerstraße 11
58135 Hagen
Telefon: 02331 8003-0
Telefax: 02331 8003-20

Internet: www.agenturmark.de
E-Mail: info@agenturmark.de

18.2. Unternehmensgegenstand

Förderung und Verbesserung der beschäftigungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur in der Region.

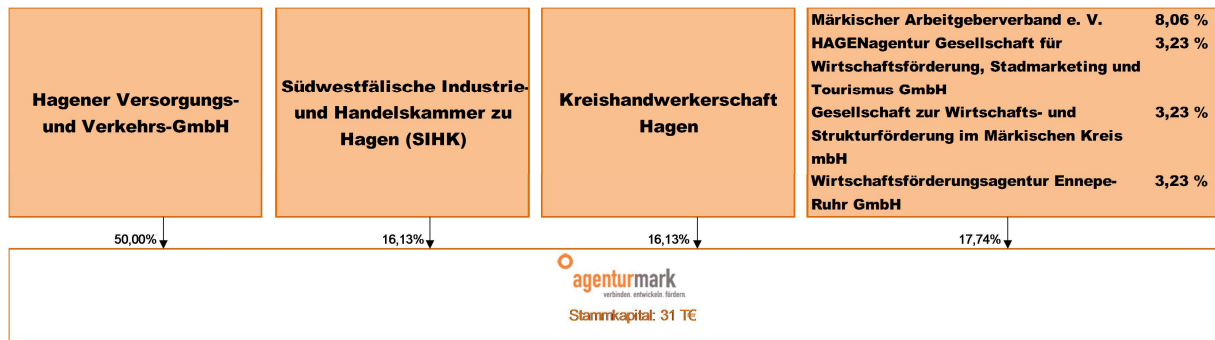
Zur Erfüllung dieses Zweckes erbringt die Gesellschaft insbesondere folgende Leistungen:

- Entwicklung, Beratung und Umsetzung von Projekten zur Gestaltung des Strukturwandels, zur Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung sowie zur Unternehmensmodernisierung und Existenzgründung in der Region.
- Die Steuerung und Umsetzung von Programmen und Initiativen Dritter in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Innovation in der Region.
- Die Koordination und Steuerung der Zusammenarbeit der Akteure innerhalb der Region, zwischen den Regionen und mit dem Land.
- Informations- und Beratungsaufgaben für regionale Akteure, Träger und Unternehmen.
- Die Ermittlung und Aufbereitung relevanter Informationen sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Regionalentwicklung.
- Aktivitäten zum Regionalmarketing.
- Sonstige Dienstleistungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den vorgenannten Aufgaben stehen.

18.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Förderung und Verbesserung der beschäftigungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur in der Region Hagen.

18.4. Beteiligungsverhältnis



18.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichtes
zum 31. Dezember 2018
der

agentur mark GmbH
Hagen

F. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in der Anlage 7 (IDW PS 720: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt.

Über die dort getroffenen Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

G. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der agentur mark GmbH, Hagen, für das zum 31. Dezember 2018 endende Geschäftsjahr in der diesem Bericht beigefügten Fassung den in Anlage 5 am 19.04.2019 unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers wie folgt erteilt:

„ An die agentur mark GmbH:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der agentur mark GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der agentur mark GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Den vorstehenden Bericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dortmund, den 19. April 2019



Dr. Bergmann, Kauffmann und Partner
GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


(Börner)
Wirtschaftsprüferin


(Kroniger)
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

BILANZ

agentur mark GmbH, Hagen

zum

31. Dezember 2018

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				31.000,00	31.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
II. Sachanlagen	16.883,00	22.216,00		317.617,70	342.511,50
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.744,43	26.308,49		113.755,90	122.541,86
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
sonstige Vermögensgegenstände	244.611,45	90.716,34	14.818,12	119.219,40	37.809,19
II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	324.027,24	383.268,44	104.401,28		118.284,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten	576,88	41,70			156.093,61
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	165.846,00			
	617.843,00	688.396,97		617.843,00	688.396,97

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit

vom 01. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

agentur mark GmbH, Hagen

	<u>EUR</u>	Geschäftsjahr <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse		85.502,99	78.358,77
2. sonstige betriebliche Erträge		1.679.286,27	1.513.044,09
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.072.636,06		973.358,08
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>337.533,04</u>		<u>277.255,92</u>
		1.410.169,10	1.250.614,00
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		29.781,51	13.030,68
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		349.645,93	313.979,45
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.178,00	1.316,01
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>3.214,52</u>	<u>81,13</u>
8. Ergebnis nach Steuern		-24.843,80	15.013,61
9. sonstige Steuern		50,00	50,00
10. Jahresfehlbetrag(-)/Jahresüberschuss		-24.893,80	14.963,61
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen		0,00	0,00
12. Gewinnvortrag		342.511,50	327.547,89
13. Bilanzgewinn		<u>317.617,70</u>	<u>342.511,50</u>

agentur mark GmbH, Hagen
Amtsgericht Hagen, HRB 3106

A N H A N G
FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR
2018

1. Allgemeine Erläuterungen

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Ergänzend zu diesen Regelungen sind die Vorschriften des GmbH-Gesetzes beachtet worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren in der Gliederung gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Die Gesellschaft ist zum 31. Dezember 2018 eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr beibehalten:

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das **Sachanlagevermögen** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert. Abnutzbare Vermögensgegenstände werden planmäßig linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen erfolgen zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag. Die Abschreibungen erfolgen bei Zugängen pro rata temporis. Selbstständig nutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten von mehr als EUR 250,00 aber höchstens EUR 800,00 wurden im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Erkennbare Einzelrisiken werden durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Der **Aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung** war im Geschäftsjahr aufzulösen, weil die korrespondierende Pensionsverpflichtung gegenüber dem ehemaligen Geschäftsführer entfallen ist, da die anrechenbaren Pensionsansprüche aus seiner (Wahl)beamten-Laufbahn die von der agentur mark zu leistenden Ansprüche in 2018 überschritten. Für diesen Fall hat der ehemalige Geschäftsführer seine Ansprüche aus der geschlossenen Rückdeckungsversicherung bereits in der Vergangenheit an die Gesellschaft abgetreten, sodass der Gesell-

schaft nun die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung zustehen. Der Ausweis des Vermögenswertes erfolgt nun unter den sonstigen Vermögensgegenständen. Die Bewertung erfolgt, wie auch in den Vorjahren, zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Liquide Mittel, Rechnungsabgrenzungsposten und Eigenkapital

Die liquiden Mittel umfassen Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten und werden zum Nennwert bewertet. Der Rechnungsabgrenzungskosten und das Eigenkapital werden ebenfalls zum Nennwert bilanziert.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, soweit diese vorliegen. Sie werden allgemein mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Soweit die Rückstellungen eine Laufzeit von mehr als einem Jahr haben, sind sie zum Barwert unter Berücksichtigung des laufzeitäquivalenten Zinssatzes angesetzt worden.

Die **Verbindlichkeiten** werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterung zur Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) gemäß § 284 Abs. 3 HGB ist auf Seite 6 dieses Anhangs dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben, bis auf eine Forderung i.H.v. 700,00 €, eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Forderungen gegenüber Gesellschaftern bestehen zum Stichtag, wie im Vorjahr, nicht.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus nicht genommenem Urlaub und Überstunden i.H.v. 91 T€.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Verbindlichkeiten haben zum Bilanzstichtag folgende Restlaufzeiten:

	RLZ < 1Jahr	RLZ 1-5 Jahre	RLZ > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.818,12 € (Vj.: 37.809,19 €)	0,00 € (Vj.: 0,00 €)	0,00 € (Vj.: 0,00 €)	14.818,12 € (Vj.: 37.809,19 €)
Sonstige Ver- bindlichkeiten	104.401,28 € (Vj.: 118.284,42 €)	0,00 € (Vj.: 0,00 €)	0,00 € (Vj.: 0,00 €)	104.401,28 (Vj.: 118.284,42 €)

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind enthalten: EUR 20.943,39 aus Steuern (Vj.: EUR 19.290,82), EUR 0,00 im Rahmen der sozialen Sicherheit (Vj.: EUR 4.601,67) und EUR 0,00 gegenüber Gesellschaftern (Vj.: EUR 0,00).

Der Personalaufwand enthält einen Ertrag aus der Altersversorgung (Auflösung einer Pensionsrückstellung) i.H.v. TEUR 8 (Vj.: TEUR 32).

Das Finanzergebnis enthält Aufwendungen aus der Aufzinsung i.H.v. EUR 341,00 (Vj.: EUR 1.514,00).

4. sonstige Angaben

Alleinige Geschäftsführerin im Jahr 2018 war:

Frau Dipl.-Verwaltungswirtin (FH) Kirsten Kling

Frau Kirsten Kling ist Beamtin des Märkischen Kreises und hat in 2018 für eine wöchentliche Arbeitszeit von 33 Stunden eine Grundvergütung von EUR 52.277,04 (Vj.: EUR 50.468,88) erhalten. Zusätzlich hat sie seit dem 02.11.2015 Anspruch auf eine sozialversicherungsfreie Leistungszulage von monatlich EUR 412,00 (Vj.: EUR 412,00). Die Agentur mark erstattet die Kosten für die Geschäftsführerin an den Märkischen Kreis. An den Märkischen Kreis sind zudem als Versorgungsumlage EUR 24.031,76 gezahlt worden (Vj.: EUR 24.361,33). Frau Kling hat damit weiterhin den beamtenrechtlichen Anspruch auf Altersversorgung beim Märkischen Kreis. Pensionsverpflichtungen der Agentur mark gegenüber der Geschäftsführerin entfallen damit.

Auf die Grundvergütung und die Versorgungsumlage wird seitens des Märkischen Kreises zusätzlich 19% MwSt. in Höhe von EUR 14.498,67 (Vj.: EUR 14.217,74) von der agentur mark GmbH erhoben.

Herr Erik O. Schulz hat als ehemaliger Geschäftsführer Anspruch auf eine Altersversorgung in Höhe von 75% des letzten vor dem Rentenbeginn liegenden Jahresgehalts. Auf dieses Ruhegehalt werden seine beamtenrechtlichen Bezüge angerechnet. Es gibt einen Invaliditätsanspruch in gleicher Höhe wie die Altersversorgung. Weiterhin gibt es eine Witwenversorgung in Höhe von 60% und eine Waisenversorgung in Höhe von 10% der Altersversorgung bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Im Laufe des Jahres 2018 ist der Anspruch auf Altersversorgung seitens Herrn Schulz gegenüber der agentur mark GmbH entfallen, da der beamtenrechtliche Anspruch den Anspruch gegen die Gesellschaft übersteigt.

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die agentur mark GmbH 7 männliche und 18 weibliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Mutterunternehmen im Sinne des § 285 Nr. 14 und Nr. 14a HBG ist die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit Sitz in Hagen (NRW). Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

5. Ergebnisverwendungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR -24.893,80 auf neue Rechnung vorzutragen.

6. Honorar des Abschlussprüfers

Der Abschlussprüfer des Geschäftsjahres erhält für die Prüfung des Jahresabschlusses ein Honorar i.H.v. EUR 5.650,00, für die steuerliche Beratung ein Honorar i.H.v. EUR 730,00 sowie für sonstige Leistungen EUR 1.000,00.

Hagen, 29.03.2019

Kirsten Kling
Geschäftsführerin

agentur mark GmbH
Anlagenpiegel zum 31. Dezember 2018

Stand 01.01.2018 €	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Stand 01.01.2018 €	Abschreibungen Iid. Geschäftsjahr €	Abschreibungen iZm. Abgängen €	Stand 31.12.2018 €	Buchwerte	
	Zugang €	Umbuchungen €	Abgang €					Stand 31.12.2018 €	Stand 31.12.2017 €
24.929,78	3.368,89	-	890,58	27.408,09	8.701,89	890,58	10.525,09	16.883,00	22.216,00
72.358,04	26.515,56	-	13.575,28	85.298,32	21.079,62	13.575,28	53.553,89	31.744,43	26.308,49
97.287,82	29.884,45	-	14.465,86	112.706,41	29.781,51	14.465,86	64.078,98	48.627,43	48.524,49

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an
solchen Rechten und Werten

II. Sachanlagen

andere Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattung

Lagebericht 2018

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die agentur mark bietet Dienstleistungen in den Feldern Arbeit, Bildung und Unternehmensentwicklung. Sie verbindet Akteure und Kompetenzen, entwickelt Strategien und Projekte und fördert Kooperationen und innovative Vorhaben. Dabei arbeitet sie mit Partnern aus Wirtschaft, Arbeitsmarkt und öffentlicher Hand der Märkischen Region zusammen. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf die Stadt Hagen, den Märkischen Kreis und den Ennepe-Ruhr-Kreis.

Gesellschafter sind die Hagener Versorgungs- und Verkehrs- GmbH, die Südwestfälische Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft Hagen, der Märkische Arbeitgeberverband e.V., die HAGENagentur GmbH, die Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH und die Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH.

Sitz der Gesellschaft ist Hagen. Bestimmend für die Arbeit ist allerdings die Tätigkeit vor Ort in den Unternehmen und Netzwerken aller drei Teilregionen.

Um die Synergien zwischen den Projekten zu erhöhen, wurde die Organisationsstruktur der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr angepasst und gliedert sich nunmehr in die folgenden zwei Geschäftsbereiche:

Geschäftsbereich 1: Schule-Ausbildung-Beruf

Geschäftsbereich 2: Fachkräftesicherung

Diese zwei Geschäftsbereiche werden durch einen Assistenz- und Verwaltungsbereich unterstützt.

Im Geschäftsbereich 1 sind sämtliche Aktivitäten zum Übergang von der Schule in den Beruf angesiedelt. Neben der landesweiten Struktur der Kommunalen Koordination zur Umsetzung des Vorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“ werden drei Projekte durchgeführt, die sich um die Ausbildungsthematik drehen. In dem Projekt „startbahn_zukunft“ werden in Kooperation mit örtlichen Bildungsträgern Jugendliche der Hagener Haupt- und Sekundarschulen auf dem Weg in die Ausbildung unterstützt.

Die beiden Projekte aus dem Bundesprogramm JOBSTARTER plus richten sich an Klein- und Kleinstunternehmer bzw. Unternehmer mit Migrationshintergrund, die für die duale Ausbildung gewonnen werden sollen. Die Agentur mark ist federführend bei der Organisation der Ausbildungsmesse Hagen und Mitveranstalter der Ausbildungsmesse Ennepe-Ruhr.

Zum Geschäftsbereich 2 gehören die Regionalagentur und das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Märkische Region.

Als Träger der Regionalagentur ist es Aufgabe der Gesellschaft, Arbeitspolitik mit den Partnern vor Ort in der Region zu gestalten und den Informationsaustausch zwischen Land und Region zu unterstützen. Unternehmen, Bildungsträger und andere Akteure werden für arbeitspolitische Themen und Innovationen aktiv aufgeschlossen und gemeinsame Aktivitäten der Region zur Verbesserung der Ausbildungs- und Fachkräftesituation koordiniert. Die Regionalagentur berät zu Fördermöglichkeiten der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik, entwickelt und initiiert entsprechende Aktivitäten.

Seit 2012 ist die Gesellschaft Träger des Kompetenzzentrums Frau und Beruf Märkische Region (Geschäftsbereich 2). Mit den Kompetenzzentren sind landesweit Einrichtungen geschaffen worden, die dezentral in den Wirtschaftsregionen mit regionalen Partnern gezielt Initiativen und Projekte gezielt zur Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzen.

Die Gesellschaft finanziert sich aus den Zuschüssen der drei Teilregionen (Stadt Hagen, Märkischer Kreis, Ennepe-Ruhr-Kreis) und Projekt-Fördergeldern des Landes NRW, der Europäischen Fonds und des Bundes.

1.2. Ziele und Strategien

Gemäß § 2 des Gesellschaftervertrages ist die Förderung und Verbesserung der beschäftigungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur in der Region Gegenstand des Unternehmens.

Oberziele der Gesellschaft sind insbesondere

- die Ausbildung junger Menschen der Region zu fördern
- die Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten und die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen zu stärken
- die Integration von Zielgruppen am Arbeitsmarkt zu fördern
- ungenutzte Erwerbspotenziale zu nutzen, Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen

Zur Verfolgung dieser Ziele wurden insbesondere landesweit geförderte Strukturen (Regionalagentur, Kompetenzzentrum, kommunale Koordinierung) hier vor Ort etabliert, die anders als übliche Förderprojekte eine Kontinuität der Aufgabenwahrnehmung ermöglichen.

1.3. Forschung und Entwicklung

Die Beschäftigten der agentur mark haben u.a. explizit die Aufgabe, Initiativen und Entwicklungen in den Regionen anzustoßen. Landesseitig werden sie durch Programme, Studien und Datenmaterial unterstützt. Eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für eigene Zwecke im klassisch verstandenen Sinne fallen bei dieser Gesellschaft nicht an.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nachdem die konjunkturelle Dynamik in Deutschland bis zur Mitte des vergangenen Jahres noch äußerst hoch war, geriet die Produktion spürbar ins Stocken. Zu den schlechteren Geschäftsaussichten beigetragen haben temporäre Belastungsfaktoren aber nicht zuletzt das außenwirtschaftliche Umfeld, das von einer ausgesprochen hohen politischen Unsicherheit geprägt ist. Zudem behinderten Kapazitätsengpässe offenbar die Produktion. So liegt der Anteil der Unternehmen, die über Produktionsbehinderungen aufgrund von Fachkräftemangel und Knappheiten bei Material und Ausrüstungen klagen, seit einiger Zeit auf ungewöhnlich hohem Niveau. Mit dem Auslaufen der temporären Belastungsfaktoren zum Jahreswechsel dürfte sich die Konjunktur wieder fangen. Zudem werden die privaten Konsumausgaben angesichts der kräftig steigenden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wieder rascher ausgeweitet werden. So planen die Unternehmen, die Beschäftigung weiter zu erhöhen, und die Effektivverdienste dürften angesichts der Knappheiten am Arbeitsmarkt mit überdurchschnittlichen Raten zulegen. Hinzu kommen spürbare Abgabensenkungen und Leistungsausweitungen der öffentlichen Hand. Das Institut für Weltwirtschaft Kiel rechnet für das Jahr 2020 mit einer Zuwachsrate von 1,8 Prozent. Hierbei wird allerdings mit einer Verlangsamung im Jahresverlauf gerechnet. (Quelle: Kieler Konjunkturbericht Q1/2019).

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland lag im Dezember 2018 lt. Agentur für Arbeit bei 5,3%, in NRW bei 6,4%. Die Arbeitslosenquote des Märkischen Kreises und des

Ennepe-Ruhr-Kreises liegt über dem Bundeswert, aber unter dem Landeswert mit 5,7% (Märkischer Kreis) bzw. 5,3% (Ennepe-Ruhr-Kreis). Zum gleichen Zeitpunkt beträgt die Quote allerdings für die Stadt Hagen 9,1%. Insgesamt zeigt sich an den Werten 2018 die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt. Trotz der weiterhin hohen Nachfrage nach Personal, bleibt die Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit ein bestimmendes Thema der Arbeitspolitik.

2.2 Geschäftsverlauf

Auch 2018 hat die Gesellschaft in die neue IT – Struktur investiert. Mit einem speziellen Softwaretool sind nun Anmeldungen zu Veranstaltungen über die Homepage möglich. Dies vereinfacht die Abläufe innerhalb der Gesellschaft und schafft die Möglichkeit, die Erfüllung des Datenschutzes im Vorfeld bereits sicherzustellen.

Die Entwicklungen in den Geschäftsfeldern

Die Gesellschaft führt Projekte im Rahmen der kommunalen und gesellschaftlichen Entwicklung, der Bildung/Ausbildung und der Arbeitsmarktentwicklung durch. Die Finanzierung erfolgt nahezu ausschließlich über öffentliche Fördermittel, nur der geringste Teil der Erträge wird aus eigener Geschäftstätigkeit erwirtschaftet. Die Gesellschaft wird über finanzielle Leistungsindikatoren nur insoweit gesteuert, als die durchgeführten Projekte im Rahmen der jeweiligen Kostenkalkulation liegen müssen. Dies wird engmaschig durch ein entsprechendes Projektcontrolling überwacht. Im Vordergrund der Steuerung der Gesellschaft stehen die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren im Rahmen einer erfolgreichen Projektdurchführung: Anzahl der Projektteilnehmer, Anzahl der durchgeführten Qualifizierungen u.ä. Diese werden nachfolgend nach den zwei Geschäftsbereichen getrennt dargestellt.

Geschäftsbereich 1: Schule-Ausbildung-Beruf

Seit 2013 haben die Stadt Hagen und der Ennepe-Ruhr-Kreis (EN) die agentur mark mit der Koordinierung des landesweiten Vorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“ betraut. Die Zuwendungsbescheide erhielten - wie im letzten Jahr - die Gebietskörperschaften und leiteten die Fördermittel für die MitarbeiterInnen der sog. Kommunalen Koordinierung an die agentur mark weiter. Neben einem regionalen Steuergremium wird die Arbeit der Kommunalen Koordinierung zusätzlich von

zwei Fachausschüssen und einem speziellen Veranstaltungsformat für die Schulen begleitet, deren Mitglieder analog zu den Handlungsfeldern des Landesvorhabens die Fachexpertise der am Übergangsgeschehen beteiligten Institutionen einbringen und verabredete Aktivitäten/Maßnahmen/Interventionen unterstützen.

Seit 2016 nehmen alle Schulen in Hagen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis an der Initiative verpflichtend teil. Es wurden von den Trägern Potenzialanalysen in 52 Schulen für rund 4500 Jugendliche durchgeführt. 341 Unternehmen registrierten sich für die Berufsfelderkundung auf unserer Buchungsplattform und stellten knapp 2.000 Plätze für Schüler und Schülerinnen ein. Daneben wurden wieder Gruppenformate insbesondere für die Branchen durchgeführt, in denen eine betriebliche Berufsfelderkundung im „Echtbetrieb“ schwierig ist, wie z.B. Handwerk, Gastgewerbe und Pflege.

Ein Schwerpunkt lag 2018 auf der Einführung von Standardelementen für die Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe 2.

Zum sechsten Mal wurde die Ausbildungsmesse Hagen, die maßgeblich vom Geschäftsbereich initiiert und organisiert wurde, erfolgreich mit rd. 120 Unternehmen veranstaltet. Die Messe wurde gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft Hagen, dem Märkischen Arbeitgeberverband und der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen (SIHK) mit Unterstützung der Agentur für Arbeit Hagen durchgeführt. Ebenso unterstützen wir die Wirtschaftsförderung des Ennepe-Ruhr-Kreises bei der Organisation der Messe im Ennepe-Ruhr-Kreis.

Neben den quantitativ messbaren Aktivitäten liegt das Hauptaugenmerk des Geschäftsbereichs darauf, die Prozesse zum Übergangsgeschehen mit allen am Ausbildungsmarkt Beteiligten zu verbessern. Daher war es zielführend, auch die von der Gesellschaft selbst durchgeführten Projekte in diesem Geschäftsbereich zu bündeln.

a) Startbahn_Zukunft

Die agentur mark koordiniert das Projekt startbahn_zukunft, das in Kooperation mit den Trägern Caritas Hagen und der Ev. Jugendhilfe Iserlohn-Hagen durchgeführt wird. Das Projekt wird finanziert aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit und der Jugendhilfe der Stadt Hagen. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Jahrgangsstufen an den Hagener Haupt- und Sekundarschulen. Gemeinsam mit den KlassenlehrerInnen und der Berufsberatung der Agentur für Arbeit Hagen wer-

den sie bei ihrer Berufswahl und Berufswegplanung begleitet. Die MitarbeiterInnen von startbahn_zukunft beraten und unterstützen SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte, stellen den Beteiligten Materialien zur Verfügung und gewinnen Unternehmen für die Teilnahme am umfangreichen Maßnahmenangebot.

Durch die aktive Beteiligung der Unternehmen am Netzwerk von startbahn_zukunft können diese in unterschiedlicher Weise vom Projekt profitieren. Sie erfahren einen Imagegewinn und erhalten wirkungsvolle Unterstützung bei der passgenauen Besetzung von Ausbildungsstellen. Im Rahmen von Betriebs- oder Schulbesuchen, Praktika und simulierten Vorstellungsgesprächen können sie interessierte Jugendliche kennenlernen und – wenn es passt – ihnen die Chance geben, sich um eine Ausbildung zu bewerben. Im Jahr 2018 gab es aktive Kontakte zu rd. 50 Betrieben verschiedener Größe und Branche.

Das Projekt hat im Jahr 2018 178 Schüler und Schülerinnen der beteiligten Schulen erreicht. Knapp 25% der teilnehmenden Schulabgänger und Schulabgängerinnen haben eine Ausbildung aufgenommen.

b) KAUSA Servicestelle Hagen

Die KAUSA Servicestelle Hagen ist ein Projekt im Rahmen des Bundesprogramms Jobstarter Plus. Die Laufzeit ist vom 01.06.2016 bis 31.05.2019. Ziel der bundesweit tätigen 29 KAUSA Servicestellen ist es, die Übergänge von jugendlichen Migranten in Ausbildung zu verbessern.

Die KAUSA Servicestelle Hagen hat seit Projektstart in 2016 insgesamt:

- an drei Schulen migrationsspezifische Konzepte erarbeitet
- neue Formate wie ein interkulturelles Elterncafé an Schulen erprobt
- 56 Elternlotsen aus Migrantenselbstorganisationen qualifiziert und ein entsprechendes Netzwerk aufgebaut
- 52 Unternehmer mit Migrationshintergrund für Ausbildung seit Projektbeginn aufgeschlossen, 21 davon bilden tatsächlich aus
- 105 Projektberatungen mit Jugendlichen durchgeführt, 25 konnten in Ausbildung vermittelt werden

- In Zusammenarbeit mit den Berufskollegs als Träger der Internationalen Förderklassen 244 Bewerberprofile von jugendlichen Zuwanderern, insbesondere syrischen Flüchtlingen erstellt. 102 Jugendliche wurden davon in Praktika vermittelt, 14 Jugendliche in Ausbildung und 16 Jugendliche in eine Einstiegsqualifizierung.

c) Ausbildung jetzt!

Ebenfalls aus dem Bundesprogramm JOBSTARTER plus wird das Projekt Ausbildung jetzt! finanziert mit einer Laufzeit vom 01.07.2018 bis 30.06.2021. Ziele dieses Projektes sind:

- Die Attraktivität der Ausbildung in Klein -und Kleinstunternehmen in Hagen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis zu erhöhen.
- Bindungsketten zwischen Jugendlichen und Klein -und Kleinstunternehmen zu initiieren und zu stärken
- Ein praxisnahes Ausbildungscoaching für die Unternehmen umzusetzen sowie daraus Instrumente für den Transfer zu entwickeln.

Im Jahr 2018 wurden mit Partnern in der Region bereits Kooperationen vereinbart und Aktivitäten abgestimmt. So wurde z.B. in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit eine regelmäßige Sprechstunde für Schülerinnen und Schüler zweier Berufskollegs eingeführt, um potenzielle Auszubildende kennenzulernen. Insgesamt wurden 2018 bereits 163 Klein- und Kleinstunternehmen und 120 Schülerinnen und Schüler von den beiden Projektmitarbeitenden kontaktiert, informiert oder beraten.

Geschäftsbereich 2: Fachkräftesicherung

a) Die Regionalagentur

Als eine von 16 nordrhein-westfälischen Regionalagenturen übernehmen wir seit vielen Jahren vielfältige Dienstleistungsaufgaben am Arbeitsmarkt für die Märkische Region. Auch im Geschäftsjahr 2018 haben wir erfolgreich alle im Zusammenhang mit den Landesarbeitsmarktprogrammen anfallenden Aufgaben für den Märkischen Kreis, den Ennepe-Ruhr-Kreis und die Stadt Hagen wahrgenommen. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW hat 2018 eine neue Schwerpunktsetzung vorgenommen. Die Beratung und Entwicklung einzelner Projekte wird durch eine stärkere Umsetzungsbegleitung der z.T. neuen Landesprogramme in den Hin-

tergrund gerückt. Veranstaltungsformate für Unternehmen und die Initiierung regionaler Netzwerke bleibt weiterhin im Focus. Die Öffentlichkeitsarbeit für die einzelnen Programme wird verstärkt.

Im Jahr 2018 wurden die Programme Potenzialberatung, Unternehmens-Wert:Mensch, Bildungsscheck, Bildungsprämie und „Beratung zur beruflichen Entwicklung“ wieder intensiv umgesetzt. Auch die Zielgruppenprojekte wie öffentlich geförderte Beschäftigung und Teilzeitberufsausbildung wurden beraten. Die Einführung des Programmes Ausbildung NRW und das damit einhergehende Programmende von Jugend in Arbeit waren ein deutlicher Schwerpunkt in der Projektumsetzung. Thematisch wurde ferner an dem Thema „Digitalisierung“ gearbeitet und mit der neuen Workshopreihe „digital scouts“ ein kooperatives regionales Angebot für Unternehmen dieser Region geschaffen. Die Kooperation mit den Partnern vor Ort wie auch dem Mittelstandszentrum 4.0 war hierbei maßgeblich.

Im Geschäftsjahr 2018 flossen nach aktuellem Kenntnisstand rd. 2,5 Millionen Euro EU-Fördermittel (Stand 04/19) im Kontext der Landesarbeitspolitik in die Region. Zählt man die Kofinanzierung der Programme aus anderen Finanzquellen dazu, sind ca. 4 Millionen Euro in die entsprechenden Programmlinien und Themen der Landesarbeitspolitik investiert worden. Die gesamte Tätigkeit der Regionalagentur wird landesseitig in einem umfassenden Programmcontrolling erfasst, um die dabei erzielten Erfolge und Wirkungen in den verschiedenen Arbeitsfeldern dokumentieren zu können.

b) Kompetenzzentrum Frau und Beruf

Mit den Kompetenzzentren Frau und Beruf sind 2012 landesweit Einrichtungen geschaffen worden, die dezentral in den Wirtschaftsregionen mit den regionalen Partnern Initiativen und Projekte zur Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzen. Im November 2018 startete die dritte Bewilligungszeit dieser Projektförderung für weitere 3 ½ Jahre. Das neue Projekt führt Bewährtes wie das Prädikat Familienfreundliches Unternehmen und das Cross Mentoring-Projekt mit neuen Akzenten fort und bereichert die Arbeit mit einem neuen inhaltlichen Baustein, nämlich der „gezielten Ausrichtung von Rekrutierungsstrategien“.

Bestimmend für die Arbeit 2018 war das Projektdesign des im November ausgelaufenen Projektkonzeptes. Im Jahr 2018 wurden erneut 7 Unternehmen mit dem Prädikat Familienfreundliches Unternehmen neu ausgezeichnet. Somit haben bereits 44 Unternehmen die Auszeichnung erhalten. Das Cross Mentoring-Projekt wurde ebenfalls erfolgreich weitergeführt. Elf Tandems von Mentees und MentorInnen aus 17 regionalen Unternehmen haben intensiv an verschiedenen Themen gearbeitet und wurden durch die agentur mark fachlich begleitet. Sowohl die Werkstattreihe für Personalverantwortliche als auch der Online – Kompass mit allen regionalen Angeboten zur Vereinbarkeit oder der Fachkräftesicherung wurden weitergeführt.

Personalbestand

Der Personalbestand ist seit letztem Jahr durch ein neues Projekt und eine höhere Anzahl von Teilzeitkräften gestiegen. Zum Jahresende (Stand 31.12.2018, Vorjahreswert in Klammern) waren 26 (21) MitarbeiterInnen bei der agentur mark GmbH beschäftigt, davon sind 19 (16) weiblich, 7 (5) männlich. Bezogen auf Vollzeitäquivalente ist die Steigerung allerdings nur gering und liegt zum Stichtag bei 19,63 (18,08).

Kirsten Kling ist in der Gesellschafterversammlung vom 02.11.2015 als Geschäftsführerin bis zum 31.10.2019 bestellt worden, Michaela Trzecinski ist am 01.08.2016 zur Prokuristin bestellt worden. Im Jahr 2018 beschloss die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführungsvertrag mit Frau Kling bis zum 31.10.2024 zu verlängern.

Öffentlichkeitsarbeit und Informationspflichten

Ihrem satzungsgemäßen Auftrag entsprechend hat die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2018 alle Berichtspflichten und Publizitätsverpflichtungen der Auftraggeber erfüllt, und zudem mit einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit die Akteure der Region, die Unternehmen und ihre Beschäftigten sowie die politisch Verantwortlichen in der Region, beim Land und beim Bund erfolgreich erreicht. Hierfür wurden neben Mitteln der Gesellschaft in erheblichem Umfang auch Mittel des Landes NRW für regionale Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt.

2.3 Wirtschaftliche Lage

Aufgrund eines neuen Projektes sind sowohl die Ertrags- als auch die Aufwandsseite des Abschlusses gegenüber der Planung für das Jahr 2018 erhöht.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft für das Jahr 2018 schließt mit einem negativen Ergebnis von -24.894 Euro.

Die betrieblichen Erträge belaufen sich auf 1.764.789,26 Euro. Die Bezuschussung der Gesellschaft durch die Stadt Hagen, den Märkischen Kreis und den Ennepe-Ruhr-Kreis wurde im planmäßigen Umfang gehalten.

Die bestimmende Position auf der Aufwandsseite ist der Personalaufwand mit 1.410.169 Euro, der aufgrund des neuen Projektes, aber auch aufgrund erhöhter Rückstellungen für Urlaub und Stunden, höher liegt als veranschlagt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen rund 84 TEuro über den Planungen. Hintergrund sind vermehrte Kosten durch Veranstaltungen, erhöhte Raumkosten, u.a. durch das neue Projekt, und ein Anstieg der Reparatur- und Instandhaltungskosten. Durch Dienstleistungen im Rahmen der neuen IT -Struktur und der neu eingeführten Softwareprogramme, liegen die Reparatur- und Instandhaltungskosten allein 27 TEuro höher als im Vorjahr. Die Abschreibungen sind rd. 7 TEuro über dem geplanten Ansatz für 2018 und damit rund 17 TEuro höher als im Vorjahr. Die Höhe der Investition in die IT wurde in Abstimmung mit der Gesellschafterversammlung gegenüber der Planung im Laufe der Umstellung erhöht.

Das negative Ergebnis für 2018 liegt gegenüber der Planung von -10.000 Euro nochmal um rd. 15 TEuro höher.

Die Gesellschaft verfügte zu jedem Zeitpunkt durch rechtzeitigen Mittelabruf und durch sachgerechte Verwendung der Mittel über ausreichende Liquidität. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet, die Stammeinlagen stehen vollumfänglich zur Verfügung.

2.4 Gesamtaussage

Mit den zwei Geschäftsbereichen ist die Gesellschaft ein verlässlicher Partner der Arbeitspolitik vor Ort. Die Verstetigung der Aufgaben hat zu einer Absicherung und guten Planbarkeit auch in finanzieller Hinsicht geführt. Das Geschäftsjahr ist aus strategischer Sicht erfolgreich abgeschlossen worden.

3. Prognosen/ Chancen und Risiken

Die bestehenden Projekte konnten 2018 zu einer Verlängerung geführt werden. Die Regionalagentur wurde mit der ausgesprochenen Verlängerung durch den Fördergeber um eine halbe Stelle gekürzt. Die Verlängerung des Projektes KAUSA Servicestelle Hagen ab Sommer 2019 geht mit einer neuen Schwerpunktsetzung und einer geringeren Förder- und damit Stellenanzahl einher. Der regionale Zuschuss wurde ferner auf die Gesamtregion ausgeweitet. Mit dem neuen Projekt Ausbildung Jetzt! haben wir den Bereich Ausbildung von KMU nochmals temporär gestärkt, um das Thema Bindungsketten in den Blick zu nehmen.

Die Kosten für die IT -Struktur der agentur mark werden aufgrund technischer Sicherheitsanforderungen, gesetzlicher Vorgaben, z.B. des Datenschutzes aber auch der fortschreitenden Digitalisierungsanforderungen an einen modernen Dienstleister, auch in Zukunft ein bedeutender Kostentreiber sein.

Durch die zum Teil langen Laufzeiten ist die Gesellschaft finanziell für die nächsten 3 Jahre gut abgesichert. Danach beginnt die neue EU-Förderphase. Sowohl das Mittelvolumen für NRW als auch die Inhalte sind noch unklar.

Bei der Bewertung denkbarer Risiken für die Gesellschaft wurde durch die Geschäftsführung erneut die Vereinbarkeit der von den Gebietskörperschaften gewährten Zuschüsse mit dem EU-Beihilfenrecht (Art 107 AEUV) geprüft. Hier vertritt die Geschäftsführung nach wie vor die Auffassung, dass entsprechende Risiken als gering zu erachten sind, da die Gesellschaft nach Satzung zweifelsfrei Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge mit öffentlicher Zwecksetzung wahrnimmt. Diese öffentliche Zwecksetzung der Gesellschaft wurde in der Satzung festgeschrieben und von der Stadt Hagen gegenüber der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde nachgewiesen.

Zudem besteht für die Aufgaben der Gesellschaft wegen fehlender Gewinnerzielungsmöglichkeit kein Wettbewerb am Markt. Falls die von den Gebietskörperschaften gewährten Zuschüsse doch gegen das EU-Beihilferecht verstoßen würden und somit zurückzahlen wären, läge eine Bestandsgefährdung der Gesellschaft vor, da die Rückzahlungen erheblich höher wären als die vorhandenen liquiden Mittel und das vorhandene Eigenkapital.

Da eine andere Rechtsauslegung des Art. 107 AEUV aber nicht mit Sicherheit auszuschließen ist, hat die Stadt Hagen per Ratsbeschluss vom 06.07.2017 die agentur mark für 10 Jahre mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirt-

schaftlichem Interesse (DAWI) in Form der Förderung und Verbesserung der beschäftigungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur in der Region betraut. Aufgrund des eher geringen Volumens der als potentielle DAWI Leistung eingestuften Aktivitäten der agentur mark, erfolgte die Betrauung ohne Regelung der Überkompensation. Per Trennungsrechnung wird die Einhaltung des DAWI Grenzwertes jährlich überprüft.

Ein ebenfalls nicht abschließend zu beurteilendes Risiko liegt in der steuerlichen Bewertung der Aktivitäten der Gesellschaft durch die zuständige Finanzverwaltung. Dies betrifft sowohl ertragssteuerliche Risiken als auch die umsatzsteuerliche Betrachtung. Hier bestehen erhebliche finanzielle Risiken bis hin zur Überprüfung des gesamten Geschäftsmodells.

Personalwirtschaftliche Risiken bestehen weiterhin in der hohen Anzahl an befristeten Beschäftigungsverhältnissen, die unmittelbar mit den Projektbewilligungen in Zusammenhang stehen und aktuell die finanziellen Risiken minimieren. Sollte die neue Bundesregierung wie im Koalitionsvertrag vorgesehen die Befristung von Arbeitsverträgen mit Sachgrund auf maximal 5 Jahre begrenzen, so wird der Anteil unbefristeter Arbeitsverträge bei der agentur mark steigen müssen, um die Kompetenz im Unternehmen zu erhalten. Für die Gesellschaft würden sich die finanziellen Risiken durch das zeitliche Auseinanderfallen von Projektförderungen und Arbeitsverträgen deutlich erhöhen.

Die gegenwärtige Haushaltslage der Kommunen stellt prinzipiell ein Risiko für die Gesellschaft dar, da wesentliche Teile der Aufwendungen nur durch die Gesellschaftsbeiträge gedeckt werden können. Die Betriebskostenzuschüsse der Teilregionen sind zudem zur Einwerbung der Fördergelder notwendig.

Hagen, 29.03.2019

gez. Kirsten Kling

19. Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) AöR

19.1. Allgemeine Daten

Eilper Straße 132-136
58091 Hagen
Telefon: 02331 207-26 34
Telefax: 02331 207-24 68

Internet: www.wbh-hagen.de
E-Mail: wbh@stadt-hagen.de

19.2. Unternehmensgegenstand

Das Kommunalunternehmen nimmt im Gebiet der Stadt Hagen folgende Tätigkeiten als eigene Aufgaben wahr:

- Öffentliche Abwasserbeseitigung,
- Friedhofsträger in der Stadt Hagen,
- Pflege, Erhalt, Weiterentwicklung sowie Bewirtschaftung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit der ihr von der Stadt Hagen zu Eigentum übertragenen Forste; mit dem Ziel der Beibehaltung der Bruttoforstfläche,
- Betrieb der Grünabfallkompostierungsanlage Hohenlimburg,
- Entwicklung, Sanierung und Erschließung von Baugebieten, Gewerbe- und Industrieflächen, dies beinhaltet auch den An- und Verkauf von Grundstücken.

19.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Das Kommunalunternehmen nimmt die öffentliche Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Hagen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften als eigene Aufgaben und darüber hinaus weitere ihm übertragenen Aufgaben wahr.

19.4. Beteiligungsverhältnis



19.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft





DR. HEILMAIER & PARTNER GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

B e r i c h t

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2018 und des
Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2018

der

Anstalt des öffentlichen Rechts

Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR (WBH)

Ausfertigung Nr.: «Zahl»

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
Carl-Wilhelm-Straße 16, 47798 Krefeld
Postfach 10 02 43, 47702 Krefeld
Tel. 0 21 51 - 63 90 - 0
Fax 0 21 51 - 63 90 - 90
E-Mail hp@heilmaier-partner.de
Internet www.heilmaier-partner.de
Amtsgericht Krefeld HRB 3704

Geschäftsführer:

Dirk Abts RA · WP · StB

Jürgen Baumanns Dipl.-Betriebswirt · StB

Markus Esch RA · WP · StB

Ralf Kempkens Dipl.-Kfm. · WP · StB

Karl Nauen Dipl.-Kfm. · WP · StB

Thorsten Pietsch RA · StB

Ulrich Schöpp Dipl.-Kfm. · WP · StB

Franz Vochsen RA · StB

E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

- 120 Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.
- 121 Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen der Kommunalunternehmensverordnung und den Bestimmungen der Anstaltssatzung geführt worden sind.
- 122 Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 7 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

123 Nach dem Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir für den Jahresabschluss der Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR, Hagen, zum 31. Dezember 2018 und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR, Hagen

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der KUV NRW und den ergänzenden Bestimmungen Anstaltssatzung und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 114a GO NRW in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der KUV NRW und den ergänzenden Bestimmungen der Anstaltssatzung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter

Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Anstalt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

G. Schlussbemerkung

- 124 Den vorstehenden Prüfungsbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Anstalt des öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2018 erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450).
- 125 Der von uns mit Datum vom 14. Mai 2019 erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt F. "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers" enthalten.
- 126 Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/ oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Krefeld, den 14. Mai 2019

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Kempkens
Wirtschaftsprüfer



DR. HEILMAIER & PARTNER GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

ANLAGEN

Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen
Bilanz zum 31.12.2018

Anlage 1
Seite 1

Aktivseite	<u>31.12.2018</u>		<u>31.12.2017</u>
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		277.414,47	290.453,65
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten a. fremden Grundstücken	51.715.913,37		51.893.743,15
2. Abwassersammlungsanlagen	310.706.248,88		311.934.017,13
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.379.951,58		6.640.577,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.485.012,64		10.505.782,66
		377.287.126,47	380.974.120,93
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	5.485.920,07		1.504.166,07
2. Sonstige Ausleihungen	239.381,02		206.062,56
		5.725.301,09	1.710.228,63
		383.289.842,03	382.974.803,21
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	31.577,60		40.945,94
2. Unfertige Leistungen	139.474,09		139.474,09
3. Fertige Leistungen	137.351,33		100.481,77
		308.403,02	280.901,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	432.927,17		479.336,47
2. Forderungen gegen Mark-E AG	0,00		1.120.596,18
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	973.841,01		327.225,55
4. Forderungen gegen die Stadt	5.569.445,17		2.522.245,72
5. Sonstige Vermögensgegenstände davon aus Steuern: 0,00 €	364.772,95		368.926,08
		7.340.986,30	4.818.330,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
		8.069,89	1.280,77
		7.657.459,21	5.100.512,57
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		155.459,44	154.346,38
		391.102.760,68	388.229.662,16

Passivseite	<u>31.12.2018</u>		<u>31.12.2017</u>
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		41.000.000,00	41.000.000,00
II. Rücklagen			
1. Allgemeine Rücklage	32.723.989,25		32.115.927,31
2. Zweckgebundene Rücklagen	<u>10.586.452,44</u>		<u>6.626.452,44</u>
		43.310.441,69	38.742.379,75
III. Bilanzgewinn		<u>7.005.862,50</u>	<u>7.832.981,85</u>
		91.316.304,19	87.575.361,60
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse			
		46.414.876,57	47.068.076,13
C. Empfangene Ertragszuschüsse			
		28.561.312,43	29.053.790,19
D. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen	20.063.486,00		16.430.195,00
2. Steuerrückstellungen	14.208,94		154.750,94
3. Sonstige Rückstellungen	<u>5.879.205,98</u>		<u>7.821.388,72</u>
		25.956.900,92	24.406.334,66
E. Verbindlichkeiten			
1. Anleihen davon konvertibel 0,00 €	25.351.739,73		25.351.739,73
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	141.885.624,30		144.655.149,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.965.316,20		2.284.519,91
4. Verbindlichkeiten gegenüber Mark-E AG	1.429.113,29		273.013,23
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	198.019,85		244.161,80
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.323.283,40		2.284.898,21
7. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 253.913,09 €	<u>2.646.286,77</u>		<u>2.333.353,74</u>
		175.799.383,54	177.426.835,62
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
	23.053.983,03	<u>23.053.983,03</u>	<u>22.699.263,96</u>
		<u>391.102.760,68</u>	<u>388.229.662,16</u>

Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2018

Anlage 2

		<u>2018</u>		<u>2017</u>
	€	€	€	€
1.	Umsatzerlöse	82.907.716,22		79.103.470,20
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	36.869,56		19.754,90
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	1.401.808,73		1.683.249,16
4.	Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.561.528,57</u>		<u>1.904.610,86</u>
			85.907.923,08	82.711.085,12
5.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.512.423,52		1.498.952,10
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	35.058.008,53		33.942.486,88
		<u>36.570.432,05</u>		<u>35.441.438,98</u>
6.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	15.703.192,36		15.262.345,29
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung 4.595.926,71 €	8.000.628,94		5.947.783,85
		<u>23.703.821,30</u>		<u>(2.944.430,87)</u>
				21.210.129,14
7.	Abschreibungen			
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	11.019.130,60		10.885.641,94
	b) abzüglich Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.109.533,63		1.122.847,47
		<u>9.909.596,97</u>		<u>9.762.794,47</u>
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>3.261.455,66</u>	73.445.305,98	2.493.744,54
9.	Erträge aus Beteiligungen		5.652,67	0,00
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		6.101,33	3.620,37
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus Aufzinsung von Rückstellungen	605.632,00 €	5.384.182,99	5.883.860,64 (590.960,00)
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag		33.244,26	38.682,93
13.	Ergebnis nach Steuern		7.056.943,85	7.884.054,79
14.	Sonstige Steuern		51.081,35	51.072,94
15.	Jahresüberschuss		7.005.862,50	7.832.981,85
16.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		7.832.981,85	7.814.905,16
17.	Zuführung zur allgemeinen Rücklage		608.061,94	2.760.116,28
18.	Zuführung zur zweckgebundenen Rücklage		3.960.000,00	0,00
19.	Ausschüttung an die Stadt		3.264.919,91	5.054.788,88
20.	Bilanzgewinn		7.005.862,50	7.832.981,85

**Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen (AöR)**

Anhang 2018

A. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung-KUV) vom 24.10.2001, zuletzt geändert durch VO vom 19. September 2014 (GV. NRW. S. 616), in Kraft getreten am 11. Oktober 2014, erstellt. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend der Formblätter 1 und 4 der EigVO NW vom 16. November 2004 gegliedert.

Pflichtangaben nach HGB zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Vermerke, die nach HGB wahlweise in Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang aufzunehmen sind, sind vollständig im Anhang dargestellt.

Die nach § 26 KUV ergänzend geforderten Informationen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, deren Angabe originär im Lagebericht gefordert werden, werden an entsprechender Stelle im Anhang berücksichtigt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Anlagevermögen

Die Wertentwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens des Geschäftsbetriebes ist im Anlagengitter (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Das Anlagevermögen ist mit Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt; die Werte der abnutzbaren Wirtschaftsgüter vermindern sich um planmäßige lineare Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Sonstige Ausleihungen sind zum Ausgabebetrag abzüglich Tilgungsleistungen angesetzt.

Der Wirtschaftsbetrieb Hagen hat in 2018 Zugänge im Anlagevermögen in Höhe von 11.673 T€.

Es ergibt sich folgende Verteilung:

Zugänge in	2018		2017	
	gesamt [T€]	[%]	gesamt [T€]	[%]
Abwasseranlagen	5.381	46,10	8.280	56,81
Grundstücke, Gebäude und Außenanlagen	707	6,06	3.661	25,13
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.414	12,11	1.978	13,57
Immaterielles Vermögen	130	1,11	143	0,98
Finanzanlagen	4.042	34,63	510	3,51
<u>Gesamt</u>	<u>11.673</u>	<u>100,00</u>	<u>14.572</u>	<u>100,00</u>

Immaterielles Vermögen

Der Erwerb von Softwarelizenzen (130 T€) betrifft in 2018 überwiegend die Bauabteilung mit zusätzlichen Modulen der Software RIB iTWO (59 T€) und eine CAD-Lizenz (4 T€) sowie für die Kanalnetz- und Grünunterhaltung zusätzliche KANIO-Lizenzen und ein KANIO-Upgrade (23 T€).

Sparten übergreifend wurden verschiedene Softwarelizenzen für die E-Mail-Verschlüsselung, Netzwerkzugang und Sicherungssoftware (35 T€) sowie eine Vergabesoftware (9 T€) angeschafft.

Sachanlagen

5.381 T€ (46,1 %) der Investitionen betreffen Abwasseranlagen.

Abgängig sind Abwasseranlagen mit einem Restbuchwert von 228 T€.

Kanäle mit einem Restbuchwert von 102 T€ wurden im Inlinerverfahren saniert.

Anlagen im Wert von 7.153 T€ wurden in Betrieb genommen. Davon entfallen 4.594 T€ auf Stauraumkanäle, 2.468 T€ auf Kanäle, 51 T€ auf Regenüberlaufbauwerke und 40 T€ auf Regenklärbecken.

Zugänge innerhalb der Grundstücke, Gebäude und Außenanlagen (707 T€) verteilen sich auf die Sparten Abwasser 439 T€, Forst 13 T€ und Friedhöfe 255 T€.

Innerhalb der Sparte Abwasser [...] beziehen sich 369 T€ auf den Betriebsstandort Eilper Straße. Davon wurden 102 T€ für den Umbau des Gebäudes D – Teil Stadtarchiv, 58 T€ für das Rechenzentrum des städtischen EDV-Dienstleisters und 75 T€ für das neue Verwaltungsgebäude aufgewandt. Ferner wurde in die Gebäude A, B und C für 83 T€ Brandmeldeanlagen eingebaut. Die übrigen Investitionen auf dem Betriebshof betragen 51 T€.

Außerhalb des Betriebsstandortes wurden nachfolgende Investitionen in der Gesamthöhe von 70 T€ getätigt:

An der Flensburgstraße wurde ein Grundstück für 9T€ für den Bau eines Regenrückhaltebeckens gekauft. Für den Umbau des ehemaligen Naturfreundehauses zum Waldkindergarten wurden weitere 51 T€ investiert. Die übrigen 10 T€ beziehen sich auf Überdachungen von Außenflächen und die Einfriedung eines Regenrückhaltebeckens.

In der Sparte Forst wurden Waldflächen im Wert von 1 T€ erworben. Für das Brennholzlager an der Kompostierungsanlage wurden 4 T€ und für die Befestigung einer Lagerfläche am Holz-Energiehof wurden 8 T€ investiert.

In der Sparte Friedhof beziehen sich die Investitionen i.H.v. 73 T€ auf die Anlage von Begräbnisstätten. Der Bau des „Ewigkeitsbrunnen“ auf dem Friedhof Delstern zur Bestattung von Urnen erforderte 103 T€ sowie die in Umsetzung befindliche Maßnahme „Muslimisches Waschhaus“ auf dem Friedhof Vorhalle weitere 13 T€. Umbauarbeiten am Krematorium Delstern wurden mit 10 T€ aktiviert. Für die Sanierung der Zufahrt Friedhof Haspe wurden 8 T€ aufgewandt sowie für den Bau eines Behindertenstellplatzes am Friedhof Vorhalle 5 T€ investiert.

Auf den öffentlichen Parkplätzen an vier Friedhöfen wurde eine Elektrotankstelle für Elektro-PKW (37 T€) errichtet. Die Toranlage Betriebshof Friedhof Loxbaum wurde für 6 T€ erneuert.

Die Zugänge der Betriebs- und Geschäftsausstattung belaufen sich auf 1.414 T€.

Fahrzeuge wurden im Wert von 1.099 T€ angeschafft. Investiert wurde in vier Kommunal-schlepper (178 T€), ein LKW Dreiseitenkipper mit Ladekran (237 T€), ein LKW mit Grubensaugaufbau (258 T€), ein Friedhofsbagger (120 T€), ein Teleskop-Radlader (86 T€) sowie drei Kleintransporter (107 T€) und zwei Elektrofahrzeuge (65 T€). Die verbleibenden 48 T€ verteilen sich auf Anbaugeräte und Anhänger.

Die Investitionen in die sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung beläuft sich auf 315 T€, davon 113 T€ geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert von jeweils maximal 800 € netto.

Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen weist der WBH nachstehende Beteiligungen aus:

- Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Hagen

Ergebnis des Geschäftsjahres 2018:	167.987,74 €
Gezeichnetes Kapital zum 31.12.2018:	1.000.000,00 €
Anteil des WBH am Kapital:	100%

- C.C. Reststoff-Aufbereitung GmbH & Co.KG, Hagen

Ergebnis des Geschäftsjahres 2017:	28.263,39 €
Kapitalanteile Kommanditisten zum 31.12.2017:	260.000,00 €
Anteil der WBH am Kapital:	20%

- C.C. Reststoff-Aufbereitung-Verwaltungs-GmbH

Ergebnis des Geschäftsjahres 2017:	2.903,63 €
Gezeichnetes Kapital zum 31.12.2017:	65.000,00 €
Anteil der WBH am Kapital zum 31.12.2017:	20%

- Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Ergebnis des Geschäftsjahres 2018:	- 77.348,96 €
Gezeichnetes Kapital zum 31.12.2018:	25.000,00 €
Anteil der WBH am Kapital zum 31.12.2018:	49%

Sonstige Ausleihungen sind Darlehen an Arbeitnehmer zum Erwerb bzw. Modernisierung von Wohneigentum.

Umlaufvermögen

Vorräte

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (32 T€) sind zu Anschaffungskosten bewertet. Unfertige Leistungen (139 T€) beziehen sich auf die Erstellung einer Erschließungsstraße im Gewerbegebiet Herbeck-West für die Stadt Hagen. Fertige Leistungen (137 T€) sind zum Verkauf vorgesehene Holzvorräte (Brenn- und Langholz). Die Bewertung erfolgte zu Verkaufspreisen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert ausgewiesen.

Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos und des Zinsverlustes wurde auf die offenen Beträge zu den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, auch die gegen die Stadt Hagen, eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 4,5% gebildet. Soweit erforderlich wurden die Forderungen einzelwertberichtigt.

Zusammensetzung und Restlaufzeit der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände:

Forderungen	Restlaufzeit		Gesamt [T€]
	bis zu einem Jahr [T€]	von mehr als einem Jahr [T€]	
- aus Lieferungen und Leistungen	430	3	433
- gegen Mark-E AG	0	0	0
- gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	974	0	974
- gegen die Stadt	5.569	0	5.569
- Sonstige Vermögensgegenstände	365	0	365
Gesamt	7.338	3	7.341

Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, stellen Forderungen gegenüber der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, gegenüber der Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH und gegenüber der C.C. Reststoff-Aufbereitung GmbH & Co. KG dar.

Forderungen gegenüber der HEG mbH bestehen in Höhe von 902 T€. Sie resultieren in Höhe von 679 T€ aus der Gewährung eines Liquiditätskredites und in Höhe von 223 T€ aus der Geschäftsbesorgung 2018.

Bei den Forderungen gegenüber der C.C. Reststoff handelt es sich um aufgelaufene Forderungen aus Beteiligungserträgen (65 T€).

Forderungen gegen die HIG mbH (7 T€) beziehen sich auf die Geschäftsbesorgung 2018.

Forderungen gegen die Stadt Hagen (5.569 T€) beinhalten Forderungen gegen die Stadtverwaltung und gegen städtische Tochtergesellschaften, die in den Konzernabschluss der Stadt Hagen einbezogen werden. Die Forderungen resultieren aus internen Leistungsbeziehungen (5.044 T€), aus weiterzureichenden Abwassergebühren (435 T€), aus Forderungen aus der Übernahme von Friedhofsgebühren (9 T€) durch das städtische Ordnungsamt und aus Verrechnungsansprüchen der WBH aus Versicherungsleistungen (81 T€).

Sonstige Vermögensgegenstände (365 T€) beinhalten Forderungen gegenüber Privaten aus Abwassergebühren (164 T€) und Forderungen aus vorverlegten Hausanschlüssen (197 T€). Übrige Forderungen summieren sich auf 4 T€.

Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Guthaben bei Kreditinstituten und die flüssigen Mittel der Barkasse belaufen sich auf 8 T€.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (155 T€) betrifft Besoldungs- und Versorgungszahlungen (130 T€), Aufwendungen für Beratungsleistungen (6 T€) und Aufwendungen für Sonstiges (7 T€), die das Folgejahr betreffen. Aufwendungen aus der Bereitstellung von Befliegungsdaten (12 T€) beziehen sich auf die Jahre 2019 bis 2020.

Passivseite

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Wirtschaftsbetriebes erhöhte sich im Geschäftsjahr von 87.575 T€ um 3.741 T€ auf 91.316 T€.

Stammkapital

Das Stammkapital beträgt unverändert 41.000 T€.

Rücklagen

Mit Beschluss des Rates der Stadt Hagen vom 05.07.2018 ist von dem Jahresüberschuss 2017 (7.833 T€) ein Betrag von 3.265 T€ an die Stadt Hagen ausgeschüttet worden; der verbleibende Restbetrag von 4.568 T€ wurde in Höhe von 608 T€ in die allgemeine Rücklage, ein Betrag in Höhe von 3.960 T€ in die zweckgebundene Rücklage eingestellt. Die zweckgebundene Rücklage dient der Kapitalausstattung der Beteiligungsgesellschaften HIG mbH und HEG mbH in Höhe von 1.960 T€ bzw. 2.000 T€.

Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 7.006 T€.

Zuschüsse

Für konkrete Baumaßnahmen und für Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung gewährte Zuschüsse werden unter dem Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert. Ihre Auflösung erfolgt in Höhe der jeweiligen Abschreibungssätze der bezuschussten Anlagen.

Erhaltene Zuschüsse für Kanalanschlüsse, Erschließungen u.a. finden sich unter den Ertragszuschüssen, die jährlich in Höhe von durchschnittlich 1,5% erfolgswirksam aufgelöst werden.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind von 16.430 T€ in 2017 um 3.633 T€ auf 20.063 T€ gestiegen. 12.740 T€ entfallen auf 27 aktive Anwärter und 7.323 T€ auf 14 Versorgungsempfänger.

Die Bewertung erfolgte nach der Methode der laufenden Einmalprämien (PUC-Methode) unter Anwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck. Der angewandte Diskontie-

zungssatz beträgt 3,21 % (10-Jahres-Durchschnitt). Steigerungen in der Anwartschaftsphase und die Dynamik der laufenden Renten wurden mit 2% berücksichtigt.

Unter Anwendung des Abzinsungssatzes von 2,32 % (7-Jahresdurchschnitt) ergibt sich eine Rückstellung von 23.746 T€. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB beträgt 3.683 T€.

	Stand	Inanspruch-	Auflösung	Zuführung		Stand
	01.01.2018	nahme		Personalaufwand	Zinsaufwand	31.12.2018
	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]
Pensionsrückstellungen	16.430	450	0	3.487	596	20.063

Die Steuerrückstellungen berücksichtigen Zinsbelastungen aus Umsatzsteuerverbindlichkeiten für den Betrieb gewerblicher Art „Dienstleistungen für die Stadt Hagen“ für die Jahre 2013 bis 2016 in Höhe von 14 T€.

	01.01.2018	nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2018
	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]
Steuer-rückstellungen	155	155	1	14	14

Die sonstigen Rückstellungen (5.879 T€) entwickeln sich wie folgt:

	Stand	Inanspruch-	Auflösung	Zuführung	Stand
	01.01.2018	nahme			31.12.2018
	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]	[T€]
Abwassergebühren	1.710	1.639	71	354	354
Drohverluste	939	0	396	0	543
Ausstehende Rechnungen	707	228	127	173	525
Altersteilzeit	848	250	1	228	825
Unterlassene Kanalsanierung	683	228	0	0	455
Beihilfen für Beamte	1.592	39	5	314	1.861
Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen	1.075	1.075	0	1.035	1.035
Unterlassene Gebäudeinstandhaltung	108	0	0	0	108
Jahresabschlusskosten	138	29	0	31	140
Betriebskosten Abwasseranlagen	13	13	0	16	16
Aufbewahrungspflichten	4	0	0	0	4
Sonstiges	4	2	1	11	12
Gesamt	7.821	3.503	601	2.162	5.879

Die sonstigen Rückstellungen reduzieren sich von 7.821 T€ um 1.942 T€ auf 5.879 T€.

Die Rückstellung Abwassergebühren (354 T€) berücksichtigt Beträge, die sich aus der vorläufigen Nachkalkulation der Gebührenbedarfsberechnung 2018 ergeben. Kostenüberdeckungen beziehen sich auf Schmutzwassergebühren.

Mit der Drohverlustrückstellung passiviert der WBH ein Zinssicherungsgeschäft mit einem negativen Marktwert zum Bilanzstichtag in Höhe von 543 T€.

Die Rückstellung für ausstehende Rechnungen (525 T€) umfasst Verpflichtungen aus der Inanspruchnahme von Leistungen städtischer Fachbereiche bzw. städtischer Betriebe (432 T€), Verpflichtungen zur Zahlung der Abwasserabgabe (63 T€) sowie sonstige Positionen (30 T€).

Die Rückstellung Altersteilzeit berücksichtigt 10 geschlossene Verträge. Die Verpflichtungen aus diesen Verträgen wurden einzeln bewertet, d.h. die Verpflichtungen wurden mit den ihrer jeweiligen Laufzeit entsprechenden Diskontierungsfaktoren abgezinst.

Bei Übernahme des sog. Kanalaltvermögens von der Stadt Hagen im Jahr 2000 war bekannt, dass Sanierungen der Anlagen in einer Größenordnung von 6.876 T€ in den Folgejahren notwendig sein werden. Dem noch anstehenden Sanierungsbedarf hat man durch die Bildung einer Rückstellung für unterlassene Kanalsanierung Rechnung getragen. Im Berichtsjahr wurde die Rückstellung in Höhe von 228 T€ in Anspruch genommen.

Rückstellungen für Beihilfen für Beamte bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 1.861 T€.

Die Rückstellung für Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen (1.035 T€) berücksichtigt die Verpflichtungen des WBH aus den zum Bilanzstichtag noch offenen Urlaubsansprüchen (711 T€) und Ansprüchen auf Freizeitausgleich (324 T€).

Die Rückstellung für unterlassene Gebäudeinstandhaltung hat WBH im Zuge der Übernahme der städtischen Fachbereiche im Jahr 2011 übernommen.

Die Rückstellung für Jahresabschlusskosten (140 T€) umfassen Personalkosten für die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie Verpflichtungen für externe Prüfungskosten.

Die Rückstellung für Betriebskosten Abwasseranlagen (16 T€) berücksichtigt eine Kostenbeteiligung des WBH für die Mitnutzung von Entwässerungsanlagen des Ruhrverbands.

Die Rückstellung für Sonstiges (12 T€) umfasst Steuerberatungskosten.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Zusammensetzung, die Laufzeiten sowie Art und Form der Sicherung der Verbindlichkeiten sind nachfolgend dargestellt:

Verbindlichkeiten	bis zu einem Jahr [T€]	Restlaufzeit von mehr als einem Jahr [T€]	von mehr als fünf Jahren [T€]	Gesamt [T€]	davon gesichert [T€]	Art und Form der Sicherheit [T€]
- Anleihen, davon konvertibel 0 T€	352	0	25.000	25.352		
- gegenüber Kreditinstituten	14.326	44.570	82.989	141.886	7.961	Bürgschaft der Stadt Hagen
- aus Lieferungen und Leistungen	1.965	0	0	1.965		
- gegenüber Mark-E	1.429	0	0	1.429		
- gegenüber der Stadt	198	0	0	198		
- gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteili- gungsverhältnis besteht	2.323	0	0	2.323		
- Sonstige Verbindlichkeiten	2.646		0	2.646		
Gesamt	23.240	44.570	107.989	175.799		

Unter den Anleihen weist die WBH ein Schuldscheindarlehen nebst Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 25.352 T€ aus, welches sie zur Ablösung eines gegenüber der Stadt Hagen bestehenden Liquiditätskredites (10.000 T€), zur Begleichung der Verbindlichkeiten aus der Eingliederung der städtischen Fachbereiche im Jahr 2011 (9.100 T€) und zur Finanzierung von Bauvorhaben (5.900 T€) aufgenommen hat. Das von einer Versicherung ausgegebene und auf Euro lautende Schuldscheindarlehen ist mit einem fixen Kupon von 3,170 % ausgestattet und ohne vorherige Tilgung in einer Summe am 22.07.2044 fällig.

Verbindlichkeiten gegenüber der Mark-E (1.429 T€) sind Rückzahlungsverpflichtungen aus unterjährig zu viel erhaltenen Schmutzwassergebühren (1.253 T€) und Verbindlichkeiten für den Einzug der Entwässerungsgebühren (176 T€).

Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt (198 T€) beinhalten Verbindlichkeiten aus internen Leistungsbeziehungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen (2.323 T€) bestehen gegenüber der Hagerer Industrie- und Gewerbeflächen GmbH in Höhe des noch nicht einbezahlten Anteils an der Kapitalrücklage (2.300 T€) und gegenüber der C.C.Reststoff -Aufbereitung GmbH & Co.KG in Höhe von 23 T€ aus Lieferungen und Leistungen.

Sonstige Verbindlichkeiten (2.646 T€) betreffen Rückzahlungsverpflichtungen aus Schmutz- und Niederschlagswassergebühren (2.391 T€) und Verbindlichkeiten aus Lohn-, Umsatz- und Ertragssteuern (254 T€). 1 T€ betreffen übrige Verpflichtungen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten (23.054 T€) berücksichtigt überwiegend die Einnahmen der Friedhöfe und des Ruheforstes aus der Vergabe von Nutzungsrechten (23.045 T€). Die Auflösung erfolgt entsprechend den jeweils vertraglich vereinbarten Nutzungsdauern. Übrige Positionen belaufen sich auf 9 T€ und betreffen Miet-/Pachterträge für 2019.

Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen sowie Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus einem Bestellobligo zu Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 5.540 T€, davon den Kanalbau betreffend in Höhe von 3.573 T€.

Aus Leistungen für die Stadt Hagen besteht ein Bestellobligo zu Straßenbau- und sonstigen investive Maßnahmen in Höhe von 14.419 T€. Offene Aufträge aus der Unterhaltung der städtischen Infrastruktur belaufen sich auf 710 T€, beauftragte Unterhaltungsleistungen für das Vermögen des WBH bestehen in Höhe von 528 T€.

Verpflichtungen aus Miet-/Leasing- und Wartungsverträgen stellen sich zum 31.12.2018 wie folgt dar:

Fälligkeit	T€
im Folgejahr	46
zwischen 1 und 5 Jahren	1
Gesamt	46

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse stellen sich, getrennt nach Leistungsarten, wie folgt dar:

Umsatzerlöse	2018 [T€]	2017 [T€]
<u>Abwasser</u>	<u>46.656</u>	<u>44.937</u>
<u>Gebühren</u>	<u>44.599</u>	<u>43.026</u>
Schmutzwassergebühren	25.327	24.610
Niederschlagswassergebühren	13.091	12.443
Straßenoberflächenentwässerung	6.180	5.973
<u>Kostenerstattungen von Stadt</u>	<u>947</u>	<u>753</u>
Sinkkastenreinigung	446	362
Erträge Gewässerunterhaltung	380	229
Erträge Gewässerausbau	57	62
Erträge Brunnenwartung	65	100
<u>Erträge aus Personalgestellung</u>	<u>236</u>	<u>228</u>
<u>Mieterträge</u>	<u>470</u>	<u>420</u>
<u>Sonstige Entgelte</u>	<u>403</u>	<u>510</u>
Sonstiges (Einleitungen/Durchleitungen/Unterhaltung Abwasseranlagen Gemeinde, Verbände, Private)	403	510
<u>Friedhöfe/Ruheforst</u>	<u>2.932</u>	<u>2.849</u>
<u>Hoheitliche Friedhöfe/Ruheforst</u>	<u>2.451</u>	<u>2.371</u>
Nutzungsrechte Friedhöfe	1.169	1.144
Nutzungsrechte Ruheforst	66	57
Bestattungen	421	409
Sonstige Gebühren/Entgelte	568	531
Anteil städt. Grün	146	146
Unterhaltung Kriegsgräber	50	50
Unterhaltung Ehrengräber	11	11
Sonstiges	20	22
<u>Krematorium</u>	<u>481</u>	<u>478</u>
<u>Kompostierung</u>	<u>389</u>	<u>371</u>
<u>Forst</u>	<u>366</u>	<u>358</u>
Holzverkauf	247	255
Wildverkauf	8	9
Mieterträge	87	77
Sonstiges	24	17
<u>Zwischensumme</u>	<u>50.342</u>	<u>48.516</u>

Umsatzerlöse	2018 [T€]	2017 [T€]
Übertrag	50.342	48.516
<u>Bau und Unterhaltungsleistungen für die Stadt</u>	32.565	30.587
Bau	11.246	9.648
Unterhaltung	21.319	20.939
<u>Umsatzerlöse gesamt</u>	82.907	79.103

Hinsichtlich der Gebühren aus Schmutz- und Niederschlagswasser gelten nachstehende Angaben zu Mengen und Tarifen.

Schmutzwassergebühr							
Kanalbenutzer	Frischwasserlieferant	Erlös in T€		Bezugs-/Abwassermenge in Tcbm		€/cbm	
		2018	2017	2018	2017	2018	2017
Privathaushalte	Mark E	23.703	23.274	9.481	9.310	2,50	2,50
Großabnehmer, Gewerbetreibende, Privathaushalte**	Eigenversorger, andere Versorgungsunternehmen u. Eigenförderung	1.624	1.336	1.131	925	tlw. 2,50, zum weitaus überwie-genden Teil RV-Mitglieder *1,20	tlw. 2,50, zum weitaus überwie-genden Teil RV-Mitglieder *1,19
Zwischensummel:		25.327	24.610	10.612	10.235		
Niederschlagswassergebühr							
				Grundstücksflächen in Tqm		€/qm	
Privathaushalte, Nichtmitglieder RV		12.401	11.814	10.214	10.174	1,18	1,11
RV-Mitglieder*		691	629	658	642	1,05	0,98
Zwischensummel:		13.091	12.443	10.872	10.816		
Gesamt:		38.419	37.054				

* Mitglieder des Ruhrverbandes zahlen den Klärkostenbeitrag und die Abwasserabgabe direkt an den Ruhrverband

** Veranlagung durch WBH/Stadtkämmerei

D. Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Am 01.03.2007 hat WBH (seinerzeit SEH) nach vorheriger Beratung im Verwaltungsrat einen Forward-Swap für ein im Jahr 2010 aus der Zinsbindung fallendes Darlehen abgeschlossen. Damit wurden ca. 50% der im Jahr 2010 zu verlängernden Darlehen vorzeitig zinsmäßig gesichert. Diese Entscheidung fiel vor dem Hintergrund sich abzeichnender steigender Zinssätze. Diese prognostizierte Entwicklung trat zunächst auch ein, erst im Zuge der Finanzkrise kehrte sich die Zinsentwicklung um. Zum Bilanzstichtag liegt der Marktwert bei 543 T€.

Art	Umfang [T€]	Marktwert [T€]	Bilanzwert [T€]	Bilanzposition
Zinsswap				
Forward Swap	10.210	543	543	D. sonstige Rückstellungen

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr hat WBH durchschnittlich 349 (i. Vj. 357,5) Mitarbeiter beschäftigt. Bezogen auf die einzelnen Personengruppen ergibt sich folgendes Bild:

Jahr 2018	I.	II.	III.	IV.	Ø Beschäftigung
Beamte	29	27	27	27	27,50
Tariflich Beschäftigte	306	308	315	314	310,75
Auszubildende	13	10	10	10	10,75
Gesamt	348	345	352	351	349,00

Das Honorar des Abschlussprüfers für die Jahresabschlussprüfung beträgt 24 T€.

Organe

Die Organe des Kommunalunternehmens Wirtschaftsbetrieb Hagen sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Mit Beschluss des Rates der Stadt Hagen vom 26.11.2015 wurde der Technische Beigeordnete Herr Thomas Grothe zum Vorstandsmitglied (Vorstandssprecher) ohne Vergütung bis zum 31.12.2020 wiederbestellt. Herr Hans-Joachim Bihs wurde mit Beschluss des Rates vom 06.07.2017 bis zum 31.12.2022 zum Vorstand wiederbestellt. Die Gesamtbezüge des Vorstandsmitglieds Herr Bihs beliefen sich im Jahr 2018 auf 93 T€. Die Pensionsrückstellungen sind mit 1.078 T€ passiviert.

Der Verwaltungsrat tagte im Geschäftsjahr fünf Mal.

Nachstehend die Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die gewährten Sitzungsgelder:

Christoph Gerbersmann
(Beigeordneter)
400,00 €

Erik O. Schulz
(Oberbürgermeister)
i.V. Sitzung am 13.03.2018
100,00 €

Dr. Stephan Ramrath
(Geschäftsführer / RA)
400,00 €

Peter Beyel
(Vertriebsleiter Postbank-Immobilien)
0,00 €

Gerhard Romberg
(Architekt)
500,00 €

Ellen Neuhaus
(Rentnerin)
100,00 €

Willy Strüwer
(Geschäftsführer / Sozialpädagoge)
500,00 €

Marianne Cramer
(Hausfrau)
0,00 €

Anja Engelhard
(Pensionärin)
500,00 €

Mark Krippner
(Anlagenmechaniker)
0,00 €

Christian Mechnich
(Objektbetreuer)
500,00 €

Dr. F.-W. Geiersbach
(Pensionär)
0,00 €

Claus Rudel
(Angestellter Enervie)
500,00 €

Nesrin Öcal
(Dipl.-Juristin)
0,00 €

Sebastian Kayser
(Organisationsberater)
400,00 €

Dr. Rainer Preuß
(Dipl. Mathematiker / IT-Projektmanager)
0,00 €

Ingo Hentschel
(Bürokaufmann)
500,00 €

Ralf Sondermeyer
(PTA)
0,00 €

Gisbert Schmitz (bis 21.11.2018)
(Groß- u. Außenhandelskaufmann)
300,00 €

Holger Aßmuth
(Versichertenältester der Deutschen Renten-
versicherung Westfalen)
0,00 €

Jochen Löher (ab 22.11.2018)
(Papiermacher)
100,00 €

E. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag


Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag haben sich nicht ergeben.

Hagen, den 29.04.2019

Der Vorstand



Thomas Grothe



Hans-Joachim Bihs

Entwicklung des Anlagevermögens

Posten des Anlagevermögens	Stand 01.01.2018		Zugang		Abgang		Anschaffungs- und Herstellungskosten		Umgliederungen		Stand 31.12.2018		Abrechnungen		Umgliederungen		Stand 31.12.2018		Restbuchwerte am Ende des Wirtschaftsjahres		Restbuchwerte zu Beginn des Wirtschaftsjahres						
	€	2	€	3	€	4	€	5	€	6	€	7	€	8	€	9	€	10	€	11	€	12	€	13	€	14	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																											
1. KonzeSSIONen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte																											
1.1 Baukostenzuschüsse																											
1.2 Nutzungsrechte																											
1.3 Grunddienstbarkeiten																											
Summe I:																											
II. Sachanlagen																											
1. Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschließlich der Bauten a. fremden Grundstücken																											
1.1.1 Grund und Boden																											
1.1.2 Grund und Boden Altvermögen																											
1.1.3 Grund und Boden Forst																											
1.1.4 Grund und Boden Friedhof																											
1.1.5 Grund und Boden Grünunterhaltung																											
1.1.6 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.7 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.8 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.9 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.10 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.11 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.12 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.13 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.14 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.15 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.16 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.17 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.18 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.19 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.20 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.21 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.22 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.23 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.24 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.25 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.26 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.27 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.28 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.29 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.30 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.31 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.32 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.33 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.34 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
1.1.35 Grund und Boden Straßunterhaltung																											
Summe II.1:																											
2. Abwasseranlagen																											
2.1 Haupt- und Verbindungssammlier																											
2.2 Regenüberlaufwerke																											
2.3 Regenklärbecken																											
2.4 Stauraumkanäle																											
2.5 Misch-, Schmutz-, Regenwassertammlier																											
2.6 Abgebauete Vorfluter																											
2.7 Pumpwerke																											
2.8 Abwasseranlagen Altvermögen																											
Summe II.2:																											
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung																											
3.1 Betriebsausstattung																											
3.2 andere Anlagen: Fahrzeuge																											
3.3 Geschäftsausstattung																											
3.4 Geringwertige Wirtschaftsgüter																											
Summe III.3:																											
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau																											
Summe II.4:																											
Summe II:																											
1. Beteiligungen																											
2. Sonstige Ausleihungen																											
Summe III:																											
Summe Anlagevermögen																											

Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen

Lagebericht 2018

1. Allgemeines

Um rechtliche Vorgaben erfüllen zu können – Einführung e-Akte/Einhaltung der DSGVO/ und auch der Digitalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens – hat der WBH in 2018 eine Beraterfirma beauftragt. Ziel ist die unternehmensweite Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und die Implementierung eines ERP-Systems. Im Geschäftsjahr wurden die Unternehmensprozesse analysiert und Soll-Prozesse definiert. Für die elektronischen Vergaben wurde die entsprechende Software angeschafft.

Mit Blick auf die E-Mobilität hat der WBH seinen Fuhrpark im Bereich der PKW weiter umgestellt, ebenso in Teilbereichen die Arbeitsgeräte. Die Umstellung der Nutz-/Spezialfahrzeuge gestaltet sich schwierig, da die Hersteller bislang wenig oder gar keine entsprechenden Angebote machen können.

In der Sparte Friedhof wurde ein Auftrag zur Erstellung der Friedhofsentwicklungsplanung vergeben. Im ersten Schritt wurden für die fünf großen städtischen Friedhöfe eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Die Vermessungsergebnisse und Lage-/Detailpläne liegen vor. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse sind mit Blick auf prognostizierte Werte zu Auslastung und Präferenz der Grabarten Handlungsempfehlungen für die zukünftige Nutzung und Flächenbedarfe zu erarbeiten. Nicht ausgeschlossen dabei ist auch die Schließung von Friedhöfen und Friedhofsteilen.

In der Sparte Investitionen Stadt sind die Arbeiten zur Erstellung der Bahnhofshinterfahrun g planmäßig fortgeschritten. Darüberhinausgehende Straßenbaumaßnahmen bezogen sich darüber hinaus überwiegend auf mit der Stadt Hagen abgestimmte KAG- und GVFG-Maßnahmen. Im Stadtteil Wehringhausen wurde in 2018 die Maßnahme Bodelschwinghplatz abgeschlossen und die Maßnahme Wilhelmsplatz zur Durchführung in 2019 vorbereitet.

Die sehr aufwendigen Untersuchungen zu den Spannbetonbrücken in Hagen sind weitgehend abgeschlossen. Die Ergebnisse der Untersuchungen führten vielerorts zu verkehrseinschränkenden Maßnahmen (Tempolimits/Fahrbahnsperren bzw. –verengungen, u.a.). Die anstehende Sanierung der Marktbrücke soll im Herbst 2019 ausgeschrieben werden. Mit der Stadt Hagen abgestimmt ist auch die Sanierung der Brücke Volmetalstraße. Die Fuhrparkbrücke muss in Anbetracht der sehr gravierenden Schäden mittelfristig komplett erneuert werden. Im Jahr 2018 wurden die Arbeiten zur Sanierung der Brücke Berchumer Straße über die A46 abgeschlossen.

2. Ertragslage

Gewinn und Verlustrechnung	Abwasser [...]				Forst			
	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]
Betriebsleistungen	49.245	47.925	1.320	3	415	445	-31	-7
Betriebliche Aufwendungen	32.967	31.511	1.456	5	1.781	1.549	232	15
Erträge aus Beteiligungen	6	0	6		0	0	0	
Finanzerträge	6	3	2	78	0	0	0	
Finanzaufwendungen	4.577	5.437	-860	-16	322	71	251	354
Steuern vom Einkommen und Ertrag	3	39	-36		0	0	0	
Ergebnis nach Steuern	11.709	10.942	768	7	-1.688	-1.175	-513	44
Sonstige Steuern	23	24	-1	-4	6	6	0	4
Jahresüberschuss	11.686	10.917	769	7	-1.694	-1.180	-514	44

Gewinn und Verlustrechnung	Friedhof				Kompostierung			
	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]
Betriebsleistungen	3.063	3.017	46	2	390	378	12	3
Betriebliche Aufwendungen	4.776	4.552	224	5	462	331	132	40
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		0	0	0	
Finanzerträge	0	0	0	-11	0	0	0	538
Finanzaufwendungen	94	50	44	87	28	3	24	740
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0		0	0	0	
Ergebnis nach Steuern	-1.806	-1.585	-222	14	-100	44	-144	-327
Sonstige Steuern	4	4	0	-7	1	0	1	557
Jahresüberschuss	-1.810	-1.589	-221	14	-101	44	-145	-332

Gewinn und Verlustrechnung	Investitionen Stadt				Unterhaltung Infrastruktur Stadt			
	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]
Betriebsleistungen	11.279	9.807	1.472	15	21.516	21.138	378	2
Betriebliche Aufwendungen	11.725	9.625	2.099	22	21.735	21.339	396	2
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		0	0	0	
Finanzerträge	0	0	0		0	0	0	
Finanzaufwendungen	54	42	12	28	309	281	29	10
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0		31	0	31	
Ergebnis nach Steuern	-499	140	-639	-458	-559	-482	-77	16
Sonstige Steuern	1	1	0	-46	16	16	1	4
Jahresüberschuss	-500	139	-639	-461	-575	-497	-78	16

Gewinn und Verlustrechnung	WBH gesamt			
	2018*	2017*	Abw abs.*	Abw. [%]
Betriebsleistungen	85.908	82.711	3.197	4
Betriebliche Aufwendungen	73.445	68.908	4.537	7
Erträge aus Beteiligungen	6	0	6	
Finanzerträge	6	4	2	55
Finanzaufwendungen	5.384	5.884	-500	-8
Steuern vom Einkommen und Ertrag	34	39	-5	-14
Ergebnis nach Steuern	7.057	7.884	-827	-10
Sonstige Steuern	51	51	0	0
Jahresüberschuss	7.006	7.833	-827	-11

* Angabe in T€

Seite 678 von 860

Der Wirtschaftsbetrieb Hagen weist im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 7.006 T€ aus und liegt damit um 827 T€ unter dem Ergebnis des Jahres 2017 (JÜ 7.833 T€).

Die Betriebsleistung des WBH (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen und sonstige betriebliche Erträge) steigt um 4 % (+3.197 T€), gleichzeitig erhöhen sich die gesamten betrieblichen Aufwendungen um 7% (+4.537 T€), so dass sich gegenüber dem Vorjahr aus der betrieblichen Aktivität ein Minus in Höhe von 1.340 T€ ergibt.

Das sich positiv entwickelnde Finanzergebnis (+508 T€) kompensiert den Rückgang des Betriebsergebnisses nur teilweise und führt nach Berücksichtigung sämtlicher Steuern (5 T€) zu einer Ergebnisverschlechterung von 827 T€.

In der Sparte Abwasser, [...] liegt die Betriebsleistung mit 49.245 T€ um 1.320 T€ über dem Wert des Jahres 2017 (47.925 T€).

Die Erlöse aus Entwässerungsgebühren fallen mit 44.599 T€ um 1.573 T€ höher aus als in 2017 (43.026 T€). Gemäß vorläufiger Nachkalkulation wird im Bereich des Schmutzwassers der festgestellte Gebührenbedarf gedeckt; Im Bereich des Niederschlagswassers ergibt sich demnach eine Kostenunterdeckung in Höhe von 328 T€.

Kostenerstattungen seitens der Stadt steigen von 753 T€ um 194 T€ auf 947 T€.

Im Rahmen der Unterhaltung der Straßenentwässerungseinrichtungen wurde dem WBH zusätzlich die Aufgabe der Unterhaltung von Straßenentwässerungskanälen übertragen. Zudem wurden die Entgelte für die turnusmäßigen Sinkkastenreinigungen erhöht. Die Erlöse steigen um 84 T€. Gewässerunterhaltungsmaßnahmen fielen 2018 vermehrt an (+151 T€), die Unterhaltung der Brunnen im Stadtgebiet sank um 35 T€. Der Gewässer Ausbau bewegt sich mit 57 T€ nahe dem Vorjahreswert (62 T€). Auch die Geschäftsbeziehung an Beteiligungsunternehmen bewegt sich mit 236 T€ auf Vorjahresniveau (228 T€).

Die Mieterträge steigen um 50 T€ aufgrund der Vermietung von Betriebsteilen der Eilper Straße an das Stadtarchiv (+47 T€) sowie aufgrund der mietweisen Überlassung von Fahrzeugen an die Stadt Hagen (+3 T€).

Leistungen an Dritte (Abwasserdurchleitungen/Unterhaltung von Entwässerungsanlagen für Nachbargemeinden, u.a.) sinken um 107 T€.

Dem gegenüber stehen infolge verminderter Investitionen in das Kanalvermögen um 260 T€ geringere aktivierbare Eigenleistungen und um 139 T€ niedrigere Sonstige betriebliche Erträge.

Die Betriebsleistung im Forst sinkt von 445 T€ in 2017 um 31 T€ auf 415 T€ in 2018.

Der planmäßige Holzeinschlag konnte im Jahr 2018 aufgrund von Sturmschäden (Frederike) und aufgrund des Borkenkäferbefalls nicht vorgenommen werden.

Die Umsatzerlöse steigen um 8 T€, was auf den Anstieg von Mieteinnahmen zurückzuführen ist. Die zum Jahresende vorhandenen verkaufsfähigen Holzbestände fallen 27 T€ höher aus. Aktivierbare Eigenleistungen, wie sie in 2017 angefallen sind, entfallen in 2018 (-18 T€). Sonstige betriebliche Erträge sinken um 47 T€, weil Auflösungsbeträge zu Rückstellungen in 2018 entfallen sind (-46 T€).

Die Betriebsleistung der Sparte Friedhof liegt mit 3.063 T€ um 46 T€ über dem Vorjahreswert (3.017 T€). Die Friedhöfe und der Ruheforst profitieren von gestiegenen Auflösungsbeträgen (+34 T€) aus den in den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellten Einnahmen aus der Vergabe von Nutzungsrechten. Auch die Erlöse aus Bestattungen und sonstigen Leistungen (+49 T€) steigen.

Kostenerstattungen der Stadt für die Pflege von Ehren- und Kriegsgräbern sowie die Nutzung der Friedhöfe als öffentliche Grünflächen bleiben mit 208 T€ konstant.

Die Erlöse des Krematoriums (481 T€) stagnieren auf Vorjahresniveau (478 T€). Ebenso die aktivierbaren Eigenleistungen (111 T€, Vj. 115 T€). Sonstige Erlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge sinken insgesamt um 36 T€.

Die Betriebsleistung der Kompostierung liegt mit 389 T€ um 12 T€ höher als im Jahr 2017 (371 T€). Erlöse aus der Grünabfallannahme steigen um 18 T€. Der Kompostabsatz stagnierte. Bestandsveränderungen ergaben sich nicht (-6 T€).

In der Sparte Bau von Anlagen der städtischen Infrastruktur steigt die Betriebsleistung von 9.807 T€ um 1.472 T€ auf 11.279 T€. Die Erlöse verändern sich in Abhängigkeit der beauftragten Leistungen.

Die Betriebsleistung in der Sparte „Unterhaltung der Infrastruktur Stadt Hagen“ steigt von 21.138 T€ in 2017 um 378 T€ auf 21.516 T€ in 2018. Erlösschmälerungen durch den Ausweis von USt-Verbindlichkeiten im BgA städtische Dienstleistungen, wie sie sich 2017 ergeben haben (227 T€), entfallen in 2018. Entgelte für turnusmäßige Unterhaltungsarbeiten wurden angehoben und berücksichtigen ferner Mehraufwand aufgrund einer mengenmäßigen Ausweitung der zu unterhaltenden städtischen Infrastruktur.

Die Betrieblichen Aufwendungen über alle Sparten steigen von 68.908 T€ um 4.537 T€ auf 73.445 T€.

55% des Anstiegs (2.494 T€) betrifft die Personalkosten in allen Sparten, bedingt durch Tarifierhöhungen und durch den Anstieg der Zuführungsbeträge zu den Pensionsrückstellungen (+1.605 T€). Der Materialaufwand insgesamt steigt um 1.129 T€. Korrespondierend zu den steigenden Umsatzerlösen in der Sparte Investitionen Stadt ergibt sich dort ein Anstieg um 1.542 T€, die übrigen Sparten sparen hingegen 413 T€.

Die Abschreibungen steigen um 147 T€ und vollziehen sich überwiegend infolge der Investitionen in das Kanalvermögen und in vermietete Gebäude am Betriebsstandort in der Sparte Abwasser.

Sonstige betriebliche Aufwendungen steigen um 768 T€.

EDV-Aufwand und Beratungsaufwand zusammen steigen um 341 T€ und stehen überwiegend im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Digitalisierung/der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und der Einführung eines ERP-Systems. Da das gesamte Unternehmen betroffen ist, wirken diese Aufwendungen in alle Sparten hinein. Forderungsverluste sowie Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen steigen um 155 T€. Aufgrund der hohen Forderungen gegen die Stadt Hagen zum Bilanzstichtag wirkt sich diese Erhöhung in den Sparten Investitionen und Betrieb und Unterhaltung Vermögen Stadt aus.

Die Grundbesitzabgaben steigen um 100 T€, wobei hier eine Nachveranlagung für mehrere Jahre für die Kompostierung erfolgt ist (+67 T€). Die übrigen 172 T€ betreffen diverse Aufwendungen und verteilen sich auf alle Sparten.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis (-5.372 T€) hat sich gegenüber 2017 (-5.880 T€) um 508 T€ verbessert.

In 2018 realisiert der WBH Beteiligungserträge von 6 T€ (Vj. 0 T€) und um 2 T€ höhere Zinserträge.

Die Finanzaufwendungen liegen mit 5.384 T€ um 500 T€ unter dem Vorjahreswert (5.884 T€). Aus der Zinsbindung laufende Kredite (12.8 Mio.€) mit teils hohen Zinssätzen wurden im Geschäftsjahr getilgt bzw. umgeschuldet. Eingeräumte Kontokorrentkredite bei Banken wurden zurückgefahren (-3.426 T€) Bestehender Finanzmittelbedarf wurde durch einen langfristigen Kredit mit geringem Zins gedeckt.

Das unter den Anleihen ausgewiesene Schuldscheindarlehen diente in 2011 u.a. der Finanzierung des im Wege der Eingliederung der städtischen Fachbereiche eingebrachten Vermögens. Die eingebrachten Vermögenswerte bezogen sich auf den Forst, die Friedhöfe und die Kompostierung. Zinsaufwendungen wurden unzutreffender Weise vollständig in der Sparte Abwasser gebucht. Ein geänderter Ausweis des Zinsaufwandes entlastet die Sparte Abwasser um 323 T€ und verteilt sich wie folgt: Forst 254 T€, Friedhöfe 43 T€ und Kompostierung 25 T€.

Ertragssteuerliche Belastungen für vergangene Jahre ergeben sich aufgrund des Betriebes gewerblicher Art Dienstleistungen Stadt Hagen in der Sparte Unterhaltung Infrastruktur Stadt Hagen und belasten das Ergebnis dort mit 31T€.

Gesamtergebnis

Insgesamt verschlechtert sich der Jahresüberschuss gegenüber 2017 von 7.833 T€ um 827 T€ auf 7.006 T€. Ein positives Ergebnis erzielt lediglich die Sparte Abwasser/ Beteiligungen/ Gewässer/ Vermietungen und Neue Geschäftsfelder (+11.686 T€). Die übrigen Sparten schließen im Minus; der Forst mit -1.694 T€, der Friedhof mit -1.810 T€, die Kompostierung mit -101 T€, die Investitionen Stadt mit -500 T€ und die Unterhaltung Infrastruktur Stadt mit (-575 T€).

3. Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme des Wirtschaftsbetriebes Hagen erhöhte sich gegenüber 2017 von 388.230 T€ um 2.873 T€ auf 391.103 T€.

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen (+315 T€), das Umlaufvermögen (2.557 T€) und der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (+1 T€).

Innerhalb des Anlagevermögens sinken die Buchwerte der Immateriellen Vermögensgegenstände (-13 T€) und der Sachanlagen (-3.687 T€). Die Finanzanlagen erhöhen sich um 4.015 T€).

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen fallen mit einem Volumen von 7.502 T€ im Verhältnis zu den Vorjahren aus unterschiedlichen Gründen vergleichsweise gering aus (s. hierzu auch Anhang Seite 2).

In der Sparte Abwasser wurden wegen der steigenden Baupreise nicht unmittelbar durchzuführende Investitionen in die Zukunft verschoben. Insgesamt weist das aktuelle Abwasserbeseitigungskonzept zudem geringere Investitionen in Abwasseranlagen aus. An Straßenbaumaßnahmen der Stadt gekoppelte Investitionen wurden in Ermangelung des Vorliegens eines Auftrages von der der Stadt Hagen ebenfalls zurückgestellt. Zu geplanten Projekten, wie dem Bau eines neuen Bürogebäudes mit Fahrzeughalle, lagen in 2018 die erforderlichen abschließenden Beschlüsse der Gremien nicht vor.

Innerhalb der Sparte Friedhof konnten Projekte nicht umgesetzt bzw. fortgeführt werden.

Die Sanierung einer unter Denkmalschutz stehenden Grabstätte, deren Finanzierung u.a. über einen Landeszuschuss erfolgen sollte, konnte nicht begonnen werden, weil der Zuschussantrag zunächst negativ beschieden wurde.

Der Bau eines muslimischen Waschhauses auf dem Friedhof in Vorhalle bedingte umfassende Abstimmungen zwischen politischen Gremien, Bauträger und Architekten, so dass sich die Umsetzung in das Jahr 2019 verschiebt.

In der Sparte Forst reservierte Gelder für weitere Waldankäufe wurden nicht verausgabt, weil keine geeigneten Flächen zum Verkauf standen.

Den Zugängen in das Sachanlagevermögen stehen höhere Abschreibungsbeträge gegenüber, so dass sich die Buchwerte der bilanzierten Anlagen verringern.

Die Werte der Finanzanlagen steigen von 1.710 T€ um 4.015 T€ auf 5.725 T€.

Maßgeblich sind die vom Rat der Stadt Hagen beschlossenen zusätzlichen Zuführungen von Geldern in die Kapitalrücklagen der Beteiligungsgesellschaften Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH (1.960 T€) und Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (2.000 T€). Für 22 T€ hat der WBH von der Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH (GIV) den 1%igen Anteil an der Hagener Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (HEG) erworben und ist damit zum Alleingesellschafter geworden.

Die restlichen 33 T€ betreffen eine Erhöhung der Sonstigen Ausleihungen.

Im Umlaufvermögen steigen die Vorräte (+27 T€), die Forderungen (2.523 T€) und die Flüssigen Mittel (+7 T€).

Innerhalb der Forderungen bewegen sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 433 T€ und die Sonstigen Forderungen mit 365 T€ nahe dem Vorjahreswert (479 T€/365 T€). Durch die Gewährung eines kurzfristigen Liquiditätskredites an die HEG mbH steigen die Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen von 327 T€ um 647 T€ auf 974 T€ an.

Die Forderungen gegenüber der Stadt Hagen fallen mit 5.569 T€ um 3.047 T€ höher aus als im Vorjahr. Die Forderungen beziehen sich überwiegend auf Leistungen, die im letzten Quartal 2018 erbracht wurden.

Das Verhältnis Anlagevermögen zu Umlaufvermögen ändert sich von 99% : 1% auf 98 % : 2%.

Auf der Passivseite erhöht sich das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenkapital zzgl. Investitions- und Ertragszuschüsse). Es steigt von 163.697 T€ um 2.595 T€ auf 166.292 T€. Aus dem Gewinn des Jahres 2017 (7.833 T€) wurden 608 T€ (Vj. 2.760 T€) in die Allgemeine Rücklage und 3.960 T€ in die Zweckgebundene Rücklage eingestellt. 3.265 T€ (Vj. 5.055 T€) wurden an die Stadt Hagen ausgeschüttet.

Der Bilanzgewinn liegt mit 7.006 T€ um 827 T€ unter dem Vorjahreswert (7.833 T€).

Die Summe aus Sonderposten für Investitionszuschüsse und Ertragszuschüssen vermindert sich von 76.122 T€ um 1.146 T€ auf 74.976 T€.

Aus der verrechneten Abwasserabgabe sind dem WBH im Geschäftsjahr lediglich 409 T€ und aus Kanalanschluss- und Erschließungsbeiträgen 183 T€ zugeflossen. Übrige Zugänge entfallen auf die vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gewährte Umweltprämie für den Erwerb von Elektrofahrzeugen bzw. Elektrotankstellen (33 T€). Von einer Stiftung mit Förderschwerpunkt Natur- und Umweltschutz ist ein Zuschuss in Höhe von 20 T€ zugegangen.

Dem stehen die Auflösungsbeiträge der Sonderposten für Investitionszuschüsse (1.110 T€), die Auflösungsbeiträge der Ertragszuschüsse (675 T€) und die Verwendung der Fördermittel für den Naturschutz (6 T€) gegenüber.

Die Rückstellungen erhöhen sich von 24.406 T€ um 1.551 T€ auf 25.957 T€.

Bei den Pensionsrückstellungen (20.063 T€, Vj. 16.430 T€) ist bedingt durch das Sinken des Diskontierungssatzes von 3,68 % auf 3,21 % ein Anstieg in Höhe von 3.633 T€ zu verzeichnen.

Die Steuerrückstellungen berücksichtigen Zinsbelastungen aus Umsatzsteuerverbindlichkeiten für den Betrieb gewerblicher Art „Dienstleistungen für die Stadt Hagen“ für die Jahre 2013 bis 2017 in Höhe von 14 T€.

Die sonstigen Rückstellungen sinken von 7.821 T€ um 1.942 T€ auf 5.879 T€.

Der Rückgang betrifft insbesondere die Rückstellung für Abwassergebühren (-1.356 T€), die Rückstellung für unterlassene Kanalsanierung (-228 T€) und die Rückstellung für Drohverluste (-396 T€). Erhöhungen in Höhe von 38 T€ verteilen sich auf diverse Positionen.

Die Verbindlichkeiten sind von 177.427 T€ in 2017 um 1.628 T€ auf 175.799 T€ gesunken.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden von 144.655 T€ auf 141.886 T€ (-2.769 T€) reduziert. Eine Vielzahl aus der Zinsbindung fallende Kredite konnte abgelöst werden.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und auch solche gegenüber der Stadt Hagen sinken insgesamt um 365 T€.

Gegenüber der Mark E ergibt sich aus unterjährig zu viel erhaltenen Abschlägen auf Schmutzwassergebühren eine um 1.156 T€ höhere Verbindlichkeit.

Die sonstigen Verbindlichkeiten steigen von 2.333 T€ um 313 T€ auf 2.646 T€.

Wesentlich hierfür die Verpflichtung dem Gebührenschuldner von Abwassergebühren über die Gebührenbedarfsberechnung die in Vorjahren zu viel vereinnahmten Beträge gutzuschreiben. Der Anstieg beläuft sich auf 227 T€. Die Steuerverbindlichkeiten steigen um 86 T€ infolge des Ausweises der Umsatzsteuerzahllast für den BGA Dienstleistungen für die Stadt Hagen für Vorjahre.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen erhöhen sich um 38 T€.

Der Anteil der Eigenmittel an der Bilanzsumme beträgt 42,52 % (Vj. 42,17 %). Das Anlagevermögen ist zu 43 % (Vj. 43 %) durch Eigenmittel finanziert.

4. Mitarbeiter

	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
	[Köpfe]		
Beamte	29	27	27
Angestellte	314	309	314
Auszubildende	14	16	10
Gesamt	357	352	351

Zum 31.12.2018 beschäftigt der WBH 351 Mitarbeiter.

5. Prognosebericht

Soweit sich der Trend steigender Baupreise fortsetzt, ist in der Sparte Abwasser davon auszugehen, dass sich die Kosten der Abwasserableitung erhöhen werden. In die Entgeltkalkulationen finden nicht die auf die Anschaffungswerte der Anlagen bezogenen Abschreibungen Berücksichtigung, sondern es kommen kalkulatorische Abschreibungen zum Tragen, die sich auf über Preisindizes ermittelte Wiederbeschaffungszeitwerte beziehen.

Beim Niederschlagswasser haben sich zudem keine nennenswerten Ausweitungen der veranlagten Flächen ergeben. Gutschriften aus Vorjahren, die an den Gebührenschuldner

weiterzugeben sind, sind nicht mehr vorhanden. Vielmehr hat die vorläufige Nachkalkulation ergeben, dass bereits für 2018 ein Minus besteht, das vom Gebührenschuldner in Folgejahren aufzubringen ist. Für das Jahr 2020 ist mit steigenden Niederschlagswassergebühren zu rechnen.

Beim Schmutzwasser werden sich absehbar für 2020 keine Gebührenerhöhungen einstellen, da überzahlte Gebühren aus Vorjahren zur Gutschrift an den Gebührenzahler in ausreichender Höhe vorhanden sind.

Mit Beschluss des Wirtschaftsplanes 2019 steht fest, dass der Wirtschaftsbetrieb der Hager Erschließungs- und Entwicklungsgesellschaft weiteres Kapital i.H.v. 3 Mio. € zuführen wird, damit diese das Ankaufs- und Sanierungsprogramm Soziale Stadt Wehringhausen fortführen kann.

Die in 2018 unterlassenen Investitionen - Betriebsgebäude Eilper Straße und Sanierung des Vinckegrab - werden 2019 umgesetzt. Die Errichtung des muslimischen Waschhauses auf dem Friedhof Vorhalle wird fortgeführt.

Die Entgelte für Leistungen der Kompostierung bedürfen der Überprüfung und gegebenenfalls einer Anpassung.

Der Wirtschaftsbetrieb Hagen ist als Anstalt des öffentlichen Rechts von den Regelungen des § 2b UStG betroffen. Bislang ist sie im Rahmen ihrer Betriebe gewerblicher Art und im Rahmen der Forstwirtschaft gewerblich tätig und unterliegt damit der Umsatzbesteuerung. Im Jahr 2016 hat der WBH gegenüber dem Finanzamt erklärt, dass dies bis zum 31.12.2020 so fortgesetzt wird.

Sicher scheint zunächst nur, dass gebührenfinanzierte hoheitliche Leistungen - Abwasserbeseitigung / Bestattungsleistungen der Friedhöfe und Entsorgungsleistungen der Kompostierung – nach wie vor von der Umsatzbesteuerung ausgenommen sind. Übrige Leistungen, insbesondere die, die WBH und Stadt Hagen gegenseitig erbringen, sind zu analysieren und auf mögliche Handlungsoptionen zu untersuchen.


Mit Beendigung der Dienstzeit des Technischen Beigeordneten Herrn Thomas Grothe im Mai 2019 wird auch die Stelle des Vorstandssprechers neu besetzt werden.

Hagen, den 29.04.2019

Der Vorstand



Thomas Grothe



Hans-Joachim Bihs



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Anstalt öffentlichen Rechts Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der KUV NRW und den ergänzenden Bestimmungen Anstatssatzung und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 114a GO NRW in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrates für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der KUV NRW und den ergänzenden Bestimmungen der Anstatssatzung in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.



Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Anstalt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.



- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Krefeld, den 14. Mai 2019

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Kempkens
Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen
Bilanz

Aktivseite	31.12.2019 Plan [€]	31.12.2018 Plan [€]	31.12.2017 Ist [€]
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	430.153,00	436.795,03	290.453,65
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten a. fremden Grundstücken	54.271.627,00	50.126.139,43	51.893.743,15
2. Abwassersammlungsanlagen	310.529.610,00	311.219.961,41	311.934.017,13
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.450.206,00	7.208.714,16	6.640.577,99
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	18.382.067,49	18.734.633,38	10.505.782,66
	391.633.510,49	387.289.448,38	380.974.120,93
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen	8.485.920,07	1.503.683,41	1.504.166,07
2. Sonstige Ausleihungen	250.000,00	279.638,07	206.062,56
	8.735.920,07	1.783.321,48	1.710.228,63
	400.799.583,56	389.509.564,89	382.974.803,21
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	35.000,00	35.000,00	40.945,94
2. Unfertige Leistungen	0,00	0,00	139.474,09
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	100.481,77
	35.000,00	35.000,00	280.901,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.000.000,00	1.360.415,53	479.336,47
2. Forderungen gegen Mark-E AG	350.000,00	350.000,00	1.120.596,18
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	250.000,00	109.019,55	327.225,55
4. Forderungen gegen die Stadt	1.500.000,00	2.385.980,45	2.522.245,72
5. Sonstige Vermögensgegenstände davon aus Steuern:	150.000,00	250.000,00	368.926,08
	3.250.000,00	4.455.415,53	4.818.330,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	0,00	1.280,77
	3.285.000,00	4.490.415,53	5.100.512,57
C. Rechnungsabgrenzungsposten	130.000,00	140.000,00	154.346,38
	404.214.583,56	394.139.980,42	388.229.662,16

Passivseite	31.12.2019 Plan [€]	31.12.2018 Plan [€]	31.12.2017 Ist [€]
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	41.000.000,00	41.000.000,00	41.000.000,00
II. Rücklagen			
1. Allgemeine Rücklage	36.737.758,00	33.415.927,31	32.115.927,31
2. Zweckgebundene Rücklagen	6.626.452,44	6.626.452,44	6.626.452,44
	43.364.210,44	40.042.379,75	38.742.379,75
III. Bilanzgewinn	8.253.781,00	6.621.831,00	7.832.981,85
	92.617.991,44	87.664.210,75	87.575.361,60
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	46.941.772,41	46.275.678,22	47.068.076,13
C. Empfangene Ertragszuschüsse	28.115.308,04	28.392.817,19	29.053.790,19
D. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen	19.558.000,00	17.392.123,00	16.430.195,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	0,00	154.750,94
3. Sonstige Rückstellungen	6.200.000,00	6.532.428,95	7.821.388,72
	25.758.000,00	23.924.551,95	24.406.334,66
E. Verbindlichkeiten			
1. Anleihen davon konvertibel 0,00 €	25.000.000,00	25.000.000,00	25.351.739,73
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	158.509.655,90	157.278.746,90	144.655.149,00
3. Erhaltene Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.000.000,00	1.628.805,41	2.284.519,91
5. Verbindlichkeiten gegenüber Mark-E AG	88.760,27	88.760,27	273.013,23
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	0,00	0,00	244.161,80
7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	637.000,00	0,00	2.284.898,21
8. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: 0,00 €	1.300.252,50	918.566,00	2.333.353,74
	187.535.668,67	184.914.878,58	177.426.835,62
F. Rechnungsabgrenzungsposten	23.245.843,00	22.967.843,73	22.699.263,96
	404.214.583,56	394.139.980,42	388.229.662,16

Wirtschaftsplan der WBH AöR für das Geschäftsjahr 2019	Eigene Aufgaben der WBH AöR												Leistungen der WBH AöR für Stadt Hagen									WBH gesamt		
	Abwasser/Gewässer/Beteiligungen/Vermietungen/Neue Geschäftsfelder			Forst			Friedhöfe und Krematorium			Kompostierung			Investitionen Stadt			Unterhaltung verkehrstechn. Einricht. u. öffentliche Beleuchtung / Unterhalt. Konstr. Ing.bau / Straßenunterhaltung / Unterhaltung Parkplätze/Park-scheinautomaten			Unterhaltung Grünanlagen / Unterhaltung Kleingärten					
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	44.937.171	49.110.697	51.319.191	358.301	429.561	421.445	2.849.801	2.854.676	2.918.838	371.261	390.500	390.704	9.648.087	21.607.060	24.485.381	13.202.460	14.303.882	12.927.152	7.736.389	7.706.628	8.419.372	79.103.470	96.403.006	100.882.083
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an																								
2. fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0	10.304	0	0	0	0	0	6.104	0	0	3.347	0	0	0	0	0	0	0	0	19.755	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.550.448	1.200.000	1.450.000	17.725	0	0	115.076	85.000	90.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.683.249	1.285.000	1.540.000
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.437.320	1.067.276	1.100.300	58.939	799	0	52.595	20.526	10.000	589	32	0	155.666	455	0	137.088	1.585	0	62.414	21.372	10.000	1.904.611	1.112.045	1.120.300
5. Materialaufwand																								
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	509.777	516.933	498.664	121.187	149.388	220.222	288.260	274.097	279.149	11.550	11.115	13.182	12.539	17.192	15.785	167.809	357.997	166.126	387.830	344.913	373.606	1.498.952	1.671.634	1.566.734
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	15.196.849	18.623.134	18.995.924	203.982	284.137	393.810	350.954	433.752	484.015	76.806	79.737	78.017	8.490.960	20.216.472	23.076.610	7.902.353	8.609.561	7.251.626	1.720.583	1.990.094	1.761.338	33.942.487	50.236.887	52.041.340
6. Personalaufwand																								
a) Löhne und Gehälter	4.767.158	5.155.203	5.296.092	683.856	711.061	762.039	2.256.414	2.373.649	2.348.306	143.881	152.923	166.468	678.239	835.165	877.156	3.000.372	3.159.764	3.215.246	3.732.424	3.574.064	4.059.447	15.262.344	15.961.827	16.724.754
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.980.062	2.119.866	2.319.954	267.968	296.531	331.228	782.810	721.319	772.162	43.764	46.809	49.797	275.696	292.382	373.408	1.363.225	1.145.675	1.462.767	1.234.259	1.077.509	1.277.564	5.947.784	5.700.090	6.586.880
7. Abschreibungen	8.100.894	8.267.406	8.642.144	161.368	178.324	207.303	443.882	550.978	543.814	33.829	32.933	37.422	63.327	65.046	68.787	362.603	407.240	384.525	596.892	563.117	641.068	9.762.795	10.065.044	10.525.063
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen																								
a) Verwaltungskostenbeitrag	510.997	601.656	370.920	62.663	66.202	41.184	274.726	249.491	196.105	9.611	11.549	6.673	53.641	67.569	23.547	225.564	227.996	115.805	289.956	220.619	152.674	1.427.158	1.445.083	906.908
b) Neutrale Aufwendungen	-11.336	0	0	1.176	0	0	5.089	0	0	-347	0	0	-7.437	0	0	5.277	0	0	6.127	0	0	-1.451	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	109.240	99.883	140.528	8.033	19.584	12.961	45.991	56.209	51.863	1.248	912	1.172	12.045	13.039	27.702	44.226	44.610	59.881	44.901	35.018	45.639	265.684	269.254	339.746
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	347.426	319.228	467.029	39.116	45.897	73.824	103.956	106.818	123.203	10.475	9.219	11.870	46.448	46.531	69.126	123.693	158.639	184.492	131.240	135.016	181.524	802.354	821.348	1.111.068
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20.000
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.161	874	1.106	0	166	212	459	474	645	0	31	17	0	129	191	0	582	793	0	743	1.036	3.620	2.999	4.000
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.436.753	5.253.626	5.021.134	70.731	306.933	59.545	50.428	87.310	41.627	3.312	27.391	2.815	42.117	53.562	53.775	213.142	188.089	211.117	67.377	44.549	60.587	5.883.860	5.961.459	5.450.600
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	38.683	0	11.340	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	38.683	0	11.340
13. Ergebnis nach Steuern	10.941.597	10.421.912	12.126.868	-1.174.811	-1.627.531	-1.680.459	-1.584.579	-1.892.947	-1.820.761	43.825	17.975	23.305	139.525	686	-100.324	-68.716	6.478	-123.640	-412.786	-256.156	-123.039	7.884.055	6.670.417	8.301.950
14. Sonstige Steuern	24.376	23.808	23.620	5.741	5.651	5.033	4.046	3.338	3.656	145	152	507	944	688	633	6.750	6.479	5.894	9.071	8.472	8.826	51.073	48.588	48.169
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	10.917.221	10.398.104	12.103.248	-1.180.552	-1.633.182	-1.685.492	-1.588.625	-1.896.285	-1.824.417	43.680	17.823	22.798	138.581	0	-100.957	-75.466	0	-129.534	-421.857	-264.628	-131.865	7.832.982	6.621.832	8.253.781
16. davon Zuführung Konsolidierung Stadt Hagen																								3.800.000

A: Eigene Aufgaben**A1: Öffentliche Abwasserbeseitigung/Gewässerunterhaltung und –ausbau/
Vermietungen/Beteiligungen/Neue Geschäftsfelder**

<u>Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019</u>	Abwasser/Gewässer/Beteiligungen/Vermietungen/ Neue Geschäftsfelder		
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	44.937.171	49.110.697	51.319.191
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
2. fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.550.448	1.200.000	1.450.000
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.437.320	1.067.276	1.100.300
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	509.777	516.933	498.664
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	15.196.849	18.623.134	18.995.924
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.767.158	5.155.203	5.296.092
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.980.062	2.119.866	2.319.954
7. Abschreibungen	8.100.894	8.267.406	8.642.144
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	510.997	601.656	370.920
b) Neutrale Aufwendungen	-11.336	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	109.240	99.883	140.528
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	347.426	319.228	467.029
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	20.000
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.161	874	1.106
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.436.753	5.253.626	5.021.134
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	38.683	0	11.340
13. Ergebnis nach Steuern	10.941.597	10.421.912	12.126.868
14. Sonstige Steuern	24.376	23.808	23.620
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	10.917.221	10.398.104	12.103.248

A2: Forst

<u>Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019</u>	Forst		
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	358.301	429.561	421.445
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	10.304	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	17.725	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	58.939	799	0
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	121.187	149.388	220.222
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	203.982	284.137	393.810
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	683.856	711.061	762.039
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	267.968	296.531	331.228
7. Abschreibungen	161.368	178.324	207.303
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	62.663	66.202	41.184
b) Neutrale Aufwendungen	1.176	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	8.033	19.584	12.961
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	39.116	45.897	73.824
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	166	212
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70.731	306.933	59.545
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13. Ergebnis nach Steuern	-1.174.811	-1.627.531	-1.680.459
14. Sonstige Steuern	5.741	5.651	5.033
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	-1.180.552	-1.633.182	-1.685.492

A3: Friedhöfe und Krematorium

<u>Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019</u>	Friedhöfe und Krematorium		
	Ist 2017 Betrag [€]	Plan 2018 Betrag [€]	Plan 2019 Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	2.849.801	2.854.676	2.918.838
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
2. fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	115.076	85.000	90.000
4. Sonstige betriebliche Erträge	52.595	20.526	10.000
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	288.260	274.097	279.149
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	350.954	433.752	484.015
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.256.414	2.373.649	2.348.306
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	782.810	721.319	772.162
7. Abschreibungen	443.882	550.978	543.814
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	274.726	249.491	196.105
b) Neutrale Aufwendungen	5.089	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	45.991	56.209	51.863
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	103.956	106.818	123.203
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	459	474	645
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.428	87.310	41.627
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13. Ergebnis nach Steuern	-1.584.579	-1.892.947	-1.820.761
14. Sonstige Steuern	4.046	3.338	3.656
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	-1.588.625	-1.896.285	-1.824.417

A4: Kompostierung

<u>Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019</u>	Kompostierung		
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	371.261	390.500	390.704
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	6.104	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	589	32	0
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	11.550	11.115	13.182
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	76.806	79.737	78.017
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	143.881	152.923	166.468
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	43.764	46.809	49.797
7. Abschreibungen	33.829	32.933	37.422
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	9.611	11.549	6.673
b) Neutrale Aufwendungen	-347	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	1.248	912	1.172
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	10.475	9.219	11.870
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	31	17
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.312	27.391	2.815
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13. Ergebnis nach Steuern	43.825	17.975	23.305
14. Sonstige Steuern	145	152	507
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	43.680	17.823	22.798

B1: Investitionen Stadt

<u>Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019</u>	Investitionen Stadt		
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	9.648.087	21.607.060	24.485.381
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	3.347	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	155.666	455	0
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	12.539	17.192	15.785
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	8.490.960	20.216.472	23.076.610
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	678.239	835.165	877.156
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	275.696	292.382	373.408
7. Abschreibungen	63.327	65.046	68.787
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	53.641	67.569	23.547
b) Neutrale Aufwendungen	-7.437	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	12.045	13.039	27.702
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	46.448	46.531	69.126
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	129	191
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42.117	53.562	53.775
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13. Ergebnis nach Steuern	139.525	686	-100.324
14. Sonstige Steuern	944	688	633
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	138.581	0	-100.957

Bei den Investitionen Stadt handelt es sich um Investitionen in Straßen, Grünanlagen, Ingenieur- und Brückenbauwerke sowie um Investitionen, die im Auftrag des Servicezentrum Sport, des Fachbereiches Jugend und Soziale, des Fachbereiches Bildung u.a. ausgeführt werden.

**B2: Unterhaltung verkehrstechn. Einrichtungen u. öffentliche Beleuchtung/Unterhaltung
konstr. Ing.bau/Straßenunterhaltung/Unterhaltung Parkplätze/Parkscheinautomaten**

<u>Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019</u>	Unterhaltung verkehrstechn. Einrichtungen u. öffentliche Beleuchtung/Unterhaltung konstr. Ing.bau/Straßenunterhaltung/Unterhaltung Parkplätze/Parkscheinautomaten		
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	13.202.460	14.303.882	12.927.152
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
2. fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	137.088	1.585	0
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	167.809	357.997	166.126
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	7.902.353	8.609.561	7.251.626
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.000.372	3.159.764	3.215.246
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.363.225	1.145.675	1.462.767
7. Abschreibungen	362.603	407.240	384.525
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	225.564	227.996	115.805
b) Neutrale Aufwendungen	5.277	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	44.226	44.610	59.881
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	123.693	158.639	184.492
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	582	793
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	213.142	188.089	211.117
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13. Ergebnis nach Steuern	-68.716	6.478	-123.640
14. Sonstige Steuern	6.750	6.479	5.894
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	-75.466	0	-129.534

B3: Unterhaltung Grünanlagen/Unterhaltung Kleingärten

Wirtschaftsplan der WBH AÖR für das Geschäftsjahr 2019	Unterhaltung Grünanlagen/Unterhaltung Kleingärten		
	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	Betrag [€]	Betrag [€]	Betrag [€]
1. Umsatzerlöse	7.736.389	7.706.628	8.419.372
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an			
2. fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	62.414	21.372	10.000
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für R-, H-, B- stoffe u. f. bezogene Waren	387.830	344.913	373.606
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	1.720.583	1.990.094	1.761.338
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	3.732.424	3.574.064	4.059.447
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.234.259	1.077.509	1.277.564
7. Abschreibungen	596.892	563.117	641.068
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Verwaltungskostenbeitrag	289.956	220.619	152.674
b) Neutrale Aufwendungen	6.127	0	0
c) Sonstiger Aufwand des Betriebes	44.901	35.018	45.639
d) Sonstiger Aufwand der Verwaltung	131.240	135.016	181.524
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	743	1.036
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67.377	44.549	60.587
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13. Ergebnis nach Steuern	-412.786	-256.156	-123.039
14. Sonstige Steuern	9.071	8.472	8.826
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag:	-421.857	-264.628	-131.865

Wirtschaftsbetrieb Hagen

Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen

Kapitalflussrechnung - Plan	2019
	[T€]
1. Einzahlungen von Kunden	101.284
2. Auszahlungen an Lieferanten und Beschäftigte	-77.271
3. Sonstige Einzahlungen (Rückzahlung eines kurzfristigen Liquiditätskredites von HEG)	0
4. Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	24.013
5. Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	70
6. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und in Immaterielle Vermögensgegenstände	-22.723
7. Einzahlungen aus Gewinnausschüttungen	0
8. Einzahlungen aus Tilgung von Arbeitnehmerdarlehen	20
10. Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	-22.633
11. Auszahlungen an Gesellschafter	-3.300
12. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	13.923
13. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-8.409
14. Auszahlung Zinsen für Kredite	-4.840
15. Auszahlung aus Umschuldung von Krediten	-10.847
16. Einzahlung aus Umschuldung von Krediten	10.847
17. Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	1.245
19. Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.380
20. Zahlungswirksame Veränderung der Bestände	0
21. Finanzmittelbestand am 01.01.2019	0
22. Finanzmittelbestand am 31.12.2019	0

Investitionsplan

Lfd. Nr.	Maßnahme	Gesamtkosten	2019	2020	2021	2022	2023
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände		379.000 €	400.000 €	400.000 €	400.000 €	150.000 €
2.1	Bewegliche Güter des Anlagevermögens	Programm	1.040.050 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €
2.2	Beschaffung KFZ	Programm	2.947.000 €	600.000 €	600.000 €	425.000 €	425.000 €
2.3	Anlagevermögen EDV		235.000 €	120.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €
3.1	Bau eines Bürogebäudes/einer Fahrzeughalle Eilper Str.	10.000.000 €	5.000.000 €	5.000.000 €	0 €		
3.2	Umbau des Naturfreundehauses zum Waldkindergarten	400.000 €	400.000 €				
3.3	Eilper Str. Sonstiges (Erweiterung Brandmeldeanlage/Umbau Kantine/Einbau Fenster/Errichtung Zwischenbühne Gebäude E/Fahrradunterstand)	530.000 €	530.000 €				
3.4	Pumpwerk Fley Errichtung Schleppdach	60.000 €	60.000 €				
3.5	Sanierung Vinckegrab	324.000 €	324.000 €				
3.6	Friedhöfe, Muslimisches Waschhaus/ Umbau von Gebäudeteilen zu Abschieds-bzw. Waschräumen und Büroräumen/Sonstiges	415.000 €	415.000 €				
3.7	Außenanlagen Friedhöfe		295.500 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
3.8	Forsthaus Kurk Solaranlage	7.500 €	7.500 €				
3.9	Waldwegebau		60.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €
3.10	Ankauf Waldflächen		250.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €	150.000 €
4.	Entwässerungstechnische Erschließung von Baugebieten sowie kleinere Erschließungsmaßnahmen	Programm	415.000 €	1.500.000 €	1.300.000 €	2.900.000 €	1.020.000 €
5.	Kanalerneuerung als Sofortmaßnahmen	Programm	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €	50.000 €
6.	Kanalsanierungen aus baulichen und hydraulischen Gründen im Stadtgebiet	Programm	5.845.000 €	3.470.000 €	4.100.000 €	3.800.000 €	4.900.000 €
7.	Anschluß bisher nicht angeschlossener Gebiete	Programm	70.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
8.	Neu- und Umbau von Sonderbauwerken zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen	Programm	600.000 €	1.700.000 €	1.360.000 €	1.360.000 €	100.000 €
9.	RW-Behandlung im Trennsystem gem. Runderlaß	Programm	700.000 €	400.000 €	370.000 €	520.000 €	520.000 €
10.	PW/SK Ruhrtalstraße	40.000 €	40.000 €				
11.	Finanzanlagen: Beteiligung HEG mbH	3.000.000 €	3.000.000 €				
12.	Gewährung von Darlehen an Arbeitnehmer		60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €	60.000 €
	Zwischensumme:		22.723.050 €	14.000.000 €	9.000.000 €	10.275.000 €	7.985.000 €
11.	Tilgung (einschl. Umschuldung):		19.255.254 €	15.384.286 €	21.358.182 €	14.288.497 €	19.490.386 €
12.	Auflösung Ertragszuschüsse:		674.300 €	640.000 €	640.000 €	640.000 €	640.000 €
13.	Auflösung Investitionszuschüsse:		1.161.100 €	1.100.000 €	1.100.000 €	1.100.000 €	1.100.000 €
14.	Aktivierte Eigenleistungen:		1.540.000 €	1.540.000 €	1.540.000 €	1.540.000 €	1.540.000 €
15.	Auflösung Pssive Rechnungsabgrenzung Friedhöfe (Nutzungsrechte/Baumverkäufe)		1.322.000 €	1.300.000 €	1.300.000 €	1.300.000 €	1.300.000 €
16.	Auflösung Drohverlustrückstellung Finanzinstrument		376.000 €	150.000 €	0 €	0 €	0 €
	Gesamtsumme:		47.051.704 €	34.114.286 €	34.938.182 €	29.143.497 €	32.055.386 €

Tilgung lt. Tolina/Komminform - 8.408.739,21 -8.692.901,98 -8.991.437,13 -9.293.051,66 -9.477.186,13

Wirtschaftsbetrieb Hagen

Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen

Einnahmen/Finanzierung/Deckungsmittel

Position/Bezeichnung	2019	2020	2021	2022	2023
1. Eigenmittel					
a) Abschreibungen	11.686.183 €	10.365.000 €	10.815.000 €	11.015.000 €	11.140.000 €
b) Zuführung aus dem Erfolgsplan	4.950.000 €	2.400.000 €	2.400.000 €	2.400.000 €	2.400.000 €
c) Pensionsrückstellungen	2.611.000 €	1.260.000 €	1.260.000 €	1.260.000 €	1.260.000 €
d) Tilgung Arbeitnehmerdarlehen	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
Summe 1. :	19.267.183 €	14.045.000 €	14.495.000 €	14.695.000 €	14.820.000 €
2. Finanzwirtschaft					
Kostenbeteiligungen Dritter; Zuwendungen/Zuschüsse					
a) Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	70.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
b) Kanalanschlußbeiträge	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
c) Anteilige Erschließungskosten für die Straßenentwässerung	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €	100.000 €
d) Erstattung aus der Abwasserabgabe/sonstige Zuschüsse	1.245.000 €				
e) Entgelte Baumverkauf Ruheforst	300.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €	500.000 €
f) Entgelte Nutzungsrechte Friedhof	1.200.000 €	1.100.000 €	1.100.000 €	1.100.000 €	1.100.000 €
Summe 2. :	3.015.000 €	1.810.000 €	1.810.000 €	1.810.000 €	1.810.000 €
3. Fremdmittel					
a) Langfristiges Fremdkapital	13.923.006 €	11.567.902 €	6.266.437 €	7.643.052 €	5.412.186 €
b) Kurzfristiges Fremdkapital					
c) Umschuldung	10.846.515 €	6.691.384 €	12.366.745 €	4.995.445 €	10.013.200 €
Summe 3. :	24.769.521 €	18.259.286 €	18.633.182 €	12.638.497 €	15.425.386 €
Summe Einnahmen Vermögensplan:	47.051.704 €	34.114.286 €	34.938.182 €	29.143.497 €	32.055.386 €

Erläuterungen Investitionsplan 2019

Lfd. Nr.	Maßnahme	Erläuterung
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	<p>Beschaffung von Software für alle Betriebssparten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • WBH gesamt: ERP-Software (150 T€) • WBH gesamt: DMS-Software (150 T€) • WBH gesamt: Übrige Software (79 T€) •
2.1	Bewegliche Sachen des Anlagevermögens	<p>Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung für alle Betriebssparten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Krematorium: Erneuerung der Ofenlinie 2 und Urnenmühle (788 T€) • WBH gesamt: Kleingeräte und Maschinen (167 T€) • WBH gesamt: geringwertige EDV-Ausstattung (70 T€) • WBH gesamt: Büroeinrichtung (15 T€)
2.2	Beschaffung KFZ	<p>Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen für die betrieblichen Aufgaben der AöR Wirtschaftsbetrieb Hagen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bauabteilung: ein PKW (35 T€) • Grünunterhaltung: ein LKW, ein Minibagger, zwei PKW und Anbauteile für diverse Fahrzeuge (158 T€) • Friedhof: zwei Transporter und ein Kranwagen (200 T€) • Werkstatt: ein LKW (70 T€) • Abwasser: ein Saugwagen, zwei Wasserrückgewinner, ein LKW und ein Spülwagen (1.500 T€) • Straßenunterhaltung: zwei LKW, ein Radlader, ein PKW und Anbauteile für diverse Fahrzeuge (291 T€) • Verkehrssicherung: ein LKW, ein Steiger, ein Häcksler (303 T€) • Forst: ein Forstschlepper, ein LKW m. Ladekran (390 T€)
2.3	Anlagevermögen EDV	<p>Einrichtung neuer PC-Arbeitsplätze bzw. Ersatzbeschaffung von Hardware, u.a., davon</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der Datensicherung (100 T€)
3.1	Bau eines Bürogebäudes/einer Fahrzeughalle Eilper Str.	Nach Fertigstellung Vermietung von Betriebsteilen an städtische Fachbereiche. Ersatz für abgerissene Garagen.
3.2	Umbau des Naturfreundehauses zum Waldkindergarten	Nach Fertigstellung Vermietung an städtischen Fachbereich Jugend & Soziales.
3.3	Eilper Str. Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der Brandmeldeanlage/Umbau Kantine (400 T€) • Errichtung einer Zwischenbühne mit Regalen im Maurerlager von Gebäude E (100 T€) • Einbau von Fenstern im Treppenhaus v. Gebäude D (10 T€)

		<ul style="list-style-type: none"> • Fahrradunterstand (20 T€)
3.4	Pumpwerk Fley	Errichtung eines Schleppdaches
3.5	Sanierung Vinckegrab	vorbehaltlich der Zuschussgewährung
3.6	Friedhöfe - Muslimisches Waschhaus/ Umbau von Gebäudeteilen zu Abschieds-bzw. Waschräumen und Büroräumen/Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> • Friedhof Vorhalle: Muslimisches Waschhaus (260 T€) / Umbau von Gebäudeteilen zu Abschiedsräumen (30 T€) • FH Altenhagen: Verlegung von Waschräumen (50 T€) / Einbau einer Zentralheizung (30 T€) • FH Delstern: Umbau Kühlraum zu Büro (45 T€)
3.7	Außenanlagen Friedhof	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwegung Friedhof Haspe (160 T€) • Stelenblöcke inkl. Zuwegung FH Loxbaum, Vohalle, Delstern (73 T€) • Schuppen, Carport u.a. (63 T€)
3.8	Forsthaus Kurk	<ul style="list-style-type: none"> • Solaranlage (8 T€)
3.9	Waldwegebau	Wegebau im Rahmen der Grundinstandsetzung von Wander- und Forstwirtschaftswegen nach erfolgten Holzerntemaßnahmen zur Sicherung der Funktion (60 T€)
3.10	Ankauf Waldflächen	Um eine sinnvolle Arrondierung der Waldflächen zu ermöglichen, ist ein Ansatz für den Ankauf veranschlagt.
4.	Entwässerungstechnische Erschließung von Baugebieten sowie kleinere Erschließungsmaßnahmen	<p>Die entwässerungstechnische Erschließung von Baugebieten ist von mehreren Faktoren (Planungsrecht, Liegenschaften, wasserrechtlichen Genehmigungen, etc.) abhängig. Ein konkreter Realisierungszeitpunkt der einzelnen Maßnahmen ist daher schwer festzulegen.</p> <p>Um flexibel auf den Planungsfortschritt und damit verbundene Notwendigkeiten für den Kanalbau reagieren zu können, ist die entwässerungstechnische Erschließung von Baugebieten zu einer Sammelposition zusammengefasst. Die eingestellten Summen orientieren sich an der insgesamt zu erwartenden Bauleistung.</p> <p>U.a. sind folgende Maßnahmen vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • KB Erschl. Raiffeisenstraße • KB Erschl. Keplerstraße
5.	Kanalerneuerung (Sofortmaßnahmen) und Straßenkanäle	Die Mittel werden zur Durchführung i. d. R. kurzfristig notwendiger Kanalerneuerungsmaßnahmen sowie kleinerer Kanalbaumaßnahmen benötigt.
6	Kanalsanierung aus baulichen und hydraulischen Gründen im Stadtgebiet	<p>Die im Rahmen der flächendeckenden Untersuchung festgestellten und gemäß Bewertung nach ATV-Arbeitsblatt A 149 in die Schadensklassen 0 und 1 (Wasserschutzgebiete 0-2) eingestuften Schäden sind je nach Schadensbild und -umfang sofort bzw. kurzfristig zu sanieren.</p> <p>Da sich bauliche Schäden und hydraulische Mängel in Teilbereichen der zu sanierenden Entwässerungsanlagen überlagern, sind die früher nach baulichen bzw. hydraulischen Erfordernissen getrennt betrachteten Maßnahmen zu einem Programm zusammengefasst, um eine höhere Flexibilität bei der Bildung von Bauabschnitten zur Sanierung des Entwässerungsnetzes zu erreichen.</p> <p>Hinsichtlich der baulichen Sanierungen und dem hydraulischen Ausbau sind einzelne Gebiete mit besonders alten und schadhafte Kanälen priorisiert worden. Durch die Konzentration auf einige Gebiete können Maßnahmen kostengünstiger abgearbeitet werden.</p> <p>Insbesondere alte undichte Kanäle werden so saniert/ersetzt und</p>

		<p>damit der Zustand des Hagener Kanalnetzes insgesamt verbessert. Im Rahmen der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2019-2024 werden Schwerpunkte in der Sanierung schadhafter Kanäle (Schadensklasse 0-1) und der Hydraulischen Sanierung des Kanalnetzes sowie Überflutungsschutz im Zuge des Klimawandels gelegt.</p> <p>Zur baulichen und hydraulischen Sanierung des städtischen Kanalnetzes sind u.a. folgende Maßnahmen vorgesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • KE Kochstraße • KE Schwerter Straße 4. BA (Düker) • KE Heckenweg • KB Stennertstraße (GFVG) • Linersanierung 2019 gem. ABK (Programm) • KE Am Ischeland/ Weserstraße (KAG) • KE Gabelsberger Straße • KE Flensburgstraße (Tondersiedlung 2. BA) • KS Brüninghausstraße • KE Freiligrathstraße • KE Livienstraße (KAG) • KB An der Böschung • KR Beethovenstraße • KE Randweg (KAG) • KE Schillerstraße
7.	Anschluss bisher nicht angeschlossener Gebiete	<p>Im Hagener Stadtgebiet sind ca. 1% der Einwohner nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen. Die Abwasserbehandlung erfolgt hier über Kleinkläranlagen bzw. abflusslose Gruben. Ein Teil dieser Anlagen befindet sich in einem Zustand, der nicht mehr den anerkannten Regeln der Technik entspricht. Im Rahmen von sinnvollen Kanalnetzerweiterungen wird beabsichtigt, eine möglichst hohe Anzahl von Kleinkläranlagen an das städtische Kanalnetz anzuschließen. Insbesondere Gebäude die wegen ihrer speziellen Lage (Wasserschutzzonen) oder auf Grund wirtschaftlicher Betrachtungen an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen werden sollten. Zur Umsetzung dieser Vorgaben sind u.a. folgende Kanalbaumassnahmen geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • KB In den Erlen
8.	Neu- und Umbau von Sonderbauwerken zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen	<p>Aufgrund von Ordnungsverfügungen der Bezirksregierung zur Verbesserung der Einleitungsbedingungen in Gewässer sowie zur Umsetzung der vorliegenden Schmutzfrachtberechnung des Ruhrverbandes ist es erforderlich, vorhandene Sonderbauwerke der Abwasserbehandlung zu sanieren bzw. neu zu errichten. Darüber hinaus ist der Neubau von Abwasserbehandlungsanlage zur Beseitigung von abwassertechnischen Missständen erforderlich.</p> <p>Zur Umsetzung dieser Vorgaben sind u.a. folgende Kanalbaumassnahmen geplant:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umbau Regenrückhaltebecken Weststraße
9.	RW-Behandlung im Trennsystem gem. Runderlaß	<p>Zur Umsetzung des sogenannten „Trennerlasses“ wird es erforderlich das Regenwasser aus bestehenden Einleitungen von Trennsystemen vor der Einleitung in Gewässer zu behandeln.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Filterschacht An der Wacht • NBK Maßnahmen 2018 gem. ABK (Programm)
10.	Finanzanlagen: Beteiligung HEG	<p>Kapitalzuführung zum Zweck des Erwerbs bzw. der Sanierung von Immobilien im Stadtteil Wehringhausen</p>

11.	Finanzanlagen: Gewährung von Darlehen an Arbeitnehmer	gem. Dienstvereinbarung
-----	---	-------------------------

Stellenübersicht 2019
für den Wirtschaftsbetrieb Hagen AöR
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen

Stand: 29.10.2018

Beschäftigten-Stellen									
EG	Funktion/ Tätigkeit	Soll 2018	Ist 30.06.2018	Soll 2019	Beschäftigte (Ist 06/18)		Beschäftigte (Ist 06/18)		
					w	m	VZ	TZ	
EG 15	Fachbereichsleitung	2	2	2	0	2	2	0	
EG 14	stellv. Fachbereichsleitung, Fachleiter, Ingenieur	6	6	8	1	5	6	0	Anmerkung 9
EG 13	Fachleitung, stellv. Fachbereichsleitung	5	5	3	0	5	5	0	
EG 12	stellv. Fachleitung Ing. Straßenunterhaltung, Ing. Gewässerunterhaltung, Ing. GIS	26	27	32	9	18	17	10	Anmerkung 8, 8a, 8b
EG 11	Techn. Angestellte Ingenieurinnen, Ingenieure, Betriebsmanagement	20	16	16	2	14	15	1	Anmerkung 7, 7a, 7b, 7c
EG 10	Technische Sachbearbeitung, Verwaltung Grünunterhaltung	17	16	17	5	11	14	2	Anmerkung 6, 6a
EG 9 c	Meister/in Grünunterhaltung, Entwässerung, Verkehrstechnik, Straßenunterhaltung, Friedhöfe Verwaltung, Betriebs- und Personalmanagement	0	1	3	0	1	1	0	Anmerkung 5, 5a, 5b
EG 9 b	Meister/in Grünunterhaltung, Entwässerung, Verkehrstechnik, Straßenunterhaltung, Friedhöfe Verwaltung, Betriebs- und Personalmanagement	15	11	10	5	6	9	2	
EG 9 a	Meister/in Grünunterhaltung, Entwässerung, Verkehrstechnik, Straßenunterhaltung, Friedhöfe Verwaltung, Betriebs- und Personalmanagement	18	20	22	4	16	16	4	Anmerkung 4, 4a
EG 8	Meister/in Grünunterhaltung Facharbeiter, Vorarbeiter, Baumpfleger Verwaltung	9	9	15	5	4	6	3	Anmerkung 3
EG 7	Betriebsarbeiter	46	48	43	4	44	45	3	
EG 6	Betriebsarbeiter, techn. Zeichner, Verwaltungsmitarbeiter	105	99	108	17	82	82	17	Anmerkung 2, 2a, 2b, 2c, 2d, 2e, 2f, 2g
EG 5	Verwaltung Friedhöfe und Krematorium SB Betriebsführungssoftware	34	32	31	1	31	31	1	Anmerkung 1, 1a, 1b, 1c
EG 4	Mitarbeiter Werkstatt/Bauhof	1	2	2	0	2	2	0	Anmerkung 0, 0a
Summe		304,0	294,0	312,0	53,0	241,0	251,0	43,0	

Beamten-Stellen								
Funktion / Tätigkeit		Besoldungsgruppen			Beamte (Ist 06/18)		Beamte (Ist 06/18)	
		Soll 2018	Ist 30.06.2018	Soll 2019	w	m	VZ	TZ
Vorstand		2	2	2	0	2	2	0
A 16	Fachbereichsleiter, stellv. Vorstand	2	2	2	0	2	2	0
A 15	Fachbereichsleiter Stellv. FBL	3	3	3	1	2	2	1
A 14	Fachbereichsleiter/Fachleiter/in	2	1	2	0	1	1	0
A 13	Ingenieure/ Verwaltung	4	3	5	0	3	3	0
A 12	Ingenieure	4	6	8	2	4	3	3
A 11	Sachbearbeiter, Bauleiter	6	4	2	2	2	3	1
A 10	BOI Ing. Straßenbetrieb	5	6	4	2	4	6	0
Summe		28,0	27,0	28,0	7,0	20,0	22,0	5,0

Anmerkung 13

Anmerkung 12, 12a

Anmerkung 11, 11a

Anmerkung 10

Stellen insgesamt								
		Soll 2018	Ist 30.06.2018	Soll 2019	Beschäftigte (Ist 06/18)		Beschäftigte (Ist 06/18)	
					w	m	VZ	TZ
Angestellte		304	294	312	53	241	251	43
Beamte		28	27	28	7	20	22	5
		332,0	321,0	340,0	60,0	261,0	273,0	48,0

Nachrichtlich:						
	Funktion/ Tätigkeit	Soll 2018	Ist 30.06.2018	Soll 2019	Beschäftigte (Ist 06/18) w m	
Ausbildungskräfte:	Gärtner/in	8	6	7	2	4
	Forstwirt	2	2	3	0	2
	Rohr/Kanal u. Industrieservice	0	0	0	0	0
	Bauoberinspektoranwärter	1	0	0	0	0
	Bau-/ Tech. Zeichner	0	0	0	0	0
	Elektroniker	1	2	0	0	2
	Straßenbauer	1	0	0	0	0
Gesamt Azubi		13,0	10,0	10,0	2,0	8,0
Rente a. Zeit		3	3	3	1	2
Beurlaubte		1	2	1	1	1
Freistellung Altersteilzeit		9	7	4	2	5
Elternzeit		3	3	3	3	0
		29,0	25,0	21,0	09,0	16,0

Von den o. g. Beschäftigten sind 2 Personen befristet beschäftigt (1 x EG4, 1 x EG6).

Stellenübersicht 2018 - Anmerkungen

Beschäftigtenbereich:

Anmerkung 0: Überplanmäßige Einstellung Kanalbetriebsarbeiter/in aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes. 2018 in EG 5 geplant, Einstellung erfolgte in EG 4
Anmerkung 0a: Einstellung eines Straßenbauers WBH/31 zum 01.08.2018. EG 4
Anmerkung 1: Werkprüfung in 06/2018, Höhergruppierung zum 01.07.2018. EG 5
Anmerkung 1a: Kündigung Friedhofsmitarbeiter. EG 5
Anmerkung 1b: Eintritt Friedhofsmitarbeiter in Ruhestand am 01.01.2018. EG 5
Anmerkung 1c: Renteneintritt Kanalbetriebsarbeiter spätestens 01.11.2018, ggf. Nachbesetzung. EG 5
Anmerkung 2: Neueinstellung von 2 Gärtnern und 2 Straßenunterhaltungsmitarbeiterin. EG 6
Anmerkung 2a: Übernahme von 5 Auszubildenden vorbehaltlich Bestehens der Abschluss-prüfung. EG 6
Anmerkung 2b: Nachbesetzung von 5 Stellen (3 Friedhofsgärtner, 2 Straßenunterhaltungsmitarbeiter). EG 6
Anmerkung 2c: Rückkehr von 2 Gärtnern aus Elternzeit. EG 6
Anmerkung 2d: Eintritt von 2 Gärtnern in Elternzeit. EG 6
Anmerkung 2e: Kündigung des befristeten Arbeitsverhältnisses zum 31.07.2018. EG 6

Stellenübersicht 2018 - Anmerkungen

Anmerkung 2f: Rente wg. Voller Erwerbsunfähigkeit. EG 6
Anmerkung 2g: Austritt/Aufhebungsvertrag. EG 6
Anmerkung 3: Höhergruppierungen Baumpfleger EG 8
Anmerkung 4: Neueinstellung eines Technikers, Sachbearbeitung GIS. EG 9 a
Anmerkung 4a: Neueinstellung eines Meisters zur Unterstützung bei WBH/31. EG 9 a
Anmerkung 5: Neueinstellung Gleichstellungsbeauftragte (50 %). EG 9 c
Anmerkung 5a: Neueinstellung NF Ivona Böcker, Antritt ein Tag dann Aufhebungsvertrag. EG 9 c
Anmerkung 5b: Neueinstellung NF Julia Erlmann. EG 9 c
Anmerkung 6: Neueinstellung Digitalisierung Vorstandsbereich. EG 10
Anmerkung 6a: Höhergruppierung nach Neubewertung. EG 10
Anmerkung 7: Nachfolge Stelle Ingenieur WBH/13 nach Rückkehr Sonderurlaub ab 01.08.2018. EG 11
Anmerkung 7a: Neuschaffung einer Ingenieursstelle für zusätzlich anfallendes Arbeitsvolumen (ursprünglich BOI-Anwärter geplant) nach Bachelor-Prüfung. EG 11
Anmerkung 7b: Höhergruppierung nach Neubewertung. EG 11
Anmerkung 7c: Bauingenieur Straßenunterhaltung Eintritt in Ruhestand ab 01.10.2018. EG 11

Stellenübersicht 2018 - Anmerkungen

Anmerkung 8:

Neueinstellung von 2 Bauingenieuren zusätzliche Bauwerke nicht in EG 11.
EG 12

Anmerkung 8a:

2 Höhergruppierung nach Neubewertung. EG 12

Anmerkung 8b:

Nachbesetzung Bauingenieur Straßenunterhaltung. EG 12

Anmerkung 9:

Höhergruppierung nach Neubewertung. EG 14

Stellenübersicht 2018 - Anmerkungen

Beamtenbereich:

Anmerkung 10: Beförderung nach entsprechender Wartezeit. A 11
Anmerkung 11: Beförderung nach entsprechender Wartezeit. A 12
Anmerkung 11a: Einrichtung Beamtenstellen, Nachbesetzung Stelle Heiermann WBH/1. A 12
Anmerkung 12: Beförderung nach entsprechender Wartezeit. A 13
Anmerkung 12a: Umwandlung Beschäftigtenstelle in Beamtenstelle ab 01.01.2019. A 13
Anmerkung 13: Modulare Qualifizierung, Beförderung nach entsprechender Wartezeit. A 14

20. HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

20.1. Allgemeine Daten

H I G – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH
Rathausstr. 13
59095 Hagen
Tel. 02331/207-5834
Fax. 02331/207-2460

e-mail.:info@hig-hagen.de
Internet: www.hig-hagen.de

20.2. Unternehmensgegenstand

Unternehmensgegenstand ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Hagen durch Förderung der Wirtschaft durch

- die Beschaffung, Erschließung und Veräußerung von Grundstücken zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen,
- die Durchführung und Förderung der Sanierung von Altlasten in diesem Zusammenhang und
- die Entwicklung neuer und bestehender Gewerbe- und Industrieflächen.

20.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Das Unternehmen ist ausgerichtet auf Tätigkeiten, die sich mit Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur einer bestimmten Region durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Beschaffung neuer Arbeitsplätze und der Sanierung von Altlasten, befassen.

Nach § 107 Abs. 2 GO NRW gilt der Betrieb von Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung dienen, nicht als wirtschaftliche Betätigung. Nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW ist Voraussetzung für die Gründung einer Gesellschaft, deren Betrieb nicht als wirtschaftliche Betätigung gilt, ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung bzw. Beteiligung.

Die Gesellschaft wurde am 01.01.2017 gegründet.

20.4. Beteiligungsverhältnis



20.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.



DR. HEILMAIER & PARTNER GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

B e r i c h t

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2018 und des
Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2018

der

HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Ausfertigung Nr.: «Zahl»

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
Carl-Wilhelm-Straße 16, 47798 Krefeld
Postfach 10 02 43, 47702 Krefeld
Tel. 0 21 51 - 63 90 - 0
Fax 0 21 51 - 63 90 - 90
E-Mail hp@heilmaier-partner.de
Internet www.heilmaier-partner.de
Amtsgericht Krefeld HRB 3704

Geschäftsführer:

Dirk Abts RA · WP · StB

Jürgen Baumanns Dipl.-Betriebswirt · StB

Markus Esch RA · WP · StB

Ralf Kempkens Dipl.-Kfm. · WP · StB

Karl Nauen Dipl.-Kfm. · WP · StB

Thorsten Pietsch RA · StB

Tobias Schöpp Dipl.-Kfm. · WP · StB

Franz Vochsen RA · StB

E. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

- 72 Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.
- 73 Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung geführt worden sind.
- 74 Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

75 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 der HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen

entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

G. Schlussbemerkung

- 76 Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2018 erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450).
- 77 Der von uns mit Datum 8. Mai 2019 erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt F. "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers" enthalten.
- 78 Eine Verwendung des Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Krefeld, den 8. Mai 2019

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Kempkens
Wirtschaftsprüfer



DR. HEILMAIER & PARTNER GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

ANLAGEN

HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH
Bilanz zum 31.12.2018

Aktivseite	31.12.2018 €	31.12.2017 €	Passivseite	31.12.2018 €	31.12.2017 €
A. Umlaufvermögen			A. Eigenkapital		
I. Sonstige Forderungen davon gegenüber Gesellschaftern: 4.700.000,00 € davon aus Steuern: 1.478,17 €	4.701.563,85	856.626,04	I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
			II. Kapitalrücklage	4.975.000,00	975.000,00
			III. Verlustvortrag	-109.533,61	
			IV. Jahresfehlbetrag	-77.348,96	-109.533,61
				4.813.117,43	890.466,39
II. Guthaben bei Kreditinstituten	131.026,14	68.869,90	B. Rückstellungen		
			1. Sonstige Rückstellungen	19.250,00	4.300,00
			C. Verbindlichkeiten		
			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr: 0,00 € (VJ: 30 T€)	0,00	30.488,03
			2. Verbindlichkeiten verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr: 0,00 €	0,00	32,70
			3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr: 222,56 € davon aus Steuern: 222,56 €	222,56	208,82
				222,56	30.729,55
				4.832.589,99	925.495,94
				4.832.589,99	925.495,94

HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2018

		2018	2017
		<u>in €</u>	<u>in €</u>
1.	Sonstige betriebliche Erträge	546,70	0,00
2.	Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	-20.395,13	-51.885,14
3.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-19.089,92	-20.243,35
	b) Soziale Abgaben	-1.479,46	
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-36.931,15	-37.405,12
	Jahresfehlbetrag	-77.348,96	-109.533,61

HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH, Hagen

Anhang 2018

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH hat ihren Sitz in Hagen. Sie ist im Handelsregister Amtsgericht Hagen unter HR B 10583 eingetragen.

Die Gesellschaft wurde in 2017 gegründet.

II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB) sowie des GmbHG aufgestellt.

Die Gesellschaft wendet das Gesamtkostenverfahren an.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Forderungen sind zum Nominalwert bilanziert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Der Wertansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden – soweit vorhanden – mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre laufzeitadäquat abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Passive bzw. aktive latente Steuern aufgrund von Unterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2018 nicht.

IV. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Forderungen

Die Forderungen (4.702 T€) betreffen Sonstige Forderungen gegen die Gesellschafter aus Einzahlungsverpflichtungen in die Kapitalrücklage (4.700 T€) sowie Steuererstattungsansprüche und debitorische Kreditoren (2 T€).

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 25 T€. Die übernommenen Stammeinlagen sind vollständig einbezahlt. Gesellschafter sind die Stadt Hagen (51 %) und der Wirtschaftsbetrieb Hagen WBH AöR (49 %).

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen (19 T€) entfallen auf ungewisse Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen und Jahresabschlussarbeiten.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben sämtlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Umsatzerlöse wurden im ersten Geschäftsjahr erwartungsgemäß nicht erzielt.

Materialaufwand

Aufwendungen für bezogene Leistungen (20 T€) betreffen fast ausschließlich Aufwendungen für Baugrunduntersuchungen einer potentiellen Entwicklungsfläche.

Personalaufwand

Personalaufwand beinhaltet die Kosten der Geschäftsführer. Weiteres Personal wurde nicht beschäftigt.

VI. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag besteht kein Bestellobligo. Weitere Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten bestanden nicht.

Geschäftsführung

Geschäftsführer waren Herr Burkhard Schwemin, Hagen und Herr Michael Greive, Ascheberg.

Die Gesamtvergütung betrug im Geschäftsjahr 21 T€.

VII. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag haben sich nicht ergeben.

VIII. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 77 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Hagen, den 18.03.2019

HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Burkhard Schwemin

Michael Greive



HIG - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

I. Das Unternehmen

Die H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH ist eine Gesellschaft der kommunalen Gebietskörperschaft Stadt Hagen und des Wirtschaftsbetriebes Hagen, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hagen. Als Gesellschaft erfüllt die Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Der Unternehmensgegenstand ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur auf dem Gebiet der Stadt Hagen durch die Beschaffung, Erhaltung und Veräußerung von Grundstücken zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen, die Durchführung und Förderung der Sanierung von Altlasten in diesem Zusammenhang und die Entwicklung neuer und bestehender Gewerbe- und Industrieflächen. Die Gründung des Unternehmens war zum 01.01.2017.

II. Wirtschaftsbericht

Hagen leidet an einem Mangel an Industrie- und Gewerbeflächen. Da die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen im Gebiet der Stadt Hagen in den nächsten Jahren wesentlich von der Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieansiedlung abhängt, gehört ein Angebot an gewerblich- industriellen Bauflächen zu den zentralen Aufgaben der Stadt Hagen. Diese Aufgaben werden von der Gesellschaft wahrgenommen. Hierzu sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, die planerische und finanzielle Realisierbarkeit ist zu prüfen. Es bedarf der Klärung von Eigentum und Verkaufsbereitschaft, der Prüfung der planungsrechtlichen Durchsetzbarkeit, der Klärung von Altlasten sowie der Erschließung und Entwässerung von Flächen.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr 2018 hat sich die Gesellschaft schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung zum Erwerb zweier Brachflächen beschäftigt. Zu einem Erwerb von Flächen ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr aber nicht gekommen.

In einem Fall erweisen sich die Verhandlungen als sehr schwierig und sind mehrfach unterbrochen bzw. verzögert worden, da noch viele Nebenbedingungen verhandelt werden müssen.

In dem anderen Fall wurde im Laufe des Jahres nach Vorliegen der Gefährdungsbeurteilung und der Ermittlung für die Sanierung erforderlichen Kosten ein Antrag beim Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung AAV gestellt mit dem Ziel, dass das Projekt in den Maßnahmenplan 2019 des AAV aufgenommen wird. Dies bedeutet, dass die Kosten für die Sanierungsmaßnahme zu 80 % vom AAV übernommen werden und nur ein Eigenanteil von 20 % bei der H I G verbleibt. Der schriftliche Bescheid des AAV zur Übernahme in den Maßnahmenplan ist im Januar 2019 bei der H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH eingegangen. Hier ist davon auszugehen, dass der Grundstückskaufvertrag in der ersten Jahreshälfte 2019 abgeschlossen werden kann.

Auch für die erste Fläche wurde seitens der H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH ein Zuschussantrag für weitere Untersuchungen auf dem Grundstück und die Erstellung eines Sanierungsplanes gestellt. Der Zuschussgeber hat hier einen positiven Bescheid für die 2. Jahreshälfte 2019 in Aussicht gestellt.

Des Weiteren wurden seitens der H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH Verhandlungen für eine dritte, heute noch landwirtschaftlich genutzte Fläche geführt, wobei dem Eigentümer ein konkretes Angebot für die Fläche unterbreitet wurde. Dieser hat sich für seine Entscheidung eine „Bedenkzeit“ auserbeten, so dass auch hier noch kein Erwerb dieser Fläche zu Stande kommen konnte.

In einem weiteren Fall wurde über den Erwerb einer landwirtschaftlichen Fläche Gespräche geführt. Da ein Interesse zum Erwerb der gesamten Fläche bei einem in einer Nachbarstadt ansässigen Unternehmen bestand wurde auf Anraten und in Abstimmung mit der H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH dem Eigentümer empfohlen die Verhandlungen direkt zu führen und zum Abschluss zu bringen.

Auch in 2018 hat die H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH gemeinsam mit der HAGENagentur, die Stadt Hagen auf dem Gemeinschaftsstand der Business Metropoluhr auf der Expo Real, internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen

in München, vertreten. Dort konnten vielfältige Kontakte zu potentiellen Investoren aufgenommen werden und Erkenntnisse zur Marktstellung und Marktbedürfnissen erworben werden.

Ebenso wurden in Hagen weitere Gespräche mit ortsansässigen expansionswilligen Unternehmen geführt.

III. Geschäftsergebnis 2018

Das Geschäftsjahr 2018 wurde mit einem Verlust von 77.348,96 Euro abgeschlossen. Da das Geschäft der Gesellschaft im Aufbau befindlich ist, konnte kein Erlös erzielt werden.

	<u>2018 in €</u>
Aufwendungen für bezogene Leistungen und Personalaufwand	40.964,51
betrieblichen Aufwendungen	36.931,15

Anlagevermögen ist in der Gesellschaft nicht vorhanden. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2018 bemisst sich auf rd. 99,5%.

IV. Prognose

Die Gesellschaft geht von dem Erwerb von 2 Flächen im Geschäftsjahr 2019 aus. Die Vorbereitungen zum Erwerb dieser Flächen sind weitestgehend abgeschlossen. Interessenten

für Gewerbeflächen sind auf Grund der hohen Nachfrage bei der H I G - Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH vorhanden. Es wird davon ausgegangen, dass diese Flächen nach der Sanierung und Erschließung zeitnah vermarktet werden können. Im Bedarfsfall wird die HAGENagentur mit der Vermarktung beauftragt. Hierzu finden monatliche Abstimmungen statt zwischen beiden Gesellschaften statt.

Zudem werden weitere Gespräche mit Eigentümern von Flächen geführt, die in Hagen als potentielle Industrie- und Gewerbeflächen in Frage kommen. Dies hängt allerdings noch bei einigen Flächen davon ab, ob diese Flächen in der Regionalplan des Regionalverbands Ruhr RVR aufgenommen werden.

Hagen, den 13.03.2019

HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Burkhard Schwemin



Michael Greive





BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HIG – Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Krefeld, den 8. Mai 2019

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Kempkens
Wirtschaftsprüfer

HIG Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Plan-Gewinn- und Verlustrechnung 2019

Angaben in EUR	IST 2017	Plan 2018	Prognose 2018	Plan 2019
Umsatzerlöse	0	0	0	0
Bestandsveränderung Grundstücke	0	680.000	0	3.354.000
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	144.000
Gesamtleistungen	0	680.000	0	3.498.000
Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-51.885	-680.000	-20.395	-3.498.001
Summe Materialaufwand	-51.885	-680.000	-20.395	-3.498.001
Löhne, Gehälter, Beamtenbezüge	-20.243	-24.000	-20.000	-20.000
Sozialleistg., Altersversorg., Unterstützng.		0	0	0
Summe Personalaufwand	-20.243	-24.000	-20.000	-20.000
Abschreibungen Immaterielle u. Sachanlagen	0	0	0	0
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-37.405	-352.385	-42.385	-43.885
Umlage / Leistungsausgleich				
Bezug von Betriebszweigen				
Lieferungen an Betriebszweige				
Zwischenergebnis	-109.533	-376.385	-82.780	-63.886
Erträge aus Beteiligungen				
Erträge Ausleih. Finanzanlagevermögen				
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
Finanzergebnis	0	0	0	0
Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-109.533	-376.385	-82.780	-63.886
Steuern vom Einkommen/Ertrag				
sonstige Steuern				
Summe Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss (+)				
Jahresfehlbetrag (-)	-109.533	-376.385	-82.780	-63.886

Finanzplan 2019

Angaben in EUR	2019
(A) Mittelverwendung	
I. Erhöhung der Aktiva	
Zugänge Grundstücke in Aufbereitung	3.354.000
Darlehensgewährung an andere Betriebsteile	
Erhöhung liquider Mittel	
II. Minderung der Passiva	
Jahresfehlbetrag	63.886
Jahresüberschuss	
Entnahme sonstige Sonderposten	
Verminderung sonst. Rückstellungen	
Verminderung sonst. Verbindlichkeiten	
Tilgung von Darlehen auf Bestand	
Tilgung von Darlehen auf Zugänge	
Summe Mittelverwendung	3.417.886
(B) Mittelherkunft	
I. Minderung der Aktiva	
Verminderung Forderung aus Einzahlung Kapitalrücklage	3.400.000
Verminderung der Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	
II. Erhöhung der Passiva	
Jahresüberschuss Geschäftsjahr	
Mittelaufnahme bei anderen Betriebsteilen	
Darlehensaufnahme	
Summe Mittelherkunft	3.400.000
Überschuss Mittelherkunft	-17.886
Anfangsbestand liquider Mittel	113.936
Endbestand liquider Mittel	96.050

HIG Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Planbilanz zum 31.12.2019

AKTIVA

in EUR		2017 IST		2018 PROGNOSE		2019 PLAN	
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0		0		0	
II. Sachanlagen		0		0		0	
III. Finanzanlagen		0	0	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen							
I. Vorräte		0		0		3.354.000	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		856.626		4.700.000		1.300.000	
III. Wertpapiere		0		0		0	
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		68.870		113.936		96.050	
		<u>925.496</u>		<u>4.813.936</u>		<u>4.750.050</u>	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0		0		0	
		<u>925.496</u>		<u>4.813.936</u>		<u>4.750.050</u>	

PASSIVA

in EUR		2017 IST		2018 PROGNOSE		2019 PLAN	
A. Eigenkapital							
I. Gezeichnetes Kapital		25.000		25.000		25.000	
II. Kapitalrücklagen		975.000		4.975.000		4.975.000	
III. Gewinnrücklagen		0		0		0	
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag				-109.534		-192.314	
V. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag		-109.534	890.466	-82.780	4.807.686	-63.886	4.743.800
B. Rückstellungen							
1. Rückstellung f. Pensionen u. ähnl. Verpfl.		0		0		0	
2. Steuerrückstellungen		0		0		0	
3. Sonstige Rückstellungen		4.300	4.300	6.000	6.000	6.000	6.000
C. Verbindlichkeiten							
1. Anleihen, davon konvertibel;		0		0		0	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		0		0	
3. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen							
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		30.488		0		0	
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		33		0		0	
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0		0		0	
7. Sonstige Verbindlichkeiten		209	30.730	250	250	250	250
D. Rechnungsabgrenzungsposten							
		<u>925.496</u>		<u>4.813.936</u>		<u>4.750.050</u>	

HIG Hagener Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Ergebnisplan für die Jahre 2019 bis 2023

<u>Plan Gewinn- und Verlustrechnung in EUR</u>	Plan 2018	Prognose 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
1. Umsatzerlöse	-	-	-	-	-	8.720.000	3.700.000
2. Bestandsveränderung Grundstücke	680.000	-	3.354.000	1.118.000	501.500	1.978.500	2.995.000
3. Sonstige betriebliche Erträge	-	-	144.000	48.000	-	-	238.000
Gesamtertrag	680.000	-	3.498.000	1.166.000	501.500	6.741.500	943.000
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	680.000	20.395	3.498.001	1.166.000	4.543.500	6.741.500	520.000
5. Personalaufwand	24.000	20.000	20.000	20.000	21.000	22.000	22.000
6. Abschreibungen	-	-	-	-	-	-	-
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	352.385	42.385	43.885	44.550	44.500	44.500	229.550
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-	-	185.000	475.000	135.000
Gesamtaufwand	1.056.385	82.780	3.561.886	1.230.550	4.794.000	7.283.000	906.550
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 376.385	- 82.780	- 63.886	- 64.550	- 4.292.500	- 541.500	36.450
9. Steuern vom Einkommen/Ertrag	-	-	-	-	-	-	-
10. Sonstige Steuern	-	-	-	-	-	-	-
Jahresergebnis	- 376.385	- 82.780	- 63.886	- 64.550	- 4.292.500	- 541.500	36.450

HIG Hagerer Industrie- und Gewerbeflächen GmbH

Liquiditätsplan für die Jahre 2019 bis 2023

<u>in EUR</u>	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023
Einnahmen					
<i>Einzahlung Rücklage</i>	3.400.000	1.200.000	100.000	-	-
<i>Grundstücksverkäufe</i>			-	-	8.720.000
<i>Zuschüsse</i>	144.000	48.000	-	-	238.000
Ausgaben					
<i>Grundstückskäufe</i>	- 3.240.001	-	-		-
<i>Sanierungskosten</i>	- 258.000	- 1.166.000	- 4.543.500	- 6.741.500	- 520.000
<i>Gehälter</i>	- 20.000	- 20.000	- 21.000	- 22.000	- 22.000
<i>Sonstige Ausgaben</i>	- 43.885	- 44.550	- 44.550	- 44.550	- 229.550
<i>Zinsen</i>	-	-	- 185.000	- 475.000	- 135.000
Liquidität je Jahr	- 17.886	17.450	- 4.694.050	- 7.283.050	8.051.450

21. HABIT Hagener Betrieb für IT – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr

21.1. Allgemeine Daten

Langenkampstraße 14
58119 Hagen
Telefon: 02331 207-0
Telefax: 02331 207-2055

Internet: www.hagen.de/HABIT
E-Mail: habit@stadt-hagen.de

21.2. Unternehmensgegenstand

Der Zweck des Betriebes ist gemäß § 1 Abs. 1 der Satzung die Einbringung von informationstechnologischen Dienstleistungen. Diese umfassen:

- Die Planung, die Beschaffung und den Betrieb der Informationstechnologie,
- die Rechenzentrumsleistungen,
- Consulting und Einführung von IT-Systemen und die damit zusammenhängende Organisationsberatung in Bezug auf Geschäftsprozesse,
- die Bereitstellung von Anwendungssoftware,
- den IT-Benutzerservice,
- IT-Schulungen
- sowie die mit diesen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Tätigkeiten.

21.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Betrieb der Stadt Hagen

Der Hagener Betrieb für Informationstechnologie - HABIT - ist als eigenbetriebsähnliche Einrichtung Sondervermögen der Stadt Hagen. Er erbringt u. a. auf Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) zukunftsorientiert Dienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie.

Zielsetzung des HABIT ist, die Verwaltung, die Ämter und Fachbereiche der Stadt Hagen sowie die übrigen Kunden, insbesondere aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben effizient und effektiv mit IT-Dienstleistungen zu unterstützen. Ein wesentliches Prinzip des Betriebes ist dabei die Kostendeckung, es besteht keine Gewinnerzielungsabsicht.

21.4. Beteiligungsverhältnis



21.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft



Anlage 1

Bericht
über die Prüfung
des Jahresabschlusses und des Lageberichts
zum
31. Dezember 2018
HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie
Hagen



DHE REVISION

Dr. Deussen & Ewerdwalbesloh Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
Körnerstraße 84, 58095 Hagen

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsauftrag	1
2. Grundsätzliche Feststellungen	3
2.1 Lage des Eigenbetriebs	3
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung	3
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
3.1 Gegenstand der Prüfung	6
3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	7
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	11
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	11
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	11
4.1.2 Jahresabschluss	11
4.1.3 Lagebericht	12
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
4.2.2 Bewertungsgrundlagen	13
4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	14
4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur	14
4.3.2 Ertragslage	21
5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	25
6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks über die Jahresabschlussprüfung und Schlussbemerkung	29

Anlagen

- 1 Bilanz zum 31. Dezember 2018**
- 2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.1. - 31.12.2018**
- 3 Anhang für das Geschäftsjahr 2018**
- 4 Lagebericht Wirtschaftsjahr 2018**
- 5 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers über die Jahresabschlussprüfung**
- 6 Fragebogen zu § 53 HgrG**
- 7 Rechtliche Verhältnisse**
- 8 Steuerliche Verhältnisse**
- 9 Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften**

1. Prüfungsauftrag

Unser nachstehend erstatteter Bericht über die gesetzliche Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie zum 31. Dezember 2018 ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

In der Betriebsausschusssitzung vom 20.9.2018 des

HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie
– Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr –
eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen,
Hagen
– nachfolgend auch kurz "HABIT" genannt –

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 gewählt (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB). Daraufhin beauftragte uns der Betriebsleiter, Herr Gerhard Thurnau, Hagen, mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA), Herne, vom 13.11.2018, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2018 in entsprechender Anwendung der §§ 316 / 317 HGB gemäß § 106 der Gemeindeverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Arbeiten schriftlich Bericht zu erstatten. Auf das Auftragsbestätigungsschreiben vom 22.11./27.11.2018, das wir zu unseren Akten genommen haben, wird verwiesen.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) beachtet. Wir verweisen auf die Berichterstattung in Anlage 6 und die Feststellungen unter 5. (S. 25 ff.).

Gemäß Beauftragung durch die Betriebsleitung und dem Schreiben der GPA NRW vom 13.11.2018 haben wir insbesondere die Themen "Korruptionsprävention nach dem Korruptionsbekämpfungsgesetz, Risikofrüherkennung nach § 10 Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO), Kostenüberdeckungen nach § 6 KAG, Wirtschaftlichkeitsberechnungen vor Investitionen nach § 16 EigV i.V.m. § 14 GemHVO und angemessene Vergütung von Leistungsbeziehungen nach § 10 Abs. 3 EigVO" überprüft. Die GPA NRW erwartet zu diesen Themen eine aussagekräftige und dem Einzelfall angemessene Beantwortung der einschlägigen Fragenkreise im IDW Prüfungsstandard 720. Hierzu wird von uns detailliert zur Prüfung nach § 53 HGrG (Anlage 6) Stellung genommen.

Dem uns erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach §§ 319, 319a HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. unserer Berufssatzung entgegen.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Der HABIT hat als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gemäß § 21 EigVO NRW den Jahresabschluss und einen Lagebericht wie eine große Kapitalgesellschaft aufzustellen. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts handelt es sich daher um eine gesetzliche Abschlussprüfung nach Landesrecht.

Wir haben unsere Prüfung unter Mitwirkung unseres Mitarbeiters, Herrn Dipl.-Kfm. Rüdiger Raue, im April 2019 in den Geschäftsräumen des HABIT in Hagen durchgeführt. Die Schlussbearbeitung des Auftrags erfolgte im Mai 2019 in unseren Geschäftsräumen.

Alle von uns erbetenen, nach pflichtgemäßem Ermessen zur ordnungsmäßigen Durchführung der Prüfung von den gesetzlichen Vertretern benötigten Aufklärungen und Nachweise wurden erbracht. Die Betriebsleitung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses in einer von uns eingeholten Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt.

Art und Umfang unserer Prüfungshandlungen haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Über das Ergebnis unserer Prüfungshandlungen erstatten wir den nachfolgenden Bericht.

Wir haben diesen Prüfungsbericht nach dem Prüfungsstandard "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V., Düsseldorf, (IDW PS 450) erstellt.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und Anhang (Anlage 3), sowie den geprüften Lagebericht 2018 (Anlage 4) beigefügt.

Unser uneingeschränkter Bestätigungsvermerk findet sich in Anlage 5.

In Anlage 6 ist der Fragenkatalog zu § 53 HGrG ausgearbeitet, die rechtlichen und die steuerlichen Verhältnisse der Gesellschaft finden sich in Anlage 7 und 8.

Unserem Auftrag liegen die als Anlage 9 beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2017 zu Grunde. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach § 323 Abs. 2 HGB. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Dieser Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses ist nicht zur Weitergabe an Dritte bestimmt. Soweit er mit unserer Zustimmung an Dritte weitergegeben wird bzw. Dritten mit unserer Zustimmung zur Kenntnis vorgelegt wird, verpflichtet sich die Gesellschaft, mit dem betreffenden Dritten schriftlich zu vereinbaren, dass die vereinbarten Haftungsregelungen auch für mögliche Ansprüche des Dritten uns gegenüber gelten sollen.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Lage des Eigenbetriebs

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung

Die Betriebsleitung hat im Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang (Anlagen 1 bis 3) – und im Lagebericht (Anlage 4) die wirtschaftliche Lage sowie die voraussichtliche Entwicklung des Betriebs beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir nachfolgend in unserer vorangestellten Berichterstattung zur Beurteilung der Lage des HABIT im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die Betriebsleitung Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir auf Grund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des HABIT ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zu Grunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen. Unsere Berichtspflicht besteht, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben.

Die von uns geprüften Unterlagen i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB umfassten jene Unterlagen, die unmittelbar Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren, also die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht, sowie alle Unterlagen, wie Planungsrechnungen, wichtige Verträge, Protokolle und Berichterstattungen an die für die Überwachung Verantwortlichen, die wir im Rahmen unserer Prüfung herangezogen haben.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und Lagebericht halten wir für zutreffend. Tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten, die der Fortführung der Unternehmenstätigkeit entgegenstehen, liegen nicht vor.

Die Aufgabe des HABIT ist, folgende informationstechnologische Dienstleistungen zu erbringen:

- die Planung, die Beschaffung und den Betrieb der informationstechnologischen Infrastruktur,
- die Rechenzentrumsleistungen,
- Consulting und Einführung von IT-Systemen und die damit zusammenhängende Organisationsberatung in Bezug auf Geschäftsprozesse,
- die Bereitstellung von Anwendungssoftware,
- den IT-Benutzerservice,
- IT-Schulungen
- sowie die mit diesen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Tätigkeiten.

Hervorzuheben sind folgende Aspekte:

- a. Die Verbindlichkeiten des städtischen Eigenbetriebs sind im abgeschlossenen Geschäftsjahr von TEUR 5.029,9 auf TEUR 8.767,5 gestiegen.
- b. Die Umsatzerlöse sind um 1,6 % auf TEUR 15.268,6 gestiegen. Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge und dem erhöhten Materialaufwand ergibt sich ein um TEUR 328,2 auf TEUR 11.371,2 vermindertes Rohergebnis. Das verminderte Rohergebnis hat im Wesentlichen zu dem verminderten Betriebsergebnis von TEUR 234,2 (Vorjahr TEUR 540,5) beigetragen.
- c. Die Betriebsleitung geht von einer kontinuierlichen Entwicklung des Betriebes aus. Dabei werden aufgrund der betrieblichen Besonderheiten weder besondere Chancen noch besondere Risiken in der prognostizierten Entwicklung des Eigenbetriebs erwartet. Der Betrieb des HABIT wird zum 31.12.2019 eingestellt und als Fachbereich 15 bei der Stadt Hagen weiterbetrieben.

zu a.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger sind von TEUR 4.386,3 auf TEUR 7.156,2 gestiegen. Ursache hierfür sind die noch nicht abgeschlossenen Investitionen in ein neues Back-Up-Rechenzentrum, dessen Fertigstellung/Inbetriebnahme für Ende 2. Quartal 2020 erwartet wird. Diese Investitionen und die in 2018 abgeschlossenen Investitionen in das Hauptrechenzentrum führen zu einem negativen Cash Flow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 5.255,6. Da der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, der mit TEUR 2.647,9 zwar um 37,9 % über dem Vorjahresniveau lag, nicht ausreicht, um die gesamten Investitionen abzudecken, ergibt sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf, der durch die Trägerin des Betriebs bereitgestellt wurde.

zu b.

Durch die Minderung beim Rohergebnis um TEUR 328,2, der Steigerung beim Personalaufwand um TEUR 141,5, dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 130,1, der geringen Abschreibungen von TEUR 293,0 unter Berücksichtigung des konstanten Finanzergebnisses und der Steuern ergibt sich ein Jahresergebnis von TEUR 211,3 (2017: TEUR 515,9), d.h. eine Verminderung um TEUR 304,6

zu c.

Die Betriebsleitung stellt jährlich für das Folgejahr einen Wirtschaftsplan auf, der im Wesentlichen die Tätigkeiten beinhaltet, die im Rahmen ihrer zugewiesenen Aufgaben für die Stadt Hagen anfallen werden. Hierbei werden sowohl die fixen als auch die variablen Kosten berücksichtigt. Die Kalkulationen beinhalten Leistungen, die zwangsläufig erfolgen müssen, aber auch Leistungen, die für empfehlenswert gehalten werden. Das Kalkulationsgerüst und die empfehlenswerten Projekte werden sodann mit der Stadt Hagen verhandelt. Diese entscheidet letztendlich, welche vorgeschlagenen Projekte, die über die zwangsläufigen Dienstleistungen hinausgehen, durchgeführt werden sollen. Auf dieser Basis beruht das Geschäftsmodell des HABIT.

Hieraus resultiert, dass die Geschäftsentwicklung vergleichsweise zuverlässig vorausgeplant werden kann. Infolge dessen geht die Werkleitung nicht davon aus, dass diese Entwicklung wesentlich durch positive oder negative Faktoren beeinflusst wird.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 führt unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen „Dokumentenmanagementsystem“ und „Standortwechsel“ zu einem vorläufigen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 902. Dieser soll planmäßig durch die in früheren Jahren erfolgten zweckbezogenen Rücklagen ausgeglichen werden.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des HABIT einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet.

Die Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des HABIT derzeit gefährdet wäre.

3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie der ergänzenden Bestimmungen der Satzung des HABIT geprüft. Den Lagebericht haben wir daraufhin überprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Die Prüfung des Lageberichts hat sich auch darauf zu erstrecken, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind (§ 317 Abs. 2 HGB n.F.).

Die Betriebsleitung trägt die Verantwortung für die Rechnungslegung und die gegenüber uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe als Abschlussprüfer ist es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und der gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder Lagebericht ergeben.

Bei der Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) sowie die "Grundsätze für die Prüfung von Unternehmen nach § 53 HGrG" (Anlage zur VV zu § 68 LHO) beachtet. Des Weiteren haben wir auf die Einhaltung von ergänzenden landesrechtlichen Regelungen geachtet.

Eine besondere Prüfung zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Geld- und Leistungsverkehr (Unterschlagungsprüfung) war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung. Im Verlauf unserer Tätigkeit ergaben sich auch keine Anhaltspunkte, die besondere Untersuchungen in dieser Hinsicht erforderlich gemacht hätten.

Die Prüfung des Umfangs und der Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, waren nicht Gegenstand unseres Auftrags.

3.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Art und Umfang der beim vorliegenden Auftrag erforderlichen Prüfungshandlungen haben wir im Rahmen unserer Eigenverantwortlichkeit nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt, das durch gesetzliche Regelungen und Verordnungen, IDW Prüfungsstandards sowie ggf. erweiternde Bedingungen für den Auftrag und die jeweiligen Berichtspflichten begrenzt wird.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach den §§ 106 GO NW und 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des HABIT sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 2. Mai 2018 versehene Jahresabschluss zum 31.12.2017. Dieser wurde mit Beschluss des Rates vom 5. Juli 2018 unverändert festgestellt.

Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeiteten wir zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Unternehmensumfelds und auf Auskünften der Betriebsleitung über die wesentlichen Unternehmensziele und Geschäftsrisiken.

Unsere Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen.

Wir haben unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen unserer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ausgerichtet.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind wir wie folgt vorgegangen: Ausgehend von den externen Faktoren, den Unternehmenszielen, der Geschäftsstrategie und den Steuerungs- und Überwachungsprozessen auf der Unternehmensebene haben wir anschließend die Geschäftsprozesse analysiert. In einem zweiten Schritt der Prozessanalyse haben wir beurteilt, inwieweit die wesentlichen Geschäftsrisiken, die einen Einfluss auf das Prüfungsrisiko haben, durch die Gestaltung der Betriebsabläufe und der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen reduziert worden sind.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Soweit nach unserer Einschätzung wirksame funktionsfähige Kontrollen implementiert waren und damit ausreichende personelle, computergestützte oder mechanische Kontrollen die Richtigkeit der Jahresabschlussaussage sicherstellten, konnten wir unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen im Hinblick auf Einzelfälle insbesondere im Bereich der Routinetransaktionen weitgehend einschränken.

Soweit uns eine Ausdehnung der Prüfungshandlungen erforderlich erschien, haben wir neben analytischen Prüfungshandlungen in Form von Plausibilitätsbeurteilungen einzelne Geschäftsvorfälle anhand von Belegen nachvollzogen und auf deren sachgerechte Verbuchung hin überprüft.

Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten unserer Prüfung:

- Anlagevermögen,
- Rückstellungen,
- Forderungen gegen den Träger/Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger,
- passiver Rechnungsabgrenzungsposten,
- Umsatzerlöse,
- Anhang,
- Lagebericht,
- § 53 HGrG.

Nachstehend dargestellte Prüfungshandlungen haben wir durchgeführt:

Die Entwicklung des Anlagevermögens haben wir in angemessenen Stichproben durch Prüfung der Zu- und Abgänge nachvollzogen. Die Prüfung erfolgte anhand der jeweiligen Belege mit den dazugehörigen Unterlagen aus dem Dokumentenmanagementsystem OSECM/Enaio. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres wurden in Stichproben unter Berücksichtigung der betriebspezifischen Nutzungsdauer auf Plausibilität überprüft.

Zum 31.10.2018 wurde eine Saldenbestätigungsaktion ausgewählter Debitoren und Kreditoren durchgeführt. Diese führte zu keinen Beanstandungen. Die Prüfung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2018 erstreckte sich daher insbesondere auf die Vollständigkeit der ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie den Zahlungsverkehr in 2019.

Als Nachweis des Ansatzes der Forderungen gegen den Träger/Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger wurde eine Saldenbestätigung der Stadt Hagen zum 31. Dezember 2018 angefordert und ausgewertet. Es ergab sich keine Beanstandung. Zudem haben wir die Vollständigkeit dieser Posten stichprobenweise anhand der Zahlungsvorgänge im Folgejahr geprüft.

Die Prüfung der Guthaben bei Kreditinstituten und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben wir anhand der betreffenden Kontoauszüge durchgeführt.

Die Entwicklung des Eigenkapitals einschließlich der Rücklagen haben wir durch Einsichtnahme in die entsprechenden Beschlüsse überprüft.

Neben der Kontrolle der Inanspruchnahme und Auflösung sonstiger Rückstellungen richtete sich unsere Prüfungstätigkeit vor allem auf die vollständige Erfassung aller wesentlichen, erkennbaren Risiken des HABIT. Die Entwicklung der Rückstellungen wurde, ausgehend von den im Vorjahr ausgewiesenen Rückstellungen, überprüft. Hierzu stellt die Gesellschaft Berechnungsunterlagen detailliert zur Verfügung. Anhand eines Prüfprogramms wurde die Vollständigkeit des Rückstellungskatalogs überprüft.

Anhang und Lagebericht wurden auf die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen überprüft. Die Vollständigkeit der Anhangsangaben wurde mit Hilfe einer Checkliste überprüft. Des Weiteren erfolgte die Prüfung der Übereinstimmung des Zahlenmaterials mit den Angaben aus der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Lagebericht wurde auf Plausibilität und Vollständigkeit überprüft. Aussagen bzgl. Risiken und Chancen wurden anhand wesentlicher Einflussfaktoren überprüft.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung erfolgte unter Zugrundelegung des Fragenkatalogs zur Prüfung nach § 53 HGrG. Des Weiteren wurde der Prüfungsstandard des IDW PS 720 (Stand 9.9.2010) angewandt. Außerdem erfolgte eine Überprüfung, ob der Jahresabschluss in Übereinstimmung mit der Eigenbetriebsverordnung NRW steht. Als Prüfungsunterlagen hierfür dienten unter anderem:

- Protokolle über Sitzungen des Betriebsausschusses,
- Protokolle über Sitzungen der Betriebsleitung,
- Protokolle über Sitzungen der Geschäftsbereichsleiter,
- Protokolle über Beschlüsse des Rates der Stadt Hagen,
- Organisations- und Geschäftsverteilungspläne,
- Betriebssatzung,
- Dienstanweisungen und Arbeitsplatzbeschreibungen.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns von der Betriebsleitung und den von ihr benannten Personen gemäß § 320 HGB bereitwillig erteilt.

Die Betriebsleitung hat uns die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt. Diese Erklärung haben wir zu unseren Akten genommen. Die Betriebsleitung hat ferner erklärt, dass sich Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben haben.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Rechtsgrundlagen für das Rechnungswesen, den Jahresabschluss und den Lagebericht ergeben sich aus §§ 19 ff. Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i.V.m. den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle des HABIT sind nach unseren Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange des HABIT ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen unserer Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht somit für das gesamte Geschäftsjahr den gesetzlichen Anforderungen.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die Finanz- und Anlagenbuchhaltung wird IT-gestützt unter Verwendung von der Software R/3 der Firma SAP durchgeführt. Die Personalabrechnung erfolgt durch die Personalabrechnungsstelle der Stadt Hagen.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtsjahr keine nennenswerten organisatorischen Änderungen erfahren.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

4.1.2 Jahresabschluss

In dem uns zur Prüfung vorgelegten, nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurden alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen sowie die Normen der Betriebssatzung unter Berücksichtigung landesrechtlicher Vorschriften beachtet.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018 sind nach unseren Feststellungen ordnungsmäßig aus der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden dabei ebenso beachtet wie der Stetigkeitsgrundsatz des § 252 Abs.1 Nr. 6 HGB.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind nach dem Grundsatz der Unternehmensfortführung angesetzt und bewertet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Zur Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben, über die von uns nicht an anderer Stelle berichtet wird, stellen wir fest, dass die Berichterstattung im Anhang durch die gesetzlichen Vertreter vollständig und in gesetzlich vorgeschriebenem Umfang ausgeführt wurde. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise im Anhang erläuterten Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

4.1.3 Lagebericht

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss und mit den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des HABIT vermittelt.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und der Lagebericht enthält die nach § 25 EigVO NRW i.V.m. § 289 Abs. 1 und Abs. 2 HGB erforderlichen Angaben.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Über das Ergebnis unserer Beurteilung, ob und inwieweit die durch den Jahresabschluss vermittelte Gesamtaussage den Anforderungen des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB entspricht, berichten wir nachstehend.

Da sich keine Besonderheiten ergeben haben, stellen wir fest, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Es ist nicht Gegenstand unserer Feststellungen zur „Gesamtaussage des Jahresabschlusses“, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens darzustellen.

Der Lagebericht war in die Gesamtschau der durch die Rechnungslegungsgrundsätze bestimmten Darstellung der wirtschaftlichen Lage nicht einzubeziehen; die von diesen Grundsätzen unabhängigen Darstellungen im Lagebericht konnten daher die erforderlichen Aussagen im Jahresabschluss nicht ersetzen. Unsere Feststellungen zur Prüfung des Lageberichts waren gesondert zu treffen.

Im Zusammenhang mit der Feststellung über die Ordnungsmäßigkeit der Gesamtaussage des Jahresabschlusses nehmen wir in diesen Prüfungsbericht weitere Erläuterungen auf, die zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind, weil die Gesamtaussage „unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ auch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen durch Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen sowie Sachverhaltsgestaltungen beeinflusst wird.

Um den Adressaten eine eigene Beurteilung dieser Maßnahmen zu ermöglichen und ihnen Hinweise für die Ausrichtung ihrer Prüfungs- und Überwachungstätigkeit zu geben, gehen wir nachstehend im Einzelnen ein auf:

die wesentlichen Bewertungsgrundlagen (§ 321 Abs. 2 Satz 4 erster Satzteil HGB)

den Einfluss, den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen insgesamt auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses haben (§ 321 Abs. 2 Satz 4 zweiter Satzteil HGB); zu den Änderungen in den Bewertungsgrundlagen gehören insbesondere Änderungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen.

Da es uns für die Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses durch die Adressaten - insbesondere in Bezug auf die Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie die sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen - erforderlich erscheint, gliedern wir die Posten des Jahresabschlusses entsprechend § 321 Abs. 2 Satz 5 HGB auf und erläutern sie ausreichend, soweit diese Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

4.2.2 Bewertungsgrundlagen

Die Bewertungsgrundlagen i.S.d. § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren (Parameter, Annahmen und die Ausübung von Ermessensspielräumen).

Der Jahresabschluss des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen zum 31. Dezember 2018 ist auf der Grundlage folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden, die nachstehend erläutert werden:

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zum 31.12.2016 mit einem Festwert nach § 240 Abs. 3 HGB bewertet. Die nächste Aufnahme erfolgt zum 31.12.2019.

Bei der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte die Bewertung unter Berücksichtigung der "IDW-Stellungnahme zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen nach IAS und handelsrechtlichen Vorschriften" (IDW RS HFA 3: Stand 18.11.1998) und auf Basis des BilMoG. Dabei erfolgte die Abzinsung mit einem fristadäquaten Marktzins. Es wurde ein Rechnungszins von 0,85 % und ein Gehaltstrend von 2,5 % angenommen.

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für das beim HABIT beschäftigte Personal werden bei der Stadt Hagen bilanziert. Der Betrieb leistet an die Stadt entsprechende Umlagen für die dort entstehenden Aufwendungen.

Die Stadt Hagen gewährt den beim HABIT Beschäftigten und deren Hinterbliebenen über eine Zusatzversorgungskasse eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung. Für mögliche Einstandspflichten auf Grund einer möglichen Unterdeckung der Zusatzversorgungskasse wurde in Ausübung des Passivierungswahlrechts für mittelbare Pensionsverpflichtungen (Artikel 28 Abs. 1 EGHGB) wie in den Vorjahren keine Rückstellung gebildet.

Für weitere Erläuterungen der Bewertungsgrundlagen wird auf den Anhang verwiesen.

Im geprüften Geschäftsjahr haben sich nach Aussage der Betriebsleitung keine Änderungen in den Bewertungsgrundlagen, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses wesentlich sind, ergeben. Im Rahmen der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, die in Widerspruch zu dieser Aussage stehen.

4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

4.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

§ 321 Abs. 2 Satz 5 HGB schreibt eine Aufgliederung von Abschlussposten vor, soweit dies zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses, insbesondere zur Erläuterung der Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen sowie der sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen nach § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB, erforderlich ist und die Angaben nicht im Anhang enthalten sind.

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung systematisch geordnet. Im Folgenden werden die einzelnen Posten eingehend erläutert.

4.3.1 Vermögenslage und Kapitalstruktur

Vermögenslage und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEUR für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017.

Hinweis

Da der Ausweis in TEUR erfolgt, können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

<u>Entwicklung der Vermögenslage</u>	<u>31.12.2018</u>		<u>31.12.2017</u>		<u>Veränderung</u>	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A. Anlagevermögen						
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>						
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	597,8	3,9	1.139,2	9,7	-541,4	-47,5
II. <u>Sachanlagen</u>						
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.672,3	49,6	3.560,3	30,2	4.112,0	115,5
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.743,2	11,3	2.965,1	25,1	-1.221,9	-41,2
III. <u>Finanzanlagen</u>						
1. Beteiligungen	3,1	0,0	3,1	0,0	0,0	0,0
	<u>10.016,4</u>	<u>-64,6</u>	<u>7.667,6</u>	<u>-65,0</u>	<u>2.348,8</u>	<u>-30,6</u>
B. Umlaufvermögen						
I. <u>Vorräte</u>						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3,8	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26,3	0,2	46,8	0,4	-20,5	-43,8
2. Forderungen gegen den Träger	4.250,3	27,5	3.348,8	28,4	901,5	26,9
III. <u>Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>						
	8,5	0,1	8,8	0,1	-0,3	-3,4
	<u>4.288,9</u>	<u>-27,7</u>	<u>3.408,1</u>	<u>-28,9</u>	<u>880,8</u>	<u>-25,8</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
	<u>1.165,5</u>	<u>7,5</u>	<u>717,3</u>	<u>6,1</u>	<u>448,2</u>	<u>62,5</u>
	<u>15.470,8</u>	<u>100,0</u>	<u>11.793,1</u>	<u>100,0</u>	<u>3.677,7</u>	<u>31,2</u>

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.677,7 bzw. 31,2 % erhöht.

Die Steigerung bei den immateriellen Vermögensgegenständen und beim Sachanlagevermögen um TEUR 2.348,8 beruhte im Wesentlichen darauf, dass die Zugänge 2018 u.a. bei Software (TEUR 477,0), PC, Monitoren und Druckern (TEUR 1.093,0), Servern (TEUR 756,1) und IT- und Telekommunikationsnetzen (TEUR 2.846,7) höher sind, als die Jahresabschreibungen in Höhe von TEUR 2.906,3.

Die immateriellen Vermögensgegenstände zum 31.12.2018 bestehen aus Datenverarbeitungs- Software in Höhe von TEUR 597,8, die Sachanlagen bestehen im Wesentlichen aus Datennetzen (TEUR 5.158,9, davon TEUR 3.879,9 immobile Netzausstattung, dazu gehört auch die im Hauptrechenzentrum aktivierten Werte), Peripheriegeräten (TEUR 1.360,5), Servern und anderer Hardware (TEUR 1.152,8) sowie Anzahlungen bzw. Anlagen im Bau (TEUR 1.743,2 für das Back-Up-Rechenzentrum). In 2018 erfolgte die Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Haupt-Rechenzentrums. Hier erfolgte ein Abgang durch Umbuchung von TEUR 2.570,3.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich unverändert um die Kapitaleinlage bei dem KDN-Dachverband Kommunalen IT-Dienstleister. Gemäß § 6 Abs. 2 der zuletzt am 19. Juli 2016 geänderten Satzung beträgt das Stammkapital EUR 100.000,00. Bei 32 Mitgliedern entspricht der Anteil des HABIT EUR 3.125,00.

Bei den Vorräten handelt es sich um Verbrauchsmaterialien wie Papier und Datenträgermaterial und um Computerzubehör sowie Telefonapparate. Zum 31.12.2016 wurde ein Festwert gebildet. Die nächste Aufnahme erfolgt zum 31.12.2019.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im öffentlichen und privaten Bereich sanken von TEUR 34,3 auf TEUR 14,2. Die Forderungen gegen Betriebe der Stadt Hagen verminderten sich von TEUR 12,5 auf TEUR 12,1. Zum Zeitpunkt der Prüfung (Mitte April 2019) waren diese Forderungen eingegangen. Kreditorische Debitoren i.H.v. TEUR 32,1 sind unter Passiva D.4. ausgewiesen.

Die Forderungen gegen den Träger enthalten im Wesentlichen Forderungen gegen die Stadt Hagen aus dem Leistungsverkehr. Zum Prüfungszeitpunkt Ende April 2019 war die Schlussrechnung über Dauerleistungen des HABIT sowie die Vorauszahlung vom IV. Quartal 2018 über insgesamt EUR 3.870.806,39 seitens der Stadt Hagen noch nicht beglichen. Einzel- sowie Pauschalwertberichtigungen sind zulässigerweise nicht gebildet worden.

Die flüssigen Mittel sind im Jahresvergleich fast unverändert geblieben und betreffen Guthaben bei Kreditinstituten.

Bei den um TEUR 448,2 auf TEUR 1.165,5 gestiegenen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um vorausbezahlte Beamtenbesoldung für Januar 2019 (TEUR 86,8) sowie um vorausbezahlte Hard- und Softwarepflegekosten und -mieten (TEUR 1.078,4), die in den nächsten Geschäftsjahren Aufwendungen darstellen.

<u>Entwicklung der Kapitalstruktur</u>	<u>31.12.2018</u>		<u>31.12.2017</u>		<u>Veränderung</u>	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A. Eigenkapital						
I. <u>Stammkapital</u>	194,0	1,3	194,0	1,6	0,0	0,0
II. <u>Gewinnrücklagen</u>						
1. andere Gewinnrücklagen	3.575,9	23,1	3.376,0	28,6	199,9	5,9
III. <u>Bilanzgewinn</u>	510,6	3,3	667,7	5,7	-157,1	-23,5
	<u>4.280,5</u>	<u>27,7</u>	<u>4.237,7</u>	<u>35,9</u>	<u>-42,8</u>	<u>-1,0</u>
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	0,0	0,0	3,9	0,0	-3,9	-100,0
C. Rückstellungen	1.255,2	8,1	1.272,9	10,8	-17,7	-1,4
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47,4	0,3	38,4	0,3	9,0	23,4
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.530,5	9,9	559,9	4,7	970,6	173,4
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	7.156,2	46,3	4.386,3	37,2	2.769,9	63,1
4. sonstige Verbindlichkeiten	33,3	0,2	45,3	0,4	-12,0	-26,5
	<u>8.767,4</u>	<u>56,7</u>	<u>5.029,9</u>	<u>42,6</u>	<u>3.737,5</u>	<u>74,3</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>1.167,5</u>	<u>7,5</u>	<u>1.248,7</u>	<u>10,6</u>	<u>-81,2</u>	<u>-6,5</u>
	<u>15.470,8</u>	<u>100,0</u>	<u>11.793,1</u>	<u>100,0</u>	<u>3.677,7</u>	<u>31,2</u>

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber 2017 um TEUR 3.677,7 bzw. 31,2 % erhöht. Dabei stehen hauptsächlich den Erhöhungen beim Eigenkapital, bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger die Minderungen bei den Rückstellungen und beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten gegenüber.

Das Eigenkapital der Gesellschaft ist u.a. aufgrund des Jahresüberschusses 2018 um TEUR 42,8 bzw. 1,0 % auf TEUR 4.280,5 gestiegen. Die Betriebsleitung schlägt dem Rat der Stadt Hagen vor, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von TEUR 510,6 einen Betrag von TEUR 450,6 in die Gewinnrücklagen (Standortwechsel) einzustellen und den Restbetrag von TEUR 60,0 ebenfalls in die Gewinnrücklagen (Vorprojekt S/4 HANA) einzustellen.

Die zweckgebundenen Gewinnrücklagen entwickelten sich wie folgt:

Zur zweckentsprechenden Verwendung wurden der Rücklage für den geplanten Standortwechsel TEUR 500,0 (aus Bilanzgewinn 2017, vgl. Ratsbeschluss v. 5.7.2018) zugeführt.

Der Rücklage für die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems wurden TEUR 178,2 und für den Standortwechsel wurden TEUR 121,9 entnommen.

Im Einzelnen:	2018 TEUR	2017 TEUR	Ver- änderung
<i>Rücklagen für noch durchzuführende Maßnahmen</i>			
Dokumentenmanagementsystem	316	407	-91
Standortwechsel	0	0	0
	<u>316</u>	<u>407</u>	<u>-91</u>
<i>Rücklagen für durchgeführte Maßnahmen</i>			
Dokumentenmanagementsystem	158	245	-87
Standortwechsel	3.102	2.724	378
	<u>3.260</u>	<u>2.969</u>	<u>291</u>
Gesamt	<u><u>3.576</u></u>	<u><u>3.376</u></u>	<u><u>200</u></u>

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

	Stand 1.1.2018	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2018
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Jahresabschlusskosten	70.000,00	65.007,50	4.992,50	70.000,00	70.000,00
b) Urlaub	266.171,00	266.171,00	0,00	331.361,00	331.361,00
c) Gleitzeitguthaben	349.087,00	349.087,00	0,00	173.482,00	173.482,00
d) Altersteilzeit Aufstockungsbe- träge Abfindungen, Erfüllungsrück- stände Empfänger	165.881,00	72.348,00	0,00	1.151,00	94.684,00
e) Aufbewahrung von Unterlagen	35.000,00	3.500,00	0,00	3.500,00	35.000,00
f) Überstundenver- pflichtungen	190.922,00	190.922,00	0,00	370.686,00	370.686,00
g) Entsorgungsver- pflichtungen	10.000,00	10.000,00	0,00	10.000,00	10.000,00
h) ausstehende Rechnungen	185.824,66	137.036,35	0,00	121.211,69	170.000,00
	<u>1.272.885,66</u>	<u>1.094.071,85</u>	<u>4.992,50</u>	<u>1.081.391,69</u>	<u>1.255.213,00</u>

Die durchschnittliche Restlaufzeit aus Altersteilzeitverpflichtungen des HABIT beträgt seit 1.1. 2018 ein Jahr. Daraus ergibt sich unter Anwendung des § 253 Nr. 2 HGB ein Abzinsungsfaktor in Höhe von 0,85 % (= EUR 1.151,00, oben unter "Zuführung" enthalten).

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde gebildet, da zum 31.12.2018 gegenüber 1 Mitarbeiterin im Blockmodell Altersteilzeitverpflichtungen bestanden (Vorjahr: 3).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind stichtagsbezogen um TEUR 9,0 angestiegen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im öffentlichen Bereich stiegen von TEUR 536,7 auf TEUR 1.515,9. Die Verbindlichkeiten gegenüber Betrieben der Stadt Hagen sanken von TEUR 23,2 auf TEUR 14,6. Die Verminderung bzw. Steigerung ist rein stichtagsbezogen zu sehen. Zum Zeitpunkt der Prüfung (Mitte April 2019) waren diese Verbindlichkeiten ausgeglichen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger enthalten Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Hagen aus dem Leistungsverkehr. Sie sind um TEUR 907,5 auf TEUR 1.155,0 angestiegen.

Der HABIT unterhält mit der Stadt Hagen ein System der gegenseitigen Bestandsverstärkung (Cash-Pooling), wobei kurzfristig nicht benötigte Liquidität zwecks Erzielung höherer Zinserträge bei der Stadtkämmerei angelegt bzw. fehlende Liquidität zur Vermeidung erhöhter Zinsaufwendungen durch kurzfristig von der Stadtkämmerei gewährte Kredite gedeckt wird.

Zum 31. Dezember 2018 beträgt die gewährte Cash-Pool-Kreditsumme TEUR 6.001,2 gegenüber TEUR 4.138,8 am 31. Dezember 2017. Der HABIT zahlte an die Stadt für 2018 TEUR 21,2 an Zinsen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um TEUR 12,0 zurückgegangen. Der größte Posten des Gesamtsaldos sind kreditorische Debitoren in Höhe von TEUR 32,2 (Vorjahr: TEUR 42,4).

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält erhaltene Mietzahlungen für vermietete Hard- und Software bzw. sonstiges Anlagevermögen, die sich auf folgende Wirtschaftsjahre beziehen und dann Ertrag für den HABIT darstellen.

Die Auflösung erfolgt entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der vermieteten Anlagegüter.

Im Einzelnen:

	2018 EUR	2017 EUR	Veränderung EUR
Stand 1.1.	1.248.688,18	1.647.156,23	-398.468,05
erhaltene Mietvorauszahlungen	1.024.284,20	782.285,79	241.998,41
Auflösungen	<u>1.105.426,47</u>	<u>1.180.753,84</u>	<u>-75.327,37</u>
Stand 31.12.	<u><u>1.167.545,91</u></u>	<u><u>1.248.688,18</u></u>	<u><u>-81.142,27</u></u>

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	8,5	8,8	-0,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-47,4	-38,4	-9,0
Cash-Pool-Konto mit der Stadt Hagen	-6.001,2	-4.138,8	-1.862,4
	<u>-6.040,1</u>	<u>-4.168,4</u>	<u>-1.871,7</u>

4.3.2 Ertragslage

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der Geschäftsjahre 2018 und 2017 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	1.1. bis	1.1. bis	Änderung ggü.	
	31.12.2018	31.12.2017	dem Vorjahr in	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	15.268,6	15.022,0	246,6	1,6
+ Sonstige betriebliche Erträge	548,9	556,8	-7,9	-1,4
- Materialaufwand	<u>4.446,3</u>	<u>3.879,4</u>	<u>566,9</u>	<u>14,6</u>
= Rohergebnis	<u>11.371,2</u>	<u>11.699,4</u>	<u>-328,2</u>	<u>-2,8</u>
- Personalaufwand	7.267,5	7.126,0	141,5	2,0
- Abschreibungen	2.906,3	3.199,3	-293,0	-9,2
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>963,7</u>	<u>833,6</u>	<u>130,1</u>	<u>15,6</u>
= Betriebsergebnis	<u>... 233,7</u>	<u>... 540,5</u>	<u>-306,8</u>	<u>56,8</u>
- Finanzaufwand	<u>22,4</u>	<u>23,8</u>	<u>-1,4</u>	<u>-5,9</u>
= Finanzergebnis	<u>... -22,4</u>	<u>... -23,8</u>	<u>... 1,4</u>	<u>... -5,9</u>
Ergebnis nach Steuern	211,3	516,6	-305,3	-59,1
- Sonstige Steuern	<u>0,7</u>	<u>0,7</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
= Jahresergebnis	<u>210,6</u>	<u>515,9</u>	<u>-305,3</u>	<u>-59,2</u>

Die Umsatzerlöse sind um TEUR 246,6 bzw. 1,6 % angestiegen.

Zusammensetzung:	2018	2017	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Anwendungsbereitstellung</u>			
Allgemeine Verwaltung	2.678,2	2.659,7	18,5
Finanzverwaltung	1.482,5	1.504,8	-22,3
Bauwesen	1.139,2	1.203,6	-64,4
Recht, Ordnung, Sicherheit	1.000,7	1.156,3	-155,6
Schulen und Kultur	724,4	582,1	142,3
Soziales und Gesundheit	<u>287,5</u>	<u>315,8</u>	<u>-28,3</u>
	<u>7.312,5</u>	<u>7.422,3</u>	<u>-109,8</u>
<u>Arbeitsaufträge</u>			
IT-Dienstleistungen und Projekte	272,8	614,4	-341,6
Weiterverrechnung von Dienstleistungen	493,0	420,6	72,4
Verkauf von Hard- und Software	145,0	174,1	-29,1
übrige Erlöse	<u>96,2</u>	<u>61,4</u>	<u>34,8</u>
	<u>1.007,0</u>	<u>1.270,5</u>	<u>-263,5</u>
<u>Übrige</u>			
Vermietung von Hard- u. Software	1.233,2	1.509,8	-276,6
Erlöse IT-Netze	2.397,6	2.504,4	-106,8
Erlöse Telekommunikationsnetz	1.155,8	1.071,6	84,2
Endgeräteservice	2.082,8	1.164,8	918,0
Erlöse Datenleitungsgebühren	<u>79,7</u>	<u>78,6</u>	<u>1,1</u>
	<u>6.949,1</u>	<u>6.329,2</u>	<u>619,9</u>
Gesamt:	<u>15.268,6</u>	<u>15.022,0</u>	<u>246,6</u>

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um TEUR 7,9 unter dem Vorjahreswert, insbesondere wegen der geringeren Auflösung des Postens "Rückstellungen" (Rückstellungsspiegel). Die jährliche Kostenerstattung in Zusammenhang mit der WBH ist mit TEUR 540 (letztmalig für 2018) konstant.

Der Materialaufwand besteht aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und zu 96,3 % (2017: 95,1 %) aus bezogenen Leistungen, die für die Stadt verauslagt wurden.

Im Einzelnen:	2018	2017	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Wartung und Pflege von Hard- und Software	2.182,7	1.973,9	208,8
Telefongebühren	391,7	395,0	-3,3
Beratungs- / Unterstützungsleistungen	381,9	408,5	-26,6
Externe Betriebsleistungen	513,5	468,5	45,0
Gebühren für Datenleitungen	310,0	262,1	47,9
Schulungsleistungen für Kunden	58,6	12,2	46,4
Miete Hardware/Software	309,7	47,6	262,1
sonstige	132,0	119,8	12,2
	<u>4.280,1</u>	<u>3.687,6</u>	<u>592,5</u>

Die bezogenen Leistungen haben in Summe zugenommen, wobei zwei Kostenarten geringfügig rückläufig sind.

Der Personalaufwand ist um TEUR 141,5 gestiegen.

Im Einzelnen:	2018	2017	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
<i><u>a) Löhne und Gehälter</u></i>			
Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	3.934,1	3.867,0	67,1
Dienstaufwendungen Beamte	1.083,0	1.031,2	51,8
Zuführung zur Altersteilzeit-RSt	0,0	0,0	0,0
	<u>5.017,1</u>	<u>4.898,2</u>	<u>118,9</u>
<i><u>b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u></i>			
Sozialabgaben	753,2	752,2	1,0
Beihilfen	175,0	227,6	-52,6
Versorgungsaufwendungen	1.006,2	943,5	62,7
Beiträge an Zusatzversorgungskasse	316,0	304,5	11,5
	<u>2.250,4</u>	<u>2.227,8</u>	<u>22,6</u>
Personalaufwand Gesamt:	<u>7.267,5</u>	<u>7.126,0</u>	<u>141,5</u>
- davon für Altersversorgung:	1.322,2	1.248,0	74,2

Die Ursache für den Anstieg der Personalkosten liegt u.a. in der Erhöhung der Dienstaufwendungen für tariflich Beschäftigte.

Im Geschäftsjahr 2018 waren durchschnittlich 69 tarifliche Mitarbeiter (Vorjahr: 66), 8 Auszubildende (Vorjahr: 7) und 17 Beamte einschl. Betriebsleiter (Vorjahr: 18) beschäftigt. Damit ergibt sich ein Durchschnittsbestand von 94 Beschäftigten (Vorjahr: 91).

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sind im Berichtsjahr 2018 um TEUR 293,0 zurückgegangen.

Im Einzelnen:	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
<i>Abschreibungen</i>			
– auf immaterielle Vermögensgegenstände	970,8	1.213,2	-242,4
– auf Software GWG	47,6	185,4	-137,8
	<u>1.018,4</u>	<u>1.398,6</u>	<u>-380,2</u>
<i>Abschreibungen</i>			
– auf Hardware/Netzausstattung	1.815,5	1.724,2	91,3
– auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	14,2	12,9	1,3
– auf Fahrzeuge	3,1	3,1	0,0
– auf GWG	55,1	60,5	-5,4
	<u>1.887,9</u>	<u>1.800,7</u>	<u>87,2</u>
	<u><u>2.906,3</u></u>	<u><u>3.199,3</u></u>	<u><u>-293,0</u></u>

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Jahresvergleich um TEUR 130,1 angestiegen.

Im Einzelnen:	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Betriebsaufwand	655,3	493,5	161,8
Verwaltungsaufwand	162,8	176,9	-14,1
sonstige Aufwendungen	145,6	163,2	-17,6
	<u>963,7</u>	<u>833,6</u>	<u>130,1</u>

Der Betriebsaufwand ergibt sich detailliert wie folgt:

	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Raumkosten/Energiekosten	334,3	200,1	134,2
GWG-Aufwendungen	55,0	27,4	27,6
Gebäudemieten	266,0	266,0	0,0
	<u>655,3</u>	<u>493,5</u>	<u>161,8</u>

Die Erhöhung der Energiekosten ist bedingt durch den Start des laufenden Betriebes des HRZ in den neuen Betriebsräumen Eilper Str. 132 - 136 sowie Nachbelastungen aus dem alten Mietverhältnis Berlet, Langenkampstr.

Der Verwaltungsaufwand ergibt sich detailliert wie folgt:

	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Verwaltungskostenumlage	119,6	127,2	-7,6
Fernmeldegebühren	20,7	20,9	-0,2
Fahrt- und Reisekosten	20,8	24,8	-4,0
Büromaterial	1,3	3,0	-1,7
übrige	0,4	1,0	-0,6
	<u>162,8</u>	<u>176,9</u>	<u>-14,1</u>

Die sonstigen Aufwendungen ergeben sich detailliert wie folgt:

	2018 TEUR	2017 TEUR	Veränderung TEUR
Fortbildungskosten	33,9	41,6	-7,7
Abgaben, Versicherungen, Beiträge	62,5	53,2	9,3
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	26,6	26,6	0,0
Verluste aus Anlagenabgang	0,6	0,8	-0,2
periodenfremde Aufwendungen	3,3	1,6	1,7
Unterhalt Fahrzeuge	7,4	8,2	-0,8
sonstige	11,3	31,2	-19,9
	<u>145,6</u>	<u>163,2</u>	<u>-17,6</u>

Die dezentralen Aus- und Fortbildungskosten schwanken, da einige Fortbildungsmaßnahmen in Mehrjahreszyklen anfallen.

Das Finanzergebnis ist verursacht durch die Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung (TEUR 1,2, 2017: TEUR 4,6) und durch die höheren Zinsen an die Stadt Hagen im Rahmen der gegenseitigen Bestands- bzw. Liquiditätsverstärkung (TEUR 21,2, 2017: TEUR 19,2).

Das Berichtsjahr schließt – abweichend zur Planung – mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 210,5 (2017: TEUR 515,9) ab.

5. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage 6 dargestellt (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG auf der Grundlage des IDW PS 720 Fragenkatalogs zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG). Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Tätigkeit von Überwachungsorganen und Betriebsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

Der HABIT hat einen Betriebsausschuss, der zum 31.12.2018 aus 18 ordentlichen Mitgliedern besteht. Der Betriebsausschuss berät die Beschlüsse des Rats der Stadt Hagen vor und entscheidet in den Angelegenheiten, die nicht zu den Zuständigkeiten des Rats oder der laufenden Betriebsführung gehören. Im Berichtsjahr haben fünf Betriebsausschusssitzungen stattgefunden. Die Bildung des Betriebsausschuss obliegt dem Rat der Stadt Hagen.

Der Betriebsausschuss setzt sich zum 31.12.2018 wie folgt zusammen:

Vorsitzender

Herr Stefan Ciupka, Bankkaufmann.

Ordentliche Mitglieder

Herr Michael Grzeschista, Technischer Zeichner,

Herr Alexander Böhm, Fraktionsgeschäftsführer,

Herr Claus Rudel, Maschinenbautechniker,

Herr Michael Deaki, Dipl.-Wirtsch.-Ing.,

Herr Hans-Christian Mechnich, Schlosser,

Herr Kevin Niedergriese, kfm. Angestellter,

Herr Martin Stange, Elektromeister,

Herr Meinhard Wirth, Werkstattleiter,

Herr Reiner Voigt, Rechtsanwalt,

Herr Thomas Feuerstack, IT-System-Analyst,

Frau Kathy Sommer-Bergenthal, Unternehmensberaterin,

Herr Max Schmidt, Industriekaufmann

Herr Olaf Born, Industriemechaniker

Herr Udo Pfeiffer, Pensionär,

Herr Michael Zimmer, Mechatroniker,

Herr Andreas Lechte, Technischer Angestellter,

Herr Ralf Sondermeyer, Pharmazeutisch-technischer Assistent,

Betriebsleiter im Geschäftsjahr 2018 waren:

Herr Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann, Hagen, (1. Betriebsleiter),

Herr Gerhard Thurau, Hagen.

Die Bezüge von Herrn Gerbersmann werden von der Stadt Hagen getragen. Die Gesamtbezüge von Herrn Thurau sind gemäß § 24 Abs. 1 EigVO NRW im Anhang angegeben.

Der Rat der Stadt Hagen entscheidet über die Angelegenheiten, die ihm durch die GO NRW, die EigVO oder die Betriebssatzung vorbehalten sind, insbesondere über:

- die Bestellung der Betriebsleitung und deren Stellvertretung;
- die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans;
- die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresgewinns oder die Deckung eines Verlustes;
- die Ausstattung des Betriebs mit Eigenkapital sowie über die Rückzahlung von Eigenkapital an die Stadt Hagen.

Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

Der Eigenbetrieb verfügt über einen ausführlichen Geschäftsverteilungsplan, welcher die Arbeitsplatzbeschreibungen und die Stellenbesetzung beinhaltet.

Aufbauend auf der Betriebssatzung besteht eine Dienstanweisung, welche die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Hagen und des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen, regelt. Hierzu wurde ein Organigramm entwickelt, in welchem die Leistungsbeziehungen und demzufolge auch Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse zwischen der Stadt und dem HABIT abgebildet werden.

Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

Der HABIT erstellt, entsprechend den gemeinderechtlichen Anforderungen, vor Beginn eines jedes Wirtschaftsjahrs einen Wirtschaftsplan. Dieser Wirtschaftsplan beinhaltet einen Erfolgs-, Investitions-, Personal- und Finanzplan sowie eine Stellenübersicht.

Das System erfüllt die Anforderungen des HABIT und der Aufsichtsgremien.

Das Rechnungswesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den anerkannten Regeln (Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung).

Der Aufbau und der Betrieb des Rechnungswesens genügt den Anforderungen des HABIT.

Risikofrüherkennungssystem

Es ist eine Stabsstelle mit einem Risikobeauftragten eingerichtet, der unmittelbar dem Geschäftsbereichsleiter Rechnungswesen unterstellt ist.

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Finanzinstrumente wie Termingeschäfte, Optionen und Derivate werden nicht eingesetzt.

Interne Revision

Die Zuständigkeit für interne Revisionen durch das Rechnungsprüfungsamt ergeben sich aus der GO NRW, der EigVO NRW sowie der Rechnungsprüfungsordnung.

Die Berechtigungen des Rechnungsprüfungsamts im Rahmen der internen Revision richten sich nach den gemeinderechtlichen Vorschriften in §§ 101, 103 GO NRW und nach § 8 der Betriebsatzung und reichen von internen Prüfungen in Form von Sonderprüfungen bis hin zu Prüfungen der Kassen- und Wirtschaftsführung.

Eine eigenständige Stelle innerhalb des HABIT für den Bereich der internen Revision existiert nicht.

Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wurden keine Verstöße festgestellt.

Durchführung von Investitionen

Die Planung und Abwicklung der Investitionen entspricht in vollem Umfang den Anforderungen.

Vergaberegulungen

Für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, werden grundsätzlich Preisvergleiche durch Einholung von drei Angeboten durchgeführt. Eine Ausnahme von der Regelung umfassen Geschäfte innerhalb der Stadt für Leistungen des Personalamts und des Rechtsamts. Diese Leistungen werden ohne weitere Wirtschaftsvergleiche eingekauft.

Berichterstattung an das Überwachungsorgan

Die Berichterstattung an den Betriebsausschuss erfolgt durch schriftliche Quartalsberichte. Die Rahmenbedingungen werden durch den Wirtschaftsplan vorgegeben. Unterjährige Abweichungen sind dem Umstand geschuldet, dass Aufwendungen über den Planzeitraum gleichverteilt werden.

Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

Es gibt keine Anhaltspunkte für ungewöhnliche Bilanzposten oder nennenswerte stille Reserven.

Finanzierung

Die Kapitalstruktur ist zu 27,67 % durch Eigenkapital und zu 72,33 % durch Rückstellungen und Verbindlichkeiten (Fremdkapital) geprägt. Der Betrieb ist an den Cash-Pool der Stadt Hagen angeschlossen.

Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

Die Eigenkapitalausstattung des HABIT ist angemessen. Ausschüttungen sind im geprüften Geschäftsjahr nicht vorgenommen worden.

Rentabilität / Wirtschaftlichkeit

Der HABIT erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss.

Anhaltspunkte für unwirtschaftliches Handeln haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

6. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks über die Jahresabschlussprüfung und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 6. Mai 2019 dem als Anlagen 1 bis 3 beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 und dem als Anlage 4 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 dem HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen, Hagen, den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der für die Überwachung Verantwortlichen für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern ange-

wandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n.F.).

Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt unsere vorherige Zustimmung voraus.

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Hagen, 6. Mai 2019

Dr. Reiner Deussen
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Anlage 1

AKTIVA

PASSIVA

	EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR		EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital		193.987,10	193.987,10
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	597.777,00		1.139.211,00	II. Gewinnrücklagen andere Gewinnrücklagen		3.575.930,11	3.376.033,97
2. geleistete Anzahlungen	<u>0,00</u>		<u>0,00</u>	III. Bilanzgewinn		510.638,28	667.712,40
		597.777,00	1.139.211,00	B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		0,00	3.900,00
II. Sachanlagen				C. Rückstellungen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.672.254,93		3.560.254,93	sonstige Rückstellungen		1.255.213,00	1.272.885,66
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>1.743.222,99</u>		<u>2.965.064,53</u>	D. Verbindlichkeiten			
		9.415.477,92	6.525.319,46	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.425,54		38.386,97
III. Finanzanlagen				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.530.534,48		559.901,91
Beteiligungen		3.125,00	3.125,00	3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger	7.156.203,08		4.386.295,20
B. Umlaufvermögen				4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>33.290,26</u>		<u>45.317,78</u>
I. Vorräte						8.767.453,36	5.029.901,86
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		3.750,00	3.750,00	- davon aus Steuern EUR 1.140,64 (EUR 2.881,63)			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 33.290,26 (EUR 45.317,78)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.275,61		46.769,44	E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.167.545,98	1.248.688,18
2. Forderungen gegen den Träger	<u>4.250.315,99</u>		<u>3.348.770,80</u>				
		4.276.591,60	3.395.540,24				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		8.514,46	8.815,20				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.165.531,85	717.348,27				
		15.470.767,83	11.793.109,17			15.470.767,83	11.793.109,17

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.1. – 31.12.2018

Anlage 2

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	15.268.593,58	15.022.008,69
2. sonstige betriebliche Erträge	548.892,50	556.756,39
- davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil EUR 3.900,00 (EUR 3.900,00)		
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	166.233,02	191.802,62
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>4.280.101,67</u>	<u>3.687.613,81</u>
	4.446.334,69	3.879.416,43
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.017.064,98	4.898.269,04
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.250.448,04</u>	<u>2.227.771,88</u>
	7.267.513,02	7.126.040,92
- davon für Altersversorgung EUR 1.322.245,15 (EUR 1.247.967,21)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.906.263,61	3.199.265,52
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	963.733,78	833.592,50
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>22.374,56</u>	<u>23.843,51</u>
- davon an verbundene Unternehmen EUR 21.223,56 (EUR 19.267,51)		
- davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 1.151,00 (EUR 4.576,00)		
8. Ergebnis nach Steuern	211.266,42	516.606,20
9. sonstige Steuern	732,00	732,50
10. Jahresüberschuss	210.534,42	515.873,70
11. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus anderen Gewinnrücklagen	300.103,86	151.838,70
12. Bilanzgewinn	<u>510.638,28</u>	<u>667.712,40</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

Inhaltsverzeichnis

- I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen
- II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses
- III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- IV. Erläuterungen zur Bilanz
- V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.
- VI. Sonstige Pflichtangaben

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Der Hagener Betrieb für Informationstechnologie - Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr - (HABIT) wird in der Rechtsform eines Eigenbetriebes (eigenbetriebsähnliche Einrichtung) gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit den Vorschriften der EigVO NRW geführt. Der Sitz des HABIT ist Hagen.

II. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss des HABIT ist entsprechend der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NRW nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) aufgestellt worden.

Zur Erhöhung der Klarheit und Übersichtlichkeit des Jahresabschlusses ist die Bilanz gem. § 265 Abs. 5 S. 2 HGB um den gesonderten Ausweis der Forderungen gegen den Träger bzw. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger erweitert worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gem. § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren in Staffelform aufgestellt.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche, gesetzlich vorgeschriebene Vermögensgegenstände, Schulden, Aufwendungen und Erträge. In der Bilanz sind das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Rückstellungen, die Schulden sowie die aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert. Posten der Aktivseite sind nicht mit Posten der Passivseite und Aufwendungen sind nicht mit Erträgen verrechnet.

Die Bewertung der Zugänge im Anlagevermögen erfolgt zu den Anschaffungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Mehrwertsteuer, abzüglich Rabatte oder Skonti. Planmäßige Abschreibungen wurden linear berechnet. Es werden betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern zwischen 3 und 10 Jahren zugrunde gelegt. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 410,00 € werden weiterhin im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

Der Ansatz der Finanzanlagen erfolgt mit den Anschaffungskosten.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit den Anschaffungskosten nach Festwertverfahren gem. § 240 Abs. 3 HGB bewertet. Die nächste Aufnahme/Bewertung wird per 31.12.2019 vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt.

Pauschalwertberichtigungen sind aufgrund des geringen Forderungsbestandes nicht gebildet. Einzelwertberichtigungen sind nicht erforderlich.

Sämtliche Forderungen haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Die liquiden Mittel sind mit dem Nominalwert bilanziert.

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Langfristige Rückstellungen wurden laufzeitadäquat abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Regelfall mit dem üblichen Eigentumsvorbehalt besichert, soweit es sich dabei um Liefergeschäfte handelt.

IV. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Wir verweisen auf den nachfolgenden Anlagenspiegel auf Seite 4.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beinhalten Forderungen gegen andere Betriebe des Trägers in Höhe von 12.106,06 € (Vorjahr 12.494,63 €).

Die Forderungen gegen den Träger setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	<u>4.250.315,99</u>	<u>3.348.770,80</u>

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind voraus gezahlte Aufwendungen der folgenden Wirtschaftsjahre aktiviert. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet von unseren Kunden erhaltene Mietzahlungen, die sich auf folgende Wirtschaftsjahre beziehen.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen, Hagen

Anlagenspiegel

	Stand 1.1.2018	Zugänge	Umbuch- un- gen	Anschaf- fungs-/Herstellungskosten		Stand 31.12.2018	Abschreibungen/Zuschreibungen			Buchwerte	
				Abgänge	Abgänge		kumuliert Stand 1.1.2018	Zugänge	Abgänge	kumuliert Stand 31.12.2018	31.12.2018
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.102.886,74	476.996,25	0,00	1.409.618,58	12.170.264,41	11.963.675,74	1.018.430,25	1.409.618,58	11.572.487,41	597.777,00	1.139.211,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	<u>13.102.886,74</u>	<u>476.996,25</u>	<u>0,00</u>	<u>1.409.618,58</u>	<u>12.170.264,41</u>	<u>11.963.675,74</u>	<u>1.018.430,25</u>	<u>1.409.618,58</u>	<u>11.572.487,41</u>	<u>597.777,00</u>	<u>1.139.211,00</u>
II. Sachanlagen											
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.776.611,35	3.429.972,67	2.570.341,69	782.454,06	27.994.471,65	19.216.356,42	1.887.833,36	781.973,06	20.322.216,72	7.672.254,93	3.560.254,93
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.965.064,53	1.348.500,15	-2.570.341,69	0,00	1.743.222,99	0,00	0,00	0,00	0,00	1.743.222,99	2.965.064,53
	<u>25.741.675,88</u>	<u>4.778.472,82</u>	<u>0,00</u>	<u>782.454,06</u>	<u>29.737.694,64</u>	<u>19.216.356,42</u>	<u>1.887.833,36</u>	<u>781.973,06</u>	<u>20.322.216,72</u>	<u>9.415.477,92</u>	<u>6.525.319,46</u>
III. Finanzanlagen											
Beteiligungen	3.125,00	0,00	0,00	0,00	3.125,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.125,00	3.125,00
	<u>38.847.687,62</u>	<u>5.255.469,07</u>	<u>0,00</u>	<u>2.192.072,64</u>	<u>41.911.084,05</u>	<u>31.180.032,16</u>	<u>2.906.263,61</u>	<u>2.191.591,64</u>	<u>31.894.704,13</u>	<u>10.016.379,92</u>	<u>7.667.655,46</u>

4. Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2018	31.12.2017	Veränderung	
	€	€	€	%
Stammkapital	193.987,10	193.987,10	0,00	0,0
Rücklagen	3.575.930,11	3.376.033,97	199.896,14	5,9
Bilanzgewinn	510.638,28	667.712,40	-157.074,12	-23,5
Eigenkapital	<u>4.280.555,49</u>	<u>4.237.733,47</u>	<u>42.822,02</u>	1,0

Das Stammkapital des HABIT beträgt unverändert 193.987,10 €

Die Rücklagen entwickeln sich wie folgt:

	Dokumenten- management- system	Standort- wechsel	Gesamt
	€	€	€
Für noch durchzuführende Maßnahmen			
Stand 1.1.2018	407.905,32	0,00	407.905,32
Zuführung	0,00	0,00	0,00
Entnahme	0,00	0,00	0,00
Umbuchung	-91.774,11	0,00	-91.774,11
Stand 31.12.2018	<u>316.131,21</u>	<u>0,00</u>	<u>316.131,21</u>
Für durchgeführte Maßnahmen			
Stand 1.1.2018	244.496,27	2.723.632,38	2.968.128,65
Zuführung	0,00	0,00	0,00
Entnahme	-178.202,90	-121.900,96	-300.103,86
Umbuchung	91.774,11	500.000,00	591.774,11
Stand 31.12.2018	<u>158.067,48</u>	<u>3.101.731,42</u>	<u>3.259.798,90</u>
	<u>474.198,69</u>	<u>3.101.731,42</u>	<u>3.575.930,11</u>

Zur zweckentsprechenden Verwendung wird der Rücklage für den Standortwechsel ein Betrag von 121.900,96 € und der Rücklage für das Dokumentenmanagementsystem ein Betrag von 178.202,90 € entnommen. Gemäß Ratsbeschluss vom 05. Juli 2018 wurde aus dem Bilanzgewinn 2017 ein Betrag von 167.712,40 € an den städtischen Haushalt abgeführt und 500.000,00 € der zweckgebundenen Rücklage für den Standortwechsel des HABIT zugeführt.

Insgesamt beträgt die Entnahme aus den Rücklagen 300.103,86 € (vgl. GuV Nr. 11).

Im Bilanzgewinn ist der Jahresüberschuss mit 210.534,42 € enthalten. Im Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn von 667.712,40 €, der einen Jahresüberschuss von 515.873,70 € enthielt.

5. Rückstellungen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Rückstellungen des HABIT stellt sich wie folgt dar:

	Stand 1.1.2018	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	Stand 31.12.2018
	€	€	€	€	€	€
<u>Langfristige Rückstellungen</u>						
Altersteilzeit	165.881,00	72.348,00	0,00	0,00	1.151,00	94.684,00
Aufbewahrung von Unterlagen	35.000,00	3.500,00	0,00	3.500,00	0,00	35.000,00
	<u>200.881,00</u>	<u>75.848,00</u>	<u>0,00</u>	<u>3.500,00</u>	<u>1.151,00</u>	<u>129.684,00</u>
<u>Kurzfristige Rückstellungen</u>						
<u>Sonstige kurzfristige Rückstellungen</u>						
Gleitzeitverpflichtungen	349.087,00	349.087,00	0,00	173.482,00	0,00	173.482,00
Urlaubsverpflichtungen	266.171,00	266.171,00	0,00	331.361,00	0,00	331.361,00
Überstundenverpflichtungen	190.922,00	190.922,00	0,00	370.686,00	0,00	370.686,00
Jahresabschlusskosten	70.000,00	65.007,50	4.992,50	70.000,00	0,00	70.000,00
Ausstehende Rechnungen	185.824,66	137.086,35	0,00	121.261,69	0,00	170.000,00
Entsorgungsverpflichtungen	10.000,00	10.000,00	0,00	10.000,00	0,00	10.000,00
	<u>1.072.004,66</u>	<u>1.018.273,85</u>	<u>4.992,50</u>	<u>1.076.790,69</u>	<u>0,00</u>	<u>1.125.529,00</u>
	<u>1.272.885,66</u>	<u>1.094.121,85</u>	<u>4.992,50</u>	<u>1.080.290,69</u>	<u>1.151,00</u>	<u>1.255.213,00</u>

Im Geschäftsjahr 2018 haben einige Mitarbeiter die Option zur Auszahlung von in Vorjahren geleisteten Gleitzeit- bzw. Überstunden in Anspruch genommen. Dadurch ist der Anstieg der Rückstellungen für Gleitzeit- und Überstundenverpflichtungen geringer ausgefallen.

Die durchschnittliche Restlaufzeit aus Altersteilzeitverpflichtungen des HABIT ab dem 01. Januar 2019 beträgt weniger als 1 Jahr. Daraus ergibt sich unter Anwendung des § 253 Abs. 2 HGB ein Abzinsungsfaktor in Höhe von 0,85 %. Erwartete Personalkostensteigerungen werden mit jährlich 2,5 %-Erhöhung in der Berechnung der Altersteilzeitrückstellungen berücksichtigt.

Die durchschnittliche Aufbewahrungszeit der Geschäftsunterlagen beträgt 8 Jahre, der Abzinsungsfaktor gem. § 253 Abs. 2 HGB somit 1,72 %. Zukünftige Kostensteigerungen werden mit 2 % pro Jahr in die Berechnung der Rückstellung für die Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen einkalkuliert.

Die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen sind bei der Trägerkommune bilanziert, da der Betrieb gegen entsprechende Umlagezahlungen von der Trägerkommune freigestellt ist.

Der Träger ist Mitglied der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, die den Arbeitnehmern ihrer Mitglieder und deren Hinterbliebenen eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Da es sich insoweit um eine mittelbare Pensionsverpflichtung handelt, wird wie in den Vor-

jahren in Ausübung des bestehenden handelsrechtlichen Passivierungswahlrechts auf eine Rückstellungsbildung für eine mögliche Unterdeckung aus der zugesagten Zusatzversorgung verzichtet.

6. Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber anderen Betrieben des Trägers in Höhe von 14,6 T€ (Vorjahr 23,2 T€) enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger beinhalten insbesondere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 925,7 T€ (Vorjahr 83,8 T€), 229,3 T€ (Vorjahr 163,6 T€) aus anteiliger Versorgung der Stadt Hagen und Beihilfen sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 6.001,2 T€ (Vorjahr 4.138,8 T€) aus der gegenseitigen Bestandsverstärkung (Cash-Pooling) mit der Stadt Hagen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Überzahlungen von anderen Betrieben und Tochterunternehmen des Trägers von 32,2 T€ (Vorjahr 42,4 T€) und Umsatzsteuer von 1,1 T€ (Vorjahr 2,9 T€).

Der Verbindlichkeitspiegel sieht wie folgt aus:

Verbindlichkeiten per 31.12.2018/31.12.2017	Restlaufzeit					
	≤ 1 Jahr		1 - 5 Jahre		> 5 Jahre	
	€	VJ T€	€	VJ T€	€	VJ T€
Verb. gegenüber Kreditinstituten	47.425,54	38,4	-	-	-	-
Verb. aus Lieferungen und Leistungen	1.530.534,48	559,9	-	-	-	-
Verb. gegenüber dem Träger	7.156.203,08	4.386,3	-	-	-	-
<u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	<u>33.290,26</u>	<u>45,3</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>-</u>
	<u>8.767.453,36</u>	<u>5.029,9</u>				

Es liegen keine Sicherheiten für die Verbindlichkeiten vor.

V. Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	<u>2018</u>	<u>2017</u>
	€	€
Erlöse aus IT-Netz und Telekommunikation	3.633.076,34	3.654.560,68
Erlöse aus der Bereitstellung von Endgeräten	3.315.950,41	2.674.625,98
Erlöse aus der Bereitstellung von Anwendungen	7.312.500,10	7.422.372,30
Erlöse aus Projekten und Aufträgen	1.007.066,73	1.270.449,73
	<u>15.268.593,58</u>	<u>15.022.008,69</u>

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Kompensationszahlungen für weggefal-

lene Umsätze mit nahestehenden Unternehmen (540,0 T€) und der Auflösung von Rückstellungen 5,0 T€ (Vorjahr 12,8 T€).

Materialaufwand

Bei den bezogenen Leistungen werden u.a. für die Inanspruchnahme von Fremdleistungen für HABIT-Kunden insgesamt 513,5 T€ (Vorjahr 468,5 T€) aufgewendet. Auf Gebühren für Datennetze und Telekommunikationsleistungen entfallen 701,7 T€ (Vorjahr 657,0 T€). Die Wartungs- und Pflegeaufwendungen für die Hard- und Software der Kunden betragen 2.182,8 T€ (Vorjahr 1.973,9 T€).

Personalaufwand

Die Personalaufwendungen des Geschäftsjahres 2018 unterteilen sich wie folgt:

	2018	2017
	€	€
<u>Löhne und Gehälter</u>		
Tariflich Beschäftigte	3.934.063,41	3.867.036,17
Beamtenbezüge	1.083.001,57	1.031.232,87
Zuführung Altersteilzeit-Rückstellung	0,00	0,00
	<u>5.017.064,98</u>	<u>4.898.269,04</u>
<u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>		
Sozialabgaben	753.214,68	752.226,55
Beihilfen	174.988,21	227.578,12
Versorgungsbezüge Beamte	1.006.187,73	943.496,24
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	316.057,42	304.470,97
	<u>2.250.448,04</u>	<u>2.227.771,88</u>
	<u>7.267.513,02</u>	<u>7.126.040,92</u>
-davon für Altersversorgung	(1.322.245,15)	(1.247.967,21)

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Gebäudemieten und Mietnebenkosten (600,3 T€, Vorjahr 466,0 T€), die Verwaltungskostenumlage der Stadt Hagen und weitere Geschäftsaufwendungen des HABIT (119,6 T€, Vorjahr 127,1 T€), Aufwendungen für geringwertige Wirtschaftsgüter (55,0 T€, Vorjahr 27,5 T€) und Fortbildungskosten für Mitarbeiter (33,9 T€, Vorjahr 41,6 T€). Die periodenfremden Aufwendungen belaufen sich auf 3,3 T€ (Vorjahr 1,7 T€).

Zinsaufwand

Die Aufwendungen resultieren aus der Abzinsung der langfristigen Rückstellungen (1,2 T€, Vorjahr 4,6 T€) und der Inanspruchnahme liquider Mittel im Rahmen der gegenseitigen Bestandsverstärkung mit der Stadt Hagen (21,2 T€, Vorjahr 19,3 T€).

VI. Sonstige Pflichtangaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der jährliche Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne von § 285 Nr. 3a. HGB ergibt

sich aus nachstehender Aufstellung:

	<u>2019</u> T€
<u>Dauerschuldverhältnisse</u>	
Leasing und Software-Mieten	177
Hardware-Wartung und Software-Pflege	1.642
Betriebsleistungen	515
Gebäudemieten und -Betriebskosten	455
Sonstiges (u.a. Versicherungen, Umlagen Stadt HA)	<u>401</u>
	<u>3.190</u>
<u>Verpflichtungen aus schwebenden Verträgen</u>	
Beschaffung von Hardware, Software und Dienstleistungen	<u>94</u>
	<u><u>3.284</u></u>

Für das alte Rechenzentrum Langenkampstr. 33 läuft der verlängerte Mietvertrag bis März 2019 (20 T€).

Ab Juni 2016 (Verwaltungsgebäude) bzw. 1. Halbjahr 2017 (Hauptrechenzentrum) fallen Mieten und Betriebskosten für den neuen Standort Eilper Str. 132-136 an, die sich auf insgesamt 242 T€ p.a. belaufen. Die zugrunde liegenden Mietverträge haben Laufzeiten über 10 Jahre für das Verwaltungsgebäude (Teilbetrag 186 T€ p.a.) und 20 Jahre für das Hauptrechenzentrum (Teilbetrag von 56 T€ p.a.). Die genannten Beträge sind in der o.g. Tabelle enthalten.

Ergänzend wird auf die in Anlehnung eines Passivierungswahlrechts nicht passivierten mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung des Personals hingewiesen.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Es bestehen folgende wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen:

Art des Geschäfts	Art der Beziehung		
	Träger- kommune	Verbundene Unternehmen	Kooperations- partner
	€	€	€
Bereitstellung und Betreuung von SW	7.099.729,30	85.807,00	122.199,00
Betreuung von IT-Netzwerken	2.301.333,00	79.135,03	17.119,00
Vermietung von Hard und Software	1.228.596,53	4.573,88	0,00
Endgeräteservice	2.027.564,00	55.216,00	0,00
Bereitstellung und Betrieb TK-Netz	1.050.107,67	52.061,26	52.434,72
Arbeitsaufträge	956.479,91	26.865,69	23.721,13
Weiterbelastung von Datenleitungsgebühren	31.578,74	0,00	48.222,42
Kompensationszahlungen		540.000,00	

Beschäftigte

Im Durchschnitt sind im Geschäftsjahr 2018 beim HABIT 85 Mitarbeiter (ohne Betriebsleitung und ohne Auszubildende) beschäftigt, darunter 6 Mitarbeiter in Teilzeit.

	Beschäftigte		
	Planstellen	Ist	Abweichung
<u>Tarifbeschäftigte</u>			
regulär	59	59	0
überplanmäßig	9	10	1
<u>Beamte</u>			
regulär	16	16	0
überplanmäßig	0	0	0
	<u>84</u>	<u>85</u>	<u>1</u>
<u>Auszubildende</u>			
	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>0</u>
	<u>92</u>	<u>93</u>	<u>1</u>

Auf vollzeitverrechner Basis ergibt sich eine durchschnittliche Ist-Besetzung von rd. 83 Mitarbeitern.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2018 sind 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim HABIT tätig. Die Veränderung gegenüber dem 31.12.2017 ist der nachfolgenden Statistik zu entnehmen:

	Ist-Beschäftigung 31.12.2018	Ist-Beschäftigung 31.12.2017	Veränderungen
<u>Tarifbeschäftigte</u>			
regulär	58	59	-1
überplanmäßig	9	9	0
	<u>67</u>	<u>68</u>	<u>-1</u>
<u>Beamte</u>			
regulär	17	17	0
überplanmäßig	0	0	0
	<u>17</u>	<u>17</u>	<u>0</u>
<u>Auszubildende</u>	<u>8</u>	<u>8</u>	<u>0</u>
	<u>92</u>	<u>93</u>	<u>-1</u>

Die Reduzierung um 1 Tarifbeschäftigten ist begründet durch:

- Ausscheiden eines Mitarbeiters bei HABIT/40
- Zugang (Übernahme nach Ausbildung) eines Mitarbeiters bei HABIT/41
- Stellenwechsel eines Mitarbeiters bei HABIT/20

Die Anzahl der überplanmäßig Tarifbeschäftigten bleibt unverändert:

- Zugang (Übernahme nach Ausbildung) eines Mitarbeiters bei HABIT/13
- Abgang eines Mitarbeiters bei HABIT/21

Die Anzahl der Beamten bleibt unverändert:

- Zugang (Übernahme nach Ausbildung) eines Mitarbeiters bei HABIT/31
- Stellenwechsel eines Mitarbeiters bei HABIT/31

Die Anzahl der Auszubildenden bleibt unverändert:

- Ausbildungsende/Übernahme von 2 Auszubildenden
- Zugang von 2 Auszubildenden

Organe

Der Betriebsleitung des HABIT gehören im Wirtschaftsjahr 2018 an:

- Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann, 1. Betriebsleiter
- Leitender Städtischer Direktor Gerd Thurau, Betriebsleiter

Die Bezüge des 1. Betriebsleiters sowie die Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Betriebsausschusses werden nicht direkt vom HABIT getragen.

Die dem Betriebsleiter gewährten Gesamtbezüge belaufen sich im Geschäftsjahr 2018 auf 86.467,44 €. Im Falle der Beendigung des Dienstverhältnisses bestehen Versorgungsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Regelungen, die bei der Trägerkommune bilanziert sind.

Der Betriebsausschuss für den Hagener Betrieb für Informationstechnologie setzt sich wie folgt zusammen (ordentliche Mitglieder):

Name	Beruf	vom	bis
Stefan Ciupka (Vorsitzender)	Bankkaufmann	01.01.2018	31.12.2018
Michael Grzeschista	Techn. Zeichner	01.01.2018	31.12.2018
Alexander Böhm	Fraktionsgeschäftsführer	01.01.2018	31.12.2018
Claus Rudel	Maschinenbautechniker	01.01.2018	31.12.2018
Michael Deaki	Dipl.Wirtsch.-Ing.	01.01.2018	31.12.2018
Hans-Christian Mechnich	Schlosser	01.01.2018	31.12.2018
Kevin Niedergriese	Kfm. Angestellter	01.01.2018	31.12.2018
Martin Stange	Elektromeister	01.01.2018	31.12.2018
Rainer Voigt	Rechtsanwalt	01.01.2018	31.12.2018
Lars Vogeler	Rechtsanwalt	01.01.2018	31.07.2018
Meinhard Wirth	Werkstattleiter	27.09.2018	31.12.2018
Thomas Feuerstack	IT-System-Analyst	01.01.2018	31.12.2018
Kathy Sommer-Bergenthal	Unternehmensberaterin	01.01.2018	31.12.2018
Olaf Born	Industriemechaniker	15.11.2018	31.12.2018
Udo Pfeiffer	Pensionär	01.01.2018	31.12.2018
Michael Zimmer	Mechatroniker	01.01.2018	31.12.2018
Andreas Lechte	Techn. Angestellter	01.01.2018	31.12.2018
Ralf Sondermeyer	Pharmazeutisch-technischer Assistent	01.01.2018	31.12.2018
Max Schmidt	Industriekaufmann	01.01.2018	31.12.2018

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Das in 2018 berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers beläuft sich auf 19 T€ und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Betriebsleitung des HABIT beabsichtigt, dem Rat der Stadt Hagen vorzuschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 510.638,28 € wie folgt zu verwenden:

- Einstellung in die zweckgebundene Rücklage für das Vorprojekt S/4 HANA in Höhe von 60.000,00 €
- Einstellung in die zweckgebundene Rücklage für den Standortwechsel in Höhe von 450.638,28 €

Hagen, den 25. März 2019

Die Betriebsleitung

Lagebericht

(gemäß § 25 Eigenbetriebsverordnung NRW)

Wirtschaftsjahr 2018

(1.1.2018 bis 31.12.2018)



I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr - HABIT, wurde am 01.07.1999 gegründet. Der HABIT wird in der Rechtsform eines Eigenbetriebes (eigenbetriebsähnliche Einrichtung) nach den entsprechenden Vorschriften der Gemeindeordnung und der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen geführt. Im Rahmen seines Betriebszwecks erbringt der Eigenbetrieb folgende Dienstleistungen für die Dienststellen der Verwaltung, die Eigenbetriebe, Tochtergesellschaften und die kommunalen Partner, insbesondere aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis und innerhalb des Zweckverbandes KDN:

- Die Planung, die Beschaffung und den Betrieb der informationstechnologischen Infrastruktur,
- die Rechenzentrumsleistungen,
- Consulting und Einführung von IT-Systemen und die damit zusammenhängende Organisationsberatung in Bezug auf Geschäftsprozesse,
- die Bereitstellung von Anwendungssoftware,
- den IT-Benutzerservice,
- IT-Schulungen,
- sowie die mit diesen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Tätigkeiten.



Standort des HABIT in der Eilper Str.

2. Forschung und Entwicklung

Der HABIT als kommunaler Dienstleister betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung. Vielmehr werden die aktuellen Techniken und Verfahrensweisen in die Praxis übernommen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Rahmenbedingungen

Im Wirtschaftsjahr 2018 stand natürlich die Inbetriebnahme des neuen Hauptrechenzentrums im Fokus. Um die Ausfallzeiten für die Kunden des HABIT so gering wie möglich zu halten, begann die entscheidende Phase des Umzugs am 02.10.2018 nach Dienstschluss. Unter Nutzung des Feiertages, 03.10.2018, war eine sukzessive Wiederherstellung der einzelnen TK- und IT-Komponenten vom 04. – 07.10.2018 vorgesehen. Parallel standen in der Verwaltung zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, um die entsprechenden Verfahrenstests aus Anwendersicht vorzunehmen. Der Umzug gelang ohne Zwischenfälle. Bereits am 05.10. konnte die Betriebsleitung im Laufe des Vormittags Vollzug melden. Alle Systeme liefen störungsfrei. Das als Notfall-Zeitpuffer eingeplante Wochenende vom 06. – 07.10.2018 wurde nicht mehr benötigt.



Blick in das neue Hauptrechenzentrum



Demontage des Netzersatzaggregates (NEA) am alten Standort Langenkampstr. 33 im Dezember 2018

Im November 2018 zogen die bis zur Verlagerung des Hauptrechenzentrums noch am alten Standort verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls in die neuen Räumlichkeiten an der Eilper Straße. Auch dieser Umzug verlief ohne Störungen und Probleme. Im Anschluss wurde damit begonnen, das Gebäude Langenkampstr. 33 abschließend zu räumen, damit zum Ende der Mietlaufzeit eine ordnungsgemäße Übergabe an den Vermieter erfolgen kann.

2. Geschäftsverlauf

Nachfolgend werden die einzelnen Geschäftsfelder des HABIT detailliert dargestellt. Dabei werden Entwicklungen und Ereignisse, die für den Geschäftsverlauf ursächlich waren, aufgeführt.

a) Fachanwendungen

• SAP NKF

Die strukturgebenden Stammdaten des Hagener Fachkonzepts zur Implementierung des Templates SAP der Integrierten Doppik wurden bezogen auf die Haushaltsplanung und Bewirtschaftung restrukturiert und mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2018 produktiv gesetzt.

• ADP Archiv

Mit Abschluss des Jahres 2018 findet auch die Verwendung der Software ADP Paisy Archiv ihr Ende. Die Software ließ sich nicht mehr in die neueren Welten der Windows Betriebssysteme überführen und konnte daher nicht weiter eingesetzt werden. In einem sehr langwierigen und aufwendigen Prozess wurden über 3,6 Mio. Entgeltabrechnungen in das Dokumentenmanagementsystem Enaio überführt und zusätzlich um weitere wertvolle Suchattribute ergänzt.

Die ebenfalls enthaltenen Daten der städtischen Tochter HEB wurden auf DVD gebrannt und dem HEB übergeben. Auch hier betrug der erstaunliche Umfang ca. 136.000 Dokumente.

• Dienstaussweise

Ein weiterer Workflow konnte ohne die aufwendige Beschaffung von Spezialsoftware in Betrieb gesetzt werden.

Die Beantragung und nahezu medienbruchfreie Erstellung von Dienstaussweisen für die Feuerwehr und die Verwaltung wurde durch einen formularserverbasierten Workflow digitalisiert. Text und Bildinformationen fließen elektronisch. Im Jahr 2018 entstanden dabei insgesamt 466 Ausweise.

• Ablösung E-Mail Verschlüsselung Procilon

Die Tendenz des Herstellers, der für die Stadt Hagen eingesetzten Software- und Hardwarelösung für die sichere, elektronische Kommunikation, Betriebssysteme zu bevorzugen, die nicht zum Standard Portfolio des HABIT gehören, führte zu der Entscheidung eine eigene, passgenau auf die Bedürfnisse der Stadt Hagen zugeschnittene Lösung, zu entwickeln.

Hierzu wurden die Kommunikationswege und Methoden neu dokumentiert. In nur drei Monaten wurde eine Serveranwendung entwickelt und in Betrieb genommen. Diese in Java programmierte Serverlösung basiert zum Großteil auf Open Source Technologien, ist hoch performant, und sparsam im Ressourcenverbrauch. Sie beherrscht regelbasiertes E-Mail Routing in Kombination mit E-Mail Verschlüsselungen unterschiedlichster Art.

• EU-DS-GVO

Alle betreuten Fachverfahren waren und sind gemäß den Vorgaben des Datenschutzes hinsichtlich der technischen Umgebung, der Verarbeitungstätigkeiten, der gesetzlichen Grundlagen sowie – falls zutreffend – auf die vertraglichen Grundlagen zur Auftragsdatenverarbeitung hin zu beschreiben.

• Meldewesen

- Hard- u. softwareseitige Implementierung für Erfassungsstationen der Biometriedaten
- Verschlankung des Antrags von Personalausweisen und allen erforderlichen Dokumenten mit Speicherung biometrischer Daten

- **Aufrufanlagen**

- Ersatz der Aufrufanlagen durch höherwertige, eGovernment-fähige Produkte und Ausweitung moderner Aufrufanlagen auf alle publikumsintensiven Bereiche

- **KFZ-Wesen**

- Einführungsarbeiten zu i-KFZ, 2. Stufe online-Wiederzulassung, weitere technische Erfordernisse in der Kfz.-Zulassungsstelle waren umzusetzen
- Ersatz der Kommunikationssoftware zum Kraftfahrtbundesamt, damit die Ablösung einer kostenträchtigen und veralteten Variante

- **Online-Terminvereinbarung**

Organisation und Einführung einer online-Terminvereinbarung, komplex insbesondere durch die Heranführung der Software zur Produktionsreife sowie die Koordination der Fachbereiche.

- **Elektronische Akten**

Einführung elektronische Ausländerakte, elektronische Personalakte, parallel zur Organisationsberatung der Fachbereiche in vielen weiteren Tätigkeitsfeldern sowie Teilnahme am interkommunalen Erfahrungsaustausch für Vorgangsmanagement.

- **Vorbeugender Brandschutz**

Ersatz der Software für Vorbeugenden Brandschutz, dabei Organisation eines komplexen Beschaffungsverfahrens und ebensolche Einführung der Software.

- **Einführung diverser Verfahren**

Z.B. Software Asyl-Leistungsgewährung, online-Anhörung und DMS im Ordnungswidrigkeiten-Bereich, Online-Anmeldung u. Verfahren Infektionsschutzgesetz.

- **Geo-Daten**

- Einführung Liegenschaftsinformationssystem GC-LIS, damit Vereinheitlichung des Datenbestands diverser Insellösungen; zudem wird durch Interaktion mit dem ALKIS (u.a. Liegenschaftskataster) ein Abgleich der Flurstücksdaten vereinfacht und beschleunigt
- Einführung einer Fachschale Bauleitplanung des Geoinformationssystems als Basis einer Zusammenarbeit der Fachbereiche 62 u. 61
- eGovernment-Projekt „Negativ-Auskunft Baulasten“ zur Entlastung der Bauaufsicht von jährlich mehreren hundert Negativ-Baulasten-Auskünften. Ausfluss des Projekts ist auch ein übergreifender Abstimmungsprozess mit Vermeidung redundanter Datenpflege und tagesaktueller Auskunftsmöglichkeit
- Einführung Geschäftsbuch für das Vermessungs- u. Katasterwesen
- Einführung von Modulen der Koordinatenausgleichsberechnungen
- Ersatz der Software Straßenentwurfsplanung, allerdings noch im – ebenfalls zu gewährleisten – Parallelbetrieb der Altlösung
- Eliminierung div. Geodaten-Access-Datenbanken der Verwaltung und Übernahme in GIS-ergänzende Systeme

- **Beteiligung der Fachanwendungsbetreuer an zahlreichen verwaltungsweiten und betriebseigenen Projekten**

- Online-fähige Datensammlung incl. Pflegesystemen für Straßenverzeichnis und städt. Gebäudebestand und kleinräumige Gliederungen („NaviBox“), dazu organisatorische Begleitung der Optimierung diesbezüglicher Verwaltungsprozesse
- Stadtkarten-Visualisierungsprojekte und POI-Darstellungen wie z.B. „Stolpersteine“ (stadtweit verteilte Gedenktafeln) mit PDF-, Bild- u. Audio-Dokumenten, ergänzt um Darstellung markanter Punkte der NS-Zeit
- Optimierung Geo-Server und Geo-Daten-Server für die Datenbereitstellung und Implementierung versch. Kartenwerke und –zusammenstellungen
- Anbindung NRW-Landesportal für digitale Vermessungsunterlagen an Smallworld GIS, das Geschäftsbuch d. Katasterwesens und das Riss-Verzeichnis

- Einführung von Archivierungssystemen der Baugenehmigungen, Einführung von Kompressionsverfahren für digitale Bauakten u.a.
- IT-Notfall-Vorsorge, Erstellung von Werkzeugen zur offline-Bereitstellung von Dokumentationen
- Einführung öffentliches WLAN an mehreren Standorten und Plätzen der Stadt sowie Unterstützung des Freifunks
- Einführung eines Ticketsystems zur Anbindung der Freiwilligen Feuerwehren bei der Unterhaltung der Gerätschaften
- Lösungen für Posteingangsdigitalisierung,
- Einführung einer sicheren Kommunikationsplattform bzw. stadt-eigenen Cloud-Lösung
- Begleitung der Einführung Smartparking
- Neukonzipierung eines verwaltungsweiten Alarmierungssystems zum Schutz der Beschäftigten
- Einführung einer betriebsübergreifenden Dokumentationslösung, u.a. auch für IT-Notfallvorsorge, IT-Grundschutz und datenschutzrechtliche Verfahren
- Organisatorische Begleitung und Betreuung der Schulen bei ihren Digitalisierungsbestrebungen, Beratung zur Aufstellung der Konzepte digitalen Unterrichts
- Technische Organisation und Mitwirkung in der Koordinationsgruppe des Krisenstabs der Stadt Hagen
- Entwicklung und Einführung des Prototyps einer betriebseigenen digitalen Schriftgutverwaltung

b) Netz und Telekommunikation

• Umzug Hauptrechenzentrum

Nachdem 2017 die Racks eingebaut wurden, erfolgte die Verkabelung des Rechenzentrums bis zur Abnahme am 19.02.2018.

Die baurechtliche Abnahme des Gebäudes erfolgte am 07.09.2018. Mit dem Umzug der letzten Geräte im Oktober 2018 wurde die Verlagerung des Rechenzentrums aus der Langenkampstraße in die Eilper Straße abgeschlossen. Die Telekom hat in Abstimmung die Anschlüsse im Vorfeld so umgebaut, dass die Verlagerung des Rechenzentrums ohne Probleme verlaufen ist. Der Verwaltungsvorstand hat am 18.09.2018 das Rechenzentrum besichtigt. Einen Monat später am 19.10.2018 wurde die Presse zur Besichtigung eingeladen und hat hierüber in einem Zeitungsartikel am 27.10.2018 berichtet. Durch die lange und gute Vorarbeit konnte der Umzug des Hauptrechenzentrums im geplanten Zeitrahmen erfolgreich durchgeführt werden.

Nachfolgend werden die wichtigsten Meilensteine aufgeführt:

- 13.01.2018 Inbetriebnahme der DWDM-Infrastruktur RZ/Rathaus I
- 24.01.2018 Migration Bildungsnetzwerk auf die neue Internetanbindung
- 24.03.2018 Migration Verwaltung auf neue Internetanbindung
- KW-17/18 Aufbau der Netzwerkinfrastruktur für die Sicherheitszone im HRZ
- KW-20 Umzug der Zone Netz- und Systemmanagement
- 27.06.2018 Umzug der internen Firewall Verwaltung
- 11.07.2018 Umzug der zentralen Firewall Bildungsnetzwerk
- 12.07.2018 Umzug der externen Firewall Verwaltung
- 14.07.2018 Schwenk der Internetanbindung
- 22.08.2018 Schwenk Behördennetzwerk NdB
- 23.08.2018 Inbetriebnahme der neuen MPLS-Anbindung
- 04.10.2018 Umzug Hauptrechenzentrum

Bei der Feinplanung und Realisierung wurde eine Teilvermaschung einer Top-of-Rack und einer strukturierten Verkabelung realisiert. So wurde jeder Verteilerschrank strukturiert mit Kupfer- und Lichtwellenleiter-Kabel versorgt. Bei der Portbelegung im Verteilerschrank wurde punktuell ein Switch eingebaut.

Somit sind folgende Patchungen von Netzwerkverbindungen nach Fertigstellung realisiert worden:

– Schrank zu Schrank:	LWL (Mono- Multimode)	= 409
	Kupfer	= 682
– Top-of-Rack:	LWL (Mono- Multimode)	= 131
	Kupfer	= 289
– Strom 240 Volt:		= 372

• Gebäudeleittechnik (GLT und MSR) im Hauptrechenzentrum

Für das neue Hauptrechenzentrum wurde auch eine Gebäudeleittechnik sowie eine Mess-, Steuer- und Regelungstechnik eingebaut, so dass Klimageräte, Elektroverteiler, Unterbrechungsfreie Stromversorgungen (USV) und Steckdosenleisten (PDU's) überwacht und gesteuert werden.

Anhand neuer Anforderungen sollte dies in ein sicheres und abgeschottetes eigenes Netzwerk mit entsprechenden Sicherheitsmerkmalen nach BSI-Standard bereitgestellt werden.

HABIT/20 erarbeitete somit eine autarke Netzinfrastruktur durch Cisco Switches im MSR-Raum EG und im HRZ 1.OG, wo die oben genannten Endsysteme angeschlossen wurden.

Zudem wurde in Absprache mit der Fachfirma ein IP Adresskonzept erarbeitet und von HABIT/20 bereitgestellt. Die komplette abgesicherte Infrastruktur, Anbindung und der Zugang wird über eine Cisco ASA realisiert. Die Überwachung der verbauten Switches erfolgt über das Netzwerkmanagementsystem.

Die Konfiguration und Implementierung der sogenannten Messpunkte in die Überwachungssoftware „Niagara Arena NX“ erfolgt durch die Fachfirma. In Zukunft sollen über diese Server Applikation Meldungen und die Überwachung der Messpunkte erfolgen, sowie Störmeldungen an die Rufbereitschaft auf Handy oder Tablet weitergeleitet werden, um den laufenden und permanenten Betrieb des Rechenzentrums sicherzustellen.

• Backup-Rechenzentrum

Die Baumaßnahmen wurden in 2018 weitergeführt, so dass nach aktuellem Stand ein Umzug für 2020 geplant ist. Vom 23.07. bis 26.07.2018 wurde die Rathausstraße gesperrt, da ein Autokran die Metallkonstruktion für die Rückkühler und das Netzersatzaggregat auf das Dach des Rathauses gehoben hat.

• Primärverkabelung Rechenzentren / Stadtgebiet

Die Verkabelung vom Standort Rathaus 1 mit dem zukünftigen Back-Up-Rechenzentrum und dem Rechenzentrum in der Eilper Straße wurde auf Seiten des Rechenzentrums fertiggestellt. Die Vorbereitungen im Rathaus sind ebenfalls erfolgt, so dass es zwei redundante Strecken vom Rechenzentrum zum Back-Up-Rechenzentrum gibt. Die beiden Kabel verlaufen nur innerhalb des jeweiligen Rechenzentrumsraumes zusammen. Bei Verlassen des Raumes beginnt schon die Georedundanz, so dass ein Ausfall der Verbindung durch eine Beschädigung eines Kabels ausgeschlossen ist.

Es wurden auch erste Gespräche über eine gemeinsam zu nutzende Primärverkabelung über das gesamte Stadtgebiet zwischen HABIT und dem WBH geführt. Dies stellt eine Win-Win-Situation dar, da HABIT die Verwaltungsstandorte, Schulen, Kindergärten usw. anbinden möchte und der WBH die gesamte Lichtsignaltechnik modernisieren und auch erste Schritte hin zur intelligenten Verkehrsleittechnik gehen will.

• ALL-IP im neuen IntraSelect Vertrag der Telekom

Bis Ende 2018 wollte die Telekom alle Ihre Netze auf die All-IP-Technik umstellen. Der Telekom ist daran gelegen, von den herkömmlichen unterschiedlichsten Techniken auf der IP-Plattform zu bündeln und so jedem Kunden individuell und preislich nach dessen Bedürfnissen gerecht zu werden. Das jedoch ist mit den herkömmlichen fünf Klassen nicht mehr realisierbar, so dass alle alten Anschlusstechniken von jedem Provider auf „ALL-IP“ umgestellt werden.

Deshalb müssen auch in der Stadt Hagen alle alten Anschlüsse auf All-IP umgestellt werden.

Des Weiteren werden die fünf vorhandenen Primärmultiplexanschlüsse, über die die gesamte Stadtverwaltung momentan noch extern telefoniert, im „IntraSelect“ georedundant an die beiden neuen Rechenzentren durch ALL-IP angebunden.

Die Implementierung des neuen Zentralanschlusses wurde am 23.08.2018 von der Telekom übergeben.

• MPLS Umstellung

Der HABIT hat im Zuge des Projekts die Jugendzentren, Kindertagesstätten sowie die Verwaltungsstandorte Männerasyl, Tierheim, Kultopia, Stadtteilhaus Vorhalle, Drogentherapeutische Ambulanz (Bergstr.123 a) und den Baubetriebshof Delstern für eine Umstellung auf MPLS nach aktuellem Cat.7a-Standard verkabelt.

Die Telekom hat an sechs Standorten derzeit keine Möglichkeit die jeweiligen Standorte über MPLS anzubinden, so dass an diesen Standorten übergangsweise eine Anbindung über Mobilfunk (LTE) realisiert wurde. Aktuell sind 31 Standorte umgestellt und die letzten vier Standorte sind zur Migration terminiert.

• Strukturierte Verkabelung an 75 Standorten / Schulen

Die Schulen der Stadt Hagen haben über Jahre gewachsene Verkabelungsstrukturen aufgebaut, die für die moderne Anbindung nicht nutzbar sind. Daher wurde an allen Schulen eine neue Anbindung vom Abschlusspunkt (APL) zum Datenverteilerschrank installiert. Teilweise musste aufgrund von Platzmangel in den Datenverteilerschränken ein neuer aufgebaut werden, um die Möglichkeit eines Einbaus einer neuen TK-Anlage zu schaffen. Da die TK-Anlagen in der Vergangenheit meist noch im Sekretariat montiert waren, wurde eine Anbindung vom neuen DV zum TK-Verteiler erstellt, damit die analogen Nebenstellen in die neue TK-Anlage implementiert werden konnten. Mit der strukturierten Verkabelung ist die Vorbereitung der Wandlung auf All-IP Anschlüsse an allen Schulen abgeschlossen.

• Neue TK-Anlagen in den Schulen wegen Umstellung auf All-IP

Die vorhandenen TK-Anlagen in den Schulen sind nicht für die Umstellung auf All-IP geeignet. Dies bedeutet für den HABIT, dass in allen Schulen, neue All-IP-fähige TK-Anlagen installiert werden müssen.

Die Installation der neuen TK-Anlagen wurde bereits an 20 Schulen abgeschlossen. An einer ersten Test-Schule (Kaufmannschule II, Standort Gasstraße 15) wurde der Anschluss auf All-IP umgestellt. Ein Wandel der restlichen Anschlüsse steht noch aus, da aktuell die Umstellung analoger Amtsanschlüsse mit DSL priorisiert behandelt wird

• Anbindung Rathaus Hohenlimburg

Die Stadt Hagen hat weitgehend eigene LWL-Kabel zwischen ihren Standorten im Stadtgebiet verlegt. Für die Verbindung zwischen dem Verwaltungshochhaus (VHH) und dem bisherigen Standort HABIT (Langenkampstr. 33) ist eine Dark Fiber Verbindung von der Telekom über die Enervie angemietet worden (Länge 10,5 km). Mit der Aufgabe des alten Standortes HABIT in der Langenkampstr.33 musste für das Rathaus Hohenlimburg eine neue LWL-Verbindung zum VHH geschaffen werden. Diese wurde durch die Enervie über eigene Leitungen vor dem geplanten Rechenzentrumsumzug bereitgestellt.

• Free-Key WLAN

Zur Realisierung des Projekts von HABIT/1 „WLAN über Free-Key“, hat HABIT/20 an Begehungen vor Ort teilgenommen um bei der Planung und Umsetzung an den einzelnen Standorten unterstützend mitzuwirken. Am Ende des Jahres 2018 hatte die beauftragte und auch zukünftig verantwortliche Firma IT-Innerebner GmbH an bislang zwei Standorten (Amtshaus Boele Wartebereich Bürgeramt und Ausländerbehörde Böhmerstr. Wartebereiche) die benötigte Infrastruktur aufgebaut. Weitere Standorte folgen im Jahr 2019.

c) Security und Internet

• Migration der städtischen Internetanbindung

Im Zuge der georedundanten Anbindung der beiden Rechenzentren sollte der Internet-Access auf den neu eingerichteten IntraSelect-Anschluss der T-Systems geschaltet werden. Ziel dieser Maßnahme war es, bei gleichzeitiger Erhöhung der Verfügbarkeit, die Anzahl der physikalischen Anschlüsse, aufgrund der redundanten Auslegung der IntraSelect-Anschlüsse im HRZ und BRZ zu reduzieren. Seitens der T-Systems konnten jedoch die offiziellen IP-Adressen der bestehenden Internetanbindung nicht übernommen werden. Aus diesem Grund wurde eine Alternative geschaffen, um eine Hochverfügbarkeit, hinsichtlich des georedundanten Rechenzentrumsbetriebes, zu gewährleisten. Beide Internetanbindungen (LAN und BNW) wurden auf einen CompanyConnect geschaltet und mit einer Backupanbindung im Rathaus I versehen. In diesem Zuge wurde die Bandbreite von 104 Mbit/s in Summe (LAN 70 Mbit/s + BNW 34 Mbit/s) auf 155 Mbit/s erhöht.

Des Weiteren wurde in diesem Zuge ein größerer IP-Adressbereich für das Bildungsnetzwerk bereitgestellt. Durch diese Maßnahmen wurde eine deutlich höhere Verfügbarkeit, bei gleichzeitiger Erhöhung der Bandbreite erreicht. Zudem stehen dem Bildungsnetzwerk 14 offizielle IP-Adressen, anstelle von 6 IP-Adressen zur Verfügung. Der Schwenk des Internetzugangs auf die IntraSelect-Anschlüsse im HRZ und BRZ ist für einen späteren Zeitpunkt angedacht.

Aus wirtschaftlicher Sicht wurde durch die Umstrukturierung eine jährliche Ersparnis von 6.000 EUR netto erwirkt.

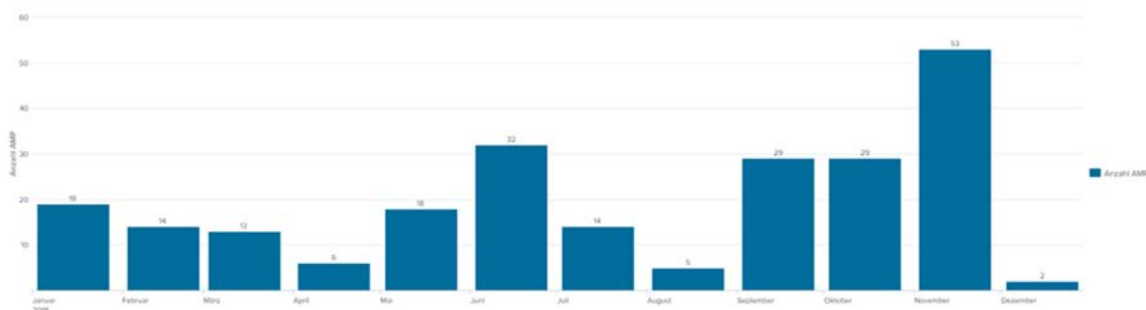
• Migration Web Security Appliance / AMP

Bei dem zentralen städtischen Proxy System musste ein Hardwaretausch vorgenommen werden, da die bisher eingesetzte Hardware das Ende des Supports erreicht hat. Hier konnte aufgrund der Implementierung von Hochverfügbarkeitsmechanismen ein reibungs- und ausfallloser Austausch vorgenommen werden.

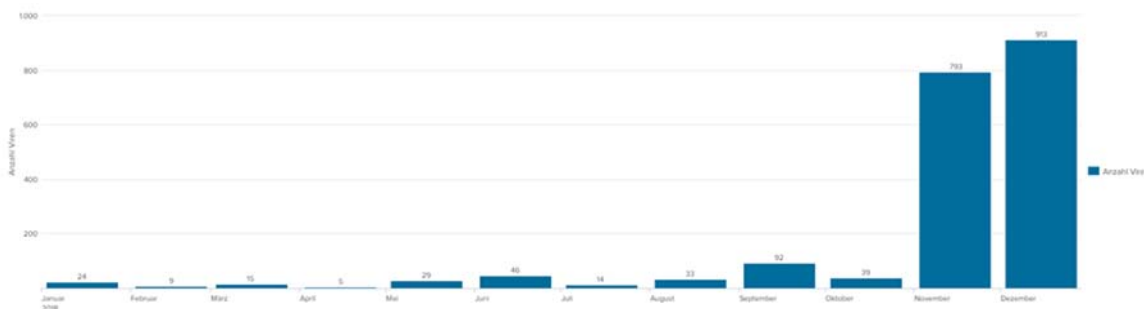
Mit der Inbetriebnahme der neuen Hardware hat sich die Möglichkeit ergeben, eine neue Sicherheitsfunktion zu aktivieren. Es handelt sich hierbei um einen Abwehrmechanismus um bisher unbekannte Malware zu erkennen und zu blockieren.

• E-Mail-Security

Die gezielten elektronischen Angriffe, vor allem über den E-Mail Weg, aus dem Jahr 2017 sind auch im Jahr 2018 nach wie vor durchgeführt worden. Durch Maßnahmen und Implementierungen aus dem Jahr 2017 konnte die Sicherheit nachhaltig verbessert werden.



Gegen Ende des Jahres 2018 gab es nochmals massive elektronische Angriffe. Diesmal nicht über E-Mails mit Links zu unsicheren Seiten/Dateien, sondern durch den direkten Versand von Viren in E-Mails.



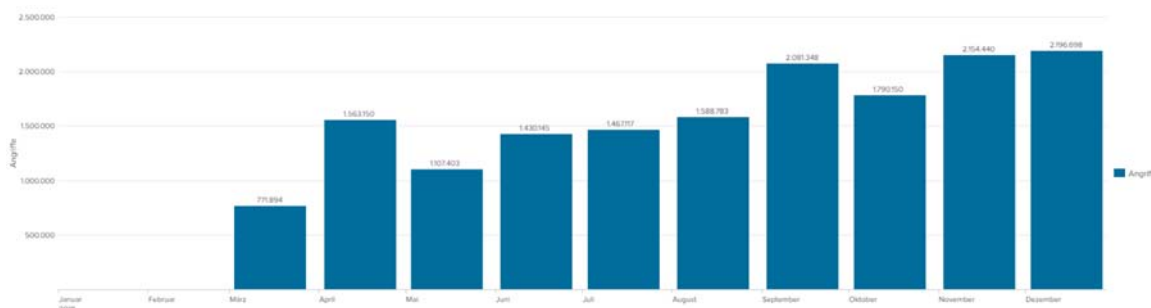
• Absicherung DSL-Standorte

Viele Standortanbindungen werden nicht mehr über einen DSL-Anschluss abgesichert. Diese sind mittlerweile in das städtische MPLS-Netzwerk überführt worden. Des Weiteren wurden und werden weitere Anschlüsse dahingehend konsolidiert, dass mehrere Services auf einem Anschluss bereitgestellt und zusammengefasst werden.

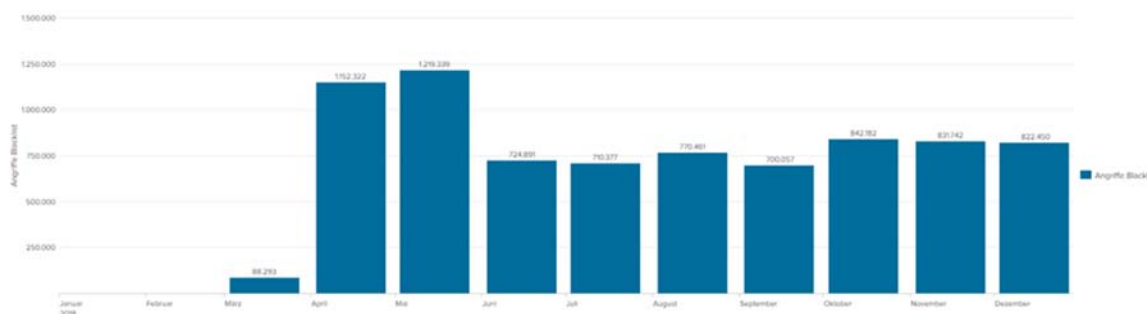
Heimarbeitsplätze (Verwaltung und HABIT)	4	4
Bürgerämter (E-Pass-Leser/EC-Cash)	2	1
Kindertagesstätten	23	0
Jugendzentren	6	2
Verwaltungsstandorte	5	5
Externe Gemeinden	7	7
Gebäudeleittechnik	13	12
Schulen	23	28
Freies DSL	33	31
DSL-Standortanbindungen	18	26
Summe	134	116

• Perimeter Defense

Die Angriffe per E-Mail sind natürlich nicht die einzigen elektronischen Angriffe auf die Stadt Hagen gewesen. Die folgende Auswertung zeigt die Angriffe auf die IT-Infrastruktur, die durch Sicherheitsmaßnahmen in der äußeren Verteidigungsreihe erfolgreich abgewehrt wurden.



Zudem wurden durch eine vom HABIT gepflegte Blacklist die unten stehenden Angriffe zusätzlich abgewehrt.



• Vulnerability Scanner

Aufgrund der ständig wachsenden Systemlandschaft im Bereich IT-Sicherheit wurde ein zentrales Schwachstellen-Management-System beschafft und installiert. Hiermit können von einem zentralen System aus alle bekannten Schwachstellen auf den Sicherheitssystemen erkannt/überprüft werden und Hinweise auf Konfigurations-Optimierung und Patch-Installation gegeben werden. Dies bedeutet nicht nur eine Automatisierung für die sonst manuell durchgeführten Tätigkeiten, sondern auch eine schnellere Reaktionszeit. Gerade für die Systeme aus dem Bereich IT-Sicherheit, die überwiegend direkt über das Internet erreichbar sind, gilt hier eine höhere Sorgfaltspflicht bezüglich Sicherheitslücken.

• Bildungsnetzwerk – Anbindung von neuen Schulen

Folgende Schulen wurden im Jahr 2018 neu ins Bildungsnetzwerk integriert:

- Grundschule Gebrüder Grimm
- Förderschule Gustav Heinemann
- Realschule Heinrich Heine (Phase 1: Raum 2 OG 17)
- Sekundarschule Altenhagen (Phase 2: Raum DG 42 alter PC-Raum RS Luise Rehling)

Insgesamt befinden sich nun 26 Schulstandorte im Bildungsnetzwerk.

• Netzwerkmanagement

Seit 21 Jahren wird nun bereits eine Netz- und Systemmanagement Plattform für die Stadtverwaltung Hagen betrieben. Diese dient zum proaktiven Monitoring und zur Administration von IT-Systemen innerhalb der gesamten Netzwerkinfrastruktur. Sämtliche im Laufe des Jahres durchgeführten Maßnahmen haben Infrastrukturänderungen - insbesondere der RZ-Umzug - verursacht, die aktuell in die Systeme integriert werden mussten. Durch die stetig steigende Komplexität der Anforderungen und die Einführung neuer Technologien sowie neuer IT Komponenten mussten zahlreiche Erweiterungen und Anpassungen innerhalb der Managementsysteme implementiert werden.

• Re-Design des Policy Managers

Der Policy Manager ist Bestandteil des theGuard! SMC Netzwerkmanagement.

Er ist die zentrale Komponente, die für das Monitoring der Netzwerkkomponenten verantwortlich ist. Um auch zukünftig die Überwachung neuer Komponenten zu gewährleisten, war ein Re-Design der Konfiguration unaufschiebbar.

• Migration der Serverkomponenten und Systemsoftware

Sämtliche Serverkomponenten und Systemsoftware aller Managementserver wurden auf die aktuellen Versionsstände migriert.

• Entwicklung einer Applikation für Cisco-Komponenten

Im Rahmen der Entwicklung einer Applikation zur Bestimmung der Gerätebezeichnung von Cisco Komponenten wurde die in 2017 auf Basis der Problemdefinition mit anschließender Anforderungsanalyse vorgenommene Programmkonzeption implementiert und getestet.

d) Endanwendersysteme und Schulen

• Migration auf das Betriebssystem Windows 10

In einem ersten Windows 10-Migrationstest wurden die Rechner in den Bereichen Musikschule (FB 48) und Rechtsamt (30) komplett von Windows 7 auf Windows 10 umgestellt. Mit den Erkenntnissen aus diesem ersten Migrationsabschnitt wurde mit der „schleichenden Migration“ auf Windows 10 im gesamten Verwaltungsbereich begonnen. Soweit dies durch die im Einzelfall eingesetzten Anwendungen möglich war (Anwendungen tlw. nicht Windows 10 kompatibel, daher spez. Freigaben der einzelnen HABIT-Servicebereiche erforderlich), wurden alte und defekte Rechner gegen neue Windows 10-Rechner ausgetauscht. Ein weiterer Einsatz von Windows 7 war hier nicht möglich, da die Hardware der neuen Rechner einen Betrieb mit Windows 7 nicht mehr ermöglichte.

Bedingt durch einen Lieferengpass von Intel CPUs konnten zum Jahresende keine weiteren neuen Rechner ausgeliefert werden. Daher wurden als Übergangslösung langsame oder mit einem Festplattendefekt aufgefallene Rechner unabhängig vom Alter des Rechners mit einer neuen SSD-Festplatte und zusätzlichem Arbeitsspeicher aufgerüstet und auf Windows 10 migriert. Durch die Hardwareaufrüstung konnte die Logon-Zeit auf diesen Rechnern von teilweise über 20 Minuten auf knapp drei Minuten verringert werden. Da es sich aber um alte PC ohne Garantieansprüche handelt, ist diese Aufrüstmaßnahme tatsächlich nur eine Notlösung und bis zum Ende des Lieferengpasses vorgesehen.

• Auslieferung von Rechner-Hardware

Der 2018 in größerem Umfang angefallene Austausch von Rechner-Hardware ist bedingt durch die gestiegenen Hardwareanforderungen der inzwischen eingesetzten Software – auch unter Windows 7. Die zu geringe Hardwareausstattung (nur 2 GB RAM) der Rechner erforderte Ersatz oder ggf. eine Aufrüstung des Arbeitsspeichers. Hinzu kamen Anforderungen von Zweitmonitoren in etlichen Verwaltungsbereichen. Wie bereits in den Vorjahren mussten auch wieder sehr viele defekte Drucker – aufgrund des Einsatzes von Rebuildtoner – ausgetauscht werden.

• Management-Systeme

2018 erfolgte eine vollständige Neueinrichtung (Neuinstallation, Betriebssystemupdate) aller Management-Systeme von HABIT/21 (Empirum, Datenbanken, Airwatch, McAfee).

Das komplette MDM (MobileDeviceManagement) wurde ebenfalls neu strukturiert.

Die Einführung und Inbetriebnahme von Android for Work wurde vorgenommen mit dem flächendeckenden Einsatz des Dateizugriffs (Content) auf allen Android for Work angebotenen Geräten.

Die Workplace-Analytics-Software Nexthink wurde abteilungsübergreifend bereitgestellt und hierfür zentral organisierte Schulungen angeboten.

• Umstellung der Verteilung von Windows-Updates

Die Verteilung von Updates und Patches für Microsoft-Produkte wurde von dem von Microsoft bereitgestellten Tool "Windows Server Update Service - WSUS" auf das EMPIRUM Patchmanagement der Fa. matrix42 umgestellt. Der bisherige WSUS-Server konnte ersatzlos wegfallen.

• Neues Drucksystem Multifunktionsgeräte

Die Inbetriebnahme einer neuen, im Funktionsumfang wesentlich erweiterten Asset- und Systemmanagement Appliance, „TA-Cockpit“ der Fa. Triumph-Adler, wurde vorgenommen.

Im Druckmanagementsystem „aQrate“ wurde eine datenschutzrechtlich konforme "Job Privacy" eingerichtet.

• Einführung / Aktualisierung medizinisch-technischer Geräte

Neben dem Austausch mehrerer Rechner im Bereich Kinder- und Jugend-Gesundheitsdienst wurden Notebooks für das medizinisch-technische Gesundheitswesen nach speziellen Vorgaben für die Lebensmittelüberwachung konfiguriert. Eine neue Software für Seh- und Hörtestgeräte wurde installiert und eingerichtet.

• Projekte für die Feuerwehr

In der ehemaligen Regenbogenschule Hohenlimburg wurde in enger Zusammenarbeit mit der Feuerwehr eine Rettungsdienstschule aufgebaut und eingerichtet.

Im medizinischen Bereich der Feuerwehr wurde eine fachspezifische Spracherkennungssoftware eingeführt.

Für die Feuerwehr wurde ein Radioserver zu Steuerung der Funkgeräte konfiguriert und eingerichtet. Die Installation der Software für den Radioserver wurde vorbereitet.

• **Digitales Informationssystem im Rathaus an der Volme**

Zum Betrieb eines digitalen Informationssystems im Rathaus an der Volme wurde ein neuer Server mit der Software „XIBO“ eingerichtet und die Info-Monitore für den Betrieb mit Mini-PC erweitert.

• **Administration Hagener Schulen und Bildungsnetzwerk**

- Weitere vier Schulen wurden in das Bildungsnetzwerk migriert.
- Um Störungen schneller bearbeiten zu können, wurde die Wartezeit für die Ticketbearbeitung verkürzt, dafür stiegen die Wartezeiten zur Erledigung der Arbeitsaufträge an. Eine Selektierung der gestellten Arbeitsaufträge nach Wichtigkeit und Schnelligkeit der Arbeiten wurde vorgenommen, um gegebenenfalls Arbeitsaufträge anders zu terminieren. Für die Schulen wurden ca. 160 Arbeitsaufträge durchgeführt.
- In den Verwaltungen der Schulen wurden 15 NAS-Systeme (Datenablage und Zentralspeicher) integriert - inkl. einer Umstellung der Sekretariats- und Verwaltungsrechner.
- Zur Ermittlung/Behebung bestehender Fehler wurde eine große Fehleranalyse im Bildungsnetzwerk durchgeführt (Wake-on-LAN; Clientinstallation mit Empirum; Virens Scanner und DataLossPrevention-Analyse). Auf Grund dieser Analyse konnten die Fehler erfolgreich behoben werden.
- Entwicklung eines Windows 10 Clients für die Rechner im Bildungsnetzwerk zur Vorbereitung auf die Migration in den Schulen
- Entwicklung und Aufbau einer Umgebung zum Installieren von Clients, Servern und weiteren Systemen für Schulen, die nicht in das Bildungsnetzwerk integriert sind – z. B. Schulverwaltungen - mit aktuellen Betriebssystemen
- Einführung eines Prototypentests im Bildungsnetzwerk für die weiterführenden Schulen mit Genehmigungsverfahren und anschließender Installation
- Im Berufskolleg Käthe Kollwitz wurden die Server upgedatet (KMS, Backupeinrichtung)
- Umstellung von Schulrechnern auf Windows 10, z.B. in der RS Haspe, der GS Hermann Löns, der GS Berchum und drei weiteren Schulen im Bildungsnetzwerk. In Berchum wurde zusätzlich ein NAS Systems als Server im Schülernetzwerk implementiert. Auch die Rechner in den Schulverwaltungen inkl. Sekretariate konnten migriert werden bzw. werden kurzfristig migriert.
- In der RS Halden erfolgte eine komplette Umstellung des Schülernetzes (Neuinstallationen Server und Clients – Windows 2016 R2 / Windows 10). Im Teilstandort Berchumer Str. der RS Halden wurde der Aufbau der Schulverwaltung und eines Computerraumes (Schülernetz) inkl. eines NAS-Systems als Server vorgenommen (Stand-alone-Betrieb im Bildungsnetzwerk). Aufgrund der Schließung dieses Standortes erfolgte ein halbes Jahr später der Abbau der kompletten Technik.
- Aufgrund von Bauarbeiten musste der Abbau der IT-Technik in den Computerräumen der Förderschule Bodelschwingh vorgenommen werden. Die Räume sind bis heute noch nicht wieder beziehbar. Ein Wiederaufbau erfolgt erst nach Abschluss der erforderlichen Baumaßnahmen.
- 2018 wurde an 49 Schulen Office 365 eingerichtet. Hierfür wurden 1.565 Accounts angelegt.
- Der Server für das Fernwartungstool „Fastviewer“ zur Fernwartung der Schulsekretariats-/Schulleitungsrechner wurde komplett aktualisiert. In diesem Zusammenhang wurden die Anmelde Richtlinien aktualisiert und erweitert.

e) LINUX-Server, Datenbanken, Datensicherung, Mail und Datensicherung

• **Datenbanken**

Im Bereich der ORACLE-Datenbanken wurde die Migration auf die Version 12cR1 abgeschlossen.

Die zentralen MSSQL-Produktionssysteme wurden auf die Version MSSQL 2016 migriert. Im Zuge dieser Maßnahme wurde auch der letzte physikalische MSSQL-Server durch virtuelle Maschinen ersetzt.

• **Mail**

Die Migration des Mailservers auf die Version Exchange 2016 wurde abgeschlossen. 2.500 Postfächer wurden auf den neuen Server verlagert.

• **LINUX**

15 physikalische Server wurden in das neue Rechenzentrum verlagert. Anschließend wurden drei physikalische Server aus Altersgründen gegen Neugeräte getauscht.

Einen wesentlichen Aufwand verursachten die mehrfachen flächendeckenden Updates gegen die Sicherheitslücken "Spectre" und "Meltdown".

Insbesondere, da die Updates immer sehr kurzfristig durchgeführt werden mussten.

- **Datensicherung**

Aus Sicherheitsgründen wurde die Sicherungssoftware "Dell EMC NetWorker" auf die Version 9.1.1.7 upgedatet. Dabei wurden zwei Server und ca. 100 Clients bearbeitet.

Zwei Server und vier Roboter wurden in das neue Rechenzentrum verlagert.

f) Windows-Server

- **Inbetriebnahme einer Disaster-Recovery-Lösung**

Das bisherige Datensicherungskonzept der Stadt Hagen sah ein einstufiges Backup der physikalischen und virtuellen Maschinen (VM) vor. Bei dieser Methode werden die Daten eines Servers mit Hilfe eines im Betriebssystem installierten Agenten an den Sicherungsserver übertragen und später auf Tapes ausgelagert. Eine solche konventionelle Datensicherung ist ein bewährtes System und ermöglicht eine Wiederherstellung der Daten über einen langen Zeitraum sowie eine kostengünstige und langfristige Auslagerung auf LTO-Bänder.

Eine Disaster-Recovery-Lösung (DR) für virtuelle Infrastrukturen unterscheidet sich grundlegend von einer konventionellen Datensicherung. Hierbei werden VMs agentenlos und unabhängig vom Betriebssystem auf einen dedizierten, festplattenbasierten Speicher übertragen. Vereinfacht ausgedrückt wird die VM mit all ihren Konfigurationen und Festplatten-Dateien an einen dritten Standort kopiert. Das Feature Instant-Recovery ermöglicht eine Inbetriebnahme der VM direkt aus dem Backup-System, wodurch der Server selbst nach einem Totalverlust binnen weniger Minuten wieder online ist. Der Wiederherstellungsprozess auf den ursprünglichen Speicherort erfolgt nachgelagert und wird im laufenden Betrieb durchgeführt. Mit Hilfe dieser DR-Lösung reduziert sich die Wiederherstellungszeit einer einzelnen VM drastisch, von mindestens einem Arbeitstag auf nur wenige Minuten. Über die Basisfunktion hinaus, bietet ein solches System weitere Features, die im Arbeitsalltag einen praktischen Nutzen finden. Die beschaffte Lösung ersetzt aber das bisherige Sicherungskonzept nicht, sondern ergänzt es für den Bereich der virtuellen Server.

Auch in Hinsicht auf die aktuell immer stärker werdende Bedrohungslage durch Viren, Trojaner und andere Schadsoftware, bietet eine DR-Lösung einen erheblichen Mehrwert. Im Falle eines erfolgreichen Angriffs kann die betroffene VM binnen weniger Minuten auf einen virenfreien Stand zurückgesetzt oder aber zu Analysezwecken in einer isolierten Umgebung bereitgestellt werden.

- **Erneuerung des Zentralspeichers (NetApp-Storage)**

Der HABIT betreibt seit 2009 ein NetApp Metro-Cluster, welches die Plattform für eine Vielzahl von Diensten bildet. Neben dem FibreChannel SAN (Storage-Area-Network) zur Bereitstellung von hochverfügbarem, zentralem Speicherplatz für die gesamte Virtualisierungsinfrastruktur dient das Storage-System als NAS (Network-Attached-Storage), über dessen Funktionen ein Großteil der städtischen Dateidienste (CIFS/NFS) und revisionssichere Archivspeicher (Snaplock) gehostet werden. Bis zur Erneuerung stellte das System den Speicherplatz für insg. 198 virtuelle Server und rund 24 TB Dateienspeicherplatz (Fileservices) bereit.

Die Anforderungen an das System sind rasant gewachsen. Von anfänglich ca. 30 - 40 virtuellen Maschinen (VMs), waren es im Jahr 2013 bereits 110 und Ende 2017 198 VMs. Der Virtualisierungsgrad der LAN-Server betrug 2009 zu Beginn des Projektes unter 10%, 2013 79% und aktuell über 97%. Auch im Bereich der Fileservices verzeichnen wir einen kontinuierlichen Anstieg der Nutzkapazität. Im Jahr 2011 betrug das Datenvolumen rund 4 TB, 2013 8 TB und Ende 2017 bereits 24 TB.

Das erste NetApp SAN wurde im Jahr 2009 im Zuge des Projektes „Server-Virtualisierung“ beschafft. 2013 wurde das System aufgrund auslaufender Supportverträge und gewachsener Anforderungen ausgetauscht. Wie jede Hardware unterliegt auch ein Storage-System einer bestimmten Nutzungsdauer. Der Supportvertrag für das aktuelle SAN lief am 31.10.2018 aus, sodass eine Ersatzbeschaffung erforderlich war. Unabhängig davon war eine Erweiterung der Kapazität und der Performance notwendig, um die Anforderungen der nächsten Jahre erfüllen zu können.

Die bisherigen Storage-Systeme (FAS3140 und FAS3250) verfügten über zwei Arten von Festplattentypen. Zum einen günstige SATA-HDDs für die Bereitstellung der Fileservices, zum anderen FC-/SAS-HDDs für die I/O-intensiven Anwendungen innerhalb der virtuellen Server. Im Bereich der hoch performanten Speicherbereiche haben sich mittlerweile SSD-Festplatten etabliert. Flashspeicher bietet im Vergleich zu drehenden Spindeln einen erheblichen Performance-Vorteil. Eine SATA-Festplatte erreicht ca. 75 -100 IOPS, eine SAS-Festplatte ca. 140 IOPS und eine SSD je nach Typ 100.000 – 500.000 IOPS.

Zwar ist der Preis pro GB bei SSDs aktuell noch höher als bei einer vergleichbaren SAS-HDD, um jedoch mit SAS-HDDs die notwendige Performance bereitstellen zu können, ist eine große Anzahl von Disks notwendig, wodurch sich der Aufpreis relativiert.

Zudem verzeichnen die Hersteller eine deutlich höhere Ausfallquote bei konventionellen HDDs, wodurch die Supportkosten gestiegen sind.

Das neue Storage-System wurde daher für den Bereich der File-Services mit SAS-HDDs und für die I/O-intensiven Anwendungen mit SSDs konfiguriert. Aus wirtschaftlicher Sicht ist dies zum aktuellen Zeitpunkt die beste Lösung, da ein All-Flash-System das vorhandene Budget deutlich übersteigen würde.

Bisherige Konfiguration:

2 x Storage Controller FAS3250
12 x SAS/SATA-Shelf DS4243 mit jeweils 24 SAS-Festplatten á 600GB

Neue Konfiguration:

2x Storage Controller FAS8200 (je zwei Nodes pro Seite)
4x SAS-Shelf DS224C mit je 24 x 1,8 TB 10K SAS-HDDs
4x SSD-Shelf DS2224C mit je 24 x 960 GB SSDs

Daraus ergibt sich eine Nettokapazität von 44 TB auf den SAS-HDDs (Fileservices) und 31 TB auf SSDs (VMs).

Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen die Zuverlässigkeit des NetApp-Systems, welches bisher ohne eine ungeplante Downtime im Dauereinsatz war. Aufgrund der hervorragenden Integration in die vorhandene Infrastruktur wollen wir auch zukünftig auf den Hersteller NetApp setzen. Insbesondere die WORM-Funktionalität (Snaplock) würde bei einem Systemwechsel einen großen Aufwand für die Verfahrensbetreuer verursachen und u. U. die Revisionssicherheit der Daten gefährden. Zudem arbeiten andere Storagehersteller oft mit dedizierten physikalischen Appliances zur Bereitstellung dieser Funktion, während NetApp das Feature in den Storagecontroller integriert hat.

• Umzug des Rechenzentrums

Zentrales Thema 2018 war der Umzug des Rechenzentrums. Für den Produktbereich Windows-Server bedeutete dies, den Umzug von nahezu 200 Servern, dem Storage Area Network sowie aller damit verbundenen Hardwarekomponenten durchzuführen. Die lange Planungsphase im Vorfeld erhielt im Mai 2018 mit der Festlegung des Umzugstermins durch den Verwaltungsvorstand eine verbindliche Zeitschiene. Ab diesem Zeitpunkt galt es umso mehr, die Projektplanung auf die durchzuführenden Gewerke (z. B. Demontage, Verpackung, Transport/Logistik, Einbau, Verkabelung, Inbetriebnahme) auszurichten, entsprechende Verträge abzuschließen und die notwendigen Tätigkeiten sowie den Personaleinsatz einschl. notwendiger Zertifizierungen zu konkretisieren. Auch konnte nun der Ab- und Einschaltplan koordiniert und finalisiert werden.

Die hervorragende Zusammenarbeit der Serveradministration mit und die Vorbereitung der Anschlüsse durch HABIT/20 ermöglichte eine störungsfreie Wiederinbetriebnahme der Hardware-Komponenten durch die Dienstleister.

Das Einschalten der unterschiedlichen Infrastruktur-Komponenten und Server, die Funktionsprüfungen und anschließenden Freigaben für die Verfahrenstests erfolgten mit einer beispielhaften Professionalität. Auch die koordinierte Informationsweitergabe und die Begleitung der Verfahrenstests durch den Servicebereich HABIT/22 führten zur schnellen Wiederherstellung des Produktivbetriebes der Verwaltung.

• Ausbau der Serverinfrastruktur im Bildungsnetzwerk

Der Ausbau des Bildungsnetzwerkes mit Schulservern wurde bedarfsgemäß weiter vorangetrieben und vier weitere Schulen integriert. Trotz einer hohen Standardisierung konnten dabei individuelle Bedürfnisse der Schulen berücksichtigt werden. Zusätzlich wurde auch begonnen die zentralen Management-Server abzulösen. Der Master DHCP-Server und der zentrale Management-Server von HABIT/22 sind bereits mit dem Betriebssystem Windows Server 2016 im Betrieb.

• Ablösung des zentralen Datenaustausch-Servers

Für den automatisierten Dateiaustausch mit diversen externen Partnern (Citeq, Theater/Eventim, Bundeszentralregister, WBH u.a.) wird ein Server in der DMZ betrieben, der durch seinen Standort und seine besondere Konfiguration eine hohe Sicherheit beim Austausch von Dateien gewährleisten soll. Aufgrund des Wartungsablaufes der Hardware wurde entschieden, diesen Server durch eine virtuelle Maschine zu ersetzen. Die Umstellungsarbeiten sollten dabei ohne Unterbrechung des laufenden Betriebs erfolgen und insbesondere auf Seiten der Kommunikationspartner keine Anpassungen erforderlich machen. Die Ablösung wurde im November 2017 begonnen und im ersten Quartal 2018 erfolgreich abgeschlossen.

Sichern der Windows-Server gegen Meltdown und Spectre

Zu Beginn des Jahres wurden von Forschern Schwachstellen in der Hardwarearchitektur von Prozessoren veröffentlicht. Angreifer können dadurch mit Schadcode Daten auslesen, die im Speicher verarbeitet werden. Die entsprechenden Angriffsszenarien sind unter den Begriffen Meltdown und Spectre mit unterschiedlichen Varianten bekannt geworden. Betriebssystemhersteller wie Microsoft haben Updates zur Verfügung gestellt, die das Risiko einer Ausnutzung der Lücken verringern. Neben diesen Updates sind zusätzlich Microcode- beziehungsweise BIOS/Firmware-Updates für die anfällige Hardware einzuspielen, soweit diese verfügbar sind. Darüber hinaus waren auch Anwendungssoftware und Treiber zu aktualisieren.

Sowohl im Bildungsnetzwerk als auch im Verwaltungsnetz war zu prüfen, inwieweit die vorhandenen Systeme Lücken gegen diese Angriffsoptionen aufwiesen. Bei den betroffenen Systemen wurden die Microcode- (BIOS) und Betriebssystem-Updates (inkl. RegKeys) zeitnah und unter Anwendung eines zusätzlichen Prüfwerkzeugs eingespielt.

Innerhalb der Virtualisierungs-Infrastruktur waren Systeme mehrfach zu aktualisieren, da Updates wiederholt durch die Hersteller erweitert wurden. Dies erforderte einen erheblichen Aufwand, da die Hostsysteme zunächst freigezogen werden mussten, um sie anschließend auch außerhalb der Dienstzeiten zu aktualisieren und neu zu starten.

Server mit der Betriebssystemversion „Windows Server 2012“, für das keine Updates durch den Hersteller zur Verfügung gestellt wurden, sind außer Betrieb genommen und durch neuere Systeme ersetzt worden.

3. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Ertragslage

Erträge

	2018		2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Umsatzerlöse</u>						
<u>Erlöse aus IT-Netz und Telekommunikation</u>						
IT-Netz	2.397,6	15,2	2.504,4	16,1	-106,8	-4,3
TK-Netz und Telekommunikation	1.235,5	7,8	1.150,2	7,4	85,3	7,4
<u>Erlöse aus der Bereitstellung von Endgeräten</u>						
Vermietung von Hardware und Software	1.233,2	7,8	1.509,8	9,7	-276,6	-18,3
Endgeräte bereitstellen	2.082,8	13,2	1.164,8	7,5	918,0	78,8
<u>Erlöse aus Anwendungen</u>						
Allgemeine Verwaltung	2.678,2	16,9	2.659,7	17,1	18,5	0,7
Finanzverwaltung	1.482,5	9,4	1.504,8	9,7	-22,3	-1,5
Recht, Ordnung, Sicherheit	1.000,7	6,4	1.156,3	7,4	-155,6	-13,5
Schulen und Kultur	724,4	4,6	582,1	3,7	142,3	24,4
Soziales und Gesundheit	287,5	1,8	315,8	2,0	-28,3	-9,0
Bauwesen	1.139,2	7,2	1.203,6	7,7	-64,4	-5,4
<u>Erlöse aus Arbeitsaufträgen</u>						
IT-Dienstleistungen und Projekte	272,8	1,7	614,4	3,9	-341,6	-55,6
Verkauf von Hard und Software	145,0	0,9	174,1	1,1	-29,1	-16,7
Weiterverrechnung von Dienstleistungen	493,0	3,1	420,6	2,7	72,4	17,2
sonstige Erlöse aus Aufträgen	96,2	0,6	61,4	0,4	34,8	56,7
<u>Sonstige Erträge</u>						
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3,9	0,0	3,9	0,0	0,0	
Periodenfremde Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Kompensationszahlungen	540,0	3,4	540,0	3,5	0,0	
Sonstiges	5,0	0,0	12,9	0,1	-7,9	-61,2
<u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>						
	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
	<u>15.817,5</u>	<u>100,0</u>	<u>15.578,8</u>	<u>100,0</u>	<u>238,7</u>	1,5

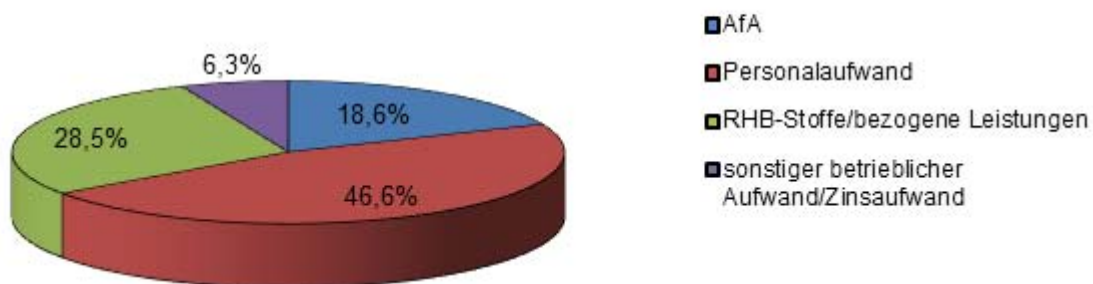
Der HABIT erbringt seine Leistungen gegenüber dem Ennepe-Ruhr-Kreis und seinen Gemeinden im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sowie im Rahmen der bestehenden Abnahmeverpflichtung für die Fachämter und sonstigen Einrichtungen der Stadt Hagen. Rund 96,6 % (Vorjahr: 96,4 %) der Erlöse resultieren aus Umsätzen zur Bereitstellung der IT-Infrastruktur und IT-Anwendungsverfahren sowie Einzelaufträgen und IT-Projektarbeiten.

Aufwendungen

	2018		2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Materialaufwand:</u>						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	166,2	1,1	191,8	1,3	-25,6	-13,3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
Wartung	2.182,7	14,0	1.973,9	13,1	208,8	10,6
Telefonie und Datenleitungen	701,7	4,5	657,0	4,4	44,7	6,8
Externe Betriebsleistungen	513,5	3,3	468,5	3,1	45,0	9,6
Beratungs-/Unterstützungsleistungen, Schulungen	440,5	2,8	420,8	2,8	19,7	4,7
Sonstige	441,7	2,8	167,4	1,1	274,3	163,9
<u>Personalaufwand:</u>	7.267,5	46,6	7.126,0	47,3	141,5	2,0
<u>Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen:</u>	2.906,3	18,6	3.199,3	21,2	-293,0	-9,2
<u>Sonstige betriebliche Aufwendungen:</u>						
Gebäudemieten und Energie	580,6	3,7	442,1	2,9	138,5	31,3
Sonstiges	383,1	2,5	391,5	2,6	-8,4	-2,1
<u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen:</u>	22,4	0,1	23,9	0,2	-1,5	-6,3
<u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie sonstige Steuern</u>	0,7	0,0	0,7	0,0	0,0	
	<u>15.606,9</u>	<u>100,0</u>	<u>15.062,9</u>	<u>100,0</u>	<u>544,0</u>	3,6

Das Wirtschaftsjahr 2018 schließt der HABIT mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 210,5 T€ ab. Das im Erfolgsplan 2018 prognostizierte ausgeglichene Ergebnis wurde somit übertroffen.

Mit einem Anteil von 18,6 % der Aufwendungen des Wirtschaftsjahres werden alle der Stadt Hagen langfristig dienenden IT-Wirtschaftsgüter finanziert. Insgesamt wurden hierfür ca. 2,9 Mio. € aufgewendet. Die Personalaufwendungen betragen 46,6 % des Gesamtaufwandes des HABIT. Ein Anteil von 28,5 % entfällt auf Aufwendungen für RHB-Stoffe und auf bezogene Leistungen für Wartungs-, Pflege- und Beratungs- und Unterstützungsleistungen.



b) Finanzlage

Die Entwicklung der Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	2018	2017	Ver- änderung
	T€	T€	T€
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.770,0	715,3	2.054,7
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-5.255,5	-3.126,9	-2.128,6
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	613,8	649,6	-35,8
Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.871,7	-1.762,0	-109,7
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	-4.168,4	-2.406,4	-1.762,0
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	-6.040,1	-4.168,4	-1.871,7

Der Betrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Zur Sicherung der Liquidität werden zeitnahe angemessene Abschlagszahlungen angefordert. Darüber hinaus ist der Betrieb in das Cash-Pooling der Stadt Hagen einbezogen. Das langfristig gebundene Anlagevermögen ist zum Bilanzstichtag zu 49,4 % (Vorjahr 63,5 %) mit lang- und mittelfristig zur Verfügung stehenden Eigen- und Fremdmitteln gedeckt. Die Deckungsverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

c) **Vermögenslage**

Das Vermögen des HABIT hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2018		31.12.2017		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>AKTIVA</u>						
<u>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</u>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	597,8	3,9	1.139,2	9,7	-541,4	-47,5
Sachanlagen	9.415,5	60,8	6.525,3	55,3	2.890,2	44,3
Finanzanlagen	3,1	0,0	3,1	0,0	0,0	
	<u>10.016,4</u>		<u>7.667,6</u>		<u>2.348,8</u>	30,6
	4	64,7	7.667,6	65,0	2.348,8	30,6
<u>Kurzfristig gebundenes Vermögen</u>						
Vorräte	3,8	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26,3	0,2	46,8	0,4	-20,5	-43,8
Forderungen gegen den Träger	4.250,3	27,5	3.348,8	28,4	901,5	26,9
Flüssige Mittel	8,5	0,1	8,8	0,1	-0,3	-3,4
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>1.165,5</u>	<u>7,5</u>	<u>717,3</u>	<u>6,1</u>	<u>448,2</u>	62,5
	<u>5.454,4</u>	<u>35,3</u>	<u>4.125,5</u>	<u>35,0</u>	<u>1.328,9</u>	32,2
	<u>15.470,8</u>	<u>100,0</u>	<u>11.793,1</u>	<u>100,0</u>	<u>3.677,7</u>	31,2
	8	0	11.793,1	100,0	3.677,7	31,2
<u>PASSIVA</u>						
<u>Wirtschaftliches Eigenkapital</u>	<u>4.280,6</u>	<u>27,7</u>	<u>4.237,8</u>	<u>35,9</u>	<u>42,8</u>	1,0
<u>Mittelfristiges Fremdkapital</u>						
Rückstellung (mittelfristig)	<u>129,7</u>	<u>0,8</u>	<u>200,9</u>	<u>1,7</u>	<u>-71,2</u>	-35,4
<u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>						
Sonderposten für Zuschüsse	0,0	0,0	3,9	0,0	-3,9	
Übrige sonstige Rückstellungen	1.125,5	7,3	1.072,0	9,1	53,5	5,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47,4	0,3	38,4	0,3	9,0	23,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.530,5	9,9	559,9	4,8	970,6	173,4
Verbindlichkeiten gegen den Träger	7.156,2	46,3	4.386,3	37,2	2.769,9	63,1
Sonstige Verbindlichkeiten	33,3	0,2	45,3	0,4	-12,0	-26,5
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>1.167,6</u>	<u>7,5</u>	<u>1.248,6</u>	<u>10,6</u>	<u>-81,0</u>	-6,5
	<u>11.060,5</u>		<u>7.354,4</u>		<u>3.706,1</u>	50,4
	<u>15.470,8</u>	<u>100,0</u>	<u>11.793,1</u>	<u>100,0</u>	<u>3.677,7</u>	31,2
	8	0	11.793,1	100,0	3.677,7	31,2

Die Investitionen in das Anlagevermögen betrafen im Wesentlichen Software (477,0 T€), PC, Monitore und Drucker (1.093,0 T€), Server (756,1 T€) und IT- und Telekommunikationsnetze (2.846,7 T€).

Das Eigenkapital steigt als Ergebnis aus reduziertem Jahresüberschuss (-305,3 T€) und Erhöhung der Rücklagen (348,1 T€) um 42,8 T€. Die Eigenkapitalquote sinkt von 35,9 % auf 27,7 %.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Der Betriebszweck des HABIT ist es, kostendeckend informationstechnologische Dienstleistungen für seine Kunden zu erbringen. Dementsprechend wird über die Berechnung der Kostenverrechnungssätze jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Anfallende Überschüsse werden zur Finanzierung von zukünftigen Investitionen in Rücklagen eingestellt oder an den Träger des HABIT, die Stadt Hagen, abgeführt.

Betriebliche Kennzahlen zur internen Unternehmenssteuerung werden regelmäßig ermittelt und dem Betriebs- und Zentralausschuss zur Kenntnis vorgelegt.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Das angestrebte ausgeglichene Ergebnis wurde übertroffen.

Das Finanzmanagement wird überwiegend im Rahmen des Cash-Pooling über den Träger Stadt Hagen abgewickelt. Der Forderungseingang ist regelmäßig erfolgt. Verbindlichkeiten wurden, soweit möglich, mit Skontoabzug fristgemäß beglichen.

III. Prognosebericht

Die Auflösung des Eigenbetriebes und - unter Verschmelzung mit Teilen des Fachbereiches 25 – eine Rückführung in die Verwaltung ist am 21.02.2019 im Rat der Stadt Hagen beschlossen worden. Im neuen Geschäftsjahr wird der Betrieb deshalb insbesondere auch mit finanzwirtschaftlichen, organisatorischen und sonstigen administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Rückführung beschäftigt sein.

Neben der Rückführung sind natürlich trotzdem die technischen Aufgabenstellungen zu erledigen. Die Schwerpunkte im kommenden Geschäftsjahr 2019 werden nachfolgend genannt:

- Programmanpassungen bzw. Updates diverser Fachverfahren z.B. in den Bereichen Einwohnerwesen und Fahrerlaubnisse
- Windows 10 Migration
- Ausbau des Bildungsnetzwerkes
- Weitere Arbeiten im SAP-Umfeld, insbesondere Einführung HANA
- Programm „Gute Schule 2020“, Breitbandanbindung der Schulen
- Weitere Optimierung der Netz- und Sicherheitstechnik
- Bau des Backup-Rechenzentrums
- Ausbau und Umsetzung der Vorgaben der Verwaltung zur eGovernment-Strategie
- Laufzeitverlängerung diverser Lizenzen und Supportleistungen im Bereich der Web-Security
- Vertragserneuerung (KDN-Rahmenvertrag) Virenschutz-Software
- Erneuerung diverser Hard- und Software z.B. im Bereich Datensicherung

Der Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2019 und die mittelfristige Erfolgsplanung sehen jeweils ausgeglichene Bilanzergebnisse vor.

IV. Risikobericht

Die Fortschreibung des Risikomanagements für das Wirtschaftsjahr 2018 zeigt keine gravierenden Auffälligkeiten.

Weiterhin ist kein Risiko als inakzeptabel ausgewiesen. Insgesamt war die Risikoentwicklung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr unauffällig. Die Information des Betriebsausschusses über die Fortschreibung des Risikomanagements wird im 2. Quartal 2019 erfolgen.

Grundsätzlich negativ entwickeln könnte sich jedoch das Risiko „Fachkräftemangel“. Es zeigt sich, dass es – auch für die anderen IT-Dienstleister im Zweckverband KDN – zunehmend schwieriger wird, zu den Konditionen des öffentlichen Dienstes geeignetes Fachpersonal für den IT-Bereich zu finden. Die Bewerberzahlen und Ergebnisse bei externen Ausschreibungen machen dies leider deutlich. Eine Handlungsalternative könnte eine Ausweitung der Ausbildung mit dem Angebot eines dualen Studiums sein.

Alle Einzelerkenntnisse und Kennzahlen sind der Fortschreibung und Dokumentation zum Risikomanagement für das Wirtschaftsjahr 2018 zu entnehmen.

Durch die Abnahmeverpflichtung aus der öffentlich rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Hagen ist die mittelfristige Finanzierung gesichert.

V. Chancenbericht

Der Eigenbetrieb HABIT wird zum 31.12.2019 aufgelöst und zum 01.01.2020 als „Fachbereich15 – Fachbereich für Informationstechnologie“ in die Verwaltung der Stadt Hagen überführt.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Betrieb nutzt keine Finanzinstrumente.

Hagen, den 25. März 2019

Die Betriebsleitung

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers über die Jahresabschlussprüfung

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der für die Überwachung Verantwortlichen für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt.

Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichend geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei ins-

besondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hagen, 6. Mai 2019

Dr. Reiner Deussen
Wirtschaftsprüfer

Fakultative Anlagen

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

1. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Organe des Eigenbetriebes sind der Rat der Stadt Hagen, der Betriebsausschuss und die Betriebsleitung.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Betriebsleitung sind in § 3 Abs. 3 bis 8 der Satzung (zuletzt geändert am 15. Dezember 2005) niedergelegt, die Zuständigkeiten von Betriebsausschuss und Rat der Stadt in § 5 bzw. § 6 der Satzung.

Die Zuständigkeitsverteilung zwischen den beiden Betriebsleitern ist in den "Regelungen über die Zuständigkeiten in der Betriebsleitung HABIT – Hagener Betrieb für Informationstechnologie -" vom 22. Dezember 2009 geregelt.

Auf Grundlage von § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung wurde vom Oberbürgermeister der Stadt Hagen am 4. April 2005 eine Dienstanweisung erlassen, die die Zusammenarbeit zwischen Eigenbetrieb und Verwaltung regelt. Darüber hinaus gilt die Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung für die Stadt Hagen vom 15. März 2011 auch für die Eigenbetriebe.

Im Rahmen unserer Prüfung gewannen wir den Eindruck, dass die Verteilung der Zuständigkeiten und die Einbindung des Betriebsausschusses, des Rates, des Oberbürgermeisters und der Kämmerei in die Entscheidungsprozesse des Betriebes sachgerecht ist und den Bedürfnissen des Betriebes entsprechen.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr haben fünf Sitzungen des Betriebsausschusses stattgefunden, über die entsprechende Protokolle vorlagen. Die Betriebsleitung kam im Berichtsjahr regelmäßig zu Sitzungen zusammen, die ebenfalls protokolliert wurden.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der 1. Betriebsleiter, Herr Christoph Gerbersmann, ist auskunftsgemäß in den folgenden Aufsichtsräten tätig:

- HEB GmbH/HUI GmbH, Hagen
- G.I.V. Gesellschaft für Immobilien und aktive Vermögensnutzung der Stadt Hagen mbH, Hagen
- GIS GmbH

In folgenden Gremien ist Herr Christoph Gerbersmann auch noch tätig:

- WBH, Hagen -Verwaltungsratsvorsitzender
- Stadthallenbetriebs GmbH, Hagen – Mitglied der Gesellschafterversammlung
- Eventpark Hagen GmbH, Hagen– Mitglied der Gesellschafterversammlung
- KDN Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister, Köln, Mitglied der Verbandsversammlung
- Ruhrverband - Verbandsrat
- Sparkassenverband Westfalen-Lippe – stellv. Mitglied der Verbandsversammlung
- Fachverband der Kämmerer – Vorsitzender
- Städtetag NRW – Mitglied Finanzausschuss

Der Betriebsleiter, Herr Gerhard Thurau, ist nach den uns erteilten Auskünften stellvertretendes Mitglied der Verbandsversammlung des KDN Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister, Köln.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Bezüge des 1. Betriebsleiters sowie die Sitzungsgelder an Betriebsausschussmitglieder werden unmittelbar durch die Stadt Hagen gezahlt. Eine Angabepflicht entfällt daher. Die dem Betriebsleiter gewährten Gesamtbezüge werden gemäß § 24 EigVO NRW in Verbindung mit § 285 Nr. 9 a HGB im Anhang individualisiert und komponentenbezogen angegeben.

2. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Arbeitsbereiche und der Organisationsaufbau des Betriebes ergeben sich aus einem bedarfsgerechten Organisationsplan (derzeitiger Stand: 01. Dezember 2017). Ergänzende Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse ergeben sich darüber hinaus aus verschiedenen Richtlinien und Dienstanweisungen, wie z. B. der Dienstanweisung für die Zusammenarbeit zwischen HABIT und der Stadt Hagen (Stand 4. April 2005), der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsanweisung der Stadt Hagen vom 15. März 2011. Wir verweisen auch auf die innerbetrieblichen Regelungen für Organisations- und Personalarbeit (Stand 1.2.2017). Die Unterschriftsbefugnisse wurden entsprechend der Dienstanweisung für den Fachbereich Finanzen und Controlling der Stadt Hagen Bereich Finanzbuchhaltung vom 3.9.2015, Punkt 2.4.geregelt.

Die getroffenen Regelungen werden bei Bedarf den geänderten Bedürfnissen angepasst.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplanverfahren wird?

Anhaltspunkte dafür, dass nicht nach dem Organisationsplanverfahren wird, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Der Betrieb hat durch verschiedene ablauforganisatorische Maßnahmen (Funktionstrennung, Sicherstellung des 4-Augen-Prinzips) Vorkehrungen zur Korruptionsprävention getroffen.

Ergänzend gelten die Dienstanweisung Korruptionsprävention der Stadt Hagen vom 22.5.2015 und die Sponsoring-Dienstanweisung der Stadt Hagen vom 7.10.2013.

Die Stadt Hagen hat im Amt 14 die Stelle eines Antikorruptionsbeauftragten, Herr Martin Schinner, besetzt.

Alle Beschäftigten des HABIT haben einmal jährlich auf elektronischem Wege die Kenntnisnahme der im Intranet hinterlegten Regelungen zu bestätigen. Zuletzt ist dies am 01. Februar 2019, vorher am 19. Januar 2018, erfolgt. Die Vollständigkeit der Rückmeldungen der Beschäftigten wird überwacht und ist für 2018 gegeben.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Der Betrieb verfügt über geeignete Richtlinien zu einzelnen wesentlichen Entscheidungsprozessen. Für den Betrieb im Besonderen und den gesamtstädtischen Bereich im Allgemeinen geltende Richtlinien sind für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Intranet des Betriebes zugänglich. Anhaltspunkte für eine Nichteinhaltung haben sich, soweit wir geprüft haben, nicht ergeben.

e) *Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?*

Die für den Betrieb wesentlichen Verträge mit Kunden, Lieferanten und Projektpartnern sind in elektronischer Form (ENAI0) archiviert und über das Intranet von den jeweiligen Sachbearbeitern unmittelbar einsehbar. Personalunterlagen werden bei der Stadt Hagen geführt. Zusätzlich steht auf Basis der Software "Matrix 42" ein zentrales elektronisches Vertragsmanagement (Contract Management) zur Verfügung.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) *Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?*

Der Betrieb hat gemäß §§ 14 ff. EigVO NRW und §§ 15 f. Betriebssatzung jährlich vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan für das Folgejahr aufzustellen, der vom Rat der Stadt zu genehmigen ist. Er hat aus einem Erfolgs- und Vermögensplan sowie aus einer Stellenübersicht zu bestehen. Zusätzlich ist gemäß § 18 EigVO NRW eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zu erstellen. Die Planungen sind durch Erläuterungen zu ergänzen.

Das Planungswesen entspricht - im Hinblick auf den Planungshorizont und der Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - grundsätzlich den Bedürfnissen des Betriebes.

Bei der Wirtschaftsplanung ab 2015 ist berücksichtigt worden, dass für durchzuführende Maßnahmen zweckgebundene Rücklagen bestehen. Den durch Umsetzung der Maßnahmen geplanten Jahresfehlbeträgen stehen geplante Entnahmen aus den Rücklagen gegenüber. Insofern umfasst die Erfolgsplanung nicht mehr nur Aufwendungen und Erträge.

Der Wirtschaftsplan 2018 wurde innerhalb der vorgesehenen Fristen aufgestellt.

Der Betriebsausschuss hat auf Grundlage einer Empfehlung des Beteiligungs-Controllings dem Rat der Stadt Hagen am 15. November 2017 empfohlen, den Wirtschaftsplan 2018 festzustellen. Dies erfolgte mit Ratsbeschluss vom 14. Dezember 2017.

b) *Werden Planabweichungen systematisch untersucht?*

Die Einhaltung des Wirtschaftsplans wird durch den Servicebereich Rechnungswesen/ Kostenmanagement (HABIT/30) überwacht.

Quartalsberichte über die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge (allerdings ohne Abwicklung des Vermögensplans) werden als Zwischenberichte, entsprechend § 20 der EigVO NRW, mit einer Stellungnahme des Beteiligungscontrollings versehen, dem Betriebsausschuss und der Verwaltungsführung zur Kenntnis gebracht. Bei der Berichterstattung wird auch auf die Rücklagenveränderung eingegangen.

c) *Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?*

Rechnungswesen und Kostenrechnung entsprechen der Größe und den besonderen Anforderungen des Betriebes. Der Betrieb verfügt neben der Kostenartenrechnung der Finanzbuchhaltung über eine SAP-geführte Kostenrechnung.

Die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung dienen u. a. als Grundlage für die Kalkulation der Kostenverrechnungssätze des Folgejahres, die Erstellung des Wirtschaftsplans und die Nachkalkulationen zu Beginn des Folgejahres.

Der § 6 des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) findet beim HABIT keine Anwendung, da keine Benutzungsgebühren berechnet werden.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Der Betrieb deckt seinen Finanzbedarf im Rahmen der gegenseitigen Bestandsverstärkung mit der Stadt Hagen (Cash-Pooling) ab. Die Zinsen für Inanspruchnahmen entsprechen dem 3-Monats-Euribor zzgl. 0,3% (abzgl. 0,5 % soweit HABIT = Gläubiger). Die Zinsabrechnung wird einmal jährlich durchgeführt. In diesem Zusammenhang erfolgt auch die Gesamtabstimmung der Verrechnungskonten bei der Stadt Hagen und HABIT. Im Berichtszeitraum wurden für Kreditinanspruchnahmen durch den HABIT 21.223,56 € an die Stadt Hagen gezahlt. Guthabenzinsen wurden in 2018 keine vereinnahmt, da der 3-Monats-Euribor geringer als 0,5 % war.

Da der Betrieb abgesehen von kurzfristigen Liquiditätskrediten im Rahmen des Cash-Poolings keine Kreditaufnahmen tätigt, ist eine Kreditüberwachung nicht erforderlich.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Die Aufgaben des Cash-Managements werden für den Betrieb durch die Kämmerei der Stadt Hagen wahrgenommen (vgl. vorherige Frage).

Anhaltspunkte dafür, dass diese Regelungen nicht eingehalten worden sind, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Für Daueraufträge werden grundsätzlich zu Beginn eines jeden Jahres auf Basis der aus den Plandaten resultierenden Kostenverrechnungssätze und der geplanten Mengengerüste Abschlagszahlungen festgelegt. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Abnahmemengen und der durch eine Nachkalkulation angepassten Kostenverrechnungssätze sowie der geleisteten Abschlagszahlungen erfolgt zum Jahresende eine Endabrechnung.

Arbeits- und Einzelaufträge sowie Projekte werden quartalsweise bzw. nach Beendigung der Leistungserbringung in Rechnung gestellt. Für jahresübergreifende Projekte werden zum Bilanzstichtag Zwischenrechnungen erstellt.

Der Betrieb erbringt seine Leistungen überwiegend gegenüber der Stadt Hagen bzw. anderen öffentlich-rechtlichen Trägern. Auf Grund dieser Kundenstruktur und der Abrechnungspraxis besteht für den HABIT ein geringes Bonitäts- und Zahlungsausfallrisiko, so dass von regelmäßigen Mahnungen abgesehen wird. Die Verrechnungskonten mit der Stadt Hagen werden vielmehr mehrmals im Jahr abgestimmt, um auftretende Buchungsdifferenzen übereinstimmend zu klären.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Der Betrieb verfügt über ein hausinternes SAP-gestütztes kaufmännisches Controlling (Modul CO) zur Überwachung der Einhaltung der Ansätze des Wirtschaftsplanes.

Das von der Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) wahrgenommene externe städtische Beteiligungscontrolling umfasst Analysen und Stellungnahmen zum Jahresabschluss, der Wirtschaftsplanung, der Zwischenberichterstattung und einzelnen Beschlussgegenständen (z. B. Vergaben) des Betriebsausschusses. Die Stellungnahmen des Beteiligungscontrollings liegen dem Betriebsausschuss vor seiner Beratung/Beschlussfassung vor.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Der Betrieb verfügt über keine Tochterunternehmen bzw. wesentlichen Beteiligungen. Die im Jahresabschluss ausgewiesene Beteiligung am Zweckverband KDN (KöR) wurde durch Mitgliedschaft von Vertretern des Betriebes bzw. der Stadt in den Gremien des KDN bzw. Kenntnisnahme des geprüften Jahresabschlusses überwacht.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Der Betrieb hat auf Grundlage einer Risikoinventur die für ihn wesentlichen Risiken strukturiert und nach Risikobereichen, Risikogruppen und Risikokategorien gegliedert in einer über das Intranet abrufbaren Datenbank dokumentiert. Es werden derzeit fünf Risikokategorien unterschieden, und zwar:

- Allgemeiner Betrieb,
- Anwendungen,
- Infrastruktur,
- Projektrisiken,
- Strategische Risiken.

Einzelnen Risiken sind Risikoverantwortliche zugeordnet, die für die Aktualisierung der Risiken zuständig sind. Die einzelnen Risiken wurden in einer Risikomatrix nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen bewertet. Darüber hinaus werden ergangene und denkbare Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Abwälzung der Risiken beschrieben. In Bezug auf einzelne Risiken sind in einer Datenbank Kennzahlen als Frühwarnindikatoren hinterlegt. Die Risiken sind mit einem Gültigkeitsdatum versehen, nach dessen Ablauf eine Neubewertung des Risikos vorgenommen werden soll.

Zuständig für das Risikomanagement des Betriebes ist ein Risikomanager (Herr Stefan Prinz), der unmittelbar dem Leiter des Geschäftsbereichs Rechnungswesen und Service untersteht.

*b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen?
Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?*

Insgesamt stehen aktuell 102 Risiken unter Beobachtung, von denen 77 als mittleres Risiko und 21 als akzeptables Risiko klassifiziert sind. 4 Risiken sind ohne Bewertung.

Als nicht rechtsfähiges Sondervermögen einer nicht insolvenzfähigen öffentlich rechtlichen Gebietskörperschaft sind, wie die Betriebsleitung auch im Risikobericht zum Lagebericht ausführt, unmittelbar bestandsgefährdende Risiken derzeit nicht erkennbar. In der Risikoberichterstattung des Jahres 2018 vom 26. April 2019 weist der Betrieb darauf hin, dass die Risikoentwicklung nicht auffällig ist.

Die getroffenen Maßnahmen reichen nach unserer Einschätzung bei kontinuierlicher Anwendung grundsätzlich aus und sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen.

Eine grundlegende Überarbeitung der Risikostruktur einschließlich einer Anpassung an geänderte Gegebenheiten ist in Vorbereitung. Weiterer Optimierungsbedarf ergibt sich dabei auch hinsichtlich der Benennung der Risikoverantwortlichen und der Kommunikation der Risikoverantwortlichen mit dem Risikomanager.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Dokumentation der getroffenen Maßnahmen erfolgt durch eine Datenbank.

Jährlich erfolgt eine Fortschreibung und Dokumentation in Form eines Risikoberichtes, die den Mitgliedern des Betriebsausschusses in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wird.

Ergänzend wird seit 2015 (erstmalig für das Jahr 2014) ein "Management Summary" des Risikoberichtes erstellt und den Ausschussmitgliedern (zuletzt am 28. März 2018) zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch des Ausschusses wird bei normaler Risikoentwicklung eine Vorlage nicht mehr jährlich erstellt, sondern nur noch zu Beginn einer Legislaturperiode. In der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses HABIT im Mai 2019 wird der Betriebsleiter Herr Thureau deshalb unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen erläutern, dass der Risikobericht 2018 elektronisch zur Verfügung gestellt werden kann, es jedoch keine negative Risikoentwicklung gibt.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die Risikobewertungen sind mit einem Gültigkeitsdatum und Neubewertungsintervallen versehen mit dem Ziel, eine regelmäßige Neubewertung der Risiken zu erreichen (vgl. ergänzende Hinweise unter Frage 4 b).

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Antwort zu Fragenkreis 5: Dieser Fragenkreis ist nicht einschlägig, da entsprechende Geschäfte nicht getätigt wurden.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle, oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Der Betrieb verfügt über keine eigene interne Revision.

Gemäß den Regelungen in § 103 Abs. 1 der GO NW und nach § 9 der Satzung ist das Rechnungsprüfungs-

amt der Stadt Hagen (RPA) grundsätzlich berechtigt, prozessbegleitende interne Prüfungen in Form von Sonderprüfungen und Prüfungen der Kassen- und Wirtschaftsführung durchzuführen.

Darüber hinaus unterliegt der Betrieb/die Kommune der Prüfungshoheit durch die Gemeindeprüfungsanstalt GPA/NRW.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Der Betrieb ist gegenüber externen Prüfungsinstanzen (z. B. GPA, RPA) nicht weisungsgebunden. In personeller Hinsicht bestehen keine Überschneidungen. Die Gefahr von Interessenkonflikten ist gering.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Im Berichtszeitraum wurden vom Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Hagen keine Prüfungen beim HABIT durchgeführt.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Eine Abstimmung erfolgt nicht.

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Siehe Antwort unter c).

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Siehe Antwort unter c).

3. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Die zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen sind in § 5 der Betriebssatzung im Einzelnen geregelt.

Anhaltspunkte dafür, dass die vorherige Zustimmung des Betriebsausschusses zu zustimmungspflichtigen Einzelmaßnahmen bzw. -geschäften nicht eingeholt worden ist, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

In Bezug auf die über den KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister bezogenen laufenden Ersatzbeschaffungen entspricht es seit Jahren geübter Betriebspraxis, dass auch bei Überschreitung der Wertgrenze laut Betriebssatzung keine gesonderte Beschlussfassung der Gremien erfolgt.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Kredite an Mitglieder der Betriebsleitung, des Betriebsausschusses bzw. Rates der Stadt Hagen wurden nicht gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber

nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Anhaltspunkte dafür, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Anhaltspunkte dafür, dass Geschäfte und Maßnahmen, die nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen der Überwachungsorgane in Übereinstimmung stehen, abgeschlossen wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Die Investitionsplanung erfolgt im Rahmen der Aufstellung des jährlichen Wirtschaftsplans bzw. der mittelfristigen Finanzplanung, die durch den Betriebsausschuss und den Rat der Stadt genehmigt wurden. Die Finanzplanung berücksichtigt auch die Finanzierung der geplanten Investitionen.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Investitionen nicht angemessen geplant und vor Realisierung auf Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die unterjährige Überwachung der Durchführung der Investitionen erfolgt durch die jeweiligen Projektverantwortlichen.

Im Übrigen erfolgt die interne Überwachung der Investitionen auskunftsgemäß im Rahmen der Überwachung des Wirtschaftsplans, wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass in der Zwischenberichterstattung an den Betriebsausschuss und die Verwaltung nicht gesondert auf die Abwicklung des Vermögensplans eingegangen wird.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Das laut Vermögensplan genehmigte Gesamtbudget für das Jahr 2018 sah Gesamtinvestitionen von 4.533 T€ vor. Die Gesamtinvestitionen des Wirtschaftsjahres 2018 belaufen sich tatsächlich auf rd. 5.255 T€. Die Planüberschreitung von rd. 722 T€ ist auskunftsgemäß auf verspätet umgesetzte Projekte (Hauptrechenzentrum HRZ und Back-Up-Rechenzentrum BRZ) aus vorausgegangenen Wirtschaftsplänen zurückzuführen.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Leasing- oder vergleichbare Verträge wurden nicht abgeschlossen.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z. B. VOB, VOL, VgV, EU-Regelungen) ergeben?

Der HABIT ist zuständig für IT-Beschaffungen (Soft- und Hardware) im Gesamtbereich der Stadt Hagen. In soweit werden eigenständige Vergaben durchgeführt. Ein Teil der IT-Beschaffungen durch den HABIT erfolgen über den Zweckverband KDN, der auf Verbandsebene eigenständige Vergaben durchgeführt.

Sonstige den HABIT betreffende Beschaffungen (z. B. Büromaterial, Gebäude) werden über andere Beschaffungsstellen der Stadt Hagen (z. B. zentraler Fachbereich 25, Fachbereich 65) abgewickelt.

Als Vergabeverfahren werden grundsätzlich Öffentliche Ausschreibungen, Beschränkte Ausschreibung und Freihändige Vergaben, jeweils mit und ohne Teilnahmewettbewerb, durchgeführt.

Vom HABIT unmittelbar (d. h. außerhalb des KDN) wurden in seinem Zuständigkeitsbereich in 2018 überwiegend Freihändige Vergaben durchgeführt. Es wurden in 2018 keine Beschränkte und eine Öffentliche Ausschreibung durchgeführt. In 2018 waren zwei EU-Vergabeverfahren (offenes Verfahren) notwendig.

Am 14.12.2018 ist die neue Dienstanweisung des HABIT für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen in Kraft getreten. Sie ersetzt die bis dahin geltende Geschäftsordnung des HABIT für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen vom 1. August 2014.

Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen die Vergaberegulungen im Verantwortungsbereich des HABIT haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Alle Geschäfte unterliegen der neuen Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen des HABIT vom 14.12.2018.

Aufnahmen und Anlagen am Kapitalmarkt erfolgten im Berichtszeitraum nicht.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Berichterstattung an den Betriebsausschuss erfolgte ausweislich uns vorliegender Protokolle während der turnusmäßigen Sitzungen durch schriftliche und mündliche Erläuterungen der Betriebsleitung.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Nach den uns vorliegenden Protokollen vermittelten die Berichte zum Zeitpunkt der Berichterstattung einen sachgerechten Einblick in die wirtschaftliche Lage des Betriebes. Die Berichterstattung über die Abwicklung des Wirtschaftsplans beschränkte sich auf die Entwicklung des Erfolgsplans. Eine Berichterstattung über die Abwicklung des Vermögensplans erfolgte nicht.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Der Betriebsausschuss wurde ausweislich der uns vorliegenden Protokolle bzw. des Lageberichtes der Betriebsleitung über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet.

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Eine Berichterstattung auf besonderen Wunsch des Betriebsausschusses war den Protokollen nicht zu entnehmen.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Anhaltspunkte dafür, dass die Berichterstattung nicht in allen Fällen ausreichend war, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Für den HABIT besteht eine Directors & Officers Versicherung ohne Selbstbehalt mit einem Sublimit von 1,75 Mio. €. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf Geschäftsführer, Aufsichts- und Beiräte, leitende Angestellte und Personen, die faktisch eine Organfunktion wahrnehmen. Im Berichtszeitraum erfolgte ausweislich der Niederschriften keine Erörterung zu diesem Thema im Betriebsausschuss.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Zu meldende Interessenskonflikte sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

4. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Wesentliches offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt. Zur Erläuterung der Vermögenslage vgl. JA-Bericht 2018.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Auffallend hohe oder niedrige Bestände sind im Jahresabschluss 2018 nicht festzustellen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Bei unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände (stille Reserven) wesentlich beeinflusst wird.

Auf Grund der in Ausübung eines Passivierungswahlrechts nicht bilanzierten Rückstellungen für die mögliche Unterdeckung aus der Zusatzversorgung des Personals wird die Vermögenslage positiv beeinflusst.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Zum 31. Dezember 2018 finanzierte sich der HABIT zu 27,7 % (Vorjahr 35,9 %) aus Eigenmitteln im bilanziellen Sinn, zu 72,3 % (Vorjahr 64,1 %) aus Fremdmitteln (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver RAP).

Die Kapitalflussrechnung (Punkt 4.3.2.) des JA-Berichts 2018 zeigt, dass der Mittelbedarf für die Investitionstätigkeit (5.255 T€) nur teilweise aus dem laufenden Cashflow und der Finanzierungstätigkeit (insgesamt 3.384 T€) gedeckt werden konnte.

Die geplanten Investitionen sollen überwiegend aus Mittelzuflüssen aus dem laufenden Cashflow und der Finanzierungstätigkeit finanziert werden, zum Teil aber auch über den Cash-Pool.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Der HABIT erstellt selbst keinen Konzernabschluss. Hierzu wird auf den NKF-Gesamtabschluss der Stadt Hagen verwiesen, in den der HABIT als Sondervermögen einzubeziehen ist.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Berichtszeitraum hat der Betrieb auskunftsgemäß keine Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Finanzierungsprobleme auf Grund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht. Der Betrieb verfügt über eine Eigenkapitalquote von 27,7 % (Vorjahr 35,9 %). Über die Kostenverrechnung bzw. Nachkalkulation am Jahresende werden jeweils entsprechend der Planung bilanziell ausgeglichene Ergebnisse angestrebt. Kurzfristige Zwischenfinanzierungen von nicht geplanten Geschäftsvorfällen erfolgen über den Cash-Pool mit der Stadt Hagen.

Die geplanten Jahresfehlbeträge werden unter sonst gleichen Bedingungen zu einem Rückgang des Eigenkapitals in den Folgejahren führen.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Ergebnisverwendungsvorschlag der Betriebsleitung sieht für 2018 vor, einen Teil des Bilanzgewinns in die zweckgebundene Rücklage für den Standortwechsel einzustellen (450.638,28€) und den Rest in eine neue Rücklage für das Vorprojekt S/4 HANA (60.000,00 €) einzustellen. Unter Berücksichtigung der im Wirtschaftsplan 2019 geplanten Investitionen in das Back-Up-RZ erscheint uns dies sachgerecht. Die Aufwandschätzung für das Vorprojekt S/4 HANA erfolgte erst nach Abschluss der Wirtschaftsplanung-2019. Daher erscheint auch hier die Finanzierung aus der Rücklage sinnvoll.

5. Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Eine Aufgliederung des Betriebsergebnisses nach Segmenten wird vom Betrieb nicht erstellt.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Einmalige Vorgänge von entscheidender Bedeutung konnten nicht festgestellt werden. Auf die Kompensationszahlungen des WBH an den HABIT von jährlich TEUR 540 in 2014 - letztmalig in 2018 - wird weiter hingewiesen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Der HABIT ist ein Selbstversorgungsbetrieb, der seine Leistungen nahezu ausschließlich im Innenverhältnis gegenüber den Trägerkommunen erbringt und nicht als gewerbliches Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht am allgemeinen Markt operiert.

Die zugrunde gelegten Verrechnungssätze für die erbrachten Leistungen des HABIT werden grundsätzlich nach Ablauf eines Wirtschaftsjahres auf Grundlage einer Nachkalkulation so justiert, dass entsprechend der Planung ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt wird. Dies setzt jedoch voraus, dass im Zeitpunkt der Nachkalkulation sämtliche Kosten bekannt sind, da sich sonst unangemessene Kostenverrechnungssätze ergeben können.

Gemessen an dem Betriebszweck eines Selbstversorgungsbetriebes ist die beschriebene Form der interkommunalen Leistungsverrechnung grundsätzlich nicht zu beanstanden.

In der Planung ab 2015 bezieht sich das ausgeglichene Ergebnis auf die Bilanz. Zweckgebundene Rücklagen gleichen dabei die Fehlbeträge aus, die durch geplante Maßnahmen entstehen, für die die Rücklagen gebildet wurden. Dabei konnten geplante Maßnahmen nicht immer zeitgerecht durchgeführt werden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Diese Fragestellung ist für einen IT-Dienstleister wie den HABIT nicht einschlägig.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nach unseren Erkenntnissen ergaben sich in 2018 keine wesentlichen verlustbringenden Einzelgeschäfte.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

vgl. vorherige Frage.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Im Jahr 2018 wurde ein Jahresüberschuss erzielt.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Der HABIT verfolgt als Selbstversorgungsbetrieb primär keine Gewinnerzielungsabsicht.

Das Ziel besteht vielmehr darin, Kosteneinsparungen unter dem Gebot eines möglichst ausgeglichenen Ergebnisses an die Trägerkommune in Form moderater Verrechnungspreise weiterzugeben. Ab 2015 bezieht sich der angestrebte Ausgleich wie beschrieben auf das Bilanzergebnis.

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

- Bezeichnung:** HABIT Hagener Betrieb für Informationstechnologie – Systemhaus für Hagen und Ennepe-Ruhr – eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Hagen
- Sitz:** Hagen
- Rechtsform:** Der Rat der Stadt Hagen fasste am 10.6.1999 den Grundlagenbeschluss, die Datenverarbeitungszentrale der Stadt Hagen ab dem 1.7.1999 wie einen Eigenbetrieb gemäß § 107 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit den Vorschriften der EigVO NRW zu führen.
- Betriebssatzung:** Die vom Rat der Stadt Hagen am 10.6.1999 beschlossene Betriebssatzung wurde mit Ratsbeschluss vom 15.12.2005 geändert und an die durch das Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) grundlegend geänderte Eigenbetriebsverordnung angepasst. Zudem erfolgte eine Änderung des § 14 der Satzung aufgrund der in 2005 beschlossenen Kapitalerhöhung. Die Satzung ist am 1.1.2006 in Kraft getreten.
- Anschrift:** Eilper Str. 132 - 136, Trakt A, 58091 Hagen.
- Gegenstand des Eigenbetriebs:** Der Betriebszweck des HABIT ist es, informationstechnologische Dienstleistungen zu erbringen. Im Rahmen dessen erbringt der HABIT folgende Dienstleistungen:
- die Planung, die Beschaffung und den Betrieb der Informationstechnologie,
 - die Rechenzentrumsleistungen,
 - Consulting und Einführung von IT-Systemen und die damit zusammenhängende Organisationsberatung in Bezug auf Geschäftsprozesse,
 - die Bereitstellung von Anwendungssoftware,
 - den IT-Benutzerservice,
 - IT-Schulungen
 - sowie die mit diesen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Tätigkeiten.
- Der Oberbürgermeister regelt die Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Verwaltung, den städt. Eigenbetrieben und dem HABIT durch eine Rahmenvereinbarung vom 23.4.1999 mit Wirkung ab 1.7.1999.
- Geschäftsjahr:** 1. Januar bis 31. Dezember
- Gezeichnetes Kapital:** EUR 193.987,10; durch Ratsbeschluss vom 15.12.2005 wurde das bisherige Stammkapital von EUR 51.129,19 (DM 100.000,00) durch Umwandlung von Rücklagen auf jetzt EUR 193.987,10 erhöht. Diese Erhöhung gilt ebenfalls ab 1.1.2006.

- Betriebsleitung:** Die Betriebsleitung besteht aus zwei Betriebsleitern, die durch den Rat der Stadt Hagen bestellt werden. Der Betrieb wird durch die Betriebsleitung selbständig geführt, soweit nicht durch gesetzliche Vorschriften oder Satzung etwas anderes bestimmt ist.
- Betriebsleiter im Geschäftsjahr 2018 waren:
Herr Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann (1. Betriebsleiter) und
Herr Leitender Städtischer Direktor Gerhard Thurau (Betriebsleiter).
Die Betriebsleiter sind gemäß Betriebssatzung von den Beschränkungen des §181 BGB befreit.
- Betriebsausschuss:** Es wird ein Betriebsausschuss gebildet, bestehend aus zum 31.12.2018 18 Mitgliedern. Er berät die Beschlüsse des Rates der Stadt Hagen vor und entscheidet in den Angelegenheiten, die nicht zu den Zuständigkeiten des Rates oder der laufenden Betriebsführung gehören. Zur Zusammensetzung des Betriebsausschusses siehe Anhang (Anlage 3/13) zu diesem Bericht.
- Rat der Stadt Hagen:** Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:
- die Bestellung der Betriebsleitung und deren Stellvertretung,
 - die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans,
 - die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresgewinns oder die Deckung eines Verlustes,
 - die Ausstattung des Betriebs mit Eigenkapital sowie über die Rückzahlung von Eigenkapital an die Stadt Hagen.
- Außerdem bildet er den Betriebsausschuss.
- Oberbürgermeister:** Der Oberbürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Dienstkräfte des HABIT.
- Wichtige Verträge:** Mit Datum vom 23.4.1999 wurde zwischen den nachfolgend aufgeführten Gebietskörperschaften eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen des HABIT geschlossen:
- Stadt Hagen,
 - Ennepe-Ruhr-Kreis,
 - Stadt Breckerfeld,
 - Stadt Ennepetal,
 - Stadt Gevelsberg,
 - Stadt Hattingen,
 - Stadt Herdecke,
 - Stadt Schwelm,
 - Stadt Sprockhövel,
 - Stadt Wetter (Ruhr),
 - Stadt Witten.
- Die Laufzeit dieser Vereinbarung ist unbestimmt und mit einer Kündigungsfrist von 18 Monaten jeweils zum Ende des Jahres kündbar.

Feststellung Vorjahresabschluss

Der Rat der Stadt Hagen hat in der Sitzung vom 5. Juli 2018 den von uns geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 2. Mai 2018 versehenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 zusammen mit dem Lagebericht festgestellt.

Steuerliche Verhältnisse

Der Betrieb wird unter der Steuer-Nr. 321/5803/0881 beim Finanzamt Hagen geführt.

Gemäß § 2 Abs. 3 UStG in Verbindung mit Abschnitt 2.11 Abs. 3 UStAE sowie aufgrund in Vorjahren eingeholter verbindlicher Auskünfte des Finanzamts Hagen vom 15. September 1998 und 20. März 2000 sind die aufgrund der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erbrachten Leistungen des Eigenbetriebs nicht umsatzsteuerbar, da diese der Erfüllung von Hoheitsaufgaben dienen.

Aufgrund der Neufassung des § 2 Abs. 3 UStG hat die Stadt Hagen mit Schreiben vom 16.11.2016 an das Finanzamt Hagen i.V.m. § 27 Abs. 22 UStG verbindlich erklärt, dass Sie bis zum 31.12.2020 zur Anwendung des alten § 2 Abs. 3 UStG optiert.

Dienstleistungen, die gegenüber privatrechtlich organisierten Unternehmen oder anderen Gebietskörperschaften erbracht werden, unterliegen der Umsatz- und Ertragsbesteuerung, da insoweit ein Betrieb gewerblicher Art im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 6 bzw. § 4 KStG vorliegt.

Steuerliche Außenprüfungen fanden auskunftsgemäß im Berichtsjahr nicht statt.

22. Theater Hagen gGmbH

22.1. Allgemeine Daten

Elberfelder Str. 65
58095 Hagen
Tel.: 02331/207-3210

Internet: www.theaterhagen.de
E-Mail: theater@stadt-hagen.de

22.2. Unternehmensgegenstand

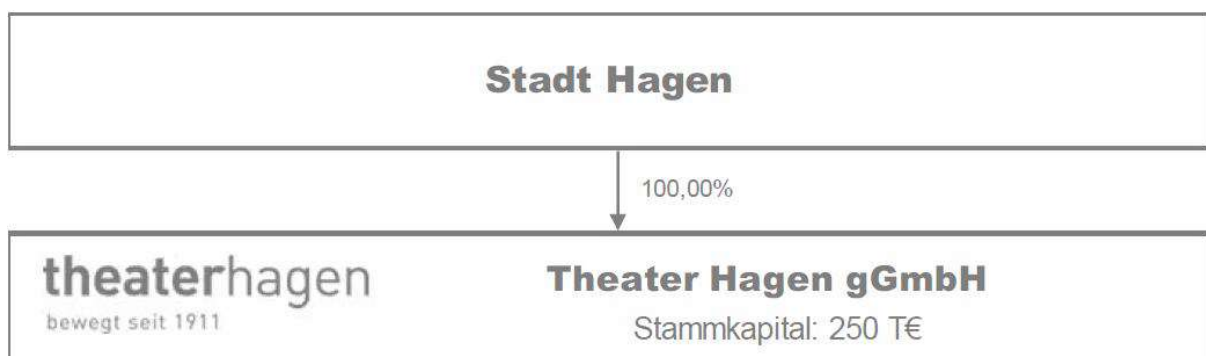
Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters und Philharmonischen Orchesters. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- Die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater,
- theaterpädagogische Angebote und
- Darbietung von musikalischen Veranstaltungen.

22.3. Erfüllung eines öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung, nämlich die Kulturförderung.

22.4. Beteiligungsverhältnis



22.5. Verbundene Unternehmen und Beteiligungen der Gesellschaft

Liegen nicht vor.

**THEATER HAGEN GEMEINNÜTZIGE GMBH,
HAGEN**

**Bericht
über die
Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Juli 2018
und des Lageberichts**

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

Das Theater unterhält folgende steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe für den Zeitraum 1. August 2017 bis 31. Juli 2018:

Nicht Dawl Leistungen	Erträge €	Aufwendungen €	Ergebnis €
Vermietung Parkplätze und Theaterräumlichkeiten	51.954,11	48.044,34	3.909,77
Sponsoring	23.109,24	27.086,20	- 3.976,96
Sonstige steuerpflichtige Verkäufe	3.199,16	0,00	3.199,16
Werbung	16.642,29	6.004,79	10.637,50
Märchen-CD	2.920,00	6.800,53	- 3.880,53
Theater-Taxi	6.734,29	16.109,27	- 9.374,98
	104.559,09	104.045,13	513,96

Gemäß § 3 des Betrauungsakts sind die Aufwendungen und Erlöse der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe in der Buchführung der Theater Hagen gGmbH getrennt zu erfassen. Die rechnungsmäßige Trennung hat die Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG zu erfüllen. Danach sind getrennte Konten zu führen und objektiv gerechtfertigte sowie eindeutige Kostenrechnungsgrundsätze zu bestimmen. Im Beschlussvorschlag des Ratsbeschlusses vom 15. Mai 2014 wird unter Punkt 3 gefordert, dass das System des Theaterbetriebs durch eine Unterscheidung zwischen Dawl und Nicht-Dawl ergänzt werden muss.

Die Höhe der Ausgleichszahlung ist in § 4 der Betrauung geregelt. Danach ist ggf. ein kalkulatorischer Gewinnzuschlag von max. 4 % zu berücksichtigen. Der kalkulatorische Gewinnzuschlag in Höhe des Jahresergebnisses beträgt im Berichtsjahr 2,62 %.

Die gewährte Ausgleichsleistung der Stadt Hagen überschreitet im Berichtsjahr nicht die nach § 4 Abs. 2 der Betrauung berechneten Nettokosten (vgl. Anlage III) (Unterkompensation: € 513,96).

Die Berücksichtigung von Unterkompensation in den Folgejahren hat nach § 5 der Betrauung zu erfolgen. Nach § 5 Abs. 1 ist eine Überkompensation auszugleichen. Ist nach § 5 Abs. 2 der Betrag der Überkompensation nicht größer als 10 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgleichsleistungen in drei aufeinander folgenden Wirtschaftsjahren, kann das Theater alternativ die Überkompensation im nächsten erreichbaren Wirtschaftsplan bei der Berechnung der Ausgleichsleistung mindernd berücksichtigen. Nach § 5 der Betrauung hat das Theater die Überkompensation aus dem Geschäftsjahr 2016/2017 von € 6.925,78 im nächstmöglichen Wirtschaftsplan, frühestens im Wirtschaftsplan 2019/2020 oder mit dem Zuschuss der Stadt für das Kalenderjahr 2020 mindernd zu verrechnen.

Die Ermittlung der Trennungsrechnung ist aufbautechnisch nicht zu beanstanden und ist rechnerisch richtig. Die in der Trennungsrechnung zu Grunde gelegten Einnahmen der Nicht-Dawl-Leistungen können anhand der Fibu-Konten nachgehalten werden. Die Ausgaben der Nicht-Dawl-Leistungen werden hingegen nicht – wie in § 3 der Betrauung gefordert – gesondert erfasst. Die Anforderungen konnten zum Bilanzstichtag im Bereich der Aufwendungen EDV-technisch noch nicht durch die Einrichtung getrennter Konten umgesetzt werden. Die Ermittlung der Gemeinkosten erfolgte mittels des Tabellenkalkulationsprogramms Microsoft-Excel.

Abweichungen der Gemeinkostenermittlung von den Vorgaben des Betrauungsakts und von den Anforderungen gemäß § 3 TranspRLG haben keine Auswirkung auf unser Prüfungsurteil.

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer auftragsgemäßen Prüfung haben wir den Jahresabschluss zum 31. Juli 2018 nebst Anhang und den Lagebericht der Theater Hagen gGmbH, Hagen, mit dem folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Theater Hagen gGmbH, Hagen, für das Geschäftsjahr vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung des gesetzlichen Vertreters der Theater Hagen gGmbH. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des gesetzlichen Vertreters der Gesellschaft sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Schlussbemerkung

Den vorstehenden Prüfungsbericht einschließlich des im Prüfungsbericht wiedergegebenen Bestätigungsvermerks erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Prüfungsstandard zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450). Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung.

Münster, am 20. Dezember 2018

Concunia GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Chelliah
Wirtschaftsprüfer

Struckmeier
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Kopie zur Beratung in den zuständigen Gremien

THEATER HAGEN GGMBH, HAGEN
BILANZ ZUM 31. JULI 2018

AKTIVA

	31.7.2018 €	31.7.2017 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene EDV-Software	0,00	3.924,86
II. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	150.894,57	147.642,79
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>334.316,09</u>	<u>291.839,23</u>
	485.210,66	439.482,02
	485.210,66	443.406,88
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.626,51	9.626,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.114.263,01	275.551,48
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	661.593,44	727.071,17
- davon mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr: € 404.280,73 (Vorjahr: € 524.280,73)		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>12.993,16</u>	<u>14.188,32</u>
	1.788.849,61	1.016.810,97
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>2.779.117,86</u>	<u>3.274.987,53</u>
	4.577.593,98	4.301.425,01
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>212.432,27</u>	<u>205.852,74</u>
	<u>5.275.236,91</u>	<u>4.950.684,63</u>

PASSIVA

	31.7.2018 €	31.7.2017 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00
II. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	951.218,72	700.965,25
III. Jahresüberschuss	<u>472.523,71</u>	<u>250.253,47</u>
	1.673.742,43	1.201.218,72
B. SONDERPOSTEN PASSIVA		
Sonderposten für Zuwendungen	164.573,42	117.249,26
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	1.774.332,02	2.001.001,79
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	343.909,21	355.325,02
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	246.594,68	225.390,31
- davon mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr: € 246.594,68 (Vorjahr: € 225.390,31)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	158.240,99	204.164,60
- davon mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr: € 158.240,99 (Vorjahr: € 204.164,60)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	508.410,01	432.551,62
- davon mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr: € 508.410,01 (Vorjahr: € 432.551,62)		
	1.257.154,89	1.217.431,55
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>405.434,15</u>	<u>413.783,31</u>
	<u>5.275.236,91</u>	<u>4.950.684,63</u>

THEATER HAGEN GGMBH, HAGEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017/18

	2017/18	2016/17
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) aus Theaterbetrieb	2.627.108,74	2.825.481,06
b) Betriebskostenzuschüsse	14.681.518,68	15.029.597,89
c) Sonstige Zuschüsse	<u>1.111.786,44</u>	<u>1.075.549,94</u>
	18.420.413,86	18.930.628,89
2. Sonstige betriebliche Erträge	186.742,98	130.554,58
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	294.846,57	296.730,06
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>700.242,88</u>	<u>674.575,20</u>
	995.089,45	971.305,26
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	11.333.101,34	12.017.637,58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.611.694,15	2.702.927,98
- davon für Altersversorgung: € 540.692,33 (Vorjahr: € 551.019,53)		
	<u>13.944.795,49</u>	<u>14.720.565,56</u>
5. Abreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	98.736,25	89.351,54
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.096.133,44	3.029.763,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	165,01	76,39
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>43,51</u>	<u>20,15</u>
9. Ergebnis nach Steuern/ Jahresüberschuss	<u><u>472.523,71</u></u>	<u><u>250.253,47</u></u>

Theater Hagen gGmbH, Elberfelderstr. 65, 58095 Hagen

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1.8.2017 bis zum 31.7.2018

1. Allgemeine Angaben zur Bilanzierung

- 1.1. Die Theater Hagen gemeinnützige GmbH hat ihren Sitz in Hagen und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Hagen, Reg. Nr. 9873.
- 1.2. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für mittelgroße Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB) sowie des GmbHG aufgestellt.
- 1.3. Die Gesellschaft hat gemäß Satzung ihren Jahresabschluss wie eine große Kapitalgesellschaft aufzustellen.
- 1.4. Die Gesellschaft ist als gemeinnützigen Zwecken dienend vom Finanzamt Hagen anerkannt (§§ 51 ff. AO). Die Ausschüttung etwa erzielter Gewinne ist unzulässig; diese müssen vielmehr satzungsgemäß verwendet werden.
- 1.5. Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 275 Abs. 2 HGB in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren. Die Betriebskostenzuschüsse der Stadt Hagen sind unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.
- 1.6. Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung des § 42 Abs. 3 GmbHG aufgestellt.

2. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- 2.1. Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Die geringwertigen Anlagegüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.
- 2.2. Die im Geschäftsjahr neu angeschafften abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen € 150,00 und € 1.000,00 (netto) wurden gemäß § 6 Abs. 2a EStG als Sammelposten dargestellt und innerhalb von fünf Jahren abgeschrieben.
- 2.3. Für die Fundi (Kostüme, Möbel, Bühnenbilder) und die Vorräte wurde der Festwert aus dem letzten Geschäftsjahr übernommen.
- 2.4. Die Wertansätze der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der Forderungen gegen die Stadt und der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgten unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken.
- 2.5. Die Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Überstunden für den künstlerischen Bereich (NV-Bühne, TVK) werden zum Teil durch die Einbuchung einer Forderung an die

Stadt Hagen in Höhe von € 524.280,73 gedeckt. Für die Sicherungsbeziehung zwischen der Rückstellung und den Forderungen gegen die Stadt wird eine Bewertungseinheit i. S. d. § 254 HGB gebildet, wodurch der Einzelbewertungsgrundsatz sowie das Realisations- und Imparitätsprinzip i. S. d. § 255 Abs. 1 Nr. 3 und 4 HGB außer Kraft gesetzt werden.

- 2.6. Die sonstigen Rückstellungen wurden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet.
- 2.7. Sämtliche Verbindlichkeiten der Gesellschaft sind mit ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.
- 2.8. Der Kauf eines LKW wurde durch Spenden finanziert. Hierfür wurde ein Sonderposten in Höhe von € 57.596 gebildet.

3. Erläuterung zur Bilanz

- 3.1. Zur Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens wird auf den separat dargestellten Anlagenspiegel verwiesen (vgl. Anlage zum Anhang). Im Anlagenspiegel sind, ausgehend von den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie den kumulierten Vorjahresabschreibungen, die Zugänge, Abgänge und Abschreibungen des Geschäftsjahres gesondert aufgeführt.
- 3.2. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten € 524.280,73 (- € 70.000,00 im Vergleich zum Vorjahr). Die Forderung wird im Rahmen eines Konsolidierungsprogramms bis zum 31.12.2022 sukzessive aufgelöst. Somit hat ein Anteil der Forderung in Höhe von € 120.000,00 eine Restlaufzeit von unter einem Jahr, die übrigen € 404.280,73 besitzen eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.
- 3.3. Das gezeichnete Kapital beträgt € 250.000,00. Es ist als Sacheinlage voll eingezahlt. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Hagen.
- 3.4. Der Jahresüberschuss soll mit einem Anteil von € 246.059,87 die Gewinnrücklage erhöhen. Die verbleibenden € 226.463,84 sollen dem Gewinnvortrag zugeführt werden.

	€
Gewinnrücklage Stand 31.07.2018	951.218,72
Gewinnrücklage Stand 31.07.2019	1.197.278,59
Gewinnvortrag Stand 31.07.2019	226.463,84

- 3.5. Der Kauf eines LKW wurde durch Spenden finanziert. Hierfür wurde ein Sonderposten in Höhe von € 57.596 gebildet.

3.6. Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Personalmrückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden	1.342.860,80
Rückstellungen für tarifliches Weihnachtsgeld	305.000,00
Rückstellungen für zu leistende Abfindungen	41.406,59
Übrige Rückstellungen	85.064,63
	1.774.332,02

3.7. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

3.8. Verbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag Stand 31.7.2018 €	Laufzeit bis zu einem Jahr €	Laufzeit von mehr als einem bis zu fünf Jahren €	Laufzeit von mehr als fünf Jahren €
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	343.909,21	343.909,21	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	246.594,68	246.594,68	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	158.240,99	158.240,99	0,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	508.410,01	508.410,01	0,00	0,00
Gesamt	1.257.154,89	1.257.154,89	0,00	0,00

3.9. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen gegenüber der Stadt Hagen jährliche Mietverpflichtungen einschließlich Nebenkosten für das Theatergebäude (€ 510.570,96), und das Verwaltungsgebäude (€ 45.130,20). Darüber hinaus bestehen jährliche Mietverpflichtungen für das Lager (€ 2.343,61) und die Stadthalle einschließlich Proberaum (€ 123.785,62). Weitere wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB sowie Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1. <u>Aufgliederung der Umsatzerlöse:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
Einnahmen aus Vorstellungen	2.220.984,81	2.279.480,90	2.213.920,00
Auswärtige Gastspiele u. Gastkonzerte	123.692,30	241.477,27	236.135,49
Nebeneinnahmen aus Vorstellungen	165.777,49	172.666,91	170.589,91
Vermietung und Verpachtung	51.954,11	78.170,53	96.913,42
Werbedrucke, Inserate	16.642,29	14.989,51	7.485,51
Erlöse Theatertaxi (neues Konto)	6.734,29	6.612,63	0,00
Sponsoring	23.109,24	30.672,27	37.794,12
Periodenfremde Erträge	18.214,21	1.411,04	62.248,91
Zuweisung Stadt Hagen	14.681.518,68	15.029.597,89	14.941.689,68
Land NRW	968.000,00	960.916,48	951.000,21
Sonstige Zuschüsse	143.786,44	114.633,46	128.787,00
	18.420.413,86	18.930.628,89	18.846.564,25
4.2. <u>Sonstige betriebliche Erträge:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
Erträge aus Spenden	136.411,49	126.118,12	184.058,06
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	10.271,84	4.436,46	0,00
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	40.059,65	0,00	7.630,00
	186.742,98	130.554,58	191.688,06
4.3. <u>Materialaufwand:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
Ausstattung	294.846,57	296.730,06	239.009,01
Mieten	510.340,19	523.697,90	525.318,04
Bewirtungskosten	12.796,24	19.565,95	28.310,03
Bezogene Leistungen	160.997,18	114.668,08	140.184,90
Theatertaxi (neues Konto)	16.109,27	16.643,27	0,00
	995.089,45	971.305,26	932.821,98
4.4. <u>Personalaufwand:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
Löhne und Gehälter	11.333.101,34	12.017.637,58	12.068.695,78
<i>Davon Rückstellungen</i>	<i>(+) 206.000,22</i>	<i>263.435,92</i>	<i>598.919,42</i>
Soziale Abgaben und Aufwendungen	2.611.694,15	2.702.927,98	2.560.286,08
	13.944.795,49	14.720.565,56	14.628.981,86
4.5. <u>Abschreibungen:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
	98.736,25	89.351,54	68.235,80

4.6. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
Reise- und Übernachtungskosten	27.219,83	40.251,46	35.379,14
Gas, Strom, Wasser	261.182,21	259.690,68	259.266,13
Reinigung (ext. DL)	185.446,76	186.946,68	166.251,11
Einlasskontrolle und Garderobendienst (ext. DL)	217.177,46	226.991,82	199.030,18
Wach-/Pfortendienst (ext. DL)	117.470,99	122.616,20	111.955,63
Orchesterwarte (ext. DL)	35.148,74	14.225,60	45.538,53
Grundstücksaufwendungen	399.877,33	350.300,78	346.831,00
Versicherungen	72.281,77	76.520,00	78.052,97
Beiträge	42.354,82	50.333,93	29.048,42
Inanspruchnahme Rechte, Gema, Tantiemen	240.255,27	223.176,76	318.416,67
Porto und Fernspreckgebühren	20.701,83	21.107,56	18.226,41
Rechts- und Beratungsgebühren	20.063,77	19.251,72	6.827,86
Abschluss- und Prüfungskosten	17.551,02	21.020,47	17.850,00
Personalgestellung Stadt	127.224,71	117.184,14	43.428,59
Leistungsabnahmen städt. Betriebe	134.095,82	126.743,13	206.735,10
Brandwachen	130.011,00	122.557,00	113.908,00
EDV-Kosten	351.329,89	331.079,02	363.275,35
Werbung	309.153,37	292.440,06	293.946,46
Repräsentationskosten	2.157,00	2.735,79	2.436,00
Reparaturkosten für Ausstattung Technik	16.878,38	31.763,51	5.559,75
Reparaturkosten der Instrumente	62.211,03	81.804,76	90.068,76
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	0,00	16.245,97
Gagen für Gastspiele	197.309,64	187.565,94	121.425,84
Kraftfahrzeugkosten	11.691,98	29.093,98	24.585,04
Bürobedarf	6.210,64	10.191,62	12.098,76
Fachzeitschriften, Bücher	3.120,64	3.513,33	3.974,46
Fortbildungskosten	19.143,09	11.813,25	11.353,75
Abfallbeseitigung	6.481,55	6.423,90	5.006,00
Bankgebühren	12.278,81	13.351,46	12.192,49
Betriebsbedarf	6.782,37	18.806,75	24.117,32
Sonstiger Verwaltungsaufwand	11.531,06	7.775,75	2.903,22
Werkzeuge und Kleingeräte	0,00	0,00	1.092,90
Dienst- und Schutzkleidung	9.734,74	8.537,29	10.112,49
Periodenfremder Aufwand*	21.916,65	12.151,96	0,00
Einzelwertberichtigungen	139,11	1.791,35	1.567,40
	3.096.133,28	3.029.757,65	2.998.707,70

*Periodenfremde Aufwendungen fielen in der Spielzeit 2017/2018 für eine Umsatzsteuernachzahlung und anteilige Rückzahlungen von Landesförderungen diverser Projekte (Tschick/Geschichten aus dem Wiener Wald) an.

4.7. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
	165,01	76,39	0,00
4.8. <u>Steuern und Einkommen vom Ertrag:</u>	2017/2018	2016/2017	2015/2016
	€	€	€
Kapitalertragsteuer	43,51	20,15	0,00

5. Sonstige Pflichtangaben

- 5.1. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr 2017/2018 254 Personen für die festangestellten Mitarbeiter, entsprechend 237,41 Vollzeitkräfte. Hierunter befanden sich sieben Mitarbeiter in Elternzeit. Zusätzlich wurden insgesamt während des Geschäftsjahres Aushilfen und kurzfristig beschäftigte Gäste eingesetzt.

88 Mitarbeiter waren dem TVöD (darunter 4 Auszubildende), 89 dem NV Bühne und 72 dem TV-K Tarifvertrag zugeordnet. Ein Mitarbeiter verfügte über einen Beamtenstatus. Zusätzlich wurden drei Jugendliche im Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) beschäftigt.

- 5.2. Die Geschäftsführung wurde von Herrn Michael Fuchs wahrgenommen. Zu Prokuristen waren Francis Hüsters (Intendant) und Joseph Trafton (Generalmusikdirektor) bestellt.

Die Gesamtbezüge des Geschäftsführers betragen im Geschäftsjahr 2017/2018 € 88.806.

- 5.3. Dem Aufsichtsrat gehörten als stimmberechtigte Mitglieder an:

<u>Name</u>	<u>Beruf</u>
Herr Andelija	Diplom-Kaufmann
Herr Dr. Enders	Fachanwalt Steuerrecht
Herr Dr. Geiersbach	Pensionär
Frau Leue	Requisiteurin
Frau Kaufmann	Beigeordnete für Kultur, Verwaltungsvorstand
Herr Klippert	Unternehmensberater
Herr Neuhaus	Opernchorsänger
Frau Nigbur Martini	Geschäftsführung Ratsfraktion
Herr Röspel	Rentner, stellvertr. Vorsitzender Aufsichtsrat
Herr Schäfers	Orchestermusiker, stellvertr. Betriebsratsvorsitzender
Herr Schwalb	Orchestermusiker, Betriebsratsvorsitzender
Herr Söhnchen	Gesetzlicher Betreuer, Vorsitzender Aufsichtsrat
Herr Sondermeyer	Fraktionsmitarbeiter
Herr Walter	Gymnasiallehrer
Herr Woelk	Tontechniker

Weiterhin gehört folgendes Mitglied mit beratender Stimme dem Aufsichtsrat an:

Herr Dr. Born

Eine Aufsichtsratsvergütung wurde nicht gezahlt.

- 5.4. Den Geschäftsführern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden weder Vorschüsse und Kredite gewährt noch sind zu ihrem Gunsten Haftungsverhältnisse eingegangen worden.
- 5.5. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses wurde mit dem Gesellschafterbeschluss vom 12.10.2018 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Concunia GmbH, Münster, beauftragt. Im Geschäftsjahr 2017/2018 sind Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses 2016/2017 in Höhe von € 16.978,00 und Steuerberatungsleistungen in Höhe von € 573,00 erfasst. Für die Prüfungs- und Beratungskosten der Jahresabschlussprüfung 2017/2018 wurde eine Rückstellung in Höhe von € 20.000,00 gebildet.

Die Geschäftsleitung schlägt dem Aufsichtsrat vor, vom Jahresüberschuss in Höhe von € 472.523,71 einen Betrag von € 246.059,87 in die Gewinnrücklage einzustellen und einen Betrag von € 226.463,84 auf neue Rechnung vorzutragen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag


- 6.1. Nach dem Prüfungszeitraum wurde der Rücktritt der Geschäftsführung zum 15.01.2019 angekündigt.

Durch eine Fördervereinbarung werden die jährlichen Zuschüsse des Landes von derzeit T€ 951 sukzessive auf T€ 1.687 bis zum Jahr 2022 erhöht. Die Mitteilung für das Kalenderjahr 2018 erfolgte im Dezember 2018. Die Anteilige Berücksichtigung für das Geschäftsjahr 2017/2018 würde den bestehenden Jahresüberschuss um € 42.540,00 erhöhen.

Es ergaben sich nach dem Prüfungszeitraum bis zur Erstellung des Berichtes keine neuen Sachverhalte.

Hagen, den 17. Dezember 2018

Theater Hagen gGmbH


Michael Fuchs
(Geschäftsführer)

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2017/18

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE	
	1. Aug. 2017 €	Zugänge €	Abgänge €	31. Jul. 2018 €	1. Aug. 2017 €	Zugänge €	Abgänge €	31. Jul. 2018 €	31. Jul. 2018 €	31. Jul. 2017 €
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE										
Entgeltlich erworbene EDV-Software	28.259,00	0,00	0,00	28.259,00	24.334,14	3.924,86	0,00	28.259,00	0,00	3.924,86
	<u>28.259,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>28.259,00</u>	<u>24.334,14</u>	<u>3.924,86</u>	<u>0,00</u>	<u>28.259,00</u>	<u>0,00</u>	<u>3.924,86</u>
SACHANLAGEN										
Technische Anlagen und Maschinen	168.078,62	19.796,39	0,00	187.875,01	20.435,83	16.544,61	0,00	36.980,44	150.894,57	147.642,79
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	438.084,87	120.743,64	0,00	558.828,51	146.245,64	78.266,78	0,00	224.512,42	334.316,09	291.839,23
	<u>606.163,49</u>	<u>140.540,03</u>	<u>0,00</u>	<u>746.703,52</u>	<u>166.681,47</u>	<u>94.811,39</u>	<u>0,00</u>	<u>261.492,86</u>	<u>485.210,66</u>	<u>439.482,02</u>
	<u>634.422,49</u>	<u>140.540,03</u>	<u>0,00</u>	<u>774.962,52</u>	<u>191.015,61</u>	<u>98.736,25</u>	<u>0,00</u>	<u>289.751,86</u>	<u>485.210,66</u>	<u>443.406,88</u>

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

a. Künstlerische Entwicklung

Die Spielzeit 2017/2018 war eine besondere Spielzeit für das Theater Hagen, da sie erstmals unter der neuen Intendanz von Francis Hüser durchgeführt wurde. Die Planung dieser Spielzeit musste ohne einen verantwortlichen Intendanten erstellt werden, da dieser erst Ende Mai 2017 vom Rat der Stadt Hagen bestellt werden konnte. Wenn auch das Programm zu diesem Zeitpunkt bereits feststand, konnte die neue künstlerische Leitung, Intendant Francis Hüser und Generalmusikdirektor Joseph Trafton, der Spielzeit in weiten Teilen dennoch ihren Stempel aufdrücken. Gleiches gilt für die zur Spielzeit 2017/2018 neuen Spartenverantwortlichen, die Leiterin des Kinder- und Jugendtheaters, Frau Anja Schöne, und den Ballettdirektor, Herrn Alfonso Palencia.

Der personelle Umbruch in den künstlerischen Leitungsfunktionen war trotz aller inhaltlichen und zeitlichen Schwierigkeiten rechtzeitig vollzogen worden. Mit der Besetzung aller vakanten Positionen konnte die Spielzeit begonnen und im Verlauf erfolgreich beendet werden.

Im Musiktheater wurden neben den Wiederaufnahmen von Wagners „Der Fliegende Holländer“, Puccinis „Tosca“ sowie einer konzertanten Produktion von Verdis „Aida“ auch eine zeitgenössische Oper, „Everest“ von Joby Talbot, als Europäische Erstaufführung erfolgreich aufgeführt. Die Produktionen „Ritter Roland“, einer klassischen Oper von Joseph Haydn sowie die Oper „Das schlaue Fuchslein“ von Leos Janacek, beide in durchaus interessanten Produktionen angeboten, wurden weniger stark vom Publikum nachgefragt – vermutlich aufgrund ihrer relativ großen Unbekanntheit beim Stammpublikum.

In der Sparte Musical wurden den Zuschauern sowohl aktuelle wie Stücke aus dem klassischen Repertoire geboten. Als Nachfolger des überaus erfolgreichen Musicals „Avenue Q“ aus der letzten Saison wurde als Hagener Erstaufführung der Broadway Erfolg „In den Heights von New York“ in einer eigenen Produktion realisiert, während „Kiss me Kate“ von Cole Porter als Titel aus dem Musical-Repertoire in einer ebenfalls sehr gelungenen Neuinszenierung keine Wünsche offen ließ. Der Erfolg beider Produktionen zeigt, dass das Theater Hagen mit seiner Bandbreite sehr wohl Moderne mit Tradition zu verbinden weiß. Die Produktionen „In den Heights von New York“ und „Kiss me Kate“ erreichten über 10.000 Besucher.

Übertroffen wurde dieses Ergebnis noch von den Schauspielen mit Musik, der Wiederaufnahme der legendären „Blues Brothers“ und der Bühnenfassung des erfolgreichen Filmes „Wie im Himmel“, die insgesamt über 16.500 Zuschauer begeisterten und eine Auslastung von über 80 % erreichten.

Das Kinder- und Jugendtheater stand im Zeichen des Neuanfangs mit verschiedenen Produktionen für alle Altersgruppen. Zwar stellten die Wiederaufnahmen von „Hallo Nazi“, „Der Messias“ und „Hey Boss“ noch eine Brücke zur letzten Spielzeit dar, jedoch begeisterten die Neuproduktionen von „Die Kuh Rosmarie“, „Der Junge mit dem Koffer“ und „Faust“ schnell neues und altes Publikum für einen neuen Ansatz im Kinder- und Jugendtheater. Ergänzt wurde das Programm im Lutz vom Senioretheater des Theaters Hagen mit einem Besuch im „Salon Erika“. Die Kinderoper „Johanna“ schlug nicht nur für die jüngeren Zuschauer die Brücke zum Musiktheater im Großen Haus.

Im Ballett präsentierte sich mit „Dancing Souls“ als erste Produktion in der Verantwortung von Alfonso Palencia die neu zusammengestellte Compagnie mit großer tänzerischer Leistung und Vielfalt. Hochkarätige Gastchoreographen und die erste Choreographie des neuen Ballettdirektors wiesen den Weg in die Zukunft des Balletts am Theater Hagen. Eher klassisch präsentierte sich die Compagnie mit ihrer zweiten Produktion, dem Handlungsballett „Cinderella“. Mit viel Witz kreierte Alfonso Palencia mit seiner Choreographie einen traumhaften Abend, bei dem der bekannte Märchenstoff auf die Musik von Prokofiev seinen idealen Ausdruck im Tanz fand.

Die Konzertreihen des Philharmonischen Orchesters Hagen unter der Leitung von Generalmusikdirektor Joe Trafton präsentierten mit zehn Sinfoniekonzerten, dem traditionellen Neujahrskonzert und den Kammerkonzerten Musik aller Epochen und Stile begeisternden Interpretationen. Mit der Verpflichtung von Juri Tetzlaff als Moderator der nun vier (statt vorher drei) Familienkonzerte konnten neue Besucher für ein erweitertes Stammpublikum erobert werden. Weitere Neuerungen brachte die Reihe Philharmonic Brunch, die neue Begegnungen mit Themen rund um die Musik initiierte sowie die Krabbelkonzerte.

Die enorme Bandbreite des Philharmonischen Orchesters Hagen wurde erneut bei dem Crossover-Projekt mit der Hagener Band „Green“ und dem Konzertereignis „Symphonic Floyd“ unter Beweis gestellt, das wiederum zahlreiche neue Zuschauer in das Theater Hagen lockte.

b. Besucherentwicklung

Insgesamt konnten im Bereich Oper/Operette die Besucherzahlen des Vorjahres nicht erreicht werden. Die Auslastung insgesamt sank unter 55 %. Entscheidend hierfür war die schlechte Publikumsresonanz auf die Produktionen „Das schlaue Fuchslein“ und „Ritter Roland“. Dafür konnten die Besucherzahlen beim Musical gegenüber dem Vorjahr um über 6.300 Besucher gesteigert und eine Auslastung von ca. 80% erreicht werden.

Die Kabarettreihe zeigte sich erneut als sehr stabile Sparte im Gesamtangebot des Theaters Hagen. Bei den fünf angebotenen Vorstellungen der Abonnementreihe ergab sich eine leichte Steigerung bei der Auslastung und den Einnahmen.

Als Märchen zur Weihnachtszeit begeisterte „König Drosselbart“ in 38 Vorstellungen trotz eines leichten Rückganges wieder über 27.000 große und kleine Zuschauer.

Bei den Sinfoniekonzerten musste zwar ein leichter Besucher- und Erlösrückgang hingenommen werden, jedoch blieb die Gesamtsituation insgesamt stabil. Dagegen konnte bei den Familienkonzerten nicht nur die Anzahl der Konzerte auf vier gesteigert, sondern auch die Zuschauerzahl pro Konzert verdoppelt werden. Ergänzt wurde das Konzertangebot durch die neuen Krabbelkonzerte, ein Format für die Kleinsten, das von Beginn an sehr positiv aufgenommen wurde.

Ein weiteres neues Format wurde dem Publikum mit der Veranstaltung „Alles ChanSong“ im Lutz angeboten. Beide Vorstellungen waren ausverkauft. Eine Fortsetzung ist geplant.

Überaus erfolgreiche Sonderveranstaltungen waren die vier Fortsetzungen von „Symphonic Floyd“, eine Produktion der Band Green mit dem Philharmonischen Orchester sowie die zwei „Weihnachtsshow“ von Guildo Horn und den Orthopädischen Strümpfen, zu denen jeweils über 800 Zuschauer den Weg ins Theater Hagen fanden.

Im Kinder- und Jugendtheater ging die Besucherzahl um ca. 2.780 Zuschauer zurück. Grund war im Wesentlichen der Fortfall der von Werner Hahn geschriebenen und inszenierten Produktionen wie der Lucy-Themen, Superzahn und Hey Boss. Dagegen konnten die Besucherzahlen bei den übrigen Neuinszenierungen stabil gehalten und teilweise sogar ausgebaut werden, sodass erfreulicherweise festgestellt werden kann, dass der personelle Wechsel in der Leitung und die neue künstlerische Ausrichtung insgesamt gut angenommen wurden. Der Gesamtumsatz ging daher nur leicht um ca. 8.000 € zurück.

Das Ballett musste in der Spielzeit 2017/2018 einen Besucherrückgang um über 3.200 Zuschauer verkraften, das sehr gute finanzielle Ergebnis des Vorjahres wurde deutlich unterschritten.

Insgesamt besuchten in der Spielzeit 2017/2018 knapp 7650 (ca. 5,4 %) Zuschauer weniger die Veranstaltungen des Theaters Hagen. Die Einnahmen sanken in diesem Zeitraum um ca. 58.000 € (ca. 2,5 %). Die Theaterleitung geht davon aus, dass in der aktuellen Spielzeit, auch durch eine gegenüber der Spielzeit 2017/2018 intensiviertere Marketingaktivität, eine Verbesserung erreicht werden kann. Insbesondere wird mit Hilfe externer Begleitung ein Projekt durchgeführt, das den Fokus auf die Gewinnung zusätzlicher Abonnenten legt.

Es bleibt festzuhalten, dass die Einnahmesituation, die auch als Basis für die Kalkulation der kommenden Spielzeiten herangezogen werden musste, sich trotz einzelner Verschiebungen zwischen den Sparten und der personellen Wechsel der künstlerischen Leitung relativ stabil gezeigt hat. Möglich war dies wieder einmal durch die hohe künstlerische Qualität des Theater Hagen verbunden mit einer effizienten Wirtschaftlichkeit.

2. Sonstige Entwicklungen

Umstellung Fundusverwaltung auf EDV

Die Erfassung der bisherigen Karteikartenbestände des Kostümfundus zur Überführung in eine EDV-gestützte Archivierung wird im Rahmen der personellen Möglichkeiten weitergeführt. Hierdurch wird eine zukunftssichere Verwaltung des Fundus sichergestellt.

Datenschutzgrundverordnung

Wie in vielen Bereichen führte die Einführung der neuen Datenschutzgrundverordnung dazu, dass die Datenbestände des Theaters überprüft und an die Vorgaben angepasst werden mussten.

Personalwesen

Für die Personalverwaltung sollte eine EDV-Unterstützung eingeführt werden, die u. a. auch eine Dienstplangestaltung in den technischen Bereichen beinhaltet. Hierzu sind verschiedene Verfahren unter Kosten- und Praktikabilitäts Gesichtspunkten geprüft worden. Allerdings war ein Einsatz des ausgewählten Verfahrens aufgrund der technischen Bedenken des EDV-Dienstleisters nicht zu realisieren.

Innerbetriebliche Regelungen

Mit der Gründung der Gesellschaft wurden bis dahin geltende Regelungen der Stadtverwaltung auf die Gesellschaft übertragen. Aufgrund eines noch laufenden Gerichtsverfahrens ist derzeit jedoch noch offen, ob dieser Übergang rechtlich zulässig gestaltet worden ist. Ggf. ergibt sich dadurch ein erhöhter Bedarf an internen Neuregelungen mit dem Betriebsrat.

Bauliche Maßnahmen

Im Laufe der Spielzeit und in der Spielzeitpause wurde ein neues Brandschutzkonzept erstellt und die daraus folgende brandschutztechnische Ausstattung im Neubau geschaffen - für die anstehenden Veranstaltungen und deren Genehmigung eine zwingende Voraussetzung. Der letzte Schritt, die abschließende Genehmigung des Konzeptes, ist derzeit im Geschäftsgang.

Die fortschreitende Überalterung der technischen Infrastruktur des Theaters konnte mit der Beschaffung eines neuen digitalen Tonpultes teilweise aufgehalten werden. Ein irreparabler Schaden an dem 30 Jahre alten analogen Tonpult führte zu einem zwangsläufigen Austausch. Weitere größere Sanierungsbedarfe ergeben sich bei der Obermaschinerie und der Drehbühne, deren Reparaturmaßnahmen aufgrund fehlender Ersatzteile ein immer größeres Risiko für den Spielbetrieb darstellen. Investitionen in die Bühnentechnik sind in den nächsten Jahren unvermeidlich.

Eine Entwurfsplanung zur Erneuerung der Sanitäreinrichtungen für die Besucher wurde in Auftrag gegeben. Eine Entscheidung über eine abschließende Planung liegt jedoch noch nicht vor.

Unterstützung

Auch für die Spielzeit 2017/2018 muss erwähnt werden, dass eine Vielzahl von durchgeführten Projekten nur mit Hilfe von Spendern und Sponsoren durchgeführt werden konnte. Dies gilt sowohl für zahlreiche Projekte des LUTZ, als auch die besondere Beteiligung von Sponsoren an Produktionen des Musiktheaters, des Balletts und des Orchesters. Das Theater bedankt sich bei Allen, die mit ihrem Engagement die Verantwortlichen in allen Sparten bei ihrer Arbeit unterstützt haben und oftmals Lösungen ermöglichten, die zunächst nicht gedacht werden konnten. Auch in Zukunft wird das Theater Hagen auf diese finanzielle, aber auch die ideelle Unterstützung der Organisationen wie Theaterförderverein, Bürgerstiftung, Ballettfreunde, Lions-Clubs und Rotarier, Sparkasse Hagen-Herdecke, Märkische Bank, sowie der vielen Einzelpersonen angewiesen sein.

Personalveränderungen

Die Spielzeit 2017/2018 war geprägt vom personellen Umbruch in allen künstlerischen Bereichen. Intendanz, Generalmusikdirektion, Ballettdirektion und die Leitung des Lutz waren neu besetzt und setzten in der Spielzeit wichtige künstlerische Impulse. Dem besonderen Engagement aller neuen und „alten“ Hausmitglieder ist es zu danken, dass das Zusammenspiel in einem großen Theaterensemble so zielorientiert in einer erfolgreichen Spielzeit umgesetzt werden konnte.

In der laufenden Spielzeit 2018/2019 wird es zu einem Wechsel in der Geschäftsführung kommen. Der bisherige Geschäftsführer wird auf eigenen Wunsch abberufen und durch einen Interims-Geschäftsführer ersetzt, der dann die dauerhafte Neubesetzung der Geschäftsführung im Wege einer Stellenausschreibung initiieren wird. Durch die Bestellung einer Interims-Geschäftsführung stellt der Gesellschafter die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft sicher.

3. Der Jahresabschluss

a. Prüfung des Jahresabschlusses

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses wurde, wie im Vorjahr, die Fa. Concunia GmbH beauftragt. Im Zuge der aktuellen Prüfung waren neben dem Jahresabschluss auch die aus dem Betrauungsakt bestehenden Nachweispflichten zu prüfen. Hinsichtlich der Ergebnisse wird auf den Prüfbericht verwiesen.

b. Umsetzung der Zuschusskürzungen aus dem Rechtsformwechsel

Die Entscheidung des Rates der Stadt Hagen zur Rechtsformänderung des Theaters aus dem Jahr 2014 beinhaltet eine Kürzung des Zuschussbedarfes um nominell 850 T€, unter Einbeziehung von zusätzlichen Effekten eine Konsolidierung in Höhe von ca. 1.200 T€ bis zum Haushaltsjahr 2016. Diese Kürzung war in der seinerzeit dem Rat vorgelegten Zuschussplanung für die Spielzeiten 2014/15 bis 2016/17 eingearbeitet und wurde in der letzten Stufe im abgelaufenen Wirtschaftsjahr mit dem vereinbarten Zuschuss der Stadt auch umgesetzt. Das Kalenderjahr 2017 war das erste (und einzige) seit vielen Jahren, in dem keine zusätzliche Kürzung beim Theater vorgenommen wurde.

c. Zuschusskürzung ab 2018

In 2018 wurde dann allerdings bereits ein wesentlicher Teil der Zuschusskürzung in Höhe von 990.000 € umgesetzt, der teilweise auch die Spielzeit 2017/2018 betraf. Um das Ergebnis trotz der Kürzungen ausgeglichen gestalten zu können, waren insbesondere die unumgänglichen Stellenfortfälle beim Personal bereits weitgehend umgesetzt worden.

d. Geschäftsentwicklung

Die bereits in den ersten Geschäftsjahren positive Entwicklung nach der Überführung des Theaters in eine gemeinnützige GmbH konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgreich weitergeführt werden. Mit dem Abschluss der Spielzeit 2017/2018 liegt erneut ein Ergebnis vor, dass die mit der Gründung verbundenen Zuschusskürzungen über drei Spielzeiten aufgefangen hat und die neuerliche Zuschusskürzung ab 2018 in wesentlichen Teilen umsetzen konnte. Im Ergebnis konnte aufgrund der rechtzeitigen Planungen erneut ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet werden. Dies war nur durch die konsequente Umsetzung der Einsparungen insbesondere im Personalkostenbereich möglich. Das Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass zum einen nur ein Teil der Kürzungen auf die Spielzeit 2017/2018 entfielen, zum anderen die noch ausstehenden Maßnahmen, insbesondere auf der Einnahmeseite, aus dem Umsetzungskonzept realisiert werden müssen, wenn langfristig ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden soll.

Gewinn- und Verlustrechnung

Zu Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Gesellschaft einen jährlichen Zuschuss von der Stadt Hagen. Dieser wird monatlich zu einem Zwölftel an das Theater überwiesen. Die Gesamthöhe des ausgewiesenen städtischen Zuschusses berücksichtigt bereits die der Theater gGmbH jeweils auferlegten Kürzungen.

Neben dem städtischen Zuschuss bilden der Landeszuschuss sowie die eigenen Einnahmen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb einschließlich der Einnahmen aus Vermietungen und aus Zuwendungen die finanzielle Basis für die Tätigkeit der Gesellschaft. Damit erfüllt sie den im Gesellschaftsvertrag und in der Betrauung festgelegten Gesellschaftszweck.

Die Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die anfallenden Personalkosten, die Leistungsbeziehungen zur Stadt Hagen und zu Dritten sowie die Betriebskosten für das Gebäude und sonstige laufende Betriebszwecke einschließlich der für den Vorstellungsbetrieb notwendigen Beschaffungen und Investitionen. Das Theatergebäude hat die Gesellschaft von der Stadt Hagen gemietet. Die von der Stadt Hagen bezogenen Leistungen werden im Rahmen einer umsatzsteuerlichen Organschaft umsatzsteuerfrei bezogen.

Der vorliegende Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 472.524 € aus. Dieser setzt sich zusammen aus der Auflösung von Personal-Rückstellungen in Höhe 246.060 € und einem operativen Überschuss in Höhe von 226.464 €. Seitens der Geschäftsführung ist vorgesehen, den operativen Überschuss auf das neue Geschäftsjahr vorzutragen, die Auflösung der Rückstellungen der Gewinnrücklage zuzuführen. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass der erzielte operative Überschuss auf die nur teilweise Anrechnung der Zuschusskürzung (sieben Monate) in der abgelaufenen Spielzeit zurückzuführen ist. Die kommende Spielzeit wird die gesamte Kürzung des Jahres 2018 und teilweise des Jahres 2019 auffangen müssen. Durch den Vortrag auf das neue Geschäftsjahr soll insbesondere sichergestellt werden, dass die Risiken, die aus der Umsetzung der Zuschusskürzung ab 2018 erwachsen können, auch für das kommende Geschäftsjahr abgesichert werden. Die Zuführung an die Gewinnrücklage berücksichtigt, dass langfristig, je nach Lage der Schul- und Theaterferien, erneut höhere Personalkostenrückstellungen anfallen werden, die aus dem operativen Geschäft heraus nicht mehr zusätzlich erwirtschaftet werden können. Näheres hierzu wird unter dem Punkt Risiko- und Prognosebericht erläutert.

e. Finanzlage

Die Finanzlage der Theater Hagen gGmbH ist aktuell gut. Aufgrund der Zuschusszahlungen und der kontinuierlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten und Gastspielen war die Liquidität im Geschäftsjahr nie gefährdet. Verantwortlich hierfür ist zum einen die Vereinnahmung des städtischen Zuschusses zum Monatsanfang, wobei die Gehaltszahlungen als größter Ausgabeposten erst zum Monatsende geleistet werden müssen, zum anderen die im Zuge der Eröffnungsbilanz auf die Gesellschaft übertragenen Gelder sowie die Zuführung des Überschusses aus dem letzten Wirtschaftsjahr.

f. Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt, vorbehaltlich des entsprechenden Gesellschafterbeschlusses zur Überschussverwendung, zum 31.7.2018 bei einer Bilanzsumme von 5.275 T€ über ein Eigenkapital von 1.674 T€. Die Eigenkapitalquote liegt nun bei ca. 31,7%. Eine Stärkung der Eigenkapitalquote war aus der Sicht der Geschäftsführung erforderlich, um die Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaft dauerhaft zu sichern.

6. Risiko- und Prognosebericht

a. Bisheriger Verlauf

Die Gründung der Theater gGmbH erfolgte unter der Maßgabe, dass damit verbundene Einsparungen in Höhe von 1,245 Mio. € erbracht werden mussten. Damit ging die Erwartung bereits über die von der Fa. Actori gutachtlich geprüften Einsparzenarien hinaus. Diese Konsolidierung war mit dem Ende der Spielzeit 2016/2017 erfolgreich abgeschlossen worden.

b. Zuschusskürzungen ab 2018

Am 18.05.2017 hat der Rat der Stadt Hagen die Umsetzung der am 30.06.2016 beschlossenen Zuschusskürzung in Höhe von 1,5 Mio. € beschlossen. Der bisherige Zeitplan berücksichtigt die städtischen Zuschüsse an das Theater für die Haushaltsjahre 2018 – 2022. Das vom Rat der Stadt Hagen

bereits formulierte Ziel, möglichst die Sparten Musiktheater, Ballett sowie Kinder- und Jugendtheater mit eigenem Ensemble zu erhalten, wurde bei diesem Beschluss bekräftigt. Gleichzeitig betonte und akzeptierte der Rat der Stadt Hagen, dass sich die künstlerischen Aspekte dem Konsolidierungsziel unterzuordnen haben. Schon drei Monate später, im August 2017, beschloss der Rat der Stadt Hagen dann allerdings eine Änderung der Geschäftsführungsstruktur, „da das künstlerische Segment nach Auffassung der Verwaltung den Verwaltungsbereich dominiert“. Die Geschäftsführung soll nun aus einem künstlerischen (Intendant) und einem kaufmännischen Geschäftsführer (Verwaltungsdirektor) bestehen, wobei der künstlerische Geschäftsführer der Sprecher der Geschäftsführung sein soll. Eine abschließende Beschlussfassung über die Änderung der entsprechenden Geschäftsordnung liegt derzeit noch nicht vor.

Der Beschluss über die Zuschusskürzung sieht vor, dass

- das Konsolidierungsziel von 1,5 Mio. €/Jahr ab 2018 aufgrund einer Effektverschiebung von 270.000 € erst ab 2020 in voller Höhe erreicht wird,
- die Übernahme der zukünftigen Tarifierhöhungen durch die Stadt Hagen Bestandteil der vorliegenden Planung ist und
- die Theater Hagen gGmbH die einzelnen in dieser Vorlage dargestellten Maßnahmen durch andere ersetzen kann, wenn dadurch ebenfalls das Ziel eines ausgeglichenen Ergebnishaushalts bei gekürztem Zuschuss erreicht wird.

Die zu ergreifenden Maßnahmen in der Gesamthöhe von 1,5 Mio. € bestehen aus Ertragsteigerungen (insgesamt 200 T€), Aufwandsreduzierungen (insgesamt 1.020 T€, davon durch Personalmaßnahmen 430 T€), ergebnisverbessernde Maßnahmen für die Stadt (240 T€) sowie einem Dynamisierungseffekt (insgesamt 40 T€).

Wesentliche Teile des Konzeptes konnten in der Spielzeit 2017/2018 bereits umgesetzt werden. Nahezu alle personellen Maßnahmen wurden bereits über Fluktuationen realisiert, die Preiserhöhungen zur Spielzeit 2018/2019 vollzogen. Offen sind allerdings noch Maßnahmen der Kostensenkung im Orchesterbereich, Steigerung der Spenden- und Sponsoring-Einnahmen sowie zusätzliche Erlöse aus Werbung. Angesichts der gegenüber der Referenzspielzeit 2015/2016 vorhandenen Mindereinnahmen vor allem im Bereich Ballett und Orchestergastspiele sind weitere Kostensteigerungen unbedingt zu vermeiden.

Ein Eckpunkt aller aktuellen finanziellen Planungen besteht in der weiterhin zugesicherten Übernahme der Tarifierhöhungen durch die Stadt Hagen, ein weiterer in der Beibehaltung des Landeszuschusses.

Letzterer konnte durch die inzwischen beschlossene und vertraglich vereinbarten Erhöhung des Landeszuschusses ab 2018 sogar dahingehend ausgebaut werden, dass zwei Bausteine der Umsetzung des Kürzungsbeschlusses jeweils um ein Jahr vorgezogen werden konnten und darüber hinaus ein zusätzlicher Anteil an der Erhöhung der Landesförderung für die Stadt Hagen vorgesehen werden konnte. Auf dieser neuen Grundlage wurde die bisher bis 2022 festgeschriebene Zuschusshöhe (ohne Tarifierhöhungen, soweit diese 1% übersteigen,) neu berechnet und vom Rat der Stadt Hagen in der Sitzung am 15.11.2018 beschlossen.

Die Zuschüsse der Stadt Hagen entwickeln sich in den Jahren 2018 bis 2022 also wie folgt:

<u>Haushaltsjahr</u>	<u>Zuschuss Stadt neu*</u>	<u>zzgl. Erhöhung des Landeszuschusses</u>
2018	13.973.627	232.925
2019	13.874.863	358.964
2020	14.027.612	484.462
2021	14.181.888	610.231
2022	14.337.707	735.999

* Künftige Tarifierhöhungen (ab 1.3.2017) erhöhen den Zuschuss, sofern sie ein Prozent pro Jahr übersteigen.

Die veränderten Rahmenbedingungen werden im kommenden Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2019/2020 sowie in der Finanzplanung bis 2024/2025 berücksichtigt.

Neben der erhöhten Basisförderung des Landes bemüht sich die Theater Hagen gGmbH noch um zusätzliche Zuschüsse, die sich aus der sogenannten Profilförderung des Landes ergeben können. Eine Entscheidung hierzu fällt frühestens im ersten Quartal 2019.

Ein weiterer Eckpunkt für die wirtschaftliche Zukunft des Theaters liegt in der Sicherung der Einnahmen sowohl aus dem Ticketverkauf als auch aus verstärkten Sponsoring-Aktivitäten. Die Beibehaltung der Einnahmesituation ist Basis der zugrunde liegenden Planungen, signifikante Abweichungen nach unten gefährden langfristig die Umsetzung des Konzeptes und erfordern dann ggf. weitere Maßnahmen.

Die positive Entwicklung des Landeszuschusses darf auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die weitere Fortschreibung des städtischen Zuschusses auch über 2022 hinaus für die zukünftigen Wirtschaftsplanungen festgeschrieben werden muss, um das Theater Hagen als kulturelle Institution, die weit in die Stadt und die Region hinein wirkt, zu behalten und künstlerische Perspektiven weiterhin zuzulassen.

c. Sonstige Risiken

Für den gesamten Theaterbetrieb sind die Einhaltung der bauaufsichtlichen Vorgaben sowie die Instandhaltung des Gebäudes und seiner Einrichtungen zwingend notwendig. Die Theater Hagen gGmbH ist als Betreiber im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und den Besuchern auf die ordnungs- und bestimmungsgemäße Zurverfügungstellung der gemieteten Einrichtungen durch den Vermieter angewiesen und weder fachlich noch personell oder finanziell in der Lage, vorhandene bauliche Notwendigkeiten in eigener Regie durchzuführen oder Defizite zu beheben. Gemeinsam mit dem Eigentümer sind die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, notwendige Investitionen und Unterhaltung in den kommenden Spielzeiten umsetzen zu können, um den Spielbetrieb dauerhaft zu sichern. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk auf die Modernisierung der überalterten Bühnentechnik und die fortschreitende Digitalisierung zu richten.

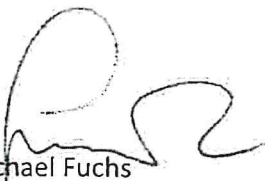
Innerbetrieblich ist angesichts der ständig wachsenden Anforderungen an die verschiedenen Arbeitsbereiche wie z. B. die Personalverwaltung, eine verstärkte Nutzung von unterstützenden EDV-Verfahren unvermeidlich. Die Theaterverwaltung ist darauf angewiesen, dass solche Verfahren in der vorhandenen Infrastruktur auch eingesetzt werden können, um die Anforderungen an eine notwen-

dige EDV-Unterstützung und damit auch die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft nicht weiter einzuschränken. Leider ist jedoch festzustellen, dass die ausgewählten Produkte zahlreicher Anbieter, die übrigens auch in vielen anderen Theatern eingesetzt werden, nicht die vom Habit geforderten Voraussetzungen zum Betrieb im städtischen Netz erfüllen und daher beim Theater nicht eingesetzt werden können. Alternative Lösungen führen in der Regel zu weiteren Kostensteigerungen für das Theater. Es gibt daher für die weitere EDV-Entwicklung, unabhängig von der Frage des Betreibers, keine Alternative zu einem von der Stadt getrennten EDV-Netz.

d. Fazit

Die zukünftige finanzielle und damit zwangsläufig auch personelle Ausstattung des Theaters ist durch die Zuschusskürzung nochmals massiv eingengt worden. Das wirtschaftliche Risiko für die Theater Hagen gGmbH wurde dadurch deutlich erhöht. Die erfreuliche Erhöhung des Landeszuschusses kann sich aufgrund der vorgezogenen Konsolidierungsbeiträge erst ab 2020 spürbar positiv auswirken. Bis dahin sind die Erhöhungsbeträge für das Budget des Theaters zum einen nicht sehr hoch, zum anderen werden sie benötigt, um noch nicht umgesetzte oder wegbrechende Maßnahmen zu kompensieren oder kleinere Verbesserungen in einzelnen Bereichen zu erreichen. Dennoch ist sie ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Sicherung des Theaters Hagen. Für längerfristige Maßnahmen (z. B. beim Personal) ist die Fortschreibung der Finanzierungsgrundlagen sowohl seitens des Landes als auch seitens der Stadt Hagen zwingend erforderlich.

Hagen, den 17.12.2018



Michael Fuchs
Geschäftsführer